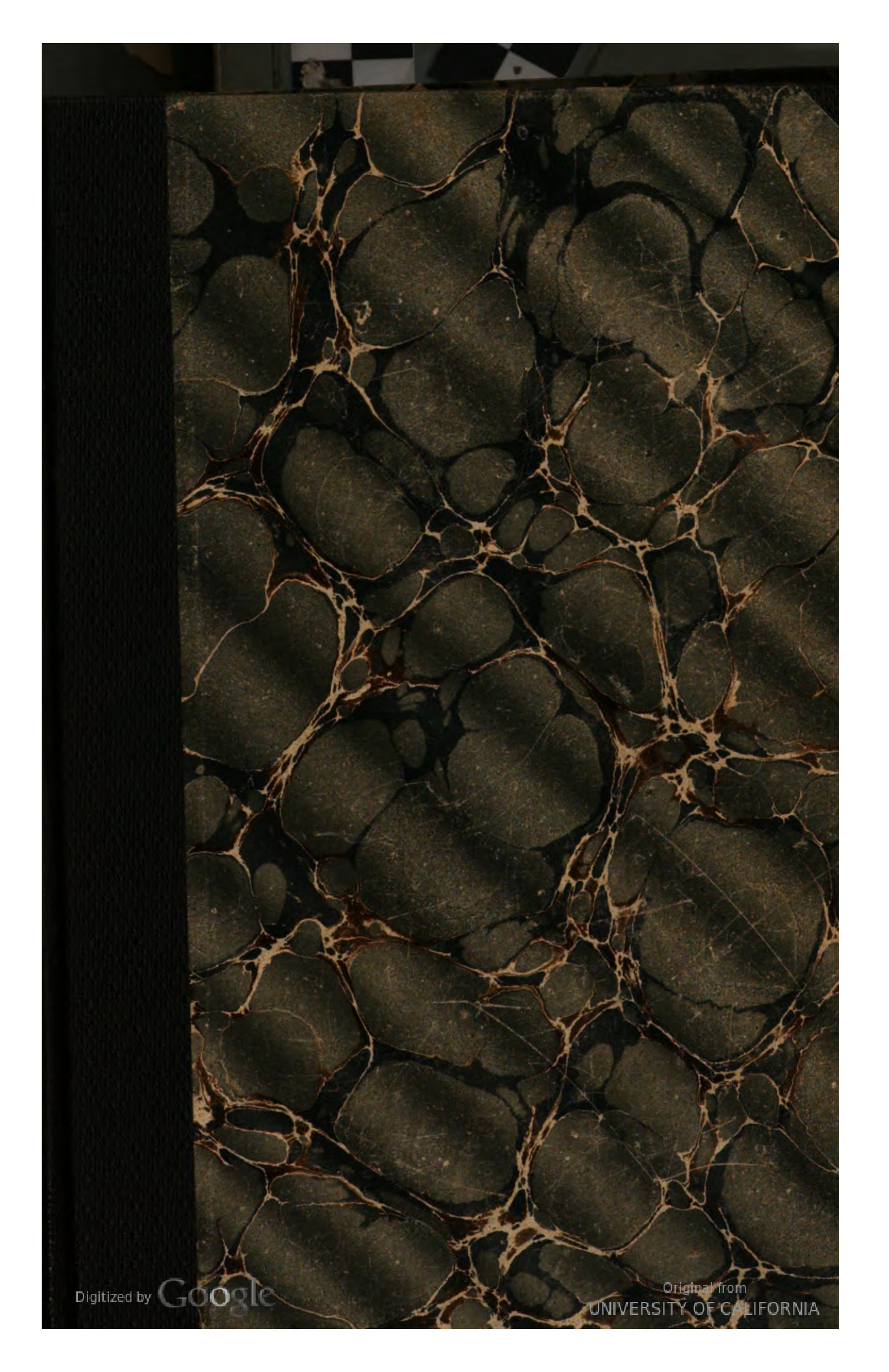



SEAL OF THE UNIVERSITY OF CALIFORNIA
LET THERE BE LIGHT
1868

# Historisch-politische Blätter

für das

katholische Deutschland.

Des Jahrgangs 1913

Erster Band.

---



# Historisch-politische

# Blätter

für das

## katholische Deutschland

herausgegeben

von

**Franz Binder und Georg Jochner.**

(Gegründet von Joseph und Guido Görres.)

**Hunderteinundfünfzigster Band.**

**München 1913.**

In Kommission von Theodor Riedel's Buchhandlung.





# Inhaltsverzeichnis.













I.

## Vom Wesen christlicher Kunst.

C. Th. Kaempf.

Wir gliedern die künstlerischen Gestaltungen Europas gewöhnlich in die Periode der Antike und der christlichen Kunst, wobei wir letzteren Begriff nach den Unteräußerungen der besonderen Formengestaltung wieder in verschiedene Stilarten trennen. Diese erscheinen uns gegründet in der Konstellation der jeweilig herrschenden Geistesinteressen und Lebensdeutungen. Da aber vorzüglich das Christentum in unserem Vaterlande Geistesarbeit und Daseinsüberzeugung beeinflußte und dem Kunstschaffen die Inhalte vermittelte, sind wir gewöhnt, in der Terminologie der Kunstwissenschaft unter der Bezeichnung „christliche Kunst" die verschiedenen Stiläußerungen nachantiker Zeit auf dem Boden Europas zu betrachten. — Jedoch wird dem aufmerksamen Beobachter nicht entgehen, daß manche dieser Stile — besonders in der Neuzeit — in ihren Tendenzen dem Christentum direkt entgegengesetzt sind.

Es ist daher offenbar verlockend, die Zusammenhänge von Christentum und Stilart zu prüfen. Bekanntlich zerfällt jegliches Kunstwerk in zwei Teile: die äußere Formengebung und den dargestellten Inhalt. In ersterer pflegen wir gewöhnlich eine leblose äußere Struktur zu sehen, solange sie nicht durch den Geist des Inhaltes belebt ist. Dieser Ausdeutung steht jedoch die Tatsache schroff gegen-







über, daß jede hochentwickelte Kultur auch dem bloßen Gang der reinen Linie Leben und damit geistigen Gehalt zugesprochen hat. Ja, man hat sogar versucht den Inhalt der verschiedenartigen Liniengänge in mathematischen Formeln zum Ausdruck zu bringen und festzulegen (Lionardo, Dürer rc.). Damit haben selbst die großen Kenner der Form neben dem Sujet Eigenart, Eigendaseinsberechtigung und Eigenausdruck zugesprochen.

Wir werden diese Anschauung bestätigt finden, wenn wir in jene Zeiten des Menschen zurückgreifen, in denen er seine künstlerische Betätigung nur im Linienzug d. h. ornamental ohne eigentlichen Bildinhalt übt. Es geschieht dies in den Jugendtagen jedes Volkes. —

Schon die griechischen Dipylonvasen erweisen uns in ihrer Ornamentik mathematische Strenge, ästhetisch reine Anordnung und klare Raumgliederung. Das Wesentliche und Charakteristische tritt scharf hervor. Wir empfinden im Zusammenklang der Linien Zucht und Ordnung als herrschendes Prinzip, kurz: es strahlt aus diesem Liniament der Geist, den wir in der hellenischen Kunst bewundern. Ähnlich tritt aus dem Liniengefüge des germanischen Ornamentes die Eigenart des künstlerischen Wollens dieser Völker durchaus klar und entscheidend hervor. Es ist eine Linie voll leidenschaftlicher Bewegtheit, Lebendigkeit, rastloser Unruhe, die in wirren Zügen sich verschlingend Undeutlichkeit, malerisches Durcheinandergewoge erstrebt. Alles Tendenzen, die in der späteren Statuarik, auf den Tafelbildern als Charakteristika wiederkehren.

So ist also die Linie selbst schon lebend, voll lebendiger Werte! Aber ein anderes Moment muß uns bei der Feststellung des hellenischen und germanischen Linieninhaltes auffallen. Nämlich die frappante Ähnlichkeit des Liniencharakters mit der Geistesbetätigung dieser bezüglichen Völkergruppen überhaupt. Und so wir nur die Kreise unserer Beobachtung weiterziehen, werden wir allerorts zu gleichen Resultaten gelangen. Demnach erscheint schon im elementaren Linien-



gefüge die Seele, „das Wesen eines Volkes zusammengefaßt, wie in einem neuen Spiegel“. Und zwar sind diese primären Kunstformen immanent im Volke bestimmt. Sie sind notwendig vorhanden und treten unter allen Umständen, so sie innerlich reif geworden, in die Erscheinung.

Als das Christentum dem Norden übermittelt ward, gab die gewaltige innere Erregung, in die solche eminente Erlösungskunde die Völker versetzen mußte, dem Formengefühl und Formenwillen der jungkräftigen Germanenwelt den Anstoß zu lebendigem Keimen. Die Erzeugnisse fielen im Sinne der germanischen Formenwelt aus. Nirgends sind aber Bildungen einer besonderen christlichen Form vorhanden oder nachweisbar. Wäre das der Fall, so müßte ein enger organischer Zusammenhang mit frühchristlicher, d. h. mit der Formengebung christlich-römischer Kunst und der germanischen — der Gothik bestehen. Beide ruhen aber auf diametral entgegengesetzten Prinzipien! Hier Vertikalismus, dort Horizontalismus — hier malerische Unklarheit, Individualismus, dort absolute Klarheit, Sachlichkeit, Wahrheit u. s. f.

Wenn somit das Christentum einen besonderen Formenwillen im Norden vorfand, so mußte es sich mit demselben auseinandersetzen. Es fragt sich nun, in welcher Weise das geschah.

Gewiß brachte das Christentum im Anfange Teile der römischen — antiken — Kultur in die neuerschlossenen Länder mit. Aber wir sehen sie bald verschwinden; wo sie jedoch auftreten, spielen sie eine sekundäre Rolle. Dagegen läßt sich unschwer feststellen, daß das Christentum ständig mehr den Anschluß an die nordischen Formeneigenheiten sucht und in vieler Beziehung den nationalen Bedürfnissen entgegen kommt. Schon der geistige Kunstbetrieb jener Zeiten ist der germanischen Art feinfühlend angepaßt gewesen. „Die Geistlichkeit des frühern Mittelalters hat sowohl die wichtigsten altgermanischen Bausysteme, wie auch die prähistorischen Einzelformen“ beibehalten.

Eine derartige vornehme Rücksichtnahme auf das Lebende,





das Wirkende in den Völkern kann keine der übrigen Religionsformen aufweisen. Der Buddhismus hat mit seiner in Regeln festgelegten Formenzusammenstellung den treibenden Formenwillen Ostasiens fast erstickt. Was an künstlerischen Werten in diesen Ländern geschaffen wurde, steht sicherlich außerhalb dieser Religionsform. Und wie vernichtete der Islam die Kultur, die Kunstsprache der von ihm unterjochten Völker! Nirgends eine Achtung, noch weniger ein Eingehen oder gar Aufgehen in der künstlerischen Betätigung der bezüglichen menschlichen Individuen. Diesen heidnischen Religionen fehlt das göttliche Prinzip der Ehrfurcht vor allem Menschlichen, Lebenden. Sie dürfen es auch nicht haben. Denn die bewundernswerte Art einer derartigen Anpassung an vorhandene Kulturformen kann eben nur eine Religion üben, die ihrer göttlichen Verheißung, ihrer Missionsaufgabe unerschütterlich sicher ist.

Naturgemäß hat das Christentum bei aller Wahrung des Linienstiles an sich auf die fernere Entwicklung desselben hohen Einfluß geübt. Aber nicht in wesensbestimmender Art, sondern es wurde ein mächtiges Agens für die beschleunigtere und intensivere Entwicklung der bezüglichen Stilcharaktere. Fernerhin hat es der bis zum Zeitpunkt seines Eindringens brutal geäußerten künstlerischen Betätigung der Germanen eine ideale Richtung gegeben.

Damit nähern wir uns nun der hauptsächlichsten Domäne christlichen Einflusses auf die nordische Formenwelt. Während der Geist der Form immer ein rein germanischer blieb — bis zum Ausgange des Mittelalters — ward die Seele des Bildinhaltes durchaus vom Christentum ins Leben gerufen. Die christliche Religion, die christliche Weltanschauung gab den völkischen Formen die Darstellungsinhalte. Diese lehnen sich an die biblische Geschichte, an das Erdenleben unseres Erlösers, an die Legende der Heiligen an. Es ist eine unendliche Fülle durchaus eigenartiger Motivreihen! — Man hat zuweilen den Versuch unternommen das Massiv dieser neuen christlichen Bilderzyklen als in Anlehnung an vorhandene

Bildergruppen des Heidentums zu kennzeichnen. So z. B. fände der Sündenfall sein Vorbild im Raube der Hesperidenäpfel, die Himmelfahrt des Elias ward als Typus des Sol-Apollon dargestellt. Aber jedem Unbefangenen wird sofort das Konstruierte solcher Behauptungen auffallen. Ganz abgesehen davon, daß die betreffenden Vorstellungen zum Teil beim israelitischen Volke geschichtlich weiter zurück liegen als die herbeigezogenen Bildungen der Antike, kann den in Betracht kommenden Grundlagen nirgends eine bezügliche organische Entwicklung nachgewiesen werden, ja, das Christentum verneinte anfangs geradezu jegliche nur geringste Annäherung an die Bildreihen des Heidentums. Sollten aber immerhin irgendwelche einzelnen, der Menschheit gemeinsame Bildvorlagen den christlichen Motivzyklen als Untergrund gedient haben, so ist eine derartige Erneuerung und Gehaltgebung durch das Christentum vor sich gegangen, daß wir in dieser Beziehung ruhig von eigenen, originellen Bildinhalten reden können. Umsomehr als die Bildergruppen der Antike zur Zeit des erstarkenden Christentums keiner Vertiefung mehr fähig waren. Sie hatten ihre letzte erschöpfende Fassung längst erhalten und erschienen nur noch in leblosen, erstarrten Wiederholungen.

Die christliche Religion hatte damals allein die innere Wesenskraft, eine Regeneration der Bildkreise vorzunehmen. Sie erfüllte nun das menschliche Wirken, wie den gestaltenden Formenwillen der leistungsfähigen Völker mit den uns bekannten hohen Werten.

Man vergleiche nur einmal die gewaltige Größe der hauptsächlichsten Bilderreihen mit den Motivanregungen anderer Religionen und man wird empfinden, welche ungeheure Wucht übermenschlicher Größe — eben göttlicher Kraft in den Vorlagen der christlichen Weltanschauung geborgen liegt. Welche unvergleichlichen Bildungen erfuhr die Summe der Bilder aus der Apokalypse! Sie wurden uns Richtlinien des Lebens überhaupt, Wahr- und Warnzeichen! Daneben die immer neu wirkenden ästhetischen Antriebe, welche



die herrlichen Gestaltungen der Marienbilder ausstrahlten. Die reichen Lebensgeschichten der Märtyrer, die Bilderzyklen der strengen Totentänze, dann vor allem die Vorlagen aus der Passionsgeschichte — sie alle sind der christlichen Religion — und nur ihr entsprungen. Ein derartiger umfassender Reichtum ist nirgends zu finden, niemals hat eine Religion auch nur annähernd die menschliche Seele derart mit Bildinhalten erfüllt, noch die angeregten geistigen Kräfte derart in körperliche, darstellende Erscheinungen treten lassen.

Dabei brachte das Christentum auch diese Bildinhalte in nahe und zarte Beziehung zu den Lebensverhältnissen der gewonnenen Völker. Dergestalt, daß nun die Entwicklung des Formenstiles mit dem Inhaltsstil Hand in Hand unablässig vorwärts schreitet. Bis die Kulmination zurzeit der höchsten Formenreinheit — bei uns die Gotik — erreicht wird. Es fallen in diesem Augenblick die Seele des völkischen Linienzuges und der Geist des Inhaltes durchaus zusammen. Das Leben des Volkes ist eben voll durchsättigt von den Wahrheiten der höchsten Religion. Das bedeutet zugleich, daß die Kultur des Volkes äquivalent der Kultur des Christentums ist. Niemals war daher auch unser Vaterland von so tiefer Volkskultur beglückt gewesen, wie damals.

Das hat man öfters leugnen wollen! Aber das moderne Streben nach einer ähnlichen Kultur zeitigt ständig mehr Belege für diese Anschauung. Damit ergibt sich uns aber die fernere, nicht zu unterschätzende Erkenntnis, daß nämlich gerade die christliche Religion des Mittelalters es verstanden hat eine natürliche Verbindung zwischen der Kunst und der Volksseele herzustellen und zu erhalten. Eine Tatsache, die der oft wiederkehrenden Phrase Hohn spricht, daß der Katholizismus — d. h. die alleinige christliche Religionsform bis zum Ausgange des Mittelalters — für die Gesamtheit des Volkes arbeite und denke, es selbst tatentmündigend. Wie wäre dergleichen möglich, da die objektive Würdigung der Kunstgeschichte schon zeigt, wie gerade der Katholizismus das Volk zur selbständigen Übung des Kunstsinnes, zur ästheti-







schen Energieentfaltung anhält, und zwar in so intensiver Weise, wie es die später entstehenden christlichen Religionsabarten niemals vermocht.

Der Katholizismus erwies also eine hohe Ehrfurcht vor den vorhandenen Formeneigenheiten, er hat sie nirgends unterdrückt. Er gab denselben die geistigen, antreibenden Bildinhalte. Dabei ist es ihm gelungen, eine entschiedene Volkskunst erstehen zu lassen, die alle vorhandenen Kräfte einte und die ihren eigenen, man kann für Deutschland unanfechtbar sagen — deutschen und nur deutschen Charakter trug.

Diese Würdigung deutschen Wesens und deutscher Art in der Kunstübung endigt in dem Augenblicke, in welchem die Reformation den Katholizismus zur Seite drückt. Die neue reformierte Religionsform verleugnet den vorhandenen Kunstwillen des germanischen Volkes, sie verzichtet auf eine Weiterführung der gegebenen Richtlinien, sie sucht ihre Betätigung in direkter, offenkundiger bewußter Abkehr vom völkisch Erschaffenen. Die Reformationszeit predigt den Kult der antiken Form und zwingt sie dem Volksganzen auf, alles heimische künstlerische Drängen und Wollen niederdrückend. — Das mußte zur Katastrophe führen! Was half es, daß die katholische Religion im Barock germanisches Formenwollen zu retten trachtete. Es war umsonst! Mit der umsichgreifenden Reformation wird den Landen eine Zwangsform fremder Art dargeboten. Naturgemäß kann die Allgemeinheit sich in diese Erzeugnisse einer fremden Kultur nicht einleben. Sie steht ihnen gefühllos, unsicher, fremd gegenüber. Die geraden, klaren harmonischen Linienzüge und die mit eingeführten antiken Bildinhalte, die nun unser Vaterland überschwemmten, blieben ungeschmälertes Alleineigentum der Gelehrten — dem Volke waren sie stumm, nichtssagend und sind es bis heute geblieben. Das bedeutete den gewaltsamen Tod der Volkskultur. In solchen Formen und Sujets konnte nur der Gebildete — nicht aber das Volk schaffen. Selbst vier Jahrhunderte haben bisher nicht



vermocht auf dieser Formenwelt eine allgemeine Volkskultur zu basieren, noch vielweniger die neue Religionsform zur Trägerin, Leiterin, Hüterin einer neuen Kunstkultur zu erheben! Denn die durch die Reformation begünstigte Neigung zu einer trockenen Buchstabenausdeutung — ohne Fleisch und Blut — und zum kahlen Rationalismus hat dann auch das religiöse Leben ohne Zweifel beträchtlich seines künstlerischen Beiwerks beraubt! So offenbart sich uns anstelle blühenden Wirkens die Verwüstung des ehemaligen idealen Besitzstandes der unteren Klassen. Ein gleichmäßiges Niveau künstlerischen Nichtvermögens, nüchterner Schwunglosigkeit bei dem Volke, bei den Handwerkern ist das Resultat dieser Zeit. Anstelle des pulsierenden Lebens — toter Schematismus.

Diese Stilbildungen — besser ureigentlich „Stilentartungen" greifen bis in die jüngste Jetztzeit hinein. Erst in den letzten Jahrzehnten — abgesehen von der kurzen Epoche der Romantik, die in hellenischen Formen uns christliche Inhalte übermitteln wollte — suchen wir nach den alten Linienformen, nach tiefen christlichen Vorlagen. Dabei sind wir gezwungen in Anlehnung an die mittelalterliche Kunstwelt zu schaffen, da uns inzwischen als notwendige Folge des Bruches mit dem Überlieferten, die Fähigkeit in eigenen, wesensentsprechenden Formen zu gestalten, verloren gegangen ist. Aber derartige Nachbildungen lassen natürlich die volkstümlichen naiven Noten nie aufkommen. Die tiefen Reize urkräftigen Eigenwerkes müssen diesen neuen Gestaltungen fehlen. Sie entstammen nicht einer überschwänglich erfüllten Volksseele, die angeregt und erregt vom Ewig-Göttlichen mit staunenswerter Kraft und Kühnheit ohne fremde Beeinflussung eine originelle Kunst schafft, die wesensgleich ist der Volkssprache, der Volkssitte, dem Volksliede. Erst wenn unserem Leben die Entschiedenheit, der Ernst christlicher Lebensauffassung nach der Art des Mittelalters wiedergekehrt sein wird, werden wir auch stark und ehrlich genug sein, in unseren und nur in unseren Formen zu schaffen. Dann erhielten

wir auch wieder eine vollgültige christliche Volkskunst von der Macht derjenigen des Mittelalters.

Wenn wir also die Kunstäußerungen seit der Antike, welche Vorlagen aus dem Christentum verwerten, als „christliche Kunst" bezeichnen, so sehen wir bei uns diese christliche Kunst in zwei scharf voneinander getrennte Epochen zerfallen. Die erste derselben zeigt, wie die christliche Religion im engen Anschluß an die germanische Formenwelt diese zu steigender Erstarkung auslöst und ihr den Reichtum neuer gewaltiger Bildkreise zur Verfügung stellt. Sie findet ihren Höhepunkt in der Konfiguration der Gotik und endet im Barock. Die zweite Epoche nimmt ihren Anfang mit der Reformationszeit. Sie entwickelt sich in bewußter Ablehnung der heimischen Formenwelt und in Anlehnung an die Formengebung des Hellenismus. Sie führte in ihren Ausläufern bisher nur zu einer Gelehrten- aber nicht zu einer Volkskunst. Ihr gehört die Neuzeit im Durchschnitte noch an.

Man könnte präzis die erste Periode mit „germanisch-katholisch-christliche Kunst" bezeichnen und dürfte ihr den sogenannten romanischen Stil, gotischen Stil und das Barock zuschreiben. Demgemäß würde die zweite Periode gut charakterisiert mit „antik-christliche Kunst". Ihr fielen hauptsächlich die Epochen der Renaissance, teilweise des Rokoko, des Empire, des Zopf und des Eklektizismus zu.

Welche der beiden Gruppen in überwiegendem Maße wertebildend gewesen, ist dargetan worden. Wenn die Tendenzen der Neuzeit wieder eine Volksbildung, Volkskultur, Volkskunst anstreben, so ergibt sich uns der einzuschlagende Weg nach den geschichtlichen Tatsachen offenbar. — — Der Katholizismus hat während der zweiten Epoche der christlichen Kunst mit der einen geringen Unterbrechung geschwiegen, weil die herrschenden Prinzipien den seinen entgegenstanden; da nun eine erkennende Zeit dieselben mehr und mehr aufgibt, wird die Welt, in der er gestaltend wirkte, wieder erschlossen werden. Ihm gebührte alsdann in der



Kulturentwicklung der erste Platz! An uns ist es zu sorgen, daß er uns unweigerlich werde. Die kommende Renaissance germanischer Formenkonstellation muß zu einer Wiedergeburt der katholisch-christlichen Kunstkultur führen!

---

## II.

## Päpstliche Patrimonien im alten Bayern.[1])

Die Hauptquelle der Einkünfte des hl. Stuhles im frühen Mittelalter floß aus Grundbesitz. Nicht nur in Italien lagen die ertragreichen Patrimonien des hl. Petrus, sondern auch in Sizilien und Gallien, in Dalmatien und Illyrien, ja sogar in Afrika und im Orient. Aber die Hauptmasse dieses Eigentums ging frühzeitig wieder verloren; insbesondere brachten die Kämpfe mit der griechischen Kirche schwere Verluste. Doch gewährte dafür die Verbindung mit den Franken und die auf ihr beruhende Begründung des Kirchenstaates nach anderer Richtung Ersatz. Auch die geringe Menge deutscher Patrimonien, deren Vorhandensein sich aus einigen wenigen ganz lückenhaften Nachrichten erschließen läßt, mag ursprünglich als eine Art Entschädigung gedacht gewesen sein, wenigstens findet sich für sie vor dem Zeitpunkte der angedeuteten höchst fühlbaren Einbußen keine Spur.

---

1) Vergl. E. Perels, Päpstliche Patrimonien in Deutschland zur Karolinger- und Sachsenzeit (Historische Aufsätze Karl Zauner dargebracht [1910] S. 483—492) und A. Brackmann, Die Kurie und die Salzburger Kirchenprovinz (Studien und Vorarbeiten zur Germania pontificia Bd. I [1912] S. 103—114). Aus der älteren Literatur sei erwähnt Schwarzlose, Die Verwaltung und finanzielle Bedeutung der Patrimonien der römischen Kirche bis zur Gründung des Kirchenstaates (Zeitschrift für Kirchengeschichte Bd. XI); P. Fabre, De patrimoniis Romanae ecclesiae usque ad aetatem Carolinorum (1892).

Die erste ganz zuverlässige Erwähnung deutscher Patrimonien findet sich in den Annalen Hinkmars von Reims, wo es heißt, daß der päpstliche Legat Arsenius im Jahre 865 seinen Rückweg aus dem fränkischen Reich durch Alamannien und Bayern nahm, um von den in diesen Gegenden liegenden Gütern des hl. Petrus die Zinsen zu erheben. Also schon hier ein deutlicher Hinweis auf Bayern! Daß der Legat damals wirklich durch bayerisches Gebiet reiste, beweist einer seiner Briefe. Aber er war ein recht ungetreuer Diener; aus einem Schreiben des Papstes Nikolaus I. an Ludwig den Deutschen vom Jahre 867 ergibt sich, daß Arsenius den von ihm erhobenen Teil der Zinsen unterschlagen hatte! Daher wandte sich nun der Papst an den König, um auf diese Weise die künftige regelmäßige Ablieferung der Einkünfte sicherzustellen.

Daneben erscheint schon 873 Bischof Anno von Freising als eigentlicher Verwalter der bayerischen Patrimonien, die sich sonach, wie man annehmen muß, innerhalb des Gebietes des Bistums Freising oder in dessen nächster Nähe befanden. Anno wird mit entschiedenen Worten von Johann VIII. ersucht, die schuldigen Beträge entweder selbst nach Rom zu bringen oder sie einzuschicken; Ludwig der Deutsche sowie die Bischöfe und Grafen des italischen Königreichs seien bereits beauftragt, für die unversehrte Herschaffung Sorge zu tragen.[1]) Aber auch diese Mahnungen führten nicht zum Ziele; es war daher notwendig, die Vertrauensstellung schon wieder anders zu besetzen. 877 wurde die Aufsicht über die päpstlichen Besitzungen in Bayern dem Erzbischof von Salzburg, also dem Metropoliten für Freising anvertraut, der nun größeren Eifer als seine Vorgänger an den Tag legte; so z. B. entschuldigte er sich im Jahre 900 deswegen, daß

1) Hier auch das Verlangen nach einer guten Orgel und einem geübten Orgelspieler; Freising leistete also damals im Orgelbau so Bedeutendes, daß sogar der Papst für die erste Kirche der Christenheit von dieser Kunstfertigkeit sich Nutzen versprach.

er die Einkünfte wegen der Feindseligkeiten der Ungarn noch nicht habe abliefern können.

Nun schweigen die Quellen ein halbes Jahrhundert, um uns aber dann in anderer Weise zu entschädigen. Um 953 tritt Agapit III. drei päpstliche Besitzungen dem Erzbischof Herold von Salzburg gegen eine jährliche Zinszahlung von 3 Pfund Silber ganz und gar ab. Dies erfahren wir aus der Bestätigungsurkunde Ottos des Großen vom 29. November 953, die zugleich ersehen läßt, daß die veräußerten Güter von selbst an den früheren Eigentümer zurückfallen sollen, wenn die ausbedungene Abgabe spätestens im dritten oder vierten Jahr nach der Fälligkeit noch nicht bezahlt ist. Und hier treten uns auch die einschlägigen Ortsnamen entgegen; es handelt sich um ein Winheringa oder Winiheringa, Antesna oder Antesina, Wolimbach, Woulinbach oder Willinbach. Die Frage, wo diese Orte zu suchen sind, sei einstweilen aufgespart. Daß sich der Papst seines Eigentumsrechts begab, hat sicherlich seinen Grund darin, daß die Erträge in der letzten Zeit unpünktlich oder unvollständig vom Verwalter abgeliefert wurden; er begnügte sich also mit einer kleineren, aber sicheren Summe, behielt sich jedoch für den Fall mehrjähriger Nichtzahlung das Rückfallsrecht vor.

Die Bestimmungen von 953 übernimmt am 7. Februar 962 Johann XII. für Erzbischof Friedrich, nur daß hier schon das dritte Jahr äußerste Grenze für Zinsleistung und Heimfallsrecht bildet. Da Johann abgesetzt wird, bestätigt Leo VIII. am 9. Dezember 963 die Verfügungen seiner Vorgänger; doch ist hier die seltsame Zahlungsfrist von drei, vier oder neun Jahren festgesetzt, nach deren fruchtlosem Ablauf die päpstliche Urkunde kraftlos sein soll, was aber nicht hindert, daß trotzdem die Vereinigung und Unteilbarkeit der drei Höfe im Besitze Salzburg für immer verfügt wird! Es scheint also, als ob die Urkunde von 963 gegen früher nicht nur einige Erleichterungen für den Empfänger bringen, sondern auch am Wesen des Vertrages einiges ändern will.

Als Friedrich von Salzburg 991 gestorben war, erbat



sein Nachfolger Hartwig 993 die Bestätigung des Besitzes jener drei Höfe. Hier wird nun die Überlassung der Güter gleich zweimal als „in perpetuum“ bezeichnet. Der Zins beträgt drei Pfund; erfolgt die Zahlung im fünften Jahre nicht, so soll sie im sechsten oder neunten Jahre nachgeholt werden. Der Fall des gänzlichen Ausbleibens der Rente und damit die Möglichkeit des Rückfalls der Besitzungen wird gar nicht erörtert; die Übertragung soll ja für ewig gelten!

Um so mehr fällt auf, daß bereits nach wenigen Jahrzehnten Rom ohne jede Rücksichtnahme auf Salzburg über die Höfe weiter verfügt. Heinrich II. hat sie am 14. Februar 1014, dem Tage seiner Kaiserkrönung, gegen das königliche Gut Terma im Herzogtum Spoleto und in der Grafschaft Narni eingetauscht. Damit waren die Beziehungen dieser ehemaligen Patrimonien zu Rom gänzlich gelöst. Wie nun stellte sich Salzburg zur neuen Sachlage? Anscheinend durchaus nicht zustimmend. Rom befand sich jedoch ganz im Rechte, wenn die Vertragsbestimmungen von 953 auch später noch wiederholt worden waren und wenn dann zurzeit Heinrichs II. eine mehrjährige Zinssäumnis den Heimfall der Güter veranlaßt hatte. Aber haben wir denn Gründe zu einer solchen Annahme des Weitergeltens jener älteren Vertragsbestimmungen, nachdem doch die ausdrücklichen Angaben der Urkunden von 963 und 993 mit ihr in Widerspruch stehen? Die Antwort muß „ja“ lauten. Auf die nähere Begründung kann hier nicht eingegangen werden,[1]) doch seien wenigstens einige Punkte herausgegriffen.

Als Unterlage ist die Papsturkunde von 953 zu nehmen, weil sie allein in einer dem Original ziemlich gleichwertigen Überlieferung auf uns gekommen ist. Ihr Inhalt ist uns nämlich durch die im Original noch vorhandene Bestätigungsurkunde Ottos des Großen vom 29. November 953 bezeugt. Hier ist nun von einer dauernden Übertragung der Höfe an Salzburg keine Rede, im Gegenteil, nach längstens vier-

1) Es muß dafür auf Brackmann verwiesen werden.





jähriger Zinssäumnis tritt das Rückfallsrecht in Kraft! An nächster Stelle steht die Urkunde von 962, die noch weniger eine dauernde Übertragung bezweckt, indem sie schon das dritte Jahr als äußerste Grenze nimmt; sie ist enthalten in einem Wiener Pergamentrodel des 11./12. Jahrhunderts und verdient ebenfalls volle Glaubwürdigkeit. Die Urkunden von 963 und 993 mit ihren auffälligen Änderungen dagegen sind lediglich in einem Wiener Kopialbuch des 13. Jahrhunderts überliefert. Schon das mahnt zur Vorsicht. Wirklich enthält die letztere Urkunde Sätze, die, wie der Vergleich mit den Formeln des päpstlichen Liber diurnus ergibt, unmöglich in der päpstlichen Kanzlei geschrieben sein können und die im Verein mit sachlichen Bedenken beweisen, daß gerade die kritischen Stellen nachträglich in eine sonst unverdächtige Palliumsurkunde eingefügt wurden. Die Nachträge erwecken auch Mißtrauen gegen die Urkunde von 963, soweit sie sich mit deren Inhalt berühren; wirklich erweisen sich gerade in jenen Sätzen, die das Privileg von 963 mit einer ebenfalls von Leo VIII. für das Kloster Montmaiour ausgestellten Urkunde gemeinsam hat, eben die Worte „vel nonum annum“ als Erweiterung des ursprünglichen Textes. Den Abschluß des Beweises gibt der Umstand, daß im selben Kopialbuch eine noch nicht besprochene Urkunde des Papstes Leo vom Mai 842 Aufnahme gefunden hat, die ebenfalls die drei Höfe dem Erzbischof Dietmar von Salzburg, seiner Kirche und seinen Nachfolgern für ewig verleiht; wird der hier festgesetzte Zins von drei Pfund Silber im 1. Jahre nicht gezahlt, so soll er im 2. oder 3. oder 4. Jahre entrichtet werden; wird er aber auch dann nicht gezahlt und kommt das 5. Jahr, so soll das Privileg trotzdem in Kraft bleiben! Diese Urkunde ist zweifellos unecht, schon deswegen, da es 842 keinen Papst Leo gab und da Salzburg in der Verwaltung der päpstlichen Patrimonien erst nach 873 an die Stelle von Freising gesetzt wurde! Von hier aus müssen nun auch die Ewigkeits- und Neunjahrbestandteile der Urkunden von 963 und 993 als Fälschungen genommen werden.



Sie waren allem Anschein nach lediglich dazu bestimmt, die älteren Rechte Salzburgs geltend zu machen, als Benedikt VIII. die drei Höfe an Kaiser Heinrich II. gab. So erklärt sich, warum in allen drei Urkunden die dauernde Verbindung mit Salzburg so entschieden betont wurde. Aus dem angeblichen neunjährigen Zinstermin darf vielleicht geschlossen werden, daß Benedikt bald nach drei oder vierjähriger Zinssäumnis die Patrimonien — entsprechend seinem guten Rechte — wieder an sich gezogen hatte, worauf Salzburg mit aller Gewalt den Fehler wieder gut zu machen suchte. Aber es war zu spät.

Im Jahre 1018 schenkte nämlich Heinrich II. den vom Papste erworbenen Besitz dem Domkapitel seiner Lieblingsstiftung Bamberg. Zwei Originalurkunden und eine vertrauenswürdige Abschrift sind hierüber erhalten.[1]) Die erste schenkt „predium in loco Winiheringvn dicto in pago Hisiniggouue et in comitatu Chadalhohi comitis cum his locis Antisna et Wovlinbah dictis"; der Name des Grafen (vielleicht ebenso der Gauname) und das Tagesdatum sind in einer ursprünglich dafür freigelassenen Lücke nachgetragen. Die zweite Urkunde betrifft das „predium in loco Antisina dicto in pago            et in comitatu Arnolfi comitis"; das Tagesdatum ist hier ebenso unausgefüllt geblieben wie der Gauname. Endlich nennt eine Abschrift des 14. Jahrhunderts auch eigens Woulimbach; aber hier sind gleich für Gauname und Tagesdatum Lücken offen geblieben! Schade; dadurch ist uns von vornherein jeder Behelf entgangen, in welcher Gegend wir den Ort zu suchen haben.

Winiheringa liegt im Isengau. Es ist also identisch mit Winhöring in der Nähe von Altötting und Eggenfelden. Noch im Spätmittelalter war die Beziehung zu Bamberg gewahrt; der Ort war der Mittelpunkt einer bambergischen Propstei. Diese wurde erstmals 1357 an Siegfried von

1) Mon. Germ. Diplomata III 486—488 Nr. 382—384.

Törring verpfändet, dann endgültig 1554/60 an Georg von Gumppenberg verkauft. Durch Erbgang erhielt schließlich das Haus Törring diese Güter als Hofmark von neuem.[1])

Antesna hat man eine Zeit lang in der Nähe von Winhöring gesucht und mit dem Weiler Aresing, dessen ältere Form „Antesing" gelautet habe, gleichgesetzt.[2]) Diese Annahme ist ganz unzulässig; denn der Ort muß in einer anderen Grafschaft als Winhöring (Graf Chadalhoch) gelegen sein, denn sein Graf heißt Arnulf (es ist der Vater des Würzburger Bischofs Adalbero). Chadalhoch und Arnulf waren Nachbarn; öfters sind sie zusammen genannt, so zum Beispiel beim Streit um die Abtei Moosburg im Jahre 1027.[3]) Ersterer saß im Isengau, letzterer im Rottachgau. Der Rottachgau griff über den Inn ins Innviertel hinein. Hier liegt nun der Ort, den wir suchen: Andiessen an dem gleichnamigen Flüßchen. Den Beweis, daß es sich um das päpstliche Antesna handelt, liefert wieder der bambergische Besitz, der sich ganz in der Nähe findet. So war das Pfarrdorf Münsteuer, zehn Minuten von Andiessenhofen entfernt, als Kirchenlehen an den Markgrafen von Steyr ausgetan und von diesem wieder an ein Dienstmannengeschlecht von Stein zu Afterlehen weitergegeben.[4]) 1154 wurde dann Münsteuer an das Kloster Reichersberg vertauscht.[5]) Die bisher allgemein[6]) angenommene Identität von Antesna und Andiessenhofen aber ist m. W. bisher durch nichts wahrscheinlich gemacht; die Orte Andiessen und

1) Fr. Töpfer, Geschichte der Gräflich Törringschen Schlösser und Hofmarken Winhering usw. (Oberbayerisches Archiv Band X S. 147—166).

2) Töpfer a. a. O. S. 147.

3) Th. Bitterauf, Traditionen des Hochstifts Freising Bd. II S. 279.

4) J. Strnadt, Innviertel und Mondseeland (Archiv für österreichische Geschichte Bd. XCIX. [1912] S. 159/60).

5) Oberösterreichisches Urkundenbuch Bd. I S. 309/11.

6) Vgl. Mon. Germ. l. c.

Andiessenhofen sind eben schon sehr frühzeitig von einander verschieden.

Und nun Wolinbah! Man hat zwar diesen Ort nach einem (in Wirklichkeit nicht näher nachweisbaren) Wolmbach versetzen wollen [1]), aber doch tasten wir immer noch im Dunkeln. Kommt ein bayerisches oder österreichisches Wollenbach, Wollbach, Wöllenbach, Wöllbach, Wullenbach, Wullbach, Willenbach, Willbach, Weilbach, Weilenbach oder eine Zusammensetzung mit Groß-, Klein-, Ober-, Unter- usw. (oder gar ein Hollenbach) [2]) in Betracht? Kann vielleicht ein lokalgeschichtskundiger Leser uns einige Fingerzeige geben? So viel steht fest, daß der Ort zwar im alten Bayern, aber nicht in den Grafschaften des Cadalhoch und des Arnulf lag; denn sonst hätte man nicht 1018 eine eigene Urkunde für ihn ausstellen müssen. Irgend welche Spuren von Beziehungen zu Bamberg würden die gesuchte Verbindung herstellen; aber vielleicht lassen sich diese schon deshalb nur schwer ermitteln, da der Ort früher als Winhöring und Andiessen wieder aus dem Besitz des Bamberger Domkapitels entlassen wurde. So sei z. B. darauf verwiesen, daß man um 1050 einen Hof Woulenbach an einen Ritter Gottschalk weitergab, wofür dann das Domkapitel einen Hof Dietersberg bei Gräfenberg und einen Hof Rossenstal erhielt. Und doch braucht man die Hoffnung nicht ganz aufzugeben: vielleicht führt doch noch einmal ein glücklicher Zufall auf die richtige Spur. Lokalforscher, schaut euch um! Es ist doch wahrlich für eine kleine unscheinbare Landgemeinde von heute keine geringe Ehre, wenn sie von sich behaupten könnte, daß sie einmal vor tausend Jahren zur stolzen Reihe der päpstlichen Patrimonien gezählt habe. Dr.

---

1) W. Götz, Historisch-topographisches Handbuch von Bayern Bd. I$^2$ S. 220.

2) Vgl. Ussermann, Episcopatus Babenbergensis II 28 Nr. 25.





## III.

## Luthers Sendungsidee und Harnacks Schema für eine katholische Lutherdarstellung.[1])

### I.

Über die Stellung von Luthers Sendungsidee im Rahmen der Grisarschen Darstellung wurde bereits an anderem Orte gesprochen (s. Zeitschrift für katholische Theologie 1912 S. 578, 586 ff.). Die so merkwürdig selbstbewußte Art, mit der Luther sich als Gesandten Gottes ausgab und unter Androhung der ewigen Verdammnis seine ihm angeblich von Gott geoffenbarten Sonderlehren zur Annahme zu bringen suchte, zwingt uns geradezu, an die Frage heranzutreten, ob die Sendungsidee Luthers objektiv begründet war oder als ein bloßes Erzeugnis seiner abnormen Phantasie betrachtet werden muß. Von der zu gebenden Antwort ist auch die Richtigkeit des von Harnack vorgeschlagenen Schemas einer katholischen Lutherdarstellung bedingt.

Einem offenbarungsgläubigen Protestanten gegenüber ist es nicht schwer, auf die gestellte Frage eine objektiv richtige Antwort zu geben. Luther besaß keine der beiden von ihm unterschiedenen und je nach den Umständen für sich in Anspruch genommenen Sendungen, keine ordentliche, weil diese ihm von denen, die sie ihm allein geben konnten und tatsächlich gegeben hatten, bei seiner Verurteilung entzogen wurde; keine außerordentliche, weil er weder Wunder gewirkt, noch ächte Weissagungen gemacht, noch in seinem persönlichen Lebenswandel jene Früchte getragen, die der Welterlöser uns als Erkennungszeichen eines wahrhaft von Gott gesandten außerordentlichen Lehrers angegeben hat. Daß bezüglich letzteren Punktes Meißingers Forderung, „die Polemik gegen Luthers System nicht mit einer Polemik gegen Luthers persönliche Moral zu verquicken“, unbiblisch ist,

1) Vgl. hierzu histor.-polit. Blätter Bd. 149, S. 774 ff., 856 ff., 901 ff.; Bd. 150, S. 321 ff., 418 ff., 489 ff.



wurde schon bemerkt; auch scheut sich ja Harnack nicht, die Polemik gegen die katholische Lehre mit der Polemik gegen das durch seine schwarze Brille gesehene katholische Leben zu verquicken, indem er erklärt, in der Lehre sei der Grund der angeblichen Mißbräuche. Auf jeden Fall aber, wo käme man hin, wenn der Gegner sich ausbedingen könnte, daß man ihn nicht dort angreife, wo nach dem Urteil von Freund und Feind sein schwächster Punkt ist? Nur das eine kann man verlangen, was Kritikern wie Harnack, die nur nach einem möglichst verblüffenden Schlagwort suchen, wenig Sorge macht, daß die Polemik sich auf Tatsachen stütze und in ihren Folgerungen nicht weiter gehe, als die Logik gestattet.

Merkwürdig im Munde eines unparteiisch sein wollenden Gelehrten werden jedenfalls viele auch die andere, von einer allzugroßen Respektsdistanz zu Luther zeugende Aufforderung Meißingers an seine protestantischen Kollegen finden, mit ungünstigen Äußerungen über Luther in Zukunft mehr zurückzuhalten, um so durch ein geschlossenes, einheitliches Urteil über Luther den Katholiken zu imponieren. Will Meißinger dadurch wirklich einer parteiischen Behandlung der Geschichte Luthers das Wort reden? Oder glaubt er, ein so künstlich präpariertes Urteil würde uns imponieren? Nicht was Protestanten über Luther zuzugeben belieben oder nicht, sondern was wir mit eigenen Augen in den Quellen finden, ist für uns bei der Beurteilung Luthers maßgebend.

Der Rationalist, der an keine übernatürliche Offenbarung glaubt und dem die „Inspirationen" der hl. Schrift nicht göttlicher sind, als die eines „gottbegnadeten" Dichters, muß sich natürlich die „Sendung" Luthers ganz anders als dieser und, das versteht sich von selbst, anders als seine offenbarungsgläubigen Kollegen vorstellen und sich dementsprechend einen ganz anderen „Beweis" konstruieren; er macht Luther zu einer „providentiellen Erscheinung" und konstruiert als „Beweis" eine angeblich von Luther herbeigeführte außerordentliche Wendung zum Besseren in der Weltgeschichte, wo jeder dann nach Herzenslust Schlechtes vor Luther und Gutes

nach ihm, wenigstens angebliches zusammenträgt, bis für kleine und große Kinder schließlich die ganze Weltgeschichte um Martin Luther kreist; das Bedenkliche bleibt nur, daß man das nicht als Dichtung, sondern mit der ernstesten Miene von der Welt als geschichtliche Wahrheit auszugeben versucht.

Es lohnt sich nicht, auf diesen angeblichen Beweis aus den „Wirkungen" der Reformation näher einzugehen; denn wenn man nur das zu den Wirkungen der Reformation rechnet, was in der Tat auf sie als Ursache zurückgeht, so ist leicht einzusehen, daß eine „Reformation", welche die Menschen namentlich am langjährigen Mittelpunkte ihrer freiesten Kraftentfaltung, in Wittenberg, „hundertmal ärger" macht, als sie vorhin gewesen, für keinen vorurteilslosen und wahrheitsliebenden Menschen dadurch als göttliches Werk legitimiert ist. Wenn die positiven Protestanten, die sich letzteren „Beweis" wenigstens als subsidiär gefallen lassen, gerne auf Luthers Lehre selbst zurückgreifen, so wurde oben schon dargelegt, daß Kern und Stern dieser neuen Lehre der neue Gottesbegriff Luthers ist, der aus einer sehr trüben Quelle stammt und Gottes unendliche Güte, Heiligkeit, Gerechtigkeit und Wahrhaftigkeit vernichtet; Gott kann aber unmöglich durch eine besondere Offenbarung Luther einen Gottesbegriff eingegeben haben, der Gott zu einem herzlosen, hinterlistigen Tyrannen macht, und es ist ausgeschlossen, daß Gott den Mönch von Wittenberg zur Verkündung dieser Lehre gesandt hat.

Wenigstens einen Helden, wenn auch einen tragischen, könnten, so meint Harnack, selbst die Katholiken in Luther sehen und mit der näheren Erörterung dieses Gedankens wollen wir diese Studienreihe abschließen. Harnack schreibt:

„Ich kann ihn (den Haupteinwurf gegen Grisars „Luther auf der Höhe des Lebens") in einer Frage formulieren: Glaubt Grisar an Luthers Ernst, daß er im Gebet mit Gott lebte, daß ihm das Wort Gottes die teuerste Sache war, daß er keine höhere Aufgabe kannte, als Zuversicht zu Gottes Verheißungen



in Christus und Glaube an seine Vergebung zu predigen, daß er mit Eifer nach Besserung der Sitten, wie in Wittenberg so überall strebte, daß er ein lebendiges, warmes Gemüt und Herz hatte, daß er Mut besaß gegen Not und Pest, Tod und Teufel, endlich daß er bei allem Selbstgefühl doch voll Demut Gott gegenüber war — glaubt Grisar das oder glaubt er es nicht? Nach dem 25. Kapitel seiner Darstellung muß ich annehmen, daß er sich davon überzeugt hat. Dann aber ist diese Erkenntnis als wichtigste Tatsachengruppe in den Obersatz zu stellen und alles andere ist als Untersätze unterzuordnen. Auch ein katholischer Biograph kann und muß so verfahren; denn er kann auch dann noch zu dem Fazit kommen, das ihm seine Kirche von vorneherein vorschreibt. Indem er nämlich in die Untersätze all die Züge des kirchlichen Revolutionärs, ferner der ungebändigten Naturkraft, der leidenschaftlichen Parteilichkeit und des Unvermögens sich zu zügeln einstellt, kann das Bild eines Helden entstehen, der sich und seine Brüder zu Gott emporheben will, aber die alten Brücken zum Heiligen und Ewigen niederreißt und einen neuen Weg noch nicht zu schaffen versteht. So müßte die katholische Geschichtsschreibung uns den Reformator darstellen." (Theol. Literaturzeitung 1911, Sp. 752.) *Αὐτὸς ἔφα*! Daß nicht nur katholische, sondern auch protestantische Geschichtschreibung ganz was anderes „müßte" und muß, wird gleich zu zeigen sein.

Was Harnack zunächst mit dem Fazit meint, zu dem der katholische Geschichtsschreiber a priori gelangen müsse, so ist er damit in einer vollständig irrtümlichen Voraussetzung befangen. Freilich hat die Kirche Luthers Lehre als Ketzerei und Luther selbst wegen seines hartnäckigen Festhaltens daran als Ketzer verurteilt; das weiß jedes deutsche Kind, ob katholisch oder protestantisch und es wird deshalb wohl nicht einmal für Kinder gefährlich sein, wenn der katholische Geschichtschreiber das Gleiche ausspricht. Glaubt aber nun Harnack vielleicht, die Kirche habe damit eine dogmatische Definition über die Persönlichkeit Luthers erlassen, über sein Leben, seine Geschicke, seinen moralischen und religiösen



Charakter, über den Grad seiner moralischen Schuld, und über die Wege, auf denen er zu seiner Höllenprädestination, zu seiner Freiheitsleugnung, zu seinen unheilbaren Seelenleiden, zu der bangen Frage nach dem gnädigen Gott und zu seiner Antwort darauf gekommen ist? Harnack wird hoffentlich durch die früher gegebenen Ausführungen endlich einmal zur Einsicht gekommen sein, daß durch die Verurteilung Luthers sein konkreter Charakter in keiner Weise dogmatisch festgelegt ist, daß der katholische Forscher a priori nicht einmal die Gewähr dafür hat, daß es ihm gelingen wird auf rein historischem Wege auch nur die Gerechtigkeit des gegen Luther gefällten Urteiles zu erweisen. Von wie vielen Häretikern wissen wir nur, daß die Kirche sie verurteilt hat, ohne aus ihrem Leben das notwendige historische Material zu besitzen, um die Verurteilung positiv als gerecht zu erweisen! Sind es ferner nicht Katholiken gewesen, Jarcke und Prechtl, die ähnlich wie in neuerer Zeit der Protestant Möbius die Frage der Verantwortlichkeit Luthers für sein Unternehmen auf eine völlig neue Basis zu stellen versuchten, indem sie bei ihm eine gelinde Form des Irrsinns annahmen, jedenfalls stark darauf hinwiesen, daß man es mit einem unglücklichen, geistig sicher nicht vollkommen normalen Mann zu tun habe? Vom dogmatischen Standpunkt wäre gar kein Hindernis, wenn die Quellen dazu führen würden, den Mann auch schlechthin als nicht zurechnungsfähig zu betrachten, womit das moralische Scheusal, das in protestantischen Köpfen als angebliches dogmatisches Postulat der Kirche sein Unwesen treibt, gründlich ad absurdum geführt wäre. Würde für den katholischen Historiker sein Glaube gar kein Hindernis sein, um so Luther, wenn die geschichtlichen Beweise dazu führen würden, jeder Verantwortlichkeit zu entheben, so ist es ihm noch viel weniger benommen, dort, wo sie auf Grund des Tatbestandes am Platze sind, Entschuldigungsgründe und Einschränkungen gelten zu lassen.

Die Form, in welche Harnack seine Forderung kleidet, ist trotz des gegenteiligen Scheines durchaus nicht klar. Soll







hier „Obersatz“ das Primäre heißen und „Untersätze“ das Sekundäre? Dann hätte Harnacks Darlegung gewonnen, wenn er es klar gesagt hätte. Allein da er nicht nur von einem „Obersatz“ und „Untersätzen“ sondern auch von einem „Fazit“ redet und tatsächlich mit dem Worte von dem „Helden“ eine Art Schlußsatz einführt, so werden wir doch an einen Syllogismus denken müssen, der dann freilich seine ganze scheinbar so klare Beweiskraft nur seiner Eigenschaft als — Vierfüßler verdankt. Die Gleichstellung von „Held“ im Schlußsatz mit dem Prädikatenkomplex im Obersatz ist nämlich nur richtig, wenn man jene Prädikate, soweit Grisar sie überhaupt gelten läßt — von einer wahren Demut gegen Gott z. B. sagt Grisar nichts — in dem von Harnack untergeschobenen uneingeschränkten Sinne nimmt, nicht aber wenn man sie in dem von Grisar offenbar allein zugegebenen begrenzten Sinne faßt. Ob sie aber in dem von Harnack gewollten uneingeschränkten oder in dem nach Grisar allein richtigen beschränkten Sinne historisch beweisbar sind, das ist keine solche Nebenfrage, wie Harnack durch die mit einer bloßen glatten Phrase vorgenommene Gleichstellung glauben machen möchte.

Ergänzen wir die einzelnen Teile der Konstruktion im Sinne Harnacks, dann könnte man in seinen Worten, mit einigem Wohlwollen, folgende syllogistische Überlegung finden: Obersatz: Luther war es ernst mit seiner Sache usw. Untersatz: erster Teil: dabei war er ein kirchlicher Revolutionär, voll ungebändigter Naturkraft, leidenschaftlicher Parteilichkeit und unvermögend sich zu zügeln; er hat, wenigstens soviel in seiner Macht lag, die alten Brücken zum Heiligen und Ewigen niedergerissen; zweiter Teil, protestantisch konfessionelle Fassung: und einen neuen besseren Weg gezeigt; katholische Fassung: ohne daß er einen neuen Weg hätte zeigen können. Schlußsatz: Also ist Luther ein religiöser Held, der sich und seine Brüder zu Gott emporheben wollte, die alten Brücken zum Heiligen und Ewigen niederriß und, protestantisch: einen

neuen besseren Weg zeigte; katholisch: ohne etwas besseres an die Stelle zu setzen.

Wie man sieht, müßte die eigentliche Begründung des von Harnack für Luther postulierten Heldentitels im Obersatze liegen; da dieser eine aus vielen Sätzen bestehende Satzverbindung ist, so entsteht die Frage, welches dann nach Harnack die gemeinsame, Luthers angebliches Heldentum begründende Grundidee sei, die er in jenen Luther beigelegten Prädikaten gegeben sieht. Harnack deutet es durch die Zusammenfassung im Schlußsatze an, wenn er sagt: der ernste Wille, sich und seine Brüder zu Gott emporzuheben. Es ist das, was Harnack sonst Luthers tiefe Religiosität nennt.

Da Harnack, wie schon oben angedeutet, von Religiosität keinen anderen Begriff hat, als den, welchen er sich in seiner Weise von Luther abstrahiert und durch sein rationalistisch-pantheistisch-atheistisches Sieb noch weiter destilliert hat, so ist klar, daß nach dem Satze der Identität und Prädikabilität Harnacks Begriff von der Religiosität auf Luther mit absoluter Vollkommenheit passen muß, denn jede Abstraktion paßt so auf den, von dem man sie abstrahiert. Daß damit aber noch gar nichts gewonnen ist bezüglich des von Luther und Harnack unabhängigen, objektiven Religionsbegriffes, der ein ganz anderer ist und schon oben in seinem Gegensatze zum Religionsbegriff Luthers und Harnacks ausführlich dargelegt wurde, ist ebenso klar.

Harnack, der seinen sogenannten Obersatz als ein Homologumenon zwischen Katholiken und Protestanten einschmuggeln möchte, weiß aber selbst sehr gut, daß die Katholiken, die sich von ihm nicht einen willkürlichen, unobjektiven Religionsbegriff als Maßstab aufdrängen lassen, sondern sich an den objektiven halten, trotz der im Obersatze aufgezählten Prädikate zu Luthers tiefer Religiosität ein großes Fragezeichen machen. Wir haben deshalb nicht eine sondern zwei konfessionell strittige Grundfragen, deren Verhältnis zueinander genauer zu untersuchen ist. Die erste, von Harnack übersprungene Frage ist: Hat Luther für seine Person eine



solche Religiosität besessen, die ihn unstreitig zu einer wahren religiösen Größe macht? Die zweite, etwas genauer und zutreffender als bei Harnack gefaßt, muß lauten: Ist Luther in seinem Wirken schlechthin als Begründer oder aber als Zerstörer religiöser Werte zu betrachten?

Geradezu fundamental ist nun hier die zu machende Feststellung, inwieweit zwischen diesen beiden Fragen eine innere Abhängigkeit besteht, insbesondere, inwiefern eine negative Antwort auf die zweite, eine negative Antwort auf die erste zum unvermeidlichen Rückschlag hat. Denn, tritt letzterer Fall ein, dann muß derjenige, der Luthers Wirken nicht von positiven Leistungen gekrönt und in seiner Hand die Religion in Trümmer gehen sieht, Luther schon aus diesem Grunde ohne Weiteres auch den Vorzug tiefer Religiosität aberkennen, womit das religiöse Heldentum Luthers in Rauch aufgeht, jedenfalls nicht als ein Homologumenon, nicht als ein Punkt, in dem Katholiken und Protestanten einig sind, betrachtet werden kann.

Es ist nun zunächst zuzugeben, daß in abstracto beide Fragen sich von einander trennen lassen. Namentlich, wo es sich um kleine Dimensionen handelt, ist es nämlich ganz gut möglich, daß ein tief religiöser Mensch es gut meint und schlecht trifft; daß er infolge der eigenen geistigen Beschränktheit, allgemein menschlicher Unzulänglichkeit oder widriger Umstände eine Wirksamkeit entfaltet, die sich in ihren Wirkungen für die Religion tatsächlich als verderblich erweist. Der Fall könnte z. B. gegeben sein, wenn ein persönlich sehr frommer und eifriger Geistlicher, in dem Bestreben, „seine Brüder zu Gott emporzuheben“, das geistige Wohl seiner Untergebenen zu fördern, zuviel Nachdruck auf gewisse Andachtsübungen legte, die sich in der Folge als eine zu große Belastung und damit als Hindernis des Fortschrittes herausstellen würden; oder wenn er umgekehrt, um sie nicht übermäßig zu belasten, zu weit die Zügel schießen ließe, sodaß sie lau und ausgelassen würden; oder wenn er gewisse



fromme Ideen, die an und für sich richtig und für ihn und seinesgleichen vollkommen unschädlich, ja förderlich sind, in einen größeren Kreis hineinwürfe, der mangels der gehörigen Voraussetzungen für so hohe Ideen nicht gestimmt ist und dem dieselben vielmehr zum Schaden gereichen. So ist es z. B ja ganz gewiß ein hochreligiöser Grundsatz, daß man sich in allem vom Geiste Gottes leiten lassen soll; für die breiten Massen aber und auch für andere, die allzuleicht den eigenen Geist oder die Eingebungen der Leidenschaft für das Walten des Geistes Gottes halten, ist der andere Grundsatz praktisch entschieden notwendiger, daß man sich vor allem und auf jeden Fall durch die klaren Vorschriften des Sittengesetzes leiten lassen soll. Hätte nun z. B. Luther jenen ersten Grundsatz und andere ähnliche nur in ungeschickter Weise den unrechten Personen oder gar der großen unreifen Menge gegenüber betont, so hätte er einen ungünstigen religiösen Einfluß ausüben und dabei doch von den besten Absichten geleitet und für seine Person ein vom religiösen Grundideal keineswegs abweichender Mensch, ja ein Heiliger sein können.

Ein Mensch kann sogar religiös sein und dabei im guten Glauben religiösen Irrtümern huldigen, ja dieselben auch verbreiten und dadurch auch andere Menschen religiös, aber von diesen selben Irrtümern eingenommen machen. Beispiele sind der Philosoph Rosmini und eine Zeitlang der große und fromme Fénélon. Dann ist aber notwendig, daß jene Irrtümer praktisch nur nach Art der Schmarotzerpflanzen den festen Stamm gesunder Religiosität umranken, nicht aber Richtung gebend in dieselbe eindringen. Hätte Luther seine jungen Augustiner nur angeleitet, sich oft vor Gott zu demütigen, dabei aber das als eine jeden Tag notwendige Übung erklärt oder in dieser Absicht empfohlen, sich gelegentlich selbst zur Hölle zu resignieren, falls man durch eigene Untreuen sich derselben schuldig machen sollte, so wären das Irrtümer gewesen; Luther hätte auch seine Mitbrüder in dieselben geführt, er hätte dabei aber im guten Glauben

handeln und dabei der religiöseste Mensch von der Welt sein können. Selbst das Bewußtsein der Neuheit seiner Praxis hätte ihn in seinem guten Glauben nicht notwendig stören müssen; auch manches Alte war ja einmal neu; vor Franz von Assisi hat es auch keine Bettelmönche gegeben und so manche Eigentümlichkeiten des modernen Ordenslebens kannte man nicht vor Ignatius von Loyola.

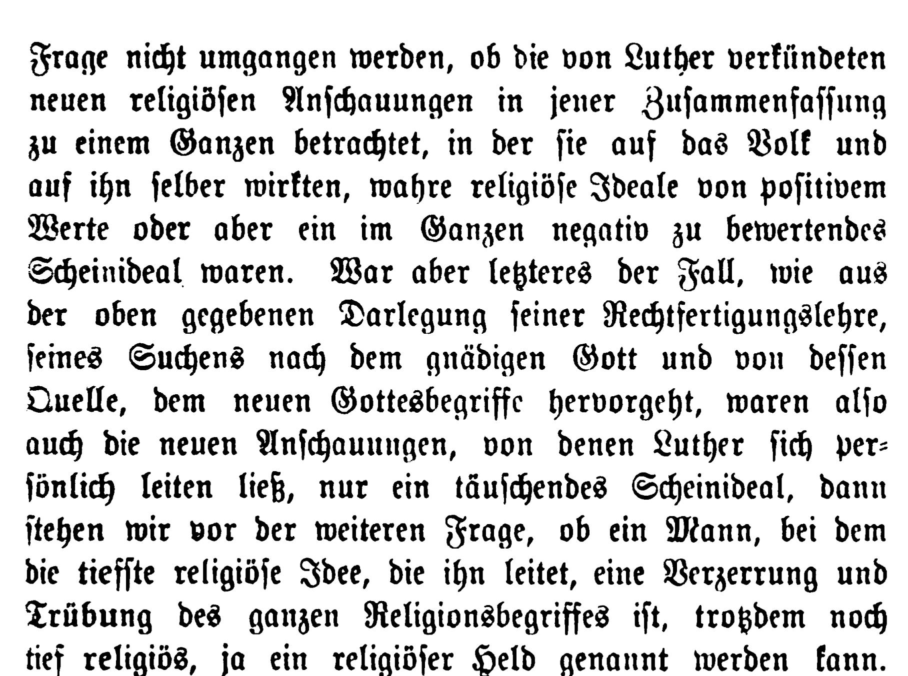
Etwas anderes aber ist es, ob mit jeder Zerstörung religiöser Werte der gute Glaube und tiefe persönliche Frömmigkeit bestehen kann. Einmal angenommen, Luther habe über sein ganzes Werk in optima forma die schwersten Gewissensbisse gehabt, aber, durch Eigenliebe geblendet, in sich nicht die moralische Kraft gefunden, um das: „Vater ich habe gesündigt" auszusprechen, um über sein Werk den Stab zu brechen und reumütig zur Kirche zurückzukehren, wie es ja nach ihm allen Stiftern von Irrlehren geht, und Luther hat selbst nach Harnack die radikalste Irrlehre gestiftet. Es ist gar nicht einzusehen, wie in diesem Fall sein Benehmen sich von jenem Benehmen, das wir tatsächlich an ihm beobachten, noch unterscheiden könnte; wenn die Vorwürfe, die Luther sich immer wieder zu machen gezwungen war, nicht der natürliche, spontane Ausdruck einer schuldbewußten Seele sind, die sich jedoch ihre Schuld nicht eingestehen will, dann ist die menschliche Sprache, überhaupt das ganze menschliche Ausdrucksvermögen nicht im Stande jenen Seelenzustand wiederzugeben.

Die oben besprochene Möglichkeit hat eben ihre Grenzen. Je umfassender, tiefgreifender und infolgedessen in die Augen springender die Zerstörung religiöser Werte ist, welche sich einem Manne in seinem angeblich religiösen Wirken an die Ferse heftet, desto eher und entschiedener muß der Zustand der persönlichen Unwissenheit bezüglich dieser Seite seiner Tätigkeit aufhören und das klare Bewußtsein darüber an die Stelle treten. Dieses klare Bewußtsein muß dann seinerseits umso schwerer auf das Verantwortlichskeitsgefühl dieses Mannes drücken, und zwar umsomehr, je näher die Frage

rückt, ob durch die eigene Tätigkeit nicht etwa nur eine falsche Religiosität, sondern ganz sicher auch die ächte, weil eben alle Religiosität in ihren Wurzeln angegriffen oder doch deren Idee wesentlich entstellt wird. Wenn es nämlich auch denkbar ist, daß ein tiefreligiöser Mensch aus seiner Religiosität heraus Dinge bekämpft, die er mit Recht oder Unrecht für einen mißbräuchlichen Auswuchs, für ein Hindernis der wahren Religiosität ansieht, so ist es doch vollständig ausgeschlossen, daß ein tiefreligiöser Mensch einen Krieg gegen vermeintliche falsche Frömmigkeit eröffnet und unentwegt fortführt, nachdem er längst unter seiner Hand zu einem Vernichtungskrieg gegen Religion und Frömmigkeit überhaupt geworden ist.

Bevor wir also Luther ohne Einschränkung für einen tiefreligiösen Menschen, ja für einen religiösen Helden erklären, der „auf das Wesen der Religion" zurückgegangen sei, „um das Christentum vom Religionswesen zu befreien", der „der Religion die Religion zurückgegeben habe" und wie die grotesken Behauptungen alle lauten, haben wir allen Grund genauer zuzusehen, ob die tatsächliche Wirkung seines Auftretens nicht in weitem Umfange eine Vernichtung aller Religiosität bedeutete, was er bekanntlich selber einsah und eingestand, ohne deswegen seine Kampfesweise aus Ehrfurcht vor der auf dem Spiele stehenden Religiosität jemals ernstlich zu ändern.

Ein nicht zu übersehender Zusammenhang zwischen der persönlichen Religiosität im Inneren und dem religionsgründenden oder religionszerstörenden Charakter der Tätigkeit nach Außen liegt dann naturgemäß in dem geschlossenen Charakter jeder nicht unzurechnungsfähigen, ernst zu nehmenden Persönlichkeit; die nach Außen verfochtenen Ideale sind auch die treibenden Kräfte im Innern; die religiösen Ideen, die Luther in die Menge warf, waren eben seine eigenen, die ihn auch selbst bewegten. Wenn also die Frage nach der religionbildenden oder religionvernichtenden Kraft von Luthers Tätigkeit aufgeworfen wird, dann kann auch die



Frage nicht umgangen werden, ob die von Luther verkündeten neuen religiösen Anschauungen in jener Zusammenfassung zu einem Ganzen betrachtet, in der sie auf das Volk und auf ihn selber wirkten, wahre religiöse Ideale von positivem Werte oder aber ein im Ganzen negativ zu bewertendes Scheinideal waren. War aber letzteres der Fall, wie aus der oben gegebenen Darlegung seiner Rechtfertigungslehre, seines Suchens nach dem gnädigen Gott und von dessen Quelle, dem neuen Gottesbegriffe hervorgeht, waren also auch die neuen Anschauungen, von denen Luther sich persönlich leiten ließ, nur ein täuschendes Scheinideal, dann stehen wir vor der weiteren Frage, ob ein Mann, bei dem die tiefste religiöse Idee, die ihn leitet, eine Verzerrung und Trübung des ganzen Religionsbegriffes ist, trotzdem noch tief religiös, ja ein religiöser Held genannt werden kann.

Es ist zunächst dieselbe Frage, welche wir bezüglich der Religiosität eines frommen Heiden stellen. Da aber Luther nachweislich besseres gekannt, da er es war, der mit eigener Hand den religiösen Gottesbegriff der Kirche bis zu jener enormen Verzerrung, die in seinem Gottesbegriff liegt, entstellte, so müssen wir ihm gegenüber die weitere Frage aufwerfen: Wie weit ist sich Luther des ungeheueren Abstandes bewußt geworden, wie weit ist ihm die in seinen neuen Aufstellungen liegende Minderung der religiösen Idee gegenüber dem, was er vorfand, zur Einsicht gekommen, in wieweit hat er diese Minderung durch Umbiegung oder Ergänzung seiner Aufstellungen wett machen zu können geglaubt — man denke an seine „grandiose Konzeption" der „Alleinwirksamkeit Gottes" und der Ehre Gottes, die er dadurch wirksamer zu wahren vorgab — und endlich wieweit hat tatsächlich in all diesen Dingen nicht eine von Leidenschaft eingegebene Selbstbeschwichtigung, sondern sein wirklicher guter Glaube gereicht?

In letzterer Hinsicht fällt besonders schwer ins Gewicht, wie er seine Gehorsamsaufkündigung gegen die früher von ihm selbst anerkannte Lehrautorität der Kirche in seinen

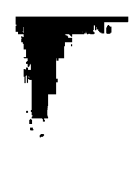
eigenen Augen rechtfertigte, ob er die von ihm ins Feld geführten Gründe als durch keine Parteilichkeit oder Leidenschaftlichkeit eingegeben betrachten durfte oder nicht.

Das alles nun sind Fragen, die nicht, wie es Harnack macht, mittelst einer vorgefaßten Idee, unter die man willkürlich die Betrachtung Luthers stellt, sondern nur an der Hand seiner eigenen verbürgten Aussagen, seines ganzen Benehmens und mit kritischer Wertung aller Umstände beantworten kann. Von ihrer Beantwortung hängt es dann ab, ob der Mangel in den neuen religiösen Grundanschauungen schon an und für sich einen Rückschluß auf vorhandene oder mangelnde aufrichtige und tiefe persönliche Religiosität gestattet oder nicht; bleibt auch nur ein begründeter Zweifel, so hat man kein Recht, Luther die Lorbeeren eines religiösen Helden auf Vorschuß zu geben.

Auch die Art und Weise, wie Luther seine neuen religiösen Ideen verbreitete, kann möglicherweise seine persönliche Religiösität in einem ungünstigen Lichte erscheinen lassen. An Harnacks Obersatz ist soviel richtig, daß Luther sich selbst von den uns bereits genügend bekannten neuen religiösen Ideen einnehmen ließ, und auch daß er für dieselben eine ganz leidenschaftliche Propaganda machte. Er bekämpfte schonungslos alles was ihnen entgegenstand, Lehren, Einrichtungen und Personen; er ergriff unbedenklich alle Mittel, die ihm zur Durchsetzung dieses Zieles dienlich schienen. Soweit geht alles an; aber er tat nicht nur das.

Luther griff auch Lehren, Einrichtungen und Personen an, welche oder soferne sie nicht seiner Idee entgegengesetzt waren; er warf der Kirche religiöse und sittliche Lehren vor, die sie nie vertreten; er klagte sie mit unerhörter Heftigkeit der Beugung von fundamentalen Lehren an, die zu ihren allerwichtigsten Dogmen gehörten, man denke an die absolute Notwendigkeit der Gnade, an die Abhängigkeit alles Heiles von Christus; er interpretierte in die kirchlichen Einrichtungen einen Sinn hinein, den sie nie gehabt, er schob den Gläubigen eine „Werkheiligkeit“ unter, an die niemand dachte,







er machte seinen Gegnern, katholischen und neugläubigen, Vorwürfe, deren Unwahrheit und beleidigende Ungerechtigkeit er selbst nachweislich sehr gut kannte. Er wandte überhaupt Mittel an, die mit der religiösen Idee, in deren Dienst er zu stehen erklärte, in keiner Weise zu vereinigen waren; er gab vor, die Ehre Gottes und Christi mit Dingen zu verteidigen, die offene Unwahrheiten, schreiende Ungerechtigkeiten, skrupellose Gewaltätigkeiten, wilde Ausbrüche nicht einer gottbefriedeten Seele, sondern grenzenloser Leidenschaftlichkeit waren, Dinge, die niemand im Ernste als die äußere Entfaltung einer tiefen Religiosität, als den Ausdruck einer tiefernsten Hingabe an die Ehre Gottes und des Erlösers betrachten kann. Nahm die tiefe Religiosität die Seele Luthers wirklich so vollkommen gefangen, wie Harnack behauptet, aus welchem Quellgrunde stammen dann all diese nichts weniger als religiösen Erscheinungen?

## IV.

## Lulu Brentano, die Märchenerzählerin und Freundin der Brüder Grimm.

Von Reinhold Steig, Berlin.

Ludovica oder Luise Brentano, von den Ihrigen Lulu genannt, Clemens', Christians und Bettinas jüngere Schwester, wurde 1787 geboren, verheiratete sich 1805 mit dem Bankier Jordis, schloß später mit dem Freiherrn Richard Rozier des Bordes eine neue Ehe und starb 1854. Sie war gescheit und begabt wie ihre Geschwister alle, an deren dichterischen und künstlerischen Neigungen sie sich beteiligte. Auf ihrem Lebenswege wuchsen der Dornen gar viele, und je tiefere Blicke sie in das glänzende Getriebe der großen Welt, in Cassel, in Paris, zu tun Gelegenheit hatte, desto stärker empfand sie in sich das Bedürfnis nach der Stille geistigen



und religiösen Lebens. Sie gewöhnte sich früh daran, das Verhängnis ihres Lebens religiös zu betrachten und ihren Stimmungen poetischen Ausdruck zu geben. 1853 ließ sie zu Regensburg ihre „Geistlichen Lieder" ausgehen, die sie in den Widmungsstrophen an ihren Schwager von Savigny als selbstempfundene, lautere Wahrheit bezeichnet. Sie enthalten Weihnachts-, Marien-, Passions- und Kommunionslieder; zwei Abteilungen sind „Priestertum" und „vermischte Gedichte" überschrieben. Das Jahr zuvor hatte ihr Christian Brentano den vierten Band von Clemens' Gesammelten Schriften zugeeignet, voll Preis und Dank dafür, daß die Geschwister, so sehr verschieden an Gaben, Beruf und Schicksal, nach manchen ernsten Lebensstunden doch sich treu vereint zu Jesu Füßen:

> Da hast auch Du das schöne Los erkoren,
> Mit Herz und Mund den Herrn im Lied zu grüßen
> In frommen Weisen, zeugend von dem Leben,
> Das reich und frisch Dir strömt in späten Tagen,
> Nur um es Ihm in Demut hinzugeben,
> Der lange uns gesucht und lang getragen.

Denn auch die gabenreichste Seele finde immer Befriedigung in dem Schimmer des schönsten äußeren und inneren Lebens,

> Wenn nicht in Gott die Ruhe sie gefunden,
> In dem allein die Seele kann gesunden.

Es sind das Worte, die uns treffend das äußere und innere Leben der vielgeprüften Frau andeuten und es beruhigt ausklingen lassen.

## I.

In den „Geistlichen Liedern" der Frau des Bordes vernehmen wir öfters den herzlich-warmen Ton ihres Bruders Clemens; dessen „Sträußchen" im Pouce de Luon ahmt z. B. wie unwillkürlich ihr an die Jungfrau Maria gerichtetes „Dreifaltigkeitsblümchen" (S. 39) nach. Aber wir hören in ihnen auch den Nachklang des Volksliedes, des Wunderhorns, das ja in ihrer unmittelbaren Nähe entstand oder wenigstens seinen Abschluß fand. Denn als junge



Frau kam sie 1807 nach Cassel, wo ihr Gatte im neugeschaffenen Königreich Westfalen als Hofbankier einen einflußreichen Wirkungskreis erhielt. Dies war auch die Veranlassung, daß Clemens 1807 mit seiner zweiten Frau Auguste, geb. Busman, nach Cassel ging und daß sich dort nacheinander die übrigen Geschwister, besonders Bettina und Melina, zu längerem Aufenthalte einfanden. Auch Savigny und seine Frau Kunigunde trafen dort auf der Rückkehr von einer großen Studienreise Ende 1807 zu Besuche ein, mit ihnen von Weimar her Achim von Arnim, um mit Clemens den zweiten und dritten Band des Wunderhorns fertig zu machen.

War auch das Haus Jordis damals zur Pflege offizieller, zum Teil französischer Geselligkeit verpflichtet, die mit Pomp und Glanz geübt wurde, so mochte doch die Frau Lulu Jordis den Verkehr mit geistig bedeutenden Männern, an den sie von früh auf gewöhnt war, nicht entbehren, und deswegen wandte sie ihre Neigung und Freundlichkeit den Freunden ihrer Geschwister, den ihr etwa gleichaltrigen Brüdern Grimm, namentlich dem geselliger veranlagten Wilhelm zu. Sie sah sie öfter bei sich, nahm Anteil an ihren literarischen Arbeiten und ließ sich von ihnen mit den neuesten Erscheinungen auf dem Gebiete der Literatur und Kunst versorgen. Ihre im Grimmschen Nachlasse erhaltenen Briefe, von deren vollständiger Widergabe abgesehen werden darf, legen Zeugnis davon ab. Zeitweilig sich in Frankfurt aufhaltend, schrieb sie einmal von dort an Wilhelm Grimm, 16. März 1812:

„Ich hätte schon Ihren ersten Brief gerne beantwortet, den ich bei meiner Zurückkunft von Cassel hier traf. Die einzige Ursache, die mich davon abhielt, war eine unüberwindliche Untätigkeit, die mich zu befallen pflegt, wenn ich nicht vergnügt bin, und dies ist leider oft mein Fall. Nun muß ich Ihnen recht freundlich danken für Ihre Gefälligkeit, mir die Lieder zu verschaffen, und bitte Sie, sich die Auslagen von Jordis ersetzen zu lassen. Ich habe die Lieder schon gespielt und mir das

Lied an den Mond aus des Knaben Wunderhorn zum Lieblinge auserkoren, vermutlich weil ich es als das leichteste am besten verstehen konnte. — Gestern habe ich einen Brief von Thomas gelesen, er ist in Prag und denkt vielleicht in einiger Zeit hierher zu kommen, es scheint mit dem Christian seinen Projekten (auf dem Familiengute Bukowan in Böhmen) übel zu gehen, was mich für den armen Clemens sehr betrübt. — Wenn es Ihnen nicht zu viel Zeit nimmt, so schreiben Sie mir manchmal, bis dahin bleibe ich mit Achtung Ihre Freundin Luise Jordis-Brentano."

In der folgenden Zeit weilte sie mit ihrem Gatten, wenig befriedigt und glücklich zu Paris. Von da schrieb sie während der Kriegszeit, den 28. Juni 1813, an Wilhelm:

„Lieber Herr Grimm! Ich habe schon auf sechs Briefe, die ich nach Berlin schrieb, keine Antwort erhalten und fürchte, daß solche alle nicht wohl besorgt worden sind. Da ich nun gestern hörte, daß Sie mich durch Doktor Thomas (in Frankfurt) freundlich grüßen lassen, so fiel es mir ein, Ihre Freundschaft zu benützen und Sie zu bitten, den eingeschlossenen Brief an Arnim zu besorgen, dessen Adresse ich nicht weiß; ich habe ihn auch gebeten, seine Antwort an Sie zu schicken, und wenn Sie hernach die Güte haben, solche auf unser Comptoir (in Cassel) zu tragen und sich dorten die Auslagen ersetzen zu lassen, so hoffe ich endlich Nachricht zu erhalten. Ich wünschte, froh genug zu sein, um Ihnen etwas angenehmes schreiben zu können; denn ich schmeichle mir, daß Sie mir ein wenig gut sind und Teil an mir nehmen. Aber es will mir in dieser Welt nicht recht wohl werden und ich möchte herzlich gern sehen, wie es in der andern ansieht. Ich habe angefangen Spanisch zu lernen und lese jetzt den Gil Blas, den ich schon recht gut verstehe, und es kommt mir ohnehin so spanisch vor in der Welt, daß ich durchaus die Sprache lernen mußte. — Haben Sie nicht Lusten mitzureisen, wenn ich nach Berlin gehe? Wenn Sie mir das Vergnügen machen mir zu antworten, so vergessen Sie nicht zu sagen, wie es mit Ihrer Gesundheit gehet, und wenn ich Ihnen hier in etwas dienen kann, so machen Sie mir Freude,





es zu verlangen. Grüßen Sie Ihren Bruder herzlich von mir und vergessen nicht Ihre ergebene Luise Jordis-Brentano."

Am 22. November 1813 bat sie aus Paris Wilhelm Grimm in einem Briefe, den sie in Lausanne zur Post geben ließ, um dringende Auskünfte, und dann weiter:

„Haben Sie nichts von Berlin gehört? Ich bekomme gar keine Nachricht von meinen Geschwistern und führe ein wüstes, trauriges Leben, was sich nur zuweilen erhellt, wenn ich wie eben jetzt denen, die ich achte, in etwas dienen kann und also fühle, daß ich doch nicht ganz umsonst da bin. Adieu, lieber Wilhelmus, ich hoffe, Sie und Ihr Bruder haben nicht von der stürmischen Zeit gelitten, und erwarte recht mit Sehnsucht eine Antwort. Lulu."

Aus sehr viel späterer Zeit sei ein Brief mitgeteilt, der an eine Freundlichkeit Wilhelm Grimms anknüpft, aus Frankfurt 14. Februar 1834:

„Mein lieber Freund! Es ist Ihnen gelungen, mir, wie Sie es gewiß wünschen, eine recht herzliche Freude zu machen; Sie, die sich so vieles erinnern, wissen gewiß noch, wie gerührt ich durch einen jeden Beweis von Anhänglichkeit und Freundschaft bin, und es seie Ihnen also herzlich für Ihr liebes, gutes, schönes Andenken gedankt. — Was Sie mir von dem Glücke sagen, was ich einst hatte, Ihnen mit einer Kleinigkeit nützen zu können,[1]) so kann ich Sie ehrlich versichern, daß ich erst durch Ihren Brief eine dunkle Erinnerung davon bekommen habe. Sie scheinen sich aber gar nicht daran zu erinnern, daß Sie mich bei Ihrem lieben Töchterchen (Auguste, geboren am 21. August 1832) in Gedanken zu Gevatter gebeten haben, daß ich es mit Freuden angenommen habe, und da ich leider keine Fee bin und also nur irdische Gaben austeilen kann, so wählen Sie mir für die zweifelhafte Summe, die Sie mir schuldig zu sein wähnen, ein passendes Andenken für mein Geistespatchen, oder heben Sie ihm solche in Natur bis zu späterer Zeit auf. Nicht wahr, Sie tun es, lieber Wilhelmus? — Es

1) Es handelt sich um eine einmal vorgeschossene Summe von 300 Fr., wobei sich Frau Jordis vorzüglich benahm.





tut mir recht im Herzen weh, daß sie immer leidend sind, und ich glaube, wenn Sie den Mut faßten, uns mit Frau und Kindern zu besuchen, es würde Ihnen vielleicht wohl tun. Ich habe ein schönes Haus in der Stadt und ein liebes freundliches Häuschen auf dem Lande gebaut, in beiden ist Raum, Ruhe und heitre Luft bei sehr schöner Aussicht, es fehlt nur an lieben Bewohnern. Kommen Sie, lieber Freund, mit Weib und Kind, es ist herzlich gemeint, es würde mir viele Freude und gar keine Last sein. — Alles, alles grüßt Sie, und ich würde noch länger mit Ihnen plaudern, wenn mich nicht eine üble Gesellschafterin, die Grippe, davon abhielt. Immer und immer Ihre treue Freundin Luise des Bordes.

Noch vom Jahre 1836, 17. Februar, liegt ein Brief von ihr vor, der letzte der erhaltenen, aus Frankfurt:

„Mein werter Freund Wilhelmus! Fangen Sie nur gleich damit an, die Unterschrift meines Briefes zu lesen, oder ich will Ihnen lieber gleich sagen, daß ich die Lulu bin; denn so oft und gerne ich an Sie gedacht habe, so wenig habe ich Ihnen doch geschrieben und Sie möchten wohl meine Handschrift nicht mehr kennen, ist es doch schon ein Glück, daß wir unsere Gesichter noch kennen, wenn wir uns begegnen. Ich weiß, lieber Freund, Sie waren wieder krank und ich bin es fast beständig, ich hoffe, es ist Ihnen wieder wohl und wir sehen bald einmal wieder Ihr liebes freundliches Gesicht; wohl wäre es möglich, daß ich Sie dieses Frühjahr besuchte, ich habe den Wunsch, meine lieben Schwestern in Berlin (Kunigunde und Bettina) zu sehen, die so großes Unglück ertragen und so heldenmütig ertragen. Wenn es mir meine schwache Gesundheit erlaubt, so mache ich mich auf den Weg, und dann mache ich auch den Umweg zu Euch (nach Göttingen), ich möchte Euch wiedersehn, die Frau und Kinder kennen lernen, wenn es auch nur auf Augenblicke wäre, es ließe mir doch wieder einmal eine Erinnerung im Leben zurück, wie ich sie nur selten und von wenigen habe. Ich glaube doch wirklich, daß so liebenswürdige Menschen nicht mehr leben, als Ihr ward und hoffentlich noch seid. (Folgt die Bitte um Auskunft über eine Persön=





lichkeit.) Adieu, grüßen Sie mir den Jakob, vor dem ich mich immer ein wenig gefürchtet habe, empfehlen Sie mich Ihrer lieben Frau und bleiben Sie mir hold. Luise des Bordes."

## II.

In den Briefwechseln der Brüder Grimm unter sich und mit ihren Freunden finden sich eine Anzahl Äußerungen, die die Frau Lulu Jordis-Brentano in Verbindung mit Märchen bringen, deren Niederschrift ihr zu verdanken ist. Diese Nachrichten eröffnen uns den Blick in eine tätige Anteilnahme an den Märchensammlungen ihrer Freunde, und es gilt, den erreichbaren Umfang dieser Mitarbeit herauszustellen und damit zugleich im Jubiläumsjahre der Grimmschen Märchen einen Beitrag zu der Art ihres Entstehens zu liefern.[1])

Die erste Spur einer Mitarbeit der Frau Luise Jordis an den Märchen führt in den Bereich der Tiermärchen und weist genau auf die frühesten literarischen Bestrebungen der Brüder Grimm hin. Schon vor den Befreiungskriegen hatten sie für Reinhart Fuchs zu sammeln begonnen, auch öffentlich ihre Absicht einer Ausgabe kundgetan, ob sich gleich die Verwirklichung noch über zwei Jahrzehnte hinzog und Jakob sein Werk „Reinhart Fuchs" erst 1834 fertig stellte. Im November 1811 meldete nämlich Arnim seinen Freunden Grimm aus Frankfurt (Arnim und die Brüder Grimm S. 162): „Wegen den Fuchsgeschichten habe ich schon im Hause herumgefragt, aber nichts vernommen, die Lulu meinte, es schwebe ihr so etwas vor". Nun enthält der früheste Märchenband der Brüder Grimm vom Jahre 1812 zwei Märchen von der Frau Füchsin unter der einen Nummer 38: der alte Fuchs mit neun Schwänzen stellt sich tot und prügelt den neuen Freier, mit dem die noch junge Frau Füchsin Hochzeit halten will, zum Hause hinaus; das andremal ist der alte Fuchs wirklich

1) Vgl. auch meinen Aufsatz „Die Kinder- und Hausmärchen der Brüder Grimm, eine Hundertjahreserinnerung", in der „Internationalen Wochenschrift", September 1912, Sp. 1535 ff.



gestorben und die Frau Füchsin nimmt sich einen jungen Herrn Fuchs mit rotem Höslein und spitzem Mäulchen d. h. ihresgleichen zum Gatten. Arnim, dem Wilhelm Grimm darin beistimmte, hielt die erstere Geschichte von Fuchs mit den neun Schwänzen für einen französischen Mutwillen, der in der zweiten Erzählung dadurch, daß die Füchsin nur einen jungen Fuchs haben wolle, sehr gut ersetzt sei. Gegen Freund und Bruder wollte aber Jakob in die Seele des ersteren Märchens hineinschwören, daß es rein und unschuldig sei: „Obiges Märchen ist mir eines der allerliebsten und mir aus meiner Kindheit mit am lebendigsten; ich dachte mir so oft mit Vergnügen das Anklopfen der Freier und das Laufen der Magd hin und her auf den Treppentritten und die rotgeweinten Augen der Frau Füchsin." Es folgt aus dieser ganz persönlich gehaltenen Verteidigung, daß dies erstere Märchen von Jakob aufgeschrieben und von ihm zur Aufnahme in den Märchenband bestimmt worden ist (Arnim und die Brüder Grimm S. 162, 263, 270); und was er Arnim damals schon brieflich in Aussicht stellte, daß er in seiner Abhandlung über die Tierfabel beim Reineke Fuchs darüber umständlicher sprechen und noch äußere Beweise vorbringen werde, hat er öffentlich auch im Märchenbande 1812 (S. XXVII), in Friedrich Schlegels Deutschem Museum 1812 (S. 396, 398) und im Reinhart Fuchs 1834 (S. XLI und CXXXVIII) ausgeführt.

Wenn nun aber im Grimmschen Handexemplar der Märchen am Schlusse der beiden Fuchsgeschichten von Wilhelm beigeschrieben ist: „Von der Jordis, 1812 Herbst", so folgt daraus, daß nur die zweite Fassung, nicht auch die erste, von der Frau Lulu Jordis-Brentano herrührt. Alle Merkmale und Zeugnisse stimmen darin gut zusammen. 1812 im September hat wirklich die Frau Jordis auf kurze Zeit Cassel und die Brüder Grimm besucht. Damals also hat sie ihrem Freunde Wilhelm das Fuchsmärchen erzählt. Es lautet:

Der alte Fuchs ist gestorben, ein Freier, ein Wolf kommt vor die Tür und klopft an:







Guten Tag, Frau Katz von Kafrewitz,
wie kommts, daß sie alleine sitzt?
was macht sie gutes da?

Katze: „Brock mir Weck und Milch ein,
will der Herr mein Gast sein?"

Wolf: Danke schön; Frau Füchsin nicht zu Haus?

Katze: „Sie sitzt droben in der Kammer,
beweinet ihren Jammer,
beweinet ihre große Not,
daß der alte Herr Fuchs ist tot."

Wolf: Will sie einen andern Mann han,
so soll sie heruntergan. —
Die Katz die lief die Trepp hinan
und ließ ihr Zeilchen rummergan,
bis sie kam vor den langen Saal,
klopft an mit ihren fünf goldenen Ringen:
Frau Füchsin, ist sie drinnen?
will sie einen andern Mann han,
so soll sie nur heruntergan."

Frau Füchsin: hat der Herr rote Höslein an und ein spitz Mäulchen? Katze: „nein". Frau Füchsin: so kann er mir nicht dienen.

Nun wird der Wolf abgewiesen, darauf kommt ein Hund, dem geht es ebenso, ein Hirsch, ein Hase, ein Bär, ein Löwe und alle Waldtiere. Aber denen fehlt immer etwas, was der alte Fuchs hatte, und die Katze muß sie alle wegschicken. Endlich kommt ein junger Fuchs. Frau Füchsin: hat der Herr rote Höslein an und ein spitz Mäulchen? Katze: „ja". Frau Füchsin: so soll er heraufkommen:

Katz, kehr die Stube aus
und schmeiß den alten Fuchs zum Fenster naus!
bracht so manche dicke, fette Maus ins Haus,
fraß sie immer alleine,
gab mir aber keine.

Nun wird Hochzeit gehalten und getanzt, und wenn sie nicht aufgehört haben zu tanzen, so tanzen sie noch."

(Schluß folgt.)



## V.

# Das Alter des Urmenschen.

Eine Erwiderung auf die Ausführungen S. Killermanns

Von Prof. Dr. H. Obermaier, Paris.

Herr S. Killermann veröffentlichte unter dem Titel: „Neue Tatsachen über das Alter des Menschengeschlechts" in Heft 1 und 2 des 150. Bandes der „Histor.-polit. Blätter" (1912, Seite 33—47 bezw. 81—96) eine Studie, die sich vorab mit meinem Werke: „Der Mensch der Vorzeit" (Berlin, 1912) beschäftigt und das siebente Kapitel desselben (Urchronologie und Alter des Menschengeschlechts, S. 325—338) einer eingehenden Kritik unterzieht. Zu meinem Bedauern muß ich diesen Ausführungen gegenüber zu viele Vorbehalte machen, als daß ich umhin könnte, wenigstens in Bezug auf die Hauptpunkte der genannten Kritik eine Reihe von Klar- und Richtigstellungen vorzunehmen. Ich glaube, durch diese wissenschaftlichen Aufklärungen auch den Lesern dieser altgeschätzten Zeitschrift einen Dienst zu erweisen.

Die Behandlung des Altersproblems der Urmenschheit erfordert zunächst eine theoretische und praktische Kenntnis der Geologie im allgemeinen und der Quartärgeologie im besonderen, als unerläßlicher Basis einer nutzbringenden, wissenschaftlichen Diskussion. Der Leser erfährt bei Killermann, daß die „Alluvialperiode" des Nillandes nach Blankenhorn „über 20000 Jahre sicher nicht hinausgeht" (Kill. S. 41) und mein Kritiker schließt daraus, daß „also auch der Mensch in Ägypten nicht älter sei". Tatsächlich ist „Alluvialperiode" identisch mit der „geologischen Gegenwart" und ich selbst setze dafür, im Gegensatze zu Blankenhorn, nur 10000 Jahre an, um keinesfalls durch Übertreibung zu fehlen (S. 545 meines Buches). Überhaupt eine ganz andere



Zeitperiode als das Alluvium ist das Diluvium; es liegt vor der Alluvialperiode und aus ihm besitzen wir auch in Nordafrika eine Reihe unzweideutiger Belege für einen ebenso alten Urmenschen (S. 170 bzw. 316 meines Buches). Da Killermann diesen Elementarunterschied zwischen Diluvium und Alluvium nicht kennt, gelangt er zur gänzlich unrichtigen Negierung des ägyptischen Quartärmenschen überhaupt, dessen Endphasen Prof. Blankenhorn in Wirklichkeit nur um höchstens 10000 Jahre weiter zurückversetzt als ich. Auf solcher Basis stehend, verfolgt mein Kritiker als Hauptziel nicht etwa, klare geologische Tatbestände (wie ich sie z. B. auf S. 37 meines Buches unterbreite) sachlich zu diskutieren, sondern versucht in rein theoretischer Schreibtischarbeit aus der alten und neuen Literatur „nachzuweisen", daß die quartäre Eiszeit ein durchaus einheitliches Phänomen ist, und daß die ganze Summe der Arbeit, welche die engeren Spezialisten in den letzten Jahrzehnten bezüglich der feineren Gliederung dieser geologischen Stufe leisteten, als Phantasiewerk wie ein Kartenhaus zusammenfällt. Seine Hauptgewährsmänner sind aus neuester Zeit Brockmann-Jerosch und Lepsius, denen noch F. Frech beizufügen gewesen wäre. Der erstere wird ob seiner „epochemachenden Arbeit" (Kill. S. 86) zum Repräsentanten der Botanik überhaupt gestempelt und seinen Ausführungen käme sogar für A. Penck „ohne Zweifel eine große Bedeutung" zu (Kill. S. 95). Dies ist sachlich nicht richtig, denn Brockmanns Ansichten wurden bereits von A. Weber widerlegt und A. Penck ist unrichtig zitiert, da dieser Forscher die „hohe Bedeutung" nicht Brockmann, sondern dem Delta von Güntenstall in der Schweiz zuerkennt. Derartige Umkehrungen sind in wissenschaftlichen Arbeiten nicht zulässig. Noch mehr stützt sich Killermann auf R. Lepsius, einen der letzten Vertreter der Ideen, welche J. de Charpentier im Jahre 1834 aufstellte und selbst bereits im Jahre 1841 wieder fallen ließ. Nach derselben Methode ließen sich so ziemlich alle Fortschritte der Wissenschaft seit 70 Jahren diskreditieren, falls man die letzten Äußerungen einer längst



überholten und vervollkommneten Geologieauffassung als „neue Tatsachen“ unterbreiten wollte, wie Killermann es tut.

Die Unhaltbarkeit der Ansichten von Prof. Lepsius ergibt schon ein eingehendes, systematisches Studium rein geologischer Art im Terrain selbst, so z. B. auf der lehrreichen Traun-Enns-Platte, an der Garonne u. dgl. (Vgl. S. 37 u. S. 333 meines Buches). Sie wird weiterhin erhärtet durch die quartäre Flora- und Faunenforschung, die uns schlechthin zwingt, von wärmeren und kälteren Abschnitten des Quartärs, also von einer vielfachen Teilung desselben, zu sprechen. Ist es schon mehr als gewagt, nach den klassischen Untersuchungen von Wettstein und Gunnar Andersson über die pontische Alpenrose dem Fundplatz von Hötting bei Innsbruck die zwingende Beweiskraft für ein wärmeres interglaziales Klima des Inntals abzusprechen, so verschweigt S. Killermann völlig, daß wir für diese Behauptung sowohl innerhalb, wie außerhalb des Alpengebietes eine ganze Reihe weiterer Floren- oder Konchylienvorkommnisse kennen, die den gleichen Schluß auferlegen (S. 63, 70, 120 meines Buches). Dem stehen andererseits in den nämlichen Gebieten ausgesprochen kalte Florenplätze gegenüber, die ebenso wie die eiszeitliche Reliktenflora für andere Abschnitte des Quartärs sprechen, welche unzweideutig kälter waren als die Gegenwart (S. 60 meines Buches). Hätten wir, wie in Verkennung der Tatsachen behauptet wird, ein „einheitliches Quartär“ gehabt, mit riesiger Vereisung der Alpen (sowie aller sonstigen höheren Gebirge und Nordeuropas) einerseits, und gleichzeitiger warmer Waldbedeckung im Flachland andererseits (Kill. S. 87), was heute z. B. in Alaska der Fall ist, so wäre dies nach den Gesetzen der physikalischen Geographie nur da möglich, wo Gletscher unmittelbar an das Meer heranreichen und ein feucht-ozeanisches Klima herrscht. Da nun die Alpen in jener Zeit mindestens ebenso meerferne als heute waren und ebendeshalb absolut kontinental lagen, so mußte sich naturgesetzlich zwischen Schnee- und echter Waldgrenze ein waldloser Tundren- bezw. Steppen-







gürtel einschieben, in dem in Zentraleuropa zur jeweiligen Glazialzeit höchstens Kümmerwälder ihr Dasein fristen konnten. Das beweist tatsächlich die Flora, denn statt der von Killermann beanspruchten üppigen Laubwälder begegnen uns z. B. in der gletscherfernen, heute so milden und weinberggeschmückten Wachau (Niederösterreich) nur Kümmerhölzer (S. 61 meines Buches).

Was die Flora besagt, bestätigen in einer noch augenfälligeren Form die viel zahlreicheren Faunenvorkommnisse des Quartärs. Wer allerdings nur Killermanns Ausführungen liest, erfährt, daß „in der Nähe des Eises die nordischen Tiere, Ren, Lemming usw. lebten", während gleichzeitig „in dem zum Teil immergrünen Walde und in den Sümpfen sich Elefanten, Mammute, Rhinozeros und Flußpferde ihren Lebensunterhalt suchten" (Kill. S. 87). So wenig klimagesetzlich „immergrüne Wälder" in dem Streifen zwischen dem Eisgürtel der Alpen und Norddeutschlands existieren konnten (siehe S. 32 meines Buches, Karte 2), so wenig können tiergeographisch polare „Wärmehasser" wie der Moschusochse, Lemming u. dgl. (S. 72, 87 meines Buches) unmittelbar neben subtropischen Arten, wie dem Südelefanten oder Flußpferde, leben, welch letzteres in keinem Gebiete mehr möglich ist, wo die Temperatur je im Jahre unter 0 Grad zu sinken vermag! Um so verblüffender muß es den Naturforscher berühren, noch überdies als normalen Gesellschafter des Flußpferdes das Mammut zitiert zu finden, das ein ausgesprochen „kaltes Tier" war (S. 79 u. 83 meines Buches). Man frägt sich, wie Killermann dazu kommen konnte, die Gesetze der Tierbiologie derart zu verkennen, und findet als Ursache wiederum mehrere Gründe, die nimmermehr derart „theoretisch" zurechtgelegt werden durften. Fürs erste übersieht er, daß die „Waldfauna", die bei Schaffhausen zusammen mit Tundren- und Steppentieren gefunden wurde (Kill. S. 87), eine ausgesprochen kalte Waldfauna ist, die mit den „immergrünen" subtropischen Wäldern und Tieren, von denen er anderweitig spricht, überhaupt nichts gemein

hat (S. 87, 91, 94, 261 meines Buches); die interglazialen Wald- und Sumpfgebiete, wo uns allein die Säbelkatze, Alt- und Südelefanten u. a. m. begegnen können, sind Schöpfungen eines derart subtropischen Klimas, daß in Westeuropa unter seinem Einflusse selbst teilweise heiße Wüstenstriche entstanden, wie neueste Forschungen nahelegen. Sodann verführten meinen Kritiker einige norddeutsche Fundplätze (Menthen-Graudenz, Rixdorf; Kill. S. 92), allwo die Knochenreste kalter und warmer Tiere in der Tat in bunter Zusammenmischung auftreten. Derartiger Vorkommnisse gibt es eine ganze Reihe, so z. B. auch in Nordfrankreich und Südengland. Es sind regelmäßig Flußschotter, die mitsamt ihren verschiedenen paläontologischen Einschlüssen ein oder mehrere Male umgelagert wurden, so daß man unter Umständen Fossile aus der Sekundär-, Tertiärzeit oder aus dem älteren Quartär unmittelbar zusammen mit jungdiluvialem Material vorfinden kann. Dies besagt nur, daß der betreffende Schotter in seiner derzeitigen Zusammenlagerung in jener Phase aufgeschüttet wurde, welche durch die jüngste Fauna gekennzeichnet ist, aber ganz selbstverständlich nicht, daß z. B. die oft erstaunlich gut erhaltenen tertiären Meereskonchylien in den Kiesen der Seine bei Paris zusammen mit dem Mammut lebten. Kein ernster Forscher stützt sich auf derartiges nachträglich vermengtes Material, (das sich übrigens oft sehr gut trennen läßt), sondern vorab und in erster Linie auf die sicheren Lagerstätten, wo keine spätere Gewalt störend eingriff, und es ist höchst zu verwundern, daß Killermann diese ungleich wichtigere Gruppe wiederum einfach völlig ignorierte. Ich verweise allenfallsige Interessenten auf mein Buch und meine verschiedenen Spezialarbeiten, und erinnere hier nur an die typisch warme Fauna von Montsaunés in den Pyrenäen, die Steppenfauna der Wachauer Lößplätze und die arkto-alpine Fauna der vielen Magdalénienstationen. Oftmals sind warme und kalte Faunen an ein und demselben Platze unmittelbar übereinandergelagert, aber dann strenge getrennt, soweit es sich um Arten handelt, bei denen



ein Zusammenleben naturgesetzlich ausgeschlossen ist. In Abbeville (Somme) liegen der Altelefant und das Flußpferd in den Tiefenlagen, über ihnen der Horizont mit Mammut, sibirischem Nashorn u. dgl., ganz oben die Renntierschicht; in der Grotte du Prince (Mentone) lagert unten eine warme, altafrikanische Fauna, oben jene mit Renntier und Mammut; die Tierhorizonte können wechseln, wie Klima und Flora, aber sie vermischen sich (ohne gewaltsame Eingriffe) nie regellos! Damit man aber nicht versuche, unsere subtropischen Horizonte als „voreiszeitlich" aus der Diskussion überhaupt auszuschalten, verweise ich beispielshalber auf die warme Fauna von Dürnten (Schweiz), die auf ziemlich jungen eiszeitlichen Schottern liegt, ebenso auf jene von Taubach—Ehringsdorf bei Weimar, wo folgende Schichtenserie vorliegt:

Unten: Eiszeitliche Schotter (kalt),
darüber: Tuff: Mammuthorizont (kalt),
„ Tuff: Altelefantenhorizont (warm),
„ Löß: Steppenhorizont (kalt),
„ Tuff: Waldfauna (gemäßigt),
„ Löß: Mammuthorizont (kalt).

Nachdem S. Killermann also die gesamten Fortschritte der Spezialforschung auf quartärgeologischem und paläontologischem Gebiete, die wir in den letzten Jahrzehnten zu verzeichnen hatten, „abgetan" hat, kann es nicht mehr überraschen, wenn wir zum Schlusse erfahren, daß auch die diluvialen Kulturstufen, also die archäologischen Aufstellungen, nur mehr oder minder unsichere Phantasien darstellen. Wir haben auch auf diesem Gebiete seit zwei Jahrzehnten besonders klärende und wichtige Fortschritte zu verzeichnen, vor allem dank der modern-wissenschaftlichen Höhlenausgrabungen. Anders äußert sich wiederum mein Kritiker: „In der Nähe der Gletscher herrschte eine eiszeitliche Flora und Fauna und ihnen entsprechend waren auch die Menschen (? H. O.). In den Niederungen lebten unter dem Einflusse eines ozeanischen Klimas (sic! H. O.) der Urelefant und andere subtropische Tiere, die vom sogen.



Chelléenmenschen gejagt wurden. . . . Es kann an verschiedenen Orten zu gleicher Zeit eine primitivere und höhere Kultur geherrscht haben" (Kill. S. 91). Was von den „gleichzeitigen" Klimaten und Faunen gesagt wurde, wird also auch auf den Quartärmenschen übertragen, die vielen genauen stratigraphischen Aufrisse werden als nicht existierend übergangen. Ich gebe hier für die Leser dieser Halbmonatsschrift nur kurz die Stratigraphieergebnisse wieder, die ich heuer (1912) in Puente Viesgo (Nordspanien) feststellen konnte. Hier bauen sich in der Höhle „Castillo" in einer langsam von unten nach oben angewachsenen Schuttausfüllung von 13 m Stärke, an ein und demselben Platze, regelrecht wie die Blätter eines Buches übereinandergelagert und dabei stets durch leere Zwischenschichten von einander getrennt, die nachstehenden Kulturniveaus auf:

Oben: Moderner Schutt (25 cm)
darunter: Bronzezeit (ca. 1500 vor Chr.)
" : Kupferzeit (ca. 2000 vor Chr.)
" : Azylien (enddiluviale Muschelzeit)
" : Magdalénien I. } Hirschzeit mit
" : Magdalénien II. } Renntier (in Spanien!)
" : Solutréen (vorwiegend: Steppenfauna)
" : Aurignacien I. (mit Renntier)
" : Aurignacien II. } (gemäßigte Fauna)
" : Aurignacien III. }
" : Aurignacien IV. (warme Fauna)
" : Sinterdecke (15 cm)
" : Moustérien I. } (warme Elefantenzeit)
" : Moustérien II. }
" : Sinterboden (0,50 m)
" : Acheuléen
" : Felsboden der ursprünglichen Höhle.

Wie der Leser ersieht, ist nur die erste, älteste Paläolithstufe, das Chelléen, an meinem Arbeitsplatze nicht vorhanden. Die Vertreter des Acheuléen und Moustérien kannten nur sehr primitive Steinbehauung, dann vervollkommnet sich der Kulturbesitz in langsamer, aber steter Evolution, so daß sich schließlich im Magdalénien nicht nur vortrefflich ausgebildete





Geräte und Waffen, sondern auch höchst beachtenswerte Kunstleistungen vorfinden. Für S. Killermann sind diese 12 Meter Diluvialschicht ein einziger, gleichaltriger Kulturkomplex! Ich betone, daß ähnliche, wenn auch nicht so überraschend reiche Stufenübereinanderlagerungen bereits vielfach publiziert sind (auch in meinem Buche), so z. B. von Saint-Acheul im Sommetal, von Le Ruth in der Dordogne, vom Sirgenstein in Württemberg: allüberall liegt das ältere Paläolithikum unter dem jüngeren, überall lösen sich die Unterabteilungen dieser Hauptstufen in der gleichen Reihenfolge ab, überall decken sich in West- und Mitteleuropa jeweils dieselben feineren Faunennüancen. Diese chronologischen Trennungen bestehen streng gesetzmäßig auch da, wo sich die einzelnen Kulturstufen in zahlreichen Stationen unmittelbar nebeneinander häufen (wie in Nordspanien, der Dordogne, schwäbischen Alb und in Mähren), allwo also bei „Gleichzeitigkeit" dieser verschiedenen Kulturniveaus eine gründliche Mischung und ein regelrechter Austausch der Kulturgüter hätte unfehlbar statthaben müssen. Daß die Träger des Altpaläolithikums überdies einer gänzlich verschiedenen Rasse angehörten, als jene des Jungpaläolithikums, sei wenigstens nebenbei bemerkt.

Aber S. Killermann geht noch weiter! A. Laville (Paris), dessen mit Vorsicht aufzunehmende Aufstellungen ich bereits im Jahre 1908 auf Grund langer Untersuchungen an Ort und Stelle kritisch beleuchtete,[1]) spricht von „silex taillés", die jünger seien, als das älteste Altpaläolithikum, uns aber trotzdem bereits in diesem begegnen könnten und meint (mit Unrecht), daß echtes Moustérien schon zusammen mit dem Chelléen vorkomme. Ich füge dem ohne Kommentar bei, daß Killermann (S. 91) „silex taillé" (d. h. geschlagener, also paläolithischer Feuerstein) mit „geschliffene Steinwerkzeuge"

1) Die Steingeräte des französischen Altpaläolithikums, Mitteilungen der prähistor. Kommission der kaiserl. Akademie der Wissenschaften. Wien. Bd. II, Nr. 1, S. 49.

übersetzt (was „pierre polie“ lauten müßte) und demgemäß erklärt, daß überhaupt „schon in der Paläolithik“ (und zwar steht hier das ältere Chelléen in Frage! H. O.) die Morgenröte der neolithischen Kultur erscheine“, die bekanntlich überhaupt erst mit dem Alluvium einsetzt, das Killermann allerdings gelegentlich mit dem Diluvium verwechselt.

Damit ist, ganz unverblümt ausgesprochen, erreicht, was mein Kritiker „nachzuweisen“ sich zum Ziele setzte: Die Eiszeit ist ein recht einheitlich-einfaches Phänomen, in das einige Hundert Spezialisten die letzten Jahrzehnte hindurch phantasievoll warme und kalte Klimaabschnitte hineinkonstruierten, bezüglich welcher sie überdies von älteren und jüngeren Faunenphasen ganz verschiedener Art fabelten. Der vielbesprochene Diluvialmensch ist ein Wesen, dem man gerade noch insoferne Existenzberechtigung zuerkennen kann, als er bereits eine Art „Frühneolithiker“ darstellt und dementsprechend dem Vollneolithiker so nahe steht, daß im Namen der exakten Wissenschaft von einem hohen Alter der Menschheit überhaupt nicht gesprochen werden kann.

Demgegenüber sei an dieser Stelle neuerdings betont, daß auf Grund der Ergebnisse der modernen, vertieften Spezialforschung heute kein irgendwie berechtigter Zweifel mehr darüber bestehen kann, daß die Diluvialperiode sich in eine Anzahl kalter Eiszeiten gliedert, zwischen die sich warme Zwischeneiszeiten einschalten. Weitere Untersuchungen ergaben ferner unumstößlich, daß sich die erste sichere Urkulturstufe des Chelléen in die letzte, dritte Zwischeneiszeit einreiht (vergl. das 7. Kapitel meines Buches).

Es hat sich aber kürzlich in den Sanden von Mauer bei Heidelberg ein menschlicher Unterkiefer gefunden, der seiner Erhaltung und Fossilität nach voll und ganz mit dem ihn umgebenden, nachstehenden Faunenkomplexe übereinstimmt, auch wenn er nicht gerade in „24“m Tiefe gelegen haben sollte, wie die Arbeiter angaben (S. 346 meines Buches). Das Fossil ist begleitet vom Rhinoceros etruscus und Ursus Deningeri, Tieren, welche nichts mehr mit der



wohlbekannten Fauna der letzten dritten Zwischeneiszeit gemeinsam haben, denn Rhinoceros etruscus gehört in die Vorfahrenreihe von Rhinoceros Merckii und Ursus Deningerii in jene von Ursus spelaeus. Dagegen schließt sich die Faunengruppe von Mauer enge und unzertrennbar an andere deutsche Fundplätze (Moosbach, Süssenborn rc.) an, welche die Forscherwelt von jeher wegen ihrer geologischen Lagerung und archaistischen Zusammensetzung in das ältere Quartär zu stellen sich genötigt sah, die aber nie Spuren für die Anwesenheit des Menschen geliefert hatten. Auch in Nordwest-Frankreich fanden sich neuestens Rhinoceros etruscus, Equus Stenonis u. dgl. (zusammen mit dem Préchelléen) im ältesten, höchsten Terrassenkomplex, und kehren nicht mehr in den jüngeren, tiefer gelegenen Schotterstufen wieder, wo der Altelefant (begleitet vom typischen Chelléen) seine Hauptblüte erlebt. Diese strengwissenschaftlichen, nicht „schematische" Gründe (Kill. S. 44) zwingen mich, den Unterkiefer von Mauer in die zweite Zwischeneiszeit zu setzen, und ebendahin nunmehr auch das Préchelléen (mit Machairodus rc.) zu rücken, dessen exakte Stratigraphie vor zwei Jahren noch nicht so zwingend klar war. Der Leser möge aus dieser Richtigstellung entnehmen, daß ich eher durch zu vorsichtige Zurückhaltung als durch Voreiligkeit „fehle". Ich bemerke übrigens noch, daß nicht blos die faunistische Umgebung, sondern auch die geologische Einlagerung als solche bereits den Fund von Mauer unabweisbar in eine ältere Zeitstufe als das Enddiluvium (d. h. die letzte Zwischeneiszeit) eingegliedert. Die Mauerer Sande liegen in einer alten, weitausgreifenden Schlinge des Neckar, welche dieser Fluß schon vor dem Enddiluvium endgiltig verlassen und seitdem nie wieder aufzusuchen die Möglichkeit hatte. Auch der nahezu 10 m hohe Diluviallöß (bekanntlich eine äolische Bildung), welche unsere wertvolle Fundschichte überlagert, verbürgt, daß hier keine jungdiluviale Überschwemmung mehr die geringste Um- und Einlagerung verursachen konnte. Der Mensch reicht also, soviel wir heute sagen

können, in Europa bestimmt in die zweite Zwischeneiszeit zurück, d. h. in das „mittlere“ Quartär nach der deutschen, in das „ältere“ Quartär nach der französischen Einteilung, welche die erste Eiszeit bereits in das Endpliozän versetzt.

Will man nun versuchen, diese geologischen Alterswerte in Zahlen umzuprägen, so ist das in meinem Buche auf S. 332 Gesagte vor Augen zu halten. Was Killermann als einziges, wesentlich einheitliches Quartär zusammenwirft, sind tatsächlich lange, sukzessive Perioden und die große Reihe der ganz wesentlichen Veränderungen, die seit dem ersten Auftreten des Menschen über das Antlitz Europas hinweggezogen sind, nötigt uns zur Annahme hoher Zahlen. Prof. Deecke mag berechnet haben, daß das Vordringen des Eises von Südschweden nach Pommern „innerhalb 300 Jahren“ erfolgt sein konnte (Kill. S. 46); dies besagt nur, daß dies theoretisch der Fall sein konnte, in der Tat beweist die Summe der geologisch-morphologischen Gesamterscheinungen, daß dem sicher nicht so war. Man vergleiche damit die „Berechnungen“, die sich an den Mississippifall knüpfen (S. 337 meines Buches)! Killermann zitiert die Hyänengrotte bei Brassempouy (Südfrankreich) (Killermann S. 82); ich muß hiezu feststellen, daß die dortigen Lokalverhältnisse eine Ausräumung der Aurignacienbreccie durch Wasser ausschließen: hier hatte nur langsame Verwitterung statt, bis die Solutréenleute (nicht Magdalénienleute, wie mein Kritiker wieder falsch zitiert) sich niederlassen konnten. Wollte ich übrigens für die Sinterbildung ebenda den ganz unzulässigen Maßstab Walderdorff's anwenden (Kill. S. 83), so ergäbe sich für den obigen Platz eine Zeitsumme von 12—15000 Jahren, nicht von 5000, wie ich selbst wiederum in sicher übertriebener Vorsicht angenommen habe. Wozu übrigens diese einseitige „Detailkritik“ einzelner instruktiver Vorkommnisse, die nun doch nicht aus der Welt zu schaffen sind! Man gebe sich die Mühe, in meinem Werke (S. 465, 476; Karte 4, S. 466) nachzusehen, welch gewaltige geologische Verände-



rungen sich in Skandinavien bloß seit der letzten, baltischen Eiszeit bis zum Beginn des echten Neolithikums abgespielt haben, und wird dann nicht mehr in Abrede stellen können, daß hier von nur „ein paar tausend Jahren" nicht mehr gesprochen werden kann. Was helfen angesichts dessen die Zitate einiger rein linguistisch arbeitender Ägyptologen oder Assyriologen, da heute jeder Gebildete weiß, daß die frühesten Spuren des Menschen auch im Orient weit über jede positive Zeitrechnung hinausgehen!

Ich hätte aus verschiedenen Gründen die Arbeit Killermanns ohne Erwiderung gelassen, wenn sie nicht bis zu einem gewissen Grade typisch wäre. Jeder Kritiker thront gewissermaßen erhöht über den Autoren, deren Werke er beurteilt, muß er also nicht eine ganz besondere Kompetenz und volle Spezialkenntnisse besitzen, um seines Amtes gerecht und ersprießlich walten zu können? Killermann selbst schreibt: „Liest man die verschiedenen Abhandlungen, so stößt man auf Widersprüche, die jeden stutzig machen müssen, und derjenige, der nicht durch Originalarbeiten sich selbst ein Bild auf Grund objektiver Tatbefunde machen konnte, kann mit einem großen Teil der Literatur auf diesem Gebiete nichts anfangen" (Kill. S. 86). Dies ist vollauf richtig: nur langjährige, vertiefte Originalforschung kann wirkliche Kompetenz verleihen, aber ich muß zugleich rein sachlich feststellen, daß der Name meines Kritikers auf dem Gebiete der Urgeschichtsforschung unbekannt ist! Ich betone hier nur noch ganz allgemein eines: es reicht nicht aus, daß man alte Autoren gegen neue, kompetente gegen ungleich minder kompetente „ausspiele". Auf diese Weise vermag man alles zu „beweisen" und alles zu „widerlegen", wie man es sich zum Ziele gesteckt. Es geht bei naturwissenschaftlichen Problemen am allerwenigsten an, daß man nach theoretisch-philologischer Methode nur die einschlägige Literatur ausnütze, sondern es ist unerläßlich, daß man in dem unvermeidlichen Widerstreite der Diskussion — die auch bei Naturforschern oftmals so überflüssig und von persönlichen Motiven geleitet ist — in

4*



eigener Person entscheiden könne, auf welcher Seite die guten Gründe und die richtigen Auslegungen des objektiven Tatbestandes liegen. Wo es sich um offene Fragen handelt, gibt ohnedies der gewissenhafte Spezialist an, daß das letzte Wort noch nicht gesprochen ist, und ich freue mich, daß die Kritik dies an meinem Werke so anerkennend betonte.

Der Artikel Killermanns klingt in einem apologetischen Schlußpassus aus; dies war noch ein gewichtiger Grund mehr, der seinem Verfasser die peinlichste Genauigkeit auferlegte, denn jedermann weiß, daß derartige Studien nicht selten von noch weiteren Kreisen, theologischen wie populären Autoren, als sichere Basis zu Grunde gelegt und verwertet zu werden pflegen!

* * *

## Entgegnung.

Meine Studie über das Alter der Menschheit, die auf Wunsch der Schriftleitung der „Histor.-polit. Blätter" erfolgte, war seit längerer Zeit vorbereitet und sollte die Leser über die verschiedenen Ansichten, die hinsichtlich dieses Problems bestehen, unterrichten. Daß ich dabei auf Obermaiers kürzlich erschienenes Werk Rücksicht zu nehmen hatte, war selbstverständlich; daß ich aber an demselben, das, ein Prachtwerk, im großen und ganzen wohl anerkennenswert ist, eine Zerstörungsarbeit mit meinem Aufsatze vollbringen wollte, dagegen müßte ich mich verwahren.

Meine Anschauungen über die faunistischen und floristischen Verhältnisse während der Eiszeit sind nicht ganz aus der Luft gegriffen und gehen, wie O. auch findet, zurück auf die Forschungen von Brockmann-Jerosch, von dem auch die meisten fachwissenschaftlichen, von mir verwendeten Ausdrücke stammen. Br.-J. wird ja wohl von Penck u. a. abgelehnt. Aber noch vor einem Jahre wurde, wie ich ausführlich darlegte, in einer Sitzung der deutschen geologischen Gesellschaft in Berlin ein ähnliches Bild von den eiszeitlichen Verhält-



nissen entrollt. Für „die Einheitlichkeit des Eiszeitphänomens" gab oder gibt es bis heute noch selbst unter den Fachgenossen O.s Verteter, wie Geinitz, Wilser (noch dazu in einer Besprechung von O.s Werk), Frech, der von O. selbst genannt wird und dessen Buch „Gletscher einst und jetzt" 1911 bei Teubner Leipzig erschien. Auch Branca nahm bisher, soviel man merkte, in den Fragen betreffs des Urmenschen „eine mehr abwartende Stellung" ein. Ranke (der Mensch 3. Aufl.) ist der Meinung, daß die Neandertalrasse noch unter der heutigen Bevölkerung jener Gegenden, wo sie einst wohnte, fortexestiere.

Der Zoologe weiß auch, daß manche Tiere sehr anpassungsfähig sind, so die Elefanten, die bekanntlich für „das warme Chelléen" so große Bedeutung haben. „Sie leben in den Tropen, in Südafrika auch in den Subtropen; teils in feuchtwarmen Urwäldern, teils in Savannen und sogar in Busch- und Grassteppen mit trockenem Klima und mit starken Temperaturschwankungen, sowie in Ebenen und im Hochgebirge, das Mammut war sogar ein Grasfresser in polarem Klima." [1]) Ähnliches dürfte auch für die säbelzähnigen Tiger anzunehmen sein; vom Panther usw. hat es schon Boyd Dawkins gesagt. Das Ren wanderte 1856 in Nordamerika bis zum Huronensee (47° n. Br.) herab; das heißt bei uns bis in die Schweiz und Mittelfrankreich. In Rußland reicht das Verbreitungsgebiet des wilden Ren von Novoja Semlja bis hinab nach Kasan; im Uralgebiet sogar bis hinab zum 52. Breitengrade. [2]) Es ist ferner noch immer nicht unwahrscheinlich, daß Cäsar mit seinem Einhorn des herkynischen Waldes das Rentier im Auge hatte. Eine Form desselben (fennicus Lönnberg) soll nämlich mehr in den Wäldern als in den Tundren leben. Der von Altmeister Ranke jetzt noch

1) E. Stromer v. Reichenbach, Lehrbuch der Paläozoologie. II. Bd. Wirbeltiere, S. 314. Leipzig, Teubner 1912.

2) Lebensbilder aus der Tierwelt. Herausgegeben von H. Meerwarth und K. Stoffel. III. Bd. Säugetiere III, S. 2 Anm. u. S. 687. Leipzig 1912.

hochgeschätzte B. Dawkins meinte, daß man aus Tierresten allein, wenn nicht Gletscherspuren vorhanden sind, die Schichten weder als präglazial, glazial oder postglazial (und somit auch das Klima nicht) bestimmen kann (S. 323).

Ich verfüge, wie schon erklärt, nicht über die Detailkenntnisse O.s; ich glaube aber nicht, daß ich immer Alluvium und Diluvium verwechselte; man lese übrigens nach, wie der Geologe Fraas sich über diesen Punkt geäußert hat (s. m. Aufs. S. 86). Meine Ausführungen über das Alter des ägyptischen Menschen beruhen weniger auf Blankenhorn als auf Oetteking; dieser sagt ausdrücklich im ersten Schlußsatze seiner oben zitierten Abhandlung: „Das Auftreten der Menschen in Ägypten fällt, soweit es uns bekannt ist, in die gegenwärtige Erdperiode (Alluvium).“ (L. c. p. 65.) Wenn man nun O.s Berechnung annimmt, wäre das Alter des ägyptischen Urmenschen speziell auf 10000 Jahre anzusetzen. Die sonstige Existenz des Diluvialmenschen habe ich übrigens nirgends bestritten. Es ist ferner Laville, der „von der Morgenröte der Neolithik inmitten der Paläolithik“ spricht, was mich dazu verleitete einen fachmännischen Ausdruck auf neolithische Werkzeuge zu beziehen. Hat nicht auch Branca, wie erwähnt, sich gewundert, daß der paläolithische, also diluviale Mensch nicht sehr bald „die so naheliegende Schleifmethode“ erfunden hat? Was „geschliffen“ auf französisch heißt, hätte ich event. auch aus dem Lexikon erfahren können. Wenn Laville's Ansichten, die ich in den wichtigsten Punkten wörtlich wiedergab und die in einer geachteten Zeitschrift erschienen sind, vor der Kritik O.s nicht standhalten, dann müssen sie eben außer Betracht bleiben.

Obermaier ist der Ansicht, daß nur Fachleute über ein in Frage stehendes Problem reden sollten. Wenn nur strittige Fragen, für die wohl lange noch das ignoramus Du Bois Reymonds gilt, auf jene Kreise beschränkt blieben! Übrigens erklärte vor nicht langer Zeit Buschan in einer Rezension des Buches von Al. Schmitt „Ursprung des Menschen“ (Freiburg, Herder 1911), daß es manchmal auch







für Fachleute ganz interessant sei, von einem Außenstehenden auf die Verschiedenheit der Ansichten in dieser oder jener Frage aufmerksam gemacht zu werden, so in diesem Falle auf das Durcheinander, das bezüglich der Hypothese von der tierischen Abstammung des Menschen unter den Gelehrten besteht.

Wir erkennen allseits an, daß gerade durch O. die unglaublich hohen Zahlen (von 1/2 und mehr Millionen Jahren), die Penck u. a. für die Entwicklung des Menschen forderten, erheblich reduziert wurden und daß wir der Wahrheit, soweit dies menschenmöglich ist, näher gekommen sind. Wie ich schon erklärte, wird er, der in Erforschung der Urgeschichte „Glänzendes geleistet hat, nicht ohne gute Gründe zu haben", die durch die neuen stratigraphischen Feststellungen noch gestützt werden, zu seinen Aufsehen erregenden Annahmen über das Alter des Menschengeschlechtes gekommen sein.

S. Killermann.

---

VI.

## Die Frauenbewegung im Lichte der öffentlichen Meinung.

Zwei volle Jahre sind abgelaufen, seit der Vortrag des berühmten Leiters des hygienischen Institutes der Universität München Geheimrats Dr. Max von Gruber „Mädchenerziehung und Rassenhygiene" die öffentliche Meinung in außerordentliche Aufregung versetzte. Der Sturm der Entrüstung über einzelne seiner Ausdrücke hat sich bei mancher Frauenrechtlerin sogar bis heute nicht gelegt. Noch in dem Buche der Frau Dr. Emanuele Meyer „Vom Mädchen zur Frau", das seit dem April d. J. mit der aufdringlichsten Reklame verbreitet wird, findet sich eine nachdrückliche Zurückweisung des derben Vergleiches, unter Bei-



fügung von: „Honny soit qui mal y pense!“, womit er die Notwendigkeit ausgiebiger Ernährung der jungen Mädchen betont. Die Mehrzahl der weiblichen Gegnerinnen v. Grubers hat sich an diesen Satz derart angeklammert, als ob darin die Quintessenz des ganzen Vortrages bestände. „Wer meine Broschüre nicht gelesen hat“, konnte der Verfasser entgegnend in der Wiener „Neuen freien Presse“ vom 2. Oktober 1910 sagen, „muß übrigens nach den Darstellungen, die meinen Gegnerinnen beliebt hat, wörtlich glauben, ich wolle, daß die jungen Mädchen künftig mit Gras gefüttert werden. Ich bin sicher, daß der dümmste Mann begriffen hat, daß es eine scherzhafte Übertreibung war, wenn ich den Wunsch aussprach, man solle die Mädchen wie junge Kühe und Stuten weiden, daß ich damit nur drastisch sagen wollte, daß Pflege, Erhaltung und Förderung ihrer Gesundheit rassisch das weitaus wichtigste seien.“ Zum Lobe mehr als einer Frau muß indes schon hier gesagt werden, daß andere wie die Führerin der fortschrittlichen Frauen Österreichs Marianne Hainisch auf die Sache selbst eingegangen sind, ohne von solchen Nebendingen Notiz zu nehmen.

Es lohnt sich nun zur Kennzeichnung des Standes der Frauenbewegung wie der öffentlichen Meinung, die Äußerungen der Tagespresse über die genannten zwei Erscheinungen ins Auge zu fassen. Beide, Dr. M. v. Gruber und Frau Dr. Meyer streben die Reform der Mädchenerziehung zunächst vom ärztlichen Standpunkte an. Beide wollen die Frauenbewegung in die richtige Bahn lenken, wobei Prof. v. Gruber das aufs entschiedenste bekämpft, was Frau Dr. Meyer sehnlich herbeiwünscht. In der Tagespresse haben beide freilich auf verschiedenem Wege seltene Berücksichtigung gefunden.

Der Ertrag der mehr als 60 Besprechungen und Artikel in und außer dem deutschen Sprachgebiet, die mir über den Gruber'schen Vortrag bekannt geworden sind, lohnt die Mühe der Durchsicht nicht allzu reichlich. Immerhin haben dieselben zur Kenntnis der Lage und auch zur Erklärung und Erweiterung der Gruber'schen Ausführungen manches



beigetragen. Ein Teil derselben hat sich auf einfache Zustimmung oder Referate beschränkt. Die „Neue Zeit", Organ der deutschen Arbeiterpartei in Troppau-Jägerndorf (28. Jan. 1911) und die oberösterreichische „Zeitschrift für Erziehung und Unterricht" von M. Schmidtbauer (1911 Heft 8) haben den ganzen Vortrag durchaus zustimmend nachgedruckt. Die ärztlichen Fachschriften treten zumeist für die Ansichten v. Grubers ein. „Die Wahrheit", so schließt Dr. Euringer sein Referat in der „Augsb. Postztg." (Lit. Beil. Nr. 41) „ist eben eine bittere Frucht, und selbst edle Frauen fallen aus der Rolle, zumal wenn man sie ihnen ohne Handschuhe und Zucker serviert. Professor Gruber wird recht bekommen, wenn es wieder einmal zu spät ist; möge er sich nicht irre machen lassen und mit dem Gedanken trösten: In magnis voluisse sat est."

Für einen kleinen Teil der Presse wie für den Wiener „Morgen", das „Hamburger Echo" ist der Vortrag nur Anlaß zu witzigen und witzelnden Plaudereien gewesen. Den Tiefpunkt in dieser Beziehung hat wohl „Das Forum" in Wien (1. Sept. 1910) erreicht, das ganz gegen die Absicht des ernsten Verfassers den Vortrag zu frivolem Spott gegen das weibliche Geschlecht mißbrauchte.

Zur Zentrale der Gegnerschaft ist Wien geworden. Das erklärt sich aus den Umständen. Vor seiner Berufung nach München war nämlich Prof. Dr. v. Gruber bekanntlich eine Zierde der Wiener Universität. In der „N. Fr. Presse," dem bekannten Hauptorgan des österreichischen Liberalismus, hatte er eine Selbstanzeige seines Vortrages veröffentlicht, worin er noch nachdrücklicher wie im Vortrage bekennt, daß er gegenüber der Frauenbewegung einen Stellungswechsel vollzogen habe und aus einem wohlwollenden Freunde der Emanzipationsbestrebungen durch die Erfahrung belehrt ein entschiedener Gegner der vollen ökonomischen, sozialen und politischen Unabhängigkeit des Weibes geworden sei. Als Hauptzweck seines Schriftchens bezeichnet er „die Leser zum Nachdenken darüber zu bringen, welche Dinge denn eigent-



lich das menschliche Glück ausmachen. Wenn wir nur erst wieder klar einsehen, worin der Wert der Frau für Volk und Kultur und ihr eigenes Glück liegt, werden wir auch die Wege finden, um ihr die ihr zukommende Stellung zu sichern." Vom August 1910 an brachte die „N. Fr. Presse" einen langen Artikel nach dem anderen von hervorragenden und führenden Frauen gegen den Vortrag. Marianne Hainisch hob besonnen wirklich schwache Punkte hervor, ohne jedoch auf den Kern einzugehen. Adele Gerhard, Helene Simon, Carry Brachvogel, Gabriele Reuter, M. E. delle Grazie schlossen sich an. Leopoldine Kulka (Neues Frauenleben), Maria Klausberger (Österreichische Frauenrundschau), Oda Ölberg (sozialdemokratische Arbeiterzeitung), Lucia Morawitz (Der Bund), Ika Freudenberg (Münch. Neueste Nachrichten), Gertrud Bäumer (Die Frau), Minna Cauer (Die Frauenbewegung), Ida Hilfiker (Züricher Frauenbestrebungen) veröffentlichten gleichfalls selbständige Artikel im gegnerischen Sinne. Mancher gute brauchbare Gedanke findet sich in diesen Artikeln, aber keiner kann eine wirkliche Widerlegung oder eine genügende Ergänzung des Vortrages genannt werden. Am weitesten vom Ziele blieb die Dichterin delle Grazie, die in dem Streite zweimal zur Feder griff und nach einer erneuten Entgegnung Prof. Dr. Grubers vom 2. Oktober das „Schlußwort" in dem spottenden Artikel „Dogma und Geschichte" lieferte. Von ihrem romanschriftstellernden Standpunkte aus begnügte sie sich damit, die Leistungen der weiblichen Schriftsteller gegen Gruber stark hervorzuheben. Widerlegt hat sie damit v. Grubers Meinung keineswegs, daß „extreme Individualfälle kein brauchbares Maß für die mittlere Beschaffenheit einer Gruppe von Erscheinungen sind", und daß die Verlockung begabter oder begüterter Mädchen zu aussichtslosen Hochschulstudien eine Gefahr für das Volkswohl bilde. Schließlich fand am 16. November 1910 in Wien sogar eine eigene „Protestversammlung gegen Grubers Befehdung der modernen Frauenbewegung" statt, deren Reden die Höhe des genannten Artikels

kaum erreichten. Fast ohne Ausnahme sind die erwähnten Gegnerinnen, denen sich männlicherseits in der Münchener „Frauenzukunft" Privatdozent Dr. Hanns Dorn angeschlossen hat, bei der Oberfläche stehen geblieben und haben an dem einen oder andern Satz oder Ausdruck ihren Unwillen ausgelassen, anstatt zum Kern des Vortrages vorzudringen.

Prof. v. Gruber strebt nämlich eine gründliche Reform der Gesellschaft in der Rettung und Wiederherstellung der Familie an. Das richtige harmonische Verhältnis der Geschlechter, das durch die geforderte Gleichstellung verschoben und konsequent zerstört wird, will er durch die Betonung der unumstößlichen Naturgesetze erhalten oder wiederhergestellt sehen. Sein Vortrag zieht daher mittelbar die Männer ebenso in Betracht wie die Frauen und gipfelt in dem von ihm durch den Druck hervorgehobenen Satze: „Nur auf dem Wege der wirtschaftlichen und sozialen — und natürlich auch der sittlichen — Hebung des Mannes ist der Frau zu helfen, nicht durch wirtschaftliche Hebung der Frau auf Kosten des Mannes. Möchte doch insbesondere auch die Arbeiterschaft diesen Satz beherzigen." Mit Recht sieht der „Jahresbericht über soziale Hygiene" (1911, Heft 7) hierin die Quintessenz der Gruber'schen Ausführungen. Frau Minna Cauer muß daher diesen Satz übersehen haben, als sie in ihrem bekannten keifenden Tone schrieb: „Wahrlich Rassenhygiene sollte beim Manne anfangen!" In der besten Besprechung von Dr. F. v. Oppenheimer in der „Österr. Rundschau", die allen Anforderungen einer objektiven Kritik entspricht, heißt es dagegen mit Recht: „. . . In der wohl kaum gerechtfertigten Erbitterung über manche von Gruber gewählte Sentenz ist vieles mißverstanden und in dem Überschwang weiblicher Beredsamkeit gar manches geleugnet worden, was Gruber niemals behauptet, gar manches behauptet worden, was Gruber niemals bezweifelt hat."

Die erste alte und stets neue Wahrheit, die Prof. v. Gruber in dankenswerter Weise vom ärztlichen Stand-



punkte so betont hat, daß sie durch die gegnerischen Behauptungen nur noch klarer geworden ist, besteht in der konstanten Differenzierung der Geschlechter zum Zwecke der Ergänzung und Arbeitsteilung in der Familie und der daraus sich entwickelnden natürlichen Gesellschaft. „Ebenso wie die Frau körperlich vom Manne verschieden ist, bis in ihre Muskeln und Knochen und in den Farbstoffgehalt ihres Blutes hinein, so ist sie auch geistig verschieden. Wie sie körperlich dazu geschaffen ist, Mutter zu werden, so ist sie auch geistig ihrer Hauptaufgabe angepaßt. Es kann nicht nachdrücklich genug betont werden, daß die Behauptung, die Differenzierung von Mann und Frau sei ein Erzeugnis der Zivilisation, ganz unsinnig ist." Bekämpft v. Gruber deshalb mit Recht die ökonomische und soziale Gleichstellung der Frau, so begründen die Gegner ihr Verlangen danach mit der Berufung auf eine phantastische Entwicklungstheorie. Gabriele Reuter, deren Artikel (N. Fr. Presse, 14. Aug. 1910) in mancher Beziehung beachtenswert ist, hat hierin das Menschenmögliche geleistet.

„Die Frauenbewegung", sagt sie, „ist nicht eine Tagesmode, nicht eine traurige Notwendigkeit vorübergehender Zeitverhältnisse, sie ist ein Teil der großen Menschheitsentwicklung überhaupt. Sie ist eine Emanation des göttlichen Geistes, der aus Nebelmassen und flüchtigen Gasen Weltkörper formt und sie in ihren festgefügten Bahnen wandeln läßt, der aus der Amöbe im Laufe von Jahrmillionen den denkenden, handelnden Menschen gebildet hat, sie ist ein Teil jenes ungeheuren Dranges nach Vorwärtsbewegung, nach einer stetigen Veränderung ihres Zustandes, nach Vervollkommnung, der die belebende Seele aller Materie bildet. Und sie hat auch immer bestanden, solange Menschen auf Erden atmen. Unter tausend verschiedenen und oft schwer erkennbaren Formen kann man sie durch die Kulturgeschichte verfolgen, oft scheinbar in jahrhundertelangem Schlummer, dann wieder jäh emporgerissen und vorwärts getrieben in neuen Schößlingen, Blüten und Verfeinerungen, aufs neue durch gewaltige Reaktionen darniedergehalten und wieder



zu neuen Kämpfen, neuen Siegen sich aus den ehernen Banden von Gewohnheit und Vorurteilen emporringend. Und sie wird weiter ihre gewaltigen Ziele verfolgen, bis dahin, wo die unerbittlichen Gesetze der ewigen Natur die Grenzen stecken, bis dahin, wo alles Menschliche einmal sein Ende erreichen wird.

Wem die Entwicklung der Frau in dieser Weise ein Ewiges (!), ein Göttliches, eine Religion geworden ist, der wird sie darum nicht aufgeben, an sie glauben, für sie kämpfen, weil für sie die gegenwärtigen sozialen oder gesellschaftlichen oder völkischen Zustände mit Gefahren verbunden sind, weil sie für Frauen und auch Männer zur Tragik ihres gewöhnlichen Lebens werden kann, weil man in ihren Kämpfen schwere Irrtümer begeht und begehen wird, weil man oft weite und beschwerliche Umwege machen muß, weil nicht alle Blütenträume reifen und alle Ideale verwirklicht werden."

In diesem zügellosen Vorwärtsdrängen der Phantasie sieht auch Delle Grazie „einen neuen Typus Mensch über seinem (v. Grubers) Ahnungsvermögen emporsteigen". Den nüchternen Naturforscher können selbstverständlich solche Blütenträume nicht bestimmen, von den Tatsachen des wirklichen Lebens Umgang zu nehmen.

In dem Berliner Blatte „Der Volkserzieher" (Nr. 20 vom 2. Okt. 1910) hat Dr. F. Siebert in dem Artikel „Rassenfrage und Liberalismus oder die Rückständigkeit des heutigen Liberalismus" diese Entartung der modernen Frauenrechtlerei auf die Denkweise der französischen Revolution und die Rückständigkeit des Liberalismus gegenüber der „Rassenidee" zurückgeführt; er bezeichnet es mit Recht als Verdienst v. Grubers, daß er mit Aufgebung des linksliberalen individualistischen Standpunktes die Familie wieder als Keimelement der Gesellschaft anerkannt hat. „Es war erstaunlich", sagt er bezüglich der liberalen Kritik, „daß in den Entgegnungen gegen die Rede Grubers niemals auf die Kernpunkte der Rassenfrage eingegangen wurde, auf das, was ihre Anhänger grundsätzlich von den andern scheidet; denn von da aus erst lassen sich die Äußerungen beurteilen.

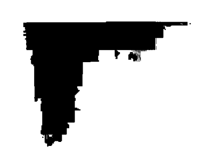


Dann würden die Streitpunkte heißen: ... Wollen wir als Element der Gesellschaft die Familie oder den Einzelnen ansehen? Wollen wir das Denken aus der linksliberal-proletarischen Weise hinübernehmen in das biologische Denken in Ahnenreihen, das uns zur höheren völkischen Persönlichkeit führt?"

Diese „völkische Persönlichkeit" genügt freilich nicht; die Einzelpersönlichkeit kommt bei Gruber, wie in dieser Kritik zu kurz, wie noch zu zeigen ist. Wahr aber ist, daß der egoistische, linksliberale Standpunkt die Frauenbewegung auf gemeinschädliche Bahnen geleitet hat. Es ist daher nur eine folgerichtige Erscheinung, wenn Prof. v. Gruber in der „Neuen Fr. Presse", dem Organ des vulgären Liberalismus, neben vielen Gegnern keinen einzigen Verteidiger gefunden hat.

Nicht minder erfreulich als die wissenschaftliche Betonung der natürlichen Verschiedenheit der Geschlechter durch Prof. v. Gruber ist zweitens die Beleuchtung der wirtschaftlichen Seite der Frauenbewegung gelegentlich dieses Streites. Niemand zweifelt daran, daß die Umgestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse das weibliche Geschlecht gezwungen hat, in einer Weise wie kaum je erwerbstätig zu werden. Die soziale Not hat in der Praxis an erster Stelle die Frauenfrage hervorgerufen. Keinem Kenner der Zeit fällt es ferner ein, die Frauen allein für diese Verhältnisse verantwortlich zu machen; vielmehr tragen hauptsächlich die Männer hieran die Hauptschuld, welche die liberale, kapitalistische Entartung der Volkswirtschaft herbeigeführt oder begünstigt haben. In seinem Vortrag konnte v. Gruber die volkswirtschaftliche Seite der Frage unmöglich umgehen, aber ebensowenig ausführlich behandeln. Mit Recht hat er aber das frauenrechtlerische Streben bekämpft, den Notstand zum normalen Zustand zu stempeln und die Frau zur erwerbstätigen Konkurrentin des Mannes zu machen. In den Schranken ihrer Eigenart ist die Frau stets erwerbstätig gewesen; kein Vernünftiger wird die wirtschaftliche Betätigung der Frau in







diesen Schranken bekämpfen. Auch Prof. v. Gruber hat sich das nicht einfallen lassen. Dagegen hat er sich dem Mißbrauch der billigen Frauenhand durch den Kapitalismus und der Sucht der Frauenrechtlerei, durch erwerbstätige Selbständigkeit zur sozialen Gleichstellung mit dem Manne zu gelangen, widersetzt. Dadurch ist er genötigt worden, gegen die Wurzel des sozialen Notstandes, gegen den Kapitalismus selbst die Axt zu erheben. In dem Artikel der „Neuen Fr. Presse" vom 2. Okt. 1910 hat er seinen Vortrag diesbezüglich ergänzt und die nicht genug zu beherzigenden Worte geschrieben:

„Man hat mir eingewendet, nicht die Frauenbewegung zerstöre die Familie und fördere den Neomalthusianismus, sondern die volkswirtschaftliche Entwicklung. Das ist insofern richtig, als sich die Frauenbewegung nur auf dem Boden der modernen Volkswirtschaft entwickeln konnte, und ich habe in meinem Artikel vom 31. Juli (1910) ausdrücklich hervorgehoben, daß die Frauenbewegung in wirtschaftlicher Beziehung das Produkt des Kapitalismus sei. Aber aufs schärfste zurückweisen muß ich die Behauptung, daß die Volkswirtschaft eine Gewalt sei, der sich einfach alles beugen müsse. Die körperliche und geistige Beschaffenheit des Weibes ist eine Natureinrichtung, an der sich nichts ändern läßt. Die Volkswirtschaft aber ist eine menschliche Einrichtung, und das Volk ist nicht der Volkswirtschaft wegen da, sondern die Volkswirtschaft wegen des Volkes. Über den Gesetzen der Güterproduktion und der wirtschaftlichen Macht müssen die Gesetze der Menschenproduktion und der physischen und psychologischen Gesundheit und Macht des Volkes stehen, und wenn sich herausstellt, daß die wirtschaftliche Entwicklung zum Verderb der Familie, zur Verkümmerung des Nachwuchses, zu gewollter und ungewollter Sterilität führt, dann muß ihr eben eine andere Richtung gegeben werden . . . . Und so wird man auch, sobald man die ungeheure Bedrohung der Zukunft der Kulturnationen durch die Verdrängung der Frau aus ihrem natürlichen Beruf erfaßt haben wird, allmählich jene Maßregeln durchsetzen, durch welche

Frauenarbeit und Erwerbstätigkeit soweit eingeschränkt und verändert werden, als dies gesundheitlich und sittlich notwendig ist, und der Mann wirtschaftlich, sozial, sittlich und gesundheitlich so weit gehoben wird, daß er nach jeder Richtung hin in der Lage geeignet und geneigt ist, reif geworden, Gatte, Vater, Familienhaupt zu werden. Das ist die Richtung, die eingeschlagen werden muß, um die Frau zu retten und zu heben und um jene Notstandsarbeiten überflüssig zu machen, die freilich ein Krebsschaden sind." —

Es ist erfreulich, daß mehr als eine Kritik die Verheerung der wirtschaftlichen Zustände durch den kapitalistischen Liberalismus und ihren üblen Einfluß auf die Frauenbewegung anerkannt hat. In dem erwähnten Artikel von Oda Ölberg im „Zentralorgan der österreichischen Sozialdemokratie, Arbeiter-Ztg." (30. Oktober 1910) ist die Kriegserklärung gegen den Kapitalismus die Hauptsache. Die Lösung wird freilich im utopistischen Sinne der Sozialdemokratie gegeben. Dagegen hat Dr. Ludwig Müller in der Montagsbeilage der Berliner „Deutschen Tageszeitung" („Zeitfragen" Nr. 43 vom 31. Oktober 1910) eine vorzügliche Besprechung des Gruber'schen Vortrages geliefert, indem er den Verfasser zum völligen konsequenten Abrücken vom politischen Programm des Liberalismus ab- und zu einer gesunden Mittelstandspolitik hindrängt. Eine weitere folgerichtige Behandlung des Gegenstandes würde zu den Anschauungen führen, die Prof. F. X. Hoermann jüngst in der vorzüglichen Schrift „Glücklicher Mittelstand" (Trier 1912) entwickelt hat; dieselben sind die Voraussetzung für die Lösung der Frauenfrage im Gruber'schen Sinne.

„Darin", so heißt es im Schlußworte v. Grubers (N. Fr. Pr. 2. Oktober 1910) „liegt überhaupt die ungeheure Gefährlichkeit der selbständigen außerhäuslichen Berufs- und Erwerbstätigkeit der Frau und des Strebens nach ihrer sozialen, ökonomischen und politischen Unabhängigkeit und Gleichstellung, daß sie die Wurzel gesunden Volkslebens, die Familie angreifen. Ein sehr erheblicher Teil der Frauenrechtlerinnen



will nichts anderes als die Zerstörung der Familie, in der sie das Gefängnis der Frau sehen und der andere Teil ist zu kurzsichtig dazu, um einzusehen, daß eine Frau, welche sich als Selbstzweck betrachtet, sich als Persönlichkeit ausleben und betätigen, persönlichen Einfluß und Ansehen im öffentlichen Leben gewinnen will, unfähig geworden ist, das stille selbstlose Leben der Mutter und Hausfrau mit innerer Befriedigung zu führen. Mögen die Frauenrechtlerinnen, heuchlerischerweise oder gutgläubig noch so sehr beteuern, daß es ihnen vor allem darum zu tun sei, tauglichere Gattinnen und Mütter zu erziehen, die Familie auf eine höhere Grundlage zu stellen: man lasse sich nicht täuschen!"

Mit dieser Betonung der wahren sozialen Aufgabe der Frau im Gegensatz zur egoistisch-individualistischen Forderung der Emanzipation hat v. Gruber eine dritte helle Fackel zur Beleuchtung der Frauenbewegung emporgehoben. In seinem Vortrage hatte er denselben Gedanken in dem energischen Worte ausgedrückt: „Eines aber muß vor allem geweckt werden — erschrecken Sie nicht, meine Herrschaften: die Freude am Dienen!"

Nächst dem oben erwähnten drastischen Vergleiche der Mädchenernährung ist kein anderer Satz des Vortrages von frauenrechtlerischer Seite derart mit Entrüstung, Spott und Unverstand aufgenommen worden wie diese Mahnung zur freudigen dienstbereiten Unterordnung unter das allgemeine Wohl. Sklaverei und Leibeigenschaft des Weibes unter der Tyrannei des Mannes wurde darunter gewittert. In ihrem Eifer übersahen die Gegnerinnen, daß v. Gruber unmittelbar darauf diese Forderung auch auf den Mann ausdehnt in den vorzüglichen Worten: „Das widerspricht freilich dem unbotmäßigen Geiste der Zeit, ist aber die Bedingung für Glück und Gedeihen von Individuum und Volk. Natürlich müssen auch die jungen Männer zu dieser Freude sich emporarbeiten; nur gilt ihr Dienst direkt der Gesamtheit und umfassenderen Aufgaben, der der Mädchen zunächst den Einzelnen, den Eltern, den Geschwistern, den








Kindern, den Kranken. Aus dem Pflegen der eigenen Persönlichkeit um ihrer selbst willen kann für Jüngling wie für Mädchen nichts Gutes entstehen." — Bei der Absicht des Verfassers, zunächst den egoistischen Individualismus als Feind des Volkes zu bekämpfen, konnten diese herrlichen Worte für den billigen Kritiker genügen. Sie genügten aber nicht, um unbillige Kritiken auszuschließen; es läßt sich auch nicht leugnen, daß diese Betonung „des Auswirkens der Persönlichkeit zum Nutzen der Gemeinschaft" allzu einseitig ist; sie erweckt den Eindruck, als habe jeder Mensch wirklich einzig und allein nur die Bedeutung eines Mittels zum Zweck des Volkswohles. Dr. Siebert in dem erwähnten Artikel „des Volkerziehers" kommt im Anschluß an v. Gruber wirklich zu dem Satze: „Das, worin die Rassenidee einen grundsätzlichen Fortschritt gegen die bisherige Weltanschauung gegenüber der bisherigen Weltanschauung darstellt, ist die Leugnung des Selbstzwecks der Persönlichkeit, soweit sie als Einzelpersönlichkeit gedacht ist." Unter „der bisherigen Weltanschauung" ist hier der extreme Liberalismns verstanden; vor diesem und außer diesem gibt es aber doch auch eine christliche Weltanschauung, die den Einzelmenschen zwar als Glied dem Menschheitsorganismus einordnet und zwar aufs vollkommenste, ihm aber auch einen Selbstzweck zugesteht, den er durch selbstlose Arbeit hienieden zum Nutzen der Gemeinschaft im Jenseits erreichen soll. In der Erreichung dieses letzten Zieles schwindet der Unterschied zwischen Mann und Weib. Beide Geschlechter stehen hierin und zwar erst hierin vollkommen gleichwertig neben einander gemäß dem Paulinischen Worte: „In Christus ist weder Mann noch Weib" (Gal. 3, 28). An persönlicher Vollkommenheit, die für die Ewigkeit bleiben soll, kann das Weib den Mann weit übertreffen. Fällt die christlich-religiöse Auffassung mit der übernatürlichen Bestimmung des Menschen auf Grund der persönlichen Unsterblichkeit weg, und beschränkt man das Menschenleben auf das Diesseits, dann wird die Emanzipation mit einem Schein von Berechtigung nach der völligen sozialen Gleichstellung verlangen,



so widernatürlich dieselbe auch sein mag. Es ist ein wirklicher Mangel in dem Gruber'schen Vortrage, daß diesem Umstande nicht irgendwie Rechnung getragen ist. Manche Härte würde wegfallen, an der die Frauen mit Recht Anstoß nehmen. Daß z. B. „der Mann Vernunft, die Frau Natur sein soll", stimmt mit jener gleichen persönlichen Bestimmung zum letzten Ziele nicht überein. Geschichte und Erfahrung im Christentum zeigen, daß das weibliche Geschlecht durchschnittlich dasselbe ernste Interesse für die höchsten Wahrheiten und Güter bekundet, wie das männliche. Es ist bedauerlich, daß keine Kritik des Gruber'schen Vortrages, so weit mir die Äußerungen der Presse bekannt geworden sind, diesen Mangel hervorgehoben hat. Im übrigen bedeutet der Vortrag einen sehr dankenswerten Wegweiser in den Wirrnissen der Frauenfrage. Aller feministischen Entrüstung gegenüber behalten die Worte des Freiherrn v. Oppenheimer (Österr. Rundschau) ihren vollen Wert: „Gut ist es auch, daß es Männer sind, die sie (die Entwicklung der Frauenbewegung) entscheidend bestimmen. Denn die sog. Frauenfrage ist ja nicht die Frage der Frauen allein, sondern die des Glückes und der Zukunft des ganzen Menschengeschlechts. Und mögen sich heute noch so viele Frauen mit heftigstem Unverstand nach Kinderart über Saumseligkeit oder Übelwollen ihrer bedachtsameren Führer beklagen, der Tag wird kommen, da sie begreifen, daß diese es sind, die sie am verständigsten fördern und am ehrlichsten lieben."

Hat die öffentliche, vom Geiste der Unbotmäßigkeit vorherrschend getragene Meinung die Gruber'sche Erklärung gegen die ökonomische, soziale und politische Gleichstellung der Frau mit dem Manne großenteils unwillig aufgenommen, so ist es fast selbstverständlich, daß dieselbe öffentliche Meinung der Schrift von Frau Dr. E. Meyer „Vom Mädchen zur Frau" vorwiegend nur jubelnde Zustimmung entgegengebracht hat. Die Verfasserin sieht im Geiste der oben erwähnten Entwicklungstheorie „die Zeit des Weibes" kommen, in der die Frau sich neben dem Manne der sexuellen, bürgerlichen





und sozialen Unabhängigkeit erfreut. Ähnlich wie in der oben angeführten Stelle von Gabriele Reuter heißt es hier: „Diese Bewegung ist eine Entwicklungserscheinung der Zeit, die, aus ihren inneren Gründen beurteilt, notwendig war und eine Phase der menschlichen Entwicklung darstellt.“ Was vom katholischen Standpunkte über dieses Streben zu sagen ist, hat scharf, aber der Hauptsache nach wahr unter Anerkennung der guten Seiten der Schrift der gefeierte Moralist P. Aug. Lehmkuhl in den „Laacher Stimmen“ (1912, Bd. 83, Heft 4) gesagt. Das Merkwürdige ist aber, daß die maßlose Reklame für das Buch vorwiegend von katholischer Seite betrieben worden ist. In schwerwiegenden Punkten ist die Auffassung der Verfasserin mit der Lehre der Kirche einfach unvereinbar. (Vgl. Theologie und Glaube. 1912. Heft 8. Pharus. 1912. Heft 12.) Gleichwohl ist die Schrift von nicht wenigen katholischen Zeitschriften rückhaltlos empfohlen worden. Das bedeutet eine Wendung in bestimmten Kreisen der Katholiken Deutschlands, die der des Geimrats v. Gruber bezüglich der Frauenbewegung gerade entgegengesetzt ist. Dieser hat sich von der liberalen Auffassung der Sache, durch die Erfahrung belehrt, losgesagt und tritt für jene Stellung der Frau im Gesellschaftsorganismus ein, die in der katholischen Kirche der Hauptsache nach von den Tagen der Apostel an stets festgehalten wurde. Das Buch der Frau Dr. Meyer dagegen befürwortet Ehen, die „ein Bund zweier gleichwertiger und gleichberechtigter reifer Menschen ohne seelische und soziale und bürgerliche Unterordnung sein sollen“. Wie diese Ausschaltung der Unterordnung mit den Weisungen der Apostel (I Petr. 3, 1; Ephes. 5, 22) vereinbar sein soll, ist unerfindlich. Leider stimmt ja die Schilderung des sittlichen Tiefstandes eines großen Teiles der Männerwelt mit der Wirklichkeit überein. Gruber hat dieselbe Klage angestimmt. Frau Dr. Meyer fordert ihn auf zu sagen, wie er sich „die sittliche Hebung“ des Mannes denke, und antwortet: „Sie (die Rassenhygieniker) werden letzlich kaum ein anderes Heilmittel kennen als — die sittlich reine, die hoch-



stehende, geistig dem Manne ebenbürtige Gattin". Sie ist weiter der Meinung: „aus Eheelend und Eheabhängigkeit gibt es nur eine Erlösung, und die muß das Weib sich selbst bringen". Wie das Weib sich selbst erlösen solle, sagt uns aber die Verfasserin so wenig, wie Prof. v. Gruber die sittliche Hebung des Mannes praktisch beschreibt. In Wirklichkeit ist die Erlösung weder vom Weibe noch vom Manne allein zu erhoffen, sondern von der Wiederverchristlichung beider gemäß dem Wahlspruche Pius' X.

Erfreulich ist, daß die Verfasserin, wo sie als Ärztin spricht, in manchem Punkte mit Gruber übereinstimmt. So z. B. sagt sie bezüglich der akademischen Berufsbildung für Mädchen ganz vorzüglich: „Eines aber kann für alle diese Berufe nicht ernst und oft genug betont werden: Nur in den seltensten Fällen wird ein solcher Beruf mit dem Mutterberuf glücklich vereint werden können! Darüber dürfen wir uns nicht hinwegtäuschen lassen. Beide Berufe verlangen für sich eine volle ungeteilte Persönlichkeit; wo doch beide Berufe vereinigt werden, muß der eine oder der andere oder — die Trägerin leiden." In seiner Weise hat Prof. v. Gruber mit seinen Warnungen vor der Verlockung der Mädchen zu höheren Studien in größerem Umfange dasselbe gesagt.

Die Warnung vor ungebührlicher Frauenrechtlerei auf katholischer Seite ist dem Gesagten nach nicht unnütz. Im allgemeinen bringt die öffentliche Meinung mehr Dunkel als Licht in die Frauenbewegung, weil Gruber leider richtig die Tatsache feststellt: „Auch hat sie (die auf völlige Gleichstellung der Geschlechter gerichtete Frauenbewegung) durch unablässige lärmende Agitation und geschickte Preßmache die öffentliche Meinung schon in so hohem Grade gewonnen, daß die politischen Parteien in ihrer bekannten Bedientenhaftigkeit um sie zu scharwenzeln anfangen."

## VII.

## Zur Jahreswende.

### Ein Rückblick und Ausblick.

Abergläubische Menschen werden dem Jahre 1913 mit großem Mißtrauen entgegensehen, gilt doch die Zahl dreizehn in weiten Kreisen und ganz besonders in den sogen. gebildeten Schichten für eine solche, die Unheil verkündet. Zur Beruhigung solcher Leute ist schon mehrfach darauf hingewiesen worden, daß ja auch schon die Ziffern der laufenden Jahreszahl diese ominöse dreizehn in sich bergen — $1 + 9 + 1 + 2 = 13$ — ohne daß das damit vermeintlich verbundene Unheil hereingebrochen wäre. Noch mehr, man hat auch daran erinnert, daß mehrere Celebritäten gerade mit der Zahl dreizehn ihr Glück gemacht haben. Von Ibsen beispielsweise hat man behauptet, daß er nicht bloß die Zahl dreizehn, sondern auch den Freitag, der manchen Leuten gleichfalls für ominös gilt, für glückverheißend gehalten habe. Also Aberglaube gegen Aberglauben, Fatalismus gegen Fatalismus. Wer aber nicht abergläubisch, sondern gläubig ist, wird alle Vorgänge dieser Welt im Lichte der ewigen Wahrheiten zu betrachten und zu beurteilen suchen, und er wird bald auch durch die Erfahrung sich in der Überzeugung bestärkt fühlen, daß der Glaube an ein blind waltendes Fatum keinerlei Bestandsrecht hat, sondern früher oder später einer anderen Auffassung weichen muß, womit freilich nicht gesagt werden soll, daß diese andere Auffassung immer die richtige sei; denn nicht selten kommt es, daß der eine Irrtum von einem anderen abgelöst wird, wie eine bizarre Mode von einer anderen.

Die Türken, die Mohammedaner überhaupt, sind in ihrer Art ebenfalls Fatalisten. Diesem Fatalismus wird seit einer Reihe von Jahren immer schärfer der Prozeß gemacht. Bald da, bald dort wird seine Herrschaft angefochten, an=

gegriffen und zurückgedrängt. Es ist ein politischer Prozeß, das heißt, man führt den Kampf aus politischen Gründen, darum viel weniger mit geistigen als vielmehr mit politischen Waffen, und diese sind in der Regel die Waffen der Gewalt: der blutige Krieg.

Der Islam wird in verschiedenen politischen Gemeinwesen repräsentiert. Der annoch mächtigste Repräsentant desselben ist die Türkei. Im vorigen Jahr haben die Mohammedaner von Marokko in hohem Maß die politische Aufmerksamkeit auf sich gezogen, nicht zu ihrem Vorteil, wie man weiß. Im ablaufenden Jahre aber haben hauptsächlich die Türken — man verzeihe den etwas frivolen Ausdruck — die Kosten der politischen Unterhaltung bestritten. Der Tripoliskrieg war zu Beginn des Jahres noch in vollem Gange. Kenner dieses Kriegsschauplatzes haben den Italienern Unheil vorausgesagt; man hat gemeint, Italien werde sich im unwirtschaftlichen Tripolis verbluten. Es ist aber umgekehrt gekommen, — allerdings nicht gerade die Folge der Heldentaten der Italiener, sondern hauptsächlich deshalb, weil ihnen anderswo sehr wertvolle Bundesgenossen erwachsen sind, darunter auch solche, auf welche sie wohl am wenigsten gerechnet hatten, nämlich unter den Türken selber. Für das freimaurerische Jungtürkentum neigten sich die schönen Tage sichtlich dem Ende zu. Schon im vorigen Jahre war es offenkundig geworden, daß das jungtürkische Programm keineswegs jene Panacee war, die alle Übel des „kranken Mannes" alsbald beheben werde. Im Gegenteil: die Krankheit verschlimmerte sich. Nicht bloß im Westen, auch im Osten flammte neuerdings der Aufruhr auf. Es war unausweichlich, daß man das Programm wieder ändern, wieder zu anderen Mitteln seine Zuflucht nehmen müsse. Der von den Jungtürken eingerichtete Parlamentarismus brachte es mit sich, daß alle die Schwierigkeiten und Fehler, die früher nur im verschwiegenen Sultanpalast besprochen wurden, jetzt zur öffentlichen Diskussion gelangten, daß es zu öffentlichen Rekriminationen, zu scharfen Parteiungen im Parlament wie

auch in der Bevölkerung kam und daß mehr wie einmal das Gespenst einer neuen Revolution aufzutauchen schien. Die Verlegenheit des einen ist des anderen Gelegenheit. Die Balkanfürsten hielten den günstigen Augenblick für gekommen, sie bereiteten sich zum allgemeinen Einbruch vor, um, wie sie sagten, die nationalen Brüder in der Türkei endlich und definitiv von dem unerträglicheu Joche zu befreien, unter dem sie seit Jahrhunderten geschmachtet und das allerdings auch die Jungtürken nicht wesentlich erleichtert, in manchen Beziehungen eher noch drückender gemacht hatten. Um nun diesen neuen Feinden gegenüber freie Hand zu bekommen, schlossen die Türken den bekannten Frieden von Ouchy, in welchem sie auf ganz Tripolis und die Cyrenaica verzichteten, und mit welchem die Italiener an der Südseite des Mittelmeeres den so lange ersehnten Platz an der afrikanischen Sonne gewannen, ein Gebiet an Umfang dreimal so groß wie das ganze bisherige Königreich. Man kann sagen, daß die politische Herrschaft oder wenigstens die politische Vorherrschaft des Halbmondes nunmehr auf der ganzen Nordküste Afrikas erloschen ist.

Nach dem Tripoliskrieg kam also jetzt der Balkankrieg, dessen bisheriger Verlauf noch in Aller Erinnerung steht und dessen formelles Ende uns hoffentlich bis zu Weihnachten, wenn schon nicht zu den abendländischen so doch zu den griechischen Weihnachten beschieden werden möge. Es ist dabei vielleicht in politischer wie auch in kulturgeschichtlicher Beziehung nicht überflüssig, hervorzuheben, daß im Balkanbunde die Bulgaren, wie sie im Kriege der kühnste und tapferste Teil gewesen, so auch bei den Friedensverhandlungen durch Ruhe und Besonnenheit den ersten Rang zu behaupten scheinen. Was von den Kriegstaten der Serben, Montenegriner und Griechen bisher bekannt geworden ist, ist wohl wenig geeignet, als Vorwurf für neue Heldengesänge zu dienen. Sie haben allerdings weite Gebiete besetzt, aber nur solche, die schlecht oder gar nicht verteidigt waren. Ihre bundesmäßige Solidarität mit den Bulgaren aber bietet ihnen

die Möglichkeit, bei der Friedenskonferenz nicht minder anspruchsvoll aufzutreten. Es ist übrigens nicht gerade das geringere Kriegsglück und Kriegsgeschick, das ihnen zum Vorwurf gemacht wird, als vielmehr ihr Betragen in den okkupierten Gebieten. Selbst die Griechen, dieses alte Kulturvolk, haben sich in dieser Beziehung argem Tadel ausgesetzt. Als Probe dafür möge eine Stelle aus einem Berichte dienen, den der Pariser „Univers" vom 30. November veröffentlicht hat. Der „Univers", der im übrigen entschieden die Partei des Balkanbundes ergreift, versichert, daß sein Gewährsmann an Ort und Stelle, nämlich in Salonichi, lebt und vermöge seiner Stellung vollkommen in der Lage ist, zu beobachten und zu beurteilen. In diesem Berichte heißt es:

„Seit den acht Tagen, da die Griechen in der Stadt (Salonichi) sind, sind Diebstahl, Schändung und Mord ununterbrochen an der Tagesordnung. Man darf sich nicht auf die Straße wagen, ohne seine Haut oder wenigstens sein Portemonnaie zu riskieren. Das begann schon am Tage nach ihrem (der Griechen) Einzuge. Angeblich um etwa versteckte oder verheimlichte Patronen zu finden, durchsuchten sie die türkischen Soldaten. Jeder beliebige griechische Soldat, wenn er auf der Straße einem türkischen Soldaten begegnete, steckte seine Hand in dessen Gürtel und, ohne sich um Patronen zu kümmern, ließ er Alles mitgehen, was er darin fand. Da aber diese armen türkischen Soldaten keine Krösusse waren, machten sich die griechischen Soldaten an alle Passanten ohne Unterschied, mit Vorliebe aber an Juden, welche ihnen ihre hiesigen Landsleute bezeichneten. Uhren, Portemonnaies, Broschen, alles wurde als gute Beute behandelt. Darüber entstand eine allgemeine Panik; Alles flüchtete und alle Kaufläden wurden geschlossen. Das genierte aber die griechischen Soldaten wenig. Immer unter dem Vorwande, nach Waffen zu suchen, drangen sie jetzt in die Häuser ein, fesselten die Männer, vergewaltigten die Frauen, und nahmen Alles mit, was sie auf der Straße nicht mehr fanden. Nachts dann erbrach man die Läden. Nichts war mehr sicher. Gestern kam ein armer Mann zu mir, den man ebenfalls durchsucht hatte. Der Unglückliche hatte einen Revolver bei sich gehabt. Man konfiszierte ihm denselben. Das war



recht. Aber um vier Piaster gab man ihm den Revolver wieder zurück. Und das war die Patrouille selber, die dieses Heldenstück verübt hatte . . . ."

Einen neuen Homer wird diese Art des Kriegshandwerkes wohl kaum erwecken. Das Resultat des Krieges wird dadurch allerdings nicht geändert werden und es ist nach der momentanen Lage zweifellos und selbstverständlich, daß die Türkei, wie sie früher Tripolis geopfert, jetzt auch Albanien, Mazedonien ꝛc. wird opfern müssen. Wie verlautet, will man ihr in Europa noch Konstantinopel und Gallipoli nebst einem kleinen Hinterland belassen und die Bulgaren wollen zustimmen, daß diese beiden Gebiete nicht durch einen bulgarischen Keil voneinander getrennt werden. Damit wird der Islam in Europa, das er einst in Furcht und Schrecken gehalten, ausgespielt haben und nach Asien zurückverwiesen sein.

Die Urteile und Empfindungen über dieses Resultat werden in Europa nicht sehr übereinstimmend sein. Wichtige politische, finanzielle, wirtschaftliche und nicht in allerletzter Linie auch kirchliche Fragen und Interessen werden durch die neue Gestaltung der Balkandinge berührt. Es kann hier nicht näher darauf eingegangen werden. Aber zwei Momente werden wir doch nicht unberührt lassen dürfen: die Rechtsfrage und die kirchliche Frage.

Die **Rechtsfrage** ist bei diesen Gelegenheiten etwas überraschender Weise gerade von sogenannt liberalen Blättern öfters aufgeworfen worden. Mit welchem Rechte sind die Italiener nach Tripolis gegangen? Was berechtigt den Balkanbund, den Türken Mazedonien abzunehmen? Man konnte und mußte erstaunt sein, derartigen Fragen auch in solchen liberalen Blättern zu begegnen, welche schon vor vierzig Jahren bestanden und dem damaligen Einbruch der Piemontesen in Rom rückhaltlos zugejubelt haben. Mit welchem Recht sind die Piemontesen nach Rom gegangen? Wir wissen Alle, daß wir auf diese Frage nie eine gerade, aufrichtige Antwort erhalten haben und erhalten werden. Aber charakteristisch, wie gesagt, ist es, daß jetzt, wo es sich



um die freimaurerischen Jungtürken handelte, den liberalen Blättern die Rechtsfrage so prompt in die Feder gelaufen ist. Die Frage an sich ist gewiß berechtigt. Nur muß man dann auch die andere Frage aufwerfen: mit welchem Recht sind die Türken, resp. Araber seinerzeit nach Tripolis und Mazedonien gegangen? Der erste Rechtstitel der Türken war auch kein anderer als das Recht der Gewalt, der brutalen Eroberung. Es sind seitdem allerdings Jahrhunderte verflossen. Wenn man dann aber weiter fragt, wie die Türken das behauptete Eroberungsrecht ausgenützt und gerechtfertigt haben, so braucht man nur darauf hinzuweisen, daß sie das einstmals blühende Tripolis verödet und fast ganz in eine Wüste verwandelt haben, und daß, wenn ihnen dies mit Mazedonien rc. nicht in demselben Maße gelungen ist, gewiß Niemand wird behaupten wollen, daß dies ihr Verdienst sei. Die seitherige Geschichte dieser Provinzen weiß ja fast nur von Blut und Greueln zu erzählen.

Aber wozu in rechtstheoretische Fernen schweifen, wo doch das positive Recht so nahe ist! Von diesem Standpunkt aus ergibt sich aber folgendes: Völkerrechtlich, d. h. durch die Großmächte wurde der Besitzstand der Türkei überhaupt erst mit dem Pariser Frieden von 1856 anerkannt. Das geschah aber nur mit der Bedingung, daß die Türkei sich völlig reformiere, daß sie insbesondere alle Untertanen gleichstelle, keine Religionsgenossenschaft vor der andern bevorzuge, allen Staatsbürgern gleiches Recht auf Anstellung im Pfortendienst gewähre usw. Da die Türkei diese Verpflichtungen nicht erfüllte, wurden ihr dieselben im Berliner Vertrag in anderer Form wieder auferlegt. Kann oder will jemand behaupten, daß die Türkei etwa seither diese Reformen wirklich durchgeführt habe? Niemand weiß etwas davon. In allen diesen Punkten ist die Türkei heute noch vertragsbrüchig. Eigentlich hätten die anderen Vertragsmächte selber die Pflicht gehabt, die Türkei zur Einhaltung

1) Daß die von den Jungtürken wirklich in Angriff genommenen Reformen die Lage der christlichen Bevölkerung zum Teil nur verschlechtert haben, ist schon oben erwähnt worden.



dieser Verträge zu zwingen. Sie haben es nicht getan, sondern eine andere Methode vorgezogen. Teils ausdrücklich, teils stillschweigend haben sie zugegeben, daß die Balkanfürsten — Italien scheidet in dieser Argumentation allerdings aus und muß seinen Teil der Verantwortung allein tragen — in ihrer Weise die Abrechnung mit der Türkei vornehmen, wobei sie sich nur die Überprüfung dieser Abrechnung vorbehielten. Und diese Überprüfung wird eben jetzt in London vorgenommen.

Versuchen wir nun, denselben Standpunkt des positiven Völkerrechtes auch auf die kirchliche Frage anzuwenden, so müssen wir vor allem das lebhafte Bedauern darüber aussprechen, daß die Mächte auch diesmal wieder die größte, die eigentliche kirchliche Großmacht, den hl. Stuhl, von ihren Beratungen ausgeschlossen haben. Und doch würde es die Regelung dieser Frage wesentlich erleichtern und gewiß auch in anderen Beziehungen nützlich sein, wenn bei der Botschafter-Konferenz auch der hl. Stuhl vertreten wäre. Die Formfrage, auf die man sich berufen wird, kann kein ausschlaggebendes Hindernis sein. Die Diplomaten sind ja sonst, wenn sie wollen, in der Aufstellung von Formen und Formeln so erfinderisch, daß sich wohl auch hier eine Form gefunden hätte. Zur aufgeworfenen Frage selbst aber wird man sagen können und müssen: die neuen Eroberer als Rechtsnachfolger der Türken müssen von diesen auch alle ihre völkerrechtlichen Verpflichtungen übernehmen. Sie müssen also den Katholiken in den eroberten Gebieten volle Gleichberechtigung sichern. Oder sollte auch nur eine der Großmächte für die Balkanstaaten so eingenommen sein, daß sie geneigt wäre, den genannten Staaten jene Verpflichtung zu erlassen, die sie den Türken aufzuerlegen geholfen hat? Diese Großmacht würde sich vor den Augen der Welt selbst richten. Mit allem Nachdruck muß also gefordert werden, daß in dieser Frage, nämlich in Betreff der zukünftigen Stellung der Katholiken, in London keiner Unklarheit Raum gegeben werde. Erst wenn auch diese Forderung ihre



Erfüllung findet, wird man die neue Gestaltung der Dinge im näheren Orient als eine höchst erfreuliche Besserung begrüßen können.

Im näheren Orient, sagen wir, denn es gibt bekanntlich seit neuerer Zeit auch eine fernere orientalische Frage, oder vielmehr es gibt eine ganze Reihe von Fragen im ferneren Orient. Stehen doch heute über Asien eine erhebliche Zahl von Fragezeichen. Das größte dieser Fragezeichen ist wohl die Republik China. China, das angeblich dreitausend jährige Reich der Mitte, jetzt eine Republik, — noch vor zehn, ja noch vor fünf Jahren wäre jeder für einen Narren erklärt worden, dem eingefallen wäre, eine so unwahrscheinliche Prognose zu stellen. Und dieses Unwahrscheinlichste, es ist dennoch Ereignis geworden. Wenigstens einstweilen besteht die im vorigen Jahre proklamierte Republik noch fort. Allerdings wäre es vielleicht richtiger zu sagen: „Yuanschikkai, der schlaue unter den schlauesten heutigen Politikern, behauptet sich noch immer. Und eine Anzahl von Mächten scheinen ernstlich gewillt zu sein, ihm den heutzutage unentbehrlichsten nervus rerum omnium, nemlich eine beträchtliche Anleihe und damit die Mittel zu mehrjähriger weiterer Existenz zu sichern. Es läge nahe, zu vermuten, daß Yuanschikkai vielleicht dereinst den chinesischen General Monk spielen und die alte Dynastie wieder zurückführen werde. Allein dazu scheinen so ziemlich alle Voraussetznngen zu fehlen; die abgedankte Dynastie war zu unbeliebt, vielleicht nicht so sehr, weil sie eine fremde Dynastie war, als vielmehr deshalb, weil die Mandschu-Gefolgschaft, die sie mitgebracht und dann über das ganze Reich zerstreut hatte, tatsächlich am Mark des Volkes zehrte. Viele oder die meisten dieser Mandschu hatten eigentlich keine andere Funktion, als in den Provinzen die Anhängerschaft der Dynastie zu repräsentieren, wofür sie vom Hofe ansehnliche Pensionen bezogen. Diese Pensionen haben jetzt aufgehört und die Missionsberichte sagen, daß man sich kaum eine hilflosere, erbarmungswürdigere Masse denken könne, als diese durch Jahrhunderte ans



sorgloseste Drohnenleben gewohnten Leute jetzt bilden. Diese Drohnenschar wieder in ihre Funktionen einzusetzen, daran kann natürlich nicht gedacht werden. Auch würde dies dem inneren Wesen Yuanschikkais kaum konvenieren. Wohl eher möchte er an der Rolle eines chinesischen Napoleon Gefallen finden. Wenn die Chinesen nur ein bischen Soldatengeist hätten! Indes wir haben uns da nicht in vagen Konjekturen zu ergehen, es muß vorläufig genügen, zu konstatieren, daß die Auspizien dieser unwahrscheinlichsten und an Bevölkerungszahl weitaus größten aller Republiken derzeit keine ungünstigen zu sein scheinen und daß, was die Haltung der Republik gegenüber den katholischen Missionen anbetrifft, die skeptischen oder gar pessimistischen Voraussagungen sich glücklicher Weise bisher nicht bestätigt haben; hat doch Sunyatsen, der eigentliche Begründer der Republik, sich selber herbeigelassen, den Missionären öffentlich seine äußere Achtung zu bezeigen.

Auch in Japan macht die katholische Kirche langsame Fortschritte, so daß der hl. Vater sich jüngst bewogen gefunden hat, in Niigata eine neue apostolische Präfektur zu errichten. Im übrigen geht Japan selbst einer neuen Umwälzung entgegen. Mit dem Hinscheiden des alten Kaisers ist vermutlich auch das alte Japan für immer dahingeschieden. Schon das alte Hofzeremoniell, das den früheren Mikado als eine Gottheit erscheinen ließ, läßt sich unter den neuen Verhältnissen nicht mehr aufrecht erhalten, der demokratisierende Parlamentarismus und der stetig wachsende geistige und materielle Verkehr mit der übrigen Welt sind damit nicht vereinbar. Welcher neuen Strömung werden sich die Japaner anvertrauen? Das ist eine gewiß nicht minder wichtige Frage, wie jene nach der Zukunft der Republik China.

Auf die Lösung dieser Frage werden die Beziehungen zu Amerika voraussichtlich einen viel größeren Einfluß nehmen als jene zu Europa. Überhaupt wird man sich daran gewöhnen müssen, das stetig und rasch ansteigende Gewicht, das namentlich die an Bevölkerungszahl jetzt zweit-

größte, an Ausdehnung aber noch immer größte Republik, die Vereinigten Staaten, in die Wagschale der internationalen Politik legen kann und wird, nie mehr aus der Rechnung zu lassen. Momentan sind die Vereinigten Staaten wieder einmal daran, ihre Wirtschaftspolitik zu ändern. Die Proben für die bevorstehende Präsidentenwahl stellen bekanntlich den Sieg des demokratischen Kandidaten in sichere Aussicht. Und das soll im Sinne der Wähler eine Mäßigung der bisherigen Hochschutzzollpolitik, eine Hinneigung zur Freihandelsrichtung zur Folge haben. Und daraus würde eben wieder ein lebhafterer Verkehr mit der übrigen Welt resultieren. Dieser Wechsel wird sich so rasch nicht vollziehen, denn vorläufig bleibt jedenfalls die Majorität des Senats noch geraume Zeit republikanisch. Und bis die neue Strömung sich auch da durchgerungen hat, kann die Periode des demokratischen Präsidenten schon wieder dem Ende sich zuneigen und damit abermals einer neuen Richtung die Wege öffnen.

Daneben scheint der Gang der panamerikanischen Idee Beachtung zu erheischen, wenigstens sprechen einige Anzeichen dafür. Zum Beispiel: In den nordamerikanischen Staaten ist alljährlich ein sogenannter Danksagungstag üblich und als solcher wird der letzte Donnerstag des Novembers gefeiert. Auch die Katholiken feiern ihn und die diesjährige Feier in Washington, der Festgottesdienst in der dortigen Patrick-Kirche, scheint besonders glänzend verlaufen zu sein. Es waren zu diesem Gottesdienst Kardinal Gibbons von Baltimore und der päpstliche Delegat Bonzano erschienen, ferner der Präsident Taft mit allen Staatsnotabilitäten und dem gesamten diplomatischen Korps. Im Innern war die Kirche mit päpstlichen Fahnen geschmückt, außen ebenfalls mit päpstlichen, aber auch mit den Flaggen aller Republiken von Zentral- und Südamerika, die gleichzeitig auch sämtlich durch ihre Gesandten repräsentiert waren. Und nach Schluß der Feierlichkeit wurde ein eigens für diese Feier komponierter panamerikanischer Marsch exekutiert. Hiernach zu schließen, sind die Trübungen, die zeitweilig zwischen Washington und



einzelnen Republiken der Mitte und des Südens bestanden haben, wieder verschwunden und herrschen zur Zeit zwischen allen Teilen die besten Beziehungen. Es ist eigentlich wohl selbstverständlich, daß Canada in dem Berichte nicht genannt erscheint, denn Canada ist eine engliche Kolonie. Doch war die Verbindung dieser Kolonie mit dem Mutterlande bisher nur eine sehr lose, eine so lockere, daß in manchen Zeitpunkten sogar von einer möglichen oder bevorstehenden Amerikanisierung Canadas die Rede war. Diesmal nun trifft es sich, daß in Canada fast gleichzeitig mit den erwähnten Washingtoner Feierlichkeiten die Verbindung mit England einen ungewöhnlich prononcierten Ausdruck gefunden hat. Die neue Regierung Canadas hat der verfassungsmäßigen Volksvertretung ein Projekt zur Schaffung einer canadischen Kriegsflotte unterbreitet, die eventuell zur Mitverteidigung der englischen Weltmeerherrschaft dienen soll. Damit ist wohl gesagt, daß der Panamerikanismus jetzt im Norden ganz feste, unüberschreitbare Grenzen gefunden hat.

Es ist damit aber auch gesagt, daß die englischen Kolonien — Australien hat hierüber schon früher alle Zweifel zerstreut und das Kapland hat überhaupt nie Zweifeln Raum gegeben — immer mehr die Notwendigkeit eines engeren Anschlusses an das Mutterland erkennen und anerkennen. England — und damit kehren wir auf unserem Rundgange, den wir nach Lage der Dinge notwendig im europäischen Orient beginnen mußten, nach Europa zurück — England findet in dieser Annäherung der Kolonien reichen, wenn auch vielleicht nicht ganz ausreichenden Ersatz für die zunehmende nationalistische Strömung in Indien, von deren Bestande anscheinend auch das jüngste Attentat auf den Vicekönig Hardinge wieder ein trauriges Zeugnis abgelegt hat. Trotz alles Alarms, der zeitweilig in England selber geschlagen wird, ist kein Grund zum Zweifel daran gegeben, daß die englische Flotte auch fernerhin die beherrschende Königin der Meere bleiben wird. Auch die Ozeane müssen ihre Polizei haben, und diesen Dienst besorgt England, in-

dem es dabei zugleich seine eigenen Interessen wahrnimmt, bislang in einer Weise, die kaum viel Anlaß zu Klagen gegeben hat.

Die Republik **Frankreich** hat unter dem jetzigen Ministerium Poincaré anläßlich der Balkanwirren den Versuch gemacht, in der europäischen Diplomatie wieder eine führende Stellung zu gewinnen. Man wird kaum sagen können, daß dieser Versuch gerade sehr glücklich ausgefallen ist. Es fehlt der Republik auch in der Außenpolitik einigermaßen die notwendige Klarheit, gerade wie sie im Innern noch immer der Spielball eines konfusen Antiklerikalismus geblieben ist. Es wird öfters betont, daß Ministerpräsident Poincaré kein Freimaurer sei, und man schreibt ihm gute Absichten zu, speziell auch die, die so freventlich zerrissenen Bande mit dem hl. Stuhl wieder anzuknüpfen. Wenn dem wirklich so sein sollte, so wird ihm dies mit seinem jetzigen Anhang, von dem er sich aber nicht trennen will, wohl schwerlich gelingen, er wird kaum mehr erreichen, als daß man ihm ad personam die Note zubilligt: in magnis et voluisse sat est.

Die **Zentralmächte** haben unlängst verlautbart, daß sie ihren jetzt mehr als dreißigjährigen Bund unverändert erneuert haben. Der Inhalt des Bündnisvertrages aber wird jetzt so wenig wie früher bekannt gegeben. Man kann also den Dreibund nur nach seiner bisherigen Wirksamkeit beurteilen. Und soweit daraus Schlüsse gezogen werden können, darf man jetzt wohl konstatieren, daß der Dreibund kaum irgendwo mehr ernstlich bekämpft, daß man seinen Weiterbestand vielmehr als eine Bürgschaft des Friedens und der ruhigen Entwirrung auftauchender Komplikationen schätzen gelernt hat.

Neben dieser **Tripel-Allianz** besteht bekanntlich die französisch-englisch-russische **Tripel-Entente**. Die konkreten Zwecke dieser Entente sind bisher ebensowenig bekannt gegeben worden wie jene der deutsch-österreichisch-italienischen Allianz. Aber der russische Ministerpräsident Kokowzow hat über diese Entente am 18. Dezember, also am Tage nach dem

Zusammentritt der Londoner Botschafterkonferenz, in seiner großen Programmrede in der Duma eine Äußerung gemacht, die in einer Jahresschau wohl verzeichnet zu werden verdient. Diese Rede enthält im übrigen einige befremdliche Wendungen. Über die Entente- und Allianzgruppen aber hat er den sehr bemerkenswerten Satz gesagt:

„Getreu unserer Allianz und den Ententen mit anderen Großmächten und sicher der Unterstützung der befreundeten und alliierten Mächte sehen wir für unseren Teil keinen Nutzen darin, daß eine Mächtegruppierung sich der anderen entgegenstelle."

„Wir für unseren Teil." Es hat also mindestens am 10. Dezember einen anderen Teil gegeben, der in einer Entgegenstellung der einen Mächtegruppierung gegen die andere für sich ja einen Nutzen sah. Welches mag dieser andere Teil gewesen sein? Offenkundig ist, daß ein großer Teil der Pariser Presse in diesem Sinne gehetzt hat. Es ist nicht sehr schmeichelhaft für diese Presse, daß sie sich diesem russischen Fußtritt ausgesetzt hat, sie hätte sich das füglich ersparen können. Aber der Wortlaut der Äußerung Bokowzow's bezieht sich nicht speziell auf einen bestimmten Moment, er lautet allgemein und lehnt es überhaupt ab, die beiden Mächtegruppierungen als zwei Kampforganisationen aufzufassen oder darzustellen. Um so größerer Wert ist ihr dann beizulegen.

Haben wir die Tendenz der öffentlichen Erklärung des derzeitigen Repräsentanten der russischen Regierung richtig gedeutet, so können wir, unsere Umschau resumierend, zum Schlusse gelangen, daß zurzeit auf dem ganzen Erdenrund die beruhigenden Symptome vorzuwalten scheinen. Zwar gilt auch von dem neuen Jahr das Dichterwort:

Ihm ruhen noch im Zeitenschoße
Die schwarzen und die heitern Lose.

Aber wir können und dürfen hoffen, daß Gottes Barmherzigkeit uns auch im neuen Jahre nicht versagt bleiben wird, — zumal wenn wir darum aufrichtig bitten. J-l.



## VIII.

## Kürzere Besprechungen.

1. Sauter, Dr. Const. Dantes Monarchie übersetzt und erklärt. Mit 2 Bildern. 8° (216 S.). Brosch. 4,50 *M*. Geb. 5,40 *M* (in gleicher Ausstattung wie Dantes poetische Werke und Dantes Gastmahl). Freiburg 1913.

Ausgehend von den zwei reproduzierten Mosaiken im Lateranensischen Triklinium (1. Christus übergibt dem hl. Petrus die Schlüssel und Constantin die Standarte; 2. der hl. Petrus übergibt dem Papst Leo III. das Pallium und Karl dem Gr. die Standarte) zeigt Sauter in einem Überblicke über die Geschichte des Mittelalters von Karl d. Gr. bis Johann XXII. die Verschiebungen in dem Verhältnis von Papst und Kaiser, gibt dann einen Abriß der Staatslehre des Mittelalters und zeichnet in kurzen Strichen die Entwickelung der Publizistik, deren Produkte die literarhistorische Grundlage für die Würdigung der Monarchie abgeben. In einem weiteren Kapitel wird System und Inhalt des Werkchens behandelt und schließlich die Frage nach der Entstehungszeit. Eine reichhaltige Bibliographie ist beigegeben, und eine große Anzahl von Anmerkungen, die auf die Textvarianten, die Fachausdrücke und die sich an einzelne Stellen (wie II. 12, III. 3, u. a. m.) anschließenden Kontroversen in weitgehendster Form Rücksicht nehmen, machen den in flüssiges Deutsch umgegossenen Text jedem Gebildeten zu einer fruchtbaren, wenn auch nicht leichten Lektüre. — Neu ist in der Einführung die Datierung des Werkchens in die letzten Lebensjahre des Dichters und zwar aus inneren Gründen. Ich behalte mir vor, auf diese Frage noch einmal zurückzukommen. — Sauter hat es schon oft ausgesprochen, die Lektüre Dantes sei deshalb für uns so nützlich, weil dieselben Probleme, die seine Zeit bewegten, auch für uns noch Probleme sind. Gewiß wird sich jeder Leser seine Gedanken bei der Dantelektüre machen. Soll aber die Dantegemeinde nicht aussterben, sondern neue begeisterte Glieder gewinnen, wäre ein Buch über „Dante und wir" eine Forderung.

Der Herderschen Danteausgabe fehlt nun nur noch eine Übertragung von de vulgari eloquentia und der wenigen



echten Briefe des Dichters. **Ein monumentaler deutscher Dante** läge dann vor uns und könnte viel dazu beitragen, in diesen zerissenen Zeiten einen stillen Bezirk des Friedens in der eigenen Brust aufzurichten. Dr. Adam Gottron.

2. **Allard** Paul, Les Origines du servage en France. Paris, Librairie Lecoffre, J. Gabalda. 12°, 332 S., Preis geheftet 3.50 Fr.

Der Verfasser, der sich namentlich durch seine Arbeiten zur Geschichte der römischen Christenverfolgungen einen Namen gemacht hat, ist dem Einfluß des Christentums auf die rechtliche Stellung der untersten sozialen Klassen bereits früher in einem preisgekrönten Werke nachgegangen (Les esclavages chrétiens depuis les premiers temps de l'Église jusqu'à la fin de la domination romaine en Occident). Nun bietet er gewissermaßen eine Fortsetzung, aber in bedeutend erweitertem Rahmen, indem er den Anfängen der Hörigkeit in Frankreich für die Zeit vom 4. bis zum 10. Jahrhundert nachgeht. Die Hörigkeit, im früheren amtlichen deutschen Sprachgebrauch teilweise auch als Leibeigenschaft bezeichnet, ist jene Zwischenstufe zwischen Unfreiheit oder Sklaverei und Freiheit, als deren unterscheidendes Merkmal die Gebundenheit an die Scholle angesehen werden muß. Der Unfreie galt in der Hand des Herrn als bewegliche Sache, der Hörige aber war zur unbeweglichen Sache emporgehoben: eine ungeheure Verbesserung gegenüber dem Los des armen Sklaven! Denn über den Hörigen konnte nur zusammen mit dem Grund und Boden verfügt werden, auf dem er saß; er konnte nicht mehr von Frau und Kindern getrennt werden, die Zubehör desselben Bodens waren wie er; er hatte Heimat und Heim! Die Hörigkeit war berufen, die alte Sklaverei in sich aufzunehmen; vom 10. Jahrhundert an gelang ihr der Aufstieg zur Vollfreiheit, eine Bewegung, die erst im Anfang des 19. Jahrhunderts zum Abschluß kam. Allard behandelt den von ihm gewählten Zeitraum mit der einem Franzosen eigenen Stoffbeherrschung und Eleganz. Die Grundzüge der Entwicklung treten plastisch heraus; auf Untersuchung von Einzelheiten ist verzichtet; in der Zitierung der umfangreichen Literatur ist äußerste Zurückhaltung ebenso geübt wie in der Bekämpfung gegnerischer Ansichten. O. R.



## IX.

## Abt R. Kornmann und die kirchliche Restauration.[1])

Von Anton Döberl.

Mit pietätvollem Eifer haben die Prüfeninger Exkonventualen Kornmanns Skripten in mehreren Bänden gesammelt und dem Kloster Metten übergeben als „subsidia einer Biografie des Abtes". Ausgebeutet wurden diese Bände bis jetzt so gut wie nicht. P. R. Mittermüller, dem diese Bände ja vorlagen, hat davon nicht viel mehr als eine rasche Aufzählung der Briefe geboten.[2]) Er ist insbesondere den Spuren nicht nachgegangen, die Kornmanns Persönlichkeit mit den Plänen und Führern der kirchlichen Restauration verknüpfen.[3])

Die Briefe von Kornmann lassen sich ihrem Inhalt und Zweck nach in zwei verschiedene Klassen abteilen, die einen, mehr persönlicher Art, sind Beweis für das Ansehen und den weiten Bekanntenkreis des Einsiedlers von Kumpfmühl, die anderen, mehr sachlicher Art, sind ein interessanter Beitrag zur Kirchengeschichte Deutschlands am Beginn des 19. Jahrhunderts. Freilich ein vollständiges Bild geben

1) Vergl. Bd. 149, Seite 837 ff. dieser Blätter.

2) R. Mittermüller, Abt R. Kornmann in Studien und Mitteilungen aus dem Benediktiner- und Zisterzienserorden, Würzburg und Wien, IV. Jahrgang, 1. Band, S. 107—114 u. 335—356.

3) Dem hochwürdigsten Herrn Abte Willibald in Metten sei auch an dieser Stelle ehrerbietigster Dank für die Erlaubnis zur Benützung der Akten gesagt.

diese Briefe weder von Kornmann noch viel weniger von der kirchlichen Bewegung. Für ersteres fehlen die Briefe aus Kornmanns Feder, letzteres wird überhaupt erst möglich sein, wenn die Nuntiaturberichte vorliegen und manche Ordinariatsarchive zur Benützung freistehen.

Geben diese Briefe auch nicht ein ganzes Bild, so gleichen sie doch den Steinchen, die fleißige Hände brauchen, um ein Mosaikbild zu schaffen, das Mosaikbild der kirchlichen Restauration in Deutschland.

1.

Mit jeder Faser seines Herzens war Kornmann an seinem Kloster gehangen. Darum hoffte er noch es retten zu können, als längst alle Hoffnung zu Grabe getragen war. Um der landständischen Verfassung willen, meinte er, müßte es wenigstens für die ständischen Abteien eine Ausnahme von der Säkularisation geben. Ein in der Mettener Sammlung aufbewahrtes Votum, ohne Datum, das Kornmann vielleicht in der Landschaftsverordnung abgegeben hat, beruft sich auf den § 60 des R. D. Hauptschlusses, „der ausdrücklich verordne, es müsse in den neuen Landen, dann um so mehr in den alten, durch Indemnitäten nicht zerstückelten und veränderten Landen, die ehevor bestandene Landesverfassung beibehalten werden; der § 35 gebe darum nur die Erlaubnis, Mediat-, aber keine ständischen Klöster aufzuheben."

Diese Hoffnung auf eine Ausnahme, so trügerisch sie sich erwies, ist der rührend ergreifende Ausdruck für die begeisterte Liebe, womit der ideale Ordensmann seinem Kloster verbunden war, sie läßt den tiefen Schmerz ermessen, den er empfinden mußte, als dieses Band mit rauher Hand zerrissen ward. In jener Bitterkeit des ersten Trennungsschmerzes war es ein hochgestellter Gönner, Herzog Wilhelm von Bayern, der dem unglücklichen Abte Trost und Mitgefühl aussprach:

„Vermögte ich etwas, mein werter Herr Prälat, zur Linderung Ihres gerechten Schmerzes, o wie bereit wäre ich dazu.



Ich leide mit Ihnen und Ihren Mitopfern. Mein Herz blutet, soviele Menschen unglücklich, soviele Staatsglieder abgerissen und die Religion in ihren Dienern so herabgewürdigt sehen zu müssen. Also wären sie nun da, die besseren Zeiten, in welchen nach der Trostprophezeiung des Apostels Weishaupt an seinen Jünger Fischer das damalige Gelächter — über die Aufhebung des Illuminatenordens — Tränen kosten sollte . . . Sie werden mich unerschütterlich der, obwohl augenblicklich unterliegenden, guten Sache und ihren unglücklichen Bekennern anhängen sehen."

Der Herzog blieb ihm auch später „ein wohl affektionierter Freund". Als sich die Regierung in der Bemessung der Kornmann zustehenden Pension knauserig zeigte, da tröstet er ihn mit der Aussicht, es werde ihm „zuverlässig von dem so guten als gerechten Herzen des Kurfürsten" Gerechtigkeit werden.

Kornmann versprach sich bekanntlich, wie schon in dem früheren Artikel ausgeführt wurde, lange Zeit Heil und Segen von den Landständen. Auch nach der Säkularisation scheint er die Verbindung mit ihnen nicht verloren, auf sie und ihren „Präsidenten", den Grafen Preysing, seinen intimsten Freund, Einfluß geübt zu haben. Nur so sind manche Redewendungen in jenem Schriftstück erklärlich, worin die Landstände noch im Juni 1803 die schleunige Einberufung der Landschaft forderten. Wendungen, die die Hoffnung auf Restitution der ständischen Abteien nicht fallen lassen wollen: „Der Prälatenstand sei der landesfürstlichen tröstlichen Versicherungen ungeachtet de facto aufgelöst und es stehe erst von einer ungewissen Zukunft zu erwarten, ob und in welcher Weise die Restitution stattfinden werde. Das aber sei eine Erschütterung der bayerischen Verfassung in wesentlichen Teilen."

Die Hoffnung auf die Landstände scheiterte an dem Machtwillen des dirigierenden Ministers, dem Landschaftsverhandlungen nicht zu seinen Zielen paßten. Nur eine Auktorität blieb übrig. Es ist ein Gewinn der Restaurationszeit, und zwar ein Gewinn, der nach den febronianischen





Wirren nicht hoch genug geschätzt werden kann, daß sich die Bischöfe und die Führer der kirchlichen Bewegung im Wogendrang und Sturm der Zeit wieder mehr auf den Fels besannen. An Papst Pius VII., der damals in Paris weilte, wandte sich nun Kornmann, schilderte ihm die Not der Kirche und in Sonderheit des Benediktinerordens in Bayern und beschwor ihn mit aufgehobenen Händen um Rettung. Das Schreiben muß auf den Papst tiefen Eindruck gemacht haben, wie aus der Antwort vom 2. Februar 1805 deutlich herausklingt:

„Etsi funestissimus rerum Ecclesiasticarum in Germania status probe cognitus Nobis esset, quae tamen litteris Idibus Januariis incipientis anni datis ad Nos scripsisti tanta sunt, ut gravem animi nostri dolorem refricaverint. Universa enim qua late patet Ecclesia sollicitudines Nostras exercet et quae benedictinum ordinem in quo alti educatique sumus, respiciunt, peculiari quodam modo ad Nos pertinere existimamus. Monasteria igitur eiusdem Ordinis de medio sublata, collapsam in eis quae adhuc supersunt disciplinam non vehementer ingemiscere non possumus. Nos quidem Apostolico ministerio Nostro nec defuimus unquam nec opitulante Deo defuturi erimus. Nulla igitur temporum difficultate deterriti, nulla curarum quibus obsidemur mole impediti, nulli denique labori parcentes in id cogitationes curasque Nostras intendemus, ut monasteria istic instituta maneant monasticaeque disciplinae vigor reflorescat . . .“

Kardinal Antonelli aber fügte in einem Begleitschreiben ergänzend bei, der Papst werde gleich nach seiner Rückkehr nach Rom einen Gesandten nach Regensburg senden, der im Namen des Papstes die Fürsten auf dem Reichstag beschwöre, dem weiten und großen Unheil, das der Kirche drohe, zu steuern. Mit diesem Gesandten möge Kornmann in Verbindung treten, ihn über alles Geeignete informieren, „quidquid opportunum esse poterit, liquido atque aperte significabis“. Leider besitzen wir über diesen vertraulichen Verkehr Kornmanns mit dem Nuntius de la Genga gar



keine Notiz. Kaindl,[1]) der Hausgenosse und Biograph Kornmanns, erwähnt nur, gleichsam um unsere Wißbegierde noch zu steigern, jeder päpstliche Nuntius habe den Prälaten hochgeschätzt und geehrt.

Die damaligen Verhandlungen zwischen dem Nuntius und der bayerischen Regierung verliefen im Sand. Bevor es zu einer Verständigung kommen konnte, mußte die kirchliche Not noch schreiender, mußte die Staatsnotwendigkeit der Konsolidierung des jungen Königreichs noch ersichtlicher, mußte der kirchliche Sinn in weiten Kreisen wieder geweckt werden. An dieser Restauration hat Kornmann keinen geringen Anteil. Zwölf Jahre widmete er seine Zeit und Kraft dieser hl. Sache: kein Mißerfolg läßt ihn verzagen, lange schmerzliche Krankheit kann ihn nicht hindern. Nur der Tod nahm ihm die Feder, mit der er so viel Gutes gestiftet, aus der Hand. Man kann es nicht ohne tiefe Ergriffenheit lesen, wie er noch am Vorabend seines Sterbetages das Vorwort zu den „Nachträgen" der Sibyllen schrieb. Während dieser schriftstellerischen Arbeit bot ihm der mündliche und schriftliche Verkehr mit geistig und gesellschaftlich hochstehenden Personen Ermunterung, Anregung und Erholung. Der Einsiedler von Kumpfmühl war niemals ein Einsamer.

Unter jenen bedeutenden Männern, die Kornmann schon vor Ausgabe seiner Sibyllen zu Freunden besaß und die ihm unverbrüchliche Treue und Freundschaft bis an sein Ende bewahrten, nennen wir vor allem drei: Lorenz von Westenrieder, Karl Alexander Fürst von Thurn und Taxis und Max Graf von Preysing.

Von Westenrieder sind sieben Briefe an Kornmann in der Mettener Sammlung aufbewahrt. Sie sind umso wertvoller, als Westenrieder nach eigenem Geständnis „längst aus 100 Betrachtungen aufgehört hatte zu tun, was er in dulci juventa so eifrig tat, und, einige akademisch dekretierte Benachrichtigungen ausgenommen, an keinen Menschen

1) Nachträge zu den Sibyllen, S. 381.





in der Welt mehr einen Brief schrieb". Diese temperamentvolle Auslassung ist zwar eine Übertreibung, immerhin sind diese Briefe wertvoll, weil sie uns Westenrieders Gemüt nach seiner gewinnenden intimen Seite erkennen lassen, weil sie uns über seine kirchliche Gesinnung — er gehörte auch dem Zirkel'schen Vereine an — neue Aufschlüsse geben. Die Briefe an Kornmann verraten eine Herzlichkeit, die auf ein zartes Freundschaftsverhältnis schließen lassen.

So meldet er im Juni 1809 seinen dreitägigen Besuch bei Kornmann an; er versichert, daß er und sein Begleiter Baron von Moll recht gute Launen mitbringen werden und „freut sich wie ein Kind auf diese 3 seligen Tage". Ein anderes Mal scherzt er über seine vergnügte Zufriedenheit im „Lakaistübel" dieses Lebens: „Ich habe mir auch vom Sterben von jeher meine Begriffe gemacht und mich in die Vorstellung gewöhnt, daß Sterben nichts anderes sei als abberufen zu werden, damit man vom engen, finstern, kalten, schmutzigen Lakaistübel in die Herrenzimmer des ersten, zweiten oder noch höheren Stockwerks versetzt und eigentlich der Familie des Hausherrn einverleibt werde . . . Dies hindert mich nicht, daß ich nicht auch im Lakaistübel vergnügt und so fröhlich als möglich sein möchte. Man muß mit allem vorlieb nehmen, wo einen der Hausherr hinsetzt und sich auch eine Wassersuppe, wenn sie nur ein wenig geschmalzen und gesalzen ist, recht wohl schmecken lassen."

Besonders aufgeräumt scheint er immer gewesen zu sein, wenn er bei seinem Freunde Kornmann war. „Wann darf ich Sie besuchen, um ein paar tausend Male lachen, lächeln, scherzen und empfinden zu können: deus nobis haec otia fecit?" Natürlich kommt in den Briefen auch der Publizist nicht zu kurz; er versteht es meisterlich, immer wieder um wissenschaftliche Beiträge an der Türe Kornmanns zu betteln. Kornmann hätte ein paar Jahre arbeiten dürfen, wenn er die Wünsche Westenrieders hätte befriedigen wollen; denn der schlug eine ganze Reihe von Themen vor: „Über die Verdienste der Äbte oder des Klosters Prüfening um die gründliche Literatur; über die Frage: Warum haben einige

römische Kaiser die Philosophie ihrer Zeit aus ihren Staaten verbannt?; eine Geschichte der Päpste in einem Alphabet für das Publikum; eine kurze Geschichte der sog. Ketzereien oder irrigen religiösen Meinungen; eine Geschichte der mit den Zeiten wechselnden Begriffe über die Frömmigkeit; eine Geschichte der religiösen Orden und der Ursachen ihrer Entstehung und ihres Verfalls; eine Geschichte der Abwechslung menschlicher Torheiten ꝛc. ꝛc." Das war, wie ersichtlich, nicht schlecht gemeint. Zum Glück aber vergaß Westenrieder über den wissenschaftlichen Neigungen nicht die kirchlichen Interessen.

„Gestern, 7. August 1815, erfuhr ich, daß Sie, mein Teuerster, unter denjenigen genannt werden, mit welchen man den Antrag habe, sie zu Bischöfen zu ernennen . . . Ihr Vorsatz für diesen Fall mag wohl ganz gewiß schon gefaßt und aus mehr als Einem wichtigen Grund kein anderer sein als den Antrag durchaus von sich abzulehnen; allein wenn alle würdigen Männer so sprechen sollten, welch ungeheure Folgen dürfte eine repulsa dieser Art nach sich ziehen? Es käme vor allen Dingen darauf an, welche Befugnisse über den Klerus und über die Bildung und Disziplin desselben den neuen Bischöfen zugestanden und vor allem, ob ihnen auch die zweckmäßigen Schulanstalten — von Westenrieder unterstrichen — nach ihren Überzeugungen ungehindert überlassen würden."

Im August 1817 spricht Westenrieder wieder aus, wie nahe ihm die Not der Kirche geht.

„Lesen Sie doch die freimütige Darstellung der Ursachen des Mangels an katholischen Geistlichen nebst den sichersten Mitteln zur Abhilfe. Ein Gutachten der theologischen Fakultät zu Landshut. Diese Darstellung enthält die wahrhaftigste Schilderung der Sache, von welcher gehandelt werden sollte. Sie ist mit Ruhe und Würde geschrieben und ist demnach wieder eine sehr herrliche Erscheinung unserer Zeit, ein Lichtstrahl, der durch die Finsternis blitzt, welche täglich dichter und schwerer wird, wenn Gott nicht ins Mittel tritt. Bei der Herrschaft der wilden öffentlichen Liederlichkeiten aller Art, welche Herrschaft geduldet wohl auch ermuntert wird, kann nichts Gutes



gedeihen. Und wenn der Verfall der Sittlichkeit der Verfall der Nation ist, so gehören wir Bayern gegenwärtig zu den bedauernswürdigsten Menschen von Europa.“ Westenrieder verbirgt seinen Unmut nicht über die Verzögerung des Konkordats und über die, welche daran schuld waren: „Mit unseren Concordatis fängt es sich, wie es scheint, von vorne an. Es geht, höre ich erzählen, in Wien um kein Jota besser. Die Protestanten beherrschen uns und alles soll nach ihren Grundsätzen und Absichten gegründet und eingerichtet werden.“

Das letzte Wort, das Westenrieder an Kornmann schrieb, lautet: Bester Freund, mira vivimus tempora, fugacia tamen ut puto; fugacia: drei Wochen später sollte auch für Kornmann die flüchtige Zeit abgelaufen sein.

Ein anderer langjähriger Freund war Karl Alexander Fürst von Thurn und Taxis. Nach der Säkularisation erprobte sich in der Prüfungszeit diese Freundschaft aufs beste. Nicht bloß, daß der Fürst den Prälaten zum Erzieher der Prinzessinnen Therese und Sophie wählt, Kornmann ist ihm ein Freund, dessen 30jährige Freundschaft er als ein Glück betrachtet, Kornmann gehört in seinen Augen zu den Besten seiner Zeit. Als im Jahre 1817 das Gerücht von der Ernennung Kornmanns zum Domdechant auftauchte, schrieb ihm der Fürst: „Kirche und Staat sind im gleichen Maße interessiert, solche Würden Männern Ihrer Kategorie anzuvertrauen, zumal in den Zeiten, in denen wir leben. Sie sind einer der wenigen, die, ich darf es frei behaupten, von Gott auserkoren sind, solche Würden zu bekleiden, zum Nutzen der Kirche und des Staates.“

Vielleicht der intimste Freund Kornmanns war Max Graf von Preysing; mit ihm unterhielt er sich oft über die politischen Tagesereignisse. Dabei konnte der alte Graf unmutig werden. Als ehemaliger Präsident vergaß er nicht, welche Behandlung von oben herab der dirigierende Minister den Landständen hatte angedeihen lassen; als konservativ christlich gerichteter Edelmann konnte er in seinen Urteilen

nicht einig gehen mit den Schöpfern des modernen Staates Bayern.

„Wir sind alle, so schrieb er 1810, bei jetzt herum-vagierender Revolution nicht glücklicher worden und das ist noch trauriger, vor zu sehen, daß es nit besser werden wird und in diesem Chaos nit besser werden kann. Wenn man jetzt privatisieren kann, ist bald das Beste, wollte wohl, daß ich es dem Herrn Prälaten nach machen könnte; nur solch ein paar gute Freunde, daß man zuweilen über die Narrheit lachen könnte. Stoff findet man täglich. Lieber Herr Prälat! Wenn sich auch schon die Zeiten sehr geändert, so soll unsere Freundschaft sich nit ändern."

Wenn er auf Montgelas zu sprechen kommt, wird er bitter: „Ob Graf Montgelas die Sibylle gelesen, möchte ich bezweifeln, weil diese Herren nit viel lesen und zugleich ihr eigenes Portrait kennen, weil sie nit in den Spiegel der Vorzeit und Zukunft schauen wollen, und wenn man ihnen davon geredet haben mag, so muß es belobt werden. O wäre nur dieses Werk in das Französische übersetzt, damit es Napoleon lesen könnte." Als nach dem Sturze Napoleons viele Fragen der inneren und äußeren Politik in Fluß kamen, da wünscht sich der Graf eine Aussprache mit Kornmann. „Es wird nach den jetzigen politischen Konjekturen eine Welt erschaffen, worüber wir soviel raisonnieren, kritisieren, politisieren könnten, aus- und einrichten, wenigstens wie wir es gerne hätten. Also kommen Sie!" Preysing ist wie Westenrieder und der Fürst von Thurn und Taxis ein Bewunderer Kornmanns. „Wenn es meinen, wie auch anderer Gutgesinnter Wünschen nachgehen sollte, so müssen Sie Bischof oder gar Erzbischof werden; in keine besseren Hände könnte man die jetzige Kirchenzerrüttung zu einer guten Einrichtung legen."

Mit der Publikation der Sybillen erneuerte und befestigte Kornmann die Freundschaft mit manchen früheren Ordensgenossen. Kornmann vergaß nicht, ihnen Exemplare seiner Arbeit zu widmen. Es finden sich daher auch manche



Briefe im Nachlaß, Dankesbriefe von Benediktinerexkonventualen, inhaltlich nicht vom allgemeinen Interesse, die aber ahnen lassen, in welch hohem Ansehen Abt Kornmann in seiner Ordensgemeinde stand. So versichert der berühmte Exbenediktiner Maurus von Schenkl, der schon im Jahre 1794 als der bedeutendste Kanonist Bayerns galt, welche Freude er empfinde „über den Nutzen, den die Sibylle der Zeit teils itzo, soviel der unbändige Zeitgeist es zuläßt, teils sicher mit der Zeit schaffen kann und wird."

Benedikt Wisnet, Professor und Direktor in Amberg, wünscht dem Abte Glück zu seinem ehemaligen Wahltag: „wenn sich auch die Zeiten geändert haben, so ist mir doch dieser Tag einer der schönsten im Leben." „Die Sibylle der Zeit ist ein Geistesprodukt, das bereits durch das Urteil der gelehrtesten und edelsten Männer zu einem Meisterstück gestempelt ist."

Maximilian Prechtl, Kornmanns Jugend- und Studienfreund, einst Abt von Michlfeld, nennt die Sibylle der Zeit „ein ihm in vieler Hinsicht unendlich schätzbares Geschenk".

Welch weitgehenden Einfluß sich die kirchlich gesinnten Kreise von K.'s Sibylle hofften, hat J. B. Weigl, Professor in Amberg, später Lyzealrektor angedeutet: „Nur den Wunsch kann ich nicht bergen: unser geliebter Kronprinz möchte sich die großen Wahrheiten dieses Buches tief in seine Seele schreiben! . . . Welches Glück für den hoffnungsvollen Königssohn, daß Er von E. Hochw. und Gnaden, wie einst der Dauphin von Fenelon, die Grundsätze einer weisen und glücklichen Regierung zu lernen oder tiefer zu begründen Gelegenheit hat."

Xaver Schwäbl, Pfarrer in Oberviebach, später Bischof in Regensburg, „bittet den Herrn, daß er eine so feste Mauer am Hause Gottes lange, lange erhalten und aufbewahren wolle, bis auf die glückseligen Tage, da die Freunde der guten Sache unseres Vaterlandes die ersehnte Jubelzeit ihrer Heimsuchung feiern werden."

Dieselbe Hoffnung auf baldige bessere Zeiten spricht



ein alter Freund K.'s, Münzdirektor Streber, aus: „Erhalten Sie sich für bessere Zeiten, sie werden und müssen kommen, und auch für uns noch kommen. Republik und Kaisertum taugen nichts, sagen die Franzosen nach 25 Jahren, und ich möchte hinzusetzen: auch das Zerstören und ewige Organisieren taugt ebensowenig; laßt uns doch wieder fromm und weise werden, wie unsere Väter es waren, und es wird uns allen wohl gehen."

G. A. Sambuga, der sich durch die Erziehung des Kronprinzen Ludwig große Verdienste erworben hat, der nach einem Worte Sailers „die höchste Aufgabe seines Daseins, den Grundsatz der Religion und der Gerechtigkeit, den Wahlspruch aller weisen Regierungen: pro Deo et populo zum Spruche seines — des Kronprinzen — Geistes, Herzens und Lebens zu machen, glücklich gelöst hat, äußerte sich über die „Sibylle": „Mit einem durch das Evangelium gebildeten Herzen und mit diesem Buch in der Hand, sollte man glauben, müsse Einer die Welt regieren können! . . . Ich habe, durchdrungen von diesen und ähnlichen Wahrheiten, S. Königl. Hoheit unserm Kronprinzen das kostbare Geschenk, wie Sie es befohlen haben, in die Hände gelegt. Er nahm es mit dem lebhaftesten Vergnügen an; äußerte Manches zu Ihrem Vorteile . . . Ich denke, es werde Ihren Zweck nicht verfehlen, denn er hat ein ebenso wißbegieriges als dankbares Herz" . . . Als nach dem Sturze Napoleons es Frühling auch für die Kirche zu werden schien, da fragt er: „Soll ich nicht ein Werk, das so ganz zur rechten Zeit erscheint, ein Werk der Vorsehung nennen, welche Sie als Werkzeug gebraucht hat, die Welt von der Verführung in der Gesetzgebung zu befreien, wie sie selbe von der Unterdrückung befreit hat. . . . Sie fragen, ob Sie Ihrer Maj. dem Könige und der Königin Exemplare übersenden sollen? Ohne allen Anstand! Werke dieser Art verdienen es vorzüglich in solchen Händen zu sein; und es ist schon der Mühe wert, wenn sie dieselben lesen und würdigen, wie ich so gerne glaube."

Von den anderen Laien, die sich Kornmann zu Freunden

erwarb, verdienen besondere Beachtung Schlichtegroll in München und Rief in Frankfurt.

Schlichtegroll, der warmfühlende deutsche Patriot „hat so vieles auf dem Herzen über Gott und Welt, über Teutschland und Baiern, was er mit K. besprechen möchte .... Nachdem Gott Großes an uns Teutschen getan und unsere Schmoch gewendet hat, ist es an Zeit und Stunde, vieles mit offener teutscher Stirn wieder zu sagen, was man sich vorher nur einander zulispeln mußte, um nicht in die Hände der teutschen verkauften Federknechte des französischen Tigers und der ihn umgebenden Hyänen zu fallen .... Als am Charfreitag 1814 nachmittag die Nachricht von dem Einrücken der Verbündeten in Paris ankam und unser herrlicher Kronprinz, mir vor dem Tore begegnend, sie mir in seiner schönen Begeisterung zuerst mitteilte, hatte ich einige wahrhaft selige Stunden. ... Wenn ich an jenem Tage die Nachricht erhalten hätte, daß mein ältester im Felde stehender Sohn geblieben wäre, ich hätte sie ohne Tränen vernommen und die Freude über das Allgemeine hätte den besonderen Schmerz übertönt. Gebe nun Gott Weisheit in die Herzen der Machthaber, daß sie viel Gutes einrichten; Alles wird nicht so werden, als es der Menschenfreund wünscht; aber Vieles wird besser werden."

Rief, der in Diensten des Erzkanzlers stehende Geh. Rat, hat in seiner überschwenglichen Hofmanier „noch nie soviele und so gute Literatur und Erudition mit soviel Sinn, System und Zweck zur Lebensweisheit geordnet" als in der Sibylle gefunden. Wertvoller, weil Hoffnung weckend auf kirchlichere Gesinnung, wird für Kornmann die Mitteilung Riefs gewesen sein, „der Großherzog (Dalberg) schätze den Prälaten als einen würdigen Priester des Staates und als einen reinen Staatsmann der Kirche."

Dieses Urteil Dalbergs, das vielleicht die diplomatische Klugheit Kornmanns aussprechen will, führt uns dazu, den Plänen und Hoffnungen der kirchlichen Partei nachzugehen, soweit sich das aus dem Briefwechsel ersehen läßt. Doch zuvor sollen einige Briefe nicht unerwähnt bleiben aus den



Jahren 1813 und 14, die uns für kurze Zeit einen Blick gewähren in die Geschicke des königlichen Hauses von Sachsen. Prinz Anton, der spätere König, versichert ebenso wie sein Bruder Maximilian, „daß er es nie vergessen werde, auf seiner Flucht in Regensburg die Bekanntschaft des Abtes gemacht zu haben", freut sich, daß das Blatt im Brevier Kornmann täglich an die Familie des Prinzen erinnere, erzählt von dem überaus freundlichen Empfang, den ihm der Kaiser in Wien bereitet habe; auf ihm, dem Kaiser, sei nächst Gott allein die Hoffnung des Prinzen; denn übrigens stünden seine Sachen sehr schlecht und sei alles in der Zukunft zu befürchten. Er hätte mehr als jemals das Gebet frommer Seelen von nöten. Endlich im August 1815 teilt er dem Abte mit: „Wie sind nun, gottlob, wieder in unserm geliebten Vaterland und, voll Vertrauen auf die göttliche Fürsicht, hoffen wir auf eine bessere Zukunft."

So lassen diese goldgeränderten Briefe Leid und Trost schauen, das Leid eines Prinzen, der für Krone und Land fürchtet, den Trost, den er aus dem mündlichen und schriftlichen Verkehr mit Kornmann findet.

(Schluß folgt.)



## X.

## Luthers Sendungsidee und Harnacks Schema für eine katholische Lutherdarstellung.

### II.

Gewiß war Luther religiös interessiert, insoferne als das Feld seiner vermeintlich reformatorischen Tätigkeit das religiöse war, und insoferne er sich bemühte, sich selber jene Ideen einzureden, unter die er andere bringen wollte; ja man kann sogar sagen, daß für Luther seine ganze religiöse Werbetätigkeit für seine Idee von ihm, in seinen nicht verstummenwollenden Gewissensängsten, zugleich als fortwährende laute Behauptung derselben gedacht und gewollt war, um dadurch ihr eine Gewalt über sich selbst zu verschaffen, die ihr die fehlende Begründung nicht geben konnte. Auf keinen Fall ist es richtig, Luther in der Hingebung an eine aus reiner idealer Begeisterung verfochtene Idee ganz aufgehen zu lassen.

Nicht nur daß er dadurch, daß er anderen predigte, sich selbst immer mehr unter den Bann seiner Idee zu bringen und sich dadurch selbst zu beruhigen suchte. Es trieben ihn nachweislich, und zwar gewaltig stark, noch ganz andere Ideen, die zu der Frage drängen, in welchem Verhältnis jene anderen Triebfedern zu seinen religiösen Antrieben stehen. Hätte Luther, wie Harnack uns glauben machen will, ganz ausschließlich für seine neuen, meinetwegen auch noch so falschen und unglücklichen Ideen gelebt, dann wäre es noch leichter, ihn tiefreligiös zu finden. So aber müssen zuerst die anderen Triebfedern aus der Seele Luthers ans Licht gezogen und ihr Verhältnis zur religiösen Triebfeder festgestellt werden. Das gegenseitige Abhängigkeitsverhältnis kommt hier ernstlich in Frage. Laufen die anderen Triebfedern neben den religiösen her, sind sie denselben untergeordnet oder beherrschen sie gar dieselben? Ist Luthers Religiosität nur treibend,



oder ist sie, vielleicht sogar in bedenklichem Umfange, getrieben?

Harnack erweist sich also mit nichten als ein überlegener Kritiker, wenn er der Grisarschen Darstellung Luthers zum Vorwurf macht: „Was sie an Luther anerkennt, erkennt sie nirgends rund an oder stellt es doch nicht in den Mittelpunkt". Was in den Mittelpunkt gehört, das ist nicht die Summe der von ihm wenigstens als positiv und ideal gedachten Ziele, die ein Mensch verfolgt, mit Weglassung der negativen und verwerflichen, denen er ebenfalls tatsächlich nachgeht; in den Mittelpunkt gehört vielmehr die seelische Dominante, d. h. jene Triebfeder, welche den Ausschlag gibt, welche sich tatsächlich als die stärkste erweist, vor deren Walten alle anderen das Feld räumen müssen. Ist es nicht gerade Harnack, der von einer „Dogmenpolitik" der Kirche redet, und sich gegen Kirche und Katholiken auch sonst an Insinuationen nicht genug tun kann, deren einziger Inhalt immer die unwahre Behauptung ist, daß der Kirche die Religion nur ein Spielball in der Hand der Politik sei? Die Möglichkeit, daß der religiöse Trieb von ganz anderen Trieben gemeistert werde, erkennt somit Harnack an; also wird er auch Luther gegenüber mit dieser Möglichkeit rechnen müssen. Es genügt nicht, daß Harnack behauptet, das religiöse Interesse gehöre in einer historischen Darstellung Luthers in den Mittelpunkt; Harnack hätte das beweisen müssen, und noch viel mehr, daß die von ihm im „Obersatze" zusammengetragenen Prädikate Luthers, von seiner sogenannten „Demut vor Gott", über die man besser schweigt, ganz abgesehen, ihm ohne Einschränkung zuzuerkennen sind.

Was Luther außer der Verbreitung seiner neuen religiösen Ideen gleichfalls suchte, das war, wie aus der von Grisar so weitläufig geschilderten Kampfweise Luthers klar hervorgeht, er selbst, sein liebes Ich, und wir müssen hier notwendig auf die historische Rolle des Hochmutes im Leben Luthers eingehen. Es handelt sich hier, wie schon gezeigt wurde, nicht um eine aprioristische, vom katholischen Stand-



punkt aus gemachte Behauptung, wie man auf protestantischer Seite zur Erleichterung der eigenen Position immer anzunehmen geneigt ist, sondern um eine Tatsache, die sich jedem, der das Treiben Luthers beobachtet und seine Briefe und Schriften liest, mit der unwiderstehlichen Gewalt der Evidenz aufdrängt; Harnack selbst kennt die Dinge, um die es sich hier handelt, sehr gut und sie haben ihm das Wort „Größenwahn" auf die Zunge gedrängt, obschon er mit nichtssagenden Gründen, auf Grund der angeblichen Leistungen Luthers, die doch, sofern sie positiv sein sollen, so ziemlich nur in seiner Einbildung existierten und eben schon ein Ausfluß dieser moralischen Krankheit waren, ihn davon freizusprechen sucht. Dieser unerträgliche Stolz mit den verschiedenen Formen der Anmaßung und Rechthaberei, und namentlich der geheime Stolz, der ihn zu keiner aufrichtigen Reue kommen ließ, beginnt auch nicht erst später, nachdem er wirkliche oder eingebildete Leistungen hinter sich hatte, wie Harnack, um seiner Entschuldigung einen schwachen Schimmer von Glaubwürdigkeit zu geben, sagt: er macht sich bei ihm schon in jungen Jahren bemerkbar, wo er weder etwas geleistet, noch auch die notwendige Wissenschaft hatte, um etwas leisten zu können.

Was bildet nach Ausweis, nicht zahlreicher frommer Texte, sondern des gesamten Quellenmaterials, in Luthers tiefstem Seelenleben das ausschlaggebende Attraktionszentrum, den wirklichen psychologischen Mittelpunkt, Gott oder Luthers eigene Person? Wie man aus den verschiedenen von Grisar mitgeteilten Quellentexten sieht, suchte Luther von allem Anfang an seine Person durchzusetzen, auch als er noch gar nichts Greifbares hatte, das er auf den Markt des Lebens hätte werfen können. Allzu selbstbewußtes, absprechendes Wesen, unangebrachte Eingenommenheit für seine persönlichen Meinungen, mochten sie auch auf noch so schwachen Füßen stehen, Sucht zu dominieren, kennzeichnen Luther schon in seinen Jugendschriften. Nachdem er dann seine neuen Ideen ausgedacht, predigte er mit seinen Ideen überall den großen

Entdecker derselben, sich selbst. Er betrachtete und fühlte sich zusehends als die lebendig gewordene Bibel, als das verkörperte Gotteswort, als die Sonne der verheißungsreich neuaufgehenden Welt; mit innerer Zufriedenheit und stillem Glück sah er sowohl in der Nähe als auch in geringerer und weiterer Entfernung die von seinem Lichte bestrahlten Planeten, die Prediger der neuen Lehre, um sich kreisen. Als das von allen Seiten hochverehrte und befragte Orakel von Wittenberg fühlte er sich trotz aller inneren Zerrissenheit und trotz aller äußeren Enttäuschungen auf seinem selbstgezimmerten Papststuhle wohl; trotz der von ihm so laut verkündeten „Freiheit eines jeden Christenmenschen", „alle Lehre zu urteilen und Prediger ein- und abzusetzen", betrachtete er jede Abweichung von seiner persönlichen Auffassung der Schrift mit finsterem Mißtrauen; schmerzlich empfand er jede Mißachtung seiner Person, umso glücklicher, wenn er, wie lange im Kreise der Wittenberger Amtsgenossen und Schüler, auf bewundernde Huldigung stieß, wo er dann mit den Beweisen ungeheuchelten Wohlwollens nicht sparte, während sonst bei ihm keiner vor dem Teufel sicher war.

Wo solche Dinge sich quellenmäßig belegen lassen, da kommt man an einer klaren Auseinandersetzung nicht vorbei, ob unter diesen Umständen wirklich noch die Religiosität oder aber vielmehr die maßlose Eigenliebe das Primäre zur schlechthinnigen Auffassung des sittlichen Charakters dieses Religionsstifters ist.

Wenn irgendwo, so dürfte es gerade hier, in dem von Harnack zur Diskussion gestellten Brennpunkte der ganzen Lutherfrage, angezeigt sein, einmal genauer zu untersuchen, wie denn Luther selbst in thesi über das Verhältnis von Religiosität und sittlichem Charakter, namentlich auch über das Verhältnis von Religiosität und Hochmut, insbesondere bei den Irrlehrern dachte. Luther läßt sich durch die Äußerungen der Frömmigkeit bei den „Ketzern", auch wenn sie seinen eigenen so ähnlich sind wie ein Ei dem anderen, durchaus nicht imponieren oder sich davon abhalten, ihnen trotz ihrer







Proteste und trotz aller Demuts- und Frömmigkeitsbeteuerungen, den Vorwurf bodenlosen Hochmutes zu machen und den Stolz für die wirkliche Dominante ihres Seelenlebens zu erklären.

Man lese bei Grisar, Band 1, S. 181 f. 263 die ergreifenden Stellen aus seiner katholischen Zeit, wo er über sich selbst als Häretiker im Vorhinein das Urteil fällt. Hier mögen folgende Stellen aus seiner späteren Zeit, zum Teil vom Ende seines Lebens Platz finden.

„Ach die schändliche Hoffart und Ehrsucht, was richtet sie nicht alles an! Sie ist eine Mutter aller Ketzereien. Ist doch kein Irrtum so groß, daß er nicht Zuhörer hat“ (Erl. A. 59, S. 274). „Aus dieser Sünde sind alle Ketzereien herkommen, ambitio mater omnium haeresium et sectarum, daß einer herausfährt und sich nicht genügen läßt, daß er im gemeinen Haufen lebe, sondern er will etwas Sonderliches sein. Dadurch kömmt man heimlich von der Bahn, daß man's nicht merkt“ (Ebd. 39, S. 113). „Welche der Teufel mit falscher Lehre und Ketzerei gefangen nimmt, dieselbigen hält er feste; er besitzet ihr Herz, er macht sie taub und blind, daß sie nichts hören noch sehen, auch die klare, helle und offentliche Zeugnis der hl. Schrift nicht achten und hören; denn sie sind zwischen seinen Klauen also gefesselt, daß sie daraus nicht können gerissen werden“ (Ebd. 39, S. 109). „Kein Ketzer läßt sich bereden, daß er weiche von seinem gefaßten Wahn und Sinn und gäbe der Wahrheit göttlichs Worts die Ehre. Nein, sie sehen und hören nichts . . . Ach es ist bald geschehen um einen Menschen, daß ihn der Teufel gar so einnimmt, daß er weder Sinn noch Vernunft hat“ (Ebd. 61, S. 117).

„Sie können ihre Sache so wohl schmücken, geben große Weisheit und Heiligkeit für und haben ein Ansehen unter dem Volk, wie die schönen und großen Disteln, so unter dem Korn stehen mit braunen Köpfen, so höher wachsen und ein herrlicher Ansehen haben, denn das Korn“ (Ebd. 16, S. 261). „Man lieset, das etliche Ketzer viel strenger gelebt und größere Werke getan, als die rechten Christen“ (Ebd. 49, S. 298). Der

Teufel, sagt Luther, sei ‚übersichtig', d. h. er sehe immer in die Höhe und stolpere über das, was zu seinen Füßen liege, das sehe er nicht; so sind die Ketzer; „sie sind alle übersichtig" (Ebd. 62, S. 466).

Im Folgenden entwickelt Luther zugleich seine Ansicht über die oben bei der Besprechung Ackermanns gestellte Frage, ob das subjektive Schriftverständnis eines Privatmannes, namentlich wenn es im Gegensatze zu dem von der dazu bestimmten öffentlich-rechtlichen Autorität gehüteten Verständnis steht, eine Gewähr für die Richtigkeit in sich schließe.

„Die Ketzer zuerst ihre Gedanken finden, danach dieselbigen in die Schrift tragen, und muß dann Schrift heißen, was ihnen träumt" (Ebd. 63, S. 255). „Also pfleget es mit allen Ketzern zu gehen, daß sie zuerst einen Dünkel fassen, der ihnen wohlgefällt, gut und recht deucht. Wenn sie den gefasset haben, gehen sie in die Schrift, suchen und klauben darinne, wie sie solchen Dünkel schmücken. Das ist dann ein sehr gefährlich Ding ... Wer anders lehrt, muß Unrecht haben ... ... Wenn nun ein solcher Gedanke gefasset ist, dann flugs in die Schrift gelaufen" (Ebd. 17, S. 16 f.). „Es ist ein schlüpfrig Ding um einen Ketzer; man kann sie schwerlich halten und sind leichtfertig in göttlicher Schrift zu handeln. ... Das macht alles, daß sie ihren Gutdünkel in die Schrift tragen und die Schrift muß sich nach ihrem Kopf und Verstand richten, beugen und lenken lassen" (Ebd. 41, S. 210). Freilich sagen sie, „sie suchen Gottes Ehre ... Aber die Worte höre ich wohl, und im Grunde ist das nichts anderes, denn daß ein Ketzer seine eigene Ehre sucht, ob er schon sage, er meine Gottes und des heiligen Evangeli Ehre; denn sie reden von sich selbst ... Der Teufel will auch Gottes Ehre fürwenden" (Ebd. 48, S. 147). „Die anderen alle sagen auch, sie lehren Gottes Wort. Es tritt kein Teufel, Ketzer noch Rottengeist auf, der da sagt: Ich Teufel oder Ketzer predige meine Lehre; sondern sie können alle sagen: Es ist nicht meine Lehre, es ist Gottes Wort; es will jeder den Namen haben, daß es Gottes Wort sei, was er predige" (Ebd. 48, S. 136).





„Erstlich fangen sie ihr Tun an mit einem Schein der Gottseligkeit, färben und schmücken ihre Lügen mit der Schrift, dadurch sie großen Schaden tun und viele Leute verführen" (Ebd. 57, S. 227). „Die Ketzer haben sich aufs Waschen [Vielreden] gegeben, daß man nichts hört denn ihre Träume . . . Wo Rotten und Ketzerei aufkommen, die reißen ein und nehmen zu, daß man sonst nichts achtet noch hören will . . . Die Ketzer sind steif und starrig auf ihrer Lehre, davon sie viel plaudern." „Gleich wie ein siedend Topf mit Blasen schäumt und übergeht, also schäumen sie und gehen auch über mit vielem Geräusche, daß ihr Herz voll ist. Denn es seit und kocht von solcher Hitze und Lust auf ihre Träume und könnten weder schweigen noch anderen zuhören" (Ebd. 38, S. 414). Man muß ihnen, „wenn sie sich mit der Schrift behelfen und damit ihre Lügen schmücken, antworten: Nein, an das kehre ich mich nicht allein, daß du sagst, du habest Gottes Wort für dich . . . Und ob es schon Gottes Wort wäre, damit du dich behilfst, möchtest du vielleicht etwas davon oder dazu getan haben . . . Der Teufel und alle Ketzer, ob sie sich schon mit dem Wort Gottes schmücken, führen sie es dennoch unrecht" (Ebd. 17, S. 19). „Es ist nie kein Ketzer aus den Heiden kommen, alle sind sie aus der christlichen Kirchen kommen" (Ebd. 63, S. 415). „Die Biblia ist wohl ein lauter Malvasier, ja eine recht heilsame Arznei und Labsal; aber wenn die unreinen bösen Würmer darüber kommen, und mit ihren giftigen Gedanken, vom Teufel eingegossen, heraus schöpfen und zu sich nehmen, so speien sie statt Malvasier eitel Gift heraus. Darumb wird Ketzerei und falsche Lehre nirgend denn aus der Schrift geholt und geführt, aber doch nicht durch derselben reine Lehre, sondern durch ihre vergiffte Gedanken, so der Teufel in sie gesenkt hat. Denn sie wollen, traun, alle ihr Ding als in der Schrift gegründet und daraus genommen bestätigen, und führens doch nur aus unreinem Herzen, dadurch sie die Schrift verfälschen" (Ebd. 49, S. 268). „Man tue die zehn Gebote Gottes hinweg, so hören alle Ketzereien auf; denn die zehn Gebote sind ein Bornquell,

daraus alle Ketzerei entspringt und fließt. Denn die Schrift ist ein Buch aller Ketzer“ (Ebd. 61, S. 72).

„Alle Ketzer machen einen neuen Christum ... Ein jeder Ketzer hat ein besonderes Wort und führt den Namen göttlichs Worts auch“ (Ebd. 48, S. 224). „Sie nehmen etwas Sonderliches vor, erdichten ihnen einen eigenen Glauben ohne Gottes Wort und bilden oder formieren ihnen einen eigenen Gott, nicht wie ihn die Schrift malet [man vergleiche Luthers neuen Gottesbegriff!] sondern nach ihren Gedanken. Der soll sich dann gefallen lassen ihre Lehren und Leben als allein heilig und göttlich. Was andere lehren und tun, wenn sie noch zehnmal die Schrift für sich hätten, so muß es Unrecht oder Sünde sein. Das merken mit der Zeit die Christen und hüten sich vor ihnen. Diese sind es, die der Teufel hoch in den Lüften führt und auf die Zinnen des Tempels setzet und zu ihnen spricht: Hier laß dich hinab 2c. [Man vergleiche mit dem Folgenden Luthers Äußerungen seines Größenbewußtseins bei Grisar 2, S. 648 ff.] Das ist: Ei du bist ein hocherleuchteter Mann mit großen geistlichen Gaben von Gott begnadet, viel frömmer, gelehrter und heiliger denn die anderen allzumal. Wie du von Gott denkst, so muß es gewiß sein, es kann dir nicht fehlen; darumb, weil dir solches Gott geoffenbart hat, mußt du es allein bei dir nicht halten, sondern anderen auch mitteilen. Diese teuflische Hoffart macht sie dann sicher und vermessen, daß sie ohne Gottes Furcht und Befehl ihren eigenen Geifer ausspeien und in die Leute schütten, das ist, etwas Neues lehren ohne und wider Gottes Wort. Das heißt dann Gott versuchen und in der Luft ohne Federn fliegen wollen. Da kann nichts anders folgen denn ins Teufels Namen herabfliegen und den Hals brechen“ (Ebd. 17, S. 18). „Solchs Ärgernis aber büßet und quälet die Frommen sehr, daß dem Irrtum und falscher Lehr so viel anhängen und der Wahrheit so wenig folgen“ (Ebd. 38, S. 37). Aber wie benehmen sich die Ketzer, wenn man ihnen dieses alles und ähnliches vor Augen hält? „Das muß ich sehen, daß sie noch bei meinen Lebzeiten so stolz und hoffärtig sind und wollen regieren ... Das muß ich leiden in solchem



Ärgernis und Hoffart meiner Diszipel, daß ich viel lieber den Tod leiden wollte und mit meinem Blute beschließen" (Ebd. 59, S. 274). „Je nachsichtiger man sich gegen sie zeigt" — hier wird man unwillkürlich an das erste Auftreten Luthers erinnert — „je mehr schwillt ihnen der Bauch, werden immer stolzer und trotziger davon. Jener [sein neugläubiger Gegner Agricola] rühmt sich, er sei der Abel, müsse viel leiden und sich würgen lassen. Was? Er wird ein Märtyrer unter meinen Händen und ich muß sein Henker sein, der ihn zum Märtyrer mache? Da er mich doch viel sehrer bekümmert und gemartert hat denn alle meine Widersacher . . . und will nun die Schuld auf mich legen! Also hat Arius auch getan, da er den Seinen schrieb: Ich werde von meinen Pharisäern und Bischöfen um der Wahrheit willen verfolgt . . . Eben also machte Christus den Teufel auch zum Märtyrer . . . Also habe ich diese zwanzig Jahre über mehr denn 50 Rottengeister gehabt, die mich lehren wollten" (Ebd. 61, S. 81).

Der Zweck dieser reichlichen Mitteilung von Texten ist nicht gerade der bekanntlich leicht zu führende Nachweis, daß nach Luther alle Ketzer geradezu vom Teufel besessen sind. Beachtenswerter ist schon der Umstand, daß die ganze Ketzerpsychologie, welche Luther in den mitgeteilten Worten entwickelt, in ganz einziger Weise auf ihn selber paßt. Indes der Hauptzweck ist, die Tatsache zu veranschaulichen, daß auch nach der Ideenwelt Luthers die Kategorie der „tiefen persönlichen Religiosität" durchaus nicht so ohne weiteres auf jeden Menschen Anwendung finden kann, der einen auch noch so großen Eifer in der Verbreitung seiner eigenen religiösen Ideen entwickelt, sollten auch alle Prädikate vorhanden sein, die Harnack in seinem Obersatze vereinigt. Alle diese Eigenschaften, sagt uns Luther, können ganz gut geheimen Stolz als letzte Triebfeder haben, der die in ihnen enthaltene Religiosität vergiftet und aufhebt.

Hat aber Luther, wie es in der Tat der Fall ist, mit diesem Grundgedanken recht, glaubt Luther sogar, daß der Grundgedanke nicht nur eine abstrakte Möglichkeit darstellt,



sondern so ziemlich bei allen Häretikern in die Erscheinung tritt, dann ist es unkritisch von Harnack, wenn er diese Frage nicht auch für den nach seinem eigenen Urteile größten aller Ketzer, für Luther, zur Diskussion stellt. Sie muß zur Diskussion gestellt werden, um so notwendiger, da Harnack selbst im Leben Luthers eine ganze Anzahl mit seiner Psyche aufs innigste verwachsener Erscheinungen zugeben muß, die er selbst unwillkürlich mit dem Ausdrucke eines wahnsinnigen Hochmutes charakterisiert. Mit diesen Erscheinungen muß sich jeder ehrliche Kritiker, ob Katholik oder Protestant, auseinandersetzen, unbekümmert um jede „Respektsdistanz", die sein Urteil trüben könnte; er hat sich dieselbe in ihrem ganzen Umfange und in ihrer ganzen Tiefe unter Vergleichung ähnlicher oder der entgegengesetzten Erscheinungen bei anderen geschichtlichen, namentlich religiös-reformatorisch auftretenden Persönlichkeiten vor Augen zu führen und sich zu fragen, ob, um mit Harnackischer Rhetorik zu reden, eine so maß- und beispiellose Eigenliebe, wie Luther sie besaß, psychologisch imstande war oder nicht, halb bewußt, halb unbewußt sich auch die ganze persönliche Religiosität dieses Mannes dienstbar zu machen.

Eben das ist es ja, was z. B. Luther mit so volltönender Stimme am Anfange seines öffentlichen Auftretens von jenen behauptete, die er als iustitiarii, Eigengerechte ausgab, und denen er einen in äußeren Werken stecken bleibenden, der inneren Gesinnung baren Pharisäismus zum Vorwurfe machte. Eben das behauptete ja Luther von allen Häretikern. Eben das behaupten alle jene protestantischen Gelehrten, welche, allzu leichtgläubig gegen Luther, die von diesem seinen katholischen Zeitgenossen angedichtete Werkheiligkeit für bare Münze nehmen und Luthers auf Aberkennung wahrer Religiosität lautendes Urteil über die Katholiken für richtig ansehen. Eben das behauptet Harnack, der Luther das Wesen der Religion und damit Religion und Religiosität aus den durch das Religionswesen geschaffenen Ruinen ausgraben läßt. Und doch liegt in all diesen Fällen,



um das mindeste zu sagen, der geheime Stolz und die Infiltrierung desselben in die ganze Religiosität nicht entfernt so klar, wie bei Luther. Um so gebieterischer tritt an den wirklich unparteiischen Forscher, der Freund und Feind an derselben Elle mißt, die Notwendigkeit heran, sich darüber klar zu werden, ob man nicht mit vollem Recht Luther denselben Vorwurf macht, den er mit so vollem Munde und durchaus nicht immer mit Recht gegen andere schleudert.

Ist dem aber so, und die katholische Kritik, die glücklicherweise nicht durch eine allzugroße Respektsdistanz gehindert ist, den wirklichen Luther in der Nähe zu betrachten, ist der festen Überzeugung, daß die von Grisar beigebrachten Beweise durchschlagend sind, so wird auch Harnack im Namen der „höheren" Kritik sich bequemen müssen, als mächtigste Triebfeder Luthers und damit als das in den Obersatz zu setzende Primäre für Luthers sittliche und religiöse Beurteilung die Eigenliebe zu betrachten, dagegen Luthers Religiosität, weil ganz im Schlepptau seiner Eigenliebe schwimmend und in den entscheidenden Momenten nicht treibend sondern getrieben, als Sekundär in den Untersatz zu verweisen. Da nun aber das, was das Primäre, schlechthin Dominierende in der Seele ist, und was nach Harnack „in den Obersatz gehört", für die schlechthinnige Beurteilung eines Menschen maßgebend ist, da ferner die maßlose Eigenliebe Luthers, so reckenhaft sie sich gebärden mag, in sittlicher Hinsicht keine positive, sondern eine negative Größe ist, die keinen ethischen Wert darstellt, so kann von einem Heldentum Luthers, das heißt von einem religiösen Heldentum, denn dieses ist in Frage, in keiner Weise die Rede sein. Der Hochmut, diese hervorstechendste Gestalt der Eigenliebe bei Luther, erscheint nicht mehr als ein Flecken an seiner Religiosität, sondern seine Religiosität, soweit sie noch vorhanden ist, denn religiös sein wollte Luther, ist ein milderndes, irgendwie versöhnendes Element in diesem Manne von maßloser, ungebändigter Eigenliebe.

Bricht so Harnacks Obersatz in sich zusammen, so können



wir ebensowenig die Untersätze an ihrer Stelle lassen. Sie müssen zum Obersatz gezogen und dadurch dieser zu dem allgemeinen Satze von Luthers negativer ethischer Größe erweitert werden. Wie die maßlose Eigenliebe Luthers, so ist auch das ganze Heer der sittlichen Mängel Luthers, seine Leidenschaftlichkeit, seine Unredlichkeit, seine Ungerechtigkeit, seine Gewalttätigkeit, seine schmutzige Sprache usw. konstitutiv für seine negative sittliche Größe. Jene Mängel sitzen bei Luther zu tief, brechen zu häufig, zu spontan, zu gewaltig hervor, als daß sie für die schlechthinnige Beurteilung Luthers als sittlichen Charakters als Nebensache gelten könnten. So wenig auch wie seine Eigenliebe überhaupt, macht seine Leidenschaftlichkeit, Unredlichkeit und Gewalttätigkeit vor seiner Religiosität halt. Seine Religiosität hat nicht die Kraft, jene Eigenschaften wirksam zu zügeln; diese wollen sich nun einmal um jeden Preis ausleben und unangefochten neben seiner Religiosität und ohne entscheidende Rücksicht auf dieselbe behaupten, und sie entwürdigen diese, indem sie es wagen, sich als deren Mandatare auszugeben und sie dadurch in ihren eigenen Dienst zu zwingen.

Es ist also kritisch unzulässig, die Religiosität Luthers ohne Weiteres als die alles in ihm beherrschende Triebfeder hinzustellen; sie beherrscht nicht, sondern wird beherrscht; sie muß sich, teils bewußt teils unbewußt, gefallen lassen, von seiner maßlosen Eigenliebe und von seinen anderen ungezähmten Leidenschaften vorgeschoben zu werden. Wenn man darum unter einem tiefreligiösen Charakter den Mann versteht, der die Religiosität nicht nur mit Worten sein Höchstes nennt, sondern auch tatsächlich seiner Religiösität in sich selbst, in seinem Inneren und in seinem ganzen Leben die dominierende, absolut führende Stelle zu wahren weiß, dann kann man Luther ganz sicher nicht einen tief religiösen Mann nennen. Dabei kann es bestehen bleiben, daß Luther von Haus aus nicht irreligiös war, daß das religiöse Interesse immerhin in seinem Leben eine bedeutende Rolle spielt und auch dort, wo nicht die Eigenliebe die Wege der Reli-



giosität kreuzte, diese sich immer wieder in spontaner, naturhafter Weise regte, soweit, wie bereits bemerkt, eine glückliche Inkonsequenz ihm gestattete, auf seine neuen Ideen, welche der Tod jeder Religiosität hätten sein müssen, im praktischen Leben zu vergessen.

Tief religiös kann man Luther nicht nur deswegen nicht nennen, weil seine Religiosität seiner Eigenliebe und seinen Leidenschaften gegenüber sich nicht als die führende Kraft erwies, sondern auch deswegen nicht, weil seine Religiosität nicht die Kraft besaß, die schwersten Irrtümer und Mißgriffe auf ihrem ureigensten Gebiete, von denen oben die Rede war, von sich ferne zu halten. Wäre Luther ein so tief religiöser Charakter gewesen, wie man auf protestantischer Seite annimmt, nie und nimmer hätte er den oben skizzierten finstern Gedanken von Gott in seiner Seele ein so festes Heimatrecht gegeben, noch viel weniger den ganzen Inhalt der Religion in eine Formel gefaßt, welche in ihrer Eigentümlichkeit und Verschiedenheit von der alten katholischen Rechtfertigungslehre gerade das Finsterste zur Voraussetzung hat, was in seinem neuen Gottesbegriff beschlossen liegt, die Alleinwirksamkeit Gottes, die Höllenprädestination und die absoluteste Freiheitsleugnung. Alleinwirksamkeit Gottes, Höllenprädestination und Freiheitsleugnung, mitsamt dem verborgenen Gott: das sind nach Luther die unerläßlich notwendigen Fundamente, auf Grund deren er die Nichtnotwendigkeit der Werke proklamiert; fallen diese Fundamente, und sie müssen fallen für jeden, der noch einen Sinn für Gottes Ehre, Gottes Heiligkeit, Gerechtigkeit, Güte und Wahrhaftigkeit und für die Würde der freien Menschennatur besitzt, **dann sind die Werke auch nach Luther notwendig**, und wir stehen auf dem katholischen Standpunkt, von dem Luther das Übrige, namentlich die vertrauensvolle, zuversichtliche Hingabe an Christus in einer leider bis zur Unkenntlichkeit entstellten Form ohnehin mit herübergenommen hat; bei Luther ist nämlich dieses zuversichtliche Vertrauen geschwächt, illusorisch gemacht durch den finsteren neuen Gottesbegriff,



den er demselben zugrunde legt, bei dem für keinen wirklich denkenden Menschen ein ruhiges kindliches Vertrauen möglich ist. Schon die Frage nach dem gnädigen Gott ist ja, wie oben dargelegt, bei Luther eine Wirkung des Zusammenbruches des ebenso vernünftigen und schriftgemäßen als menschenfreundlichen katholischen Gottesbegriffes.

Daß der Anblick der Ruinen, die er bereits geschaffen, ihn nicht zur Besinnung brachte und ihn nicht zu einer energischen Revision seines Gottes so unwürdigen Gottesbegriffes veranlassen konnte, ja daß er den traurigen Mut besaß, diesen ebenso neuen als finstern Gottesbegriff in die Massen zu schleudern, stellt seiner Religiosität kein gutes Zeugnis aus.

Und da endlich die wahre Religiosität, d. h. die von Herzen kommende rückhaltlose Unterwerfung unter Gott in der gewissenhaften Erfüllung des Willens Gottes d. h. in der Haltung seiner Gebote, in der genauen und vollkommenen Erfüllung des Sittengesetzes sich als echtes Gold bewähren muß, so können die zahlreichen, tiefgehenden und nie ernstlich bekämpften sittlichen Defekte Luthers, die auch von seinen Anhängern nicht geleugnet werden und die noch zahlreicheren Abweichungen vom Sittengesetze in Einzelfällen ebensowenig dazu beitragen, Luther religiöse Größe zuzuerkennen und ihn zu einem religiösen Helden zu machen.

P. Sinthern S. J.



## XI.

# Lulu Brentano, die Märchenerzählerin und Freundin der Brüder Grimm.

Von Reinhold Steig, Berlin.

## III.

Gleich den Brüdern Grimm hatte Clemens Brentano seit seiner Heidelberger Zeit viele Märchen zusammengebracht, sich schließlich auch Grimms handschriftliche Sammlung geben lassen, um diese höchst poesie- und phantasievollen Stoffe auf seine Weise zu benutzen. So entstand schon um 1810 die Hauptmasse seiner erst aus dem Nachlasse von Guido Görres 1846 herausgegebenen Märchendichtungen.

Voll von märchen- nnd sagenhaften Zügen war seine „Gründung Prags“, die 1811 gedichtet, 1813 gedruckt, 1814 veröffentlicht wurde, und gar manche nähere Ausführung oder Mitteilung hatte noch am Schlusse des Bandes in den „Anmerkungen“ Unterschlupf gefunden. Der Inhalt dieser Anmerkungen zog Jacob Grimm, als er zu Wien im Oktober 1814 das eben fertig gewordene Werk Brentanos sich kaufte, am meisten an, und er schrieb darüber Wilhelm (Briefwechsel aus der Jugendzeit S. 369):

„Bis jetzt hab ich nur hineingeguckt und Vorrede und Anmerkungen gelesen, die mich gerührt haben, weil man so ganz des Clemens sein Wesen, seine Kramerei in Seltenheiten, seine scharfsinnige Ungelehrsamkeit darin sieht und findet; ich bin aufs Lebhafteste an ihn erinnert worden; von Arnim oder unsern Büchern (insbesondere den Kinder- und Hausmärchen) ist nichts berührt. Wie kostbar muß der Jordis z. B. die Geschichte von der Katze und dem thé dansant sein! Man meint sie erzählen zu hören“.

Die Bemerkung über die Katze und den thé dansant bezieht sich auf das von Clemens in den „Anmerkungen“



zur Gründung Prags (S. 443) mitgeteilte Katzenmärchen und kann nur dahin verstanden werden, daß Jacob und Wilhelm Grimm wußten, daß es von der Frau Jordis herrührte. Es war ja auch, wie das von der Frau Füchsin und der Katze, ein Tiermärchen. Es hat bei Clemens Brentano folgenden Wortlaut:

„Es gibt eine alte Sage von der Falschheit der Katzen, daß sie alle Tage sich siebenmal vornehmen, den Menschen zu ermorden, und es über ihrem Spinnen (Murren) wieder vergessen. Überhaupt traute der Aberglauben ehemals den Katzen nicht viel Gutes zu, und ihre nächtlichen Singakademien und Deklamatorien haben nie im besten Rufe gestanden. Ich glaube, die Leser werden hier gern ein Märchen lesen, welches mir von einem Reisenden mit großem Ernste erzählt worden ist, und das mir wegen der ganz eigenen schauerlichen Einsamkeit, die drinnen herrscht, recht wohl gefallen. In einer einsamen Gegend an der türkischen Grenze lebte allein mit einigen Knechten ein slavonischer Edelmann; sein geliebter Hausgenosse war ein ungeheuer großer, schwarzer Kater, der sich von der Jagd wie sein Herr ernährte, aber sich doch alle Abende bei ihm einstellte. An dem heiligen Abend vermißt der Herr einstens seinen Kater, da er eben im Begriff war, eine Stunde weit über das Schneefeld nach einer Kirche in die Christmetten zu gehen, und verwundert, daß der Kater bei der strengen Kälte noch Geschäfte außer dem Hause haben sollte, machte er sich auf den Weg. Nachdem er unter allerlei Gedanken eine halbe Stunde weit durch die kalte, sternhelle Winternacht gegangen, hörte er ein wunderliches Geschnurre, dem er sich nähert, und siehe da, auf einem kahlen, einsamen Baum tanzen vor ihm unter seltsamen Melodien eine Menge Katzen, und Mores, sein Kater, sitzt ernsthaft oben in der Spitze und bläst den Dudelsack dazu. Dem Slavonier kommen wunderliche Gedanken, und schon reißet ihn die Musik hin, und er muß tanzen, bis die Kirchenglocke über das Feld tönt und die Katzen plötzlich wie tausend Teufel von dem Baume herunter und über den guten Tänzer weg fahren, der nun zu Sinnen kömmt und eilig nach der Kirche



läuft. Als er nach Hause gekehrt, nach schweren Träumen den andern Tag erwacht, liegt Mores, der verdächtige Serenadische Katzen-Bassa, ganz ruhig auf dem Stuhl neben seinem Bette, als wenn gar nichts passiert wäre. Der Slavonier, über diese Heuchelei noch mehr ergrimmt, redet ihn scharf mit den Worten an: ‚Nun, Herr Mores, wie hat der Thé dansant geschmeckt, wie ist das Deklamatorium ausgefallen? Jetzt weiß ich, wie ich mit Ihnen daran bin, und ich werde Ihnen mit einem dejeuner à la fourchette aufwarten!‘ Nach diesen Worten griff der Slavonier nach einer Heugabel, die neben seinem Bette stand, und wollte den Künstler spießen, dieser aber kam ihm zuvor und schwang sich dem Slavonier würgend um den Hals, bis seine herzugelaufenen Knechte den verdächtigen Nachtmusikanten auf seinem Herrn mit ihren Säbeln in Stücke hieben. Die Knechte legten ihn hierauf in Essig und wollten ihn als einen Hasen an einen kuriosen alten Wildbrethändler über der türkischen Grenze verkaufen, aber als sie hinkamen, fanden sie dessen Frau weinend, daß sie ihren Mann, der seit langer Zeit abwesend gewesen, am Christtagmorgen mit Säbelhieben zerfetzt im Bette tot gefunden habe, wornach sich zu achten. Dieses Märchen hat einen eigentümlich lokalen, schauerlichen Charakter.“

Dem Grimmschen Zeugnisse widerstreitet nicht die eigenartige Einleitung, die Verlegung des Schauplatzes an die türkische Grenze, die Berufung auf den Slavonier als Gewährsmann, die Bespöttelung der Singakademien und Deklamatorien. Das alles könnte Clemens auf die Rechnung zu setzen sein, der sich jede seinen Zwecken dienliche Freiheit nahm; besonders der slavonische Schauplatz paßte ihm bei der slavischen Einkleidung seines Gedichtes. Im übrigen aber scheint Brentanoscher Stil am wenigsten hineingearbeitet zu sein, und um so mehr Jacobs Meinung, man höre die Frau Jordis erzählen, zu recht zu bestehen. Später (1817) hat Brentano das Märchen in weiterer Bearbeitung noch einmal verwandt, und zwar für seine Novelle „Die mehreren Wehmüller und die ungarischen Nationalgesichter“ (Sämtliche Schriften 4, 228), und die Überschrift „Das Pickenick des

Katers Mores, Erzählung des croatischen Edelmannes" zugefügt. Die erstere Gestalt des Märchens ist aber diejenige, welche dem ursprünglichen Vortrage der Frau Jordis selbst am nächsten steht.

Das seltsame Katzenmärchen zog auch deshalb den Blick Jacob Grimms auf sich, weil er selbst schon damals in Wien die aus dem älteren Schriftwerk „Der ungewissenhafte Apotheker" ausgezogene abergläubische Erzählung „Die Katze aus dem Weidenbaum" zur Hand hatte, die er 1815 in den dortigen „Friedensblättern" mitteilte (Kleinere Schriften 6, 192) und 1816 in den ersten Band der „Deutschen Sagen" (4. Aufl. S. 186) einfügte. In der „Deutschen Mythologie", wo (4. Aufl. 1, 528) die „Gründung Prags" einmal geradezu zitiert wird, ist nun von dem unheimlichen Wesen der Katzen vielfach die Rede. Hexen und Feen (heißt es z. B. 1, 421) nehmen oft Katzengestalt an, und Katzen sind besonders verdächtige Tiere; der Hausgeist Hinzelmann in den „Deutschen Sagen" (Nr. 75) läßt in der Bettstatt ein Grüblein zurück, als ob eine Katze da gelegen wäre (1, 416). Besonders oft wird von verwundeten Katzen erzählt, die man hernach an verbundenen Weibern wiedererkannte (2, 886, 919. 3, 93). Im Fichtelgebirge haust ein Waldgeist, der Katzenveit genannt (1, 397), und von den Tieren werden einige, auch Katzen, ihrer schwarzen Farbe wegen mit dem Teufel in Verbindung gebracht (2, 80). Man sieht also, daß Katzensagen und -Märchen zu allen Zeiten ganz allgemein waren, und daß die wesentlichen Bestandteile des Katzenmärchens der Frau Jordis auch in den dem alten deutschen Volksglauben gewidmeten Werken ihrer Freunde Grimm enthalten und behandelt sind.

## IV.

Der Märchenband der Brüder Grimm von Weihnachten 1812 befand sich gewiß auch in den Händen der Frau Lulu Jordis-Brentano und gab ihr erneute Anregung, die Märchen, die sie selbst von ihrer Kindheit her wußte, zu Papier zu



bringen. Jacob besuchte sie 1814 in Paris und schrieb von dort seinem Bruder Wilhelm am 1. Juni: „Von der Jordis wirst Du dieser Tage einen Brief mit zwei, etwas interpolierten, wie ich glaube, Märchen erhalten, den ich gestern Abends bei ihr liegen sah." Dieser Brief ist im Grimmschen Nachlasse erhalten, vom 31. Mai 1814 datiert und besagt:

„Lieber Wilhelm. Ich habe nun Ihren Brief bekommen und freue mich nicht wenig, daß Sie noch an mich denken, denn ich bin Ihnen herzlich gut. Nicht wahr, Sie haben mich gewiß ebenso lieb wie meine Schwestern? Wenn ich auch schon oft gar nicht liebenswürdig war, so müssen Sie das meiner Lage zuschreiben, im Herzen meine ich es stets zum Besten. Ich schicke Ihnen hier ein paar Märchen und fürchte nur, sie sind zu schlecht, aber Sie sehn doch, daß ich an Sie denke."

Die beiden Märchen, die der Frau Jordis Brief enthält, lauten:

1.

In einem Dorfe in Italien lebten vor gar langer Zeit ein Mann und eine Frau, sie hatten eine Tochter, welche Catharinella hieß und so schöne blonde Haare hatte, daß es gar nicht zu sagen ist, wie herrlich ihre Zöpfe auf ihrem Kopfe geschlungen waren. Der Vater war Soldat und mußte in den Krieg ziehen, als eben seine Frau wieder gesegnetes Leibes war. Die arme Frau hatte beständig ein so großes Gelüste nach Petersilie, daß sie damit anfing, alle die aufzuessen, die in ihrem Garten war, hernach ging sie zu den Nachbarn, von einem Garten zu dem andern, bis am Ende in dem ganzen Dorfe kein Blättchen Petersilie mehr grünte, außer in dem Garten des Okers, der einen prächtigen Palast vor dem Orte hatte.

Die arme Frau weinte und grämte sich sehr, weil sie meinte, mit ihrem ungeborenen Kindlein Hungers sterben zu müssen. Als dieses Catharinella sah, tat es ihr im Herzen weh, und sie stahl alle Tage dem Oker so viel Petersilie, als die Mutter essen mochte. Wenn nun der Oker abends durch seinen Garten ging, um nach allem zu sehen, so ward er wohl gewahr, daß die Petersilie immer mehr abnahm, dann schüttelte er den



Kopf, daß er mit seinem langen Barte den Buchsbaum in seinen Gängen rechts und links abstäubte. Da ihm aber dieses zu gar nichts hulf, so sträute er heimlich Asche in den Weg. Als nun Catharinella morgens wie gewöhnlich die Nahrung für ihre Mutter holte, trug sie in ihren kleinen Pantoffeln soviel mit fort, daß der Oker den Weg nach ihrer Hütte recht gut finden konnte; er ging auch sogleich hinein, stellte sich sehr böse und drohte, er wolle Catharinella auffressen, wenn sie nicht mit ihm ginge, um ihm zu dienen. Die Mutter war gar traurig und wollte ihr Kind nicht hingeben; als ihr aber der Oker versprach, ihm nichts zu Leide zu tun, und ihr noch überdies erlaubte, soviele Petersilie bei ihm zu holen, als sie wollte, so war sie es zufrieden, und Catharinella ging mit ihrem neuen Herrn nach Hause. Der Oker war gar so wild und böse nicht, wie er aussah, sondern vielmehr ein wenig faul, und wenn er abends nach Hause kam und sich recht satt gegessen hatte, so mochte er nicht die Stiegen hinaufgehen, sondern rief unten am Fenster: „Catharinella, Catharinella, hänge mir deine goldene Zöpfe zum Fenster hinaus und ziehe mich hinauf ins Haus". Dies tat denn die Kleine auch, und es war ihr einziges Geschäft; im übrigen führte sie ein gutes Leben, hatte Essen und Trinken vollauf und konnte sich mit den verzauberten Möbeln manchen Zeitvertreib machen. Der Oker ward täglich älter und fauler, daher mochte er nichts mehr tun und nahm sich einen jungen Gehülfen ins Haus, um ihm zaubern zu helfen. Dieser war ein hübscher, gescheuter Geselle, der keinen langen Bart hatte, und nicht lange vor der Türe wartete, wenn er zu Catharinella konnte, sondern er sprang wohl die Treppen recht flink hinauf, und doch zogen ihn auch die schönen goldenen Flechten zu ihr hin, nur nicht auf die nämliche Art wie den Oker, der täglich dem Mädchen schwerer vorkam und ihr so mißfiel, daß sie es wohl zufrieden war, als ihr der junge Zauberer vorschlug, einen Wagen mit Pferden zu zaubern und auf und davon zu fahren. Alles war zu ihrer Flucht bereit, nur fürchteten sie, die Möbels, die alle sprechen konnten, möchten sie dem Zauberer zu schnelle verraten, ehe sie soweit sein



würden, daß er sie nicht mehr erreichen könnte. Sie dachten hin und her, was sie wohl den Möbeln zugute tun könnten, damit sie stille schwiegen. Endlich fiel es Catharinella ein, einen rechten Kessel voll Macaroni zu kochen und das ganze Hausgeräte mit dieser kostbaren Speise zu traktieren. Sie ging auch sogleich zu Werke, und als die Macaronis gar waren, stellte sie den Kessel in einen großen Saal und invitierte alles, was sie nur im Hause sah, sich recht satt zu essen, es soll gar wunderlich zu sehn gewesen sein, wie die Stühle, Bänke, Tische rc. gelaufen kamen, die Spiegel und Bilder von den Wänden flogen, so mancher großer alter Schrein daherschlich und die Porzellanservisen und Gläser herbeitrippelten, um sich zu laben. Es war ein entsetzlicher Lärmen, alle die großen und kleinen Mäuler gehn zu hören, und der Kessel selbst verschluckte von Zeit zu Zeit einen Teil seines Inhalts. Als sie nun alle dicksatt waren, versprachen sie nun ganz stille zu sein und ihre Wohltäter nicht zu verraten; es wäre auch ganz gut gewesen, wenn nicht ein alter Besen in einer Ecke des Bodens vergessen geworden wäre. Dieser rannte nun wie wütend im Hause herum und schrie unaufhörlich: „Alles hat Macaronis gegessen, ich allein bin vergessen; alles hat Macaronis gegessen, ich allein bin vergessen". Catharinella wollte ihn besänftigen, allein vergebens, und es blieb ihr nichts anders übrig, als sich so schnell als möglich mit ihrem Gesellen davonzumachen. Dies tat sie auch, indem sie nichts mitnahm als eine Bürste, einen Kamm und einen Spiegel, um ihre Haare in Ordnung zu machen.

Als nun abends der Oker nach Hause kömmt, ruft er wie gewöhnlich: Catharinella, Catharinella, hänge mir deine goldene Zöpfe zum Fenster hinaus und ziehe mich hinauf ins Haus!" Allein kein Mensch antwortet. Endlich wird er ungeduldig und macht die Türe mit Gewalt auf, nun kömmt ihm der alte Besen ganz erhitzt und zerzaust entgegen und möchte gerne alles erzählen. Weil er aber den ganzen Tag immer das nämliche wiederholt hat, kann er auch gar nichts anderes hervorbringen als: „Alle haben Macaroni gegessen, mich allein haben sie



vergessen". Der Oker merkt etwas und fragt die andern Möbels, die alle dicksatt aussahen, aber keines gibt ihm Antwort. Nun bildet er sich wohl ein, was vorgegangen wäre, schürzt sein Kleid auf und macht drei Knoten in seinen Bart, damit er ihn nicht im Laufen inkommodiere, und eilt den Flüchtlingen nach; er sieht sie auch bald von weitem in einer Kutsche, die sie sich gezaubert haben. Als er ihnen so nahe kömmt, daß er die Hand nach Catharinella ausstreckt, die eben aus dem Wagen guckt, wirft sie vor Angst den mitgenommmenen Kamm nach ihm, der verwandelt sich in ein eisernes Gitter, der Oker will drüber steigen und hat viele Not mit seinem Bart, der hängen bleibt. Endlich kömmt er doch hinüber und dem Wagen ganz nahe, da wirft Catharinella die Bürste hinaus, die wird zu einem Dornbusch, der zerreißt dem Oker wieder den Bart und die Kleider dazu. Er kömmt aber doch wieder hinüber und an den Wagen, da wirft Catharinella den Spiegel hinaus, der wird ein See, und der Oker versauft darin.

2.

Als ich fünf oder sechs Jahre alt war, erzählte mir meine Mutter ein Märchen, ich erinnere mich nicht mehr an alles, was ich aber noch weiß, will ich hier aufschreiben:

Es war einmal ein König und eine Königin, die hatten einen Sohn und eine Tochter, die sich gar lieb hatten. Der Prinz ging oft auf die Jagd in den Wald und blieb einmal ganz aus. Darüber weinte sich die Prinzeß bald blind, und als sie es nicht mehr aushalten konnte, ging sie fort in den Wald, um ihren Bruder zu suchen. Als sie nun lange, lange gegangen und vor Müdigkeit nicht mehr weiter konnte, begegnet ihr ein Löwe, der so gut aussah, daß sich die Prinzeß auf seinen Rücken setzte und fortritt. Der Löwe streichelte sie immer mit seinem Schweife und lief in vollem Trabe mit ihr davon. Als er nun so eine gute Strecke Wegs zurückgelegt hatte, kömmt er an eine Höhle, da läuft er hinein, und nun wird es ganz finster; die Prinzeß fürchtet sich aber gar nicht, denn sie wußte nichts davon, daß ein Löwe ein böses Tier sein könne. Die





Höhle war gar lang und endlich führte sie an das Tageslicht in einen schönen großen Garten, worin ein herrlicher Palast stand. Vor dem Tore desselben hält der Löwe stille, die Prinzeß steigt ab und der Löwe sagt ihr, in diesem Palast müsse sie nun mit ihm wohnen und ihm dienen, und wenn sie ihm recht diene, würde sie auch ihren Bruder wiederfinden. Die Prinzeß geht nun ganz traurig in den Garten, weil es ihr doch leid war, so allein und von aller Welt getrennt zu leben und bloß einen Löwen zur Gesellschaft zu haben. Als sie nun so hin und her geht, wird sie endlich einen Teich gewahr, auf der Mitte eine kleine Insel, auf der ein Zelt stehet, in dem Zelt sitzt ein wunderschöner Laubfrosch mit einem großen Rosenblatt auf dem Kopfe statt einer Haube. Der Frosch fragt, warum die Prinzeß so traurig wäre, und als sie ihm ihr Leid geklagt, tröstet er sie gar freundlich und sagt ihr, sie solle nur immer zu ihm kommen, wenn sie etwas brauche, er wolle ihr schon mit Rat und Tat an die Hand gehen, nur müsse sie ihm zur Belohnung alle Tage ein frisches Rosenblatt zur Haube bringen. Dies geschieht nun, und so oft der Löwe etwas verlangt, läuft die Prinzeß an den Teich, da hüpft der Frosch hinüber und herüber und schafft alles herbei.

Eines Tages verlangt der Löwe eine Mückenpastete, da meint die arme Prinzeß, die könne sie gewiß nicht schaffen. Als sie aber zu ihrem Frosch kommt, macht dieser gar keine Schwierigkeiten, sondern schnappt so viele Mücken zusammen, als zu einer Pastete nötig sind, trägt klein Holz herbei, knetet einen Teig und backt die vortrefflichste Pastete. Als die Prinzeß sie nun nehmen will, sagt der Frosch, er gebe sie nur unter einer Bedingung, die Prinzeß müsse ihm nämlich versprechen, dem Löwen, sobald er einschliefe, den Kopf abzuschlagen mit einem Schwerte, was sie hinter seinem Lager finden würde. Die Prinzeß will Anfangs nicht, weil der Löwe doch gut ist; da ihr aber der Frosch versichert, wenn sie es nicht täte, so würde sie nie ihren Bruder wiedersehn, so faßt sie Mut und bringt dem Löwen die Pastete. Er findet solche delikat, und nachdem er sie ganz aufgezehrt, befällt ihn ein solcher Schlaf,

daß er die Prinzeß bittet, ihn ein wenig hinter den Ohren zu krauen, bis er eingeschlafen wäre. Die Prinzeß tut es mit der linken Hand und greift mit der rechten nach dem Schwert, welches hinter seinem Bette liegt. Als sie aber nun den Löwen töten will, tut er ihr gar zu leid; endlich macht sie die Augen zu, denkt an ihren lieben Bruder und schlägt herzhaft zu. Wie groß ist aber ihr Schrecken, als sie sich von zwei Armen umfaßt fühlt, wie groß ihre Freude, als sie die Stimme ihres Bruders hört, und wie groß endlich ihr Erstaunen, als sie die Augen öffnet und statt dem toten Löwen nur ihren Bruder sieht, der von einem bösen Zauberer, welcher mit ihm die nämliche Frau liebte, auf so lange in einen Löwen verwandelt wurde, bis ihn eine geliebte Frauenhand aus lauter Liebe zu ihm um das Leben zu bringen gedächte, und also den Zauber zerstörte.

Bruder und Schwester gehen nun in den Garten, um dem Frosch zu danken, kommen aber gerade zu rechter Zeit, um ihn in ein Feuer hüpfen zu sehn, das er sich von lauter kleinen Spähnen zusammengetragen hat. Kaum ist er verbrannt, so gehet das Feuer aus und aus der Asche steigt eine schöne junge Frau in einem laubgrünen Kleide mit einem Rosenkranze auf dem Kopf. Dieses ist nun grade die Fee, die der Prinz liebt und die Froschgestalt angenommen hatte, um ihn zu retten. Nun heiratet sie ihn und verschafft der guten Prinzeß auch einen schönen Prinzen zum Manne. Und wenn die Prinzeß nun ausreitet, so legt sie immer die Löwenhaut auf ihr Pferd und trägt das Schwert an ihrer Seite, mit dem sie ihren lieben Bruder gerettet hat.

Wilhelm Grimm, als Empfänger, hat vorn auf der Niederschrift der Frau Jordis zum ersten Märchen mit Rötel den Vermerk gemacht: „No. 12 und 79“, d. h. es mit den beiden Märchen des Bandes von 1812, Rapunzel und Wassernix, in denen ähnliche Stellen vorkommen, in verwandtschaftliche Beziehung gesetzt. Aber gerade diese Verwandtschaft mit schon aufgenommenen Märchen machte eine spätere Verwendung der Niederschrift überflüssig.

Bei dem zweiten Märchen erfreut die Angabe, daß die Erzählerin es von ihrer Mutter, also von der Frau Maximiliane Brentano-Laroche, wisse. Wohl begegnen uns in Goethes Briefen an die Frau Sophie von Laroche, die sich um das Wohl und Wehe der Maxe drehen, gelegentliche Märchenspuren: „wie jener Mühlstein, der vom Himmel fiel", schrieb Goethe 1774. Es war also im Larocheschen Familienverbande die Märchenpoesie heimisch. Lulu zählte erst sechs Jahre, als ihre Mutter 1794 starb, die liebreiche, vom Glücke nicht bevorzugte Frau, deren Gedächtnis, wie Lulu, auch Clemens und Bettina zeitlebens mit seliger Kindheitsfreude im Herzen getragen haben. Der Mutter Pflege, dichtete Clemens, war ihm Frühlingswonne:

Ich konnte oft den Abend nicht erwarten,
Wenn sie die Wundermärchen uns gesungen,
Daß rings die Kinder in Erstaunen starrten.

Und wenn ihm davon keines so ins Herz gedrungen, als das von des süßen Jesus schweren Leiden, wie Herodes, Kindermord mißlungen, Maria durch Ägypten mußte reiten, so hat seine Schwester Lulu das weltliche Wundermärchen, wie treue Schwesterliebe den Bruder sucht und wiederfindet, in ihren Gedanken aufbewahrt und durch ihre Nacherzählung gerettet.

## XII.

### „Glücklicher Mittelstand."

Unlängst ist das „Handbuch der Politik" (Berlin uud Leipzig, Rothschild 1912/13) vollendet worden, das eine Einführung in die sozialpolitischen Fragen durch hervorragende Fachmänner anstrebt. Im 55. Abschnitt desselben wird (Bd. II 465—470) „Der Mittelstand" von dem Geheimen Hofrat Dr. Julius Pierstorff behandelt. Den Interessierten berührt es hier höchst angenehm, daß der Verfasser Eingangs gegenüber „der Verschwommenheit und Dehnbarkeit des Begriffs vor allem eine klare Begriffsbestimmung" anstrebt. Er erklärt denn auch, daß die Beschränkung des Mittelstandbegriffes auf „den vorwiegend städtischen Kreis der Handwerker uud Kleingewerbetreibenden und den mit mittlerem und kleinem Kapital betriebenen Detailhandel wissenschaftlich nicht gerechtfertigt werden kann". Beispiele solcher unwissenschaftlichen Begriffsbeschränkung werden nicht angeführt. Jedenfalls fällt aber diesem gerechten Verdikt der Artikel „Mittelstandsbewegung" anheim, den Prof. Biermer im „Wörterbuch der Volkswirtschaft", herausgegeben von Prof. Dr. L. Elster (2. Aufl. Jena 1907. II, 497 ff.), veröffentlicht hat. Der Bauernstand ist dort ganz ausgeschaltet. Den Mittelstand bilden diesem Artikel gemäß „notleidende" Klassen oder solche, die sich wenigstens als notleidend fühlen. Das Urteil über die ganze Mittelstandsbewegung, die sich in den meisten Kulturstaaten zu einem ausgesprochenen Programm von Gesetzesvorschlägen verdichtet hat, lautet daselbst: „Dieses Programm gipfelt in einer mehr oder minder radikalen, rückläufigen Bewegung in unserer wirtschaftlichen Entwicklung, eine Rückkehr zu den früheren ruhigen und behäbigen Verhältnissen des Kleinbürgertums." Gegenüber einer solchen „wissenschaftlichen" Irreführung durch einen Fachmann bedeutet es ein großes Verdienst, wenn Prof.

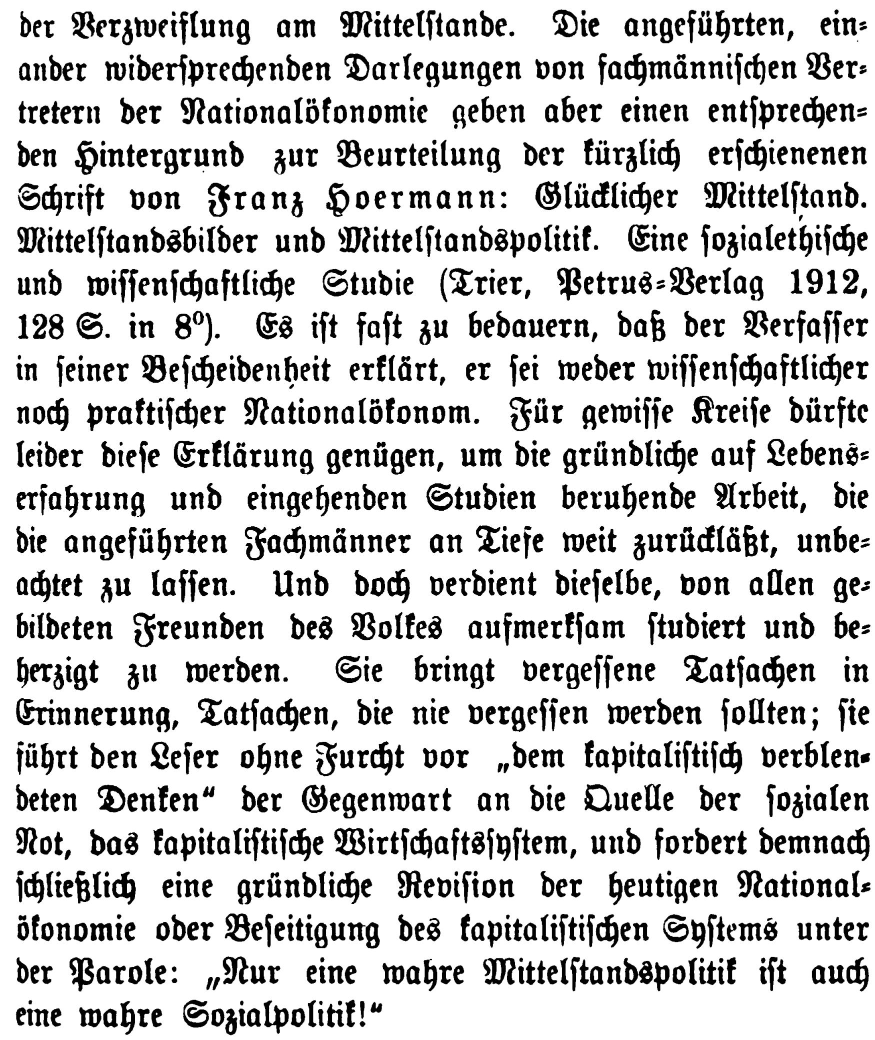


Pierstorff den richtigen Begriff und die Bedeutung des wahren Mittelstandes mit den Worten hervorhebt: „Das Vorhandensein eines numerisch starken Mittelstandes und einer mannigfachen Abstufung innerhalb desselben pflegt man sozial besonders hoch zu bewerten, weil er ein Hindernis darstellt für die Herausbildung eines schroffen und unvermittelten Gegensatzes zwischen Reichtum und Armut, zwischen einer Vermögensherrschaft weniger und einer proletarischen, weil ganz auf prekäres Lohneinkommen angewiesenen und darum wirtschaftlich und sozial abhängigen Volksmasse. Zugleich erblickt man in ihm ein Mittel, das bei Garantierung wirtschaftlicher Bewegungsfreiheit dem Einzelnen ermöglicht, auf der sozialen Stufenleiter durch eigene Kraft emporzusteigen und dadurch den ganzen Gesellschaftskörper gesund zu erhalten. Nach dieser Anschauung erfüllt solche Aufgabe nur der sogenannte alte Mittelstand, weil nur in ihm Besitz und Arbeit innig verschmolzen und damit die notwendige Selbständigkeit und Unabhängigkeit der Einzelnen gesichert erscheinen."

Der Referentenstil dieser richtigen Darlegung läßt schon erkennen, daß der Verfasser persönlich von dieser Bedeutung des Mittelstandes kaum durchdrungen ist. Er täuscht sich und gläubige Leser demgemäß auch über die Notwendigkeit und das Ziel der Mittelstandsbewegung mit den Worten hinweg: „Ein allgemeiner Rückgang und eine allgemeine Notlage des Handwerks und des Kleingewerbes besteht sonach nicht. Produktionsverschiebungen aber hat es zu allen Zeiten gegeben, wenn auch keine der früheren an diese neueste der Größe und dem Umfange nach heranreichten. Da eine Rückbildung oder auch nur eine Sistierung des durch die moderne Technik der Produktion und des Verkehrs bedingten Umwandlungsprozesses ausgeschlossen ist, kann die Aufgabe einer gesunden Mittelstandspolitik auf dem Gebiete des Handwerks und des Kleingewerbes nur sein, die Anpassung an die veränderten Verhältnisse zu erleichtern und zu befördern."

In der Praxis streift diese Schlußfolgerung an die Sprache





der Verzweiflung am Mittelstande. Die angeführten, einander widersprechenden Darlegungen von fachmännischen Vertretern der Nationalökonomie geben aber einen entsprechenden Hintergrund zur Beurteilung der kürzlich erschienenen Schrift von Franz Hoermann: Glücklicher Mittelstand. Mittelstandsbilder und Mittelstandspolitik. Eine sozialethische und wissenschaftliche Studie (Trier, Petrus-Verlag 1912, 128 S. in 8⁰). Es ist fast zu bedauern, daß der Verfasser in seiner Bescheidenheit erklärt, er sei weder wissenschaftlicher noch praktischer Nationalökonom. Für gewisse Kreise dürfte leider diese Erklärung genügen, um die gründliche auf Lebenserfahrung und eingehenden Studien beruhende Arbeit, die die angeführten Fachmänner an Tiefe weit zurückläßt, unbeachtet zu lassen. Und doch verdient dieselbe, von allen gebildeten Freunden des Volkes aufmerksam studiert und beherzigt zu werden. Sie bringt vergessene Tatsachen in Erinnerung, Tatsachen, die nie vergessen werden sollten; sie führt den Leser ohne Furcht vor „dem kapitalistisch verblendeten Denken" der Gegenwart an die Quelle der sozialen Not, das kapitalistische Wirtschaftssystem, und fordert demnach schließlich eine gründliche Revision der heutigen Nationalökonomie oder Beseitigung des kapitalistischen Systems unter der Parole: „Nur eine wahre Mittelstandspolitik ist auch eine wahre Sozialpolitik!"

Im Streben nach Klarheit mit Pierstorff übereinstimmend, aber weit gründlicher wie dieser, hat der Verfasser zunächst mit meisterhafter Schärfe des Denkens den Begriff „Mittelstand" und die volkswirtschaftlichen Grundbegriffe einer Mittelstandspolitik: Arbeit, Gut, Kapital, Verhältnis von Kapital und Arbeit, Wert und Preis entwickelt. Zur Veranschaulichung dieser Begriffe hat er seine heimatlichen salzburgisch-bayerischen Verhältnisse vor etwa 60 Jahren als anheimelndes Beispiel mittelständischer Wirtschaftsordnung hinzugefügt. Es kann natürlich keinem denkenden Leser einfallen, dem Verfasser die Absicht zuzuschreiben, er wolle die damaligen Verhältnisse unverändert überall wieder herstellen. In kon-



kreter Weise soll nur der Geist vorgeführt werden, der imstande ist, einen glücklichen Mittelstand zu schaffen. Ebenso konkret tritt der Geist des modernen Kapitalismus in dem folgenden Abschnitt: „Die moderne Industriebevölkerung und ihre Entwicklung im Deutschen Reiche" dem Leser vor Augen, obgleich der Verfasser sich gehütet hat, phantasievolle Schilderungen an Stelle nüchterner Zahlen und Tatsachen zu setzen. Die von den besten Freunden des Volkes ebenso beklagte, wie von der Sozialdemokratie bejubelte Tatsache, daß „die seit mehr als dreißig Jahren mit anerkennenswertem Eifer betriebene Arbeiterpolitik uns keine Lösung der Arbeiterfrage als solcher", ja nicht einmal eine begründete Aussicht auf Lösung gebracht hat, wird nun ebenso klar auf ihren wahren Grund zurückgeführt. Die Lösungsversuche sind auf der irrigen Grundlage des kapitalistischen Wirtschaftssystems unternommen worden; statt eine endgültige Lösung der Arbeiterfrage durch eine wahre Mittelstandspolitik anzustreben, haben die führenden Kreise sich auf Palliativmittel beschränkt. Der Verfasser ist besonnen genug, diese Palliativmittel, zu denen er auch die im Anschluß an die kaiserlichen Februarerlasse 1890 geleistete Sozialpolitik rechnet, als solche nicht zu verurteilen. Er macht aber Karl von Vogelsangs Warnung, dem neben Ruhland, H. Pesch u. a. er überhaupt sich hauptsächlich anschließt, zu der seinigen: „Hüten wir uns, die dankenswerten Palliativmittel als Heilmittel anzusehen und die gründliche Kur deshalb zu verabsäumen".

Von diesem Standpunkte aus beurteilt der Verfasser auch die christlichen Gewerkschaften durchaus richtig mit den Worten: „Wir unterschätzen den Einfluß der Gewerkschaften in keiner Weise. Wir sind aber nicht so naiv und optimistisch, von ihnen die Lösung der Arbeiterfrage — um dieses etwas schiefe Wort zu gebrauchen — zu erwarten. Die Gewerkschaften sind kein Gegensatz und kein Gegengewicht gegen den Kapitalismus, sondern ein Ergebnis unserer kapitalistisch-industriellen Wirtschaftsweise ... Die Gewerkschaften werden das Riesenproblem des industriellen Kapitalismus nicht lösen,

da sie sich die Lösung dieses Problems überhaupt nicht als Aufgabe gestellt haben; sie werden aber einer der ersten Faktoren bei der Umbildung unserer kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung bilden.“ —

Eine solche Kriegserklärung gegen den Kapitalismus erinnert heute an Davids Auftreten gegen den riesigen Goliath. Der Verfasser hat sich bei seiner genauen Kenntnis der Lage auch auf Widerspruch im katholischen Lager gefaßt gemacht. „Die kapitalistische Denkweise unserer Gesellschaft“ sagt er richtig, „ist fester gewurzelt als ihr religiöser Glaube. Dieser Geist wird nicht nur direkt durch die Presse und soziale Literatur, sondern auch indirekt durch die auf unseren Hochschulen dozierten Theorien beeinflußt .... Im Deutschen Reiche werden sogar von dem größten katholisch-sozialen Vereine begabte junge Akademiker einem Dozenten anvertraut, dessen Vorliebe für Börsen und Großbanken bekannt ist.“ —

Indem der Verfasser auf diese Weise mit umfassendem Wissen und klarem Denken in durchaus nobler Sprache dahinstrebt, die Gesellschaft aus der Knechtschaft des Kapitalismus zu befreien und eine beglückende Mittelstandspolitik durch Männer klaren Denkens und energischen Willens herbeizuführen, hat er ein Recht gehört und auch von Gegnern seiner Ansicht nobel behandelt zu werden. Der anonyme Rezensent in der „Hannoverischen Volkszeitung“ (Nr. 171) hat dieses Recht verletzt, als er durch den Leitartikel „Soziale Schwarmgeisterei“ seine Unfähigkeit bekundete, Hoermanns Schrift überhaupt zu verstehen. Bei der Schwierigkeit der Lage und bei dem skizzenhaften Charakter der Schrift konnte der Verfasser selbstverständlich nicht ein detailliertes Reformprogramm vorlegen. Er mußte sich begnügen „Grundgedanken einer Sozialreform im Sinne einer idealen Mittelstandspolitik“ vorzulegen und deren Hemmnisse und Aussichten in der Zukunft zu besprechen. Daß die Beseitigung des kapitalistischen Systems und nicht blos seiner „Auswüchse“ dabei an erster Stelle genannt wird, ist natürlich. In Österreich, wo die Sozialversicherung gegenwärtig den Gegenstand eifriger

Arbeit und großer Hoffnungen bildet, hätte man seitens der christlich-sozialen Partei besonderen Grund, diese Abschnitte zu studieren. Vielleicht würde der Eifer um die Herbeiführung dieses einschneidenden Palliativmittels etwas abgekühlt; aber auch manche getäuschte Hoffnung dürfte man sich ersparen. Im übrigen muß es den Österreicher freuen, hier wieder Frhr. v. Vogelsangs Programm der Grundentlastung und Prof. Dr. Aem. Schöpfers Schrift „Verschuldungsfreiheit oder Schuldenfreiheit?“ (Bozen 1904) mit gebührendem Lobe erwähnt zu finden. Der letztgenannte scharfsinnige Reformator der sozialen Verhältnisse findet bei seinen Kämpfen für die Rettung des Bauernstandes dieselben kapitalistisch verblendeten Gegner, die die vorliegende Schrift von Professor Hoermann nicht verstehen können. Und doch gibt es aus dem sozialen Elend der Gegenwart keinen andern glücklichen Ausweg als den der mittelständischen Wirtschaftsordnung, den der alttestamentliche Weise bereits betend also gezeigt hat: Mendicitatem et divitias ne dederis mihi; tribue tantum victui necessaria (Prov. 30, 8). Der Verfasser hätte diesen Spruch seiner verdienstvollen Schrift als Motto vorsetzen können.

Aug. Rösler C. SS. R.

## XIII.

## Hundert Jahre nach dem Sturz Napoleons.

„Die allgemeine Lage ist andauernd besorgniserregend", hat erst jüngst ein englischer Staatsminister sich vernehmen lassen. Ja leider, wer fühlt nichts von dieser fortwährenden Beklemmung, welche nicht erst seit gestern, sondern bereits seit Jahrzehnten auf den Gemütern lastet? Nur jene glücklichen Gedankenlosen, die im drangvollen Wettbewerb der Zeit nichts zu gewinnen und zu verlieren haben, spüren nichts von dem Alpdrücken der schleichenden Kriegsgefahr, welche vielen die Pulse beinahe stocken macht. Manche auch mögen noch immer in ungetrübter Heiterkeit schwelgen angesichts des Glanzes der heutigen Kultur, wo man mit den Winden durch die Lüfte segelt, wo das Blitzlicht die Nächte der Großstadt in hellen Tag verwandelt, wo die mündig gewordene Welt sich eigenhändig und selbstherrlich in autonomen Gesetzen die Rezepte schreibt, nach welchen sie glücklich sein will. Ernsten Leuten freilich ist es ganz anders zu Mute. Wenn sie des Tages gedenken, wo beim Ausbruche des drohenden Weltkrieges der gesamten jetzigen Kulturwelt der Boden unter den Füßen wanken wird, dann möchten auch sie in düsterer Kassandrastimmung mit dem Dichter sprechen:

> Feste seh' ich froh bereiten,
> Doch im ahnungsvollen Geist
> Hör' ich schon des Gottes Schreiten,
> Der sie jammervoll zerreißt.

Auch ohne Krieg ist schon der Unsicherheit genug. Wer ist imstande, zur Zeit in Stadt und Land die Zahl jener existenzlosen Leute zu bestimmen, die heute nicht wissen, wovon sie morgen leben sollen? Von Tag zu Tag setzt sich die bittere Not mit ihnen zu Tische, von Monat zu Monat geht die Angst der unsicheren Wohnungsmiete mit ihnen ein und aus.





Und wie steht es im großen mit der Sicherheit der großen Unternehmungen und mit dem festen Bestand der Staaten und Reiche? Wie ängstlich rechnet nicht mancher Großkaufmann in seinen Büchern, wie nachdenklich steht nicht mancher Finanzminister vor dem Danaidenfaß seiner stets gefüllten und gleichwohl immer leeren Kassen?

Und das in einer Zeit, wo die Förderung der materiellen Interessen und die ausschließliche Pflege der irdischen Diesseitskultur das einzige und höchste ist, was überhaupt noch der Beachtung wert gehalten wird?

Eben diese einseitig materielle Einschätzung der Dinge hat die jetzige Hochspannung der erregten Gemüter großenteils bewirkt und macht die Lage besonders bedenklich. In der jetzigen Welt ist dank der materiellen Zeitströmung mehr als je der feste Bestand aller Dinge auf die Macht des Geldes gebaut; mehr als je ist im Aufbau unserer Wirtschaftsordnung alles und jedes auf die bewegliche Basis der rollenden Taler gestellt. Darum würde eine Erschütterung des Weltfriedens wie ein Wirbelsturm in einer Sandwüste alles bunt durcheinander treiben und gleich im ersten Anprall Tausende von Existenzen vernichten. Die Großen würden dabei kaum besser fahren als die Kleinen; wenn alles zittert, zittert die Börse am meisten.

Begreiflich, wenn die äußersten Anstrengungen gemacht werden, um das drohende Unheil aufzuhalten. Ob es gelingen wird?

Noch sind die Furien des allgemeinen Krieges nicht entfesselt; grimmig und sprungbereit liegen sie noch an der Kette, und man ist geneigt, in den ungeheuren Rüstungen ein Moment zu gunsten des Friedens zu erblicken; tatsächlich aber sind die großen Heeresmassen nicht blos eine Fessel sondern auch Sporn und Anreiz zum Krieg und die bewaffneten Völker sind gleichsam selbst mächtige Explosivkörper geworden, bei denen eine Kleinigkeit genügt, um eine Katastrophe herbeizuführen.

Die Berufspolitiker rechnen in ihrem Kalkul, wenn es



sich handelt um die Frage: Krieg oder Frieden? vor allem mit den Millionen der verfügbaren Mannschaften und mit den Milliarden der Banken und Geldleute; allerdings Faktoren, die schwer ins Gewicht fallen. Es muß aber außer den Ziffern der Kriegsbereitschaft und der wirtschaftlichen Statistik noch manches andere in die Wagschale geworfen werden. Nicht blos der Friede überhaupt, auch die Art und Beschaffenheit des Friedens, welcher angestrebt wird, ist ins Auge zu fassen. In der jetzigen Kriegsgefahr hat die Weltgeschichte einen Knoten geschürzt, der noch lange nicht gelöst ist, wenn er mit dem Schwerte durchhauen wird. Eine Entladung der gegensätzlichen Spannungen ist leicht und bald herbeigeführt. Aber was dann? Wird der Friede, der auf den Krieg folgen soll, nicht schrecklicher sein als der Krieg selbst?

Es kommt sehr darauf an, von welchen Erben die Liquidation der Erbmasse übernommen werden wird. Werden Völker und Fürsten dabei nicht zu kurz kommen? Wird der monarchische Gedanke die Katastrophe überleben? Wird der Liberalismus oder die Sozialdemokratie die Bedingungen diktieren? Wird es sich bei der allgemeinen Abrechnung nur um Interessen, oder auch um Grundsätze der Wahrheit und Gerechtigkeit handeln?

Wenn die zur Zeit vorherrschenden Geistesströmungen in Betracht gezogen werden, die Grundsätze und Anschauungen, welche in Wissenschaft und Presse für die öffentliche Meinung als tonangebend gelten, dann möchte man geneigt sein, nach Art der Pessimisten das Schlimmste für das zumeist Wahrscheinliche zu halten.

Die unheimliche Gewitterstimmung, welche jetzt wie schwarzes Gewölk ganz Europa beunruhigt, entspricht in keiner Weise jener geistigen Erhebung, welche vor 100 Jahren Fürsten und Völker in der hl. Allianz einander angenähert hat. Damals wogte Frühlingsluft wie ein belebender Hauch durch ganz Europa, um eine neue Ära des Friedens einzuleiten. Der hl. Bund, zu welchem damals die mächtigsten



Herrscher sich die Hand reichten, wurde nicht auf dem Grund der revolutionären Menschenrechte, sondern mit feierlicher Berufung aufs Evangelium beschworen. Ausdrücklich wurde dabei betont, sie wollten im Verhalten untereinander die Grundsätze der christlichen Liebe und Gerechtigkeit zur Richtschnur nehmen. Gemäß dem durchaus monarchischen Satz: Iustitia fundamentum regnorum — gelobten sie, untereinander sich als Freunde und den Völkern gegenüber sich als Väter zu betrachten mit der selbstverständlichen Pflicht, sich gegenseitig uneigennützig Beistand zu leisten, wenn irgendwie Friede und Recht verletzt werden sollten.

Sie fühlten sich eben ganz als christliche Monarchen. Die Monarchie, wie sie in Europa geschichtlich geworden ist, läßt sich ja anders als auf christlicher Grundlage kaum vorstellen. Mit voller Wahrheit kann von einer Monarchie nur dort geredet werden, wo das Königtum sich aufbaut auf dem Prinzip der Autorität. Dieses Prinzip ist, weil es untrennbar verknüpft ist mit dem durch die gesunde Vernunft verbürgten Gottesbewußtsein, durchaus christlich und gibt dem Königtum dadurch Bestand und Dauer, daß es dasselbe als ein solches, welches von Gottes Gnaden ist, aufbaut auf dem Felsengrund der Wahrheit und Gerechtigkeit. Nur so ist das Königtum ein schirmendes Dach für's ganze Volk, nicht etwa blos ein Stützpunkt für die Vorrechte Einzelner und die Interessen einer Klasse, sondern eine Garantie der Gerechtigkeit für Alle ohne Unterschied. Bei einer solchen Auffassung der Monarchie kann man auch im Verhältnis der Untertanen zur Obrigkeit mit voller Wahrheit von der Treue reden. Diese wurzelt ebenso tief im Bereich des Gewissens und der Wahrheit, wie die Autorität.

Den Monarchen der hl. Allianz lag nichts so fern als die Absicht, der Revolution Konzessionen zu machen. Sie gaben sich auch keiner Täuschung hin über das innerste Wesen jeglicher Empörung, sie wußten, die gefährlichste Form eines Aufruhrs besteht zunächst in der Auflehnung des Menschen



gegen Gott, darum lautete ihr Programm nicht: Weg von von Gott! sondern: Näher hin zu Gott!

Wäre nur auch die Geschichte diesem Ruf treu geblieben! Dann würde jetzt Vieles anders sein.

Die Dinge nahmen leider einen ganz anderen Lauf. Die Situation hat sich seit einem Jahrhundert beinahe ins gerade Gegenteil verkehrt.

Näher hin zu Gott! sprachen in der hl. Allianz die Träger der Ordnung und Autorität. Nein, sprach die Revolution, immer weiter weg von Gott! Und ihr gewaltiges Lärmen anno 1830 und 1848 hat leider nur allzuviel Gehör gefunden bei Fürsten und Völkern. Beinahe die ganze Geschichte des 19. Jahrhunderts war ein beständiges Vorwärtsschreiten auf dem Weg der Revolution. Und kaum jemals haben die Geister der Verneinung mächtiger und ungestörter ihre Stimme erhoben als in unserer Gegenwart.

Die Revolution braucht nicht erst zu kommen, sie lebt seit lange in den Wortführern der öffentlichen Meinung, lebt in ganzen Klassen der Gesellschaft und in den betörten Massen von Unzufriedenen, und was das Schlimmste ist, sie lebt in der modernen Wissenschaft und Schule und in einem großen Teil der gebildeten Welt.

Nicht mit Gott, nein ohne Gott und gegen Gott soll der Babelturm der neuen Zeit aufgebaut werden. Es gilt ein titanisches Werk, was im Namen der modernen Kultur errichtet werden soll.

Der Mensch für sich allein und eine gänzlich von Gott losgelöste Humanität ist Ausgangspunkt und Zielpunkt aller Gedanken und Bestrebungen geworden. Überall, in der Wissenschaft, in der Schule, in der Gesetzgebung soll der Mensch sich selbst genügen, um als sein eigener Heiland alles Gute zu schaffen und alle Übel fern zu halten. Das ist mit einem Wort der Liberalismus. Dieser hat mit seinen zersetzenden Lehrmeinungen die Wahrheit, die ohne Autorität und Glauben nicht bestehen kann, weit in den Hintergrund gedrängt und damit jener trügerischen Freiheit zum Siege







verholfen, neben welcher kein Friede und keine Gerechtigkeit bestehen kann. So hat man dem Heiland sein Kulturprogramm: „Suchet zuerst das Reich Gottes und seine Gerechtigkeit!“ wie ein Ultimatum zerrissen vor die Füße geworfen und erklärt: Unser Herz gehört einzig nur der Zeitwelt an; das Einzige und Höchste, was wir kennen, sind Besitz und Genuß und das Geld!

Kein Wunder, wenn infolge dieser gänzlichen Abkehr von Gott und Ewigkeit ein gewisses Kainszeichen beständiger Unruhe und Friedlosigkeit sich allen Verhältnissen aufgeprägt hat, wenn das christliche Gemeinbewußtsein beinahe ganz erloschen ist, wenn in Staat und Gesellschaft von Volk zu Volk nur noch schroffe Gegensätze und klaffende Wunden sich zeigen; wohin man sieht, gewahrt man bald nichts mehr als Interessenkämpfe, nationale und konfessionelle Verbitterung und Rassenfeindschaft; überall fehlt das versöhnende Element der Wahrheit und Einheit, während der Gifthauch einer alles zersetzenden Presse und Literatur unter dem überwiegenden Einfluß des Judentums noch die letzten Keime gesunden Lebens zu zerstören droht.

Und diese Zerfahrenheit und trostlose Verödung und Verwüstung der Geister erscheint gewissen Leuten, deren Schlauheit größer ist als ihre Gewissenhaftigkeit, als der normale Zustand ihres Vorteils; die Großherren der Börse und Presse können für ihre profitablen Geschäfte und Spekulationen keinen Gottesfrieden brauchen; in ihrem Interesse liegt es, die für sie so gewinnversprechende Zeit des internationalen Faustrechts für immer aufrecht zu erhalten; nichts was für sie schlimmer wäre als eine Wiederherstellung der christlichen Gesellschaftsordnung. Nach ihrer Weltanschauung und Kulturauffassung muß alles, was den Glauben beleben und die Übereinstimmung der Geister in der Wahrheit fördern könnte, im Keim erstickt und mit Gewalt niedergehalten werden, während die verwegensten Ansichten und Wahnvorstellungen mit allen Hetzmitteln einer gewissenlosen Agitation sorgfältig gepflegt und verbreitet werden müssen.



Ist unter solchen Umständen zu hoffen, daß die jetzigen Friedensbestrebungen der Diplomatie Erfolg haben werden? Ist überhaupt der Wille zum Frieden vorhanden?

Wer Wind sät, muß Sturm ernten. Der Friede, den nur Gott allein geben kann, ist von ganz anderer Art, als wie die Welt ihn haben will. An Gelegenheit, den wahren Frieden, den nur Gott geben und gewährleisten kann, kennen und schätzen zu lernen, hätte es im abgelaufenen Jahrhundert wahrlich nicht gefehlt. Nicht bloß nach dem Sturz des großen Napoleon, auch später noch erging wiederholt die Warnung an Fürsten und Völker: Discite jam moniti nec temnere Divos! Die Geschichte Frankreichs von der Hinrichtung Ludwig XVI. bis heute spricht eine furchtbare Sprache. Man hat dort die Altäre entweiht, den Thron umgestürzt, die Rechte Gottes verleugnet und an deren Stelle die Menschenrechte gesetzt. Und was besonders beachtenswert ist, man ist trotz der schlimmsten Erfahrungen mit einer Zähigkeit, wie nur Wahnsinnige an ihren fixen Ideen festhalten können, auf dem einmal eingeschlagenen Weg konsequent Schritt für Schritt vorwärts gegangen.

Seit mehr als hundert Jahren kämpft dort die Freiheit mit der Ordnung, aber auf einer Grundlage, auf welcher weder von einer wahren Freiheit noch von einer wahren Ordnung die Rede sein kann. Auf dem Boden der von Gott losgelösten Humanität gibt es keine Möglichkeit eines wahren Friedens — die Geschichte bezeugt es klipp und klar durch offenkundige Tatsachen. Die Monarchie wollte immer wieder sich erheben auf dem blutgetränkten Boden der Revolution, über dem Schaffot des letzten legitimen Königs; umsonst, sie konnte sich nicht behaupten. Es kommt der gewaltigste Kriegsheld, ein Günstling des Glückes, wie die Welt noch keinen sah, und setzt sich die Krone auf das Haupt; er kommt wie ein Blitz, und nachdem er einige Jahrzehnte lang wie ein leuchtendes Feuerzeichen für ganz Europa ein Fanal des Schreckens gewesen, verschwindet er wie ein Meteor und sinkt ins Nichts zurück. Es kommt abermals ein Sohn der





Revolution, der Bürgerkönig, nnd steigt über die Barrikaden auf den Thron — ein halbes Menschenalter nur, und er ist über Nacht gestürzt und hat Eile, mit einem Einspänner Paris zu verlassen. Es kommt der dritte Napoleon und heftet die erstaunten Blicke der Welt auf den Ruhm seines Namens — 18 Jahre nur, und es fällt ihm das Szepter aus der Hand; und so ist der Thron, für welchen einst eine Jeanne d'Arc das Lilienbanner erhob, heute noch vakant. Nichts, keine Armee, kein Feldherrngenie, kein Plebiszit ist im Stand, diesem Thron jene Dauer und Festigkeit zu geben, die er hatte, als er noch von Gottes Gnaden war. Wird die Welt endlich begreifen, was diese providentiellen Tatsachen zu bedeuten haben? Ist zu hoffen, daß nach all diesen vernichtenden Niederlagen, welche der Wahn der Volkssouveränität und der Menschenrechte erlitten hat, die Völker endlich zur Einsicht kommen werden? Wird man endlich begreifen, daß gegenüber der Lehre, nach welcher jede Gewalt sich vom Volkswillen herleiten soll, das Bibelwort noch in voller Kraft besteht: Es gibt keine Gewalt außer von Gott?

Auch diese Frage ist durch die Erfahrung der Geschichte bereits soviel wie beantwortet. Zu dieser Einsicht wird der Titanenstolz der jetzigen Kulturmenschheit erst kommen, wenn eine Katastrophe über ihn Gericht halten wird, welche noch weit vernichtender ist, als alle bisherigen waren.

Bereits bei der Säkularfeier der großen Revolution anno 1889 wäre es an der Zeit gewesen, gemäß dem prophetischen Ausspruch eines hervorragenden christlichen Denkers statt der Menschenrechte die Geltung der Gottesrechte zu verkünden; man hat im Gegenteil damals bei Eröffnnng der Weltausstellung mit hochtönenden Phrasen den Triumph der modernen Ideen verkündet.

Ob man jetzt, nachdem der Triumph der modernen Ideen die Gefahr eines drohenden Weltkrieges heraufbeschworen hat, auch noch den Mut hätte, solche Fanfaren ertönen zu lassen? Wohl läßt sich die Herrlichkeit der Welt jetzt nicht



mehr bloß von der Höhe des Eiffelturmes, sondern sogar aus Luftkreuzern bewundern. Leider kann neben der schwindelnden Höhe des allgemeinen Kulturaufstieges sich der gähnende Abgrund nicht übersehen werden, der alles zu verschlingen droht.

Und noch immer ist Frankreich das klassische Land der Revolution und marschiert als Lehrmeisterin der liberalen Ideen an der Spitze der Zivilisation — und das übrige Europa, auch das monarchische Europa, welches vor hundert Jahren einmütig mit bewaffneter Hand dagegen sich erhob, trottelt hinterdrein. Anno 1813 ist die Revolution nur scheinbar niedergeworfen worden; ihr Geist hat sich mit ungeschwächter Kraft aus den Gräbern der in Leipzig und Waterloo Gefallenen erhoben und hat allmählich die christlichen Länder mit fremdartigen und neuen Rechtsanschauungen durchseucht und so über und neben der christlichen Weltanschauung jenen unheimlichen Koloß aufgetürmt, den man mit dem Namen des modernen Staates wohl am richtigsten bezeichnet.

Es darf mit voller Wahrheit behauptet werden, daß der Geist, welcher die modernen Staaten beherrscht, wesentlich friedlos und darum der wahren Kultur eher feindlich als freundlich ist. Nicht das auf Gerechtigkeit und Liebe, auf Autorität und Ordnung bedachte Christentum, der ganz auf Selbstsucht und Selbstherrlichkeit zugeschnittene Liberalismus hat dem modernen Staat seinen Geist eingehaucht. Kant und Rousseau waren seine Lehrmeister, die revolutionären Menschenrechte sind sein Evangelium, das Majoritätsprinzip und die Revolution sind sein Lebenselement. Und das beinahe ebenso in monarchischen wie in nichtmonarchischen Staaten.

Statt einen erträglichen Zustand des Friedens herzustellen auf der Grundlage der christlichen Gerechtigkeit, will man die Kultur eines gewaltsam erzwungenen Friedens dort aufbauen, wo ein Friede überhaupt nicht möglich ist, auf dem haltlosen und vulkanischen Untergrund der liberalen



Ideen und materiellen Interessen, auf der gänzlichen Lostrennung des Menschen von Gott und Ewigkeit und auf der ausschließlichen Hingabe desselben ans irdisch vergängliche Diesseits. Gottvergessenheit und Verweltlichung sind die beiden Grundpfeiler, auf welchen dieser vermeintliche Friedenstempel errichtet werden soll.

Dieser Friedenstempel wird ein wahres Weltwunder sein. Nur läßt sich schwer ersinnen, wie er ohne äußerste Gewaltanwendung zustande kommen soll. Man macht wohl die Monarchie dafür verantwortlich, daß sie trotz all ihrer militärischen Überanstrengung dieses heißersehnte Ziel nicht erreicht hat, und erwartet Gott weiß welche Wunderleistungen von der Republik.

Aber sind denn unsere monarchischen Staaten, wie sie gottlob noch jetzt in Europa existieren, nicht in ihrer hochmodernen Eigenart ohnehin mehr als gut ist mit dem Öl republikanischer Gedanken gesalbt? Wie viel fehlt denn noch, die Volksherrschaft in denselben zu einer vollständigen zu machen?

Durch den Liberalismus ist die Idee der christlichen Monarchie nicht wenig gefälscht und alteriert worden. Nach liberalen Begriffen sind die Herrscher Frankreichs, welche im Zeitalter der Revolution, in dem wir leben, nicht als Könige von Gottes Gnaden, sondern als vom Volk erkorene Träger der Gewalt den Thron auf kurze Zeit inne hatten, aber von der Vorsehung nicht geduldet wurden und keine Anerkennung fanden, jedenfalls wahre und wirkliche Monarchen gewesen. In Wahrheit waren sie nichts weniger als dieses. Hatten sie angeblich und scheinbar dem erklärten Willen des Volkes ihre Erhebung zu danken, so waren sie doch keineswegs Schützer und Sachwalter der Gerechtigkeit fürs ganze Volk, sondern im Grunde nur gekrönte Geschäftsführer für bestimmte Interessengruppen und Standesklassen, denen sie ihre Macht zunächst zu danken hatten, ähnlich wie die Prätorianer-Cäsaren der römischen Kaiserzeit. Ihre Herrschaft entsprach so ganz dem wesentlich



antimonarchischen Geist des Liberalismus, der sich nach den Grundsätzen seiner Geschäftsmoral Monarchen in diesem Sinne gern gefallen lassen würde, aber nur für so lange, als sie seinen Interessen dienen.

In einer so gedachten Halb- oder Viertels-Monarchie beruht nichts auf festen Verpflichtungen, sondern alles nur auf allzeit wechselnder Willkür; selbst die Pflicht der Treue besteht gleichsam nur auf Zeit, wie ein Dienstvertrag, oder vielmehr es kann von einer Treue überhaupt keine Rede sein, wo die prinzipielle Treulosigkeit als Grundsatz gilt. Was bedeutet auch ein Eid dort, wo kein Gewissen ist?

Diese Art Treue oder Treulosigkeit hat seinerzeit nach der Thronbesteigung des Bürgerkönig Louis Philipp bei Gelegenheit eines Prozesses eine klassische Beurkundung gefunden. Damals schrieb die Freimaurerzeitung „Le Globe" in einem Artikel vom 25. November 1830:

„Herr Kergorlay hat die unglückliche Meinung gehabt, daß der vorgebliche Eid zwischen den Bourbonen und dem französischen Volke ernst zu nehmen sei; er hat die Verfassung von 1814 wörtlich verstanden und will nicht begreifen, daß die Beteuerung von Anhänglichkeit an die Verfassung von seiten der Liberalen jeder Färbung nur eine Kriegslist war. Als wir Karl X. und der Verfassung Gehorsam schwuren, als wir diesen Monarchen mit unseren Liebesbeteuerungen betäubten, als wir ihm zu Ehren unsere Straßen mit Triumphbögen bedeckten und das Volk zusammenriefen, um ihn mit Jubelrufen zu begrüßen, als wir jeden seiner Schritte mit Schmeicheleien begleiteten, als die Tempel, Akademien und Schulen von tönenden Lobsprüchen und Segenswünschen für ihn und sein Geschlecht widerhallten, da war all das nur Finte und Täuschung, womit wir die Ketten fern halten wollten, mit welchen er uns zu knebeln versuchte. Sie, Herr Kergorlay, waren wie ein Neuling im Theater, der die vor ihm aufgeführten Szenen für bare Münze hält. Legen Sie diesen Irrtum ab, denn wissen Sie, wir alle, Pairs, Deputierte, Beamte und Bürger haben nur 15 Jahre lang Komödie gespielt."

Wo dieser Geist die Organe eines Staates beseelt, da ist die Monarchie nur noch eine leere, ausgehöhlte Form ohne Kraft und Leben, ein totes Gehäuse, welches früher oder später unfehlbar zusammenbrechen wird. Wo die christliche Idee der Monarchie noch intakt und lebenskräftig ist, da werden die Throne, weil sie auf dem Fundamente der Gerechtigkeit festgegründet sind, den größten Stürmen siegreich widerstehen; wo hingegen die moderne Weltanschauung in den Köpfen Platz gegriffen hat, da wird jegliche Gewalt von derselben Zeitströmung, welche sie emporgetragen hat, in raschem Wechsel wieder umgerissen und begraben werden.

Aber gibt es denn keine Armee und Kanonen? Wird der Militarismus nicht reichlich ersetzen, was der modernen Staatsgewalt in Hinsicht der verschobenen Rechtsbasis an Autorität und Sicherheit fehlt? Der jetzige Militarismus ist als das notwendigste aller Übel auch ein Kind seiner Zeit. Wie die durch den Zeitgeist verunstalteten Monarchien hat auch er ein Doppelgesicht; es lebt in ihm zum Teil noch die gute alte Zeit, aber auch die Entwicklung der Neuzeit hat ihn mächtig beeinflußt.

Es muß weiters zugegeben werden, daß der jetzige Militarismus die Grenzen einer vernünftigen Nothwehr, welche das bewaffnete Volk ohne Zweifel darstellen soll, weit überschritten hat. Der jetzige Staat ist eben über die bescheidene Stellung, die er als Rechtsstaat zum Schutz der Gerechtigkeit und zur Abwehr des Unrechtes einnehmen soll, hoch hinausgewachsen; er ist Kulturstaat geworden und hat als solcher seine Aufgaben über alle Gebiete der Volkswohlfahrt ausgedehnt. So ist er infolge seiner allumfassenden staatssozialistischen Vielgeschäftigkeit, als wäre er selbst sozusagen eine Geschäftsfirma geworden, mit der Großfinanz und ihrem Kapital mehr als gut ist in nahe Beziehung gekommen und so in den Kampf und in die Unruhe der wirtschaftlichen Weltkonkurrenz hineingeraten. Dadurch ist er mehr und mehr aus einem friedlichen David ein gefürchteter Goliath geworden, dessen übergewaltige Waffenausrüstung



allseits unangenehm empfunden wird. Statt eine Garantie der Sicherheit zu sein, ist er großenteils ein Anreiz der Unbehaglichkeit und eine Quelle stets gesteigerter Unsicherheit geworden.

In der fortwährenden Steigerung der militärischen Rüstungen tritt etwas sichtbar in die Erscheinung, was der so hochgepriesenen Kultur von heute nichts weniger als zur Ehre gereicht. Dieses Symptom zeigt wie ein tötlich wirkender Aussatz eine tiefliegende Krankheit an. Man denke nur, zu einer Zeit, wo durch ein alle Länder umspannendes Schienennetz, durch Kabelverbindungen und Dampferlinien alle Völker und Weltteile sich einander genähert zu haben scheinen, suchen die Mächte durch undurchdringliche Festungsgürtel und waffenstarrende Schutzwälle sich voneinander abzuschließen zum deutlichen Beweis, daß in geistiger Beziehung die feindselige Spannung umso größer wird, je mehr im Kampf um die Güter dieser Welt die höchsten und heiligsten Interessen der Menschheit in Vergessenheit kommen. Weil es in Hinsicht dieser kein allgemeines, alle Völker und Sprachen friedlich umschließendes und versöhnendes Einvernehmen gibt, gibt es auch keine internationale Gerechtigkeit mehr. Mehr als durch die Zonen der verschiedenen Wendekreise sind die Lebensbedingungen der auf Erden Lebenden durch die Verschiedenheit ihrer geistigen Atmosphäre geschieden von einander.

Man hat es versäumt, mit dem gemeinsamen Vater der Christenheit, dem von Gott selbst die große und schöne Aufgabe der Weltmission übertragen ist, die Interessen des Reiches Gottes zu fördern. Dadurch wäre die internationale Gerechtigkeit, hätte sie eine Anlehnung an die internationale Wahrheit gehabt, mächtig gefördert worden.

Die Gerechtigkeit, welche nur in lebendiger Verbindung mit der Wahrheit bestehen kann, hat auch eine internationale Seite und bedarf auch eines internationalen Schutzes. Sie macht nicht Halt an den Grenzen eines Reiches, sie waltet nicht blos mit nationaler Einschränkung innerhalb der Grenz-

pfähle dieses oder jenes Landes, sie reicht sich die Hand von Volk zu Volk über Länder und Meere.

Es könnte nicht genug beklagt werden, wenn die Staaten durch eine übel beratene Diplomatie sich national abschließen, als bloße Interessengruppen voneinander absondern und die Gesichtspunkte der internationalen Gerechtigkeit ganz aus dem Auge verlieren würden. Es wäre äußerst bedenklich, wenn die Mächte die große Aufgabe der Aufrechterhaltung der internationalen Rechtes und Friedens aus der Hand geben und unberufenen Elementen überlassen würden.

Oder wird vielleicht der Sozialdemokratie das große Werk gelingen, den Weltfrieden dauernd zu begründen? Sie ist es, welche auf internationalen Kongressen am lautesten gegen den Imperialismus und Militarismus zum Protest das Wort erhebt. Mit donnerndem Ungestüm wettert sie gegen die Millionen und Milliarden, welche für Kanonen und Schiffe verschwendet werden, und glaubt sich berufen, durch Verweigerung des Waffendienstes die Völker von der Geißel des Krieges zu befreien. Wie die Revolution vor 100 Jahren mit dem Zauberwort der Freiheit die halbe Welt in Brand gesteckt hat, so will jetzt die Sozialdemokratie mit der Parole des Friedens die Geister faszinieren und damit einen allgemeinen Umschwung der Dinge herbeiführen.

Es läßt sich aber mit zweifelloser Gewißheit vorhersagen, daß sie mit diesem Kampfruf Fiasko machen wird, wie die Sanskulotten mit der roten Fahne der Freiheit Unglück über Unglück hatten. Die wirtschaftlichen Interessenkämpfe würden, auch wenn alle dynastischen Schranken in Wegfall kämen, mit ungemindeter Kraft fortbestehen. Zudem ist der Geist der Selbstsucht und rechtlosen Gewalt kaum in einer Partei stärker als bei den Proletariern. Gewalttätigkeit und Terrorismus sind ein unentbehrliches Rüstzeug, ohne welches sie unmöglich bestehen kann.

Wie würde wohl die Miliz beschaffen sein, mit welcher sie die Welt beglücken würde? Die jetzigen Kriegsheere rekrutieren sich aus allen Klassen und Ständen; so sind sie



wirkliche Volksheere und entsprechen dem konstitutionellen Königtum, welches über alle Schichten der Gesellschaft gleichmäßig seine schützenden Arme ausstreckt. Dagegen würde die Miliz der Sozialdemokratie, fürchten wir, weit mehr der berüchtigten Revolutionsarmee der Sanskulotten gleichen, jenem schandvollen Gesindel von Verbrechern und Straßenräubern, dessen die Generäle des Konventes selber sich geschämt haben wie z. B. Ronsin, der die Bemerkung nicht unterdrücken konnte: „Ich weiß wohl, daß meine Leute eine Rotte von Räubern sind, aber ich muß solche Schurken haben; ehrliche Leute lassen sich für meine Zwecke nicht gebrauchen".

Der Miliz des Konvents war es ja hauptsächlich darum zu tun, über die Herrn der Paläste und Schlösser und über die Reichen und Großbegüterten herzufallen, um möglichst viel Geld zu bekommen. Darum wurde damals nach dem Rate des radikalen Hetzers Camille Desmoulin verfahren: „Teilet das Volk in Herrn und Sanskulotten; nehmet den einen das Geld und den andern gebt die Waffen!" Auch die Aufforderung Dantons fand sehr williges Gehör, als er in den Konvent hineinrief: „Jedem Sanskulotten eine Flinte".

So sehen sich in jeder Richtung die Dinge sehr bedenklich an. Wie gegenwärtig die Verhältnisse liegen, läßt sich für die nächste Zukunft wenig Gutes erwarten. Es ist eine Lücke in dem sinnreichen System von Schutzvorkehrungen und Versicherungen, womit die moderne Welt ihre stolzen Schöpfungen und Errungenschaften mit klug berechnender Vorsicht umgeben hat. Man hat vergessen, die Kette dieser Versicherungen dort zu verankern, wo Gottes allwaltende Weisheit mit ihren Zulassungen und Fügungen Alles lenkt und zu seinem Ziele führt.

Wird Gottes Gerechtigkeit nach Art ihrer schreckenvollen Zulassungen in nächster Zukunft walten über den Mächtigen der Welt, oder wird die segnende Hand seiner gütigen Erbarmung in überraschenden Fügungen unsere Geschicke bestimmen?

Die moderne Welt hat sich mit ihren gottwidrigen Be-



strebungen vorgewagt bis zur äußersten Grenze der Herausforderung der göttlichen Strafgerechtigkeit. Vergleicht man ihre gottlosen Gedanken und Ziele mit den Absichten und Plänen, welche für alle Zeiten im Reiche Gottes maßgebend sind, dann möchten jedem Denkenden die Blicke erstarren angesichts der Gefahr, welcher die moderne Titanik in mitternächtiger Stunde mit ungehemmtem Kurs entgegeneilt.

Die jetzige Welt hat in den leitenden Kreisen jeden Zusammenhang mit Gott und dem Walten der Vorsehung aufgegeben und verloren. Die kulturellen Zustände nähern sich durch gänzliche Verweltlichung aller menschlichen Verhältnisse einem Punkt, wo die Kultur aufhört, Kultur zu sein, wo sie förmlich zum Götzendienst sich verkehrt.

Durch Lostrennung des Glaubens von der kirchlichen Autorität hat die Abkehr von Gott in der Reformation seiner Zeit begonnen, ist dann in der Revolution und ihrer Wissenschaft weiter fortgeschritten bis zur Gottesleugnung und Weltvergötterung, und in den Bestrebungen der Neuschule ist sie nicht zurückgeschreckt vor dem Alleräußersten, was Menschen in ihrer Gottvergessenheit überhaupt unternehmen können, die gänzliche Gottesentfremdung ist in der modernen Pädagogik ein förmliches System des angewandten Atheismus geworden. Große Vereine und mächtige Organisationen sind für diesen Zweck geschult und gegen Gott und seine Weltordnung mobilisiert.

In dieser offenen Feindschaft gegen die in der göttlichen Offenbarung festgelegte christliche Weltordnung und Weltanschauung liegt zweifellos die größte Gefahr. Die moderne Welt hat sich gegen die Absichten der göttlichen Weltregierung in ganz verkehrten Geleisen festgefahren mit einer Zielrichtung, die notwendig zum Verderben führen muß, wenn sie nicht verlassen wird. Und wenn es wirklich zum allgemeinen Kriege kommen wird, dann wird das Unheil kommen nicht wie ein unvermeidliches Schicksal, sondern als ein trauriges Verhängnis menschlicher Verirrung und als ein folgerichtiges Ergebnis einer freigewollten Verblendung, weil man im Rate



der Völker den einzig möglichen Ausweg, der bei klarer Einsicht und gutem Willen sich dargeboten hätte, nicht hat sehen und erkennen wollen. Es darf aber sicher angenommen werden, wenn einmal die Welt nach ihrer jetzt üblichen Art ohne Rücksicht auf die Wahrzeichen der göttlichen Vorsehung ihre Armeen in Bewegung setzen wird, wenn sie entsprechend dem Geist der jetzigen Zeit als ihr eigener Heiland nach ihrer Art aus den selbstverschuldeten Übeln sich erlösen will, mehr auf internationale Einflüsse achtend als auf die Mächte des Himmels, dann wird jedenfalls auch Gott seine eigenen Wege gehen und wird unbekümmert um die Mächte der Welt, die sich um Gott und das Reich Gottes schon lange soviel wie gar nicht gekümmert haben, als Herr der Kriegsheere mit seinen apokalyptischen Reitern durch die Zeitgeschichte schreiten mit jener Majestät, vor der jede irdische Größe verschwindet.

## XIV.

## Die innere Politik an der Jahreswende.

Berlin, 6. Januar 13.

Dreieinhalb Jahre lang regiert Herr von Bethmann Hollweg — eine längere Amtsdauer, als ihm seine intimsten Freunde seinerzeit zugesprochen. Wird er nochmals solange Zeit an der Spitze der „Reichsregierung" stehen? Diese Frage kann niemand beantworten. Der fünfte Reichskanzler hat bisher Glück gehabt, unverdientes Glück sogar. Die Finanzen gesundeten ohne sein Zutun, die größten Wehrvorlagen brachte er spielend durch, und wo es stockte, half der Reichstag sich selber weiter; die reichsländische Verfassung allein wurde ihm zur Bleikugel. In der auswärtigen Politik ging es dank der Geschicklichkeit Kiderlens besser als ein Jahrzehnt



zuvor; wir erlitten wenigstens keine Nasenstüber mehr. Daß der heutige Reichstag so knallrot ausschaut, ist wohl das hervorstechendste Verdienst des Reichskanzlers, der der Steuerhetze mit der Ruhe des Philisters zuschaute: „was geht mich die Geschichte an". Brave Sozialdemokraten hat er freilich erhalten; denn wenn es einmal eine brenzlige Sache zu vertreten gibt, dann schimpfen die roten Radikalen so stark über Preußen und den Kaiser und der Reichstagspräsident ist so schwach, daß der Reichskanzler einfach hinauslaufen kann, sich so um die Antwort drückt und von außen her dem Reichstagspräsidenten die Bedingungen mitteilen läßt, nach deren Erfüllung er wieder im Saale erscheint. „Glück muß der Mensch haben", dann kann man fortwursteln.

In diesem politischen Zeichen stehen wir seit drei Jahren und so werden wir stehen, solange der heutige Reichskanzler amtiert; nur wenn die Liberalen unzufrieden sind, wird ihnen gestreichelt oder auch ein Minister geopfert. Bethmann ist die deutsche Neuauflage des österreichischen politischen Wurstfabrikanten Taaffe. Es geht der Tag, es kommt der Tag; aber kein Ziel und kein Plan, wie wenn man im sorgenlosen Heim leben würde. Von ausländischen Gefahren wollen wir nicht reden; wenn der Schnee schmilzt, entscheidet sich die bang ernste Frage des Friedens und des Krieges. Aber im Innern sind unaufschiebbare Aufgaben zu lösen. Die Sozialdemokratie hat mehr als 25% aller Wähler und aller Abgeordneten in ihren Reihen; sie dringt scheinbar unaufhaltsam vor, nistet sich immer breiter und tiefer ein. Sie fühlt sich auch bereits als Macht und handelt entsprechend. Der Terrorismus der Sozialdemokratie ist heute schon unerträglich geworden. Man frage einmal die christlichen Arbeiter, man frage die unabhängigen Geschäftsleute, man frage unsere Arbeitgeber: die Antwort aus allen diesen Kreisen geht dahin, daß auf weiten Gebieten des öffentlichen und privaten Rechtes die Staatsgewalt vollkommen ausgeschaltet ist und daß der rote Partei- und Gewerkschaftsangestellte unumschränkt herrscht. Wenn der



Staat einem Arbeiter nicht mehr garantieren kann, daß er in der gewonnenen Arbeitsstätte unbehelligt arbeiten kann, so ist dies der Bankerott der Staatsidee. Wenn Arbeitgeber einfach unter Androhung des Boykottes und des Streikes gezwungen werden, Arbeiter wegen ihrer politischen oder religiösen Stellungnahme zu entlassen, so ist dies eine Schande in einem Rechtsstaat. Was hier unter „Wenn" gesagt wird, erlebt man aber nahezu jeden Tag und zwar sind es Angehörige und Organisationen der Sozialdemokratie, welche diese Gewalttätigkeiten begehen. Der ungestraft sich breitmachende Terrorismus der Sozialdemokratie ist der wirksamste Agitator derselben. Tausende ducken und bücken sich, auch wenn sie innerlich knirschen, der Gewaltherrschaft und stärken so wider Willen die Macht der Sozialdemokratie. Dieser Terrorismus aber steht erst in den Kinderschuhen; wenn einmal 50% der Wähler rot abgestimmt haben, dann wird man noch ganz anderes erleben. Das Ende der heutigen Staatsgewalt steht dann vor der Türe. Jeder wirkliche Staatsmann muß diese Gefahr erblicken und gegen sie mit allen erlaubten Mitteln vorgehen.

Was aber tut der Reichskanzler, unter dessen Verwaltung sich dieses System immer mehr ausdehnt? Man sagt, er sei ein Freund der christlichen Gewerkschaften, um durch deren Emporkommen den roten Terrorismus brechen zu können; nur stimmt es damit schlecht, daß die meisten Staatsarbeiterverbände abseits und oft gegnerisch zur christlichen Gewerkschaftsbewegung stehen; da müßte man statt der Worte auch Taten sehen, sonst erhalten jene recht, die der Ansicht sind, daß die Freundschaft des Reichskanzlers für die christlichen Gewerkschaften auf ganz anderen Motiven beruhe: um nämlich durch diese ins Zentrum hineinregieren zu können. Jedenfalls hat der von Bethmann korrigierte Gesetzentwurf über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine recht wenig Verständnis für die Gewerkschaften verraten. Aber selbst wenn die Bethmannsche Liebe ernst ist, müßte er durch seine Organe die christlichen Gewerkschaften viel nachdrück-



licher unterstützen, er müßte auch der Großindustrie zu verstehen geben, daß mit der Förderung gelber Gewerkschaften nichts erreicht sei. Was aber gedenkt sonst der Reichskanzler zur Hemmung dieser stets wachsenden Gefahr zu tun? Er gibt keine Antwort, sondern wurstelt fort.

Nur in einem Punkte hat er Energie bewiesen: gegen die armen Jesuiten: das ist kein Beweis eines großen Geistes. Gereicht schon die unsinnig-lächerlich-barbarische Auslegung des Begriffes Ordenstätigkeit dem Bundesrat nicht zur Ehre, so noch weniger die Begründung desselben vom Reichskanzler. Der Hinweis auf die protestantischen Gefühle und die protestantische Mehrheit stellen ein staatspolitisches Armutszeugnis ersten Ranges dar; mit solchen Argumenten kann jeder Nächstbeste Politik treiben; sie entsprechen einer antikatholischen Anschauung, mit der man im 16. Jahrhundert den konfessionellen Zwangsstaat leiten konnte, aber keinen anderen Staat. Oder sollte dem deutschen Katholiken zu Gemüte geführt werden, daß Deutschland nur ein vergrößertes Preußen ist, daß aber Preußen die „Vormacht des Protestantismus" auch heute noch ist? War eine solche derbe Erinnerung an die konsequente preußische Politik der Niederhaltung des Katholizismus wirklich notwendig und nützlich? Vielleicht für manche katholische Kreise, welche die Kieselsteine der preußischen Politik bewundern, ohne die entscheidenden Meilensteine zu sehen. Jedenfalls hat die Bethmann'sche Anstoßungspolitik im Zentrum die einzig richtige Antwort in einem vollen Mißtrauensvotum gefunden. Mit allen seinen Konsequenzen? Wird das Zentrum nun aber fest bleiben? So fragen spottend die Gegner, so hat auch zagend mancher Freund gesagt. Die Antwort kann nur ein rundes Ja sein; denn der Erklärung müssen die Taten folgen. Das Zentrum kann nicht und wird nicht zurückweichen, weil sonst seine Bedeutung dahin ist bei der Regierung, bei allen anderen Parteien und bei den eigenen Wählern selbst. Ganz abgesehen von den in der Sache liegenden prinzipiellen Forderungen sind es schon die rein taktischen



Erwägungen, welche einen Umfall des Zentrums außer den Bereich der Möglichkeit stellen. Von der Festigkeit und Geschlossenheit des Zentrums hängt heute viel ab, wie lange das Jesuitengesetz noch bestehen bleibt und ob man in der Paritätsbewegung einen Schritt vorwärts kommt oder nicht. Wo so viel auf dem Spiele steht, gibt es kein Zaudern und kein Schwanken, zumal man bereits sehen kann, wie man mit Vermittlungsvorschlägen kommt, die weit über das hinausgehen, was Bayern beantragt hat. Professor Delbrück und Landrat v. Dewitz wollen versuchsweise die ganze Ordenstätigkeit freigeben und nur die Niederlassungen verbieten. Wie gut hätte der Bundesrat getan, wenn er diesem Rate gefolgt wäre; das Irrlicht eines Exjesuiten aber führte ihn in den Sumpf.

In diesem sitzen auch die Nationalliberalen, die somit Leidensgenossen des Reichskanzlers sind. Seit 1910 befinden sie sich in einer inneren Krisis; jetzt scheint die Lösung zu kommen. Die Herrschaft der Jungliberalen dauerte nur kurze Zeit, die Altliberalen besinnen sich auf ihre Kraft und gehen mit ungeahnter Schärfe selbst gegen den Führer Bassermann vor. Sie heischen seine Absetzung. Es wird ja wieder zum Kompromiß kommen, aber unter einer Demütigung Bassermanns und einer erheblichen Schwenkung nach rechts, da der Großblock das Ende der Liberalen bedeutet und bei einigen momentanen Vorteilen ihnen dauerndes Siechtum bringen müßte.





## XV.

## Die Londoner Konferenz und die orientalische Kirchenfrage.

Zuerst eine Klarstellung des Themas.

Nicht von der Wiedervereinigung der schismatischen Kirche des Orients mit der römischen Kirche soll hier die Rede sein. Denn erstens könnte diese Angelegenheit natürlich nicht einen Gegenstand der Londoner Botschafter-Konferenz bilden. Zweitens ist diese Frage insofern überhaupt keine Frage, als ihr Kern auf dogmatischem Gebiete liegt, also auf einem Gebiete, auf dem es keinerlei Verhandlungen geben kann, wo der Franzose einfach sagen würde: c'est à prendre ou à laisser. Die Lehre vom römischen Primat kann für die Orientalen um keinen Buchstaben anders formuliert und definiert werden, als sie für die Okzidentalen, die Katholiken überhaupt, formuliert und definiert ist. Entweder also entschließen sich die Orientalen dazu, diese Lehre rückhaltlos anzuerkennen, dann ist die Vereinigung eine vollzogene Tatsache, oder sie entschließen sich zu diesem Schritte nicht, dann bleibt eben das Schisma nach wie vor bestehen. Und endlich noch ein dritter und nicht der unbedeutendste Grund: von einer orientalischen Kirche kann schon lange nicht mehr gesprochen werden, denn diese ehemals eine Kirche ist schon längst in eine Anzahl von Nationalkirchen, richtiger gesagt: von nationalen Staatskirchen zerfallen. Das Patriarchat von Konstantinopel, von welchem das Schisma ursprünglich ausgegangen, war im Laufe der Ereignisse in immer größere Abhängigkeit von der türkischen Regierung geraten. Deshalb — allerdings gewiß nicht aus diesem Grunde allein — haben sich jene Schismatiker, die entweder nie unter türkische Herrschaft geraten waren (Russen) oder sich allmählich von derselben befreiten (Griechen, Rumänen, Bulgaren, Serben), immer mehr von diesem Patriarchat losgesagt. Sie haben



sich aber auch nicht auf einen anderen Patriarchen geeinigt, sondern sie haben, so wie politisch, sich auch kirchlich selbständig gemacht. So bestehen also heute mehrere orientalische Kirchen und es wäre verfehlt, von einer orientalischen Kirche zu reden. Dies insbesondere auch aus dem Grunde, weil alle diese neuen Kirchen neutrale Staatskirchen geworden sind, während das Konstantinopeler Patriarchat wenigstens noch einen Schein von kirchlicher Unabhängigkeit gerettet hat. In diese Kirchenfragen haben aber auch die Großmächte sich eingemischt, zuerst nur einzeln und für einzelne Gebiete der Türkei, im Pariser Frieden jedoch und dann wieder im Berliner Vertrag auch kollektiv, indem der Türkei bestimmte Verpflichtungen hinsichtlich der Behandlung der christlichen Bevölkerung auferlegt wurden. Es liegt also nahe, daß auch auf der jetzigen Londoner Konferenz diese Angelegenheiten wieder werden berührt werden müssen, handelt es sich auf dieser Konferenz doch um die Neuregelung der Dinge nahezu in dem ganzen Umfang der europäischen Türkei. Und eben davon soll hier gehandelt werden, davon nämlich, welche Stellung die orientalischen Kirchen und die katholische Kirche in den vom Balkanbunde eroberten oder beanspruchten bisherigen türkischen Provinzen erhalten oder einnehmen sollen.

Die herrschende politische Phraseologie wird ohne weiteres geneigt sein, zu sagen, es solle in diesen Provinzen einfach volle Religionsfreiheit proklamiert werden. Aber mit dieser Formel, mit dieser Allerweltsphrase hat nicht einmal Amerika sein Auslangen gefunden, wie das aus dem Verhalten der Washingtoner Regierung beispielsweise gegen die Mormonen deutlich genug hervorgeht, und in Mazedonien rc. reicht sie noch weniger aus, wie ein Beispiel aus jüngster Zeit sofort klar machen wird.

Die Verhältnisse der katholischen Armenier in der Türkei haben den letzten Inhabern des hl. Stuhles schwere Sorgen bereitet und diese Sorgen sind fast ungemindert auch auf den jetzigen Papst übergegangen. Im Laufe des Jahres 1911 tagte in Rom ein armenisches Konzil. Unter den Augen





des Papstes sollte ein alle einschlägigen Verhältnisse regelndes Statut ausgearbeitet werden. Das ist auch so geschehen. Der armenische Patriarch und seine Suffragane kehrten in die Türkei zurück, das neue Statut wurde verkündigt und sollte in Wirksamkeit gesetzt werden. Die frühere türkische Regierung hatte in den vorausgegangenen Streitigkeiten sich entschieden auf die Seite der kirchlichen Autorität gestellt. Auch die jungtürkische Regierung trug anfänglich eine wohlwollende Miene zur Schau. Der meist aus Laien bestehende sogen. Nationalrat der Armenier aber, über dessen Einrichtung und Kompetenzen eben hauptsächlich der jahrzehntelange Streit entstanden war und dessen Befugnisse durch das neue Statut natürlich nur auf die nicht streng kirchlichen Angelegenheiten beschränkt worden sind, erhob Schwierigkeiten; man sprach von Verletzung alter Canones ꝛc. Ein Teil dieser sogen. Nationalräte wandte sich an die jungtürkische Regierung. Und alsbald erklärte diese Regierung das ganze mühsam in Rom zustande gebrachte Werk für null und nichtig und verhinderte den Patriarchen mit Gewalt an der Ausübung seines Amtes. Und dieser Zustand dauert auch heute noch an.

Die sogen. „freie Ausübung des religiösen Kultes“, also etwa die Abhaltung des Gottesdienstes und die Spendung der Sakramente, hat die jungtürkische Regieruug allerdings nicht gehindert. Aber sie hat die ihr von einigen malkontenten Armeniern gebotene Handhabe sofort ergriffen, um die Ausübung der kirchlichen Regierungsgewalt unmöglich zu machen. Was wird aus jeder beliebigen Kirchenordnung, wenn die weltliche Gewalt sofort jeder Opposition beispringt und dadurch das ganze Kirchenregiment lahmt legt?

Nun unter der Herrschaft der Bulgaren, Serben und Griechen wird so Etwas natürlich nicht vorkommen? Ja, das ist eben die Frage, die sich jetzt beim bevorstehenden Abschluß des neuen Londoner Traktates von selbst aufwirft. Kenner der Verhältnisse sind darüber nichts weniger wie beruhigt. Ein an Ort und Stelle lebender Gewährsmann eines französischen Blattes hat warnend seine Ansicht dahin

ausgesprochen, daß es den Katholiken unter den neuen Herren noch schlimmer ergehen werde, wie unter den Türken. „Letzthin" — so schrieb er — „letzthin habe ich in irgend einem Blatte eine Apologie der Balkanvölker vom Standpunkte der Religion gelesen. Oh, meine Herren Missionäre, nur keine Illusionen! Der Triumph der Balkanvölker ist das Grab Eurer Hoffnungen in den Orientländern." Und nach einer beiläufigen Aufzählung dessen, was an Katholiken in der Türkei vorhanden ist, schließt er mit der neuerlichen Warnung: „In Mazedonien und — wenigstens hie und da — auch in Thrazien gibt es katholische Bulgaren des orientalischen Ritus in ziemlicher Zahl und sie berechtigen zu schönen Hoffnungen. Wenigstens sagt man so. Nun jetzt — Adieu dem Allen, wer immer da als Sieger sich installieren mag, ob Grieche, ob Bulgare!"

Das klingt wahrlich nicht sehr verheißungsvoll. Aber freilich: mit bloßen Behauptungen ist es nicht getan. Versuchen wir lieber selber, positive Anhaltspunkte zu einem Urteil zu gewinnen. Solche Anhaltspunkte können nur in notorisch feststehenden Tatsachen gefunden werden. Und diese Tatsachen sagen:

Der Islam ist nicht blos eine Religion oder Konfession, sondern zugleich eine Staatsform. Das heißt, er kennt keinen Unterschied zwischen Staat und Kirche; der Koran ist nicht blos der Katechismus, er ist auch die Verfassungsurkunde, das bürgerliche Gesetzbuch, das Strafgesetzbuch usw. des Islamiten. Der Vergleich mit dem, was man in Europa unter Staatsregierung versteht, kann also nur ein beiläufiger, nur ein annähernder sein. Die Jungtürken haben allerdings sich den Anschein gegeben und zum Teil es vielleicht wirklich auch geglaubt, Staat und Islam trennen, die Türken als Staat also gewissermaßen konfessionslos machen zu wollen und zu können; es war dies ein Teil ihres Programms. Da sie aber mit ihrem ganzen Programm in kurzer Zeit auf der ganzen Linie kläglich Fiasko gemacht haben, so kann nicht dieser mißlungene Versuch, sondern nur der bis dahin

bestandene Zustand als feststehende Tatsache in Betracht gezogen werden. Sagen wir also unter dem eben erwähnten Vorbehalt: bisher war in der Türkei der Islam die herrschende Staatsreligion. Der Begriff der Staatsreligion schließt aber die Gleichberechtigung anderer Religionen oder Konfessionen aus und läßt blos deren Duldung zu. Es sind deren in der Türkei auch wirklich mehrere geduldet und sogar mit gewissen Privilegien ausgestattet worden. Der historische Hergang ist ein sehr komplizierter und es wurde dabei meist auch das öcumenische Patriarchat in Mitleidenschaft gezogen. Die Privilegien bezogen sich in der Regel auf die Schulen und selbst auf das Gerichtswesen, und sie waren fast immer auch mit nationalen Ansprüchen verknüpft, sodaß man vielleicht richtiger sagt, sie seien eigentlich einer Nation und nicht einer Konfession verliehen worden. Tatsächlich sind auf diesem Wege allmählig die serbischen und bulgarischen Nationalkirchen entstanden, die sich dann zu förmlichen nationalen Staatskirchen auswuchsen. Die Katholiken aber haben nie und nirgends — die Maroniten vielleicht ausgenommen — eine bestimmte und sichere Rechtsstellung zu erlangen vermocht. Wenn und wo eine Großmacht mit Nachdruck protegierte, genossen sie als Katholiken — noch lange nicht als Bürger — eine ziemlich weitgehende Freiheit. Wo aber die Ausübung eines solchen Protektorates mangelte, blieben sie einfach der Willkür der türkischen Behörden preisgegeben. Sieht man von diesen zeitlichen und örtlichen Ausnahmen und nationalen Privilegien ab, so bleibt als Regel, daß in der Türkei der Islam alleinberechtigt, alle Andersgläubigen nur geduldet waren. Und insofern waren auch Katholiken und Schismatiker völlig gleichgestellt, nämlich sie waren beide gleich nichtberechtigt.

Jetzt wechselt Mazedonien — bleiben wir bei dieser einen Provinz als Beispiel — Mazedonien also wechselt jetzt seine Herren. An die Stelle der Türken treten die Griechen, Bulgaren und Serben. Es ist schon gesagt worden, daß diese Eroberer nationale Staatskirchen besitzen. Die



bringen sie natürlich in die neue Provinz mit. Was sonst sollen sie in kirchlicher Beziehung mitbringen? Sie haben und kennen ja nichts Anderes. An die Stelle des Islam wird also der nationale Staatsorthodoxismus dieser Völker treten, der Orthodoxismus wird zur herrschenden Staatsreligion vorrücken, den Katholiken aber wird nach wie vor die Stellung der Geduldeten bleiben.

Welches Maß der Duldung werden die neuen Herren der katholischen Kirche einräumen? In dieser Beziehung können allerdings Unterschiede platzgreifen. Beginnen wir mit den Serben. In Serbien ist bisher nicht eine einzige katholische Pfarrei rechtlich anerkannt, geschweige daß etwa an eine hierarchische Organisation hätte gedacht werden können. In Belgrad selbst sind die etwa anwesenden Katholiken bezüglich des Gottesdienstes auf die österreichische Gesandtschaftskapelle angewiesen. Als die Serben in Üsküb einrückten, hat der dortige katholische Erzbischof sofort flüchten müssen und hat auch nach dem Waffenstillstande noch nicht dorthin zurückkehren können. Da ist also die Stimmung durchaus katholikenfeindlich. Und es kann auch einem sonst sehr oberflächlichen Beobachter kaum entgehen, daß speziell das jetzige serbische Kabinett sich der sympathischesten Aufmerksamkeit gewisser Freimaurerkreise erfreut, in Petersburg sowohl wie in Paris und am Tiber. Kommen wir zu den Bulgaren. In Bulgarien ist das Verhältnis zur Zeit allerdings nicht ungünstig. Ist doch Zar Ferdinand selber Katholik. Aber seine katholische Gesinnung hat ihn bekanntlich doch nicht gehindert, den Kronprinzen Boris zum Schisma „wegtaufen" zu lassen. Schon der nächste Zar wird also nicht mehr katholisch, sondern schismatisch sein. Und daraus, daß Fürst Ferdinand die „Wegtaufe" des Kronprinzen für unumgänglich gehalten hat, ergibt sich der Schluß auf die im Allgemeinen vorwaltende Stimmung von selbst. In Griechenland haben die Katholiken unter dem früheren König Otto ein freundliches Entgegenkommen gefunden. Schon das Londoner Protokoll vom Jahre 1830,

mit welchem die Mächte das erste Mal die Unabhängigkeit Griechenlands anerkannt haben, enthielt folgende Bestimmung: „Die katholische Kirche wird in dem neuen Staate die freie Übung des Kultus genießen; ihr Eigentum ist ihr gewährleistet“ usw. Auch noch der jetzt regierende König Georg betätigte seine Sympathie, indem er vom hl. Stuhl die Errichtung einer katholischen Hierarchie erbat. Aber ein späterer Ministerpräsident (Kumunduros) hat dennoch den Versuch gemacht, den von Pius IX. für Athen ernannten Erzbischof hinauszuchikanieren. Wenn der Versuch auch nicht gelang, so läßt der Umstand, daß er überhaupt unternommen werden konnte, doch gleichfalls auf eine gar wenig günstige Stimmung der Bevölkerung schließen. Übrigens sind die Griechen auch sonst durch ihre heftige Abneigung gegen Rom bekannt. Summa Summarum: von diesen drei Repräsentanten des nationalstaatlichen Orthodoxismus ist schwerlich zu erwarten, daß sie der katholischen Kirche ein größeres Maß von Duldung entgegenbringen werden, als ihnen durch zwingende Umstände auferlegt werden wird. (Günstiger sind die Aussichten in Montenegro, wo eine Art Konkordat mit dem hl. Stuhl besteht. In Albanien übt Österreich das Protektorat über die dortigen Katholiken aus.)

Bisher haben wir, um uns mathematisch auszudrücken, mit ziemlich bekannten Größen gerechnet. Hinter diesen bekannten Größen steht aber noch eine andere Größe, eine ungleich größere Größe, der gegenüber die kleinen Balkanstaaten als beinahe vernachlässigungswerte Bruchteile erscheinen: die orthodoxe Großmacht Rußland. So nämlich hat der derzeitige Repräsentant der russichen Regierung, Ministerpräsident Kokowzow selber, in einer öffentlichen Dumasitzung Rußland bezeichnet. Das war am 18. Dezember v. Js., also just einen Tag nach Zusammentritt der Londoner Botschafter-Konferenz. Die neue Duma, vor welcher Kokowzow an diesem Tage das russische Regierungsprogramm entwickelte, unterscheidet sich von der früheren Duma durch die verhältmäßig große Zahl von



Mitgliedern geistlichen Standes und überhaupt durch eine merkliche Verstärkung der Vertreter des spezifisch russischen Orthodoxismus. Nun besehen wir uns genauer, was der russische Ministerpräsident bei dieser Gelegenheit speziell mit Bezug auf den Balkankrieg als Rußlands Meinung öffentlich verkündet hat:

„Die kriegerischen Tugenden und die seltene Einmütigkeit, welche die Balkanstaaten bekundet haben, mußten notgedrungen die wärmste Sympathie in den Herzen aller Russen auslösen. Als slavische, orthodoxe Großmacht, die unzählige Opfer gebracht hat zum Schutze ihrer rassen- und glaubensverwandten Brüder, kann Rußland nicht gleichgiltig bleiben gegen den Umstand, daß diese Völker Existenzbedingungen erlangen, die im Einklang mit den erzielten Erfolgen und den Strömen vergossenen Blutes ihre Interessen und ihre friedliche Entwicklung in gebührender Weise sichern, zugleich aber auch für die Zukunft die Wahrscheinlichkeit neuer für den europäischen Frieden stets gefährlichen Komplikationen beseitigen."

Man kann annehmen und es spricht manche Wahrscheinlichkeit dafür, daß der russische Ministerpräsident mit diesen Programmsätzen nur den Friedensstandpunkt Rußlands zum Ausdruck bringen wollte. Wenn aber das die wirkliche Tendenz Kokowzow's war, so muß bemerkt werden, daß er in der Wahl der Worte gar wenig glücklich gewesen ist. So wie die Sätze hier stehen, tritt die nachdrückliche Proklamierung Rußlands als „orthodoxe Großmacht" und der Balkanvölker als „glaubensverwandte Brüder" gerade zum politischen Friedensstandpunkt in kaum zu lösenden Gegensatz. Die Worte „orthodox" und „glaubensverwandt" können sich ja nur auf Religion und Kirche beziehen. Was hat der reinpolitische Begriff der „Großmacht" damit zu tun? Warum betont Kokowzow den Zwergen gegenüber seine Riesengröße, wenn er ihnen bloß seine Herzenskundgebungen kundtun wollte? Wenn man etwas auf die Geschichte zurückblickt und wenn man auch hier wieder die historischen Tatsachen als Maßstab für die Beurteilung der Zukunft anlegen darf,



so kann man sich nicht verhehlen, daß der Wortlaut der Rede Kokowzow's der wahren Sachlage viel besser entspricht, als die Deutung, die er ihr vermutlich gegeben wissen will. Es ist historische Tatsache, und damit vervollständigen wir das Bild, das wir von der kirchenpolitischen Situation am Balkan zu entwerfen versucht haben — es ist, sagen wir, historische Tatsache, daß Rußland die hierarchische Loslösung der Balkanvölker vom Konstantinopeler Patriarchat immer begünstigt, zum Teil selber angeregt hat, in der handgreiflichen Absicht, auf diesem Wege die betreffenden Völker leichter und fester an sich zu fesseln, an seinen eigenen Wagen zu spannen. Es ist also, wie schon oben erwähnt worden, nicht der alte Orthodoxismus von Konstantinopel, sondern es ist die russische Abart des Orthodoxismus, der am Balkan in Aktion getreten ist, derselbe nationale Staatsorthodoxismus, als dessen Großmacht und wohl auch führende Vormacht sich Rußland fühlt und öffentlich bekennt und — sich den russischen Katholiken (Polen und Unierten) und auch der übrigen Welt schon oft und schwer fühlbar gemacht hat.

So hätten wir uns bei der Frage um die künftige Gestaltung der Kirchenverhältnisse am Balkan eigentlich an diese Größe, an Rußland zu adressieren. Ein derartiger Appell wäre natürlich völlig aussichtslos, wenn er speziell an die slavisch-orthodoxe Großmacht adressiert würde. Aber einen Appell an die *politische* Großmacht kann Rußland unmöglich einfach abweisen, es kann auch nicht eine unbekannte Größe spielen, wenn es an die zahlreichen Verträge erinnert wird, die es gemeinsam mit anderen Großmächten unterzeichnet hat und welche allesamt *auch* die Tendenz haben, den Katholiken im Orient keineswegs die Stellung von Christen zweiter Klasse anzuweisen, sondern ihnen dieselben Rechte wie den anderen Christen zu gewährleisten. Um nur die wichtigsten dieser Verträge zu nennen, so hat Rußland das schon oben erwähnte Londoner Protokoll von 1830 unterzeichnet, es hat dann den Pariser Frieden von 1856 unterschrieben und nicht minder findet sich seine Unter-



schrift auch unter dem Berliner Vertrag von 1878. In allen diesen Verträgen tritt Rußland gemeinsam mit den übrigen Mächten als Garant der Rechte und Freiheiten aller konfessionellen und hierarchischen Gemeinschaften auf. In einem Artikel des Berliner Vertrages heißt es ausdrücklich: „Die Freiheit und öffentliche Ausübung aller Kulte werden allen gesichert, und kein Hindernis darf der hierarchischen Organisation der verschiedenen Gemeinden oder deren Beziehungen zu ihren geistlichen Chefs in den Weg gelegt werden."

Im französischen Text heißt es: ... aucune entrave ne pourra être apportée soit à l'organisation hiérarchique des différentes communions ... Es wäre also in der Übersetzung statt des Ausdrucks „Gemeinden" vielleicht wohl richtiger die Bezeichnung „Gemeinschaften" anzuwenden gewesen, wie ja auch „Gemeinschaft der Gläubigen" französisch mit communion des fidèles ausgedrückt wird. In unserem Falle würden wir dann sagen können: „Kein Hindernis darf der hierarchischen Organisation der (katholischen) Gemeinschaft der Gläubigen ... in den Weg gelegt werden". Aber mag das Wortklauberei gescholten werden, der Sinn ist zweifellos der, daß die hierarchische Organisation aller Kirchengemeinschaften — und wenn irgend eine Kirchengemeinschaft diesen Namen verdient, so ist es gewiß die katholische — von der weltlichen Gewalt voll respektiert werden muß. Das haben alle Vertragsmächte von der alten Türkei gefordert, das muß hinsichtlich der Katholiken jedenfalls auch unter den neuen Herren der europäischen Türkei gelten. Noch einmal: die Katholiken dürfen nicht zu Christen zweiter Klasse herabgedrückt werden. J-l.

## XVI.

## Kürzere Besprechungen.

1. Die Kunst dem Volke.[1]) Murillo, 1618—1682. Unter den großen Malern Spaniens ist Murillo sicherlich der meistgenannte und auch der beliebteste. Nachdem in den bisher erschienenen Heften der „Kunst dem Volke" von außerdeutschen Meistern als erster der Italiener Fra Angelico zur Vorführung gelangte, war es angezeigt, einen Spanier einzureihen, um die Unterschiede zu markieren, welche in der christlichen Malerei nicht nur zwischen dem 15. und 17. Jahrhundert, sondern vor allem in ihrer Behandlung zwischen dem Apenninen- und Pyrenäenland sich darbieten. Die Unterschiede sind nicht geringe; wenn je eine Kunst scharf ausgeprägten nationalen Charakter getragen, so ist es die spanische Malerei in dem kurzen Zeitraum ihrer Hochblüte. Gewiß wären viele Leser aus dem Laienkreise dankbar gewesen, wenn über die verhältnismäßig späte, dann aber sehr rasche Entwickelung der spanischen Malerei im allgemeinen einige informierende Sätze im vorliegenden Hefte Platz gefunden hätten. Herrn Dr. Fäh, dem gründlichen Kenner der Kunst und Geschichte Spaniens, wäre solcher Hinweis wohl nicht schwer geworden. — Bei dem Mangel an archivalischen und sonstigen Angaben über Murillos Leben drängt sich das eigentliche biographische Material gar knapp zusammen; es befremdet, über diesen doch bei Lebzeiten schon hochgefeierten Meister eingehendere Details aus seinen Jünglings- und Mannesjahren so wenig zu kennen. Der Vielzahl seiner Werke nach ist Murillos Leben in Arbeit aufgegangen. Indem so die Gelegenheit geschmälert, mit seinen sonstigen Vorkommnissen sich zu beschäftigen, konzentriert sich das volle Augenmerk umsomehr

---

1) „Die Kunst dem Volke." Murillo von Dr. Adolf Fäh Doppelheft: Nr. 10 und 11, mit 83 Abbildungen. Herausgegeben von der Allg. Vereinigung für christl. Kunst, München, Karlstraße 33.



auf seine Schöpfungen, um dadurch der Persönlichkeit des großen Künstlers näherzukommen. Hier hat denn Dr. Fäh gründlich eingesetzt; eingehend schildert er Bild an Bild, er versäumt nicht, den Leser aus dem Volke auf alles aufmerksam zu machen, was auf und in den Bildern, an diesen oder jenen Gestalten zu erschauen und zu erkunden ist. Vielen Laien wird ja auf solche Weise erst das Sehen ermöglicht, denn zunächst in der Kunst will dieses ordentlich erlernt sein. Solch umsichtige Schulung wird schließlich gewiß dazu führen, weiteren Volkskreisen zu einer erwünschten Selbständigkeit im Schauen und Erfassen von Kunstwerken zu verhelfen. Indem das vorliegende Heft gleich seinen Vorgängern solches Ziel erstrebt, erfüllt es eine eminent pädagogische Aufgabe, und motiviert die gewählte Parole: „Die Kunst dem Volke", in schönster, gewissenhaftester Weise.

Aber auch Künstler und geschulte Kunstfreunde werden sich dieses Murilloheftes freuen, sind doch unter der Fülle prächtiger Reproduktionen gar manche, die dem einen oder anderen Beschauer völlig neu sein dürften. Bei solchem Überblick vermag man leicht, Vorzüge und Eigenart Murillos zu erfassen. Jedem wird es alsbald augenfällig, daß der Meister zunächst ein freudiger und scharfer Beobachter der Jugend gewesen ist; nicht etwa nur daß er dem gemütlichen Treiben der Sevillaner Straßenjungen seine Blicke lieh, er erlauschte außerdem alle die lieben, köstlichen Züge und Bewegungen auch der Kleinsten, welche Wiegen- oder Kinderstuben beherbergen, um die gewonnenen Wahrnehmungen in seinen vielen religiösen Genrebildern, in seinen zahlreichen Engelsgruppen auf Marien- und Heiligenbildern entzückend zu verwerten. Wenn ober- und mittelitalienische Maler ihre Formengebung meist stark zu idealisieren bestrebt waren, so hielten sich die Spanier und besonders auch Murillo der Naturwirklichkeit, einem berechtigten, gesunden Realismus viel näher, wodurch zweifellos eine raschere Beschlagnahme des Interesses unbefangener Beschauer zu erzielen war. Unter diesem Gesichtspunkte sind auch die eigentlichen historisch-religiösen Bilder des Meisters, z. B. die großen Gemälde aus dem Spital della Carità zu schauen, während er dort, wo er zunächst Visionäres



malen will, wie im Bilde des Ablebens der hl. Klara (Galerie Dresden) doch allzu körperhaft die Gestalten formte. Diese Eigenart kommt hingegen wieder zur glücklichsten Geltung bei Einzelfiguren großer Gottesmänner, so in den feierlichen Darstellungen eines hl. Leander, Bonaventura, Rodriquez u. a. In diesen kraftvollen Gestaltungen, durchdrungen von mächtigem Ernste, zeigen sich Werke des Pinsels von wahrhaft monumentalem Charakter.

Siegreiches Hinausgreifen über Schwere und Materie gelingt Murillo am besten, wenn es gilt, die allerseligste Jungfrau als „Immakulata" zu verherrlichen. Hierin erreicht der Künstler seine schönsten Triumphe, darum ermüdete er auch nicht, in zahlreichen Variationen dieses erhabene Thema immer wieder zu behandeln. Linien und Farben vereinen sich hier zu einem Himmel und Erde verknüpfenden Jubelakkord, zu einem herrlichen Hymnus, von der christlichen Kunst zum Preise Mariens angestimmt. Wie Murillo hier den beglückten Beschauer in lichtumflossene Höhen emporlenkt, so weiß er anderseits in Bildern, welche dem großen Heiligen von Assisi und seinen auserlesenen Ordenssöhnen gewidmet sind, in die weihevollen Tiefen der christlichen Mystik derart einzuführen, wie es nur ganz selten einem religiösen Maler beschieden war. Hier steht obenan das ergreifende Gemälde des hl. Franz, dem die Erdkugel nur der Schemel ist, um zu dem gekreuzigten Erlöser sich aufzuranken, um in dessen Umarmung das Höchste zu genießen, was einer Menschenseele je zuteil werden kann. Aus diesem einen Bilde allein spricht die volle Glaubensglut eines sich hingebenden Gemütes, verstärkt durch die spezifische Art eines ernsten Charakters, der den Spaniern eigen, der vor allem in der hl. Theresa eine der merkwürdigsten Erscheinungen gezeitigt hat.

Von solcher Art sind die Wahrnehmungen, welche bei genauerem Eingehen auf das vorliegende Murilloheft sich ergeben. Es ist wohl außer Zweifel, daß hierbei sehr wertvolle Anregungen und Kenntnisse zu gewinnen sind. Somit ist es unnötig, derartige Darbietungen noch mit weiteren Worten zu empfehlen. Wenn wir bezüglich der Fortsetzung dieser Hefte



einen Wunsch haben, so ist es der: es möge, nachdem bisher Architektur und Malerei so liebevolle Behandlung gefunden, nächstdem auch der christlichen Plastik früherer Zeit — sei es in Vorführung eines ihrer Hauptvertreter, oder einer ganzen Meistergruppe — verdientes, freundliches Augenmerk zugewendet werden.

**München.** M. F.

2. Kunstkalender. Schon mehrmals (Bd. 136, 138 und 149) haben wir in diesen Heften auf die gediegenen Publikationen: „Kalender bayerischer und schwäbischer Kunst" [1]) und „Altfränkische Bilder" [2]) hingewiesen, welche in höchst glücklicher Art das Interesse für die heimatliche Kunst und ihre Geschichte zu fördern wissen. Diesen früheren Ausgaben schließen sich die für das Jahr 1913 vorliegenden Kunstkalender vollentsprechend an. Im erstgenannten Kalender finden dieses Mal auch Werke Beachtung, die, von heimischen Meistern geschaffen, jedoch außerhalb der bayerischen Grenzen verwahrt werden. Eine löbliche Erweiterung des ursprünglichen Programms! Hierbei kommen zunächst Augsburger Goldschmiedearbeiten in Betracht, die in Brüssel sich befinden, ferner ein gar prächtiger spätgotischer Brunnen zu St. Wolfgang (Salzkammergut), der, aus der Werkstätte tüchtiger Passauer Bildner und Gießer hervorgegangen, von einem Mondseer Abt im Jahre 1715 aufgestellt wurde, und heute noch zu Nutz und Frommen allen dient, „dye nit haben gelt vmb wein", wie eine Inschrift in humaner Weise bekannt gibt.

Unter den auf bayerischem und schwäbischem Boden ausgewählten Architekturen, Plastiken und Malereien nehmen die aus früher Zeit stammende Burg Kallmünz, das ob seiner vorzüglichen Innenausstattung hervorragende Renaissanceschloß Kirch-

1) Herausgeber: Lyzealrektor Dr. Jos. Schlecht, Verlag Gesell schaft für christl. Kunst in München. Preis eines Jahrganges 1 M.

2) Redigiert von Universitätsprofessor Dr. Th. Henner, herausgegeben von der k. Universitätsdruckerei H. Stürtz in Würzburg. Preis 1 M.

heim bei Mindelheim, und nicht zuletzt die im 18. Jahrhundert erbaute, von Januarius Zick mit Fresken ausgeschmückte Klosterkirche Wiblingen bei Ulm besonders beachtenswerte Stelle ein. Zick's Deckengemälde repräsentieren deutlich den Abend jener virtuosen Periode, die in der Behandlung perspektivischer Probleme, in der Vorführung akrobatischer Engelskünste sich nicht genug tun konnte: eine Kunstweise, in der die ruhige Andachtsstimmung übertönt wird von der lauten Lust, zunächst nur zu schmücken und zu überraschen.

Von großem künstlerischem Reiz sind an den vorliegenden Kalendern stets die mit allem Geschick der moderen Technik gebotenen Darstellungen der Umschlagdecken. Solches gilt dieses Mal zunächst im Hinblick auf die großgedachte Madonna des Meisters Grünewald, welche die Vorderseite der „Altfränkischen Bilder" schmückt. In den Textblättern begegnen wir hier neben freundlichen Architektur- und Landschaftsbildern aus Hammelburg und Bodenlauben sehr beachtenswerten alten Skulpturen der ehemaligen Klosterkirche Frauenroth. Ähnlich dem bayerisch-schwäbischen Kollegen sucht auch der Kalender für Franken ein erweitertes Beobachtungsfeld, indem er bereits in der jüngsten Vorlage wertvolle Porträts hervorragender, verdienter fränkischer Männer mit den nötigen biographischen Erläuterungen eingefügt hat. Der „Kunstkalender" erhält dadurch einen verstärkten kulturhistorischen Charakter und sichert sich die Bahn für eine fernere gedeihliche Entwicklung, die von allen Freunden der fränkischen Gaue nur begrüßt werden kann. Das eifrige Zusammenwirken und Sichergänzen der beiden bayerischen Kalender bringt der allgemeinen Heimatskunde erfreuliche Bereicherung, deren ideelle Zinsen nicht zu unterschätzen sind. M. F.

3. Bertha Ant. Wallner, Dr. phil., Musikalische Denkmäler der Steinätzkunst des 16. und 17. Jahrhunderts nebst Beiträgen zur Musikpflege dieser Zeit. Mit einer Abbildung in Autotypie, literarischen und Notenbeilagen. München 1912, J. J. Lentner, VIII u. 546 S. Preis 12 ℳ

Mitteilungen aus dem Stadtarchiv Amberg, 1. Heft: B. A. Wallner, Dr. phil., der kunstvolle Liedertisch im Rat-



hause zu Amberg. Mit 1 Kunstblatt und Musikbeilage. Amberg 1912, Fr. Pustet. 61 S. Text u. 15 S. Noten.

Die Verfasserin ist mit einer Abhandlung über „Seb. Virdung von Amberg" (Kirchenmusik. Jahrb. 1911) schon einmal vor die Öffentlichkeit getreten. Da war es ihr geglückt zum erstenmal eine authentische Nachricht über die vielgerühmte, von Sagen umsponnene 36stimmige Messe von J. Ockeghem zu bringen. Nunmehr liegt in einem stattlichen Bande ihr eigentliches Erstlingswerk vor uns, eine hochbedeutsame Arbeit über notentragende Tafeln und Tische. Dieselben bilden eigentlich nur den Rahmen, in welchen sich die verschiedensten Beiträge zur Musikgeschichte und Musikpflege des 16. und beginnenden 17. Jahrhunderts einfügen. Jedes dieser Kunstwerke ist nämlich außer einer genauen Beschreibung insbesonders untersucht nach ihrem Verfertiger, Besteller und Besitzer, und dabei wird natürlich des darauf verherrlichten Komponisten und seines Tonwerkes gedacht und vor allem der Umstände, welche wohl die Wahl der jeweiligen Gesänge bedingten. Und gerade dieser letzte Punkt erweist sich für die Untersuchungen als besonders fruchtbar. Auf dem Untertitel „Beiträge zur Musikpflege dieser Zeit" liegt also der Hauptnachdruck in diesem Buche. Dabei lag es im Gegenstande selbst, daß Grenzgebiete, mehr als es sonst in musikwissenschaftlichen Arbeiten üblich ist, berücksichtigt wurden; und da nehmen wiederum die aufgerollten Spezialfragen aus der Kirchengeschichte und Liturgie einen breiteren Raum ein.

An der Spitze des Buches stehen einleitende Bemerkungen über die Steinätzkunst, deren Anfänge, Pflegstätten, Künstler und Technik. Es ließen sich auf Grund sehr umfangreicher Nachfragen 10 bezw. 11 solcher Liedertische und Notentafeln nachweisen. — Das früheste derartige Kunstwerk, die Notentafel von 1550, heute im Maximilianmuseum in Augsburg befindlich, gibt Anlaß, über Augsburger Meister, Sixt Dietrich, Sigm. Salminger und den Drucker Phil. Ulhard — zumeist in kompilatorischer Weise — zu berichten. — Dann kommt die Verfasserin auf zwei nicht mehr vorhandene Liedertische zu sprechen. — Die Untersuchungen über den Liedertisch von 1575, welcher einen










Senfl'schen Gesang trägt, haben hauptsächlich bibliographischen Charakter und decken die Quellen für die Komposition, den Text und die Melodie auf, weisen ferner auf die Pflege des älteren deutschen Liedes in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts hin. — Der Tisch von 1589, ehemals im Besitze der Erzherzogin Maria von Österreich, einer geborenen bayerischen Herzogin, weist des genaueren auf die Pflege der Kunst und Musik am erzherzoglichen Hofe in Graz hin. Auf Grund des Briefwechsels der Erzherzogin mit ihrem Bruder Wilhelm V. von Bayern zeichnet die Verfasserin mit feinem psychologischen Verständnis und warmer Liebe ein Bild von dieser großen Frau und weist auch die Musikbeziehungen zwischen Graz und München nach, erschließt dabei auch völlig neues Material zur Lebensgeschichte Orlando di Lassos. — Die Rundtafel von 1590, ursprünglich im Besitze des Passauer Bischofs Urban von Trenbach, behandelt wieder die Beziehungen des Bischofs zum Münchener Hof und insbesonders zu Lasso, ferner die italienischen Einflüsse auf die Passauer Musikpflege (Ingegneri als Chromatiker). — Die Untersuchungen, welche sich an die beiden Rundtafeln von 1591 knüpfen, sind, sowohl was ihren Inhalt als ihre Behandlungsweise betrifft, der Glanzpunkt des ganzen Buches. Hier kommen ausführlich die Musikbeziehungen zwischen München und Rom zur Sprache (Austausch von Kompositionen zumeist Palestrinas und Orlandos!), welche hauptsächlich durch die Person des Kardinals Otto Truchseß von Waldburg, Bischof von Augsburg, vermittelt wurden und sich ferner an die in München vorgenommenen nachtridentinischen liturgischen Reformen anschließen. — Die andere aus 1591 stammende Tafel, welche einen Cantus für die Amberger Ratswahl trägt, ist ein Denkmal, welches von den sturmbewegten Tagen der großen deutschen Kirchentrennung, von lang währenden Glaubenskämpfen in Amberg und der Oberpfalz erzählt. Musik- und Schulgeschichte Ambergs, Wechselbeziehungen zwischen Amberg und Heidelberg, Seb. Virdung, Gg. Forster, K. Otthmayr und W. Schmeltzel, Organist Gastritz, Amberger Stadtpfeifer, dramatische Aufführungen in der Stadt, Dedikationen an den



Stadtrat, das sind die Punkte, welche hier behandelt werden. Daran schließen sich noch literarische und religionsgeschichtliche Abhandlungen über die deutschen Verse auf beiden Tafeln. — Die Rundtafel von 1597, welche, aus dem calvinistischen Heidelberger Hof (Schloß Neumarkt) stammend, einen Hugenottenpsalm trägt, geht auf den Calvinismus und dessen Stellung zur Musik, auf Entstehung und Weiterentwicklung des Hugenottenpsalters ein, ferner auf Calvins Musikästhetik, die Stellung der Tonkunst in seinem Gottesdienst und auf die bedeutendsten Bearbeiter des Hugenottenpsalters (s. auch 1. Tafel). — Die Rundtafel von 1599 führt uns auf das Musikleben am Württembergischen Hof hin, besonders auf Giosesso Bissi und die Musikbeziehungen zu München. — Endlich der Tisch von 1610, ursprünglich im Besitze des Grazer Erzherzogs und späteren Kaisers Ferdinands II., führt die Untersuchung über die Grazer Kapelle, welche sich an den aus 1589 stammenden Liedertisch knüpfen, wieder weiter, bis hinauf zur Verlegung der Grazer Kapelle nach Wien. — Den Ausgangspunkt der Untersuchungen bilden aber immer die auf dem geätzten Stein befindlichen Kompositionen. An ihnen als an Haupttypen wird fast die ganze Chorlyrik des 16. Jahrhunderts durchmessen. Der unter dem Banne der Niederländer stehende Kanon (Sixt Dietrich), das ältere deutsche Lied (L. Senfl), das spätere mottetische Gesellschaftslied (O. Lasso), französisches Chanson und italienisches Madrigal, Realismus und Idealismus der Liedkunst des 16. Jahrhunderts verkörpernd, das deutsche Kirchenlied, katholisches wie protestantisches, die Mottete des römischen Meisters Palestrina und die andere des lutherischen Tonsetzers, der ernste Psalmengesang der Calvinisten, endlich ein „instrumentaler" Chorgesang, der einen Abschluß der alten und zugleich ein Präludium der neuen Zeit bildet: dies alles zieht im Laufe der Untersuchungen an uns vorüber.

Hiermit ist in kurzen Strichen und Schlagwörtern der reiche Inhalt des Buches in etwas angedeutet. Und alles ist mit peinlichster Sorgfalt, mustergültigem Fleiß, feinem Verständnis und gewissenhafter historischer Treue bearbeitet. Bei



jeder einzelnen berührten Frage ist die Spezialliteratur über dieselbe angegeben; ferner ist eine sehr gut gearbeitete Inhaltsübersicht und ein genauer Index beigefügt. — Der Referent kann nur noch auf folgendes verweisen: Bei der mehrmaligen Erwähnung der englischen Schauspielgesellschaften wäre es wohl am Platze gewesen auch hinzuweisen auf die Bedeutung, welche diese noch für die deutsche dramatische Musik gewinnen sollten. Ferner, wenn die Verfasserin von H. L. Hasler und seinem Verhältnis zur Meßkomposition spricht, dann wäre mitzuerwägen gewesen, daß dieser als Protestant eben dem religiösen Gehalt der Messe und der Meßtexte und der die alten Meister bei der Meßkomposition beherrschenden Idee fernsteht, und das „Merkwürdige" an Haslers Messen fände dadurch seine Erklärung. Endlich finden sich stilistische Wendungen, welche hier als spezifisch Haslerisch angesprochen werden, auch schon vorher bei anderen in Deutschland wirkenden Meistern, z. B. bei J. de Kerle.

Da die musikalischen Denkmäler der Steinätzkunst auf eine spezifische bayerische und weiterhin süddeutsche Kunst hinweisen, ferner die Beziehungen der bayerischen Höfe München und Heidelberg zur Kunst im Vordergrund stehen, und auch die bayerischen Archive die meisten und ergiebigsten Originalquellen lieferten, so ist das Buch zunächst als ein Beitrag zur Musikgeschichte Bayerns zu betrachten und ist ihm füglich der Wert eines Quellenwerkes zuzuerkennen.

Die Abhandlung über den Amberger Liedertisch eröffnet in einem Separatabdrucke die neu erscheinenden „Mitteilungen aus dem Stadtarchiv Amberg" und sind in eine für diese Publikation geeignetere Form gebracht. Dr. O. Ursprung.

# XVII.

## Die „Arme Heinrich"-Sage.

Von A. v. Ow.

Durch aufopfernden Tod und vergossenes unschuldiges Blut soll Erlösung und Heilung bewirkt werden. Durch das Opfer wird die Gottheit versöhnt. Abraham wollte seinen geliebten Sohn Isaak opfern und stand hievon erst ab, als ihm zu erkennen gegeben wurde, daß Gott den guten Willen für die Tat genommen habe.

Zu Grunde liegt der Hinblick auf das welthistorische Opfer auf Golgatha, durch welches die Menschheit erlöst warden; das vom unschuldigen Lamme vergossene Blut am Kreuze bewirkte Heilung vom Aussatz der Sünde.

Diese tiefreligiösen Grundwahrheiten wurden von der Sage auf den körperlichen Aussatz angewendet, den man für eine Sündenstrafe hielt, und auf einzelne Personen bezogen, die vom Aussatze befallen wurden.

So berichtet uns Hermann von Fritzlar, ein Hesse (um 1345), daß Kaiser Konstantin die Christen grausam verfolgt habe und zur Strafe dafür von der Krankheit des Aussatzes heimgesucht wurde. Die Kunst der Ärzte war vergeblich; es wurde ihm aber gesagt, er könne wieder gesund werden, wenn er im Blute unschuldiger Knäblein sich bade. Es wurden nun zu diesem Zwecke zahlreiche Kinder herbeigeholt, deren Eltern vor dem Palaste wehklagten. Als der Kaiser dies hörte, sprach er: „Ich will mein Leben nicht da-







durch erkaufen, daß ich so viele Leute in Leid und Trauer versetze; gebt die Kinder ihren Eltern zurück und beschenkt sie zudem mit Gold und Silber, auf daß sie fröhlich nach Hause zurückkehren." Diese Barmherzigkeit gefiel Gott, und als Konstantinus einmal in besonders argen Schmerzen elend darniederlag, sandte er ihm die Apostelfürsten Petrus und Paulus und ließ ihm sagen, er solle sich aufmachen und zu Papst Silvester gehen, der werde ihn gesund machen. Papst Silvester taufte ihn dann nicht nur, sondern heilte ihn auch vom Aussatze.

Ein unbekannter Verfasser schrieb um die Wende des 14./15. Jahrhunderts ein Büchlein: „Der Seele Trost." In demselben wird unter anderem die Geschichte von den treuen Freunden Amicus und Amelius erzählt, um zu zeigen, wie die Treue von Gott belohnt werde. Amelius war der Sohn eines Grafen, Amicus der eines Ritters; Amicus wurde vom Aussatze befallen, sodaß seine eigene Ehefrau ihn von Haus und Hof vertrieb; niemand wollte mit ihm etwas zu tun haben. Als elender Bettler zog er nun zu Amelius, der sich mit einer Tochter König Karls zu Paris verheiratet hatte. Amelius nahm ihn mit Freuden auf, küßte ihn ohne alle Scheu und sagte: „Alles was mein ist, soll auch Dein sein." Amicus blieb nun bei seinem Freunde „und diente got mit grosser innigkeit". Gott wollte aber die Treue der Freunde prüfen und sandte zu Amicus seinen hl. Engel mit der Botschaft, daß er gesund würde, wenn Amelius ihm zulieb seine zwei Kinder töten und ihn mit dem Blute besprengen würde. Amicus erzählte das seinem Freunde. Dieser war bestürzt hierüber wie Abraham über das Opfer Isaaks; seine Treue zum Freunde überwog aber die Liebe zu den Kindern; er tötete sie mit seinem Schwerte und besprengte Amicus mit dem Blute, der dadurch plötzlich von seinem Aussatze befreit wurde. Gott lohnte nun die große Freundestreue und belebte die beiden Kinder wieder, welche ihren jetzt doppelt glücklichen Vater freudig umhalsten.

Wir wissen aus der Zeit vor Hartmann von Ouwe



(ca. 1170—1210) von keiner derartigen Sage.[1]) Hartmann erzählt aber, daß er eine solche geschrieben vorgefunden habe: „nû beginnet er iu diuten eine rede, die er geschrieben vant" (16 f.) „Er las diz selbe maere, wie ein herre waere ze Swâben gesezzen" (29 f.). Und zwar war es hier ein mächtiger und reicher Herr: Heinrich von Ouwe, der vom Aussatze befallen wurde. Die berühmtesten Ärzte wußten ihm keinen Rat; es wurde ihm lediglich gesagt, daß er geheilt werden könne, wenn ein unschuldiges Kind freiwillig für ihn in den Tod ginge und sein Blut für ihn vergösse. Heinrich gab da von vornherein alle Hoffnung auf, da er solches nicht für möglich hielt. Alle Welt mied ihn; er hielt selbst den Aussatz für eine Strafe Gottes, da er vorher zu weltfreudig gelebt hatte. Er verschenkte nun fast all sein Gut und zog sich zu einem ihm treuergebenen Maier zurück. Diesem erzählte er einmal, was die Ärzte ihm gesagt. Das kleine Töchterlein des Maiers hatte dies erlauscht und seitdem war sein ganzes Sinnen und Trachten darauf gerichtet, sich für ihren geliebten Herrn aufzuopfern und ihm die Gesundheit wieder zu verschaffen. Als das Mädchen herangewachsen war, bestand es darauf, sein Opfer zu vollbringen. Als es jedoch dazu kommen sollte, verzichtete Heinrich aus Barmherzigkeit auf dasselbe, und dieser Verzicht

1) Siehe übrigens die von Euling in „Die Jakobsbrüder von Kunz Kistener" S. 41 erwähnte Literatur. Eine lateinische Version der Ameliussage liegt hiernach in einer Handschrift des 12. Jahrhunderts vor. Die Ameliussage hat die verschiedensten Ausschmückungen erfahren. In meiner Bibliothek befindet sich ein Basler Druck vom Jahre 1521, die Übersetzung einer französ. Geschichte über Olwier und Artus, zwei Königssöhnen, enthaltend. Hier opfert Olwier aus Freundschaft für Artus seine zwei Kinder. Die Krankheit des Artus wird nicht als Aussatz bezeichnet, aber ähnlich beschrieben. Zur Belohnung für die bewiesene Freundestreue werden die Kinder wieder zum Leben erweckt. Ich weiß nicht, ob diese Version der Ameliussage oder ihr ursprüngliches französisches Original besonders selten oder vielleicht sogar unbekannt ist?

einerseits sowie die Bereitschaft des Mädchens andererseits, ihr Leben zum Opfer zu bringen, wurden von Gott dahin belohnt, daß Heinrich auch ohne das vollendete Opfer von seinem Aussatze gesundete.

Bei Hartmann sind hier die beiden Motive vereint, denen wir in den oben angeführten Sagen begegnet sind: die Barmherzigkeit des vom Aussatze Befallenen, der lieber weiters dahin siecht und einem grauenvollen Tode entgegengeht, als seine Gesundheit durch unschuldiges Blut zu erkaufen, und andererseits die Treue des sich Opfernden. Bei Konstantin wurde die Barmherzigkeit belohnt und bei Amelius die Treue. Die „truwe unde milte", zwei Tugenden, die von Hartmann wiederholt gepriesen werden, erhalten hier ihren Lohn. Hartmann hat die Blutsage viel zarter behandelt, als es in den erwähnten Erzählungen geschieht. Zum wirklichen Vollzuge des Opfers läßt er es nicht kommen, was in der Ameliussage abstoßend wirkt, und andererseits ist das Opfer ein freiwilliges, nicht wie bei der Konstantinssage ein wenigstens in der ursprünglichen Absicht mit Gewalt Erzwungenes.

Wir haben keinerlei Anhaltspunkt dafür, in welcher Form die Sage von der Heilung des Aussatzes zum Lohne von „truwe unde milte" Hartmann vorgelegen haben mag. Während die Sage bei Amelius und Amicus an Phantasiepersonen anknüpft, bei Konstantin an eine bekannte historische Persönlichkeit, finden wir dieselbe bei Hartmann verwoben mit einem ganz bestimmten freien Herrn in Schwaben Namens: Heinrich von Ouwe. Bestimmend hiefür war vielleicht die Tatsache der erfolgten Heilung eines wirklichen Heinrich von Ouwe vom Aussatze, die im Lande Aufsehen gemacht haben mochte, und die man der aufopfernden Pflege der Maierstochter zuschrieb, welche der Herr nach seiner Gesundung zur Ehegattin sich erkor. Der Aussatz war eine zurzeit der Kreuzzüge und noch im späteren Mittelalter häufig auftretende sehr gefürchtete Krankheit. Ein ähnlicher geschichtlicher Hintergrund muß hier vorliegen, und wird Hartmann diesbezüg-

liche Aufzeichnungen vorgefunden haben, die er dann poetisch gestaltete und unter Zuhilfenahme der bekannten Blutsage weiter ausführte, um den Triumph von „truwe unde milte“ recht anschaulich vor Augen zu führen.

An der Hand des Gedichtes wollen wir zunächst betrachten, was Hartmann zur Charakterisierung des Heinrich von Ouwe alles beibringt: Derselbe war ein freier Herr „ze Swâben gesezzen“, also ein Eigentümer freien Grund und Bodens, keinem andern Herrn (als nur dem Kaiser) untertänig. Alle ritterlichen Tugenden waren ihm eigen. In allen Landen war er hochgeehrt. Er war von untadeliger Geburt und dabei reich „und wol den fürsten gelîch“. „Sîn name was gar erkennelich: er hiez der herre Heinrich und was von Ouwe geborn.“ Er gehörte also einem in Schwaben sehr bekannten Geschlechte an und führte seinen Beinamen: „von Ouwe“ nach dem Orte seiner Geburt und wohl auch seines Haupt-Burgsitzes. Alle weltlichen Ehren standen ihm offen. Er war „ein shilt sîner mâge“ — Schutz und Schirm seiner Sippschaft. Als Ratgeber war er geschätzt und auch im Minnesang bewandert. Da er viel bewundert und geehrt wurde, ergab er sich allzusehr weltlicher Üppigkeit. Es wurde aber an ihm offenbar, daß Gott häufig gerade solche verschmäht, denen nichts im Leben abzugehen scheint — und so wurde er mitten in seiner Herrlichkeit vom Aussatze befallen. Alle, die ihm früher den Hof gemacht, mieden ihn nun ängstlich; statt aber wie Job in Geduld Gott zu preisen, ward er mißmutig und verzagt, ja er verfluchte den Tag seiner Geburt. Von Salerno zurückgekehrt, wo er berühmte Ärzte zu Rate gezogen, begann er sein ererbtes Grundeigentum und seine fahrende Habe zu verschenken zum Teil an bedürftige Verwandte und fremde Arme, zum Teil an Kirchen und Klöster „in klageten elliu diu lant, dâ er ine was erkannt, und ouch von frömden landen, die in nâch sage erkanden“ (V. 263 f.). Vom ganzen Lande, überall, wo man ihn kannte, wurde er beklagt; aber auch im Auslande geschah



dies, wo man von ihm erzählen hörte. Heinrich zog sich nun zurück zu einem seiner Maier, der freier Bauersmann und Heinrich besonders zugetan war, weil dieser ihn mit Steuer und Fronarbeit geschont und gegen jede fremde Gewalt geschützt hatte. So erntete er den Lohn dafür, daß er als Herr so milde war, indem dieser Bauer alles tat, um ihm sein Los zu erleichtern. Dem Maier lag schon deshalb viel daran, daß sein Herr am Leben bleibe: „wan si vorhten, daz sîn tot si sere solte letzen und vil gar entsetzen êren unde guotes, und daz herters muotes würde ein ander herre" (V. 360 f.). Der Maier wird ausdrücklich als freier Bauersmann („ein frîer bûmann" V. 269) bezeichnet, bewirtschaftete aber ein Gut Heinrichs. Er stand weder im Dienst- noch Leibeigenschaftsverhältnis zu Heinrich, war also freier Pächter desselben. Wie konnte nun aber trotzdem Heinrich von Ouwe, wie es wiederholt im Gedichte geschieht, als „sein Herr" bezeichnet werden? Es scheint mir dies nur in dem Falle möglich zu sein, wenn Heinrich in jenem Bezirke Grafenrechte ausübte; denn der freie Bauersmann hatte damals keinen Herrn über sich als den Kaiser. Er unterstand lediglich der richterlichen Gewalt und Schutzherrschaft des zuständigen Gaugrafen. Ein beliebiger in seiner Nachbarschaft seßhaftiger Adeliger konnte nicht sein Herr sein, und auch der Eigentümer des Gutes, das er bewirtschaftete, konnte nicht sein Herr genannt werden, wenn er nebenbei freier Bauer war.

Als Heinrich wunderbar geheilt mit der Maierstochter von Salerno zurückkehrte: „do enpfiengen sî die Swabe mit lobelicher gâbe, daz was ir willeclicher gruoz. Got weiz wol, den Swaben muoz jeglich biderber man des jehen, der si daheime hat gesehen, daz bessers willen niene wart." Es wurde ihm alles zurückerstattet und „er wart rîcher vil dan ê des guotes und der êren". Er bezog aber jetzt alles auf Gott und diente ihm mehr, als er es früher getan hatte. Dem Maier gab er den Hof, den er bebaute, samt Land und Leuten zu eigen.



Man riet nun dem Heinrich, er solle sich verheiraten. Er entbot daher zu sich alle „die sînes wortes naemen war". „Do er si alle dar gewan, beide mâge unde man, do tet er in die rede kunt."

Schönbach[1]) sagt hiezu: „Er besendet somit als Lehensherr die ihm verpflichteten Lehensleute; es war also ganz richtig, wenn Hartmann den Herren von Aue ‚wol den fürsten gelich' nannte; denn der Schwabenspiegel bestimmt 118,3 ff.: „sumeliche herren hânt das recht, daz si hof gebieten für sich selben. ist er ein herzoge oder ein ander leien fürste, unde sint bistuom in sînem lande gelegen: dieselben bischove sullen sine hove suochen, unde alles das recht, das der künic hat gein den, di sîne hove nicht suochent, das selbe recht hant die leien fürsten gein den, die ire hove nicht suochent. ditz recht hant alle die leien fürsten, die mit rechte hof gebietent. ditz recht hant si umbe graven unde umbe vrîen unde umbe dienstman, die bürge und stete in ir lande hânt."

Unter den zu Hof Geladenen „huop sich ein michel strît", der eine gab diesen, der andere jenen Rat, bis endlich Heinrich seinen bestimmten Willen kundgab, die Maierstochter zu ehelichen, die ebenso frei sei wie er selbst „nû ist sî frî als ich dâ bin". Die Versammelten erklärten hierauf ihr volles Einverständnis damit. Der Freie, auch wenn er Bauersmann war, hatte an und für sich einen höheren Stand als der „dienstmann", auch wenn dieser die ritterliche Würde besaß und einem hochadeligen Geschlechte entsproß. Übrigens geriet der freie Bauernstand, welcher noch im 12. Jahrhundert zahlreich gewesen zu sein scheint, im Laufe der Zeit vollständig in das Verhältnis der Landsässigkeit und Hörigkeit.

Wackernagel-Stadler[2]) nehmen an, daß Hartmann im Armen Heinrich die Sage eines Vorfahren seiner Dienstherrn von Aue behandelt. „Im Breisgau lag die Ortenau, wo noch jetzt eine gute Stunde südlich von Freiburg Au mit

---

1) „Über Hartmann von Aue", Graz 1894 S. 314.

2) „Der Arme Heinrich" von Wackernagel-Stadler, Basel 1911.

der wüsten Stätte einer Burg liegt. Hier hauste ein Geschlecht, das bei den Herzogen von Zähringen zu Lehen ging; in Urkunden von und um 1111 findet sich Heinricus de Owon oder de Owa als Zeuge einer Vergabung Bertholds III. und seines Bruders Konrad an das Kloster St. Peter, und selbst mit Vergabungen an eben dasselbe: Heinricus de Owon curtem suam una cum domo et omnibus, quae ibi possidebat, S. Petro donavit in praesentia domini sui Bertholdi et fratris ejus domini Cuonradi.“[1]) „Diese Nachrichten deuten übereinstimmend auf den Helden unseres Gedichtes“. „Die Sage hatte diesen Heinricus verherrlicht“. „Ein Dienstmann also dieser Zähringer Vasallen war Hartmann“. Es ist dies „die alte Lachmann'sche Hypothese“.

Wie konnte nun aber ein kleiner Zähringen'scher Ministeriale einen gelehrten Ritter, als welcher Hartmann erscheint, zum dienstman haben? Roth sagt in seiner „Geschichte der Reichsritterschaft“ (Band I S. 292): „Eigentliche Ministerialen, das heißt ritterbürtige Hofdiener, hatten nur die Könige, Fürsten und Herren; die letzteren, insoferne sie einen wirklichen Hof hielten“. Er führt hiezu Satz 308 des Schwabenspiegels (Landrecht) an: Ihr sollt wissen, daß niemand von rechtswegen Dienstmannen haben mag als das Reich und die Fürsten; Wer sonst behauptet, er habe Dienstmannen, der ist im Unrecht; es sind Eigenleute, die sie haben. Beide: dienstman und eigenman sind eigentlich Leibeigene; man nenne aber nur die geringeren Dienstleute leibeigen, die

1) Theodor Schön sagt in seiner Monographie über die verschiedenen Familien von Ow von diesen badischen Ow: „Die ältesten bekannten Mitglieder dieses Geschlechts sind: Liotfridus de Owa und Heinricus de Owa, welche vor 1203 einen Weinberg und eine Matte in Uffenhausen unweit von Au an St. Peter schenken. „Denselben Heinricus de Owa, Dienstmann des Herzogs Berthold v. Zähringen, führt Schernnat Vindemiae I 160, bei dessen (i. e. des Zähringen?) Vergabung an das Kloster St. Peter 27. Dezember 1111 an.“ Derselbe Heinricus kann dies natürlich nicht gewesen sein.

ritterlichen Diener dagegen, welche im Dienste von Fürsten oder Grafen stehen, dienstman. Jene Zähringen'schen Dienstleute auf Au bei Freiburg konnten somit einen Ritter wie Hartmann nicht zum „dienstman" haben.

Abgesehen davon, daß die Gegend um Freiburg nicht zum eigentlichen Schwaben gerechnet wurde, während beim Armen Heinrich allenthalben dessen Eigenschaft als Schwabe ganz besonders hervorgehoben wird, paßt auch sonst die ganze Schilderung, wie sie Hartmann vom Armen Heinrich entwirft, keinenfalls zu dem Zähringen'schen Ministerialen Heinrich, der um 1111 in Gegenwart seines Herren Berthold eine Schenkung an das Kloster St. Peter macht. Auch muß es bei der maßvollen Bescheidenheit und Wahrheitsliebe des Dichters als ausgeschlossen gelten, daß er jenen Henricus etwa aus poetischer Freiheit zum fürstlichen freien Herren gemacht habe; überdies handelt es sich um eine in jener Zeit offenbar bekannte Familie, sodaß schon aus diesem Grunde Hartmann gehalten war, den tatsächlichen Verhältnissen Rechnung zu tragen. Andernfalls hätte er sich als Großsprecher geradezu lächerlich gemacht.

Es frägt sich nun zunächst, ob nicht für die Zeit Hartmanns oder vor derselben freie Herren von Ouwe in Schwaben bezeugt sind.

In der Tat finden sich nun im Herzen von Schwaben ein edelfreier Wolferat von Ouwe zwischen 1125 und 1133 erwähnt und ein Adalbert von Ouwe vor 1157. Bei einer Verhandlung des Grafen Friedrich von Zollern unter König Lothar (1125—1133) betreffend die Erneuerung der Stiftung des Klosters Alpirsbach (Württemberg, Urkundenbuch I nro 284) heißt es: Haec autem sunt nomina liberorum hominum, sub quorum praesentia ista facta sunt: Wolverat de Ouwa, Adelbertus de Wachindorf. Oswald Gabelkofer erwähnt ferner in seinen Collectaneen eines Wolverat de Ouwa zum Jahre 1095. Leider ist diese Urkunde nicht erhalten und wissen wir auch über ihren Inhalt nichts. Da das Benediktinerkloster Alpirsbach (O.-A.



Oberndorf am oberen Neckar) um 1095 von „Adalbert von Zolro“ gestiftet wurde, handelt es sich vielleicht um denselben Wolverat, der hier ebenfalls als Zeuge beigezogen wurde wie bei der Erneuerung der Stiftung durch Friedrich von Zollern.

Am oberen Neckar gab es nur ein Ouwe, nach welchem sich ein Geschlecht benennen konnte: das heutige Obernau oberhalb Rottenburg. Es interessieren uns daher die ältesten Besitz- und Herrschaftsverhältnisse in Obernau. Obernau wurde in ältester Zeit „Owe oder „Ouwe“ geschrieben und erhielt den Namen Obern-Owe erst, als unterhalb am Neckar das heute als Bad bekannte Niedernau (Nieder-Owe) entstand. Ersteres Owe war in ältester Zeit sicher Dingstätte oder Malstätte, worauf schon das Kirchenpatronat Peter und Paul schließen läßt. Die Gegend um Obernau und Rottenburg bildete den Sülchgau. Dingstätten des Sülchgaus — also Orte, wo der zuständige Graf das Landgericht abhielt — finden sich erst ziemlich spät erwähnt: es sind Birtinle unterhalb Rottenburg gegenüber von Kniebingen und eine Örtlichkeit bei Wendelsheim — beides Orte in unmittelbarer Nähe der außerhalb Rottenburg gelegenen Sülchenkapelle, der einzigen Örtlichkeit, die noch an den alten Gaunamen erinnert.[1]) Der südöstlich an den Sülchgau sich anschließende Gau war die Hattenhuntare; hier wird als Malstätte schon 789 Mössingen genannt, „wozu die Kirchenheiligen St. Peter und Paul ganz gut passen, die sich auch sonst an alten Malstätten finden“ (Rottenburg Oberamtsbeschr. I 317 f.). Um 1120 fand das Gau-Ding bei Osterdingen statt. Im Sülchgau, wo ältere Nachrichten über die Malstätte fehlen, kann ebensowohl Owe die ältere Malstätte gewesen sein, wie in der Hattenhuntare Mössingen es war.

Obernau ruht auf einer uralten römischen Niederlassung und wird in den alten Urkunden immer als „das stettlin“

1) Für die Neckartalgegend bei der Sülchenkapelle kam in alten Urkunden der Name: „Sülcher Ow“ vor.



bezeichnet. Bei seinem geringen Umfange konnte es diesen Namen nur dem Umstande verdanken, daß es mit Mauern und Toren eingeschlossen war und wohl eine alte Malstätte, Dingstätte (Gerichtsstätte) bildete. Der oben genannte Wolverat von Ouwe konnte sich nur nach diesem Ouwe genannt haben, da in der Nachbarschaft der Zollerngrafen und Alpirsbachs kein anderes Ouwe vorkommt. Diese Ortschaft Ouwe am Neckar scheint in ältester Zeit zwischen den Familien Hohenberg (Zollern) und Ouwe geteilt gewesen zu sein, sodaß man vermuten könnte, daß die Ouwe ein schon frühe abgetrennter Zweig der Familie Hohenberg sind. Es fehlt übrigens jede genauere Kenntnis über die ältesten Besitzverhältnisse und die gegenseitigen Beziehungen der Familien Hohenberg und Ouwe in Obernau.

Tatsache ist, daß Graf Rudolf von Hohenberg, welcher laut Verkaufsurkunde der Grafschaft Hohenberg an Österreich im Jahre 1381 als alleiniger Besitzer des Städtleins erscheinen könnte, im Jahre 1385 „seinen Teil an dem stettlin ze Obernowe“ mit Zustimmung des Herzogs Leopold von Österreich an Conz Böcklin verpfändete, und daß genannter Böcklin dann auch von den Herrn von Ow (Ahnen der heutigen Freiherrn von Ow) ihren Anteil am Orte erwarb. Conz Böcklin trug im Jahre 1392 „all sein eigen Gut und Recht, so er gehabt zu Obernau an dem Hause, an dem Turm [1]) und dem Städtlein“ dem Herzog Leopold zu Lehen auf und wurde dann von ihm mit Obernau belehnt. Dieser Owische Anteil an Obernau war freieigener Besitz an einem ideellen Teile dieses Ortes; dieser Mitbesitz mit dem Hause Hohenberg legt die Vermutung nahe, daß die Teilung ursprünglich durch Erbteilung entstanden war.

Zu der 1381 an Österreich verkauften Grafschaft Hohenberg gehörte außer einem Anteile an Obernau: Hohenberg selbst, dann die Städte und Burgen: Rottenburg, Horb,

1) Dieser ungemein stark gebaute Turm steht noch heute, knorrige Föhren und Strauchwerk bilden seine Zinnenkrönung.



Haigerloch, Oberndorf, Schömberg, Nusplingen, Friedingen, Kallenberg, Werenwag, Wehingen, Neckarburg, Waßneck, Urnburg, Werstein und Isenburg, Binsdorf, Ebingen, Dornstetten, Altensteig. Owe (Obernau) liegt zwischen Rottenburg und Horb am Neckar. Die dazwischen liegenden uralt Owischen Orte: Wachendorf, Hirrlingen und Bodelshausen sind in der Urkunde nicht aufgeführt, gehörten somit nicht zum gräflichen Besitz.

Conz Böcklin, von dem wir oben gesehen haben, daß er 1385 Pfandrecht an dem Hohenbergischen Anteil von Obernau erlangt und bald darauf auch den Owischen Anteil von Obernau erworben hatte, spricht in einer Urkunde vom Jahre 1404 von seinem Teil zu Obernowe, „der der Alten von Ouwe was, die ouch da sesshaft waren“. Auch in einer Urkunde von 1407 ist von jenem Teil Obernowe die Rede, welcher den „Alten von Ouwe säligen, die ouch ze Ouwe sesshaft waren“, gehört hatte. Die Betonung der „Seßhaftigkeit“ der Alten von Ouwe läßt schließen, daß das Geschlecht durch Generationen hier seinen Hauptsitz hatte und sich nach ihm benannte. Der 1095 und zwischen 1125 und 1133 bezeugte Freie: Wolferat von Ouwe gehörte sicher zu diesen „Alten von Ouwe.“

Hermann (IV.) von Ow (1297—1327) und dessen Sohn Hermann (1366), welche nachweislich der heutigen gleichnamigen Familie angehören, führen den Beinamen: „von dem stettlin“ (d. i. Obernau). Bei Schmid „Geschichte der Grafen von Zollern=Hohenberg“ S. 477 werden Glieder der Familie Ow mit freieigenem Besitz in Obernau und als Herren von Obernauer Bürgern für die Jahre 1314, 1317, 1366 und 1377 bezeugt. Im Jahre 1408 verkauften die Brüder Stephan und Conz Böcklin an Volkart von Ow von Zimmern die Burg zu Obernau und ihren Teil, d. h. den halben Teil an der Vogtei und an dem Gericht und an dem übrigen Teil daselbst das Viertteil und das Dorf Nellingsheim um 1000 fl. rheinisch; 1412 wurde sodann Volkart von Herzog Friedrich von Österreich mit den oben=



genannten Stücken belehnt. Volkarts Sohn Heinrich, 1412 „ze disen ziten herr von Obernow“ genannt,[1]) scheint bald darauf den Besitz zu Obernau wieder verkauft zu haben. Später treffen wir die Familie von Ehingen im Besitze Obernau's; 1559 zog jedoch Österreich das Lehen ein, weil durch Vatermord verwirkt. Dem Sebastian von Ehingen verblieb nur „der allodiale nicht lehenbare Teil an Burg und Stadt Obernau“. Es war dies wohl der ursprüngliche Owische Eigenbesitz von Obernau, welcher seinerzeit im Jahre 1381 von Graf Rudolf von Hohenberg nicht wie der ihm zustehende andere Teil an Österreich verkauft werden konnte.

Ob der vorgenannte Volkart von Ow, dessen Zugehörigkeit zur heute noch lebenden Familie von Ow, wie auch zu den beiden genannten Hermann „von dem stettlin“ feststeht, mit dem edelfreien Geschlecht des genannten Wolferat zusammenhängt, läßt sich nicht feststellen aus dem einfachen Grunde, weil der Beiname „von Ouwe“ des Wolferat zur damaligen Zeit noch nicht Familienname sein konnte. Es gab zu dieser Zeit noch keine Familiennamen. Es läßt sich aber aus anderen Anzeichen schließen, daß die Familie mit jenem alten Dynastengeschlecht zusammenhängen müsse.

(Schluß folgt.)

---

1) und 1435 als Vogt zu Haigerloch erwähnt.





# XVIII.

## Abt R. Kornmann und die kirchliche Restauration.

Von Anton Döberl.

### II.

Über die Anfänge der Partei, die für Recht und Freiheit der Kirche eintritt, liegen zwei verdienstvolle Arbeiten vor, die auch den Sinn und Zweck mancher Briefe an Kornmann in helleres Licht setzen: wir meinen die Arbeiten von Ludwig und Bergsträßer.

Der weitblickende Weihbischof von Würzburg sagte sich, die kirchlich Gesinnten müßten gerade so gut ihre Zeitschrift haben wie die Männer der Aufklärung, und energisch wie er war, hielt er die Idee fest, ruhte und rastete nicht, besprach sich und agitierte wohl im geheimen, bis die Idee verwirklicht werden konnte. Das dauerte freilich zehn Jahre. Sie wollten ihm, der einst mit den Kantianern gegangen, nicht gleich glauben und trauen; sie mußten sich fürchten und behutsam zu Werke gehen, daß Montgelas nicht die Liste der Mitarbeiter an der geplanten Zeitschrift erfuhr; sie mußten in Angst selbst vor Geistlichen sein, die zur Aufklärung gehörten. Unter diesen Umständen war das Fähnlein derer, die „den literarischen Verein zur Aufrechthaltung, Verteidigung und Auslegung der römisch-katholischen Religion" konstituierten, klein genug: 40—50 Geistliche und 2 Laien in ganz Bayern, aber nur Männer von erprobten Grundsätzen. Unter diesen stand an erster Stelle der Name des Abtes Kornmann.

Der Verein setzte mit seiner Tätigkeit auf dem Kongreß zu Wien ein: er stand nachgewiesenermaßen in Beziehung zu den „Oratoren". Kornmann glaubte ein übriges tun zu müssen, indem er dem Wiener Erzbischof ein Exemplar der „Sibylle" und ein Schreiben übersandte, vielleicht daß der Bischof wo nicht auf dem Kongreß, so doch beim Kaiser





Einfluß gewinnen könnte. Aber der Erzbischof kann dem Freunde, „den er schon seit langem schätzte und liebte", keine tröstliche Nachricht geben.

„Bei dem hiesigen Kongresse wollte ich auf Ansuchen der deutschen Geistlichkeit ein und anders anbringen, allein man nahm nichts an, mit der Äußerung, der Kongreß nehme keine Vorstellung über diesen Gegenstand; jeder Fürst werde zu seiner Zeit alles ordnen. Nur meinem Monarchen sprach ich darüber. Er antwortete: „Ich werde zu gunsten der Katholischen so viel tun als ich vermag". Ich zweifle auch nicht, daß er es wird getan haben, und noch tun werde, aber ja nicht weiter und nicht mehr, als bei uns wirklich Gesetz und Gebrauch ist. Da S. Majestät dermalen (Januar 1816) sich entschlossen haben, von Mailand nach Rom zu reisen, läßt sich hoffen, daß auch für unsere Monarchie manche Linderung und ältere Freiheit in Disziplinär-Gegenständen werde ausgemacht werden."

Vom Wiener Kongreß, der die Hoffnungen der kirchlichen Partei nicht erfüllt hatte, richtete diese Blick und Bitten nach Frankfurt, an den Bundestag. Sie glaubten, der Kirche müsse doch auch wieder Recht und Gerechtigkeit widerfahren, sie hofften es um so mehr, als ja die drei großen Verbündeten in der hl. Allianz vom 26. September 1815 das Wort von der Religion als der Richtschnur ihrer inneren und äußeren Politik im Munde geführt hatten. Aber die Vereinsmitglieder übersahen nur dabei im überwallenden Optimismus, daß die Kirche von absolutistischen Regierungen wenig Freiheit zu erwarten hatte.

Einer dachte klar über die Ergebnisse, die Frankfurt zeitigen werde: Consalvi. Und doch gab er nach, mußte vielleicht auf höheren Wink nachgeben, und erweckte Hoffnung, daß ein Legat nach Frankfurt gehen werde. Der Verein hatte großen Einfluß in Rom, der Fürst von St. Gallen[1]) war ein unermüdlicher Agent ihrer Sache am

1) Pankraz Vorster, Fürstabt von St. Gallen 1796—1805 (geb. zu Wyl 1753, gest. 1829).



päpstlichen Hof. Und Kornmann — damit war man in Rom auch einverstanden — sollte gegebenenfalls als Berater des Legaten mit nach Frankfurt gehen. Darüber gibt ein Brief Aufschluß, den Kornmann aus Augsburg, von Placidus Braun, einem Priester von großem Eifer für die Kirche und, wie es scheint, wenigstens anfänglich gleich großem Optimismus für das Gelingen der Pläne, erhielt:

„Nach dem Auftrag des H. Reichsprälaten von Salem übersende ich 20 Exemplare von einer Schrift, die über die Notwendigkeit religiöser Institute handelt und den Bundesverwandten zu Frankfurt gewidmet ist ... In Rom wird unsere Sache durch den H. Fürsten von St. Gallen auf das tätigste besorgt und die Beschickung des Bundestages betrieben; allein der Kardinal Consalvi will nicht daran. Er erklärte, daß ‚es ganz unnütz sei, jemand nach Frankfurt zu senden, weil über geistliche Angelegenheiten allda nichts wird abgehandelt werden. Die Fürsten wollen nicht, sie protestieren dagegen. Er hätte sich in Wien alle Mühe gegeben, daß ein päpstlicher Gesandter dahin eingeladen würde; er konnte aber nichts erhalten; außer Österreich waren alle Übrigen entgegen. Er äußerte sich, daß, wann kirchliche Angelegenheiten sollten vorgenommen werden, der päpstliche Stuhl, auch nicht eingeladen, ex officio einen Legaten nach Frankfurt absenden wolle. Allein auch dieses hätte er nicht erhalten können. Ein jeder Fürst wolle besonders mit dem Papst negozieren. Deswegen wären württembergische, bayrische Abgeordnete in Rom; zwar hätte man sie bis jetzt dahin gehalten, sich von Seiten des päpstlichen Stuhls in nichts eingelassen; allein am Ende, was wird wohl zu machen sein? Man kann sie nicht zwingen, in Frankfurt im allgemeinen zu unterhandeln, et ad quid prædicare sine audiente?‘ Auf kräftige Vorstellungen denkt doch jetzt der Kardinal über dieses Geschäft nach; daher ist eine Absendung eines Legaten nach Frankfurt nach dem Antrag des hl. Vaters noch möglich.

Kommt ein Legat nach Frankfurt, und soll er so glücklich sein, bei den Fürsten wegen Herstellung einiger Klöster ein geneigtes Gehör zu finden, so werden Ew. Hochw. und Gnaden



und der H. Prälat von Donauwörth (Königsdorfer) nach einem in Rom gemachten und genehmigten Vorschlag nach Frankfurt eingeladen, um dem päpstlichen Legaten in dieser wichtigen Sache zu beraten. Haec sub rosa. Gott helfe!"

Kornmann kam nicht nach Frankfurt. Der päpstliche Stuhl konnte und mußte auf das Projekt eines „Konkordates für den deutschen Staatenbund" um so leichter verzichten, als ja die Wessenbergianer gerade ein solches Gesamtkonkordat für ihre Vorteile wünschten. Für den „Verein" war aber die Zeit vor und nach dem Bundestag keine Zeit stiller Beschauung. Schriften auf Schriften erschienen, um die öffentliche Meinung zu gewinnen. Hatte Braun durch seinen Freund, den gräflich hohenzollernschen Pfleger Kasimir von Sicherer schon die „Adresse der katholischen Religion an den Bundestag", die Pièce über die Frage „Was hat der teutsche Patriot bei der Wiederbesetzung der Bistümer zu wünschen?", die „Gedanken und Bemerkungen über die neueren Reformpläne", „über die Notwendigkeit religiöser Institute" verfassen lassen, so übersandte er jetzt, September 1816, dem Abte „wieder eine wichtige, wohl ausgearbeitete und freimütige Schrift des bekannten Weltmannes über den Mangel der Kandidaten zum geistlichen Stande". Dazu bemerkt P. Braun: „Ich bin begierig, ob selbe ungeahndet bleibt. Geschieht dieses, so ist einige Hoffnung zum Besserwerden vorhanden. Allein ich fürchte, das kranke Auge werde das holde Licht der Wahrheit nicht ertragen können und dieses von sich entfernen lassen."

Ein Jahr später, als die ersten Nachrichten von dem Konkordat in die Öffentlichkeit drangen und dank der Agitation Feuerbachs unter den Protestanten die Erregung wuchs, da hielt Braun wegen der unnachgiebigen Haltung der Regierung und wegen der schismatischen Bestrebungen, die von Konstanz ausgingen, die Verhältnisse für so verworren, daß ihn nur mehr der Gedanke an eine höhere Leitung der Welt und Kirche trösten kann.





„Heute, 16. Juli 1817, erhielt ich die Nachricht von München, daß H. v. Holler! — in Wahrheit ging der konziliantere Regensburger Domkapitular Xaver von Rechberg, Bruder des Ministerpräsidenten, im September nach Rom — noch in diesem Monate nach Rom gehen wird, um das Konkordat zu beendigen, weil der alte Bischof Häffelin altershalber nicht mehr nach München kommen kann. Von Rom werden wir auch von Beendigung desselben benachrichtigt, aber dabei wird nichts Brillantes versprochen, welches ich glauben will. — Der Nuntius von der Schweitz wurde vom Papst nach Karlsruhe geschickt, fand aber keine gute Aufnahme und mußte ohne erreichte Absichten zurückkehren. Wessenberg ist von Baden als Bistumsverweser aufgestellt, ohnerachtet der Papst wider ihn protestiert. Er soll selbst nach Rom gehen. Hier ist das Schisma an der Pforte!! Mir scheint die gute Sache noch ziemlich weit entfernt zu sein, weil ich nirgends für sie einen guten Willen sehe. Doch Gott wird schon noch alles recht machen."

Darin bestand eben das Mißliche für den Verein, daß er nach zwei Fronten zu kämpfen hatte, gegen das Staatskirchentum der Regierungen und gegen die schismatische Eigenbrödelei, die von Konstanz ausging. Ohne die letztere, wieviel rascher und gründlicher wäre es zur Verständigung des Staates mit der Kirche gekommen!

Es zeigt den klaren Blick Kornmanns, daß er noch vor Gründung des Vereins Fühlung mit Dalberg, Kolborn und Wessenberg zu bekommen suchte. Die Motive, die ihn veranlaßten, gerade diesen drei Männern schon im Jahre 1811 die Sibylle zu übersenden, sind ja leicht zu erraten. Die Antworten aber, die von Dalberg und Wessenberg eintrafen, beweisen, daß beide die Sibylle nicht nach ihrem tiefsten Sinn und Kern erfaßten: sie besprachen die Schrift nur vom philosophisch-historischen Standpunkt. Ganz anders urteilte Kolborn, einst Febronianer wie so viele und intimer geistl. Rat des Fürstbischofs Dalberg auf den Konkordatskonferenzen zu Paris im Jahre 1805; er scheint seit der Ernennung zum Weihbischof eine ähnliche innere Klärung wie Zirkel

erfahren zu haben; er sieht tiefer, was Kornmanns Absicht bei Veröffentlichung seiner Sibylle war: „Ganz besonders hat mich diese vom echten Geiste der Philosophie und Religion inspirierte Sibylle für sich eingenommen, als sie den Grundsatz, daß Sitten, Gesetze und Religion die Grundfesten der Staaten sind, mit der ganzen Kraft der Erfahrung dargestellt hat."

Später, namentlich in dem mehr erwähnten Frühjahr 1814, als die Restaurationsbewegung viele erfaßte, schien es, als ob Dalberg dem Abte ein besonderes Vertrauen schenkte. Da schrieb Dalberg ihm: „In einer wichtigen geistlichen Angelegenheit wünsche ich in unbegrenztem Vertrauen einen guten Rat zu erhalten" — 9. Juni 1814. Freilich viel ist auf solche Phrasen bei einem so schwachen, von Wessenberg fast ganz eingenommenen Manne wie Dalberg nicht zu geben. So war auf ihn kein Verlaß, wie früher nicht in den ersten Stadien der Konkordatsverhandlungen, wo seine Primatialpläne störend wirkten, so jetzt nicht, wo es sich um die letzten Vorarbeiten zu einem bayerischen Sonderkonkordat handelte. Dem Abte Kornmann fiel hier eine ebenso interessante als schwierige Aufgabe zu: Dalberg zu gewinnen. Im Spätherbst 1815 waren die Führer des Vereins in Bamberg zusammengekommen, um eine Denkschrift an den Papst zu beraten, zugleich aber auch um eine Eingabe der Ordinariate an den König zu redigieren. Die Eingabe der Ordinariate erfolgte erst im Juni 1816. In der Zwischenzeit unternahm es Kornmann, Dalberg zur Unterzeichnung der Eingabe zu gewinnen, um so die Aktion der Ordinariate einheitlicher und wirksamer zu gestalten. Erwünschten Anlaß bot ihm ein Auftrag des Fürstprimas, ein Gutachten über den Priestermangel abzugeben. In diesem Gutachten vom 26. April 1816 finden sich deutliche An- und Nachklänge der Bamberger Versammlung des Vereins, besonders wo er von der „sterbenden Macht der Bischöfe" spricht:

„Der Grundsatz, daß man dem in der Kunst Erfahrenen vor allen anderen glaubt, wird gerade da am wenigsten ange-





wandt, wo er am meisten gelten soll. Der Künstler und der Handwerksmann können frei ihre Gesellen wählen und ihre Lehrlinge bilden und prüfen. Der Bischof ist bis zum kleinsten Kirchengebot in allem abhängig; oder wird zum bloßen Konkurrenten, wenn der weltliche Staat Kirchenverfügungen trifft, die doch von jeher schon in dem Wirkungskreis des bischöflichen Amtes lagen; oder er muß um das nur allzuweit ausgedehnte: „Es beliebt" untertänigst bitten. Doch hier lege ich den Finger auf den Mund. Diese erlauchten und weisen Häupter der Kirche empfinden mehr, als ich es hier aus innigster Teilnahme nur schwach bezeichnen würde. Sie fühlen es, welch ein harter Zustand es ist, wenn die Kraftäußerung des Guten und Erhabenen so gewaltsam eingeengt ist." Am Schlusse spricht er aus, was er und der Verein vor allem wünschen: „In dieser traurigen Lage sehe ich kein anderes Mittel als eine feierliche Sendung und Vorstellung im Verbande sämtlicher Ordinariate an den Thron. Ja noch mehr, die hochwürdigsten Erzbischöfe und Bischöfe und Suffragane möchten persönlich vor dem Thron erscheinen und die Ursache des Zerfalls der Religion darlegen. Unmöglich könnte der Anblick und die Sprache solcher Männer den Zweck verfehlen."

Dalberg und Wolf, der Generalvikar von Freising, unterschrieben nicht. Die Regierung würdigte die Eingabe der übrigen Ordinariate nicht einmal einer Antwort.

Kornmanns schriftstellerische Arbeiten, namentlich das „Gutachten" brachten ihn in Verbindung mit dem geistlichen Rat Felder in Waltershofen. In diesem Konstanzer Pfarrer lernen wir eine für die kirchliche Sache hochbedeutsame Persönlichkeit, den Gründer und ersten Redakteur der Literaturzeitung, des publizistischen Organs jenes Vereins der Konföderierten, einen scharf ausgeprägten Charakter, kennen. Er ist Feuer und Flamme für seine Zeitschrift, ein wenig eitel darauf, voll Eifer, sie nach innen und außen zu heben. „Sie ist das einzige Institut im katholischen Deutschland, und ich wünsche nichts anderes, als sie zu erhalten." Für seine Zeitung läßt er Mitarbeiter werben: „Ew. Gnaden

stehen auf der Liste der neuen Mitarbeiter, welche Freund J. auf seiner jüngsten Reise für die Literaturzeitung geworben. Darüber frohlockte mein Herz aus Liebe zur guten Sache als über eine wichtige Eroberung." Mit scharfem Blick hat er auf alles acht, was sich gegen seine Zeitung erhebt: „Brunner und Werkmeister sind als Gegner der Literaturzeitung auf den Kampfplatz getreten in eigenen Flugschriften, in denen mit Obskurantismus, Mönchtum ꝛc. fürchterlich umhergeworfen wird. Wenn es diesen Männern gelingen sollte, eine philosophische Kirche zu stiften, so würde es mir und meinen Mitarbeitern übel dabei gehen. Die Exkommunikation latae sententiae wäre das geringste." Der streitbare Redakteur scheut sich nicht, auch dem Generalvikar von Konstanz zu erwidern: „Wir sind dahin gekommen, daß die bischöflichen Ordinariate den Klerus nicht mehr vertreten teils aus Furchtsamkeit, teils aus falscher Politik, höchlich erfreut, noch Mitwissen von dem zu haben und das hinten nach bestätigen zu dürfen, was jenen beliebt." Felder ist voll Begeisterung und Vertrauen für Kornmann, ein Zeichen, welches Ansehen Kornmann im Verein genoß. „Wenn ich bei der Redaktion der Literaturzeitung keine andere Freude hätte, als daß sie . . . mir Ihre Freundschaft erwirbt, so wäre ich für meine Mühewaltung schon dadurch belohnt genug." Ihn bittet er um Rat, als er in der Angelegenheit der „gravamina cleri et ecclesiæ" beim Konstanzer Ordinariat nicht Schutz findet; ihn bittet er, „er möchte doch Dalberg die Augen öffnen, der einen Atheisten wie Brunner als biederen Verteidiger des Katholizismus nenne."

Von dem Wiener Kongreß, von dem Frankfurter Bundestag, von dem Fürstprimas hatte der Verein wenig oder gar nichts zu erwarten. Aber eine mächtige Förderung seiner Ziele sollte er erlangen durch den Kronprinzen Ludwig. Bekannt ist der Einfluß, den Zirkel und die Prinzessin, spätere Kaiserin Charlotte auf ihn ausübte. „Es ist die Vermutung nicht abzuweisen, daß die eifrig katholische Kaiserin auf ihren Vater, König Max I., während dessen Wiener



Aufenthaltes im Sinne Zirkels und der Konföderierten eingewirkt und den Sturz des Ministers vorbereitet hat." Auf den Kronprinzen aber haben sichtlich Kornmanns „Sibyllen" tiefen Eindruck gemacht: er versichert ausdrücklich in einem Brief an Kornmann, Würzburg, 24. September 1816, daß er sie nicht bloß ein Mal gelesen habe. Dieser Brief des Kronprinzen ist das kostbarste Ehrendiplom, das einem Schriftsteller für jahrelanges, unermüdliches und ersprießliches Bemühen, bessere Zeiten für Kirche und Vaterland anzubahnen, ausgestellt werden kann: „Ein Schriftsteller, der, durchdrungen von ächt christlichem Sinn und beseelt von reinem Eifer für die Beförderung und Erhöhung wahrer menschlicher Glückseligkeit sich die Aufgabe setzt, eine Zeit, die sich selbst nicht mehr versteht und über dem Hohen das Höchste zu vergessen scheint, wieder zur Selbstkenntnis zurückzubringen, sie auf das Eine, was not ist, aufmerksam zu machen, an die ewigen Grundwahrheiten der Religion und Geschichte nachdrücklich zu erinnern, ein solcher Schriftsteller mit einer solchen Aufgabe beschäftigt und diese Aufgabe auf eine so würdige Weise lösend, als dies von Ihnen in Ihrem Werke geschehen ist, hat sich unvergängliche Ansprüche auf den Dank und die Achtung der Besseren seiner Zeitgenossen erworben." —

## XIX.

## „Der Goldgrund der Weltgeschichte."[1])

Zwei Erfordernisse für richtige Geschichtschreibung und Forschung treten als unerläßliche im Werke des Herrn Professors von Ruville hervor. Sowohl „auf der höheren Stufe geschichtlicher Arbeit, bei langsamer Herstellung der Menschheitsgeschichte, als bei Behandlung eines bestimmten Vorganges muß das Ganze dem einzelnen vorangehen, ist zuerst das Ganze zu schaffen, um auf seinem Grunde die Teile auszubauen". Ferner: „Eine zutreffende Kenntnis der übernatürlichen Elemente, die diesem Geschehen innewohnen, ist unerläßlich" (S. 98 f.).

Je tiefer der Forscher in einzelne Vorgänge oder gar in die Gesamtentwicklung des menschlichen Geistes, Strebens und Tuns eindringen, je sorgfältiger er die Quellen behandeln will, desto mehr Rätsel und Schwierigkeiten werden sich der bloßen psychologischen Geschichtsbetrachtung auftun. Die Geschichte ist eben nicht blos Menschenwerk. „Die Weltgeschichte stellt ein Werk Gottes dar . . . Gott hat das Ganze mit allweiser Vorsicht eingeleitet, die Grundlagen und Vorbedingungen für die seinen Zielen entsprechende Ausgestaltung geschaffen, die erforderlichen Kräfte in alle mitwirkenden Faktoren, materielle und immaterielle hineingelegt" (S. 198). „Göttliches Walten und menschliche Freiheit sind die Grundfaktoren aller Geschichte", schreibt Hergenröther in der Einleitung seiner Kirchengeschichte (S. 6). Der göttliche Lenker der Welt und der Menschenschicksale läßt dem freien Willen seinen Spielraum, läßt darum sogar das Böse zu, um alles nach seinem Plane zu leiten.

---

1) Der Goldgrund der Weltgeschichte zur Wiedergeburt katholischer Geschichtschreibung von Albert von Ruville, Universitätsprofessor in Halle. Freiburg im Breisgau 1912. Herdersche Verlagshandlung.



Darum „ist das Weltgeschehen gerade in den wichtigsten Punkten nicht mit irdischen Mitteln zu erschließen ... Ursprung und Ziel der Menschheitsentwicklung, die letzten Triebkräfte, die in ihr wirken, die oberste Leitung des ganzen Getriebes, alles dies und vieles, was damit zusammenhängt, entzieht sich der profanen Forschung, ist aber unentbehrlich zum Gesamtbild. Man braucht eine Weltanschauung, und diese kann von der Forschung wohl berührt, aber nicht geschaffen werden. Sie steht selbständig über der Forschung und wirkt in tiefdringender Weise auf sie ein. Demgemäß wird jeder geschichtlichen Arbeit immer eine Weltanschauung zu Grunde gelegt, bewußt oder unbewußt" (S. 100). Die zutreffende Kenntnis der übernatürlichen Elemente kann folgerichtig nur die Wahrheitsreligion vermitteln und muß der feste Ausgang, der Goldgrund der Weltgeschichte wie der Geschichte der Einzelvorgänge, die Wahrheitsreligion sein.

Professor von Ruville unterstellt die hauptsächlichsten religiösen Systeme der Menschheit vier Kriterien zur Prüfung ihres Goldwertes aus deren Selbstbekenntnis. Er geht hiebei vom katholischen Standpunkte aus, „um dann an den Konsequenzen zu ersehen, ob dieser Standpunkt der richtige ist" (S. 4). Goldkörner und Goldadern findet er in den heidnischen Kulten und im Islam, besonders in der mosaischen Religion. Mit einer gewissen Teilnahme betrachtet er die akatholischen christlichen Bekenntnisse. Diese „Nachbildungen" des katholischen Christentums „enthalten viel Goldwert, ja ganze Bauteile, die in echtem Material den entsprechenden Teilen des echten Baues nachgeschaffen sind" (S. 88). Als die Wahrheitsreligion, als wirklichen Goldtempel erweisen die vier Kriterien die katholische Kirche und Lehre, weil die göttlichen Wahrheiten in ihr voll vorhanden, zum lückenfreien System verknüpft sind, durch göttlichen Schutz keiner Veränderung unterliegen und übernatürlich gestützte Sicherheit besitzen. Der Beweis aus der Vergleichung wird wesentlich verstärkt durch das lehrreiche, aktuelle Kapitel „Verzeichnungen", welches auch den Titel führen könnte: Geschicht-

schreibung ohne Ausgang von Jesus. „Zurück zu Christus und seiner Kirche“ lautet darum Ruvilles Parole zur Rettung vor wackligen Geschichtskonstruktionen (S. 111).

„Ohne Christus ... ist es nicht möglich, die Gedankenwelt vergangener Geschlechter richtig zu erkunden, die darauf bezüglichen Quellen sinngemäß zu lesen und auszulegen, Vorgänge, Einrichtungen, Religionen fehlerfrei festzustellen und zu beurteilen. Wer Jesus Christus bei der historischen Arbeit ausscheiden will, der tritt vom festen Land in schwankenden Kahn, der zeichnet eine Karte ohne Gradnetz, der führt eine Rechnung aus ohne Kenntnis der Axiome“ (S. 152). In den in die hehren Tiefen der katholischen Religion und der historischen Forschung steigenden Kapiteln „Die Goldbrücke“ und „Das Goldgerüst“ reichen sich Glaube und Geschichte freundschaftlichst die Hand. Christus ist die Goldbrücke. Aus ihm ersprießt als Kern der Weltgeschichte das katholische Glaubenssystem, das Goldgerüst. Durch „persönliche Glaubensüberzeugung“ stellt sich der Forscher auf die Brücke, auf die objektive, höchste Warte zur Messung, Wertung und Beurteilung des Weltgeschehens, es wird ihm das Gerüst zu eigen. Aus diesem und um dieses „bildet sich das Gesamtgeschichtsbild und von ihm beherrscht die ganze Einzelforschung mit all ihren verschlungenen Gestaltungen“ (S. 104). So senkt sich die Brücke in die Wirklichkeit auf den Pfeilern der konkreten Glaubensüberzeugung und des auf dieser fußenden Gesamtgeschichtsbildes.

„Die wahre Religion bringt alle Zeiten miteinander in genau nachweisbare Verbindung, sie befindet sich zu allen Zeiten in lebhaftester Wechselbeziehung mit der ganzen Betätigung des Menschengeschlechtes, sie ist das Bindeglied zwischen dem heutigen Zustande und den ganzen Zuständen der verschiedenen Zeiten, sie gewährt Einblick in die Ursächlichkeiten bei den Handlungen fernster Geschlechter“ (S. 130 ff.).

Entschieden wendet sich Herr Professor von Ruville gegen die Geschichtschreibung von unten nach oben. Damit hat er prinzipiell in seinen „Goldgrund“ die Frage der





Freiheit oder Voraussetzungslosigkeit der historischen Forschung einbezogen. Er nennt auch das „Bauenwollen von unten nach oben voraussetzungsloses Forschen" (S. 50). Das sei nun einmal nicht angängig. . . . Das Ganze müsse den Teilen, dem Einzelnen vorangehen (S. 98 f.). Hiemit stellt er die historische Forschung auf analytische Basis. Mit vollem sachlichen Rechte.

Jeder geschichtliche Vorgang und unzählbar mehr die Weltgeschichte enthält eine Reihe von Nebenvorgängen und Teilen, Umständen, handelnden Personen usw. Demnach steht dem forschenden Erkenntnisvermögen und den methodischen Mitteln der Vorgang als Ganzes mit seinen Teilen gegenüber. Kann nun objektive Geschichtsforschung von einzelnen Quellen beginnen, so allmählich die Teile und aus ihnen das Ganze herstellen, wie es das synthetische Prinzip, der Gang von unten nach oben, von den Teilen zum Ganzen verlangt? Hier verbindet der Historiker die Teile, die konstituierenden Elemente des Ganzen, unmittelbar seiner Erkenntniskraft, seiner individuellen Anschauung. Sein eigenes Inneres wird Ausgang und Maßstab, es wird gestaltend für innere Begründung, Erklärung, Beurteilung, für Deutung von Quellen, Verknüpfung der Teile, Herstellung des Zusammenhanges.

Genauer charakterisiert sich der synthetische Weg von unten nach oben als Verfahren von innen nach außen: von den konstituierenden Elementen zu dem Konstituierten (Ganzen), wobei der Forscher selbst der eigentliche Grundstein, das Fluidum der Erkundung und Darstellung des Ganzen ist. Im Charakter des synthetischen Ausganges steckt von selbst gegenüber dem Gegebenen und Geschehenen das Moment subjektiv eigenherrlichen Bauens und Gestaltens.

Aus dem Wesen des synthetischen Prinzipes heraus erhält auch die vielbeschriebene „voraussetzungslose Forschung" ihre innere Beleuchtung. Jedes Erkennen und Forschen muß einen Anfang nehmen. Der Anfang setzt einen Ausgang voraus. Dieser kann blos stattfinden entweder auf analy-



tischer oder synthetischer Basis. Jene verlegt den Ausgang nach außen, in das Ganze, in die Sache, in das Geschehene, um es wissenschaftlich zu erkennen, zu prüfen, erklären, beweisen; diese verlegt ihn nach innen, beim Unterrichte in den Schüler, bei der Forschung in den Forscher, um von innen heraus das Ganze erstehen zu lassen. Beide Ausgänge haben demnach naturnotwendig eine Voraussetzung. Der analytische Objektives, Gegebenes, die Sachen; der synthetische das individuelle Erkenntnisvermögen und den individuellen Gesichtskreis. Der analytische Ausgang macht das Erkennen regressiv, der synthetische progressiv; erstere Erkenntnisweise ist aposteriorisch, letztere apriorisch.

Die Frage, ob „gebundene" oder „voraussetzungslose Forschung" hat vor dem Forum der Logik und Methodik gar keinen Sinn. Sie kann bloß lauten, ob der Ausgang der Forschung analytisch oder synthetisch, ob die Erkundungsweise aposterioristisch oder apriorisch ist, ob bestimmte Geschehnisse und Tatsachen zum Erforschen oder von sich aus bestimmende, bauende, gestaltende Forscher vorauszusetzen sind. Indem der „Voraussetzungslose" nicht analytisch von der Sache ausgeht, setzt er sich selbst voraus, macht das „Ich" zum Ausgang und tritt mit seinem Gesichtskreis ohne naturgemäße Verbindung unmittelbar, also sachlich verbindungslos und ungebunden, an das Forschungsobjekt heran. Methodisch wissenschaftlich betrachtet bedeutet „gebundene" Forschung die vom Objektiven, von der Sache ausgehende Forschung, „ungebundene" oder „voraussetzungslose" die vom „Ich" anhebende, wobei der individuelle Gesichtskreis und Maßstab unmittelbar anbindet und bindet im Verlaufe des Forschungsprozesses. Solche Geschichtschreibung ist ihrer Natur nach apriorisch vom Forscher aus, darum eine Rekonstruktion des äußeren Gerüstes historischer Begebenheiten oder der Weltgeschichte mit subjektiver Füllung des Inneren des

Gerüstes. „Voraussetzungslose Forschung“ ist ein Nonsens, das Produkt der Angst und Scheu vor allem Übernatürlichen, besonders vor Jesus Christus, dem Brennpunkte der Menschheit und ihrer Geschichte, ein billiger Deckmantel für Geschichtskonstruktion. Die heutige Forschung versteht vielfach unter Methode bloß mehr Äußeres und Technisches, ohne auf den Grund vorzudringen, nach welchem logischen Prinzipe diese Dinge zur Erkundigung dienen. „Unter Methode,“ sagt treffend Ruville, „wird nur die philologische Untersuchung, die Schrift- und Sprachvergleichung, die diplomatische Prüfung, die Feststellung der Abhängigkeiten, die zwischen den Schriften und Werken bestehen, und ähnliches verstanden“ (S. 213). Das Übergehen der naturgemäßen logischen Unterlage bedroht die Geschichtschreibung mit Auflösung: soviele Historiker, soviele Ausgänge, nicht selten von recht kleinlichem, beschränktem Gesichtskreis. Man muß den Mut und die Überzeugungskraft von Ruvilles bewundern, dem Areopag der „Voraussetzungslosen“ die Parole: „Zurück zu Christus und seiner Kirche“ zuzurufen. Muß doch drüben dieses inhaltschwere Wort erklingen wie aus einer versunkenen oder dem Versinken nahen Welt. Es ist umgekehrt ein Warnungsruf aus der einzig noch auf festem Grunde stehenden Welt vor Auflösung trotz allen Fortschrittes der Forschungsmittel, ein Sammelruf zu großer, einheitlicher Auffassung der Menschheitsgeschichte.[1])

1) „Alle Geschichte muß ihre innerste und tiefste Einheit in Gott aufsuchen, von dem sie Urbeginns ihren Ausgang zuerst genommen, zu dem als ihrem Ziele sie wieder zurückstrebt, und dessen ununterbrochenem Walten und Wirken sie in ihrem ganzen Verlaufe sich nicht zu entziehen vermag. . . . Der Sonne am Himmel gleich steht das lichtstrahlende Auge der Vorsehung geöffnet über der Welt und der Geschichte. . . . Nur wenn der Schwerpunkt seine Haltung gefunden, erhält sich um ihn her alles in ruhiger Schwebe. In gleicher Weise wird es auch im geistigen Gebiete nur dann gelingen, ein System von Tatsachen in sich zu ordnen und zu befestigen, wenn man die rechte Wahrheit . . . an ihre rechte Stelle in den Schwerpunkt aller Massen hinstellend, diese im Gesetze des

Nach Charakter und Aufgabe muß die objektive, gesunde Forschung vom Ganzen zu den Teilen gehen. Erforschung und Schreibung der Menschheitsgeschichte ist nicht ein Schaffen derselben, sondern ein von außen nach innen, rückwärts gehendes Eindringen, Prüfen, Erklären, Beleuchten, Begründen, Ergründen, Verbinden des Geschehenen. So gewinnt die Erkenntnis ein Bild desselben. Je tiefer der Forscher gräbt, je trefflicher seine innere Rüstung, desto wahrheits-

---

Gleichgewichts an sie knüpft, und alle Gegensätze an ihr sich ausgleichen läßt. Alle die geschiedenen Momente werden dann in Eintracht zu einem großen Ganzen einander sich beigesellen; eines wird das andere bejahen und bekräftigen, wie sie, wenn das Unrechte die Mitte usurpiert, in stetem Streite durcheinanderschreiend, unversöhnlich und rastlos sich bekämpfen und nimmer zu ruhiger Eintracht gelangen mögen." So unser großer Johann Joseph von Görres über die Grundlage und einheitliche Auffassung der Weltgeschichte. Vergl. Dr. M. A. Strodl „Über Grundlage, Gliederung und Zeitenfolge der Weltgeschichte. Drei Vorträge, gehalten von J. Görres (November 1829) S. 25, 12, 40 f. Charakteristisch ist auch folgende Stelle (bei Strodl S. 91): „Alles das, was durch alle Gebiete des Daseins im Laufe sovieler Jahrhunderte der menschliche Geist hervorgebracht, was er in Wissenschaft und Kunst geleistet, was er im ethischen Gebiete sich errungen, die Weise, wie er die gesellschaftlichen Verhältnisse sich ausgestaltet, die Wechselfälle des großen Kampfes, den er mit der Natur in sich und um sich her gestritten, die wechselnden Formen der Weltanschauung, die er in den verschiedenen Zeitaltern sich gewonnen, das alles geht in den Umkreis ihrer (der Geschichte) Betrachtung ein, und, indem sie es geordnet in jenem gottgegebenen Gesetze und beleuchtet im Strahle jener höheren Wahrheit schaut, wird ihr das große Schauspiel, welches durch die Jahrhunderte durchspielt, etwas anderes als ein zweckloses Getriebe elender Leidenschaften, aus nichts, durch nichts und um nichts sich endlos mühend." Strodl zitiert auch W. v. Humboldts Abhandlung „Über die Aufgabe des Geschichtschreibers". „Wer nur dem Wege kritischer, ja parteiloser Ergründung des Geschehenen allein folgt, verfehlt das Wesen der Wahrheit selbst. . . . Die Weltgeschichte ist nicht ohne eine Weltregierung verständlich", sagt Humboldt (Strodl S. 168 f.). Die Weltgeschichte ist eben ein organisches Ganzes.

getreuer das Bild. Insofern redet man mit Recht vom Schaffen eines Geschichtsbildes auch auf analytischer Basis.

Bei diesem Ausgange verbindet sich das forschende Erkennen nicht unmittelbar mit den Teilen, sondern mittelbar durch die Auffassung des Ganzen.[1]) Dem Ergründen und Verstehen der Teile muß eine Gesamtauffassung des Vorganges oder der Weltgeschichte vorangehen. Statt Gesamtauffassung sagt Ruville „Gesamtbild", welches auf Grund der aus Jesus fließenden Weltanschauung, konkret der katholischen Religion, sich bilden solle (S. 104 ff.). Das Allgemeine sei für das Einzelne unentbehrlich. So sei auch die einzig richtige Weltanschauung unentbehrlich für das richtige Gesamtbild, welches die ganze Einzelforschung mit all ihren verschlungenen Gestaltungen beherrsche (S. 109, 104). Gewiß.

Wer die aus Christus fließende Weltanschauung als die allein richtige, feste Grundlage des Gesamtbildes erklärt, muß sie konsequent als unverrückbar nehmen. Wenn an dem darauf erstandenen Bilde Ausmerzung nötig wird, so kann das nur auf die subjektive Seite; auf jene des Forschers, auf nicht genügende Rüstung, auf Irrung im Forschungsprozesse u. dgl. treffen.

In dieser Lebensfrage für objektive Geschichtsforschung, an welcher letzten Endes über den Weg von unten nach oben oder von oben nach unten entschieden wird, läßt leider von Ruvilles Werk die Lichtheit des Standpunktes, um mich so auszudrücken, stark vermissen. „Das Gesamtbild auf katholischer Grundlage hat wissenschaftlich nur als Entwurf zu gelten, der immer wieder mit den Quellen und Forschungsergebnissen konfrontiert werden muß, der nötigenfalls der Abänderung unterworfen ist." Es fragt sich, was der Abänderung und Ausmerzung unterworfen ist. Herr von Ruville fährt nun fort: „Dieses Bild soll prinzipiell nichts Feststehendes, und mit ihm soll auch der religiöse, der katholische Kern, wissenschaftlich betrachtet, nicht unverletzbar sein. Was

1) Vergl. Willmann. „Didaktik." 2. Bd., S. 249.

nicht stimmt, was zu unlösbaren Widersprüchen führt, soll der Abwandlung oder Beseitigung anheimfallen" (S. 102). Wenn der religiöse Kern verletzbar sein darf und kann, was ist er dann wert als objektives Fundament? Wer ist Kriterium, Maßstab, Anhaltspunkt zur Lösung „unlösbarer Widersprüche"? Wenn der konkrete religiöse Kern abgewandelt oder beseitigt werden soll, wo soll die Abwandlung beginnen, aufhören? Wer spielt hiebei das Kriterium? Etwa die Quellen und Forschungsergebnisse? Aber gerade die innerlich angemessene Behandlung der ersteren und der gesunde Verlauf des Forschungsprozesses bedürfen einer objektiven, einheitlichen Unterlage, wenn sie nicht dem Subjektivismus und der bloßen äußeren Technik preisgegeben sein sollen. Die eben zitierten Stellen werden wieder aufgehoben durch folgenden Satz: „Die von Christus stammende Weltanschauung ist die einzige, die keine Widersprüche zeitigt, keiner Abwandlung bedarf" (S. 106). Dagegen heißt es unmittelbar weiter: „Vor der Wissenschaft gilt sie als Hypothese wie die anderen Weltanschauungen, die man der Weltgeschichte zu Grunde legt" (S. 106).

Wie ist solcher Widerspruch möglich? Herr von Ruville ist Historiker. Daß er in schweren, sein Fach berührenden, philosophisch-theologischen Fragen manches vermengt, ist nicht zu verübeln. Daß er, wie mir scheint, eigenes Erlebnis zum Werdegang der unerschütterlichen Überzeugung von der Wahrheit der katholischen Religion macht, ist begreiflich. Er unterscheidet nicht zwischen dem objektiven Verhältnis der katholischen Glaubenslehre zur Wissenschaft und deren Verhältnis subjektiv zum Forscher, der sie als Ausgang benützen will. Als „Hypothese" oder besser gesagt unter dem Gesichtspunkte des sogenannten wissenschaftlichen Zweifels gehört sie zum Ressort des Apologeten und Religionsphilosophen, nicht zu dem des von ihr ausgehenden Historikers. Ferner unterscheidet von Ruville nicht zwischen dem objektiven, äußeren, einzig wesentlichen Glaubensbeweggrund (Autorität Gottes) und subjektiven Momenten der Glaubensüberzeugung. Infolge



der Vermischung meint er, der Forscher könne und müsse die katholische Religion „vorläufig als wahr" (S. 177), wenigstens im Sinne der „Vermutung" oder „Anschauung" (S. 106) seinem Bilde unterlegen. Die Verfolgung der katholischen Religion bis in ihre letzten Konseqenzen werde die Vermutung von der Wahrheit zur Gewißheit erheben und die innigste Verbindung mit Jesus in der heiligen Eucharistie lasse keinen Zweifel an seiner Göttlichkeit. Von ihr gelange der Forscher dann zu dem festen Bau der Dogmen und weiter hinab zu dem ganzen, weitverzweigten Glaubenssystem (S. 108). v. Ruville verwechselt hier auch das wichtigste und heiligste Element und Ferment des katholischen Glaubenslebens mit dem Glaubensprinzip für den Block der Dogmen. Faktisch ist deren Wahrheit und die Überzeugung hievon auf das historische und religiöse Erproben verwiesen. Dieses Erproben wurde früher Erfahrung genannt, in neuester Zeit wird es Erleben tituliert.

In wahrhaft schöner Form hat ja der Herr Verfasser überzeugungsvoll die Bedeutung der katholischen Religion gegenüber allen anderen Weltanschauungen für die historische Forschung durchgeführt. Freund und Gegner, Fachmann und Laie werden eine Fülle von Anregung und Klärung aus dem Buche schöpfen, welches eine gewisse Gesamtorientierung über das Wesentliche der Geschichtschreibung und über die Grundzüge der heutigen akatholischen Forschung bietet. Vorurteilsfreies Durcharbeiten des Werkes legt von selbst die Frage nahe, wie es überhaupt möglich werden konnte und ist, unter christlichen Völkern eine Geschichte der Menschheitsentwicklung zu schreiben unter Ausschaltung alles Übernatürlichen, ohne Jesus als Mittelpunkt. Christus ist wirklich die Goldbrücke und das katholische Glaubenssystem das Goldgerüst. Aber man muß beide objektiv als Grundlage der Forschung mit der geschichtlichen Wirklichkeit verbinden. Zwar weht Gottes Geist, wo er will. Doch der ordnungsgemäße Weg zu Jesus Christus, als dem Herrn der Weltgeschichte, führt nicht von der Erfahrung aus, nicht





von unten nach oben. Einige andere Übersehen dogmatischer Art (z. B. S. 154) seien hier übergangen.

„Das Gesamtbild, wenn es zuverlässig sein soll, läßt sich nur gewinnen durch Angliederung der bekannten Weltentwickelung an einen unerschütterlichen Kern ewiger Wahrheit" (S. 202). Jede Wissenschaft muß bei anderen, besonders solchen, die mehr oder minder in ihr Gebiet hineinragen, Anlehen aufnehmen, ohne ihre Würde oder ihr Charakteristikum einzubüßen. So bedarf auch die Geschichtswissenschaft und -Forschung mancherlei Hilfe von benachbarter Seite. Sie soll eindringen in die Handlungen, Motive, Pläne, Charaktere längst heimgegangener Geschlechter. „Ohne bestimmte Basis geht es nicht" (S. 171). Nur ein konkreter und konformer Schlüssel kann das richtige Eindringen ermöglichen. Wenn der Standpunkt eines Forschers als wissenschaftlich gilt, welcher das Streben und Handeln der Menschen in der Suche nach „Brot und Spiel" und im Kampfe darum sich erschöpfen läßt, wie weiland im verfallenden Rom — warum soll der Standpunkt unwissenschaftlich sein, welcher die Religion als wesentlichsten Faktor der Menschheitsbetätigung in die Geschichtschreibung einsetzt? Nimmt diese gewisse unveränderliche Wahrheiten aus der religiösen Welt zur Hilfe, so schadet das weder ihrem Charakter noch ihrer Aufgabe; sie holt das Nötige herbei, was sie selbst nicht schaffen kann. Es gehört ja zur Natur einer jeden Wissenschaft, daß sie gewisse Grenzen hat.

Benützung ewiger Wahrheit zur Gesamtauffassung und deren Einstellung in die Forschung liegt schön ausgedrückt in den Worten des Psalmisten: „Dein Wort, o Herr, währt ewig . . . es ist eine Leuchte meinen Füßen und ein Licht meinen Pfaden" (Ps. 118). Fürwahr ein Licht, wie dauernd, mackellos und hell kein anderes zu leuchten vermag, auch für Geist und Feder des Historikers. Das Lichtlein menschlichen Verstandes, auch wenn es in jahrzentelangem Studium sich emporzuschrauben sucht, bescheint überoft nicht





einmal den nächsten Wirkungskreis und die Begebnisse unmittelbarer Gegenwart hinreichend. Der Mensch ist ja schon an die Gesetze des Denkens gebunden, wenn er als ernst und vernünftig genommen sein will. Im Natur- und positiven Gesetze hat Gott seinen Willen kundgetan. Er sagt jedoch nicht: Du mußt, sondern „Du sollst". Er respektiert, sozusagen, die menschliche Willensfreiheit. Pflicht, aber kein Zwang ist dem Geschöpfe auferlegt. Das Schicksal des Lebens der Völker und der einzelnen Menschen ruft aus Jahrtausenden heraus eine unumstößliche Tatsache in die Welt. Beobachtung des Natur- und positiven Gesetzes ist eine Pflicht und zugleich eine noch viel größere Wohltat, ja ein Postulat für die Menschheit selbst. Diese ist weder im einzelnen noch als Ganzes, weder im Leben noch im Sterben souverän. Ihr Sein und Schicksal ist demnach bedingt durch eine souveräne, über ihr stehende Leitung. Auf deren Achtung ruht die innere und äußere Ordnung des Lebens der Menschheit. Ausschaltung und Verwerfung der übernatürlichen Ordnung bedeutet für die Menschen nach der einen Seite, nach innen und für den einzelnen, Subjektivismus, dann sich fortstufend Individualismus, Übermenschentum und zuletzt Unmenschentum, nach der äußeren, allgemeinen Seite vollen Anarchismus. Das Einzelne ohne Bindung durch das Ganze zerstört dieses; das Niedere ohne Bindung durch das Höhere richtet sich selbst zu Grunde. Bindung durch das Höhere bedeutet für das Niedere zugleich naturgemäße Verbindung, Ordnung und Gesetzmäßigkeit nach unten und nach oben, nach innen und außen.

Geschichtsforschung und -Schreibung ist Menschenwerk, welches der Verbindung bedarf. Verknüpft es sich nur dem einzelnen Menschengeiste, so ist es innerlich ordnungslos und darum willkürlich gegenüber dem Inneren der Weltgeschichte. Das Anlehnen der Gesamtauffassung und des Forschungsprozesses an positive christliche Wahrheit ist ein durch die menschliche Natur und durch das Objekt der Forschung gegebenes Postulat und eine Wohltat für wahre Geschichts-



schreibung.[1]) Auch hier ist Bindung zugleich naturgemäße Verbindung mit dem Objekte, darum zugleich innere Ordnung und Gesetzmäßigkeit, welche die Bedingung bildet für richtige Behandlung und Anwendung der äußeren Forschungsmittel.

Willig oder widerwillig muß die menschliche wissenschaftliche Betätigung von Geschlecht zu Geschlecht das einfache und doch unverschiebbare Wort der heiligen Schrift bestätigen: „Gott selbst ist Führer zur Weisheit und Lenker der Weisen" (Buch der Weisheit, 7, 15).

Von der Anknüpfung an eine positive Unterlage war die Forschung zum weit überwiegenden Teile wohl niemals ferner als in der Gegenwart. Ruvilles Ausführungen und Hinweise verdienen die ernsteste Beachtung in allen Lagern. „Das dürfte wohl der Grundfehler der heutigen Geschichtswissenschaft sein, daß sie von dem Bestehen einer göttlichen Wahrheit kaum noch etwas weiß, jedenfalls davon absieht, sie irgendwie zur Geltung zu bringen und zu benützen . . . Der heutige Zustand bildete sich heraus, wo man nicht bloß den echten Glauben als Grundlage verwirft, sondern meistens bereits die Unwahrheit der Wahrheit als unumstößliches Dogma verwendet" (S. 169, 157). Der einzige Pol

1) „Die Wissenschaft vergegenwärtigt den Lauf des Geschehens in der Welt dadurch, daß sie die Spuren und Eindrücke, die Momente und Stadien, kurz alle nur irgendwie zugänglichen argumenta externa, die äußeren, unabhängigen, ursprünglichen Merk- und Erkennungszeichen des Weltlaufes sammelt, beschreibt, ordnet, deutet und zwar objektiv, nämlich so, daß die Tatsachen in erster Linie selber zum Worte kommen." Dr. Karl Braig in „Modernismus und die Freiheit der Wissenschaft" S. 30 f. Bei dieser Arbeit ist dem Forscher die Gesamtauffassung der Geschichte vom einheitlichen Standpunkte der Religion aus Lichtpunkt, beziehungsweise negativer Orientierungspunkt. Ohne sachlich zutreffende Gesamtauffassung ist im allgemeinen ein objektives Beschreiben, Ordnen und Deuten der argumenta externa und damit objektive Sprache der Tatsache nicht möglich. Die argumenta selbst müssen letzten Endes einen äußeren, objektiven Beziehungs- und Brennpunkt haben. Jede innere Verbindung ist zugleich stets eine gewisse Bindung.





und Schutz ewiger Wahrheit, die katholische Kirche und Religion, muß bei solcher Geschichtschreibung natürlich am schlimmsten wegkommen. „Die Unbrauchbarkeit der Kirche wird gleich als Tatsache vorausgesetzt, wie es der protestantische Standpunkt fordert, und dann meist nach Umständen gesucht, die dieses Urteil zu bekräftigen geeignet sind. Man fragt sich erstaunt, wie gewiegte Forscher, die jeder kleinsten Frage auf den tiefsten Grund zu gehen gewohnt sind, die gewaltigste Institution der Weltgeschichte mit solcher Oberflächlichkeit und Nachlässigkeit behandeln können" (S. 177). „Ganz besondere Verheerungen richtet in der historischen Literatur die Urteilslosigkeit über das Ordenswesen an" (S. 183).

Wie ist das alles möglich? „Ohne jene religiös-sittliche Ausreifung des Innern, ohne jene Überlegenheit oder zum mindesten Gleichwertigkeit gegenüber dem Forschungsgegenstande sind dauernd giltige Urteile, sind ursächliche Verknüpfungen, die sich bewähren, bei den ans Übernatürliche rührenden Untersuchungen nicht zu erlangen" (S. 200 f.). Der katholischen Kirche und Religion steht der Großteil der Geschichtschreiber innerlich völlig fremd oder doch ganz entfremdet gegenüber. Zwischen dem Forscher und seinem Objekte mangelt hier jede *innere* Verbindung und *sachliche* Voraussetzung. *Damit ist die katholische Kirche und Religion vogelfrei für den als Ausgang dienenden, als Maßstab fungierenden Gesichtskreis und Forschungsapparat des Historikers.* Fremdsein in einem Gegenstande heißt verständnislos und urteilslos sein über ihn. Ein Forschen und Urteilen auf Grund der Verständnis- und Urteilslosigkeit kann nicht ernst genommen werden in seinen Resultaten. Diese sind im vorhinein ein synthetisch-eigenherrlich erstandener Bau. Trotzdem „forscht" und waltet die Urteilslosigkeit über Wesen und Ziel, über Organisationen und Institutionen, über Ursprung, Vergangenheit, Einfluß, Kult der Kirche, über Grundsätze, Handlungsmotive leitender kirchlicher Persönlichkeiten von einst und jetzt usw., mit auf-

gemachtem Nimbus, als ob nur die Verständnislosigkeit in diesen Dingen urteilen könnte! Es gelten nämlich dabei diejenigen, welche die von der „voraussetzungslosen Forschung" gewiesene subjektivistische Bahn gegenüber der Erneuerin des Angesichtes der Erde nicht betreten und wandeln wollen, selbstverständlich als rückständige, gebundene Leute, fernab der Höhe und Forschung der heutigen Geschichtschreibung.

Wer Christus von seiner Stelle als Zentrum der Menschheit und ihrer Geschichte verdrängt, macht sein „Ich" zum Ausgang der Forschung, „Christus heri et hodie, ipse et in saecula.

Schraml, bisch. geistl. Rat.

## XX.

## Bemerkungen zur modernen Kunst.

Leider gibt es unzählige Menschen, die bereit sind, alles mitzunehmen, was modern heißt, sei es, daß sie sich gedankenlos und gewohnheitsgemäß allem Neuem anschließen, sei es, daß sie befürchten, in den schrecklichen Verdacht zu geraten „rückständig" zu sein. Ein fürchterliches Schreckwort, namentlich für eitle Menschen! Es fragt sich aber, ob das, was als „rückständig" bezeichnet wird, auch wirklich diesen Vorwurf verdient? Vieles jedenfalls nicht! Zunächst ist die laxe Moral, die Schamlosigkeit, die sich auf dem Gebiete der Literatur und Kunst immer mehr geltend macht, doch sicherlich kein Fortschritt, sondern ein Rückschritt schlimmster Art.

Man hat häufig die wichtige Frage aufgeworfen, inwieweit die Darstellung des Nackten in der Kunst[1]) moralisch erlaubt sei? Da hier nach Ansicht vieler sehr weitgehende Grenzen gezogen werden dürfen und infolgedessen sich der

1) Vergl. Bd. 133 S. 229 ff. dieser Blätter.



Nacktkultus in der Kunst immer mehr ausbreitet, beginnt leider auch in katholischen Kreisen das Gefühl für Anstand und Sitte mehr und mehr zu schwinden. Umso sorgfältiger sollte man darauf bedacht sein, daß die noch unverdorbenen Gemüter wenigstens in der christlichen Kunst, insbesondere in unseren Kirchen eine Zufluchtsstätte reinen Genusses finden, daß hier alles Unanständige und Sinnenreizende peinlichst ferngehalteu werde.

In neuerer Zeit ist aber selbst von christlichen und wohlmeinenden Kunstfreunden die Ansicht vertreten worden, daß es wohl gestattet sei, das Nackte darzustellen, wenn nur der ideale Inhalt im Kunstwerke überwiege. Dieser Grundsatz dürfte aber doch nicht allgemein als berechtigt hingestellt werden. Es fragt sich zunächst, was darf nackt dargestellt, und wie darf dieses dargestellt werden? Es müßten hier scharfe Grenzen gezogen werden. Auch wenn der ideale Inhalt überwiegt, darf sich nebenbei nicht das Geringste geltend machen, das sinnenreizend wirken könnte. Auch bei der Vorherrschaft des Idealen kommt es doch vor allem auf den Beschauer an, ob das Ideale sich bei ihm derart stark geltend macht, daß daneben jeder Sinnenreiz verschwindet. Man geht offenbar von der falschen Ansicht aus, daß bei allen Menschen der Idealismus überwiege. Leider ist dies nicht der Fall. Viele, sehr viele Menschen sind durchaus nicht ideal veranlagt oder durch Verführungen aller Art mehr oder weniger verdorben und gewöhnt, vorzugsweise das Niedrige auf sich einwirken zu lassen. Aber auch der unverdorbene und idealste Mensch ist Versuchungen ausgesetzt und kann seinen menschlichen Schwächen unterliegen. Selbst viele der größten Heiligen waren schweren Versuchungen unterworfen und Gott selbst hat uns im „Vater unser“ zu beten gelehrt: „Führe uns nicht in Versuchung“. Die Sorgfalt, mit der manche den Versuchungen aus dem Wege zu gehen und alles Unreine zu meiden pflegen, ist doch gewiß sehr achtenswert und verdient nicht, wie es leider zu häufig, auch von katholischer Seite geschieht, verächtlich als Prüderie



bezeichnet zu werden. Unzählige Heilige, der hl. Aloysius an der Spitze, dürften dann nicht mehr als vorbildlich gelten!

Es mag auch sein, daß manche Menschen etwas zu empfindlich, vielleicht krankhaft reizbar sind. Aber im Zeitalter einer weitverbreiteten Nervosität dürfen auch solche eine gewisse Rücksicht beanspruchen und nicht gerade unnötiger Weise Versuchungen ausgesetzt werden. Jedenfalls sind, von krankhafter Reizbarkeit ganz abgesehen, die Menschen sehr verschieden. Manche Menschen haben ein sehr schlechtes imaginatives Gedächtnis. Bei ihnen verwischen sich die bildlichen Eindrücke gar bald, bei anderen haften sie länger, unter Umständen sogar fürs ganze Leben. Die einen haben wenig, die anderen viel Phantasie. Bei diesen kombinieren sich die Eindrücke zu neuen Bildern und Handlungen. Sie nehmen Leben an und arbeiten weiter. Was dem einen ungefährlich ist, schadet dem andern und Darstellungen, die für Männer unbedenklich erscheinen, können auf Frauen sinnenreizend wirken und umgekehrt. Taktvolle Künstler und Auftraggeber werden dies nie außer acht lassen und nicht ausschließlich das eigene Empfinden zum Maßstabe nehmen. In dieser Hinsicht wird aber leider viel gefehlt.

Es klingt überaus lächerlich, wenn Vertreter des schrankenlosen Nacktkultus hohngrinsend und echt pharisäerhaft entgegnen: „Dem Reinen ist alles rein“ und: „Man muß schon eine sehr verdorbene Phantasie haben, wenn man in diesen oder jenen Nuditäten eine Unanständigkeit erblicken will.“ Freilich, wer an starke Reize gewöhnt, schon vollständig „abgebrüht“ ist, für den hat manches, was anständigen Menschen unanständig erscheint, keinen Reiz mehr! Offen und ehrlich urteilt in dieser Hinsicht Goethe in seinem herrlichen Nachruf an Schiller (Epilog zu Schillers Glocke):

„Er mochte sich bei uns, in sicherm Port
Nach wildem Sturm zu Dauerndem gewöhnen.
Indessen schritt sein Geist gewaltig fort
In's Ewige des Wahren, Guten, Schönen
Und hinter ihm im wesenlosen Scheine
Lag, was uns alle bändigt, das Gemeine.“



Goethe, dessen große Menschenkenntnis doch wohl nicht anzuzweifeln ist, rechnet also die Reinen, denen er Schiller, wenigstens in seiner späteren Zeit zuzählt, zu den Ausnahmen und bekennt mit einer Offenheit, die man hochachten muß, daß er und fast alle Menschen „gebändigt“ werden vom „Gemeinen“ (!).

Viele halten sich für gerechtfertigt, wenn ihre zur Schau gestellten Nacktdarstellungen frei sind von niederer Auffassung, wenn sie idealisiert sind, mit der Begründung, daß die, welche hier dennoch Anreiz zum Niederen finden, ganz minderwertig seien und keine Rücksichtnahme verdienen. Die Schuld läge ausschließlich auf ihrer Seite. Dies ist aber durchaus nicht der Fall. Denn selbst wenn die zum „Gemeinen“ hinneigenden Menschen nicht, wie Goethe annimmt, in der Mehr- sondern in der Minderzahl wären, so würde man doch ihnen gegenüber noch nicht von jeder Rücksichtnahme entbunden sein. Im Gegenteil der Gesunde wird, wenn er christlich und edel denkt, auf den Kranken Rücksicht nehmen, er wird auch dem Schwachen und Minderwertigen Mitleid und Nachsicht nicht versagen und bedenken, daß auch der schlechte Mensch bei fortgesetztem Reiz zum Bösen noch tiefer sinken kann, andererseits aber auch bei ihm eine Besserung niemals ausgeschlossen ist. Auch dem Minderwertigen gegenüber gelten genau dieselben Christenpflichten und das Gebot „Du sollst kein Ärgernis geben!“

Schreiber dieser Zeilen glaubt sehr tolerant zu sein und verachtet auch die schlechtesten Menschen nicht. Wir sind nun mal verschieden veranlagt und leben in sehr ungleichen Verhältnissen. Wie groß die Schuld des Einzelnen ist, entzieht sich daher vollständig unserer Beurteilung. Man soll niemanden verurteilen, auch den verdorbensten Menschen nicht, so lange er nur seine Schlechtigkeit für sich behält und sein Streben nicht darauf gerichtet ist, seine Mitmenschen zu verderben.

Man möge daher in der christlichen Kunst die Darstellung des Nackten möglichst zu vermeiden suchen. Ein

talentvoller Künstler bedarf auch dieser Mittel nicht. Schönheit läßt sich genügend zur Geltung bringen in Form und Haltung der Figuren, in der Gewandung, der Gruppierung, der Verteilung von Licht und Schatten und einer harmonischen Farbengebung. Das Nackte immer mehr zur Geltung zu bringen, entspricht auch nicht dem höchsten Zwecke der Kunst, die Menschheit zu veredeln, und ist durchaus kein Fortschritt, wie denn auch manches andere in der neueren Kunst viel eher auf einen Rückschritt, auf eine Verfallszeit hinweist.

Als einen Fortschritt kann man auch wohl nicht das fast gewaltsame Streben unserer Zeit betrachten, einen neuen Stil zu schaffen. Alles Verlangen, alles noch so laute Rufen nach einem eigenen Stil, hat bisher nur mehr Verwirrung und Haltlosigkeit als ruhige Entwicklung gebracht und wird vielleicht immer mehr zur Auflösung und zum Verfall führen. Ein neuer Stil, wenn ein solcher überhaupt unter den heutigen Zeitverhältnissen möglich wäre, könnte doch nur sehr langsam, ohne Zwang von innen heraus geboren werden. Ein gewaltsames Streben führt nur zu Experimenten und vorübergehenden Modetorheiten. Wie rasch hat der sogen. Jugendstil mit seinem faden „Bandwurmornament" sich überlebt! Alle Macher und die ihm damals zujubelten, stimmen jetzt ein in ein vernichtendes Urteil. Auch die übertriebene Wertschätzung des sogen. Impressionismus in der Malerei beginnt man schon auf das richtige Maß zurückzuführen. Wieviele verschiedene und wechselnde Richtungen sahen wir bis heute. Zu Anderem als Moden in der Kunst ist, wie es scheint, unsere Zeit nicht veranlagt bei ihrer Zerfahrenheit, ihren schroffen, sozialen und religiösen Gegensätzen, dem Luxus und Protzentum, dem schrankenlosen Subjektivismus der Künstler, der Sucht nach Auffallendem und Sensationellem und der Vorliebe für Änderungen und steten Wechsel. Wir haben zwar noch manche Ästhetiker von gesundem Geschmack, Schriftsteller sowohl wie Künstler. Doch was vermögen einzelne gegen die Unmenge



von Unvernunft und Geschmacklosigkeit. Zudem immer Wechsel im Genuß und in Vergnügungen, und welche, Vergnügungen! Varietétheater und Kinematograph stehen jetzt an erster Stelle. Sie sind charakteristisch für unsere Zeit. Nach außen Glanz und Reichtum, im Innern Fäulnis.

Als ein wahrer Krebsschaden wirkt auch die immer mehr der Kunst sich bemächtigende Reklame. Mit dem wachsenden Kunststudium hat sich die Zahl der Künstler und derer, die es seien möchten, unheimlich vermehrt. Es wird jetzt in allen Schulen sehr viel gezeichnet. Mancher Schüler, der nun etwas mehr leistet als seine Schulgenossen, glaubt dann gleich die Begabung zum Künstler zu besitzen und leidet von Jugend auf umsomehr an Größenwahn, wenn seine Überschätzung auch von eitlen Eltern genährt wird. Bleiben später die erträumten Erfolge aus, so findet er leicht einen der unzähligen Kunstschriftsteller, der für Geld und gute Worte bereit ist, mit schön und gelehrt klingenden Redensarten in Zeitungen und Zeitschriften die Reklametrommel zu rühren. Man muß staunen, wie minderwertige Kunst, manchmal sogar erbärmlicher Schund in Zeitschriften hoch gehoben wird; noch mehr wächst das Staunen, wenn man sieht, wie auch die Mehrzahl der gebildet sein wollenden Leute sich durch Lobhudeleien, schöne Phrasen und ästhetische Schaumschlägereien vollständig betören lassen, wie Leute, die im übrigen äußerst selbstbewußt, stets das eigene Urteil zur Richtschnur nehmen, hier eine Bescheidenheit zeigen, die geradezu „rührend" ist, sei es aus wirklicher Hochachtung vor der Autorität eines „Kunstgelehrten", sei es aus Angst unmodern und rückständig zu erscheinen, wenn sie nicht immer mit der Strömung schwimmen. Die unwürdige Reklame ist der größte Krebsschaden der modernen Kunst. Es scheint aber, daß jetzt allmählig einsichtsvolle Schriftsteller gegen das schamlose Reklamewesen Stellung nehmen werden. Sogar in Frankreich, wo die Reklame in höchster Blüte stand und noch steht, hat Camille Mauclair auf Grund zwanzigjähriger Beobachtungen am Schlusse einer längeren Abhandlung den

Ruhm der ganzen neueren Malerei für Geschäftsspekulation und Mache erklärt.

Um die Kunst vor Verirrungen und Abwegen zu bewahren, ist ein Anlehnen an ältere Werke durchaus notwendig. Ohne solche Vorbilder kann schließlich auch der modernste Künstler nicht fertig werden. Der eine entlehnt daher hier, der andere dort. Was er aber Neues hinzugefügt, ist vielfach schlechter als das Alte, oft geradezu widersinnig und lächerlich. Inbezug auf den Wohnbau hat man dies in neuerer Zeit auch empfunden und sich wieder mehr wie bisher dem Alten, und zwar dem sogen. Biedermeierstil angeschlossen und vielfach schöne und behagliche Wohnstätten geschaffen. Nur, wo man in der Baukunst mit neuen technischen Mitteln arbeitet, dürfte oder müßte man ganz neue Ausdrucksformen suchen. Während aber Stein und Holz nur eine beschränkte konstruktive Möglichkeit und daher nur gewisse formale Gestaltungen, nur gewisse Stilarten zulassen, steht man bei Eisen, Zement und Beton, namentlich wenn dies Material vereint und sich gegenseitig unterstützend verwendet wird, vor einer so großen Gestaltungsmöglichkeit, daß es fraglich erscheint, ob ein besonders ausgeprägter Stil entstehen könnte. Trotzdem ist bei diesem Material, zumal wenn es sich um Bauten handelt, die technischen Zwecken oder dem modernen Verkehr dienen, das Streben nach neuen Formen sehr berechtigt.

Auf dem Gebiete der kirchlichen Baukunst liegen die Verhältnisse anders. Wir Katholiken haben hier ein Erbe der Vergangenheit, um das uns die Modernen beneiden. Diejenigen, die alles, was unter dem Einflusse der katholischen Kirche hervorgebracht ist, zu bemäkeln, zu erniedrigen suchen, die alles als minderwertig hinstellen, müssen mit Neid anerkennen, daß wir in den großartigen, zum Himmel ragenden Kathedralen Bauwerke besitzen, wie sie inbezug auf logische Konstruktion, kunstvolle und reiche Durchbildung in keiner Zeit, weder vorher noch nachher hervorgebracht sind. Auf diesem Gebiete stehen wir an erster Stelle. Wir wären




wahrlich töricht, wenn wir uns diese Vorbilder rauben, wenn wir uns durch Schlagwörter und Lockungen bewegen lassen wollten, jenes herrliche Erbe preiszugeben und gegen Minderwertiges einzutauschen. Möge man auf dem Gebiete der profanen Architektur und für protestantische Gotteshäuser, wenn man für diese nicht mittelalterliche Baukunst nachahmen will, sich nach Neuem umsehen, bei uns würde dies einen Rückschritt bedeuten. Hiermit soll aber kein geistloses Kopieren alter Vorbilder sondern eine selbständige künstlerische Verarbeitung, ein Anlehnen an ältere Formen empfohlen werden und nur an das, was auch heute noch schön, praktisch und nachahmenswert erscheint. Auch soll hier für Wohngebäude, einschließlich Pfarrwohnungen und Klöster keinesfalls der hier nicht geeignete romanische Stil mit seinen Rundbogenfenstern empfohlen werden und der gotische dürfte höchstens modernisiert zur Anwendung kommen. So wären u. a. Spitzbogen und die unpraktischen Fensterkreuze ganz zu verwerfen. Als Vorbilder für das neuzeitliche Wohnhaus eignen sich die mittelalterlichen Stilarten überhaupt weniger. Am nächsten steht uns eben hier der sogenannte Biedermeierstil.

Man hat vielfach behauptet, daß in Industriegegenden zwischen Fabriken, Hochöfen und Arbeiterwohnungen keine romanischen und gotischen Kirchen, sondern nur solche, die mit dieser Umgebung harmonieren, erbaut werden dürfen, und daß Dorfkirchen der landschaftlichen Umgebung angepaßt, vor allem möglichst einfach gehalten werden müßten. Eine gewisse Rücksicht auf die Umgebung ist allerdings, wie in allen Fällen so auch hier, sehr wünschenswert. So wäre in Dörfern ein streng symmetrischer Bau mit Doppeltürmen, wenn die Umgebung einen unregelmäßigen Charakter hat, weniger zu empfehlen als ein mehr malerisch wirkender Gruppenbau mit seitlichem Turm, und mitten im Rauch und Schmutz der Industrie wäre sehr reicher und feiner Zierrat im Äußern, auf dem sich Schmutz ablagern kann, vielleicht weniger angebracht. Doch schwarz und schmutzig

wird hier schließlich auch die einfachste Kirche, da sich allmählig die rauhen Seitenflächen der Ziegel- oder Sandsteine mit Schmutz überziehen.

Ein Gotteshaus darf sich der Umgebung, wenn auch einigermaßen anschließen, doch keinesfalls unterordnen. Auf Dörfern und ebenso in Industriestädten, wo sich materielle Interessen, rastlose Sucht nach Erwerb, mühevolle, aufreibende Arbeit, Elend und Not geltend machen, soll sich die Kirche erst recht von der Umgebung abheben und von profanen Gebäuden unterscheiden. Sie ist ein Gotteshaus, eine Stätte, wo sich das Herz von allem irdischen Jammer aus einer trostlosen, niederdrückenden Umgebung befreien und zu Gott erheben soll. Diesen Zweck hat eine Kirche zu erfüllen. Sie darf und soll sich von der Umgebung möglichst loslösen: als ein eigenartiger, als ein erhabener Bau. Viele Kathedralen des Mittelalters waren nur von armseligen Hütten umgeben und in der Absicht erbaut, sich möglichst über diese hinaus räumlich und künstlerisch geltend zu machen. Die ganze mittelalterliche Kirchenbaukunst mit ihren bewundernswerten, großartigen Schöpfungen ist aus diesem Streben heraus zur Blüte gelangt.

Was Malerei und Plastik betrifft, so wäre es sehr töricht, alles Unschöne und Fehlerhafte, das sich in der Kunst der Vergangenheit neben dem Vorbildlichen oft stark bemerkbar macht, nachzuahmen. Aus diesem Grunde dürfte auch die altchristliche Mosaikmalerei, die jetzt wieder vielfach in Aufnahme kommt, nicht in jeder Hinsicht vorbildlich sein. Sie ist zwar äußerst farbenprächtig, im Figürlichen feierlich und würdevoll. Doch ist man, um diesen Eindruck zu erzielen, oft über das richtige Maß hinausgegangen, so daß die Figuren allzu hart und steif, der Gesichtsausdruck roh und finster geworden ist. Gerade dies wird jetzt leider nicht selten nachgeahmt oder gar noch übertrieben. Aus anderen mittelalterlichen Stilperioden lassen sich mindestens ebenso gute Vorbilder nehmen. Namentlich die Kölner Schule bietet so viel Herrliches, zur Andacht Stimmendes, das auch



jetzt noch befruchtend auf die neuere Kunst einwirken könnte. In diesem Sinne idealisierte Werke werden ebenfalls mit modernen Schlagwörtern auf das Heftigste bekämpft. Ist z. B. Christus mit dem Ausdrucke der Güte und Barmherzigkeit, in Sanftmut und göttlicher Milde dargestellt oder irgend ein Heiliger, auf dessen Antlitz sich schon ein Abglanz ewiger Glückseligkeit wiederspiegelt, so schimpft man verächtlich auf das „Süßliche, Pomadisierte“ dieser Bilder, eine stehende Redensart, die immer wiederkehrt und schließlich auch von Katholiken gedankenlos nachgesprochen wird. Gegen alle, die noch idealisieren, besonders gegen die Schule der Nazarener, wird in dieser Weise aufs schärfste agitiert und gehetzt. Man will durch realistische Darstellungen die christliche Kunst profanieren. Man stellt daher Christus und die Heiligen dar wie gewöhnliche Männer aus dem Volke, denen nichts Heiliges mehr anhaftet, die nicht mehr anziehen, sondern nur abstoßen. Einzelne Maler sind sogar in letzter Zeit dazu übergegangen, Christus am Kreuze nicht allein mit rohen Zügen wie einen hingerichteten Verbrecher, sondern auch ganz nackt, ohne Lendenschurz darzustellen.

Es ist wahrlich schon weit gekommen; man sollte es nicht für möglich halten, daß solchen gotteslästerlichen Darstellungen in Ausstellungen und Zeitschriften Raum gewährt wird! — Aber auch christliche Künstler sind hier in der Darstellung des Nackten oft viel zu weit gegangen, besonders seit der Renaissance, vielfach auch schon im späteren Mittelalter. Das Jesuskind ganz nackt darzustellen, ist in keiner Weise zu rechtfertigen. Selbstverständiich wird die Gottesmutter ihr Kind ebenso bekleidet haben, wie dies gesittete Mütter zu tun pflegen. Andererseits würde es zu weit gehen, Christus am Kreuze wieder, wie es in altchristlicher Zeit geschah, ganz zu bekleiden. Im 15. Jahrhundert pflegte man den Körper nur mit einem schmalen Lendentuch zu versehen, aber meist in abgemagerten und starren Formen, oft auch mit Wunden und Blutungen. Erst in der Renaissance ging man dazu über, üppige, weiche Formen und blühendes Kolorit zu be-

vorzugen. Da der Heiland vor der Kreuzigung sich langem und strengem Fasten und blutiger Geißelung unterworfen hatte, so mußte jene Darstellungsweise als eine Unwahrheit bezeichnet werden, als eine Lüge, mit der man nur dem Reiz äußerer Schönheit zu dienen bestrebt war! Dasselbe darf behauptet werden von der Darstellung der Kreuzabnahme seit der Renaissance und von dem auf dem Schoße der Gottesmutter ruhenden Christuskörper. Diese Gruppe, die sogen. Pietà, begegnet uns im späteren Mittelalter sehr zahlreich und in sehr verschiedener Auffassung, aber fast immer ist Christus abgemagert, oft mit Wunden bedeckt und meistens auch im Zustande der Leichenstarre. Ein üppig fleischiger, weichlich hingeschmiegter, in blühender Fleischfarbe gemalter Körper, wie ihn z. B. Rubens in seiner bekannten Kreuzabnahme zu Antwerpen wiedergegeben und die weichlich, süßliche Darstellung der ebenso bekannten, nur zu oft nachgebildeten Pietà im Dom zu Münster ist unwahr und schon aus diesem Grunde zu verwerfen, obwohl diese Werke in formaler Hinsicht von hohem künstlerischen Werte sind. Hier dürfen nur strengere, herbere Formen gewählt werden, wie sie der Wahrheit entsprechen. Auch ist die richtige Mitte zwischen der vollständigen Bekleidung in altchristlicher Zeit und dem fast unbekleideten Körper zu wählen d. h. der vor dem 15. Jahrhundert beliebten Darstellung des Kruzifixus mit einem bis zu den Knieen reichenden Lendentuch der Vorzug zu geben. Wenn aber Maler oder Bildhauer einen Auftrag dieser Art erhalten, so pflegen sie das Lendentuch nach oben hin zu kürzen und derart tief anzusetzen, daß zu Gunsten sinnlicher Schönheit die Hüfte noch zur Geltung kommt, sodaß das Tuch keinen Halt zu haben und herunterzugleiten scheint. Auch dies ist Unwahrheit und Unnatur. Die einzig richtige Stelle zum Schürzen ist doch nur die Taille, dort wo sich der Oberkörper verengt und unterhalb die Hüftknochen hervortreten und Halt gewähren. Jeder vernünftige Mensch pflegt an dieser Stelle seine Kleider zu schürzen und nicht unterhalb.



Seit Jahrzehnten ist von katholischer Seite gegen die von zahlreichen Geschäften vertriebene sogen. „Fabrikware" und „Surrogatenkunst" gesprochen und geschrieben worden. Da hiergegen in letzter Zeit unter dem Scheine des Wohlwollens auch von nichtkatholischer Seite geeifert wird, so ist die Frage, inwieweit dieser Kampf berechtigt sei, wohl der Erörterung wert. Was man beanstandet, ist: erstens, unechtes Material, zweitens, fabrik- und handwerksmäßige Herstellung, namentlich von Figuren: Herzjesustatuen, Pietàs, Stationsbildern und Heiligenfiguren. Was heißt nun „unechtes" Material? Die Figuren werden doch ausnahmslos bemalt. Ob nun Holz, Stein oder Gyps darunter steckt, ist dem, der seine Andacht vor diesen Figuren verrichtet, vollständig gleichgültig. Jedes Material ist in gewissem Sinne echt und auch der Gyps ist eben „echter Gyps" und für Kopien plastischer Werke das zweckmäßigste Material. Auch in der Antike, in der altchristlichen, karolingischen und romanischen Kunst verschmähte man dieses Material sogar bei Originalwerken nicht! Aus Stuck gefertigte Ornamente und Figuren der romanischen Periode sind noch vielfach erhalten. Was nun den Vorwurf der handwerks- und fabrikmäßigen Herstellung betrifft, so werden auch durch dies Schlagwort viele zu ungünstigen Vorurteilen veranlaßt. Denn etwas, das fabrik- oder handwerksmäßig hergestellt ist, kann doch unmöglich noch zur Kunst gerechnet werden! Sehr richtig, wenn nicht die Sache oft auch anders läge. Nur die Art der Vervielfältigung ist mehr oder weniger eine fabrik- oder handwerksmäßige, das Original d. h. das Wesentliche doch keineswegs. Es handelt sich also im Grunde nur um die Frage: sollen neben Originalen auch Kopien zugelassen werden, oder nicht? Wenn das Original ein einwandfreies Kunstwerk und dies durch die Kopien getreu wiedergegeben ist, dürfte eine solche Vervielfältigung unter Umständen doch wohl einwandlos zugelassen werden! Eine wie große Bedeutung besitzen heute die verschiedenen Vervielfältigungsarten, welche Kunstwerke zu veranschaulichen bestimmt sind,



die Photographie, der Licht-, Zink- und Farbendruck, der Holzschnitt und der Kupferstich! Das ganze Bildmaterial der kunstgeschichtlichen Lehrbücher und Zeitschriften besteht aus Kopien, ebenso Skulpturensammlungen vieler Museen. Mit Reproduktionen schmückt die Wände seiner Wohnräume, füllt seine Studienmappen sowohl der Kunstfreund als der Kunstgelehrte, um sich daran zu bilden und zu erfreuen. Was allgemein erlaubt, sogar gefördert wird, soll nur in der kirchlichen Kunst gänzlich verpönt sein! Reiche Gemeinden mögen für ihre Kirchen Originalwerke beschaffen, doch ärmeren darf die Anschaffung von Kopien nicht als Verbrechen angerechnet werden, unter Umständen sogar den ersteren nicht, vorausgesetzt, daß die Kopien nur hervorragende Meisterwerke getreu wiedergeben. Große Künstler sind zu jeder Zeit selten und vollkommene Originalwerke schwer zu beschaffen. Wieviele Originalwerke, die nicht einwandfrei, sogar mehr wie mittelmäßig, aber zu hohen Summen erworben sind, sieht man in Kirchen, während hier und dort Kopien angetroffen werden, die besser sind als jene, die höchstens in den Augen der Kirchenfeinde den Vorwurf verdienen, daß sie im Ausdrucke idealisiert oder, wie es dann gleich wieder heißt, zu „süßlich“ sind.

Dieser Vorwurf wird vor allem den Andachtsbildern gemacht, die man Kindern zu schenken pflegt. Die Bilder müssen doch für das kindliche Gemüt etwas Anziehendes haben, dürfen nicht zu hart und finster sein. Auch die jetzt in den meisten Kirchen vorhandenen Herzjesufiguren sind beim Volke wohl nur deshalb so außerordentlich beliebt, als uns hier nicht der strenge Richter, sondern der barmherzige, liebevolle Gottmensch entgegentritt. Die zu süßliche Kunst hat noch niemanden verdorben, wohl eher die zu realistische und unanständige Kunst. Wo jedoch der Vorwurf zu großer Süßlichkeit (vielfach ist die Farbengebung zu zart gehalten, manchmal auch der Ausdruck etwas zu weichlich) oder ein anderer Vorwurf wirklich berechtigt ist, da sorge man, daß

bessere Vorbilder vervielfältigt werden, anstatt überhaupt keine Kopien zuzulassen! Also in diesem Sinne heißt es mit Recht: weg mit dem Schund!

Man behauptet ferner, daß durch Verbreitung sogen. Fabrikware die Kunst und Künstler nicht gefördert werden. Das materielle Interesse der Künstler freilich nicht, und es ist das Verlangen gewiß berechtigt, daß, wenn immer möglich, auch dieses gewahrt und gehoben werden soll. Doch wird anderseits nicht zu leugnen sein, daß durch Vervielfältigungen und deren weite Verbreitung, wenn sich die Wiedergaben auf vollkommene Werke erstrecken, der allgemeine Geschmack veredelt wird! Gute Kopien vollkommener Werke können den Geschmack hervorragend fördern, wie denn auch ihr Wert in der Profankunst vollauf gewürdigt ist. Man höre daher endlich auf, die Schlagworte „Fabrikware“ und „Surrogatenkunst“ gedankenlos nachzusprechen oder beschränke wenigstens das wegwerfende Urteil auf das richtige Maß! Wenn es eine Gefahr gibt für die christliche Kunst, so ist es eine ganz andere, die nicht energisch genug bekämpft werden dürfte: es ist die sich immer mehr geltend machende Profanierung der Kunst, die ins Gegenteil von „Süßlichkeit“, die in Verrohung und Entchristlichung auszuarten beginnt.

## XXI.

## Politische Erziehung.

Politische Erziehung. Viele können diese beiden Worte beieinander nicht einmal hören, ohne sich sogleich zu entrüsten. Was hat die Politik und erst recht die Parteipolitik mit der Erziehung zu tun? Erzogen soll die Jugend werden und die Jugend hat nichts mit Politik zu schaffen. Politische Erziehung ist also die unglücklichste Idee von der Welt, eine von den vielen pädagogischen Mißgeburten, mit denen ein dreistes Literatentum fortgesetzt die Menschheit des zwanzigsten Jahrhunderts zu behelligen wagt.

Aber gemach; man könnte auch anders sagen: Gewiß, die Jugend muß erzogen werden. Wer also ein politisch geschultes und erzogenes Volk haben will, muß es in der Jugend schulen und erziehen. Versäumt er das, so bleibt der Nachwuchs eben politisch unerzogen; denn auch hier gilt „Jung gewohnt, alt getan." Bleibt also der Stein des Anstoßes, daß die Jugend in die Politik hineingezerrt werden soll. Und auch der läßt sich, glauben wir, am besten heben durch eine ruhige, nüchterne Betrachtung der Wirklichkeit. Die Klage will allenthalben nicht verstummen, daß die jungen Leute fehlen. Arbeitervereine, katholische kaufmännische Vereine, Bürger- und Volksvereine, alle singen dasselbe Lied, daß die Veteranen vereinsamen, daß die alten Ideale an Zugkraft auf die heutige Jugend eingebüßt haben, daß eine Generation aufwachse, die kaum noch eine Ahnung habe von den schweren Zeiten, die ihre Väter durchgelitten und durchgestritten, für welche die Namen eines Windthorst, Mallinckrodt, Ketteler, Franckenstein leerer Schall geworden seien. Es ist so, leider; aber woher sollen denn die jungen Leute die Begeisterung nehmen, wenn niemand sie in ihnen wachruft, wie soll die Glut in ihren Herzen entbrennen, wenn keiner sie anzündet?





Die Jugend hat mit der Politik nichts zu schaffen. Andere denken anders. Während man sich auf unserer Seite um den politischen Nachwuchs im allgemeinen herzlich wenig kümmert, ist die Sozialdemokratie rastlos an der Arbeit, sich das heranwachsende Geschlecht zu sichern. Wir stehen erst am Anfange der sozialdemokratischen Jugendbewegung, aber soviel ist heute schon gewiß: wo mit solchem Weitblick und solcher Energie, mit so planvoller Zielstrebigkeit gearbeitet wird, da kann der Erfolg nicht fehlen, da müssen die Jugendlichen in den Klassenkampf hineinwachsen und jene überzeugten Massen entstehen, die der Umsturz zur Durchführung seiner Pläne braucht. Manche können sich nicht genug über die sozialistischen Jugendumzüge ereifern mit ihrer gewissenlosen Verhetzung und Vergiftung junger Seelen. Naiver Bürgerzorn, der besser täte, vom Feinde zu lernen. Jede lebensentschlossene Organisation will nun einmal ihren Platz an der Sonne haben, um wieviel mehr die großen Lager in unseren heutigen Partei- und Weltanschauungskämpfen. Daß dabei das brutale Prinzip des Kampfes ums Dasein weithin maßgebend wurde, ist eine Folge der allgemeinen Entsittlichung, eine gewiß beklagenswerte, aber unabänderliche Tatsache.

Ähnliche Vorgänge sind in liberalen Kreisen zu beobachten, wenn auch weniger auffällig als das demagogische Gebahren des organisierten Umsturzes. Aus liberalen Familien geht durchweg mit ganz seltenen Ausnahmen eine neue, überzeugt liberale, heute gar jungliberale Generation hervor. Selbstverständlich, wird man sagen, auf unserer Seite aber leider nicht selbstverständlich, im Gegenteil, der Fall, daß die Söhne alter treuer Zentrumsmänner sich dem Liberalismus zuwenden oder wenigstens liberalen Allüren nachgehen, ist nicht so selten. Erklärt mir, Graf Orindur, diesen Zwiespalt der Natur. Wir befürchten keinen Widerspruch, wenn wir angesichts der Erfahrungen der letzten Jahre feststellen, daß hier auf unserer Seite ein Mißstand besteht, der leicht verhängnisvoll werden kann und nachdrücklich bekämpft werden





muß. Der überlieferte Spruch, Jugend und Politik hätten nichts miteinander zu schaffen, darf ruhig, ja muß zum alten Eisen geworfen werden. Er war eigentlich nie ganz richtig, heute, wo die Jugend von allen Seiten umworben wird und sich mancher gar in seinem liberalen Hirn die vielgepriesene staatsbürgerliche Erziehung als einen Hebel gegen Sozialdemokratie und Zentrum vorstellt, ist er vollends falsch. Und so sprechen wir es unbedenklich aus: Unsere Jugend muß politisch erzogen werden, ja als Zentrumsjugend mit allem Eifer und aller Sorgfalt politisch erzogen werden. Diese Forderung scheint uns so zeitgemäß und von solcher Tragweite und Wichtigkeit, daß sie nicht laut genug erhoben und in allen überzeugten Zentrumskreisen nicht eindringlich genug propagiert werden kann, soll der Zentrumsgedanke die Ausdehnung, Kraft und Tiefe erhalten, die er in den Zeiten, die heraufziehen, unbedingt haben muß. Wir können doch nicht mit verschränkten Armen zusehen, wie andere sich der Jugend, unserer Jugend bemächtigen. Auch hier muß es heißen: Zuerst leben und dann philosophieren. Die politische Beeinflussung unserer Jugend von gegnerischer Seite läßt sich aber nur politisch parieren. Wir dürfen die Gefahr der politischen Verführung unserer Jugendlichen nicht unterschätzen, wollen wir nicht durch die von Grund aus geänderten Verhältnisse überholt und erdrückt werden. Die Schwerfälligkeit, die in der Psychologie unserer Bewegung eine so leidige Rolle spielt, könnte uns diesmal teuer zu stehen kommen.

Einst und jetzt sind überall verschieden, auch im Parteileben. In den ungleich stetigeren Verhältnissen früherer Jahrzehnte wuchs die Jugend spontan in die Partei hinein. Die Kulturkampfsereignisse setzten die katholische Volksseele so mächtig in Wallung, daß die politische Rekrutierung selbsttätig erfolgte. Auf dem platten Lande mit seinen beharrenden Zuständen mag das heute noch der Fall sein (? Die Red.), in den Städten und industrialisierten Landorten aber nicht. Hier bedürfen die Jugendlichen unbedingt der aufklärenden



Führung, wenn sie nicht von den zahlreichen und aufdringlichen Verführern in die Irre geführt werden sollen. Die Größe der Gefahr liegt vor allem in der Geschlossenheit der gegnerischen Taktik. In der ganzen Breite der sozialdemokratischen Bewegung ist alles straff auf die Förderung des Parteiinteresses gerichtet. Sport und Spiel, Pflege der Kunst und Geselligkeit, Bildungsveranstaltungen, wirtschaftliche Organisation, ja objektiv sittliche Bestrebungen, wie Antialkoholismus. Alle Wege führen zum Ziel und man mag die sozialistische Propaganda noch so sehr verabscheuen, eine imponierende Einheitlichkeit wird man ihr nicht absprechen können. Von der scheinbar harmlosen Werbung für den kryptosozialdemokratischen Radfahrer- oder Sängerklub bis zum wüstesten Terrorismus auf den Baugerüsten ist alles gleich orientiert. Wir müssen es uns immer wieder sagen, daß die rote Gefahr auf allen Wegen geht und unserer erwerbstätigen Jugend in tausendfacher Vermummung entgegentritt.

In ähnlicher Weise wird unsere gebildete Jugend vom liberalen Gedanken umgaukelt. Der Liberalismus liebt es sich ihr gegenüber als Kulturträger aufzuspielen. Nicht mit Unrecht, unsere moderne Großstadtkultur mit ihrer Trennung von Kunst und Sittlichkeit, mit ihrem Gegensatz von Autorität und Freiheit, mit ihrer grenzenlosen inneren Unwahrheit ist tatsächlich liberalen Charakters. Sie ist im Grunde nichts als das erfolgreiche Streben die moderne Menschheit durch unerhörte Steigerung des privaten und öffentlichen Komforts und chronischen Vergnügungstaumel, durch technische und ästhetische Hypnose über den Verlust höherer Kulturgüter hinwegzutäuschen. Nimmt man dazu die liberale Meisterschaft der Phrase und Pose, die bei Mangel an geschultem Denken und sittlichem Ernst doppelt gefährlich ist, so kann es nicht Wunder nehmen, daß mancher gebildete junge Mann aus unsern Reihen den Anschluß an den modernen Fortschritt nur auf liberalen Geleisen erreichen zu können wähnt.

Auch hier arbeiten uns allenthalben umheimliche Kräfte mit raffiniertester Geschicklichkeit entgegen.[1])

Die intuitive Begabung der gegnerischen Agitation muß uns aber zu umso größerer Wachsamkeit anspornen, als sich ihr in der Jugendpsyche mit ihren natürlich starken Triebkräften, dem Freiheits=, Vergnügungs= und Geschlechtsdrang vor allem, ein überaus günstiges Objekt darbietet. Es bleibt nun einmal wahr: Wer einen Jugendlichen für die christliche Ordnung in unserem öffentlichen Leben begeistern und zur opferwilligen Mitarbeit bewegen will, der muß die idealen Mächte in seiner Seele mühsam aus dem Rohen herausarbeiten und heranzüchten, das liberale und sozialistische Ideal dagegen kann ungesäumt alles in seinen Dienst nehmen, was von Natur aus im Menschen stark und verdorben ist. Das klingt ungeheuerlich, ist aber nicht einmal die volle Wahrheit. Tatsächlich steht der sittliche und religiöse Niedergang selbst direkt in Parteidiensten und wird daher auch von liberaler und sozialdemokratischer Seite mit aller Sorge gehegt und geschützt, soweit der Liberalismus in Frage kommt, selbstverständlich mit kluger Reserve, denn es ist ihm in allen seinen Schattierungen wesentlich, anders zu reden und anders zu tun. In Wirklichkeit sind eben Sozialismus und Liberalismus, so paradox das auch klingen mag, konfessionelle Parteien des Materialismus und Rationalismus. Wo eine dieser Weltanschauungen Platz greift, ergibt sich die politische Richtung je nach der wirtschaftlichen Stellung von selbst. Die täglich zu beobachtende Allianz zwischen Freidenkertum und Sozialdemokratie, zwischen liberalem Protestantismus und politischem Liberalismus, sowie zwischen den Großblockparteien und sittlichem Libertinismus beruht auf Wahlverwandschaft. Daher ist, wer an Glaube und Sitte Schiffbruch leidet, für uns verloren; und wer umgekehrt der gegnerischen

1) Darum gehört unsere kaufmännische, wie die studierende Jugend, wenn immer möglich, hinein in die katholischen Studenten=Korporationen und kaufmännischen Vereine. Die Red.

Propaganda erliegt, wird leicht auf die Dauer auch Glaube und gar Sitte einbüßen, wenn ihn nicht eine glückliche Inkonsequenz vor dieser innern Katastrophe bewahrt. Das Zentrumsideal ist eben nur von sittlichem Hochstande aus faßbar und der Weg religiössittlicher Einkehr führt zugleich auch zu ihm.

Diese Gedankengänge sind alt nach Inhalt und Form, aber sie erhalten eine aktuelle Bedeutung durch die moderne Jugendbewegung und verdienen daher erhöhte Beachtung. Unsere parteipolitische Zukunft hängt wesentlich von der sittlichen Entwicklung unseres Nachwuchses ab. Hier sind wir ganz auf die eigene Arbeit angewiesen. Vor allem die Sozialdemokratie — es ist gut, das immer wieder zu betonen — bedarf zur Verwirklichung ihrer Ziele nicht ungesetzlicher Ausschreitungen. Was das Gesetz erlaubt und was unter den Augen der Polizei unbeanstandet geschieht, genügt vollauf, um die Jugend in Grund und Boden zu verderben, der Mitarbeit zahlloser „bürgerlicher" Kulturbolde z. B. der Jugendschriftler des allgemeinen deutschen Lehrervereins gar nicht zu gedenken. Dementsprechend muß natürlich auch die Solidarität unserer politischen und religiösen Bestrebungen mehr in den Vordergrund treten. Wer an der religiösen und sittlichen Festigung der katholischen Jugend arbeitet, wirkt auch zum Wohle der Partei und verdient von Partei wegen jede gesetzliche Unterstützung im eigenen vitalsten Interesse. Die eigentliche Erziehung zum Zentrumsgedanken wird aber dadurch nicht überflüssig. Sie ist keine blos taktische Notwendigkeit, sondern trägt ihren Wert in sich selbst. Und dieser Wert besteht in den versittigenden Kräften des Zentrumsprogrammes, die wir nicht länger brach liegen lassen dürften, auch wenn die Not der Zeit nicht drängte. Der eigentümliche unvergleichliche Wert des Zentrumsprogrammes besteht darin, daß es nach Lage unserer deutschen Verhältnisse für die katholische Bevölkerung praktisch allein als politische Erziehungsformel in Betracht kommt. Der Beweis für diese Behauptung ist auf den Blättern der



deutschen Parteigeschichte an mehr als einer Stelle verzeichnet. Faktisch hat die Abkehr vom Zentrumsprogramm als neue Parteibildung fast regelmäßig mit der, wenn auch unbewußten, Aufgabe katholischer Grundsätze geendet. Diesen Nachweis im großen Stile haben noch jüngst der polnische Radikalismus in Oberschlesien, die deutsche Vereinigung mit ihrer Polemik und ihrem hakatistischen Einschlag und die Politik des bayerischen Bauernbundes geliefert. Außenstehende erklären sich diese Tatsache meistens mit dem angeblich konfessionellen Charakter des Zentrums. Sie wissen es nicht besser. Das Zentrum bleibt ihnen vor wie nach ein Buch mit sieben Siegeln. Nein, nicht die tausendmal widerlegte Konfessionalität bedingt diese Vorgänge, sondern die schlichte Tatsache, daß das politische Zentrum die Partei der natürlichen Billigkeit ist, eine Partei, die jedem sein Recht gibt und allem Unrecht widersteht. Damit ist das Zentrumsprogramm eigentlich erschöpft. Gott hat das Recht zum Grundstein aller menschlichen Ordnung gemacht. Er hat, wie schon der alte Hesiod sagt, den Tieren Hörner und Krallen, dem Menschen aber das Recht gegeben. Wer demnach das Recht schützt, schirmt alle wahren Menschheitsgüter. Und das tut das Zentrum, und zwar als politische Partei nach Maßgabe der Verfassung. Damit erledigt sich auch der Streit um das Wesen des Zentrums von selbst; denn es ist einfach albern oder böswillig, einer Partei, welche die Verfassung zur objektiven Norm ihres Handels nimmt, den politischen Charakter absprechen zu wollen. Bei einer solchen Parlei muß jeder Billigdenkende gut fahren, Kirche und Staat, Christ und Jude, Bürger und Bauer, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Nord und Süd; denn jeder bekommt zugemessen, was er als sein Recht nachweisen kann. Angewandte Zentrumspolitik ist eben nichts anderes als christliche Staats- und Gesellschaftsordnung. Die Tatsache, daß die Zentrumswähler fast ausschließlich Katholiken sind, beweist nichts hiergegen. Sie ist zum Teil historisch erklärlich, weil die Katholiken am meisten in ihren verfassungsgemäßen

Rechten gekränkt sind und daher beim Zentrum Verteidigung finden, zum andern Teil aber eine Folge des tieferen sozialen Verständnisses der katholischen Bevölkerung, in welcher der Gedanke des christlichen Interessenausgleiches aller Stände, die Politik der mittleren Linie, wie das Zentrum sie einhält, am meisten lebendig geblieben ist. Aus alledem ergibt sich, daß die heute mit Recht geforderte nationale Erziehung für uns konkret in der Erziehung für das Zentrumsprogramm bestehen muß. Die nationale Gesellschaft ist, wie Martin Spahn in seinem Vortrage „Nationale Erziehung und konfessionelle Schule" treffend ausführt, nicht mit dem Staate identisch — der Urirrtum des Liberalismus —, sondern der Inbegriff aller Faktoren, die das nationale Leben integrieren, und begreift demnach in sich außer dem Staate Kirche, Familie, Gemeinde und den ganzen Reichtum sozialer Organisationen, der sich im Laufe der Zeit zu einem machtvollen Kulturelement entwickelt hat und zu noch größerem sich rüstet. National erziehen heißt allen ihr Recht geben, für alle Verständnis erzeugen, in alle eingliedern, zu allen erziehen. Das leistet aber ihrem Wesen und ihrer Überlieferung nach keine andere Partei so vollkommen wie das Zentrum, das folglich in Wahrheit die nationalste aller Parteien ist. Die Erziehung zu ihm ist daher die nationale Erziehung schlechthin und damit eine ganz vorzüglich vaterländische und christliche Tat. Wer die Zentrumsidee in ihrer Tiefe erfaßt, der steht ebenso treu zum Reiche und seinem angestammten Landesfürsten, hat ein Herz für die Größe und Ehre des Vaterlandes, der ist gefeit gegen den Umsturz und seine Künste, wie er ein begeisterter Vorkämpfer der kirchlichen Freiheit, ein peinlich gewissenhafter Hüter des konfessionellen Friedens, ein abgesagter Feind alles Gewissenszwanges, aller Ausbeutung und Knechtschaft und ein opferwilliger Freund der sozialen Hilfe ist, ein Bürger, wie das Reich ihrer bedarf. Dieses hohe Lob wird durch die letzten vierzig Jahre deutscher Reichspolitik als lautere Wahrheit erwiesen. Was wir an nationaler Wehr zu Wasser und

zu Lande, an sozialer Wohlfahrt und wirtschaftlicher Blüte besitzen, das wird eine vorurteilslosere Geschichtsschreibung der Zukunft zu gunsten des vielverleumdeten Zentrums buchen. Man sollte meinen, solche Bürger zu erziehen, die jedem das Seine geben, dem Vaterlande was des Vaterlandes und der Kirche was der Kirche ist, sei auch des Schweißes der Edlen wert.

Die Aufgabe ist dringend und hoch, Grund genug sie zu lösen. Sie hat gewiß auch ihre Schwierigkeiten, schon wegen ihrer Ausdehnung, aber was andere vermögen, müssen auch wir können und werden es können, wenn zielbewußt, systematisch und richtig gearbeitet wird. Diese richtige Arbeit setzt zunächst einen Einblick in die Entwicklung der Frage voraus. Vor allem ist die Erkenntnis wichtig, daß der äußeren Gefahr eine ebenso verhängnisvolle innere zur Seite geht, die aus den allgemeinen Verhältnissen herauswachsen mußte, aber unsererseits vielleicht nicht genügend beachtet wurde. Das Zentrum hat in positiver Arbeit großartiges geschaffen. Seine Wirtschafts- und Sozialpolitik findet in der parlamentarischen Zeitgeschichte kaum ihresgleichen. Aber noch erstaunlicher als diese gesetzgeberischen Leistungen ist der beispiellose organisatorische Erfolg, der in der Überbrückung der tiefstgehenden Gegensätze im eigenen Schoße bestand. Wie konnte es gelingen, so heterogene, auseinanderstrebende Massen wie Arbeiter und Bauern in solcher Eintracht bei einer Fahne zusammenzuhalten! Das ist das große Zentrumsrätsel. Für uns liegt seine Lösung in dem unerschütterlichen Vertrauen, das sich die Partei durch ihre kirchenpolitische Heldenära erworben, verbunden mit dem gesunden christlich-sozialen Sinne des katholischen Volksteiles. Das sind die beiden Bänder, die alles fest zusammenhielten und auch in Zukunft allein zusammenhalten können. Wenn sie sich lockern, gehts unvermeidlich auseinander. Und sie lockern sich, es wäre Torheit das zu verkennen. Die großen Kulturkampfserinnerungen schwinden und damit auch das religiöse Prestige der Partei. Sie sieht sich einem neuen Geschlecht gegen-



über, und in diesem wird die latente Energie der Gegensätze durch die Krisen des Wirtschaftslebens und die immer weiter um sich greifende Standesbewegung mehr und mehr gereizt, während der religiöse Geist, der einzige Nährboden christlicher Solidarität, im Schwunde ist. Das Gespenst der Standes- und Interessenpolitik steigt langsam empor. Das ist die große innere Gefahr. Das Zentrum ist Volkspartei oder es ist es nicht. Wird es gelingen, dieses Gespenst auf die Dauer zu bannen? Eines scheint gewiß, ohne politische Erziehung, die dem trennenden Egoismus den ganzen, großen Idealismus des Parteiprogramms entgegensetzt, wird es nicht gelingen. Nur wenn er in die jungen Herzen hineingesenkt und verankert wird, kann die Partei auf sie wie auf ihre Väter bauen.

Damit sind auch die praktischen Wege der politischen Erziehung geebnet. Die Hauptsache hat das Elternhaus zu leisten.[1]) Wo dieses versagt, ist zumeist wenig zu erreichen. Wird aber hier rechtzeitig der gute Same ausgestreut, dann keimt auch prächtig die schöne Frucht begeisterter Hingabe und unentwegter Treue, ja vielleicht der Sinn opferwilliger Arbeit im Dienste der Partei. Diese politische Erziehungsarbeit des Hauses hat vor allem darin zu bestehen, daß den Jugendlichen frühzeitig eine große Idee vom Zentrum beigebracht wird. Seine glorreiche Geschichte, seine denkwürdigen Kämpfe und Siege, seine große Losung für Wahrheit, Recht und Freiheit, soll sich dann daraus in begeisterungsfähigen jungen Herzen nichts gestalten lassen? Wo die Kulturkampfs-

1) Hierin dürfte der Kernpunkt auch dieser so schwierigen Frage gelegen sein: bei einem katholischen Familienleben im guten alten Sinne, wo Vater und Mutter der Familie gehören und nicht Abend für Abend auswärts sind, während sie die heranwachsende Jugend sich und den Dienstboten überlassen, wird es einer besonderen „politischen" Erziehung wohl kaum bedürfen. Erst die Alles zersetzende Auflösung unseres heutigen häufig nur mehr dem Namen nach bestehenden Familienlebens bedarf der prophylaktischen Mittel zur Erhaltung eines christlich gesinnten politischen Nachwuchses. Die Redaktion.

Überlieferungen lebendig bleiben, stirbt auch die Treue zum Zentrum nicht aus, und den Gefallen, diese Zeiten aus dem Gedächtnisse unserer Jugend entschwinden zu lassen, sollten wir unsern Gegnern doch nicht erweisen. Überhaupt muß das Verständnis für die Beziehungen zwischen der Zentrumspartei und unseren religiösen Interessen früh geweckt werden. Die Jugendlichen sollen wissen, daß wir ohne Zentrum unter die Füße getreten würden. Auf die Ideenassoziation kommt es an, wenn sich vorerst auch unklare Begriffe damit verbinden sollten. Von der größten Wichtigkeit ist sodann, gelegentlich auf die sittlich bodenlose Bekämpfung des Zentrums in der gegnerischen Presse und Agitation hinzuweisen. Es stehen ja hier ständig die wertvollsten Schulbeispiele neuesten Datums zur Verfügung, die erzieherisch vom nachhaltigsten Einflusse sein müssen. Von da ergibt sich dann die Charakteristik der Sozialdemokratie und des Liberalismus, die als negatives Element von der größten Bedeutung ist, von selbst. Unsere politischen Gegner verdanken ihre wachsenden Erfolge in unseren Reihen meistens dem ödesten Gimpelfang dank der fatalen Naivität und Kritiklosigkeit, mit der unsere Jugend ihnen preisgegeben ist. Das gilt ganz besonders von den ländlichen Abwanderern, die durchweg mit geradezu beschämender Gedankenlosigkeit auf den roten Leim kriechen. Würden sie rechtzeitig mit gesundem Abscheu von der „Arbeiterpartei“ erfüllt und über ihre Schliche aufgeklärt, dann nähme das Wildern in katholischen Revieren bald ein Ende. Kein Jugendlicher sollte auf die Arbeitsstätte und vor allem nicht vom Lande in die Stadt gelassen werden, ohne vor der roten Gefahr eindringlich gewarnt und mit Schutzanweisung versehen zu sein.

Für unsere gebildete Jugend gilt zum Schutze gegen die liberalen Verführungskünste dasselbe. Sie bedarf einer besonders sorgfältigen Pflege, da aus ihren Reihen dereinst die Parteioffiziere hervorgehen sollen, ihre Erziehung ist aber andererseits auch leichter, weil sie Geist, Größe und Erfolge der Partei besser erfassen. Ihnen muß in das Wesen des Liberalismus hineingeleuchtet werden, damit sie ihn bald als



die Partei der doppelten Moral, der nationalen Dekadenz und als Quartiermacher des Umsturzes erkennen. Dazu ist ihnen vor allem auch beizubringen, daß der Zentrumsmann kein Spießer zu sein braucht und der rechte und echte nie einer ist. Das ist nämlich eines der Hauptargumente, mit denen jungliberale Fatzken hausieren gehen. Überhaupt die Gegner demaskieren und die feste Überzeugung von der Notwendigkeit einer starken Zentrumspartei für die Sicherheit und das Gedeihen unserer religiösen, patriotischen, wirtschaftlichen und sozialen Interessen in der Jugend schaffen, das sind die Kernpunkte unseres politischen Erziehungsprogramms. In diesem Sinne muß unsere gesamte Jugend erzogen werden, Söhne und Töchter. Auch die Mädchen; wir können in der politischen Interessierung der Frauenwelt nicht länger zurückbleiben. Auch hier ist es angesichts der sozialdemokratischen Frauenbewegung höchste Zeit, das Versäumte mit verdoppeltem Eifer nachzuholen. Es erschien uns selbstverständlich, daß bei dem letzten Reichstagswahlkampf auch Müttervereine und Jungfrauenkonkregationen ihr Scherflein beitrugen. Denken wir diesen richtigen Gedanken zu Ende; er entspricht allein der Zentrumsidee. Auch die Frauen gehören zum Volke, also auch in das Zentrum als ideale Volkspartei, wenigstens mit ihrem Interesse und ihrer Begeisterung, hinein. Die sozialdemokratische Jugend von heute hat überwiegend ohne oder gegen den Einfluß der Mutter den Anschluß an die Partei gefunden. Die sozialistische Familie ist erst im Entstehen. Den Typus, den die sozialistische Mutter erziehen und der in Straßenkämpfen der Zukunft eine Rolle spielen wird, können wir uns heute nur dunkel vorstellen. Soll nun aber der Haß mehr vermögen als die Liebe? Auch wir können der Mutter für die Erziehung unserer politischen Jugend nicht länger entbehren. Auch hier bedarf es nur der anregenden Aufklärung über Wesen, Aufgabe und Notwendigkeit des Zentrums. Das für sittliche Interessen so zart empfindsame Frauenherz wird den richtigen Erziehungsweg schon allein finden, und wie ehedem die



deutsche Mutter den Sohn mit dem Schwerte umgürtete zur Verteidigung des Vaterlandes, so wird sie ihn auch zum Kampfe für Wahrheit, Recht und Freiheit bewehren. Der Haupteinfluß muß aber selbstverständlich vom Vater ausgehen, wenigstens auf die männliche Jugend. Eines der schönsten Denkmäler, mit denen das moderne Deutschland die Plätze seiner Großstädte geschmückt hat, ist das Moltkedenkmal in Düsseldorf. Oben steht der sinnende Schlachtendenker. Unten am Sockel sitzt ein Mann aus dem Volke, ein deutscher Schmied im Schurzfell und Arbeitshemd und auf seinen Knieen ein lockiger Knabe, der leuchtenden Auges hinaufschaut zum großen Feldmarschall, auf den der Vater ihn hinweist. Es ist einem, als hörte man den Vater erzählen: Sieh, mein Junge, das ist der große Moltke, der immer siegte, der den Kaiser Napoleon und ganze Heere von Franzosen gefangen nahm und uns das Deutsche Reich, das herrliche geeinte Vaterland, errungen hat. Das ist patriotische Erziehung. Stellt einen Windthorst oben und ihr habt die politische Erziehung. Hätten wir mehr Väter vom Schlage des Mannes am Düsseldorfer Moltkedenkmal, wir hätten nicht den Verlust zahlloser junger Leute zu beklagen.

Man hat gesagt, die meisten Menschen stürben nicht aus natürlichen Ursachen, sondern aus Unkenntnis am Leben. Das gilt auch vom Zentrum und von seiner wichtigsten Lebensbedingung, der politischen Erziehung seines Nachwuchses. In dieser Richtung muß also ungesäumt auf die zentrumstreue Bevölkerung in Stadt und Land eingewirkt werden. Zu diesem Werke müssen alle Faktoren zusammenarbeiten, Parteiveranstaltungen, Tagespresse, Flugblatt und Wanderagitation. Auch für die Erstellung billigen und schönen Wandschmuckes und geeigneter Jugendliteratur ist Sorge zu tragen. Besonders aber bedürfen wir der politischen **Elternabende**. Man möge bei diesem Vorschlage nicht erschrecken; ein ruhige Prüfung der dargelegten Gedanken und die für den ersten Blick baroke Idee rechtfertigt sich von selbst. Erziehung ist nun einmal Elternsache und daher auch die



politische Erziehung, die uns nottut, ohne Mitwirkung der Familie unerreichbar. Hier hat sich der Sozialismus als besserer Psychologe bewiesen. Warum sollten wir, was er mißbraucht, nicht in den Dienst unserer Sache stellen? Viele Wege führen aus dem Zentrumsturm hinaus, aber eigentlich nur einer hinein, umsomehr Grund, diesen einen zu schützen, zu sichern, aufzuhellen und mit Wegweisern und guter Führung zu versehen. Auf die Zukunft, die unserer harrt, können wir uns überhaupt nicht gut genug vorbereiten.

Möchten diese Anregungen, die großer Liebe und Dankbarkeit gegen die Partei und nagender Sorge für ihr Wohlergehen entsprungen sind, wenigstens hie und da auf fruchtbaren Boden fallen. Daß sie draußen und auch drinnen auf vielen Widerspruch stoßen werden, verhehlen wir uns nicht. Man wird über politische Betätigung der Jugend zetern. Wir verlangen nur Erziehung. Man wird uns des Mißbrauches der konfessionellen Jugendorganisationen zeihen; aber, gerade weil wir den unpolitischen Charakter dieser Jugendvereine achten, fordern wir eine gesonderte politische Festigung der Jugendlichen. Man wird sich über die pädagogische Ungeheuerlichkeit entrüsten, daß die Jugend in den Jahren ihrer Unreife für politische Zwecke abgerichtet werden soll. Allerdings wenn wir eine politische Erziehung zum Liberalismus oder zur Sozialdemokratie befürworteten, oder auch nur als erlaubt hinstellten, das wäre in der Tat ungeheuerlich. Aber wir sind eben nicht in eadem damnatione. Die Zentrumspolitik ist eine Politik eigener Art, die Kunst des Erreichbaren im Kampfe für alles Gerechte, Gute und Wahre. Ihre Grundlagen liegen im ewigen Gesetz und ihre Ziele in ewiger Vollendung. Zu solch sittlichem Streben und Tun wird man wohl auch die Jugend erziehen dürfen. Im übrigen ist die Aufregung unserer politischen Gegner der beste und billigste Gradmesser für unsere eigenen Interessen. Den sollten wir ruhig und unbeirrt an unsere Maßnahmen anlegen. Alle die Nörgeleien über konfessionelle Absonderung, Verquickung von

Religion und Politik und dergleichen gehen ja, wie das eigene Verhalten beweist, ex mala fide hervor und wir haben es nie begreifen können, wie man sie eines erwidernden Wortes würdigen kann. „Nun erst recht“, ist die einzig richtige Antwort. Möge sie auch hier gegeben werden. Dem Mutigen allein gehört die Welt. Germanicus.

# XXII.

## Der orientalische Knoten.

—, 26. Jänner.

Seit Mitte Dezember horcht die ganze Welt — es liegt nicht viel Übertreibung in diesem Ausdruck — mit Spannung auf die Nachrichten, die aus den Verhandlungssälen der Londoner Konferenz kommen. Ganz natürlich. In London soll ja über Krieg und Frieden entschieden werden. Und an dieser Frage ist heutzutage auch wirklich nahezu alle Welt interessiert. Es ist wahrhaftig nicht bloße Neugierde, welche die Leute treibt, täglich nach der Zeitung zu greifen. Die immer wachsende Ausdehnung der Wehrpflicht bewirkt, daß Millionen von Menschen mit ihrem eigenen Leib und Leben an der Kriegs- und Friedensfrage interessiert sind, viele andere werden von der Frage an Hab und Gut betroffen, und die materiellen Rückwirkungen auf die Preise des täglichen Bedarfs, auf die Arbeits-, Handels- und Verkehrsstockungen usw. bekommt fast jeder Mensch zu verspüren. Nun ging es bereits in die fünfte Woche, daß die Delegierten der sechs Großmächte und der beiden Kriegsparteien in London versammelt waren, ohne daß die Tageschronik bis dahin auch nur ein greifbares Resultat hätte konstatieren und registrieren können. Denn der theoretische Beschluß, ein autonomes und neutrales Albanien zu konstruieren, war







vorerst jedenfalls nur Theorie. War ja noch nicht einmal der Friede zwischen den unmittelbaren Belligeranten gegen alle Zwischenfälle gesichert, und zwischen Griechenland und der Türkei besteht selbst heute nicht einmal ein Waffenstillstand, sondern da dauert das grause Kriegsspiel zu Wasser und zu Land noch fort. Das mußte betrübend, beängstigend erscheinen. Doch die Konferenz tagte weiter. Und endlich erfuhr man, daß die wochenlangen Beratungen doch zu einem ersten Resultate geführt hätten, nämlich zu einer gemeinsamen Aktion der Großmächte behufs Beschleunigung des Friedensschlusses. Und zwar sollte die Aktion bei der Pforte, nicht etwa bei den Balkanfürsten, unternommen werden. Das hieß also, daß die Beratungen der Konferenz zur übereinstimmenden Ansicht geführt hatten, daß — alle Umstände erwogen — die Türkei im Wesentlichen die Forderungen der Balkanfürsten zu erfüllen habe. Die betreffende Kollektivnote wurde am 17. Jänner, also just einen Monat nach Zusammentritt der Konferenz und am Tage der Neuwahl des Präsidenten der französischen Republik, überreicht. Die Pforte hat sich auch angeschickt, dem Rate der Mächte Folge zu leisten. Eine Notablen-Versammlung wurde einberufen, deren Autorität, wie man meinte, genügen würde, auch „das Volk", die „öffentliche Meinung" von der Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit der Friedenspolitik zu überzeugen. Da plötzlich: krach! Das türkische Friedensministerium Kiamil Pascha verschwindet in der Versenkung und eine neues, ein jungtürkisches Ministerium Mahmud Chefket Pascha tritt wie aus der Pistole geschossen auf die Bühne. Mahmud Chefket Pascha beeilte sich, dem versammelten „Volke" — einigen hundert Softas und Neugierigen — zu erklären, er hoffe das Vaterland noch zu retten. Er aspiriert also auf den Ruhmestitel eines türkischen pater patriae.

Die Friedensverhandlungen sind durch diesen neuesten jungtürkischen Putsch momentan natürlich in Frage gestellt. Doch zunächst nur in Frage gestellt, noch keineswegs abgebrochen. Der Putsch hat das Kabinet Kiamil Pascha eben



bei der Abfassung der Antwortsnote auf die Kollektivnote der Mächte überrascht. Das Konzept des gestürzten Ministeriums ist zerrissen. Nun wird das neue Kabinett eine neue Antwort zu konzipieren und, wenn nicht auch sein Konzept wieder durch einen neuen Zwischenfall zerrissen wird, den Mächten alsbald zu überreichen haben. Erst aus dieser Antwort wird man vielleicht ersehen, welchen geheimen Rettungsplan Mahmud Chefket Pascha, Enver Bey und Genossen ausgeheckt haben. Einstweilen sind die türkischen Kassen leer und das Militär durch den neuen Putsch gewiß nur noch mehr demoralisiert wie bisher. Auch für die Anlehensverhandlungen, welche das gestürzte Kabinett in Berlin eingeleitet hatte, wird der jungtürkische Putsch gewiß keine günstigeren Bedingungen und Stimmungen geschaffen haben. Freunde des neuen Ministeriums haben inzwischen verlauten lassen, daß dasselbe an einen Abbruch der Verhandlungen nicht denke, nur Adrianopel wolle es keinenfalls preisgeben. Tant de bruit pour une omelette, ist man versucht zu sagen. Gewiß hat Adrianopel für die Türken einen gewissen Wert. Die Stadt war noch vor Konstantinopel an die hundert Jahre die europäische Hauptstadt der Türkei. Die alten Sultansgräber befinden sich dort. Aber das ist doch nur ein Affektionswert, nach allem, was geschehen, politisch und militärisch nur eine Omelette, an Bedeutung mit Konstantinopel nicht entfernt vergleichbar.

Es ist allerdings kein Zweifel, daß die Türkei Mittel und Wege hat, die Großmächte, deren Einigkeit nicht übermäßig groß ist, in peinlichste Verlegenheiten zu bringen. Aber dazu gehört ganz etwas anderes, als was man in Konstantinopel in der letzten Zeit auf der einen wie auf der anderen Seite beobachten konnte. Und Eines kann auch die Türkei nicht, nämlich den orientalischen Knoten anders schürzen, als die Geschichte es getan hat. Die Interessen und Aspirationen der Mächte bleiben dieselben, mag die Türkei sich trotzig oder unterwürfig gebärden. Aus der Geschichte erkennen wir die Ziele der einzelnen Mächte, und

daraus wieder können wir mit vieler Wahrscheinlichkeit auf die Methode schließen, die sie im jeweiligen Falle zur Anwendung bringen werden. Auch dem neuesten Konstantinopeler Zwischenfall gegenüber.

Das Ein- und Vordringen der Türken in Europa weist viele Ähnlichkeiten mit den Phasen der Völkerwanderung auf; es ist vielleicht die letzte Welle der von Asien ausgegangenen Völkerwanderung. Allmählig ist es den Türken gelungen, die Grenzen ihres Reiches bis tief nach Polen und Rußland hinein vorzuschieben und in Zentraleuropa sogar bis Wien vorzudringen. Was möchte auf das erste Erscheinen der Türken vor Wien wohl gefolgt sein, wenn nicht kurz vorher das denkwürdige Ereignis der — vorerst allerdings nur ganz losen — Vereinigung Böhmens und Ungarns mit den übrigen habsburgischen Ländern sich vollzogen hätte? Diese Vereinigung war eben im Hinblick auf die Türkengefahr erfolgt und jetzt begann also die ernstliche Gegenwehr. Aber es bedurfte noch eines zweiten Erscheinens der Türken vor Wien, um die Kräfte des deutschen Reiches und der habsburgischen Länder, denen sich jetzt auch Polen beigesellt hatte, zu den entscheidenden Schlägen gegen den Halbmond zu vereinigen. Bis tief in den Balkan hinein drangen die kaiserlichen Heere vor. Dies leider nur vorübergehend. Am Zusammenfluß der Donau und der Save kam die Aktion der Kaiser schließlich zu einem gewissen Stillstande. Wohl hat auch Kaiser Josef II., vereint mit Rußland, noch einen weiteren Vorstoß versucht. Dabei ist es aber geblieben. Es kamen ja jetzt die napoleonischen Kriege usw. Auf diplomatischem Wege hat Österreich auch im weiteren Verlauf noch wiederholt und mit Erfolg am Balkan interveniert, so 1853 zugunsten Montenegros, 1861 zugunsten Serbiens, aber ein förmlicher Krieg gegen die Türkei wurde nicht mehr aufgenommen. Es macht den Eindruck, als ob der Eifer der römischen und österreichischen Kaiser an der unteren Donau und Save erlahmt wäre, weil hier die Region des Orthodoxismus begann. Da hat denn dann die russische



Aktion eingesetzt. Immerhin: Ruhe und Sicherheit vor seinen orientalischen Toren mußte Österreich in jedem Falle sich verschaffen, und wenn ihm der Krieg hiezu nach Lage der Dinge nicht mehr als geeignetes Mittel erschien, so mußte es auf ein anderes Mittel bedacht sein. Dieses Mittel bestand darin, die Türkei zu reformieren, zu europäisieren. „Der Balkan den Balkanvölkern", dieses gewöhnlich gegen Österreich ausgespielte Schlagwort ist allmählig gerade Österreichs Programm geworden. Nur natürlich sollten und durften unter und hinter den Balkanvölkern nicht ganz andere Völker oder Regierungen sich verbergen. Der Balkan den Balkanvölkern, dafür steht Österreich gerade auch heute wieder in erster Linie ein, und nur für dieses Programm, keineswegs gegen eines der Balkanvölker selber, hält es zur Zeit seine Waffen bereit.

Rußland, wie gesagt, hat die alte Methode, die des offenen Krieges beibehalten. Kaiser Josef II. ist während des oben erwähnten Krieges, den er vereint mit Rußland begonnen, aus dem Leben geschieden, und sein Nachfolger, Kaiser Leopold II., beendigte für Österreich diesen Krieg mit dem Frieden von Sistowa. Rußland aber setzte den Krieg auch allein bis zum Frieden von Jassy fort. Diesen Frieden brach die Türkei, indem sie die Niederlage der Österreicher und Russen bei Austerlitz ausnützte, um sich wieder zum unumschränkten Herrn der Moldau und Walachei zu machen. Gelegentlich dieses Krieges ließ Rußland das erste Mal Absichten auf den militärischen Besitz Serbiens erkennen. Im weiteren Verlaufe kehrte sich die Situation einmal fast vollständig um. Gegen einen Aufstand des Vizekönigs von Egypten rief die Pforte (1833) direkt die Hilfe Rußlands an, welche auch bereitwilligst geleistet wurde. Es kam damals zwischen Rußland und der Türkei sogar zu einem förmlichen Defensiv-Allianz-Vertrag, in welchem aber von neuen Begünstigungen für die Christen mit keinem Wort die Rede ist. Die Christenbefreiung war es also gewiß nicht allein und auch nicht in erster Linie, welche die russische Politik dirigierte.



Viel größere Bedeutung erlangten jedoch die Vorgänge, welche zum Krimkrieg führten. Frankreich hatte bei der Pforte wegen der heiligen Stätten Reklamationen erhoben und auch wirklich einige Zugeständnisse zugunsten der Katholiken erwirkt. Das wurde von Rußland sofort als eine Verletzung der Rechte und religiösen Gefühle der Orthodoxen erklärt. Ungefähr gleichzeitig hatte auch Österreich durch den Grafen Leiningen bei der Pforte einige Konzessionen erwirkt, so die Zurückziehung der eben siegreich in Montenegro eingedrungenen türkischen Truppen und die bessere Behandlung der Christen in Bosnien. Österreich hatte da ausdrücklich auf seine Eigenschaft als Grenzmacht sich berufen, die an ihren Grenzen Ruhe haben wolle. Darauf erfolgte die bekannte Mission des Fürsten Menschikoff nach Konstantinopel. Menschikoff forderte von der Pforte unter anderem die glatte Zurücknahme des von Frankreich erwirkten Fermans und überdies die Einräumung des Protektorates über alle Orthodoxen der Türkei. Das wäre also ein kirchlichpolitisches Protektorat gewesen, das sich in Europa über die ganze Balkanhalbinsel vom Kap Matapan bis Semlin und Karlowitz herauf erstreckt hätte. Was das für Österreich bedeutet hätte, braucht nicht weiter erklärt zu werden. Eine Bemerkung aber soll nicht unterdrückt werden. Es gilt vielfach als eine Art historischen Glaubenssatzes, daß die Haltung, welche Österreich Rußland gegenüber im Krimkrieg eingenommen, der schwärzeste Undank für die im Jahre 1849 gegen die ungarische Rebellion geleistete russische Hilfe gewesen sei. Es mögen damals Fehler begangen worden sein — wir kritisieren hier ja nicht —, wenn aber Österreich die in Rede stehenden Forderungen Menschikoff's hätte unterstützen wollen und sollen, dann hätte es wahrlich besser getan, überhaupt vom Erdboden zu verschwinden. — Es sind wieder andere Zeiten gekommen. Die fernere Politik Rußlands wurde in dem Sinne schwankend, daß es nunmehr den Balkan etwas vernachlässigte, wenn sich ihm in Asien Aussichten boten, daß es alsbald aber wieder den



Balkan pflegte, wenn in Asien keine neuen Erfolge winkten. Sehr augenfällig trat dies im Kriege mit Japan zutage. So lange die Expansionspolitik anhielt, welche eben zum Zusammenstoß mit Japan führte, und dann begreiflicher Weise auch während des Krieges selbst, kam man den österreichischen Auffassungen auf dem Balkan in weitem Maße entgegen. Österreich — seine jetzige Situation beweist es — hat die damaligen Gelegenheiten in keinerlei Weise egoistisch ausgenützt. Kaum aber war der Friede mit Japan gesichert und die inneren Schwierigkeiten einigermaßen überwunden, so wurden Österreich gegenüber alsbald wieder ganz andere Saiten aufgezogen. Auch eine Art von Dankbarkeit.

Fragt man sich aber, was denn Rußland auf und mit dem Balkan eigentlich wolle, so braucht man nur die große Reihe von Friedenstraktaten zu lesen, die Rußland nacheinander mit der Türkei abgeschlossen hat. Zuerst drang Rußland ans Schwarze Meer vor und machte es mit Hilfe der Pforte zu einem mare clausum. Dann begannen die Eroberungen immer gleichzeitig an den beiden Flanken des Schwarzen Meeres und drückten auf die Absicht einer Umklammerung der Dardanellen und Konstantinopels. Da hier die Westmächte, namentlich England, sich entschieden hinderlich in den Weg stellten, so mußten diese Aktionen vertagt werden. Aufgegeben sind sie aber keineswegs und nebenbei bemerkt man auch tastende und phantastische Projekte, über den Balkan hinweg ans Meer zu kommen. Vor wenigen Jahren haben die Montenegriner und Serben viel von einer Balkan-Transversalbahn gesprochen, die Rußland mit der Adria hätte verbinden sollen. Natürlich hätte da auch Rumänien mittun und in den damals projektierten Balkanbund eintreten müssen, wozu es ja auch wiederholt und dringend eingeladen worden ist. Und erst während des jetzt noch obschwebenden Krieges hat Serbien wieder einen „Korridor nach der Adria“ begehrt, was natürlich beiläufig dasselbe sein sollte, wie die erwähnte Transversalbahn. Man hat es auch nicht daran fehlen lassen, anzudeuten, daß bereits Fäden auch



nach Italien hinüber ausgeworfen seien, womit vielleicht nur die Bundestreue Italiens verdächtigt werden sollte. So tastet Rußland nach irgendeinem Ausweg zum Meer und beunruhigt darüber bald den einen, bald den anderen Erdteil. Dieser Drang nach dem Meere ist gewiß begreiflich und an und für sich durchaus nicht verwerflich, nur ist es gewiß ebenso begreiflich und mindestens ebensowenig verwerflich, wenn andere Faktoren, beispielsweise Österreich, sich dagegen zu wehren suchen, daß dieser Zweck etwa auf ihre Kosten erreicht, daß ihnen dadurch Licht und Luft benommen, oder wohl gar ihnen selber das offene Meer und selbst der bisher noch offene Landweg versperrt werde.

Welche Rolle spielt in diesen Fragen Frankreich? Auch da muß man an die Geschichte appellieren. Die französische Politik ist sehr wesentlich beeinflußt von einer alten und tiefen Aversion gegen Österreich. Die Könige von Frankreich haben bekanntlich, nachdem sie die alten Grafschaften ꝛc. vernichtet und das Reich zu einem sogenannten Staat zentralisiert hatten, ihre begehrlichen Blicke nach Deutschland gerichtet. Sie begannen, deutsches Gebiet zu reklamieren und nach der deutschen, resp. römischen Kaiserkrone zu streben. In diesem Bestreben wurden die mannigfaltigsten Mittel angewendet, um den glücklicheren Rivalen, das Haus Habsburg, zu verdrängen. Man suchte dieses Haus, wo es ging, an Macht zu schwächen, vor allem aber es vor der Öffentlichkeit zu diskreditieren. Es würde zu weit führen, aufzuzählen, was blos Ludwig XIV. allein in dieser Beziehung geleistet hat. Es ist allbekannt, daß Frankreich nicht blos die Protestanten (Gustav Adolf ꝛc.) sondern auch die Türken gegen die Habsburger aufgestachelt hat. Ludwig XIV. selbst hat viele und glänzende äußere Erfolge über die Habsburger errungen, die in vielen literarischen und künstlerischen Denkmälern verewigt wurden, welche wieder dem Lande selbst zur Zierde gereichten. Er wird ja der Sonnenkönig genannt. Er hat auch schwere Mißerfolge erlitten. Aber die sind nicht verewigt worden. Dasselbe gilt vielleicht in noch höherem



Maße von Napoleon. Paris strotzt von solchen künstlerisch ausgeführten Monumenten. Einzelne Siege Napoleons finden sich zwei- und auch dreimal in Denkmälern verherrlicht. Beide Herrscher haben es auch vorzüglich verstanden, die Literatur ihrem Ehrgeiz dienstbar zu machen. Ludwig XIV. hat persönlich Kriegskorrespondenten in seinen Dienst genommen, er kann der Erfinder dieser Einrichtung genannt werden. Und natürlich hat er nicht die schlechtesten Federn gesucht. Er hat diese Korrespondenten auch ausgescholten, wenn sie zu einem gelungenen Coup zu spät kamen. Diese und ähnliche Federn hatten ferner dem verehrten Publikum auch beizubringen, was ein richtiger Franzose sei. Natürlich mußte der richtige Franzose weitaus besser sein, wie die anderen Untertanen und Truppen, schon gar wie die Habsburgischen, die Kaiserlichen, wie sie auch unter Napoleon III. noch öfters einfach benannt wurden. Vom Recht gar nicht zu reden, denn die Kaiserlichen hatten es immer nur auf fremdes Gut abgesehen, der Franzose natürlich nie, gar nie, niemals. Selbstverständlich atmen auch die zahlreichen Revolutionsdenkmale denselben Geist. Namentlich der Franzose, welcher in der weit über die Stadt hinaus sich erstreckenden speziellen Pariser Atmosphäre aufwächst, sieht und hört und liest von erster Jugend auf nichts anderes als von den Großtaten des Sonnenkönigs und der ruhmvollen Nation gegen die in jeder Hinsicht so unliebenswürdigen Kaiserlichen. Letzthin bei der in Versailles, der gewöhnlichen Residenz Ludwig XIV., vorgenommenen Neuwahl des Republikpräsidenten hat kaum ein Reporter es unterlassen, eine Reverenz vor der dortigen Reiterstatue in seinem Bericht zu verweben. Der richtige Franzose kommt also schon mit einer selbstverständlichen Superiorität über alles Kaiserliche zur Welt. Und was gar Österreich als Reich oder Staat betrifft, so erscheint dasselbe dem richtigen Franzosen wohl als eine allen elementaren Staatsbegriffen — nämlich jenen des Sonnenkönigs und dessen geistiger Deszendenz — hohnsprechende Mißgeburt, von der es unfaßbar ist, daß sie sogar den Anspruch auf ein langes Leben

zu erheben wagt. Dem richtigen Franzosen ist darum auch Alles an Österreich — im günstigsten Fall — unerklärlich, ein Rätsel, wie denn der „Temps“ soeben wieder von einem österreichischen Rätsel spricht. Am glaubwürdigsten klingt dem richtigen Franzosen auch jede, selbst die tollste Depesche, die darauf schließen läßt, daß dieses kuriose Geschöpf Österreich definitiv im — Hingang begriffen sei. Die gesamte Presse des richtigen Franzosen nimmt darum auch im gegenwärtigen Falle wieder, wie wenn die gegenteilige Annahme eine Beleidigung des guten Geschmacks und der guten Sitten wäre, entschieden gegen Österreich Partei. Dafür umschmeichelt und liebkost sie die Balkanfürsten wie Tageshelden, sucht deren intimste Wünsche zu erraten und angelegentlichst der Welt zu empfehlen. Hat doch Poincaré der Große selbst — kurz vor seiner Wahl zum Präsidenten der Republik — die politische Noblesse und den politischen Stolz des richtigen Franzosen so schön in den Satz gekleidet: „Frankreich würde seine ganze hochherzige Vergangenheit verleugnen, wenn es nicht mit den aufsteigenden Nationen sympathisierte.“ Man ersieht hieraus, wie elegant der richtige Franzose vor dem Götzen Erfolg sich in den Staub zu legen versteht. Und dabei erinnern wir uns auch, daß schon Brennus den Römern, die sich darüber aufhielten, daß die Gallier falsche Gewichte in die Wage gelegt hätten, geantwortet haben soll: vae victis! Nur hat Livius ganz vergessen, ihm dafür das Epitheton generosus beizulegen. Wenn trotzdem die französische Politik öfters mit der österreichischen zusammentrifft, so ist das wirklich blos ein Zusammentreffen und nicht entfernt etwa die Folge einer solchen Absicht.

Endlich England. Schon die geographische Lage dieses Reiches sagt, daß es an diesen orientalischen Angelegenheiten nur in beschränktem Maße, nur in bestimmten Fällen interessiert wird. In diesen bestimmten Fällen aber ist sein Interesse auch ein sehr empfindliches. Dieses Interesse konzentriert sich dahin, daß Rußland nicht sein — Englands — maritimer



Konkurrent werden darf, weder im Mittelmeer, noch auf irgendwelchem Weltmeer. Auch wohl begreiflich. Denn vor dem kontinentalen Riesenreich, wenn dasselbe auch zur Seegroßmacht sich ausbilden könnte, würde England alsbald die Segel streichen müssen. Natürlich ist England bestrebt, dieser Eventualität vorzubeugen. Zu diesem Zweck hat es im europäischen Orient immer darauf bestanden, daß die Dardanellen den russischen Kriegsschiffen fest versperrt bleiben. Zu diesem Zwecke ist es auch in offene Allianz mit Japau getreten und hat dabei die Genugtuung erlebt, die Russen aus dem Bereich des chinesischen Meeres zurückgedrängt und wieder auf den nicht eisfreien Hafen von Wladiwostok beschränkt zu sehen. In diesem Bestreben ist England meist auch mit Frankreich zusammengetroffen, das ebenfalls keine Vermehrung der maritimen Konkurrenz wünscht, und Österreich war aus Motiven, die aus dem Gesagten deutlich genug hervorgehen dürften, gewöhnlich der dritte in diesem Bunde. Von zum Teil ganz verschiedenen Gesichtspunkten ausgehend haben sich die Interessenlinien der genannten drei Reiche gewöhnlich in diesem einen Punkte getroffen. Über diesen Punkt hinaus aber gehen sie ebenso gewöhnlich wieder auseinander. Und weil unter den gegenwärtigen Verhältnissen der englische Standpunkt einen gewissen Einigungspunkt bildet, darum offenbar ist die englische Hauptstaot der Sitz der jetzt tagenden Konferenz geworden.

Dieser Einigungspunkt würde aber kaum lange ausreichen die vielen Differenzpunkte zurückzudrängen, um so weniger, als in diesem Punkte keineswegs alle Konferenzteilnehmer übereinstimmen. Die wirksamste Klammer, der stärkste Magnet, der die Konferenz zusammenhält, besteht offenbar in dem Friedensbedürfnis einer jeden Macht, Rußland nicht ausgenommen. Keiner Macht scheinen Zeit und Umstände geeignet, ihre Aspirationen auf die Spitze zu treiben, eine jede scheint geneigt, sich mit einem billigen Kompromiß zu begnügen, das ihren Aspirationen nicht zu sehr präjudiziert. J-l.

---



## XXIII.

## Kürzere Besprechungen.

1. Lauchert, Dr. Friedrich, Die italienischen literarischen Gegner Luthers. Gr. 8° (XVI und 714 S.). Herder, Freiburg i. Br., Mk. 15.—, geb. in Leinwand Mk. 16.50. (Erläuterungen und Ergänzungen zu Janssens Geschichte des deutschen Volkes, herausgegeben von Ludwig von Pastor, VIII. Bd.).

„Wenn nicht die protestantische Geschichtschreibung der Neigung, die unbequemen Tatsachen zu übergehen, so sehr nachgegeben hätte, hätte Janssens Geschichte des deutschen Volkes nicht den großen Eindruck machen können — auch eine unbequeme Tatsache für manche protestantische Kreise" (Friedrich Paulsen in seiner Geschichte des gelehrten Unterrichts I², 1896, S. 196). Eine „unbequeme Tatsache" für gewisse Kreise wird auch der vorliegende VIII. Band der Erläuterungen und Ergänzungen zur Geschichte des deutschen Volkes werden, zumal er sich würdig an die Seite von Grisars S. J. dreibändigem Werk stellt. Grisar gibt eine historische und psychologische Charakteristik der Person Luthers, die nach Harnack (cf. Theolog. Literaturzeitung 1911 Nr. 10 und Nr. 24) „mit reichster Gelehrsamkeit zusammengetragenes Material" enthält, bei der es dem Verfasser nach dem Zeugnis des protestantischen Lutherforscher F. Cohrs (cf. Theolog. Literaturblatt 1912 S. 171, 193) „wirklich um die Wahrheit zu tun gewesen ist, und daß der objektive Befund etwaige subjektive Gedanken hat niederzwingen müssen." Dasselbe Urteil mag auch Anwendung finden auf Lauchert's tiefgründige Forscherarbeit über „die italienischen Gegner Luthers". Soviel als möglich behandelt L. chronologisch vom Erscheinen der Ablaßthesen Luthers an bis zum Schluß des Konzils von Trient „nicht die italienischen Gegner Luthers überhaupt, sondern die literarischen Gegner Luthers und der



religiösen Neuerung und zwar im allgemeinen mit Beschränkung auf diejenigen Autoren, deren Arbeiten im Druck erschienen sind". Die reife Frucht zehnjähriger „langwieriger und mühsamer Arbeit" liegt vor uns, ein Beweis, wie recht N. Paulus („Die deutschen Dominikaner im Kampf gegen Luther, Freiburg i. Br. 1903) geurteilt hat, daß im Gegensatz zu der herkömmlichen Ansicht „die Zahl der verdienstvollen Gelehrten, die in jener schweren Zeit die katholische Fahne hochhielten, eine sehr beträchtliche ist". „Die herkömmliche Lutherliteratur kennt hier (d. i. in Italien) ungefähr ein halbes Dutzend Namen, eben diejenigen, die von Luther mit Gegenschriften bedacht wurden oder die in dessen Werken und Briefen wenigstens gelegentliche Erwähnung finden, und behandelt sie, der Einschätzung durch Luther entsprechend, als Menschen von der größten Minderwertigkeit (S. 1)." Demgegenüber zejgt Lauchert 47 Verteidiger der Kirche in schwerer Zeit, Welt- und Ordensklerus, Vertreter aller Stufen der kirchlichen Hierarchie. Zahlreich sind die bio- und bibliographischen Angaben, eingehend die Darstellungen des dogmatischen und apologetischen Gehaltes der behandelten Schriften der italienischen Theologen. Eine reiche Fundgrube, zum Teil unbekannten und daher unbenutzten Materials bietet das Register dem Dogmatiker und Apologeten unter den Stichworten „Ablaß, Beichte, Erbsünde, Eucharistie, Glauben und Werke, Gnade und Freiheit, Heiligenverehrung, Heilsgewißheit, Kirche, Konzil, Ordensgelübde, Papst (Primat, lehramtliche Unfehlbarkeit desselben), Prädestination, Rechtfertigung, Sakramente, Transsubstantiation, Werke, Willensfreiheit, Zölibat." Der Kirchenhistoriker findet von allbekannten Persönlichkeiten wie den Kardinälen Caietan, Contarini, Sadoleto, Seripando Schriften erwähnt und behandelt, die im allgemeinen wenig gekannt sind. Ein Schriftsteller, der in keinem Nachschlagewerk erwähnt wird, ist Gian Antonio Pantusa, Bischof von Lettere (Kap. 20, S. 350—371), auf den erst in jüngster Zeit zum erstenmal Tacchi Venturi, Storia della Compagnia di Gesù in Italia, Vol. I (Roma-Milano 1910) S. 74 wieder hingewiesen hat als auf einen bemerkenswerten Theologen. Mehrere Schriften,



die auch Tacchi Venturi nicht erwähnt, führt Lauchert ihrem Inhalte nach an. Ein nicht seiner Bedeutung entsprechend bekannter Theologe ist auch der Franziskaner Johannes Antonius Delphinus (Kap. 35, S. 487—536), den Lauchert zuvor schon in den Beziehungen seiner literarischen Tätigkeit zum Konzil von Trient in der Zeitschrift für katholische Theologie 34, 1910, S. 39—70 behandelt hatte. In Kap. 4, S. 185—194 zergliedert und würdigt Lauchert die Gegenschrift Melanchthons gegen den italienischen Dominikaner Thomas Radinus im Gegensatz zu der protestantischen Überschätzung dieser „ersten reformatorischen Schrift" Melanchthons (Karl Sell, Phil. Melanchthon und die deutsche Reformation, Halle 1897). Die von Lauchert im historischen Jahrbuch 1907, S. 103—108 bereits veröffentlichte Abhandlung „Wer war der sogenannte Cremonese, der Verfasser der Revocatio Martini Lutheri ad sanctam Sedem (1519)?" findet eingehendere Behandlung in Kap. 5, S. 200—215 Laucherts Artikel „Der italienische Benedictiner Isidorus Clarius und seine Schrift für den religiösen Frieden" in den „Studien und Mitteilungen aus dem Benedictinerorden" Jahrg. 29, 1908, S. 611—620 ist ohne wesentliche Änderung in das neue Werk — Kap. 27, S. 443—451 — aufgenommen.

Das gelehrte Werk Lauchert zeigt sich als Merkstein für die Literatur des 16. Jahrhunderts. Es ist bahnbrechend in dieses bis heran zum größten Teil eine terra incognita gewesene italienische Literaturgebiet.

Aachen. Dr. Berg.

2. Buchner, M., Die Entstehung der Erzämter und ihre Beziehung zum Werden des Kurkollegs mit Beiträgen zur Entstehungsgeschichte des Pairskollegs in Frankreich. Paderborn, Schöningh. 1911. XXIV, 319 S.

Die vorliegende Publikation, die zuerst als 10. Heft der Veröffentlichungen der Görres-Gesellschaft, Sektion für Rechts- und Sozialwissenschaft erschien, liegt nun als Sonderabdruck vor. Die interessanten Forschungsergebnisse, die der Verfasser durch eingehende Vorstudien, durch den Vergleich der deutschen



Königswahl und -Krönung mit der französischen, des deutschen Kurkollegs mit dem französischen Pairskolleg, durch vergleichende Betrachtung der Papst- und Bischofswahlen und Beachtung aller einschlägigen Faktoren der jeweiligen Zeitepoche erzielte, sind zu zahlreich, als daß sie hier näher behandelt werden könnten. Hier sei nur verwiesen auf die Studien über die Stellung des Reimser Erzbischofs zur Wahl und Krönung, über die Vorrechte des Herzogs von Anjou, über die Bedeutung und Übergabe der Reichsinsignien in Deutschland, die Stellung Lothringens im Kurkolleg und die bayerischen Wahlansprüche. Die Ergebnisse, die B. in diesen Punkten erzielt hat, werden wohl in manch bedeutsamem Geschichtswerk das eine und andere Blatt veraltern lassen. Ein vorzügliches Autoren- und Sachverzeichnis leistet dem Forscher bei Benutzung dieses Werkes gute Dienste.

3. Winterfeld, Dr. Luise von, Die Kurrheinischen Bündnisse bis zum Jahre 1386. Ein Beitrag zum Bündniswesen des ausgehenden Mittelalters. Berlin, Weidmann. 1912. VI, 123 S. 2.40 ℳ.

Die kurrheinischen Bündnisse von ihrer ersten Entwicklung bis zur ersten rheinischen Münzkonvention bilden das Thema der obigen Publikation. Die Verfasserin sucht nicht nur die Ursachen, die zu diesen Bündnissen führten, zu ergründen, sie betrachtet auch ihre Organisation, ihre Wirkung und den gegenseitigen Einfluß, den sie aufeinander ausübten. In sechs Abschnitten zieht die ganze rheinische Politik vom Ende des 12. Jahrhunderts bis zum Jahre 1386 an uns vorüber. Der Ausgang des Interregnums, der Kurverein zu Haimbach und der zu Rense, das Ende des Mainzer Schismas (1354) und der politische Anschluß der Pfalz (1370) bilden die Wendepunkte. Der 7. Abschnitt gibt dem Leser kurz gefaßt die Forschungsergebnisse. Ein chronologisches Verzeichnis der Bündnisse und zwei kleinere, wissenschaftliche Exkurse schließen die Arbeit, die dem Forscher eine bequeme Orientierung für einen großen Teil der damaligen Reichspolitik bietet. Der Leser sieht hier eine Macht heran-



wachsen, die gerade am Ende dieser Abhandlung im Reich in die vorderste Stelle einrückt und später in allen Lebensfragen des Reiches den Ausschlag gab. Es ist der Ring der rheinischen Kurfürsten, enggeschlossen durch Angriffe von außen, durch immer erneuten Zusammenschluß im Innern. Natürlich hätte sich die Arbeit durch Forschungen in den rheinischen und fränkischen Adelsarchiven und im Kreisarchiv Würzburg noch wesentlich vertiefen lassen. Außer den einzelnen Bundesurkunden gäben über das Thema auch die einschlägigen Akten und namentlich die Briefe bedeutsamen Aufschluß. Auch die hier in Betracht kommenden Schreiben der Päpste begründen und erklären manchen Punkt dieser Fürstenbündnisse. Der Stil der Darstellung entspricht dem nicht, was man vom modernen Geschichtsschreiber verlangen muß. Die Orts- und Adelsnamen sind in der modernen Form zu geben, wenn sie nicht im Zitat stehen. Vom mittelalterlichen Deutsch der vorliegenden Urkunden muß sich die Verfasserin mehr frei zu machen suchen. Auch müssen wir den Markgrafen Otto von Brandenburg in Schutz nehmen. Wir verweisen hier nur auf seine Biographie von Dr. Otto Neuhaus. Durchaus nicht „unfähig" fiel Markgraf Otto den Ränken und der Gewälttätigkeit seines Kaisers und der Kräftezersplitterung im eigenen Hause zum Opfer.

Von diesen Mängeln abgesehen können wir die Abhandlung als ein in seinem Rahmen gut durchgearbeitetes Hilfsmittel für Forschungen auf diesem Gebiete bestens empfehlen. Die Forschungen von Dr. Max Buchner über das Kurfürstenkolleg, sowie die neuestens erschienenen „Quellen zur Geschichte der deutschen Königswahl und des Kurfürstenkollegs" von Marie Kramer finden hier eine willkommene Ergänzung.

Wertheim. Dr. Fl. H. Haug, f. Archivar.

## XXIV.

## Eine kritische Gesamtausgabe von Luthers Tischreden.

In der seit 1883 zu Weimar erscheinenden kritischen Gesamtausgabe der Werke Luthers ist, wie der deutschen Bibel und den Briefen, so auch den Tischreden eine eigene Abteilung zugewiesen worden. Die Bearbeitung der Tischreden hat der Leipziger Stadtbibliothekar Ernst Kroker übernommen. Geeigneteren Händen hätte die schwierige Aufgabe kaum anvertraut werden können. Schon vor zehn Jahren hat Kroker durch seine Veröffentlichung der Tischreden Luthers in der Mathesischen Sammlung (vgl. Histor.-polit. Blätter CXXXIII 199 ff.) gezeigt, wie trefflich er auf dem weitverzweigten Gebiete der Tischredenforschung bewandert ist. Hierfür liefert der jüngst erschienene erste Band der kritischen Tischredensammlung[1]) einen neuen, viel beredteren Beweis. Vielleicht dürfte es für die Leser dieser Blätter von Interesse sein, über die neue Publikation etwas Näheres zu erfahren.

Die feste Grundlage der Tischredenforschung, wie Kroker in seiner Einleitung ausführt, sind die Handschriften, in denen uns die Nachschriften der einzelnen Tischgenossen ohne Beimischung fremden Gutes in ihrer ursprünglichen chronologischen Reihenfolge und ohne wesentliche Auslassungen erhalten sind.

1) Dr. Martin Luthers Tischreden 1531—46. Erster Band: Tischreden aus der ersten Hälfte der dreißiger Jahre. Weimar, H. Böhlaus Nachfolger, 1912. XLII u. 656 Seiten. 4°.





Leider sind die ersten eigenhändigen Nachschriften aller Tischgenossen verloren gegangen; die gesamte Überlieferung beruht auf Abschriften. Diese Abschriften, die man bei dem trümmerhaften Zustande der Überlieferung sehr wohl als Urschriften bezeichnen und behandeln darf, sollen in der Weimarer kritischen Gesamtausgabe nach den besten Handschriften veröffentlicht werden. Sie werden eine ganze Reihe von Bänden anfüllen.

Der vorliegende erste Band enthält zunächst Veit Dietrichs Nachschriften und Dietrichs und Medlers Sammlung. In den nächsten Bänden werden Schlaginhausens Nachschriften, die kleine Sammlung Rabes, die große Sammlung von Cordatus, Wellers und Lauterbachs Nachschriften aus den Jahren 1536 und 1537, Lauterbachs Tagebuch aufs Jahr 1538 und Lauterbachs Tagebuch aufs Jahr 1539 veröffentlicht werden. Es folgen dann die von Mathesius nachgeschriebenen Reden des Jahres 1540 und die anderen Sammlungen der vierziger Jahre. Den Schluß bilden die undatierten Tischreden. Der letzte Band wird Aufschluß geben über die große lateinische Sammlung von Anton Lauterbach, die Bindseil in drei Bänden veröffentlicht hat (1863—66), sowie über die zuerst 1566 erschienene deutsche Sammlung von Aurifaber. Verschiedene Register werden die Benutzung der Bände erleichtern. Es ist sicher nur zu billigen, daß Aurifabers Sammlung vollständig in die neue Ausgabe aufgenommen werden soll. Hat man doch Jahrhundertelang Luthers Tischreden fast nur in der Gestalt gekannt, die ihnen von Aurifaber gegeben worden. Aurifabers Text wird stets in kleinerem Druck dem entsprechenden Texte der Urschriften folgen, so daß man sich über die Arbeitsweise des fleißigen, wenn auch öfters ungenauen Sammlers leicht ein Urteil wird bilden können.

Was nun den ersten Band betrifft, so enthält er, wie soeben bemerkt worden, zunächst die Nachschriften von Veit Dietrich, den man nicht mit Unrecht den „zuverlässigsten Berichterstatter über die Tischreden" genannt hat. Aus Nürnberg gebürtig, studierte er seit 1522 in Wittenberg

Medizin, wurde aber durch Luther der Theologie zugeführt und trat in Luthers Hausgenossenschaft ein. Als Famulus und Sekretär stand er dem Meister besonders nahe. Er war 1529 mit ihm in Marburg, begleitete ihn 1530 auch auf die Koburg. In den folgenden Jahren führte er als Luthers Vikar die Oberleitung einer kleinen Studentenburse in dem alten Klostergebäude, dem sogen. Schwarzen Kloster, das Luther zur Wohnung diente. Von den jungen Leuten, die an Luthers Tische speisten, standen stets einige unter seiner besonderen Aufsicht. Wegen Zwistigkeiten mit der Hausfrau Katharina von Bora, verließ er mit seinen Schülern das Schwarze Kloster im November 1534, ohne daß es jedoch zu einem Bruche zwischen ihm und Luthers Familie gekommen wäre. Im Jahre 1535 wurde er Prediger in Nürnberg, wo er 1549 gestorben ist. Seine Nachschriften der Tischreden werden jetzt zum erstenmal vollständig veröffentlicht aus einer Handschrift der Nürnberger Stadtbibliothek. Es ist zwar nicht die erste Niederschrift, aber doch eine gute Abschrift von Dietrichs eigener Hand. Die frühesten Aufzeichnungen Dietrichs fallen in das Jahr 1531; der Hauptteil seiner Nachschriften gehört den Jahren 1532 und 1533 an. Sie stehen im vorliegenden Band unter den Nrn. 1—656 (S. 1—308).

Nebst der wertvollen Sammlung Dietrichs bringt der neue Band im zweiten Abschnitt eine weitere größere Sammlung, die zwar noch mit Dietrich in Verbindung steht, die aber neben einzelnen Nachschriften Dietrichs zahlreiche Nachschriften anderer Tischgenossen enthält. Wieviel in dieser Sammlung auf Dietrich selbst, wieviel auf andere Tischgenossen zurückgeht, läßt sich nicht nachweisen, man kennt nicht einmal die Namen der Männer, die neben Dietrich in dieser Sammlung mit Nachschriften vertreten sind. Nur einer von ihnen ist mit Namen bekannt: es ist Nikolaus M e d l e r, der seit dem Sommer 1531 fünf Jahre lang in Wittenberg sich aufhielt und in Luthers Haus verkehrte. Im August 1536 wurde er als Prediger nach Naumburg





berufen. Aus eigenen und fremden Nachschriften der Jahre 1531 bis 1536 hat Medler die im zweiten Abschnitt veröffentlichte Tischredensammlung zusammengebracht. Leider stehen die einzelnen Reden in dieser Sammlung nicht mehr in der richtigen Zeitfolge. Sicher ist nur, daß alle Reden aus der ersten Hälfte der dreißiger Jahre stammen; über den August 1536 reicht keine herab.

Da die beiden Sammlungen im vorliegenden Bande zum erstenmal vollständig veröffentlicht werden, so dürfte es sich der Mühe lohnen, einige beachtenswerte Einzelheiten daraus mitzuteilen. Zunächst muß aber daran erinnert werden, daß Luthers Tischgenossen seine Reden gleich bei Tische nachschrieben, „als säßen sie im Kolleg". Luther selbst wußte darum; er hat sogar bisweilen gesagt: Schreibet dies und das vom Gehörten auf. In Dietrichs Nachschriften finden sich hierfür mehrere Belege. So bemerkt einmal Dietrich; „Luther befahl mir bei Tische, folgendes aufzuschreiben" (152).[1] Ein anderes Mal sagte Luther zu den Nachschreibern an seinem Tische: „Schreibet dies auf" (246); „merket euch das" (463). Es verdienen denn auch die Urschriften der Tischreden, wie Kroker schon früher betont hat, „volles Vertrauen", „zum mindesten dasselbe Vertrauen, das wir den nicht von Luther selbst in den Druck gegebenen, sondern von seinen Freunden und Schülern nachgeschriebenen und veröffentlichten Predigten entgegenbringen." Luthers Tischgenossen waren unzweifelhaft redlich bemüht, seine Äußerungen „nach bestem Wissen und Können wiederzugeben".

In den ältesten Tischreden wird kaum etwas so oft erwähnt wie die „Anfechtungen". Man kann daraus ersehen, welche große Rolle die Gewissenskämpfe in Luthers Leben gespielt haben. Dietrich berichtet, Luther habe ihm auf der Koburg (1530) gesagt: Sollte man mich nach meinem Tode aufschneiden, so würde man finden, daß mein Herz

1) Die eingeklammerte Zahl bedeutet stets die Nummer der betreffenden Tischrede, nicht die Seite des Buches.



ganz eingeschrumpft ist, „also ist es mir vor großen ängstlichen Gedanken verschmachtet“ (1061). Diese „ängstlichen Gedanken“ verfolgten ihn besonders zur Nachtzeit. Als im Frühjahr 1533 die Rede einmal auf die Träume kam, bemerkte Luther, die traurigen Träume seien ein Werk des Teufels, der auch bei schlafenden Menschen sein Unwesen treibe: „Der Teufel kann mich so ängsten, daß mir der Schweiß im Schlaf ausgeht.“ „Die besten (d. h. die schwersten) Kämpfe, die ich mit ihm gehabt habe, hab ich in meinem Bett gehabt an meiner Käthe Seite“ (508). „Meine Nachtkriege,“ erzählte er einige Jahre später, „sind mir viel saurer geworden denn die Tagkriege (d. h. die Streitigkeiten mit seinen Gegnern). Denn die Gegner haben mich allein verdrossen gemacht; aber der Teufel, der kann mir Argumente bringen. Hat mir oft ein Argument bracht, daß ich nicht wußte, ob Gott wäre oder nicht“ (518). „Fast jede Nacht, wenn ich erwache, so ist der Teufel da und will an mich mit dem Disputieren“ (469). „Er ist sehr zornig; ich verstehe und fühle es, denn er schläft viel mehr bei mir denn meine Käthe“ (612). „Der Teufel geht mit mir auf dem Schlafhaus spazieren (d. h. er sucht mich im Bett heim), und ich habe einen oder zwei Teufel, die lausen (lauern) stark auf mich und sind visierliche (d. h. geschickte, S. 631) Teufel, und wenn sie im Herzen nichts können gewinnen, so greifen sie den Kopf an und plagen ihn mir“ (491). Anläßlich eines heftigen Kopfwehs im Februar 1533 erklärte Luther: „Ich glaube gewiß, daß meine Kopfschmerzen und Magenbeschwerden nicht von den allzu vielen Arbeiten herkommen, obschon diese auch etwas dazu beitragen, sondern von den Gedanken in der Anfechtung“ (461).

Die Anfechtungen, die Luther durchzumachen hatte, waren vielgestaltig. Als junger Mönch war er besonders von dem Gedanken geplagt worden, keinen gnädigen Gott zu haben. „Ich war sehr fromm im Mönchtum,“ erzählte er im Februar 1533, „und doch war ich so traurig, daß ich dachte, Gott sei mir nicht gnädig“ (518). Derselbe Ge-



danke beängstigte ihn aber auch noch in seinen späteren Lebensjahren. Am 19. Februar 1533 klagte er: „Meine Anfechtung ist die, daß ich denke, Gott sei mir nicht gnädig" (461). Von eigentlichen Verzweiflungsgedanken ist er übrigens erst nach seinem Abfalle von der Kirche geplagt worden. Am 14. Dezember 1531 erzählte er: „Vor ungefähr zehn Jahren habe ich zuerst die Anfechtung der Verzweiflung und des göttlichen Zorns gespürt. Hab darnach Ruhe gehabt, sodaß ich auch ein Weib nahm, so gute Tage hatte ich. Aber nachher kehrte die Anfechtung wieder zurück" (141).

Der Gedanke an das göttliche Gesetz, zu dessen Haltung die Heilige Schrift so oft auffordert, war für Luther nicht weniger Anlaß zu schweren inneren Beunruhigungen. Mit diesem Gedanken, sagte er 1533, kann der Teufel dem Menschen einen plötzlichen Schrecken einjagen, „wie er mir tut." „Seine höchste Kunst besteht darin, daß er aus dem Evangelium ein Gesetz machen kann. Wenn ich an dem Unterschied beider festhalten könnte, wollte ich ihm alle Stunde sagen, er solle mich hinten lecken. Selbst wenn ich gesündigt hätte, wollte ich ihm sagen: Wie denn? Soll man darum das Evangelium verleugnen? Noch nicht! Aber wenn ich disputiere, was ich gelassen und getan habe, so bin ich dahin" (590).

Andere Anfechtungen, die Luther beunruhigten, bezogen sich auf die Rechtmäßigkeit seines Auftretens und auf die Folgen seiner Predigt.

Anfangs 1533 erklärte er: „Der Teufel hätte mich oft mit diesem Argument getötet: Du bist nicht berufen, wenn ich nicht Doktor gewesen wäre" (453). Am 14. Dezember 1531 äußerte er sich: „Ich habe keine größere und keine schwerere Anfechtung gehabt denn wegen der Predigt, daß ich gedacht habe: Das Wesen richtest du allein zu; ist es nun unrecht, so bist du schuldig an so vielen Seelen, die in die Hölle fahren. In dieser Anfechtung bin ich oft dahin gegangen in die Hölle hinein, bis mich Gott zurückgerufen und mich



(im Glauben) bestärkt hat, daß es Gottes Wort und die wahre Lehre sei. Aber es kostet viel, bis einer zu diesem Trost kommt" (141). Kurz vorher hatte er bemerkt: „Ich habe die sehr schwere Anfechtung schier überwunden, daß mein Herz mir sagt: Bist du denn der Einzige, der das Wort Gottes haben will, und alle andern haben es nicht" (130)? Gänzlich hatte er also die Anfechtung noch nicht überwunden. Im Februar 1533 bekannte er denn auch: „Es kommt mir bisweilen der Gedanke: Wie, wenn du Falsches gelehrt hättest" (461)?

„Heute nacht," so erzählte er im April 1532, „disputierte der Teufel mit mir und warf mir vor, daß ich ein Dieb sei und den Papst und so viele Klöster beraubt habe. Aber ich wollte ihm nicht antworten und sagte ihm: Lecke du mich im A. Da hörte er auf. Sonst kann man sein nicht los werden" (248). Trotz der derben Abfertigung, zu der Luther auch sonst öfters seine Zuflucht nahm, kehrte der Teufel doch immer wieder zurück. „Oft wirft er mir vor," klagt Luther im Frühjahr 1533, „wie hast du so viele Leute verführt" (518)! „Häufig plagte er mich," äußerte Luther um dieselbe Zeit, „mit Stimmen wie: Wer hat dir befohlen, gegen die Klöster zu predigen? Früher herrschte der schönste Friede; du hast ihn zerstört. Wer hat dich das geheißen?" Als ihn bei diesem Geständnis Dietrich mit der Bemerkung unterbrach, er habe doch nur eingeschärft, man solle Gott nicht mit Menschensatzungen ehren, und darnach sei dann unter Gottes Antrieb die Auflösung der Klöster erfolgt, da erwiderte er: „Lieber, ehe mir das einfällt in solchem Kampf, so habe ich schon einen Schweiß darüber gelassen" (525). Hierüber erzählte Luther am 14. Dezember 1531 einen Vorfall, der zeigt, wie ihn bisweilen ein einziger Bibeltext in die größte Verlegenheit bringen konnte. „Der Teufel hat mich einmal," sagte er zu seinen Tischgenossen, „mit dem Paulo an Timotheum[1]) geplagt und schier erwürgt, daß mir

1) Gemeint ist 1 Tim. 5, 12, wo die Rede ist von jungen Witwen, die ihr Gelübde, ehelos zu bleiben, brechen und sich deshalb die Verdammnis zuziehen.



das Herz im Leibe zerschmelzen wollte." Der Wittenberger Pfarrer Bugenhagen war gerade anwesend. „Dem hielt ich es vor, ging mit ihm auf den Gang. Da fing aber auch er an zu zweifeln, denn er wußte nicht, daß es mir so heftig war angelegen. Da erschrak ich allererst sehr, mußte dennoch die Nacht mit schwerem Herzen verbeißen. Am andern Tage kommt Bugenhagen wieder zu mir. ‚Ich bin recht zornig', spricht er, ‚ich habe den Text allererst nicht angesehen.' Und fürwahr, es ist ein lächerlich Argument. Ja, wenn einer bei sich selbst ist (d. h. außer der Anfechtung), sonst nicht eher. So ist er ein Gesell! Er lauscht allenthaben auf uns. Aber dennoch haben wir Christum" (141).

Festes Vertrauen auf Christus, das war das vornehmste Mittel, womit sich Luther gegen die teuflischen Anfechtungen zu wehren suchte, ein Mittel, das er auch nachdrücklichst andern anempfahl. Er mußte freilich wiederholt gestehen, daß er andere besser trösten könne als sich selbst: „Ich predige jetzt das, was ich selber nicht tue" (461). „Ich predige es jetzt und schreibe es auch, aber ich weiß es nicht zu üben" (522). Auch über seinen schwachen Glauben führt Luther wiederholt Klage: „Jetzt können wir dem Mann Jesu Christ nicht glauben, und ich habe zuvor glauben können allen Scheißdrecken. ... Dem Papst und den Mönchen habe ich alles geglaubt. Nun was der (Christus) sagt, das kann, mag ich nicht glauben. Ist ein verdrießlich Ding" (582).

Nächst dem Vertrauen auf Christus gab es für Luther noch andere Abwehrmittel gegen den Teufel; das war zunächst ein guter Trunk. „Ich trinke einen starken Trunk Biers, wenn ich schwere Gedanken habe" (17). Er bemerkt allerdings, daß das Mittel nicht für alle passe. „Mir nützt ein reichlicher Trunk (larga potatio); jungen Leuten möchte ich aber dies nicht empfehlen, da es zur Wollust reizen könnte (propter libidinis alimentum). Für die einen ist eben das Fasten gut, für andere das Trinken" (122). Einige Tage später sagt er aber ganz allgemein: „Bei Versuchten wirkt das Fasten hundertmal schlimmer als das Essen und



Trinken." Deshalb lautet sein Rat: „Halte den Bauch voll" (141). Seid ihr traurig, sprach er im Februar 1533 zu den „jungen Gesellen", die an seinem Tische saßen, so suchet jede beliebige Zerstreuung. Mit Ausnahme offenkundiger Sünden (praeter manifesta peccata) erlaube ich euch alles, was zur Erholung dienen kann, „es sei essen, trinken, tanzen, spielen, was es ist" (461).

Zu dem jungen Tischgenossen Johann Schlaginhausen, der an schweren Anfechtungen litt, sagte Luther am 14. Dezember 1531: „Heften wir den Geist auf andere Gedanken, auf Gedanken an Tanz oder an ein schönes Mädchen" (141). Denselben Rat gab er Hieronymus Weller, der ebenfalls von Anfechtungen schwer heimgesucht wurde: „Durch die Erfahrung belehrt, kann ich dir anzeigen, wie du dich in den Anfechtungen verhalten sollst. Wirst du von Traurigkeit angefochten, von Verzweiflung oder anderm Seelenleid, so esse, trinke, suche Unterhaltung; kannst du dich ergötzen an dem Gedanken eines Mädchens, so tue es" (122).

Die letztere Stelle hat Aurifaber folgenderweise überarbeitet: „Ich habe aus Erfahrung gelernt, wie man sich in Anfechtung halten soll. Nämlich wer mit Traurigkeit, Verzweiflung oder anderm Herzeleid geplaget wird und einen Wurm im Gewissen hat, derselbige halte sich erstlich an den Trost des göttlichen Worts, darnach so esse und trinke er und trachte nach Gesellschaft und Gespräch gottseliger und christlicher Leute, so wirds besser mit ihm werden." Man hat schon oft behauptet, daß die Derbheiten und bedenklichen Einzelheiten, die in den Tischreden vorkommen, Luther nicht zur Last gelegt werden dürfen; sie seien von den Sammlern und Herausgebern, namentlich von Aurifaber den Tischreden beigefügt worden. Eine ganz unzutreffende Behauptung! Weit entfernt, die Tischreden durch „unflätige" Zusätze zu verunreinigen, hat Aurifaber vielmehr gewisse anstößige Stellen gar nicht aufgenommen; manche Roheiten hat er gemildert oder mit entschuldigenden Formeln, wie „mit Züchten zu reden", versehen. Wie er bei der Überarbeitung der



Mahnung Luthers an Weller und Schlaginhausen die Aufforderung, an ein schönes Mädchen zu denken, unterdrückt hat, so hat er auch folgende Tischrede Luthers mit Stillschweigen übergangen.

„In schweren Versuchungen," bemerkte einmal Luther, „sind zwei Affekte von Nutzen. Der erste und vornehmste und beste ist das Vertrauen auf Christus; der zweite ist ein heftiger und starker Zorn, wie ich ihn oft angewandt habe, um die Anfechtungen zu vertreiben. Item die Liebe zu einem Mädchen. Ich hab oft meiner Käthe an den b und z gegriffen,[1]) aber es hat mir nicht helfen wollen, und die bösen Gedanken wollten nicht weichen" (833).

Der „heftige Zorn", den Luther oft zu erwecken suchte, wenn er von Anfechtungen geplagt wurde, richtete sich vor allem gegen das Papsttum. „Ich gestehe," erklärte er Ende 1531, „daß der Greuel des Papsttums nach Christus mein großer Trost ist. Darum sind das heillose Tropfen, die sagen, man solle den Papst nicht schelten. Nur flugs darauf gescholten, und sonderlich, wenn dich der Teufel mit der Rechtfertigung anfechtet" (122).

Schließlich sei noch ein recht drastisches Abwehrmittel erwähnt, das Luther gegen die Anfechtungen des Teufels anzuwenden pflegte. „Fast jede Nacht, wenn ich erwache, so ist der Teufel da und will an mich mit dem Disputieren; da hab ich das erfahren: Wenn das Argument nicht hilft, daß der Christ ohne Gesetz und über dem Gesetz

1) In der handschriftlichen Vorlage wie im Drucke stehen bloß die Anfangsbuchstaben; es ist aber offenbar pectora und mammae darunter zu verstehen. Vgl. Grimm, Deutsches Wörterbuch II, 564: „Das von der Zucht verpönte pectora palpare ... mammas contrectare . . . wird ausgedrückt durch greifen und tasten." In den von Bindseil veröffentlichten Lutheri Colloquia (II, 299) lautet die Parallelstelle: Quoties meam uxorem complexus sum, nudam contrectavi, ut tantum sathanae cogitationes illo pruritu pellerem. Es will aber nichts daraus werden, nolebat cedere.



ist, so weise man ihn flugs mit einem F . . . ab“ (469). „Ich jage ihn oft mit einem F . . . hinweg“ (122). „Ich habe oft den Teufel verjagt mit lächerlichen Possen, wenn ich ihn mit ernsten Worten und mit der Schrift nicht vertreiben konnte. Wenn er mir daher mein Gewissen beschweren wollte, sagte ich: Teufel, ich hab auch in die Hosen gesch . . . .; hast du es auch zu den andern Sünden in dein Register geschrieben“ (812)? „Der Satan kann durch nichts besser vertrieben werden als durch Verachtung“, die sich eben in der bezeichneten Weise aufs Allerdeutlichste kund gebe (975).

Wenn man Luther erzählen hört, wie er mit dem Teufel disputierte, mit ihm auf dem Schlafhaus spazieren ging, so könnte man fast auf den Gedanken kommen, als würde er von leibhaftigen Erscheinungen des Bösen reden. Dem ist jedoch nicht so. Er spricht bloß in seiner drastischen Weise von innern Anfechtungen. Indessen glaubt er doch den Teufel bisweilen in sichtbarer Gestalt gesehen zu haben. So erzählte er im Herbst 1532 seinen Tischgenossen in allem Ernst, auf der Koburg (1530) sei ihm der Teufel in Gestalt einer Schlange und eines Sternes erschienen (362).

Es ist allbekannt, wie sehr von Luther des Teufels Wirksamkeit betont wird. „Niemand hat diese Rolle (des Teufels) mehr gefördert als Luther, der sich förmlich in die Teufelsidee verrannte . . . Alles Unglück, Krieg und Ungewitter, alle Krankheiten und Seuchen, alle Gebrechen und Mißbildungen stammten vom Bösen.“ [1]) In den Tischreden findet man hierfür Belege in Hülle und Fülle. „Alle Traurigkeit, alle Krankheiten sind vom Teufel . . . Zur Zeit der Pestilenz bläset er in ein Haus. Was er ergreift, das nimmt er hinweg“ (722). „Ich halte dafür, daß alle schweren Krankheiten den Teufel zum Urheber haben“ (360). Da darf es uns nicht wundern, daß Luther auch seine eigenen Krankheiten dem Bösen zuschreibt. Als Anfang 1532 ein

1) G. Steinhausen, Geschichte der deutschen Kultur, Leipzig 1904, 518.





schweres Unwohlsein ihn auf das Krankenlager warf, äußerte er zu seinen Freunden: „Ich kann nicht denken, daß meine Krankheit natürlich ist; ich habe den Teufel in Verdacht" (157). Er meint auch, der Böse habe ihn oft vergiften wollen (602). Der Teufel tötet, beschädigt, verstümmelt den Leib, verdirbt ein Auge usw. (588). Er ist der Urheber der Selbstmorde. „Ich bin nicht der Ansicht," erklärte Luther im April 1532, „daß jene, die sich selbst ums Leben bringen, schlechtweg zu verdammen seien. Sie tun es nicht gern, sondern werden vom Teufel überwältigt, wie einer im Wald vom Räuber ermordet wird." Doch dürfe man dies dem Volke nicht sagen, um dem Teufel keine Gelegenheit zu geben, Morde anzurichten. Es sei auch zu billigen, daß man die Selbstmörder nach Recht und Gewohnheit schimpflich begrabe. „Sie sind ihrer selbst nicht mächtig, sondern unser Herrgott richtet sie dahin, wie er einen durch einen Räuber hinwegrichtet. Die Obrigkeit soll gleichwohl streng damit sein, obschon die Seele nicht unbedingt verdammt sei. Solche Exempel geschehen aber, daß unser Herrgott damit weisen will, daß der Teufel ein Herr sei; item, daß man fleißig soll beten. Denn wenn solche Exempel nicht geschehen würden, so fürchteten wir Gott nicht. Deshalb muß er uns so lehren" (222).

Wie der Teufel die bösen Gedanken eingibt und den Menschen an Leib und Gesundheit Schaden zufügt (588), so ist er auch der Urheber der verheerenden Gewitter. „Der Teufel richtet solche Wetter an; aber die guten Winde kommen von den guten Engeln. Denn die Winde sind nichts anderes als gute oder böse Engel. Der Teufel faucht (haucht), wie auch die guten Engel, wenn gesunde Winde gehen" (489). „Die Teufel sind in unserer Nähe und stellen allen Augenblick unserem Leib und Heile nach. Aber die guten Engel beschützen uns, daß sie nicht tun können, was sie gern wollten. Es sind viele Teufel in den Wäldern und Wassern, in öden und sumpfigen Orten, daß sie den Leuten Schaden zufügen. Etliche sind auch in den schwarzen, dichten Wolken; diese



machen Wetter, Hagel, Blitz und Donner und vergiften die Luft. Wenn sie dies angerichtet haben, so schreiben es die Philosophen und Ärzte der Natur zu und geben, ich weiß nicht was für Ursachen solchen Unheils an“ (1222).

Obschon Luther bemerkt, daß seine Nachtkriege mit dem Teufel ihm viel mehr zu schaffen machten, als die „Tagkriege“ oder die Streitigkeiten mit allerhand Gegnern, so beschäftigt er sich doch auch mit den letzteren oft genug in seinen Tischreden. Daß vor allem die „Papisten“ schlecht wegkommen, braucht wohl nicht eigens hervorgehoben zu werden. So erfahren wir z. B., daß für den Papst und alle Kardinäle die ganze Religion nur eine Fabel sei (37). Dasselbe gelte für Erasmus, der in seinen Schriften „nicht eine Zeile von Christus setze“ (430). Herzog Georg von Sachsen wird ein „toller Hund“ gescholten (275). Wie alle Gegner Luthers, die neugläubigen mit einbegriffen, handelt der sächsische Fürst gegen die erkannte Wahrheit. Herzog Georg, der Kurfürst Joachim von Brandenbnrg, Karlstadt, Zwingli, Münzer, sie alle wissen, daß sie unrecht tun und sündigen so gegen den Heiligen Geist (388). „Das soll uns trösten, daß unsere Gegner gegen die offenkundige Wahrheit reden, schreiben und schreien“ (899). Das tun besonders auch die Zwinglianer: sie lästern Gott gegen ihr Gewissen und die erkannte Wahrheit. Sie sind Werkzeuge des Satans, die wohl schöne Worte geben können; es ist aber „lauter Gift“. Es wird sie denn auch das Strafgericht Gottes bald ereilen (140). Die Gotteslästerungen, die sich die „Sakramentierer“ zuschulden kommen lassen, „werden ihnen den Hals brechen“ (102).

Als Luther Ende 1531 diese Worte sprach, war Zwingli, der Anführer der „Sakramentierer“, nicht mehr unter den Lebenden. Am 11. Oktober 1531 war er in der Schlacht bei Kappel gefallen. Luther sah in der Niederlage der Zwinglianer ein „Urteil Gottes“ (94). „Die Schlacht mit den Schweizern hat mir viel Jammers gemacht. Ist mir leid für den Zwinglium; denn ich hab kleine Hoffnung von

ihm" (128). „Ich wünschte, daß er selig geworden wäre; aber ich fürchte, daß das Gegenteil ihm widerfahren sei." Christus hat befohlen, dafür zu halten, daß jene, die nicht glauben, verdammt sind. Dies Urteil Gottes ist gewiß, so daß wir alle Gottlosen für verdammt betrachten können, wofern Gott nicht eine Ausnahme mache (875). Wie Zwingli, so hatte auch Ökolampad ein böses Ende. Er hat die Anfechtung des Teufels nicht ertragen können; „er hat müssen sterben" (461). Er war seiner Lehre nicht gewiß: „das hat ihn getötet" (518). Er ist in der Verzweiflung gestorben (596). „Ich habe noch niemals gelesen," sprach Luther bei einer andern Gelegenheit, „daß der Urheber einer Ketzerei sich je bekehrt hätte" (1075).

„Weil die Rottengeister die Stifter ihrer Sekten loben und als Heilige verehren, wie es heute die Sakramentierer mit Zwingli und Ökolampad tun, die doch in ihren Irrtümern gestorben sind, so kommt uns viel darauf an, sie zu verdammen und für verdammt auszugeben, damit die Nachkommen von ihren Ketzereien abgeschreckt und jene, die zweifeln und wanken oder noch in ihren Irrtümern stecken, davon abgezogen werden" (1045). In der von Cordatus aufgezeichneten Parallelstelle (Tagebuch von Cordatus, Halle 1885, Nr. 1077) heißt es noch bestimmter: „Es ist besser, Zwingli und Ökolampad für verdammt als für selig zu erklären, ob man ihnen gleich Gewalt tät", weil man auf diese Weise die Menschen von ihrer falschen Lehre abschrecke.

Daß bei solcher Auffassung die Nutzlüge nicht verurteilt werden kann, liegt auf der Hand. Luther hielt die Lüge, die aus Liebe zum Nächsten geschieht, nicht nur für erlaubt, sondern für geboten; man soll sie tun (debet fieri), erklärte er im Dezember 1532 (412). Eine „gute, nützliche Lüge", die aus Liebe zum Nächsten geschieht, sagte er ein anderes Mal, ist lobenswert. Von dieser Lüge, fügte er bei, unterscheidet sich wenig die „notwendige" Lüge (necessarium mendacium). Was er unter letzterer versteht, sagt er nicht.



In einer der handschriftlichen Vorlagen ist dem Worte „notwendig“ der Zusatz „vitae“ beigefügt; es handelt sich demnach um eine Lüge, die zur Erhaltung des Lebens notwendig wäre. Unter „notwendiger Lüge“ wird also Luther eine Lüge verstanden haben, die man in eigenem Interesse, zur Erhaltung seines Lebens tue. Auch diese Lüge, meint er, kann geschehen ohne Sünde, sofern sich ihr nicht eine eidliche Bekräftigung beigeselle, wie „wahrlich, traun, bei Gott usw.“ (1044).

Man weiß, wie Luther anläßlich der Doppelehe des Landgrafen Philipp von Hessen zur Nutzlüge seine Zuflucht genommen hat. Die Frage von der Bigamie wird auch in den vorliegenden Tischreden behandelt. Ende 1532 wurde einmal bei Tisch folgender Ehefall erörtert: Ein Mann hat eine Frau, die ihm bereits mehrere Kinder geboren; nun wird sie von einer Krankheit befallen, die ihr die Erfüllung der ehelichen Pflicht unmöglich macht. Ihr Gemahl behauptet, er könne kein enthaltsames Leben führen. Was ist da zu tun? Soll man ihm erlauben, eine zweite Frau zu nehmen? Luther erklärte: Eines von beiden muß geschehen (alterum fieri necesse est), entweder wird dieser Mann des Ehebruchs sich schuldig machen, oder er wird eine zweite Frau heiraten. Ich würde deshalb den Rat geben (consulerem), er solle sich eine zweite Frau nehmen, „doch so, daß er die andere nicht sollte lassen“, sondern für ihren Unterhalt genügend Sorge tragen (414). Einige Jahre früher hatte Luther ganz anders geurteilt. In seiner Schrift über das eheliche Leben vom Jahre 1522 wirft er die Frage auf: „Wie denn, wenn jemand ein krank Gemahl hat, das ihm zur ehelichen Pflicht kein Nutz worden ist, mag der nicht ein anders nehmen?“ Luther antwortet: „Bei Leibe nicht, sondern diene Gott in dem Kranken und warte sein; denke, daß dir Gott an ihm Heiltum in dein Haus geschickt, damit du den Himmel sollst erwerben.“ Wollte aber der Mann sagen: „Ja, ich kann mich nicht halten“, so erwidert ihm Luther: „Das lügst du; wirst du mit Ernst deinem kranken

Gemahl dienen und erkennen, daß dir's Gott zugesandt hat, und ihm danken, so laß ihn sorgen; gewißlich wird er dir Gnad geben, daß du nicht darfst tragen mehr, denn du kannst. Er ist viel zu treu dazu, daß er dich deines Gemahls also mit Krankheit berauben sollte, und nicht auch dagegen entnehmen des Fleisches Mutwillen, wo du anders treulich dienest deinem Kranken". (Weimarer Ausgabe X 2, 291.)

Wenn Luther diesen idealen, echt christlichen Standpunkt später verließ und seine sittlichen Forderungen herabdrückte, so wird er wohl durch unangenehme Erfahrungen dazu veranlaßt worden sein. An Enttäuschungen aller Art fehlte es ihm ja nicht. Klagte er doch im Frühjahr 1532: „Ich laß die Gedanken nimmermehr fahren, daß ich wünsche, ich wollt, ich hätt's nie angefangen; item, ich wollt lieber tot sein, denn die Verachtung (des neuen Evangeliums) sehen" (228). Und gegen Ende desselben Jahres bemerkte er: Kein gutes Werk geschieht mit kluger Bedächtigkeit (in sapientia). „Es muß alles in einem Dorrsel[1]) geschehen. Auf diese Weise bin ich zum Lehramt hingezogen worden. Hätte ich aber gewußt, was ich jetzt weiß, sollten mich zehn Roß nicht gezogen haben" (406). „Ohne es zu wissen (nesciens), bin ich von Gott in den Handel des Evangeliums hineingeworfen worden. Hätte ich aber vorausgesehen, was ich seitdem erfahren habe, so hätte ich mich

1) Kroker (S. 175), dem D. Brenner (S. 626) beipflichtet, meint, dieser seltsame Ausdruck, der in keinem Lexikon verzeichnet ist, bedeute vielleicht Dusel oder Halbschlaf. Diese Vermutung dürfte aber kaum zutreffend sein. Aus dem Zusammenhang ergibt sich, daß das Wort einen anderen Sinn haben muß. In derselben Rede sagt Luther: „Unser Herrgott tut nichts Großes nisi per impetum." Und Melanchthon seinerseits bemerkt, die Geschichte lehre, daß große Dinge nicht mit Vorbedacht, sondern quodam motu zu geschehen pflegen. Dorrsel steht demnach in Gegensatz zu Vorbedacht, Bedächtigkeit. Der Ausdruck hängt zusammen mit durren, turren, Turst, Durstigkeit, durstig, dorstig, torstiglich usw. im Sinne von wagen, sich erdreisten, Kühnheit, Verwegenheit. Vgl. Grimm, Deutsches Wörterbuch II 1743 1746. Schmeller, Bayerisches Wörterbuch I² 620 ff.

niemals dazu bringen lassen. Indessen Gottes Weisheit ist größer als die des Menschen. Der hat mich schlechts (geradezu) geblendet, wie man ein Pferd blendet (mit Scheuklappen versieht), wenn man auf die Bahn soll reiten" (1206).

Wenn Luther wiederholt erklärt, er wünschte die Glaubensneuerung nie angefangen zu haben, so will er damit nicht einen Widerruf seiner Lehre und seines Werkes aussprechen. Den Grund seiner Klagen gibt er ausdrücklich an: Es ist die Verachtung des von ihm gepredigten Evangeliums, die ihn so tief schmerzt. Zudem waren es die großen Mühen und Schwierigkeiten, die, wie er sagte, ihn zurückgeschreckt hätten, wenn sie ihm vom Anfang an klar vor Augen getreten wären. So erklärte er im November 1531: „Hätte ich es zuvor gewußt, er (Gott) hätte Mühe bedürft, daß er mich darzu gebracht hätte. Wohlan, habe ich es denn angefangen, so will ich es auch mit ihm hinausführen. Ich wollte nicht die ganze Welt nehmen, daß ich es jetzt sollte anfangen, um der überaus großen schweren Sorg und Angst willen. Dagegen, wenn ich den ansehe, der mich berufen hat, so wollte ich es auch nicht nehmen, daß ich es nicht hätte angefangen. Will nun keinen andern Gott haben" (113).

Es tritt also hier gerade das Gegenteil von Selbstverurteilung auf. Immerhin geben seine Klagen Kunde von der tiefen Mißstimmung, die sein Inneres erfüllte. „Ich weiß nichts mehr im ganzen Leben," klagte er im Frühjahr 1533, „wozu ich Lust hätte, und bin gar müd zu leben. Unser Herrgott komme nur bald und nehme mich flugs hin, und sonderlich komme er mit seinem jüngsten Tag" (491). Daß der jüngste Tag nahe bevorstehe, hat Luther in seinen Tischreden oft zum Ausdruck gebracht. Die große Verachtung des Wortes Gottes, die Sicherheit der Welt, die Überhandnahme der Gotteslästerungen galten ihm als Vorboten des nahenden Weltendes (462, 606). „Das Ende der Welt steht vor der Tür (instat). Es will zu scheitern gehen" (1201).

N. Paulus.



## XXV.

## Das übernatürliche und das natürliche (historische) Recht der Kirche auf die Schule.

Von Tourneau, Landgerichtsrat. Mitglied d. Preuß. Abgeordnetenhauses.

Die Apostel haben vom göttlichen Heiland den Auftrag erhalten: „Gehet hin und lehret alle Völker." „Und lehret sie alles halten, was ich Euch befohlen habe." Matthäus. 28, 19 ff.

Damit hat ihnen Christus den Unterricht und die Erziehung der Völker in der christlichen Religion anvertraut. Sonach hat die katholische Kirche als Nachfolgerin der Apostel das unbestrittene übernatürliche Recht, die Menschen in der katholischen Religion zu unterrichten und im Sinne der katholischen Lehren zu erziehen. Es ist ein übernatürliches Recht, weil es auf den Sohn Gottes, auf seinen Auftrag zurückzuführen ist. Kraft dieses göttlichen, ihr übertragenen Rechtes nimmt die katholische Kirche den Religionsunterricht und die religiöse Erziehung des Menschen als ihr gebührend grundsätzlich in Anspruch.

Der Unterricht und die Erziehung der Menschen müssen vor allem vorgenommen werden in der Zeit ihrer körperlichen und geistigen Entwickelung, in der Jugendzeit, damit die Menschen nach eingetretener Altersreife, nach Ausbildung ihrer geistigen und körperlichen Kräfte die Grundsätze und Lehren der katholischen Kirche auf ihr weiteres Leben, auf sich und die sie umgebenden Verhältnisse anzuwenden vermögen. Dieser Unterricht und diese Erziehung erfolgt im Elternhause und in der Kirche, insbesondere aber in der für Unterricht und Erziehung eingerichteten Anstalt, in der Schule. Der Unterricht und die Erziehung der Kinder in der Schule können daher nicht von der Religion losgelöst werden. Die Lehren, insbesondere die Sittenlehren Christi müssen den



ganzen Schulunterricht durchdringen. Den religiösen Unterricht und die religiöse Erziehung kann man nicht trennen. Man kann beides nicht allein auf die Religionsstunden beschränken; denn allem für das Kind Wissenswerten und allen erziehlichen Anordnungen muß der religiös-sittliche Untergrund gegeben werden.

Andernfalls wäre es beispielsweise sehr wohl möglich, daß der eine Lehrer in der Religionsstunde die katholischen Lehren und Sittengesetze richtig vorträgt, ein anderer Lehrer aber diese Lehren und Gesetze, z. B. in der Naturkunde oder Geschichte nicht zur Anwendung bringt, nicht in diesen Fächern die Nutzanwendung entsprechend den christlich-katholischen Lehren zieht, vielmehr von einem nicht christlichen, nicht katholischen Standpunkte aus die Kinder belehrt und das Gift des Unglaubens in die unschuldigen Kinderseelen träufelt. Es könnte dann vorkommen, daß der eine Lehrer im echt christlichen Sinne die Erziehung leitet, der andere aber, von freireligiösen Grundsätzen ausgehend, alles das, was der erstere Lehrer mühevoll erziehlich geleistet hat, zu nichte macht. Das muß aber ausgeschlossen bleiben; denn es kann dies nicht in der Absicht des göttlichen Stifters der katholischen Kirche gelegen sein.

Seine Absicht kann nur dahin gegangen sein, daß die katholische Kirche jenes bezeichnete übernatürliche Recht auf den gesamten Unterricht und die gesamte Erziehung der Kinder besitzen sollte. So wird denn auch von der katholischen Kirche in diesem Sinne ein Recht auf die Schule in Anspruch genommen, das Recht: den erforderlichen Einfluß auf die Schnle auszuüben, daß die Kinder dort entsprechend den Lehren Christi unterrichtet und erzogen werden.

Dieses Recht haben auch die preußischen Bischöfe in ihrer gegen das Schulaufsichtsgesetz vom 11. März 1872 Verwahrung einlegenden an das preußische Staatsministerium gerichteten gemeinsamen Erklärung vom 11. April 1872 scharf betont, indem sie ausführten:

„Jener organische Zusammenhang der Volksschule





mit der Kirche stützt sich nicht allein auf ein geschichtlich überliefertes Herkommen, welches auch durch Gesetz und Verordnungen des Staates vielfach anerkannt und verbürgt war, sondern auch auf ein der Kirche eingeborenes göttliches Recht, dessen sie sich, selbst wenn sie wollte, nicht entäußern könnte, da es ihr nur zur Erfüllung einer unerläßlichen Pflicht, des christlichen Unterrichts und der Erziehung der Jugend, von ihrem göttlichen Stifter übertragen worden ist."

Vom evangelischen Standpunkte aus kann unter keinen Umständen von einem göttlichen Recht der Kirche auf die Schule geredet werden.[1]) Dennoch beansprucht auch die evangelische Kirche das Recht, den gebührenden Einfluß auf den Unterricht und die Erziehung der Kinder geltend machen zu dürfen, um die Reinheit ihrer Lehre zu wahren. Sie erhebt diesen Anspruch als eine Anstalt historischen Rechtes kraft dieses Rechtes. Es mag dahingestellt bleiben, ob die evangelische Kirche dieses Recht auf die Schule auf alte geschichtliche Beziehungen innerer Art oder auf die ihr in früheren Jahrhunderten kraft äußerlicher staatlicher Anordnung gewährten Befugnisse zurückführen muß. In beiden Fällen steht auch ihr ein historisches Recht zur Seite. Auf dieses wird auch später eingegangen werden. Vor allem liegt es aber in dem Wesen einer jeden, so auch der evangelischen Kirche begründet, für die innere Heilighaltung des Menschen und dessen Beziehungen zu Gott Sorge zu tragen. Dies ist aber ohne jeden Einfluß auf die Schule nicht möglich. So sagt Hackenberg in seiner schon angeführten Schrift S. 6: „Jene Kirche unter dem Kreuz erkannte es als eine Pflicht der Selbsterhaltung, für einen nicht nur religiös, sondern auch geistig gebildeten Nachwuchs zu sorgen, der im Stande wäre, teuer erworbenes Recht zu wahren und ernste Pflicht zu erfüllen."

Das historische Recht der katholischen Kirche auf die

1) Hackenberg, Die Bedeutung der geistlichen Schulaufsicht in der Gegenwart. Trier. Druck und Verlag von A. Sonnenburg 1904.



Schule besteht seit der ältesten Zeit des Christentums. Schon in den ersten Jahrhunderten der christlichen Zeitrechnung ist von den Synoden Wert auf die Gründung von Parochialschulen und Erteilung des Schulunterrichts an arme Kinder gelegt. Daß schon in früher Zeit die christliche Schule weit verbreitet war, zeigen die Maßnahmen des römischen Kaisers Julianus Apostata (361—363), welcher an Stelle des von Konstantin als Staatsreligion eingeführten Christentums das Heidentum mit allen Mitteln zu heben suchte. Habingsreitters Lehrbuch der katholischen Religion Bd. IV S. 18 nr. 3 führt hiezu aus: „Am härtesten aber drückte er die Christen dadurch, daß er gebot, kein Christ dürfe die Wissenschaften lehren, um die Christen zu zwingen, ihre Kinder in heidnische Schulen zu schicken; ja er verbot zuletzt, daß irgend ein Christ die Wissenschaft erlerne". Karl der Große legte unter dem Beirat der Bischöfe die Schule in die Hand der Geistlichen (capitulare von 802) und das Konzil zu Ancien im Jahre 813 bestimmte u. a.: „Auch geziemt es sich, daß die Eltern ihre Kinder in die Schule schicken, entweder in die Klöster oder zu den Presbytern." Ähnlich wird in dem vom Papst Alexander III. abgehaltenen Laterankonzil im Jahre 1179 verordnet: „Es soll *an jeder Kathedralkirche* einem Lehrer, der die jungen *Kleriker* dieser Kirche und *arme Schüler unentgeltlich* unterrichtet, ein ausreichendes Benefizium zugewiesen werden, damit auch für Arme, die von ihren Eltern nicht mit Mitteln versehen werden können, eine Gelegenheit vorhanden sei, lesen zu lernen und in den Wissenschaften weiter zu schreiten." Als nach Unterwerfung der heidnischen Preußen im 13. Jahrhundert durch die deutschen Ordensritter von diesen kirchliche Schulen für die unterworfene Bevölkerung eingerichtet wurden, sind sogar mehrere zu Sammlungen für diese Schulen in Deutschland auffordernde päpstliche Bullen erlassen worden.[1])

---

1) Vergl. hierüber Scholastikus, Die geistliche Schulaufsicht. Verlag der Paulinusdruckerei, Trier 1904. S. 26. — Schaefer, Das

Insbesondere nahmen im Mittelalter neben der Weltgeistlichkeit sich die Orden der Schulen an, welche unter ihrer Leitung blühten und neben Parochialschulen, sowie anderweiten, ebenfalls unter geistlicher Aufsicht stehenden Schulen in großer Anzahl bestanden.[1] Wenn der Minderbruder Dietrich Koelde in einem etwa 1470 gedruckten Katechismus in Kap. 37 über die Pflichten der Eltern gegen die Kinder sagen konnte: „Man soll die Kinder frühzeitig in die Schule schicken zu ehrbaren Meistern, auf daß sie Ehrfurcht lernen und auf der Straße nichts Böses lernen und keine Sünde“ (s. Janssen l. c. I S. 25), so konnte er dies nur tun, wenn die Eltern überall Gelegenheit hatten, ihren Kindern den Schulunterricht zu teil werden zu lassen. Und wenn sich im Stadtarchiv zu Frankfurt a. M. ein Buch befindet, welches die Namen aller zu einer Bruderschaft gehörigen Schlossergesellen von 1417—1524 enthält, die diese aus allen Teilen Deutschlands stammenden Gesellen zu mehreren hunderten eigenhändig eingetragen haben, so müssen diese doch sämtlich und zwar in den verschiedensten Gegenden Deutschlands Schulunterricht erhalten haben, und es muß dieser Schulunterricht auch dem Volke erteilt sein (s. Janssen

---

geschichtliche Anrecht der Kirche und des Staates auf die Volksschule. Verlag von Albert Ahn, Köln 1892. S. 22—23, (welcher zu beweisen sucht, daß die kirchlichen Verordnungen sich nur auf Kleriker beziehen). — H. Schonlau, Geschichtliche Notizen über Volksschulen vom 9. bis 14. Jahrhundert. Paderborn 1885. — Abg. Marx, Sten. Bericht des Abgeordnetenhauses, 81. Sitzung vom 6/5. 1909. S. 5963.

1) Ich verweise auf die schon angeführte Schrift Schonlau's, ferner auf: M. Daisenberger, Volksschulen der 2. Hälfte des Mittelalters in der Diözese Augsburg. Programm der Kgl. Studienanstalt zu Dillingen für 1884/85. — S. Lorenz, Volkserziehung und Volksunterricht im späteren Mittelalter. Paderborn und Münster 1887. — Janssen, Die allgemeinen Zustände des deutschen Volkes beim Ausgange des Mittelalters. Herder's Verlagsbuchhandlung, Freiburg i. B. 17. u. 18. Aufl. 1897. Bd. I. S. 25 ff. (Die niederen Schulen und die Unterweisung des Volkes).

l. c. Bd. 7. S. 19. Anm. 1). — Daß nicht nur in Städten, sondern auch in Dörfern Schulen bestanden, ergibt sich aus einer Bitte der sächsischen lutherischen Visitatoren vom Jahre 1526 an den Kurfürsten: er möge für die Wiederaufrichtung der Schulen in Städten und Dörfern Sorge tragen.[1]) Nach dem Ergebnis der Forschungen Falks gab es tatsächlich am Mittelrhein ganze Striche Landes, in welchen um das Jahr 1500 im Umkreis von je zwei Stunden sich eine Volksschule befand, und gab es auch in den meisten anderen Gebieten Deutschlands eine sehr bedeutende Zahl von Volksschulen.[2]) Auch die Mädchenschulen erfreuten sich an manchen Orten eines zahlreichen Besuches (s. Janssen l. c. S. 28).

Einen staatlichen Schulzwang kannte man allerdings nicht, und insofern unterscheiden sich die damaligen von den heutigen Volksschulen. Wohl aber war der Einfluß der Kirche, welche den größten Wert auf die Schulbildung legte, ein so großer, daß nur wenige sich der Schule zu entziehen wagten (vgl. die später zitierten Äußerungen Luthers). Insbesondere waren die Lehrer gehalten, der Kirche in der katechetischen Unterweisung der Jugend hülfreich zur Seite zu stehen (s. Janssen l. c. Bd. VII S. 28 f.), und es waltete in den Schulen ein echt kirchlicher Geist.[3])

Wenn sonach die katholische Kirche beansprucht, daß ihr der erforderliche Einfluß auf die Schule zur Erhaltung der Reinheit der katholischen Lehre und Erziehung gewährt

---

1) s. Burkhardt, Gesch. der sächsischen Kirchen- und Schulvisitationen (Leipzig 1879) S. 14 und Janssen VII S. 27 Anm. 4.

2) s. F. Falk im „Katholik" 1882. Schulen am Mittelrhein vor 1520. S. 157 und 1889. Kleine Beiträge zu Janssens erstem Band. S. 415—416. — s. Janssen l. c. Bd. VII S. 27 und die das. Anm. 4 cit. Quellen.

3) Vgl. Janssen l. c. Bd. VII S. 32 Anm. 1. — F. Falk im „Katholik" 1893, Zum Schul- und Unterrichtswesen des ausgehenden Mittelalters 1, 280 f., 2, 571 f. — Meister, Die deutschen Stadtschulen und der Schulstreit im Mittelalter. Programm des Gymnasiums zu Hadamar. Weilburg 1868.

werde, so steht ihr nicht nur ein übernatürliches, sondern auch ein historisches Recht, das auch späterhin weiter nach Möglichkeit gewahrt worden ist, in hervorragender Weise zur Seite.

Erst zur Zeit der Reformation, in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts, gerieten die bis gegen das Ende des 15. Jahrhunderts teils unter direkter geistlicher Leitung, teils unter weltlicher mit geistlicher Oberaufsicht verknüpfter Leitung in hoher Blüte stehenden deutschen Schulen in Verfall. Es war dies eine Folge der durch die Reformation entstandenen geistigen und weltlichen Kämpfe, welche die ganze deutsche Kultur zu vernichten drohten.[1])

Evangelischerseits wird dies ungern zugegeben und deshalb behauptet, die Schulen wären im Mittelalter vollständig darniedergelegen und erst die Reformation habe die Volksschule geschaffen. Insbesondere diejenigen evangelischen Kreise, welche die kirchliche Schulaufsicht zu beseitigen beabsichtigen, stellen diese Behauptung auf, um das historische Recht der katholischen Kirche auf die Schule verneinen zu können. So sagt Wilhelm Paul in seinem Werke „Die geistliche Schulaufsicht. Der Irrtum ihrer historischen Berechtigung und die Not der Lehrer." Volkserziehungsverlag von Wilhelm Schwaner, Schlachtensee-Berlin, S. 72: „Die niedrigsten Stände der Bürger besaßen noch keine Schulen. Ein allgemeiner Volksunterricht, eine allgemeine Volksschule, war zur Zeit der Reformation nicht vorhanden." Ferner behauptet er S. 75, daß „die Volksschule ihre Begründung dem Protestantismus verdanke".

So führt der jüngst verstorbene Pfarrer D. Hackenberg in seiner Schrift: „Die Bedeutung der geistlichen Ortsschulaufsicht in der Gegenwart", Verlag von A. Sonnenburg, Trier 1904, S. 5 aus:

---

1) Vgl. Janssen l. c. Bd. 1 S. 25 ff., Bd. 7 S. 1 ff., 11 ff., 19 ff. (Schulen und Universitäten) und die daselbst angegebenen Quellen.

„Aber auch der modernen Volksschule gegenüber ist das Mutterrecht der Kirche höchst zweifelhafter Natur: die alten kirchlichen Verordnungen haben entweder nur die Schulen zur Heranbildung der höheren und niederen Geistlichkeit im Auge, oder sie beziehen sich lediglich auf die ersten Elemente religiöser Unterweisung des Volkes. Selbst die Reformation hat darin keinen Wandel geschaffen. Luthers berühmtes Rundschreiben an die Ratsherren hat nur Lateinschulen zur Erhaltung geistlichen und weltlichen Regiments im Auge; und die hin und her ins Leben gerufenen Pfarrschulen der Reformation, deren Leitung man dem Küster als Nebenamt übertrug, hatten es lediglich mit dem gedächtnismäßigen Einprägen von Gebeten, Katechismusstücken und Kirchenliedern zu tun." Er sagt dann weiter Seite 6: „Ich darf von der mittelalterlichen Schulgeschichte absehen, da in ihr von einer Volksschule auch in der denkbar bescheidensten Gestalt nicht die Rede sein kann."

Hackenberg geht also noch erheblich weiter als Paul, da er auch der Reformation, also dem Protestantismus die Begründung der Volksschule abspricht. Er findet sich mit diesem nur insoweit im Einklang, als auch Paul S. 74 mit Bezug auf das Sendschreiben Luthers sagt: „An eine allgemeine Volksschule dachte Luther mithin 1524 noch nicht" und S. 75 zugibt, daß es sehr lange gedauert habe, ehe Volksschulen überall eingerichtet worden seien.

Peter Schäfer, Lehrer in Köln, sucht in seiner Broschüre „Das geschichtliche Anrecht der Kirche und des Staates auf die Volksschule", Verlag von Albert Ahn, Köln 1892, S. 12 ff. S. 21 ff. teils durch Beibringung einseitigen Materials, teils durch gezwungene oder direkt unrichtige Auslegung des für die Kirche günstigen Materials den Satz: „die Schule sei eine Tochter der Kirche" zu widerlegen.

Es würde zu weit führen, hierauf näher einzugehen, insbesondere da die angezogenen Quellen darüber genügende Aufklärung geben. Im Hinblick auf die Wichtigkeit der Frage und die autoritative Stellung Hackenbergs erscheint es aber erforderlich, auf das von ihm angezogene Sendschreiben



Luthers, sowie einige andere Tatsachen aus dem Ende des Mittelalters einzugehen.

In seinem „Sendschreiben an die Bürgermeister und Ratsherren der Städte“ vom Jahre 1524 beklagt Luther das „Zergehen der Schulen“, die also doch vor der Reformation bestanden haben müssen. Luther gibt letzteres aber direkt zu und stellt in den folgenden Worten der katholischen Kirche in ihrer Fürsorge für die Schule ein herrliches Zeugnis aus. Er führt nämlich aus: „Unter dem Papsttum habe der Teufel seine Netze ausgebreitet durch Aufrichtung von Klöstern und Schulen, ‚daß es nicht möglich war, daß ihm ein Knabe hätte sollen entlaufen, ohne sonderlich Gottes Wunder‘, jetzt dagegen wolle er, weil seine Streiter durch Gottes Wort verraten worden, ‚gar nichts lassen lernen‘.“ Er sagt weiter u. a.: „Wollt doch Gott zu Dank und zu Ehren hinfort desselben einen Teil (nämlich der bisher zu katholischen Zwecken hergegebenen Mittel) zu Schulen geben, die armen Kinder aufzuerziehen, das so herzlich wohl angelegt ist.“ Er spricht ferner darin den Wunsch aus: „man müsse an allen Orten die allerbesten Schulen für Knaben und Mägdlein einrichten“ (vergl. Janssen l. c. Bd. VII. S. 11 f., S. 20).

Mag Luther in diesem Schreiben in erster Linie solche Schulen ins Auge gefaßt haben, welche der Vorbildung der evangelischen Geistlichkeit dienen sollten, so ergeben die vorstehenden ausgezogenen Stellen, daß es sich auch auf Volksschulen bezieht. Es ist aus dem Schreiben zu folgern, daß sowohl die höheren wie die niederen Schulen früher — vor der Reformation — in Blüte gestanden hatten und nun verfielen. Jeder Knabe und auch die Mägdlein hatten vorher Schulunterricht gehabt; nur ein kleiner Teil der Knaben konnte aber die höheren Schulen besucht, der größere Teil mußte also Volksschulunterricht genossen haben. Höhere Schulen für Mädchen kannte man zu jener Zeit überhaupt nicht, es konnte sich für sie also nur um Volksschulunterricht gehandelt haben. Und welchen Zweck sollte die Aufforderung



zur Hingabe milder Gaben, die **armen** Kinder aufzuerziehen, anders gehabt haben, als für unbemittelte Kinder einen Volksschulunterricht einrichten zu können.

Wenn Luther aber in dieser Weise klagt und damit im Zusammenhang zur Einrichtung der allerbesten Schulen für Knaben und Mägdlein auffordert, so kann man doch unmöglich annehmen, daß er nur Schulen zum gedächtnismäßigen Einprägen von Gebeten, Katechismusstücken und Kirchenliedern, sondern daß er Schulen, in denen allgemeine Volksschulbildung gelehrt werde, im Auge gehabt habe.

Somit ist Luther der beste Zeuge dafür, daß **gegen Ende des Mittelalters die Volksschulen unter kirchlicher Aufsicht geblüht** haben, und daß sie infolge der Reformationswirren in Verfall gekommen sind, daß sie auch allgemeine Schulbildung gewährten und nicht nur, wie behauptet wird, Unterricht im (lateinischen) Lesen und Singen zur Mitwirkung beim Gottesdienste.[1]) Da, wie aus dem Schreiben Luthers hervorgeht, die Schulen, welche vor der Reformationszeit bestanden, von der **Kirche** gegründet sind, so ist diese auch **als Gründerin der Volksschulen anzusehen.** Mit Recht sagt daher Janssen l. c. VII, S. 19: „Das Volksschulwesen hatte demnach keineswegs erst mit dem Auftreten Luthers begonnen. Vielmehr wirkte die religiöse Umwälzung, wie auf die höheren Anstalten, so auch auf die Volksschulen an vielen Orten für lange Zeit schädlich ein.“ Neuerdings ist in dem Montagsblatt, der wissenschaftlichen Wochenbeilage der Magdeburgischen Zeitung — Nr. 42 vom 14. Oktober 1912 — ein Aufsatz von Martin Ullrich „Die Schulbildung im Mittelalter“ erschienen, der im wesentlichen die vorstehenden Ausführungen bestätigt. Da der Aufsatz in einem anerkannt nationalliberalen Organ erschienen ist, so dürfte er auch gegnerischerseits als unparteiisch ange-

1) Vgl. Schäfer l. c. S. 35. Dagegen Janssen l. c. VII, S. 19 Anm. 1.



sehen werden. In diesem Aufsatze befinden sich u. a. folgende Ausführungen:

„Zwar fand der kühne Anlauf Karl's des Großen, seinem Volke eine gute Schulbildung von Staatswegen zu vermitteln, bei den Nachfolgern wenig angemessene Würdigung. Mehrere von ihnen, wie Heinrich I. und Otto I., konnten weder lesen noch schreiben. Um so eifriger widmeten sich im weiteren Verlaufe die Klöster der Volksbildung. Überall riefen sie Schulen ins Leben, die in erster Linie für den geistlichen Nachwuchs bestimmt waren. An den meisten Orten wurden aber auch junge Leute aus dem Laienstande zugelassen. Ja, diese überwogen zuletzt, sodaß in der Tat die Klosterschulen weiten Volkskreisen zugute kamen. Namentlich machten sich die Benediktiner verdient, die überall für die Schüler aus Laienkreisen sogenannte äußere Abteilungen einrichteten, in denen ein reges konviktsmäßiges Leben geführt wurde. Man übte die Elementarkünste Lesen, Schreiben und Rechnen. Das Aufblühen der Klosterschulen erweckte den Wetteifer des mächtig emporstrebenden Bürgertums, das die Ausbildung seiner Söhne selber in die Hand nahm. · So entstanden neben den geistlichen Schulen sehr bald weltliche, namentlich in den freien Reichsstädten Süddeutschlands. Auch bei den städtischen Schulen galt der Grundsatz: Schola ancilla ecclesiae. Die Kirche bedurfte der Sänger zur Verschönerung ihres Kultus. Die andern Fächer folgten je nach der Befähigung der Lehrer und der Lernlust der Schüler. Der heilige Gregor, dessen Gedächtnis am 12. März begangen wurde, galt als der Schutzpatron der Schulen. An diesem Tage wurden die neuen Schüler aufgenommen. Sie versammelten sich zunächst in der Kirche, um eine Ansprache des Pfarrers anzuhören. . . Eine wesentliche Besserung erfuhr das Schulwesen durch die Bestrebungen der Brüder vom gemeinsamen Leben, wie jene mönchische Vereinigung genannt wurde, welche Gerhard Groot (gest. 1384) und Florentius Radewin (gest. 1400) in Holland und am Niederrhein stifteten. Berühmte Niederlassungen des neuen Ordens entstanden in Zwoll, Deventer, Grünthal bei Brüssel, Münster, Köln, Marienthal, Wesel, Schlett=

stadt, Rostock, Emmerich, Hildesheim, Herford, Kulm usw. Überall wurden damit Schulen verbunden. Ein großes Verdienst erwarben sich die Brüder vom gemeinsamen Leben einmal dadurch, daß sie begabte aber arme Schüler unentgeltlich unterrichteten, sodann daß sie die Schulzucht menschlich-milde führten. Aus ihrer Mitte ging der berühmte Thomas a Kempis hervor. . .

Die Schulen erhielten großen Zulauf. So versammelte der berühmte Rektor Johann Cela zu Zwoll etwa 800 bis 1000 Schüler um sich. Von dem Rektor Johann Witz, genannt Sagidus, zu Schlettstadt sagt man, daß er zuweilen 900 Schüler in einem Jahre unterrichtet habe.

Wurde in erster Linie die Schulbildung den Knaben zugewendet, so vergaß man dabei die Mädchen nicht. Wir haben bereits in vorreformatorischer Zeit ganz erfreuliche Ansätze zum Mädchenschulwesen. So besaß die Stadt Meiningen bereits um 1400 neben einer Lateinschule und einer Knabenvolksschule eine Mägdeleinschule, an der „Schulfrowen", das sind Lehrerinnen, unterrichteten. . .[1]) Diese Ausführungen legen dar, daß das Mittelalter durchaus nicht so bildungsarm war, wie es zuweilen geglaubt wird."

Vor allem ergibt sich aber aus diesen Darlegungen, daß im Mittelalter von der Kirche geleitete Knaben- und Mädchenvolksschulen bestanden, und daß die städtischen Schulen in innigem Zusammenhang mit der Kirche und unter deren Oberaufsicht standen. Die „Schulfrowen", die als Lehrerinnen bezeichnet werden, dürften geistliche Schulschwestern gewesen sein (vgl. Janssen Bd. VII, S. 28. Anm. 1, S. 97).

Nach Beendigung der Religionskriege nahmen sich seit etwa der Mitte des 16. Jahrhunderts die Jesuiten des Schulwesens in den katholischen Ländern Deutschlands an, sie unterrichteten sowohl im höheren als im niederen Schulwesen und brachten ihre Schulen zu einer solchen Blüte,

1) Vgl. über die Tätigkeit der Brüderschaft vom gemeinsamen Leben auch Janssen, Bd. VII, S. 77 ff.



daß sie vielfach von Protestanten besucht wurden und der Orden der Nachfrage von Lehrern zu neuen Schulgründungen nicht mehr genügen konnte (vgl. Janssen l. c. Bd. VII, S. 80 ff.) Erst der 30jährige Krieg vernichtete diese Blüte der Schulen wieder.

Mit Recht schreibt daher auch der preußische Kultusminister Ladenberg in den Erläuterungen zur oktroyierten Verfassung am 15. Dezember 1848: „Es kann nicht bestritten werden, daß die Gründung eines großen Teiles der Schulen durch die Kirche erfolgt ist."[1]) Mit Recht betonte endlich der Abgeordnete Dr. Windthorst bei den Verhandlungen des preußischen Abgeordnetenhauses zum Schulaufsichtsgesetze vom 11. März 1872: „Die Kirche hat in Deutschland die Schule gegründet, sie hat die Schulen erhalten und in ihnen das Volk zu der Bildung hinaufgebracht, auf welcher es sich befindet."

Luther forderte wiederholt (1524, 1525, 1529, 1538) Fürsten und Obrigkeiten zur Schulgründung und Schulunterhaltung auf, indem er darauf hinwies, daß dem Landesherrn alle Klöster und Stifte durch die Säkularisation der Kirchengüter in die Hände gefallen seien, und daß er der „oberste Vormund für die Jugend" sei. Auch verlangte er die Einführung des Studierzwanges durch die Obrigkeit (s. Janssen l. c. Bd. VII, S. 12 a. E. ff.).

Die evangelischen Landesherren stellten die Spitze ihrer Landeskirche dar, sie brauchten daher ihrer Landeskirche, welche ein übernatürliches und ein historisches Recht auf Leitung bezw. Aufsicht der Schule nicht in Anspruch nehmen konnte, nur die Rechte einzuräumen, welche sie ihr bewilligen wollten. Es kam ihnen dabei die vorerwähnte Ansicht Luthers zu statten, daß der Landesherr der oberste Vormund für

---

1) A. Brüggemaier „Der Kampf gegen die geistliche Schulaufsicht." Verlag von J. P. Bachem. Köln 1906. S. 17 a. E. — Rintelen, Die Volksschule Preußens in ihrem Verhältnis zu Staat und Kirche. Verlag von Hermann Bahr. Berlin 1908. S. 80.

die Jugend sei. Infolgedessen war es für sie sehr leicht, die Schule bei Neubegründung derselben als eine Staatsanstalt einzurichten, dies umsomehr, als sie selbst die Hauptmittel für dieselben aufbringen mußten. Sie machten denn auch von dieser Befugnis ausgiebigen Gebrauch, zweifellos in der Absicht, die Stellung des Staates gegenüber der Landeskirche zu heben und den Einfluß des Staates auf das Volk zu vermehren.

Pfarrer Wilhelm Schilo sagt in seiner Broschüre „Kompaß in der Schule“ oder „Wohin zielt die Agitation für die Simultanschule und gegen die geistliche Schulaufsicht“, Verlag von Hermann Rauch, Wiesbaden, hierüber:

„Es war eine Ironie des Schicksals und eine wohlverdiente Strafe, daß die sog. Reformatoren mit ihrem Anhang das milde Joch der Kirche abschüttelten und ganz bald unter das weniger milde Joch der Fürsten, des Staates gerieten. Das Schimpflichste dabei war noch, daß die Reformatoren selbst zum Staate betteln gingen, daß er ihnen sein Joch auferlege. Die Kirche, diese freigeborene Tochter des Himmels, beugten sie unter das Joch, in die Abhängigkeit des Staates, ein Unterfangen, das der edle Böhmer den Reformatoren nie verzeihen wollte.“

## XXVI.

# Der Geburtenrückgang.

Von Dr. Hans Rost, Augsburg.

### I. In den außerdeutschen Großstädten.

Das Augenmerk der Staatsmänner, Politiker, Geistlichen und Ärzte, man kann sagen fast der ganzen Welt, ist gegenwärtig auf das Problem des Geburtenrückgangs gerichtet. Man hat erkannt, daß diese Erscheinung keineswegs mehr von dem hierin berüchtigten Frankreich allein gilt, sondern daß sie internationalen Charakter trägt. Da die Großstädte einerseits einen erklecklichen Teil der Gesamtbevölkerung in sich bergen und da dieselben von der Tendenz und den Motiven der Fruchtbarkeitsbeschränkung am stärksten angesteckt sind, dürfte es sich lohnen, einmal der Entwicklung des Geburtenrückgangs in den Großstädten nachzuforschen. Die deutschen Städte sollen in einer eigenen Abhandlung dargestellt werden.

In unserem Nachbarstaat Österreich ging die Geburtenziffer im Jahrfünft 1905—10 von 35.4 auf 32.4, in Ungarn von 35.7 auf 35.6 zurück. Die Großstädte Österreich-Ungarns sinken mit ihren Geburtenziffern erheblich unter diese Reichsdurchschnitte hinunter, andrerseits zeigen sie eine viel stärkere Tendenz zur Abnahme als die Gesamtbevölkerung. In Wien betrug die allgemeine Geburtenziffer (auf 1000 Einwohner) im Jahre 1899: 32.1, im Jahre 1909: 22.1, sodaß also im Laufe eines Jahrzehnts ein Sinken um 10.0 eingetreten ist. In Budapest machte die Geburtenziffer in den beiden Jahren 35.1 bezw. 26.8 aus, was sonach eine Differenz von 8.3 nach unten bedeutet. Die betreffenden Zahlen für die übrigen Städte nebst Differenz lauten in Prag 30.9 bezw. 25.8 (—5.1), in Triest 32.1 bezw. 31.9 (—0.2), in Lemberg 42.2 bezw. 32.2 (—10.0), in Graz 29.9 bezw. 28.2 (—1.7), in Krakau 38.8 bezw. 28.5 (—10.3). In der Hauptstadt von Rumänien,



in Bukarest, betrugen die Geburtenziffern 32.8 bezw. 30.5, sodaß also ebenfalls ein Rückgang von 2.3 zu verzeichnen ist.

Von den Großstädten der Schweiz verrät Genf ganz französische Zustände mit einer Geburtenziffer von 20.5 bezw. 17.8 in den genannten Jahren und trotz dieser Kleinheit der Geburtenziffer auch noch mit einer Differenz von —2.7 eine nicht unerhebliche Tendenz des Sinkens derselben. In Basel ging die Geburtenziffer von 33.4 im Jahre 1899 auf 25.5 im Jahre 1908, also um 7.9, in Zürich von 32.6 auf 22.3, also um 10.3 zurück.

Im klassischen Lande des Neomalthusianismus, in Frankreich, tritt das sogen. Zweikindersystem, namentlich in den Großstädten sehr auffallend hervor. Obwohl die französischen Großstäde ohnehin schon mit niedrigen Geburtenziffern behaftet sind, zeigen mit einer einzigen Ausnahme alle Großstädte auch einen nicht unbedeutenden Geburtenrückgang. Die Geburtenziffern für die Jahre 1899 bezw. 1909 lauten in Paris 21.1 bezw. 17.6 (—3.5), in Lyon 18.6 bezw. 17.0 (—1.6), in Marseille 24.6 bezw. 21.3 (—3.3), in Bordeaux 20.4 bezw. 17.6 (—2.8), in Lille 29.4 bezw. 24.1 (—5.3), in Saint Etienne 24.1 bezw. 19.3 (—4.8), in Le Havre 34.2 bezw. 25.2 (—9.0), in Roubaix 29.2 bezw. 21.1 (—8.1), in Rouen 25.0 bezw. 21.7 (—3.3) und in Nancy 23.4 bezw. 24.9 (+1.5). Unaufhaltsam gehen sonach die Geburtenziffern in den französischen Großstädten zurück.

In England und Wales ging die Geburtenziffer im Jahrfünft 1905—10 von 27.2 auf 24.8 zurück. Die englischen Großstädte zeigen nun die merkwürdige Erscheinung, daß sie teilweise eine über diesen Landesdurchschnitt hinausragende Geburtenziffer aufzuweisen haben. In London betrug die Geburtenziffer im Jahre 1899: 29.7, im Jahre 1909: 24.2, sie sank also um 5.5. In den übrigen Städten lauten die betreffenden Zahlen also: in Glasgow 33.0 bezw. 26.5 (—6.5), in Liverpool 35.6 bezw. 31.0 (—4.6), in Manchester 32.6 bezw. 27.5 (—5.1), in Birmingham 34.3 bezw. 26.7 (—7.6), in Dublin 30.4 bezw. 28.6 (—1.8), in







Bristol 29.2 bezw. 22.5 (—6.7), in Edinburgh 27.5 bezw. 20.9 (—6.6), in Hull 34.3 bezw. 29.2 (—5.1), in Portsmouth 26.2 bezw. 27.2 (+1.0). Auch die englischen Großstädte sind sonach vom Neomalthusianismus in erheblichem Maße ergriffen.

In erklecklichem Umfange ist der schädliche Einfluß der französischen Bevölkerungssitten nach den Städten **Belgiens** durchgesickert. In Belgien sank die Geburtenziffer im Jahrfünft 1905—10 von 27.1 auf 23.7. Die belgischen Großstädte sind alle sehr tief unter diesen Landesdurchschnitt herabgesunken. So lauten die Geburtenziffern für die Jahre 1899 bezw. 1909 in Antwerpen 27.4 bezw. 18.7 (—8.7), in Brüssel 23.4 bezw. 16.4 (—7.0), in Lüttich 21.4 bezw. 15.1 (—6.3), in Gent 26.5 bezw. 19.9 (—6.6). Bedeutend höher stehen die Geburtenziffern in den Großstädten der **Niederlande**, doch zeigen auch sie einen erheblichen Geburtenrückgang. Die Geburtenziffern lauten für Amsterdam 30.0 bezw. 23.9 (—6.1), für Rotterdam 36.0 bezw. 30.8 (—5.2), für Haag 28.8 bezw. 26.7 (—2.1) und für Utrecht 33.1 bezw. 27.5 (—5.6).

In den drei nordischen Reichen **Schweden**, **Norwegen**, **Dänemark** ist der Geburtenrückgang am beträchtlichsten in Christiania mit Geburtenziffern von 36.6 bezw. 25.3, also mit einer Differenz von —11.3, während Stockholm Geburtenziffern von 26.3 bezw. 24.9 und einen Rückgang von 1.4 und Kopenhagen Geburtenziffern von 28.8 bezw. 27.1, also einen Rückgang von 1.7 aufweisen.

Das slavische **Rußland** hat eine im Vergleich zu den übrigen Staaten Europas sehr hohe Geburtenziffer, indem sich die russische Geburtenziffer im Jahrfünft 1905—10 von 44.4 auf 44.2 verringern konnte. Also auch Rußland mit seinem schier unerschöpflichen Volksborne hat eine schwache Neigung zum Geburtenrückgang. In den Großstädten hat die Geburtenziffer eine wesentlich niedrigere Gestalt und einen stärkeren Grad der Geburtenminderung aufzuweisen. Die Geburtenziffern lauteten für die Jahre 1899 bezw. 1909 in



Petersburg 28.1 bezw. 27.3 (—0.8), in Moskau 33.5 bezw. 31.8 (—1.7), in Warschau 41.0 bezw. 31.9 (—9.1) und in Odessa 33.0 bezw. 30.8 (—2.2).

In den südlichen Ländern Europas zeigen die Großstädte Spaniens mehr oder weniger große Rückgänge der Geburtenziffern, eine hat eine kleine Zunahme aufzuweisen. Für Madrid lauten die Geburtenziffern in den Jahren 1899 bezw. 1907 30.1 bezw. 26.4 (—3.7), für Cartagena 41.1 bezw. 31.1 (—10.0), für Barcelona 22.7 bezw. 24.2 (+1.5).

Während in allen europäischen Staaten das Zweikindersystem seinen Einzug gehalten hat, macht Italien allein eine rühmenswerte Ausnahme. In Italien ist die Geburtenziffer in der Zeit von 1904 bis 1910 von 32.6 auf 32.9 gestiegen. Diese Tendenz ist nicht zufällig, denn auch die italienischen Großstädte stehen unter ihrer Wirkung. Ihre Geburtenziffern sind zwar erheblich kleiner als der Landesdurchschnitt, allein sie zeigen durchgehends nur eine sehr schwache Tendenz der Geburtenabnahme. Für die beiden Jahre 1899 bezw. 1909 lauten die Geburtenziffern in Rom 22.8 bezw. 23.4 (+0.6), in Neapel 29.6 bezw. 27.3 (—2.3), in Mailand 25.1 bezw. 23.8 (—1.3), in Turin 20.8 bezw. 19.2 (—1.6), in Palermo 31.1 bezw. 30.4 (—0.7), in Genua 24.2 bezw. 21.2 (—3.0) und in Florenz 23.4 bezw. 21.0 (—2.4). Die italienischen Großstädte weichen also mit ihrer Geburtenentwicklungstendenz von den übrigen Großstädten Europas merklich ab.

Günstiger als die europäischen verhalten sich die außereuropäischen Großstädte. Tokio hat im Jahre 1899 eine Geburtenziffer von 22.2, im Jahre 1907 eine solche von 22.8, was also eine kleine Mehrung von 0.6 ausmacht. In den ägyptischen Städten betrug in den Jahren 1899 bezw. 1907 die Geburtenziffer in Kairo 38.9 bezw. 42.6 (+3.7) und in Alexandrien 36.4 bezw. 37.7 (+1.3). Sydney hatte im Jahre 1899 eine Geburtenziffer von 25.7, im Jahre 1906 eine solche von 26.2, also einen kleinen Zuwachs von 0.5. Die südamerikanischen Städte zeigen teilweise sehr starke Geburtenziffern. In den Jahren 1899 bezw. 1907





hatten Geburtenziffern Buenos Ayres 41.8 bezw. 35.6 (—6.2), Rosario de Santa-Fe 41.8 bezw. 38.2 (—3.6) und Rio de Janeiro 18.5 bezw. 19.7 (+1.2). Die nordamerikanischen Städte haben wohl infolge des Einwanderungsstroms eine wachsende Tendenz ihrer Geburtenentfaltung. Die Geburtenziffer lautete in den Jahren 1899 bezw. 1907 in Newyork 21.9 bezw. 28.2 (+6.3), in Chicago 13.8 bezw. 12.2 (—1.6) — das ist die niedrigste Geburtenziffer auf der ganzen Welt —, in Washington 20.6 bezw. 20.9 (+0.3) und in Habana 25.6 bezw. 27.8 (+2.2).

Unsere Großstadtkultur muß recht bedenkliche Schattenseiten aufweisen, da die Geburtenziffern in den Großstädten allgemein so erhebliche Entwicklungen nach rückwärts zeigt. Es ist eine Ironie ohnegleichen, daß der stolze Kulturmensch des 20. Jahrhunderts, der auf seine wissenschaftlichen und technischen Errungenschaften und materiellen Erfolge pocht, vor einem kräftig pulsierenden Leben in Gestalt eines reichen Kindersegens bangt. In den Großstädten ist sehr viel Reichtum, Wohlhabenheit, Luxus aufgestapelt. Allein eben diese Eigenschaften haben es mit sich gebracht, daß die Schichten der oberen Zehntausend am stärksten dem Zweikindersystem huldigen und zahlreiche Nachkommen unterschlagen, denen sie materielle Sorglosigkeit und höhere Kultur vermitteln könnten. Aber auch die Schichten der mittleren und unteren Bevölkerung sind von der neomalthusianischen Praxis ergriffen. Zum Teil führt die Not dazu. Das Wohnungselend der Großstädte ist grauenhaft. Die Nahrungsmittel sind teuer, die Lohn- und Einkommensverhältnisse reichen für viele Tausende von Großstadtbewohnern knapp zur Fristung der notwendigen Bedürfnisse. Zu diesen äußeren Momenten gesellt sich die Aufklärung und Verführung der Großstadtkultur, wie sie an allen Straßenecken sich breit macht, in allen Zeitungen und Versammlungen sich Zugang in die Herzen abertausender von Menschen verschafft. Der Großstadtmensch ist weniger sorglos als der Landbewohner; er rechnet und grübelt mehr. „Rationalisierung des Lebens“

hat Prof. Dr. Wolf diese Erscheinung sehr zutreffend genannt. Diese Gedanken sind auch in das Sexualleben eingedrungen. Dies war in den Großstädten umso leichter ermöglicht, als der sogen. Aufklärung hinsichtlich des sexuellen Präventivverkehrs tausend Wege offen stehen. Inserate in den Zeitungen, Reclametafeln und Propaganda für diese Verhütungsmittel in allen Friseurläden, Drogerien usw., Belehrung durch Broschüren, Vorträge — diese und andere Mittel wirken seit Jahrzehnten zusammen, daß die Großstadtbevölkerung dem Neomalthusianismus in immer stärker werdendem Maße fröhnt. Dazu kommt noch, daß religiöse und konfessionelle Gegenvorstellungen in Anbetracht des Unglaubens und der religiösen Gleichgültigkeit unserer Großstadtbewohner nur in geringem Grade Hemmungen dieser Unsitten und Laster hervorrufen. Die internationale Sozialdemokratie hat sich in der Propaganda für die Ideen des Neomalthusianismus besonders tatkräftig hervorgetan und sie hat es verschuldet, daß die Kenntnis dieser Praxis der Conceptionsverhütung auch in die unteren Volksschichten eingedrungen ist.

Wir sind heute soweit, daß in Paris, Berlin und Wien allein im Vergleiche zu den Verhältnissen der 80er Jahre alljährlich mehr Geburten künstlich verhindert werden, als z. B. in der ganzen Schweiz überhaupt Kinder geboren werden. Die Unterschlagung im Geburtenbudget der Großstädte macht im Zusammenhalt mit früheren Verhältnissen alljährlich mindestens eine Million aus. Und die Entwicklung ist keineswegs schon abgeschlossen. Die großstädtischen Geburtenziffern werden im kommenden Jahrzehnte ohne Zweifel noch weiter sinken. Mit diesen Tatsachen müssen Regierungen und Parlamente rechnen. Und es gehört schon ein riesenhafter Optimismus dazu, annehmen zu wollen, daß leicht ein Umschwung in diesen Tendenzen der Geburtenentwicklung in den Bevölkerungsmassen hervorgerufen werden könne. Standhaft gegen den Neomalthusianismus hat sich bis jetzt nur jene Bevölkerung erwiesen, welche positive Gläubigkeit zur Schau trägt. Der Katholizismus



ist bis jetzt ein starker Damm gegen diese moderne Zeitströmung gewesen. Auch der positiv-gläubige Protestantismus zeigt einen etwas stärkeren Widerstand, doch lange nicht in dem Maße wie der Katholizismus, weil der Protestantismus dem Individuum in seinen persönlichen ethischen Entschlüssen größeren Spielraum gewährt als der die Gewissen enger bindende Katholizismus. In den Großstädten freilich ist der Einfluß der Religion und Konfession nicht besonders stark. Doch will es uns bedünken, als ob auch in unserer Statistik der Großstädte dieser Einfluß ein wenig zu spüren wäre. Die italienischen katholischen Großstädte sind nur leicht vom Zweikindersystem angehaucht. Das katholische Dublin hat unter seinen englischen Schwestern außer Portsmouth die geringste Abnahme der Geburtenziffer. Freilich machen die französischen und belgischen nominell katholischen Großstädte eine Ausnahme, doch dürfte Atheismus und Sozialismus eher die Weltanschauung dieser Großstädte sein als Katholizismus. Im ganzen aber ist der stark anhaltende Geburtenrückgang der Großstädte ein Faktor, der für die künftige Bevölkerungsgestaltung von sehr großem Belang ist.

## XXVII.

## Die „Arme Heinrich“-Sage.

Von A. v. Ow.

(Schluß.)

Die ältesten nachweisbar zu dem heute noch lebenden Geschlechte gehörenden Ow, welche diesen Namen bereits als Familiennamen führen, sind die Gebrüder Albrecht, Hermann und Volkart, welche die Linien der Ow auf Wachendorf, Hierlingen und Bodelshausen, alles Burgsitze in nächster Nähe von Obernau, gründeten, und zwar ge-



schah das schon im Laufe des 13. Jahrhunderts. Ihr Vater hieß Hermann von Owe (1245 bezeugt). Da die genannten Brüder noch mehrere ebenfalls begüterte Geschwister hatten, muß angenommen werden, daß die Familie damals zu den hervorragenderen Geschlechtern Schwabens gehörte; andererseits muß der Beiname: „von Ow" verhältnismäßig früh den Charakter eines Familiennamens angenommen haben, sonst würden die Obengenannten, welche alle nicht im Alleinbesitze des Städtleins Owe waren, nicht den Namen Ow beibehalten, sondern den ihrer jeweiligen Burgsitze angenommen haben.

Abgesehen von dem ursprünglichen Mitbesitz der Familien Hohenberg und Ow in Obernau finden sich ähnliche Verhältnisse an zahlreichen anderen Orten der hohenbergischen Grafschaft. Volkart von Ow hat leibeigene Untertanen in Rottenburg und den benachbarten Orten: Kalkweil, Niedernau, Schwalldorf, Dettingen, Nordstetten, und verkauft dieselben 1377 an Graf Rudolf von Hohenberg. Hermann v. Ow (1258—1299) besitzt Hierlingen (Schloß und Dorf) als freies Eigen; nur die Nachkommen eines gewissen Withopf daselbst waren hohenbergische Leibeigene und wurden den Hierlinger Ow's als hohenbergisches Lehen verliehen. Das Fischrecht in der Starzel von Rangendingen bis Bietenhausen (im hohenzollern'schen) gehörte den Hierlinger Ow als freies Eigen; von Bietenhausen bis Bieringen am Neckar wurde es den Hierlinger Ow als hohenbergisches Lehen verliehen. Auf die eigentümlichen Beziehungen von Hierlingen zu Heigerloch, dem Sülchgau und den Hohenbergern wird später noch zurückzukommen sein. In Schwalldorf (zwischen Frommenhausen und Obernau) scheint ebenfalls ursprünglich geteilter Hohenbergischer und Owischer Besitz bestanden zu haben (O. A. Beschreib. Rottenburg II 332 f.). Um 1110 schenkten die Brüder Burkart und Hesso (Heinrich) von First (nach Schmid vermutlich verwandt mit dem Hause Hohenberg-Zollern) ihre Güter in Schwalldorf an das Kloster Hirsau. 1345, 1361, 1377 ist Owischer Besitz in Schwalldorf bezeugt.



Wolf v. Ow verkauft 1444 sein Eigentum in Schwalldorf. Auffallend ist ferner der Owische Besitz in Dettingen, in unmittelbarer Nähe der hohenbergischen Veste Alt-Rotenburg. Gertraud v. Ow vermachte ihre Güter zu Dettingen 1275 dem Kloster Bebenhausen; Volkart v. Ow verkauft 1377 seine Leibeigenen zu D. dem Grafen v. Hohenberg; Wolf v. Ow verkauft 1419 seine dortigen Eigenleute. Noch 1572 und 1699 werden freieigene Besitzungen von Ow's in Dettingen, welches vor 1268 überhaupt nicht in den Urkunden erscheint, erwähnt. Wie konnte die Familie in so unmittelbarer Nähe des Hauptburgsitzes der Dynastenfamilie Hohenberg zu freieigenem Besitz gelangen? Wenn die Ow's von Anfang an nur im Ministerialenverhältnis zu den Hohenbergern gestanden wären, würde dieser freieigene Besitz in nächster Nähe von hohenbergischen Burgsitzen nicht wohl zu erklären sein. Heinrich v. Ow verkauft 1446 seinen Anteil an Weiler, unmittelbar am Fuße der Alt-Rotenburg liegend, an Württemberg. Bodelshausen mit Altsickingen und Oberhausen war freies Eigentum der Ow; 1409 und 1446 wurde es an Württemberg verkauft, drei Höfe in Oberhausen waren aber zollerisch und wurden noch fernerhin an die Bodelshauser Ow als Lehen verliehen. Bei Wachendorf und Bierlingen greifen in den ältesten Zeiten Hohenberg-Zollerische und Owische Rechte in einander. In 25 hohenzollerischen Orten stehen Gliedern der Familie Ow im 14. und 15. Jahrhundert Besitztitel zu. Staufenberg (zwischen Rangendingen und Hechingen) war zum Teil Owisch, zum Teil war es Zollern-hohenbergisches Lehen. Hanns v. Ow verkauft 1429 seinen Anteil an Deißlingen (O.-A. Rottweil) an die Stadt Rottweil, nachdem letztere schon 1407 den Anteil Fritz des älteren von Zollern an sich gebracht hatte; also auch hier Teilbesitz zwischen Ow und Zollern, welch' letztere ursprünglich mit den Hohenbergern eine Familie gebildet hatten. Deißlingen (Tusilinga) gehört zum alten Besitz der gestürzten gottfriedischen Herzogsfamilie der Alemannen. Nächst Deißlingen stand die Albertuskapelle, an die sich die Sage vom



büßenden Calwer Grafen knüpfte. Zur ersten Ausstattung des von einem Zollerngrafen 1095 gegründeten Klosters Alpiersbach gehörten Besitzungen bei Höfendorf (Oberamt Haigerloch) und bei Vöhingen (Oberamt Sulz); in beiden Orten ist 1458 und 1515 Owischer, offenbar schon längst bestehender, Besitz erwähnt.

Hierlingen (Dorf und Schloß), welches schon im 13. Jahrhundert als freieigenes Gut eines Zweiges der Familie von Ow bezeugt ist, hieß in ältester Zeit: Hurningen, und scheint ein Zweig der hohenbergischen Familie sich hienach genannt zu haben.[1]) Der östliche Albgau wurde schon 779 in einer fränkischen Urkunde als comitatus Hurnia bezeichnet (Baumann „Forschungen zur schwäbischen Geschichte", S. 437). Im 11. Jahrhundert werden einige Grafen von Hurningen erwähnt, welche Grafenrechte im Sülchgau ausgeübt zu haben scheinen. Vielleicht gehörten die beiden 1007 und 1057 bezeugten Sülchgaugrafen: Hesso (= Heinrich) zu diesem Geschlechte. Es sind dies die einzigen Namen von Sülchgaugrafen, die uns überliefert sind, und zwar unter dem Namen: „Hesso" ohne weitere Ortsbezeichnung. Schmid „Geschichte der Grafen von Zollern-Hohenberg" (S. XXI) hält es „für höchst wahrscheinlich", daß diese Sülchgaugrafen zum hohenbergischen Geschlecht gehörten, da wir dieses letztere Geschlecht später im Besitze des Sülchgaues antreffen; die Hohenberger waren die Besitznachfolger jener Hessonen und das jedenfalls infolge ordnungsgemäßen Erbganges. Die Grafen von Hurningen nannten sich nach ihren elsässischen Besitzungen auch Grafen von Ortenberg. Das Haus Hohenberg finden wir zur Zeit, da es in die Geschichte eintritt, sowohl im Besitze der schwäbischen als auch der elsässischen Landesteile, welche ehedem zum Besitze der Grafen von Hurningen gehörten. Eine alte Chronik, die auf Bischof Albert von Freising, einen Hohenberger Grafen, zurückgeht, enthält die bemerkens-

1) Noch Hermann von Ow zu Hierlingen, gestorben 1361, heißt in den Urkunden: „von Hurningen".



werte Notiz: Albertus comes de Hohenberg et Haigerloch duos comitatus habuit antiquos valde, scilicet: Haigerloch et Hohenberg. Et siti sunt in corde Sueviae et dicebantur comites de Hurningen; et illi comites fuerunt potentes in Suevia et Alsatia. In Alsatia habuerunt castrum quod dicitur Ortenberg et magnas villas et totam vallem, quae dicitur Albrechtstal cum omnibus pertinentiis. In qua valle duo domini et fratres de Hurningen construerunt claustrum. Nomen claustri latine est: Hugonis curia, teutonice: Hugeshofen.

Das Albrechtstal bei Schlettstadt erhielt die Gemahlin Rudolfs von Habsburg, eine geborene Gräfin von Hohenberg, als Mitgift von hohenbergischer Seite. In diesem Tal, an dessen Eingang die Burg Ortenberg stand, befindet sich die Ortschaft Weiler und Sankt Martin, in dessen unmittelbarer Nähe Hugeshofen lag. Nach allem scheint es zweifellos, daß im 11. Jahrhundert — einer Zeit, da es noch keine fixierten Familiennamen gab — einige Grafen von Hohenberg nicht nach Hohenberg oder Haigerloch sich nannten, sondern nach Hurningen. Bemerkenswert erscheint, daß die Kirche zu Sülchen (bei Rottenburg), „der älteste kirchliche Mittelpunkt der Gegend" ebenso wie das elsässische Sankt Martin dem hl. Martin, dem Nationalheiligen der Franken, geweiht war, und daß die Kirche zu Hierlingen (Hurningen) ebenfalls eine Martinskirche war. Kloster Hugeshofen soll durch einen Grafen Werner von Ortenberg, genannt von Hurningen, um das Jahr 1000 gegründet worden sein. Urkundlich bezeugt sind außerdem nur ein Sohn dieses Werner: Graf Volmar, welcher 1061 Hugeshofen dem Bistum Straßburg übergab; ferner ein Graf Ulrich von Hurningen 1114, ein Sohn desselben Namens Ulrich 1125 und wieder ein Ulrich 1162. (Lesart Henricus ist weniger gut bezeugt.) Sonst ist nur noch ein Burkart von Hurningen bekannt, der um 1100 Domherr in Straßburg war. Dies ist alles, was wir von den Grafen von Hurningen wissen.



Ein Freier: Adalbert von Haigerloch, Sohn des Grafen Wezel (= Werner) von Haigerloch, hatte Besitz in Hierlingen. Derselbe schenkte zwischen 1146 und 1152 dem Kloster Reichenbach sein Besitztum in „Hurningen" und Marpach (abgegangener Ort bei Hierlingen) mit Leibeigenen und allen Rechten.[1]) Dieser Adelbert, der in den wenigen von ihm erhaltenen Urkunden keinen Grafentitel führt, gehört zu einem Zweig der Familie Zollern-Hohenberg, der sich nicht mit Sicherheit in den Stammbaum einreihen läßt. Mit Rücksicht auf den Namen seines Vaters Wezel, der 1115 unter dem Namen „von Zolra" und 1125—1160 als „comes de Hegerlo" erscheint, glaubt man, daß er von jenem Wezel de Zolorin († 1061) abstammt, welcher nebst seinem Bruder (oder Vetter?) Burkart de Zolorin zum erstenmal den Namen der Zollernveste (Burg Hohenzollern) in die Geschichte einführt.[2]) Nach diesem Adelbert erfahren wir fast 150 Jahre lang nichts mehr über Haigerloch, bis sich Graf Albert von Hohenberg (1258—1298) auch nach Haigerloch nennt. Schmid („Geschichte der Grafen von Zollern-Hohenberg" S. XXVI und XXIX f.) glaubt, daß zwischen Wezel von Zolorin (1061) und Wezel von Zolra (1125—1160) jener Adelbert „von Zolro" und „comes de Haigerloh" (1095 bis 1101) als Mittelglied einzuschieben ist, welcher als Mitstifter von Alpirsbach urkundet und 1099 (wahrscheinlich als Wittwer) Mönch in Alpirsbach wurde. Er war ein Vetter des Grafen Eberhard von Nellenburg und erinnert an den letzten Nellenburger Grafen Burkart, von dem es heißt: „er enwolte niht mer herren noch graven namen han". Schmid vermutet, daß dieser Adelbert eine Luitgart Gräfin von Calw, Enkelin des Adelbert von Calw, zur Mutter

---

1) Von diesem Reichenbachischen Besitz in Hierlingen ist später nicht mehr die Rede; derselbe ist also wohl in frühester Zeit wieder vertauscht oder verkauft worden.

2) Siehe Schmid „Geschichte des Hauses Zollern-Hohenberg". Einl. S. 26, 30 und 86.

hatte. Hierher gehört offenbar auch jener: „Sanctus confessor Adalbertus ex Suevia, familia comitum Haygerloh progenie militari exortus", welcher als Prior von Oberaltaich in Niederbayern 1311 starb (Röm. Martyrologium 26. November). Derselbe läßt sich ebenfalls nicht mit Sicherheit in den Zollern-Hohenbergischen Stammbaum einreihen.

Wie aus der erwähnten Schenkung des „Freien Adelbert" (aus dem Hause der Grafen Zollern-Haigerloch) an das Kloster Reichenbach hervorgeht, war dieses Geschlecht um 1150 in Hirrlingen begütert. Trotzdem treffen wir schon im 13. Jahrhundert die Herren von Ow als eigentliche Gutsherren von Hirrlingen im freieigenen Besitze dieses Ortes,[1]) während man erwarten sollte, daß der oben erwähnte Graf Albert von Hohenberg (1258—1298) im Besitze Hirrlingens oder wenigstens als Oberlehensherr daselbst erschiene. Nur die Nachkommen eines gewissen Withopf in Hirrlingen waren hohenbergisch und wurden den Hirrlinger Ow als Hohenbergisches Lehen verliehen. Man muß sich vergegenwärtigen, daß in der ältesten Zeit nach schwäbischem Landrecht die unbedingte Erbteilung auch des Grundbesitzes an Söhne sowohl wie Töchter die Regel bildete, sodaß in wenigen Generationen auch der größte Grundbesitz zersplittert sein konnte. Erst später wurde es Sitte, im Interesse der Erhaltung des Grundbesitzes in einer Familie, die Töchter und Nachgeborenen Verzichtbriefe ausstellen zu lassen. Es konnte sonach sehr wohl ein Henricus von Ouwe im 11. Jahrhundert einen fürstengleichen Besitz haben, der 150 oder 200 Jahre darauf in 80 bis

1) Es ist dies Hermann (III) von Owe, welcher zuerst in einer Urkunde des Grafen Albert von Hohenberg vom 2. Sept. 1258 als Zeuge an hervorragender Stelle erscheint, nämlich unmittelbar nach Rudolf von Habsburg und einem Nobilis de Nuwehusen, welcher zum Geschlechte der Hohenberger gehörte. In einer Urkunde v. J. 1286 ist er als „Hermannus Nobilis de Owe" aufgeführt.

90 Parzellen zersplittert war. Hirrlingen blieb reichsfreie Herrschaft der Linie Ow-Hirrlingen, welcher die hochgerichtliche und malefizische Obrigkeit in ihrem Gebiete zustand, bis zu ihrem Erlöschen im Jahre 1720.

Da es bis ins 13. Jahrhundert hinein noch keine bestimmten Familiennamen gab, hielten die einzelnen Familien fest an bestimmten Taufnamen, die während einiger Generationen immer wiederkehren. So kommt der Taufname Hugo bei den Pfalzgrafen von Tübingen seit 1007 durch zehn Generationen hindurch in ununterbrochener Folge vor; ebenso ist bei den Grafen von Alshausen-Veringen der Name Wolferat von 1010—1415 in elf Generationen mit Ausnahme einer einzigen jedesmal vertreten. Ähnlich verhält es sich mit den Namen Burkart und Albert (= Adelbert) bei den Grafen von Hohenberg und dem Namen Friedrich bei der schwäbischen Linie des Hauses Zollern. Bei der Owischen Familie sind ebenfalls bis 1405 die Namen Burkart und Albert besonders oft vertreten, der letztere Name sogar 16 Mal.

Wenn wir uns die Frage vorlegen, ob im 10. oder 11. Jahrhundert in der Gegend von Owe (Obernau) ein Herr Namens Heinrich, der sich nach Owe nennen konnte, bekannt ist, welcher seine Güter an Kirchen und Klöster vergabt hat, so fällt zunächst auf, daß die Gegend um Rottenburg, in dessen unmittelbarer Nachbarschaft Owe lag, in Urkunden des 13. Jahrhunderts als Lehen von Bamberg erwähnt wird, also dem Bistum Bamberg, der Stiftung Kaiser Heinrichs des Heiligen (1002—1024), seinerzeit geschenkt wurde, und ferner, daß die letzten Sülchgaugrafen — die einzigen, die uns die Geschichte überliefert hat — Heinrich hießen. Rottenburg und Owe gehörten nun aber zum Sülchgau und letzterer Ort konnte sehr wohl damals die Hauptdingstätte des Gaues enthalten haben, denn Rottenburg wird erst viel später in den Urkunden als Ortschaft erwähnt. In einer Urkunde von 1007 heißt es: „in pago



Sulichgowe in comitatu Hessini[1]) comitis“ und in einer von 1057: „in pago Sulichgowe in comitatu Hessonis comitis“.[2]) Welchem Geschlecht diese Hessonen angehörten, ist gänzlich unbekannt. Da wir später das Grafengeschlecht Hohenberg-Zollern im Besitze dieser Bamberger Lehen und des Sülchgaus antreffen, ist anzunehmen, daß jene Hessonen zu den Ahnen dieses Geschlechtes, dessen Geschichte im 11. Jahrhundert noch ganz im Dunklen liegt, gehörten.

Bei den früher erwähnten nahen Beziehungen von Haigerloch zu Hierlingen (Hurningen) und dem Sülchgau (mit dem „stettlin Ouwe“) fällt es auf, daß die vom Straßburger Kunz Kistener behandelte Sage über die „Jakobsbrüder“ einen schwäbischen Rittersſohn von Haigerloch als Helden einer Aussatzgeschichte feiert, sodaß Eduard Schröder der Vermutung Raum gibt,[3]) daß „in der Familie der Grafen von Hohenberg eine Kunde lebte, die von einem der Vorfahren ein ähnliches Schicksal und eine ähnliche Heilung berichtete.“

Die „Jakobsbrüder“ behandeln kurz folgenden Stoff: Herr Adam, ein nicht näher bezeichneter reicher und angesehener bayerischer Graf lebte schon seit zwölf Jahren in kinderloser Ehe, und gelobte, wenn Gott ihm einen Erben geboren werden lasse, diesen seinerzeit zum Danke als Wallfahrer nach San Jago di Compostella zu schicken. Es ward ihm nun ein Sohn geboren und derselbe auf den Namen des hl. Jakobus getauft. Als er sein zwölftes Lebensjahr erreicht hatte, eröffnet ihm sein Vater, was er vor seiner Geburt gelobt habe, worauf sich der Knabe unverweilt auf-

1) Hesso, Ezzo, Hezilo, sind Deminutive von Heinrich.

2) Des Sülichgaues geschieht sonst überhaupt nur noch zweimal Erwähnung: „pagus Sulich Kewe“ in einer Lebensbeschreibung des hl. Meinrad aus dem 11. Jahrh. und: „in pago Sulichgewe“ in einer Urkunde König Arnulfs i. J. 888

3) In einer Besprechung der von Karl Euling herausgegebenen „Jakobsbrüder“ in den Göttingischen gelehrten Anzeigen, Januarheft 1901.

macht, um nach Compostella zu ziehen. Unterwegs verirrt er sich und ruft den hl. Jakobus um Hülfe an, welcher ihm einen treuen lieben Reisegefährten sendet in der Gestalt eines Schwaben aus Haigerloch, der aus Italien gezogen kommt und ebenfalls nach Compostella pilgern will. Im weiteren Verlaufe der Wanderung erkrankt der Grafensohn und stirbt, nachdem er vor seinem Tode dem Freunde das Versprechen abgenommen hat, daß er zum Vollzuge des Gelübdes wenigstens seine Leiche nach Compostella bringen möge. Der treue Freund kommt seinem Versprechen nach, und als er die Leiche in die Kathedrale des hl. Jakob verbracht und inständig für den Verstorbenen gebetet hatte, erhebt sich dieser plötzlich von den Toten und ist durch ein Wunder geheilt. Auf dem Heimwege verspricht der Grafensohn dem treuen Schwaben unverbrüchliche Freundschaft und die Hälfte seines Erbes. Der Schwabe bleibt hierauf ein Jahr lang in der Familie des Grafen Adam, wo ihn alle liebgewinnen, bittet aber dann zu seinen Eltern nach Haigerloch reisen zu dürfen. Ungern wird er entlassen. In Haigerloch trifft er seine Eltern — der Vater wird Hugo von Haigerloch genannt — in dürftigen Verhältnissen, der Sohn bringt sie aber wieder zu Vermögen und Ehren. Da wird er auf einmal vom Aussatze befallen, und muß, allen Verkehr meidend, mit Klapper und Aussätzigengewand durchs Land streifen und sich seinen Unterhalt erbetteln. Ein frommer Einsiedler erzählt ihm, daß sein Freund in Bayern sich vermählt habe, er solle dorthin ziehen; vom Aussatze könne er geheilt werden, wenn das erstgeborene Kind des Freundes getötet und er mit dessen Blute bestrichen würde. Der Schwabe wendet sich entsetzt von diesem Gedanken ab, reist aber doch zu seinem Freunde, von dem er wider Erwarten aufs liebevollste aufgenommen und verpflegt wird. Als einmal der junge Graf ernstlich in seinen Freund dringt, ihm zu sagen, ob er denn nie von einem sicheren Mittel gegen den Aussatz gehört habe, erwähnt dieser nach langem Widerstreben dessen, was der Einsiedler ihm gesagt hatte,



bittet aber zugleich, doch ja dies Mittel nicht anzuwenden. Doch dem Grafen läßt der Gedanke, sich treu an seinem Freunde zu erweisen, keine Ruhe, und — genau wie in der Amelius-Sage — schreitet er dazu, die Tat auszuführen. Er bestreicht den nichts ahnenden Freund mit dem Blute, worauf derselbe von seinem Aussatze befreit wird; zugleich wird aber die Freundestreue durch ein Wunder belohnt, indem das Kind wieder zum Leben erwacht. Am Halse des Kindes bleibt an der Stelle, wo derselbe durchschnitten wurde, nur noch ein roter Streifen sichtbar. Zum Danke erbaut das gräfliche Paar das Kloster „Gnadeouwe“. Die Freunde aber leben mit ihren Angehörigen ein heiligmäßiges Leben bis zu ihrem Tode. Mit einem Preis der Treue schließt das Gedicht.

Der schwäbische Freund wird im Gedichte lediglich eingeführt als ein: „Swap uz Heigerloch“; wir erfahren seinen Namen nicht. Dagegen wird sein Vater näher bezeichnet als: „her Hug von Heigerloch, ein ritter guot.“ Der Aussätzige könnte also wohl: Heinrich geheißen haben, und damit identisch sein mit dem schwäbischen Aussätzigen Hartmanns, dem „Armen Heinrich“, sodaß anzunehmen wäre, daß wir es hier mit demselben ursprünglichen Stoffe zu tun haben, der von Kunz Kistener so und von Hartmann anders ausgeführt wurde. Die Ausführung geht freilich weit auseinander, und stimmt nur darin überein, daß der Held des Gedichtes ein schwäbischer Edler war (Ouwe und Haigerloch liegen nahe beisammen), daß derselbe vom Aussatze befallen und zur Belohnung für hingebende Treue wunderbar geheilt wurde. Allenfalls kann noch darin eine Übereinstimmung erblickt werden, daß der Arme Heinrich aus Italien zurückkam und Kisteners Schwabe ebenfalls aus Italien heimkehrend mit dem bayerischen Grafensohne zusammentrifft.

Euling weist nach,[1]) daß Kunz Kistener, der Verfasser

1) Germanistische Abhandlungen, XVI. Heft. Breslau, Verlag Marcus 1899

des Gedichtes „Die Jakobsbrüder", im Elsaß und zwar in Straßburg gelebt haben muß und zwar um die Mitte des 14. Jahrhunderts.

Auch Goedeke (Gengenbach, S. 630) vermutet, daß die Einführung des schwäbischen Ritters aus Haigerloch auf eine mit Hartmanns Armen Heinrich zusammenhängende Überlieferung schließen lasse. Wie wir früher gesehen haben, war das Geschlecht der Hohenberger (auch nach Haigerloch und Hurningen sich nennend) auch im Elsaß begütert, wo sie sich nach Ortenberg nannten. So sagt Euling: „Die Grafen von Haigerloch waren im Elsaß bekannt genug; Königin Anna, die 1278 verstorbene Gemahlin Rudolfs von Habsburg war eine geborene Gräfin von Hohenberg-Haigerloch". „Ein Graf Albert von Hohenberg und Haigerloch war die Hauptstütze des Herzogs Albrecht von Österreich in Schwaben". Ferner macht Euling auf ein mir wichtig scheinendes Faktum aufmerksam: „In einem Zusatz zu der lateinischen Erzählung vom Herzog Ernst kommt ein G r a f W e t z i l o v o n H a i g e r l o c h vor." Die Sage vom bayerischen Herzog Ernst und dessen abenteuerlichen Zügen (aus der Zeit der ersten Kreuzzüge) behandelt die treue Freundschaft zwischen dem bayerischen Herzog und dem Grafen Wetzel, welcher Freud und Leid mit dem bayerischen Herzoge teilt und zu jeder Aufopferung ihm gegenüber bereit ist. Also ebenfalls: die innigste Freundestreue zwischen einem Bayern und einem Schwaben. Bei Kistener ist es ein ungenannter bayerischer Graf und ein schwäbischer Ritter aus Haigerloch; in der Ernst-Sage ist es ein bayerischer Herzog und ein schwäbischer Graf aus Haigerloch. Einem Grafen Wetzel von Haigerloch, welcher zu Anfang des 12. Jahrhunderts gelebt hat, sind wir oben schon begegnet; dessen Sohn, der „Freie Adelbert", der sich den Grafentitel nicht beilegte, verkaufte um 1150 seine Güter in Hurningen (Hirrlingen).

Schröder erinnert in seiner Kritik von Eulings „Jakobsbrüdern" daran, daß er schon früher angedeutet habe, daß er den Gönner oder Auftraggeber Kistener's zu kennen





glaube, nämlich den Grafen Hugo von Hohenberg-Haigerloch, welcher um die Mitte des 14. Jahrhunderts — also zur Zeit der Entstehung des Gedichtes — zum zweitenmale das Amt des kaiserlichen Landvogtes im Elsaß inne hatte. Die Hohenberger Grafen erscheinen in den elsässischen Geschichtsquellen regelmäßig unter dem Namen: „von Heigerloch."

„Der Straßburger Zunftgenosse (Kistener), der zu jener Zeit eine höfische Erzählung ausgehen ließ, in der die einzige nach Herkunft und Familie genau bezeichnete Persönlichkeit sich in Vor- und Zunamen mit dem elsässischen Landvogte (1336 bis 1338 und 1350—1353) deckte, kann diese Namenwahl unmöglich durch reinen Zufall getroffen haben; daß er dabei an den vornehmen Zeit- und Landesgenossen dachte, ist ganz selbstverständlich." „Die höchst merkwürdige Tatsache, daß ein elsässischer Dichter den Helden einer Aussatzgeschichte, der durch unschuldiges Blut geheilt wird, mit dem Namen des damaligen kaiserlichen Landvogtes belegte, wird damit nicht erklärt. Da der Hugo von Haigerloch der Jakobsbrüder als ein Bild edler Ritterlichkeit, ein Muster der Freundestreue wie der Kindesliebe erscheint, so ist der Gedanke ganz ausgeschlossen, daß Kistener dem Grafen mit jener Aussatzgeschichte etwas anhängen wollte. Und doch — mußte nicht einen Menschen jener Tage, der die abscheuliche Krankheit oft mit Widerwillen zu beobachten Gelegenheit fand, ein Grausen ankommen, wenn er sich oder seinen Namensvetter so als Aussätzigen geschildert fand? Dieses Bedenken würde schwinden, wenn etwa in der Familie der Grafen von Hohenberg eine Kunde lebte, die von einem der Vorfahren ein ähnliches Schicksal und eine ähnliche Heilung berichtete: eine Tradition, die dem Einfall Kisteners das Abgeschmackte und Widerwärtige nehmen würde. Und die Möglichkeit, daß eine derartige Familiensage existierte, ist allerdings gegeben: Handelt es sich doch um eben jenes Grafenhaus, zu welchem die bekannte Hypothese von L. Schmid den Dichter des ‚Armen Heinrich' in ein Lehensverhältnis bringen will. Und diese Hypothese, so wenig fest sie begründet ist, kann vorläufig noch immer die Konkurrenz mit anderweitigen Vermutungen



aushalten. Vielleicht erhält sie eben von unserer Seite her eine Stütze.“ „Daß Kisteuer bei der Benennung des einen Jakobsbruders als ‚Hugo von Haigerloch‘ den elsässichen Landvogt im Auge hatte, wird niemand bestreiten wollen; die Art seiner persönlichen Beziehungen zu ihm und vollends seine Kundschaft von einer Hohenbergischen Familientradition bleiben im Dunkel gehüllt.“

Ich mache hier übrigens auf einen offenbaren Irrtum Schröders aufmerksam. „Der Held der Aussatzgeschichte“ und „der Jakobsbrüder“ wird im Gedichte nirgends als Hugo von Haigerloch bezeichnet, sondern nur dessen Vater erhält den Namen Hugo. Der Aussätzige und wunderbar Geheilte erhält immer nur den Namen: „Swap“ „bruoder“ oder „der guote“. Dieser Umstand dürfte aber den Ausführungen Schröders nichts an Gewicht benehmen. Wir können in dem treuen Freunde jenen Wetzilo von Haigerloch wiedererkennen, der in der Herzog Ernst-Sage figuriert. Da im 10. und 11. Jahrhundert Hesso und Hezilo häufige Namensformen für Heinrich waren, könnte etwa in der ursprünglichen Quelle der Freund und Aussätzige als Hezilo bezeichnet gewesen sein, und Hartmann daher richtig den Namen als „Heinrich“ wiedergegeben haben, während Spätere für Hezilo Wetzilo lasen.

* * *

Aus vorstehenden Ausführungen dürfte sich wenigstens soviel ergeben, daß es endlich an der Zeit wäre, die „alte Lachmann'sche Hypothese“, wonach es sich bei „Heinrich von Ouwe“ (dem Armen Heinrich) um einen im 12. Jahrhundert lebenden Zähringer Ministerialen auf Au bei Freiburg im Breisgau gehandelt habe, aufzugeben, und durch die jedenfalls wahrscheinlichere Hypothese zu ersetzen, daß wir es beim Armen Heinrich mit einem im 10. oder 11. Jahrhundert lebenden Mitgliede der Hohenbergischen oder Owischen Familie zu tun haben, welches sich nach Ouwe am Neckar (Obernau) genannt hat oder wenigstens von Hartmann darnach ge-

nannt wurde. Auf den Boden dieser Hypothese haben sich schon Görres und die Gebrüder Grimm gestellt. Weiß in seiner Weltgeschichte ist ihnen gefolgt und Dr. L. Schmid hat in einem eigenen Buche diese Hypothese aufs eingehendste zu begründen versucht. Seitdem hat sich immer neues Material zur Stütze dieser Hypothese ergeben, während zugunsten der Lachmann'schen nichts Weiteres beigebracht werden konnte.

## XXVIII.

## Erzherzog Karl von Österreich.

Die reiche Literatur über Erzherzog Karl von Österreich, den größten der Heerführer unter den Gegnern Napoleons I., wurde soeben durch ein nach Inhalt und Form epochales Werk bereichert, das den bewährten kriegswissenschaftlichen Schriftsteller Oskar Criste, Oberstleutnant der kriegsgeschichtlichen Abteilung des k. u. k. Kriegsarchivs in Wien, zum Verfasser hat und im Auftrage der Enkel der Erzherzogs, der Herren Erzherzoge Friedrich und Eugen abgefaßt wurde: ‚Erzherzog Karl von Österreich.' Drei Bände. Wien und Leipzig. Wilh. Braumüller, 1912. Preis 60 K. Äußerlich repräsentiert sich dasselbe als Prachtwerk. Eine stattliche Reihe von Voll- und Textbildern, durchwegs künstlerisch ausgeführten Wiedergaben zeitgenössischer wertvoller Porträts, Familienszenen und Darstellungen von Kriegsereignissen, die sich zumeist in Museen und im Privatbesitz der erlauchten Erben des Siegers von Aspern befinden, Kartenbeilagen, in den Text gefügte Planskizzen und Faksimilebeilagen geben ihm, schon nach der rein technischen Seite betrachtet, auf den ersten Blick den Wert eines ganz außergewöhnlichen bibliographischen Erzeugnisses. Inhaltlich läßt sich sofort erkennen, daß hier ein großer Mann einer großen Zeit nicht nur als

Feldherr und Heeresreorganisator, als welcher er vornehmlich bis auf unsere Tage gefeiert ist, sondern nach allen Zweigen seiner starken, weitwirkenden Persönlichkeit erschöpfend geschildert ist, so als Staatsmann, als Schriftsteller und Kunstmäzen, als Mensch in seinen Beziehungen zu Eltern, Adoptiveltern, zu Geschwistern, zu Frau und Kindern, zu Freunden und Untergebenen, endlich als Philosoph mit hohen, idealen Gott- und Weltgedanken. In dieser Hinsicht hat Criste den Plan älterer Schriftsteller, so Eduard Dullers (Pest, G. Heckenast, 1859, 2. Aufl.) und Schneidawinds, (‚Das Buch vom Erzherzog Karl', Leipzig, O. Spamer, 1847), ein Gesamtbild des Lebens und Wirkens des Erzherzogs Karl zu gewinnen, in großem Stile wieder aufgenommen, und dies mit abschließendem Erfolge, zumal ihm zum Unterschiede von seinen Vorgängern das vollständige archivalische Material und eine Reihe wertvoller Einzelarbeiten vorlag, die bereits aus jenem über Auftrag der Erzherzoge Albrecht und Wilhelm, der Söhne des Erzherzogs Karl, geschöpft worden waren. Das von dem General d. I. Emil von Woinovich, Direktor des k. u. k. Kriegsarchivs, zur Lebensbeschreibung Cristes geschriebene Vorwort gibt eine Übersicht aller der seit etwa zwanzig Jahren auf die Ausgestaltung einer vollständigen, auf dem Boden moderner Methode der Geschichtsforschung anfgebauten Biographie des Erzherzog-Feldherrn abzielenden Bestrebungen. Den ersten wichtigen Grundstein hiezu legte Franz X. Malcher, erzherzoglicher Archivar, durch die Herausgabe einer Auswahl der Schriften des Erzherzogs selbst in sechs Bänden (Wien, W. Braumüller, 1893—1894); 1895 gab Heinrich Ritter von Zeißberg die zwei ersten Bände einer großangelegten Biographie des Erzherzogs heraus, die jedoch nur die Jugendgeschichte des Helden (bis 1795) umfaßten. Der Tod des Gelehrten (1899) brachte die Arbeit zum Stillstand; ihre auf einer Überfülle von Einzelheiten beruhende Methode hätte übrigens wohl eines vollen Menschenalters bedurft, wenn sie hätte zum Ende gelangen sollen. 1896—1897 ließ



Oberst Angeli seine Monographie ‚Erzherzog Karl als Feldherr und Heeres-Reorganisator' (Wien, W. Braumüller) erscheinen, worin zum erstenmal der kriegsgeschichtliche Teil der Wirksamkeit des kaiserlichen Prinzen in umfassender Weise erörtert war. Gestützt auf diese Vorarbeiten schritt Criste vor etwa fünf Jahren ans Werk, das ihm in verhältnismäßig kurzer Zeit dadurch zur Vollendung gedieh, daß er zum Unterschiede von Zeißberg den Blick auf die Absicht des Ganzen gerichtet hielt und den übergroßen Stoff zu innerer Einheit und Harmonie zu formen verstand. Bei aller Genauigkeit und Objektivität der historischen Forschung konnte solcher Art von ihm das großzügige Bild des Kriegshelden für die breite Allgemeinheit lichtvoll und verständlich ausgestaltet werden, so daß seinem Buche sicherlich ein großer Kreis von Lesern werden wird. Von Wichtigkeit für das Sachliche des Werkes wurde der Umstand, daß seit 1909 auch das früher verschlossene Material der französischen Archive und damit das Urteil der gegnerischen Seite dem Verfasser zugänglich wurde.

Erzherzog Karl wurde am 5. September 1771 als dritter Sohn des Großherzogs Leopold von Toskana, des späteren Kaisers, zu Florenz geboren. Nach sorgfältiger Ausbildung am väterlichen und später am Wiener Hofe wurde für seine Laufbahn entscheidend, daß ihn seine Tante Marie Christine und deren Gemahl, Herzog Albrecht von Sachsen-Teschen, welche an der Spitze der Regierung der österreichischen Niederlande standen, adoptierten und ihn, den Zwanzigjährigen, 1791 gerade in der Zeit des Aufflackerns der Revolution in Frankreich, nach Brüssel beriefen. Sofort wurde er dort in militärischen und politischen Dienst und damit in den Sturm gestellt, der vom französischen Nachbarlande her das ohnedies erst vor kurzem durch innere Unruhen aufgewühlte Belgien bedrohte. Unter den Fahnen des Herzogs Albert als Kommandierenden der belgischen Truppen im ersten Koalitionskriege gegen das revolutionäre Frankreich empfing Erzherzog Karl bei La Grisuelle am 11. Juni 1792



die Feuertaufe und 1793 betätigte er sich in entscheidender Weise als Unterbefehlshaber in den siegreichen Schlachten Österreichs bei Aldenhoven und Neerwinden. In jener hatte er dadurch einen Hauptanteil an dem Erfolge, daß er im entscheidenden Moment einen Stoß in die linke Flanke des Gegners ausführte, in dieser, indem er den richtigen Augenblick zur Offensive und Zerschmetterung des Korps Mirande wahrnahm. Ende April zum Generalgouverneur der Niederlande ernannt, nachdem Herzog Albert die undankbare Aufgabe der Statthalterschaft niedergelegt hatte, mußte er zum erstenmal das erkennen, was zeitlebens zur Tragik seines Schicksals geworden ist, daß auch sein bester Wille und seine zähe Tatkraft infolge der bureaukratischen Bevormundung von Wien aus hinter dem Erfolge zurückblieb. Alle seine Reformvorschläge wurden unberücksichtigt gelassen, so daß er schier verzagt an seinen einstigen geliebten Lehrer, den Vertrauten seiner Sorgen schrieb: ‚Ein Land leiten zu müssen, welches, noch voll vom Geiste verschiedener Revolutionen, in Parteien geteilt ist, und in welchem noch ein stilles Feuer unter der Asche glimmt, welches besonders durch unsere Nachbarn erhalten wird, ist sehr schwer. Und was mir oft sehr hart fällt, ist, Befehle aus der Entfernung von 200 Meilen, aus einem Lande, wo man weder mit der hiesigen Lage noch mit der Verfassung dieser Provinzen bekannt ist, zu erhalten und mich oft gezwungen zu sehen, diese Befehle nicht ausüben zu können, aber sie doch manchmal ohngeachtet wiederholter Vorstellungen ausüben zu müssen, obwohl ich von dem Schaden überzeugt bin, der daraus entstehen muß.‘

Wie ein roter Faden zieht sich in der Darstellung Cristes diese Hemmung durch die streng autoritative Oberinstanz in Wien für alle Etappen der militärischen und staatsmännischen Wirksamkeit des Erzherzogs hin. Selbst von 1809 an, da er in der Zurückgezogenheit des Privatlebens lediglich als ein seiner Zeit vorauseilender, weitschauender Berater von Krone und Reich, freilich als gewiegtester und angesehenster, erscheint,



an den man sich in kritischen Lagen wie an ein Orakel gar gerne wendet, ist sein Wink nur selten vom praktischen Erfolge belohnt. Mit Bezug hierauf zieht Criste gelegentlich der Schilderung des ersten Zusammentreffens des Helden mit Napoleon in Oberitalien im Jahre 1797 den treffenden Vergleich der Chancen, die den beiden von vornherein zuteil waren:

„Welche Gegensätze! Dort der geniale Emporkömmling, fast möchte man sagen, Abenteurer . . ein heimatloser Condottiere, dessen Glück auf der Spitze seines Degens schwebte, der an das schöne Land, dem er jetzt sein Wissen und Können widmete, nur insoweit gekettet war, als es ihm die Hilfsmittel lieferte, ein in allem Glanze irdischer Herrlichkeit schimmerndes Ziel zu erreichen, an der Spitze eines fanatisch ergebenen, siegestrunkenen, von großen Erfolgen und noch größeren Erwartungen berauschten Heeres — hier ein zarter Fürstensohn, aufgewachsen in starren Formen, die nicht zu durchbrechen waren, dessen Talente mühsam, weil von tausend Einflüssen und Rücksichten eingeengt, nach Entwicklung rangen, dessen Herz krampfhaft zuckte unter dem Jammer, der das geliebte, von einem gewaltigen und unbarmherzigen Gegner bedrohte Vaterland erfüllte, und dessen Ehrgeiz kein höheres Ziel kannte und kennen durfte als das ideale des Bewußtseins redlich getaner Pflicht inmitten einer schwachen, zerrütteten, von Angst und Unlust erfüllten Armee."

Dieses Mißverhältnis zwischen dem Wollen und Können des Erzherzogs wiederholt sich in jeder Phase sowohl seines Wirkens zu Felde, als im Frieden, da er (von 1798) mit seinen für die ganze spätere Heeresverfassung Österreichs grundlegenden Reorganisationen einsetzte. 1796 stand er, nachdem er durch die Siege von Amberg und Würzburg, dann durch die Einnahme von Kehl, von Heer und Feind bewundert, zum „Erretter Germaniens" geworden war, auf dem ersten Höhepunkt seines Ruhms. Gleichzeitig mit Kehl fällt aber auch Mantua, und nun wird er wider seinen Willen und seine klare Einsicht über Betreiben des Ministers Thugut und des Hofkriegsrats in Wien auf den verlorenen Posten

in Italien gestellt, was von allen Urteilsfähigen aufs Schärfste mißbilligt wird und Napoleon die halb scherzhafte Bemerkung entlockt: „Bis jetzt habe ich mit Armeen ohne Feldherrn zu tun gehabt, nun werde ich gegen einen Feldherrn ohne Armee kämpfen.“ In demselben Sinne faßte dieser später sein Urteil über seinen bedeutsamen Gegner in die Worte zusammen: „Erzherzog Karl würde ohne Zweifel der erste Feldherr seines Zeitalters geworden sein, wenn ihm sein Geschick nicht Hindernisse in den Weg gelegt hätte, die er mit allen seinen Talenten nicht überwinden konnte.“

Die Reformen des Erzherzogs, die von 1798 an einsetzen, zeigen in all den vielseitigen Maßnahmen die Absicht, überlebte Formen zu beseitigen und so der Wehrkraft der Monarchie neues Leben einzuhauchen. Der Hofkriegsrat sollte fortan blos ein ausführendes Organ sein, wohingegen ein Kriegs- und Marineministerium als Heeresleitung geschaffen wurden. Es wurde ferner der Grund zu einem Generalstab in anderem Sinne gelegt, die bisherige Heeresergänzung in einer neueren Bedürfnissen entsprechenden Art abgeändert und neue Leitsätze für die Ausbildung der Offiziere und Mannschaften aufgestellt. Erzherzog Karl hat als erster betont, daß der Soldat nicht durch Drill, sondern durch Erziehung für seine Aufgaben gebildet werden müsse und als „denkendes Wesen“ nicht als „Maschine“ zu behandeln sei. In jeder Einzelheit der Reformen des Erzherzogs erkennt man, daß auf ihnen die ganze spätere Entwicklung der österreichischen Heeresorganisation beruht.

Bei der Betrachtung der Vorgeschichte der Kriege von 1798 an kann man erkennen, daß jeweilig der Erfolg der von Erzherzog Karl angebahnten Reformen, die eigentlich stets einen Kampf mit dem in seinen Vorrechten bedrohten Hofkriegsrat darstellen, überschätzt wurde und in jedem einzelnen Falle zum Unheil der Monarchie trotz seiner Abmahnungen vorzeitig losgeschlagen wurde. Er hat die Unglückstage von Hohenlinden, Ulm, Austerlitz und Wagram klaren Blicks vorausgesehen, indem er stets vor Ausbruch des Krieges



auf die Unvollkommenheit der eigenen Vorbereitungen und die Überlegenheit Napoleons und seiner Bundesgenossen hinwies. Wie oft hat er auch rechtzeitig, freilich meist vergeblich, nach ersten Niederlagen zum Frieden geraten, vom Grund seiner Seele unnützem Blutvergießen abhold, während vom grünen Tisch in Wien aus die Fortsetzung aussichtsloser Kämpfe verlangt wurde. Diese edle Humanität ist ein unterscheidendes Merkmal seines Charakters von dem skrupellosen Napoleons, der übrigens trotz seiner tiefen Mißachtung jeder Autorität gerade für ihn von jener Wertschätzung erfüllt war, die nur wahre, überwältigende Seelengröße selbst in dem erweckt, der sonst keine Schranke zwischen Gut und Böse kennt. Bekannt ist Napoleons Ausspruch über ihn: „Hier ist ein Mann, der nie ein Wort des Tadels auf sich ziehen wird . . . Dieser Mann hat einen Geist aus dem goldenen Zeitalter. Er ist ein tugendhafter Mensch; dieses umfaßt alles, wenn es von einem Fürsten gesagt wird." Erzherzog Karl hielt freilich trotz des von seinem Gegner ihm gespendeten Lobes nicht mit dem herben Urteile über ihn zurück: „Napoleon war alles, nur kein Mensch." Und in richtiger Empfindung weigerte er sich trotz des lebhaften Wunsches seines kaiserlichen Bruders und Metternichs im Jahre 1812, das österreichische Kontingent als Unterbefehlshaber des Franzosenkaisers während des verhängnisvollen russischen Feldzugs anzuführen und so seine Zustimmung dazu zu bekunden, daß das Haus Habsburg sich in widernatürlicher Gefolgschaft des Unterdrückers der deutschen Nation in eine Linie mit dem Rheinbund stelle. Er zog sich damals vorübergehend durch seinen Widerstand ernsthaft die Ungnade des Kaisers Franz zu, der ihn mit den barschen Worten entließ: „Wir haben aufgehört, gute Freunde zu sein".

Von dem Augenblicke, da Erzherzog Karl nach seinem Siege von Aspern und nach dem Waffenstillstand von Znaim (1809) kampfesmüde von der Bühne der Öffentlichkeit abtrat, um als Privatmann seinen Idealen zu leben, begann seine Gegnerschaft gegen den allgewaltigen Staatskanzler Metternich.



Die selbstbewußte Eigenart des kaiserlichen Prinzen schloß von vornherein aus, daß er während des großen Befreiungskrieges 1814/5 an eine leitende Stelle wäre berufen worden. Hart mochte es dem erprobten Schlachtenmeister geworden sein, den glorreichen Taten der von ihm geschulten österreichischen Armee fern bleiben zu müssen! Nur von ferne, in der Stille seines Wiener Heims in der Annagasse lauschte er in froher Hoffnung dem Dröhnen der Donnerschläge, welche die Macht des gewalttätigen Korsen zertrümmerte: „Kein Kurier kam nach Wien, ohne zuerst im Palais des Erzherzogs vorzusprechen, und als Graf Neipperg am Sonntag, den 24. Oktober (1813, nach der Schlacht von Leipzig) staubbedeckt in die Stadt ritt, um vor allem dem Erzherzog die Kunde von der siegreichen Völkerschlacht zu bringen, eilte der Prinz in seiner Herzensfreude in Kommodeuniform und ohne Kopfbedeckung auf die Straße, um den Vorübergehenden zuzurufen: „Kinder! Großer Sieg bei Leipzig! Napoleon ist vernichtet!“ Wie sehr die Mitwelt die Zurücksetzung des Erzherzogs als bitteres Unrecht einschätzte, geht aus der Stelle eines gleichzeitigen Schreibens des ritterlichen russischen Zaren Alexander an seine Schwester, die Großfürstin Katharina, hervor: „Sagen Sie dem Erzherzog Karl, daß ich alle Tage beklage, ihn nicht an der Spitze der verbündeten Heere zu sehen; ich habe mehr als einmal versucht, dies zu bewirken; aber jedesmal ohne Erfolg.“ Und Erzherzog Johann hatte schon in Bezug hierauf am 13. November 1813 in sein Tagebuch die mißvergnügten Worte geschrieben: „So modert er auch; vergessen sind seine Dienste und was er so viel getan . . !

Für die Schwingungen der Volksseele sowie das Bedürfnis innerer Reformen im Staate hatte Metternich, solange er am Ruder stand, kein Gehör. Er kümmerte sich auch nicht um die unbequemen Warnungen, die Erzherzog Karl, von Kaiser Franz und nach dessen Tode (1825) von Kaiser Ferdinand wiederholt um seine Meinung befragt, nachdrücklichst vorbrachte. 1831 gelang es seinen Vorstellungen trotz der Illusionen Metternichs, eine bewaffnete Intervention



zugunsten der in Frankreich vertriebenen Bourbonen und damit einen Weltkrieg zu verhüten. Der Staatskanzler und die anderen Kriegslustigen ärgerten sich darob weidlich; ja jener äußerte sich in den leidenschaftlichen Worten: ‚Wir wollen einen Feldherrn, der den Krieg, nicht einen solchen, der Politik macht. Der Erzherzog will zugleich der Minister der auswärtigen Angelegenheiten sein, welche Bestimmung sich nicht mit den Funktionen des Feldherrn verträgt.‘ In Hinsicht der lichtvollen Beurteilung der inneren Lage der Monarchie ist bezeichnend, daß er seinen kaiserlichen Bruder noch kurz vor dessen Ableben in einer Denkschrift auf die drohenden Gefahren im Innern und auf die Notwendigkeit, Vorbeugungsmaßregeln zu treffen, aufmerksam machte. Es sind kühne Worte rückhaltloser Wahrheit, wenn er schreibt: ‚Solange man nicht die Pflicht, das Innere des Reiches zu ordnen, für die erste Grundlage aller Macht und für die erste Pflicht der Regierung erkennt, läßt sich keine Besserung hoffen, was man auch Gutes im einzelnen einleiten und bewirken mag. Es wird dies solange der Fall sein, als nicht die Hauptfrage zur Erkenntnis und Entscheidung gebracht ist. Bishin besteht die Regierung bloß in einem Kampf der Personen um Einfluß und es gibt keine einstimmige Staatsregierung. Wer der Monarchie persönlich zu raten berufen ist, darf über Lebensfragen ebenso wenig kapitulieren, als er über Nebendinge raten oder schmollen soll.‘ So blieb Erzherzog Karl bis an sein Lebensende (1847) im eigentlichsten Sinne des Wortes das Gewissen Österreichs.

Wie sehr er auch als Privatmann lebhaftesten Anteil an der Fortentwicklung der Armee nahm, beweist die große Zahl militärwissenschaftlicher Schriften, die er noch in der Zeit seiner selbstgewählten Muße abfaßte. Zunächst faßte er die Grundgedanken früherer Werke in seinen für Theorie und Praxis der Kriegskunst fürderhin grundlegenden, bei Degen in Wien 1813 erschienenen ‚Grundsätzen der Strategie, erläutert durch die Darstellung des Feldzuges von 1796 in Deutschland‘ zusammen, die nachmals ins Französische, Italie-



nische und Türkische übersetzt wurden. Hier sowie in der langen Reihe der militärischen Schriften, die aufzuzählen hier der Raum mangelt, tritt die Persönlichkeit des Erzherzogs, wie Criste betont, vor der reinen Sachlichkeit seiner Ausführungen zurück, aber in seiner ganzen edlen Größe zeigt sie sich in seinen Aphorismen. Religion und Ethik, Regierende und Untertanen, soziale und politische Fragen, die Art der Frauen, Freundschaft und alle sonstigen edlen Empfindungen betrachtet er lichtvoll und scharf als Philosoph mit hohem sittlichen Ernste. Wahrhaftigkeit ist ihm die Grundlage jeder richtigen Lebensführung. Ambrosius und Theodosius zollt er seine Verehrung, jenem, weil er diesem die Wahrheit vortrug, diesem, weil er sie öffentlich anerkannte und Buße leistete. In den Lehren der christlichen Religion findet er die volle Verkörperung des reinen Sittengesetzes. ‚Die Lehren von Sokrates und Confucius,' so schreibt er, ‚nähern sich am meisten den christlichen; doch wie hoch stehen wir nicht über ihnen, da wir eine von Gott kommende Gewißheit für das haben, was bei ihnen nur menschliche Vermutung war, und bestimmt wissen, was sie bloß ahnten.' Tugend muß geübt werden ohne Rücksicht auf die praktische Folge. Er schreibt: ‚Der aus Grundsatz Tugendhafte erwartet seinen Lohn im künftigen Leben und findet ihn in diesem in dem Selbstbewußtsein. Er betrachtet den Dank der Menschen bloß als eine Zugabe, als eine Verzierung — daher ihn der Undank weder niederdrückt noch von dem vorgesetzten Pfad abwendet.' Liebe gilt ihm als der Ausgangspunkt aller Tugenden. ‚Liebe ist das erste, das wesentlichste Gebot,' so lehrt er, ‚das Gebot, welches alle anderen in sich enthält: denn wer Gott liebt, der glaubt, der hofft in ihm, der befolgt seine Gesetze und ist der Wohltäter seiner Nebenmenschen. Nur diejenigen unserer Handlungen, die im Geiste der Liebe geschehen und aus ihr entstehen, werden geheiligt und führen zum ewigen Leben; alle übrigen haben keinen Wert vor Gott. In den Augen des Gerechtesten überwiegt der unbedeutendste Beweis von Liebe des Nächsten alle



Taten und Unternehmungen, welche die Menschen groß nennen.‘

Am 17. September 1815 schloß er mit der durch Vorzüge des Geistes und Körpers ausgezeichneten Prinzessin Henriette von Nassau-Weilburg einen wahrhaft vorbildlichen Ehebund. Im Kreise der zahlreichen Familie, die sie ihm bescherte, genoß er Weihestunden reinen Glücks. Um seiner Gemahlin die Erinnerung an die schöne Heimat lebendig zu erhalten, erbaute er ihr nach dem Muster des Stammsitzes ihres edlen Geschlechtes die Weilburg im Helenental bei Baden, von der aus er mit Vorliebe Spaziergänge nach dem nahen Stift Heiligenkreuz zum Gespräche mit einem ihm lieben Kapitularen unternahm. „Wer den kleinen, hageren Mann in seinem schlichten langen Rocke, dem leichten Sommerkäppchen mit handbreitem Lederschirm auf den spärlichen, bereits grau werdenden Haaren begegnete“, so plaudert ein Zeitgenosse, „zog in inniger Verehrung und hoher Achtung seinen Hut, der Erzherzog entblößte dankend sein Haupt und enthüllte die charakter- und geistvollen Züge, welche unter mildem Lächeln dennoch Adlerblicke zu entsenden wußten.“ Einen großen Teil des Tages widmete er in seinem Palais auf der Augustinerbastei der Beaufsichtigung des Unterrichts seiner Kinder und seinen wissenschaftlichen und Kunstbestrebungen. Er ordnete und mehrte sorgsam seine reiche Bibliothek und die von seinem Adoptivvater angelegte Kunstsammlung, die Albertina, die heute Weltruf hat. Nicht leicht passierte eine der literarischen Größen Deutschlands Wien, ohne von ihm huldvoll empfangen zu werden; Goethe, Rückert, Uhland, Varnhagen von Ense u. a. wurde diese Ehre zuteil. Allen Fortschritten der Technik widmete er lebhaften Anteil, so u. a. den 1822 von Degen in Wien unternommenen Flugversuchen.

Am 30. April 1847 verschied der Edle; die Trauerkunde ergriff nicht nur Wien und Österreich, sondern auch ganz Deutschland. Die Empfindungen der Gesamtheit der Österreicher bei dem Hinscheiden des großen Feldherrn, Staatsmannes und Menschen faßt Criste in die treffenden Worte



zusammen: „Man empfand, daß das damalige Österreich einen unersetzlichen Verlust erlitten hatte, weil mit ihm ein Gedanke verwischt wurde, eine Idee aus dem Leben schwand, weil er einer der Großen war, in welchem Österreich einen der Hauptträger der Nationalehre, die mächtigste Stütze des in seinen Grundfesten erschütterten Staates sah, weil er den gemeinsamen Stolz aller bildete, welcher Provinz sie auch angehören mochten.“ K. F.

## XXIX.

## Die Unsicherheit der inneren Lage.

Berlin, 3. Februar 1913.

„Wir stehen auf einem Pulverfaß“, meinte dieser Tage ein bekannter Politiker. Wer würde ihm nicht beistimmen, wenn er an die auswärtige Politik denkt, besonders am heutigen Tage, wo hinten in der Türkei wieder die Völker aufeinander schlagen, wo das kräftige Albaniervolk die Reinigungsarbeit eingeleitet hat und die Serben von Ort zu Ort jagt, um seine Heimat zu befreien. Europa erfährt von diesem neuesten Befreiungskampf, in dem die katholische Geistlichkeit die moralische und intellektuelle Führung hat, natürlich nichts oder nur wenig; das jüdische Großkapital hat ja noch keine Filialen in diesem vielversprechenden Lande und darum „hat Europa Ruhe!“ Der Lärm wird erst entstehen, wenn das Land sich finanziell und wirtschaftlich hebt, was in kürzester Zeit geschehen kann. Hoffentlich gibt es keine neue Filiale der Rothschild-Geldherren. Ein Pulverfaß ringsum — trotz aller schönen Reden und Konferenzen. Mancher sieht der Schneeschmelze mit Bangen entgegen, zumal uns im Reiche ein Pilot im Sturme der Auslandspolitik fehlt. Mit Kiderlens Tod entstand eine fühlbare Lücke; denn hier ist der Reichskanzler trotz des kleinen Kreises



seiner Lobredner kaum der rechte Mann am rechten Orte, ein viel zu unselbständiger Beamter, der nur den Willen „seines kaiserlichen Herrn" kennt, aber keine eigene Meinung auf dem ihm nicht geläufigen Gebiete hat. Man sah es bei der Besetzung des auswärtigen Staatssekretariates; wohl schlug er dem Kaiser den fähigen Unterstaatssekretär Zimmermann vor — aber der bürgerliche Name, heißt es, fand keine Gnade. Zimmermann erfuhr es zu seiner eigenen Verwunderung aus der Presse, daß er nicht gesund sei — wer lacht nicht, wenn er die Hünengestalt sieht? Wer lacht nicht, wenn er weiß, daß der Unterstaatssekretär mindestens die doppelte Arbeit des Staatssekretärs leisten muß? Dann ging das Suchen los: es war ein Armutszeugnis für das deutsche Volk, daß man schließlich nur den einzigen Jagow fand, der dreimal abgelehnt hatte und den unverzeihlichen Fehler beging, nicht auch das viertemal Nein zu sagen. Der Mann paßte mit seiner Schwärmerei für Musik, Romane und Blumen recht wohl dahin, wo er war, nach Italien. Sind wir im Reiche wirklich so arm an diplomatischen Talenten, oder läßt man diese künstlich nicht aufkommen? Mit welchem Neide müssen wir nach anderen Ländern sehen, wo eine Reihe von guten Kräften stets zur Verfügung steht. Es muß eben mit der Beschränkung des Diplomatennachwuchses auf den Adel, wenn dieser nicht ausreichend ist, unbedingt gebrochen werden, und man muß heute schon tüchtige Kräfte aus dem Konsulatsdienste, den freien Berufen usw. heranziehen. Oder liegt die Schuld anderswo? Die Fehler der Auslandspolitik rächen sich durch Forderungen von neuen Armeekorps und Linienschiffen im Frieden — im Kriege aber durch entsetzliche Opfer, auch wenn der Sieg unser wird.

Pulverfaß nach außen, aber auch Pulverfaß im Innern. Der neue Reichstag hat mit seiner Spaltung in zwei gleichgroße Teile keine politische Stoßkraft und kein politisches Schwergewicht; die letzte Wahlschlacht blieb unentschieden. Noch unentschiedener aber ist und bleibt der Reichskanzler,



der sich seine Arbeiten doch recht bequem macht. Man sieht ihn nicht im Reichstage, man sieht ihn nicht im Landtage; aber bei keiner Hoffestlichkeit fehlt er. In diesem geflissentlichen Nichterscheinen liegt eine ausgesprochene Mißachtung des Parlaments; Bismarck erschien weit öfter in den gesetzgebenden Körperschaften und ebenso alle späteren Reichskanzler; der heutige schickt in der Regel „ein Stück Papier und einen Staatssekretär", wie es kürzlich sehr zutreffend hieß. Solange der Reichskanzler der einzige verantwortliche Reichsminister ist, solange muß er sich auch bequemen, bei bedeutsamen Fragen anwesend zu sein. Hat er für Theater, Ball, Cour und Hofjagd die nötige Zeit, muß er solche auch für den Reichstag finden — besonders wenn man sieht, wie seine Mitarbeiter wirtschaften und wechseln. Aber es mag ja persönlich bequemer sein, sich hinter die Kouliſſe zu stellen und in unnahbarer Höhe den Nimbus des Staatsmannes sich zu erhalten, der bei näherem Zusehen schwinden könnte wie Maienschnee.

Hat der Reichskanzler überhaupt eine innere Politik? Diese politische Preisfrage hat noch niemand gelöst; es gibt wohl zahlreiche Spuren, welche nach der Richtung deuten, daß er seine ganze Kraft aufwendet, um den vergrämten Nationalliberalen nachzulaufen. Wenn man dies als Richtschnur annimmt, dann allein kommt Sinn in seine Politik; dies allein läßt erklären sein unentwegtes Schweigen in der Hetze um die Reichsfinanzreform, bei der in drei Jahren mehr an staatserhaltendem Geiste verloren ging als sonst in 30 Jahren, seine Stellung in der Jesuitenfrage, seine Stellung zu den Militärvorlagen usw. Bassermann weicht noch aus, Bethmann rennt aber mit langen Schritten hinter ihm her; muß er nicht auch noch die Kindeserbschaftssteuer ihnen anbieten, um sie süßsauer zurückzubringen? Der Reichskanzler treibt ausgesprochen nationalliberale Politik, dabei unterstützen ihn die Geheimräte und Minister. Darum ist auch der Führer der Liberalen heute zufrieden. Um so lebhafter brummt man auf der Rechten; der Vorstoß im sicheren




Hort des preußischen Abgeordnetenhauses gibt einen tiefen Wellenschlag der inneren Erregung konservativer Kreise, die ihre Majorität nicht dazu hergeben wollen, damit liberal regiert werden kann.

Der Reichskanzler ist durch das erste Mißtrauensvotum ‚angeschossen' worden; verwundete Eber sind zwar sehr gefährlich, verwundete Bureaukraten mit philosophischem Einschlag aber nicht. Die Niederlage des Reichskanzlers ist eine ganz eklatante. Wenn auch die Volkspartei als seine freiwillige Schutztruppe in der Maske der Neutralität sich vor ihn stellte, so ist damit das Schwergewicht der Niederlage nicht beseitigt. Der Reichskanzler wird ob dieses Mißtrauensvotums nicht abgehen; im Jubiläumsjahr wird vor dem 15. Juni überhaupt kein Kanzlerwechsel eintreten. Aber die Masse einstweiliger kaiserlicher Huld kann die innere Unsicherheit nicht beseitigen, kann nicht politisch klare Verhältnisse schaffen.

Eine Entscheidung hochpolitischer Art fällt bei der neuen Militärvorlage; das Schauspiel der glatten Annahme vom Mai 1912 wiederholt sich wohl nicht. Die Regierung hat das Vertrauen des Volkes getäuscht; man kann nicht jedes Jahr, so oft Überschüsse da sind, mit einer neuen Militärvorlage kommen; so wird die Sache zum Sport, der Kriegsminister und der Reichstag zum Gespött und das Vertrauen sinkt, der Respekt vor dem deutschen Heere im Auslande nicht minder. Ins Heer selbst kommt durch die steten Organisationsänderungen eine Unruhe und Nervosität, die im höchsten Grade bedenklich sind. Zudem muß jedjährlich der ganze Aufmarsch neu aufgestellt werden und man kann nicht mehr sagen, daß alles klappt. Ruhe und Stetigkeit sind für den Heereskörper von hohem Werte. Heute zählt man an den Westenknöpfen ab: kommt sie, kommt sie nicht. Sie kommt: die neue Vorlage. Aber ganz geheimnisvoll ist ihr Erscheinen: lange sprach man nur von der Luftflotte mit 18 Millionen; dann kamen einige „Kleinigkeiten" mit 10 Millionen dazu; heute spricht man schon von 120—150



Millionen Mark dauernder jährlicher Mehrbelastung; dies würde die größte Militärvorlage der Welt sein; das Reich hat eine ähnliche seit 1871 nicht gehabt. Da der Bundesrat bisher nur gegackert, aber seine Militäreier noch nicht gelegt hat, braucht sie auch die Öffentlichkeit noch nicht auszutrinken. Aber ganz anders ist es mit der Frage: wer bezahlt die Geschichte! Die Deckungsfrage spielt eine entscheidende Rolle. Um dies zu verstehen, muß man ein Jahr zurückgehen.

Reichsschatzsekretär a. D. Wermuth wollte vor Jahresfrist schon ausgesprochen nationalliberale Politik treiben und trat für die Einbringung der Erbschaftssteuer und des Petroleummonopols ein. Um dies zu erreichen, gab er recht düstere Bilder über unsere Finanzlage; in Berlin glaubte man ihm in den Ressorts, bei den einzelstaatlichen Ministerien schon weniger. Da räumte eine von zwei Zentrumsabgeordneten verfaßte Denkschrift über die Lage der Reichsfinanzen mit dieser Schwarzmalerei auf; das Jahr 1911 brachte einen Überschuß von 283 Millionen Mark, im Jahre 1912 waren die Einnahmen viel zu nieder eingeschätzt; die einmaligen Ausgaben wurden über Gebühr erhöht, alles geschah nur, um den Zwang zu neuen Steuern zu schaffen. Der Bundesrat ließ Wermuth fallen, der um seine Entlassung einkam und seither wieder Unkenrufe über die Verschlechterung der Reichsfinanzen ausstieß. Die Erhöhung der Einnahmeschätzungen nannte er „den Etat blutleer“ machen und leider plapperten viele diesen Satz gedankenlos nach. Wie aber gestaltete sich die Entwicklung: das Jahr 1912 bringt trotz der neuen Schätzung der Einnahme einen Überschuß von mindestens 100 Millionen Mark. Das Zentrum hat auf der ganzen Linie recht bekommen. Wermuth hat dadurch bewiesen, daß er entweder die Reichsfinanzen nicht kennt oder ein falsches Spiel treiben wollte — aus parteipolitischen Gründen, nicht aus finanziellen. Die Militärvorlage von 1912 konnte so wesentlich aus den Einnahmen der Finanzreform von 1909 gedeckt werden; die jährlich fehlenden 36 Millionen Mark sollte die Abschaffung der Liebesgabe bringen. Der Reichs-





tag holte nur die Hälfte aus dem Branntwein, sodaß jährlich ca. 20 Millionen Mark fehlten, d. h. insgesamt 100 Millionen Mark. Dieser Fehlbetrag sollte in erster Linie durch die Besitzsteuer nach dem Antrage Bassermann-Erzberger gedeckt werden. Nun brachte das Jahr 1912 allein schon die fehlende Summe auf, sodaß aus Gründen der Wehrvorlage von 1912 keine Steuer mehr zu machen sein würde. Jetzt tritt aber zu allen sonstigen Wünschen plötzlich die abermalige neue Riesenausgabe der Militärvorlage.

Da kommt Holland in Not: ohne Deckung kann die Ausgabe nicht beschlossen werden; so haben es der Reichskanzler, der Schatzsekretär und der Bundesrat stets verkündet. So haben es alle Parteien im Reichstage gesagt. Jetzt muß ernst gemacht werden. Man darf nicht die neue Militärvorlage genehmigen und die Deckungsfrage verschieben — so geht es nicht, wenn man gewissenhaft Politik treiben will. An keiner Stelle im Reiche darf man darüber im Unklaren sein, daß ohne genügende Deckung einfach eine neue Ausgabe nicht beschlossen werden kann. Ist die Militärvorlage dringlich, so ist die Deckung nicht minder dringlich. Man kann sich keinen Reichstag denken, der so gewissenlos sein würde, neue große Ausgaben ohne genügende Deckung zu genehmigen.

Woher aber das Geld nehmen? Diese Frage wird die Kardinalfrage werden. Erbschaftssteuer, heißt es links; aber zunächst reicht deren Ertrag gar nicht aus, und sodann hat diese nur eine Mehrheit mit Hilfe der Sozialdemokraten und unter Bedingungen, welche dem Bundesrate nicht sehr gefallen dürften; sie bringt den Streit unter den bürgerlichen Parteien erneut hervor. Ein allgemeines Tohuwabohu ist das Ende einer solcher Lösung der Deckungsfrage. Will man dies nicht, bleibt nur die Vermögenszuwachssteuer übrig; sie läuft gut neben der Vermögenssteuer der Einzelstaaten, neben der Ertragssteuer derselben und ist eine allgemeine Besitzsteuer, da sie jeden Vermögenszuwachs umfaßt, auch den durch direkten Erbgang von den Eltern —



nur nicht sofort beim Todesfall; dies würde eine ganz gerechte Steuer darstellen. Aber die Bundesstaaten wollen nicht recht an sie heran, die Liberalen auch nicht, weil die Spekulanten und das mobile Kapital daran glauben müßten. Darum kann man noch gar nicht sagen, was hieraus werden soll. Es kann hier zum „großen Krach“ kommen, den manche doch für unvermeidlich halten; die Aussichten auf einen harmonischen Ausgleich sind nicht allzugroß.

Also: „neue Militärvorlagen — neue Steuern! Das ist der Erfolg des Mißtrauensvotums des Zentrums“ — so wird mancher voreilig sagen und daneben noch die Ablehnung in der Duellfrage halten und den Fußtritt beim Jesuitengesetz. Nur gemach! Diese beiden Fragen sind nicht abgeschlossen und nicht erledigt. Der Reichskanzler kennt die Forderungen des Zentrums und hat die Wahl „zwischen Krieg und Frieden“. Wer für die Gerechtigkeit eintritt, heischt nichts Unbilliges. Es ist ganz klar, daß das Zentrum mit einem Fiasko auf kirchenpolitischem Gebiete und mit neuen Steuern vor seine Wähler nicht hintreten kann. Feinde des Zentrums tun alles, um diesen Ausgang herbeizuführen; sie sagen es nicht offen, sondern kommen mit den beruhigenden Worten: der Jesuitenerlaß wird milder ausgelegt. Wer das glaubt und darauf baut, der ist ein Tor oder ein politisches Kind. Was preußische Versprechungen wert sind, sah man neuestens beim Enteignungsgesetz; bei Schaffung des Gesetzes hat mam versichert, es werde nie angewendet werden. So peitschte man die Mehrheit zusammen. Und heute?? Just so wird es beim Jesuitengesetz gehen. Darum kein Wohlwollen und keine Gnade — sondern Recht und Freiheit. Hat der Reichkanzler nicht die Kraft, diese Elementarforderungen zu erfüllen, so kann es nur eine Losung geben: Kampf bis zum Siege des Rechtes! Man bleibe also mit allen Beschwichtigungen, die jetzt bei verschiedenen Diners so billig wie Brombeeren zu haben sind, uns gefälligst vom Leibe. Das katholische Deutschland will nicht vom momentanen Wohlwollen abhängig sein, sondern verlangt gesetzliche Gleichberechtigung.



Nachdem das Zentrum die mannhafte Erklärung vor Weihnachten abgegeben hat, weiß man in allen Kreisen, daß sein gesamter politischer Einfluß bei der Regierung, den Parteien und der Wählerschaft damit verpfändet worden ist. Mit solchen Worten wird nicht getändelt und nicht gespielt, sondern da muß es bis zur letzten Konsequenz kommen. Da können nicht Rücksichten auf einen Wahlkreis oder andere sonst gerne genannte Gesichtspunkte entscheidend sein. Selbst wenn es zum Wahlkampfe kommen sollte, so hätte gerade das Zentrum nichts zu verlieren, sondern nur zu gewinnen. Dies gibt selbst der rote ‚Vorwärts' unumwunden zu; ihm ist es Angst ob etwaiger Neuwahlen.

Die gesamte Unsicherheit der inneren Lage gibt nur dem Chancen, der Mut besitzt und seine Überzeugung vertritt. Jedes Schwanken und Zaudern schadet und ergibt verpaßte Gelegenheiten. Eine energische starke Hand hat den Vorteil, eine geschlossene starke Partei den Sieg schon vor dem Kampfe in sicheren Händen. Die Klärung kommt dann um so rascher; sie wird nicht nach links, nicht zum Großblock gehen; dieser gewinnt nur aus dem politisch faulen Gehenlassen. Die Tat aber wirkt reinigend, auftauend, sammelnd und sie wird die Politik auf Jahre hinaus bestimmen und festlegen. Mummelgreise sind hiefür freilich nicht geeignet, sondern vollkräftige Männer, die wissen, was sie wollen — sowohl in der Regierung wie im Parlament.

## XXX.
## Kürzere Besprechungen und Mitteilungen.

1. Religiöse Kunst. Unter den bei L. Kühlen in M. Gladbach jüngst erschienenen Publikationen dürften „Die heilige Eucharistie und ihre Verherrlichung in der Kunst" von P. D. Korbinian Wirz O. S. B., ebenso der dritte Teil der fortlaufenden Serie „Laien-Brevier in Bildern": Das Leben Mariä in 10 Kunstblättern mit erläuterndem



Text von P. Valerius Kemper O. F. M. besonders freundlicher Aufnahme sicher sein. Die erstbezeichnete Gabe führt, durch belehrenden, anregenden Text enge verknüpft, in 94 Abbildungen Hinweise und Darstellungsform der Einsetzung des hl. Abendmahles von den Gemälden der Katakomben bis zu jenen der Neuzeit vor das Auge. Eine Wahrnehmung ist hierbei vor allem erfreulich: so mannigfach und weitverschieden die künstlerische äußere Gestaltung gedacht und gezeigt ist, die Versenkung der Künstler in das hl. Mysterium, in die seelischen Bewegungen der auserwählten ersten Zeugen desselben, tritt fast in allen Bildern in verwandter Weise zutage. Von Giotto und Fiesole bis zu den Nazarenern des 19. Jahrhunderts und den neueren Meistern wie J. Aubert und G. Fugel ist es hingebende Vertiefung in das große Geheimnis, das im Abendmahlsaal zu Jerusalem seine Einsetzung gefunden. Das eine oder andere Bild — zunächst der Spätrenaissance — mag uns in seinen Gestalten wohl allzu temperamentvoll, einige der neueren Zeit zu sehr mit ethnographischen und archäologischen Zutaten verbrämt erscheinen, immer aber ist der Grundton ersichtlich, zur Verherrlichung der hl. Eucharistie neue Blüten herbeizubringen. Das „Pange lingua" wird hier von der christlichen Malerei aufgegriffen, und auch ihre Sprache erweist sich so eindrucksvoll, daß ein Buch wie das vorliegende, außer seinen kunstgeschichtlichen Zwecken zugleich zu einem überaus wertvollen religiösen Erbauungsbuche wird. In dieser Erkenntnis wünschen wir demselben weitgehende, verdiente Beachtung. —

Ähnliche Gesichtspunkte ergeben sich auch bei Betrachtung des dritten Teiles vom „Laien-Brevier in Bildern", welches in seinen früheren Publikationen (Preis à Mk. 1) „Die Kindheit Jesu" und „Das Leiden Christi" vorführt, um nun im neuesten Heft einen begeisternden Hymnus auf Maria zu bieten. Die in prächtigen Reproduktionen gegebenen zehn Bilder tragen — von der frühesten christlichen Kunst abgesehen — jeder wichtigen Stilperiode Rechnung; Fra Angeliko, van der Goes, Raffael und Murillo, Ed. Steinle, H. Nüttgens, auch die Beuroner Maler sind würdig vertreten. Wenn vielleicht bezüglich eines



Bildblattes andere Auswahl erwünscht erschienen hätte, so erfreut uns umsomehr die Einreihung des entzückend schönen, viel zu wenig bekannten Bildes der „Rosenkranzkönigin“ von Sassoferrato. Der Reiz des gut informierenden Begleittextes wird erhöht durch Einflechtungen aus älteren und neueren Dichterstimmen, die zum Lobpreis Mariens in der weiten Christenheit ertönten. Somit durchdringt das vorliegende Marienheft in Wahrheit ein harmonischer Zusammenklang von Schönheit und Frömmigkeit, der geeignet ist, empfängliche Seelen zu erfreuen und zu erbauen. In diesem Sinne findet der Titel: „Laien-Brevier“ seine beste Begründung! M. F.

2. Joseph Burel. Isis et les Isiaques sous l'empire romain. Paris 1911. Bloud. Fr. 1.—

Joseph Burel bittet mich um eine Anzeige seiner Studie über den Isiskult in den gelben Blättern. Diese fleißige Arbeit hat im letzten Hefte der „Laacherstimmen“ 1912 S. 577 eine kurze Besprechung erfahren, in welcher der Verwunderung darüber Raum gegeben wird, daß Burel diesen ägyptischen Geheimkult als einen ernsten und moralisch reinen so hoch einschätze und in demselben sogar eine Vorbereitung auf das Christentum erkennen wolle.

Man muß aber zugeben, daß Burel zahlreiche Belege dafür eingebracht hat, daß dieser Kult trotz vereinzelter Abirrungen auch noch unter der Herrschaft des Römerreiches zarte Blüten an Verinnerlichung und moralischer Erhebung hervorgebracht hat, und daß wohl anzunehmen ist, daß seine Anfänge sich reiner erhalten haben, als es in dieser verhältnismäßig späten Zeit der Fall war. Die Isispriester suchten die Keuschheit zu bewahren nicht dadurch, daß sie wie die Priester der Cybele (die Gallen) sich entmannten, sondern durch Fasten und strenges Leben. Aber auch bei den gewöhnlichen Gläubigen der Isis wurde die Keuschheit als höchste Tugend gepflegt. Schon Plutarch hat bemerkt, daß der Isiskult darauf abziele, seine Anhänger zur Mäßigung und Abtötung der Leidenschaften, namentlich derjenigen sexueller Natur, zu erziehen, und daß er das zu bewerkstelligen suche durch Enthaltsamkeit, Fasten und



Erstrebung äußerster Reinheit an Körper und Seele. Der römische Dichter Properz beklagt sich bitter darüber, daß seine Geliebte Cynthia sich von ihm zurückziehe und ein keusches enthaltsames Leben zu führen gewillt sei, seitdem sie den ägyptischen Geheimkult kennen gelernt habe; sie ziehe nun die Reinheit der Isis dem Rausche der Liebe vor. Ebenso kam der Kult allen jenen entgegen, die zu monotheistischen Ideen hinneigten und an die Unsterblichkeit der Seele und die Vergeltung nach dem Tode glaubten. Burel betont, daß die Isispriester in der Regel väterliche Seelenführer waren und sich dadurch besonders von den sonstigen heidnischen Priestern unterschieden.

Zur Verinnerlichung und religiösen Erhebung dienten: Einsamkeit, Fasten, Betrachten, Reinigungen und Entsühnungen, sowie eine feierliche Weihe und Hingabe an die jungfräuliche Isis. Diese Weihe und Hingabe erinnert unwillkürlich an die Weihe und Hingabe eines frommkatholischen Marienkindes an die jungfräuliche Gottesmutter Maria. Die Forschungsergebnisse Burels vertragen sich sehr gut mit den in meinen Aufsätzen über „Osiris und Isis", sowie über „Joseph und Aseneth" niedergelegten Ideen, welche es nahe legen, den Isiskult als eine Art vormarianischen Kultes aufzufassen. Wie Joseph von Ägypten (Osiris) ein vorchristlicher Typus Christi, so Aseneth (Isis) ein vormarianischer Typus Mariä. A. v. O.

### 3. Ein beachtenswerter Archivalienfund.

Das St. Katharinenspital in Stadtamhof bei Regensburg, eine Stiftung des Bischofs Konrad IV. (reg. 1204—1227) birgt in seinen Räumen manchen Schatz, der den verheerenden Brand des Jahres 1809 glücklich überdauert hat. Ich erinnere nur an das Hochaltarbild der Spitalpfarrkirche S. Johannis Baptistae et Evangelistae, das kein Geringerer als Albrecht Altdorfer im Jahre 1520 malte, sowie an die in Silber getriebene und vergoldete Statuette der hl. Katharina, welche der plebanus Konrad Ettendorfer im Jahre 1479 an das Bürgerspital schenkte. Aber auch alte Archivalien (des 16. Jahrh.) haben sich dort bis auf den heutigen Tag erhalten. Es handelt sich um den Nachlaß des Italieners J. M. Barsizzo, der ein volles Jahrzehnt

als Sekretär in Diensten des Pfalzgrafen Friedrich II. (seit 1521 Statthalter Kaiser Karls V. in Deutschland und Mitglied des Reichsregiments in Nürnberg) stand und wahrscheinlich seine letzten Tage in dem obengenannten Spitale verlebte. Leider ist uns über seine Persönlichkeit nur wenig bekannt. In einer Pergamenturkunde vom 30. Juli 1515 wird er als Jo. Maria de Barziziis filius quondam dni. Girardi in praesentiarum habitans Mediolani in porta Vercelina parochiae sancti Nicolai aufgeführt. Vermutlich gehörte er dem aus Barzizza bei Bergamo stammenden Geschlechte an,[1]) das durch den Humanisten Gasparius de Barzizza (gest. 1431) und dessen Söhne Christoph (Professor der Medizin zu Padua) und Guinifort (Diplomat) berühmt geworden ist. Denn auch er zeichnete sich durch höhere Bildung, insbesondere durch umfassende Sprachkenntnisse aus, da er das Lateinische, Deutsche, Französische, Spanische wie seine Muttersprache handhabte. Im Jahre 1518 erscheint er als Römischer Kay. Mt. Gegenschreiber venedigischen und italienischen Geleitgelds (=Zolleinnehmer) in Valtzian )—Val Sugana?) und zu Trient. Erst 1519 trat er in die Dienste des Pfalzgrafen, der ihn meist seinen lieben treuen Diener Warschitz nennt, und leitete von da an bis zum Jahre 1528 dessen politische Korrespondenz, von der ansehnliche Reste in sechs schwarzen Ranzen auf uns gekommen sind, welche folgende Aufschriften tragen:

1) 1519, 1520, 1521
   Die ersten Rays mit meim gnedigen herrn in hispanyen auch im niderland und wurmbs. allerlei briff Coppey etz.
2) Alle paßbriff und anzeigung der weg auf manighe Rais sider Ich bey meim gnedigen Herrn gewest anfengklich im 1519.
3) Alle pasbriff anzeigung der Stroffen und Regifter der Rais und zerung gethun dieweil Ich bey meim gnedigen herrn gewest anfengklich im 1519[2])

---

1) Sein Bruder Andrea nennt sich in Briefen Barsizzo da Bergamo.

2) Auf der Rückseite steht: Handlung und briff der zeit bey keiser Maxmilyan und des hertzog zu Mailand und Schwaitzer etz. Auch Copey von getruckten mandaten und ander der glaichen mitsambt die newe zeittung von den Indien (s. u.) Hispanys auch franzosis





4) 1524

Instruction Copey und briff allerla Handlung, so Ich in Hispanyen zu key. Mtt. von wegen meins gnedigen herrn und überland gezogen durch frankraich.

5) 1527

Handlung Instruction und briff empfangen von meim gnedigen herrn auff etliche Rays zu dem kunig in ongern und auch gen behem mitsambt ander briffen und Copey

6) 1528

Instruction Handlung und Empfangene briff mitsambt ander minutten etlicher Rais in ongern unde in behem zu dem kunig gethun etz.

Ein Teil dieser Korrespondenz ist streng vertraulich und darum in Chiffern geschrieben. Glücklicherweise liegen aber zwei Chiffernschlüssel bei, so daß die Entzifferung derselben nicht schwer fallen dürfte. Manche Schreiben blieben uneröffnet und sind uns in ihrem ursprünglichen Verschlusse überliefert.

Außerdem enthält die Sammlung, die natürlich auch Privataufzeichnungen der verschiedensten Art (z. B. italienische Lieder) umfaßt, wertvolles Material für die Kulturgeschichte jener Zeit, so vor allem den ältesten Bericht über die Reise des Magalhaens, der von dem kaiserlichen Sekretär Maximilianus Transsylvanus herrührt und in den Drucken an den Erzbischof Matthäus Lang in Salzburg adressiert ist. Anscheinend liegt in unserem Manuskripte der Originalentwurf des Verfassers vor, denn 1) weist unsere Handschrift auf dreizehn Folioblättern zahlreiche Korrekturen am Rande und über der Zeile auf, welche schon im ersten Drucke (Köln, Januar 1523) in den Text aufgenommen sind; 2) fehlt nicht nur der Titel der Schrift (De Moluccio etc.), sondern auch der Name des Adressaten, sowie die Unterschrift des Schreibers; 3) ist der Raum für den Tag des Oktober, von welchem das Schreiben aus Valladolid datiert werden sollte (nach den Drucken der 24. Oktober 1522, just sieben Wochen nach der Rückkehr der Viktoria), noch leer gelassen — alles Umstände, welche sich schwer erklären, wenn wir annehmen, daß wir in unserm Manuskript nur eine Abschrift des Druckes vor uns haben. Wie Varsitz in den Besitz des Konzeptes gelangte, wird uns verständlich, wenn wir berücksichtigen, daß Transsylvanus den pfalzgräflichen Diener in dessen Abwesenheit



zu vertreten hatte und daß auch sonst Schreiben von und an Transsylvanus in dessen Nachlaß sich vorfinden.

Ebensowichtig sind die beiliegendeu Drucksachen. Es sind folgende:

1) Ein schone tagweyß von eines künigs tochter. In dem thon: Es wonet lieb bey lieb (mit Holzschnitt). Beginnt mit den Worten: „O das ich köndt von hertzen, singen ein tageweiß, von lieben pittern schmertzen, nun merket auf mit fleyß.“ Ein geystlich lied von der junkfraw Maria. In dem thon: Es wonet lieb bey lieb (mit Holzschnitt). Beginnt: „Mitlust so wil ich singen, hört was ich singen wil.“
2) Ein hübsches frawen lob (mit Holzschnitt). Beginnt: „Der wald hat sich entlaubet gegen diesen winter kalt.“
3) Ein schon lied weltlich zu singen: „Ich stund an einem morgen“ (mit Holzschnitt).
4) Ein schones lied new gemacht In dem thon: Mit lust so wil ich singen ein tageweiß (mit Holzschnitt). Beginnt: „Ein knab het im fürgenummen und wolt spaciren gan.“
5) Hymnus auf Karl V., gedichtet von frater Bernardus Gentilis Siculus Messanensis ordinis praedicatorum (in Distichen).
6) Legatioad sacratissimum Carolum semper Augustum qua functus est Princeps Fridericus comes Palatinus In molendino regio die ultimo Novembris Anno MDXIX.
7) Manifest Ferdinands, Königs von Ungarn und Böhmen, durch welches die vom gemeinen Landtag des Königreichs Böhmen auf dem königlichen Schloß zu Prag am 16. April 1528 wegen der Türkengefahr beschlossenen Zölle bekannt gegeben werden.
8) Erlaß Ferdinands „geben auf St. Weinzels Perg in unserer küniglichen Stat Prag“ am 18. August 1528 wegen des Gejaids in Tirol.
9) Verzeichnis der im Jahre 1527 in Frankreich kursfähigen Gold- und Silbermünzen (in französischer Sprache).
10) Drei Beheimische Vokabularien gedruckt zu Pilsen 1526 und 1527.

Wie man aus dem Vorstehenden ersieht, darf der von mir kurz skizzierte Archivalienfund, auf den Hochschulprofessor Dr. Endres bereits vor Jahresfrist aufmerksam gemacht hat, unser volles Interesse beanspruchen, zumal wir nur selten in der Lage sind, den Diplomaten in die Karten zu schauen und einen Blick hinter die Kulissen zu werfen. Es wäre daher eine lohnende Aufgabe für einen jungen Archivbeamten, wenn er sich der Mühe unterziehen wollte, diese Aktenstücke zu prüfen und die wichtigsten derselben durch Druck bekannt zu geben.

Regensburg. D. B. Sepp.



## XIX.

## Zur Entstehungszeit der Monarchia.

Von Dr. Adam Gottron.

„Die Frage nach der Entstehungszeit der Monarchia ist noch immer brennend“, schreibt Sauter in der Einführung seiner kürzlich erschienenen Übersetzung.[1]) Lösungsversuche liegen in Fülle vor. Boccacio will sie in seiner Dantebiographie ins Jahr 1310 einordnen.[2]) Witte spricht für die Entstehung vor 1302, weil, neben vielen anderen Gründen, die Monarchia auch auf die Bulle Unam sanctam keinen Bezug nimmt.[3]) Zudem ist die Monarchia die einzige Schrift, in der Dante seines Exils nicht gedenkt. Wegele hat sich aber dadurch nicht überzeugen lassen und hielt nach wie vor an 1312 als Abfassungszeit fest.[4]) Scheffer-Boichhorst versuchte ebenso wie Giuliani die Monarchia in die letzten Lebensjahre des Dichters zu verlegen.[5]) Dabei stützt er sich besonders auf den Schluß des Briefes an Can grande della Scala, wo Dante über die Commedia

---

1) Sauter, Dantes Monarchia übersetzt und erklärt. Freiburg Br. 1913.

2) Kraus, Dante. Berlin 1897. S. 270 Anm. 1.

3) Witte, Rezension über Wegele (Dantes Leben und Werke) in den Blättern für lit. Unterhaltung. 1852. S. 259 ff.

4) Wegele, Dante Alighieris Leben und Werke. Jena. III 1879.

5) Scheffer-Boichhorst, Aus Dantes Verbannung. Straßburg 1882. S. 105 ff.

nicht mehr sagen will, auch anderes rei publicae utilia[1]) aufgeben zu müssen behauptet, weil ihn häusliche Not dränge Dies rei publicae utilia will nun Scheffer-Boichhorst auf die Monarchia bezogen wissen. Grauert schließlich verlegte in einer Kontroverse mit Kraus die Monarchia wieder in die Jahre nach 1302.[2]) Und zwar stützt er sich hier auf die Stelle II, 12.[3]) — Grauert sagt sich: Die Monarchia muß entstanden sein in einer Zeit, als die päpstliche Bestätigung eines römischen Kaisers in Frage stand, von der päpstlichen Kurie aber unter Hinweis auf ein bestehendes Rechtsverfahren versagt wurde. Nun wurde aber Heinrichs Wahl ziemlich glatt bestätigt, während Bonifaz VIII. der Wahl Albrechts ziemlich große Schwierigkeiten in den Weg legte. Zudem stritt man sich eben damals an der Kurie auch über die potestas directa pontificis in temporalia regum. Dazu kommt nun noch die Stelle Mon. II, 12: die zelatores fidei christianae verschulden die Beraubung und Verarmung der Kirche, da sie in Italien den exequutor iustitiae non admittunt.[4]) Läßt sich Philipp der Schöne von Frankreich nicht Zelator fidei nennen, und strebte er nicht auch selbst nach der deutschen Königskrone? Kurzum, so schließt Grauert, alle Umstände passen auf die Zeit um 1302, und nur so schließt sich die Monarchia harmonisch in den geistigen Entwicklungsgang Dantes ein.

Nun datiert Sauter im Anschluß an Kraus das Werkchen wieder in die letzten Jahre Dantes, wie Scheffer-Boichhorst und Giuliani schon vor ihm getan, aber — und das ist das Neue — aus inneren Gründen.[5]) Dante war ja um 1300—1302 noch gar nicht imstande ein philosophi-

1) Ep. X. S. 420. Im folgenden ist Dante nach der Oxford Edition von Moore 1904 zitiert.
2) Hist. Jb. d. Görres-Ges. XX. 1889. S. 718 ff.
3) Hist. Jb. XVI. 1895. S. 510 ff. bes. 538. Kraus selbst stimmte für die letzten Lebensjahre.
4) Dante S. 362. Sauter S. 152 f.
5) Sauter S. 75.

sches Werk wie die Monarchia zu schreiben. Um dies zu verstehen, müssen wir erst wissen, wie Sauter sich den Bildungsgang Dantes denkt.[1])

Im Jahre 1274 sah der neunjährige Dante die fast gleichalterige Beatrice. Neun Jahre später begegnet er ihr wieder, und die Liebe entbrennt, der wir das zarte Büchlein vom Neuen Leben verdanken. In der Zeit von 1283 bis 1290, dem Todesjahr Beatricens, und noch in einigen folgenden Jahren sind dessen Sonette und Kanzonen entstanden. Der Text zu diesen Gedichten verrät uns aber auch, daß in Dantes Leben dem Tode der donna angelicata eine lockere Periode folgt. Eine andere Geliebte tritt in seinen Gesichtskreis, die donna gentile oder donna pietosa.[2]) Zugleich beginnt Dante heftig und überstürzt etwa dreißig Monate lang Philosophie zu studieren, liest besonders Boethius und Cicero de amicitia[3]) und mag wohl viel mit Guido Cavalcante und Brunetto Latini zusammengekommen sein. Er studierte in den Schulen der Dominikaner und Franziskaner.[4]) In dieser Zeit, da ihm, wie die Vita nuova erzählt, das Bild Beatricens immer und immer wieder auftaucht, ist ziemlich sicher auch der verbindende Text zu den Gedichten entstanden, so daß 1294, als Dante daran ging das erste Sonett zu seinem eitlen und vielredenden Gastmahl zu schreiben, das Neue Leben fertig vorlag.

Es folgt die Zeit, da Dante in una selva oscura verirrt ist. Parteitreiben und politischer Ehrgeiz enden mit seiner Verbannung. Dante begibt sich zuerst zu den Scaligern nach Verona, ist aber 1306 urkundlich in Padua bezeugt, wohin sich die Lehrer der Bologneser Universität zusammen

---

1) Zu dem folgenden vergl. Sauters Einführung zu seiner Übersetzung des Gastmahls. Freiburg 1911. Besonders den Abschnitt über die Entstehungsgeschichte des Gastmahls.

2) § 36. Dante S. 229.

3) Sauter S. 75.

4) Dante S. 264. Convivio I, 13.

mit den aus Bologna vertriebenen Weißen und Ghibellinen geflüchtet hatten. Betrachtet man die Commedia, so muß man annehmen, daß Dante eifrig den Studien obgelegen. Das erste vorläufige Resultat dieser Studien ist das wie im Mißmut des Ungenügens abgebrochene Gastmahl. Denn eine größere Idee ist ihm jetzt aufgeblitzt: die Commedia. Aber nun war er auch fähig die Monarchia zu schreiben. Während das Gastmahl mehr den „Zugang zur göttlichen Komödie vermittelt, gehören die Grundsätze der Monarchia zum Wesensbestandteil des hohen Liedes.... Dante hat die sprunghafte Selbstverteidigung des Gastmahls verlassen, die Monarchia besitzt eine tiefere Art der Persönlichkeit und zeigt eine gründlichere Kenntnis der Philosophie im Dienste der Theologie." — So weit Sauter.

Gewiß, vieles spricht dafür. Sauter hätte sogar noch mehr *innere* Gründe dafür anführen können, daß die Commedia nicht vor 1306 (dem Studium in Bologna) geschrieben ist, wohl aber keinen inneren Grund mehr, der in die letzten Lebensjahre wiese.

Im 13. Kapitel des ersten Buches sagt Dante, diejenigen gelangten leichter in den Besitz der philosophischen Wahrheit, die nie etwas von ihr gehört haben, als jene, die zeitweilig Philosophie getrieben haben und mit falschen Ansichten vollgepfropft sind.[1]) Daraus folgt doch offenbar, daß Dante diese Erfahrung an sich selbst gemacht, daß er sein dreißig Monate lang dauerndes philosophisches Studium nach Beatricens Tod wieder aufgegriffen und gründlicher betrieben hat.

Ferner muß seine politische Tätigkeit und sein Junkerleben hinter ihm liegen, denn im ersten Kapitel des zweiten Buches klagt er darüber, daß so viele Völker heute, wie er es einst tat, auf Eitles sinnen.[2]) Und im ersten Kapitel des dritten Buches spricht er mit einer schiedsrichterlichen Geste von der Wahrheit, die ihn von ihrem unveränderlichen

1) Dante S. 348. 2) Dante S. 351.

Thron aus rufe, und er will sie verkünden, mögen gewisse Leute auch nicht ohne Schamröte dabei wegkommen. Wir kennen diese Art zur Genüge aus der Commedia.

Es scheint also ziemlich sicher zu sein, daß die Monarchia nicht 1300, nicht 1302, überhaupt nicht vor der zweiten Studienzeit Dantes, die Sauter zwischen 1304 und 1310 verlegt, geschrieben sein kann. Wo hätte der bei politischen Aktionen beteiligte Dante die Muße gefunden zu einer solchen Klarstellung, wie hätte er mit seiner konfusen Philosophie des Gastmahls die Grundlinien seiner Commedia ziehen können?

Aber —! Es sprechen auch viele innere Gründe gegen eine zu späte Ansetzung.

Vor allen Dingen gesteht Sauter selbst, daß die Verworrenheit des 3. Kapitels des 3. Buches dem theologus Dantes, nullius dogmatis expers, wenig Ehre mache, und weist an einer anderen Stelle darauf hin, daß Dante eine in der Monarchia falsch ausgesprochene Ansicht in der Commedia richtig im katholischen Sinne wiedergibt.[1]) Offenbar ist also Dante in der Zeit, als er am Paradies arbeitete, bereits tiefer in die göttliche Wahrheit eingedrungen, als da er die Monarchia schrieb.

Ferner scheint es eher, als ob er im 16. Kapitel des 3. Buches erst die Grundlinien zöge für den Aufbau der Commedia. Dante spricht dort von zwei Zielen, auf die die Menschheit hingeordnet ist: „Es ist die Glückseligkeit dieses Lebens, die in der Betätigung der ihm eigenen Kraft besteht und im irdischen Paradies ihr Vorbild hat; es ist andererseits die Glückseligkeit des ewigen Lebens, die im Genuß der Anschauung Gottes beruht, zu der sich unsere eigene Kraft nur mit Hilfe des göttlichen Lichtes aufschwingen kann. Diese Glückseligkeit stellt sich unter dem Bilde des himmlischen Paradieses dar.“[2]) — Der Dichter, der in so wohlbedachtem,

1) Dante, S. 364 f. Bes. S. 365, Z. 75 ff. Vgl. Parad. V, 76.
2) Dante S. 375.



harmonischem Aufbau die drei Reiche nebeneinandergestellt, hätte blühendere Worte, reichere Beziehungen zwischen Papst und Kaiser, ewiger und zeitlicher Glückseligkeit finden können, wenn ihm die Ökonomie der Commedia schon ganz klar gewesen wäre.

Wenn also die Monarchia weder zu früh noch zu spät anzusetzen ist, welche Zeit bleibt uns dann? Meines Erachtens kann man zu einem einigermaßen sicheren Resultat kommen, und zwar aus inneren Gründen, wenn man den Charakter der Monarchia sich einmal klar macht und den Charakter Dantes.

Dante will keine Streitschrift im gewöhnlichen Sinn schreiben. Er ist sich bewußt, als Erster Wahrheiten vorzutragen, an die sich andere noch nicht gewagt haben.[1]) Er will offenbar eine staatsrechtliche Abhandlung streng philosophisch verfassen. Daraus ergibt sich, daß man mit Unrecht nach direkten Anspielungen auf Zeitverhältnisse fahndet. Die Kirchenrechtslehrer, Staatstheoretiker und Publizisten um die Wende des 13. Jahrhunderts, wie Heinrich von Cremona,[2]) Jakob von Viterbo, Augustinus Triumphus, Ägidius Romanus u. a. m. greifen einfach die vorliegenden Verhältnisse auf und vertreten oft mit Namensnennung die Partei des Papstes, des Kaisers oder des französischen Königs. Obwohl nun auch Dante im Verlauf seiner Untersuchungen entschieden Partei ergreift und sich für die Selbständigkeit des Kaisers in weltlichen Dingen bekennt, so leitet er im Gegensatz zu den anderen Schriftstellern diese seine letzten Thesen aus den letzten Gründen ab. In Anlehnung an den Philosophen statuiert er einen doppelten Weltzweck und kommt auf Grund seiner nach mittelalterlichem Schulgebrauch gehandhabten Syllogismen zu dem Schluß, daß eine Monarchie zum Heil der Welt notwendig sei, daß sich das römische Volk von Rechts wegen diese Monarchie beigelegt hat, und daß die Autorität

1) Dante S. 341.

2) Scholz, Publizistik zur Zeit Philipps des Schönen und Bonifaz VIII. Stuttgart 1903; an vielen Stellen auch die folgenden.



dieser Monarchie unmittelbar von Gott abhängt und nicht von irgend einem Diener und Stellvertreter Gottes.[1]) Dante will in der Monarchie nicht Publizist sein. Er strebt nach möglichster Objektivität; das fühlen wir, trotz der hie und da durchbrechenden Gefühle.[2]) Streng philosophisch soll das Buch werden. Drum gibt er zur größeren Schärfe und Deutlichkeit oft neben seinen Beweisen noch deren Schemata wieder.[3])

Es macht dies den Eindruck, als ob ein Schüler, dem der magister der Dialektik die Schlußformen vorgeführt hat, nun gleich seine eigene Fertigkeit zeigen wolle. Das leicht empfängliche Wesen Dantes bekräftigt nur diese Annahme.

Den zweiten Eindruck, den Beatrice auf ihn machte, bannte er sofort im Alter von 18 Jahren in Verse, die er an seine Freunde als Rundschreiben schickte. Die kaum erfaßten Ergebnisse seines (wie ich annehmen möchte, ersten) philosophischen Studiums raffte er schnell in dem Gastmahl zusammen. Soll er dies sein rasch rezipierendes und rasch produzierendes Wesen, das, wie die Einleitung zum Gastmahl zeigt,[4]) so stark bei ihm vertreten war und mit einem Bestreben auf weitere Kreise zu wirken verbunden war, so rasch abgelegt haben? Warum will die Monarchia auf weite Kreise wirken, da doch der alte Dante Partei für sich sein will? Erst in den letzten Gesängen des Paradieses scheint Dante dieses richtenden und in politischen Dingen erziehen wollenden Bestrebens ledig geworden zu sein. Da hatte er ja auch nichts mehr zu hoffen. In den Jahren vor Heinrichs VII. Tod lebt aber noch immer der Hoffnungsfunke in ihm. Vielleicht kann er doch noch heimkehren. Soll er da nicht zum Nutzen des Staates arbeiten, zeigen, daß er über das Wesen des Staates nachgedacht hat? Gewiß wird man dann seine Bedeutung auf diesem Gebiete

1) Dante S. 341.
2) Gleich im Anfang der einzelnen Bücher u. ö.
3) Dante S. 346, 348, 373. 4) Dante S. 238.

anerkennen. Und siehe, er selbst ist es, der diesen Gedanken[1]) ausspricht. Es ist Pflichtvergessenheit, wenn einer zum Gemeinwohl keinen Beitrag liefert, obwohl er in politischen Dingen Bescheid weiß. Indem Dante seine Pflicht erfüllt, will er aber auch Ruhm für sich gewinnen, will er seine Erudition zeigen. — Der Dichter des 25. Gesanges des Paradieses führt aber keine solche Sprache mehr.

Zudem hat Dante eingesehen, daß das noch nicht beendete Gastmahl eine eitle Arbeit ist. Und er verurteilt sein früheres Tun mit der Offenheit und Schnelligkeit, die einem impulsiven und ehrlichen Charakter eigen ist. Zugleich kann er es sich nicht versagen, sofort seine neue, gründlichere wissenschaftliche Bildung in einem zeitgemäßen Traktat anzuwenden, der eben, weil er philosophisch sein soll, von allen konkreten Vorkommnissen absieht.

Solchen Naturen liegen die Extreme nahe bei einander. Im 9. Briefe sagt Dante einmal,[2]) wenn er nicht würdig in Florenz wieder einziehen könne, dann wolle er lieber gar nicht zurückkehren. So hier ähnlich. War das Gastmahl ganz subjektiv gehalten, treffen wir in der Monarchia ein Streben nach möglichster Objektivität. Erst in der Commedia ist dem Dichter der Ausgleich gelungen. Obwohl dort Dante ganz im Mittelpunkt steht, drängt er sich niemals auf, ja er erkennt, daß ein zu starkes Vortreten der Person nicht vollkommen ist.

Aus diesen Gründen heraus stehe ich nicht an, die Monarchia mit Boccacio und Scartazzini in die Zeit um 1310 zu versetzen. Nur so zeigt die geistige Entwicklung Dantes keine Widersprüche. Die Grundlagen zur Commedia sind gelegt, und nun hebt das große Lied an.

---

1) Dante S. 341. „ut palmam tanti bravii primus in meam gloriam adipiscar."

2) Dante S. 414. Selbst wenn dieser Brief, wie fast allgemein angenommen wird, nicht echt sein sollte, gibt er doch, von Einzelheiten abgesehen, ganz gut die Stimmung wieder, die Paradiso XXV 1—12 durchweht.

## XXVII.

## Der Geburtenrückgang.

Von Dr. Hans Rost, Augsburg.

### II. In den deutschen Städten.

Die zahlreichen Veröffentlichungen in Zeitschriften und in der Tagespresse über das Problem des Geburtenrückganges haben allen Zweifel darüber verstummen lassen, daß auch in Deutschland das Bevölkerungsproblem in ein Stadium getreten ist, welches die dauernde Aufmerksamkeit aller maßgebenden Faktoren notwendigermaßen auf sich ziehen muß. Deutschlands militärischer, sozialer und wirtschaftlicher Aufschwung wäre ohne eine stark wachsende Bevölkerungsmenge gar nicht möglich gewesen. Der Grad dieses Wachstums war jedoch in früheren Jahrzehnten erheblich größer als in der Gegenwart. Der deutlichste Beweis hiefür ist die Rückwärtsentwicklung der Geburtenziffer d. i. auf 1000 Einwohner. Auch der absolute Geburtenzuwachs ist im Vergleiche mit dem vorhergehenden Jahrfünft kleiner geworden. Das deutsche Volk wächst zwar immer noch jährlich um die ansehnliche Summe von rund 900000 Köpfen. Aber dieses günstige Resultat ist nicht zuletzt der überaus günstigen Entwicklung der Sterbeziffer zu danken, welche von Jahr zu Jahr gesunken ist. Die rückläufige Bewegung der Geburtenziffer zeigt folgenden Gang. Es entfielen in Deutschland im Jahresdurchschnitt auf 1000 Einwohner Geborene:

| | | | |
|---|---|---|---|
| 1871/75 | 43.45 | 1895/1900 | 38.90 |
| 1875/80 | 42.83 | 1900/05 | 37.03 |
| 1880/85 | 40.44 | 1905 | 33.00 |
| 1885/90 | 39.76 | 1910 | 29.80 |
| 1890/99 | 39.41 | | |

Die Geburtenziffer ist sonach seit dem Jahresdurchschnitt 1871/75 von 43.45 ‰ auf 29.8 ‰ im Jahre 1910 herabgesunken. Dieser Geburtenrückgang ist bekanntlich eine internationale Erscheinung. Jedoch ist das Tempo des Absturzes der Geburtenziffer der letzten Jahre von 33.0 im Jahre 1905

auf 29.8 im Jahre 1910, also um 3.2 pro Tausend mit Ausnahme von Belgien, wo das Sinken 3.4 pro Tausend beträgt, nirgendswo in einem Staate Europas so rasch wie in Deutschland.

An dieser Entwicklung haben die deutschen Städte einen erheblichen Anteil. Die Städte erfordern eine besondere Beachtung im Zusammenhang mit dem Geburtenproblem, weil sie einmal einen sehr großen Teil der Bevölkerung Deutschlands in sich bergen, andererseits weil bei ihnen jene Faktoren in ganz anderer Weise wirksam sind, welche die Einschränkung der Geburten herbeiführen. Im ganzen deutschen Reiche betrug die Geburtenziffer im Jahresdurchschnitt 1871 bis 1880 43.1, im Jahresdurchschnitt 1901 bis 1910 33.2, der Rückgang beläuft sich also zwischen diesen beiden Jahrzehnten auf 9.9. Wir teilen diesen Reichsdurchschnitt mit, um damit die entsprechenden Zahlen in den Städten vergleichen zu können. Unsere Zahlenangaben erstrecken sich auf das erste und das letzte Jahrzehnt seit dem Bestehen des Deutschen Reiches; gleichzeitig findet sich die Abnahme seit dem Durchschnitt 1871 bis 1880 angegeben.

Auf 1000 Einwohner trafen Geburten:

| Städte | 1871—80 | 1901—09 | Abnahme seit 1871—80 |
|---|---|---|---|
| Bochum | 61.3 | 43.2 [1]) | — 18.1 |
| Duisburg | 54.1 | 42.7 [1]) | — 11.4 |
| Dortmund | 55.4 | 41.0 [1]) | — 14.4 |
| Essen | 55.7 | 40.8 [1]) | — 14.9 |
| Mannheim | 40.3 | 40.5 | + 0.2 |
| Plauen | 46.0 | 37.6 | — 8.4 |
| Posen | 38.7 | 37.6 | — 1.1 |
| Köln | 41.4 | 36.6 | — 4.8 |
| Nürnberg | 41.1 | 36.5 | — 4.6 |
| Chemnitz | 49.8 | 36.2 | — 13.6 |
| Düsseldorf | 43.3 | 35.3 | — 8.0 |
| Danzig | 40.3 | 34.1 | — 6.2 |
| Stettin | 37.7 | 33.4 [2]) | — 4.3 |
| Kiel | 40.8 | 32.8 | — 8.0 |
| Breslau | 42.4 | 31.7 [1]) | — 10.7 |

1) 1901—10. 2) 1901—08.



| Städte | 1871—80 | 1901—09 | Abnahme seit 1871—80 |
|---|---|---|---|
| Elberfeld | 46.2 | 31.3 | — 14.9 |
| Halle | 40.0 | 31.1 | — 8.9 |
| Bremen | 40.5 | 31.0 | — 9.5 |
| Erfurt | 39.0 | 30.9 [2]) | — 8.1 |
| München | 42.8 | 30.8 [1]) | — 12.0 |
| Aachen | 42.5 | 30.8 | — 11.7 |
| Barmen | 47.1 | 30.7 | — 16.4 |
| Königsberg | 37.7 | 30.5 | — 7.2 |
| Augsburg | 40.5 | 30.1 [2]) | — 10.4 |
| Würzburg | 29.3 [3]) | 29.7 | + 0.4 |
| Leipzig | 36.5 | 29.6 [1]) | — 6.9 |
| Lübeck | 33.3 [3]) | 29.4 | — 3.9 |
| Mainz | 38.1 | 29.2 | — 8.9 |
| Stuttgart | 43.0 | 29.0 | — 14.0 |
| Karlsruhe | 32.0 | 29.0 | — 3.0 |
| Dresden | 38.0 | 28.7 [1]) | — 9.3 |
| Frankfurt a. M. | 32.2 | 28.5 | — 3.7 |
| Straßburg [4]) | 40.9 | 28.3 [1]) | — 12.6 |
| Altona | 48.3 | 28.1 | — 20.2 |
| Magdeburg | 42.1 | 28.1 | — 14.0 |
| Kassel | 34.8 | 27.9 | — 6.9 |
| Braunschweig | 40.5 | 27.7 | — 12.8 |
| Mühlhausen i. E. | 37.4 [3]) | 27.5 | — 9.9 |
| Frankfurt a. O. | 35.4 [3]) | 27.1 | — 8.3 |
| Metz | 27.9 [3]) | 26.5 | — 1.4 |
| Hamburg | 39.8 | 26.5 | — 13.3 |
| Görlitz | 34.7 [3]) | 26.4 | — 8.3 |
| Krefeld | 44.9 | 26.3 | — 18.6 |
| Hannover | 38.7 | 26.1 | — 12.6 |
| Berlin | 43.6 | 25.0 [1]) | — 18.6 |
| Wiesbaden | 36.8 | 24.9 | — 11.9 |
| Charlottenburg | 46.0 | 22.4 [1]) | — 23.6 |
| Potsdam | 28.5 [3]) | 19.2 | — 9.3 |

Die Abnahme der Geburtenziffer in den deutschen Großstädten ist so gut wie allgemein, die zwei Ausnahmen von

1) 1901—10. 2) 1901—08. 3) 1881—90.

4) Für Elsaß-Lothringen sei besonders auf die eingehenden Untersuchungeu von Ch. Stoeffler im Straßburger Diözesanarchiv 1912 S. 201 ff. hingewiesen. Die Red.



Mannheim und Würzburg stören diese Tendenz nicht. Von großem Interesse ist es nun, die erheblichen Unterschiede in der Größe der Geburtenziffer näher zu prüfen. Die Geburtenziffer des Deutschen Reiches für den Jahresdurchschnitt von 1901—1910 lautet 33.2 Geburten auf 1000 Einwohner. Diesen Reichsdurchschnitt überragen eine Anzahl von Städten und zwar sind es mit Ausnahme von Plauen, Chemnitz und Stettin solche Städte, die überwiegend oder großenteils von Katholiken bewohnt sind. Da unserer statistisch zuverlässig erhärteten Behauptung, die in einem eigenen Werkchen über den Geburtenrückgang und Konfession (Köln, J. P. Bachem 1913) ausführlich bewiesen worden ist, der Katholizismus gegen das Vordringen des Neomalthusianismus ein starker Damm ist, so finden wir diese Tatsache auf Grund des vorstehenden Materials aufs neue bestätigt. Die katholischen oder stark mit Katholiken vermischten Großstädte haben in der Regel die größten, die vorwiegend protestantischen Großstädte in der Regel die niedrigsten Geburtenziffern aufzuweisen. Mit Ausnahme von München, Aachen, Augsburg, Würzburg, welche den Reichsdurchschnitt von 33.2 mit Geburtenziffern von rund 30 noch ziemlich erreichen und mit Ausnahme von Mainz, Straßburg, Mühlhausen i. E., Metz und Krefeld, welche teilweise französischen Einflüssen zugänglich sind, haben von den 48 Großstädten unserer Tabelle nicht weniger als 35 überwiegend protestantische Großstädte unter dem Reichsdurchschnitt herabsinkende Geburtenziffern.

Den Reichsdurchschnitt von 33.2 Geburten überragen von vorwiegend protestantischen Großstädten nur Dortmund, Mannheim, Plauen, Nürnberg, Chemnitz, Danzig und Stettin, also sieben Großstädte zusammen, während ihn gleichfalls sechs vorwiegend katholische Großstädte übertreffen. Die große Mehrzahl der protestantischen Großstädte haben einen erheblichen Absturz von der Größe des Reichsdurchschnitts zu verzeichnen. So haben, um einige herauszugreifen, Leipzig, Stuttgart, Karlsruhe eine Geburtenziffer von rund 29, Dresden, Frankfurt a. M., Altona, Magdeburg eine solche



von rund 28, Kassel und Braunschweig eine solche von rund 27, Hamburg und Hannover eine solche von rund 26, Berlin und Wiesbaden eine solche von rund 25, Charlottenburg eine Geburtenziffer von 22.4 und Potsdam eine Geburtenziffer von gar nur 19.2. Wie aus den Abnahmeziffern zu ersehen ist, ist auch der Grad der Tendenz des Geburtenrückgangs in den protestantischen Großstädten größer als in den katholischen. Die vorwiegend katholischen Großstädte Bochum, Duisburg, Essen haben, in Anbetracht ihrer überaus großen Geburtenziffern seit vier Jahrzehnten überhaupt, einen erheblichen Rückgang ihrer Geburtenziffern. Gleich groß und noch viel größer als dieser ist aber der Geburtenrückgang in seiner zeitlichen Erstreckung in einer Reihe protestantischer Großstädte. So weisen zwischen dem ersten und dem letzten Jahrzehnt seit der Reichsbegründung eine Abnahme ihrer Geburtenziffern auf: Plauen um 8.4, Chemnitz um 13.6, Breslau um 10.7, Elberfeld um 14.9, Halle um 8.9, Bremen um 9.5, Barmen um 16.4, Stuttgart um 14.0, Dresden um 9.3, Altona um 20.2, Magdeburg um 14.0, Braunschweig um 12.8, Hamburg um 13.3, Hannover 12.6, Berlin um 18.6, Wiesbaden um 11.9 und Charlottenburg um 23.6.

Von den überwiegend protestantischen Städten zeigen eine geringe Tendenz zur Abnahme der Geburtenhäufigkeit Nürnberg (mit —4.6), Danzig (—6.2), Stettin (—4.3), Leipzig (—6.9), Lübeck (—3.9), Frankfurt a. M. (—3.7), Kassel (—6.9), während von den vorwiegend katholischen Städten eine geringfügige Abnahmetendenz zeigen: Posen (—1.1), Köln (—4.8), Düsseldorf (—8.0), Würzburg (+0.4), Metz (—1.4).

Auch in den mittelgroßen Städten ist der Geburtenrückgang eine offenkundige Erscheinung, welche nur nicht so erheblich wie in den Großstädten in den Vordergrund tritt. Wir geben in nachfolgender Tabelle die Geburtenziffern für 34 deutsche Mittelstädte wieder.

Unsere Geburtenziffern für diese Städtekategorie beziehen sich auf den Durchschnitt der Zeitstrecke 1901 bis 1909.



Wir fügen in Klammern die Abnahme bei, die sich als Differenz zwischen dem Durchschnitt der Jahrfünfte 1901—05 und 1906—09 ergibt. Die Geburtenziffer lautete in Borbeck 52.5 (—2.8), in Gelsenkirchen 51.4 (Durchschnitt 1904—08), in Königshütte 49.6 (—3.2), Oberhausen 49.4 (—5.6), Ludwigshafen 44.3 (—7.4), Gleiwitz 44.1 (—2.9), Beuthen 40.4 (—5.1), Fürth 37.4 (—5.5), Hagen i. W. 37.1 (—2.9), M.-Gladbach 36.9 (—4.6), Linden 36.7 (—8.8), Elbing 35.4 (—4.7), Harburg a. d. E. 34.7 (—3.6), Kaiserslautern 34.7 (—3.7), Osnabrück 33.8 (—0.5), Rixdorf 33.8 (—2.8), Offenbach 33.3 (—1.7), Pforzheim 33.3 (—1.7), Remscheid 32.9 (—7,1), Zwickau 31.1 (—6.0), Freiburg i. Br. 30.9 (+4.0), Flensburg 30.6 (—3.7), Münster 30.2 (—0.8), Liegnitz 29.7 (—2.4), Bielefeld 29.6 (—7.7), Dessau 28.6 (—4.5), Rostock 28.6 (—1.3), Bromberg 28.0 (—2.5), Spandau 28.0 (—9.6), Brandenburg 27,6 (—3.2), Ulm 27.5 (im Durchschnitt 1901—05), Coblenz 27.0 (—3.6), Darmstadt 25.9 (—1.9) und Schöneberg 22.1 (—3.3). Mit Ausnahme von Freiburg, Münster und Coblenz haben die letzten neunzehn Städte eine überwiegend oder fast ausschließlich protestantische Bevölkerung und eine unter den Reichsdurchschnitt herabsinkende Geburtenziffer. Von den fünfzehn, den Reichsdurchschnitt von rund 33 Städten zum Teil sehr stark überragenden Städten sind die an der Spitze stehenden Städte vorwiegend katholisch und zeigen die größten Geburtenziffen.

Eine nochmalige Prüfung der Geburtenziffernskala der Großstädte sowohl wie der mittelgroßen Städte läßt deutlich erkennen, daß das Vorwiegen der katholischen Bevölkerung oder ein starker katholischer Bevölkerungseinschlag in der Regel hohe Geburtenziffern und schwache Abnahmetendenzen dieser Geburtenziffern im Gefolge haben.[1]) Freilich bleibt

1) Es ist also hier die gleiche Beobachtung zu machen, wie bei einer anderen modernen Krankheit, die Zunahme des Selbstmordes. Die Schrift des Herrn Verfassers „Der Selbstmord in den deutschen Städten" (Görresgesellschaft, Sektion für Rechts- u. Sozial-



auch die katholische Bevölkerung in den Städten von den verderblichen Wirkungen des neomalthusianischen Systems nicht ganz verschont. Aber sie ist doch in stärkerem Maße dagegen gefeit. Der rapid einsetzende Rückgang der Geburten in unseren Städten muß für alle Sozial- und Kommunalpolitiker ein Gegenstand der steten Sorge bleiben, bis ein Umschwung sich angebahnt haben wird. Wenn man freilich bedenkt, daß der Geburtenrückgang auf bewußte Absicht und zweckbedachten Willen der aufgeklärten Bevölkerung und keineswegs etwa auf physische Impotenz zurückzuführen ist, so kann man eines sich lebhaft aufdrängenden Pessimismus in der Beurteilung der zukünftigen Geburtengestaltung in unseren Städten und im ganzen Reiche sich nicht erwehren.

## XXXIII.

## Das Judentum und dessen Emanzipation in Württemberg.

Von Dr. Wilhelm Reinhardt.

Die modernen Erwerbs- und Verkehrsverhältnisse haben in Württemberg in den letzten sechs Jahrzehnten gewaltige Veränderungen herbeigeführt, welche auch die religiösen Verhältnisse stark berührt haben. Alle Konfessionen haben starke Verschiebungen aufzuweisen; am stärksten betroffen wurde aber das Judentum Württembergs. Mit erstaunlicher Zähigkeit und Energie, kühn und unternehmend den veränderten Verhältnissen sich anpassend, hat sich das jüdische Volk seine gegenwärtige Stellung erobert.

wissenschaft, 14. Heft, Paderborn, Schöningh 1912) bietet hierüber interessante Aufschlüsse. Man vergleiche übrigens auch die Aufsätze über das Verhältnis des Katholizismus und Protestantismus zur deutschen Sozialdemokratie in Bd. 149, S. 687 und Bd. 150, S. 54 ff. Die Red.



Auf Grund der Literatur über die Juden in Württemberg — zumeist zerstreute Notizen in Zeitschriften, jüdische und antijüdische Streitschriften, Lokalberichte —, Prüfung von Judenschutzbriefen, Verwertung spezieller Nachforschungen und der statistischen Angaben in den Hof- und Staatshandbüchern Württembergs (1821—1910), des statistischen Handbuches für das Königreich Württemberg (1910, 1911) und der Statistik des Deutschen Reiches, Band 207, sei ein Bild gegeben über den Werdegang des Judentums und seine gegenwärtige Stellungnahme unter seinen christlichen Mitbürgern.

Wir finden bereits im 13., 14., 15. Jahrhundert in den alten schwäbischen Reichsstädten ansehnliche Judenkolonien: in den Städten Buchhorn (Friedrichshafen), Ravensburg, Buchau (seit 1577 gegen ein jährliches Schutzgeld von 20 Gulden), Biberach, Ulm, Bopfingen, Giengen, Gmünd, Hall, Heilbronn, Weil der Stadt, Eßlingen, Reutlingen, Rottweil, ferner in Stuttgart, Tübingen, Horb, Nagold, Mengen, Ehingen und Blaubeuren.

Indessen in keiner dieser Städte, Buchau allein ausgenommen, faßte das Judentum feste Wurzeln; kaum hatten sich die Kinder Israels in ihrem Ghetto eingenistet, so zwang sie des Volkes Zorn und des Rats Gebot das Stadtgebiet zu verlassen. Dieses Aufnehmen und Ausweisen konnte sich in einer Stadt in wenigen Jahrzehnten mehrmals wiederholen. In aller Treue haben sich nur die Bezeichnungen: Judengasse, Judenviertel erhalten.

Mehr Gnade fanden die Juden bei den geistlichen Herrschaften, besonders beim Deutschorden, welcher zahlreiche jüdische Niederlassungen in seinem Herrschaftsbereich: den Städten Mergentheim, Neckarsulm und Gundelsheim, vielen Dörfern und Flecken in den heutigen Oberämtern Mergentheim, Neckarsulm und Heilbronn, in edelsinniger Weise schon frühe gestattete und immer wieder den aus den Reichsstädten und aus anderen Orten Verjagten mitleidig ein Asyl anwies. Auch der Johanniterorden nahm im Jahre 1660 in

Affaltrach bei Heilbronn Schutzjuden auf; dasselbe taten die Erzbischöfe von Mainz und die Bischöfe von Würzburg in den zum heutigen Oberamt Künzelsau gehörigen Besitzungen, sowie das Kloster Komburg in Steinbach bei Hall.

Aber selbst so milde Herren, wie der Deutschorden, mußten manchmal strenge Maßregeln gegen ihre Schützlinge ergreifen, so der Deutschordensmeister Walter von Kronberg in den Jahren 1540 und 1542. Die christlichen Ordensuntertanen beklagten sich oft genug über den Judenwucher und sonstige Benachteiligungen und über so manche Undankbarkeit und Ungebührlichkeit des „Natterngezüchtes“ (so nach einer Klage aus Gundelsheim). Zur Steuer des Wuchers verordnete der Ordensmeister, daß die Juden „verbotener, wucherlicher Kontrakte, Gewerbe und Handlungen sich enthalten und sich mit ziemlicher und in Recht zugelassener Hantierung und Handarbeit ernähren sollten“. Besonders strenge sah der Orden auf die Respektierung der christlichen Gefühle seiner Untertanen: die Juden mußten versprechen, nichts zu reden wider den christlichen Glauben, insbesondere vom Erlöser Jesus Christus, an Sonn- und Feiertagen nicht in den Städten und Flecken des Ordensgebietes herumzuziehen, sich in den Häusern still und eingezogen zu halten und niemand böses Beispiel noch Ärgernis zu geben. Ferner durften die Juden, wie auch anderswo, keine christlichen Ammen halten — eine wiederholte Bestätigung eines schon seit 1233 bestehenden Statuts des Erzbistums Mainz: Christianos, qui cum Judaeis habitant, eis servientes, excommunicamus.

Wohlwollende Schutzherren fanden die Juden noch bei manchen weltlichen Herren, so bei den Markgrafen von Ansbach, deren Herrschaftsgebiet einen großen Teil der heutigen Oberämter Gerabronn und Crailsheim in sich schloß, ferner bei den menschenfreundlichen Fürsten von Hohenlohe und Öttingen-Wallerstein (Oberämter Künzelsau, Gerabronn, Neresheim) und bei einigen kleineren Grafen und Reichsfreiherrn, deren Besitzungen in den Oberämtern Heilbronn

(Bonfeld), Brackenheim (Massenbachhausen) und Horb (Mühringen, Rexingen, Baisingen, Mühlen) liegen.

Am 17. Oktober 1730 nahm die Ortsherrschaft von Groß- und Kleinlaupheim, die Familie v. Welden, zwanzig Judenfamilien erstmals auf „zur Vermehrung der Gewerbe und Handelschaft des Fleckens". Jeder selbständige Jude hatte alle Jahre 25 Gulden Schutzgeld zu bezahlen. Die Reichsfreiherrn von Liebenstein ließen im Jahre 1777 zwanzig jüdische Familien in Jebenhausen bei Göppingen zu, ebenso seit 7. Juli 1787 fünfundzwanzig Familien in Buttenhausen bei Münsingen mit der Erlaubnis „alle im Reich erlaubten commercia, Salz ausgenommen, zu betreiben".

In Wankheim bei Tübingen gewährten die Grundherren des Ortes, die Herren von St. Andre, im Jahre 1776 Judenfamilien aus fränkischen Orten und Hohenzollern gegen ein Schutzgeld von 12 Gulden pro Hausvater das Niederlassungsrecht, nachdem sie kurz zuvor in Leinstetten bei Sulz und in Kiebingen bei Rottenburg einen vergeblichen Versuch gemacht hatten. Am 18. September 1793 stellte Fürstin Maximiliana, Äbtissin des adeligen Frauenstifts Buchau, für den stiftischen Ort Kappel Juden aus Laupheim, Buchau, Bayern und Hohenzollern einen Schutzbrief aus. Der zu Toleranz und Indifferentismus neigende josefinische Zeitgeist eröffnete den Juden manche Schutzstätte bei den schwäbischen Herrschaften.

Das alte Herzogtum Württemberg hielt im allgemeinen am Grundsatz fest: keine Juden im Lande zu dulden. Mit Berufung auf das Testament Eberhards im Bart verfügten die Landstände und Räte, als sie die „Regimentsordnung" vom 14. Januar 1498 verfaßten: Nachdem die Juden, so Zins und Wucher nehmen, Gott dem Allmächtigen, der Natur und der christlichen Ordnung gehässig und widerwärtig, auch dem gemeinen armen Mann und Untertanen verderblich und unleidentlich sind, so werden wir zur Handhabung des vorgenannten Testamentes und des gemeinen Nutzens wegen verfügen, daß die nagenden Würmer, die



Juden, nicht gehalten werden und daß man auch den Nachbarn schreibe, sie ebenfalls nicht zu halten. Erst später machte man Ausnahmen. So wurden am 1. Oktober 1731 in Freudenthal (Besigheim) durch den Willen der Gräfin v. Würben (Grävenitz), der Maitresse des Herzogs Eberhard Ludwig, welche ihn 20 Jahre lang unumschränkt beherrschte, 24 Judenfamilien aufgenommen. Auch in Gochsen (Neckarsulm), Aldingen, Ludwigsburg, Hochberg (Waiblingen) und Zaberfeld (Brackenheim) durften Juden gegen Entrichtung des Zolls und anderer Leistungen wohnen.

Ganz schlimme Erfahrungen machte Herzog Karl Alexander mit seinem jüdischen Finanzdirektor Josef Süß Oppenheimer. Durch Isaak Landauer war dieser Mann dem Herzog im Wildbad empfohlen worden. Eingesetzt gegen den Volkswillen in sein verantwortungsvolles Amt, brandschatzte er auf alle Weise die Staatskasse, betrieb nebenbei noch lohnende Handelsgeschäfte, zog Scharen von Glaubensgenossen ins Land und bediente sich ihrer zu einem das ganze Land umspannenden Kundschaftersystem. Mit des Herzogs Tod nahm Oppenheimers Mißwirtschaft ein jähes Ende. Am 4. Februar 1738 starb der einst so einflußreiche Mann am Galgen, nachdem er angeblich sein auf 400000 Gulden bewertetes Vermögen zur Erlangung der Freiheit angeboten. Sein Untergang zog die Vertreibung aller Stuttgarter Juden nach sich. Und noch jahrzehntelang hielt die Erbitterung des Volkes an. Noch im Jahre 1797 beschwerten sich die württembergischen Landstände über die Aufnahme einer israelitischen Familie in den Landesschutz und in die Stadt Stuttgart.

Wurden in der Tat auch Ausnahmen gemacht, so konnte doch von einer Zulassung der Juden zu einer rechtlichen Stellung im Lande bis zum Jahre 1806 so gut wie gar nicht die Rede sein, und Minister v. Schmid erklärte in seinem Vortrag in der Kammer der Abgeordneten am 21. Februar 1820 bei der Beratung des Israelitengesetzes wirklich: Es sei bis zum Jahre 1806 die Ansäßigmachung im Lande, der sog. Landesschutz, beharrlich verweigert worden.







Die soziale und materielle Stellung der Juden war bis in das letzte Jahrhundert hinein eine vielfach sehr armselige. Landbesitz war ihnen verboten. Zudem hätten sie größeren Besitz nicht nutzbar machen können, da ihnen die Haltung christlicher Dienstboten und christlicher Leibeigener untersagt war. Auch an den Gewerben hatten sie nur geringen und beschränkten Anteil, weil die gewerblichen Korporationen und Zünfte nach dem Geist des Mittelalters fast immer zugleich religiöse Bruderschaften waren, welche Israeliten nicht zuließen. Nie konnten sie ihres Erwerbes froh sein, da sie mit Leib und Leben, mit Hab und Gut als des Schutzherrn Eigentum galten. Fast ausschließlich waren die Juden auf den Schacherhandel angewiesen; sie waren Hausierer, Trödler mit alten Waren, Leiher auf Faustpfänder, Mäckler und Viehversteller d. h. Ausleiher von Vieh gegen Entschädigung. Auch mit dem Geldhandel befaßten sie sich seit jeher und scheinen dabei hohe Wucherzinsen: 20—34²/₃—43¹/₃ % gefordert zu haben. Unter all den erhobenen Beschuldigungen und Anklagen, welche in früheren Zeiten den Anlaß zu den oft furchtbaren Judenverfolgungen und -Ausweisungen gaben, kehrt der Vorwurf des maßlosen Wuchers immer wieder. Aber war nicht vielfach die soziale Stellung und Not der Juden Ursache?

So lebte denn das Volk Israel in unserem Lande, und anderswo kaum besser, als ein verachteter Fremdling unter den christlichen Mitbewohnern, froh des Fleckchens Erde, das ihm ein mitleidiger oder nur auf das Judenschutzgeld rechnender Herr angewiesen, aber nicht verzweifelnd, sondern sich anklammernd an der Hoffnung auf bessere Zeiten, welche endlich das humane 19. Jahrhundert bringen sollte.

Im Jahre 1806 wurde Württemberg ein Königreich und erhielt ganz bedeutenden Gebietszuwachs. Unter den neuen Untertanen waren über 7000 Juden. Diese konnten natürlich nicht mehr aus dem Lande hinausgeschafft werden.

Deshalb ließ im Jahre 1806 König Friedrich I., der



nicht daran dachte, die alten Ausschließungsgrundsätze festzuhalten, für die Juden eine Ordnung ausarbeiten, die er aber, als noch zu sehr auf alten Grundsätzen aufgebaut, nicht genehmigte. Indessen erfolgte eine gewisse Regelung: entweder Erteilung des vollen Untertanenrechts oder Aufnahme gegen ein jährliches Schutzgeld, Erlaubnis zur Bildung eigener Gemeinden zum Betrieb von Gewerben, Aufnahme in Zünften, Erwerb von Grundeigentum, um es selbst zu bebauen oder für sich bebauen zu lassen, Militärpflicht. Das Jahr 1812 brachte die Beseitigung von lästigen Abgaben, auch die Aufhebung des halben Schutzgeldes bei Rabbinern, Vorsängern und Lehrern. Aber schon 1815 erhoben die Landstände den Vorwurf: es sei schon zuviel für die Juden geschehen.

Genährt wurde der Emanzipationsdrang der Juden ganz besonders durch die Erfolge ihrer Glaubensgenossen in den Vereinigten Staaten und in Frankreich (bürgerliche Freiheit), auch in Preußen, das aber die gewährte Wohltat bald wieder verkümmerte. Der Wiener Kongreß, von dem sie Schutz und volle Gleichstellung erhofften, erfüllte die Erwartungen der Juden nicht.

Die württembergische Verfassungsurkunde vom 25. September 1819 sicherte nur die Stellung der Christen hinsichtlich der staatsbürgerlichen Rechte, vergaß aber fast ganz die Juden. Offenbar machte das Judenproblem der Regierung schwere Sorgen. Eine von ihr eigens eingesetzte Kommission brachte einen den Juden günstigen Gesetzentwurf zustande, der im Jahre 1824 den Ständen vorgelegt wurde, aber als viel zu gnädig aufgefaßt ward, und dessen Veröffentlichung einen wahren Sturm erregte.

Nun begann der Kampf in Wort und Schrift zwischen Juden und Christen, insbesondere geführt von der christlichen Kaufmannschaft.

Eine Vorstellung des Stuttgarter Handelsstandes an die württembergische Ständeversammlung im Jahre 1828 erhob öffentlich Protest gegen die Aufnahme der Juden. Es



heißt u. a.: „Die Juden sollen sich mit uns gewissermaßen verbrüdern, sie sollen von dem Handels- und Schacherjuden abgezogen und in die Kreise des gewerbetreibenden Lebens eingefaßt werden. Dieses Ziel kann und wird sich niemals erreichen lassen. Die Juden sind bloß aufgenommen nicht als Staatsbürger im vollen Sinn des Wortes, sondern unter gewissen Bedingungen. Wie nun aus einem bedingten, beschränkten Zustand das Recht für einen unbedingten, unbeschränkten hervorgehen soll, läßt sich nicht einsehen. Die Gerechtigkeit gebietet also ebensowenig als die Politik, daß den Juden volle staatsbürgerliche Rechte eingeräumt werden." Nachdrücklichst wird auf Klagen der Stadt Frankfurt, und solche aus Baden und Bayern hingewiesen; „in Mannheim leben 17000 Christen und 1500 Juden, aber beide Teile haben gleichviele Handlungen."

Mit aller Macht wehrten sich die Juden, als sie das Schicksal des bereits bestehenden jüdischen Gesetzentwurfes bedroht sahen. Aber der 25. April 1828 brachte das bekannte württembergische Judengesetz — in der zweiten Kammer mit 61 gegen 17 Stimmen angenommen. In § 1 führt es aus: die im Königreich einheimischen Juden genießen, soweit nicht das gegenwärtige Gesetz eine Ausnahme begründet, die Rechte der württembergischen Untertanen. Sie sind allen bürgerlichen Gesetzen unterworfen und haben alle Pflichten und Leistungen der übrigen Untertanen zu erfüllen.

In staatsbürgerlicher Beziehung forderte das Gesetz die Annahme eines bestimmten Familiennamens, den Gebrauch der deutschen Sprache und Schrift bei Rechtsgeschäften, die christliche Zeitrechnung.

In zivilrechtlicher Beziehung: die Ablegung des Eides auf das Alte Testament: „Vor Gott dem Allwissenden, dem Allmächtigen und Allgerechten, dem Gott Abrahams, Isaaks und Jakobs, dessen Fluch über die Meineidigen kommt, schwöre ich ohne Vorbehalt und Ausflucht, in Aufrichtigkeit des Herzens, nicht nach meinen Gedanken, sondern nach den Gedanken des Gerichtes und nach dem Sinne, welchen der



Richter mit seinen Worten verbindet, ich schwöre, daß ..." Die Schlußworte lauten: „Wenn ich falsch schwöre, so müssen mich alle die Strafen treffen, welche mir in der geschehenen Ermahnung angedeutet worden. So wahr mir Gott Adonai, der Gott Israels, helfe. Amen." Dazu kamen noch eigene, minutiöse Bestimmungen, die alle das Mißtrauen gegen den Juden atmeten.

In polizeilicher Beziehung: Einhaltung der christlichen Sonn- und Feiertage nach Maßgabe der Polizeigesetze über die Sonntagsfeier. Ausländische israelitische Dienstboten, Handels- und Handwerksgehilfen dürfen nur, wenn sie sich mit Heimatscheinen ausweisen, im Königreich geduldet werden. Diese Juden mußten aber anderswo wirklich angesessen oder wenigstens in Diensten eines auswärts angesessenen Schutzjuden sein, mit obrigkeitlichem Paß und mit wenigstens 25 Gulden baren Geldes versehen sein. Fremde Handelsjuden sollten allein auf den Besuch der Jahrmärkte beschränkt, fremden Betteljuden der Eintritt ins Land ganz untersagt sein.

In Beziehung auf die Gemeinde: Aufhebung des Schutzgeldes, Aufnahme in das Gemeindebürgerrecht. Von anderen Gemeinden Zuziehende sollten das Recht der Aufnahme nur dann erhalten, wenn sie auf jede Art von Schacherhandel verzichteten, sich vom Feldbau oder Betrieb eines Handwerkes ernährten und sich hiezu wenigstens zehn Jahre lang berufsmäßig ausgebildet hätten. Die Aufnahme aber ins Bürgerrecht sollte der Jude erst dann erreichen, wenn er den Feldbau oder ein Handwerk wenigstens zehn Jahre lang in der neuen Gemeinde selbständig betrieben hätte. Schacherjuden sollten zur Erlangung der Gemeindebürgerrechte nicht berechtigt und vom Mitgenuß der bürgerlichen Nutzungen ausgeschlossen sein. Ein Übertritt vom Feldbau oder Handwerk zum Schacherhandel sollte die Suspension der bereits erlangten Bürgerrechte nach sich ziehen.

Genehmigt sollte wohl sein der Erwerb von Häusern und liegenden Gütern zur eigenen Bewirtschaftung, jedoch

verboten zum Zweck des Wiederverkaufes, ehe die Güter nicht drei Jahre lang selbständig bewirtschaftet waren. Wurde ein israelitischer Knabe 14 Jahre alt, so hatte der Ortsvorsteher und der Bezirksamtmann dahin zu wirken, daß dieser ein ordentliches Gewerbe erlernte. Wer aber statt dessen sich dem Schacherhandel widmete, dem war die Ansässigmachung und Verehelichung erst nach zurückgelegtem 35. Lebensjahre gestattet; wer bis zur Aushebung als Soldat kein ordentliches Gewerbe erlernt hatte, oder sich nicht einem wissenschaftlichen Berufe widmete, konnte keinen Ersatzmann zum Militär stellen.

Das Gesetz regelte ferner das Kirchen- und Schulwesen, die Ausbildung der Rabbiner und Lehrer nach christlicher Vorlage.

Der ganze Charakter des Gesetzes war der Charakter eines Erziehungsgesetzes im Bestreben, den Juden von seinem alten Schacherberuf nach Kräften abzuziehen, ihn zum ehrbaren Handwerker oder Gewerbetreibenden oder gar zum seßhaften Bauern zu machen, ihn zunächst in gewissem Sinn noch unter Vormundschaft zu halten und eine abwartende Stellung zu beobachten. Noch zu tief saß das Mißtrauen, das man einem Juden entgegenbringen zu müssen glaubte. Die Israeliten fühlten wohl die sie beengenden Fesseln des Gesetzes und wurden in der Folgezeit nicht müde, eine günstigere Gestaltung ihrer Lage anzustreben. Schon am 17. Juni 1833 sandten sie eine Bittschrift an die Kammer der Abgeordneten um Revision des Israelitengesetzes; da der Landtag aufgelöst wurde, erfolgte eine neue Petition am 2. Februar 1836 an dieselbe Adresse und am 9. Mai 1836 an die Kammer der Standesherren. Erfolg war keiner zu verzeichnen. Indessen erstanden den Juden angesehene Fürsprecher, so Prälat v. Pahl, der in der Kammer der Standesherren 1836 also sprach: Berufen, die Religion der Liebe zu predigen, muß ich bekämpfen, was hervorging aus Haß. Auch der Bischof von Rottenburg legte ein gutes Wort ein: Ich habe die Überzeugung ausgesprochen im Hinblick auf den

Stifter unserer Religion, auf dessen göttliche Sendung. Ich glaube, daß den Juden die staats- und gemeindebürgerlichen Rechte nicht vorenthalten werden sollten. Freiherr v. Hornstein aber erklärte: Es sei sicherlich wahrer Fortschritt, wenn man den Bürger nicht mehr frage, welcher Religion er angehöre, wenn die Ausübung bürgerlicher und politischer Rechte nicht mehr vom Glaubensbekenntnis abhänge. All diese Stimmen verhallten wirkungslos. Das Gesetz mit all seinen Ausnahmebestimmungen blieb bestehen. Sind nun die Israeliten in der Zeit nach dem Erscheinen des Gesetzes dem Willen des Gesetzgebers nachgekommen? Wir dürfen sagen, daß es an redlichem Willen nicht gefehlt hat. So waren 1837 mit Ausschluß alles Schachers in Künsten, Wissenschaften, Gewerben, Fabriken, in Ackerbau und Handwerk 889 Israeliten mit Familien selbständig, auf der Wanderschaft oder in Arbeit waren 491 israelitische Gesellen; 29 besuchten die höheren Schulen und die Universität; Schüler an Gewerbeschulen u. ä. waren es 42; Handwerkslehrlinge 374. Diese Zahlen erfuhren bis 1845 noch eine weitere Steigerung.

Von der israelitischen Zentralkasse d. h. aus öffentlichen Mitteln der Israeliten waren bis 1845 an 450 arme israelitische Knaben Lehrgelder im Betrag von 18,000 Gulden bezahlt worden; nur acht bis neun hatten das erlernte Handwerk verlassen, mehrere wegen Erkrankung. Die Zahl der israelitischen Schulen war auf 46 angewachsen, die zum überwiegenden Teil aus Mitteln der israelitischen Gemeinden unterhalten werden mußten. Sie galten alle als bessere Schulen. Die Kirchengemeinden waren ohne alles Stiftungsvermögen und doch brachten sie für ihren Kult, für das Schul- und Armenwesen jährlich 40,000 Gulden zusammen und überdies trugen sie zu allen Staats-, Amts- und Gemeindeumlagen wie alle übrigen Württemberger bei. In den Strafanstalten zu Gotteszell war kein einziger Israelite und ebenso in den Arbeitshäusern (1844) war ein einziger Jude;

in den Kreisgefängnissen waren nur zwei und zwar in der geringsten Strafklasse.

Der mit Ungestüm sich regende Freiheitsgeist in den 30er und 40er Jahren des letzten Jahrhunderts hatte die Juden mächtig ergriffen; daher hörten sie nicht auf, die Beseitigung der ihnen lästigen Schranken zu fordern. Es möge da auf wirkliche Härten hingewiesen sein: In den Bürgerlisten zur Abgeordnetenwahl war der Name der Juden mit einem Stern bezeichnet gleich denen, welche eine infame Strafe erlitten, und vor der Wahl ward bekannt gemacht: mit Zuchthaus Bestrafte und Juden können nicht wählen oder gewählt werden. Die Handwerker fügten sich schwer unter die Forderungen des Gesetzes, die Übersiedlungsbedingungen wurden von allen Ständen der Juden als sehr schikanös empfunden. Die Bestimmungen betreffs des Schacherhandels konnten bei der großen Armut vieler Juden diesen Erwerbszweig nicht plötzlich aus der Welt schaffen. Des Schacherjuden oder des Hausierers Stellung war aber nach dem Gesetz recht traurig; gab zudem ein Schacherjude vor Gericht ein Zeugnis ab, so war es dem richterlichen Ermessen anheimgestellt, diesem Juden Glauben zu schenken oder nicht. Die Verurteilung des Schacherjuden zur Ehelosigkeit bis zum zurückgelegten 35. Lebensjahr erregte bei den Juden gewaltigen Unwillen. Völlige Aufhebung aller Beschränkungen des Hausierhandels war der Wunsch. „Das völlige Verlassen dieses Berufes liege so wie so in der wahren, aufrichtigen Emanzipation der jüdischen Glaubensgenossen, der moralischen und bürgerlichen Verbesserung der Juden."

Den Ausschluß vom Güterhandel sahen die Juden natürlich auch nicht als gleichgiltig an.

Die Versorgung israelitischer Ortsarmer lag ganz der israelitischen Kirchengemeinde ob, nicht der politischen Gemeinde, und sie trugen doch mit an allen Lasten! Nur subsidiär mußte die politische Gemeinde eintreten, wenn die Kirchengemeinde zu arm war und zwar zu $^2/_3$, die jüdische Zentralkasse zu $^1/_3$. Die israelitischen Schulen unterstanden



nach einer Ministerialverfügung vom 30. Juli 1829 ausschließlich den christlichen Oberschulbehörden, die Geburts-, Trauungs- und Sterberegister wurden durch den christlichen Ortsgeistlichen geführt; verboten waren natürlich auch die Ehen zwischen Juden und Christen.

Die Aufnahme in eine kaufmännische Innung konnte sich ein Jude nur dadurch erringen, daß er eine ordentliche Prüfung machte oder sieben Jahre lang als Lehrling oder Gehilfe tätig war. Als ziemlich ansehnliche Bestandteile innerhalb der christlichen Gemeinden hätten die Juden auch Anspruch gehabt auf eine Vertretung im Rathaus; aber es fiel keinem Menschen ein, einen jüdischen Gemeinderat zu wählen.

Am 12. Juli 1845 verwandten sich nun beide württembergische Kammern auf Veranlassung einer Ende März 1845 eingelaufenen Judenpetition bei der kgl. Staatsregierung um Revision des Israelitengesetzes im Sinne einer „vollständigeren" Gleichstellung der Juden mit ihren christlichen Mitbürgern. Diesmal schien der Versuch zu gelingen; zunächst wurde die Angelegenheit noch hingezogen, aber am 17. Januar 1849 traten die „Grundrechte" des deutschen Volkes in Kraft, wornach jeder Deutsche volle Gewissensfreiheit haben und durch das religiöse Bekenntnis der Genuß der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte weder bedingt noch eingeschränkt sein sollte. Aber am 23. August 1851 sprach die Bundesversammlung den sogen. Grundrechten die Rechtsgiltigkeit ab. In Württemberg jedoch ließ König Wilhelm I. am 5. Oktober 1851 — obwohl den Grundrechten in ihrer Gesamtheit die Eigenschaft eines württembergischen Landesgesetzes nie zukam — die seit Einführung der Grundrechte den Israeliten geschaffenen Erleichterungen bestehen. Damit war wohl die zweite Kammer einverstanden, aber nicht die Kammer der Standesherrn. Angesichts der Haltung letzterer kam die kgl. Staatsregierung am 6. März 1852 zum Entschluß, die Wohltat der Grundrechte zu nehmen und das volle Judengesetz von 1828 wieder in

Kraft treten zu lassen. Man kann sich den Schrecken der Judenschaft denken. Eine Reihe von Kirchenvorstehern wandten sich am 15. und 22. März 1852 bittend an die zweite Kammer, welche denn auch mit 64 gegen 22 Stimmen den Vorschlag der Regierung ablehnte.

Die Beschränkungen der handeltreibenden Juden waren zwar außer Kraft gesetzt, aber noch blieb der jüdische Eid, von der ganzen damaligen Juristengeneration konnte keiner in den Staatsdienst treten, Ehen zwischen Juden und Christen waren immer noch unmöglich, die Armenversorgung blieb wie zuvor.

Die Konkordatsverhandlungen Wilhelms I. mit dem Papst im Jahre 1857 ermunterten die Juden, ihrerseits auch an den König heranzutreten. Am 4. März 1861 reichten sie eine neue Eingabe an die Ständeversammlung ein: es wolle dieselbe bei der kgl. Staatsregierung die vollständige Gleichstellung der Israeliten mit den Christen in staatsbürgerlicher und bürgerlicher Hinsicht befürworten. Noch im gleichen Jahre wurde ein Gesetzesentwurf betreffend die Unabhängigkeit der staatsbürgerlichen Rechte vom religiösen Bekenntnisse angenommen.

Jetzt fehlte nur noch die vollständige Gleichstellung in bürgerlicher Hinsicht. Wirklich brachte am 1. Dezember 1862 die Staatsregierung bei den Ständen einen derartigen Entwurf ein: aber erst in der Sitzung der zweiten Kammer der Abgeordneten am 4. Dezember 1863 kam es zum Beschluß: es soll Freiheit der Eheschließungen zwischen Juden und Christen bestehen, sowie der Eid also lauten: „Ich schwöre, so wahr mir Gott helfe“ (mit Erhebung der rechten Hand). Aber die erste Kammer strich den die Ehe betreffenden Satz, ungeachtet einer Reihe von Petitionen. Indessen hob König Karl bald nach seiner Thronbesteigung am 13. August 1864 alle Beschränkungen des Israelitengesetzes von 1828 auf, die Armenfürsorge allein ausgenommen. Am 6. Mai 1865 versuchten die Juden nochmals die Aufhebung des Verbots der gemischten Ehen zu erlangen. Ohne Erfolg.



Erst nach dem Jahr 1870 kam den Juden die Wohltat des Gesetzes vom norddeutschen Bunde (3. Juli 1869) zu gute: alle noch bestehenden, aus der Verschiedenheit des religiösen Glaubens herzuleitenden Beschränkungen der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte werden hierdurch aufgehoben. Insbesondere soll die Befähigung zur Teilnahme an der Gemeinde- und Landesvertretung und zur Bekleidung öffentlicher Ämter vom religiösen Bekenntnis unabhängig sein. Nunmehr hatten die Israeliten in zäher Ausdauer erlangt, was sie seit langem erkämpft. Sie waren am Ziele. Wer je unsere heutigen Juden kennt, so schrieb einst Karl Weil, der weiß gewiß, wie wenig Sehnsucht sie nach dem Messias haben und wie selten er genannt wird. Den Messias sehen wir jetzt in dem Fürsten, der unsere Menschenrechte uns wiederschenkt, unsern wiedererstandenen salomonischen Tempel in dem Staatsgebäude, das uns aufnimmt und unsere messianische Periode in der Zeit, wo man den Bürger nicht mehr fragen wird, ob er den Vater aller Menschen in Kirchen oder in Synagogen verehre. Das Jahr 1869/70 dürfte wohl die Wünsche größtenteils erfüllt haben.

(Schluß folgt.)



## XXXIV.

## Heinrich v. Stephans Auffassung der Ideen in der Geschichte.

Von Oberpostinspektor Dr. phil. Schwellenbach in Berlin.

„Ideen nenne ich, um einen möglichst allgemein gehaltenen Ausdruck zu gebrauchen, Gedanken, welche auf Erreichung eines bestimmten Zieles gerichtet sind." So erläutert Theodor Lindner in seiner Geschichtsphilosophie[1]) den Begriff der Idee, indem er noch ausdrücklich betont, daß die Ideen weder transzendente Mächte seien, noch von solchen herrührten. Der Mensch habe sowohl als Einzelwesen wie auch als Glied einer Gemeinschaft zahlreiche Bedürfnisse materieller wie geistiger Art. Wenn das Gefühl des Bedürfnisses ins Bewußtsein trete und damit zur Vorstellung werde, gestalte es sich zur Idee. Die ersten Urheber von Ideen können nach Lindner nur einzelne Menschen sein, nicht die Gesamtheit. Die Sache wird nicht anders, fügt er hinzu, wenn eine Anzahl von Einzelnen, durch gleiche Lage bewogen, zur selben Zeit ähnliche Gedanken faßt. Ebenso bedarf die Idee zur Ausführung der Individuen. Eine Idee kann indessen erst wirken, wenn eine größere Menge sie teilt oder für sie gewonnen wird. Als geschichtlich wirksame Ideen sind nur die zu betrachten, die, aus einem Bedürfnis hervorgehend, sich auf das allgemeine Leben und seine Veränderung beziehen. In den Ideen kommen die Stimmungen ihrer Zeiten zum lebendigen Ausdruck. Da das Leben vielfache Seiten und daher auch Bedürfnisse hat, so wird kaum jemals nur eine einzige Idee vorhanden sein. Indem eine Idee aber vorwärts ringt, stößt sie auf andere Ideen und gerät mit ihnen in Kampf. In diesem Streit und Gegenstreit bewegt sich die Geschichte.

1) Mit dem Untertitel „Das Wesen der geschichtlichen Entwicklung". Dritte umgearbeitete Aufl. Stuttgart 1912. J. G. Cotta. S. 28.



Die Lindnersche Auffassung der geschichtlichen Ideen verrät deutlich den Standpunkt, von dem aus Lindner die geschichtliche Entwicklung betrachtet. Ihm kommt es, wie er im Vorwort zu seinem Buche sagt, darauf an, nicht den festen Boden unter den Füßen zu verlieren und die Geschichte als irdisches Geschehen aus sich selbst zu begreifen. Die Geschichte gilt ihm als ein Teil des Erdenlebens, gleich allen Erscheinungen der Natur. Sie ist das fortwährende Zusammenspiel von Bedingungen, die teils die Natur, teils die Menschen gesetzt haben. Nirgends finden sich in der Lindnerschen Geschichtsphilosophie Anschauungen, wie sie vordem Leopold v. Ranke vertrat, wenn er z. B. in der deutschen Reformationsgeschichte schreibt:

„Die Ideen, durch welche menschliche Zustände begründet werden, enthalten das Göttliche und Ewige, aus dem sie quellen, doch niemals vollständig, in sich. Eine Zeit lang sind sie wohltätig, Leben gebend; neue Schöpfungen gehen unter ihrem Odem hervor. Allein auf Erden kommt nichts zu einem reinen und vollkommenen Dasein; darum ist auch nichts unsterblich. Wenn die Zeit erfüllt ist, erheben sich aus dem Verfallenden Bestrebungen von weiter reichendem geistigen Inhalt, die es vollends zersprengen. Das sind die Gedanken Gottes in der Welt." [1])

Vom Standpunkte Rankes aus ist die Herkunft der Ideen nach Zeit wie nach Entstehungsart geheimnisvoll. Sie quellen stets aus dem Göttlichen und Ewigen, aus den unerforschten Tiefen des menschlichen Geistes. Für Lindner dagegen ist der leitende Gedanke der, die geschichtliche Entwicklung auf einfache Grundzüge zurückzuführen, die zu allen Zeiten und bei allen Völkern nachweisbar sind und gleichwohl auch erklären, warum der Gang der Geschichte überall anders geworden ist. Ihm sind die Ideen nichts anderes als historische Vorgänge, die ihre Vorgeschichte haben, deren

1) Vergl. Alte und neue Richtungen in der Geschichtswissenschaft von Karl Lamprecht. Berlin 1896. R. Gärtner. S. 39.



Ursprung aus der Vergangenheit zu erklären ist. Jede Idee entsteht aus bestimmten Voraussetzungen, aus gegebenen Zuständen. Aber sie kann den Zweck, der ihr das Leben gab, nicht vollkommen leisten. Keine einzelne Idee vermag das, so oft auch die Hoffnung sich an ihr aufrichtet. Immer wieder denken die Menschen, mit einer neuen Idee alle Schäden und Gebrechen zu heilen. Aber bald genug kommt die Enttäuschung. Die geschichtliche Entwicklung ist nach Lindner ebenso unbarmherzig wie die Natur; auch sie geht über das nicht mehr Passende, mag es sich die größten Verdienste erworben haben, zur Tagesordnung über.

Wenn man die Rankesche Ideenlehre mit Lindners Auffassung der Ideen und der Geschichte überhaupt vergleicht, o ist es wohl berechtigt, von einer alten und einer neuen Richtung zu sprechen, die sich in der Geschichtswissenschaft aufzeigen lasse. Die alte Richtung trägt kein Bedenken, göttliches Walten anzunehmen, wenn die wissenschaftliche Forschung sich außerstande sieht, alle Fäden des Gewebes, das als geschichtliche Überlieferung gilt, zu entwirren. Die neue Richtung stellt sich die Aufgabe, den Ursachen des Geschehens möglichst bis zu der Grenze, wo das Gebiet der Naturwissenschaften beginnt, nachzuspüren und neben den Naturkräften nur menschliche Bedürfnisse und Triebe zur Erklärung der geschichtlichen Vorgänge zu berücksichtigen. Jedenfalls liegt bei den Anhängern der alten Richtung die Gefahr nahe, daß sie sich mit dem Göttlichen und Ewigen als geheimnisvollem Untergrund der Geschichte schon da begnügen, wo ein Anhänger der neuen Richtung vielleicht noch weiter forschen und die geschichtlichen Zusammenhänge tiefer erfassen würde. Diese Gefahr ist es wohl auch, die hauptsächlich zum Einschlagen der neuen Richtung Veranlassung gegeben hat. Im übrigen kann ein Geschichtsforscher die neue Richtung vertreten und doch ein tiefreligiöser Mensch sein, der sich darüber klar ist, daß die Ideen, in deren Streit und Gegenstreit sich die Geschichte bewegt, im letzten Grunde aus dem Göttlichen und Ewigen quellen, ein Quell, bis zu

dem vorzudringen, mit den Hilfsmitteln der Wissenschaft freilich kaum möglich erscheint. Deutlich läßt sich eine Vereinigung von religiöser Gesinnung und echt wissenschaftlichem Geist bei einem Mann aufzeigen, der, obwohl kein Geschichtsforscher von Fach, doch unbestritten als geborener Kulturhistoriker anerkannt wird und in einem großen Geschichtswerke sich den Fachmännern als durchaus ebenbürtig erwiesen hat, in Heinrich von Stephan, dem Verfasser der mehr als 800 Seiten starken Geschichte der preußischen Post. Und gerade Stephan hat sich in seinen Reden und Schriften über die Ideen in der Geschichte so oft geäußert, daß es sich wohl verlohnt, diese Äußerungen einmal zusammenzustellen und zu prüfen, wie sie zu der alten und zu der neuen Richtung in der Geschichtswissenschaft stimmen.

Interessant ist vor allem die Erläuterung des Begriffs Idee, die Stephan in einer Rede gibt, mit der er im Jahre 1891 den internationalen Kongreß der Elektrotechniker in Frankfurt (Main) eröffnet hat. In dieser Rede, die von der Presse als eine Philosophie der Elektrotechnik bezeichnet wurde, sagte Stephan u. a. Folgendes:

„Das Auftreten einer neuen Idee oder Form der Kraft im Kulturleben der Menschheit ist fast nie ohne Zuckungen und Geburtswehen abgegangen; aber diese sind auch immer noch ohne dauernde Schädigung des Gesamtorganismus bei versöhnlichem Geiste glücklich überwunden worden. Wir wissen ja, daß Ströme wechselnder Richtung durch den Kommutator in gleichgerichtete umgewandelt werden können. Die Kämpfe stehen in der Zeit und vergehen in der Zeit. Aber was hinter ihnen steckt: die Ideen, die nur der innere Sinn wahrnimmt, die bleiben und werden unveräußerliches Gut der Menschheit.“[1])

In demselben Jahre 1891 fand auch der vierte Weltpostkongreß in Wien statt, bei dessen feierlicher Eröffnung Stephan ebenfalls eine glänzende Rede hielt und zum Schlusse, indem er sich an den Chef des österreichischen

1) Archiv für Post und Telegraphie 1891. S. 640.






Handelsministeriums wandte, über die Entstehung der Ideen sich folgendermaßen ausließ:

„Sie haben die Güte gehabt, meine Person in Verbindung mit dem Gedanken der Gründung des Weltpostvereins zu bringen; das ist außerordentlich schmeichelhaft für mich, aber ich fühle das Bedürfnis einer gewissen Gegenrede und Verwahrung. . . . Die Ideen sind nicht das Eigentum eines sterblichen Menschen. Sie schweben in der Atmosphäre der ganzen Zeitepoche, zuerst unbestimmt, dann in bestimmterer Weise, bis sie sich verdichten und niederschlagen, indem sie Gestalt gewinnen und ins Leben treten. Der Gedanke der Vereinigung entspricht den Bestrebungen unseres Jahrhunderts, er beherrscht viele Gebiete der Tätigkeit des heutigen Menschengeschlechts und bildet eine wahrhafte Triebkraft der modernen Zivilisation. Er wurde überdies für unser großes Triebwerk des internationalen Verkehrs befördert durch die unwiderlegliche Tatsache, daß die ungeheuren in Bewegung zu setzenden Massen, die von Tag zu Tag mehr anwuchsen und sich von Grenze zu Grenze bis zu den fernsten Meeren und Gestaden ausbreiteten, gebieterisch eine Vereinfachung des ganzen Mechanismus erheischten als das einzige Mittel, um den fast über alles Maß hinausgewachsenen Bedürfnissen zu genügen und die unerläßliche Schnelligkeit und Regelmäßigkeit aufrechtzuerhalten. Das sind die Naturelemente, welche die wahren Schöpfer des Weltpostvereins gewesen sind. Darin liegt auch der Grund seiner Stärke." [1])

Über die Entstehung der Idee des Weltpostvereins findet sich in einer zur Erinnerung an die fünfundzwanzigjährige Tätigkeit Stephans an der Spitze der Reichspostverwaltung erschienenen Schrift „Unter dem Zeichen des Verkehrs" [2]) die Aufzeichnung einer mündlichen Darlegung Stephans, die jene Ausführungen auf dem Wiener Weltpostkongreß vorzüglich erläutert. Stephan geht bei dieser

1) Ebenda S. 328.

2) Verlag von Julius Springer, Berlin. 1895. S. 151f.




Darlegung davon aus, daß in den Anfängen des Postwesens noch keine Postverträge zwischen den einzelnen Gebieten bestanden. Jede Verwaltung belegte die internationalen Postsendungen mit der Taxe ihres eigenen Gebiets und schaffte sie bis an die Grenze des benachbarten Landes, das ebenso verfuhr und seine Taxe hinzuschlug. Dies, sagt Stephan, war der Urzustand. „Aber der Verkehr", fährt er dann fort, „ist eine Kraft des menschlichen Geistes, wie die Wärme eine Kraft der Natur, die Kräfte aber erkennt man an ihren Wirkungen." Und er zeigt, wie die Kraft des Verkehres wirkte.

„Die Natur des über Berge und Meere schreitenden Verkehrs selbst rang den am Boden klebenden Anschauungen die unerläßlichen Vereinfachungen ab, fördernd trat der Wettbewerb der verschiedenen beteiligten Durchgangsländer hinzu: der Tarif wurde von der Entfernung losgelöst, der Geist befreite sich sozusagen vom Raume — und die Einheitstaxe war geschaffen. Freilich zunächst nur in ihren ersten Anfängen. Aber die Idee war fertig; sie war einfach durch die Natur der Dinge, durch die Kraft des Verkehrs und die logische Entwickelung herbeigeführt. Wer diesen geschichtlichen Prozeß kennt, der wird die Behauptung, daß der Gedanke des Einheitsportos wie eine ursprüngliche Erfindung dem Haupte eines Menschen entsprossen sei, auf ihren wahren Wert zurückzuführen imstande sein."

Weiterhin führt Stephan dann aus, wie die Staaten dahin gelangten, die Tarife von dem Zwange der Zusammensetzung der einzelnen Landestaxen zu befreien und sie durch den völkerrechtlichen Akt des Vertrages unter Festsetzung einheitlicher Sätze unabhängig von dem Einflusse der jeweiligen heimischen Gesetzgebung hinzustellen. Im Jahre 1862 ging die preußische Verwaltung mit neuen Grundsätzen ihrer Postverträge vor. „Wenn es durch Einzelverhandlungen mit einer größeren Anzahl wichtigerer Verkehrsländer gelang, nach und nach ein ausgedehntes Gebiet für dieselben Grundsätze zu erwerben, so war auf einem ungekünstelten Wege und in freiwilliger Weise die höhere Einheit zum Über-





wölben des Ganzen vorbereitet. So entstand die Idee des Weltpostvereins."

Aus dieser Darlegung Stephans läßt sich entnehmen, wie er den geschichtlichen Prozeß auffaßt. Von der logischen Entwickelung spricht Stephan und bringt dadurch in die Betrachtung des geschichtlichen Verlaufs eine Bedingung hinein, die der Forscher nicht außer acht lassen darf, wenn er das Geschehen begreifen will. Unter den geistigen Bedürfnissen des Menschen ist vielleicht das stärkste und allgemeinste das logische Bedürfnis, das Bedürfnis nach Wahrheit und, damit häufig verbunden, der Drang nach Erkenntnis. Die Geschichte bietet zahlreiche Beispiele, daß Menschen um der Wahrheit willen oder um das, was sie für wahr hielten, zu bekräftigen, selbst den Tod nicht gescheut haben. Und jeder Forscher, der die Macht der Wahrheit anerkennt und sich ihr beugt, dem Wahrheit um jeden Preis als die Richtschnur gilt, von der die Wissenschaft nie abweichen darf, der den Kampf gegen Unwahrheiten und Vorurteile mutig aufnimmt, auch wenn er einsieht, daß er selbst bis an sein Lebensende nur Spott und Verfolgung ernten werde, liefert zugleich den Beweis, daß im geschichtlichen Leben Kräfte wirksam sind, die über die Kräfte, mit deren Erforschung die Naturwissenschaft es zu tun hat, entschieden hinausgehen und damit nicht zu vergleichen sind. Darin besteht eben die logische Entwickelung, die Stephan im Auge hat, daß das Bedürfnis nach Wahrheit die Menschen zum Fortschritt zwingt, sie immer wieder antreibt, alles Unwahre, alles Falsche, alles Verfehlte zu beseitigen, zu jeder Wirkung die Ursache, zu jeder Ursache die Wirkung zu suchen und sich zu bemühen, die Wirkungen, die sie erreichen wollen, mit den denkbar einfachsten Mitteln und auf dem denkbar schnellsten Wege zu erreichen. Wer das logische Bedürfnis, aber auch das ethische und ästhetische Bedürfnis der Menschen und die Ideen, die im Laufe der Geschichte aus diesen Bedürfnissen entsprungen sind, an einer Reihe weltgeschichtlicher Persönlichkeiten sich anschaulich macht, der muß zu-



geben, daß diese Bedürfnisse den Menschen aus dem Kreise der anderen irdischen Lebewesen herausheben und ihm eine Sonderstellung anweisen, mit der es die Geschichtswissenschaft im Unterschiede von der Naturwissenschaft zu tun hat.

Von ewig wirkenden Ideen, den Naturkräften der Geisterwelt, denen die christliche Lehre ihre Siege verdanke, spricht Stephan in seinem 1872 erschienenen Buche „Das heilige Ägypten",[1]) indem er den Mohammedanismus mit dem Christentum vergleicht. Und wie seine Bibelfestigkeit berühmt war, so hat er auch bei den verschiedensten Anlässen seinem religiösen Empfinden Ausdruck gegeben. Gerade in den geistvollen Reden, die bei ihm so oft der Augenblick eingab, kam dieses Empfinden lebhaft zum Ausdruck. So ergriff er bei der zehnjährigen Stiftungsfeier der Post- und Telegraphenschule im Jahre 1895, nachdem er bereits vorher u. a. auch von dem großen Geist gesprochen hatte, nachträglich noch einmal das Wort und sagte dabei auch Folgendes:

„Alles Licht kommt von oben. Was die Erde bringt, der Stoff — und wenn die Chemie noch 75 einfache Körper entdeckt — so bringt uns das alles nicht weiter. Es rührt doch alles vom Geiste her." [2]) Aber diese religiöse Überzeugung hinderte ihn nicht, auf wissenschaftlichem Gebiet sich streng an die Tatsachen zu halten und nur sie reden zu lassen. Als er im Jahre 1888 im Elektrotechnischen Verein in Berlin eine Gedächtnisrede auf den verstorbenen Kaiser Wilhelm I. hielt, streifte er auch das Gebiet der Philosophie und die Versuche, das Welträtsel zu erklären, fuhr dann aber fort: „Wir halten uns an die Tatsache, daß eine Anziehungskraft der Körper existiert, an die Tatsache, daß zwei mal zwei vier ist, an die Tatsache, daß der elektrische Strom das Eisen magnetisch macht. Wir benutzen das Gesetz vom zureichenden Grunde und das der Identität als logische Hilfsmittel, wie der Mathematiker das abstrakte Dreieck; aber auf die letzten Ursachen

1) Leipzig, F. A. Brockhaus. S. 258.

2) Deutsche Verkehrszeitung 1895. S. 133.

und fernsten Folgen gehen wir nicht ein, da wir uns mit den gegenwärtigen Wirkungen befassen. Wenn Pythagoras gesagt hat: Das Wesen der Dinge ist die Zahl, so können wir sagen: Das Wesen der Dinge ist die Tat." [1])

Die Taten der Menschen sind es, mit denen die Geschichte sich befaßt. Da der Mensch nicht losgelöst werden kann von dem Boden, auf dem er entstanden ist, von der Natur, die ihn umgibt, so muß die Geschichtswissenschaft auch diese natürlichen Bedingungen des menschlichen Handelns berücksichtigen. Wie jeder Wissenschaft kann es ihr aber nur darauf ankommen, die Geschichte als irdisches Geschehen aus sich selbst zu begreifen. Die letzten Ursachen und fernsten Folgen des Tuns und Lassens der Menschen entziehen sich dem Blick des Geschichtsforschers. Indem er die Ideen als geschichtliche Mächte auf die menschlichen Bedürfnisse, wie die Erfahrung sie kennen lehrt, zurückführt und den Streit und Gegenstreit der Ideen genau verfolgt, deckt er die zureichenden Gründe des Geschehens auf. In diesem Sinne hat Lindner durchaus recht, wenn er sagt, die ersten Urheber von Ideen könnten nur einzelne Menschen sein, nicht die Gesamtheit. Aber auch Stephan trifft das Richtige mit seiner Behauptung, die Ideen seien nicht das Evangelium eines sterblichen Menschen, sondern schwebten in der Atmosphäre eines ganzen Zeitraums. Aus dieser Atmosphäre hebt sie eben der Mensch, die geschichtliche Persönlichkeit, die als Urheber der Idee angesehen wird, heraus, ohne deshalb Schöpfer der Idee im eigentlichen Sinne zu sein. Denn weder die leiblichen noch die geistigen und seelischen Bedürfnisse entstehen in einem Menschen durch eigene Willenskraft. In seinen Bedürfnissen, die nicht etwa mit Wünschen und Begierden gleichzusetzen sind, fühlt sich der Mensch durchaus abhängig von Kräften, die sich dem Spürsinn des Geschichtsforschers entziehen und nur aus ihren Wirkungen d. h. aus den Ideen erschlossen werden können. Darum hat der Geschichtsforscher mit der

1) Deutsche Verkehrszeitung 1888. S. 118.



Zurückführung der Ideen auf die Bedürfnisse der geschichtlichen Persönlichkeiten seine Aufgabe erfüllt. Darin besteht die neue Richtung in der Geschichtswissenschaft, daß sie jede Idee solchermaßen aus zureichenden Gründen erklären will. Als zureichende Gründe gelten ihr aber die menschlichen Bedürfnisse, die sie als gegeben hinnimmt, ohne näher darauf einzugehen, daß der Mensch nach seinen Bedürfnissen ein Doppelwesen darstellt, insofern seine leiblichen oder materiellen Bedürfnisse derselben Natur entspringen, die von der Naturwissenschaft als Gegenstand der Forschung betrachtet wird, seine geistigen, besonders seine logischen, ethischen und ästhetischen Bedürfnisse aber dem Göttlichen und Ewigen entquellen, zu dem der Mensch sich durch die Religion in Beziehung setzt. Die reinliche Scheidung des religiösen Gebiets von ihrem eigenen Forschungsgebiet erstrebt wohl vor allem die neue Richtung in der Geschichtswissenschaft. Im übrigen läßt sie die persönliche Stellung des Geschichtsforschers zur Religion gänzlich unberührt.

---

## XXXV.

## Aus der schlesischen Kirchengeschichte

bietet der gelehrte und unermüdliche Direktor des Fürstbischöflichen Domarchivs zu Breslau, Kanonikus Professor Dr. Joseph Jungnitz ein hochanziehendes Lebensbild in seiner dem Herrn Kardinal Kopp zu dem Doppeljubiläum des Jahres 1912 gewidmeten Monographie über Joseph Sauer (1803—1868).[1] Dem jüngeren Klerus kaum dem Namen nach bekannt, erfreut sich Joseph Sauer unter den bis 1868 ordinierten Geistlichen des bestens Andenkens und einer

1) Breslau, Franz Görlich 1913, SS. VIII u. 301.



Verehrung, wie sie selten einem Lehrer zuteil wird. Wer, wie ich, gemeinsam mit dem Verfasser des schönen Lebensbildes zu Füßen des ‚Pater Rektor Sauer' im Alumnat (Priesterseminar) zu Breslau gesessen ist, versteht den warmen, pietätsvollen Ton, welcher das Buch belebt, und die liebevolle Sorgfalt, mit welcher der Verfasser auch die kleinsten, scheinbar unbedeutenden Züge in das Bild des verehrten Mannes eingezeichnet hat. Manchem wird vielleicht die Schilderung einzelner privater Verhältnisse oder vorübergehender seelischer Stimmungen überflüssig erscheinen; ich möchte sie aber doch nicht missen, denn sie gehören zur Charakteristik des Mannes, dessen Arbeiten, Enttäuschungen und Sorgen das Buch schildert. Ohnedies hat der Verfasser sich in der Benutzung des Tagebuches, der Kollegienhefte und Predigten Sauers die tunlichste Beschränkung auferlegt, um Raum für die Kennzeichnung der politischen und religiösen Zustände zu gewinnen, unter welchen Sauer lernen, sich entwickeln und wirken mußte.

Als Sauer 1823 die Universität Breslau bezog, befand sich die theologische Fakultät in einem bedauerlichen Zustande. Mehrere Professoren konnten wegen ihres hohen Alters nur wenig leisten. Am angesehensten war Dereser, der Verfasser des weitverbreiteten ‚Deutschen Breviers'. Er landete nach einem wechselvollen Leben, das demnächst von einem rheinischen Theologen geschildert werden soll, 1815 in Breslau, wo er Dogmatik dozierte und Domherr wurde. Es scheint, daß er besser war und wirkte, als der Ruf, der ihm vorausging, erhoffen ließ. Er starb 1827. Neben ihm wirkte als Kirchenhistoriker der jüngere Professor Dr. Herber, der sich um die Diözesangeschichte hochverdient gemacht hat. Ganz andere und zwar verderbliche Wege ging der durch sein 1826 erschienenes Buch ‚Die katholische Kirche, besonders in Schlesien, in ihren Gebrechen dargestellt' und durch die pamphletisch angelegte Schrift ‚Die Einführung der erzwungenen Ehelosigkeit bei den Geistlichen und ihre Folgen' (1828) berüchtigt gewordene Anton Theiner. Die in diesen Büchern

niedergelegten Grundsätze vertrat er auch als Professor des Kirchenrechts und der Pastoraltheologie, bis es endlich 1830 gelang, ihn von dem Katheder zu entfernen. Man begreift darum, daß sich unter den katholischen Studierenden, insbesondere unter den Theologen, ein unkirchlicher Geist breit machte. Wenn dieser nicht verheerender gewirkt hat, ist dies einzig der Energie einer kleinen Schar von Theologen zu danken, die aus ihrem Elternhause und aus dem Gymnasium einen starken Fonds katholischer Glaubensüberzeugung und pietätsvoller Liebe zur Kirche mitgebracht hatten. Zu diesen gehörte auch der spätere Fürstbischof Heinrich Förster, der im Verein mit anderen gleichgesinnten Theologen 1823 und 1824 den neugewählten Fürstbischof von Schimonsky in Denkschriften bat, durch strengere Examina und sonstige Maßregeln die wissenschaftlich und sittlich ungeeigneten Theologen von dem Eintritt in das Alumnat fernzuhalten. Sicherlich geschah das auch unter Zustimmung Sauers, der von 1823 bis 1826 seine theologischen Studien mit Eifer betrieb. Was die Professoren nicht boten, suchte er mit begeisterten Freunden in studentischen wissenschaftlichen Kränzchen zu erreichen, die nach dem Berichte Jungnitzs Anerkennenswertes leisteten. Man ersieht aber auch aus den darin behandelten Thematas, sowie aus den seminaristischen Übungen der Fakultät, daß selbst die Besten sich nicht von Neologie und Gallikanismus ganz frei halten konnten.

Am 23. September 1826 empfing Sauer mit 54 Kommilitonen die Tonsur und die vier niederen Weihen — noch vor Eintritt ins Alumnat, der erst am 30. Oktober erfolgte. Rektor des Alumnats war der 77jährige Dr. Simon Sobiech, ein edler frommer Priester, der aber für sein verantwortungsvolles Amt längst zu schwach geworden war, um den Geist des Widerspruchs und der Neologie, der den jungen klerikalen Anwuchs beherrschte, auszurotten. Die geistlichen Exerzitien, die am Beginn des kaum ein halbes Jahr dauernden Kurses gehalten wurden, vermochten bei dem größeren Teil keine Sinnesänderung herbeizuführen. Man wagte es sogar das



Breviergebet bei dessen Rezitation zu verhunzen und lächerlich zu machen und gestattete sich zum Betrübnis der Besseren grobe Exzesse. Kein Wunder! Denn zur selben Zeit, im November 1826, erschien die Petition der schlesischen Neologen an den Fürstbischof, in welcher eine völlige Umgestaltung der Liturgie gefordert wurde, und kam das erste der oben genannten Theinerscher Bücher in die Hände der Alumnen. Die ernsteren Alumnen, zu welchen Sauer gehörte, verabscheuten das Treiben und Gebahren der noch mit studentischem Übermut und burschikosem Wesen renommierenden Alumnen; aber auch bei jenen zeigten sich noch bis in die geistliche Amtsführung hinein Spuren der neologischen Richtung. So betete selbst der kirchlich gesinnte Sauer bis zum Jahre 1834 noch das Dereserſche ‚Deutsche Brevier' und zeigte sich noch i. J. 1834 einer maßvollen Umgestaltung der liturgischen Formeln geneigt, falls nur das Wesentliche nicht darunter leide. Je tiefer er aber in den Geist der Liturgie eindrang, um so entschiedener wandte er sich von allen neologischen Tendenzen ab. Wir haben im Alumnat aus seinen Vorträgen über Liturgie und Pastoraltheologie nichts von jenen ehemaligen Neigungen bemerken können.

Nach der am 10. März 1827 erfolgten Ordination wurde Sauer als Kaplan in Neisse angestellt. Er empfand das schmerzlich, weil er sich nun von seiner Mutter trennen mußte, an welcher er mit einer zärtlichen Liebe hing, die ihm den priesterlichen Gehorsam erschwerte. Er gab oft genug dieser liebenswürdigen Schwäche in seinem Tagebuch einen Ausdruck, den er sicherlich später an seinen Alumnen getadelt haben würde. In Neisse wirkte er segensreich. Der junge, lebhafte und beredte Priester wurde in allen Kreisen geschätzt. Stellte doch ein Freimaurer an ihn das Ansinnen, Sprecher in der Neisser Loge zu werden! Es kann das nicht auffallen, da im 3. und 4. Dezennium des 19. Jahrhunderts hie und da katholische Priester in Schlesien der Loge angehörten.

Im März 1828 wurde Sauers heißester Wunsch, in



Breslau wirken zu dürfen, erfüllt. Er wurde als Kaplan an die Sandkirche, die frühere Kirche der Augustiner-Chorherren, berufen. Trotz der umfangreichen Seelsorge fand er Zeit zu seiner Promotion (21. Januar 1829) und zu seiner Habilitation (23. Oktober 1829) als Privatdozent für Dogmatik, Pastoraltheologie und Enzyklopädie. Seine Vorlesungen waren gut besucht. Es waltete aber ein eigener Unstern über seine Privatdoktion. Er hatte sie ohne die bischöfliche Genehmigung begonnen, ohne die missio canonica, die zu erlangen er sowohl wie der Dekan vergessen hatte. Beide mußten sich die Vorwürfe des Universitätskurators gefallen lassen, und der Fürstbischof gestattete dem jungen Privatdozenten die Vorlesungen über Pastoraltheologie nur bis zur Anstellung eines ordentlichen Professors für dieses Fach. Inzwischen war Ritter, ein geborener Schlesier, von Bonn nach Breslau versetzt und J. B. Baltzer als Ordinarius für Dogmatik berufen worden. Damit war eine hermesianische Kolonie in Breslau begründet, die alle außerhalb der Kolonie stehenden Theologen unduldsam behandelte. Das mußte auch Sauer verkosten. Er verzichtete deshalb im August 1830 auf die Privatdoktion und widmete sich nun ausschließlich der Verwaltung seines neuen Amtes als Kurator am Kloster der Elisabethinerinnen, die ein vortrefflich eingerichtetes Haus für weibliche Kranke versahen. Hier hat er für das klösterliche und charitative Leben und Wirken der Klosterjungfrauen Ausgezeichnetes geleistet und auch eine heute noch unentbehrliche Geschichte dieser Anstalt verfaßt. Daneben war er in der Armenpflege und als Religionslehrer tätig und versuchte sich auch mit einem 1833 erschienenen Katechismus für die Erstkommunikanten in der katechetischen Literatur. Das größte Verdienst erwarb er sich aber seit 1835 durch die Herausgabe des „Schlesischen Kirchenblattes“.

Diese Wochenschrift vertrat von 1835 bis in die sechziger Jahre des 19. Jahrhunderts ganz allein unter den schwierigsten Verhältnissen die religiösen und politischen Interessen des katholischen Schlesiens. Trotz der Hemmnisse, die





der Oberpräsident von Merckel dem Erscheinen des Blattes bereitete, konnte am 5. Februar 1835 die erste Nummer ausgegeben werden. Es fand vielen Beifall und große Verbreitung, auch in Ost- und Westpreußen, deren kirchliche Verhältnisse darin in großem Umfange ihre energische Vertretung fanden. Sauer hat in seiner Tätigkeit als Redakteur von 1835—1845 die Beschränktheit und Bosheit der staatlichen und die Ängstlichkeit der kirchlichen Zensur reichlich verkostet. Jungnitz führt eine Reihe betrübender und zugleich ergötzlicher Belege auf. Sie bekunden, daß die Regierung durch die Zensur die Verteidigung der katholischen Lehre und Praxis sowie die Bekämpfung der unerträglichen Intoleranz gegen die Katholiken in jeder Weise zu verhindern gewillt war und dabei mit einer Konsequenz verfuhr, die bewies, daß die rücksichtslose Unterdrückung katholischer Manifestationen zum Regierungssystem gehörte. Mit dieser skrupellosen, staatlichen Zensur verband sich zur Zeit des Fürstbischofs Grafen Sedlnitzky die kirchliche. So kam es denn, daß von der gewaltigen Erregung, welche der Streit über die gemischten Ehen in den Jahren 1838—1840 verursachte, im „Schlesischen Kirchenblatt" nichts zu verspüren war. Denn die staatliche wie die kirchliche Zensur verboten jede kritische Äußerung. Nicht anders ging es mit den hermesianischen Streitigkeiten, die infolge der Stellung der Breslauer Professoren Ritter, Baltzer und Elvenich im schlesischen Klerus großes Aufsehen erregten. Wer daher über die schlesischen Zustände berichten wollte, nahm seine Zuflucht in ausländische Zeitschriften, seit 1838 insbesondere in die „Histor.-polit. Blätter", die in den Jahren 1838 bis 1845 wertvolle Beiträge zur schlesischen Kirchengeschichte und höchst interessante Stimmungsberichte enthalten. Den Redakteur des „Schlesischen Kirchenblattes" schmerzte es tief, daß er in all diesen Wirren nicht in offener Sprache den Klerus und das Volk aufkläreu und belehren konnte. Auch nach dem Rücktritt von der Redaktion blieb Sauer noch längere Zeit mit seinem Blatte, und zwar durch sein ihm vom Fürstbischof Melchior von Diepenbrock über-

tragenes Amt der kirchlichen Zensur, in welchem er vielen Verdruß erleben mußte, in Verbindung.

Was Sauer übernahm, führte er mit besonnenem Eifer durch. In allen Stellungen zeigte er eine selbstlose Hingabe, heilige Begeisterung und verständnisvolle Erfassung seiner Aufgaben. Wo immer Werke der Barmherzigkeit geplant oder Maßnahmen zur besseren Heranbildung des Klerus getroffen wurden, stand der Name Sauer in der ersten Reihe. Das Lebensbild Jungnitzs schildert eingehend seine weitverzweigte Tätigkeit im Dienste der christlichen Charitas.

Seine bedeutsamste Lebensarbeit aber war der Erziehung des Klerus als Rektor des Alumnats von 1842 bis 1868. Er übernahm dieses Amt aus den Händen eines ehrwürdigen Priesters, des Kanonikus Heinisch, welcher infolge seines Alters und seiner übermäßigen Nachsicht die Zügel des Regimentes allzu locker gehalten hatte. Jungnitz schickt seinem Bericht über die Amtsführung Sauers eine kurze Geschichte des Alumnats voraus, aus der man ersieht, welche Schwierigkeiten überwunden werden mußten, ehe eine dem Trienter Konzil entsprechende Anstalt für die letzte Ausbildung des Klerus begründet werden und zu einer ersprießlichen Wirksamkeit gelangen konnte. Wie viel Sauer noch leisten mußte, um das Alumnat auf die erwünschte Höhe zu erheben, zeigt Jungnitz an der Hand der Akten und der Aufzeichnungen des Rektors. In unverdrossener Arbeit und mit einer Freudigkeit, die nur aus dem Gnadenleben zu verstehen, hat Sauer seine hohe Aufgabe bis zu dem Tage seines Heimganges erfüllt (24. Juni 1868). 1150 Alumnen hat er in seiner 26jährigen Amtstätigkeit für das Priestertum vorbereitet. Alle — bis auf wenige — haben ihm in Verehrung angehangen und sein Andenken gesegnet. Wie tief er seine Aufgabe auffaßte und wie mächtig er auf die Alumnen einzuwirken verstand, beweisen seine Vorlesungen und seine Anreden an den Entlassungsterminen. Jungnitz bietet daraus wahrhaft prächtige Perlen.

Wiewohl er als Kanonikus eine Domherrnkurie besaß, bewohnte er doch die bescheidenen Zimmer der Rektorwohnung. Diese stand seinen Alumnen immer offen. Er hatte keine Sprechstunden angesetzt; zu jeder Tageszeit war er bereit, die Anliegen seiner Alumnen mit freundlicher Geduld anzuhören, sie zu ermutigen und zu beruhigen. Auch wenn er strafen und tadeln mußte, zeigte sein leuchtendes Auge so viel Güte und Liebe, daß Strafe und Tadel leichter zu ertragen waren. ‚Unter allen frommen Menschen, die ich kennen gelernt habe', — schreibt der bekannte Schriftsteller Karl Jentsch, der auch unter Sauer das Alumnat absolvierte, aber unter dem Einflusse des von ihm jetzt längst perhorreszierten Altkatholizismus abgefallen ist (Wandlungen. Leipzig 1896, S. 144 ff.) — ‚ist er (der Rektor Sauer) der Einzige, den ich heilig zu nennen wagen möchte: eine hohe, hagere Gestalt, ein durchgeistigtes Gesicht, eine Persönlichkeit, die man für unfähig hält, ein eigenes irdisches Interesse zu verfolgen und etwas anderes als Gottes Willen und das Heil der Seelen zu wollen, heiliger Eifer und überquellende Liebe, ein edler Anstand im Benehmen, ohne eine Spur von jenen Lächerlichkeiten und Abgeschmacktheiten, zu denen die Frömmigkeit einfältige und plumpe Geister verleitet — so war der Mann.' Ja so war der Mann, dem endlich durch das wohlgelungene Lebensbild Jungnitz's ein schönes literarisches Denkmal gesetzt worden ist, und dem auch diese Zeilen als Zeichen inniger Verehrung und Dankbarkeit eines seiner Schüler gewidmet sind.

Baden-Baden. Adolph Franz.

## XXXVI.

## Die Briefsammlung des seligen Canisius.[1])

Von dieser hochbedeutsamen Publikation ist soeben wieder ein neuer Band erschienen, der sechste, der den fünf ersten, die alle in diesen Blättern besprochen worden sind, würdig sich anreiht. Von irgendeinem Erschlaffen ist bei dem unermüdlichen Herausgeber, P. Otto Braunsberger, nichts zu merken. Es ist immer dieselbe peinliche Genauigkeit in der Wiedergabe der mit großem Fleiße gesammelten Dokumente, immer dieselbe über alles Lob erhabene Sorgfalt in der kritischen Behandlung und Erläuterung der mitgeteilten Texte. Was jüngst ein protestantischer Theologe in der Historischen Zeitschrift, Bd. 109, (1912), 562 dem fünften Bande nachgerühmt hat, darf man mit vollem Recht auch auf den sechsten anwenden: „Es ist eine ausgezeichnete Edition, die in jeder Richtung auf der Höhe steht und der geschichtlichen Forschung neues und reiches Material für das Zeitalter der Gegenreformation in dankenswerter Weise erschließt."

Der vorliegende Band umfaßt die Zeit von August 1567 bis Ende 1571. Aus diesem verhältnismäßig kurzen Zeitraum werden 161 vollständige Briefe nebst 138 Briefregesten geboten. An die von Canisius und an ihn geschriebenen Briefe reihen sich 178 Monumenta Canisiana an, d. h. verschiedene Mitteilungen, die über das Leben und Wirken des seligen Canisius in dem behandelten Zeitraum näheren Aufschluß geben. Der weitaus größte Teil der dargebotenen Briefe war bisher ungedruckt; auch in den bei-

1) Beati Petri Canisii, Societatis Jesu, Epistulae et Acta. Collegit et adnotationibus illustravit Otto Braunsberger, eiusdem Societatis sacerdos. Vol. VI: 1567—1571. Friburgi, Herder. 1913. LXVI, 818 Seiten. gr. 8°. ℳ 30; geb. ℳ 33.



gegebenen Erläuterungen und Mitteilungen werden zahlreiche handschriftliche Quellen verwertet, so daß in aller Wahrheit der Herausgeber „der geschichtlichen Forschung neues und reiches Material erschließt". Über dies neue Material, das sowohl für die Kirchengeschichte überhaupt wie für die Geschichte der Gesellschaft Jesu im besonderen und namentlich für die eigene Lebensgeschichte des Canisius von Bedeutung ist, können hier nur einige kurze Andeutungen gemacht werden.

Daß die Briefe des seligen Canisius bisweilen ein grelles Licht auf die damaligen religiös-kirchlichen Zustände in Deutschland werfen, ist schon früher hervorgehoben worden. Auch die vorliegenden Schreiben enthalten manche Klagen über schlimme Zustände beim Klerus und beim Volke. Wohl waren auf dem Trienter Konzil allerhand heilsame Reformbeschlüsse gefaßt worden. Allein noch im Jahre 1568 mußte Canisius in einem Briefe an den Ordensgeneral klagen, daß die meisten Bischöfe Deutschlands jene Beschlüsse noch nicht promulgiert hätten. Da darf es uns nicht wundernehmen, wenn die Wendung zum Besseren nur ganz langsam sich vollzog. Der „Apostel Deutschlands" ließ indessen den Mut niemals sinken. Im festen Vertrauen auf Gott fuhr er unablässig fort, Bischöfe und Fürsten, Priester und einfache Gläubige an ihre Pflichten zu erinnern. Man höre nur, wie freimütig er einmal (1570) den Kardinal Otto Truchseß, der damals in Rom lebte, beschwor, er möge doch in seine Diözese Augsburg zurückkehren: „Es steht mit dieser Kirche schlimmer, als man in Rom glauben und begreifen mag; und inzwischen belastet ihr Bischof sein Gewissen mit so vielen und so großen Bürden, daß ich mich fürwahr wundern muß, wie er ruhig schlafen kann, namentlich da so viele Tausende von Seelen zugrunde gehen . . . Verzeihen Sie mir, wenn ich frei heraussage, was ich denke, weil ich den Kardinal Otto, meinen Herrn, liebe, weil ich ihm zu besonderem Danke verpflichtet bin. Es wäre mir fürwahr lieber, er lebte ohne dieses Bistum, als daß er sich bloß des Titels erfreue und

die Schafe, von deren Wolle er lebt, so nachlässig weide" (S. 412 f.).

Als Provinzial hatte Canisius auch Gelegenheit, auf seine Mitbrüder einzuwirken. Aber auch im engeren Kreise der Gesellschaft Jesu fehlte es nicht an allerhand Schwierigkeiten. Abgesehen von verschiedenen Querköpfen, wie sie überall sich vorfinden, gab es auch damals schon Apostaten, die nicht nur der Gesellschaft Jesu den Rücken kehrten, sondern sogar zum Protestantismus übertraten, um dann, gemäß dem mittelalterlichen Sprichworte: Omnis apostata est persecutor sui ordinis, den Orden, dem sie angehört hatten, in Schmähschriften zu verunglimpfen. Im Jahre 1569 wurde Canisius des Provinzialamtes entbunden, damit er sich ungestörter wissenschaftlichen Arbeiten widmen könne. Hatte doch Papst Pius V. verlangt, daß er den Magdeburger Centuriatoren entgegentrete. Canisius war freilich mehr ein Mann der Praxis als der Wissenschaft; doch fanden auch seine gelehrten Werke nicht geringe Anerkennung. Er selber legte der literarischen Tätigkeit im Dienste der Kirche eine hohe Bedeutung bei. Wiederholt empfahl er den Ordensobern eine Anzahl Jesuiten auszuwählen und ihnen die Schriftstellerei als Lebensaufgabe zuzuweisen, eine Art von Schriftsteller-Kollegium zu gründen. „Ich glaube kaum," so schrieb er 8. Dezember 1570 an den General Franz Borgia, „daß die Unseren etwas unternehmen und ausführen können, was besser und für das allgemeine Wohl der Kirche förderlicher wäre" (S. 419).

Nicht nur als Schriftsteller, auch auf der Kanzel und im Beichtstuhle entfaltete Canisius immer noch eine segensreiche Tätigkeit, so vor allem zu Augsburg im Jahre 1569. Gerade zu jener Zeit kamen im Hause Fugger mehrere Fälle von angeblicher Besessenheit vor. Da die Jesuiten um Hilfe angesprochen wurden, glaubte auch Canisius die kirchlichen Exorzismen anwenden zu sollen. Großes Aufsehen erregte besonders eine Teufelsaustreibung, die er Anfang 1570 öffentlich in der Gnadenkapelle zu Altötting vornahm. Über diese

Vorgänge hat bereits P. Duhr in seiner Geschichte der Jesuiten (I, 732 ff.) kurz berichtet und P. Braunsberger legt nun darüber die vollständigen Akten vor. Wie P. Duhr treffend bemerkt, teilte Canisius mit den meisten seiner Zeitgenossen eine weitgehende Leichtgläubigkeit. Dies ergibt sich besonders aus seiner Stellung zu den Augsburger Vorgängen. Nicht umsonst ließ ihm der Ordensgeneral Franz Borgia wiederholt die Mahnung zukommen, in bezug auf die Exorzismen Zurückhaltung zu beobachten.

Mit den meisten seiner Zeitgenossen teilte Canisius auch die intolerante Gesinnung. Wohl mahnte er öfters, daß man die Irrenden im Geiste der Milde belehren solle; anderseits forderte er aber auch die katholischen Behörden zu strengen Maßregeln gegen die hartnäckigen Häretiker auf. In einer Predigt, die er am 5. August 1571 zu Innsbruck vor Erzherzog Ferdinand II. über die Worte Christi: Hütet euch vor den falschen Propheten hielt, stellt er es als Pflicht der weltlichen Behörden hin, falschen Lehrern das Handwerk zu legen:

„Dieweil sie von Gott haben und tragen das Schwert, die Frommen damit zu beschützen und die Bösen zu strafen, wie Paulus lehrt, so will Christus ihnen befohlen haben, daß sie neben den geistlichen Häuptern wachen, sorgen und schaffen, daß die einfältigen Schäflein Christi vor den Wölfen ungeschädigt und frei bleiben, auch daß Christi und der Kirche Feinde nicht sollen mit gemeinem Schaden des Volkes gelitten und geduldet werden; denn sie haben einmal zu bedenken, daß, wie der wahre christliche Glaube eine Mutter und eine Erhalterin ist alles Friedens, Gehorsams, der Einigkeit, Zucht, Ehrbarkeit und alles Guten in geistlicher und weltlicher Polizei, also hingegen ist der falsche unchristliche Glaube eine Wurzel, woraus allerlei Zwiespalt, Unfriede und Rebellion, Aufruhr, Frechheit und Mutwille erwächst. Es gehört weltlicher Obrigkeit zu, nicht ungestraft zu lassen, wenn man Geld und Münze verfälscht. Wie soll man dann leiden die Verfälscher göttlichen Worts und christlicher Lehre, zur Verderbung vieler tausend Seelen? Wer

da schmäht und schändet die Obrigkeit, macht sich der Majestäts-beleidigung schuldig und mag an Leib und Leben gestraft werden. Soll es dann jenen geschenkt werden, welche die hoch-würdigen Sakramente verachten, leugnen und verwerfen, Gott in seiner Gespons, der Kirche, in den heiligen allgemeinen Konzilien, in gottseligen Satzungen und Ordnungen wider-streben und auf keine christliche Ordnung der Kirche achten und horchen? Die Obrigkeit kann wohl durch die Finger sehen und die falschen Lehrer einreißen lassen; was Nutz aber daraus erfolgt, haben große Herren und Potentaten zu unserer Zeit wohl erfahren. Deshalb halte ich es mit dem heiligen Augu-stinus, der zuvor dieser Meinung gewesen, man solle die fal-schen Lehrer ungestraft lassen und die christliche Sanftmütigkeit gegen sie üben; hernach aber hat derselbe Augustinus sich ver-ändert und gewaltiglich verteidigt, daß die christliche Obrigkeit mag und soll ihre Gewalt gebrauchen wider solche eigensinnige ungehorsame Christen, die mit falscher neuer Lehre befleckt sind; sagt auch daneben, er habe in der Erfahrung also be-funden, daß die Strenge der weltlichen Herren und Fürsten der Kirche Gottes nützlich und heilsam gewesen sei" (S. 633 f.).

Ähnliche Gedanken entwickelte Canisius in einer spä-teren Predigt vom 16. Dezember 1571, wobei er betonte, daß nichts schädlicher sei, als der falschen Lehre Tür und Tor zu öffnen und die Menschen in ihrem falschen Glauben leben und verderben zu lassen; es gebe auch keine Sünden, die Gott mehr beleidigen als jene, die gegen den Glauben und den kirchlichen Gehorsam begangen werden; zudem werde Ordnung und Friede durch nichts so sehr zerrüttet wie durch Zwiespalt in der Religion (S. 640).

Wollte vielleicht jemand an derartigen Äußerungen des ersten deutschen Jesuiten Anstoß nehmen und sich über die Intoleranz der Männer der „Gegenreformation" entrüsten, wie dies in allerneuester Zeit so oft geschehen ist, so möge er doch nicht vergessen, welchen unduldsamen Grundsätzen die Männer der „Reformation" gehuldigt haben. Belege hiefür finden sich in Hülle und Fülle in der Schrift des







Referenten über Protestantismus und Toleranz im 16. Jahrhundert (Freiburg 1911). Es sei hier nur an einen Ausspruch Martin Bucers erinnert, jenes Straßburger Predigers, dem man so gern „milde Duldung" nachrühmt. In einer Schrift, die Bucer im Jahre 1535 dem Augsburger Magistrat gewidmet hat, bemerkt er unter anderm:

„Soll nicht allweg die Strafe nach der Sünde und dem Schaden, der durch die Sünde geschieht, gemäßigt werden? Weil denn den Menschen auf Erden größerer Schaden nicht mag zugefügt werden, denn durch falsche Religion, wie auch die Menschen keine schwerere Sünde tun mögen, so folgt, daß die Obern die falsche Religion zum allerschärfsten strafen sollen. Da gedenk nun, wie die leiblichen Obern leibliche Diebe, Räuber, Verräter, Mörder, Aufrührer strafen. Ist's nun, wie du bekennst, und einmal also ist, daß Fälschung der Religion allen leiblichen Diebstahl, Raub, Verräterei, Mord, Aufruhr in Sünde und Schaden, der daher kommt, mit nichten zu vergleichen, so sag nun, ob den rechten wahren christlichen Obern der Eifer und Ernst wider die falsche Religion zuviel sein könnte, den Gott in seinem Gesetz (im Alten Testament) geordnet hat?" Noch mehr! „Warum sollten unsere Obern, die für die Ehre Gottes eifriger sein sollen in Strafung der falschen Lehre und des falschen Gottesdienstes, so auch jetzt schwerere Sünde ist, nicht auch strenger sein, denn die Alten?"

In seinen Innsbrucker Predigten vom Jahre 1571 hat Canisius auch einmal von der Berufstreue gehandelt. „Christus", so führte er aus, „hat in dem großen Hause seiner Kirche allerlei Ämter, Dienste und Vokationen." Ein jeder müsse sich nun angelegen sein lassen, in seiner eigenen „Vokation" Christus dem Herrn nach Kräften zu dienen, ohne auf jene, die in einem anderen Stande leben, geringschätzig herabzublicken. „Wer in seiner Berufung ist, soll einen andern in seiner Berufung ungeirret lassen, soll ihn nicht urteilen, tadeln und verachten." „Die Eheleute verachten nicht den jungfräulichen Stand, die Weltlichen erheben sich nicht über die Geistlichen; ein jeder ehre den andern in



seinem Beruf; denn wir wissen nicht, wer Christo am meisten gefällt" (S. 635 f.). In jüngster Zeit ist vielfach behauptet worden, die religiöse Wertung der weltlichen Berufe sei eine Errungenschaft der „Reformation"; selbst das Wort „Beruf" im heutigen Sinne soll eine Neuschöpfung Luthers und den Sprachen der protestantischen Völker eigentümlich sein. Wie unhaltbar derartige Behauptungen sind, hat Referent vor kurzem in einer eigenen Abhandlung: Die Wertung der weltlichen Berufe im Mittelalter, nachgewiesen (Historisches Jahrbuch 1911, 725—755). Nicht nur war der ethische Begriff des Berufes längst vor Luther bekannt und anerkannt, auch die Worte „Ruf", „Berufung", gleichlautend mit „Beruf", waren schon beim Ausbruch der lutherischen Wirren, wie Luther selber und auch Zwingli bezeugen, dem Volke geläufige Ausdrücke. Wenn Canisius vor den katholischen Tirolern die Worte „Beruf" und „Berufung" im Sinne von Lebensstellung gebrauchte, so war er dabei nicht von Luther abhängig, er hat bloß die katholische Tradition fortgesetzt, wie dies auch der Jesuitengeneral Franz Borgia (S. 393), Kardinal Otto Truchseß (S. 506) und schon früher (1545) der Jesuit Claudius Jajus (H. Stoeckius, Forschungen zur Lebensordnung der Gesellschaft Jesu im 16. Jahrhundert II, München 1911, 159) getan haben.

Canisius, der andere so eindringlich zur Erfüllung ihrer Berufspflichten zu mahnen wußte, war selber ein Mann von seltener Berufstreue. Zur Belohnung für die großen Dienste, die er der katholischen Sache leistete, wollte ihn Pius V. zum Kardinal ernennen. Am 13. November 1568 berichtete dem Kaiser Maximilian II. sein römischer Unterhändler: „Man spricht von acht Kardinalsernennungen, die zu Weihnachten statthaben sollen. Bis jetzt werden dafür sechs Namen genannt, darunter der des Jesuiten Canisius. Dieser aber, sagt man, hat von der Sache Wind bekommen, und nun geht er die Kardinäle an, sie möchten Seine Heiligkeit bitten, von seiner Ernennung Abstand zu nehmen; er wolle keine solche Würde, er wolle bleiben, was er sei" (S. 732 f.).



Canisius, der sich eben damals in Rom aufhielt, war am 22. November 1568 selbst beim Papste und verlangte von ihm die Erlaubnis, als einfacher Jesuit nach Deutschland zurückkehren zu dürfen. (Vgl. O. Braunsberger, Pius V. und die deutschen Katholiken, Freiburg 1912, 101.) Nach Ehren und Würden hat der demütige Ordensmann, der schon früher das Bistum Wien abgelehnt hatte, niemals gestrebt. Um so eifriger war er aber bestrebt, seinem Berufe als Jesuit und katholischer Reformator treu nachzukommen. Hierfür legt jeder neue Band seines Briefwechsels beredtes Zeugnis ab.

N. Paulus.

---

## XXXVII.

## Fünf Jahre christliches Ministerium Heemskerk in Holland.

Von Wenzel Frankemölle (Amsterdam).

Im Jahre 1889 eroberten die christlichen Parteien zum ersten Male die Regierungsburg. Für zwei Jahre nur. Die Liberalen regierten wieder bis 1901. Unter Führung Kuypers und Schaepmans errangen die christlichen Parteien aufs Neue die Mehrheit. Das Ministerium Kuyper wurde gebildet. Bei den Neuwahlen lief alles, was sich nur einigermaßen mit der Linken verwandt fühlte, gegen dieses Ministerium Sturm. Die Mehrheit (58) veränderte sich in eine Minderheit (48). Die Linke war eigentlich nicht imstande, ein Kabinett zu bilden, denn sie hing auf Leben und Tod von der Gnade der Sozialdemokraten ab. Trotzdem versuchte man es drei Jahre. Dann mußte die Linke ihre Impotenz, zu regieren, eingestehen. Den äußeren Grund des Zurücktretens des liberalen Ministeriums De Meester bildete die Verwerfung seiner Wehrvorlage in der Zweiten Kammer. Die Rechte



formierte ein christliches Kabinett unter Führung des Antirevolutionären Heemskerk. Anfangs verfügte es im Parlamente nur über eine Minderheit. Aber die Neuwahlen des Jahres 1909 brachten dem Ministerium der Rechten eine noch nie dagewesene Mehrheit. Nach der Stichwahl war das Verhältnis 60:40. Die liberale Niederlage war niederschmetternd. Die alten Manchesterliberalen — einmal die stärkste Partei — wurden dezimiert. Die Freisinnigdemokraten schienen Generäle ohne Truppen geworden zu sein. Und nur die Unionliberalen retteten verhältnismäßig viele ihrer Sitze. Die Sozialdemokraten blieben stationär. Die Frankfurter Zeitung urteilte: „Jetzt ist die Macht des Liberalismus in Holland auf Jahre hinaus gebrochen. Es ist nicht anzunehmen, daß die Linke den Vorsprung, den die Rechte diesmal gewonnen hat, schon bei den nächsten Wahlen wieder gut machen wird." Andere deutsche liberale Blätter sprachen von „einem vollkommenen Zusammenbruch des liberalen Systems".

Das Ministerium Heemskerk schien also unter den obwaltenden Verhältnissen einer rosigen Zukunft entgegenzugehen. Drei katholische Minister saßen in dem Ministerium, der Finanzminister Kolkman, der Justizminister Nelissen und der Verkehrsminister Bevers. Von ihnen starb schon bald der Minister Bevers; und Minister Nelissen, ein von allen Parteien außerordentlich hochgeschätzter Mann, mußte, infolge von Überarbeitung völlig gebrochen, sein Amt niederlegen. Heemskerk ergänzte sein Ministerium durchaus glücklich. Die beiden katholischen Brüder Regout übernahmen die Ministerien des Verkehrswesens und der Justiz. Der letztere ist neulich auf einer Audienz bei der Königin zusammengebrochen und wird sein Amt wohl niederlegen müssen.[1]) Zwei Kriegsminister verlor das Ministerium. General Sabron mußte aus Gesundheitsrücksichten zurücktreten, und sein Nachfolger General Cool wurde in der Zweiten Kammer gestürzt. Dieses Los wurde auch dem Marineminister Wentholdt zuteil. Die

1) Inmittels am 17. Januar gestorben.

Ministerien für Krieg und Marine wurden vereinigt, und als Minister für Landesverteidigung trat unter allseitiger Anerkennung der antirevolutionäre Offizier Colyn, der gerade aus Indien gekommen war, ein. Der Kolonialminister Idenburg wurde von der Königin zum Vizekönig von Ostindien berufen. An seine Stelle trat der Antirevolutionär De Waal de Malefyt in das Kabinett.

Es ist selbstverständlich, daß diese häufigen Personaländerungen dem Ministerium nicht förderlich waren, nicht weil die neuen Minister nicht für ihre Aufgabe befähigt waren, im Gegenteil, sondern weil die neuen Männer sich erst in ihr Ressort einzuarbeiten hatten und dadurch viel Zeit verloren ging.

Das Ministerium Heemskerk hatte ein besonderes Gepräge: es trat nämlich auf als Ministerium der sozialen Gerechtigkeit. Weil die immer in kurzer Zeit sich nachfolgenden neuen Ministerien zu wenig Zeit gehabt hatten, ihre, von der Zeit gebotenen, sozialen Pläne zu verwirklichen, war die ganze soziale Gesetzgebung ins Stocken geraten. Vor allem auf dem Gebiete des Versicherungswesens. Das war auch dem Umstande zuzuschreiben, daß sich für ein bestimmtes Versicherungssystem keine ausreichende Mehrheit hatte auftreiben lassen.

Der soziale Minister in dem christlichen Ministerium wurde Talma, eine erstaunliche Arbeitskraft, ein Mann umfangreichen Wissens. Man könnte ihn den holländischen Posadowsky nennen.

In engem Zusammenhang mit der sozialen Gesetzgebung steht das von der Regierung aufgestellte Programm, die Einfuhrzölle in protektionistischem Sinne zu revidieren. Aus den erhöhten Zolleinnahmen sollen nämlich die Kosten der sozialen Gesetzgebung bestritten werden.

Als zweite Aufgabe stellte sich die Regierung die Organisation der Armee. Das war durch die vorliegenden Umstände geboten. Heemskerk war an die Regierung gekommen, gerade weil er das freisinnige Kabinet De Meester in der



Frage der Landesverteidigung zu Fall gebracht hatte. Er konnte also nicht umhin, seine Aufmerksamkeit auf die Reorganisation der arg im Ungewissen schwebenden Landesverteidigung hinzulenken.

Die dritte Aufgabe war, wenn die Zeit dazu reichte, die Hebung der christlichen Schule.

Diese drei Aufgaben stellte Heemskerk in der ersten Thronrede der neuen Legislaturperiode in den Vordergrund.

Die Katholiken bildeten die stärkste Partei (25 von 100 Sitzen), hatten also das Recht, in der neuen Kammer den Präsidenten zu stellen. Aus taktischen Gründen überließen sie es aber den Christlichhistorischen, aus ihren Reihen den Präsidenten vorzuschlagen. Gewählt wurde Graf von Bylandt. Den zweiten Sitz im Präsidium übernahm der katholische Abgeordnete van Nispen tot Zevenaer, den dritten der Freisinnigdemokrat Drücker. Im vorigen Jahre legte der Präsident aus Gesundheitsrücksichten und auch wohl, weil er sich zu schwach fühlte, die rebellische Linke zu regieren, sein Amt nieder und van Nispen tot Zevenaer wurde zum neuen Präsidenten gewählt. Extrem protestantische Blätter hatten wohl davon gesprochen, daß durch die Wahl eines Katholiken das „evangelische Volksempfinden" gereizt werden würde, und die liberalen Blätter förderten die Hetze aus Leibeskräften, aber es hat keinen Erfolg gehabt, und nach der Wahl ist von einer Gereiztheit des evangelischen Volksempfindens nichts in die Öffentlichkeit gedrungen.

In einer Frage der allgemeinen Politik, nämlich in der Frage der Neuorganisation des Wahlrechtes, war die Regierung untätig. Die Zeit drängt nach dem allgemeinen Wahlrecht. Man kann aber der Regierung keinen Vorwurf daraus machen, daß sie sich mit dieser Frage nicht an erster Stelle befaßt hat. Die oben erwähnten drei großen Aufgaben forderten die ganze Kraft des Ministeriums. Jedoch wurde diese wichtige Frage nicht ganz zurückgestellt. Die Regierung setzte eine königliche Staatskommission ein zur Revision der Verfassung. Holland hat noch immer die ihm

von dem liberalen Minister Thorbecke im Jahre 1848 gegebene Verfassung. Die Mehrheit der Kommission, die hauptsächlich vorschlug, die Rechte der Krone etwas zu erweitern, und der ersten Kammer das Recht, Initiativanträge zu stellen, zugesprochen wissen wollte, konnte über die Wahlrechtsfrage nicht einig werden. Die Altliberalen wünschen das allgemeine Wahlrecht mit Ausnahme von Personen, die aus den Armenkassen unterstützt werden. Die anderen Gruppen der Linken, Unionliberale, Freisinnigdemokraten und Sozialdemokraten, fordern neuerdings ausnahmsloses allgemeines Wahlrecht für Männer und Frauen. Die christlichen Parteien sind in dieser Frage nicht einig. Die Antirevolutionäre wünschen Familienhäupterwahlrecht. Die Katholiken sind dem allgemeinen Wahlrecht nicht abgeneigt. Von den Christlich-historischen weiß man nicht recht, was sie eigentlich wünschen. Auch über die Einführung der Proporzwahl unterhandeln die Parteien der Rechten. Die Kommission überließ es der Regierung, eine geeignete Formel zu finden. Die Regierung hat ihre Stellungnahme und auch die weitere Behandlung der Verfassungsrevision in die folgende Legislaturperiode verschoben. Es ist aber bekannt geworden, daß die Regierung allmählig ein ziemlich allgemeines Wahlrecht einführen will.[1])

Die Sozialdemokraten, die seit ihrem Jahreskongreß in Deventer im Jahre 1909 in Revisionisten und Orthodoxmarxisten verteilt sind und zwei Parteien bilden, machen emsig für das allgemeine Wahlrecht beider Geschlechter Propaganda. Um ihrer Propaganda Kraft zu geben, demonstrieren sie in den letzten Jahren am dritten Dienstag im September, am Tage, da die Königin das Parlament eröffnet, in der Residenz. Sie haben diesen nationalen Dienstag auf den

---

1) Inzwischen ließ die Regierung der Kammer einen Gesetzentwurf betr. die Abänderung der Verfassung zugehen. Der Entwurf beseitigt das allgemeine Wahlrecht und führt ein Wahlrecht der Väter und Familienoberhäupter ein. (Köln. Volkszeitung vom 6. Februar 1913 Nr. 107.)

Namen „roten Dienstag" getauft. Im Jahre 1911 überreichten sie dem Ministerpräsidenten an diesem Tag eine Riesenpetition. Dieser ließ die Delegierten der Sozialdemokraten von einem Portier empfangen. In der Kammer brachte der Führer der Sozialdemokraten dann einen Dringlichkeitsantrag ein, das allgemeine Wahlrecht sofort einzuführen. Als die Rechte sich weigerte, diesen Antrag zu behandeln, machten die Sozialdemokraten eine Zeit lang Obstruktion und lähmten die Arbeit des Parlaments.

Im Jahre 1912 verbot der Bürgermeister vom Haag den roten Umzug. Die Sozialdemokraten versuchten trotzdem zu demonstrieren. Aber ein kleines Polizeiaufgebot genügte, sie auseinander zu treiben. Troelstra, ihr Führer, erklärte am selbigen Tage, die friedlichen Mittel seien nunmehr erschöpft, das folgende Mal werde es nicht ohne Blut abgehen.

Die Finanzlage des Staates erforderte in dieser Finanzperiode die größte Vorsicht. Die Regierung brachte Entwürfe ein über die Revision der Zolltarife, die Erhöhung der Erbschaftssteuer, die Einführung einer Alkohol- und Tabaksteuer und einer allgemeinen Einkommensteuer. In den fünf Jahren Amtszeit des Finanzministers Kolkman hat die Finanzlage des Staates sich sehr gehoben.

Der Zustand der ausgedehnten Kolonien war sehr befriedigend. Die Politik, welche die Regierung für die überseeischen Besitzungen verfolgt, übte einen außerordentlich günstigen Einfluß auf die Entwicklung von Handel und Verkehr aus und läßt einen dauernden wirtschaftlichen Aufschwung erwarten. In Ostindien kamen ernste Zusammenstöße vor mit den zahlreich sich dort befindenden Chinesen, weil das indische Gouvernement sich vorderhand weigerte, die chinesische Republik, die noch von keiner europäischen Macht anerkannt worden ist, anzuerkennen. Die Linke tritt in der Kammer auf als der Anwalt der Chinesen. Diese zeigen sich dankbar und haben große Geldsummen für den Wahlfonds der Linken zur Verfügung gestellt! In der



Kammer bekämpft die Linke aus allen Kräften die von der Regierung in Indien teilweise befolgte christliche Schulpolitik.

Die auswärtige Politik des Ministeriums Heemskerk bewegte sich in festen Linien.

Der König der Belgier und der Präsident der französischen Republik besuchten die Königin in Amsterdam. Die Königin erwiderte die Besuche offiziell in Brüssel und Paris. Bei dem letzten Besuch fiel es auf, daß die Königin einerseits erklärte sich glücklich zu fühlen, weil französisches Blut in ihren Adern fließe, und daß sie anderseits inmitten der französischen Feinde des Christentums ihren Glauben an Christus öffentlich bekannte. Weiter ist es sehr bemerkenswert, daß die Königin den Besuch Fallières sofort erwiderte, während sie zwei offizielle Besuche des Deutschen Kaisers in Amsterdam bis jetzt unerwidert ließ.

Im Jahre 1909 trat Holland auf Vorschlag des damaligen deutschen Staatssekretärs des Auswärtigen, Baron von Schoen, dem Nordseeabkommen bei. Es würde falsch sein zu behaupten, daß für diesen Beitritt große Begeisterung vorhanden gewesen sei. Im Gegenteil, im Parlamente fand die betreffende Vorlage großes Mißtrauen. Der Minister des Äußeren konnte sie nur zur Annahme bringen, indem er erklärte, daß für Holland aus diesem Abkommen keine geldlichen Verpflichtungen erwachsen würden. Der Senator van Heeckeren schlug vor, Holland neutralisieren zu lassen und die Neutralität unter Garantie Deutschlands und Englands zu stellen. Dieser Antrag weckte in dem Lande einen Sturm der Entrüstung, und der Minister des Äußeren wies ihn mit außerordentlich scharfen Worten zurück.

Eine schwierige, noch immer nicht gelöste Frage, ist die der Rheinschiffahrtsabgaben. Die holländische Regierung beruft sich für ihre absolut ablehnende Haltung auf den Vertrag vom 17. Oktober 1868 (genehmigt durch das Parlament am 4. April 1869), dessen bezüglicher Artikel 3 sagt, daß innerhalb der Gebiete der vertragschließenden Parteien auf Grund der Tatsache der Ausübung der Schiffahrt weder



von Schiffen, ihren Ladungen, noch von Flößen auf dem Rhein und seinen Nebenflüssen Gebühren erhoben werden dürfen. Nach Artikel 7 ist der Transitverkehr auf dem Rhein frei. Nach Artikel 27 haben die Vertragschließenden in ihren Häfen die Einrichtungen zum Laden und Löschen sowie zur Unterbringung der Güter in Schuppen in gutem Stande zu halten; die Kosten dafür, aber diese und nicht mehr, können durch Erhebung von Gebühren aufgebracht werden. Man weiß in Deutschland, wie viel die Niederlande, ohne Zölle und Abgaben zu erheben, für die Verbesserung des Rheins tun; die Vertiefung der Waal ist ein neuer Beweis für Hollands uneigennütziges Verhalten in dieser Sache. Kann Deutschland nicht das Gleiche tun? Kann es nicht ohne Beihilfe Main und Neckar schiffbar machen? Und nicht auch für die nötigen Verbesserungen in der Fahrrinne des Rheins sorgen? Diese Fragen werden in den beteiligten Kreisen Hollands immer wieder erhoben. Die „Nieuwe Rotterdamsche Courant" führte neulich aus, daß die vom deutschen Bundesrat genehmigte Vorlage über die Schiffahrtsabgaben für Holland unannehmbar sei. Eine Mitwirkung Hollands sei nur auf zweierlei Art denkbar. Es könnte sich dem neu zu errichtenden Rheinstrombauverband anschließen und als dessen Mitglied die nämliche Stimmenzahl wie Preußen erhalten. Aber ein unabhängiger Staat könne einer Korporation nicht beitreten, die mit Stimmenmehrheit über seine Lebensinteressen entscheide. Dabei könnten die Befugnisse des Rheinstrombauverbandes später erweitert werden, und Holland könnte dadurch immer mehr in eine unerwünschte politische Berührung mit deutschen Angelegenheiten kommen. Der zweite Fall wäre, daß Holland dem Verbande nicht beiträte, aber das Minimum der Schiffahrtsabgaben bewilligte und sich zu jedem Beschluß des Strombauverbandes seine Zustimmung vorbehielte. Dann könnte aber, wie das führende und anscheinend offiziös inspirierte Blatt selbst einwendet, jeder Beschluß des Verbandes von Holland unwirksam gemacht werden. Darum lehne Holland lieber jetzt den deutschen

Antrag ab, damit sich nicht ständige Unannehmlichkeiten ergäben. Wie man sich Hollands Mitwirkung am Rheinstrombauverbande auch denke, so seien, abgesehen von der Prinzipienfrage, die Schiffahrtsabgaben für Holland durchaus unannehmbar. Die Regierung bleibt auch energisch auf ihrem ablehnenden Standpunkte beharren. In der Zweiten Kammer wandte der Minister des Auswärtigen hinsichtlich dieses Standpunktes die Worte des Wappens an: Je maintiendrai. Er weiche keinen Zoll breit von seinem Standpunkte ab, daß ein freier Rhein ein vitales Interesse für die Niederlande bilde. Mögen die Staatsmänner beider Nachbarländer eine für beide Parteien annehmbare Lösung finden.

(Schluß folgt.)

## XXXVIII.

## Der Balkan den Balkanvölkern.

— 23. Februar.

Lebt Baron Nikolai Kaulbars noch? Wenn ja, so muß er hellauf gelacht haben, so laut, daß man es fast in ganz Europa hätte hören müssen, als er am 14. Februar in der russisch-offiziösen „Rossija" zu lesen bekam, es sei von jeher das politische Programm Rußlands gewesen, daß die Balkanhalbinsel von den Balkanstaaten beherrscht werden müsse, und daß für die Aufrichtigkeit, mit welcher Rußland die Verwirklichung dieses Programms anstreben werde, die unwandelbare Ausführung seiner glorreichen historischen Mission bürge. Auch wenn Nikolai Kaulbars schon tot sein sollte, so hat er gewiß im Grabe noch über den ergötzlichen Spaß des Petersburger Blattes herzlich gelacht.

Wie war denn nur die Geschichte, welche den Namen Kaulbars so bekannt gemacht hat? Der erste Fürst von



Bulgarien, Alexander von Battenberg, hatte zwar zwei Russen in seine Regierung aufgenommen: Sobelew und Alexander Kaulbars, den jüngeren Bruder des oben genannten Nikolai Kaulbars. Außerdem befanden sich in der neu gebildeten bulgarischen Armee zahlreiche russische Offiziere. Da aber Fürst Alexander nicht genau so regierte, wie man es in Petersburg wünschte, schieden die beiden genannten Russen aus dem bulgarischen Ministerium aus. Etwas später trat dann doch wieder ein anderer Russe (Fürst Kantakuzen) als Kriegsminister ins bulgarische Ministerium ein. Aber auch das war nicht von langer Dauer. Fürst Alexander akkommodierte sich der ohne sein Wissen und Willen durch einen Putsch herbeigeführten Vereinigung Ostrumeliens mit Bulgarien und in dem darüber ausgebrochenen Krieg mit Serbien verschaffte er der noch ganz jungen bulgarischen Armee die ersten Lorbeeren. Rußland beschloß seinen Sturz. Der Metropolit Klement, mehrere Offiziere und der ewig unzufriedene Streber Zankow bildeten eine Verschwörung. Der Fürst wurde nachts überfallen und in der nächsten russischen Donaustation Reni den russischen Behörden ausgehändigt. Diese ließen ihn nach einigen Tagen frei, und er wollte über Galizien in seine Heimat sich begeben. In Lemberg traf ihn die Rückberufung nach Bulgarien. Eine Gegenrevolte unter Führung Stambulow's hatte stattgefunden. Der zurückkehrende Fürst wurde auf dem ganzen Wege von Rustschuk bis Sofia jubelnd empfangen. Am nächsten Tage richtete er ein sehr unterwürfiges Telegramm an den Zaren. Der Zar antwortete sehr ungnädig, mißbilligte die Rückkehr des Fürsten, und der Schluß des Telegramms war: „Ew. Hoheit werden zu würdigen wissen, was Sie zu tun haben." Fürst Alexander dankte daraufhin definitiv ab. Die interimistische bulgarische Regentschaft beschloß die Einberufung der großen Sobranje zur Neuwahl eines Fürsten. Das war Rußland wieder nicht recht. Jetzt wurde der bisherige russische Militär-Attaché in Wien, eben der eingangs genannte Baron Nikolai Kaulbars, nach Bulgarien geschickt, um die dortigen



Verhältnisse nach den Wünschen Rußlands zu ordnen. Kaulbars trat in Sofia sofort als der Herr des Landes auf. In seiner Ansprache an die Russenfreunde behandelte er die Regenten und Minister so ungefähr als Landstreicher und Kanaillen, richtete ein Rundschreiben an die russischen Konsuln im Lande mit Angriffen gegen die Regierung und stellte dann an diese letztere folgende drei Forderungen: Aufhebung des Belagerungszustandes, Verschiebung der Sobranjewahlen und Enthaftung der Teilnehmer an der Verschwörung gegen den Fürsten. Mit der letzteren Forderung war nun öffentlich und amtlich konstatiert, daß die Verschwörer nur die Werkzeuge der russischen Politik gewesen waren. Dann trat Kaulbars eine Rundreise durch das Land an, hielt da und dort öffentliche Ansprachen, in denen er ganz öffentlich Volk, Beamte und Offiziere gegen die Regierung aufreizte, und stiftete Komplotte unter den Offizieren an. Das ging nahezu zwei volle Monate so fort: vom 25. September bis 20. November 1886. Die Bulgaren und die Großmächte hatten Rußland geduldig, wenn auch mit steigender Verwunderung gewähren lassen. In Österreich tagten damals die Delegationen. Man war begreiflicher Weise jeden Tag auf eine Explosion des Unwillens gegen diese Art der Befreiung der Balkanbevölkerung gefaßt. Aber erst am Tage der endlichen Abreise Kaulbars' von Sofia ließ Graf Kalnoky, der damalige Minister des Äußern, einige Worte des Unmutes fallen. Die von Kaulbars aufgegebenen Treibereien wurden übrigens dann vom Gesandten Hitrowo von Bukarest aus noch lange fortgesetzt und ein außer Dienst getretener russischer Offizier Nabikow machte in Burgas sogar einen Versuch, russische Freiwillige zu landen. Es waren mit der Abberufung Kaulbars nur die Personen und die Aktionsplätze gewechselt worden. . . .

An diese Episode — man könnte auch andere anführen — mußte erinnert werden, weil in diesen Blättern und an dieser Stelle die russische Orientpolitik auch der jüngeren Zeit wiederholt anders beurteilt worden ist, als die zitierte Äußerung



der „Rossija“ sie jetzt anfgefaßt wissen will. Wenn die verschwörerische Verdrängung des ersten Bulgarenfürsten und die nachgefolgte Mission Kaulbars wirklich nur den Zweck hatten, den Balkan den Balkanvölkern zu sichern, so wird das öffentliche Urteil gewiß mit uns darin übereinstimmen, daß die angewendeten Mittel mit dem angegebenen Zweck in schreiendem Widerspruch standen.

Kommen wir aber zur Sache, worüber wir eigentlich handeln wollen.

Die Petersburger „Rossija“ ist zu dieser Äußerung durch einen Artikel des Wiener „Fremdenblatt“ veranlaßt worden, worin die Mission des Prinzen Hohenlohe an den Petersburger Hof und, daran anknüpfend, die österreichische Orientpolitik erläutert wurden. Prinz Godfried Hohenlohe, mit einer Tochter des Armee-Inspektors Erzherzog Friedrich vermählt, ist Anfang Februar mit der Aufgabe betraut worden, ein Handschreiben des Kaisers Franz Josef an den Kaiser von Rußland zu überbringen. Die Wahl des Boten erwies sich als eine ganz glückliche. Denn dasselbe ehrenvolle Vertrauen ist dem Prinzen auch seitens des Kaisers von Rußland erwiesen worden, indem ihm auch die Überbringung der Antwort des Zaren anvertraut wurde. Die Tatsache dieses Handschreibenwechsels zwischen den Monarchen der beiden großen Reiche ist zweifellos das bedeutsamste Ereignis der jüngsten Zeit. Es ist völlig ausgeschlossen, daß über den wirklichen Inhalt der beiden Handschreiben in absehbarer Zeit etwas Näheres bekannt gegeben werden wird. Die indiskreten Versuche der französischen Presse, den Inhalt der Antwort des Zaren zu erraten, sind von höchstoffiziöser Petersburger Stelle sofort sehr deutlich znrückgewiesen worden. Aber schon die Tatsache selbst, wie gesagt, ist bedeutsam. Sie bewies zunächst, daß wenigstens bis zu diesem Zeitpunkt die Beziehungen der beiden Höfe ungetrübt geblieben waren. Über das Weitere gibt dann eben der Artikel des „Fremdenblatt“ die Erläuterung, daß zwischen Österreich und Rußland tatsächlich politische Meinungsverschiedenheiten aufgetaucht

waren, die vielleicht auch die Beziehungen zwischen den beiden Höfen hätten trüben können, daß aber die Mission des Prinzen Hohenlohe gerade den Zweck hatte, das Übergreifen dieser Divergenzen auf die Beziehungen der beiden Höfe zu verhüten, und daß die Mission Hohenlohe diesen Zweck auch erfüllt hat. Das will offenbar sagen: die Mission Hohenlohe hat es ganz zweifellos gemacht, daß auch der russische Hof, ganz ebenso wie der österreichische, die aufgetauchten politischen Meinungsverschiedenheiten in durchaus freundschaftlicher Weise zu behandeln und zum Austrag zu bringen gewillt ist; es werden also die beiden Höfe darüber wachen, daß ihre Regierungen die schwebenden Differenzen nicht nur nicht verschärfen, sondern im Gegenteil immer mit der Tendenz nach einer freundschaftlichen Verständigung behandeln. — Diese Erläuterung, wenn wir sie richtig aufgefaßt haben, ist zunächst völlig ausreichend und durchaus beruhigend. Ganz konsequent, weil nämlich die Initiative von österreichischer Seite ausgegangen war, war es auch die österreichische Seite, welcher es zukam, über den Vorgang die entsprechende Aufklärung zu geben.

Der Artikel des „Fremdenblatt" geht dann auch auf die Frage der Meinungsverschiedenheiten selber ein, spricht aber hier nicht mehr von den Beziehungen der Höfe, sondern von jenen der beiden Regierungen. Und da erklärt das offiziöse Wiener Organ nachdrücklich, daß das Balkanprogramm der österreichischen Regierung seit Jahrzehnten dahin gegangen ist, daß der Balkan von unabhängigen Balkanvölkern beherrscht werden solle. Dieses Programm sei jetzt der Verwirklichung nahe gebracht und damit seien auch die einstigen Quellen des Zwistes zwischen Wien und Petersburg endgiltig verschüttet. Bei den etwa noch vorhandenen Divergenzen handle es sich eigentlich nicht mehr um reale Interessengegensätze, sondern eher um Überbleibsel aus einer früheren Vergangenheit, die durch die Ereignisse der letzten Monate überholt worden sei.

Von diesen Ausführungen also hat die Petersburger



„Rossija" Anlaß genommen, auch die Grundsätze der russischen Balkanpolitik zu entwickeln. Auf die Handschreiben selber ist das russische Blatt, offenbar aus dem angegebenen Grunde, nicht eingegangen, sondern es hat sich blos an den zweiten Teil des „Fremdenblatt"-Artikels gehalten. Den da entwickelten Ideen nun stimmt die „Rossija" vollkommen bei und behauptet, sie hätten Rußland stets als Grundlage seines Verhältnisses zu den Balkanstaaten gedient, denn das politische Programm Rußlands wurzle gleichfalls in der tiefen Überzeugung, daß die Balkanhalbinsel von den Balkanstaaten beherrscht werden müsse, sowie in der Überzeugung, daß mit der allgemeinen Anerkennung dieses Prinzips und dessen realer Anwendung bei der Entscheidung entstehender politischer Fragen die Ursachen zu Reibungen zwischen Rußland und Österreich-Ungarn von selbst wegfallen. Für die Aufrichtigkeit, mit welcher Rußland die Verwirklichung dieses Programms anstreben werde, bürge die unwandelbare Ausführung seiner glorreichen historischen Mission.

Es könnte auffallen, daß das russische Blatt konsequent von Balkanstaaten spricht, während das österreichische Blatt ebenso konsequent von Balkanvölkern gesprochen hat. Da aber Rußland der Konstituierung eines unabhängigen neutralen Albanien bereits zugestimmt hat, so wird man in dieser terminologischen Verschiedenheit wohl auch nur eines jener Überbleibsel erblicken müssen, von denen das österreichische Blatt gesagt hat, daß sie aus einer früheren Vergangenheit stammen und durch die Ereignisse der letzten Monate überholt worden sind. Also ist, wenn man überhaupt aus den Auslassungen anerkannt offiziöser Blätter Schlüsse ziehen darf, jedenfalls so viel klar, daß die beiden in Rede stehenden Regierungen in den wichtigsten Gesichtspunkten über die Behandlung der Balkanfragen jetzt völlig einig sind. Der Balkan soll den Balkanvölkern gehören, und dieselben sollen sich dort friedlich und unabhängig entwickeln können. Ein Vorbehalt muß aber allerdings noch hervorgehoben werden, und derselbe betrifft einen bisher





noch nicht erwähnten Passus des „Fremdenblatt"-Artikels, den Satz nämlich: „Infolge der jüngsten Entwicklung ist die Grenze zwischen Orient und Occident noch weiter zurückgeschoben und die ganze Balkanhalbinsel tritt in den Bereich der westeuropäischen Völkerfamilie." Das ist wohl etwas voreilig gesprochen. Gewiß hat sich in Westeuropa trotz Protestantismus und Anglikanismus ein gewisses historisches Gemeinsamkeitsgefühl und auch Gemeinsamkeitsbewußtsein erhalten. Aber der Riß, den das orientalische Schisma hervorgebracht hat, ist in manchen Beziehungen leider tiefer gegangen, als es selbst durch die sogenannte Reformation geschehen ist. Es ist darum auch schwerlich ohne Absicht gewesen, daß die „Rossija" in ihrer Antwort immerfort nur von „politischen Fragen" und vom „politischen Programm Rußlands" gesprochen hat. In dieser Beziehung wird man zufrieden sein müssen, wenn Rußland nicht auch die Kirchenfrage zu einer politischen, nämlich zu einer weltlichen Machtfrage zu machen gedenkt, und es ist auch kaum eine künstliche oder gezwungene Deutung, wenn man sagt, das stehe im „Rossija"-Artikel so zwischen den Zeilen geschrieben.

Der Balkan den Balkanvölkern, diesen Grundsatz, gleichviel wer ihn zuerst aufgestellt haben mag, dürfen wir also jetzt als den gemeinsamen Boden bezeichnen und betrachten, auf dem sich die österreichische und russische Regierung bei Behandlung der Balkanfragen bewegen und begegnen werden. Und da diesen Grundsatz soeben — in seiner Kammerrede vom 22. Februar — auch der italienische Minister Graf San Giuliano wiederholt hat, da ferner demselben gewiß auch das Deutsche Reich zustimmt und er wohl auch von England und Frankreich unterstützt werden dürfte, so wäre ja das europäische Konzert diesmal in seiner doppelten Bedeutung hergestellt. Allerdings gibt es auch hier schon wieder eine störende Einstreuung. Sie kommt von Frankreich. In der französischen Presse — es ist an dieser Stelle schon darauf hingewiesen worden, und in Auslandsfragen ist es nur ein kleiner Teil der französischen Presse, den man




nicht als mehr oder weniger offiziös betrachten darf — in der französischen Presse also tritt immer deutlicher das Bestreben hervor, aus dem Balkanbund eine Art neuer Großmacht zu formieren und der französisch-englisch-russischen Tripel-Entente anzugliedern, wodurch diese zu einer Quadrupel-Entente erweitert würde. Und wenn jetzt der bekannte Herr Delcassé wirklich als französischer Botschafter nach Petersburg geht, so ist diese erste Maßnahme des neuen französischen Ministers des Äußern und des ebenso neuen Republikpräsidenten am allerwenigsten geeignet, als energisches Dementi für diese Ein- und Ausstreuungen zu dienen. Es verschlägt dabei wenig, wie groß oder wie gering die Chancen dieses Projektes sind, zur ernsten Gefährdung des gedeihlichen Verlaufes der schwebenden Balkanverhandlungen genügt es vollkommen, wenn die Aktionen Frankreichs fortdauernd von solchen und ähnlichen Hintergedanken geleitet werden.

Der Schwierigkeiten in der praktischen Ausführung des Grundsatzes, daß der Balkan den Balkanvölkern gehören solle, gibt es ohnehin noch übergenug. Auch ohne Neben- und Hintergedanken werden über die neuen Grenzen, die den schon bestehenden Balkanstaaten zu ziehen, und über die Gebiete, die dem neuen Albanien zuzuweisen wären, nur zu oft Meinungsverschiedenheiten auftauchen und nicht immer mit der wünschenswerten Raschheit durch ein Kompromiß gelöst werden können. Man liest ja jetzt in allen großen Blättern fast tagtäglich irgend eine Kundgebung über irgend eine dieser Fragen. Nicht blos die mehr oder weniger kompetenten Politiker, auch die Ökonomisten, die Historiker, die Geographen und schon gar die Ethnographen appellieren ohne Unterlaß an die Öffentlichkeit. Und die weitaus größte, aber auch weitaus unfreundlichste Aufmerksamkeit finden die österreichischen Vorschläge bezüglich der Abgrenzung Albaniens. Griechen, Montenegriner und Serben, auch Italiener, schreiben sich die Finger wund, um nachzuweisen, daß im Süden Albaniens alles den Griechen, im Osten alles den Serben und im Norden alles den Montenegrinern gebührt. Just



daß den Albanern noch etwa die kahlen Rücken und finstern Schluchten des Pindus belassen werden. Zuerst kommen, wie heutzutage natürlich, die sogenannten nationalen Gründe, wenn und wo aber diese nicht ausreichen oder sich widerhaarig erweisen, so nimmt man zu historischen Gründen seine Zuflucht, eventuell kommen dann die geographischen und wieder ein anderes Mal die ökonomischen Gründe zu höchsten Ehren. Mehr als das westliche Europa ist der Balkan von verschiedenen Völkerschaften durchzogen worden. Um bei Albanien stehen zu bleiben: abgesehen von den alten Griechen, Römern und Byzantinern haben hier zeitweilig Goten, Serben, Bulgaren, Normannen, Bosnier, Venezianer und Türken, zum Teil wiederholt und abwechselnd geherrscht. Umgekehrt haben dann wieder die Albaner über Serben ꝛc. geherrscht. Natürlich war auch die jeweilige Ausdehnung der Herrschaft eine sehr verschiedene: sie erstreckte sich im einen Falle bloß auf den Norden, im anderen Falle bloß auf die Meeresküste usw. Allbekannt aber ist, daß jene Albaner, die sich in die Schluchten der Gebirge geflüchtet hatten, von den Türken selbst bis in die neueste Zeit nie völlig unterworfen werden konnten. Alle diese Herrscher nun haben Spuren ihrer Herrschaft zurückgelassen, wenn dieselben auch heute kaum mehr sicher erkenntlich sind. Das gilt natürlich auch von der Bevölkerungsmischung. Damit aber nicht genug, insbesondere mit dem Einbruch der Türken ist auch der Nationalitätenbegriff geändert worden. Die Einwohner, welche den Islam annahmen, wurden gewöhnlich den Türken selbst gleichgehalten, die anderen aber wurden angewiesen, sich einem der Patriarchate (griechisches, serbisches, auch bulgarisches) anzuschließen. Der Anschluß an ein solches nationales Patriarchat brachte aber die selbstverständliche Notwendigkeit mit sich, auch die betreffende Sprache sich anzueignen. Und das hatte dann wieder zur Folge, daß die betreffenden Familien zur griechischen oder serbischen ꝛc. Nationalität gerechnet wurden, dies nicht bloß von den herrschenden Türken so, sondern auch von der betreffenden Natio-



nalität, und schließlich gewiß nicht selten auch von den Nachkommen dieser Familien selber.

Jüngst sind wir in diesen Blättern von zwei Fachmännern über sehr interessante geologische und archäologische Probleme unterhalten worden. In unserem Falle sind die Schichtenlagerungen und deren organische Einschlüsse natürlich noch viel schwerer festzustellen und zu unterscheiden, um so schwerer, weil hier vielfach Teile einer und derselben Schichte durch menschliche Eingriffe den Charakter einer ganz anderen Schicht erhalten oder angenommen haben. Immerhin ist offenbar ein gewisser Grundstock überall erhalten geblieben, und um diese Grundstöcke sollen nun die übrigen Teile gruppiert werden. Nur darf dabei weder das historische, noch das rein sprachliche Moment über Gebühr in den Vordergrund geschoben werden. Man kommt sonst zu den lächerlichsten Resultaten, wie gerade die außerordentlich lebhafte Diskussion beweist, die jetzt wegen Albaniens geführt wird.

Als eifrigster Anwalt der Albaner tritt der egyptische Prinz Fuad Pascha auf, der selber albanischer Abstammung zu sein behauptet und in manchen Blättern als voraussichtlicher oder möglicher zukünftiger Fürst oder Gouverneur des neuen Albanien bezeichnet worden ist. Fuad Pascha hat wiederholt im Pariser „Temps“ dargelegt, daß die Grenzen Albaniens so und so weit gezogen werden müßten. Er ist dabei, wie es scheint, über das österreichische Projekt noch ziemlich weit hinausgegangen. Da hat sich ein serbischer Publizist, der sich im „Temps“ Yakchitch schreibt und vom „Temps“ seinen Lesern als Doktor der Pariser Universität und Verfasser einer von der französischen Akademie preisgekrönten Schrift vorgestellt wird, gefunden, der mit einer Menge hauptsächlich historischer Daten zu Felde gezogen ist, die an sich allesamt sehr interessant sind, nur leider zur Sache selbst mindestens ebensowenig, vielleicht noch viel weniger beweisen als die Argumente des Albanesenanwalts. Fuad Pascha hatte sich auf den sprachlich-nationalen Stand-



punkt gestellt und gegen den historischen Standpunkt der Serben im voraus bemerkt, daß von diesem historischen Standpunkt aus beispielsweise die heutigen Herren von Rom als Nachfolger der alten Römer gleich auf das halbe Europa Anspruch erheben könnten. Dagegen wendet nun Dr. Jakchitch ein, nach der nationalen Theorie Fuads müßte eigentlich der ganze Balkan inklusive ganz Griechenland albanisch werden, denn noch vor etwa achtzig Jahren habe man in Athen an den Abhängen der Akropolis fast nur albanisch gesprochen, und auch heute noch heiße ein Teil von Athen die Albanesenstadt. Selbst die Heimatsorte der griechischen Freiheitshelden Kanaris und Miaulis hätten heute noch das Albanesisch als Muttersprache. Sogar in Lyzien (Kleinasien) gebe es ansehnliche albanische Ortschaften und in der Gegend von Erzerum brächten die Mütter ihre kleinen Schreihälse dadurch zum Schweigen, daß sie ihnen sagen, sonst werde sie der Arnaute holen. Nach der historischen Theorie des Dr. Jakchitch haben die Albaner immer nur an den Hängen des Pindus gehaust. Wenn sie von dort herabkamen, so taten sie es nur wie Wildbäche, die verheerend und verwüstend in die blühenden serbischen Gefilde und zeitweilig auch noch darüber hinaus, wohl gar bis gegen Erzerum sich ergossen. Die Täler des schwarzen und weißen Drin, vom Hochplateau Kossowo ausgehend, hätten das Herz des einstigen Großserbien gebildet. Nur ein kleiner Teil der dortigen Serben sei seinerzeit nach Österreich ausgewandert, die Mehrzahl sei zurückgeblieben, wie denn auch Kirchen, Klöster und Schulen bis heute serbisch geblieben seien usw.

Es wird ja manches Wahre in dieser Darstellung sein. Aber in der Hauptsache findet man darin — selbst abgesehen von den Zeiten Skanderbegs, den übrigens Jakchitch auch für die Serben reklamiert — keine recht befriedigende Erklärung. — Wie entsteht eine Kanone? wurde ein Kadett gefragt. Prompt antwortete der: Man nimmt ein Loch und gißt Metall herum. Wie entsteht ein Gebirgsvolk? fragen wir uns. Nach dem Muster des Kadetten wäre die Ant-



wort etwa: Man nimmt eine große Bodenerhebung und setzt Menschen darauf. Es ist ja auch möglich, daß dereinst noch ein alter römischer Klassiker, etwa Cajus Mucius Servius mit Namen, entdeckt wird, der erzählt, die Albaner kämen mit dem Schnee auf den Pindus herabgefallen und hießen darum, weil der Schnee weiß ist, die Albaner. Diese Schneemassen stürzten dann zeitweilig in Form von Wildbächen und die Albaner als Banden von Raub- und Mordgesellen zu Tale. Aber selbst wenn ein solcher Klassiker noch entdeckt würde, man würde ihm heutzutage nicht mehr glauben. Denn heutzutage gehen die Menschenkinder gewöhnlich von unten auf die Berge. Einmal also müssen die Gebirgsalbaner doch herunten in den fruchtbaren Tälern gewesen sein, die jetzt von Griechen, Serben und Montenegrinern so heiß begehrt werden. Und wenn sie in die schwer zugänglichen Schluchten des Pindus sich hinaufgezogen haben, so ist dies sicherlich nicht ganz freiwillig geschehen. Auch werden gewiß eine Anzahl Albaner unten zurückgeblieben, von den Eroberern nach damaliger Sitte oder Unsitte geknechtet, und — natürlich nur beispielsweise gesagt — von den Serben zu Serben, von den Bulgaren zu Bulgaren gemacht worden sein. Und auch die auf die steilen Hänge und in die finsteren Schluchten des Gebirges sich geflüchtet haben, sind gewiß nicht blos aus touristischem Interesse, etwa weil sie sich an den pittoresken Schluchten nicht satt sehen konnten, ein paar hundert Jahre dort sitzen geblieben. Die Geschichte dieser Gegenden dürfte sich also wohl anders, vielleicht viel anders abgespielt haben, als der serbische Doktor der Pariser Universität sich zusammengedichtet hat, der offenbar auch einer der geistigen Urheber des Memorandums ist, das Serbien der Londoner Botschafterkonferenz unterbreitet hat.

Diese Albanesenverkleinerer wissen auch nicht genug von deren Barbarei zu erzählen. Darüber ist gewiß auch wirklich viel zu erzählen. Immerhin werden auch Lichtpunkte berichtet. Der eigene Korrespondent des „Temps", Labranche,







berichtet von einer Begegnung mit einem Albanesenführer, der englisch und französisch sprach und ihm zum Beweise dafür, daß der Ort Delvinachi noch zu Albanien und nicht zu Griechenland gehöre, eine Stelle in Byrons „Child Harold" vor Augen legte. Und auch Yakchitch selbst muß einmal die Galanterie der Albanesen hervorheben, die, wo sie die Macht hatten, wohl gegen die serbischen Männer sehr rücksichtslos verfuhren, dagegen den serbischen Frauen wenigstens zu gewissen Zeiten völlig freie Passage auf den Markt gewährten. Aber auch ohne diese Galanterie können die Albanesen den Vergleich mit den berüchtigten bulgarischen &c. Komitatschis gewiß noch aushalten.

Man könnte an solchen an und für sich ja doch nur theoretischen Exkursionen mit einem kurzen Seitenblick vorübergehen, wenn von diesen Ideen nicht die Bajonette und Geschütze vor Skutari, Janina und Adrianopel in Aktion gesetzt würden. Dort sprechen die Kanonen und Gewehre die Sprache der Yakchitch und Genossen und übertönen momentan die Stimmen der Diplomaten der Großmächte. Die Wiederaufnahme des Krieges seitens des Balkanbundes hat die Londoner Konferenz zu zeitweiliger Untätigkeit verurteilt oder wenigstens zu einer langsameren Behandlung ihrer Agenden veranlaßt. Aber auch die in und vor Skutari, Janina und Adrianopel aufgeführten Kanonen haben in den seither verflossenen drei Wochen keine wesentlichen Resultate erzielt. Viele hunderte, vielleicht tausende von Menschenleben sind neuerdings hingeopfert worden, ohne daß ein Zweck erreicht worden wäre. Es geht jetzt mit der Kanonenmethode fast noch langsamer, wie früher mit der diplomatischen. Nur fordert die Kanonenmethode um so viele und traurige Opfer mehr. Klagen diese Opfer nicht das ganze wie apathisch zusehende Europa an?

## XXXIX.

### Kürzere Besprechung.

*Was soll ich lesen?* So lautet der Titel eines literarischen Ratgebers für Studierende, dessen erste Auflage in wenigen Wochen vergriffen war, und der jetzt in zweiter, verbesserter und vermehrter Auflage vorliegt. Er ist erschienen in der Paulinus-Druckerei zu Trier und wird unter Mitwirkung vieler Fachmänner herausgegeben von Hermann *Acker* ($8^0$, 224 S., 3 Kunstbeilagen. ℳ 1.25, geb. ℳ 2.—). Mit diesem Ratgeber haben wir Katholiken endlich ein vom katholischen Standpunkt zusammengestelltes Bücherverzeichnis, das unseren Gymnasiasten und Studenten eine sichere Orientierung über das schier unabsehbare Gebiet der deutschen Bücherwelt ermöglicht. Eine große Summe von Arbeit und Mühe hat in diesem Ratgeber feste Gestalt angenommen; so ist aber auch ein Werk geschaffen worden, das sich getrost den protestantisch gerichteten Katalogen an die Seite stellen kann. Damit löst der Ratgeber zugleich eine Ehrenschuld ein, die seit langem auf den deutschen Katholiken lastete.

Überaus reichhaltig ist das Gebiet, durch das uns der neue Katalog geleitet. Jeder Wissenszweig, der auf allgemeines Interesse Anspruch erheben kann, ist vertreten. Nicht nur Religion, Philosophie, Geschichte, Kunst und Literatur, Natur- und Staatswissenschaften, auch Musikgeschichte und Missionswesen, ja selbst Spiel und Sport haben in diesem Ratgeber Platz gefunden. Die Auswahl der Bücher ist mit großer Umsicht geschehen; aus der katholischen wie akatholischen Literatur sollte das Beste der Jugend zugänglich gemacht werden. Den Büchern und oft auch den Verfassern ist in der Regel eine kurze, prägnante Charakteristik beigegeben, die über Inhalt und Tendenz des Werkes unterweist. Das Urteil hält sich frei von aller



Engherzigkeit, und wenn auch überall die katholische Auffassung festgehalten ist, so bleibt es doch der Klugheit und Gewissenhaftigkeit des Benützers anheimgegeben, im einzelnen Falle die für ihn passende Grenze zu finden (vgl. S. 54 Anm.). Zur Erleichterung der Auswahl sind für die verschiedenen Altersstufen eigene Bezeichnungen angewandt, die den Gebrauchswert des Ratgebers nicht unwesentlich erhöhen.

Wenn wir den Ratgeber allen Studierenden, Eltern und Erziehern aufs wärmste empfehlen, so wollen wir damit nicht sagen, daß er nun von allen Mängeln und Lücken frei sei. Herausgeber und Mitarbeiter verhehlen sich selbst nicht die Schwierigkeit ihres Unternehmens. Aber der Anfang ist gemacht, und ein guter Anfang. Ob das Werk fortgesetzt werden und dem Ideal eines literarischen Ratgebers näher gebracht werden kann, hängt zum größten Teile von der Aufnahme und dem Absatze des Werkes ab. Nur wenn ein solches Werk in kurzen Abständen immer wieder neu erscheinen kann, ist es möglich, vorhandene Mängel zu beseitigen und die Lücken zu ergänzen. Der geradezu erstaunlich billige Preis des trefflich ausgestatteten Werkes ist auf weiten und schnellen Absatz berechnet und gestattet auch den weniger Bemittelten die Anschaffung. Jeder Benützer sollte aber auch ein Mitarbeiter werden und durch Mitteilung bessernder Vorschläge an den Herausgeber das Werk zu fördern suchen. Kritik ist gut, positive Mitarbeit ist besser.

# XL.

## Die Römische Frage.[1])

Die sogenannte Römische Frage ist nicht eine einfache oder Einzelfrage, sondern schließt einen Komplex von untergeordneten Fragen in sich. Der Klarheit halber können wir folgende Einzelfragen unterscheiden:

I. War für Christus der Besitz einer weltlichen Herrschaft notwendig?

II. Ist eine weltliche Herrschaft für den Papst notwendig?

III. War es gut, daß außer der weltlichen Herrschaft des Papstes das Römische Kaisertum aufgerichtet wurde?

IV. Forderte das „natürliche Recht" des italienischen Volkes auf „nationale Einheit" die Beseitigung der weltlichen Herrschaft des Papstes?

V. Haben Papst und Katholiken die Pflicht, die weltliche Herrschaft des hl. Stuhles immer wieder zurückzufordern?

VI. Wie kann oder soll die Römische Frage gelöst werden?

### I.

#### War für Christus der Besitz einer weltlichen Herrschaft notwendig?

Im Psalm 2, der als direkt messianisch gilt, sagt der Messias von sich: „Ich bin gesetzt vom Herrn als König

1) Wir geben im Folgenden die Ausführungen eines erfahrenen Diplomaten wieder, der in einem kleinen Kreise seine Auffassung über die Römische Frage und deren Lösung dargelegt hat.

über Sion, seinen hl. Berg, zu verkünden seine Satzung." — Als „Sohn Davids" sollte der Messias, so glaubten und erwarteten allgemein zur Zeit Christi die Juden, die Herrschaft seines Stammvaters David wiederherstellen und noch weiter ausdehnen: er sollte ein mächtiger König sein, der alle seine Vorfahren an Glanz umd Ruhm überstrahlen mußte.

Christus wollte jedoch von einer weltlichen Herrschaft während seines irdischen Lebens nichts wissen: er floh vor dem Volke, das ihn zum König ausrufen wollte (Joh. 6, 15). Und als Pilatus ihn fragte: „Bist du der König der Juden?" antwortete Jesus: „Mein Reich ist nicht von dieser Welt; wäre mein Reich von dieser Welt, so würden meine Diener sich wehren, auf daß ich nicht in die Hände der Juden gerate; jetzt ist aber mein Reich nicht von hinnen" (Joh. 18, 36).

Warum hat der Sohn Gottes, scheinbar in Widerspruch mit den Weissagungen des Alten Bundes und im vollen Gegensatz zur Erwartung des Judenvolkes, für seine Person während seines Erdenwandels auf jede weltliche Herrschaft verzichtet?

Das lag im Zwecke der Ankunft des Messias als Heiland der Welt. Er war gekommen, „sein Volk" (und alle Menschen) „zu erlösen von ihren Sünden" (Matth. 1, 21), nicht um die Juden von dem verhaßten Joche der Römer zu befreien. Die Erlösung aber sollte erfolgen nach dem ewigen Ratschlusse Gottes durch den freiwilligen Opfertod Christi am Kreuze, wie es auch im Alten Bunde vorausverkündet war (Ps. 21 u. Is. 53, 7). Wäre der Messias ein irdischer König gewesen, so hätten seine Diener (wie Christus dem Pilatus erklärte) nicht ohne Kampf ihn preisgegeben; hätte er in diesem Kampfe gesiegt, so hätte er die Erlösung nicht durch den Kreuzestod vollbringen können; wäre er aber besiegt worden, so hätte er unfreiwillig sterben müssen und wäre nicht „geopfert worden, weil er es selbst gewollt" (Is. 53, 7), sondern weil er sich selbst nicht zu helfen vermochte, wie ihm seine Todfeinde unter dem Kreuze höhnend



zuriefen (Math. 27, 42). — Tatsächlich ist Christus gestorben, nicht weil er sterben mußte, sondern ganz freiwillig, nur weil er selbst sterben wollte: das hat er bewiesen, als er auf dem Ölberge vor seiner Gefangennehmung die Schergen durch das bloße Wort „Ich bin es“ rücklings zu Boden streckte (Joh. 18, 6), sowie dadurch, daß er am Kreuze laut rufend seinen Geist aufgab, was den römischen Hauptmann zum Bekenntnis bewogen hat: „Wahrlich, dieser Mensch war Gottes Sohn!“ (Marc. 15, 39).

Christus hat übrigens vor Pilatus keineswegs sein Recht, eine weltliche Herrschaft zu besitzen, in Abrede gestellt, sondern nur die Tatsache zugegeben, daß sein Reich nicht von dieser Welt sei, wenigstens „jetzt“ nicht; als ob er damit hätte hinweisen wollen: später einmal werde sein Reich auch von dieser Welt sein; nämlich wenn er herrschen wird, nachdem Alles ihm unterworfen ist, wie der Apostel sagt (I. Cor. 15, 25 u. 28); wenn er einst kommen wird auf den Wolken des Himmels mit großer Macht und Herrlichkeit zu richten die Lebendigen und die Toten. Da wird er auf seinem Kleide und an seinen Lenden die Inschrift tragen: „König der Könige, Herr der Herrscher“ (Apoc. 19, 16).

Auch hat Christus vor Pilatus ausdrücklich betont, daß er wirklich ein König sei, wenn auch dermalen ohne irdische Macht. Nachdem Jesus erklärt hat, sein Reich sei nicht von dieser Welt, fragte ihn Pilatus: „Du bist also doch ein König?“ Und der Heiland erwidert: „Ja, ich bin ein König. Ich bin dazu geboren und dazu in die Welt gekommen, um der Wahrheit Zeugnis zu geben. Jeder, der aus der Wahrheit ist, hört meine Stimme“ (Joh. 18, 37). — Diese Art von Königtum scheint auch im Ps. 2 zunächst gemeint, wo es heißt: „Ich bin gesetzt vom Herrn als König über Sion, seinen hl. Berg, nämlich zu verkünden seine Satzung.“ — Christus wollte also nicht ein weltliches Reich aufrichten, sondern ein geistiges in den Herzen der Menschen, das Reich der Wahrheit, die er als „Licht der Welt“, wie er sich selbst nennt (Joh. 8, 12), als „Weg, Wahrheit und Leben“ (Joh. 14, 6)

verkündet, nämlich das Evangelium oder die frohe Botschaft vom „Reiche Gottes in uns" (Luc. 17, 21), das nach dem Apostel besteht in „Gerechtigkeit und Friede und Freude im hl. Geiste" (Röm. 14, 17). Als König im Reiche der Wahrheit hat Christus sich auch gezeigt durch seine Predigt und Lehre, wie das Volk, das ihn hörte, wohl gefühlt hat: als Jesus seine Bergpredigt beendet hatte, „staunten die Volksscharen über seine Lehre. Denn er lehrte sie wie einer der Macht hat" (Mt. 7, 29); das heißt offenbar: wie einer der Macht hat zu verlangen, daß man seine Lehre auch befolge.

Wenn also Christus tatsächlich keine weltliche Herrschaft besessen hat und sich nicht vom Volke zum König ausrufen lassen wollte, obwohl er als Sohn Gottes König der Könige ist, so erklärt sich dies aus seiner Lebensaufgabe und aus seinem von Ewigkeit beschlossenen freiwilligen Erlösungstode, wofür der Besitz einer weltlichen Macht ein großes Hindernis gewesen wäre.

## II.

### Ist eine weltliche Herrschaft für den Papst notwendig?

Da der göttliche Stifter der Kirche eine weltliche Herrschaft nicht besaß und auch nicht brauchte, ja sie geradezu ablehnte, könnte man meinen, daß auch sein Stellvertreter auf Erden, der Papst, als Oberhaupt der Kirche eine weltliche Herrschaft nicht brauche und nicht haben solle. Überdies sagt der Apostel: „Niemand, der Gott dient und für ihn kämpft, läßt sich in weltliche Geschäfte ein, um dem zu gefallen, dem er sich verpflichtet hat" (Tim. 2, 4).

Dem steht aber die Tatsache entgegen, daß die Päpste den Besitz einer weltlichen Herrschaft als unentbehrlich zur freien Regierung der Kirche erklärt haben. So hat Pius IX. 1862 die Bischöfe, die zur Feier der Seligsprechung der japanischen Martyrer überaus zahlreich vom katholischen Erdkreis nach Rom gekommen waren, für ihren Eifer belobt, womit sie in Adressen an ihn und in Hirtenbriefen an

Klerus und Volk die Souveränität des Papstes als notwendig und von Gott gewollt verteidigt haben. Die damals in Rom anwesenden Bischöfe (gegen 300) erwiderten dem Papste in einer gemeinsamen Adresse: „Auch wir erkennen, daß die Souveränität des hl. Stuhles zumal bei der gegenwärtigen Weltlage zur Wohlfahrt der Kirche und behufs ungehinderter Leitung der Seelen eine unumgängliche Notwendigkeit ist, daß es als ein besonderer Ratschluß der göttlichen Vorsehung betrachtet werden muß, wenn der römische Papst eine weltliche Herrschaft erlangt hat, und daß das Besitztum der römischen Kirche Eigentum des katholischen Erdkreises ist, weshalb die Verteidigung desselben Sache aller Katholiken bleibt."

Wie berechtigt diese Erklärung war, ist leicht zu ersehen, wenn wir die Aufgabe des Papsttums betrachten. Diese ist keineswegs ganz identisch mit der Aufgabe Christi, des Stifters der Kirche; sie ist davon verschieden in Hinsicht auf das Territorium, auf die Zeitdauer und auf den nächsten Zweck.

Die Sendung Christi war für seine Person, solange er im sterblichen Leibe auf Erden weilte, beschränkt auf das Volk der Juden im Territorium von Palästina, wie er selbst versichert: „Ich bin nur gesendet zu den verlornen Schafen des Hauses Israel" (Mt. 15, 24). Vor seiner Auferstehung hat er auch den Aposteln untersagt, den Heiden zu predigen (Mt. 10, 5). Nach seiner Auferstehung jedoch hat er die Apostel in die ganze Welt gesandt: „Gehet in die ganze Welt und predigt das Evangelium aller Kreatur" (Mc. 16, 15). Und wiederum: „Mir ist alle Gewalt gegeben im Himmel und auf Erden. Gehet also hin und lehret alle Völker und taufet sie im Namen des Vaters und des Sohnes und des hl. Geistes und lehret sie alles halten, was ich euch geboten habe. Und seht, ich bin bei Euch alle Tage bis zum Ende der Welt" (Mt. 28, 18—20). Der Apostelfürst ist später durch ein wunderbares Gesicht aufgefordert worden, auch den Heiden das Evangelium zu predigen und sie in die Kirche Christi aufzunehmen (Act. 10).



Aufgabe Christi war: die Menschheit zu erlösen durch seinen Opfertod am Kreuze und seine Kirche zu stiften, durch welche dann den Menschen einzeln die Erlösungsgnade zugewendet werden soll auf der ganzen Erde bis zum Ende der Welt. Die Sendung Petri, dem Christus die oberste Binde- und Lösegewalt in seiner Kirche übergeben (Mt. 16, 19), den er zum obersten Hirten der Lämmer und Schafe bestellt hat (Joh. 21), ist demnach universell: sein Territorium ist „die ganze Welt", seine Sendung für „alle Völker" und „bis zum Ende der Zeiten"; seine Aufgabe: die von Christus vollbrachte Erlösung und erworbene Gnade durch das Lehr-, Priester- und Hirtenamt allen Menschen (nach Möglichkeit) zukommen zu lassen. Petrus und seine Nachfolger, die römischen Päpste sind also Stellvertreter des unsichtbaren Oberhauptes der Kirche, des nach vollzogenem Erlösungswerke von den Toten auferstandenen und im Himmel zur Rechten des Vaters thronenden Christus.

So war und ist für das sichtbare Oberhaupt der Kirche manches notwendig, was Christus auf Erden nicht nötig hatte. So sollten die Apostel alle Sprachen nicht nur kennen, sondern auch gebrauchen, während Christus nur der aramäischen Sprache sich bediente, obwohl er alle, auch die Sprachen der Zukunft, kannte; daher haben die Apostel vom hl. Geiste die Sprachengabe erhalten. Es mußten würdige Opferstätten errichtet werden und Tempel zur Teilnahme der Gläubigen am Opfer des Neuen Bundes, das „vom Aufgang der Sonne bis zum Untergang als reines Speiseopfer Gott überall dargebracht werden soll" (Malach. 1, 11). Für die würdige Feier des Gottesdienstes waren verschiedene Klassen von Dienern des Altares notwendig, die für ihr hohes Amt, zumal sie auch das Wort Gottes zu verkünden und die ihnen anvertrauten Seelen zu leiten haben, erzogen und unterrichtet werden mußten. So wurden Häuser errichtet zur Erziehung des Klerus, wofür die Gläubigen zeitliche Güter zur Verfügung gestellt haben.

Solange nun die Kirche von den heidnischen Kaisern verfolgt wurde, konnte von einer freien und unabhängigen Stellung ihres Oberhauptes oder von einer weltlichen Macht desselben keine Rede sein; sie waren ja Feinde seiner göttlichen Mission. Alle Päpste sind in dieser Zeit wie Petrus Christus gefolgt in Marter und Tod. Wer wird aber behaupten wollen, daß dies der normale Zustand der Kirche war, der immer so bleiben sollte? — Sobald jedoch die Würde des Papstes als Oberhaupt der von Gottes Sohn zum Heile der Menschen gestifteten Kirche durch den ersten christlichen Kaiser und dessen Nachfolger anerkannt war, brauchte der Papst auch äußere, zeitliche Hilfsmittel zur Leitung der Kirche; diese konnten, solange ein Weltreich mit einem christlichen Herrscher neben der Kirche bestand, von der weltlichen Macht zur Verfügung gestellt werden, so daß der Papst eine selbständige, souveräne Stellung nicht nötig hatte: denn er wurde vom Kaiser als Vater aller Christgläubigen angesehen und verehrt, und die vom Oberhaupt der Kirche erlassenen Gesetze wurden durch die Sanktion der weltlichen Macht gestützt. Nachdem aber an die Stelle des einen Reiches eine Mehrheit von Staaten getreten war, ergab sich für das Oberhaupt der Weltkirche die Notwendigkeit eine unabhängige Stellung innezuhaben, so daß es nicht als Untertan eines einzelnen Herrschers betrachtet werden konnte. Und so sind die Päpste zur weltlichen Herrschaft gelangt und zwar auf die legitimste Weise.

Seit Kaiser Constantin war Rom nicht mehr kaiserliche Residenzstadt, sondern nur Sitz der Päpste; Constantin selbst zog es vor, in Byzanz eine neue Residenz zu gründen, und auch nach der Teilung des Reiches residierten die abendländischen Kaiser lieber in Ravenna oder Mailand als in der alten Weltstadt am Tiber, da hier das Oberhaupt der Christenheit seinen Sitz hatte. Überaus zahlreich und bedeutend waren die Schenkungen, mit welchen die römische Kirche vom 4. bis 6. Jahrhundert bedacht worden ist und wodurch der Bischof von Rom der größte Grundbesitzer



Italiens, ja des ganzen Abendlandes wurde.[1]) Hiemit war die Grundlage für die soziale und moralische Herrscherstellung gegeben, welche die Päpste zur Zeit der Völkerwanderung und in der folgenden einnahmen. Da die oströmischen Kaiser Rom und Italien, das zu ihrer Herrschaft gehörte, nicht zu schützen vermochten, wurden die Päpste die berufenen Schutzherren, besonders gegen die Langobarden. Durch die „Schenkung" Pipins (754)[2]) wurden alle vorher gemachten Erwerbungen des hl. Stuhles bestätigt, der Kirchenstaat ward rechtlich allgemein anerkannt, der Papst war Souverän.

Wie notwendig für das Papsttum eine volle Souveränität ist, hat sich später besonders zur Zeit des Aufenthaltes der Päpste in Frankreich, während des sogenannten Exils von Avignon, gezeigt. Obwohl die Päpste dort auf eigenem Grund und Boden lebten (Clemens VI. hatte Avignon 1348 gekauft) und zugleich die Herrschaft über den Kirchenstaat besaßen, galten sie doch nicht als vollkommen frei und unabhängig in der Regierung der Kirche; infolgedessen sank die Ehrfurcht vor dem hl. Stuhl, besonders in Deutschland, zum größten Schaden der Kirche. Mit Recht hat Odilon Barrot 1849 in der französischen Nationalversammlung, als über die Wiedereinsetzung des wegen der Revolution aus Rom nach Gaëta geflüchteten Pius IX. debattiert wurde, erklärt: „Die beiden Gewalten müssen im Kirchenstaat vereinigt sein, damit sie in der übrigen Welt geschieden bleiben" (Montalembert im „Correspondant", Oktober 1859, t. XII, p. 398). Denn ohne weltliche Herrschaft des Papstes keine volle Unabhängigkeit desselben; ohne volle Unabhängigkeit des Papstes keine Freiheit desselben in Leitung der Kirche

1) Man schätzt diesen über Italien, Gallien, Dalmatien, Illyrien, Afrika zerstreuten Besitz im ganzen auf 85 Quadratmeilen. Das sind 4781.25 km², ein Gebiet fast so groß wie Istrien oder halb so groß wie Krain.

2) Papst Stephan II. bezeichnet in einem Briefe an König Pipin diese Schenkung als Rückerstattung, und auch andere Zeitgenossen nannten sie so (Migne, t. 128, col. 105).

und infolge davon keine Freiheit der Kirche selbst, sondern Vermengung der geistlichen Gewalt mit der weltlichen durch die Fürsten. Daher hat, wie Thiers berichtet (Histoire du Consulat et de l'Empire III. 219), selbst Napoleon I. die Vereinigung geistlicher und weltlicher Macht im Papste „das Werk des Genies und der Politik" genannt; später als der Papst ihm nicht willfährig war, hat er es freilich bezeichnet als „ein Werk, das zerstört zu werden verdient".

Aus dem Gesagten begreift jeder, daß der Papst, als ihm 1870 der Rest des Kirchenstaates gewaltsam weggenommen wurde, sich weigern mußte, den ihm angebotenen Titel eines „privilegierten Untertanen des Königreichs Italien" anzunehmen.

Die Gegner und auch manche falsche Freunde des Papsttums berufen sich gern, um die Beraubung des hl. Stuhles zu beschönigen, auf den Ausspruch Christi „Mein Reich ist nicht von dieser Welt." So sollen, wie sie meinen, Kirche und Papst um irdische Dinge, besonders um Politik oder gar um eine weltliche Herrschaft sich nicht kümmern. — Allerdings, mit einer Kirche und einem Papsttum, das sich um die Welt nicht kümmert, hofft man bald fertig zu werden. Unter „Politik" sucht man heutzutage alles einzubegreifen: nicht nur rein politische, sondern auch kirchenpolitische Angelegenheiten, wie Erziehung und Unterricht, Ehegesetzgebung u. a.; ja in manchen Ländern werden selbst rein religiöse und kirchliche Fragen in die Politik hineingezogen, wie die Ausübung des Kultes, Prozessionen, Marianische Kongregationen, Osterexerzitien der Mittelschüler, die Erziehung des Klerus, die geistlichen Orden u. s. f. Sollen bei all diesen Fragen die Kirche, der Papst sich nicht kümmern, kein Wort mitsprechen dürfen? Da wäre er nicht mehr der Stellvertreter dessen, der einst mit einer Geißel die Käufer und Verkäufer aus dem Tempel getrieben hat, voll des Eifers für die Ehre des Hauses Gottes (Joh. 2, 14—17).

Man kann auch mitunter hören: seitdem der Papst keine weltliche Herrschaft mehr besitzt, ist die Einheit der Kirche

nicht geringer, sondern größer geworden, die Anhänglichkeit und Liebe der Gläubigen zum Statthalter Christi hat seither sichtlich zugenommen. Also scheint die weltliche Herrschaft für das Papsttum und zur Regierung der Kirche durch dasselbe keineswegs notwendig zu sein.

Aber woher stammt die größere Anhänglichkeit der Gläubigen an ihr Oberhaupt seit 1870? Eben daher, daß sie im Papst den höchst ungerecht seines weltlichen Besitzes und damit der materiellen Hilfsmittel zur Leitung der Kirche beraubten Vater sehen, der sich, trotz seiner bedrängten Lage als Gefangener im Vatikan, nie dazu verstanden hat, auf sein unveräußerliches Recht, das nicht ein persönliches, sondern das Recht der ganzen Kirche ist, zu verzichten, der das italienische Garantiegesetz, das den Papst zum Untertan, wenn auch zum privilegierten, des italienischen Königreichs macht, nie anerkannt hat. Nur dadurch, daß die Päpste nie, auch nur stillschweigend, auf ihr Recht verzichtet, sondern dasselbe immer wieder laut betont haben, ist ihre moralische Freiheit und Unabhängigkeit gewahrt geblieben.

(Schluß folgt.)

## XLI.

## Induktive Methode und Anschaulichkeit im Religionsunterricht.

Zur Klärung und Rechtfertigung.

Von Universitätsprofessor Dr. Göttler, München.

In seinen zahlreichen moralpädagogischen Schriften und Vorträgen hat Fr. W. Förster stets die Notwendigkeit der Religion für dauernde Erfolge in der Charakterbildung und Selbsterziehung betont. Er hat aber dabei auch vielfach von Mängeln, von notwendigen Verbesserungen der zurzeit üblichen Praxis der religiösen Erziehung gesprochen, ohne



freilich genauer zu sagen, welche Praxis er im Auge habe, vor allem ob protestantischen Religionsunterricht, den er selbst genossen, oder katholischen, den er vielleicht nur aus seinen Wirkungen, aus Berichten oder aus der Literatur kennt. Manche haben Förster diese Kritik, die übrigens jederzeit äußerst rücksichtsvoll formuliert war, verübelt.

Försters Hauptforderung für Reform des Religionsunterrichtes geht dahin, daß dem Zögling die Forderungen des Sittengesetzes nach Inhalt und Motiven nicht bloß autoritativ, von oben herab, übermittelt werden sollen, sondern daß auch dem Zögling geholfen werde in der Aufnahme und inneren Verarbeitung dieser Forderungen. Dies dadurch, daß die im Zögling schlummernden natürlich-sittlichen Kräfte, vor allem die Gefühle und Strebungen geweckt, und ihm zum Bewußtsein gebracht werde, daß die sittlichen Forderungen, die Gebote Gottes gar nichts anderes wollen als jene recht verstandenen Forderungen des höheren Ich. Als solche zu berücksichtigende, aufzurufende Forderungen werden besonders häufig von Förster erwähnt oder in den praktischen Beispielen verwertet der Drang nach Selbstbehauptung, das Kraftgefühl, das Freiheits- (Unabhängigkeits-)streben, das Ehrgefühl. Aber auch an soziale Triebe wird angeknüpft und soziale Motive werden nicht selten verwertet.

In diesem Sinne spricht Förster von der Notwendigkeit der Induktion, einer induktiven Methode im Religionsunterricht. Er nennt die nämliche Sache mehr konkret ein „Ausgehen vom Kinde" und stellt es gegenüber dem von-oben-her-Geben. Der Ausdruck „vom Kind ausgehen" kann den Eindruck erwecken, als ob bei aller Belehrung jene im Zögling sich regenden Gefühle und Strebungen vorangestellt werden müßten und das autoritative Moment erst dann zur Geltung kommen dürfte. Doch hat Förster selbst mehrfach in Beispielen gezeigt, daß er die Bekanntschaft der zu Belehrenden mit den sittlichen Wahrheiten als göttlichen Geboten bereits voraussetzt. Ich schließe daraus, daß er bei diesen Beispielen allgemein nicht an die erste Belehrung der Kleinen



unter zehn Jahren denkt, sondern daß er diese Beispiele und seine oben erwähnten methodischen Forderungen verstanden wissen will von der späteren Kindheit und vom Jugendalter, also etwa vom 10./12. Lebensjahr angefangen.

Noch ein Punkt ist zur rechten Beurteilung der Försterschen Vorschläge zu beachten. Förster hat m. W. bisher über Religionsunterricht immer nur im Zusammenhang mit Charakterbildung, also sittlicher Erziehung gesprochen.[1]) Es liegt die Vermutung nahe, daß er mit dem Worte Religionsunterricht in erster Linie oder auch ausschließlich den religiösen Sittenunterricht im Auge hat. Auch die Themen Sünde (Erbsünde) und Erlösung lassen eine ethische Betrachtung und Wertung zu. Es legt sich die weitere Vermutung nahe, daß Förster hiebei d. h. bei seinen Äußerungen über Religionsunterricht den Maßstab über Wert oder Unwert der Methode allein von dem Erfolg in Bezug auf die Sittlichkeit nimmt, damit also vielleicht unbewußt die Religion nur als ein Mittel zum Zwecke, wenn auch zu einem sehr wichtigen Zwecke werden läßt. Diese Einschränkung der Kontroverse auf das Gebiet der religiösen Moralpädagogik möchte ich für das Folgende beachtet wissen, währernd ich die Taxierung der Methode blos vom Erfolg aus meinerseits natürlich nicht unterschreibe. Eine Methode, welche zwar gute, ja beste Früchte auf dem sittlichen Felde zeitiget, die Religion, genau gesprochen den Sinn für Religion, noch genauer für die übernatürliche, christliche und katholische Religiosität aber beinträchtigen würde: eine solche Methode, wenn es eine solche gibt, müßten natürlich alle ablehnen, denen die Religion, die Gottesverehrung im engeren Sinne, höher steht, als die

---

1) In einem Vortrag über Religionspädagogik, den Förster am 7. Januar 1913 in München gehalten, werden die Vorschläge auch auf das Gebiet der Glaubenslehre ausgedehnt. Da das Mscr. bereits abgegeben war, sind diese neuesten Ausführungen Försters nicht mehr berücksichtigt. Vergl. darüber Katech. Blätter, Februarheft 1913.

Sittlichkeit, auch im engeren Sinne des Wortes. — Es ist wohl selbstverständlich, mag aber bei dieser Gelegenheit gleich generell bemerkt sein, daß diese meine Bemühungen um Klarstellung von Mißverständnissen bezüglich dieser Anschauungen Försters nicht als ein uneingeschränktes Eintreten meinerseits für diese oder sonstige Förstersche Anschauungen gedeutet werden darf.

## II.

Mit den vorgeführten Forderungen Försters hat sich H. Stadtpfarrer und Distriktsschulinspektor Geistl. Rat Schraml in mehreren Artikeln, besonders einem langen Artikel des Jahrganges 1911 der „Historisch-politischen Blätter“ beschäftigt. Försters Gedanken werden hiebei nicht unwesentlich modifiziert. Abgesehen davon, daß dieselben auf das gesamte Gebiet der Religionslehre erweitert und für alle Stufen der Jugendentwicklung giltig angenommen werden, wird das Wort Induktion bezw. induktive Methode in einem vom Försterschen völlig verschiedenen Sinne verstanden. Und dann wird dargetan, wie gefährlich eine solche Methode dem übernatürlichen, positiv-christlichen Glaubensgeist, der doch vor allem in den Kindern zu begründen ist, sein müsse, wie sie notwendig dem Subjektivismus Vorschub leiste, dem konträren Gegensatz der Autorität. Zum Schlusse wird dann zu zeigen versucht, daß die sogen. Münchener katechetische Methode mit ihrer „Entwicklung“ der Wahrheiten aus der „Anschauung“ ganz in den gleichen Bahnen wandle, ja sogar noch ein gutes Stück weiter auf den schlimmen Wegen gehe (1910 I S. 812).

Bezeichnend für Denken und literarisches Arbeiten Schramls ist dieses Zusammenspannen Försters nnd der Münchener Methode, überhaupt das Einspannen der letzteren in fremde Wägen, wenn man lieber will das Vorspannen fremder Pferde vor den Münchener Wagen. Denn das erste Mal, da Schraml in diesen Blättern sich über die „Münchener Richtung“ äußerte, wird der Ausgang genommen von einer Broschüre eines Dr. Lederer, mit dem die Mün-



chener Methode aber auch gar keine inneren oder äußeren Beziehungen hat. In den übrigen Artikeln bis auf den letzten vom vorigen Jahre genießt die Münchener Methode die Ehre, zugleich mit Förster vor der Anklagebank zu stehen. Was hat die Münchener Methode mit Förster zu tun? Nichts anderes, als daß beide eine andere, tiefere, mehr die Psyche der Jugend beachtende Methode — des Religionsunterrichtes die eine, der Moralpädagogik der andere — vorschlagen, beide in dem Sinne, daß nicht blos der Verstand, sondern die ganze Psyche, nicht der Kopf, sondern auch das Herz durch die Methode beeinflußt werden soll. Aber sowohl die Vorschläge wie die Art der Begründung sind wesentlich verschieden. Nur einige ähnlich lautende Ausdrücke kommen beiderseits vor. Das genügt für Schraml, beide zusammenzunehmen. Vielleicht auch hat dazu beigetragen, daß Försters Vorschläge von einigen Anhängern der „Münchener Methode" für die Behandlung ethischer Stoffe vor der reiferen Jugend (besonders der Fortbildungsschüler in den Städten) empfohlen wurden — ich selbst bekenne mich dieses Reates schuldig — aber dann eben nicht mehr als Münchener Methode, sondern als eine neue, dem veränderten psychischen Zustand dieses Alters entgegenkommende Methode. Aber hat nicht auch Grunwald in einer Monographie[1]) Münchener Methode und Förster zusammengenommen? Gewiß! Aber gerade um sie zu unterscheiden und ebenfalls zu sagen, daß die Münchener Methode in ihrer Reinheit für die Unter- und Mittelklassen, Förstersche Art aber für die letzten Klassen der Volksschulen (Fortbildungsschulen mit obligaten Religionsunterricht hat Norddeutschland nicht) sich eigne. Auch eine Kombination der beiden Methoden schlägt er vor und dann kommt die Förstersche nur als eine Teilfunktion, und zwar nicht am Anfang, sondern am Ende, auf

1) Grunwald Dr. Georg, Die Münchener katechetische Methode, J. Fr. Herbart und Fr. W. Förster. Münster i. W. 1910

der Stufe der Anwendung in Frage a. a. O. S. 78. Die sehr sorgfältig abwägenden Ausführungen sind lesenswert.

Noch kennzeichnender ist, daß Schraml aus Anlaß und im Anschlusse an die Schrift „Autorität und Freiheit" seine Anklagen gegen die Münchener Methode erneuert hat. Als ob diese Schrift mit dem Religions- oder Moralunterricht der Volksschule irgend etwas zu tun hätte. Gewiß sagt Förster im Vorwort, daß er das Problem nur vom pädagogischen Standpunkte beleuchten wolle. Aber welcher reife Leser sieht nicht ein, daß hier ebenso wie in der Schrift „Sexualethik und Sexualpädagogik" das Wort pädagogisch in jenem weiteren Sinne gewonnen ist, in welchem wir von Volkserziehung sprechen, dabei an die Erwachsenen oder doch nur an die gereiftere Jugend denkend. Ich hielte es übrigens für zweckdienlich, wenn Förster sich entschließen könnte, den Terminus Psychagogie und Psychagogik anstatt Pädagogik für solche Gebiete zu adoptieren. „Seelenführung" klingt ja vielen zu wenig und „Seelsorge", ein Wort, das Förster wirklich mehrfach gebraucht, hat seine festumschriebene religiös-erziehliche Bedeutung.

Ich bezweifle nicht mehr den guten Glauben Schramls an die von ihm konstruierte Gefahr und mein Unmut über die gegen Förster gebrauchten Ausdrücke wie über die gegen die Münchener beliebten notae (absurd, utopistisch, Logik und Dogmatik beiseite stellend, Ulk, Spielerei, Ungeheuerlichkeit, Treibhaus katechetischer Reformerei u. ä. Liebenswürdigkeiten und schließlich die Anklage auf Modernismus) hat sich gelegt, seitdem ich bei einem ihm persönlich nahe stehenden Manne über die Geistesart Schramls mich informieren konnte. Aber ich staune noch immer, wie bei einem dialektisch geschulten Manne eine solche Begriffsverdopplung, quaternio terminorum sagten die Alten, möglich ist. Behoben wäre das Mißverständnis längst bezüglich der „Münchener Methode", wenn Schraml sich hätte entschließen können, zu einem der Münchener katechetischen Kurse zu kommen, Aufklärung zu geben über die vermeintliche große Gefahr, aber dann auch Auflärung an-



zunehmen wie andere es getan, die in ähnlicher Lage sich befanden, wenn Schraml insbesondere der dringenden Einladung zum zweiten Münchener katechetischen Kurs gefolgt wäre und in einem ihm angebotenen Referate seine Auffassung in der Sache zur Diskussion gestellt hätte.[1]) So aber zieht er es vor, mit der Feder zu arbeiten und seine in den katechetischen Fachorganen[2]) längst behobenen Bedenken in diesen Blättern zu wiederholen, deren Leser in der großen Mehrzahl zur katechetischen Fachliteratur keinen Zugang haben werden. Lediglich dieser Umstand und das Drängen mehrerer Freunde veranlaßte mich, auch in diesen Blättern eine Antwort zu geben, jedoch mit Beschränkung auf die Hauptpunkte. Wer sich gründlich über die ganze Streitfrage orientieren will, der lese Schramls Schrift: Das Prinzip der modernen Anschauung im Religionsunterricht 1899 und dazu Webers eingehende Besprechung des Buches in „Katechet. Blätter“ 1899 S. 166. Dann lese er weiter Schramls Gegenschrift: „Die Fundamentalfrage der kath. Katechese“

1) Schraml beklagt sich über den Spott, mit dem seine so ernsten Gegenvorstellungen behandelt worden seien. Er kann hiebei nur an die Verulkung des ganzen Streites zwischen Analyse und Synthese denken, die ein Spottvogel für den letzten Teil des Festabend gedichtet, bei welcher eben die beiden Parteien verulkt wurden. Wäre Schraml zugegen gewesen, er hätte sicher herzlich mitgelacht, während er sich beim nüchteren Berichte oder Gerüchte von der Sache allein verspottet glaubte.

2) Das sind die „Katechetischen Blättern“, Organ des Münchener Katecheten-Vereines, die aber stets auch den Gegnern offen standen und von solchen benützt wurden, die norddeutsche „Katechetische Monatsschrift“ und die österreichischen „Christlich-pädagogischen Blätter“. — Schraml wurde schon vor Jahren in höflichster Form von der Redaktion der Katech. Blätter zur Mitarbeit eingeladen. Es ist eigentümlich, wie grundsätzlich er jeder katech. Fachzeitschrift aus dem Wege geht. Er vertraut seine Aufsätze lieber politischen Tagesblättern oder allgemeineren Zeitschriften an. So benutzte er nacheinander die Linzer „Theolog. Quartalschrift“, die Regensburger Morgenztg., die Augsburger Postztg. und diese Blätter.

1900 und Webers abermals mit Ernst und Geduld auf alle Mißverständnisse Schramls eingehende Besprechung in „Katech. Blätter" 1900 S. 57.[1])

## III.

Worin liegt nun die erwähnte Begriffsverdoppelung? Förster gegenüber darin, daß Schraml Induktion und induktives Vorgehen nicht so nimmt, wie Förster es erklärt und in Beispielen zeigt, nämlich als ein Disponieren der Psyche zur Aufnahme der Wahrheit (an sittliche Wahrheiten denkt Förster stets), ein Disponieren dadurch, daß gezeigt wird, wie diese Forderungen in Übereinstimmung sind mit dem, was gewisse Strebungen in uns selbst wollen, was wir, recht überlegt, selbst wollen müssen. Es handelt sich bei Förster ganz offenkundig um eine psychologische Operation nicht blos um eine logische, es kommt ihm darauf an, die ganze Psyche, nicht blos den Intellekt allein zu bearbeiten. Das Streben, die Gefühle mit ihren Impulsen sollen beeinflußt werden. Das ist natürlich ohne Bearbeitung der Vorstellungen nicht möglich. Aber letzteres ist nicht das Ziel, nicht die Hauptsache, sondern nur Mittel zum Zwecke. Darum findet man auch in Försters Beispielen nicht ein streng durchgeführtes Beweisverfahren. Nicht Beweise, sondern Inspirationen, Impulse, Motive will er bieten.

Schraml nimmt das Wort Induktion im streng logischem Sinn, im Sinne von Beweisen d. i. Überführen des Intellektes Er kann allerdings für sich anführen, und das ist seine Entschuldigung, daß im gewöhnlichen Sprachgebrauch dieses Wort so verstanden wird. Er argumentiert dann weiter: Wenn nun nach Försters Vorschlägen alle Wahrheiten der christlichen Religion den Kindern bewiesen werden wollen, oder von den

1) Im Auszug wiedergegeben in Webers Schrift: „Die Münchener katechetische Methode", Kempten 1905, S. 104 ff. Dieses äußerst klar geschriebene Buch sei jedem empfohlen, der sich authentisch über die Streitfrage informieren lassen und nicht aburteilen will, bevor er dem audiatur et altera pars gerecht geworden.

Kindern selbst gefunden werden sollen, dann muß notwendig der übernatürliche, nicht demonstrierbare Teil der Religionswahrheiten rationalistisch verflacht oder verkürzt werden, die Kinder selbst aber zum Rationalismus und Subjektivismus, dem Gegensatz zum Glauben, dem Protest gegen alle Annahme von Wahrheiten auf Autorität hin, erzogen werden. Der Schluß Schramls ist richtig, aber der Ausgang desselben ist falsch, soweit er damit Förster treffen will.[1])

Ganz ebenso verhält es sich mit Schramls Polemik gegen die Münchener Methode. Auch hier wird das „Entwickeln" der Lehren, der Katechismussätze aus der „Anschauung" als ein Beweisen durch die Anschauung, als ein logisches Deduzieren verstanden und dann ganz wie oben weiter argumentiert. Nun ist aber vonseite der Vertreter der Münchener Methode bis zum Überdruß oft betont worden, daß ihre „Anschauung" nichts anderes ist als eine Veranschaulichung, eine konkrete, lebensvolle Einkleidung der in den Katechismussätzen abstrakt, also unkindlich formulierten Wahrheiten. Es handelt sich bei der „Entwicklung" der Lehrsätze nur um ein Reduzieren und Kondensieren der konkret lebensvoll und darum auch auf das Gemüt, auf die Gefühle wirksam vorgestellten Glaubenswahrheiten auf möglichst knappe Merksätze. Nicht Gründe werden in ihrer „Anschauung" vorgeführt, sondern die im Merksatz vorkommenden Begriffe werden illustriert; aber nicht die einzelnen Begriffe werden nacheinander in einzelnen Beispielen illustriert, wie manche es früher als die einzig richtige Methode proklamierten,

1) In dem oben erwähnten Münchener Vortrage erklärte Förster ausdrücklich: Diese induktive Methode bedeutet nicht, daß das Individuum zur Entscheidung aufgerufen werden solle über die von der Religion zu bietenden Wahrheiten, sondern bedeutet nur, daß die Seele für dieselben vorbereitet werden soll. Die Religion kommt von oben und muß deshalb im letzten Grunde immer deduktiv, immer autoritativ ihre Lehren bieten. Aber der natürliche Mensch muß ihr doch entgegenkommen und deshalb vom Erzieher ihr entgegengeführt werden.

sondern die zu einer Wahrheit in einem Satze verbundenen Begriffe werden in ihrer Verbindung, in ihrer Ausübung, in ihrer Erfüllung durch eine vorbildliche Persönlichkeit vorgeführt.[1]) Von Rationalismus und Erziehung zum Rationalismus kann da nicht die Rede sein. Dies auch deshalb nicht, weil mit Vorliebe Beispiele aus der hl. Schrift zur Illustration der Wahrheiten verwendet werden.[2])

Aber auch wenn ein Vorgang der Natur oder des Menschenlebens zur Veranschaulichung gewählt wird, erzieht man ebensowenig zum Rationalismus, als dies der Heiland tut, wenn er in seinen Gleichnissen und Parabeln seine Lehren an Szenen in Natur und Menschenleben anknüpft und dadurch volkstümlich veranschaulicht.

## IV.

In seinem neuesten Artikel (1912 II 653 ff.), der der Münchener Methode allein gewidmet ist, hält Schraml eine lange Lektion über Unterschied und Verhältnis von Glauben und Wissen: Augustinus und Thomas, Scheeben und Kleutgen, ja auch Vatikanum und Catechismus Romanus werden aufgeboten. Schraml darf versichert sein, daß die Anhänger der Methode das alles wissen und auch im vollen Umfange daran festhalten. Wie kommt Schraml dazu, diese Selbstverständlichkeiten (wenigstens für theologisch gebildete Männer Selbstverständlichkeiten) aufzutischen und glaubhaft zu machen,

1) Genaueres bei Weber A. Die Münchener Methode, Kempten 1905, bes. S. 130 ff., wo die bis dahin erschienene Literatur pro und contra verzeichnet und auch auf die Mißverständnisse Antwort gegeben wird. Ferner die Berichte über die Münchener katechetischen Kurse, gleichfalls bei Kösel erschienen I (1906), S. 165 ff., II (1908), S. 325 ff., III (1910), S. 130 ff. Zur Beurteilung der Gegenschrift Meunieurs vergl. Katech. Blätter 1905, S. 236 ff.

2) Der Münchener katechet. Kurs 1905 (Kempten 1906) S. 174. „. . . wenn möglich aus der Biblischen Geschichte, wenn nötig aus der Heiligengeschichte oder aus der Kirchengeschichte oder aus dem kirchlichen Leben".





daß die bekämpfte Methode damit im Widerspruch stehe. Wiederum auf sehr elementare Weise, indem er das Wort Anschauung (Veranschaulichung heißt es sogar im ersten nicht wörtlichen Zitat)[1]) in einem ganz offenliegend anderen Sinne gebraucht als die Gegner. Aus dem letzten Zitat der ersten Seite geht ganz klar hervor, daß diese Anschauung etwas ist, was innerhalb des niederen Erkenntnisvermögens liegt; denn auf dieses soll sie, wie es dort heißt, wirken. Drei Seiten später aber wird in weiteren an Thomaszitate angeschlossenen Argumenten Anschauung im Sinne von Durchschauen, Begreifen, also Funktionen des höheren Erkenntnisvermögens, gebraucht, als identisch mit visio intellectiva und ähnlichen Ausdrücken des hl. Thomas. Diese Übersetzung berührt sehr eigentümlich. Jeder in der Geschichte der Philosophie, speziell der Psychologie, einigermaßen Bewanderte weiß, daß unserer „Anschauung" das scholastische „phantasma" entspricht. Am Schlusse des Artikels (S. 666) ist so aus der „Veranschaulichung" des ersten Satzes eine intellektuelle Anschauung zur Forderung der Gegner geworden. Das ist auch eine „Entwicklung" der Begriffe.

Und nun zu dem schon so viel mißbrauchten Apostelwort: fides ex auditu, in welchem Schraml, wieder unter

---

1) Die Schrift Bauschke's, von welcher dieser letzte Artikel ausgeht, kennt Schraml nur aus der Besprechung des „Frankfurter Anzeiger für die kath. Geistlichkeit Deutschlands", vielleicht noch aus anderen Besprechungen. Bauschke steht der Münchener Methode nahe, sieht sich aber selbst nicht als einen eigentlichen Vertreter derselben an. Webers Schrift „Die Münchener katechetische Methode" wird anscheinend wörtlich zitiert, aber wenig sorgfältig. Im ersten Satz hat — jedenfalls der Druckfehlerteufel aus „prinzipiell kann aber jede andere Anschauung hiefür verwendet werden" folgende Variante gemacht: „prinzipiell kann aber jede (!) moderne (!) Anschauung hiefür gewählt werden" (die Rufzeichen sind von Schraml). Der vorletzte Satz des Zitates steht nicht mehr auf S. 134; ich entdeckte ihn auf S. 136. Der letzte Satz: „Der Katechet gibt zuerst die Begriffe, dann die Glaubenslehre", auf S. 122, nicht 134, ist in seiner Abgerissenheit, ohne die von Weber sofort angefügte Erläuterung, irreführend.

Berufung auf Thomas, die Psychologie des Glaubensaktes offenbarungsmäßig ausgesprochen findet. Zwischen das Hören der Glaubensverkündigung (auditus) und das gläubige Aufnehmen derselben (fides) dürfe, so erläutert Schraml (a. a. O. S. 661) mit Thomaszitaten, nichts dazwischen treten, „das Hören gehen bloß die die Glaubenssache anzeigenden Worte an, nicht die Sache selbst; diese sei also nicht geschaut." Der Sinn dieser kaum allen verständlichen Übersetzung von II. II$^{ae}$ Q. I. art. 1. ad. 4 ist: Jenes Hören (auditus) kann nicht eigentlich ein Schauen genannt werden (wie der 4. Einwand will). Denn es hat zum Objekte nur Worte, welche die eigentlichen Glaubensgegenstände [Gott, Trinität, Himmel usw.] nur andeuten (significent), nicht aber hat es diese selbst zum Objekte. Hier wird ein direktes sinnliches Schauen der unsichtbaren, weil geistigen Objekte unseres Glaubens ausgeschlossen, eine Selbstverständlichkeit. Im corpus articuli wird ein intellektuelles Schauen, ein Erkennen aus Gründen, ein Begreifen der Glaubenswahrheiten ausgeschlossen. Nicht ausgeschlossen, sondern eingeschlossen, und mit significantium angedeutet, an anderen Stellen deutlicher ausgesprochen ist ein zwischen auditus und fides dazwischenliegendes Verständnis der Worte der Glaubensverkündigung. Und um die Vermittlung dieses Verständnisses allein handelt es sich. Sollen die Worte der Glaubensverkündigung nicht einfach Schallwellen bleiben, wie beim unmündigen Täufling, sondern Glauben, innere Zustimmung zu der in die Worte gekleideten Wahrheit, an die in Worten angedeuteten Wesen und Dinge (Gott, Trinität, Himmel usw.) finden, dann müssen die Worte doch auch verstanden werden, d. h. es müssen die Schallwellen im Geiste des Hörenden Vorstellungen (phantasmata) oder auch Begriffe. bei Kindern meist recht unvollkommene — sog. psychische Begriffe auslösen — bezüglich der eigentlichen Mysterien kommt es, auch beim gelehrten Theologen, immer nur zu inadäquaten Begriffen. Diese Vorstellungen und Begriffe müssen dann zu einander in Beziehung gesetzt, zu einem Urteile verbunden



werden. Dieses in einem Satze formulierte Urteil wird schließlich als gewiß angenommen auf die Autorität des Verkündenden (Gottes) hin. Aber ist denn noch Glauben möglich, wenn vor demselben doch auch schon Begriffe verlangt werden? Ganz gewiß. Denn auch wenn ich von zwei Dingen Begriffe habe, so muß ich nicht ohne weiteres auch schon das innere Verhältnis derselben zu einander begreifen, z. B. Gott und Schöpfung, Person, Wesenheit, Erbsünde und deren Wirklichkeit bei allen Menschen. Nur wo es sich um innere Notwendigkeiten handelt, wäre mit den adäquaten Begriffen auch deren Beziehung gegeben. Solche adäquate Begriffe haben wir aber selten bei irdischen Dingen, nie von geistigen und übernatürlichen Wesenheiten.

Daß ein solches Verständnis der **Worte** zwischen auditus und fides treten müsse, das ist eine Selbstverständlichkeit, welche Thomas in der Summa immer nur gelegentlich erwähnt. Ein solches Wortverständnis gibt deshalb auch Schraml zu in Reproduktion dieser Stellen S. 665. **Dieses Wortverständnis** nur, diese Wortvorstellungen und Begriffe, welche in der Glaubensverkündigung (im Katechismussatz) vorkommen, wollen die Anhänger der von Schraml bekämpften Methode mit ihrer „Anschauung" oder Veranschaulichung in der Stufe der „Darbietung" vermitteln. Um **diese** „Anschauung" handelt es sich und nicht um ein Begreifen, um die visio intellectiva.

Die ganze Streitfrage ist nur diese: Wie wird dieses Wortverständnis am besten bei Kindern vermittelt? Ist es besser, zuerst einen Satz (Katechismussatz) vorzusagen oder auch lesen zu lassen und nun die einzelnen Worte zu erklären, auch die erforderlichen grammatikalischen Erklärungen hinzuzugeben, so etwa wie man einen fremdsprachlichen Text behandelt; oder ist es besser, eindrucksvoller und wirksamer, in umgekehrter Ordnung vorzugehen: zuerst dieses Verständnis in anschaulicher Darbietung der Glaubenswahrheit, dann erst die kurze, präzise Formulierung zu Memorierzwecken. Natürlich kann auch letzteres wieder nur durch Worte, also auch hier



ex auditu geschehen, durch Schildern, Erzählen in kindertümlichen Worten, sehr häufig in den anschaulichen Worten der hl. Schrift selbst, während die Bilder immer nur als Unterstützung und Ergänzung des Wortes in Betracht kommen, in vielen Fällen bildliche Darstellungen überhaupt nicht möglich sind.[1])

Man geht zu diesem Zweck auf die Tatsache zurück, von welcher der Glaubenssatz abstrahiert wurde, z. B. der Begriff Schöpfer (erschaffen) — anschaulich dargestellt in Gen. 1 und dem daraus gearbeiteten Abschnitt unserer biblischen Geschichte; Auferstehung des Fleisches — Joh. 5, 28 f. in Verbindung mit 1 Cor. 15, 36 ff.; Schutzengellehre — Geschichte des Tobias usw., oder es wird eine Glaubenswahrheit, ein göttliches Gebot in seiner Wirksamkeit vorgeführt, z. B. der im ägyptischen Joseph wirksame Glaube an die allsehende Gegenwart Gottes, zugleich auch das in ihm wirkende sechste Gebot Gottes, die in einem Martyrer wirkende Liebe Gottes über alles, die in St. Franziskus (oder in einer weiblichen Ordensheiligen) wirksamen evangelischen Räte usw. Ich frage: Wo ist ein Unterschied zwischen dieser „Anschauung" recte anschaulichen Darbietung der Glaubenswahrheit und jener Veranschaulichung oder Be-

1) Übrigens sind auch im Religionsunterricht viele wirklich anschaubare Dinge zu behandeln: Kreuzzeichen, Kniebeugung und viele andere Akte des religiösen Lebens; Sonntagsfeier, Fasten und viele andere Punkte des religiös-sittlichen Lebens. Auch anschauliche Dogmen gibt es, nämlich alle jene, welche auf das Leben Jesu sich beziehen (3—7. Glaubensartikel), während andere nur indirekt, in ihren Wirkungen, oder durch Vergleiche, Symbole 2c., veranschaulicht, beleuchtet werden können. Insbesondere hat unser Religionsunterricht in der Sittenlehre es zum weitaus größten Teile mit natürlichen Begriffen und Beziehungen, mit Wahrheiten und Forderungen zu tun, die auch von der bloßen Vernunft eingesehen werden. Auch bezüglich der inneren Akte (Reue, Vorsatz, Liebe, Vertrauen usw.) spricht man von Anschauung. Alle Sakramente sind anschaulich nach Spendung und Empfang, unanschaulich nur nach ihrer Wirksamkeit.



leuchtung, die Schraml mit Rücksicht auf die Enzyklika Acerbo nimis unseres Hl. Vaters S. 660 selbst fordert.

Wenn Schraml also die Anhänger der neuen Methode widerlegen will, dann bleibe er bei diesem Punkte, er zeige, daß es glaubensgefährlich ist, die angedeutete Ordnung in Vermittlung des Wortverständnisses einzuhalten. Die Anhänger der Methode haben bisher davon sich nicht überzeugen können. Sie haben sich aber überzeugt, daß diese Art des Vorgehens bei Kindern viel wirksamer ist, weil es nicht blos das Wortverständnis besser vermittelt, sondern zugleich auf das Gemüt des Kindes wirkt, während die uns philologisch und exegetisch geschulten Akademikern im Blute liegenden Wort- und Satzerklärungen das Kind kalt lassen, die an den Schluß versparten Ermahnungen es aber dann schwer mehr warm machen.

Aber die Ausdrücke (prinzipielle Ausdrücke nennt sie Schraml S. 660) „entwickeln", „ableiten", „apperzipieren" (Schraml „apperzeptieren"): beleuchten sie nicht deutlich genug die Glaubensgefahr? Abgerissene Ausdrücke beleuchten gar nichts. Was wird „entwickelt", „abgeleitet"? Die Glaubenswahrheiten, sagt Schraml. Ich aber kann allen Lesern versichern: Die sprachliche Formulierung nur leiten wir ab und zwar jene, welche im jeweils vorgeschriebenen Katechismus steht. Aber ist denn Wahrheit und sprachliche Formulierung voneinander trennbar? Einige Termini abgerechnet, ja. Und selbst von diesen kirchlich geprägten Termini muß der Kinder- und Volksunterricht meist absehen. Daß man die nämliche Wahrheit sprachlich verschieden wiedergeben kann, das demonstriert jedem ad oculos die Verschiedenheit des Wortlautes der Katechismen innerhalb desselben Sprachgebietes, auch die Verschiedenheit der Sprachen innerhalb derselben Kirche. — Daß Katechismus und Formulierung der Wahrheit durch „die Kirche" nicht identisch sind, weiß auch jeder. Die Geschichte der Katechismen lehrt, daß alle Schulkatechismen ursprünglich Privatarbeiten waren und oft erst nach langer Diskussion oder nach langem inoffiziellem

Gebrauch von den Bischöfen allmählig rezipiert, auf Ausstellungen und Vorschläge der Katecheten hin neuerdings umgearbeitet oder durch andere ersetzt wurden.

Aber durch Rezeption und oberhirtliche Einführung erhält doch der Katechismus eine Sanktion, eine Autorität. Das ist auch meine Anschauung. Und man kann befürchten, daß durch das angedeutete Vorgehen diese Autorität des Katechismus und die in ihm liegende Autorität des Diözesanbischofes geschädigt werde. Schraml beruft sich für die Berechtigung dieser Befürchtung auf einen wirklich bei mehreren Vertretern der Münchener Methode vorkommenden Satz: „Die Anschauung bilde den Mittelpunkt der ganzen Religionsstunde.“ Ich gebe ohne weiteres zu, daß der Ausdruck „Mittelpunkt“ mißverständlich ist. Man kann ihn zeiträumlich verstehen im Sinne von Mitte der Lektion, man kann ihn aber auch appretiativ verstehen im Sinne Hauptsache. Im letzteren Verständnis würde der Katechismustext allerdings indirekt als Nebensache erklärt, und das wäre zu beanstanden. Eine solche Auffassung wird aber Schraml nicht als Auffassung der Vertreter der Münchener Methode beweisen können. Wenn aber nach der Anschauung vieler der Katechismustext bloß zeitlich nach der Mitte auftritt, nicht gleich im Anfang bei der Zielsetzung — manche lassen übrigens auch dies zu —, so ist damit kein Werturteil gefällt. Schraml kennt doch auch den Satz: Primum in intentione, ultimum in executione: Ziel und Zweck, das Wichtigste bei einer Tätigkeit, tritt erst am Schlusse in die Erscheinung, wiewohl es von Anfang an leitend, beherrschend für alle Teilakte der Handlung ist. So ist es auch hier. Der Katechismustext schwebt dem Katecheten vor, wenn er nach einer Veranschaulichung sucht, wenn er dieselbe vorträgt, sie bespricht (erklärt), um schließlich die Wahrheit in der Sprache des Katechismus kurz zusammenzufassen.[1])

1) Vergl. z. B. Weber, Die Münchener katech. Methode, S. 133 ff.



Zum Schlusse sei es gestattet, in aller Form Verwahrung einzulegen gegen Verdächtigung und Privatzensurierung einer Bewegung, welche in voller Öffentlichkeit und nicht bloß unter den Augen, sondern unter positiver Gutheißung und mit dem Segen der kirchlichen Obrigkeit sich betätigte und bis heute betätigt. Belege für letzteres sind die Ansprachen, welche Erzbischof von Stein beim ersten und zweiten, Erzbischof von Bettinger beim dritten und vierten Münchener katechetischen Kurse gehalten, ferner die Tatsache, daß stets ein Domkapitular an der Spitze des Komitees dieser Kurse stand, daß dieses Komitee stets das Programm und nachher die Berichte über die Verhandlungen der oberhirtlichen Stelle wie auch dem Vertreter des hl. Vaters in München vorlegte, daß die gesamte Literatur das kirchliche Imprimatur hat. Alles Selbstverständlichkeiten, an die aber hier erinnert werden mußte. Neuester Beleg dafür ist die Ansprache, welche der Münchener Oberhirte beim fünfundzwanzigjährigen Jubiläum des Münchener Katechetenvereins hielt, abgedruckt im ersten Heft des laufenden Jahrganges (1913) der Katechetischen Blätter.

* * *

## Entgegnung.

„Es handelt sich allein, schreibt Herr Dr. Göttler, um Vermittelung des zwischen auditus und fides liegenden Verständnisses der Worte der Glaubensverkündigung. Sollen die Worte der Glaubensverkündigung . . . Glauben, innere Zustimmung finden, dann müssen die Worte doch auch verstanden werden, d. h. es müssen Vorstellungen oder auch Begriffe ausgelöst werden . . . Diese müssen dann zu einander in Beziehung gesetzt, zu einem Urteile verbunden werden. Dieses in einem Satz formulierte Urteil wird schließlich als gewiß angenommen auf die Autorität des Verkündenden (Gottes) hin."

Dr. Göttler identifiziert hier den Werdegang des Urteils mit dem Werdegang des Glaubens. Wie dem zustimmenden Urteile die Einsicht in die Sache, so muß nach ihm das „Verständnis" einer übernatürlichen Wahrheit dem Glauben vorangehen. Nach gewonnenem Verständnis soll dann das Urteil auf äußere Autorität hin als gewiß angenommen werden.

Bei diesem prinzipiellen Standpunkte fallen Verstehen und Glauben zusammen. Der Glaube ist abhängig gemacht vom Verständnis der Begriffe, verlegt in die Einsicht. Göttler merkt seinen eigenen Widerspruch nicht. Entweder ist das Verständnis der Begriffe zum Glauben notwendig oder nicht. Ist es sachlich notwendig, so liegt der Grund des Glaubens in der Einsicht in die Sache selbst und Verstehen ist gleichbedeutend mit Glauben. In diesem Falle hat äußere Autorität keinen Platz mehr. Ist das Verständnis nicht notwendig, dann ist Göttlers Darstellung von selbst hinfällig. Er merkt auch nicht seine Doppelung des Glaubensbeweggrundes und Charakters der Glaubenswahrheiten: einmal zum Urteil, dann zur Glaubenssache. Die Preisgabe der Übernatürlichkeit des Glaubens selbst fühlend, sieht sich Göttler zur Frage veranlaßt, ob „denn noch Glauben möglich ist, wenn vor demselben doch auch schon Begriffe verlangt werden? Ganz gewiß." Absonderlich ist die Begründung. „Denn wenn ich auch um zwei Dinge Begriffe habe, so muß ich nicht ohne weiteres auch schon das innere Verhältnis derselben zu einander begreifen." Wie steht es denn mit der Übernatürlichkeit des Glaubens, wenn das besagte innere Verhältnis „ohne weiteres begriffen werden muß" oder doch begriffen werden kann?

„Daß ein solches Verständnis der Worte zwischen auditus und fides treten müsse, das ist eine Selbstverständlichkeit, welche Thomas in der Summa nur gelegentlich erwähnt. Ein solches Wortverständnis gibt deshalb auch Schraml zu in Reproduktion dieser Stellen." Der heilige Thomas verlangt eine ungefähre Erkenntnis (aliqualiter,



sub quadam confusione) vor dem Glauben und läßt diesem ausdrücklich das bestimmte, begriffliche Erkennen **folgen**, weil eben der Glaube eine Tugend ist. Ich frage Herrn Dr. Göttler, wo sich beim heiligen Lehrer, wenn er vom Glauben im Sinne des Glaubensaktes redet, eine Stelle findet, in welcher er begriffliches Erkennen zwischen Hören und Glauben verlangt, wo er überhaupt Hören und Glauben trennt. Das ist ja der ganze Tenor der von mir zitierten Artikel des Heiligen, daß Hören und Glauben zusammenfallen.[1])

„Die ganze Streitfrage ist nur diese: Wie wird dieses Wortverständnis bei Kindern am besten vermittelt? Ist es besser, zuerst einen Satz (Katechismussatz) vorzusagen oder auch lesen zu lassen und nun die einzelnen Worte zu erklären . . . oder ist es besser, in umgekehrter Ordnung vorzugehen: zuerst dieses Verständnis in anschaulicher Darbietung der Glaubenswahrheit, dann erst die kurze Formulierung zu Memorierzwecken."

Dr. Göttler redet hier von der **Erkenntnis** der Glaubenslehren oder der „Katechismussätze", wobei er die **Streitfrage um die Grundlage, um den Ausgang und die Natur der Glaubenserkenntnis einfach ausschaltet.** Es gibt eine natürliche und eine übernatürliche Erkenntnis. Jene hat zum Ausgang die Anschauung, diese nach der Lehre der Kirche, der Theologie und nach dem Verhältnisse der Natur zur Übernatur den Glauben. Die Glaubenserkenntnis ist übernatürlich im Ausgange und im Objekte. Göttlers Formation der Streitfrage geht an der Sache vorbei. Er kann vom sachlichen Standpunkte aus nicht fragen: „Was ist besser" usw. — sondern er muß fragen: Mit welchem Objekte hat es die Katechese zu tun? Welches ist der innerlich konforme Ausgang für das Erkennen spezifischer Offenbarungswahrheiten und für die über-

1) Schon der Begriff Glaube verlegt den Schwerpunkt der Einsicht **nicht in was** geglaubt, sondern **wem** geglaubt wird.



natürliche Erkenntnis? Das stillschweigende Übergehen der eigentlichen Streitfrage gestattet die Verflachung der dogmatischen Lebensfrage für das übernatürliche Lehrgut in eine rein psychologisch-didaktische und erlaubt die verflachte Fragestellung, welcher Weg der „bessere“ sei. Der beste und wirksamste ist jedenfalls der der Sache konforme Ausgang. Die Methodik müßte Herrn Dr. Göttler sagen, daß der Weg vom Ganzen zu den Teilen (z. B. von einem Glaubensartikel zu den in ihm eingeschlossenen Wahrheiten) dem Offenbarungscharakter der Wahrheiten gerecht ist, weil er vom gegebenen, konkreten Glaubenssatze ausgehen läßt, während der umgekehrte Weg ein der Vernunft subordiniertes Erkenntnisobjekt voraussetzt. Die Alternative für beide Wege unter dem Gesichtspunkte „besser“ kann nur gestellt werden vom Standpunkte der Doppelung des Charakters spezifisch übernatürlicher Wahrheiten, beziehungsweise vom Standpunkte der Vernatürlichung der übernatürlichen Wahrheiten.

Der Münchener Erzählungs- und Abstraktionsweg, welcher begriffliches Erkennen vor dem Glauben fordert und „Glauben“ auf nicht immer „ohne weiteres Begreifen“ der Beziehungen der Begriffe restringiert, soll nach Göttler bloß „Veranschaulichung“ sein. Diesem Ausweichen gegenüber den in Frage kommenden dogmatischen und methodischen Grundgesetzen ist wissenschaftlich der Weg versperrt. Wer in der Vermittelung eines Glaubenssatzes nicht vom Glauben, d. h. konkret von jenem selbst ausgeht, muß ipso facto den umgekehrten Weg gehen, d. h. er muß von der Anschauung und Erfahrung ausgehen, um von da aus die einzelnen Begriffe und dann das Ganze erstehen zu lassen.

Göttler redet von „anschaulicher Darbietung der Glaubenswahrheit“. Da er sich begnügt, diese Darbietung einfach und selbstverständlich als „besser“ zu bezeichnen, so muß ich sie untersuchen. Seine eigenen Aufstellungen bedingen genau entsprechend dem Münchener System eine zweifache



„Darbietung". Einmal „die anschauliche Darbietung der Glaubenswahrheit" zum Erkennen. Da muß ich ihn fragen: Wo oder welche ist denn die Anschauungsquelle, in welcher als dem Ausgange die katholische Religion, das Objekt unserer Katechese, verschlossen ist und der Abstraktion durch Kinder harrt? „Ableiten" erklärt Göttler zwar als einen „abgerissenen, gar nichts beleuchtenden Ausdruck", aber er muß ihm doch die Bedeutung des Abziehens durch das Denkvermögen belassen. Also wo ist die Anschauungsquelle zum erwähnten geistigen Abziehen? Wie von mir in den Artikeln wiederholt betont, liegen mancherlei, namentlich historische Wahrheiten des Katechismus konkret in biblischen Erzählungen. Darbietung einer solchen Erzählung ist Darbietung der Wahrheit selbst und Erklärung der Erzählung ist Erklärung der Wahrheit. Die Bibel bildet das vortrefflichste Veranschaulichungsmittel der dargebotenen Lehren unserer heiligen Religion, jedoch enthält sie nicht, noch weniger konkret, den Block der Wahrheiten. Darum kann sie auch nicht Quelle, prinzipieller Ausgang für katechetische Vermittelung unserer heiligen Religion sein. Wenn für den Unterricht keine Struktur zum Abziehen vorhanden, dann erweist sich die generelle Behauptung der „anschaulichen Darbietung der Glaubenswahrheit" zum Erkennen als sachlich unberechtigt.[1])

„Schließlich wird das in einem Satze formulierte Urteil als gewiß angenommen" auf äußere Autorität hin. Das ist demnach die Darbietung zum Glauben. Wenn die Wahrheit in ihren Begriffen erstanden und mit dem Erstehen der letzteren mit Ausnahme vielleicht deren innerer Beziehung verstanden ist, tritt „schließlich" der „Glaube" ein. Eine Wahrheit, die ohne Ausgang von ihr selbst oder von einer innerlich konformen, konkreten Unterlage aus begrifflich er-

1) Darbietung der übernatürlichen Lehren zur Erkenntnis ohne Ausgang von den Lehren selbst setzt ipso facto eine Substruktur voraus, welche es der Sache nach nicht geben kann.

stellt werden kann, gehört dem Vernunftbereich an, ihre Annahme beruht auf intellektueller Anschauung. Göttlers Doppelung des Glaubensbeweggrundes und des Charakters der übernatürlichen Wahrheiten zwingt ihn, auch zur Doppelung der Darbietung: einmal zum Erkennen, dann zum Glauben. Er beachtet nicht den hiemit gegebenen Widerspruch gegen die Übernatürlichkeit der Glaubenserkenntnis. Es ist nämlich zur Erkenntnis der übernatürlichen Wahrheiten der Glaube selbst Erkenntnisquelle. Wie das Vatikanum den Glauben als Prinzip oder Ausgang der übernatürlichen Erkenntnis erklärt hat, so lautete schon die Lehre des heiligen Thomas: „Die übernatürliche Erkenntnis wird in uns begründet durch den Glauben" (S. th. 2. 2. qu. 8. a. 6). Sachlich ist Göttlers Doppeldarbietung ein Nonsens. Ein Objekt, dessen Erkenntnis höherer Art ist, das seinen eigenen Grund hat, kann man nicht natürlicher, rationeller Bildung und Erkenntnis und dann dem Glauben unterstellen. Der Weg geht umgekehrt: von oben, von der gläubig gehörten Wahrheit zum Erkennen ihrer Begriffe, wie der hl. Thomas diese Erkenntnis nennt: zum distincte intelligere.

Wie aus vorstehender Darstellung ersichtlich, bedeutet die Streitfrage zwischen München und mir etwas mehr als ein „Mißverständnis". Der Gegensatz wird sofort beseitigt sein, wenn man drüben die bezeichneten Doppelungen aufgibt und die dogmatisch-philosophischen Richtpunkte einhält, welche für den Ausgang und das Objekt der Glaubenserkenntnis und deren Übernatürlichkeit zutreffen. Zum vernünftig gläubigen Hören der Wahrheit ohne distinkte Kenntnis der Begriffe darf man auch den in der getauften Seele wohnenden Keim des Glaubens und die göttliche Gnade nicht vergessen, sonst helfen alle „Schallwellen" nichts. Was wäre es vielfach mit dem Glauben des einfachen katholischen Volkes, wenn zum übernatürlichen Glauben distinkte Kenntnis der Begriffe der Wahrheiten nötig wäre! Jedes gläubigwillige Hören und bloß in allgemeinen Umrissen be-





stehende Erkennen einer Wahrheit ist fides explicita. Das ist sachlich und theoretisch auch gegeben im Dekrete unseres Heiligen Vaters über möglichst frühe Hinführung der katholischen Kinderwelt zur heiligen Kommunion. Welcher Unterschied liegt zwischen der vom Papste geforderten Kenntnis und der von Göttler zum Glauben verlangten urteilsmäßigen Einsicht!

Statt endlich einmal an die angedeuteten Richtpunkte für unsere Streitfrage heranzugehen, übergeht Göttler die Streitfrage in ihrem Wesen, macht aus ihr einfach eine didaktische Utilitätsfrage, doppelt den Glaubensbeweggrund, den Charakter der spezifisch übernatürlichen Wahrheiten und die Darbietung, vermeidet das innere Auflösen meiner Beweise und bringt die alten Behauptungen anderer in neuer Form wieder. Schon die Aufschrift seiner vorliegenden Arbeit ist im wesentlichsten Punkte von der Sache abweichend und ablenkend: „und Anschaulichkeit im Religionsunterrichte". Wer die Überschrift und Ausführung meiner bezüglichen Artikel nicht gelesen, wird meinen, der Streit drehe sich um Anschaulichkeit. Sachgemäß, als Erwiderung gegen mich mußte die Aufschrift lauten: und der prinzipielle Ausgang der Katechese — oder die Anschauung als Ausgang — oder der synthetische Ausgang.

Ich nehme es Herrn Dr. Göttler nicht so übel, wenn er vielleicht weniger Zeit hat, meine Artikel gründlicher durchzugehen, aber zweckmäßige Willkür muß ich doch mit aller Entschiedenheit zurückweisen. So behauptet er, ich hätte gegen das bekämpfte System „Anklage auf Modernismus" erhoben. Wäre er nur einigermaßen auf den Gedankengang und Inhalt meiner Darstellung der Enzyklika Pascendi eingegangen, so mußte er sehen, daß ich nach meinen eigenen Feststellungen die Anschauung als Ausgang der Katechese gar nicht unter Modernismus fassen kann, sondern unter jene Gesamtirrung gegenüber dem Übernatürlichen, die ich als dem Modernismus vorangehend behandelte. Nicht Modernismus, sondern die Hirscher'sche Theologie steht vor



und hinter der Anschauung als Ausgang. In dem Artikel „das Glaubensprinzip“ usw. habe ich zwei Erscheinungen der Zeit nach ihren Äußerungen behandelt. Göttler macht daraus, ich habe Dr. Lederer zum Ausgange genommen. Beide Erscheinungen sind von mir jede nach ihrer Art behandelt; statt Lederer konnte ich gerade so gut München voranstellen. Die aufgemachteste Willkür sind Göttlers Schlußsätze über katechetische Kurse. Ich habe zwei Male aufmerksam gemacht, daß auf einem solchen Kurs vor allem zu prüfen ist die Grundfrage des Ausganges und daß man übernatürliche Wahrheiten bei den Lehrproben nicht unter doppeltem Ausgange, synthetisch und analytisch, beurteilen dürfe. Ist das unrecht? Göttler insinuiert mir Sinnesart. Da muß ich ihm folgendes sagen. In meinem bisherigen Leben bin ich mit Gottes Hilfe auf Grund meiner Sinnesart sehr gut durchgekommen bei meinen Vorgesetzten und allen Ständen, nach oben und nach unten.

Im ganzen Göttler'schen Elaborate ist buchstäblich kaum ein einziger Satz inhaltlich richtig oder einwandfrei. Er wirft mir „Begriffsverdoppelung“ vor, weil ich „Induktion“ im streng logischen Sinne und nicht als „Disponieren der Seele zur Aufnahme der Wahrheit“ nahm. Was Dr. Göttler über Moralpädagogik des Herrn Dr. Förster vorbringt, hat dieser selbst in seiner „Entgegnung“ auf meine Kritik schon ausführlicher gesagt. Ich habe eingehend darauf erwidert. Ich stelle hier nur fest, Herr Dr. Förster erstrebt in den von mir bekämpften prinzipiellen Äußerungen, an Stelle der „jetzigen Methode des Religionsunterrichtes“, an Stelle der „autoritativen Methode“, demnach statt des Weges von oben nach unten den umgekehrten. Er nennt ihn induktiv und biologisch. Ausgang vom Kinde mit natürlicher Ethik und natürlicher Religion. „Die Methode ist ein Prinzip, eine Richtschnur, eine Sache anzufassen, zu behandeln, damit zu verfahren . . . ihr kommt allgemeiner Charakter zu . . . sie ist eine durchgehende Behandlungsweise“ (Willmann, Didaktik, II. Bd., S. 251 f.). Wenn







demnach jemand den induktiven Weg der Religionslehre unterlegen will, so bedeutet das eine durchgehende prinzipielle Behandlung des Objektes. Und wenn ich das „induktive Verfahren“ so auffasse und werte, so „doppele“ ich nicht „Induktion“, ich werde damit vielmehr ihrem Inhalte und Charakter gerecht, welcher als prinzipielle Behandlungsweise des katechetischen Lehrgutes dem Glaubensprinzip widerspricht. Nimmt dagegen jemand Induktion bloß als „Disponieren“, so hat er sie ihres Charakters entseelt. Denn Disponieren ist kein methodischer Weg, kein Prinzip. Solche Auffassung der Induktion ist inhaltlos und willkürlich. Dr. Förster hat für die Sittenlehren eine zweifache Darbietung: einmal zum Erkennen, beziehungsweise Erleben aus natürlicher Ethik und Erfahrung, dann zum Befolgen auch aus religiösen Motiven. Nach seinen Vorbehalten und Verklauselierungen zu schließen, fehlt Göttler jeder feste Boden einer klaren Stellungnahme zu Försters grundsätzlicher Moralpädagogik. Was das Münchener System mit den von mir aus Försters Schriften zitierten und in meinen Artikeln bestrittenen prinzipiellen Äußerungen zu tun hat? Den Weg von unten nach oben, von den Teilen zum Ganzen, von der begrifflichen Einsicht zur Übernatur im eigentlichen Offenbarungssinn. Dadurch ist das Verhältnis der beiden Ordnungen (natürlicher und übernatürlicher) umgekehrt, die Übernatürlichkeit der Erkenntnis in ihrer Wurzel aufgehoben. Die Erkenntnis des spezifisch Übernatürlichen kommt zu Stande von oben nach unten, vom Glauben, konkret vom Ausgange von der Wahrheit aus, wie das Vatikanum erklärt hat, durch Vergleiche aus dem natürlichen Bereiche, durch den Zusammenhang der Wahrheiten und durch Beziehung auf das höchste Ziel des Menschen.

Die verehrten Leser der lieben „Gelber Blätter“, vorab die vielen Priester unter diesen Lesern, mögen nun entscheiden, ob die „Rechtfertigung“ Dr. Göttlers wirklich Rechtfertigung ist oder ein mißglückter Rechtfertigungsversuch, welcher den Inhalt meiner Artikel bestätigt hat.

Am 6. April 1903 schrieb mir der nun verewigte Meister der katholischen Katechese, Bischof von Leonrod von Eichstätt, nnter anderem: „Ich freue mich über Ihre Energie, mit der Sie die neuen Wege in der Religionslehre bekämpfen. Die guten Herren haben den besten Willen, ahnen nicht, wie viel sie schaden.“ Wenn Herr Dr. Göttler die vier Erlasse, namentlich den letzten, des verstorbenen edlen Bischofs studiert und der „anschaulichen Darbietung“ des Münchener Systems auf den Grund geht, wird er begreifen, warum der Bischof von „schaden“ geschrieben.

Schraml.

## XLII.

## Das Judentum und dessen Emanzipation in Württemberg.

Von Dr. Wilhelm Reinhardt.

(Schluß.)

Beachten wir nun aber die Wirkungen und Folgeerscheinungen der bürgerlichen, staatsbürgerlichen und rechtlichen Emanzipation der Juden Württembergs.

Sobald die Israeliten dank der zu ihren Gunsten nicht unterdrückten Grundrechte des deutschen Volkes Übersiedelungsfreiheit erreicht hatten, begann der Zustrom in die Städte. Man vergleiche nur die Statistik:

Juden in Württemberg

| Jahr | Anzahl | Anteil | |
|---|---|---|---|
| 1821: | 8918 | = 0,63% | der Gesamtbevölkerung |
| 1845: | 11974 | = 0,68% | |
| 1865: | 11662 | = 0,65% | |
| 1885: | 13166 | = 0,66% | |
| 1900: | 11916 | = 0,49% | |
| 1905: | 12053 | = 0,52% | |
| 1910: | 11982 | = 0,49% | |





In den Städten waren ansäßig

| | | |
|---|---|---|
| 1821: | 23,86 % | aller Juden in Württemberg |
| 1845: | 25,63 % | |
| 1865: | 45,63 % | |
| 1885: | 57,24 % | |
| 1900: | 66,69 % | |
| 1905: | 76,52 % | |
| 1910: | 78,77 % | |

Zum Vergleich: im Jahre 1910 betrug die evangelische Stadtbevölkerung: 44,12 %, die katholische: 35,21 %; von anderen Konfessionen: 58,45 (freireligiöse rc. inbegriffen), die jüdische: 78,77 %!

Interessant sind die Bewegungen innerhalb der einzelnen Kreise.

| | Neckarkreis | Schwarzwaldkreis | Jagstkreis | Donaukreis |
|---|---|---|---|---|
| 1821: | 2012 | 1466 | 3797 | 1643 |
| 1845: | 2576 | 1901 | 4982 | 2515 |
| 1865: | 3632 | 1313 | 4061 | 2656 |
| 1885: | 5510 | 1466 | 3768 | 2422 |
| 1900: | 5544 | 1296 | 2990 | 2086 |
| 1905: | 5936 | 1373 | 2699 | 2045 |
| 1910: | 6276 | 1359 | 2412 | 1935 |

Neckarkreis 1821—1910: Zunahme: 4264 (Großstuttgart, Heilbronn, Eßlingen);

Schwarzwaldkreis 1821—1910: Abnahme: 107;

Jagstkreis 1821—1910: Abnahme: 1385 (bedeutende Abnahme in den Landorten des Jagstkreises, einstens jahrhundertelang die sichersten Zufluchtsstätten der Juden);

Donaukreis 1821—1910: Zunahme: 292 (Ulm!).

Im Jahre 1821 wohnten in Stuttgart und Heilbronn (Neckarkreis) nur 130 Juden (in Heilbronn war erst nach langer Zeit im Jahre 1831 ein Jude ansäßig geworden) = 6 % des Kreises, heute leben in beiden Städten 5157 = 82 % des Kreises, oder 43 % aller Juden Württembergs (1821: 1½ %). In Ulm 1821: 13, 1910: 588, d. h. 0,8 % bezw 30 % des Donaukreises.

Heute bestehen die zehn größten Judengemeinden in Großstuttgart (4291), Heilbronn (866), Ulm (588), Rexingen



(355), Laupheim (348), Crailsheim (325), Mergentheim (271), Buchau (262), Ludwigsburg (222), Buttenhausen (164), zusammen: 7692 = 64,19% aller. Im Jahre 1821 wohnten in diesen Gemeinden 1907 Juden = 21,38% aller.

Seit dem Jahre 1850 fangen die Land- und Kleinstadtgemeinden zu veröden an. Schule um Schule, Synagoge um Synagoge ging ein, und wie eine Ruine aus alter Zeit steht draußen am Walde so mancher verlassener Judenfriedhof. Ganze ländliche Gemeinden sind verschwunden, zahlreiche im Absterben begriffen, nur noch ein paar Haushaltungen sind vorhanden, die aber auch in Bälde verschwunden sein werden.

Im Jahre 1845 hatten die alten Judengemeinden, wie wir sehen, nur in Dörfern und Kleinstädtchen, ihren Höhepunkt erreicht, von da an geht es rapid abwärts. Z. B.:

| | 1845 | 1910 | |
|---|---|---|---|
| Buchau[1]) | 714 | 262 | 1821 zusammen: 4652 |
| Laupheim[2]) | 706 | 348 | |
| Buttenhausen[3]) | 334 | 164 | |
| Jebenhausen[4]) | 532 | 4 | |
| Aufhausen[5]) | 350 | 15 | 1910 zusammen: 1477 |
| Wachbach[6]) | 218 | 11 | |
| Braunsbach[7]) | 241 | 88 | |
| Bieringen[8]) | 48 | 0 | Abnahme: 3175 d. h. 70%. |
| Rexingen[9]) | 412 | 355 | |
| Nordstetten[10]) | 351 | 39 | |
| Mühringen[11]) | 508 | 83 | |
| Baisingen[12]) | 238 | 108 | |

In der Zeit von 1845—1865 wuchs die Zahl der Juden in Großstuttgart von 234 auf 1507 an; in Heilbronn von 15 auf 454; in Mergentheim von 97 auf 176; in Ulm von 44 auf 394. Dies nur einige Beispiele. Niemand wird sagen, daß es sich um eine natürliche Vermehrung handelt, sondern um Zuwanderung. Im stetigen

1) — 2) O.-A. Riedlingen. 3) O.-A. Münsingen.
4) O.-A. Göppingen. 5) O.-A. Neresheim. 6) O.-A. Mergentheim.
7) — 8) O.-A. Künzelsau. 9) — 12) O.-A. Horb.

Anwachsen begriffen ist Großstuttgart, mehr Gleichmäßigkeit zeigen Eßlingen, Horb, Rottweil; etwas Abnahme: Hall, Laupheim, Buchau, bereits auch Ulm und Heilbronn. Es läßt sich der Stufengang ziemlich genau verfolgen: vom Dorf in die Kleinstadt, von da in die große Fabrik-, Oberamts- und Kreisstadt, von da in die Großstadt (mit über 100,000 E.). Größere Judenabwanderungen erfolgten auch nach Amerika, Nürnberg, Regensburg, München, Konstanz, Basel, Zürich, Straßburg, Pforzheim. Dieser Auswanderung steht aber auch eine Einwanderung aus Österreich, Polen, Galizien, Preußen, Baden entgegen, teilweise armselige Elemente.

Über die Gründe der Judenabwanderung in die Städte wird niemand im Unklaren sein. Es mögen hier nur einige Worte aus dem Munde eines Rabbiners selbst angeführt sein:

„Die Städte, die Sitze der Bildung, der Kultur, der Industrie und des Handels, die sich solange hermetisch vor uns verschlossen, öffneten im Lichte der Neuzeit gastlich auch uns ihre Pforten, nahmen uns freundlich und wohlwollend in ihre Mauern auf. Nicht die Lust am Wohlleben nur, am uneingeschränkten Lebensgenuß, auch nicht allein die breiten, geebneten Bahnen und Wege, die da dem Gewerbe sich leichter eröffnen, hat uns die trauliche Stille des Landlebens mit dem Lärm und dem Geräusch der Stadt vertauschen lassen, nein, ein anderes, ein Höheres und Edleres war weitaus mehr mitbestimmend: die Fürsorge für die geistige Entwicklung der Kinder, denen man so gern die im Weichbild der Städte so reich fließenden Quellen der Bildung und der Wissenschaft erschließen wollte."

Dürften aber nicht die Jagd nach dem Gelde, die Gier nach Reichtum, der Handels- und Spekulationsgeist, neuerdings gerade die Annehmlichkeiten der Großstadt äquivalente Ursachen sein? Die junge Generation auf dem Lande wendet sich in starker Zahl den gelehrten Berufen zu: sie werden Kaufleute, Bankbeamte, Mediziner, Juristen und Journalisten und verlassen die bescheidene Heimat.



Welches ist nun die Beschäftigung der modernen Juden (Berufszählung vom 12. Juni 1907):

| | | |
|---|---|---|
| 1) in der Landwirtschaft: . . . . . . (Gärtnerei und Forstwirtschaft) (ev.: 35,62 %; kath.: 43,30 %) | 48 = | 0,40 % |
| 2) in der Industrie: . . . . . . . . (ev.: 41,9 %; kath.: 35,97 %) | 2341 = | 19,47 % |
| 3) im Handel, Verkehr . . . . . . . (Gast- nnd Schankwirtschaft) (ev.: 9,65 %; kath.: 8,58 %) | 7088 = | 58,96 % |
| 4) Lohnarbeit wechselnder Art . . . . (z. B. Monat-, Putzfrauen) (ev.: 0,49 %; kath.: 0,43 %) | 14 = | 0,12 % |
| 5) Militärische, kirchliche, freie Berufe . (ev.: 5,36 %; kath.: 5,20 %) | 719 = | 5,98 % |
| 6) Ohne Beruf (Priv., Rent.): . . . . (ev.: 6,98 %; kath.: 6,52 %) | 1812 = | 15,07 % |
| zus.: | 12022 = | 100,00 % |

Was sagen diese Zahlen?

Sie sagen, daß das Judenvolk vor allem ein Handelsvolk ist, daß der alte Schacherjude zum modernen Handelsmann sich emanzipiert hat. Der Zweck des Gesetzes von 1828, den Juden zum Handwerker und Bauer zu machen, darf als mißlungen angesehen werden. Wohl zeigten sich in der Zeit von 1828—1850 die Juden bereit, Handwerke zu erlernen; aber das Reis, das man so dem schachergewohnten Judentum aufpfropfte, hat sich nicht, wie beabsichtigt, entwickelt. Vom einfachen Handwerk wandte sich Israel bei der nächsten besten Gelegenheit der Spekulation, der Industrie zu, und so finden wir heutzutage unter den jüdischen Handwerkern fast nur Bäcker, Metzger und Schneider. Mit dem letzteren Gewerbe ist fast durchweg eine Kleiderhandlung, ein Konfektions- und Hutgeschäft verbunden. Der Meister ist Kaufmann, und das Handwerk betreiben christliche Gehilfen und Gesellen. Sehr gering ist der Anteil an der Landwirtschaft. Nach dem Jahre 1828 kauften viele Juden Felder auf, bewirtschafteten sie auch selber, aber in neuerer

Zeit verkaufen sie wieder alles; einen eigentlichen jüdischen Bauern findet man kaum mehr. Wenn auf dem Lande jüdische Grundstücke angetroffen werden, so gehören diese fast durchweg den Vieh- und Pferdehändlern oder den Wirten, welche auf den Feldern den notwendigsten Bedarf an Futtermitteln für Rindvieh und Pferde ziehen wollen. Neuerdings sind die Juden überaus stark am Güterhandel beteiligt; besonders im württembergischen Oberland haben sie eine Menge der schönsten Hofgüter zertrümmert und die einzelnen Teile wieder verkauft. Keiner von ihnen hat etwa den Pflug in die Hand genommen, keiner ist Bauer geworden — seine Ahnen sind es ja auch nicht gewesen —; alsbald zogen sie fremde Ansiedler, sehr viele aus Altwürttemberg, herbei und verkauften ihnen die zerteilten Güter.

Die oben unter 5 angegebenen Berufe nehmen andauernd zu; zahlreich sind die Juristen und Schriftsteller; auch auf der Bühne bewegen sich viele. Nur die militärische Laufbahn ist ihnen gänzlich verschlossen; das Offizierkorps duldet keinen Israeliten in seinen Reihen.

Bedeutenden Anteil hat Nr. 6: ohne Beruf, d. h. Privatiers oder Rentiers, ein Beweis, wie viele ihr Schäflein schon im Trockenen haben und sich der behaglichen Ruhe hingeben können.

Sehr gering sind die dienenden Berufe. In ganz Württemberg zählte man 1907 nur 95 jüdische Dienstmädchen neben 32,125 evangelischen und fast 13,000 katholischen. Hunderte von Christenmädchen dienen heute in Judenhäusern, erhalten daselbst im allgemeinen eine gute Belohnung, aber eine weniger gute Behandlung. Die Bedeutung der Juden in den drei ersten Berufsgruppen: Landwirtschaft (ganz gering), um so mehr in Industrie (Großindustrie vor allem) und Handel, erhellt am besten daraus, daß wir unterscheiden zwischen a selbständigen Geschäftsleuten und Unternehmern, b technisch und kaufmännisch gebildeten Verwaltungs-, Aufsichts-, Rechnungs- und Büropersonal, und c Lohnarbeitern.



So waren in den drei Berufsgruppen in Württemberg am 12. Juni 1907 tätig:

| a | b | c |
|---|---|---|
| 2455 Juden | 984 Juden | 888 Juden |
| 201564 Ev. | 31907 Ev. | 466821 Ev. |
| 86216 Kath. | 10723 Kath. | 233432 Kath. |

Das Verhältnis von a und c ist zwischen Juden und Christen gerade umgekehrt!

In Großstuttgart waren erwerbstätig in der Industrie:

| | Evangelische | Katholische | Juden |
|---|---|---|---|
| a | 8311 (16%) | 1457 (11%) | 212 (38%) |
| b | 5997 (12%) | 1420 (11%) | 188 (34%) |
| c | 37219 (72%) | 9819 (78%) | 155 (28%) |

im Handel und Verkehr:

| | Evangelische | Katholische | Juden |
|---|---|---|---|
| a | 4923 (22%) | 879 (15%) | 475 (51%) |
| b | 6282 (28%) | 1679 (29%) | 309 (33%) |
| c | 11465 (50%) | 3176 (56%) | 148 (16%) |

Man vergleiche nur die a und c Personen bei Christen und bei Juden! Wer spielt eine größere Rolle in der Industrie und im ganzen Geschäftsleben?

Bei den Gesamtangehörigen der Berufsgruppen Industrie und Handel machen die selbständigen Personen evangelischer Konfession: 8,59%, katholischer: 7,14%, jüdischer aber: 22,38% aus.

In Verhältniszahlen ausgedrückt heißt das für Stuttgart (für die Berufe Industrie und Handel):

| | Personen | |
|---|---|---|
| Industrie: | a : b + c = 1 : 5,4 | bei Evangelischen |
| | a : b + c = 1 : 8 | bei Katholiken |
| | a : b + c = 1 : 1,57 | bei Juden. |
| Handel: | a : b + c = 1 : 3,5 | bei Evangelischen |
| | a : b + c = 1 : 5,3 | bei Katholiken |
| | a : b + c = 1 : 0,94 | bei Juden. |

Das weibliche erwerbstätige jüdische Element stellt Konfektionsarbeiterinnen, Modistinnen, Verkäuferinnen, Kontoristinnen: etwa 2/3 aller erwerbstätigen jüdischen Mädchen. Nur 20 jüdische Dienstmädchen dienen in Großstuttgart.



Wir sehen: auch den Jüdinnen ist der Drang zu gewerblichen und Handelsberufen angeboren.

Wenn wir heute durch die Hauptstraßen großer Städte Württembergs gehen, so werden wir sicher zahlreiche Judenfirmen lesen können. Israels riesiger Spekulationsgeist ist nicht zurückgescheut, ganze Häuserreihen anzukaufen und raffiniert ausgestattete Kaufläden und Warenhäuser hinzustellen. Da arbeitet Industrie und Handel der Juden einander in die Hände. Mit einem gewissen Bangen sehen christliche Firmen diese gewaltigen Konkurrenzpaläste, die ein Riesenkapital darstellen, emporkommen. Andererseits hat das Entstehen der mächtigen Judenfirmen auch bei den Christen den industriellen und kaufmännischen Unternehmungsgeist stärker angeregt und eine Reihe praktischer Schutzeinrichtungen veranlaßt.

Auch auf dem Lande haben die Juden manches treffliche industrielle Großetablissement, das sehr vielen Christen Brot liefert, ins Leben gerufen. Pferde-, Vieh-, Hopfen-, Wein-, Häute-, Fell- und Güterhandel ist wohl ihr Hauptberuf, daneben bestehen gutgehende kaufmännische Geschäfte und Wirtschaften. Die Steuerkraft der Landjuden spielt also eine nicht zu unterschätzende Rolle. Sie sind auch in den meisten Landorten sehr fortschrittlich gesinnt, fördern sehr rührig die modernen Wohlfahrtseinrichtungen (Wasserleitung, elektrisches Licht, elektrische Kraft, Eisenbahn- und Autoverbindung). Aber trotzdem ist der Zug in die Städte nicht aufzuhalten.

In richtiger Erkenntnis der Worte: Wissen ist Macht, legen die Juden großen Wert auf die intellektuelle Bildung. Kaum württembergische Untertanen geworden, beklagten sich die Juden über den mangelhaften Unterricht ihrer Kinder und machten Vorschläge zur Abhilfe. Das Gesetz von 1828 erfüllte die diesbezüglichen Wünsche. Denn bis zum Jahre 1828 wuchs die jüdische Jugend ohne eigentlichen Schulunterricht auf; der Unterricht war nach Willkür der Eltern unwissenden Hauslehrern, gewöhnlich Vorsängern, Schächtern



u. a. übertragen, die wie das Gesinde gedungen und nach Belieben wieder entlassen werden konnten. Auch die Rabbiner standen an Bildung unter dem geringsten christlichen Schullehrer. Und heute? Welch lebhafter Wissensdrang! Wieviel reichliche Mittel stehen den Studierenden israelitischer Religion zu Gebote!

Im Jahre 1910 betrug der evangelische Volksanteil in Württemberg: 68,56 %, der Anteil der Studierenden an den Gymnasien, Realschulen und höheren Mädchenschulen: 36,23 %; bei den Katholiken: 30,36 % bezw. 20,56 %; bei den Juden: 0,49 % bezw. 2,92 % d. h. sechsmal den prozentualen Volksanteil. Auf 58 Evangelische kommt ein studierender Knabe oder ein studierendes Mädchen, ebenso auf 95 Katholiken ein Student oder eine Studentin, aber bereits unter 11 Israeliten befindet sich ein studierendes Mitglied.

Die Realschüler überwiegen um ein Beträchtliches die Gymnasiasten: alles ist auf den praktischen Erwerb zugeschnitten. Sorgfältige Pflege findet die Mädchenbildung, mehr als bei jeder christlichen Konfession. Die Handels- und Sprachschulen sind seitens der jüdischen Mädchenwelt gut besucht — alles im Interesse der künftigen Geschäftsfrau.

Was das jüdische Wohltätigkeitswesen anbelangt, so müssen wir ihm volle Anerkennung zollen. Es gibt reiche Studien- und Armenstiftungen, sodaß arme Israeliten, die es auf dem Landorten immer noch gibt, bei ihren Glaubensgenossen guten Rückhalt finden. Man könnte wohl sagen: die überreichen Geldmittel, welche die Juden seit etwa 60 Jahren zusammengerafft haben, ermöglichen freilich reiche Stiftungen, aber um der Gerechtigkeit willen müssen wir sagen, daß sehr viele Wohltaten nicht einzig und allein den Glaubensgenossen zu gute kommen.

Bisher haben wir gesehen, wie das württembergische Judentum aus seiner tiefen Erniedrigung zur gewaltigen Höhe emporgestiegen ist, und daß sein Reichtum eine wahre



Herrscherrolle spielt. Aber gerade dieses ungeahnte Emporwachsen trägt den Keim des Unterganges, des Todes in sich. Das gestehen selbst die alt-orthodoxen Kreise der Juden: sie fürchten für ihr Volk, das sich zu rasch auf die Bühne des großen Welttheaters versetzt sah.

Von 1821—1910 betrug nämlich die Gesamtbevölkerungszunahme in Württemberg: 68,40% (ev.: 68,45%, kath.: 65,89%), die Zunahme der Juden beläuft sich aber nur auf: 34,35%, erreicht also nur die Hälfte des Landesdurchschnittes. Das ist geradezu auffallend! Daran ist nicht etwa die Auswanderung schuld — denn auch die christlichen Konfessionen haben ihren starken Anteil daran — sondern es sind rein innere Gründe, welche diesen Abmangel erklären: der Rückgang der Geburten. Früher suchte und fand der Israelite fast nur im Kreise einer starken Familie Trost und Freude, viele Kinder waren des Vaters Stolz, für diese verdiente er im mühsamen Gewerbe das kärgliche Brot. Der emanzipierte Jude aber schämt sich einer zahlreichen Familie.

Vor etwa 80 Jahren kamen im Durchschnitt auf 50 Judenfamilien 12 Kinder mehr als auf eine gleich hohe Zahl christlicher Eltern. Familien mit 10, 12, 13 bis 20 Kindern waren keine Seltenheiten. Das waren noch wahrhaft patriarchalische Zustände — und heute? Familien mit 6 bis 7 Kindern sind schon recht selten, dagegen sehr zahlreich jene mit zwei Kindern, und nicht weniger solche mit einem einzigen Kinde. An diese zwei, bezw. das eine Kind wird dann alle Liebe und aller Reichtum gehängt. Es gilt auch für Württemberg: niemand huldigt mehr dem französischen Zwei- bezw. Einkindersystem in Stadt und Land als der emanzipierte Jude. Man vergesse ferner nicht: die große Masse der Juden sind in den Städten, widmen sich Körper-, Geist- und Nervenangreifenden Berufen, während der wahre Jungbrunnen der Volkskraft, die Landbevölkerung, dahinschwindet. Seit 1901 zählten die jüdischen Geburten in Württemberg nie über 200 (1907 Höchstzahl mit 199; 1910 nur 177); die durchschnittliche Zahl der Sterbefälle ist fast dieselbe. Und diese Sterbe-



fälle haben in den letzten zehn Jahren viele aus der jüngeren Generation betroffen!

Jüdische Eheschließungen waren es 1906: 119; davon waren: 114 rein israelitische Paare, kirchliche Trauungen: 84. Im Jahre 1909: 99; rein israelitische Paare: 94; kirchlich getraut: 71; 1910: 94; rein israelitische Paare: 89; kirchlich getraut: 61. Mit Ausnahme von 1906 ist die Zahl 100 nie erreicht worden.

Seit 1906 nehmen die Mischehen mit nichtjüdischem Charakter stetig zu. Diese Mischehen entfallen fast alle auf Großstuttgart.

Von 1906—1910 fanden in Stuttgart 163 rein jüdische Eheschließungen statt; dazu kommen noch 31 Mischehen, also Gesamtsumme: 194 Ehen mit ganz oder halbjüdischem Charakter; kirchliche Trauungen (in der Synagoge) waren es nur 136; im übrigen handelt es sich meistens um reine Ziviltrauungen.

Bekanntlich war der Ruf nach Erlaubnis der gemischten Ehe eine immer wiederkehrende Forderung der Emanzipationsbewegung. Aber dieser Sieg zehrt am Stamme Juda: die größte Mehrzahl der Mischehenkinder empfängt niemals die Beschneidung. So erleidet das Judentum durch die Mischehen andauernd Verluste.

Damit sind wir bereits nun zu einem andern Gebiet gekommen, wir müssen noch den sittlich-religiösen Geist des modernen emanzipierten Juden betrachten, um die bereits angeführten Erscheinungen und manches andere zu verstehen.

Solange die Juden ihres Glaubens wegen den mannigfachsten Bedrückungen ausgesetzt und fast durchweg auf das Land angewiesen waren, war ihr religiöser Geist noch echt und gut. Aber sobald das verheißungsvolle Morgenrot der Freiheit aufstieg, da verblaßte der alte Gesetzeseifer und an seine Stelle trat Kritizismus, Skepsis und Freisinn. Schon im Jahre 1853 wandte sich eine große Anzahl von Juden an das Kgl. Ministerium des Kirchen- und Schulwesens mit der Bitte, keine der überorthodoxen Richtung angehörigen



Israeliten in den Kirchenrat zu berufen. Heute zählen über $^{2}/_{3}$ der Juden Württembergs zu den sog. Reformjuden, nur ein schwaches Drittel hält noch in Treue und gutem Willen an den Vorschriften des Gesetzes fest und sticht auch durch eine gewisse Sittenstrenge und Sittenreinheit gegen die andern vorteilhaft ab.

Daß ein ganz anderer Geist das Judentum erfaßt hat, entnehmen wir auch dem Bekenntnis eines gebildeten, orthodoxen Israeliten Württembergs:

„Israel wandte sich gleichgiltig, geringschätzig von seinem heiligen Erbe ab. Denn als die Pforten der bürgerlichen Gleichberechtigung sich Israels Söhnen erschlossen, als sie zugelassen zu allen Gebieten bürgerlicher Wirksamkeit ihre Kräfte frei und unbeengt betätigen durften auf dem Markt des Lebens, in Handel und Wandel, in Industrie und Wissenschaft, in der Gerichtsstube, auf den Ratszimmern, in den gesetzgebenden Versammlungen, als die Hörsäle sich auch ihnen öffneten, wieviele wandten sich da, geblendet von dem verführerischen Glanze der Neuzeit treulos von der greisen, aber mit den Reizen ewiger Jugend geschmückten Mutter ab, stießen höhnend das heilige Gesetz von sich und wollten durch nichts mehr erinnert und gemahnt werden an ihren Ursprung, an ihre Abstammung und ihre Zugehörigkeit zur Gemeinde Israels."

Alljährlich mehren sich die Austritte aus der israelitischen Kirche, besonders seit 1905; bis 1905 erfolgte der Anschluß zur Hälfte an eine christliche Kirche, seit 1906 ansteigend und seit 1910 ganz „ohne Anschluß an eine andere Religionsgemeinschaft", d. h. sie werden konfessionslos, freireligiös usw. Auch jüdische (meist erwerbstätige) Mädchen sind daran beteiligt.

Die Beteiligung an den Wahlen zum Kirchenvorsteheramt betrug 1901 noch 67 % und sank bis 1910 herab auf 37 %, ja vorübergehend 1907 auf 28 %. Über die Geburten, gemischten Ehen und nichtkirchlichen Trauungen ist bereits die Rede gewesen.

Im allgemeinen lassen die jungen Leute beiderlei Ge-



schlechts, viele erfreuliche Beispiele ausgenommen, sehr viel zu wünschen übrig, nicht zuletzt in manchen ländlichen Judengemeinden. Es ist merkwürdig, wie die junge Generation vielfach bis auf die Knochen vom Pesthauch gewisser Krankheiten, die auf geschlechtliche Verirrungen zurückzuführen sind, ergriffen ist, darunter seufzt und krankt. Das gesteht bekanntlich auch Theilhaber, selbst ein Jude, zu in seinem Buche: Der Untergang der deutschen Juden.[1])

Auffallend gering ist in Württemberg die Ziffer der unehelichen jüdischen Geburten. Aber darf man da ohne weiteres auf die Unverdorbenheit der israelitischen Mädchen schließen und den christlichen wegen ihrer höheren absoluten und relativen Zahl eines anhängen? Läßt nicht die Praxis des Zwei- und Einkindersystems bei Verheirateten einen ähnlichen oder gleichen Schluß zu bei den Ledigen? Dürfen wir übersehen, wie so viele Christenmädchen fallen — und ein Jude ist der Vater? Verraten nicht so viele uneheliche, christlich getaufte Kinder durch ihren Gesichtsausdruck den jüdischen Vater? War das alte Verbot, in Judenhäusern zu dienen, etwa eine finstere, unkluge Maßregel? Und jetzt, im 20. Jahrhundert, ist die religiös-sittliche Position des Judentums eine bessere geworden?

Nicht wenige jüdische Mädchen Württembergs sind in den großen Industrie-, Handels- und Großstädten der Nachbarländer und Außerdeutschlands im Banne der Prostitution: Die lebhafte Verbindung zwischen Heimat und Fremde wird in Zukunft noch manche traurigen Früchte zeitigen.

Unter der Frauenwelt ist die gute alte Sitte und Einfachheit, der wahrhaft mütterliche Sinn vielerorts gewichen: an den Werktagen: gleichgültige Nonchalance, an den Sonntagen: „großer Staat", „Pariser Mode". Der oft aufdringlich entfaltete Luxus in Kleidung und Lebenshaltung und die Erscheinungen der freien Moral wirken, wo noch

1) Siehe auch „Histor.-polit. Blätter" 1911, 10. Heft, S. 750 ff.



starke Judengemeinden neben christlichen bestehen, im allgemeinen zersetzend auf die christliche Umgebung.

Ist in Württemberg die jüdische Selbstmordziffer sehr niedrig, so steigt die Zahl der in den Irrenanstalten Befindlichen, sowie diejenige der Gefangenen in den gerichtlichen Strafanstalten — auch Begleiterscheinungen einer ungesunden Emanzipation.

Was wird die Zukunft des jüdischen Volkes in Württemberg sein, je mehr die Landgemeinden zusammenschwinden, je mehr sich die Juden in den aufreibenden Berufen der großen Städte bewegen? Mächtig ist der Baum des Judentums seit 1850 emporgeschossen. Aber an dem Baume nagt ein arger Wurm — das geben auch die wahren, noch gesetzestreuen Juden zu ihrem Schmerze zu. Dieser Wurm gefährdet das äußere und innere Wachstum, er bedroht und vermindert das Gedeihen guter Früchte für die Zukunft — das ist die Emanzipation zu Bildung und Reichtum und ihr zur Seite die Abkehr von Tugend und Religion, von gesunder Genügsamkeit und Einfachheit.

## XLIII.

## Fünf Jahre christliches Ministerium Heemskerk in Holland.

Von Wenzel Frankemölle (Amsterdam).

(Schluß.)

Einen weiteren heiklen Punkt bildete die Frage der Küstenverteidigung.

Im Jahre 1910 reichte die Regierung bei der Zweiten Kammer einen Gesetzentwurf ein, 40 Millionen Gulden für die Reorganisation der Küstenverteidigung zu verausgaben und verschiedene neue Befestigungen zu bauen, namentlich ein großes Fort bei Vlissingen an der Mündung der Wester-



schelde. Bald nach der Einreichung dieses Gesetzentwurfs gingen geheimnisvolle Gerüchte durch die internationale Presse über einen Brief des deutschen Kaisers an die Königin von Holland, in welchem Briefe der deutsche Kaiser angeblich die Forderung gestellt habe, die holländischen Küsten gegen England besser zu schützen. Ein wahrer Sturm erhob sich, nicht allein in Holland, sondern in der ganzen deutschfeindlichen Presse Europas. Wenn die Behauptung wahr wäre, dann hätte Wilhelm II. tatsächlich auf unerlaubte und der Unabhängigkeit Hollands keine Rechnung tragende Weise sich in die inneren Geschäfte eines fremden Landes eingemischt. Sehen wir erst, wie es sich mit der holländischen Küstenverteidigung verhält. Das katholische Blatt ‚Tijd' hatte in einer Serie von Artikeln dargetan, daß die Küstenverteidigung vollkommen ungenügend sei. Diese Artikel waren offiziös. Der Entwurf der Regierung stützte sich auf einen Bericht einer Militärkommission aus dem Jahre 1904. Er war also auf keinen Fall übereilt, sondern im Gegenteil lange und reif erwogen worden. Die liberalen Freunde Englands und Frankreichs im Parlamente, die hauptsächlich die Anlage neuer Befestigungen bekämpften, bemängelten zuerst, daß den Abgeordneten keine Kenntnis jenes grundlegenden Berichts vermittelt worden sei. Die Regierung veröffentlichte dann bald diesen Bericht. Er fußt auf der Notwendigkeit, das Verteidigungssystem Hollands so umzugestalten, daß dieses in der Lage ist, seine im Falle eines Krieges benachbarter Mächte erklärte Neutralität wirksam aufrecht zu erhalten; es muß nicht nur die Verletzung seines Hoheitsgebietes zu Lande und zu Wasser verhindern, sondern auch den Versuchen der Kriegführenden entgegentreten, in seinen Territorialgewässern Handlungen vorzunehmen, die den Grundsätzen des internationalen Rechts zuwider sind. Holland wird seine Aufgabe nur dann erfüllen und sich die nötige Achtung sichern können, wenn es mit all seinen Streitkräften und mit allen Mitteln einen Angriff auf die von ihm erkärte Neutralität zurückweist, und wenn es nichts unterläßt, um den einen





oder anderen Kriegführenden, der sein Gebiet zu durchschreiten suchte, daran zu hindern.

Also muß man bei der Frage der Küstenverteidigung diesen zweifachen Gesichtspunkt beachten: Aufrechterhaltung der Neutralität und Verteidigung des Gebiets.

Die Küstenverteidigung bildet einen wesentlichen Teil des gesamten Verteidigungssystems des Landes: ein Angriff von der See her ist möglich, und ein solcher muß erfolgreich abgewiesen werden können. Dann wird der Bericht konkret: Wenn man zugibt, daß Häfen und Zugänge zu Häfen strategische Punkte sind, so muß man auch anerkennen, daß in dieser Hinsicht die Westerschelde eine hohe Bedeutung hat. Die Schiffe einer fremden Flotte, die an den niederländischen Küsten operierte, fänden dort einen ausgezeichneten Stützpunkt. Nun ist die Küstenverteidigung an der Westerschelde ungenügend; sie bleibt es auch, wenn man Terneuzen und Ellewoutswijck befestigt: es ist also die Errichtung eines Forts bei Vlissingen unerläßlich.

In Belgien, England und Frankreich und selbst in Rußland fing ein wahres Kesseltreiben gegen diese Vorlage an. Die Motive der Engländer, Franzosen und Russen brauchen nicht näher beleuchtet zu werden. Ihre ganze Haltung wurde von ihrer Deutschfeindlichkeit bestimmt.

Mit Belgien verhielt es sich anders. Es wurde vielfach in diesem Lande Holland das Recht, die Scheldemündung zu befestigen, abgesprochen. Aber selbst die liberale, französisierende Brüsseler Chronique mußte, im Gegensatz zu ihren Schwesterblättern, Holland das unzweifelhafte Recht auf die Anlage von Befestigungen an der ihm allein gehörigen Scheldemündung zuerkennen. Das Blatt wies in dieser Hinsicht darauf hin, daß Belgien bei Antwerpen Forts angelegt habe, aus denen nicht einmal ein Flintenschuß abgefeuert werden könne, ohne daß ein Geschoß auf holländischen Boden falle. Holland aber habe keinen Einspruch erhoben. Wenn Holland Vlissingen befestige, so leite es dabei eine hundertjährige Erinnerung und die darauf fußende Absicht, die



Wiederholung eines Einfalles, wie es derjenige der Engländer im Jahre 1809 war, auf die Insel Walcheren zu verhindern.

Die Belgier haben behauptet, die Schelde sei der einzige Weg, auf den von der Seeseite Belgien, wenn es nötig wäre, Hilfe werden kann, also von den Engländern, denn eine andere Macht kommt hier nicht in Betracht. Ist aber England denn der privilegierte, einzige Helfer Belgiens?

Man hat auch die Furcht geäußert, von Vlissingen aus würde der friedliche Handel Antwerpens bedroht werden. Es ist aber unerfindlich, welche Macht eventuell ein so dringendes Interesse an der Unterbindung des Verkehrs dieses zu einem so wesentlichen Teile deutschen Aus- und Einfuhrhafens haben könnte, wie England, wenn Holland ganz außer Rechnung bleibt.

Wir erwähnten schon den angeblichen Kaiserbrief. Dr. Kuyper war seinerzeit auch als Minister des Äußeren ad interim aufgetreten. In seiner Amtszeit sollte der Brief angekommen sein. Ein Exdiplomat, Baron Van Heeckeren, sprach und schrieb öffentlich über diesen Brief, wie über eine feststehende Tatsache. Kuyper dementierte erst, schien dann sich aber in sphynxische Zweideutigkeiten zu hüllen. Schließlich verwiesen bestimmte offizielle Äußerungen den angeblichen Kaiserbrief in das Reich der Fabel. Der Minister des Auswärtigen versicherte in der Kammer, es befinde sich in der Hinterlassenschaft des Kabinetts von 1901 (Ministerium Kuyper) kein Schriftstück, das beweise, daß dem früheren Minister des Äußeren gegenüber irgend jemand in seiner Freiheit gehemmt gewesen ist. Die Regierung bringe keinen Gesetzentwurf ein, dem andere Beweggründe zu Grunde lägen als die rein nationalen Interessen. Die Küstenverteidigungsvorlage sei lediglich aus dem Gefühle der nationalen Pflicht heraus entstanden. England habe amtlich gegen diese Vorlage nichts unternommen. Zum Beweise der guten Beziehungen zwischen England und Holland erklärte der Minister, das englische Königspaar werde die Königin offiziell im Haag





besuchen. Der Besuch ist aber unterblieben. Warum? Das wird wohl ein Rätsel bleiben, ebenso wie das viele Rätselhafte, das noch in den weiteren, sehr diplomatisch gehaltenen Erklärungen des Ministers übrig bleibt. Noch mehr Rätselhaftes ist in dieser Geschichte. Nach einem Jahre erklärte die Regierung, 40 Millionen Gulden brauche man für die Küstenverteidigung nicht mehr auszugeben — vorher war das unbedingt nötig gewesen! —, ungefähr 10 Millionen Gulden genügten. Und bei Vlissingen könne überhaupt kein Fort gebaut werden wegen ... des sandigen Bodens. Das sah aus wie ein Rückzug der Regierung. Bis jetzt schwebt die Frage noch immer. Die sozialdemokratischen Abgeordneten fanden noch Gelegenheit, sich in dieser Frage zu blamieren. Sie luden ihre belgischen, roten Brüder zu einer Konferenz ein, um mit ihnen über die Verteidigung Hollands zu beraten. Das war wohl etwas nie Dagewesenes! Selbstverständlich kamen sie zu der Ansicht, daß für die Verteidigung kein Pfennig auszugeben sei.

Auf dem Gebiete der Landesverteidigung, wohin uns die Küstenverteidigung geführt hat, ist die Regierung sehr tätig. Der überaus tüchtige Minister der Landesverteidigung, Colijn, hat die Feldarmee neuorganisiert, und große Marinepläne sind in Vorbereitung, sowohl für die Verteidigung Indiens als des Mutterlandes.

Auf dem Gebiete der inneren Politik war die größte Aufgabe: die Lösung der sozialen Frage.

Das Ministerium Heemskerk hatte die Regierung übernommen unter der bestimmten Zusage, die soziale Gesetzgebung auszubauen. Die Parteien der Rechten, die Katholiken, die Antirevolutionären und die Christlichhistorischen, erklärten sich bereit, den allgemeinen Linien des Programms des Ministeriums und vor allem dem Programm des Ministers für soziale Angelegenheiten, Talma, zu folgen. Drei Jahre gingen vorüber, und es machte den Eindruck, als ob Talma seiner Aufgabe nicht gewachsen sei. Die Regierung schien anfangs geneigt, erst die Verfassungsrevision und die

Wahlrechtsfrage in Behandlung zu nehmen. Sie brachte verschiedene kleinere Gesetze bei der Kammer ein, u. a. die Sittlichkeitsgesetze des Ministers Regout, ein neues Urheberrecht und den Anschluß an die Berner Konvention, aber die versprochenen großen Entwürfe blieben aus. Der Führer der katholischen Staatspartei, Prälat Professor Dr. Nolens, warnte das Ministerium eindringlich vor der Verschiebung der sozialen Gesetzgebung. Es stehe keineswegs fest, daß es länger als vier Jahre das Staatsruder in Händen halten werde. Daraus folge, daß es sein Programm innerhalb der vier Jahre zu verwirklichen suchen müsse. Er bezeichnete als Kern der sozialen Gesetzgebung die Versicherungsgesetze. Und mit dieser sei sowohl in finanzieller als in ökonomischer Beziehung die Revision der Einfuhrzölle unzertrennlich verbunden: finanziell, insofern der Staat Geld nötig habe für die Durchführung der sozialen Gesetzgebung; ökonomisch, insofern auch die Arbeitgeber und Arbeitnehmer die Lasten mittragen müßten. Inzwischen hatte sich aber gezeigt, daß Minister Talma die Jahre fleißig benutzt hatte, sich in sein Ressort einzuarbeiten, und die Früchte waren das Steinhauergesetz, das Bäckereigesetz und die großen Versicherungsgesetze. Gleichzeitig reichte der Finanzminister sein Tarifgesetz ein. Die Kammer konnte also arbeiten.

Eine Revision des Arbeitergesetzes wurde angenommen; auch die gesetzliche, ärztliche Untersuchung für die Steinhauer. Das Bedenkliche bei der Annahme dieser Gesetze war, daß sich zeigte, daß die Rechte nicht geschlossen hinter dem Minister stand. Die konservativen Elemente der Rechten lehnten die Anträge Talmas ab. Bei der Revision des Arbeitergesetzes versuchten die fortschrittlichen Katholiken ein Verbot der Fabrikarbeit für die verheirateten Frauen durchzubringen. Der Antrag wurde mit Hülfe der Sozialdemokraten abgelehnt. Wohl konnten dieselben Katholiken ihren Antrag durchbringen, wonach die Dauer der Arbeitswoche von 66 Stunden auf 58 Stunden herabgesetzt wurde; ebenso einen Antrag des Dr. Aalberse, des Führers des Volksvereins für das katho-

lische Holland, in dem der Wunsch ausgesprochen wurde, den Zehnstundentag sobald wie möglich gesetzlich einzuführen.

Die Uneinigkeit der Rechten zeigte sich vor allem bei der Behandlung des Gesetzentwurfes zur Abschaffung der Nachtarbeit in den Bäckereien. Die Christlichhistorischen wollten nicht mehr mitmachen. Ihr Führer, Savornin Lohman, gab in der Kammer als Grund dafür an: Minister Talma sei der reinste Staatssozialist. Warum? Weil er in der sozialen Gesetzgebung den Staatszwang inauguriere. Die Christlichhistorischen und ein kleiner Teil der Antirevolutionären und Katholiken verabscheuen jeglichen Staatszwang als Staatssozialismus. Ihrer Meinung nach waren die Minister und der übrige Teil der Rechten ins sozialdemokratische Fahrwasser geraten. Vor allem wurde die vorgeschlagene Zwangsversicherung stark angefeindet. Dazu schrieb das katholische Blatt ‚Centrum': „Der Vorwurf des Staatssozialismus ist ungerecht. Die Rechte tut einfach nichts anderes, als daß sie unter Führung der Regierung das vor den Wahlen schon längst bekannte Programm zur Ausführung bringt." Die Lage war bedenklich. „Wird das Bäckereigesetz verworfen", sagte Dr. Kuyper, „dann ist es wahrscheinlich, daß Talma sich zurückzieht und mit ihm das ganze Ministerium. Die Folgen würden sein: Bildung eines liberalen Ministeriums, Kammerauflösung und neue Wahlen. Also große Schädigung der Landesinteressen." Die Regierung war durch die Abschwenkung der eigenen Bundesgenossen auf die positive Mithülfe der Linken angewiesen. Wie wenig sie auf diese Hülfe rechnen konnte, zeigte sich bei der Abstimmung über das Bäckereigesetz, das verworfen wurde. Dagegen stimmten alle Liberalen. Weiter von der Rechten: alle Christlichhistorischen, 6 Katholiken und 3 Antirevolutionäre. Mit Absicht abwesend waren 7 Katholiken und Antirevolutionäre. Wir geben diese Abstimmung darum im einzelnen wieder, weil man sich daraus eine Vorstellung bilden kann, wie die Verhältnisse für die Aussichten der weiteren sozialen Entwürfe lagen. Talma trat

aber nicht zurück, weil die Regierung sich sagte, daß dann die ganze soziale Gesetzgebung gefährdet würde. Man wollte eben retten, was zu retten war.

Für die praktische Durchführung der vorgeschlagenen großen Versicherungsgesetze, Krankenversicherung, Alters- und Invaliditätsversicherung, hatte Minister Talma ein Kassenausschüssesystem nach deutschem Muster ausgearbeitet. Dieser Entwurf stand nun zur Beratung. Während der Behandlung dieses Entwurfes stellte der christlichhistorische Führer, Savornin Lohman, unerwartet 38 Anträge, in denen die Aufhebung der Kassenausschüsse und ein ganz anderes System vorgeschlagen wurde. Nun drohte tatsächlich eine ministerielle Krisis. Als er sah, wie kritisch die Situation war, zog Lohman ebenso unerwartet seine 38 Anträge zurück, die sofort von dem Liberalen Roodhuijzen übernommen wurden. Dieses Manöver wurde aber nicht ernst genommen. Und schließlich wurde das Kassenausschüssesystem des Ministers angenommen. Die Rechte war wieder einig geworden.

Die Behandlung des Krankheitversicherungsgesetzes mußte nun beginnen. Auf Antrag Kuypers wurde gegen den Sinn des Ministers Talma die Behandlung der Krankheitsversicherung hinter die Behandlung der Alters- und Invaliditätsversicherung zurückgesetzt. Das letztere Gesetz ist populärer in der Arbeiterwelt. Im Hinblick auf die Neuwahlen, meinte Kuyper, müsse dieses Gesetz unter allen Umständen zustande kommen. Sonst würde man die gegebenen Versprechungen nicht gehalten haben. Talma gab nach.

Die Freisinnigdemokraten waren immer für Zwangsversicherung gewesen, die Unionliberalen für Alterspensionierung und die Altliberalen für keine von beiden. Nun entdeckten alle diese Gruppen, mit Inbegriff der Sozialdemokraten, auf einmal ihre Liebe für Staatspensionierung nach englischem Muster. Grund: Opposition um jeden Preis gegen die Regierung. Talma wollte Zwangsversicherung mit Beiträgen des Staates, der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer. Alter der Pensionierung: vorläufig 70 Jahre.



Sofort fing die Linke an, Opposition zu machen. Endlose Reden wurden gehalten. Ein Sozialdemokrat redete zehn Stunden hintereinander. Die Rechte beschränkte sich auf kurze Reden. Trotzdem der Vorsitzende der Kammer am Tage und am Abend Sitzungen anberaumte, kam man nicht weiter, und die Behandlung des Gesetzes mußte abgebrochen werden, weil verfassungsgemäß der Etat behandelt werden mußte. Immer noch ist die Kammer mit der Behandlung des Etats vor Weihnachten fertig gekommen. Durch die fortgesetzte Obstruktion der Linken geschah es, daß die Kammer auch damit nicht zu Ende kam. Im Januar hatte das Alters- und Inaliditätsversicherungsgesetz weiter behandelt werden müssen. Nun ging dieser Monat auch wieder verloren. Im Februar wird man endlich fortfahren können.[1])

Talma und die Rechte hatten also kein Glück. Vor allem wegen der unqualifizierbaren Haltung der Linken. Die Rechte hat auch Schuld an dem traurig langsamen Gang der Geschäfte, weil es ihr öfter an gegenseitiger Verständigung mangelte. Da ist eine Klippe, die der Koalition der Rechten mit dem Untergang droht. Auch der fürchterliche Absentismus der Rechten trug vielfach zur Verzögerung bei.

Die dritte große Aufgabe der Regierung war die Hebung der christlichen Schule. Wegen des langsamen Fortschreitens der sozialen Gesetzgebung ist auf diesem Gebiete von der Regierung wenig getan worden. Die öffentlichen Schulen ohne Gott sind für die positiv Christlichen unannehmbar, zumal 60% der Lehrer sozialdemokratisch sind. Die Katholiken und Protestanten haben darum überall selbst freie Schulen gegründet. Das Gesetz Kuyper vom Jahre 1905 gibt den schon bestehenden Schulen, allerdings unter gewissen berechtigten Voraussetzungen, gewiß nicht allzu hohe Zuschüsse aus der Staatskasse und trägt für den Bau neuer

1) Anfang März hat die Kammer mit 54 Stimmen der Rechten gegen 35 Stimmen der Linken die Gesetzesvorlage angenommen. Die Red.

Schulen 1,15 % bei. Bis zum Jahre 1905 hatten die christlichen Schulen keine nennenswerten Subsidien erhalten. Alle Schulen wurden von den christlichen Gemeinschaften selbst unterhalten. Sie waren ganz und gar angewiesen auf die erstaunliche Opferfreudigkeit der Christen beider Konfessionen. Staat und Gemeinden trugen alle Kosten der öffentlichen konfessionslosen Schulen. Die Gesamtsumme betrug jährlich mehrere Millionen. Die Liberalen und Sozialdemokraten haben selbstverständlich im Jahre 1905 das Gesetz Kuyper mit allen Mitteln bekämpft. Und was hat der Staat nun vom Jahre 1905 bis 1909 (bis dahin liegen amtliche Ziffern vor) den konfessionellen Schulen an Beihilfe gegeben? Im ganzen vier Millionen Gulden. In diesem Zeitabschnitt haben sich die Konfessionsschulen um 458 vermehrt und die Zahl der Schüler hat um 76000 zugenommen. Was bedeuteten da vier Millionen? Die Opferfreudigkeit der Katholiken und Protestanten mußte dabei nach wie vor in hohem Maße in Anspruch genommen werden. Man sollte nun denken, daß die Linke so anständig gewesen wäre, anzuerkennen, daß die christlichen Schulen noch immer stiefmütterlich behandelt wurden. Weit gefehlt! Die ganze Linke lief Sturm gegen einen Entwurf des Ministers Heemskerk, der 200000 Gulden mehr für den Bau christlicher Schulen forderte. Die bis jetzt bezahlten 1,15 % wurden auf 2 % erhöht. Die Rechte fand das zu wenig und brachte den Prozentsatz auf zweieinhalb. Das macht in Ziffern ausgedrückt: 350000 Gulden. Der Minister stimmte der Erhöhung zu. Er war umso berechtigter das zu tun, weil berechnet war, daß der Staat von 1860 bis 1909 178 Millionen Gulden gespart hatte, weil die öffentlichen Schulen gewaltig zurückgegangen und soviele christlichen Schulen entstanden sind, die bis zum Jahre 1905 fast keine Staatszuschüsse erhielten. Was ist diesen Ziffern gegenüber die Minimalsumme von 350000 Gulden? Und doch wurde das Gesetz von der ganzen Linken abgelehnt, aber von der ganzen Rechten angenommen.



Es erschienen weiter viele Regierungsentwürfe zur Neuregelung des ganzen niederen, mittleren und höheren Schulwesens.

Bei der Behandlung der von der christlichen Regierung sich gestellten drei großen Aufgaben zeigte sich, daß eine gewisse Langsamkeit der Regierung, die Opposition der Christlich-historischen, die, meist latente, Obstruktion der Linken, ein gewisser Mangel an gegenseitiger Verständigung bei den Gruppen der Rechten, der unverantwortliche Absentismus der Rechten und, was hier noch beigefügt werden muß, ein ziemlich häufiger Wechsel von Ministern, der aber durch die Notwendigkeit der Tatsachen bedingt war, die Ursachen gewesen sind, daß das Ministerium Heemskerk, das viel gearbeitet hat, trotzdem so wenig Festes und Handgreifliches, m. a. W. nichts Großes ganz zu stande gebracht hat. Es ist alles Stückwerk geblieben.

Die Frage muß hier gestellt weeden, welche Aussichten das Ministerium Heemskerk hat, bei den Neuwahlen im Juni dieses Jahres das Staatsruder in Händen zu behalten? Ich schicke voraus, daß das Ministerium Heemskerk bis jetzt länger an der Regierung gewesen ist als fast alle vorhergehenden Ministerien. Von den 23 Ministerien, die Holland vom Jahre 1848 an (in diesem Jahre wurde die Ministerverantwortlichkeit eingeführt) aufweist, haben nur drei das heutige Ministerium an Lebensdauer übertroffen, darunter — ein Kuriosum! — das Ministerium, das seinerzeit der Vater des heutigen Premiers gebildet hatte.

Die lange Lebensdauer des Ministeriums hatte erwarten lassen, daß es besonders viel zustande bringen würde. Das ist nun leider nicht der Fall gewesen. Daher ist eine gewisse Unlust in die Reihen der Wähler der Rechten hineingetragen worden. Der Direktor des Volksvereins, Dr. Aalberse, sagte in einer Rede in Hinsicht auf diese Tatsache: Hier und da herrscht in unserem Lande bei vielen das Gefühl einer gewissen Unzufriedenheit. Es ist jetzt anders als während der Zeit des Ministeriums Kuyper. Damals war Leben unter



den Wählern. Eine der hauptsächlichen Ursachen der Wendung, die aber nicht so ernst ist, wie sie wohl aussieht, ist die Person des gegenwärtigen Ministerpräsidenten. Kuyper war ein großer Redner, der Mann des strengen Prinzips, der das Prinzip immer in den Vordergrund stellte. Heemskerk ist ein Mann von großer Begabung, aber ein ganz anderer als Kuyper, viel charmanter und jovialer. Die Opposition in der Kammer gegen ihn war kleinlich, sie führte eine Politik der Nadelstiche, die der Minister mit Nadelstichen beantwortete. Die Höhe, auf der die Debatten unter Kuyper standen, wurde keineswegs erreicht.

Dazu kommt noch, daß die Regierung durch ihre vorgeschlagenen und auch angenommenen Sittlichkeitsgesetze, durch die das Bordellwesen aufgehoben und alle Arten der öffentlichen Unsittlichkeit mit schweren Strafen bedroht wurden, sich enorm viele Feinde gemacht hat, auch unter den gemäßigten und mehr oder weniger neutralen Volksteilen, die vorher dem Ministerium nicht abgeneigt waren. Diese Feindschaft gereicht der Regierung selbstverständlich zur Ehre.

Die meisten Feinde hat sie sich aber gemacht durch die Einreichung des neuen Einfuhrzöllegesetzes, der Revision des Tarifs in mehr protektionistischem Sinne. Um das Zustandekommen dieses Gesetzes zu verhüten, werden tausende von Wählern der Rechten der Regierung ihre Stimme nicht mehr geben. Die Holländer sind immer eingefleischte Freihändler gewesen. Man kann ruhig behaupten, daß mehr als alles andere das Tarifgesetz der Regierung gefährlich werden wird.

Gerade auf dem Boden der Tariffeindlichkeit ist eine liberale Konzentration der ganzen Linken mit Ausnahme der Sozialdemokraten begründet. Die anderen Punkte des Konzentrationsprogramms, Staatspensionierung, allgemeines Wahlrecht für Männer und Frauen usw., sind nicht ernst zu nehmen. Ein einheitliches Arbeitsprogramm für Altliberale, Unionliberale, Freisinnigdemokraten ist ein Unding. Verschiedene altliberale und freisinnigdemokratische Führer haben denn auch schon erklärt, kein neues Mandat über-



nehmen zu wollen. Aber es ist trotzdem nicht zu leugnen, daß die liberale Konzentration, in der Stichwahl selbstverständlich auf alle mögliche Weise von der Sozialdemokratie unterstützt, für die Regierung und die Rechte äußerst gefährlich werden kann. Die Liberalen waren bis jetzt noch nie einig. Nun sind sie es. Es ist darum sehr schwierig, etwas vorauszusagen, weil frühere Wahlstatistiken sich nie mit einer liberalen Einigkeit haben befassen können. Wenn man aber die von den Einzelgruppen der Liberalen in verschiedenen Wahlkreisen früher erzielten Stimmenziffern betrachtet, dann scheint eine Einigung dieser Stimmen für die Rechte ein Débacle werden zu können. Dazu kommt noch, daß die holländischen Liberalen nicht den Fehler machen, den die belgischen Liberalen im vorigen Jahre gemacht haben, nemlich öffentlich mit den Sozialdemokraten zusammenzugehen. Im Gegenteil, öffentlich tun sie alles, sich von der kompromittierenden roten Brüderschaft loszusagen. Und der Bürgersmann läßt sich betrügen.

Nicht alle Wähler, die in Holland für die christlichen Grundsätze kämpfen, unterstützen die Koalition der Rechten. Diese Dissidenten, die meistens aus Haß gegen Rom handeln, bilden eine weitere Gefahr für die Fortdauer der christlichen Koalition. Einerseits ist da die antipapistische Partei des evangelischen Pfarres Bronsveld, zu dessen Fahne in der letzten Zeit auch bedenklich viele Christlichhistorische sich bekennen, und andererseits die neugegründete christlich-soziale Partei unter Führung des Dr. Van der Laar. Diese letztere Partei plant, mit eigenen Kandidaten gegen die Koalition der Rechten aufzutreten. Auch diese Partei ist stark vom Romhaß infiziert.

Das wären also die Gefahren, die die Regierung und die Rechte von außen bedrohen.

Aber auch im Inneren der Koalition sieht es hier und da ziemlich hoffnungslos aus.

Der frühere Ministerpräsident Dr. Kuyper hat der Koalition und der Regierung außerordentlich großen Ab-



bruch getan. Dieser Mann, der noch immer allmächtige Führer der antirevolutionären Partei, ist dem Ministerium Heemskerk nie günstig gestimmt gewesen. Der Grund wird vielfach darin gesucht, daß Heemskerk und nicht er zur Bildung des jetzigen Kabinetts berufen wurde. Sofort nach dem Auftreten Heemskerks erklärte er, das Kabinett sei „in Unvorsichtigkeit" geboren und nicht christlich genug. Als er dann später nichts zu tadeln fand, versprach er seine Unterstützung. In der Kammer griff er aber das Ministerium wiederholt scharf an. Er lief Sturm gegen den Kolonialminister, weil dieser sich weigerte, in vollständig mohamedanischen Gebieten Ostindiens jetzt schon christliche Schulen einzuführen. Er warf dem Ministerium vor, es tue nichts für die christlichen Schulen. Minister Heemskerk antwortete gereizt, daß das Ministerium all seine Kräfte benötige, die soziale Gesetzgebung und die Wehrvorlage in dieser Legislaturperiode zu behandeln. Kuyper schwieg, ließ sich aber von den verschiedenen antirevolutionären Wahlvereinen Telegramme schicken, in denen ihm der Dank für seine Hochhaltung der christlichen Grundsätze ausgesprochen wurde. Durch dies alles ist der „von Gott gegebene Leiter", wie er in antirevolutionären Kreisen genannt wird, dem Ministerium nicht von großem Nutzen gewesen. Aber am meisten hat er der Koalition und der Regierung Abbruch getan durch unvorsichtige Handlungen während seiner Ministerzeit, Handlungen, die erst in dieser Legislaturperiode an die Öffentlichkeit gezerrt worden sind. Schwere Beschuldigungen wurden gegen ihn erhoben: er solle 11000 Gulden für den Wahlfonds der antirevolutionären Partei angenommen haben und dem Spender, einem millionenreichen getauften Juden, der in Amsterdam als Lebemann bekannt war, einen hohen Orden verschafft haben. Man versteht, daß die Linke den verhaßten Gegner fürchterlich heruntermachte. Der Zusammenhang zwischen dem verliehenen Orden und dem angenommenen Gelde wurde wohl nicht unmittelbar nachgewiesen, aber unangenehm blieb die Geschichte; eine parlamentarische



Untersuchung wurde abgelehnt, dagegen ein Ehrenrat eingesetzt, und dieser konnte Kuyper nicht von grober Unvorsichtigkeit freisprechen. Diese fatale Geschichte hat unendlichen Schaden mit sich gebracht. Das Odium fiel auf die ganze Rechte, deren anerkannter Hauptführer Kuyper ein Menschenalter lang gewesen war. Der große Staatsmann und Politiker, der Kuyper ist und bleibt, ist neuerdings aus dem öffentlichen Staatsleben ausgeschieden. Er hat sein Mandat niedergelegt und führt seine Partei mittels seines Blattes ‚Standaard'. Taubheit zwang den 75jährigen dazu. Sein Wahlbezirk Ommen wurde von den Christlichhistorischen mit Hilfe aller Gruppen der Linken erobert. Das war ein schwerer Schlag für die Koalition. Denn dieser Wahlkampf zeigte, 1. daß die christlichhistorischen Führer ihre Wähler nicht mehr in der Hand haben, denn die Wähler stimmten gegen die von ihren Führern ausgegebene Parole, 2. daß die Kluft zwischen Christlichhistorischen und Antirevolutionären, die entstanden ist aus ihrer Zugehörigkeit zu verschiedenen Kirchen, immer größer geworden ist und 3. daß die Christlichhistorischen die Wahlhilfe der Linken nicht von der Hand weisen. Dazu kommt noch, daß es große Uneinigkeit zwischen den Christlichhistorischen und Antirevolutionären gibt über die Neuverteilung der Mandate.

Alles in allem genommen sieht es für die Regierung und für die Koalition der Rechten äußerst ungünstig aus. Wir haben ernst darüber nachgedacht, ob wir nicht zuviel grau in grau gemalt haben. Aber leider müssen wir sagen, daß das nicht der Fall sei. Der Wucht der Tatsachen ist nicht zu entkommen. Vielleicht ist der Einfluß der christlichen Prinzipien in den christlichen Parteien und den christlichen Wählern so stark, daß schließlich alles noch gut geht. Große Hoffnung ist aber nicht vorhanden.

Die katholische Staatspartei ist die festeste Stütze der Koalition und dadurch der Regierung geworden. Die Partei steht sehr stark und wird mühelos ihre 25 Mandate wieder einheimsen. Sie hätte übrigens Anrecht auf ein paar darüber



hinaus. Nur läßt die Disziplin in den bombensicheren Wahlkreisen viel zu wünschen übrig.

In diesem Jahre feiert Holland das 100jährige Fest der Wiederherstellung seiner Unabhängigkeit. Auch wird in diesem Jahre im Haag der Friedenspalast eröffnet werden, was zu einem Welterereignis gemacht werden wird.

Möge es dem Ministerium Heemskerk gegeben sein, bei diesen Festen noch an der Spitze des Landes zu stehen und eine starke, neue Mehrheit in der Zweiten Kammer hinter sich haben.

---

## XLV.

## Austriaca.

**Von einem Juristen.**

Vor hundert Jahren schrieb Gentz an Metternich: „Ein öffentliches Urteil gibt es im Grunde gar nicht mehr. Die große Masse der Einfältigen, d. h. der ganz Ununterrichteten, wird von Problemen betäubt und erdrückt, und die, welche sich eine Stimme zutrauen, fragen bei einer neuen Maßregel durchaus nicht mehr: inwiefern sie wohl gut oder verderblich sein könnte, sondern einzig und allein: inwiefern sie zu ihren Ansichten taugt.“ Gentz war zwar kein guter Prophet, denn noch am 10. Juni 1813 hofft er, „daß das große Problem dieses großen Augenblickes durch Unterhandlungen und nicht durch Waffen gelöst werde“. Trotzdem ist sein Schreiben an Metternich fast einer Prophezeiung für 1913 gleich; es ist, als ob Gentz die „Neue Freie Presse“ gelesen hätte. Vorläufig paßt nämlich einmal der Friede um jeden Preis in den Kram dieses „führenden“ freisinnigen Organs. Darum liest es den Frieden aus den kleinsten Ereignissen heraus. Es höhnt die „Kriegspartei“, da aus den Vor-



bereitungen und Studien für einen vielleicht einmal möglichen Handelsvertrag mit Serbien die friedliche Lösung des heutigen Problems hervorgehe. Die ganzen großen schwebenden Fragen scheint das Blatt aber nicht zu kennen. Oder zeugen etwa folgende Sätze von einer Kenntnis der Lage?

Die „Neue Freie Presse" schrieb am 15. Februar 1913, Nr. 17415: „Der nächste Krieg wird also für Ipek geführt werden. Die geehrten Mitbürger, die nicht genau wissen sollten, wo der Ort liegt, für den sie im Frühjahr nach der Schneeschmelze das Leben und die Gesundheit ihrer Kinder und dazu noch Hab und Gut werden opfern müssen, brauchen sich dieser Unkenntnis durchaus nicht zu schämen. Mancher, der jetzt behauptet, das Schicksal der Monarchie hänge von Ipek oder von Djakova oder von Prizrend ab; mancher der versichert, daß die Monarchie sich nicht mehr auf der Gasse sehen lassen könne, wenn die Botschafterreunion über diese drei Erdflecken nicht genau nach unsern Wünschen entscheide; mancher der so wild herumredet, hat vor sechs Monaten vielleicht noch keine Ahnung gehabt, wie groß die Wichtigkeit dieser Fragen für uns sei. Der Steuerträger, für den jetzt so kunstvolle Fallen im Abgeordnetenhause gestellt werden, und der mit der Bucheinsicht begnadet wird, kann, ohne sich innerlich bedrückt zu fühlen, durch Benützung eines Konversationslexikons, durch die geographische Bucheinsicht den Kreis seiner Erkenntnisse derart erweitern, daß er beiläufig erfährt, auf welchem Punkt des Weltalls die neuesten Lebensinteressen, für die wir unter allen Umständen eintreten müssen, zu suchen wären. Nicht wahr, der Gedanke an einen Krieg wegen Ipek oder Djakova oder Prizrend ist wohl der groteskeste Einfall, den ein menschliches Gehirn ausspinnen kann. Diese drei Worte sagen dem Österreicher gar nichts; er fühlt nichts dabei, wenn sie genannt werden; er kann den historischen Zusammenhang mit ihnen nicht herstellen; sie klingen so fremd und inhaltlos im Ohr, daß jeder verwundert fragen wird, ob denn, falls durchaus Krieg sein müsse, nicht wenigstens gescheitere und verständlichere Vorwände benützt werden können. Eine Armee, bestehend aus jungen Leuten von heutzutage, kann doch

nicht in die Schlacht getrieben werden, wie eine Herde zum Metzger; sie kann sich doch nicht mit dem Rufe: Hoch Ipek! den Mündungen der Kanonen entgegenstellen und das rasende Wüten der Kartätschen ertragen. Es geht nicht mehr, den Krieg bis zu einem solchen Grade zu bureaukratisieren und bloß aktenmäßig zu erledigen, daß die Menschen vergessen werden, die ihr Blut vergießen sollen und mit deren Stimmungen gerechnet werden muß.

Nun steht es durchaus nicht so schlimm, und der Krieg wegen Ipek, Djakova und Prizrend wird schwerlich ausbrechen. In dieser traurigen und von Sorgen beschwerten Zeit wäre es Sünde die seltenen Blümchen des Humors, die hie und da am Wegrand wachsen, nicht zu pflücken. Äußerst komisch war es zu beobachten, wie ein förmliches Bündnis zwischen der Kriegspartei, die der Himmel uns zu den sonstigen Freuden beschert hat und den panslavistischen Kriegsfanatikern in Petersburg und in deren Pariser Niederlassung geschlossen wurde.

Den Kriegsparteien geht es wirklich nicht gut, sie können auch noch den Schmerz erleben, daß über Ipek, Djakova und Prizrend ohne Kampf entschieden wird. Das ist bei Skutari bereits ziemlich geschehen. Es wird albanesisch."

Auf den ersten Blick könnte man wahrlich glauben, daß diese mehr als sonderbaren Ausführungen der „Neuen Freien Presse" aus irgend einem Winkel in Rußland zugekommen seien. Nach den historischen und politischen Bemerkungen könnte man sich veranlaßt sehen, den Verfasser in Nagorskoje oder in Nikolsk oder in Lalsk oder einem ähnlichen Nest Ostrußlands zu suchen. Man könnte in dem Verfasser am ehesten so eine Art Dorfadvokaten vermuten, der mit diesem ehrsamen Gewerbe den Beruf eines Dorfbankiers verbindet. Aber merkwürdig! Sollte das glückliche Nest, das innerhalb seiner Zäune unter Anderm auch einen Korrespondenten der „Neuen Freien Presse" birgt, so weltfern sein, daß „der Gedanke an einen Krieg" dort als „der groteskeste Einfall, den ein menschliches Gehirn aussinnen








kann“, angesehen wird? Wir begreifen, daß der ehrsame Dorfadvokat und Bankier, der in Nagorskoje oder in Nikolsk oder in Lalsk oder in einem sonstigen Neste sitzt, „gar nichts bei der Nennung von Ipek, von Djakova oder Prizrend fühlt“; wir begreifen, daß er „den historischen Zusammenhang mit ihnen nicht herstellen kann“, denn historische Kenntnisse darf man einer solchen Dorfgröße nicht zumuten! Und wenn diese Größe einmal „geographische Bucheinsicht nehmen“ würde, fände sie höchstens, daß Österreich in Wien und zwar in der Fichtegasse liegt. Vielleicht hat diese Größe, der Korrespondent des österreichischen „Intelligenzblattes“, doch etwas vom Balkan gehört; vielleicht kamen Objekte ihrer Tätigkeit in Form von Reservisten in diese Gegend, denn wo die Schuldner zu finden sind, weiß der Herr Dorfbankier mit absoluter Sicherheit. Gelegentlich solcher Erkundigungen muß der Korrespondent, selbst wenn er in Nagorskoje oder in Nikolsk oder Lalsk säße, von den großen militärischen Maßregeln in Rußland gehört haben. Wenn die großen Maßregeln zu Ehren von Ipek, Djakova und Prizrend erfolgten, dann müssen diese Orte denn doch interessanter sein als der Leitartikler in der „Neuen Freien Presse“ glauben machen will; oder sollten in Rußland „falls durchaus Krieg sein müsse, nicht wenigstens gescheitere und verständlichere Vorwände benützt werden können“?

Noch merkwürdiger aber ist der Umstand, daß die „Neue Freie Presse“ sich Leitartikel über Ipek, über Djakova, über Prizrend aus Nagorskoje oder aus Nikolsk oder aus Lalsk verschreibt. Das ist für ein so großes Blatt denn doch eine zu obskure Quelle! oder sollte der Leitartikel von anderer Seite stammen? Eine österreichische Stimme ist er gewiß nicht. Aus dem Artikel spricht nicht die Stimme des besorgten Patrioten, der sein Vaterland nicht genügend gerüstet glaubt, der in seiner Liebe zum Vaterland zu pessimistisch geworden ist. Oder glaubt das führende Organ des Freisinnes in Österreich, daß man aus den Zeilen die Stimme

des Mannes heraushört, der die Gefahr richtig einschätzt, aber seine Kraft kennt und mutig und mannhaft im Vertrauen auf des Vaterlandes Macht dem Gegner entgegentritt? oder soll man aus diesen Ausführungen am Ende gar die Stimme überschäumenden Jugendmutes heraushören, der im stolzen Kraftgefühl die Gefahr aufsucht? Das, was die „Neue Freie Presse" da ihren Lesern bot, ist entweder, wie Danzers Armeezeitung sich ausdrückt, „ein schamloses Gewimmer" oder es ist eine Stimme, die anderen Interessen dient als den österreichischen, es ist entweder Feigheit oder noch Schlimmeres! Das „führende Organ" des Freisinnes mag wählen.

Das heute hier gegebene Zitat aus der „Neuen Freien Presse" ist aber in diesem Blatte nicht etwa eine vereinzelte Erscheinung, sondern ein typisches Beispiel für ihre ganze Haltung in der jüngsten internationalen Krise; für eine Haltung, die jedem bodenständigen Österreicher die Schamröte in's Gesicht treibt, die einer Beschimpfung unseres Vaterlandes gleichkommt.

In der Haltung dieses Blattes scheint aber gerade in diesen die Existenz unserer Monarchie so nahe berührenden orientalischen Fragen ein System zu liegen. Als 1909 die Krisis wegen der Annexion Bosniens ausgebrochen war, zeigte sich ein ähnliches Verhalten. Das Blatt gab damals den jedem Selbstbewußtsein und jedem Kraftgefühl widersprechenden Rat: Österreich möge sich um ein europäisches Mandat bewerben, um Serbien zeitweilig besetzen und so dort die Ruhe herstellen zu dürfen. „Das Vaterland" bemerkte hierauf ganz richtig: „die Wacht an seinen Grenzen hält Österreich-Ungarn selbst; sieht sich unser erhabener Kaiser genötigt, Frechlinge zu züchtigen, so bedarf er hiezu nicht erst eines europäischen Auftrages". Die „Neue Freie Presse" dürfte wohl wie jeder andere Sterbliche genau gewußt haben, daß dieses Mandat von einer gewissen Staatengruppe gewiß nie erteilt würde. Was sollte dieser Rat also

sein? — Eine Beschimpfung Österreich-Ungarns, oder sollte damit eine Kraftentfaltung unserer Monarchie nach Südost verhindert werden?

Dieser Eindruck vertieft sich, wenn man in der Geschichte noch etwas weiter nach rückwärts blättert. Der Berliner Kongreß stand vor der Türe. Schon im März 1878 hatte der Minister des Äußern in den Delegationen einen Kredit von 60 Millionen Gulden in Anspruch genommen, um für alle Eventualitäten gerüstet zu sein. Die „Neue Freie Presse" perhorreszierte jede Aktion gegen die Türkei und wollte durchaus nicht die Notwendigkeit anerkennen, daß man rechtzeitig für die Entfaltung der Wehrkraft sorge. Die verfassungstreue Partei, welche hinter diesem Blatte stand, hatte das Geld mit vollen Händen hinausgeworfen. Ein 80 Millionenanlehen sollte diese Politik decken und auch über die Verwendung dieser Millionen konnte die liberale Partei und ihre verantwortlichen Minister keine Rechenschaft geben. Dieselbe Partei aber verweigerte nun den Kredit für die Wehrkraft und hätte so am liebsten Österreichs Machtentfaltung verhindert. — In flammenden Worten wies der Delegierte aus Tirol, der konservative Führer Dr. Greuter, diese unpatriotische Haltung zurück. Er berührte die Österreich nach außen so schwächende Verfassung des Jahres 1867 (Dualismus) und betonte, daß von da ab Österreichs Politik auf materialistischen Wegen gewandelt sei und so alle Ideale vergessen habe. So blieb es Rußland überlassen, die religiösen und nationalen Ideen bei den Balkanvölkern für sich auszunützen zum Schaden für Österreichs Zukunft. Damit berührte Msgr. Greuter eine der wichtigsten Lebensaufgaben unserer Monarchie, die Mission Österreichs am Balkan.

In unserm vom Materialismus durchdrungenen politischen Leben verlor man nicht nur das Interesse für Ideale, sondern folgerichtig damit auch den Blick für große, politische Fragen. Der Alltagsopportunismus hat unsere politischen Führer — leider auch Katholiken! — blind gemacht. Das

wird aber an dem eisernen Muß nichts ändern: will Österreich sein Recht unter der Sonne wahren, muß es seine Mission am Balkan erfüllen.

Solange die Fahne des Propheten für Europa Schrecken und Gefahr bedeutete, war Österreichs Aufgabe in sein blankes Schwert gelegt. Es war der erste Teil seiner Aufgabe. Heute steht Österreich am Beginn seiner zweiten Aufgabe: die Rettung des europäischen Ostens.

Mit dem Dahinsinken osmanischer Macht tauchten allmählig die unterjochten Völker: die Rumänen und Wallachen, die Bulgaren und Griechen und endlich die Albanier wieder auf. Zugleich aber stieg eine neue Gefahr im Osten empor. Diese lang unterdrückten, nun wieder auflebenden Völker — großenteils Slaven oder von slavischen Elementen durchsetzt — suchten natürlich Anschluß und Rückendeckung. Ihr natürlicher Bundes- und Schutzgenosse war Österreich und für Österreich schlugen auch alle Herzen. In den Kämpfen bis zur ungarischen Revolution 1848/49 haben dies besonders die Serben mit ihrem Blute bewiesen. Seit aber Österreich durch die von liberaler Seite heraufbeschworenen Verfassungskämpfe mit sich selbst fast ausschließlich beschäftigt war, beginnt ein anderer Einfluß am Balkan sich zu zeigen. Die Verfassungskämpfe förderten aber noch in anderer Weise diesen fremden Einfluß.

Durch Natur, Geschichte und Recht war Österreich ein Förderativstaat; nur in dieser Form konnte das vielsprachige Reich allen seinen Völkern gerecht werden. Daher war der zentralistische Absolutismus von Anfang an eine Schwächung des Reiches; die liberalen konstitutionellen Zentralisierungsversuche schadeten aber noch weit mehr. Schon vor 1866 strebte man danach, mit Hintansetzung der Rechte der Länder ein Zentralparlament zu schaffen, das eigentlich als ausschließliche Domäne der deutschliberalen Partei gedacht war. Das Unglücksjahr 1866 machte einen Strich durch die Rechnung, aber statt die richtigen Folgerungen aus diesem Un-



glück zu ziehen und das Streben nach nationaler Hegemonie im liberalen Sinne aufzugeben, schuf man eine Doppelhegemonie, den deutsch-magyarischen Dualismus. Nun fühlten sich die deutschliberale Partei und der liberale Magyarismus als Sieger. In Cisleithanien sollte die zentralistische Wahlform für den Reichsrat den Schlußstein bilden; in den Ländern der ungarischen Krone fand man einen solchen Formalismus gar nicht nötig. Und nun begann der Kampf gegen alles Nichtliberale in beiden Reichshälften. Ganz besonders drückte man die Slaven an die Wand, aber — um einen Ausdruck des bekannten Historikers Helfert zu benützen — die Wand gab nach, und die Slaven wurden bis nach Moskau gedrückt. Damit verletzte die damalige führende Partei in Österreich nicht nur historische Rechte, sondern sie sündigte schwer gegen Österreichs natürlichen Beruf, der Schutz und Hort aller seiner vielsprachigen Völker zu sein. Diese Politik konnte den Balkanslaven unmöglich Vertrauen einflößen; und als man von anderer Seite um ihr Vertrauen warb, während man österreichischerseits die Slaven abstieß, konnte es nicht ausbleiben, daß man am Balkan dorthin Vertrauen schenkte, wo man sich mit allen Mitteln darum bemühte: Diese andere Seite aber ist — Rußland! Rußland hat mit Ausdauer und Konsequenz an der Lösung der Balkanfrage zu seinen Gunsten gearbeitet. Eine solche Lösung aber bedeutet die Hegemonie Rußlands über alle Slaven von der Ostsee bis zur Adria. Diese Hegemonie ist eine schwere Gefahr für ganz Europa, besonders für Deutschland, für Österreich aber ist sie das Ende.

Scheitert die Mission Österreichs am Balkan, so wird das Ziel Rußlands realisiert werden. Die Erfüllung der Mission ist also für Österreich nicht eine bloß politische Interessenfrage von ersetzbarem Wert, sondern eine Existenzfrage. An diese österreichische Existenzfrage knüpft sich aber noch eine andere Lebensfrage, eine Lebensfrage für die zunächst betroffenen Balkanvölker. Der Einfluß Rußlands

mußte allerdings die Stoßkraft der jungen Staaten gegen die Türkei momentan heben. Aber Rußland wird sich hüten, die Schützlinge von heute zu voller Freiheit und Lebenskraft kommen zu lassen, denn dies könnte für den Protektor selbst zur Existenzfrage werden. Nicht nur, daß die Interessen einer vollfreien Balkanunion zu denen Rußlands im Gegensatze stehen, nein, eine solche Balkanunion müßte Rußland geradezu vernichtend bedrohen, wenn dieser unausweichliche Gegensatz zu Freiheitsbestrebungen in der Ukraine, in Polen, in den deutschen Ostseeprovinzen und Finland benützt würde. Und auch das ist unausbleiblich.

Für die Balkanstaaten wäre also bei ruhiger Überlegung die Existenz und Macht Österreichs die einzige Grundlage für die eigene Freiheit. Für Österreich ist der Schutz dieser Freiheit ein Teil seiner Mission. Wie soll diese aber durchführbar sein, wenn Österreich seinen Völkern keine Freiheit läßt und nicht der liberalen deutsch-magyarischen Doppelhegemonie entsagt? Welch gute Gelegenheit wäre hiezu z. B. bei der Einverleibung Bosniens in den Reichsverband gewesen! Schon am 24. Oktober 1848 hat diesen Gedanken der Abgeordnete Mühlfeld in der Paulskirche in die Worte gekleidet: „Mag dann Österreich die deutsche Kultur und Sitte nicht mehr nach dem Süden und Südosten tragen, aber die Freiheit wird das freie Österreich dorthin bringen, und um so sicherer, wenn es als Föderativstaat mit Gleichberechtigung der verschiedenen Nationalitäten besteht, wenn es den fremden Völkerschaften Freiheit ohne Herrschaft bringt." Das sind allerdings Grundsätze, die nicht den staatsrechtlichen Begriffen des Freisinnes und der „Neuen Freien Presse" entsprechen. Da „unten am Balkan" aber handelt es sich also nicht um Ipek, Djakova und Prizrend, sondern um die Frage, ob russische Despotie oder Freiheit.

In engem Zusammenhange mit diesen Gegensätzen steht noch eine weitere Frage. Ja, man könnte sie als die Grundlage zu diesen Gegensätzen bezeichnen.



Die mohamedanische Hochflut, welche einstens von Südosten her Europa bedrohte, war nicht nur die Äußerung politischer Expansionskraft des türkisch-osmanischen Staates, sondern unzertrennlich damit verbunden war die religiöse Frage. Die türkischen Eroberungszüge waren wohl in erster Linie Religionskriege. Sie sind an die Stelle des alten Gegensatzes zwischen Griechen und Lateiner im Mittelalter getreten. Ohne diesen Gegensatz hätte die mohamedanisch-türkische Hochflut sich weit früher und viel weiter im Osten gebrochen; europäischen Boden hätte sie sicher nie berührt. Die türkische Herrschaft war eine Episode, eine lange Episode, aber sie konnte die nationalen Eigenarten der Balkanvölker nicht vernichten; sie hat auch den alten Gegensatz des byzantinischen Ostens zu Rom nicht verwischt, wohl aber ihn wiederholt zu eigenen Zwecken ausgenützt.

Konstantin hatte ganz richtig erkannt, daß für den römischen Kaiser neben dem römischen Papst kein Platz sei. Er ging nach Byzanz und erhob es zur Kaiserstadt. Für diese wahrhaft staatsmännische Tat zeigte der Großteil seiner Nachfolger, der oströmischen Kaiser kein Verständnis; die Sehnsucht nach der Würde des Pontifex maximus aus der alten Imperatorenzeit lag ihnen zu nahe. So fanden die Trennungsgelüste ehrgeiziger Priester am byzantinischen Hof entgegenkommenden politischen Rückhalt gegen Anerkennung der Pontifex maximus-Würde der oströmischen Kaiser. Dies sonderbare Kompromiß zwischen heidnischer Staatsanschauung und Christentum war seiner Natur nach eine verderbliche Idee. *Die unvereinbaren Formen, welches dieses Kompromiß anstrebte, führten zu einer gegenseitigen Kompensation und damit zur Stagnation.* Den Beweis der Entwicklungslosigkeit hat das oströmische Reich zur Genüge erbracht; es brach fast ohne Widerstand unter den anstürmenden Völkern zusammen. Sein religiöses Erbe hat in der Neuzeit Rußland angetreten, welches heute alle orthodoxen Sekten unter dem russischen

Kaiser als Pontifex maximus zu vereinigen sucht. Aber auch in Rußland hat das orthodoxe Staatskirchentum keine andern Früchte gezeitigt als im alten Byzanz. Rußlands Dumaverfassung ist ein leerer Schein oder ein gefährlicher Herd anarchistischer Bewegung. Im Grunde kennt dieses Reich nur zwei Extreme: die absolute Monarchie nach orientalischem Muster und die vollständige Verneinung aller sozialen und politischen Organisation, den Nihilismus. Indem Rußland nun den Schutz aller orthodoxen Slaven als Staatszweck und Ziel proklamierte, suchte es die in verschiedene orthodoxe Sekten gespaltenen Balkanvölker sich nahe zu bringen. Zugleich wurde eine panslavistische Los-von-Rombewegung auch in Österreich entfacht, die das Zentrum der katholischen Slaven, welches unsere Monarchie ist, sprengen soll. Diese religiös panslavistische Bewegung ist aber auch zugleich der Strick, mit dem Rußland jede nicht russische Regung der Slaven binden und knebeln kann. Die numerische Stärkung der russischen Orthodoxie wird aber ihre stagnierende Wirkung nicht aufheben, sondern bloß noch weitere Gebiete und Völker diesem lebenden Tode opfern. Mit dem Protektorate Rußlands über die Balkanvölker würden diese nach der Befreiung vom türkischen Joche nur den Herren wechseln; dieser Schutz wäre also nur eine Unterbindung weiterer Entwicklungsmöglichkeit. Von diesen Gesichtspunkten aus somit stellen sich die Gegensätze: hie griechisch-russische Orthodoxie, staatskirchliche Unfreiheit — hie katholisches Leben und blühender Fortschritt auf katholischem Boden.

Nach dem Gesagten ist der Weg für Österreich gewiesen! Österreich muß den russischen Ring im Südosten brechen. Es muß dem Panslavismus, der nur ein Russoslavismus ist, den Austroslavismus entgegensetzen. Österreich muß die russische Orthodoxie, die panslavistische Los-von-Rom-Bewegung niederringen; wie könnte es da der katholischen Kirche und des katholischen Denkens entraten? Es



kann in seiner Balkanpolitik die historischen Traditionen nicht aufgeben, die Österreich zu dem machten, was es ist, und die sich z. B. im Protektorate über die katholischen Albanier ausdrücken. Österreich war stets die katholische Vormacht nach Osten; es muß das bleiben im Interesse von ganz Europa; es muß die katholische Vormacht bleiben, wenn es Österreich bleiben will. Österreichs Mission ist die Rettung des europäischen Ostens vor russischer Despotie und orthodoxer Stagnation. Diese Aufgabe ist eine politische und — man verzeihe den gewöhnlichen aber unsympathischen Ausdruck — und eine konfessionelle. Die Lösung der politischen Aufgabe ist ohne das konfessionelle Moment gar nicht denkbar. — Freilich eine eigentümliche Widerlegung gewisser inkonfessioneller Strömungen bei manchen Katholiken! — Eine katholische Außenpolitik ist aber nicht denkbar, wenn nicht auch im Innern wenigstens alle halbwegs katholisch denkenden Politiker zu offenem katholischen Programm zurückkehren. Das ist nicht nur katholische Pflicht, es ist auch patriotische Pflicht.

Das alles freilich klärt die unpatriotische Haltung der „Neuen Freien Presse" auf. In einer Kraftentfaltung der Monarchie nach Südost fürchtet das Blatt des Freisinns katholisches Erwachen, katholischen Fortschritt im Südosten und Erstarken klarer, offener katholischer Grundsätze in Österreich selbst. Weist uns Katholiken da nicht der Gegner, welchen Weg wir gehen sollen?

# XLV.

## Die Milliardenabgabe.

Berlin, 14. 3. 1913.

Das war ein Schlag ins Kontor, als am 1. März die amtliche Nachricht von der Milliardenabgabe die Öffentlichkeit überraschte. Die alles wissenden Berliner Zeitungen hatten eben ihren bekannten süffisanten Leitartikel über das „vollständige Fiasko der süddeutschen Reise des Reichsschatzsekretärs" fertig, da wurde ihnen die Überraschung zuteil, daß der volle Erfolg da ist; denn der Zweck der Reise war die Milliardenabgabe. Während der Schatzsekretär Süddeutschland verständigte, hat Preußen die norddeutschen Staaten gewonnen. Der Bundesrat steht einmütig hinter der Milliardenabgabe. Es ist auch ganz falsch, anzunehmen, daß diese dem Kaiser ihren Ursprung zu verdanken habe; so romantisch geht es bei keiner Steuer zu. Die Milliardenabgabe ist die ureigenste Idee des Reichsschatzsekretärs; der Reichskanzler stimmte ihr zu und der Kaiser ging mit dem ihm eigenen lebhaften Temperamente darauf ein. Alle anderen Meldungen sind amüsante Ausschmückungen, stehen aber mit der Wahrheit in Widerspruch.

Für die Deckung der einmaligen Ausgaben der Wehrvorlagen soll die Milliarde, d. h. genau 996 Millionen Mark verwendet werden; man lehnte die Aufnahme einer Anleihe mit Recht ab; denn 4,5% Zins und 3% Tilgung kosteten jährlich 75 Millionen Mark, also in 30 Jahren rund zwei Milliarden Mark. Ganz abgesehen davon, daß man heute dem Geldmarkt eine solche Belastung nicht zumuten kann; es hat sich auch nirgends eine Stimme für die Aufnahme einer Anleihe erhoben. So blieb gar kein anderer Weg übrig.

Die Aufnahme des Gedankens der Milliardenabgabe war eine ungemein günstige; nach anfänglichem Zaudern



stellte sich die konservative Presse fest auf den Boden des Gedankens. Die Zentrumspresse hat einhellig diese Lösung im Prinzip begrüßt, wenn sie auch für die Einzelheiten sich alles vorbehält. Das Interessanteste aber erlebte man in der linksliberalen Presse; namentlich in der „Vossischen Zeitung" und der „Frankfurter Zeitung". Seit 1909 schrieen sich diese die Kehle heiser nach einer allgemeinen Besitzsteuer. Die Kindeserbschaftssteuer war das Götzenbild geworden, vor dem sie jede Woche mindestens einmal auf den Knien lagen. 55 Millionen Mark sollte diese Besitzsteuer dem Reiche bringen; jetzt wird mit einem Schlage 1000 Millionen Mark Steuer erhoben, d. h. die Kindeserbschaftssteuer wird kapitalisiert sofort bezahlt, sie wird für 20 Jahre und mit Zinsen für über 30 Jahre im voraus erhoben. Da sollte man doch ein feierliches Indianergeheul ob eines solchen politischen Triumphes erleben. Aber nichts von alledem; die liberalen Herrschaften haben zu viel gesiegt. „O weh, gewonnen!" ist ihre Parole und wie begossene Pudel ziehen sie daher. Der freisinnige „Berliner Börsenkourier" spricht von einem peinlichen und üblen Eindruck der Kriegssteuer und meint:

„Der Gedanke einer solchen einmaligen Besitzsteuer trägt mehr den Charakter eines Impulses als den einer besonnenen steuerpolitischen Erwägung. Zu dieser Art Steuern greift man sonst nur in Tagen großer Kriegsnot, wo es rasch zu handeln gilt, weil der Feind vor den Toren steht, und man nationale Opferwilligkeit von heute auf morgen zeigen muß. In Friedenszeiten, wie wir sie doch noch durchleben, sollte man solche Mittel, die leicht den falschen Eindruck eines „letzten" Rettungsankers machen, zu dem ein finanziell armes Land greift, vermeiden. Wir sind kein so armes Land, daß nicht Hoffnung wäre, auf dem Wege einer gesunden Steuertechnik zu einem befriedigenden Mittel zu kommen. Diese „Kriegssteuer" macht den peinlichen Eindruck, als wenn zu ihr eben nur eine Regierung greift, die einen deus ex machina braucht, weil sie sonst aus den innerpolitischen Schwierigkeiten zwischen Reich und Bundesstaaten und Regierung und Parlament nicht meint



herauskommen zu können. Und diesen üblen Eindruck wird keine noch so schöne und klangvolle Erinnerung an die Kriegssteuern vor 100 Jahren verwischen können."

Die linksliberale „Vossische Zeitung", das Lieblingsblatt der jüdischen Berliner Großfinanz, schreibt sich die Finger wund gegen diese Abgabe; jeden Tag findet sie neue Gründe gegen das Projekt.

Eines aber steht heute schon fest: das Geschrei weiter liberaler Kreise nach der Besitzsteuer ist vielfach nur eine politische Heuchelei zur Täuschung der Massen gewesen. Schon in der Gründungsversammlung des Hansabundes hat ein Redner gesagt, daß manche gar nicht entzückt sein würden, wenn die Kindeserbschaftssteuer einmal kommen wird; dieser Kohlenmagnat kannte seine Pappenheimer sehr gut. Das deutsche Volk hat nun genau zu achten, wie die einzelnen Parteien sich verhalten.

Mehr als eigenartig ist auch die Haltung der sozialdemokratischen Presse; sie weiß nicht recht, wie sie sich zu der Sache stellen soll. Der „Vorwärts" will in der Abgabe nur einen „demagogischen Kniff" sehen, welches Wort sich in diesem Munde sonderbar ausnimmt; er meint dann:

„Was die ‚Nordd. Allg. Ztg.' über die Deckungsvorlage sagt, ist recht dürftig. Über die neuen Steuern erfährt man nichts. Nur daß die einmalige Ausgabe durch eine Vermögensabgabe aufgebracht werden soll, wird angedeutet. Nach der ‚Mil.-pol. Korr.' soll an eine einmalige prozentuale Vermögensabgabe gedacht sein, wobei die Vermögen von 30000 bis 50000 Mark frei bleiben würden. Auch die Fürsten, die ja sonst keine Steuern zahlen, sollen diesmal zu dem „Opfer" herangezogen werden. Wir sind allerdings der Meinung, daß selbst, wenn dieser Plan sich verwirklichte, die Besitzenden damit ihre Pflicht nur ganz ungenügend erfüllt hätten. Die englische Erbschaftssteuer allein bringt jährlich etwa eine halbe Milliarde. Da wollen sich die Besitzenden in Deutschland einschließlich der Fürsten von ihrer regelmäßigen Steuerpflicht loskaufen mit einem Betrag, der etwa einer jährlichen Zahlung von



40—50 Millionen entsprechen würde?! Und damit soll wohl für die kommenden indirekten Steuern Stimmung gemacht werden? .... Der demagogische Kniff der Kriegssteuer wird in Wirklichkeit niemand täuschen. Diesmal werden die Besitzenden nicht so leicht um das Zahlen herumkommen. Mit der Deckung der einmaligen Ausgaben ist es nicht getan. Wichtiger noch sind die ständigen Lasten. Da sollen die Besitzenden ihren ‚Patriotismus‘ und die ‚Opferbereitschaft‘ beweisen."

Er spricht dann von einer „Loskaufssteuer" und verrät damit nur, wie unangenehm ihm dieser Vorschlag ist; es müssen nun die alten Konzepthefte der roten Agitatoren verbrannt werden, die alte Waffe kann man nicht mehr gebrauchen; darum der Ärger.

Wenn man den Vorschlag der Regierung eingehend prüft, so muß man zu dem Resultat kommen, daß er sachlich gut begründet ist. Solche neue große Lasten kann man nicht der Masse des Volkes auferlegen, zumal diese durch die Militärvorlage erheblich belastet wird. Wenn 68000 Mann mehr eingestellt werden, so sind dies fast durchweg die Söhne des armen Volkes und unserer Bauern; die Söhne der Begüterten dienen nur das Einjährige ab und hier wird infolge der Vorlage nicht ein Mann mehr eingestellt; wer aber tauglich ist, dient auch künftig, wie es bisher war. Die neuen 68000 Soldaten aber werden geholt aus den Häusern der Bauern, Handwerker und Arbeiter. Darum ist es nur billig und gerecht, daß die Geldlasten das Kapital trägt; denn wenn ein Sohn mehr dienen muß, so ist dies für arme Familien eine größere Last, als wenn ein Millionär 2% seines Vermögens abgibt. An dieser Tatsache läßt sich nichts in Abrede stellen.

Bedenken gegen den Grundgedanken der Abgabe werden naturgemäß nicht in die Form gekleidet, daß man sich gegen das Steuerzahlen wehrt, sondern man erhebt andere Bedenken. So spricht man von einer Preisgabe des Föderativcharakters des Reiches; man wird aber den Beweis hiefür



so leicht nicht bringen können. Die Finanzhoheit der Einzelstaaten ist mehr eine politische Redensart (?) als ein Bestandteil der Verfassung; nach der Annahme der Reichserbschaftssteuer, Tantiemensteuer, Talonsteuer und Zuwachssteuer kann man eigentlich von einer Finanzhoheit nicht mehr reden; das praktische Bedürfnis entscheidet. Man kann das Reich nicht dauernd und allein nur auf Zölle und indirekte Steuern verweisen; die Annahme des Besitzsteuerantrages Bassermann-Erzberger hat Konsequenzen, die man ziehen muß. Der andere Einwand, man dürfe dem „demokratischen Reichstag" nicht die Börse der Besitzenden anvertrauen, wird von uns damit erwidert, daß gerade eine Besteuerung der Besitzenden politisch sehr heilsam wirken wird. Wer hat denn bisher am lautesten gerufen? Die armen Volkskreise wahrlich nicht; wenn nun die Schreier zahlen müssen, werden sie künftig vorsichtiger sein und mehr denken lernen. Mit indirekten Konsumsteuern kann diese notwendige politische Erziehung nicht geleistet werden; die Milliardenabgabe wird wahre Wunderdinge hervorrufen. Darin liegt ihr hoher politischer Wert. Wenn man endlich sagt, daß diese Form der Steuer auch künftig beliebt werde, wenn große Mehrausgaben bevorstehen, so kann dies schon sein; es läßt sich auch nicht von der Hand weisen, daß aus der einmaligen Milliardenabgabe eine dauernde Reichsvermögenssteuer sich entwickeln kann. Nachdem der Reichskanzler diese Kugel in Lauf gesetzt hat, wird sie rollen und rollen, bis sie ihr Ziel erreicht hat.

Diese Anschauung schließt nicht aus, sondern gebietet es vielmehr, die Einzelvorschläge sehr genau anzusehen: denn die Gerechtigkeit soll auch hier nicht verletzt werden. Man frägt heute ganz allgemein, wie die Steuer wirke; einen gewissen Anhaltspunkt gibt die preußische Vermögenssteuer. Es darf aber schon heute als feststehend angesehen werden, daß man nicht nur die Vermögen, sondern auch die hohen Einkommen zu der Abgabe heranziehen wird; denn es ließe sich gar nicht rechtfertigen, letztere frei zu lassen. Unser Wirtschaftsleben hat zahlreiche Existenzen, die keinen Pfennig

Vermögen hinterlassen, aber riesige Einkommen besitzen. Wir wissen von einem Minister, daß bei seinem Tode nicht einmal das Geld für die Beerdigungskosten da war; von einem Diplomaten ist dasselbe bekannt. Berliner Rechtsanwälte, die 100000 Mark Jahreseinkommen haben, besitzen keinen Pfennig Vermögen. Wollte man nun diese Kreise steuerfrei lassen, müßte es viel böses Blut geben. Auch die hohen Beamten, Offiziere z. D. und a. D. sollen mitzahlen; ein pensionierter General, der 24000 Mark Pension erhält, schrieb kürzlich von „lumpigen 100 Millionen Mark“; warum soll der Mann nichts bezahlen?

Eine harte Nuß ist naturgemäß die Lösung der Frage, was ist Vermögen? Dann soll hier unterschieden werden zwischen rentablem und unrentablem Besitz; hier liegen recht viele Schwierigkeiten. Letzten Endes wird man den Knoten einfach durchhauen müssen. Ob der Steuersatz ein einheitlicher ist, ist fraglich; im Reichstage neigt man stark zu einer Progression, schon um die kleinen Vermögen frei zu lassen. Wie aber auch die steuerfreie Grenze gezogen werden mag, das eine muß gefordert werden, daß man mit niedrigen Steuersätzen beginnt. Recht wesentlich ist die Frage, ob man die juristischen Personen heranziehen soll. Die Besteuerung der Aktiengesellschaften erspart viel Arbeit, schützt vor jeder Defraudation und zieht auch den ausländischen Kapitalisten mit heran: alles recht wertvolle Errungenschaften, die ernste Arbeit rechtfertigen. Auf andere Fragen braucht man vorerst nicht einzugehen, da sich noch alles im Flusse befindet. Nur eines kann man sagen: die Milliardenabgabe hat der Militärvorlage jetzt schon den Weg geebnet.

* * *

Die vorstehenden Äußerungen unseres Berliner Herrn Mitarbeiters sind offenbar von der patriotischen Tendenz getragen, die sich in der ganzen regierungsfreundlichen Presse verfolgen läßt, dem armen deutschen Michel die bittere Pille möglichst mundgerecht zu machen, welche man ihm abermals zu schlucken zumutet. Es ist daher begreiflicherweise auch



nicht eingegangen auf die schweren Sorgen, die dumpfe Resignation und die beklemmenden Empfindungen eines großen Teils der deutschen Nation angesichts der gewiß nicht erfreulichen Aussichten für unsere nähere und fernere Zukunft. Man ist in Berlin — anscheinend nach langem Ringen verschiedener Strömungen — zu der Überzeugung von der Notwendigkeit neuer seit Bestehen des Deutschen Reiches unerhörter Rüstungen gekommen, welche einerseits dem Volke und zwar nach den bisherigen Erfahrungen hauptsächlich dem Bauernstande vermehrte Blutopfer auferlegen, andererseits so große Geldmittel erfordern, daß man zu ihrer teilweisen Deckung zur ultima ratio, zu einer Kriegssteuer, zu einer Art Vermögenskonfiskation, die sich natürlich in absehbarer Zeit wiederholen wird, seine Zuflucht nimmt; wozu noch eine dauernde sehr empfindliche Steuerbelastung hinzutreten muß.

Und was wird die Folge sein? Im Innern vermehrte Schwierigkeiten in der sozialen Lage weiter Kreise der Bevölkerung, Steigerung der Unzufriedenheit und Verminderung des monarchischen Gedankens trotz der an sich ja hochherzigen, aber prinzipielle Bedenken erweckenden Bereitwilligkeit der deutschen Bundesfürsten, diesmal ihr Teil an den Lasten mitzutragen, nach außen weiteres wahnsinniges Wettrüsten aller Mächte bis zu der Erkenntnis, daß nur zu wählen ist zwischen dem wirtschaftlichen Zusammenbruche oder dem dann noch entsetzlicheren Kriege, welchen man doch hatte vermeiden wollen. Ob es dazu kommt oder ob nicht vorher die Revolution das Ende mit Schrecken des Schreckens ohne Ende bringen wird, steht freilich dahin.

Das sind trübe Ostergedanken im Jahre 1913 für jeden, der sein Vaterland liebt.



## XLVI.

## Kürzere Besprechungen.

1. Homers Werke in zwei Teilen. Übersetzt von Johann Heinrich Voß. Mit Einleitung, Anmerkungen, Namenregister, und einer Darstellung der Homerischen Welt herausgegeben von Professor Dr. Eduard Stemplinger. Berlin-Leipzig-Wien-Stuttgart, Deutsches Verlagshaus Bong & Co. [1911.] (Goldene Klassiker-Bibliothek.) 2 Bände. XLVIII u. 406; 569 S. 8°. In 2 Leinenbänden 4 Mk. In 2 Halbfranzbänden 6 Mk.

Die Ausgabe bietet im I. Band den Text der Ilias nach der ersten Gesamtausgabe des Voßischen Homer von 1793; im II. Band den Text der Odyssee in der ersten Gestalt nach der ersten Ausgabe von 1781, da nach dem übereinstimmenden Urteil der Zeitgenossen und der Nachwelt die spätere Umarbeitung von 1793 vom poetischen Standpunkt keine Verbesserung darstellt. Nur in der (seiner Zeit von Lichtenberg verspotteten) Schreibung der Eigennamen (Härä, Häbä, Odüßeus, u. dgl.), die Voß selbst im Gesamt-Homer von 1793 wieder aufgegeben hatte, wird von der Orthographie der Odyssee von 1781 abgewichen.

Sehr wertvoll sind die Beigaben, die der als tüchtiger klassischer Philologe bekannte Herausgeber der Ausgabe hinzugefügt hat. In seiner Einleitung (Bd. I, S. III—XLVIII) gibt er im ersten Abschnitt, „Homer“ (S. III—XXVIII) eine Würdigung der Homerischen Poesie, spricht über Homers Bedeutung für die Griechen und für die Nachwelt, über seinen Einfluß auf die spätere Literatur in alter und neuer Zeit und auf die Kunst, und orientiert auch kurz über die Geschichte der Homerischen Kritik. Der zweite Abschnitt, „Johann Heinrich Voß“ (S. XXVIII—XLVIII) gibt zuerst eine lehrreiche Übersicht über die Homerübersetzung überhaupt und speziell über die deutsche Homerübersetzung von Voß und behandelt dann im besonderen die Entstehungsgeschichte des Voßischen Homer.



Der Anhang zu Band II gibt Anmerkungen zur Ilias und zur Odyssee, eine Darstellung der Homerischen Welt und ein Namenregister zu den beiden Dichtungen. Die Anmerkungen (II, S. 317—433) senden den beiden Werken je eine kurze Darstellung voraus, geben zu jedem Gesang eine Gliederung des Gedankenganges, beschränken sich aber im einzelnen auf die nötigsten Sach- und ästhetischen Erklärungen. Die Erklärungen zu den Personen-, Völker- und geographischen Namen bietet das Namenregister (II, S. 507—568), das auch die Betonung der Namen im Druck hervorhebt. Eine zusammenfassende Ergänzung der Erklärung bietet endlich die mit einem alphabetischen Sachregister versehene Darstellung der „Homerischen Welt" (II, S. 435—505) deren Studium dem Leser vor der Lektüre der Gedichte anzuraten ist. Dieselbe behandelt A. Die Götterwelt (S. 445—465): 1. Volksreligion, 2. Homerische Religion, 3. Der Götterstaat (die oberen Götter im einzelnen, wie sie bei Homer erscheinen), 4. Niedere Gottheiten; B. Die Natur (S. 466—470): Himmel, Erde, Wasser, Unterwelt: C. Die Menschenwelt (S. 471—505): 1. Kultus, 2. Staatsleben (Staatsrecht, Berufsarten, Kunst und Kunstgewerbe, Wissenschaftliches), 3. Privatleben (Familie, Wohnung, Wohnungseinrichtung, Kleidung, Bewaffnung, Fahrzeuge, Nahrung und Körperpflege, Krankheit, Tod und Begräbnis)

Die schön ausgestattete, gut und korrekt gedruckte Ausgabe[1]) bietet also bei dem sehr billigen Preis einen deutschen Homer, den man sich gar nicht besser wünschen könnte, und verdient die wärmste Empfehlung.

Aachen. Dr. F. Lauchert.

2. Karl Lamprecht, Einführung in das historische Denken. Ordentliche Veröffentlichung der pädagogischen Literatur-Gesellschaft: Neue Bahnen. Leipzig 1912. S. 164 mit 36 Abbildungen. Ungeb. 2 Mk., geb. 2.60 Mk.

1) Bd. I, S. XXX, Z. 1 v. u ist natürlich zu lesen Od. [statt Il.] 1, 48 ff. Ebenso S. XXXIII, Z. 5 v. u. Od. 5, 49 ff. Bd. II. S. 336, Anm. zu Il. 5, 392 l.: wo und wann Here von Herakles [statt umgekehrt] verwundet wurde.



Lamprecht faßt den historischen Sinn einmal sachlich als getreuen Ausdruck der jeweiligen Kulturverhältnisse und des seelischen Lebens eines bestimmten Zeitalters (S. 6), das andere Mal subjektiv als sichere Empfindung des Unterschiedes der verschiedenen Epochen und als ständiges Denken und Vorstellen im Bewußtsein dieses Unterschiedes (S. 65). Dieser verschiedenen Fassung folgend gibt der erste Abschnitt die Entwicklung des historischen Sinnes in Deutschland, der zweite Teil das geschichtliche Denken der Gegenwart. Lamprecht hat dabei wieder Gelegenheit seine vielbestrittene Symbolismus — Typismus — Konventionalismus—Individualismus—Subjektivismus-Theorie vorzulegen. Wichtiger erscheint die Erkenntnis, daß die Marx'sche Geschichtsauffassung, bei allen Vorteilen, die die Einführung des wirtschaftlichen Elements der Geschichtsbetrachtung mit sich brachte, doch den psychologischen Gesamtcharakter der Menschheitsgeschichte übersehen hat. Aber gerade hier scheint in der Auffassung Lamprechts ein kleiner Widerspruch mit einzulaufen. Einmal wird die Entwicklung als „allmählige Entfaltung psychischer Potenzen" gefaßt (S. 145), an anderen Stellen aber, wo von der „psychischen Distanz" die Rede ist, scheint Lamprecht die Sache so aufzufassen, als ob die Menschen des 8. und 11. Jahrhunderts in Bezug auf Affekte und Gemüt völlig anders veranlagt waren, als wir heute sind (S. 57) „Eine neue Palette gleichsam entsteht, mit der man die Welt der Natur und des Menschen malt; eine neue Begriffswelt baut sich auf dieser Entwicklung auf; die Sprache wird eine andere und ein in sich abgeschlossenes Ausdrucksmittel der neuen Psyche." (S. 147 f.)

Der Historiker wird hohen Genuß an den geistsprühenden Darlegungen Lamprechts haben, besonders der Kunsthistoriker wird manche neue Gesichtspunkte hier knapp formuliert finden (endogene und exogene Renaissance S. 160).

Schwerer als obengenannte Unklarheiten dürfte die Beigabe eines Teils der Abbildungen nach Bausen, anstatt nach Photographien, zu rechtfertigen sein. Dr. Adam Gottron.





## XLVII.

# Vater unser und Weltschöpfung.

Religiös-philosophischer Essay von Professor Dr. Johannes Chr. Gspann,
Stift St. Florian.

Der hl. Thomas von Aquino bespricht im 54. Kapitel seiner Summa contra gentiles die Konvenienzgründe für die Menschwerdung Gottes. Dieses Kapitel ist vielleicht das gehaltvollste und tiefste der ganzen Summe, jenes Buches, das Scheeben charakterisiert hat mit den Worten: „In keinem menschlichen Werk von so geringem Umfang ist eine solche Fülle von Ideen niedergelegt" (Handbuch der katholischen Dogmatik, Freiburg 1873, I 434).

Dieses Kapitel leitet der Aquinate folgendermaßen ein: „Wenn jemand fleißig und fromm die Geheimnisse der Inkarnation betrachtet, so wird er eine solche Tiefe an Weisheit finden, daß sie alle menschliche Kenntnis übertrifft, gemäß den Worten des Apostels: ‚Was an Gott töricht ist, ist noch zu weise für die Menschen'. Und so geschieht es, daß dem Menschen, der fromm betrachtet, immer wieder von neuem und immer mehr wunderbare Kongruenzgründe dieses Geheimnisses sich zeigen."

Was so Thomas von der Inkarnation sagt, das gilt vom reichen Inhalt der katholischen Glaubenslehre überhaupt. Je tiefer der Menschengeist eindringt in das wunderschöne Gebäude der katholischen Religion, desto mehr neue Schönheiten tauchen vor seinem betrachtenden Geiste auf und mit den neuen Schönheiten, Konvenienzen und Kongruenzen ent-

deckt der sinnende, fromm betrachtende Mensch auch neue Zusammenhänge. Wir haben es gar nicht notwendig, auf Patristik und Scholastik zurückzugreifen; welch wahrhaft „wunderbare“ Konvenienzen und überraschende Zusammenhänge hat nicht der geniale Dogmatiker M. J. Scheeben entdeckt, das heißt nach intensiver Spekulation entdeckt. Man lese seine „Mysterien des Christentums“, „Natur und Gnade“ und studiere seine Dogmatik. Es ist kein besonders gutes Zeichen, daß ersteres Buch mit seinem unerschöpflich reich spekulativen Inhalt es seit 1865 erst auf die dritte Auflage gebracht hat.

Wie herrlich ist das Analogon: Vater und Sohn bilden ein Prinzip für die Produktion des hl. Geistes = die Frau wird vom Manne genommen (Rippe aus Adam) und das Kind ist die Frucht der Liebesvereinigung zwischen Mann und Frau. Ist das nicht die getreueste Nachahmung der Natureinheit der drei göttlichen Personen? — Wie wunderbar spekulativ sind die Zusammenhänge zwischen dem unfehlbaren Papste[1]) und der unbefleckt empfangenen Jungfrau, der sedes sapientiae, zwischen der sündenfreien Mutter „semper virgo“ und dem Zölibat der katholischen Priester; reale Mutterschaft Mariens und Eucharistie rc. rc.

Wie oberflächlich und seicht behandeln neuere Handbücher der Dogmatik oft so manche Frage, die man früher theologisch vertieft hat, deren Zusammenhang mit verwandten Fragen und mit dem reichen Ganzen herzustellen man sich einstens große Mühe gegeben hat.

Zu diesen „großen“ theologischen Fragen, zu den Problemen aus der „königlichen Wissenschaft“, wie Hermann Schell die Dogmatik genannt hat, die in ihren Lösungen fast das ganze Glaubensgebäude beleuchten, gehört der geheimnisvolle Zusammenhang zwischen dem „Vater unser“ und der Weltschöpfung. Um den reichen Zusammenhang möglichst deutlich aufzeigen zu können, wollen wir aus den

1) „Cathedra sapientiae“.



Bitten des Vaterunsers dasjenige ins Auge fassen, was mit der Weltschöpfung zusammenhängt; das Endergebnis wird ein überraschendes sein.

Das Gebet des Herrn, jenes wunderbare Gebet, das der Gottmensch selbst der Welt vorgebetet hat, zerfällt nach uralter Tradition und konstanter katholischer Auffassung in sieben Bitten. Auch die Weltschöpfung trägt an ihrer Stirne die goldene Siebenzahl. Sieben galt seitdem immerdar bei den Juden als heilige Zahl, seit Gott den 7. Tag nach der Weltschöpfung als Ruhetag bestimmt hatte. Sieben Jahre nannten die Israeliten nach der Gesetzgebung auf Sinai eine Jahreswoche, das siebente Jahr war ein heiliges Jahr. Vor der Bundeslade in der Stiftshütte und später im Tempel von Jerusalem stand ein Leuchter mit sieben Armen und ebensovielen Lampen.

„Und der Wahrheit muß das Zeichen
Und die Nacht dem Lichte weichen
Nacht und Schatten hat ein End"

im N. T.; das A. T. ist ja nur Schatten, Typus und Vorahnung des neuen Testamentes.

Die Weltwoche blieb, denn „sechs Tage Arbeit und jeder siebente ein Ruhetag!" hatte Gott deswegen bestimmt und in seiner geheimnisvollen Weltschöpfungswoche symbolisiert, weil es genau so in der Natur des Menschen begründet ist.[1]) Gott als Schöpfer Himmels und der Erde und als Urheber der menschlichen Natur kann sich doch unmöglich selbst widersprechen. Nur wurde die Woche, die im Sechstagewerk des göttlichen Werkmeisters ihren religiös-sittlichen und symbolisch-liturgischen Hintergrund hat, mit neutestamentlicher Weihe umgeben dadurch, daß der Sonntag als Erinnerungstag der glorreichen Auferstehung und wunderreichen Geistsendung statt des Sabbats als Ruhetag eingeführt wurde.

Aber die Siebenzahl blieb nicht auf die physische Sphäre

1) Für die Beweisführung vergl. Wetzel Fr. X., Sonntagsglück. Ravensburg.





des messianischen Reiches beschränkt, auch das ethische Gebiet und das geheimnisvolle Reich der (metaphysischen) Übernatur wird im Menschen begründet, bewahrt, vermehrt und, wenn verloren, wiedergewonnen durch die heiligen Sakramente. Weltschöpfung und die sieben hl. Sakramente, das ungeheure physische Universum und das Riesenreich der Übernatur stehen gleichfalls in schönster Harmonie, doch ist hier noch nicht der Ort, diesen Zusammenhang zu erörtern.

Weltschöpfung und ethisches Gebiet! Was heißt ethisches Gebiet? Das Gebiet der Sittlichkeit; es umfaßt alle jene sittlichen Bestimmungen, die aus der Natur des Menschen abgeleitet werden können, das gesamte Naturgesetz i. e. die obersten sittlichen Grundgesetze [Das Gute muß man tun, das Böse meiden. — Gott muß man verehren. — Wovon du nicht willst, daß man es dir tue, das füge auch keinem anderen zu.], den Dekalog und mittelbare und entferntere Schlüsse, die sich nicht so leicht spezifizieren lassen [z. B. ein wucherischer Vertrag ist ungiltig]. Das Ziel des Menschen — abgesehen von aller übernatürlichen Offenbarung — ist, objektiv betrachtet, Gott, und subjektiv betrachtet, die Erkenntnis Gottes und die Liebe zu Gott. Warum? Der Mensch hat Verstand und Willen, und „die Frage nach der natürlichen Bestimmung im zukünftigen Leben geht darauf hinaus, zu wissen, welches alsdann die höhere Tätigkeit der Seele sein wird“ (Mercier, Desiré, Psychologie [6], deutsch von L. Habrich, Kempten 1907, II 365).

Wie verhält sich die Sittlichkeit zur Religion im allgemeinen? Einmal ist Gottes Wille der Grund des Sittengesetzes, insofern dieses verpflichtend ist. Zum andern ist die Sittlichkeit ein Bestandteil der Religion. Wenn wir das ontologische Fundament der Religion und die Beschaffenheit des vernünftigen Wesens und seiner Fähigkeiten ins Auge fassen, finden wir (selbstverständlich) ein objektives und ein subjektives Moment. Das subjektive Moment ist die Abhängigkeit des Geschöpfes von seinem Urheber und letzten Ziel; dieses Moment tritt zunächst der Erkenntnis des Menschen



gegenüber; er muß dieses Verhältnis erkennen und anerkennen. Mit der Anerkennung tritt es bereits dem Willen gegenüber und verlangt Unterordnung unter Gott und Hinordnung zu ihm; ferner müssen auch das Gefühl und die äußere Tätigkeit in den Dienst Gottes gestellt werden. Im objektiven Sinn umfaßt Religion das religiöse Erkennen, die Sittenlehre, den Kultus.

Stehen so Sittlichkeit und Religion in allerengster Verbindung, so wird durch die religiöse Siebenzahl selbstredend auch das ethische Gebiet beleuchtet. Es gibt keine Sittlichkeit ohne Religion und keine Religion ohne sittliches Fundament. Wir können aber hier noch tiefer graben! Es läßt sich nämlich das Sittengesetz der Menschheit ohne Künstelei auf sieben Gebote reduzieren. I. Anerkennung und Verehrung des einen Gottes. II. Sabbat und Sonntag. III. Autoritätskultus. — Gott, Ich, Vernünftiges, Nicht-Ich. — IV. Schädigung der Güter des Körpers. V. Schädigung der Güter der Seele. VI. Schädigung der äußeren Güter. VII. Schädigung der Güter der Ehre — bei sich und beim Nebenmenschen verboten. Wer das Sittengesetz unter diesem Gesichtspunkt genau betrachtet und auf die innersten Gedanken und geheimsten Begierden ausdehnt, der wird daraufkommen, daß sich alle Gebote und Verbote unter diese sittliche Siebenzahl subsumieren lassen — und zwar ganz ungezwungen.

So ist es nicht nur die physische Weltordnung, welche die goldene Siebenzahl an ihrer Stirne trägt, nicht nur die metaphysische Ordnung, das Reich der Übernatur wird im Menschen gebaut, vergrößert . . . durch sieben Sakramente, sondern auch das ethische Riesenreich erglänzt in sieben Farben. Alles, was geschaffen worden ist, alle drei Welten, die physische, ethische und übernatürliche werden charakterisiert durch die Siebenzahl. Wie in einem Brennspiegel leuchten diese drei Welten heraus aus den sieben Bitten des Vaterunsers.

Betrachten wir die ersten drei: I. Geheiliget werde Dein Name = physische Welt. II. Zukomme uns Dein Reich = meta-

physisch-übernatürliche Welt. III. Dein Wille geschehe = ethische Welt.

Im Sechstagewerk hat Gott die Welt erschaffen und am siebenten Tage ruhte er: das ist und bleibt der religiös-symbolische Hintergrund der Woche. Mit der so erzählten Schöpfungswoche sollte der Menschheit zugerufen werden: Sechs Tage sollst du arbeiten zu Gottes Ehre und deinem irdischen Wohle — am siebenten sollst du ruhen zu Gottes Ehre und deinem irdischen und ewigen Wohle! „Gedenke, daß Du den Sabbath heiligst!" sind nur andere Worte für „Geheiliget werde Dein Name!" Die Heiligung des siebenten Tages zur Ehre Gottes ist somit ein göttliches Gebot, aber auch ein eminent menschliches Gebot; denn Medizin und Physiologie kommen eben zum Resultat, daß es tief in der menschlichen Natur begründet sei, nach je 5—6 Arbeitstagen einen Ruhetag einzuschalten. Die Ärzte behaupten, daß ein Mensch, der das göttliche Wort: „Gedenke, daß Du den siebenten Tag durch Ruhe heiligst!" gewissenhaft befolgt, sein Leben durchschnittlich um ein Siebentel höher bringt, als ein Verächter des Sonntagsgebotes. „Ja, auch die Tiere, besonders die Haustiere, verkünden laut, daß sie von Gott nur für sechs Arbeitstage geschaffen sind.[1])

1) Eine große Londoner Droschkengesellschaft machte den Versuch, einen Teil ihrer Pferde sechs, den andern sieben Tage arbeiten zu lassen. Was war die Folge? Die erstern brachten allerdings während der nächsten Wochen etwas weniger Gewinn. Aber die letztern, die Pferde ohne Sonntag, wurden viel schneller krank und mußten weit früher abgetan werden, daher entschloß sich die Gesellschaft, den Sonntagsdienst wieder einzustellen. — Der berühmte Dr. Niemeyer berichtet in seiner preisgekrönten Schrift „Die Sonntagsruhe vom Standpunkt der Gesundheitslehre": „Bevor die Eisenbahn ging, gab es Frachtfuhrwerke, die oft 8 bis 10 Wochen unterwegs waren. Einmal machten einige Freunde der Sonntagsruhe eine Wette mit Gegnern derselben. Zwei Fuhrleute mit gleichem Wagen, gleicher Last und Bespannung sollten an einem Montag Morgen dieselbe Reise antreten. Der eine durfte immer vorwärts fahren; der andere mußte am Sonntag Halt machen und sich und den Pferden Ruhe gönnen. Was ge-

Muß man da nicht mit dem Weltapostel ausrufen: „O Tiefe des Reichtums der Weisheit und der Erkenntnis Gottes!“ (Rm. 11, 33.)

In das gesamte physische Universum hat Gott die Siebenzahl eingeprägt, sich zur Ehre und seinen Geschöpfen zum Wohle. Die katholische Kirche hat als siebenten Tag wegen der Auferstehung Jesu von den Toten und der wunderreichen Geistsendung den Sonntag genommen und an ihn auch ein Kirchengebot geknüpft: Einer hl. Messe andächtig beizuwohnen. Nicht nur der Körper sollte die Wohltat des siebenten Tages genießen, sondern auch die unsterbliche Geistseele.

Auch die Seele soll ausruhen im Gebet, im Großen und Ewigen, ausruhen von tausend Sorgen, von kleinen, erdenhaften Gedanken. Sie soll sich ihrer unvergleichlichen Würde und ihrer wahren Heimat bewußt werden — wenigstens am Sonntag! Aber es soll der Sonntag auch als Tag der Ruhe und Freude überirdisches Sehnen wecken, Verlangen nach ewiger Ruhe, ewige Heimatsehnsucht.

„Mir ist so wohl in Gottes Haus,
Ich kann es gar nicht sagen;
Es bricht mein Aug' in Tränen aus,
Das Herz fängt an zu schlagen.

O Träne, warum brichst Du aus?
O Herz, was soll Dein Schlagen?
Es wird der Geist ins Vaterhaus,
Der Leib zur Ruh getragen.“ L. J. P. Spitta.

schah? Der erstere war anfänglich bedeutend voraus. Allein in der 6. Woche gewann der Sonntagsfreund einen Vorsprung. Er erreichte mit seinen wohlgepflegten Pferden glücklich und zur rechten Zeit das Ziel, während des anderen Rosse, ermattet und kraftlos, viel zu spät eintrafen.“ — „Als ich einst,“ so erzählt ein Reisender, „an einem Kohlenbergwerk in Pennsylvanien vorbeikam, sah ich auf einem weiten Felde viele Maultiere stehen. Ein Knabe, der sie hütete, bemerkte mir, daß die Tiere die ganze Woche unten in den Kohlengruben arbeiten müßten; am Sonntag jedoch führe man sie herauf, weil sie sonst erblindeten“ (Wetzel a. a. O. 19 ff.)



So steht der siebente Tag in seiner vollen Würde und im Glanz der Heiligkeit vor uns. Und die katholische Kirche hat sich als kluge Gemahlin Jesu erwiesen, indem sie den Ruhetag mit religiöser Weihe umwob und in den Dienst ihres göttlichen Gemahls stellte, dessen, der der lauschenden Volksmenge auf dem Berg der Seligkeit gepredigt hat: „Ich bin nicht gekommen, das Gesetz und die Propheten aufzuheben — nein! nicht aufzuheben, sondern zu vollenden bin ich gekommen" (Mt. 5, 17).

Auf diese Weise wird die von Gott gegründete physische Weltordnung von übernatürlichem Lichte beleuchtet, auf die physische Welt fallen schon Strahlen der übernatürlichen und sittlichen Schönheit und in innigem Zusammenhang steht die zweite Bitte des Vaterunsers mit der ersten, wie ja auch Natur und Übernatur in schönster Harmonie verlaufen, insofern die Übernatur überall auf der Natur aufbaut: „Zukomme uns Dein Reich!"

Christus hat einmal zu seinen Aposteln gesagt: „Das Reich Gottes ist in Euch" (Lk. 17, 21). Diese Worte lassen sich verschieden auslegen, aber die Auslegung gilt jedenfalls auch: Das Reich der Übernatur ist uns, das Reich Gottes durch die Gnade. Übernatur im eigentlichen Sinn ist Anteilnahme an einem göttlichen Gut, übernatürlich im strengsten Sinn des Wortes ist der unendlich heilige Gott, die Menschwerdung des ewigen Wortes und die heiligmachende Gnade in uns, die nach dem Tode übergeht in das Schauen Gottes. Durch die Gnade werden wir der göttlichen Natur teilhaftig (2 Ptr. 14), ja „das, was der Wesenheit nach in Gott ist, wird akzidentell in der Seele, die an der göttlichen Güte teilnimmt." [1])

Die Übernatur in uns wird geschaffen, erhalten, vermehrt und, wenn verloren, wiedergeschaffen durch die hl. Sakramente. [2])

1) S. Thomae, S. th. 1, 2 q 119 a 2 ad 2.

2) Concil. Trid. prooem. sess. VII.



Das eigentliche Vorbild für die Siebenzahl der Sakramente ist die Siebenzahl in der Erschaffung der Welt, sechs Tage Arbeit mit einem Ruhetag; diese Siebenzahl ist also von tiefer natürlicher und übernatürlicher Bedeutung. Hier stehen sich Natur und Übernatur in ihrer grandiosen Ausdehnung gegenüber. In den Schöpfungstagen — der siebente, der Ruhetag dauert noch fort bis zum Ende der Zeiten — war das natürliche Universum in das Sein gerufen durch den Logos, durch den göttlichen Intellekt, „durch den alles gemacht worden ist“. Durch den nämlichen menschgewordenen Logos ist die zerstörte übernatürliche Heilsökonomie wiederhergestellt worden, und wodurch sollten alle Gnaden und Verdienste des göttlichen Erlösers dem gesamten Menschengeschlechte und den einzelnen Seelen vermittelt werden? Durch die sieben Sakramente! Aus einem göttlichen Brunnen mit sieben Röhren ergießt sich das übernatürlich-belebende Wasser über die ganze Welt.[1])

Wir kennen den engen unlösbaren Zusammenhang zwischen Religion und Sittlichkeit; ein wahrhaft katholisches Leben, ein Leben nach der Wiedergeburt, ein übernatürlich-göttliches Leben ist undenkbar ohne Sittlichkeit. Sittlichkeit nach christlicher Auffassung ist die Übereinstimmung der menschlichen Handlungen mit den Geboten Gottes; die Gebote Gottes sind nichts anderes als der geoffenbarte Wille Gottes. Ist demnach die erste Bitte des Vaterunsers nichts als lapidare Fassung des Inhaltes der physisch-natürlichen Weltordnung, charakterisiert die zweite Bitte das Verhältnis des *μικρόκοσμος*, der aus Geist und Stoff bestehenden wundersamen Kleinwelt zum Riesenreich der Übernatur, so erwarten wir nun eine göttliche Formel jener Ordnung, die für physisch-natürliche und übernatürliche Ordnung das Fundament bildet, der ethischen. „Dein Wille geschehe, wie im Himmel, also auch auf Erden!“

---

1) Vgl. dazu meine Schrift Mensch und Übermensch (Einsiedeln 1912) S. 107 ff.

Wie in bezug auf die Pflichten des Menschen Gott, sich und allem vernünftigen geschöpflichen Nicht-Ich gegenüber sowie in bezug auf die Pflichten allen Gütern gegenüber der jüdische Dekalogus unter die goldene Siebenzahl subsumiert werden kann, wurde oben aufgezeigt.

Gott hat alles erschaffen, die physische, übernatürliche und sittliche Welt. Wozu? Zu seiner Ehre und zum Wohle der Geschöpfe! Das ist nicht unschwer einzusehen. Gott wird nämlich in der Offenbarung konstant als letztes und höchstes Endziel aller geschöpflichen Dinge hingestellt. Alles, was geschaffen worden ist, dient diesem Endzweck dadurch, daß es die göttlichen Vollkommenheiten offenbart, abspiegelt, entfaltet und predigt. Präzis und mit aller nur wünschenswerten Klarheit sagt die Offenbarung: „Alles hat Gott seiner selbst willen geschaffen" (Spr. 16, 4). Damit steht nicht in Einklang, was Descartes, Erzbischof King von Dublin, Stattler und Kant behaupten, den Schöpfungszweck habe man einzig und allein in die Glückseligkeit der Vernunftgeschöpfe zu setzen. Nicht einmal Hermes und Günther sprechen im Sinne der göttlichen Offenbarung, wenn sie die Beseeligung der Vernunftgeschöpfe als Hauptzweck der Schöpfung erklären und die Ehre Gottes diesem subordinieren.

In den ersten drei Bitten jenes Gebetes, das Gott selbst den Vernunftgeschöpfen vorgebetet hat, spiegeln sich die drei ungeheueren Welten, die natürlich-physische, metaphysische und ethische, welche wiederum Gott zum Urheber haben, der ja alles, was ist, erschuf.

„Wie die Sonne sich bespiegelnd
Selbst im Tröpfchen Tau sich weist,
Kann so im Gebete Gottes
Nicht sich spiegeln auch sein Geist?"

Aber auch für Primär- und Sekundärzweck der Gesamtschöpfung bildet die „göttliche Hälfte" des Vaterunsers ein wundersam-schönes Miniaturbildchen. Alle Geschöpfe ausnahmslos rufen: „Geheiliget werde Dein Name!" Die Himmel erzählen die Herrlichkeit Gottes und das Firmament

verkündet die Werke seiner Hände (Ps. 18, 1). Auch das Würmlein im Gartenbeet und das schwanke Gräslein am Rain verkündet des Ewigen Ehre durch sein Dasein. Ein jedes Geschöpfchen ist in sich ein Kunstwerk, spiegelt nach irgendeiner Seite Gottes unendliche Vollkommenheit wider, ja es hat nur dadurch sein Sein, daß es eine Seite der unendlichen Vollkommenheit zur abbildlichen Darstellung bringt.

„Geheiliget werde Dein Name!" Der Mensch ist seinem Körper nach ein ganz vorzügliches Kunstwerk, wie alle Anatomen, Mediziner und Physiologen in einmütiger Bewunderung zugeben; was ihn aber hoch hinaushebt über die wunderschöne vernunftlose Gotteswelt, das ist seine unsterbliche Geistseele mit ihren beiden herrlichen Vermögen, Verstand und Willen. So ist das Vernunftgeschöpf in ganz anderer, viel höherer Weise als der irrationale Makrokosmos imstande, beizutragen zur Verherrlichung Gottes. Der Mensch trägt znm Endzweck der Welt durch Betätigung seiner beiden seelischen Fähigkeiten bei, seine Aufgabe ist es, Gott, das unendliche Gut zu erkennen und zu lieben.[1])

So schlagen wir uns mühelos eine Brücke zur zweiten Bitte: „Zukomme uns Dein Reich!" Wieso? Weil die Gotteserkenntnis und Gottesliebe zugleich die Seligkeit und das Glück eines Vernunftgeschöpfes ausmacht und — der sekundäre, immanente Zweck der Weltschöpfung ist eben die Beseeligung und das Glück der Vernunftgeschöpfe. Im „Zukomme uns Dein Reich" bitten wir um die Gnade Gottes, um das Reich Gottes in uns. Hier zeigt sich wieder in ganz überraschender Weise die Harmonie zwischen Natur und Übernatur. Denn die Gnade erfaßt die Seele in ihrem innersten Wesen und mit der Seele die beiden auf sie gegründeten Vermögen: Verstand und Willen.

Aus der Seele mit Verstand und Willen blüht das natürliche, leiblich-geistige Leben des Menschen, der Kleinwelt. Und schon dieses geistig-natürliche Leben findet seine

1) S. Thomae, In lib. III. Sent. dist. II. q 1 a 3 quaestiunc. 1 ad 3.

höchste Beseligung im Erkennen und Lieben Gottes, des höchsten Gutes und in der Freude, die aus dieser Erkenntnis und Liebe entspringt. Die Gnade um- und erfaßt die ganze geistige Natur der Seele und die auf diese geistige Substanz gegründeten Vermögen und aus dem übernatürlichen Erkennen und dem übernatürlichen Wollen der göttlich vergeistigten Seele erblüht in himmlischer Schönheit das gottähnliche, übernatürliche Leben. Nun ziehen wir die Parallele zur Natur: Macht es unsere übernatürliche Beseeligung aus, Gott zu erkennen, ihn zu lieben und über diese Erkenntnis und Liebe Freude zu empfinden? Jawohl! Es ist Glaubenssatz der katholischen Kirche, daß unsere einstige Seligkeit darin bestehen wird, Gott zu schauen und vollkommen zu lieben und uns im Schauen und Lieben unermeßlich zu freuen.[1]) Nun ist aber die Gnade Gottes, das übernatürliche, gottähnliche Leben auf Erden nichts anderes als „erste Seligkeit", „angefangene Seligkeit".

So steigen wir auf von der natürlichen Beseligung über die übernatürliche Beseligung im Gnadenleben zur Anschauung und zum Genuß Gottes per omnia saecula saeculorum. In dieser reichen Lichtfülle verstehen wir die Bitte: „Zukomme uns Dein Reich! Mach uns zeitlich und ewig glücklich!"

An Gott fehlt es nicht, auf die natürliche Beseligung die übernatürliche (Gnaden-) Seligkeit aufzupfropfen und das Edelreis durch alle Ewigkeit fortblühen zu lassen — aber „der Dich erschaffen hat ohne Dich, rechtfertigt Dich nicht ohne Dich", sagt St. Augustinus. Beide Seligkeiten wollen verdient sein. Wer nennt uns die Dienstleistung? Die Offenbarung! „Wer meine Gebote hat und sie hält, der ist es, der mich liebt" (Jo. 14, 21). Lieben setzt Erkennen voraus. „Wenn Du zum Leben eingehen willst, so halte die Gebote" (Mt. 19, 17). Darum schließt eben der göttliche Teil des Vaterunsers mit der sittlichen Bitte ab, mit jener

1) Ps. 16, 15. — 20, 7. — 35, 9. — Jo. 17, 3. — 1. Kr. 13, 12. — 2 Kr. 3, 17. 18. — 1 Jo. 3, 2.

Bitte, ohne die für ein Vernunftgeschöpf keine Verherrlichung Gottes und kein eigenes zeitliches und ewiges Glück, keine irdische und überirdische Beseligung möglich ist: „Dein Wille geschehe wie im Himmel also auch auf Erden."

Wenden wir unser Augenmerk nun kurz der menschlichen Seite des gottmenschlichen Gebetes zu. Insofern Gott das Universum zum irdischen Nutzen und ewigen Heil des Menschen erschaffen hat, ist dieser König der Schöpfung. Die Offenbarung lehrt, daß die Großwelt zum irdischen, sittlichen und religiösen Nutzen der Kleinwelt erschaffen worden sei.[1]) Der Mensch vertritt auf Erden die Stelle eines Vikars Gottes, „ut illis praesit" (Gn. 1, 26), als Herr des vernunftlosen Kosmos. Und wunderbar! Um alles, was der Mensch braucht, um diese erhabene Stellung ausfüllen zu können, bittet er im Vaterunser.

„Gib uns heute unser tägliches Brot", bittet der leiblich-geistige Mensch, um das natürliche und übernatürliche Leben erhalten zu können. Die Eucharistie hat für das gottförmige Leben der Seele genau dieselben Wirkungen wie Speise und Trank für das natürliche, körperliche Leben.[2]) Was Speise und Trank im Reiche der Natur, ist das „Brot des Lebens" im Reiche der Übernatur.

Doch dem unendlich kostbaren göttlichen Leben der Seele drohen drei Feinde, drohen drei Übel. Das Gnadenleben der Seele soll im Moment des Todes übergehen in die Anschauung Gottes. Von der Erreichung dieses einzigen übernatürlichen und überhaupt einzigen Zieles werden wir durch ein dreifaches Übel abgehalten, durch ein vergangenes, gegenwärtiges und zukünftiges. Das vergangene Übel sind nichts anderes als die Sünden, deren wir uns schuldig gemacht haben und darum bitten wir:

---

1) Gen. 1, 26. — 2, 17. — 9, 2. — Weish. 7, 17. — Rm. 8, 28. — 1 Kr. 3, 22.

2) Concil. Trid. sess. XIII cap. 2; bei Denzinger-Bannwart Enchiridion[10] n. 875.



„Oft unserm Willenstrieb, dem sturmbewegten,
Von wüsten Leidenschaften aufgeregten,
Hat seltsam Glück manch Traumbild vorgelogen,
Und gleisnerisch sein Tun in Nacht gezogen.
Es sank der Aar, im Sündenwahn geblendet,
Vom Sternenflug dem Abgrund zugewendet
Und der Verzweiflung starrt die arme Seel' so nah;
Doch reuvoll seufzen wir beim Kreuz von Golgatha:
Vergib uns unsre Schulden, wie auch wir
Vergeben unsern Schuldigern."

Und in der Gegenwart umlauert uns überall Gefahr und Gelegenheit zur Sünde; böse Umgebung, Verführung durch Schrift und Wort, schlechte Grundsätze der Welt, die im argen liegt, offene Verfolgungen . . . lockende Begierlichkeit des eigenen Fleisches, Zweifelsucht, Hochmut und Verdorbenheit des Herzens . . . der Neid dessen, „der wie ein brüllender Löwe herumgeht" (1 Ptr. 5, 8) . . . inmitten solcher Fährlichkeiten müssen wir das gottähnliche Leben bewahren? Das bringen wir allein nicht zuwege; darum bitten wir wieder mit aufgehobenen Händen:

„Und hat auch Dein Erbarmen uns begnadet,
Die Seel' in Jesu Blut sich rein gebadet:
Das Böse täuscht mit neuen Trugesnetzen
Und fordert Weihrauch für die alten Götzen.
Es ist ein Grüßen, Winken, Lächeln, Zwingen,
Dem die Bewältigung mag bald gelingen;
Wir fühlens, ach! wie leicht sich unser Sinn verwirrt,
Und seufzen inniglich zu Dir, Du guter Hirt:
Führe uns nicht in Versuchung!"

O — und was droht uns erst in der Zukunft! Keiner von uns weiß mit Glaubensgewißheit, ob er im Gnadenstand und ob er auserwählt sei. . . . Wie ein schauriges Gespenst grinst in dunkler Zukunft ein böser Tod — ewige, unglückselige Verwerfung . . . das größte Übel . . . wie sehr haben wir sündige Menschenkinder Ursache, reuevoll zu bitten und zu beten:

„Man preist kein Herz glückselig vor dem Ende . . .
O! Daß dann alles sich zum Heil uns wende



Und in dem letzten, bangsten Augenblicke
Das Brot des Lebens unsre Seel' erquicke!
Uns möge nichts von Deinem Herzen trennen,
Die Lippe sterbend Dich, den Vater nennen!
Drum flehn beim Abschied wir ums hochzeitliche Kleid,
Um Rettung auch vor der Verdammnis ew'gem Leid:
Erlöse uns von dem Übel! Amen." [1])

Auch nach der menschlichen Seite spiegelt das Vaterunser die Weltschöpfung wieder: Natur und Übernatur brauchen Erhaltung. In schlichten Worten, die das Schulkind versteht nnd die dem Gelehrten Staunen abringen wegen der Fülle ihres Inhaltes, umspannen die drei letzten Bitten Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, ein Miniaturbild der ganzen Zeit, die ja auch mit der Schöpfung erst ins Dasein gerufen worden ist.

Man könnte Bände anfüllen mit den Lobsprüchen der heiligsten und gelehrtesten Männer über das Vaterunser seit 1900 Jahren. Zwei recht bezeichnende seien festgehalten: „Dieses Gebet hat eine so große Tiefe des Sinnes, eine so große Fruchtbarkeit an Geheimnissen, eine so große Kraft in der Wirkung und eine solch kunstreiche Ordnung, daß es niemand fassen noch aussprechen kann", so der hl. Dionysius aus dem Karthäuserorden.[2]) Der größte Theologe der katholischen Kirche St. Thomas von Aquin schreibt: Das Vaterunser ist das vollkommenste Gebet, weil, wenn wir auf rechte und geziemende Weise beten, wir nichts anderes sagen können, als was in dieses Gebet des Herrn gelegt ist".[3])

Nach außen ein Kunstprodukt, ein Kunstwerk von herrlicher, symmetrischer Ordnung, nach innen das ideenreichste und gehaltvollste aller Gebete — das ist das altehrwürdigste und modernste Gebet — das Vaterunser.

Das darf uns freilich nicht wundern; wenn wir von Sophokles, Ovid, Cicero . . . unvergängliche Kunstwerke be-

---

1) Nach Hungari A., Das Vater unser.
2) In Matth. cap. 6.
3) Summa theol. 22 dae q 83 a 9.



sitzen, Kunstwerke nach Gehalt und Gestalt — was muß es dann um das Vaterunser sein, das zum Urheber die inkarnierte Weisheit selber hat! Aber vielleicht hat es den Leser doch interessiert, daß jenes nämliche Gebet, welches das halbblinde Mütterlein in ihrer armen windschiefen Hütte am Hang mit vollem Verständnis betet, auch ein lapidares Kompendium der Schöpfungslehre ist, der Schöpfung nach dem physischen, ethischen und metaphysischen Sein, nach seinem Zweck rc. Breviarium ecclesiae hat Tertullian das Vaterunser einmal geheißen. In diesem wundervollen Brevier kommen die allerwichtigsten religiösen und philosophischen Grundfragen zur Sprache.

---

## XLVIII.

## Die Römische Frage.

### III.

**War es gut, daß außer der weltlichen Herrschaft der Päpste auch noch „das hl. Römische Reich" errichtet wurde?**

Es erscheint vielleicht manchem befremdend, daß die Päpste das Römische Kaisertum, nachdem es mehr als 300 Jahre aufgehört hatte, wieder erweckt haben. Das hieß ja, die christliche Welt dauernd in zwei sich nicht freundlich gegenüberstehende Kaiserreiche, das ost- und weströmische, teilen.

Die Kirche hält jedoch auch heute noch den Gedanken an „das hl. Römische Reich" fest: das Meßbuch (Missale Romanum) enthält noch immer unter den Gebeten, welche am Karfreitag für die ganze Welt verrichtet werden, an 4. Stelle, nachdem vorher für die ganze Kirche, für den Papst, für die Bischöfe und für den Klerus gebetet worden, das folgende Bittgebet: „Laßt uns auch beten für den aller-



christlichsten Kaiser N., daß Gott unser Herr ihm alle Barbarenvölker zu unserm dauernden Frieden untertan mache. Allmächtiger ewiger Gott, in dessen Hand die Gewalten Aller und die Rechte aller Reiche sind, schaue gnädig herab auf das Römische Reich, damit die Völker, welche auf ihre ungebändigte Kraft vertrauen, durch deine mächtige Hand niedergehalten werden." — Und unter den Gebeten, welche für verschiedene Anliegen in der hl. Messe eingefügt werden können, steht an 5. Stelle eines für den Römischen Kaiser, wobei bemerkt ist: wenn der Kaiser nicht gekrönt ist, soll er „erwählter Kaiser" genannt werden. Auch in diesen drei Meßgebeten (Collecta, Secreta, Postcommunio) wird um Sieg über die Feinde des Friedens gebetet: der Kaiser möge den Triumph der Macht Gottes mit Geschick erhöhen; Gott möge die gläubigen Völker schützen durch Erneuerung der alten Wunder Seines Armes, damit die Feinde des Friedens besiegt werden und so die Christenheit frei und ruhig Ihm dienen könne. Besonders beachtenswert ist das dritte dieser Gebete, die Postcommunio, welche lautet: „O Gott, der Du zur Verkündigung des Evangeliums des ewigen Königs das Römische Reich vorherbereitet hast, reiche Deinem Diener, unserm Kaiser N. himmlische Waffen, damit der Friede der Kirchen durch kein Kriegsgewitter gestört werde." Daß diese drei Gebete nur für den Römischen Kaiser gelten, geht daraus hervor, daß in Österreich für den katholischen Herrscher nicht diese, sondern die an sechster Stelle für alle Fürsten („Pro rege") bestimmten Gebete in der hl. Messe eingefügt werden, indem dabei der gedruckte Titel „König" mit „Kaiser" zu vertauschen ist.

Um die Einheit und Freiheit der Kirche unter einer Mehrzahl von Reichen zu sichern, war zunächst eine unabhängige weltliche Macht für den hl. Stuhl notwendig. Die Geschichte hatte aber gezeigt, daß die Päpste ihren beschränkten weltlichen Besitz aus eigener Kraft nicht immer gegen die Angriffe mächtiger Nachbarn verteidigen konnten; wiederholt mußten sie, nachdem sie von Ostrom (Byzanz) vergebens





Schutz erbaten, an die Herrscher des Frankenreiches sich um Hilfe wenden. Der hl. Stuhl brauchte somit einen mächtigen Schutzherrn, der imstande und stets bereit war, das Oberhaupt der Kirche gegen alle Feinde mit starkem Arm zu schützen und dessen Rechte, besonders auf den Kirchenstaat, zu verteidigen, ihm den schuldigen Gehorsam zu verschaffen.

Es war aber auch wünschenswert, daß dieser Schutzherr des hl. Stuhles seinen Schutz der ganzen Christenheit zukommen lasse im Kampfe gegen die Ungläubigen, und daß die Verkündigung und Ausbreitung des Evangeliums an ihm einen mächtigen Förderer habe. Karl der Große hatte sich schon in beiden Richtungen bewährt durch Zurückdrängen der Sarazenen und Bekehrung der heidnischen Sachsen; er konnte als Vorbild eines kirchlichen Schutzherrn für alle Zukunft gelten. Karl selbst nannte sich nach seiner Kaiserkrönung, die am Weihnachtsfeste 800 in der Peterskirche zu Rom durch Leo III. stattgefunden hat: devotus sanctae Ecclesiae defensor atque adjutor in omnibus Apostolicae Sedis.

Das neue Römische Kaisertum war demnach gleichsam ein kirchliches Amt; seine Aufgabe war: die Schirmvogtei über die hl. Kirche zu üben. Es war eine völlig neue Würde und Aufgabe, vom Papst geschaffen und nur vom Papste zu verleihen durch hl. Salbung und Krönung; wie der Papst es für notwendig hielt, nicht wie es dem Kaiser gut dünkte, hatte dieser seine Aufgabe zu erfüllen. Die Grundlage dieses Kaisertums war eine religiöse; daher der Name „das heilige Römische Reich", seit Otto I. (962) „deutscher Nation".

Aus der neuen Würde floß als Ehrenvorrecht: der Römische Kaiser war der erste Monarch der Christenheit; er war der berufene Führer im Kampfe gegen die Feinde des Glaubens. Keineswegs aber war er damit zur Weltherrschaft bestimmt, wie später einzelne Kaiser, besonders z. B. der Hohenstaufen, urgierten; es kam ihm keine Oberhoheit zu über fremde Reiche oder Fürsten.

Im Laufe der Jahrhunderte hat das neue Römische



Kaisertum seiner hohen Aufgabe allerdings nicht immer entsprochen; ja manche Träger dieser Würde sind, statt Schirmvögte der Kirche zu sein, ihre Bedränger geworden. Wenn man jedoch bedenkt, daß es der Kirche ohne das Kaisertum zweifellos noch schlimmer ergangen wäre, und daß die große Mehrzahl der Kaiser ihre Aufgabe redlich zu erfüllen bemüht waren und mitunter der Kirche auch sehr erhebliche Dienste erwiesen haben, muß man gestehen, daß diese Institution im großen und ganzen ihren Zweck erfüllt hat. Von 800 bis 1806 zählte man 53 Kaiser, wovon nur etwa 3 bis 8, statt die Kirche zu schützen, sie bekämpft oder geschädigt haben. Durch die traurige Kirchenspaltung in Deutschland wurde es freilich dem Römischen Kaisertum fast unmöglich gemacht, seine Aufgabe noch ferner zu erfüllen, so daß es seither nur mehr der Schatten von ehedem war, zumal nachdem im Westfälischen Frieden die protestantische Konfession der katholischen Kirche war rechtlich gleichgestellt worden.

## IV.

### Forderte das „natürliche Recht" der italienischen Nation auf „nationale Einheit" die Beseitigung der weltlichen Herrschaft des Papstes?

Um diese Frage klar zu beantworten, muß man wohl unterscheiden zwischen nationaler und staatlicher (oder politischer) Einheit.

Die nationale Einheit ist in der Sprach- und Kulturgemeinschaft begründet; sie wird allerdings gefördert durch die staatliche Einheit, kann aber auch sehr wohl bestehen ohne diese.

Die staatliche (oder politische) Einheit wird gebildet durch eine gemeinsame Regierung unter den alle Untertanen gleichmäßig verflichtenden Gesetzen eines Staatswesens. Die staatliche Einheit wird erleichtert durch die nationale Einheit, ist aber keineswegs von dieser abhängig. Die staatliche Einheit kann entweder eine einfache, statarische, sein, wie in Frankreich oder Belgien; oder eine komplizierte, föderative, wie in Deutschland und der Schweiz, welche Bundesstaaten sind.





Haben die Nationen ein Recht nicht nur auf nationale Einheit, die auch bei staatlicher Trennung (wie in Südamerika, auch „das spanische Amerika" genannt) bestehen kann, sondern auch auf staatliche Einigung? Oder mit anderen Worten: ist die Vereinigung der nationalen mit der staatlichen Einheit (wofür wir kürzer sagen wollen nationalpolitische Einheit) eines Volkes ein natürliches Recht desselben?

S. Thomas Aqu. erklärt (1. II. 94, 5, ad 3.): Es kann etwas in doppelter Weise natürliches Recht genannt werden: entweder (in positivem Sinne), weil die Natur dazu hinneigt, z. B. daß man dem Nächsten kein Unrecht zufügen soll; oder (nur in negativem Sinne), weil die Natur nicht das Gegenteil von etwas in sich schließt, z. B. unbekleidet sein, indem die Natur dem Menschen keine Kleidung wie den Tieren gibt. In diesem zweiten Sinne, sagt S. Thomas, ist z. B. Gütergemeinschaft und freier Stand ein natürliches Recht, da Privatbesitz und dienender Stand nicht von der Natur selbst herrühren, sondern von den Menschen eingeführt worden sind des allgemeinen Nutzens wegen. In welchem Sinne kann nun die nationalpolitische Einheit einer Nation ein natürliches Recht derselben genannt werden? Offenbar nur in negativem Sinne, d. h. insofern die Natur nicht das Gegenteil mit sich bringt, wie man Gütergemeinschaft oder freien Stand im Gegensatze zu Privatbesitz und dienendem Stand ein „natürliches Recht" nennen kann. Wie Privatbesitz und dienender Stand nicht von der Natur stammen, sondern vom positiven Recht, so sind die Staaten durch geschichtliche Entwicklung entstanden. Wie die nationale Einheit bestehen kann ohne die staatliche (z. B. in Südamerika), so kann umgekehrt sogar eine einfache Staatseinheit bestehen ohne nationale Einheit wie in Belgien; umsomehr eine föderative Staatseinheit, wie in der Schweiz.

Nun können wir zur Beantwortung unserer Frage schreiten: Forderte das „natürliche Recht" des italienischen Volkes auf „nationale Einheit" die Beseitigung der weltlichen Herrschaft des Papstes?



Unter „nationaler Einheit" ist in dieser Frage offenbar die nationalpolitische Einheit gemeint oder ein Nationalstaat. Da muß also vorerst konstatiert werden, daß von einem natürlichen Recht auf einen nationalen Einheitsstaat nur in uneigentlichem oder rein negativem Sinne die Rede sein kann, nicht in positivem Sinne. Sonst würde das unchristliche und allem historischen Rechte widerstreitende Nationalitätsprinzip sanktioniert, daß nämlich jede Nation einen Nationalstaat bilden solle. Die nationale Einheit fehlte dem italienischen Volke nicht, als Italien noch in viele Staaten geteilt war. Ein eigentliches Recht aber, alle welche die italienische Sprache reden, in einem Staate zu vereinigen, wird nur der zu behaupten wagen, der ein historisches Recht nicht anerkennt und dafür ein Recht der Gewalt, der Revolution zu behaupten wagt.

Angenommen jedoch (nicht zugegeben), die italienische Nation habe mit wahrem Rechte eine staatliche Einigung herbeizuführen gesucht, so konnte vom katholischen Standpunkte aus, theoretisch oder an sich erwogen, nur eine doppelte Möglichkeit in Betracht kommen: eine politische Einigung entweder unter dem Papste oder mit demselben, der in jedem Falle frei und unabhängig bleiben muß in der Regierung der Kirche. Heute denkt wohl niemand mehr im Ernste an eine politische Vereinigung der italienischen Nation unter dem Papste; somit bliebe nur die zweite Möglichkeit: die Einigung der Nation durch einen Staatenbund oder vielleicht auch durch einen Bundesstaat. Dabei ist zu beachten, daß der Papst nur einen Defensivbund eingehen kann, da er als Vater der Christenheit keinem Volke als Feind gegenüberstehen darf.

So bleibt für das italienische Volk nur ein Recht im uneigentlichen oder negativen Sinne auf eine föderative Staatseinheit, bei welcher die Souveränität des hl. Stuhles gesichert ist. Ein solcher Bundesstaat könnte einheitlich sein z. B. in Bezug auf militärische Defensive, auf Münz- und Zollwesen. Dabei könnte Rom die erste Stadt Italiens



bleiben als Sitz des Bundesparlaments der italienischen Staaten.

Auf solche Weise würde die nationale Einheit des italienischen Volkes nicht verkürzt, ebensowenig wie in den Vereinigten Staaten Nordamerikas die englisch-amerikanische Nationalität dadurch verkürzt wird, daß die Union ein Föderativstaat ist. Napoleon I. hat dem Papst den Vorschlag gemacht, als Souverän in Avignon zu bleiben; der große Kaiser der Franzosen wußte es wohl zu würdigen, welch großer Gewinn daraus für Frankreich erwachsen wäre. Was Italien als Bundesstaat an nationaler Einheit vielleicht noch vermissen könnte, würde leicht aufgewogen werden durch den Umstand, daß diesem Bunde das Oberhaupt der katholischen Weltkirche angehört und daß Rom, der Sitz des Bundesparlamentes, zugleich die Hauptstadt der Christenheit ist.

## V.

### Haben Papst und Katholiken die Pflicht, die weltliche Herrschaft des hl. Stuhles immer wieder zu reklamieren?

„Die Römische Frage wird schon allmählich verschwinden, gerade wie andere historische Fragen", so kann man auch von manchen Katholiken hören; „heute leben wir im Zeitalter der sozialen Frage: diese ist die brennendste und steht weit im Vordergrund vor der Römischen Frage. Übrigens wird mit der Zeit jedes historische Recht durch Verjährung unwirksam und die, wenn auch mit Unrecht und Gewalt geschaffenen vollendeten Tatsachen müssen einmal als zurecht bestehend anerkannt werden. Hat nicht Leo XIII. die Katholiken Frankreichs aufgefordert, die Republik anzuerkennen? Wir leben ja in anderen Zeiten als früher: heutzutage kann die Kirche nur durch geistlichen Einfluß Erfolge erringen, nicht mehr durch materielle Machtmittel. Ja der Papst könnte nicht mehr weltlicher Herrscher sein, weil die modernen Völker solche Freiheiten verlangen, die ein geistliches Staatsoberhaupt nicht zugestehen kann. — Und mag man schließ-



lich von der rechtlichen Seite der Römischen Frage denken wie man will, die praktische Lösung derselben wäre nur durchführbar durch eine Mehrheit von katholischen Abgeordneten im italienischen Parlament; eine solche Mehrheit kann aber nicht zustande kommen, weil die Päpste die Teilnahme an den Parlamentswahlen durch das ‚Non expedit‘ verboten haben. Also scheinen die Päpste selbst die einzig mögliche Lösung der Römischen Frage nicht ernstlich zu wollen."

Und doch haben die Päpste nicht aufgehört, gegen die Beraubung des Apostolischen Stuhles zu protestieren, und die gutgesinnten Katholiken aller Länder haben diesen Protest unterstützt. Also muß dies wohl das Richtige sein. Warum?

Das vorzüglichste Gut für die katholische Kirche ist ihre Einheit. Um dieses Gut der Einheit seiner Kirche hat der Heiland in seinem hohepriesterlichen Gebet vor seinem Leiden am inständigsten zum Vater gefleht: „Heiliger Vater, bewahre sie, die Du mir gegeben hast, in Deinem Namen, damit sie eins seien wie auch wir. Aber nicht allein für diese bitte ich, sondern auch für jene, welche durch ihr Wort an mich glauben werden: daß alle eins seien, wie Du Vater in mir und ich in Dir; damit auch sie in uns eins seien, damit die Welt glaube, daß Du mich gesandt hast. Ich habe die Herrlichkeit, die Du mir gegeben hast, ihnen gegeben, damit sie eins seien, wie auch wir Eins sind, ich in ihnen und Du in mir, damit sie in eins vollendet seien und die Welt erkenne, daß Du mich gesandt und sie geliebt hast so, wie Du auch mich geliebt hast" (Joh. 17, 11, 20—23).

Diese Einheit der Kirche kann nur gewahrt werden, wenn der hl. Stuhl, der Mittelpunkt dieser Einheit und das Fundament derselben, vollkommen frei und unabhängig ist in der Regierung der Kirche. Nachdem aber demselben sein weltlicher Besitz, der diese Unabhängigkeit sicher stellte, geraubt worden, bleibt dem Papst kein anderes Mittel, um seine Freiheit und Unabhängigkeit in der Leitung der Kirche nach Möglichkeit zu wahren und zu beweisen, als der Protest gegen das verübte Unrecht und die fortwährende Betonung

seines unveräußerlichen Rechtes auf die weltliche Herrschaft. Und die katholische Kirche muß lieber jedes andere Übel dulden, als je zulassen, daß der hl. Stuhl auf sein Recht verzichte. Daher verspricht der Papst nach seiner Wahl, und die Kardinäle müssen bei ihrer Ernennung dasselbe tun, die Rechte der Kirche und des hl. Stuhles auf die weltliche Herrschaft zu verteidigen.

Aber auch die Gläubigen sind verpflichtet, dieses Recht der Kirche und des Papsttums zu schützen und zu verteidigen, weil es eben nicht um das persönliche Recht eines Papstes, sondern um ein notwendiges Mittel zur Bewahrung der Einheit der Kirche sich handelt. Allerdings müssen sie es dem Oberhaupt der Kirche überlassen, zu beurteilen, in welcher Form und Ausdehnung er die entrissene weltliche Herrschaft zurückverlangen solle, da die Entscheidung dieser Frage von vielerlei Umständen und Rücksichten abhängt, welche zu erwägen Sache des obersten Hirten selbst ist.

Betrachten wir nun etwas näher die vorher kurz angedeuteten Einwürfe; wir werden finden, daß keiner irgendwie stichhaltig bleibt.

1. Die soziale Frage soll weit wichtiger sein als die Römische. Wenn dem auch so wäre, würde letztere dadurch nicht beseitigt und dürfte keineswegs über der ersten vergessen werden. — Doch vergleichen wir diese zwei Fragen. Gewiß ist die soziale Frage heutzutage sehr brennend. Aber ihre Lösung ist, wie Leo XIII. in seinen herrlichen Rundschreiben nachgewiesen hat, nicht möglich ohne Mitwirkung der Kirche, also nicht ohne Mitwirkung des Papsttums; sie ist keineswegs und auch nicht hauptsächlich eine Magenfrage, sondern in ihrem Grunde eine religiöse Frage. — Überdies: die rechte soziale Ordnung ist jene, welche der Sohn Gottes beabsichtigt und eingeführt hat. Zu der von Christus gewollten Ordnung gehört aber die ständige Unterordnung der natürlichen Güter unter die übernatürlichen; eine Störung dieser Ordnung ist ein größeres Übel als z. B. die Abschaffung des Privateigentums wäre. Ohne Zweifel sollen die Katholiken



den Sozialismus bekämpfen; aber noch mehr müssen sie kämpfen gegen die Beraubung des hl. Stuhles und für die Freiheit und Unabhängigkeit des Oberhauptes der Kirche oder, was dasselbe ist, für die Erhaltung des Reiches Gottes auf Erden. Leidet das Reich Gottes Schaden, so wird dadurch nicht nur die soziale Ordnung gestört, sondern es werden die höchsten Güter der Menschheit, die übernatürlichen, geschädigt.

2. Durch Verjährung (Präskription), sagt man ferner, wird allmählich jedes historische Recht unwirksam; und so müsse die Römische Frage einmal von selbst verschwinden. — Gerade bei der Römischen Frage kann von Verjährung keine Rede sein. Die Verjährung ist im Privatrechte der Kulturvölker eingeführt worden zum Zwecke des allgemeinen Wohles. Der Zweck der weltlichen Herrschaft des Papstes ist das allgemeine Wohl der Kirche und dadurch auch der menschlichen Gesellschaft. Denn durch die weltliche Herrschaft des Papstes wird die Unabhängigkeit des hl. Stuhles am besten gewahrt und für die ganze Welt offenkundig erhalten. Somit kann gegen das Recht des apostolischen Stuhles ouf seine Souveränität keine Verjährung Kraft erlangen.

Wohl kann ein Usurpator nach einiger Zeit rechtmäßiger Herrscher werden, wenn das Staatswohl es erfordert und die Herstellung der alten Ordnung nicht mehr möglich ist ohne große Umwälzungen. — In unserem Falle trifft jedoch auch das nicht zu, da es sich um ein göttliches Recht der Kirche handelt: die volle Freiheit des apostolischen Stuhles in der Regierung der Kirche ist göttliches Recht; also beruht auch das notwendige Mittel zur Erhaltung dieser Freiheit, nämlich die Souveränität des Papstes, auf göttlichem Rechte.

3. Ein dritter Einwurf lautet: Eine Erneuerung der weltlichen Herrschaft des Papstes ist schon darum undenkbar, weil eine päpstliche Regierung in ständigem Konflikt mit ihren Untertanen stehen müßte, da sie die modernen Forderungen von Toleranz, Freiheit und Volksrechten ihnen kaum bewilligen würde. — Darauf ist zu antworten: das

wahre Wohl des italienischen Volkes kann kaum besser gewahrt werden als unter der väterlichen Regierung des Oberhauptes der Kirche, wie sie vor der Revolutionsperiode bestanden hat. Der alte Spruch „Unter dem Krummstab ist gut wohnen“ hat auch da gegolten. Erst sobald die alte patriarchalisch-väterliche Regierungsform gewaltsam beseitigt wurde, ist auch die Zufriedenheit des Volkes untergraben worden. Eine zeitgemäße Erneuerung der alten Verfassung ist später hauptsächlich durch die Agitation der geheimen Gesellschaften, aber auch durch ungerechte Einmischung auswärtiger Mächte unwirksam geworden. (Vgl. Hergenröther, Der Kirchenstaat seit der französischen Revolution.)

## VI.

### Wie kann oder soll die Römische Frage gelöst werden?

Der einzig mögliche Weg zur Lösung der Römischen Frage scheint zu sein: die Wiederherstellung der weltlichen Herrschaft des Papstes durch die Mehrheit des italienischen Parlaments; aber gerade diesen Weg haben die Päpste verschlossen durch das Verbot an den Parlamentswahlen teilzunehmen („Non expedit“). So lautete der letzte Einwurf zur früheren (V.) Frage.

Gegen diese unter Katholiken vielfach geäußerte Anschauung muß betont werden:

Das Recht des hl. Stuhles auf eine weltliche Herrschaft hat seine Quelle nicht in einem Parlaments- oder Volksbeschluß, sondern in der Anordnung der göttlichen Vorsehung; denn es ist ein göttliches Recht der Kirche, daß ihr Oberhaupt unabhängig sei in ihrer Leitung. Es geht daher nicht an, das göttliche Recht des hl. Stuhles unsicheren Parlamentsbeschlüssen anzuvertrauen. Der Volkswille ist nur allzu wandelbar, wie der letzte Papstkönig Pius IX. genug erfahren hat. Der hl. Stuhl kann somit sein unveräußerliches Recht nicht von einem Parlamentsbeschlusse oder von einer Volksabstimmung (Plebiszit) abhängig machen.



Jedoch auch abgesehen von dieser prinzipiellen Seite der Sache ist sehr zu bezweifeln, ob die Lösung der Römischen Frage durch eine katholische Parlamentsmehrheit überhaupt möglich wäre.

Schon daß es zu einer katholischen Mehrheit im Parlamente komme — auch wenn das „Non expedit“ vom hl. Stuhle aufgehoben wird — ist nicht so leicht denkbar. Denn die große Masse des Volkes, das ein Wahlrecht besitzt, ist vom Schlagwort des „geeinigten Italien“ (Italia unita) gleichsam hypnotisiert; außerdem werden die Wahlen, wie auch anderswo, hauptsächlich von Agitatoren der herrschenden Parteien und unter dem mächtigen Drucke der Regierung gemacht.

Aber auch gesetzt den Fall, es komme durch die Wahlen eine Mehrheit von katholischen Abgeordneten zustande — was würde geschehen, wenn diese Mehrheit einen Beschluß bezüglich Wiederherstellung der weltlichen Herrschaft des Papstes fassen wollte? Diesem Beschlusse würde der Senat, der mit Ausnahme der königlichen Prinzen nur aus vom König ernannten Mitgliedern besteht, sicher nicht beitreten; wollte die Abgeordnetenkammer auf ihrem Beschlusse trotzdem verharren, so würde sie aufgelöst und bei den Neuwahlen würden Regierung, Freimaurerei und alle kirchenfeindlichen Mächte sorgen, daß nicht sobald eine neue katholische Mehrheit ins Parlament einziehen kann. Die Freimaurerei duldet ja nicht einmal eine katholische Mehrheit in einem Munizipalrat, und wehe einem Sindaco (Bürgermeister), der es wagt, sich papstfreundlich zu zeigen: wurde ja der Bürgermeister von Rom, Herzog Torlonia, 1888 abzudanken genötigt, weil er es gewagt hatte, Papst Leo XIII. zu dessen Jubiläum zu beglückwünschen; ebenso wurden 1911 Bürgermeister abgesetzt (die Sindaci von Orten unter 10000 Einwohnern werden vom König ernannt), weil sie sich weigerten, an den Festlichkeiten in Rom teilzunehmen, welche zur Feier des 50. Jahres des Bestandes des Königreichs Italien veranstaltet wurden.



Angenommen jedoch, bei Neuwahlen würde infolge wohlvorbereiteter Organisation und wirksamster Agitation der Katholiken wieder eine katholische Parlamentsmehrheit zustande kommen, gegen welche auch Senat und Regierung sich nicht mehr feindlich zu verhalten wagen —, wäre ein so unsicherer Faktor, wie es eine Parlamentsmehrheit ist, geeignet, eine dauernde Lösung der Römischen Frage zu bieten? Wäre es nicht der Kirche unwürdig, ihr unveräußerliches göttliches Recht einer so unsicheren Zukunft anzuvertrauen?

Wie unverständig ist demnach das Gerede jener, welche dem Papste einen Vorwurf daraus machen, daß er das „Non expedit“ für die Parlamentswahlen in Italien nicht aufheben will! Die Freimaurerei hat die Katholiken immer aufzustacheln gesucht, sich über das „Non expedit“ hinwegzusetzen. Ist das nicht ein Zeichen, daß die dem Papsttum todfeindliche Sekte eine Beteiligung der Katholiken an den politischen Wahlen nicht nur nicht fürchtet, sondern vielmehr wünscht, weil daraus nicht der Kirche und dem Papsttum, sondern ihr selbst Nutzen erwachsen würde? — Unter Leo XIII. hat wiederholt eine Kongregation von Kardinälen darüber beraten, ob das „Non expedit“ aufzuheben sei oder nicht; sie kamen immer wieder zum gleichen Schluß: es sei in Kraft zu belassen, weil dies besser ist sowohl für die Kirche als für das Volk.

Die politischen Wahlen sind somit kein geeigneter Weg zur Lösung der Römischen Frage; auf konstitutionellem Wege erscheint ihre Lösung ausgeschlossen.

Welche Lösung ist also die richtige? — Das weiß Gott allein. Gott allein weiß die Zeit, wann diese Frage gelöst werden wird, Er allein kennt den Modus der Lösung. Denn die Schäden, an welchen die christliche Gesellschaft krankt, die durch so zahlreiche große Irrtümer und Verirrungen heimgesucht ist, vermag nur der ewige göttliche Helfer und Arzt zu heilen. Wir können nur hoffen: wenn nicht schon die Zeiten des Antichrists und das Ende der Welt nahe sind,



wenn Gott einen neuen Sieg der Kirche über ihre Feinde und eine Rückkehr der gottentfremdeten Welt, wenigstens eines großen Teiles, zur katholischen Kirche beschlossen hat, so wird Gott dem hl. Stuhle auch die weltliche Herrschaft zurückgeben. Gottes Allmacht und Weisheit stehen unzählige Mittel und Wege zu gebote zur Erfüllung seiner Absichten.

* * *

Daraus folgt aber nicht, daß die Katholiken mit verschränkten Armen zusehen und um die Römische Frage sich nicht weiter kümmern sollen. Wir haben schon gesehen, daß es Pflicht nicht nur der Päpste, sondern auch aller gläubigen Katholiken des Erdkreises ist, immer wieder gegen die Beraubung des hl. Stuhles zu protestieren und die unveräußerlichen Rechte desselben entschieden zu betonen, damit die Feinde nie den Grundsatz mißbrauchen können: „Wer schweigt, scheint einverstanden.“ Die Römische Frage ist keine bloß italienische, sondern eine katholische Frage, welche die Katholiken der ganzen Welt angeht.

Niemand braucht zur Lösung der Römischen Frage einen Krieg zu wünschen; wer glaubt auch im Ernste heute an die Möglichkeit eines Krieges wegen des Papstes? Doch auch der fortgesetzte energische Protest der Katholiken des Erdkreises kann nicht ohne alle Wirkung bleiben und wäre es auch nur die: zu verhindern, daß die bedauernswerte Lage des hl. Stuhles nicht noch verschlimmert wird. Denn es ist bekannt, daß die Feinde der Kirche mit der Beraubung des hl. Stuhles sich nicht zufrieden geben, daß sie dieselbe nur als ein Mittel betrachten, um das Papsttum und damit die katholische Kirche selbst zu vernichten gemäß dem Wahlspruch Voltaires': Écrasez l'infâme!

Es dürfte noch in Erinnerung sein, welches Aufsehen eine Interpellation des Herrn von Zallinger in der Delegation des österreichischen Reichsrates am 27. November 1891 und die darauf erfolgte Antwort des Ministers des Äußern Graf Kalnoky gemacht hat.



Der Delegierte v. Zallinger ergriff in der Generaldebatte zum Bericht des Budgetausschusses über den Voranschlag des Ministeriums des Äußern für das Jahr 1892 das Wort und erklärte: er möchte nur mit einigen Worten dem Ausdruck geben, was die Katholiken Österreichs und der ganzen Welt in Bezug auf die Stellung des hl. Vaters wünschen und fordern müssen. Die katholische Welt habe immer mehr Ursache, über die Zustände in Rom in hohem Maße beunruhigt zu sein und müsse wünschen und fordern, daß man dem Oberhaupte der Kirche jene Stellung zurückgebe, welche ihm das historische Recht und der Wille der Vorsehung angewiesen hatte. „Als Katholiken," sagte H. v. Zallinger, „müssen wir die Freiheit und die volle und wahre Unabhängigkeit des hl. Stuhles fordern. Zu dieser Unabhängigkeit gehört aber eine fest fundierte Souveränität auf eigenem Territorium. Wer die territoriale Unabhängigkeit des Papstes bekämpft, kämpft gegen die Unabhängigkeit der Kirche, welche der hl. Vater regiert." Durch die Macht der Waffen sei eine Wiederherstellung der Souveränität des hl. Stuhles auf eigenem Territorium allerdings nicht zu erwarten; aber die Macht der Ideen werde sich unaufhaltsam Bahn brechen. Die Idee: „ohne selbständiges freies Oberhaupt keine selbständige freie Kirche" ruhe nicht, sie werde immer lauter und verständlicher. Wollen die europäischen Regierungen der Legitimität der Throne und überhaupt der politischen und sozialen Ordnung die Garantie der Dauer wiedergeben, dann sei es höchste Zeit, dem ältesten und legitimsten Throne in irgend einer Weise zu seinem Rechte zu verhelfen.

Minister des Äußern Graf Kalnoky erwiderte auf diese Anfrage: sie drehe sich um ein Problem, welches große Geister und politische Köpfe zu Äußerungen und tiefem Nachdenken veranlaßt habe. „Bis jetzt ist eine praktische Lösung dieses Problems nicht gefunden worden und ich glaube nicht, daß die hohe Delegation von mir erwarten wird, daß ich mich in eine Erörterung dieser schwierigen Frage einlasse. Zwei Punkte möchte ich aber doch hervorheben, welche die Regierung vor Augen hat. Das eine ist, daß sich die Regierung vollkommen bewußt ist



der enormen Überzahl der katholischen Bevölkerung in unserem Vaterlande und sich daher vor Augen hält, daß die Gefühle und die berechtigten Empfindungen und Wünsche nach Möglichkeit berücksichtigt werden sollen. Die Regierung hat auch nur den Wunsch: es möge die Stellung des hl. Vaters eine solche sein, welche die völlige Unabhängigkeit, wie sie dem Haupte der katholischen Kirche gebührt und für ihn notwendig ist, in sich schließt (Rufe rechts: „Bravo! Bravo!“), sie möge eine solche sein, die das Papsttum und den Papst selbst befriedigt; denn erst wenn die Zufriedenheit auf dieser Seite auch dauernd ist, wird der Friede, wie wir ihn wünschen, zwischen dem Papsttume und dem italienischen Königreiche hergestellt sein. Das sind unsere wärmsten Wünsche, und wenn wir etwas dazu beitragen können, so werden wir nie verfehlen, in dieser Richtung zu wirken nach unserem besten Können.“ — Als zweiten Punkt hob dann der Minister hervor: es sei der allgemeine Wunsch der Bevölkerung, mit der italienischen Nation in Frieden und Freundschaft zu leben, deren Gefühle zu verletzen wir keinen Anlaß und keinen Wunsch hätten. Eine Konklusion gehe aus der Hervorhebung dieser zwei Punkte nicht hervor, weil dieses Problem praktisch zu lösen vorläufig noch niemand die Mittel und Wege gefunden habe.

Das Wiener „Vaterland“ schrieb damals zu dieser Erklärung des Ministers des Äußern: „Das Wesen der Römischen Frage hat Graf Kalnoky mit einer Präzision dargelegt und zugleich so unzweideutig seine Wünsche für eine glückliche Lösung dieser Frage ausgedrückt, daß er, wie wir glauben, des Dankes der ganzen katholischen Welt sicher sein kann.“

Solche mutige und doch ganz friedliche Demonstrationen zugunsten des hl. Stuhles, wie jene des H. v. Zallinger war, können nicht, ohne Eindruck zu machen, vorübergehen. Jede passende Gelegenheit sollte hiezu von den Katholiken benützt werden, wie es z. B. auf den Katholikentagen auch zu geschehen pflegt. Am meisten tragen aber die Katholiken zur Lösung der Römischen Frage bei, indem sie den hl. Glauben allzeit und überall hochhalten, ihn durch Wort und Beispiel



mutig bekennen und verteidigen. Dadurch wird nicht nur die Absicht der Kirchenfeinde zuschanden, nämlich die Vernichtung der Kirche, sondern es wird dadurch von Gott am ehesten die Abkürzung der schweren Prüfung und Bedrängnis erwirkt, womit Er seine Kirche läßt heimgesucht werden.

Besonders zu hüten haben sich die gläubigen Katholiken vor der Arglist der Feinde, welche alles aufbieten, um auch gute Katholiken über das Wesen und die Bedeutung der Römischen Frage hinwegzutäuschen. In Italien geschieht dies vorwiegend durch Betonung des nationalen Gedankens, als ob die nationalpolitische Einheit das höchste aller Güter wäre und höher stünde als die Einheit und Freiheit der Kirche. Außer Italien sucht man die Römische Frage totzuschweigen oder totzumachen durch den Hinweis: Papst und Kirche stehen herrlicher da, können besser wirken, wenn sie keine weltliche, sondern nur geistliche Macht besitzen — ein Einwand, der schon im Vorangehenden seine Widerlegung gefunden. — Je mehr einerseits die Gegner sich bemühen, die Römische Frage, wenigstens durch Totschweigen, aus der Welt zu schaffen, und je unhaltbarer anderseits die Lage des hl. Vaters in Rom wird, desto öfter muß das gläubige Volk über die Existenz, das Wesen und die Bedeutung der Römischen Frage aufgeklärt werden:

Die Erlösung durch den freiwilligen Opfertod Christi forderte, daß der Stifter der Kirche während seines Erdenlebens ohne weltliche Herrschaft war; die Freiheit der Kirche in der Zuwendung der Erlösungsgnade Christi an die Menschen sowie die Erhaltung der kirchlichen Einheit fordert die volle Freiheit und Unabhängigkeit des Oberhauptes der Kirche; und diese Unabhängigkeit erscheint nur garantiert durch eine fest gegründete Souveränität auf eigenem Territorium. Daher kann es gegen die Beraubung des hl. Stuhles keine Verjährung geben, und niemand, auch nicht der Papst selbst, kann das unveräußerliche Recht des hl. Stuhles auf eine weltliche Herrschaft aus der Welt schaffen; denn es ist ein im Wesen der Kirche begründetes, ein göttliches Recht.

* * *



Es möge verstattet sein, an diese Ausführungen über Wesen und Bedeutung der Römischen Frage anzufügen, was † Kardinal und Erzbischof Fischer von Köln in seinem Hirtenbrief vom 14. Januar 1912 über diese selbe Frage geschrieben hat. Der Kardinal spricht zunächst von der unsicheren Lage des Papstes in Rom; die Feier des 50. Jahres des Königreichs Italien hat dem hl. Vater neue bittere Kränkungen und großen Kummer gebracht.

„Aber diese Jubelfeier", sagt der Kardinal, „hat wiederum den Blick der katholischen Christenheit auf die Lage des Papstes in Rom hingewendet, die seit 40 Jahren eine schwankende, von Zufälligkeiten abhängende, vor Kränkungen nicht geschützte, keine sichere, freie und unabhängige ist, wie sie dem Oberhaupte der katholischen Christenheit des Erdkreises geziemt und nötig ist, ein stetes Provisorium und nun und nimmer etwas Endgiltiges, etwas Definitives. Es ist ja begreiflich, daß diejenigen, welche den Papst in diese Lage gebracht haben, solches nicht zugeben wollen, vielmehr immer lauter und lauter von dem „unantastbaren Rom" reden; es kommt einem vor, als wollten sie damit nur ihr Gewissen und die Furcht, es werde doch anders werden, zu betäuben suchen. . . . Allein die Katholiken des Erdkreises werden nicht ablassen, ihre Rechte auf Unabhängigkeit ihres Oberhauptes immer und immer wieder geltend zu machen, und es bangt ihnen nicht um die Zukunft. Gerade in der vielhundertjährigen Geschichte des Papsttums hat sich das Sprichwort, wonach Unrecht sich schon auf Erden zu rächen pflegt, zu wiederholtenmalen bewährt. Darum fürchten wir nicht und fahren fort zu protestieren und — zu beten."

Das Hirtenschreiben schließt diesen Teil (über die Lage des hl. Stuhles) in folgender Weise: „Dabei (d. i. bei Lösung der Römischen Frage) ist aber wesentlich und entscheidend die Herstellung der Unabhängigkeit des Papstes und eine bindende Bürgschaft für dieselbe, die den Papst selbst und die katholische Christenheit befriedigt. Wann dieser Zeitpunkt eintritt, liegt in den Händen der Vorsehung. Vielleicht wird inzwischen die Menschheit noch viel Trübsal zu erfahren haben, vielleicht wird




dem hl. Vater selbst — und mit ihm seinen treuen Söhnen — ein noch bitterer Leidenskelch beschieden sein. Mag's kommen, wie die Vorsehung es fügt. Wir Katholiken vertrauen auf den Herrn, der über der Kirche waltet und sie liebt wie seine Braut. Adiutorium nostrum in nomine Domini!“

---

## XLIX.

## Das Bildungswesen in Bulgarien.

Die Anfänge des bulgarischen Schulwesens fallen noch in die Türkenzeit und gehen reichlich drei Menschenalter zurück. Ganz ohne Schulen ist das Land seit dem Mittelalter nie gewesen, aber die älteste Form derselben fand man nur bei wenigen Kirchen und Klöstern und diente ausschließlich zur Vorbereitung für den geistlichen Stand. Unter dem Einfluß der Geistlichkeit und der Kaufmannschaft wurden im Anfang des 19. Jahrhunderts Schulen besserer Art errichtet.

Die erste rein bulgarische Schule nach modernem Muster gründeten im Jahre 1835 einige in Odessa und in Bukarest ansässige bulgarische Kaufleute in Gabrowo unter der Leitung des hochverdienten Mönches Neofyt. Als Unterrichtsmethode folgte man der Bell-Lancaster'schen, die notwendigen Schulbücher wurden aus dem Griechischen und Römischen übersetzt und meistens in Serbien gedruckt. Nach dem Krimkriege wurden auch die ersten Dorfschulen errichtet und namentlich in der Umgebung der Handelsstädte nahm die Bewegung einen raschen Fortgang, während der gebirgige Westen und die Donauebene weit zurückblieben. Von der türkischen Regierung wurden diese Schulen naturgemäß nicht gerade mit günstigem Auge betrachtet und sie erhielten vom Staate keinerlei Unterstützung. An der Spitze dieser bulgarischen Lehranstalten standen die beiden Realschulen (6 Klassen) in



Gabrowo und in Philppopel; daneben hatten eine gewisse Bedeutung die Stadtschulen von Schumla, Rustschuk, Sofia, Stara Zagora u. a. In diesen Schulen erhielten viele sogar eine Vorbildung zu Studien im Auslande. Nicht wenige Bulgaren schickten auch ihre Söhne in das bulgarische Gymnasium zu Bolgrad in Bessarabien, andere in das berühmte amerikanische Robert-Kollege bei Rumili-Hissar am Bosporus und in das französische Lycée impérial in Galata.

Nach der Befreiung wurden die Hindernisse, welche früher einer freien Entwicklung im Wege standen, weggeräumt und vieles, was früher nur der patriotischen Tätigkeit anheimgestellt war, wurde obligate Bürgerpflicht; ein Ministerium für Volksaufklärung wurde geschaffen. Der Elementarunterricht wurde von Anfang für obligatorisch erklärt, unter Androhung von Geldstrafen für Eltern, Vormünder oder Gemeindevorsteher. Die Elementarschule hat vier Jahrgänge, der Unterricht (25 Stunden wöchentlich) umfaßt Religion, bulgarische Sprache mit Lesen und Schreiben, Anfänge der Naturwissenschaften, vaterländische Geographie und Geschichte, Rechnen, Zeichnen, Turnen und Gesang. Die Schule wird von der Gemeinde unterhalten, aus Vermächtnissen, meistens testamentarisch gewidmeten Häusern, Kaufläden, Ackergründen und Geldern, aus einem Teil der Kircheneinkünfte und durch Zuschläge zu den Steuern; der Staat hilft mit Subsidien aus. Die Verwaltung der Schule im Namen der Gemeinde leitet der Bürgermeister und einige Gemeinderäte.

Die Schulhäuser waren anfangs oft nur Lehmhütten oder Holzbuden, wie die Bauernhäuser selbst. Seit der Befreiung sind Hunderte neuer Schulgebäude gebaut mit einem Aufwand von vielen Millionen. Jetzt gehört das neue, weithin sichtbare, weißgetünchte Schulhaus zur Staffage der der meisten Dörfer. Die öffentliche Prüfung am Schlusse des Schuljahres (zehn Monate) ist stets ein großartiges Dorffest. Die Lehrbücher sind überaus praktisch zu nennen.

Die Elementarschule erfreute sich von Anfang an be-





sonderer Aufmerksamkeit seitens des Staates. Im Jahre 1879 gab es in Bulgarien 1068 Volksschulen (davon 61 Mädchenschulen) mit 1247 Lehrern und 132 Lehrerinnen; nach zwei Jahren hatte sich die Zahl um 277 Schulen vermehrt: 1365 (davon 82 Mädchenschulen). Während des Schuljahres 1910/11 gab es im ganzen Lande bereits 3482 Volksschulen und 1237 Privatelementarschulen mit 453592 Kindern (76 Prozent aller schulpflichtigen Kinder).

Schwierig war die Bildung des Lehrerpersonals für die rasch wachsende Zahl der Schulen. Vor der Befreiung gab es einige Hundert erfahrener und gut vorbereiteter Lehrer, aber den besten Teil dieses alten Personals absorbierte die neue Staatsverwaltung. Man mußte zur jüngsten Generation greifen, dem Knabenalter kaum entwachsene Jünglinge; diese wurden in achtwöchigen Ferienkursen rasch ausgebildet und bei jeder Gelegenheit zu neuen Übungen versammelt. Noch im Jahre 1882 waren kaum zwölf Prozent der Lehrer älter als 30 Jahre. Allmählich wurden diese ungenügend vorbereiteten Lehrer durch solche ersetzt, welche ein Lehrerseminar oder ein Gymnasium absolviert haben, so daß jetzt alle Volksschullehrer in Bulgarien denselben Bildungsgrad besitzen, wie ihre Kollegen im Auslande. Seit dem Jahre 1892 sind übrigens die Kandidaten verpflichtet, ein besonderes Staatsexamen abzulegen. Jetzt gibt es in Bulgarien neun Lehrerseminare: fünf für Knaben und vier für Mädchen.

In materieller Hinsicht stand sich früher der Lehrer auf dem Dorfe ziemlich schlecht; gemünztes Geld war in den Dörfern wenig vorhanden, dagegen kann der bulgarische Bauer mit Naturalienlieferungen sehr freigebig sein. Die neuen Gemeinde- und Schulgesetze haben diese Verhältnisse bedeutend verbessert. Die Staatskontrolle leiten die Schulinspektoren, welche früher in den betreffenden Bezirken gewählt wurden, jetzt aber sämtlich von der Regierung ernannt werden. Für die Elementarschulen gab der Staat im Jahre 1910/11 die runde Summe von 16½ Millionen Franken



aus; im Jahre 1904 wurde auf Anregung des Unterrichtsministeriums eine Anleihe von 6 Millionen und im Jahre 1911 eine solche von 20 Millionen Franken aufgenommen, welche Gelder ausschließlich zum Neubau von hygienisch einwandfreien Schulgebäuden verwendet werden. In den letzten zehn Jahren ist der Rahmen der allgemeinen Volksbildung noch dadurch erweitert worden, daß man Schulen für taubstumme und blinde Kinder eröffnet und besondere Anstalten und Kurse für geistig schwachbegabte und stotternde Kinder ins Leben gerufen hat.

Unter den Privat-Elementarschulen verdienen namentlich Erwähnung die Schulen der Alliance israélite, welche man im ganzen Orient antrifft; in Bulgarien stehen dieselben jedoch auf dem Aussterbeetat. Man findet außerdem konfessionelle Schulen, wie z. B. die der katholischen Paulianer in der Umgegend von Philippopel und die in dieser Stadt befindliche ausgezeichnete Mädchenschule, welche von katholischen Schwestern geleitet ist. Die jüdischen Gemeinden (Spaniolen) und die amerikanischen protestantischen Missionäre unterhalten auch einige Schulen, namentlich in Südbulgarien. Deutsche Schulen gab es früher drei in Bulgarien: in Sofia, Philippopel und Rustschuk; die letztere, eine evangelische Gemeindeschule, ist vor wenigen Jahren eingegangen. Die übrigen beiden sind von der deutschen und österreichischen Regierung subventioniert, aber nur die deutsche Schule in Sofia befindet sich in einer finanziell günstigen Lage; wenn das Interesse für die deutsche Schule in Philipoppel bei unseren nach Bulgarien exportierenden Großfirmen nicht größer wird, steht fest, daß auch diese Schule über kurz oder lang eingehen wird. Es wäre dies sehr zu bedauern, denn damit würde auch der deutsche Einfluß in Bulgarien zurückgehen. Auffallend ist es, daß, während jedermann von unseren Interessen auf dem Balkan und im Orient redet, doch so wenig für die deutschen Schulen in diesen Ländern getan wird; alles kann doch die Regierung auch nicht tun, aber außer in Ministerkreisen findet man wenig



tatkräftige Unterstützung für diese Schulen, während doch auf der anderen Seite im Laufe der Jahre Hunderttausende aus Deutschland der Alliance israélite zuflossen lediglich zu dem Zwecke, die französische Sprache im Orient und auf dem Balkan immer allgemeiner zu machen! Alle diese Privatschulen stehen unter der Kontrolle der bulgarischen Schulinspektoren.

Den Übergang von der Elementarschule zum Gymnasium bildet das Progymnasium, das seinem Charakter nach der Elementarschule näher steht und mit seinem dreijährigen Kursus die allgemeine Grundlage aller höheren Bildungsanstalten darstellt, etwa unserer Quinta bis Untertertia gleichkommend; der Unterricht ist kostenlos sowohl für Knaben als für Mädchen. Eine der beiden neueren Sprachen, Deutsch oder Französisch, ist obligatorisch. Anfangs war das Progymnasium mit dem Gymnasium organisch verbunden und galt als ein Privilegium der Städte; jetzt gibt es im ganzen Lande schon 316 Progymnasien mit 55,512 Schülern und Schülerinnen (1911/12), so daß man in vielen Dörfern diese Art Schulen findet. Auch hier, wie in den Elementarschulen, werden Knaben und Mädchen gemeinsam unterrichtet, nur in den größeren Städten gibt es besondere Progymnasien für Mädchen und solche für Knaben.

Auch die Gymnasien befinden sich auf einer beneidenswerten Höhe. Vor der Befreiung gab es, wie schon erwähnt, nur ein einziges Gymnasium, das eigentlich nur eine Realschule war; heute zählt Bulgarien bereits 18 Knabengymnasien und 13 Mädchengymnasien mit vollständig gleichem Lehrplan. Hinsichtlich des Lehrplanes zerfallen die Gymnasien in drei Klassen: mit Latein und Griechisch, und mit Latein, und ohne die alten Sprachen; Deutsch oder Französisch ist auch hier obligatorisch für alle. Das heutige Gymnasium baut sich auf das Progymnasium auf und hat einen fünfjährigen Kursus (Obertertia bis Prima); der junge Bulgare besucht demgemäß vier Jahre die Elementarschule, drei Jahre das Progymnasinm und fünf Jahre das Gym-

nasium; er kann also am Ende des 19. Lebensjahres die Universität besuchen. Am Ende des Schuljahres 1911/12 gab es in den Gymnasien 9660 Schüler und 5176 Schülerinnen, in den pädagogischen Lehranstalten 1923 Schüler und 1883 Schülerinnen.

Auffallend ist es, mit welcher Energie talentvolle Schüler und Schülerinnen armer Eltern vorausstreben; können die Eltern das Schulgeld, das Geld für Bücher usw. nicht erschwingen, so arbeiten Gymnasiast und Gymnasiastinnen Nachmittags in einer Fabrik und verdienen auf diese Weise die für das Studium erforderlichen Mittel. In den ersten Jahren nach den Befreiungskriegen füllten oft die oberen Klassen junge, überreife Männer bis zu 26 Jahren, manchmal mit Medaillen aus dem Freiwilligenkorps; sie waren ernst, diszipliniert, mit rascher Auffassung und zäher Ausdauer, aber es fehlten ihnen die ersten Elemente. Nur langsam kamen die Altersstuften mehr ins Gleichgewicht. Die Schüler der Gymnasien stammen aus allen Klassen der Bevölkerung; die Jungens sind lebhaft, die Neuheit des ganzen höheren Schulwesens steigert deren Wißbegier. Ein Fehler der bulgarischen Schulen ist es, daß sie wenig erziehen; das haben die Bulgaren dem Auslande noch nicht abgelernt, man merkt aber auch hierin Verbesserungen.

Eine Reihe anderer Schulen, Fachschulen, sind den Gymnasien gleichgestellt; hierher gehören das theologische Seminar, drei Handelsschulen, drei Landwirtschaftsschulen, ein Technikum, die Kunstgewerbeschule und die Musikschule. Alle diese Anstalten haben das Progymnasium als Grundlage.

Zwecks höherer Studien mußten die Bulgaren früher ausländische Hochschulen besuchen. Diese Studenten betrieben ihr Studium alle ohne Ausnahme mit großem Eifer, denn der Bulgare ist außerordentlich sparsam und das Leben in Saus und Braus ist dem bulgarischen Jüngling vollständig fremd. Er unterscheidet sich in dieser Hinsicht sehr günstig von jenen jungtürkischen Studenten, die wir an unseren Universitäten kennen gelernt haben. Die meisten gingen nach



Rußland (Odessa, Kiew, Moskau), Österreich (Agram, Wien, Prag), Deutschland (München, Heidelberg, Leipzig), in die Schweiz (Zürich, Lausanne, Genf) und nach Frankreich (Paris, Montpellier, Aix). Jetzt hat Bulgarien eine eigene Universität in Sofia. Ihr erster Name war sehr bescheiden, man nannte sie einfach Hochschule, legte ihr aber das Prinzip der Lehr- und Lernfreiheit zu Grunde und gab ihr dadurch die Möglichkeit, sich zu entwickeln. Dies erfolgte schneller, als man dachte. Sie wurde eröffnet mit nur zwei Fakultäten: die historisch-philologische und die physikalisch-mathematische; bald aber gliederte sich die dritte, die juristische, an und im Jahre 1904 erhielt sie den Namen Universität. Im Sommersemester 1912 zählte die Universität 2116 Studierende, 21 Professoren, 24 Dozenten, 8 Lektoren und 17 Assistenten. Das Studium ist mit zwei Examina verbunden: am Ende des 4. und nach dem 8. Semester. Leider hat die Universität noch kein eigenes Heim, die Baupläne sind jedoch bereits fertiggestellt und es ist zu hoffen, daß mit dem Bau bald ein Anfang gemacht wird.

Alle höheren Unterrichtsanstalten stehen unter der strengen Kontrolle des Staates; dies und der Umstand, daß die daran wirkenden Lehrer akademisch gebildet sind, hat viel dazu beigetragen, um das höhere Schulwesen auf eine würdige Höhe zu bringen. Von ausländischen höheren Lehranstalten müssen erwähnt werden: das trefflich geleitete französische College der Pères Augustins in Philippopel und das amerikanische protestantische Prediger- und Lehrerseminar in Samakow. Deutsche Anstalten gleichen oder ähnlichen Charakters gibt es in Bulgarien nicht.

Außerdem besitzt das Land eine Akademie der Wissenschaften in Sofia, die im Jahre 1869 als literarischer Verein gegründet wurde; das Nationaltheater, das Nationalmuseum, das ethnographische Museum und das Schulmuseum in Sofia. Ferner die beiden bedeutenden Nationalbibliotheken in Sofia und Philippopel, und Volksbibliotheken verbunden mit öffentlichen Lesehallen in allen Städten und den meisten größeren



Dörfern. Alles dies sind Institute, die nicht nur dem Studium weniger Gebildeten dienen, sondern es überrascht geradezu den Fremden, wenn er sieht, wie fleißig diese Einrichtungen auch von der Volksklasse besucht werden, und wie stolz man darauf ist. Und dennoch hört man die Bulgaren niemals sich selbst loben oder mit ihren Fortschritten sich brüsten; sie bilden sich nicht ein, das höchste Ziel schon erreicht zu haben, und daß ihnen nun nichts mehr zu tun übrig bliebe, als auf den errungenen Lorbeeren auszuruhen. Nein! Unaufhörlich arbeiten sie an der Vervollkommnung und dem inneren Ausbau des von ihnen geschaffenen Bildungswesens weiter. Das gerade ist es, wodurch die Bulgaren den Türken weit überlegen sind; die Jungtürken haben die Ausgestaltung des Bildungswesens in Lande niemals ernstlich in Angriff genommen; wenn sie auch wenig Zeit hatten, einen Anfang hätten sie wenigstens machen können!

Es darf hierbei nicht vergessen werden, welche große Rolle der Bulgarenzar Ferdinand bei der Ausgestaltung des Bildungswesens spielte. Als er vor 26 Jahren nach Bulgarien kam, von ganz Europa verhöhnt und verspottet, ging dort alles drunter und drüber; politische Intriguen waren so tief eingewurzelt, daß es Mühe kostete, etwas durchzusetzen. Dieselben Blätter, die ihn vor fünfundzwanzig Jahren verhöhnt hatten, widmeten Ferdinand im vorigen Jahre gelegentlich seines Regierungsjubiläums Lobhymnen, die er voll und ganz verdient hat. Wie hätte Ferdinand das erreichen können, was er erreicht hat, wenn er nicht von Anfang an durch und durch Bulgare geworden wäre. Einen eifrigen Mitarbeiter hatte er in dem Ausbau des Bildungswesens an seiner Mutter, der Prinzessin Clementine, einer der bedeutendsten Frauen ihrer Zeit, die ihrem Sohne nach Bulgarien gefolgt war; man nennt sie dort heute noch „die Mutter Bulgariens".

Vergleicht man das Bildungswesen in Bulgarien mit dem in der Türkei, so braucht sich niemand mehr zu wundern über den Zusammenbruch der Türkei in diesem Kriege. Es



erübrigt sich dann auch, weiterhin nach Gründen für diesen Zusammenbruch zu suchen, wie es oft geschieht. Die Bulgaren haben keine fremden Instrukteure für ihre Armee in Dienst genommen, sondern sie haben es der Volksschule und dem Volksschullehrer überlassen, ein neues Bulgarien und damit eine nationale Armee zu schaffen. Max Roloff.

---

L.

## Ein Nachwort zur Ermordung des Abg. Schuhmeier.

Von einem Juristen.

Der sozialistische Führer und Abgeordnete Franz Schuhmeier fiel am 11. Februar d. J. auf dem Nordwestbahnhof in Wien einem Attentat zum Opfer. Der Mörder Paul Kunschak ist ein Bruder des christlichsozialen Parteiführers und Gewerkschaftlers Leopold Kunschak und war selbst ein eifriger christlichsozialer Agitator. Die Mordtat ist ihrem nächstliegenden Grunde nach auf die in gewohnter Härte gegen den nicht mehr sozialistischen Arbeiter Paul Kunschak durchgeführte Arbeitsaussperrung zurückzuführen.

Es wäre sehr oberflächlich, sich mit dieser Erklärung der Tat allein schon zu begnügen. Die eigentlichen Gründe des verdammenswerten Verbrechens liegen viel tiefer. Über sie ebenso wie über die Begleit- und Folgeerscheinungen des Attentates darf man vom historisch-politischen Gesichtspunkte aus nicht achtlos zur Tagesordnung übergehen. Diese Begleit- und Folgeerscheinungen zeigen eine nicht ernst genug zu nehmende Verwandtschaft mit der Tat. Ebenso wie die Tat selbst illustrieren sie Zustände.

Jeder plötzliche Tod hat etwas furchtbar erschütterndes an sich; er ist für jeden Menschen ein lautes memento mori. Ist dieser Tod durch ein Verbrechen verursacht, so



kommt zum Mitleid noch der Abscheu vor der Tat und steigert das Mitleid zum noch lebhafteren Gefühle. Das Beileid für die Hinterbliebenen Schuhmeiers entspringt also dem Herzen, und auch wir zollen es ihnen voll und ganz. Aber tiefes Mitleid ergreift jeden Katholiken auch für Schuhmeier selbst, denn plötzlich und unvorhergesehen ist seine Seele vor den ewigen Richter berufen worden. Und da drängt sich jedem der Wunsch auf die Lippen: möge Gott ihm gnädig gewesen sein.

Das Beileid und die Trauer seiner Parteigenossen ist nicht weniger begreiflich, denn in Schuhmeier hat die österreichische Sozialdemokratie einen ihrer tüchtigsten und aufrichtigsten Führer verloren. Es ist nur natürlich, daß die Partei ihren auf so tragische Weise ums Leben gekommenen Genossen so hoch als möglich zn ehren suchte. Und da der Tod des politischen Hintergrundes nicht entbehrte, so ist es bei einer Partei wie die der Sozialdemokratie nur noch natürlicher, daß sie diese Ehrung zur politischen Demonstration benützte — zu einer Demonstration, wie Wien und Österreich eine solche bisher nicht gesehen haben. Der Sozialismus hat das Begräbnis zum Triumph gestaltet, zum Triumph und Beweis seiner gefährlichen Kraft.

Aber damit ist die Teilnahme noch nicht erschöpft. Es würde zu weit führen, wenn man den Wortlaut all der Beileidskundgebungen anführen wollte. An der Spitze steht die christlichsoziale Partei. Bürgermeister Exzellenz Dr. Weißkirchner richtete an den gemeinderätlichen Klub der Sozialdemokraten, nachdem von ihm schon ein Schreiben an die Witwe Schuhmeiers ergangen war, eine Kundgebung, in der er unter anderem sagte: „Gemeinderat Franz Schuhmeier widmete alle seine Kräfte dem Dienste seiner Partei und scheute keine Opfer zur Erreichung des Zieles, das er für die Wohlfahrt des Volkes als das Richtige ansah. Der Gemeinderat wird dem Verewigten ein ehrendes Andenken bewahren.“ — Der Obmann des christlichsozialen Bürgerklubs, Oberkurator Steiner, schrieb von seinem sozialistischen Kollegen,



dem Obmann des sozialdemokratischen Klubs: „Der auf so tragische Weise Verschiedene hat stets die übernommenen Pflichten im öffentlichen Leben gewissenhaft erfüllt, und wir werden ihm dauernd ein ehrendes Andenken bewahren." Weiters erließen Beileidskundgebungen die „christlichsoziale Vereinigung im Abgeordnetenhause" und der engere christlichsoziale Parteirat. Die von der christlichsozialen Mehrheit geführte Stadtgemeinde besorgte das Begräbnis. Der Bürgermeister Dr. Weißkirchner wollte sich daran beteiligen, wurde aber von den Genossen Schuhmeiers abgelehnt mit der Begründung, man könnte für seine Sicherheit nicht einstehen. Dem Toten aber widmete die Stadt Wien ein Ehrengrab.

Der sozialistischen Partei kondolierten weiters der Ministerpräsident Graf Stürgkh, der Statthalter Baron Bienerth, das Präsidium des Abgeordnetenhauses. Das Reichskriegsministerium endlich widmete durch sein Organ die „Militärische Rundschau" dem Ermordeten folgenden Nachruf:

„Der durch eine wahnwitzige Tat hingeraffte Abgeordnete Franz Schuhmeier gehörte auch wiederholt der österreichischen Delegation an, wo er sich besonders als Mitglied des Heeresausschusses betätigte.

Obwohl seiner Parteistellung nach grundsätzlicher Gegner der Heeresverwaltung, die er gar oft einer scharfen Kritik unterzog, hat er doch nie das sachliche Gebiet verlassen und stets nur mit loyalen Waffen seine Anschauungen verfochten.

Seine grundgescheiten, stets auf ein ungemein sorgfältig gesammeltes Material gestützten Ausführungen, die er bei aller Schärfe doch mit gewinnender Bonhomie vorbrachte, wurden von den Vertretern der Heeresverwaltung mit größtem, seiner Bedeutung angemessenen Interesse aufgenommen.

Seine hiebei an den Heereseinrichtungen geübte, vielfach anregende Kritik fand bei der Heeresverwaltung stets gebührende Beachtung.

Seine Persönlichkeit errang sich bei jedermann uneingeschränkte Hochachtung und aufrichtige Wertschätzung. Er



war in seiner Art auch ein Soldat seiner Ideen, ein ganzer Mensch, also ein Kämpfer."

Es war ein Sturm von Beileid, in dem alle politischen Parteien und Behörden einander zu überbieten suchten, und wenn man noch das Begräbnis in Betracht zieht, an dem über eine halbe Million Menschen teilgenommen haben soll, so muß man zugeben, daß wenigen Menschen solche Ehren widerfahren sind, wie dem auf dem Nordwestbahnhof ermordeten Franz Schuhmeier. Unwillkürlich frägt man sich: Wer war denn Franz Schuhmeier?

Franz Schuhmeier war Sozialdemokrat, Sozialdemokrat der konsequentesten Art, denn er war konfessionslos und Antimilitarist.

Franz Schuhmeier war einer der hervorragendsten Führer der sozialdemokratischen Partei. — Ein ausgezeichneter Organisator, ein eifriger Agitator und wohl der schneidigste Redner, war er einer ihrer rücksichtslosesten Vertreter.

Franz Schuhmeier war sozialdemokratischer Reichsrats- und Landtagsabgeordneter und hatte auch ein Gemeinderatsmandat in Wien inne; sein Einfluß in seiner Partei muß als maßgebend bezeichnet werden. Seiner unermüdlichen Arbeit gelang es, Ottakring zu einer Hochburg des Sozialismus zu machen. Es war seine Operationsbasis. Von da ist — um einen militärischen Ausdruck zu gebrauchen — Schuhmeier ausmarschiert, um alles zu bekämpfen, was nicht sozialdemokratisch zu denken und handeln sich erlaubte.

Vor man in Regierungskreisen die sogen. Teuerungsrevolte vom 17. September 1911 ahnte, drohte der rote Führer schon am 5. September: „und wenn der österreichische Ministerpräsident die Fenster klirren, die Straßen erdröhnen lassen will von Rufen der Verzweiflung, so kann er das erleben. Die Verantwortung trifft jene, die nicht hören wollen!"

In der von Franz Schuhmeier redigierten „Volkstribüne", die er zum großen Teile selber schrieb, wurde ganz offen und in massivstem Ton in Revolution gemacht. Außer



der obligaten „Pfafferei“, dem „Klerikalismus“, haßte er insbesondere glühend das Militär. „Die Heeres- und Marinegewaltigen weisen höhnend nach ihm Billigkeit und Vernunft ab, treten Recht und Gesetz mit Füßen.“ Die Armee galt ihm als „Mordkultur“, als „Hochstaplerwahnsinn unserer Großmachtphantasten“, als „ungeheueres Verbrechen frivolster Art“, als „Bankrotteurgelüste der Belvedere[1]-Politiker“ usw.

Schuhmeier war als konsequenter Sozialdemokrat naturgemäß kein Freund des Thrones. Als in seinem hauptsächlichsten Agitations- und Schulungsrayon Ottakring die von ihm am 5. September 1911 angekündigte Revolte tatsächlich am 17. September losbrach und unter Zerstörung und Brandlegung die Rufe „hoch Portugal!“, „hoch die Revolution!“ durch die Straßen gellten, da mag der Führer Schuhmeier befriedigt auf seine Arbeit geblickt haben, denn diese „Generalprobe“ war „gut“ ausgefallen, war sie doch so eine Art Vorübung zu dem, was im selben Jahr die „Arbeiterzeitung“, das Organ der Partei, zu deren Führern Schuhmeier zählte, in einem Feuilleton schilderte:

„Zertrümmert die geschmückten Kirchen! Zerstört die Hallen der Lüge! Zerbrecht den Markt der Versprechen! Verbrennet die Hexenküchen! Unsere geplagten Körper brauchen ein Spital, keine Marmorkirchen! Einen Arzt brauchen unsere blutenden Wunden, keine honigsüßen Pfaffenlügen! Wir brauchen Brot, keinen vergoldeten Altar! Wir brauchen Leben, keine Marktkomödie! Zertrümmert die stolzen Türme! Zerschlagt zu Staub den kalten Marmor! Reißet zu Fetzen die schmucken Seidenlumpen! In Brot wechselt ein das gemeine Gold! Los auf die Kirchen! Los mit Waffen, mit bloßer Hand, mit Feuer, mit Blut! Los, und koste es auch hunderttausend Leben! Die Asche der Kirchen wiegt eine Welt auf! Eine neue Welt erhebt sich darauf! Eine glorreiche, siegreiche und wahre Welt!“ Sodann folgt die Schilderung, wie es zugeht, wenn der „erhabenen Aufforderung“ „namens der Gerechtigkeit“ Folge ge-

1) Palast des Thronfolgers Erzherzog Franz Ferdinand in Wien.



leistet wird: „Das Eisentor dröhnt, die Ziegel fliegen, die Spitzhaue schmettert, der Turm stürzt, die Mauern fallen zusammen. Es gellen die zertrümmerten Glocken, klirrend klingt das haufenweis fallende Geld, wehender Wind trägt der Jungfrau zerrissenes Schleiergewand davon. Sternenkronen versinken in den Kot, die Kanzel steht in Flammen, der Altar raucht und der siegreiche Zorn heult frohlockend wilde Psalmen!"

Zu den letzten Taten Schuhmeiers gehörte die Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof wegen Subventionierung des eucharistischen Kongresses in Wien. Schuhmeier stützte sich hiebei auf seine Konfessionslosigkeit.

Es läßt sich nicht leugnen: zwischen den Ehrungen und der Vergangenheit des Franz Schuhmeier besteht ein unlöslicher Widerspruch. Vor uns liegen zwei Blätter, welche unabhängig von einander die Konsequenzen aus diesem Widerspruche ziehen: das militärische Blatt „Danzers Armeezeitung" (Nr. 8) und „Österreichs katholisches Sonntagsblatt" (Nr. 8).

„Danzers Armeezeitung" überschreibt den Artikel: „Der Tod Franz Schuhmeiers und die Heeresverwaltung. Gefährlicher Opportunismus." Dem sich gegen den Nachruf in der „Militärischen Rundschau" richtenden Aufsatze entnehmen wir folgende bemerkenswerte Stellen:

„Franz Schuhmeier fiel also einem Verbrechen zum Opfer. Sollen wir deshalb darüber vergessen, daß Schuhmeier einer der rücksichtslosesten Verhetzer in Wien gewesen ist? Sollen wir vergessen, daß dieser Schuhmeier in Ottakring geradezu ein Schreckensregiment ohnegleichen etabliert hatte, daß er es war, der in jenen Septembertagen des Jahres 1911 den Mob auf die Straße schickte, um Schulen zu demolieren und unsere Truppen zu bombardieren? Sollen wir vergessen, daß dieser Schuhmeier allwöchentlich das ordinärste, aufreizendste, schamloseste Blatt von Wien, die „Volkstribüne", herausgegeben hat, ein Blatt, das er an gewissen Tagen auf rotes Papier drucken ließ, um selbst jene Arbeiter, die den Text nicht lesen können, über die Absichten der Zeitung zu belehren? Wissen wir nicht



alle, wie er die einrückenden Rekruten für den Dienst bei uns präparierte? Klingen in unseren Ohren nicht noch die Beschimpfungen, mit denen er unsere Armee, unsere Traditionen, unsere Ideale in den Kot zerrte?" Nach einer sehr guten Abweisung der „neuen Sittenlehre" Mengers und dessen Theorie der Relativität und historischen Bedingtheit aller ethischen Forderungen fährt das Blatt fort: „... Daß aber Leute, die unsere Soldaten verhetzen, zur Unbotmäßigkeit aufstacheln, das Gefüge des Heeres unterminieren, unter allen Umständen zu verdammen sind — auch wenn zufällig einem von ihnen eine Kugel in den Kopf fährt, ist nicht zweifelhaft."

„Sentimentalität am falschen Orte wirkt zersetzend. Die Rechtsprechung wirkt illusorisch. Das Rechtsbewußtsein verliert jede Basis. Dies gilt für alle, dies gilt vor allem für den Soldaten. Wo nehme ich das Recht her, einen Mann in den Arrest zu setzen, weil er die „Volkstribüne" in seiner Kompagnie kursieren läßt, und weil er durch Verbreitung von sozialistischen Flugblättern Gesinnungsgenossen wirbt, wenn ich — in philosophischer Toleranz — dem toten Franz Schuhmeier „uneingeschränke Hochachtung" amtlich bescheinige? Wenn ich die Polemik der „Volkstribüne" als „loyale Waffe" rühmend anerkenne, wie kann ich den Rekruten verdonnern, der mit braunroter Krawatte einrückt und kokett die „Volkstribüne" aus der Brusttasche herauslugen läßt?

„De mortuis nil nisi bene: Ich möchte nach dem »nil« ein Komma einfügen. Über die Toten nichts — wenn man nicht bene über sie reden kann. Franz Schuhmeier ist gestorben. Wir sind nicht gezwungen, über ihn etwas zu reden. So sagen wir eben lieber nichts. Ihm aber ohne Not auch von amtlich militärischer Stelle aus einen Nachruf zu widmen und dem Manne, dessen Leben ein Kampf gegen alles war, was uns heilig sein muß, ‚uneingeschränkte Hochachtung' und ‚aufrichtige Wertschätzung' zu bekunden, das ist ein Fehler, mehr als das, das ist eine Preisgebung unserer Grundsätze, das ist ein Aufgeben unserer selbst."

Die zweitzitierte Stimme, „Österreichs katholisches Sonntagsblatt“, wertet diese Vorkommnisse nicht anders:

„Eine dritte Begleiterscheinung des Mordes, die viel zu wenig beachtet wurde, ist der geradezu erschreckende Tatsachen-Beweis der Macht der sozialdemokratischen Partei. Wenn die Juden Adler, Ellenbogen und Kohnsorten noch einen Funken Dankbarkeit haben, so müssen sie dem Ermordeten einen goldenen Grabstein widmen und seiner Familie eine reiche Pension aussetzen. Denn hat Schuhmeier im Leben seiner Partei viel genützt — im Tode noch viel mehr. War das ein noch kaum dagewesener Triumph der Partei des Gotteshasses und der Revolution im katholischen Österreich! Alles hat sich vor ihr gebeugt, Parteien, Behörden, Ministerien wetteiferten in Kondolenzen — das wäre an und für sich noch erklärlich — aber in unglaublichen Kondolenzen . . . endlich widmete man dem Vertreter des Umsturzes und des Christentumhasses ein Ehrengrab! Ist es unter solchen Umständen ein Wunder, wenn der großen Masse der Bevölkerung allmählig die Warnungen vor der Religions- und Staatsfeindlichkeit der Sozialdemokratie als bloße Wahlkünste, als bloßer Parteineid erscheinen, auf die man nichts zu geben braucht? Nein, diese Ehrenbezeugungen, die den Machtdünkel der Sozialdemokratie ins Ungemessene vermehren müssen, gehen weit hinaus über die dem Christen gebotene menschliche Anteilnahme am Grabe eines aus dem Leben geschiedenen Feindes.“

„Für die Sozialdemokratie bedeutet der Tod und der eines gekrönten Hauptes würdige, ohne Kreuz und Priester dahinziehende Leichenzug, bei dem fast der vierte Teil der Bevölkerung Wiens gegenwärtig gewesen sein soll, eine gewonnene Schlacht, eine Demütigung ihrer Gegner, eine reiche Ernte.“

Leider ist es richtig: solche Vorkommnisse bedeuten eine Niederlage aller staatserhaltenden Elementen, wie sie sich größer wohl kaum denken läßt; es ist ein Sichaufgeben um die Wette. Wie soll man das erklären? Man wird sagen, die Parteizugehörigkeit des Mörders sei die Ursache: die christlichsoziale Partei sei derzeit Regierungspartei und Stütze







des Thrones, wenn auch nicht mehr offiziell wie vor 1911. Ja, sieht man denn nicht ein, daß man mit dieser Erklärung die christlichsoziale Partei in eine noch schiefere Position bringt, als sie schon durch den Beschluß ihrer Wiener Führer gebracht wurde, die für Schuhmeier ganz unbegründeter Weise ein Ehrengrab konzedierten? Sieht man denn nicht ein, daß man mit einer solchen Erklärung das Verbrechen mit der Partei in direkten Zusammenhange bringt, es gewissermaßen zum Verbrechen der Partei stempelt, ja noch mehr: daß man damit in gewisser Beziehung alle staatserhaltenden Faktoren belastet? Sieht man denn nicht ein, daß diese und ähnliche Erklärungen der Ehrungen und diese Ehrungen selbst, die Schuhmeier zu teil wurden, gerade das erreichen, was vermieden werden sollte, — die Stärkung der Umsturzparteien.

Nachdem man nun aber in diesen führenden politischen Kreisen die nicht gerade so schwer zu findende Grenze zwischen geziemender Teilnahme und dem Festhalten an den Grundsätzen nicht gefunden hat, so muß doch auch hiefür eine Erklärung gesucht werden. Danzers Armeezeitung überschreibt ihren Artikel: „Gefährlicher Opportunismus.“ Sollte da die Erklärung für die fast unverständlichen Vorkommnisse zu suchen sein?

Die Reichspost (Nr. 74) findet den Ursprung des Verbrechens im sozialistischen Terror; das ist entschieden richtig, wenn auch nicht erschöpfend; falsch aber ist die Konsequenz, welche die Reichspost zieht. Sie lautet: „das Geheimnis des Lebens ist: leben lassen!“ Ist diese Sentenz die Antwort, die ganze Antwort auf die Frage, die das Leben stellt? dann, ja dann verdiente nicht nur Schuhmeier sein Ehrengrab, sondern daneben gebührt seinem Mörder ein Standbild! Leben lassen! Schuhmeier hatte recht, denn warum wäre er denn sonst so geehrt worden? Aber auch Kunschak hatte Recht. Schuhmeier suchte seinen Platz unter der Sonne, indem er Revolution betrieb; — Kunschak suchte seinen Platz unter der Sonne, indem er Schuhmeier nieder=

schoß. Das ist wahre Toleranz und Toleranz ist opportun! Und wenn Kunschak heute verurteilt wird, während Schuhmeier sein Ehrengrab hat, so ist das zwar unrecht, aber entschieden auch opportun, besonders in diesen wegen der schwierigen internationalen Lage kritischen Zeiten, in denen man die Sozialdemokratie nicht brüskieren will. Man tut, was opportun ist — man tut nicht, was Recht ist, Opportunismus hilft immer, wenigstens für den Augenblick, und daher ist er bequem! Die Politik des Augenblicks ist stets eine große Versuchung. Es liegt dem Menschen zu nahe, Grundsätze und das, was in dieses Kapitel fällt, — „nur einstweilen" beiseite zu setzen, um einen Erfolg zu erzielen oder Folgen einer Tatsache zu verhindern. Eine Verlegenheitsphrase, eine kleine Lüge! oder: man gibt nach „nur ein wenig", dann wieder „ein wenig", man macht Konzession über Konzession, man schließt Kompromisse — man glaubt zu führen und ist der Geführte. Man sucht seinen Sitz zu festigen und sägt den Ast ab, der den Sitz bildet.

Das Beispiel dieser falschen Politik gelegentlich des gewaltsamen Todes Schuhmeiers könnte wahrhaft belehrend sein, wenn der Opportunist der Belehrung fähig wäre. Er wird aber die Konsequenzen, die richtigen Konsequenzen nicht ziehen. Nach ihm wird das Geheimnis des Lebens nicht mehr umfassen als: „leben lassen". Grundsätze gehören zum alten Eisen! Nur keine Dogmen, keine Schwerfälligkeiten! was man braucht, ist Realpolitik, das andere ist für Schwärmer oder Skrupulanten! Was braucht man ideale Bestrebungen in der Politik? Nur praktisch, nur wirtschaftlich! Von Recht hört man aber immer weniger; Patriotismus kommt einem schon fast überschwänglich vor; Ordnung, Autorität werden allgemach zu anrüchigen Begriffen. So kommt man zu einem demokratischen Materialismus, der sich nach oben in einem egoistischen Strebertum, nach unten in zunehmender Verrohung, nach allen Seiten aber in Gewissenlosigkeit äußert und die Decadenz unseres öffentlichen Lebens bedeutet. Grundsätze gehören zum alten Eisen, und daher





wanken die Grundlagen zu unsern Füßen. Mit der Progression des freien Falles stürzen wir dem Meere des Verderbens zu.

Den Kern der Sache und den Gang des Verfalles illustriert nichts besser als die zweite Hauptperson des verdammenswerten Verbrechens, der Mörder Paul Kunschak. Das Organ der christlich-sozialen Arbeiterschaft, die „Christlich-soziale Arbeiterzeitung", sagt (Reichspost Nr. 78):

„Die unselige Tat wird für uns noch schrecklicher durch die Person desjenigen, der sie verübte. — Paul Kunschak — ein älterer Bruder unseres Herausgebers — war früher selbst sozialdemokratischer Parteigänger. Er gehörte dem von Franz Schuhmeier gegründeten Arbeiterbildungsverein „Apollo" an und war ein eifriger Teilnehmer der Kurse und Veranstaltungen dieses sozialdemokratischen Vereines, wodurch er unter anderm auch seine religiöse Überzeugung, die ihm in Familie und Lehre beigebracht wurde, vollständig einbüßte. Nachdem er viele Jahre im Ausland verbracht hatte, kehrte er in seine Vaterstadt Wien zurück als ein Mann, der in politischer und religiöser Hinsicht vollständige Gleichgiltigkeit an den Tag legte. Was ihm die Sozialdemokratie verekelte, darüber hat er sich niemals geäußert."

Kunschak war also religiös wie politisch indifferent. Nachdem er aus unbekannten Gründen die Sozialdemokratie verlassen hatte, wandte er sich der christlichsozialen Partei zu, der er bis zum Attentat angehörte. Grundsätze hatten also diesen Parteiwechsel nicht bewirkt. Vielleicht trat er der christlichsozialen Partei bei, weil bei ihr sein Bruder Leopold eine führende Rolle spielt. Die Grundsätze der Partei konnten für ihn kein Hindernis sein: in religiöser Beziehung hat die christlichsoziale Partei stets jeden konfessionellen Standpunkt abgelehnt; sie steht auf der sog. gemeinsamen christlichen Basis. In politischer Beziehung kann man bei ihr von einem festen Programm nicht reden; das Wiener Programm berührt einzelne politische, aktuelle



Fragen, Grundsätze enthält es keine. Man ist eben opportunistisch.

Es ist unter normalen Umständen nicht allzu schwierig, keinen Mord zu begehen. Aber an jeden Menschen können Umstände herantreten, die für ihn eine unendlich schwere Prüfung bedeuten: Haß, Verfolgung durch den Gegner, Not, Verzweiflung in sich selbst können seine Leidenschaften zu wildem Aufruhr entfesseln, so daß er auch ohne Verbrecheranlage vor keinem Verbrechen mehr zurückschreckt. Unter solchen Umständen kann allein der von der Religion gestählte Wille, der Aufblick zu Gott und seine Gnade den Halt bilden, daß so ein Unglücklicher nicht versinkt. Diese in Inkonfessionalismus, im politischen Opportunismus allerdings nicht vorhandenen sondern dort gemiedenen Faktoren können oft allein noch das Schrecklichste verhindern.

Man kann mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit sagen, daß der Mord nicht verübt worden wäre, hätte der unglückliche Verbrecher die Kraft gefunden, zum Glauben seiner Kindheit zurückzukehren. Man kann aber mit absoluter Sicherheit sagen, daß diese Ehrungen Schuhmeiers und der damit so bequem errungene Triumph der Sozialdemokratie nie zu Tatsachen geworden wären, wenn Behörden und Parteien feste, klare Grundsätze gehabt hätten. Keine Überraschung wäre im Stande gewesen, sie zu solchen Fehlern fortzureißen, denn Grundsätze sind der Kompaß für ein Handeln in jeder Lage. Der Opportunismus versagte, weil er versagen mußte, denn er ist kein Kompaß, sondern eine — Ausrede. Möge diese Niederlage, welche die staatserhaltenden Faktoren und Parteien gelegentlich des traurigen Falles Schuhmeier sich holten, eine heilsame Warnung für die Zukunft sein! Möge durch diese Mahnung der Ruf nach Umkehr laut werden — nach Umkehr zu festen, klaren Grundsätzen!

Diesem Wunsche möchten wir noch Einen beifügen. Stadtrat Mataja schließt sein Nachwort zu dem traurigen Fall mit dem Satze: „Mehr soziale Politik und weniger

Schwachheit der Sozialdemokratie gegenüber, dann wird es nicht mehr dazukommen, daß sich die Verzweiflung eines armen Teufels in einem verbrecherischen Mordanschlag entladet." (Reichspost 82). Wir glauben, es wäre richtiger zu sagen: „Mehr katholische Politik überall, auch in der sozialen Frage, und weniger Schwachheit der Sozialdemokratie gegenüber, dann wird es nicht mehr dazu kommen, daß sich die Verzweiflung eines armen Teufels in einem Mordanschlag entladet und die „staatserhaltenden" Parteien und Faktoren versagen."

## LI.

## Ungarische Rassen- und Klassenpolitik.

Der infolge der Resolution des Abgeordnetenhauses betreffs der Schmälerung der Majestätsrechte unabweisbar gewordene Rücktritt des Grafen Khuen und die Übernahme der Ministerpräsidentschaft durch Finanzminister Lukács ist der Ausgangspunkt der Lösung lange in Schwebe gebliebener Konflikte zwischen dem Magyarentum und der Krone, gleichzeitig aber auch die Veranlassung zur Verschärfung der inneren Gegensätze geworden, die sich aus der hartnäckigen Aufrechthaltung mittelalterlicher Zustände insbesondere auf dem Gebiete der Volksvertretung ergaben. Nachdem die Brechung der Obstruktion gegen die im verflossenen Jahre als so evident notwendig erwiesene Wehrgesetzvorlage durch die Resolution am Widerstande des Monarchen gegen die letztere gescheitert war, hatte die Opposition Miene gemacht, der Wehrvorlage um den Preis eines Wahlgesetzes zuzustimmen, durch dessen Vertretung sie das verloren gegangene Vertrauen der Wählerschaft zu gewinnen und ihre Wahlchancen gegen den amtlichen Terrorismus zu verbessern hoffte. Da sie aber der öffentlichen Meinung gegenüber



gebunden war, konnte sie die ihr bezüglich einer Wahlreform gemachten Vorschläge von Lukács nicht wohl annehmen, da sie deutlich erkennen ließen, daß seine fortschrittlichen Allüren nur auf Täuschung berechnet waren.

Nun machten sich mit immer größerer Gewalt die Anschauungen Tiszas geltend, der eine Niederschlagung der Obstruktion mit Gewalt ins Auge faßte. Nachdem Abgeordnetenhauspräsident Berzeviczy zu einer schärferen Anwendung der Geschäftsordnung nicht zu haben war, mußte er weichen. Aber auch sein Nachfolger Návay ließ sich nicht zu Interpretierungen herbei, die nicht bloß den Mißbrauch der Beratungsfreiheit, sondern diese selbst beseitigt hätten. So kam es, nachdem vorher ein Anhänger Tiszas zum Vizepräsidenten gewählt worden, unter dessen Vorsitz unter zweifelloser Verletzung der Geschäftsordnung zur Wahl Tiszas, der in seiner Antrittsrede sofort offen erklärte, daß er bei der Leitung der Verhandlungen des Abgeordnetenhauses lediglich seinem Gewissen folgen werde. Alle Proteste der Opposition verhallten wirkungslos. Und alsbald schritt Tisza zu dem von ihm längst herbeigesehnten parlamentarischen Staatsstreich. Ganz ähnlich wie sechs Jahre vorher erklärte er nach einer kurzen Rede über den Mißbrauch, den die Opposition mit der Geschäftsordnung zu obstruktionistischen Zwecken treibe, die Debatte über die Wehrgesetzvorlage für geschlossen, ließ abstimmen und erklärte sie für angenommen. Die Opposition, die sich der Fortsetzung der Verhandlung mit Gewalt widersetzte, ließ er nach langem Widerstande durch Polizei gewaltsam aus dem Saale führen, wies die ärgsten Lärmmacher an die Immunitätskommission, ließ sie nach dem minderen oder höheren Grade ihrer Renitenz für 8—30 Sitzungen ausschließen und verhinderte das Betreten des Parlamentsgebäudes seitens der Ausgeschlossenen durch Umstellung mit Militär. Die Opposition erklärte ihrerseits das Vorgehen Tisza's für gesetzwidrig und beschloß, sich von den Sitzungen des Abgeordnetenhauses so lange fern zu halten, als Militär und Polizei die Freiheit der Beratung und das Betreten

des Reichstagsgebäudes seitens der Ausgeschlossenen verhindere. Das Abgeordnetenhaus bezeichnete sie als Rumpfparlament, dessen Beschlüsse als null und nichtig. Tisza ließ sich dadurch nicht abhalten, auch die Spezialdebatte der Wehrgesetzvorlage durchzuführen, sie im Magnatenhause nach kurzer Debatte votieren und dann dem König zur Sanktion vorlegen zu lassen.

Hiedurch hat sich Tisza — abgesehen von den Formverletzungen bei seinem mit eiserner Konsequenz durchgeführten Vorgehen, worin er sich auch durch das vom Abgeordneten Kovács gegen ihn verübte Revolverattentat nicht beirren ließ — um die Monarchie und Dynastie ein unleugbares Verdienst erworben. Moralisch verringert wird es allerdings dadurch, daß er sich von der Krone dafür in einer wohl nicht feststellbaren Form einen Preis ausbedungen hat, der in der ungehinderten Durchführung seiner oligarchischen Wahlrechtsanschauungen bestand. Damit ist die ungarische Frage oder permanente ungarische Krise zu dem Stande zurückgekehrt, den sie mit der Einsetzung des Ministeriums Fejérváry und mit dem Programm des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts erreicht hatte, wo einerseits die Krone hoffen durfte, durch Entfesselung der von der herrschenden Klasse politisch mundtot gemachten Bevölkerungsschichten, insbesondere auch der nichtmagyarischen Nationalitäten, ein nicht vom staatsrechtlichen Separatismus durchseuchtes, die Existenznotwendigkeiten der Monarchie erkennendes und honorierendes Parlament zu bekommen und andererseits in Aussicht stand, daß Ungarn eine wirkliche, den kulturellen und materiellen Fortschritt der ganzen Bevölkerung durchführende Volksvertretung an Stelle des bisherigen Klassenparlamentes erlangen werde. Um dies zu verhindern, kapitulierte die Koalition vor dem Standpunkt des Königs verschleppte die Wahlreform, zu der sie sich verpflichtet hatte, mit schlauer Benützung der aus der Annexion Bosniens erwachsenen Schwierigkeiten in der inneren Politik und enthüllte ihre wahlrechtsfeindliche Gesinnung durch den Andrássy'schen



Pluralitätswahlrechtsentwurf. Die allgemeine Entrüstung über diesen Wortbruch war neben der durch ihre sonstige Mißwirtschaft bewirkten Ernüchterung der hauptsächlichste Nagel zum Sarge der Koalition. Eine so niederschmetternde Niederlage derselben hätte aber das Kabinett Khuen nicht herbeiführen können, wenn es nicht das Versprechen eines demokratischen Wahlrechts in sein Programm aufgenommen hätte, mit dem allerdings die Haltung seines maßgebendsten Parteigängers Tisza in der Wahlrechtsfrage in schreiendem Widerspruche stand. Niemand hätte eben damals geahnt und vorauszusagen gewagt, daß die Ministerien Khuen und Lukács in der Wahlrechtsfrage ebenso wortbrüchig werden würden, wie die Koalition, die nach ihrer Niederlage auch nur gezwungen das allgemeine und geheime Wahlrecht zu ihrer politischen Plattform gemacht hat.

So wenig man aber auch auf das von Lukács alsbald nach seiner Ernennung gegebene Versprechen gab, noch im Laufe des Jahres, nach sorgfältiger Berücksichtigung aller statistischen Daten einen Wahlgesetzentwurf vorzulegen, der den von den koalierten Oppositionsparteien unter beträchtlicher Hintansetzung des insbesondere von der Justhpartei vertretenen radikalen Standpunktes im Kompromißwege vereinbarten an Liberalität übertreffen würde, und so berechtigt man auch war, von dem stets wachsenden Einflusse Tiszas die schlimmste Einwirkung auf die Wahlrechtsvorlage zu erwarten, brachte dennoch der am 31. Dezember eingereichte Entwurf eine ungeheure Überraschung.

Niemand hatte es für möglich gehalten, daß es Tisza gelingen würde, seine schon seit Jahren in Wort und Schrift propagierten ultrareaktionären Ansichten in dem von Lukács dem Abgeordnetenhause vorgelegten Wahlgesetzentwurf in so vollständiger Weise zur Geltung zu bringen, daß er eine positive Verschlechterung des seit Jahrzehnten als unhaltbar erkannten mittelalterlichen Wahlsystems bedeuten würde. Die als Einlösung der wiederholt gegebenen und durch Thronreden sanktionierten Versprechungen betreffs Er-



weiterung des Wahlrechts tatsächlich in den Entwurf aufgenommene Vermehrung der Wählerzahl um mehrere hunderttausend Stimmen kann den klar hervortretenden Charakter der Vorlage als einer raffinierten systematischen Konstruktion zur Vereitlung wirklich freier Wahlen nicht aufheben. Die Heraufsetzung der Altersgrenze des aktiven Wahlrechtes vom 21. auf das 30., und nur für eine verhältnismäßig geringe Zahl von Intelligenzwählern auf das 24. Jahr ist vielleicht noch keine so zweifellose reformatio in pejus, wie die große Zahl vexatorischer Bestimmungen über den Nachweis der Wählerqualifikation und vollständige Auslieferung der Arbeitnehmer an ihren Arbeitgeber betreffs tatsächlicher Erlangung des virtuell zweifellos zustehenden Wahlrechts. Der ganze Entwurf war so voller Fußangeln, daß er sogleich den Titel hätte erhalten können: Gesetz zur Erschwerung oder Verhinderung der Ausübung des Wahlrechts.

Die Einreichung des Entwurfes hatte alsbald den Austritt mehrerer angesehener Mitglieder der Regierungspartei, in erster Linie des gewesenen Abgeordnetenhauspräsidenten Návay zur Folge. Justizminister Székely reichte sofort seine Demission ein und trat nach Ernennung seines Nachfolgers auch aus der Partei aus, die einen besonders starken Stoß durch die Anklagen des gewesenen Staatssekretärs des Finanzministeriums im Koalitionskabinett Désy gegen den Finanzminister Lukács erhielt, wonach dieser Staatsgelder für Parteizwecke verwendet habe. Lucács strengte gegen Désy die Verleumdungsklage an. Das Gericht ließ den angebotenen Wahrheitsbeweis nicht zu, weil die politischen Belange vor das Parlament gehören, und verurteilte Désy, da er Lukács den größten Panamisten Europas genannt hatte, wegen Ehrenbeleidigung zu einem Monat Gefängnis. Die öffentliche Meinung hält nun die Beschuldigungen für bewiesen. In Folge dessen erlitt der Ministerpräsident einen schweren Schlag durch den Rücktritt des Ministers für Kultus und Unterricht, des Grafen Heinrich Zichy, der schon lange jede Solidarität mit dem Kabinett abgelehnt und seine schon vor Monaten



angebotene Demission nur auf besonderen Wunsch des Kaisers mit Rücksicht auf die Schwierigkeiten der äußeren Lage vorläufig zurückgestellt hatte. Die Grafen Andrássy, Apponyi und Aladár Zichy hatten nach der Verurteilung Désy's die von diesem erhobene Anklage sich zu eigen gemacht und die Erhebung der Klage gegen sich gefordert, worauf Lukács nicht einging, „weil dies nur eine politische Hetze sei".

Auch diese Schwächung der moralischen Situation des Ministerpräsidenten nach der kurz vorher durch den notgedrungenen Aufschub des von der städtischen Bevölkerung auf das heftigste angegriffenen neuen Einkommensteuergesetzes erlittenen politischen Niederlage, welche beinahe auch den Rücktritt des Finanzministers Teleszky herbeigeführt hätte, sowie die Weigerung der Opposition, sich an der Verhandlung des Wahlgesetzentwurfes im Ausschusse zu beteiligen, hinderten nicht die Forcierung der Ausschußberatung über die Wahlrechtsberatung. Da diese von den allerdings wenig zahlreichen Dissidenten der Arbeitspartei für verbesserungsunfähig erklärt worden war, hielten auch diese sich der Beratung fern. Die aus den Reihen der Arbeitspartei heraus gestellten Anträge auf Herabsetzung der Altersgrenze, auf Ausdehnung des nur den 26 Munizipalstädten gewährten geheimen Stimmrechtes, sowie die Anträge des christlich-sozialen Abgeordneten Gießwein wurden abgelehnt, nur zu Gunsten der Wählerqualifikation der industriellen Arbeiter wurden geringfügige Konzessionen gemacht.

Das vom radikalen Flügel der koalierten Opposition für die Plenarverhandlung angestrebte Vorgehen, in Verbindung mit dem von der Arbeiterschaft angekündigten Generalstreik, den Versuch zur Verhinderung der Annahme der Vorlage durch technische und physische Obstruktion zu machen, sich nötigenfalls wieder mit Brachialgewalt aus dem Saale entfernen zu lassen und dadurch auf die öffentliche Meinung zu wirken, wurden vornehmlich auf Betreiben der feudalen Elemente verworfen und die Opposition begnügte sich mit dem demonstrativen Einmarsch in das Abgeordnetenhaus und



dem vom Grafen Apponyi eingelegten Proteste. In Verbindung hiemit unterblieb auch der Generalstreik, zu dessen Bekämpfung das Ministerium die weitgehendsten Vorbereitungen getroffen und gewaltige Massen von Militär aufgeboten hatte. So gelang es Tisza, nach einer nur zum Schein, zwischen Mitgliedern der Majorität, geführten Debatte, die Annahme des Wahlgesetzes durchzusetzen, dessen praktische Anwendung das ungarische Parlament noch unter das Niveau der russischen Duma herabzudrücken und die Herrschaft der Oligarchie über Ungarn zu verewigen geeignet wäre.

Damit wäre auch die Herstellung gesunder, dauernder Zustände im Verhältnis beider Staaten der Monarchie zu einander wieder auf unabsehbare Zeiten verschoben. Denn um die allgemeine Aufmerksamkeit von ihrer eigennützigen Politik abzulenken, muß die magyarische Oligarchie fortwährend den nationalen und staatsrechtlichen Chauvinismus anstacheln. Als Vorwand ihrer dem nacktesten Klasseninteresse dienenden Wahlrechtspolitik muß die Erhaltung der Suprematie des Magyarentums dienen und müssen die Interessengegensätze Österreich gegenüber fortwährend genährt werden. Daß Tisza und Lukács bei gewaltsamer Durchsetzung der Wehrvorlage den Existenznotwendigkeiten der Monarchie nicht etwa aus innerer Überzeugung, sondern lediglich zur Gewinnung der Gunst der Krone Rechnung getragen haben, wird in Wien nicht klar genug erkannt, wenigstens nicht in der Hofburg, während das Neunerprogramm und die Resolution die wahren Bestrebungen des im Fahrwasser der Oligarchie segelnden Magyarentums doch in genügend deutliches Licht gestellt haben. Dasselbe will nicht allein in Ungarn herrschen und jede österreichische Ingerenz als die eines fremden Staates zurückweisen, sondern die Politik des Gesamtreiches seinem speziellen Interesse dienstbar machen. Als den Magyaren 1871 das föderalistische Experiment Hohenwart nicht paßte, scheuten sie sich nicht im mindesten, ihr Gewicht gegen die böhmischen Fundamentalartikel in die Wagschale zu legen. Wenn aber die österreichischen Süd-



slaven" sich gegen die unkonstitutionelle Willkürherrschaft des Banus Cuvaj in Kroatien auflehnen, so ist das in ungarischen Augen eine unverzeihliche Einmischung in interne ungarische Angelegenheiten, die schroff zurückgewiesen wird. Österreichischerseits ist man aber immer mehr zur Erkenntnis von der Unhaltbarkeit des Nichteinmischungsprinzipes zwischen zwei organisch miteinander verbundenen, auf einander angewiesenen Staaten gekommen, und in den Delegationssitzungen sind scharfe Kritiken über die in Ungarn herrschenden Zustände laut geworden, wenn auch das Resultat des von Tisza durchgeführten parlamentarischen Staatsstreiches, die Durchsetzung der seit zehn Jahren durch Obstruktionen und dann durch die Herrschaft der Koalition hintertriebenen Wehrgesetzreform, auch in Österreich Befriedigung ausgelöst hat.

Nun hat der vornehmlich durch das Südslaventum herbeigeführte Zusammenbruch der für kurze Zeit durch das Jungtürkentum galvanisierten osmanischen Herrschaft das Magyarentum durchaus nicht etwa zur Einkehr in sich selbst, zu einer Änderung seiner Regierungsgrundsätze veranlaßt, wohl aber bei ihm die Sorge vor den Wirkungen des mächtig gestiegenen Selbstbewußtseins der ungarländischen Slaven geweckt. Und da begreiflicher Weise das österreichische Deutschtum von der analogen Sorge heimgesucht wird, ist der im Jahre 1867 bei der Schaffung des Dualismus den widerwilligen Deutschösterreichern suggerierte Gedanke der Aufrechterhaltung ihrer Hegemonie diesseits, und die Sicherung der Vorherrschaft des Magyarentums jenseits der Leitha wieder lebendig geworden, und während der Budapester Delegationssession der Versuch einer Annäherung der Magyaren an die Deutschösterreicher angebahnt worden. Allerdings haben die vertrauensseligen Deutschösterreicher, mit dem wegen seiner politischen Integrität hoch geachteten Delegationspräsidenten Dobernig an der Spitze, doch eine Ahnung von der Unhaltbarkeit des rassenmäßigen magyarischen Staatsgedankens gehabt und als Bedingung die bessere Behandlung der ungarländischen Deutschen aufgestellt. Da sind sie aber bei den



maßgebenden Männern der magyarischen Herrennation übel angekommen. Graf Tisza hat in einem Artikel seines Organs „Magyar Figyelö" eine Annäherung der Deutschösterreicher zwar freudig begrüßt, aber als Zweck einer solchen die Kräftigung des Dualismus, (d. h. der Quelle vierzigjähriger wirtschaftlicher und politischer Reibungen zwischen den beiden Reichshälften), und als Vorbedingung die „Nichteinmischung in ungarische Angelegenheiten" bezeichnet. Daß der Versuch einer Einflußnahme auf Berücksichtigung der nationalen und Kulturinteressen des ungarländischen Deutschtums seitens der Magyaren als solche Einmischung angesehen werden würde, zeigte die Darstellung, die Tisza von der beneidenswerten Lage der Deutschen in Ungarn, von ihrer Zufriedenheit und ihrer Solidarität mit der magyarisch-nationalen Politik mit einer alle notorischen Tatsachen kalt ignorierenden Unverfrorenheit geben zu dürfen vermeinte. Wohl mußte auch er das Bestehen einer deutschnationalistischen Bewegung „an vereinzelten Punkten" des Banats zugeben, die von „minderwertigen Elementen", von den „Parasiten des nationalen Empfindens" hervorgerufen worden sei, aber er begnügte sich damit, den Wohlstand der ungarländischen Deutschen als Beweis dafür hinzustellen, daß sie „nicht schlechter behandelt werden, als die Slovaken und Ruthenen". Daß die herrschende Schichte des Magyarentums den Deutschen in Ungarn ebenso wenig eine freie Entwicklung ihrer Kultur gestattet, wie das Jungtürkentum den Albanesen, verschweigt Tisza wohlweislich. Aus den letzten Tagen liegt aber dafür ein amtlicher Beweis in der Rede des Unterrichtsministers Grafen Zichy vor, die er im Abgeordnetenhause bei der Verhandlung seines Ressortsbudgets hielt, und in der er offen aussprach, daß es in Ungarn nur eine einzige Kultur geben dürfe: die Magyarische. Genauso, wie der ottomanische Staatsgedanke der Jungtürken nur eine türkische Kultur in den Ländern des Sultans dulden wollte.

In einem offenen Briefe an den Grafen Tisza hat der Ausschuß der Ungarländischen deutschen Volkspartei die Aus-

führungen Tiszas als irreführend bezeichnet und auf die Beschwerden der Deutschungarn hingewiesen, die ja mit denen der übrigen nichtmagyarischen Nationalitäten so ziemlich identisch sind. Die politische Bescheidenheit der ungarischen Staatsbürger deutscher Zunge geht nicht soweit, damit zufrieden zu sein, daß sie nicht schlechter behandelt werden als Slowaken, Ruthenen, Serben und Rumänen. Sie fordern nationale Gleichberechtigung und freie Kulturentwicklung. Um ein Bestandteil des von Tisza in seinem Arader Rechenschaftsbericht als notwendig bezeichneten Walles von der Ostsee bis zum Schwarzen Meere gegen das Slaventum sein zu können, müssen die ungarländischen Deutschen und Rumänen organisierte Volkseinheiten bilden und dürfen nicht atomisierte Elemente sein. Ohne Erfüllung dieser Bedingung, zu der sich der Fanatiker des einheitlichen magyarischen Nationalstaates, den auch Unterrichtsminister Graf Zichy als bereits bestehend annimmt, nur in der äußersten Not bereit finden lassen dürfte, können aber die Deutschösterreicher aus Gründen sowohl der nationalen Ehre wie ihrer wohlverstandenen politischen Interessen auf ein intimes Bündnis mit der magyarischen „Nation“ nicht eingehen, selbst wenn sie ganz außer acht lassen wollten, daß die heute herrschende agrarische Magnaten- und Gentryclique durchaus nicht als Vertreterin des gesamten Magyarentums, sondern vor allem als solche ihrer Standesinteressen angesehen werden muß.

Auch von österreichischer Seite sind gegen diese plötzlich gekommene Anfreundung, die der Ausgangspunkt eingehenderer Verhandlungen sein sollte, schwer wiegende Bedenken geltend gemacht worden. Gegen den Vorwurf, die Deutschen seien den Magyaren nachgelaufen, verwahrt sich nun energisch der Abgeordnete Dobernig in einem gut geschriebenen Artikel der deutschsozialen Rundschau, und weist treffend nach, daß die Magyaren ein Bündnis mit den Deutschen viel notwendiger haben, als letztere ein Bündnis mit ersteren. Alles was darin über den Nutzen und die Wünschbarkeit eines magyarisch-deutschen Bündnisses gesagt ist, kann vom deutschen Stand-



punkte unterschrieben werden. Die ganze Darlegung hat nur den Haken, daß die magyarische Oligarchie, so lange sie das Heft in der Hand hat, die unabweisliche Bedingung eines solchen Bündnisses, die Anerkennung der nationalen Rechte der ungarländischen Deutschen und übrigen nichtmagyarischen Nationalitäten, die Umwandlung Ungarns aus einem — wenn auch verdeckt — mittelalterlich regierten in einen modernen Staat gutwillig niemals zugeben, auf ihren mit der Großmachtstellung der Monarchie absolut unvereinbaren Staatsgedanken, auf den Ausbau des einheitlichen magyarischen Nationalstaates unter keinen Umständen verzichten wird. Wenn Ungarn und darin das magyarische Volk eine frei gewählte parlamentarische Vertretung hätte, wäre das von Dobernig befürwortete Bündnis sehr wohl möglich. Da müßte es aber der Grafenpartei, den Andrassys, Apponyis, Tiszas vorher so gehen, wie den Führern des Jungtürkentums, die durch ihr Komitee den zentralisierten ottomanischen Staat zu gunsten der türkischen Rasse ebenso exklusiv beherrschen wollten, wie die magyarische Oligarchie Ungarn im ausschließlichen Interesse „der Nation", d. h. der früher allein politisch berechtigten Klassen, der „Gesellschaft", der „Intelligenz", wie man sich gerne euphemistisch ausdrückt. Da nun Tisza seinen momentanen politischen Gegnern und angeblichen Verfechtern einer demokratischen Wahlreform, im geheimen aber Mitverschworenen gegen eine solche, seinen Standesgenossen Andrássy und Apponyi den Gefallen getan hat, das Odium einer Verschlechterung des bisherigen unerträglichen Wahlsystems auf sich zu nehmen und alle Reformbestrebungen auf diesem Gebiet für längere Zeit zum Stillstand, zur Aussichtslosigkeit verdammt sind, so dürften auch die Deutschösterreicher keine große Neigung bezeigen, anläßlich der für die nächste Delegationssession in Aussicht genommenen Verständigungskonferenzen den Magyaren die südslavischen Kastanien aus dem Feuer zu holen. Die große Rede, die Tisza, herabsteigend von seinem Präsidentenstuhle, zur Verherrlichung seiner Gesetzesvorlage am Ende



der Generaldebatte gehalten hat, ist insofern ein wertvolles Dokument seiner angeblich deutschfreundlichen Gesinnung, als er vom reichsdeutschen wie vom österreichischen Parlamentarismus ein abstoßendes Bild zur Illustrierung des allgemeinen Stimmrechtes entworfen hat, das seinen liberalen Bewunderern an der Spree wie westwärts der Leitha bereits stark den Atem verschlagen hat. Da wird sich der magyarische Rassen- und Klassenstaat vorläufig denn doch ohne Unterstützung des Deutschtums weiter helfen müssen.

## LII.

## Neue politische Kombinationen.

—, 25. März.

Die letzten Wochen haben mehrfache Anzeichen dafür gebracht, daß in den bestehenden politischen Gruppierungen Europas sich Veränderungen oder Erweiterungen vorbereiten, die Beachtung erheischen. Wir werden in der Besprechung derselben nicht die logische, sondern die chronologische Reihenfolge einhalten, weil diese letztere Methode heute zweifellos die uns Allen geläufigere ist; die inneren Zusammenhänge werden sich ja dann aus der Besprechung ergeben.

Da ist vor allem die neue deutsche Militärvorlage und ihre Begründung.

Welche Ereignisse, welche neuen Tatsachen haben die Regierung des deutschen Reiches zur Ankündigung einer neuen Militärvorlage gedrängt? Die „Kölnische Zeitung" in ihrem Franzosenartikel hat mit dem Finger auf Frankreich gezeigt. Und sie hatte ganz recht, wenn sie die Aufmerksamkeit darauf lenkte, daß in Frankreich seit einiger Zeit das, was man die Revanchestimmung zu nennen sich gewöhnt hat, neu angefacht und angeblasen wird. Die Tatsache konnte unmöglich unbemerkt bleiben. Ebenso wenig, daß sie mit der Amtswirksamkeit des Kabinetts Poincaré zusammenfiel. Und die

inzwischen erfolgte Wahl Poincaré's zum Republikpräsidenten war natürlich noch weniger geeignet, diese „patriotische Aufwallung“ als ein rein zufälliges Ereignis erscheinen zu lassen, denn es zeigte sich System in der Sache. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ aber lehnte es ab, Frankreich förmlich als einen Störenfried hinzustellen, sie wies vielmehr auf die durch die Balkanereignisse herbeigeführten Veränderungen der Machtverhältnisse hin. Diese Veränderungen sind gleichfalls ganz offenkundige Tatsachen. Die europäische Türkei existiert nicht mehr, und mit ihr ist ein bekannter Faktor aus der Rechnung entfallen. An Stelle der Türkei ist ein anderer Faktor getreten, der Balkanbund, der — wenigstens bis jetzt — ganz andere Tendenzen und Neigungen bekundet, als man von der Türkei zu erfahren gewohnt war, der Bund, mit dem die russische Presse sich förmlich identifiziert, während ein großer Teil der französischen Presse ihm eifrigst den Hof macht und ihn als viertes Glied der bisherigen Tripel-Entente begrüßen zu können glaubt.

In den Tatsachen haben also zweifellos beide Blätter recht. Und da sie in den Konsequenzen, die sie daraus ziehen, ohnehin übereinstimmen, so wird man schwerlich fehlgehen, wenn man sagt, daß der Franzosenartikel des rheinischen Blattes und der Balkanartikel des Berliner Blattes einander nicht widersprechen, sondern vielmehr einander ergänzen. Neue oder veränderte Kräfte — der eine Artikel sagt dies in der einen, der andere in der anderen Form — müssen neue oder veränderte Wirkungen hervorbringen, die Kunst ist, sie rechtzeitig wahrzunehmen und richtig einzuschätzen. Der Balkanbund wirkt wie eine neue Kraft, wie ein neuer Faktor in der Rechnung. Russen und Franzosen rechnen auf diesen neuen Faktor. Folglich muß jede Macht, die mit Rußland oder Frankreich oder gar mit beiden zugleich zu rechnen hat, den neuen Faktor ebenfalls in ihre Rechnung einstellen. Ob und wie weit der neue Faktor die Erwartungen und Hoffnungen, die er jetzt erweckt, auch in der Zukunft erfüllen wird? Die Beantwortung dieser Frage mag schwierig



sein, daran aber ist kein Zweifel, daß der neue Faktor weder — man verzeihe den gewundenen Ausdruck — die objektive noch die subjektive Neigung zeigt, der Haupttendenz des Dreibundes, welche in der Aufrechterhaltung des derzeitigen Kräfteverhältnisses besteht, seine Unterstützung zu leihen. Wir werden übrigens darüber noch in einem anderen Zusammenhang des Näheren zu sprechen haben. Einstweilen führt uns die chronologische Methode auf eine andere Erscheinung.

Der Balkanbund ist nicht die einzige Macht, von der man sagen kann, sie sei noch nicht klassiert. Mit dieser Bemerkung sollen nicht einmal die Grenzen des alten Europa überschritten und etwa, wie es nahe liegen würde, die Rückwirkungen des soeben in Nordamerika vollzogenen Präsidentenwechsels in den Gesichtskreis geschoben werden; noch weniger Wert könnte es haben, über die Sphynxfigur der Republik China Betrachtungen anzustellen, wo die Neuwahlen für das Parlament jetzt abgeschlossen sind und damit die bisherige provisorische Präsidentschaft Yuanschikkais zu Ende geht, — nein, es gibt auch in Europa selbst noch eine nicht unbedeutende Macht, die, um bei dem schon angewendeten terminus technicus zu bleiben, noch nicht klassiert ist und über deren Neigungen gewisse westeuropäische Blätter eben jetzt sich einige Sorge machen. Diese Macht ist Spanien, das im Verlaufe der jüngsten marokkanischen Wirren sich in Afrika einen ansehnlichen Gebietszuwachs und damit auch eine so bedeutsame Stellung als Mittelmeermacht zu verschaffen gewußt hat, daß sie nicht länger wird ignoriert werden können. In der italienischen Kammer hat deshalb zu Ende Februar der Minister des Äußern San Giuliano von der Möglichkeit und Wahrscheinlichkeit gesprochen, daß Italien mit Spanien einen ebensolchen afrikanischen Nachbarschaftsvertrag werde schließen müssen, wie solche Verträge mit Frankreich und England schon bestehen. Darin haben die stets argwöhnischen Franzosen schon den Versuch gewittert, Spanien für den Dreibund einzufangen und einzuspannen.





Natürlich wurde diese phantasievolle Insinuation sowohl in Rom wie in Madrid entschieden abgelehnt. Jetzt zu Anfang März ist der englische Kriegsminister Seely, angeblich nur als Tourist, in Madrid gewesen. Da wird jetzt umgekehrt und sehr wohlgefällig von einem Anschluß Spaniens an die Tripel-Entente gelispelt. Der Balkanbund im Südosten, Spanien im Südwesten, das wären ja ganz schätzenswerte Evolutionen der Tripel-Entente! Aber auch im Lande selbst mehren sich die Stimmen, die dem spanischen Publikum begreiflich zu machen suchen, daß Spanien nicht länger mehr werde isoliert bleiben können. Man kann wohl neugierig sein, nach welcher Seite hin sich Spanien neigen wird, wenn es einmal wählen oder sich selbst entscheiden soll. Die Zeit der Wahl wäre jetzt nahe oder vielleicht schon gegeben, denn der spanisch-französische Marokkovertrag, dessen Ausarbeitung (unter ständiger Kontrole Englands) so viele Monate beansprucht hat und von so vielen Zwischenfällen begleitet war, ist eben jetzt von der französischen Kammer genehmigt worden, und wenn die Ratifikation auch durch den Senat noch einige Verzögerung erleidet, so ist dies vermutlich nur darin begründet, daß der Berichterstatter der Senatskommission, der frühere Minister Pichon, inzwischen wieder Minister des Äußern geworden ist und die Kommission also erst einen neuen Referenten bestellen muß. Mit der Ratifikation dieses Vertrags wird dann jene Angelegenheit, welche in den letzten Jahren die ganze Aufmerksamkeit der spanischen Staatsmänner in Anspruch genommen hat, zum Abschluß gebracht, und wie man wohl annehmen muß, die Bahn für neue Pläne und Unternehmungen frei gemacht sein. Es sei übrigens gleich hier bemerkt, daß es den Anschein hat, als ob König Alfons selbst schon im Jänner einem radikalen Deputierten gegenüber der spanischen Politik eine ganz andere Orientierung als die nach der Tripel-Entente oder dem Dreibund hin habe andeuten wollen, indem er davon sprach, daß er eine engere Entente mit den Republiken von Südamerika im Auge habe. Aber vielleicht sollte das nur heißen, daß



König Alfons für sein Land dieselbe Meinung hat, wie sie Kaiser Wilhelm einmal für Deutschland bezeichnet hat, nemlich daß seine Zukunft auf dem Wasser liegt. In der Tat wird denn auch angekündigt, daß das nächstjährige Marinebudget Spaniens eine bedeutende Erhöhung aufweisen wird. Vielleicht wird dies die Gelegenheit sein, wo sich die spanische Regiernng des Näheren über ihre außenpolitischen Pläne erklären wird.

Die Heranziehung Spaniens zur Tripel-Entente möchte den französischen Revanchepolitikern gerade jetzt außerordentlich erwünscht erscheinen. Denn diese Politiker haben in den letzten Tagen eine äußerst bittere Enttäuschung erfahren, die ihnen noch lange in den Gliedern liegen wird. Im englischen Parlament ist nämlich gleich am ersten Tage der üblichen Adreßdebatte von Hugh Cecil an die Regierung die Frage gestellt worden, ob es wahr sei, daß die englische Regierung für gewisse Eventualiläten irgendwie die Verpflichtung übernommen habe, eine große Armee außer Landes zu schicken; um an militärischen Operationen am Kontinent mitzuwirken. Auf diese Frage hat der englische Ministerpräsident Asquith mit sozusagen elementarer Präzision geantwortet: „Ich erkläre sofort, daß dies falsch ist“. Es ist bisher wenigstens in der Zeitungswelt ziemlich allgemein angenommen worden, daß die französisch-englische entente cordiale den Engländern die Verpflichtung auferlege, unter gewissen Umständen den Franzosen gegen Deutschland mit einer Armee von ungefähr 100.000 Mann zu Hilfe zu kommen. Einmal war es auch gewiß so, nämlich zur Zeit, wo Delcassé mit dem verstorbenen König Eduard von England die bekannte Politik der Einkreisung des Dreibundes betrieb. Nicht nur wurde dies damals in gewissen französischen Blättern, speziell in der „Depêche de Toulouse“, bestimmt so behauptet, sondern der vormalige französische Ministerpräsident Clemenceau hat es Herrn Delcassé öffentlich in der Kammer in harten Worten zum Vorwurf gemacht, daß er Frankreich einem abenteuerlichen Krieg zugetrieben

habe. Diesen schönen Traum der Revanchepolitiker einer großen englischen Hilfsarmee hat der englische Premier Asquith am 10. März d. J. — es ist der Mühe wert, das Datum festzulegen — mit den oben citierten Worten in grausamer Weise zerstört. Wenn England je zu einer solchen Truppensendung sich verpflichtet hatte, so ist diese Verpflichtung jedenfalls mittlerweile hinfällig geworden.

Natürlich wollen die knappen Worte Asquith's nicht sagen, daß England eine solche kontinentale Hilfsaktion überhaupt nie mehr zusagen und nie leisten werde, sie wird gewiß erfolgen, wie sie überhaupt möglich ist und wenn das englische Interesse es so erfordert. England wird sicherlich ebenso wie Rußland alle Kräfte aufbieten, um eine neuerliche Schwächung Frankreichs durch Deutschland zu verhindern, außer wenn es von Deutschland, und wäre es auch auf Kosten der anderen Entente-Teilhaber, denn auch davon war zeitweilig in den Zeitungen schon die Rede, hinreichend entschädigt würde. Aber es ist doch ein greifbarer Unterschied, ob England von vornherein vertragsmäßig verpflichtet ist, die 80.000 oder 100.000 Mann jederzeit bereit zu halten, oder ob es in jedem Falle ganz nach eigenem Ermessen handeln und frei darüber verfügen kann. Deshalb wäre es für die Revanchemänner Frankreichs gewiß höchst erwünscht, die fragliche Hilfsarmee, auf die es bei England nicht mehr sicher rechnen kann, von Spanien zugesichert zu erhalten. Schon die Gewißheit, daß Spanien im gegebenen Fall eine wohlwollende Neutralität beobachten werde, müßte eines beträchtlichen Preises würdig erscheinen. Mindestens war Delcassé in der betreffenden Zeit offenbar dieser Ansicht. Denn es war gerade in der damaligen kritischen Zeit, wo er den Spaniern in geheimen Verträgen jene Erwerbungen und Vorteile in Marokko zusicherte, die, als sie im vorigen Jahr bekannt wurden, in einem großen Teil der französischen Presse einen Sturm der Entrüstung hervorriefen und auf deren vollinhaltlicher Erfüllung Spanien — mit Erfolg, wie sich zeigt — beharrt hat. Diese Konzessionen also waren

der Preis, womit Delcassé für den Fall der Ausführung seiner Pläne Frankreich die Rückenfreiheit zu sichern gedachte. Auch mit dieser gesicherten spanischen Neutralität, wenn sie damals wirklich in Frage stand, scheint es jetzt vorüber zu sein. Spanien hat wieder die Freiheit gewonnen, und wer weiterhin auf seine direkten oder indirekten Dienste rechnen will, wird sie entsprechend honorieren müssen.

Und Frankreich muß an ein solches Honorar und an einen solchen Handel auch schon gedacht haben. Denn der vormalige spanische Minister Sanchez Toca hat vor kurzem im Madrider „Heraldo" in einer Untersuchung der Bündnisfragen sich dahin geäußert: Frankreich müsse, da es für seine Pläne die Unterstützung anderer Großmächte zu suchen genötigt sei, diesen letzteren mehr geben, als es selber erhält, es verlange aber umgekehrt von den Nationen zweiten Ranges mehr als kostspielige Garatien für den Zeitpunkt, wo es seine Abmachungen realisieren soll. Orakelhaft dunkel ist der Sinn dieser Rede des spanischen Exministers. Aber soviel scheint daraus doch klar hervorzugehen, daß Besprechungen über ein neues spanisch-französisches Abkommen bereits stattgefunden, daß aber Spanien die französischen Anerbietungen vorläufig noch für zu kostspielig befunden hat. Auch das englische Blatt „Daily Graphic" schreibt eben aus Anlaß des früher erwähnten Madrider Ausfluges des englischen Kriegsministers, die Frage einer französisch-spanischen Allianz sei nicht blos in den Blättern aufgeworfen worden und sie werde in einer nahen Zukunft wahrscheinlich eine bestimmte und offizielle Form annehmen. Aus welcher fremden Haut Frankreich — und mindestens als „ehrlicher Makler" ist gewiß auch England an dem Geschäft beteiligt — diesmal das Honorar für die erwarteten spanischen Dienste zu schneiden gedenkt, darüber gibt weder der genannte spanische Minister noch das citierte englische Blatt eine Andeutung.

Man könnte wohl etwas überrascht sein, das katholische Spanien hier so enge in die Gesellschaft des heutigen kirchenräuberischen Frankreich gestellt zu sehen. Aber in Angelegen-



heiten der äußeren Politik fragen auch andere Mächte gar wenig mehr um Grundsätze, sondern, wie das schon Ludwig XIV. sozusagen in Mode gebracht hat, nur um den momentanen Nutzen. Und König Alfons hat der Welt auch bereits in anderen Fällen manches zu raten aufgegeben.

Durch den unmittelbar vor Ostern erfolgten Sturz des Kabinetts Poincaré, genannt Briand, ist übrigens im Laufe dieser Dinge wieder eine Hemmung eingetreten. Das Karfreitagministerium Barthou — denn an diesem Tage ist das neue Kabinett zusammengezimmert worden — führt Herrn Pichon wieder auf den Quai d'Orsay zurück. Vermöge seiner Antezedentien muß Herr Pichon als ein vorsichtiger Rechner betrachtet werden. Aber die ruhelosen Revanchepolitiker werden schon dafür sorgen, daß die angeknüpften Fäden nicht zerrissen, sondern weiter gesponnen werden.

Inzwischen führen am Balkan leider noch immer die Kanonen das große Wort. Das von den Griechen seit fast vier Monaten belagerte Janina ist endlich — nicht gefallen, sondern übergeben worden, wenigstens hat der türkische Festungskommandant bei der Übergabe wiederholt betont, daß er nur auf höheren Befehl die Verteidigung aufgebe. Mit dem Besitz von Salonichi und Janina scheint das Ziel der Griechen in der Hauptsache erreicht zu sein. Aber dem Frieden war man deshalb noch um keinen Schritt näher. Die Türkei zwar hat es gewiß schon längst bereut, im Jänner die Ratschläge der Mächte verworfen zu haben; sie ist, man kann wohl so sagen, zu Kreuze gekrochen und hat wieder die Vermittlung der Mächte angerufen. Der Balkanbund hat aber diese Vermittlung nur unter bestimmten Bedingungen angenommen. Und unter diesen Bedingungen befand sich auch die Übergabe Scutaris an die Montenegriner. Wie einstmals die Mazzinisten und Garibaldianer „entweder Rom oder den Tod" riefen, so ruft König Nikolaus: „entweder Scutari oder den Tod". Eigentlich handelt es sich nur mehr um dieses Scutari, denn Adrianopel hat die Türkei, indem sie neuerlich die Vermittlung der Mächte angerufen, implizite



schon abgetreten, noch bevor es von den Bulgaren erstürmt wurde. Und man weiß seit einiger Zeit genau, denn die in Paris erscheinenden eigentlichen Petersburger Zeitungen, wie der „Temps", haben es schon vor beinahe zwei Wochen gemeldet, daß auch Rußland zugestimmt hat, daß Scutari nicht an Montenegro, sondern an Albanien zu fallen habe. König Nikolaus aber fordert das ganze Jahrhundert in die Schranken. Und daraus, daß der Balkanbund sich mit ihm identifiziert, ist jetzt deutlich zu ersehen, daß die Balkanfürsten sich im Bündnisvertrag fest verpflichtet haben, daß kein Teil ohne den anderen Frieden schließen darf. So mußte also, weil Montenegro ganz Europa zum Trotz auf den Besitz von Scutari's beharrt, selbst zu Ostern auch vor Adrianopel noch Blut fließen. Und so ist der Balkanbund wörtlich das enfant terrible, ja die neue Geißel des Balkans geworden. Aber dies nicht bloß durch die eigensinnige Verlängerung des Krieges, sondern auch durch die anderen Greuel, welche von den Eroberern verübt worden sind und welche zum Teil erst jetzt genauer bekannt werden. Es wird lange dauern, bis die Wunden, welche der Balkanbund dem Balkan geschlagen und noch immer schlägt, vernarbt sind. Und nach den bisherigen Erfahrungen weiß man auch nicht, was man, wenn endlich doch der äußerliche Friede hergestellt sein wird, mehr fürchten soll: ob den Fortbestand dieses Bundes auch im Frieden, oder den Zerfall desselben. Bleibt der Bund bestehen, so wird es nicht zu Zwecken der Hebung von Kultur und Gesittung sein, wofür er bisher so wenig Neigung gezeigt hat, sondern er wird sich rein materielle Ziele setzen, d. h. er wird wieder in irgendeiner Richtung aggressiv sein und fremde Interessen bedrohen. Verfällt er aber, so wird der alte Haß zwischen Griechen, Serben und Bulgaren nur zu leicht wieder aufleben und den Balkan neuerdings zum Schauplatz blutiger Verfolgungen machen, dies um so leichter, weil die Abgrenzung der einzelnen Staaten nach Sprach- oder Patriarchatsgrenzen völlig undurchführbar ist, in jedem Staate also sich mehr oder minder

große Sprach- und Patriarchats-Minoritäten der beiden anderen Staaten finden werden.

Die schon früher speziell mit Bezug auf die Katholiken erörterte Frage stellt sich hier in anderer Form von Neuem ein: wie werden diese Völker, die durch Jahrhunderte gewohnt waren, nur die Gewalt zu respektieren, jetzt, wo ihnen selber die Gewalt in die Hände gefallen ist, die anderssprachigen und andersgläubigen Minoritäten behandeln? — Man hat vielfach auf die Bulgaren und die bulgarische Regierung gehofft, an deren Spitze doch ein persönlich sich zur katholischen Kirche bekennender König steht. Was ist geschehen? Ein französischer Jesuit, der gerade vor einigen Monaten Kleinasien und die Türkei bereiste, wurde von der von Jesuiten geleiteten Revue „Etudes" gebeten, über seine Erfahrungen und Eindrücke zu berichten. Er führt in seiner Antwort eine Menge äußerst ernüchternden Erscheinungen und Tatsachen an, darunter auch eine, welche gerade für unsere obige Frage höchst charakteristisch ist. Er erzählt: Eine einflußreiche Persönlichkeit der französischen Kolonie in Konstantinopel hat sich mit Beschwerden (über die von bulgarischen Banden verübten Greuel) nach Sofia gewandt. Es wurde ihm geantwortet, daß die bulgarische Regierung beschlossen habe, Mazedonien für den Moment den Banden und Komitatschis zu überlassen, „um der türkischen Bevölkerung die Lust zu benehmen, im Lande zu bleiben". Also die bulgarische Regierung hatte es förmlich so beschlossen. Und die günstigste Stellung, die den Muhamedanern zugestanden wurde, drückt sich in der Form aus: allez-vous-en, schaut, daß ihr die Landesgrenzen bald hinter euch habt, sonst . . . . . Allerdings war das nur „für den Moment" so gemeint. Das scheint sagen zu wollen: So lange das Kriegsrecht dauert. Wenigstens ist der Ausdruck von Serben und Montenegrinern noch bis in die jüngste Zeit so praktiziert worden. Das Kriegsrecht erlaubt zwar auch nicht alles, aber doch vieles, und vor allem bietet es reichliche Vorwände und Entschuldigungen für dieses und



jenes. Und nach dem, was dann einmal geschehen, kräht später ohnehin kein Hahn mehr. Jedenfalls müßte man später, wo das Kriegsrecht nicht mehr angerufen werden kann, die übrig gebliebenen mißliebigen Einwohner, wenn man, wie wahrscheinlich, dennoch ihre Auswanderung wünschen sollte, wenigstens für die Verluste an Hab und Gut beiläufig entschädigen. Jetzt zu Kriegszeiten hält man sich solcher Formalitäten und Umständlichkeiten überhoben, jetzt wird viel kürzerer und ungleich einfacherer Prozeß gemacht. Und was man doch nicht mit dürren Worten sagen kann, das deutet man mit um so verständlicheren Geberden an.

Wenn aber schon die bulgarische Regierung auf so kuriose Weise ihr Gewissen beschwichtigt hat, was konnte und kann erst von Serben und Montenegrinern erwartet werden? Daß diese Freiheitskämpfer hinter den bulgarischen Banden und Komitatschis nicht zurückgeblieben sind, sondern dieselben noch übertroffen haben, ist schon früher mehrfach unter Anführung bestimmter Einzelheiten behauptet worden. Die offiziellen Telegraphenagenturen in Belgrad rc. haben dann gewöhnlich alles in Bausch und Bogen dementiert und die französischen Blätter haben diese Dementis ihren Lesern als Beweise dafür vorgelegt, wie unverschämt die österreichischen und deutschen Blätter lügen und verleumden. Die Serben haben es in dieser Dementierkunst anscheinend schon zu einer gewissen Virtuosität gebracht. Erst vor einigen Tagen wieder haben sie ein solches feierliches Dementi in die Welt gesandt, worin sie als schlankweg erfunden bezeichnen alle Nachrichten, daß ihre Soldateska da so viel und dort so viel Einwohner niedergemacht habe. Aber ganz am Schlusse hieß es dann: Gegen die, die sich verdächtig gemacht hätten, habe allerdings Kriegsrecht geübt werden müssen. Irgendwo hat ein Blatt dann die sarkastische Bemerkung beigefügt: Und Europa in seiner Huld, hört auch das an mit Geduld. Verdächtig, man weiß es ja schon längst, verdächtig ist vor allem jeder Katholik, schon gar der Katholik im Priestergewande, von denen jeder als ein Agent, Spion und Emissär Österreichs



angesehen wird. Das ist keineswegs erst seit dem Krieg so, das wurde in Serbien schon Jahre vor dem Krieg so gehalten. Seit dem Krieg allerdings hat diese austrophobe, sagen wir euphemistisch, Idiosynkrasie noch merklich zugenommen.

Den empörendsten Ausdruck scheint dieser menschenunwürdige Haß in dem Vorfalle gefunden zu haben, der sich schon am 7. März bei Djakova zugetragen hat, aber erst etwa zehn Tage später in der Wiener „N. fr. Pr." berichtet worden ist. Nach den anscheinend aus ernsten Quellen stammenden Erzählungen hat man die Katholiken der Gegend von Djakova mit ihrem Seelsorger, dem Franziskaner Palic, auf einen Platz zusammengetrieben und sie unter der Androhung, das vor ihnen aufgestellte Militär werde sie sonst niederschießen, aufgefordert, ihren Übertritt zur Orthodoxie zu erklären. Unter Tränen hätten allmählig Alle dieser Drohung sich gefügt, nur Pater Palic habe erklärt, seiner Kirche und seinem Glauben unbedingt treu bleiben zu wollen. Darauf sei er mit Kolbenschlägen mißhandelt und dann nochmals zum Übertritt aufgefordert worden. Als er sich auch jetzt noch standhaft weigerte, seien die Soldaten wieder über ihn hergefallen, und einer davon habe ihm mit dem Bajonet die Lunge durchbohrt, so daß der Tod, der Martyrertod erfolgen mußte.

Dieser erschütternde Vorfall, sowie mehrere andere Fälle von sogenannten Zwangsbekehrungen zur Orthodoxie und endlich die — jetzt auch von der italienisch-offiziösen Agenzia Stefani unter Anführung vieler Details bestätigte Beschießung des Katholikenviertels von Scutari haben die Nachbarmonarchie Österreich zum ernsten Einschreiten veranlaßt. Unter den angegebenen Umständen mußte die österreichische Intervention natürlich auch auf die Möglichkeit der Bezwingung der Festung Scutari Bedacht nehmen und für diesen Fall dem wahrscheinlichen Massacre der Katholiken von Scutari und Umgebung vorzubeugen trachten. Die Aktion ist im Gange und wird, wenn man den jüngsten



Telegrammen trauen darf, jetzt auch von Italien und Rußland unterstützt. Und nach den Erklärungen, die soeben im englischen Unterhaus der Minister des Äußern, Edward Grey, abgegeben hat, stünde man doch endlich unmittelbar vor dem Ende des zuletzt ganz zwecklos, wenn nicht direkt frivol gewordenen Blutvergießens.

Unter den Voraussetzungen, zu welchen die Erklärungen Grey's berechtigen, kann der Balkankrieg hoffentlich als abgeschlossen betrachtet werden. Der Balkanbund hat seine nächsten Zwecke erreicht. Wenn er in der einen oder anderen Form fortbestehen und wenn seine Teilnehmer sich wirklich entschließen sollten, den südöstlichen Ausläufer der Tripel-Entente zu bilden, so ist in der Schaffung des autonomen Albanien ihm doch auch ein Gegengewicht entgegengestellt, was unter anderm auch die Folge hat, daß die Adria noch oder doch nicht schismatisch wird.

J—l.

## LIII.

## Kürzere Besprechung.

Deutsche Erinnerungen von Sidney Whitman. Mit 16 Bildnissen. Stuttgart und Berlin, Deutsche Verlagsanstalt 1912, 351 S., 8 geb. 10 Mk.

Das Buch ist zwar für englische Leser geschrieben. Aber es ist für deutsche Leser ohne Zweifel noch viel interessanter zu lesen. Withman hat enge Beziehungen zu den großen Männern der letzten Jahrzehnte und erblickt seine Aufgabe in der Vermittlung deutsch-englischen Verständnisses. Für dieses Ziel war er in hohem Grade befähigt, denn er zeichnet sich durch eine überraschend scharfe Beobachtungsgabe und durch eine feine Ausdrucksweise aus. Der Verfasser läßt in seinen Deutschen



Erinnerungen einen Zeitraum von 50 Jahren vor unseren Augen vorüberziehen. Daß dabei Vieles zum Vorschein kommt, was uns vom deutschen Standpunkte, von historischer und biographischer Seite aus interessiert, ist klar. Folgen wir daher dem Verfasser ein wenig. Whitman hat an dem Vitzthumschen Gymnasium in Dresden seine Studienzeit verbracht. Er schildert die strenge Zucht, die daselbst herrschte. Der Verfasser legt überhaupt Gewicht darauf, die gute alte Zeit mit ihrer größeren Strenge und Einfachheit der Neuzeit gegenüber in ein helles Licht zu rücken. So war materieller Komfort selbst bei den wohlhabenden Klassen vor fünfzig Jahren noch Luxus und die Einrichtung mit Fliesen ausgelegter Bäder im Hotel de Rome in Berlin haben nach 1870 eine wahre Sensation hervorgerufen und die Neugier des alten Kaisers Wilhelm erregt, in dessen Palais nichts dergleichen zu finden war. In Tausenden von Familien selbst von anerkannter gesellschaftlicher Stellung war gebratenes Fleisch eine Seltenheit. — Die preußische Regierung und einige der regierenden Fürsten waren damals fast die einzigen Beschützer der Künste. Graf Schack war eine Ausnahme von der Regel — er bezahlte Meister wie Böcklin und Lenbach für ihre Arbeiten mit durchschnittlich 40 Mark wöchentlich (!). — Der Verfasser widmet auch Kaiser Wilhelm I. einen eigenen Abschnitt, beschreibt den feierlichen Einzug der Sieger in Berlin und zeichnet die Herzensgüte und Milde des alten Kaisers mit charakteristischen Pinselstrichen, ebenso seine große Einfachheit, sein Wohlwollen und seinen dankbaren Sinn. Von Richard Wagner erzählt Whitman mehrere Stückchen seiner Gereiztheit und Launenhaftigkeit, sowie von seiner großen körperlichen Elastizität, indem Wagner z. B. Purzelbäume schlug und zum Ergötzen seiner vertrauten Freunde auf den Händen ging. Die vortreffliche Beobachtungsgabe Whitmans zeigt sich in dem Abschnitt über die schlesischen Glashütten, wo er Land und Leute sehr gut zeichnet. Über den Kulturkampf äußert sich der Verfasser: „Der große Staatsmann, der Österreich und Frankreich im Laufe von fünf Jahren besiegt hatte, erwies sich hier der Welt religiösen Gefühls gegenüber als machtlos.“ Auch



Moltke zeichnet Whitman auf Grund eigener Erlebnisse in zutreffender Weise und fügt mehrere interessante Anekdoten aus dessen Leben bei. Der Fürstbischof Dr. Kopp von Breslau machte auf Whitman „den Eindruck eines Mannes von ruhigem Temperament, in dem vornehme Zurückhaltung sich mit Herzensgüte vereint". Von Hinzpeter, dem Erzieher unseres Kaisers gibt der Verfasser einen Brief wieder, der von dessen starker Voreingenommenheit gegen den Katholizismus Zeugnis ablegt. In ausführlicher anziehender Weise schildert Whitman Bismarck und zahlreiche kleinere charakteristische Züge aus seinem Leben. Gegen zwei Klassen, so meint u. a. Whitman, hegte er eine starke Abneigung — gegen Geistliche und Bureaukraten. Was der Verfasser mit seiner scharfen und feinen Beobachtung sonst noch alles von und über Bismarck bemerkt, entbehrt nicht des größten Interesses. Er zeichnet ihn körperlich und geistig, er plaudert von seiner physischen Stärke, seiner Stimme, seiner angeblichen Grobheit, seinem Verkehr mit Damen, der Vorliebe für das Landleben, seiner Abneigung gegen allen Dogmatismus, seiner Auffassung vom Tode, seiner Lektüre, seiner angeblichen Gegnerschaft gegen England.

Bei Bismarck lernte Whitman auch Lenbach kennen, mit dem er in enge freundschaftliche Beziehungen kam und von welchem er so manche Anekdote und charakteristisches Wort erzählt. Auch von München weiß der Verfasser sehr anschaulich zu plaudern. Er hat daselbst auch viele berühmte Persönlichkeiten kennen gelernt. Den Prinz-Regenten Ludwig nennt er einen „liebenswürdigen wohlwollenden Herrn, der für Lenbach ein Gefühl herzlicher Freundschaft hegte". Auch Paul Heyse, Björnson, den Schwiegervater des Münchener Verlegers Albert Langen, den Komponisten Hermann Levi, Cosima Wagner, Siegfried Wagner, dessen Bärenhäuter damals zum ersten Male aufgeführt wurde, lernte Whitman kennen. Er wohnte jenem Abend der Erstaufführung und der Feier im Kreise Cosima Wagners bei und entrollt ein sehr anschauliches Bild von diesem seltenen Ereignis. Auch von der Münchener Künstlergesellschaft Allotria weiß Whitman Interessantes zu erzählen.

Weitere Persönlichkeiten, denen Whitmann eingehende Aufmerksamkeit schenkt, sei es durch Charakterzeichnung, sei es durch interessante Erlebnisse und Anekdoten, sind Feldmarschall Blumenthal, König Carl von Rumänien, Theodor Mommsen. Mommsen erscheint auch in der Schilderung Whitmans als das Original, als das er weit bekannt war. So hat er einmal 50000 Fr. zurückgewiesen, welche ihm Kaiser Napoleon für die Durchsicht der Korrekturbögen einer Geschichte der Familie Borghese zusandte. Wertvoll sind hier die politischen Ausführungen über die Haltung Mommsens gegenüber England im Burenkriege und gegenüber seinem Feinde Bismarck. Weitere Kapitel befassen sich mit den Prinzen Heinrich VII. Reuß, mit Weimar, mit dem Kreise der Frau Förster-Nietzsche, mit dem Fürsten Bülow, mit den Ministerien an der Wilhelmstraße, mit den deutschen Sozialistenführern Bebel, Singer, von Vollmar. Whitman erzählt seinen Landsleuten dann noch allerlei vom Leben und vom Charakter der Deutschen, von ihrer Bildung, ihren Ärzten, ihrem Lesehunger, ihren politischen Parteien usw.

Wenn nun auch diese Schlußbemerkungen Whitmans in mancher Hinsicht vielleicht zu rosig dargestellt sind, so verraten sie trotzdem das scharfe Auge und das feste Urteil des Verfassers, der in seinen deutschen Erinnerungen ein Memoirenwerk von seltener Vielseitigkeit und von hohem Interesse geschrieben hat. Wie ein roter Faden zieht sich die gute Absicht außerdem durch das Werk, deutsches Wesen, deutsche Einrichtungen, deutsche Geister seinen englischen Landsleuten vor die Augen zu führen und hinsichtlich der deutsch-englischen Gegensätze ausgleichend zu wirken. Das sehr lesenswerte und in biographischer Beziehung dankbare Werk ist noch mit 16 guten Bildnissen behandelter Persönlichkeiten versehen. Hans Rabenhof.

## LIV.

### Gedanken zur Konstantinfeier.

Eine merkwürdige Fügung der Vorsehung hat im letzten Jahrhundert zu einer Zeit, wo es manchmal beinahe schien, es sei völlig Nacht geworden im ganzen Umkreis der gottvergessenen und von Gott verlassenen Welt, ganz außerordentliche Männer voll Geist und Kraft auf den Stuhl des hl. Petrus erhoben. Wie flammende Lichter auf einem hochragenden Leuchtturm waren Pius IX. und Leo XIII. aller Welt zur Bewunderung über ein halbes Säkulum auf den Leuchter gestellt. Geheimnisvolle Andeutungen brachten ihre Namen mit den lateinischen Bezeichnungen Crux und Lumen in Verbindung, als ob der Namenszug Christi selbst in ihnen als Reflex wiederstrahlen würde. Tief veranlagten Denkern, welche aus verschiedenen Anzeichen das Nahen der letzten Dinge vorauszuempfinden glaubten, kam es beinahe vor, als werfe in dieser Verbindung des Piuskreuzes mit dem Licht des Leosternes jenes zugleich furchtbare und tröstliche Licht bereits seine Strahlen voraus, welches die entsetzte Welt einst als Zeichen des Menschensohnes am Himmel wird erscheinen sehen.

Nun folgt auf Pius IX. und Leo XIII., ebenso wie diese durch eine gotterleuchtete Seherin vorausverkündet, Pius X., genannt ignis ardens, brennendes Licht. Auch sein Namenszeichen ist ein leuchtendes Fanal, ein wahres und wirkliches Feuerzeichen; auch in diesem ist das Kreuz mit dem Lichte



verbunden und gleicht genau jener wunderbaren Licht- erscheinung, welche der Kaiser Konstantin vor der Schlacht mit Maxentius gesehen. Der Name Pius X., Wort und Ziffer ☧ in einander verschlungen, ist gleich jenem erhabenen Zeichen, welches man das Monogramm Christi nennt. Genau sechzehnhundert Jahre nach dem Sieg des Kreuzes über das altheidnische Rom glänzt dieses Zeichen über dem Vatikan, während man in Konstantinopel nahe daran ist, den Halb- mond von der Sophienkirche herabzustürzen und mit dem Kreuz zu vertauschen.

Jedenfalls ein seltsames Zusammentreffen, nicht ein bloßes Zufallsspiel, sondern einer von jenen gleich Blitz- lichtern deutlich wahrnehmbaren Winken, wie sie manchmal zum Erstaunen aller aus dem Dunkel der Geschichte auf- tauchen, so daß jedermann sich frägt: was soll das bedeuten? Trägt man sich vielleicht auch über den Sternen, dort wo der Ewige herrscht, mit Säkulargedanken, ähnlich wie die Zeitwelt ihre Jubiläumstage in der Erinnerung bewahrt?

Vor sechzehn Jahrhunderten erhielt Konstantin ange- sichts einer freundlichen Lichterscheinung die Weisung: in diesem Zeichen wirst du siegen, — und vor hundert Jahren stürzte angesichts der Feuersäulen von Moskau einer der mächtigsten Verächter des Kreuzes in den Staub — und heute, genau hundert Jahre später regiert in Rom zwar nicht mehr Pius VII., sondern Pius X. und aus seinem Namenszug leuchtet uns zugleich mit dem hl. Kreuze das Monogramm Christi, das Zeichen Konstantins entgegen.

Mit Recht drängt sich damit die Frage auf: was hat das zu bedeuten?

Ist doch eben jetzt die ganze Welt wie vor einem Ge- wittersturm in Nacht und Dunkel gehüllt und die Welt- geschichte selbst zu einem Fragezeichen und zu einem Rätsel geworden von so bedrohlicher Natur, daß selbst die Mächtigsten zittern bei dem Gedanken, was mag wohl die Zukunft in ihrem Schoße bergen?

Das Riesendenkmal der Völkerschlacht bei Leipzig ist nahezu vollendet und harrt des großen Tages, an dem es eröffnet werden soll.

Mit welchen Gedanken wird wohl unsere moderne Welt den mächtigen Bau betrachten, wenn im Oktober der hundertste Jahrestag des gewaltigen Kampfes wiederkehren wird?

Unmittelbar nach dem ersten Eindruck jener großen Schicksalswendung erhob die ganze Welt mit erfurchtsvollem Erstaunen die Blicke gen Himmel zum Geständnis: Wahrhaftig, das ist der Finger Gottes! Wäre schon damals das herrliche Monument auf der blutigen Walstatt gestanden, dann hätte wohl jedermann darin einen Riesenleichenstein erblickt, aufgerichtet allen Völkern zum Beweis, daß einer ist, der Gewalt hat, auch die Mächtigsten zu zerschmettern und von ihrem Thron herabzustürzen. Görres hat einst das rechte Wort dafür gefunden, indem er schrieb:[1])

„In der Tat sind nun an diesem Geschlecht der Zeichen genug geschehen, daß den Herrschern wie den Beherrschten ein Maß in die Hand gegeben ist, daran ihr Tun und Lassen zu messen. Seit Menschengedenken ein Autokrat mitten in der Ausübung seiner unbeschränkten Machtvollkommenheit erwürgt; ein Anderer am Ort der Freude vom tödlichen Schuß getroffen; dort ein König mit den Seinen aufs Blutgericht geschleppt; im übrigen Europa lange Zeit die alten Geschlechter dienstbar oder vertrieben, und ihre Stühle besessen von den Angehörigen eines Mannes, dem gegeben war, den Fuß auf den Nacken der Könige zu setzen; dieser selbst wieder von der Höhe herabgeworfen und gleich Prometheus an einen Felsen geschmiedet."

Man hätte nach all dem glauben können, es sei gründliche Arbeit genug geschehen, auch die tiefstgewurzelten Übel auszubrennen und jeder Wiederkehr des liebgewonnenen Wahnsinns vorzubeugen. Doch nein! Das Geschlecht jener Starrsinnigen, die weder zu belehren noch zu bekehren sind, die gewohnt sind, geflissentlich die Augen zu schließen und

1) Europa und die Revolution, S. 319.

gleich Bileam erst zur Einsicht kommen, wenn sie durch vernichtende Gewalt niedergeschlagen am Boden[1]) liegen, ist noch nicht ausgestorben.

Während die Einen, indem sie bei dem monumentalen Ruhmestempel in Leipzig Halt macheu, tiefbewegt zu diesem Meilenstein der Weltgeschichte aufblicken und beim Gedanken an die verschiedenen Endschicksale Pius VII. und Napoleons I. das Walten göttlicher Gedanken bewundern, sind Andere, und nicht wenige, welche in den säkularen Geschehnissen jener großen Zeit gar nichts Besonderes zu sehen vermeinen, Zufälligkeiten, weiter nichts. Man lese z. B. in der großen, sechsbändigen, prächtig illustrierten Weltgeschichte von Ullstein, mit welch' geringschätzigem Hohn dort die Gelehrten jüdischer Couleur von der hl. Allianz nnd von der Schwärmerei der Romantik zu reden belieben. Das Christentum hat dort überhaupt als geschichtliche Erscheinung nur noch eine nebensächliche Bedeutung und gilt schon jetzt nur mehr als etwas, was einmal gewesen ist.

Es ist weit gekommen. Man versteht selbst die eindringliche Sprache des Todes und der Katastrophen nicht mehr.

Nach den Befreiungskriegen hat eine mächtige geistige Bewegung eingesetzt. Man konnte wirklich reden von einem Erwachen der Völker. Und lange schien es beinahe, als sei ein herrlicher Frühling im Anzug, als sei ein festes Fundament gewonnen für einen dauernden Frieden. Hochbedeutsam lasen sich in Wien, wo die Grundzüge dieses neuen Friedens, freilich mit ebensowenig Glück als Geschick, beraten und beschlossen wurden, über dem Burgtor die Worte: Justitia fundamentum regnorum. Das lautete ganz anders als der stolze Autokratenspruch des Sonnenkönigs von Versailles: l'état c'est moi. Die Runenschrift der letzten Zeit mit ihren zerbrochenen Szeptern und Kronen war allzu deutlich von der rächenden Nemesis geschrieben, als daß sie nicht selbst

1) IV. Moses 24, 4.

bis in die höchsten Kreise hinauf hätte verstanden werden können.

Gott gibt den Königen als den erwählten Repräsentanten seines Machtwillens nicht dazu das Schwert in die Hand, damit sie frevelhaften Mißbrauch damit treiben. Der beinahe blasphemischen Überhebung des angeblich christlichen Königtums, welches aller christlichen Traditionen uneingedenk nach Art der heidnischen Zäsaren göttergleiche Allmacht spielen und neben sich keinerlei selbständige Vertretung göttlicher und menschlicher Rechte dulden wollte, trat jetzt beim Aufwachen der Völker im Prinzip der Majorität eine neue Macht gegenüber, um ein neues Zeitalter zu beginnen; nicht mehr bloß die Fürsten, auch die Völker sollten jetzt als Akteure auf der Weltbühne erscheinen zur Mitarbeit am Webstuhl der Zeit.

Die Völker, bisher gewohnt, laute Klage zu führen über die Ausschreitungen der Fürstengewalt, sollten jetzt Gelegenheit erhalten ihrerseits zu zeigen, was sie selbst durch aktive Teilnahme an der Gesetzgebung und an den Regierungsgeschäften zu leisten vermöchten.

Ob die Welt unter den also veränderten Verhältnissen nicht bald ebenso Weh und Jammer schreien wird wie zur Zeit der Herrscher von ehemals, der cidevant gekrönten Häupter des ancien regime? Ob nicht die Völker bald nach einem neuen Befreiungskrieg schreien werden, um sie von der Freiheit des ungefesselten Wahnsinns zu befreien?

Es war jetzt Jahrzehnte hindurch von nichts mehr die Rede als von konstitutionellen Reformen und allen jenen Freiheiten, die einer Volksvertretung als Trabanten zur Seite gehen, vom Recht der freien Meinungsäußerung und von der Preßfreiheit, von der Vereins- und Versammlungsfreiheit usw. Und merkwürdig, diesem gewaltigen Drängen der bisher schlummernden Volkskräfte ging ein ebenso gewaltiges Voranschreiten der latenten Naturkräfte zur Seite — als hätten alle im Schooße der Erde verborgenen Potenzen schon lange gewartet auf die große Zeit, wo der Genius

der Menschheit kommen würde, um anzupochen an den geheimen Pforten der rätselhaft verschleierten Sichtbarkeit, kamen die verborgenen Kräfte wie auf einen Zauberschlag alle hurtig herbei, um sich ihrem Herrn dienstbar zur Verfügung zu stellen.

Da war es nun, als gälte es zwischen Naturwelt und Menschheit wie in einem Kampf um die Wette die ganze Welt im Sturm zu erobern und die Oberfläche der Erde von Grund aus zu erneuern. Kaum erschienen allenthalben die Volksredner auf öffentlichen Plätzen und standen am Rednerpult der Parlamente, kaum widerhallte die Welt vom lauten Ruf nach Freiheit und Fortschritt, und schon war auch die Natur mit allen erdenklichen Hilfsmitteln zur Hand. Die Dampfmaschine förderte den gesteigerten Weltverkehr auf den immer weiter ausgedehnten Land- und Wasserlinien, die Telegraphie bot dem Gedankenaustausch ihre Biltze dar und die Schnellpresse ihre Räder und Walzen zur intensivsten Bearbeitung der Geister. Nie hatten die Weltverbesserer schönere Tage erlebt.

Wird sie nun nicht bald kommen die ersehnte goldene Zeit? Und der Messias, der sie zu nützen versteht?

Seltsam, als wäre 1789 das Volk erst nur halb vom Schlafe erwacht, ging 1848 mit gewaltigem Lärm abermals ein lautes Rufen nach der Freiheit durch alle Länder und siehe — wie in zweiter Auflage steht um die Mitte des Jahrhunderts wieder ein Napoleon vor der erstaunten Welt und ihm gegenüber ein anderer Pius. Wird der neue Bonaparte vollenden, was der erste begonnen? Bedeutet sein Kommen Krieg oder Frieden?

An großen Worten und hinreißender Ruhmredigkeit fehlte es ihm nicht, um den glücklich erreichten Höhepunkt der Zivilisation zu verkünden. Als wäre die Kultur in die Polhöhe ihrer Kulmination eingetreten, so ergoß sich jetzt der Glanz der modernen Ideen wie aus mächtigen Scheinwerfern von Paris aus über alle Länder Europas, um alle jene dunklen Partien zu beleuchten, wo die große Revolution des



vorigen Jahrhunderts noch irgendwelche Lücken gelassen und den Bruch mit der Vergangenheit nicht vollends hatte vollziehen können. Der böse Geist der Empörung fuhr jetzt mit den Fanfaren des Nationalitätsprinzipes und mit der Chamade der Nichtintervention in die Völker, Cavour und Palmerston, Mazzini und Garibaldi erlebten jetzt herrliche Tage. Aber auch Bismarck.

Der Liberalismus sieht heute noch mit Stolz zurück auf jene Glanzperiode seiner unumschränkten Herrschaft; leider nahm diese Kulmination der Kultur, welche mit der ersten Pariser Weltausstellung und mit der Umgestaltung der Metropole Frankreichs in eine moderne Weltstadt einen so glänzenden Anfang nahm, zuletzt ein Ende mit Schrecken. Nicht umsonst hatten in jener Ausstellung auch die ersten Kruppkanonen sich bereits sehen lassen.

Wie bei ihrem ersten Auftreten erwies sich die Revolution auch in ihrer verbesserten zweiten Auflage als ein Moloch, der die eigenen Kinder verzehrt. Die Politik der modernen Ideen führt weder in die Hallen der Freiheit noch in den Tempel des Friedens. Durch ein Plebiszit scheinbar vom Volke auf den Thron erhoben, ging der dritte Napolen, bald rechts bald links buhlend um die Gunst der öffentlichen Meinung, als ein rücksichtsloser Autokrat seine eigenen Wege und stürzte zuletzt durch die unerbittliche Konsequenz seiner Untaten ins eigene Schwert. Und das Volk? Hatte es nicht geglaubt, je größer seine Bewegungsfreiheit wäre im Wettbewerb um die Güter dieser Welt, um so mehr würde es in üppigem Wohlstand eines dauernden Friedens sich erfreuen? Trügerische Hoffnung.

Wohl hat es um die Mitte des 19. Jahrhunderts ebenso wie am Ende des vorhergehenden von seiner Freiheit einen ausgiebigen Gebrauch gemacht: zuerst haben sie im Februar 1848 sich der blinden Wut des Pöbels ausgeliefert, haben einige Monate später in blutigem Straßenkampf Paris in ein Schlachtfeld verwandelt; haben dann weiter durch eine allgemeine Volksabstimmung ihr Schicksal einem Diktator



und Imperator anvertraut, und dieser schleppte sie wie sein Ahnherr abermals von einem Schlachtfeld zum andern, von Sebastopol bis Sedan. Dabei wurde die Landesmetropole, nachdem sie mit riesigem Aufwand als ein Vorbild moderner Großstadtherrlichkeit mit Palästen geschmückt und in ein glänzendes Idol war umgewandelt worden, eine Beute der Petroleure und Kommunarden.

Und die heißersehnten Ideale der wahren Kultur, die Paradiesesfrüchte des goldenen Zeitalters, Freiheit, Friede und Wohlfahrt? Wo sind sie? Nach so rastlosen Bemühungen und nach so riesigen Opfern? Nach so fein ausgeklügelten Reformen?

Allerdings, die Welt schreitet vorwärts. Es wachsen die riesigen Unternehmungen, es wachsen mit der allgemeinen Wehrpflicht die Armeen, es wachsen die Artilleriewerkstätten und Gewehrfabriken und der Krieg nimmt so entsetzliche Dimensionen an, daß die Kriege der Vorzeit dagegen wie ein bloßes Kinderspiel erscheinen. Und was dabei das Bedenkliche ist, mit dem Anwachsen der großen Unternehmungen wächst auch die Macht des Geldes und der Juden und von diesen gehetzt und geschürt wächst auch in steigender Progression einerseits die Begehrlichkeit und anderseits die Nervosität nnd Empfindlichkeit der Massen. Nebenbei bemerkt, es wachsen auch die Schulden und die Steuern; denn es wird jetzt nicht mehr mit Millionen, es wird nur noch mit Milliarden gerechnet.

Die Welt hätte nach dem Zusammenbruch der zweiten Revolutionsperiode, die mit dem Brande der Tuillerien ebenso grauenvoll abschloß wie die erste mit dem Brande von Moskau, vieles lernen können. Sie hat nichts gelernt.

Allerdings wurde einst in demütiger Anerkennung der göttlichen Strafgerichte, der vom ersten Napoleon zur Apotheose seines Ruhmes erbaute Tempel in eine Kirche umgewandelt und der hl. Büßerin Magdalena zugeeignet in allernächster Nähe des Schaffots Ludwigs XVI.; auch erhob sich nach dem Sturze Napoleon III. auf der Höhe von Mont=



martre ein grandioses Sühnedenkmal mit der Aufschrift: Gallia poenitens — indes die Welt ist über diese Anwandlung zu besserer Einsicht bald zur Tagesordnung übergegangen. Zur Zeit der vis major der Stimmenmehrheit haben konservative Minoritäten nichts mehr zu bedeuten.

Schwer wie die düstere Nacht liegt der Titanentrotz über der großenteils ungläubig gewordenen Welt. Namentlich über der sogenannten gebildeten Welt. Der durch den Rationalismus und Kritizismus entfesselte Geist der Negation hat unter der zärtlichen Pflege und Obhut der Freimaurerei und des Judentums in den Geistern entsetzliche Verheerungen angerichtet.

Tacitus hat einst das Elend der römischen Kaiserzeit mit den zwei Worten bezeichnet: Corrumpere et corrumpi — diesem Bazillus der Korruption hat in unserem hochgepriesenen Zeitalter sich noch ein zweiter beigesellt — ohne Bedenken könnte man die vom Liberalismus beherrschte Glanzperiode mit der Überschrift versehen: Decipere et decipi. Wir leben in einer Zeit, in welcher Betrug und Schwindel mit bewußter Absicht geschäftsmäßig und planmäßig im größten Maßstab betrieben werden und ungestraft betrieben werden können.

Gott hat es so zugelassen, daß die Dämme und Schutzbauten, welche eine bessere Zeit aufgerichtet hatte, um das Unheil der Massenbetörung ganzer Völker abzuwehren, großenteils gefallen sind. Die Welt wollte es eben selbst nicht anders, sie will betrogen sein.

Der Höhepunkt geistiger Verirrung war übrigens in jener glanzvollen Zeit, in welcher die Aussaat der modernen Ideen eine so reiche Ernte hielt, noch keineswegs erreicht. Jener große Anlauf zur Erneuerung und Wiederbelebung der Revolution, welcher mit dem Taumel des Jahres 1848 begonnen und während des zweiten Kaiserreiches Europa abermals in gewaltige Bewegung versetzt hat, hat sowohl in der schulmäßigen Ausgestaltung der liberalen Doktrinen wie auch in der erfolgreichen Durchführung des neuen Rechtes



der vollendeten Tatsachen in weniger rohen und gemeinen Formen sich geäußert — im Grunde aber war es ganz derselbe Geist, von dem die Gewaltmenschen Danton und Robespierre besessen waren.

Die vom Glauben emanzipierte Menschlichkeit muß eben, so unmenschlich sie ihrem innersten Wesen nach auch ist, wenn sie auf der Weltbühne erscheint, sich immerhin einigermaßen in menschlichen Formen zeigen und ihre erlogene Talminatur hinter schönen Phrasen verbergen; — indes Karikatur ist Karikatur, die aus der Zucht christlicher Gedanken entlaufene Freiheit mag wie immer sich in der Pose der Humanität aufzutreten bemühen, im Grunde ist ihr wahres Wesen doch nichts anderes als eine Art unblutiger Barbarei, und wenn so eine Glanzepoche der unblutigen Barbarei zuletzt immer wieder mit der blutigen endet, darf niemand daran wundernehmen.

Glücklicher Weise hat außer dem Licht katastrophaler Feuersäulen, welche vom Kreml her und von den Tuillerien aus die schwarze Nacht der liberalen Weltherrlichkeit grell beleuchtet haben, noch ein anderes Licht über die geblendete und verblendete Völkerfamilie Europas freundlich sich ergossen. Der Statthalter Christi von damals, der zur Zeit des zweiten Kaiserreiches den Kelch der Bitterkeit zu trinken hatte, nannte sich mit einem sehr zeitgemäßen Namenszeichen Kreuz vom Kreuze. Gemäß diesem sinnvollen Zeichen hielt er der Welt genau so, wie sie es damals bedurfte, das Licht der Ewigkeit entgegen, wie es mit seinen milden Strahlen vom Kreuze ausgeht. Zuerst predigte er der erstaunten Welt im Dogma der unbefleckten Empfängnis das vollkommenste Ideal der wahren Menschlichkeit, damit sie im Stande wäre, das fratzenhafte Zerrbild der falschen Humanität, wie der dünkelhafte Hochmut der Philosophie es sich erträumt hatte, damit zu vergleichen und in seiner erbärmlichen Blöße und Dürftigkeit zu erkennen. Eine ganze Reihe von unleugbaren und unanfechtbaren wunderbaren Tatsachen, welche in Lourdes die ungläubige Welt Schlag auf Schlag gleich Faustschlägen

ins Angesicht trafen, bildeten dazu die angemessene Illustration.

Damit nicht genug, in einer der ernstesten Stunden der Weltgeschichte, als in Berlin und Paris vor Ausbruch des großen Krieges die letzten Noten gewechselt wurden, als tiefdunkle Gewitterwolken die untere Welt beschatteten, öffnete sich über dem Vatikan abermals der Himmel und es fiel von dort mit der Verkündung der Unfehlbarkeit des Papstes wie aus der Finsternis des Karfreitags heraus abermals ein Lichtstrahl auf die von Furcht beinahe verzagende Welt.

Von den Nachbetern Kants hat wohl keiner jemals ernstlich darüber nachgedacht, wie diese Betonung der Autorität gleich dem Wurf Davids mit dem Kieselstein die Riesenstirn des modernen Goliath getroffen hat. Gottes Weisheit geht noch immer über Menschenweisheit, das ist damals allen Einsichtigen klar geworden, nur der Welt selber nicht, der Welt nämlich in dem Sinne, in welchem Christus von ihr spricht.

Diese ging unbeirrt durch alle irdischen und himmlischen Lichtsignale ihre gewohnten Wege weiter; anscheinend schritt sie immer siegreicher und selbstbewußter in die schimmernde Lichtfülle ihrer selbsterdachten Theorien und kulturellen Errungenschaften hinein, in Wirklichkeit aber verrannte sie sich in immer tiefere Schatten und Irrgänge ihrer träumerischen Illusionen.

Nach der Epoche Gallia docet kam jetzt die Zeit mit dem Kapitel Germania docet. Es kam die Zeit des Kulturkampfes. Warum auch sollte das neuzeitliche Illuminatentum es nicht wagen dürfen, im Punkt der Weltverbesserung den Heiland der Welt und dessen Stellvertreter in Schatten zu stellen und die Franzosen noch übertreffen zu wollen? Die deutsche Gründlichkeit hat von jeher Großes geleistet. Selbst Mirabeau kam einst von seiner Reise nach Deutschland in die Heimat zurück beinahe außer sich vor Verwunderung über die scharfsinnige Gedankenleistung des Philosophen von Königsberg. Für das Erkennen mit einem Schlage Gott und die Vernunft zugleich zu töten ist wahrlich keine Kleinig-

keit. Erst vor kurzem, am 3. August 1911, hat der englische Kriegsminister Haldane in einer Festrede an der Universität Oxford hierüber also sich geäußert: Im Todesjahre Lessings, 1781, erschien ein Buch aus der Feder eines noch gründlicheren Revolutionärs. In diesem Jahre veröffentlichte Kant seine „Kritik der reinen Vernunft". Heine vergleicht die geistige Revolution, welche dieses Buch bewirkte, mit der französischen Revolution und zugleich, in seiner eigenen Weise, Kant mit Robespierre. „Auf beiden Seiten des Rheines sahen wir denselben Bruch mit der Vergangenheit; der Tradition wird alle Ehrfurcht gekündigt; wie in Frankreich jedes Recht, so muß in Deutschland jeder Gedanke sich justifizieren lassen, wie hier das Königtum so stürzt dort der Deismus, der Schlußstein des alten Regimes. Man sagt, die Nachtgeister erschrecken, wenn sie das Schwert eines Scharfrichters erblicken. Wie müssen sie erst erschrecken, wenn man ihnen Kants „Kritik der reinen Vernunft" entgegenhält! Dieses Buch ist das Schwert, mit welchem Gott in Deutschland ist hingerichtet worden. Ehrlich gestanden, in Vergleich mit uns Deutschen seid ihr Franzosen noch mild und moderant. Hätten die Bürger von Königsberg die ganze Bedeutung der destruktiven Gedanken dieses Mannes verstanden, so hätten sie in seiner Gegenwart größere Angst empfunden als dem Henker gegenüber."

Die Geschichte der Philosophie hat in ihrer Entwickelung von Fichte und Hegel bis Schopenhauer und Nietzsche dieses Urteil nur zu sehr bestätigt. Losgelöst von aller Abhängigkeit von Gott ist die menschliche Vernunft nicht mehr ein zuverlässiger Spiegel der Wahrheit, sondern ein in allen Farben des Irrtums schillerndes Kaleidoskop, ein allzeit täuschender Wechselbalg von heute auf morgen. Namentlich unter dem Einfluß der Kantischen Philosophie ist der Gedanke, der Mensch sei als alleinige Quelle des Rechtes und der Wahrheit in allen Dingen sich selbst genug, zu einem wahren Seuchenherd der geistigen Ansteckung geworden, und man muß leider sagen, dieser Gedanke der Menschenvergöt-

terung ist bei einem Großteil der Gebildeten nicht blos zu einem Dogma, sondern geradezu zu einer fixen Idee und Zwangsvorstellung, und was noch schlimmer ist, in weiten Volksschichten zum Wahnsinn geworden. Daß ein Nietzsche gerade zur Zeit des deutschen Kulturkampfes, welche Zeit von vielen als der Höhenrekord menschlicher Entwicklung angesehen wird, im Flug seiner ausschweifenden Gedanken an der Grenze von gut und bös angelangt ist, ist von symptomatischer Bedeutung für das fieberhafte Delirium der jetzigen Zeit. Nach diesem Höhenrekord kann nur noch Eines kommen, die Tobsucht der blutigen Barbarei.

Wann wird die Welt aus ihren antichristlichen Fieberträumen wieder zurückkommen zu vernünftigen Gedanken? Wann wird man endlich in den Kreisen der Humanitätsschwärmerei zu begreifen anfangen, daß es einen Standpunkt der reinen Natürlichkeit und Menschlichkeit für den Menschen überhaupt nicht gibt und unmöglich geben kann. Losgetrennt von jeder Beziehung zu Gott ist der Mensch kein Mensch mehr, eben seine gottebenbildliche Natur, zufolge welcher er ohne Gott schlechterdings kein menschliches Dasein führen kann, macht ihn zum Menschen.

Wahrlich dafür, daß Kant wie ein anderer Copernikus den Menschen aus seiner heliozentrischen Stellung zu Gott herausgerissen und anstatt Gott den Menschen selbst zum Mittelpunkt des menschlichen Daseins gemacht, verdient er nichts weniger als den Dank des deutschen Volkes. Das war nicht eine deutsche Tat, sondern eine echt jüdische Untat.

Freilich denkt jeder, wenn in hohen Tönen das Loblied deutschen Wesens und deutschen Geistes angestimmt wird, zunächst an Lessing und Kant. Warum nicht auch an die Juden? Es ist überaus bezeichnend, wie vor kurzer Zeit der Rabbiner Dr. Baek (Düsseldorf) über jüdische Eigenart sich ausgelassen hat: Wir Juden sind im Weltparlament immer auf der linken Seite gestanden als unsers Herrgotts getreueste Opposition. Stets sind wir die Wenigen, die großen Andersdenkenden gewesen und haben dadurch unser



eigenes Antlitz erhalten. Wir existieren nicht blos, wir sind etwas, wir stellen einen eigenen Stil in der Menschheit dar. Das Erste, was unterscheidend an uns hervortritt, ist der unorthodoxe Zug. Wir haben aus der Religion kein System gemacht; die Art des Talmud ist es, daß er nie und nirgends fertig ist. In ihm erhebt sich Schicht auf Schicht im Widerspruch über den andern. . . . Es wäre leicht darüber zu spotten: aber es liegt etwas Tiefes, Ernstes darin: der Sinn für die Endlosigkeit des Wissens, das Gefühl dafür, daß eine Frage nie abschließend beantwortet werden kann. . . . Wenn man also das jüdische Antlitz in seinem geistigen seelischen Charakter kennzeichnen wollte, müßte man sagen, wir haben ein unorthodoxes Gesicht, uns steckt die Philosophie im Blut, dieses Forschen und Grübeln, Prüfen und Wägen."

Wahrlich, ein hochinteressantes Geständnis. Der Geist der modern deutschen Wissenschaft, welcher durchaus von der Zweifelsucht Lessings besessen und mit den leeren Denkformen Kants gestempelt ist, ist wesentlich jüdischer Geist.

Dieser Geist versteht sich nicht blos aufs Grübeln und Zweifeln, sondern auch aufs Feilschen und Handeln, aber auch aufs Hetzen und Unruhestiften. Nicht mit Unrecht hat Lagarde die jüdische Literatur nach Judas dem Verräter geradezu Ischariotismus genannt. Wehe dem Volke, das in unglaublicher Verblendung sich durch den Abfall von Christus den Juden ausliefert. Die negativen Spekulationen der glaubensfeindlichen Philosophie leisten den positiven Geldspekulationen der Juden vortreffliche Dienste. Je mehr es gelingt in den christlichen Völkern das gemeinsame Glaubensbewußtsein zu erschüttern und den Frieden der Konfessionen zu stören, um so leichter ist es, ihre materiellen Glücksgüter zu mobilisieren und ihre Taschen auszuleeren.

Die Juden müßten keine Juden sein, wenn sie es nicht verstanden hätten, in allen christlichen Ländern, und nicht zum geringsten Teil auch in Deutschland, das ätzende Scheidewasser der destruktiven Wissenschaft für ihre Zwecke auszu-



nützen. Je mehr es gelingt, ein Volk zu versimpeln, umso leichter ist es zu übertölpeln.

Diese Philosophie hat im Bund mit dem Judentum und seiner Presse im christlichen Europa und besonders in Deutschland entsetzliche Verheerungen angerichtet. Es ist dahin gekommen, daß in ganzen Schichten der Bevölkerung die erste Voraussetzung einer wahren menschlichen Kultur und Gesittung, der Wille zur Wahrheit, gänzlich zerstört worden ist. Ohne diese Wissenschaft, welcher das Ankämpfen gegen die göttliche Offenbarung ein unentbehrliches Bedürfnis geworden ist, wäre es unmöglich gewesen, daß die Giftpflanzen des evangelischen Bundes und der organisierten Freidenkerei im deutschen Volke so üppig hätten ins Kraut schießen können. Wäre durch die gemeinsame Hetzarbeit dieser angeblichen Wissenschaft und der Judenpresse das Fundament des Glaubens im Volke nicht bis zu dem Grade zerstört worden, daß viele haßerfüllt gegen die Lehren des Evangeliums jeden Unrat der Lüge heißhungrig verschlingen, weil ihnen die Vorliebe für das Gift ebenso schulmäßig und planmäßig beigebracht wurde, wie der Widerwille gegen die gesunde Nahrung der ewigen Wahrheit, hätte die Sozialdemokratie keine so riesige Ausdehnung erlangen können.

Scharf und treffend hat seinerzeit — es war am 15. Dezember 1905 — der christlich konservative Reichstagsabgeordnete Stöcker das Elend dieser geistigen Verblödung hervorgehoben mit Worten, die heute wohl noch vielen im Herzen nachklingen. „Worin liegt es," fragte er die Vertreter der Regierung und des Volkes, „daß in einem gebildeten Volke solch eine wahnwitzige Verbildung der Köpfe und Herzen hat stattfinden können? Ich glaube, etwas zur Beantwortung dieser Frage beitragen zu können. Ich erinnere nur an Namen wie Marx, Lassale, Singer und Stadthagen. Meine Herren, nicht ein Mann von meinem christlichen Standpunkt, ein liberaler Gelehrter, Professor Mommsen hat das Judentum ein Element der Dekomposition genannt . . . Nun ist fünfzig Jahre hindurch, ungefähr seit 1848, eine



überwiegend schlechte Presse, vielfach Judenpresse, an der Arbeit, und diese fünfzigjährige Verdummung, Demoralisation und Entchristlichung unseres Volkes, die allmählich in den Köpfen und Herzen eine Verwüstung ohne Gleichen angerichtet hat, ist die Vorfrucht der heutigen sozialdemokratischen Verwüstung der Geister. Daß man gegen diese unheilvolle Macht nicht gekämpft hat, als es noch Zeit dazu war, daß die bürgerlichen Parteien sich diese Judenmacht an der Börse wie in der Presse, in der Literatur wie im Theater haben über den Kopf wachsen lassen, das ist das Unglück Deutschlands ... Aus einem Volk des Geistes sind wir ein Volk des Geldes und Mammons geworden."

Übrigens kann kein Denkender umhin, wenn er die jetzige Zeitlage im Rahmen der Geschichte sich verständlich zu machen sucht, selbst angesichts dieser trostlosen Zustände in den Zulassungen Gottes die Weisheit der Vorsehung zu bewundern.

Nicht immer konnten die Völker im Zustand ihrer kindlichen Unreife verbleiben. Auf die Zeit, wo es nötig war, die Atmosphäre des Glaubens weit ängstlicher durch Schutzmaßregeln jeder Art vor Ansteckung zu bewahren, mußte später, als die Völker sich ins christliche Denken mehr eingelebt hatten, eine Zeit größerer Selbsttätigkeit kommen, um auch selbst als Träger des christlichen Geistes an der Entwicklung der christlichen Ideen mitzuwirken. Nachdem Gott selbst den Menschen zur Freiheit erschaffen hat, und weil der Glaube nichts anderes ist als eine Schule, um die Menschen zur Freiheit der Kinder Gottes zu erziehen, war es unvermeidlich, daß in der Entwicklungsgeschichte der Christenheit einmal eine Periode größtmöglicher Bewegungsfreiheit für alle eintreten mußte.

Außer den Werten der Ewigkeit auch den Gütern der diesseitigen Welt strebsam nachzugehen, ist ja nichts Unrechtes. Europa hätte zu den unleugbaren und erfreulichen Fortschritten der Neuzeit den Weg auch gefunden und finden können, ohne sich die alte Glaubenseinheit verloren gehen zu



lassen. Die emsige Weltrührigkeit der neueren Zeit hätte mit der frommen Gläubigkeit von früher vereint die schönsten Früchte tragen können. Es war keineswegs notwendig, daß gesunder Weltsinn und gottergebene Frömmigkeit sich von einander scheiden mußten, um getrennte Wege zu gehen. Leider gelang es dem Feinde der Menschheit, Unkraut unter den Weizen zu säen mit schlauer Berechnung der menschlichen Schwäche, welche von jeher geneigt war, den Dingen der naheliegenden Sichtbarkeit vor den ewigen Gütern den Vorzug zu geben.

Erdhaftes Sinnen und Trachten war einst das Unglück der Juden, so daß sie den Heiland nicht erkannten, erdhaftes Sinnen und Trachten lag allen Irrlehren und Spaltungen zu Grunde, nicht am wenigsten dem großen Abfall der Reformation. Kein Wunder, wenn zuletzt alle Geister der Verneinung unter der Führung des Judentums im Liberalismus mit allen seinen Schattierungen der materialistischen und naturalistischen Weltanschauung sich zum Kampf gegen das Christentum zusammengefunden haben.

Gott hat es so zugelassen. Es sollte im Zeitalter der Denkfreiheit an den Tag kommen, was alles im Menschen ist. Hat doch Jesus selbst zu den Schnittern gesagt: Laßt beides wachsen bis zur Ernte! Ehvor nicht alles ins Zeitalter der Reife eingetreten ist, ehvor der Acker der Kulturgeschichte nicht seine allerletzten Früchte hervorgebracht und ausgebildet hat, müssen Sichel und Sense ruhen, zum Abräumen der Ernte ist es erst Zeit, wenn die Dinge zum Äußersten gekommen sind.

Die freie Forschung, wie sie in der Reformation und Revolution sich ausgewirkt hat, hatte nach dem Plan der Vorsehung eine große Aufgabe zu erfüllen. Es soll ein großer Erntetag vorbereitet werden.

Es sollte sich zeigen, was die emanzipierte Menschheit für sich allein zu leisten vermag. Es sollte Klarheit darüber geschaffen werden, ob die Völker einer religiösen Oberleitung und geistig übernatürlichen Beihilfe entbehren könnten









oder nicht. Werden sie ohne diese Leitung und Beihilfe ihrer Kulturaufgabe gewachsen sein?

Sie werden ihr nicht gewachsen sein. Das ist angesichts der jetzigen Weltlage und angesichts der fortdauernden Kriegsbefürchtungen mit der von Tag zu Tag stets neu wiederholten Frage: Was wird das Schicksalsjahr 1913 uns für ein Säkulargeschenk bringen zum Andenken an die Völkerschlacht bei Leipzig? für jeden Denkenden über jeden Zweifel klar.

Unsre Welt, soweit sie auf die politische Gestaltung der Dinge entscheidenden Einfluß hat, steht ganz auf dem außerchristlichen Standpunkt der naturalistischen Weltanschauung und ist, soweit sie mit einem Fuß noch mit den konservativen Elementen des Volkes auf der rechten Seite steht, beinahe schon geneigt, mit beiden Füßen links abzuschwenken. Die gebildeten Kreise, allen voran die Vertreter der Wissenschaft, sind hinsichtlich der Mauserung vom halben Christentum zum vollendeten Atheismus und Antichristentum schon bis zum Äußersten vorangeschritten.

Das muß um so mehr befremden, nachdem es ihnen zur Warnung wahrlich nicht gefehlt hat an leuchtenden, vor aller Welt sichtbaren Zeichen der Zeit.

War es nicht zur Warnung für Fürsten und Völker, daß gerade zur Zeit der Wirren des Jahres 1848 und zur Zeit des Kulturkampfes zwei Päpste von welthistorischer Bedeutung, Pius IX. und Leo XIII. das Steuer des Schiffleins Petri in Händen hielten? Hätte die Welt von den Allokutionen und Rundschreiben dieser Päpste nichts lernen können? Wie einst Daniel dadurch, daß er im Tempel der Baalspriester Asche aufstreute, die Diebestritte und Schleichwege derselben sichtbar gemacht hat, so hat Leo XIII. mit seinen Enzykliken in alle Winkel der modernen Wissenschaft und Politik hineingeleuchtet, um die geheimen Schleichwege und Irrgänge der naturalistischen Weltanschauung ans Tageslicht zu ziehen. Zuletzt hat Pius X. auch dem heuchlerischen Pharisäerchristentum des Modernismus, wie es sich anschickte, mit dem Doktormantel der Kant'schen Philo-



sophie durch die Welt zu stolzieren, die Maske vom Gesicht gezogen.

Der modernen Welt gegenüber, soweit sie unter dem Einfluß der Judenpresse steht, ist alles umsonst. Es fehlt ihr der Wille zur Wahrheit.

Ihr Ideal ist die von Gott und Ewigkeit emanzipierte Humanität. Kant und Rousseau gehen ihr weit über das Evangelium. Wohlgemerkt, heute noch, nachdem durch eine mehr als hundertjährige Erfahrung alle diese Doktrinen theoretisch und praktisch als vollständig abgetan erscheinen müssen. Die Haltlosigkeit der Philosophie Kant's ist wissenschaftlich längst erwiesen. Wie der Götze Dagon im Philisterlande liegt der Abgott und Liebling der deutschen Wissenschaft mit zerbrochenen Gliedern enthauptet am Boden. Ein Jesuit hat es mit deutscher Gründlichkeit ihm also angetan.[1]) Das mag auch ein Grund sein, weshalb zur Zeit das auf sich selbst so stolze Deutschland durch seine jämmerliche Jesuitenfurcht vor der ganzen Welt dem Fluch der Lächerlichkeit verfallen ist.

Auch sonst ist die Schmach, womit der Kult der reinen Vernunft und der auf sich selbst isolierten Freimaurerhumanität in Theorie und Praxis seit mehr als 100 Jahren sich bedeckt hat, so riesengroß und niederschmetternd, daß man sich füglich wundern muß, daß unsere gebildete Welt nicht schon längst angefangen hat, derselben sich zu schämen.

Im Namen dieser Humanität ist einst die französische Revolution mit einem mächtigen Tam-Tam von Freiheit und Gleichheit über die Bretter der Geschichte gegangen, um die reine Menschlichkeit in ihrer ganzen Herrlichkeit auf den Thron zu erheben. Hätte sie sich noch mehr schänden und entwürdigen können, als sie es in Wirklichkeit getan? Wann hat sich die Menschheit jemals vorher oder nachher in größerer

1) Siehe die beiden Ergänzungshefte der Stimmen aus M. Laach von Tillmann Pesch „Die moderne Wissenschaft betrachtet in ihrer Grundfeste" und „Die Haltlosigkeit der modernen Wissenschaft".





Erbärmlichkeit gezeigt? Es konnte auch gar nicht anders sein. Auf sich allein angewiesen und von allem Zusammenhang mit Gott und dem Erlöser losgerissen muß der Mensch dem in ihm liegenden Naturdrang zur Unmenschlichkeit erliegen und in bodenlose Untiefen tierischer und dämonischer Gemeinheit versinken. Einen Standpunkt rein menschlicher, von jedem übernatürlichen Einfluß unabhängiger Bildung gibt es nicht. Entweder ist der Mensch ein Freund Gottes, dann ist er in Wahrheit ein Mensch und Abbild der Gottheit, oder er ist im Widerspruch zu seiner gottebenbildlichen Natur Gottes Feind und Gegenbild, dann ist er ein Unmensch und sinkt hinab ins Bereich der Tiere und Dämonen. Ein drittes gibt es nicht, sowenig ein Pendel, so lang es in Bewegung ist, in der senkrechten Lotlinie sich zu halten vermag.

Wie die Wortführer der großen Revolution glaubten auch die Meister der modernen Pädagogik Paul Bert und Jules Ferry, indem sie mit der Laienschule der unabhängigen Moral auf die Stelzen halfen, was Wunder sie für rein menschliche Bildung sie dadurch leisten würden. Nach Jules Ferry's Absichten sollte die Laienschule nicht religionsfeindlich sondern nur neutral, d. h. rein menschlich sein; — das gerade Gegenteil ist eingetreten. Der Fanatismus der religionsfeindlichen Lehrerschaft hat einen Grad erreicht, daß selbst die glaubenslose Regierung darüber sich entsetzt. Man hat im Gegensatz zu Ferry die Überzeugung gewonnen, daß eine religiöse Neutralität in der Schule ein Ding der Unmöglichkeit ist. Und die Resultate der sogenannten Laienschule, wie sie jetzt nach einer 30jährigen Erfahrung in Frankreich zu Tage treten, hätten sowohl in Hinsicht des Unterrichtes als auch hinsichtlich der Erziehung nicht kläglicher sein können, als sie in Wirklichkeit sind. Es mehren sich in zunehmender Progression die Analphabeten und die jugendlichen Verbrecher — Beweis genug dafür, daß das vom Erlöser selbst vorgesehene Salz der Erde für wahre Menschenbildung schlechterdings unentbehrlich ist.

So geht in der jetzigen Welt alles einer gewissen Reife

entgegen. Nirgends fehlt es an solchen Früchten, die als letzte Konsequenzen der durch Luther angefachten Völkerzwietracht sich erweisen. Die Leugnung der Gottheit Christi, die gänzliche Zerstörung der christlichen Rechtsordnung, die Vernichtung der geistigen Völkersolidarität, die Entthronung des hl. Vaters, das alles sind nicht etwa Erstlingsprodukte sondern letzte Endresultate des modernen Geistes, die eine Steigerung nicht mehr denken lassen. Das Äußerste aber ist der ausschließliche Laienunterricht, die gewaltsame Fernhaltung der Priester von der Volkserziehung.

Unter solchen Umständen ist die jetzige Weltlage mit ihrer entsetzlichen Kriegsbereitschaft nur allzu erklärlich. Die Schnitter stehen bereit, Ernte zu halten, ein der Sündflut ähnliches Gericht vor dem Weltgericht zu vollstrecken.

Es ist ja im Kampf zwischen Unkraut und Weizen beinahe schon so weit gekommen, daß man in grenzenloser Verblendung das Unkraut auf jede Weise hegt und den Weizen nur noch toleriert, soweit er eben geduldet werden muß. Die Welt ist nahe auf dem Punkte angelangt, das göttliche Machtwort: Lasset beides wachsen bis zur Ernte! nicht mehr länger gelten zu lassen, sondern die Ausrottung des Weizens zu verlangen.

Man will die Wahrheit nicht. Daher die traurige Wahrnehmung, wie allenthalben nicht bloß das Geistesleben verödet, sondern auch der Sinn für Gerechtigkeit schwindet, wie mehr und mehr die Liebe erkaltet und die Herzen sich vergletschern, so daß der Friede geradezu zur Unmöglichkeit wird.

Die Welt könnte den Frieden längst haben, wenn sie ihn hätte haben wollen. Sie hätte nur die Grundsätze der christlichen Wahrheit und Gerechtigkeit sich zur Richtschnur nehmen dürfen, wie sie in den Rundschreiben Leo XIII. mit aller nur wünschenswerten Klarheit dargelegt sind. Weit mehr als Berta Sutner hätte Leo der Erleuchtete für seine Friedensbestrebungen den Nobelpreis verdient.

Indes eine Welt, die nur im künstlichen Raketenschimmer

ihrer eigenen Weisheit und vermeintlichen Wissenschaft sich wohlgefällt, will das Licht nicht, das vom Lichte kommt.

Sie will es zum äußersten kommen lassen, sie will va banque spielen mit Gott selbst. Wenn sie nur dabei nicht den Kürzeren zieht!?

Das Auge Gottes ist noch immer offen über der gottvergessenen Welt. Wie ein brennendes Feuer glänzt beim Ablauf des 16. Säkulums nach dem Siege des Kaisers Konstantin im Namenszug des jetzigen Papstes das Zeichen des Welterlösers über dem Vatikan. Was hat das zu bedeuten? Will dieses Zeichen gleich dem Abendstern herabsinken unter den Horizont? Kündet es das Nahen des Weltenrichters an? Oder zeigt es gleich dem Morgenstern den Tag eines neuen Völkerfrühlings an?

## LV.

## Moderne Demokratie und Aristokratie.

Unser Zeitalter wird ein demokratisches genannt. Damit ist sehr viel, aber auch sehr wenig gesagt; denn Demokratie und Demokratie sind verschiedene Dinge und Begriffe. Auch das Zeitalter eines Perikles war ein demokratisches und hatte doch mit unseren Tagen und den herrschenden Mächten sehr wenig Ähnlichkeitspunkte aufzuweisen.

Demokratie heißt, kurz übersetzt, Volksherrschaft, und wir können bis heute etwa vier Typen oder Formen einer solchen Herrschaft unterscheiden: 1. die antike Demokratie als Herrschaft des Adels bezw. des freien Bürgertums; 2. die mittelalterliche städtische Demokratie als Herrschaft der Geschlechter und der geschlossenen organisierten Zünfte und Gilden; 3 die ehemalige Demokratie der Schweiz und anderer Kleinstaaten als Regierung und Selbstverwaltung der föderalistisch



verbundenen Gemeinden oder Kantone, mit gewöhnlich starker aristokratischer Färbung; 4. die moderne Demokratie als individualistisch-zentralistische Massenherrschaft.

Die moderne Demokratie, welche zugleich den konsequenten politischen Liberalismus darstellt, ist es fast ausschließlich, die wir bei unseren nachfolgenden Ausführungen im Auge haben. Ihre innere Unmöglichkeit darzutun, soll den wesentlichen Zweck der vorliegenden Zeilen bilden.

## I.

Die moderne Demokratie ist dem Prinzipe nach allgemeine Volks- oder ungegliederte Massenherrschaft und nähert sich, ebenfalls dem Prinzipe und der Konsequenz nach, der Ochlokratie. Ihr Vater ist J. J. Rousseau, der einflußreichste politische Literat der letzten zwei Jahrhunderte. Sein „Gesellschaftsvertrag“ ist das Evangelium der modernen Demokratie geworden. Der wahre Souverän ist nach ihm nicht der König oder der jeweils Herrschende, sondern das gesamte Volk, dessen zu erfüllender Wille sich in den Volksversammlungen ausspricht. Es gibt keinen anderen rechtmäßigen Willen im Staate als den (nicht existierenden) der Gesamtheit, den Willen der Masse. Rousseau hebt jeden Vorrang, jedes historische Recht, jede ständisch-rechtliche Gliederung auf. Das heutige ungegliederte, individualistische Massenwahlrecht und Wahlsystem beruht im Wesen auf der Rousseauschen Theorie.

Die moderne Demokratie als solche ist, im Gegensatz zu den antiken Demokratien, in ihrer Doktrin atheistisch. Rousseau hat, wie teilweise schon Montesquieu, Gott aus der Politik und aus der Staatslehre eliminiert. Er hat an die Stelle der Autorität und Souveränität Gottes die Souveränität des Menschen, d. h. des Gesamtmenschen, des Volkes gesetzt. Das Volk ist sich selber Herrscher und Gesetzgeber, Führer und Richter. Daß niemand sein eigener Führer sein kann, scheint die Theoretiker der Demokratie nicht weiter in Verlegenheit zu bringen.



Die Geburtsstunde, die Fleischwerdung der modernen Demokratie wie des politischen Liberalismus ist die französische Revolution. Und hieraus — wie auch aus ihrem Prinzipe — folgt, daß die Demokratie unserer Tage in hundert Fällen eine revolutionäre Tendenz verrät. Den schwankenden, unberechenbaren und im Grunde unerforschbaren „Gesamtwillen" des Volkes als maßgebende Richtschnur für eine Regierung festzulegen, ist an sich schon ein revolutionäres Beginnen. Bei der Julirevolution von 1830 und bei der Februarrevolution von 1848 war die treibende Kraft die Demokratie, und bei den chronischen Revolutionen, von denen die mittel- und südamerikanischen Staaten heimgesucht werden, ist die zutage liegende Ursache die demokratische Einrichtung und der demokratische Geist dieser Staaten. Dieses revolutionäre Wesen: dieses Grundlose und Schwankende der staatlichen Verhältnisse werden die modernen Demokratien, mit Einschluß der ihre Regierungen nach dem jeweiligen parlamentarischen „Mehrheitswillen" zusammensetzenden Staaten, nie völlig abstreifen. Moderne Demokratie und Stabilität der Verhältnisse sind Dinge, die sich gegenseitig ausschließen.

Trotz aller politischen Flachheit und aller inneren Widersprüche ist jedoch die moderne Demokratie eine gewaltige Macht geworden. „Man hat in der Welt," schrieb A. de Tocqueville[1]) bereits vor fünfzig Jahren, „keine ähnliche Macht gesehen seit dem Sturze des Römerreiches. Die Revolution hat diese neue Macht geschaffen, oder vielmehr sie ist wie von selbst aus den Ruinen erwachsen, welche die Revolution gemacht hatte. Die Regierungen, welche sie gründete, sind zerbrechlicher, das ist wahr, aber tausendmal mächtiger als eine jener, die sie zerstört hat." Die Kraft wie die Gefahr der modernen Demokratie liegt in der nicht immer berechenbaren Bewegung der schwerfälligen Masse, die vergleichbar ist einem Gebirgsstrome, welcher, in seine Ufer eingezwängt,

1) Zitiert nach Dr. R. Meyer, Der Emanzipationskampf des vierten Standes. 1. Bd. 2. Aufl. Berlin 1882. S. 447.



kulturell wohltätig wirken kann, der aber, wenn er sein vorgezeichnetes Bett überflutet, alle in mühseliger Arbeit errichteten Kulturwerke in kurzen Tagen vernichtet.

## II.

Die Auswüchse oder richtiger die notwendigen Ergebnisse der modernen Demokratie liegen vor den Augen aller Sehenden. In erster Linie hat die Demokratie unserer Tage, welche wie der alte Liberalismus die „Liberté, égalité et fraternité!" auf ihr Panier geschrieben, die Freiheit zum großen Teil vernichtet.

„Gegen den Absolutismus der früheren Zeit", schreibt eine österreichische Wochenschrift,[1]) „wurde die Demokratie als Allheilmittel gepriesen. Die Erfahrung hat indes gelehrt, daß der „Demos" ein viel größerer, roherer Tyrann ist, als es der Autokrat je sein könnte." Einen speziellen Beweis hiefür liefern die zwei bedeutendsten demokratisch-republikanischen Staaten unserer Zeit, Frankreich und die Vereinigten Staaten Nordamerikas.

Das feinfühlige französische Volk und seine Volksvertretung zeigten uns in den letzten Jahrzehnten ein rohes und brutales Kulturkämpfertum, wie die moderne Geschichte kaum ein zweites kennt; ein Kulturkämpfertum, das um so widerlicher erscheint, als es sich mit dem Mantel der „Legalität": des Mehrheitswillens des souveränen Volkes umkleidet. Die letzten kirchlichen bezw. antikirchlichen Gesetze und der damit verbundene schamlose Raub an der Kirche ließen jedes natürliche Freiheits- und Rechtsgefühl vermissen und wurden von fast allen nichtfranzösischen Staatsmännern, selbst von jenen des halbabsolutistischen russischen Reiches, verurteilt. Keine der großen Demokratien hat die Freiheit des Kultus und des Gewissens in so rücksichtsloser und raffinierter Weise anzutasten gewagt wie die heutige, atheistische französische Republik.

1) „Groß-Österreich" 1911, Nr. 28.



Wie die französische in der Unterdrückung der religiösen, so geht die auf demokratischer Grundlage errichtete nordamerikanische Republik in der Unterdrückung der gesellschaftlichen Freiheit allen übrigen Kulturländern voran. Die riesenhafte monumentale Statue der Freiheit, die den Einwanderer im Hafen von New-York begrüßt, ist zugleich die riesigste in Erz gegossene Lüge, die ein „frei" sich nennendes Volk aufgebaut. Auf Schritt und Tritt ist der freie amerikanische Bürger mit der Fessel des Gesetzes belastet; auf der Straße, im Eisenbahnwagen, im Gastlokale und selbst in der eigenen Wohnung läuft er Gefahr, wegen einer geringfügigen Gesetzesverletzung denunziert und zu empfindlicher Strafe verurteilt zu werden; in fast der Hälfte der Staaten kann der Amerikaner nicht über seine Getränke und Genußmittel frei verfügen. Die Versammlungsfreiheit, besonders der unteren Schichten, wird von der Polizei nach Belieben eingeschränkt. Wie es mit der Freiheit des Mannes in der Ehe bestellt ist, ist bekannt. Die Gleichberechtigung der Arbeiter mit den oberen Schichten besteht nur auf dem Papiere, der Kapitaldespotismus macht sich im ganzen Lande und in der ganzen Nation breit. Die Freiheit hierzulande, schreibt der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Dr. Karl Liebknecht, der 1910 Amerika besuchte, ist ein leeres Wort, ein Humbug, und die vielgepriesene amerikanische Demokratie ein leeres Trugbild („Der Textilarbeiter" Nr. 51 vom 23. Dezember 1910).

Mit der freiheitswidrigen inneren Politik der modernen Demokratie verbindet sich regelmäßig deren staatliche Korruption. „Es ist notorisch", behauptete vor bereits fünfzig Jahren ein staatswissenschaftlicher Schriftsteller,[1]) „wie (in demokratischen Staaten) die Korruption in der Verwaltung und Justiz wächst." Für diese Behauptung liefern wieder Frankreich und Nordamerika ein erdrückendes Beweismaterial.

1) Constantin Frantz, Kritik aller Parteien. Berlin 1862. S. 133.



Die heutigen Regierungsmänner und die Mehrzahl der Deputierten Frankreichs stehen im freiwilligen oder unfreiwilligen Dienste und im Solde der Börse. Anatole France charakterisierte vor ein paar Jahren die Republik mit den Worten: „Frankreich ist keine Republik, es ist ein Finanzstaat; unser Land regieren weder der Präsident noch die Minister und die Kammern, unser Land regieren die Kreditinstitute — alles geschieht durch sie."[1]) Dieses Regiment der Geldmacht und die enge Verbindung derselben mit den führenden Politikern bewies der Panamakrach vom Jahre 1888 auch dem Unwissendsten und Blödesten. Die Panamaaffaire erwies sich als ein staatlich geschützter Fischzug der Börse und ihrer Handlanger. Hundert Parlamentarier und politische Genossen bereicherten sich, die Staatsgewalt schwieg und das Volk — verlor $1^1/_2$ Milliarden ersparter Rente.

Die Herrschaft der überwiegend jüdischen Geldmacht zeigte dem tiefer Schauenden auch der Dreyfusprozeß; die Korruption im Beamtentum bewies speziell der letzte große Kirchenraub der Republik, bei dem Millionen in den Taschen der mit der Durchführung des Raubes Beauftragten verschwanden.

Die Korruption der französischen Demokratie wird an Ungeniertheit und Ausdehnung von der nordamerikanischen überboten. Die Käuflichkeit der amerikanischen Kongreßmitglieder ist seit mehr als einem halben Jahrhundert eine offenkundige Tatsache.[2]) Die Summen, welche nach den

1) Zitiert nach Dr. Jos. Eberle, Großmacht Presse. München-Mergentheim 1912. S. 56.

2) Vgl. „Histor.-polit. Blätter", Bd. 149, S. 622 f. — Mit der politischen verbindet sich die moralische und wirtschaftliche Korruption der amerikanischen Geld-Demokratie und ihrer politisch einflußreichen Männer. Sie haben auf die Katheder der Hochschulen eine Reihe von Dozenten gebracht, welche die Lehren des Kapitalismus als „Nationalökonomie" vortragen, sie üben durch ihre großen Dotationen einen mehr als bedenklichen Einfluß auf die in Frage kommenden Universitäten aus. „Die Professoren Lewis

Enthüllungen vom August 1912 s. Z. zur Durchsetzung der Wahl Roosevelts aufgewendet wurden, zeigen u. a., daß die staatlich-politische Korruption fortdauert und nach Lage der Dinge fortdauern muß.

Das vielleicht bedenklichste Ergebnis der individualistischen Demokratie liegt auf politisch-ethischem Gebiete. Die modern-demokratische Staatseinrichtung, wie zum Teile auch der auf individualistisch-zentralistischer Grundlage ruhende Parlamentarismus, führt zur Herrschaft der Mittelmäßigkeit.

Das Niveau der rein demokratischen, führenden Intelligenz ist gewöhnlich ein ziemlich tiefes. „Der demokratische Schriftsteller Stuart Mill gesteht dies in seinen Betrachtungen über Repräsentativverfassung selbst ein. Die Mittelmäßigkeit kommt oben auf, indessen höhere Geister immer mehr an Einfluß verlieren, und (zuletzt) ganz aus der Öffentlichkeit verschwinden." [1])

Die Entwicklung der Rosseauschen Demokratie kann keine andere sein. Die Demokratie wird und muß ihr ödes Gleichheitsprinzip dem ganzen Staatswesen und dem Staatsgedanken aufzudrücken versuchen. Die natürliche Folge hievon wird auch eine mittlere, weil gleiche politische Bildung, eine Durchschnittsintelligenz sein, weil sie eben der Masse entspricht. Und das wird nicht zur Hebung, sondern zum Sinken der Geister und zur Ausschaltung der hervorragenden und selbständigen Intelligenzen führen. Die Elite einer Nation in einem auf dem demokratischen Gleichheitsprinzip ruhenden Staate in seiner Volksvertretung zu suchen ist eine politisch-psychologisch zu betrachtende Naivität. Wenn man das Repräsentantenhaus betritt, sagt der Geschichtsschreiber

in Chicago, Roß in Laland Stanford University mußten auf die Forderung der Gründer hin entlassen werden. Dieses sind natürlich nicht die einzigen Fälle der Einmischung; in anderen Fällen gaben die Professoren nach oder scheuten sich, die Anstalt zu kompromittieren" („Histor.-polit. Blätter" Bd. 135, S. 704).

1) Constantin Frantz, a. a. O. S. 131.



der nordamerikanischen Demokratie, A. de Tocqueville,[1]) „ist man erstaunt über die gemeinen Physiognomien, das ungeschliffene Benehmen und platte Gerede." Und doch ist Tocqueville als ein sehr günstiger Beurteiler Amerikas bekannt. Seitdem sind die Dinge bei den Vertretern der großen Union nicht besser, sondern schlimmer geworden. Es ist notorisch und fast allgemein zugegeben, daß die staatsmännischen Kapazitäten der Vereinigten Staaten in stetiger Abnahme begriffen sind oder sich vom öffentlichen Leben zurückziehen.

Auch aus der freien Schweiz tönen heute Klagen über das bedenkliche Ergebnis des demokratischen, alle höher veranlagten Geister zurückdrängenden Regimentes. „Es mag gut sein," schreibt der Schweizer J. Kronenberg,[2]) „daß unsere Verfassung darauf angelegt ist, daß der Einzelne nicht zu viel Macht erlangen kann. . . . Aber alles hat sein Maß und eine so systematische Züchtung der Mittelmäßigkeit, die auch im Verfassungsmäßigen eine überragende Persönlichkeit nicht ertragen kann, die am liebsten solche in hoher Stellung sieht, die ihr Emporkommen mehr dem Zufall und der Partei als der persönlichen Kraft verdanken, die, mit einem Worte, der Mehrheit alles, der Minderheit nichts geben will, ist für kein Land ein Segen, auch nicht für die Republik."

Auch unsere demokratisch eingerichteten, d. h. auf dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht fußenden Parlamente lassen, wie bereits an dem Vorstehenden resultiert, eine Abwärtsbewegung, eine Bewegung zum Mittelmäßigen, ein Verblassen der ehemaligen politischen Ideale und ein Sinken der Höhe der einstigen Debatten für jeden älteren Beobachter erkennen. „Schon vor mehr denn fünfzig Jahren hat der bekannte englische Parlamentarier Earl Grey festgestellt, daß aus den allgemeinen Wahlen fast ausschließlich Männer her-

1) Ebenda S. 132.
2) „Die Freistatt" 1911, S. 468 f.

vorgingen, welche immer bereit sind, die volkstümliche Tagesmeinung sich anzueignen, was immer sie sein möge, und sich zu ihren Organen zu machen. Männer aber von aufgeklärten Ansichten, unabhängigem Charakter seien ungeeignet dem Sturm einer Volkswahl zu begegnen und würden beinahe, wenn nicht ganz und gar, davon ausgeschlossen sein. Dadurch aber würden die Debatten im Werte für wahre politische Volksschulung immer tiefer sinken." [1])

Im Grunde richtig, wenn auch im Einzelnen nicht immer zutreffend, schreibt Werner Sombart[2]) über die Verödung der parlamentarischen Politik: „Die Masse, die als Subjekt auftritt, hat die Diskussion verflacht. . . . Man möchte es fast für unmöglich halten, daß dasselbe Volk, in dem vor hundert Jahren die Stein, Hardenberg, Schön und Thaer Gesetze machten, in dem in den 1820er und 1830er Jahren Männer wie Nebenius, Humboldt, List den Ton angaben, in dem vor einem halben Jahrhundert eine Versammlung wie die der Männer in der Paulskirche die Geschicke der Nation berieten, in dem vor einem Menschenalter noch ein Treitschke und ein Lasalle am politischen Horizont wetterleuchteten, in dessen Parlament vor wenigen Jahrzehnten Männer wie Bennigsen, Lasker, Bamberger, Windthorst, Reichensperger mit einem Bismarck die Klinge kreuzten, daß dasselbe Volk, sage ich, einen solchen Tiefstand des politischen Lebens erreicht hat, wie ihn uns das ausgehende Jahrhundert erleben läßt."

„Die letzte Frucht der (modernen) Demokratie ist das Regiment der Schreier und Spektakelmacher. In Frankreich, Ungarn, Griechenland, Südamerika wird es bereits erlebt — zum Entsetzen der Verständigen." [3]) — —

---

1) „Histor.-polit. Blätter", Bd. 148, S. 309 f.

2) Die deutsche Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert. 2. Aufl. Berlin 1909. S. 513.

3) Dr. Jos. Eberle, a. a. O. S. 31.

## III.

Eine auf dem Volkswillen, der Volkssouveränität und der Selbstregierung und -Führung des Volkes aufgebaute Demokratie ist nicht nur mit dem christlichen Standpunkte unvereinbar, sie ist auch in sich unmöglich. Eine derartige Staatsform wurde in ihrer Reinheit selbst auf kurze Dauer nie verwirklicht; sie existiert nur in den Köpfen politischer Ideologen und durch alle Erfahrungen nicht heilbarer Optimisten.

Die echte moderne Demokratie hat nicht nur die Volkssouveränität und den Volkswillen zur theoretischen, sondern auch die deutliche Erkennbarkeit und gesetzliche Verwirklichung dieses Willens zur praktischen und elementaren Voraussetzung. Daß es einen derartigen, zusammenfaßbaren Volkswillen nicht gibt, und darum auch nicht dessen gesetzliche Verwirklichung durch Übertragung auf Deputierte, haben wir in diesen Blättern bereits früher ausgeführt.[1]) Das leuchtete selbst dem Vater der modernen individualistischen Demokratie, Rousseau, ein, der darum das ganze System und Prinzip der modernen parlamentarischen Repräsentation verwarf. Er will die unmittelbare Verwirklichung der Volkswünsche durch große Volksversammlungen.

Aber eine solche rein demokratische Herrschaft ist nur in einem sehr kleinen, niemals aber in einem großen Volke und Staate denkbar. „Die Erfahrung aller Zeiten lehrt", sagt F. C. Dahlmann,[2]) „daß reine Volksherrschaft nur in einem sehr kleinen und ungebildeten Staate statt hat, solche Volksherrschaft nämlich, welche die ganze Bevölkerung umfaßt und nicht etwa, wie im alten Hellas und in Italien, eine Menge freier Männer ausschließt und unzählige Knechte sich unterbreitet."

Der zitierte Satz Dahlmanns, wie jede nüchterne Beobachtung, zeigt, daß die Volksmasse nicht nur zur Gesetz-

1) Bd. 149, S. 605 ff.

2) Die Politik. 1. Bd. Leipzig 1847. S. 14.



gebung, sondern auch zur Regierung unfähig ist, daß es, mit anderen Worten, eine Volksherrschaft nie gegeben hat und nie geben kann.

Keine Regierung, selbst wenn sie die größte Selbstentäußerung mitbrächte, kann ihr Regiment zum Willensausdruck der Mehrheit der das Land bewohnenden Individuen oder Staatsbürger machen, schon aus dem einen Grunde, weil diese Mehrheit nie einen und einheitlichen, und damit gar keinen Willen hat. In keinem alten und in keinem modernen Staat hat je die Mehrheit der Volksgenossen geherrscht, sondern überall war es, als Folge der Ordnung, die Gott in die Natur und in die Menschheit gelegt, eine kleine Minderheit, die regierte, gleichviel in welchem Namen sie das tat: im Namen des Monarchen, der aristokratischen Korporation oder der großen Volks- und Wählermasse. Nicht einmal ein Verein kann als Verein sich selbst regieren. „In jeder Versammlung", sagt C. E. Jarcke,[1]) „. . . ist es nicht die Majorität, welche regiert, sondern einige Führer bestimmen die Majorität. Ebensowenig regiert aber auch in der Demokratie die Masse, sondern jene, welche dieselbe öffentlich oder im Verborgenen leiten."

Die Masse kann nicht regieren und führen, sondern sie muß geführt werden; sie ist „heute noch ebenso leitungsbedürftig wie vor 1800 Jahren",[2]) und wird es auch nach weiteren 1800 Jahren noch sein.

Die Masse kann nicht nur im Staate nicht führen und regieren; sie kann es nicht einmal als Partei und im Bereiche der Partei: in dem freien demokratischen Massengebilde unserer Zeit. Ein paar einflußreiche Führer, zwei, drei große Zeitungen geben den Ton an und bestimmen die Richtung der Parteipolitik, und die tausende und hunderttausende von Lesern, Hörern und Wählern folgen willig

1) Prinzipienfragen. Paderborn 1854. S. 156

2) Constantin Frantz, a. a. O. S. 125.



und unterwürfig.[1]) Nicht der Wille und die Anschauung der Parteiangehörigen bestimmt die Politik ihrer Abgeordneten, sondern umgekehrt, die Anschauung und Politik der letzteren sowie der ihnen dienenden Presse bestimmt die Politik und Überzeugung des Wählers. Man hat mehrfach die „Herdenpolitik" der Sozialdemokratie ironisiert; in Wahrheit besteht diese „Herdenpolitik", wenn auch in geringerem Umfange und in weniger auffälliger Form bei allen modernen Parteien. Es hat sich bei allen Parteien und Parteiorganisationen eine „Parteiregierung", oft in straffster Art und mit weitgehenden, oft bis ins politische Gewissen hineingreifenden Kompetenzen herausgebildet.

Quintessenz: Eine Demokratie nach Ansicht des modernen und doktrinären Demokratentums ist heute und ist in Zukunft existenzunfähig: Ein einheitlicher Volks- oder Mehrheitswille existiert nicht, dieser „Volkswille" kann somit auch nicht zur politischen Verwirklichung gelangen und am allerwenigsten auf Deputierte übertragen werden; das Volk oder die Masse kann außerdem nicht herrschen und regieren, weil das Regieren stets die Aufgabe nur weniger sein kann und weil es zudem wie jede schwierige und verantwortungsvolle Tätigkeit, auch — gründlich gelernt sein muß.

(Schluß folgt.)

1) „Wie Proudhon, der Revolutionär, vom allgemeinen Stimmrechte und von der öffentlichen Meinung denkt" schreibt Dr. A. Ebenhoch, „soll er uns selbst sagen: ‚Das französische Volk ist zu drei oder vier Herden zusammengepfercht, erhält von einem Führer die Losung, antwortet auf die Stimme seiner Koryphäen und denkt, daß recht sei, was jener gesagt habe. Da hat ein gewisses Journal 50000 Abonnenten; rechnet man sechs Leser auf ein Abonnement, so erhält man 300000 Schafe, welche an derselben Krippe fressen und blöcken.'" (Wanderungen durch die Gesellschaftspolitik. Linz 1896. S. 91.)

## LVI.

# Ein Donau-Main-Kanalprojekt vom Jahre 1656.

Von Dr. Georg Schrötter, Neuburg.

Seit den Tagen Karl des Großen hat der Gedanke einer Verbindung von Donau und Rhein durch eine künstliche Wasserstraße immer und immer wieder die Geister beschäftigt. Wie die Annalen Einhards zum Jahre 793[1]) berichten, hatte der Frankenkönig nach dem Rate von Sachverständigen „inter Radantiam et Alomonam fluvios" einen schiffbaren Kanal zu bauen anfangen lassen. Ungünstige Witterungsverhältnisse zwangen jedoch dazu, das begonnene Werk wieder aufzugeben, bevor es noch halbwegs beendet war. Für die kriegerischen Unternehmungen Karl des Großen, für Handel und Verkehr zwischen Franken, Alamannen und Baiuwaren wäre die Durchführung des Projektes von größter Bedeutung gewesen.[2]) Mehr als ein Jahrtausend verfloß,[3]) bis es unter König Ludwig I. von Bayern verwirklicht wurde, freilich in anderer Gestalt und erst zu einer Zeit, in welcher der Kanalverkehr mit dem Eisenbahnverkehr nicht mehr in aussichtsvollen Wettbewerb treten konnte. Allerdings hegte man noch im 19. Jahrhundert große Erwartungen. So schreibt der Erbauer des Kanals, Freiherr von Pechmann, voll hoffnungsfreudiger Begeisterung: „König Ludwig hat sich durch dieses Unternehmen den gerechtesten Anspruch auf die Dankbarkeit nicht nur seines Landes, sondern ganz Deutschlands, ja des größten

1) Scriptores rer. Germ. I, 179.

2) A. Erhard, Kriegsgeschichte von Bayern bis 1273. München 1870. I, 525.

3) Festschrift zur 40. Hauptversammlung des Vereins deutscher Ingenieure in Nürnberg. Nürnberg 1899.



Teils von Europa erworben."[1]) Man hatte dabei die wohltätige Wirkung im Auge, welche anderwärts der Bau und Betrieb von Kanälen ausübten.

Vorbildlich waren in Kanalbauten Holland, Niederdeutschland und Frankreich. Der älteste holländische Kanal Ypern-Nieuwpoort ist um 1250 angelegt; in den folgenden Jahrhunderten ist das holländische Kanalnetz, welches nennenswerte Schwierigkeiten des Geländes nicht zu überwinden hatte, in reichem Maße ausgebaut worden. Die niederdeutschen Gegenden erfreuten sich seit dem 14. bezw. 15. Jahrhundert der Wohltat zweier Wasserstraßen. 1390—98 wurde der Stecknitz-Kanal (jetzt Elbe-Trave-Kanal), 1495 der Kraffohl-Kanal zwischen Elbing und Mogat ausgeführt. Die schon von König Franz I. von Frankreich geplante Anlage des Languedoc-Kanals, welcher die Garonne und durch sie den atlantischen Ozean mit einer Anzahl von Flüssen, die sich dem Mittelmeere zuwenden, verbindet — dieses größte und populärste Werk der Regierung Ludwigs XIV. — wurde durch Minister Colbert und den Ingenieur Riquet in den Jahren 1664—81 vollendet.[2])

Die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands während des 16. Jahrhunderts stand im Zeichen des Krebses; denn auch Stillstand ist schon Rückgang. Der Bund der Hansa wurde von der spanischen, holländischen und englischen Konkurrenz aus dem Felde geschlagen und der Handel der ehemals blühenden oberdeutschen Städte wie Nürnbergs und Augsburgs beschränkte sich auf den Vertrieb der eigenen Produkte. Dazu kam die konfessionelle Kluft und in ihrem Gefolge der 30jährige Krieg, der wie kein anderer Krieg unheilvoll für die deutschen Lande war, nach dessen Beendigung das

1) A. Müller, Wert der projektierten Großschiffahrtsstraßen nach dem Rhein und der Weser für die Städte Nürnberg und Fürth. Nürnberg 1912. S. 5. — Vgl. auch Stolz, Entwurf eines Systems schiffbarer Canäle im Königreich Bayern und besonders eines Diagonal-Canals von Traunstein bis Bamberg. München 1828.

2) M. Philippsohn, Das Zeitalter Ludwigs XIV. Berlin 1879. S. 84.





deutsche Volk aus tausend Wunden blutete. Alle alten Handelsbeziehungen waren abgerissen und mußten erst wieder neu angeknüpft werden, begreiflich daß es nur in höchst unvollkommenem Maße geschehen konnte. Die Nürnberger Kaufmannschaft z. B. kannte um die Mitte des 17. Jahrhunderts den Fernhandel nur mehr aus der Erinnerung besserer Tage, und in der Nähe fehlten die gewinnbringenden Abnehmer. In einer Stadt, in der beinahe drei Viertel der Bevölkerung Handwerker waren, zeigten sich die Folgen des industriellen und merkantilen Rückganges in erschreckender Weise. Der frühere Wohlstand hatte den allerbescheidensten Verhältnissen Platz gemacht.[1]) Das darniederliegende Land wieder aufzurichten, Handel und Wandel neu zu beleben, war die vornehmste Sorge patriotischer Männer oder auch ehrgeiziger und selbstsüchtiger Projektenmacher. Als solchen kennt die Geschichte der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts den Pfälzer Dr. Johann Joachim Becher.[2]) Einen anderen Heilkünstler dieser Art an der Arbeit zu beobachten und seine Mittel zur Herbeiführung besserer Zustände kennen zu lernen, ist interessant genug, um ihm und seinen Ideen hier gebührende Würdigung zuteil werden zu lassen.

Über seinen Entwicklungsgang und seine Lebensschicksale berichtet K. Mayr-Deisinger in der „Allgemeinen deutschen Biographie" (41, 233—4) ungefähr Folgendes:

„Eberhard (richtig Johann Eberhard) Wassenberg, von dem wenig mehr bekannt ist, als was er selbst am Schlusse seiner Beschreibung der Stadt Emerich („Embrica") angibt, ist zu Emerich (Fürstentum Kleve) am 9. November 1610 geboren und hatte nach seiner Meinung, die er im Jahre 1667 aussprach, als Bibliothekar und lateinischer Sekretär des Kaisers

1) Gg. Schrötter, Nürnbergs wirtschaftlicher und finanzieller Rückgang in Hist.-pol. Blätter 140 (1907) Heft 5.

2) M. Doeberl, Das Projekt einer Einigung Deutschlands auf wirtschaftlicher Grundlage in Forschungen zur Geschichte Bayerns VI, 103—205.

Ferdinand III., des Königs Philipp IV. von Spanien und des Königs Ladislaus von Polen eine ehrenvolle Laufbahn hinter sich. Für die Herausgabe der Gesta Vladislai VI., Poloniae regis wurde er von dem letzteren mit dem Titel eines Hofhistoriographen ausgezeichnet. In einem Alter von 27 Jahren erschien aus seiner Feder „Commentariorum de bello inter imperatores Ferdinandos II. et III. et eorum hostes gesto liber singularis", welches dem Bischof Franz von Hatzfeld in Bamberg gewidmet ist. Wenn es auch als Geschichtsquelle keinen großen Wert hat, so machte es doch seinen Namen in weiteren Kreisen bekannt; zur Abfassung benützte er nur gedruckte Quellen. Das Buch wurde wiederholt aufgelegt und fortgesetzt. Von besonderem Interesse ist die Amsterdamer Ausgabe von 1647 unter dem Titel „Florus Germanicus", sie ist von dem Grafen Fürstenberg mit Anmerkungen versehen worden. Der Verfasser nimmt einen katholischen und ausgesprochen antikalvinistischen Standpunkt ein. „Die Beliebtheit dieser Kommentare bei den Zeitgenossen beruhte wesentlich darauf, daß Wassenberg nicht ungeschickt und zuweilen sehr lebhaft erzählend die Ereignisse des Krieges in einem schlanken lesbaren Quartband zusammenfaßte, der sogar bei einigen Verlegern zu einem zierlichen Sedezbändchen mit Elzevirlettern sich verkleinerte." In der schon genannten Beschreibnng von Emmerich befindet sich die vollständigste Aufzählung seiner Schriften, obwohl auch die zwei Flugschriften fehlen, welche zu den wut- und haßerfüllten Schriften jener Zeit gehören. Ihre Spitze richtet sich gegen das seit der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts wachsende Übergewicht Frankreichs. In der deutsch und lateinisch erschienenen „Französischen Goldgrube", welche für des Verfassers patriotische Wärme spricht und an den Reichstag in Regensburg gerichtet ist, ist ausgeführt, daß die wirtschaftliche Überlegenheit Frankreichs auch die militärische Vormacht in Europa garantiere; „durch unsere Trägheit blüht Frankreich", ruft Wassenberg mit Emphase aus. Die französischen Moden bringen das gute deutsche Geld aus dem Lande. Zur Abhilfe macht er den Vorschlag, die französche Einfuhr nach Deutsch-



land durch ein Merkantilsystem unmöglich zu machen; insbesondere sollte im Norden Deutschlands der Import von französischem Salz, Wein und Branntwein durch Verkehrserleichterungen, d. h. durch Kanalbauten im Lande selbst ausgeschlossen werden. Donau und Oder müßten durch einen Kanal miteinander in engere Verbindung gebracht werden. In der zweiten Flugschrift „Marbodicus redivivus" wird König Ludwig XIV. von Frankreich in Parallele gestellt mit Marbod, während die Tugenden der alten Deutschen hoch gepriesen wurden. Als neuen Arminius sieht er den kriegstüchtigen Kurfürsten von Brandenburg an, den er auch zum Generalissimus vorschlägt. — Wann und wo Wassenberg gestorben ist, ist vorläufig noch unbekannt."

Diese dürftigen Daten lassen ersehen, daß Wassenberg ein weitgereister und weitblickender, gelehrter und patriotischer Deutscher, ein fruchtbarer Theoretiker und kein einseitig konfessioneller Politiker war, der seine Gesinnung und Erfahrungen in den Dienst seines deutschen Vaterlandes zu stellen bestrebt war. Vaterländischen Motiven ist der Gedanke entsprungen, das wirtschaftliche Übergewicht Frankreichs durch einen Kanalbau einigermaßen abzumindern, wenn nicht ganz zu brechen; durch ihn sollten sich Süd und Nord kommerziell einander näher gebracht werden. Der Kanalbauplan hat offenbar je nach Lage der Umstände Modifikationen sich gefallen lassen müssen. Denn wenn K. Mayr-Deisinger von einer Verbindung zwischen Donau- und Odergebiet nach der Schrift „Französische Goldgrube" spricht, so gibt ein Akt des k. Kreisarchives Nürnberg (S I L 212 No. 11) Auskunft über ein 1656 vorgetragenes Projekt einer Verbindung zwischen der Donau und dem Rhein.

Fürstbischof Marquard von Eichstätt hat am 9. September 1656[1]) dem Bürgermeister und Rat der Stadt Nürnberg in einem von Wassenberg persönlich überbrachten Emp-

1) Dieses Datum (9. September) beruht offenbar auf einem Schreibversehen. Das bischöfliche Schreiben ist bereits am 4. September nach dem Kanzleivermerk in Nürnberg eingelaufen, auch sind die folgenden Schriftstücke vom 4. und 6. September datiert.



fehlungsschreiben dessen Gedanken mitgeteilt, in welcher Weise eine Konjunktion des Rheins, der Donau und anderer kleinerer Wasser zu Wege gebracht werden möchte. Der Vater dieses Gedankens hat auch den Wunsch ausgedrückt, daß er ihn vor einem weiteren oder engeren Kreise in Nürnberg vertreten wolle. Da dem Bischofe schon vorher von anderer Seite ein ähnlicher Vorschlag gemacht worden war, ging er bereitwillig auf Wassenbergs Idee ein, wenn sein Vorschlag ohne Schaden und Kosten des Hochstifts sich durchführen lasse. „Allein weilen hierbei andere Fürsten undt Ständt mehr undt sonderbar Ihr interessiret; So bleibt zu Eurem belieben lediglich gestellet, ob Ihr Ihne Wasserbergium gleichfalß anhören und Unß von Eurem Sentiment seiner zeith Communicaton wiederfahren laßen wollet."

Bemerkenswert erscheint, daß man darnach am Eichstätter Hofe aus eigenem oder fremdem Antrieb mit Kanalbauideen sich beschäftigt hat, und daß der Bischof seine Geneigtheit, sie in irgend einer Weise zu verwirklichen, kundgibt, wenn anders die beteiligten Territorialgewalten darauf einzugehen willens wären und wenn es ohne Kostenaufwand von fürstbischöflicher Seite geschehen könne. Wassenberg hat also in Eichstätt jedenfalls sympathische Aufnahme und seine Idee Anklang gefunden.

„Wassenbergs Blick wurde schon frühe auf den wirtschaftlichen Wert von Kanälen hingelenkt. Seine Vaterstadt war der Ausgangspunkt eines seinerzeit noch unvollendeten Kanals, der eine Verbindung Emerichs mit Bocholt und bis tief nach Westfalen hinein schaffen sollte. Während seiner Studienzeit zu Loewen lernte er dann noch aus eigener Anschauung die künstlichen Wasserstraßen der Niederlande kennen. Ferner gibt er in der Embrica, der Geschichte seiner Vaterstadt, eine ziemlich ausführliche Schilderuug der seit dem Altertume zur Ausführung gekommenen Kanäle: er besaß also eine besondere Vorliebe für das Kanalwesen." [1])

1) A. Bauch in Mitteilungen des Vereins für Geschichte der Stadt Nürnberg XIV, 246.



Nürnberg, dessen Handel von dem Projekt den größten Vorteil haben würde, ist von dem Eichstätter Bischofe zuerst in die Pläne Wassenbergs eingeweiht worden. Von Nürnbergs Anteilnahme versprach man sich am ehesten Erfolg. Freilich war man sich in Eichstätt wohl völlig unklar über die Finanznot der Reichsstadt, die solch weitausschauende und kostspielige Bauten zur momentanen Unmöglichkeit machte.

„Sie stand 1641 unmittelbar vor dem Bankrott, da sie nicht mehr imstande war, die Zinsen von den auf der Losungstube angelegten Kapitalien auszuzahlen. . . . Daß man jetziger Zeit, wie man gerne wolle, nicht aufkommen könne, daran sei die allgemeine Reichskalamität, so aus dem lang gewährten Kriegswesen herrühre und alle Stände empfindlich getroffen, so daß man nirgends die schuldige Gebührnis zu zahlen vermöge, die Ursache, wozu noch die unerschwingliche Reichskontribution komme, worin kaiserl. Majestät vor allen Dingen an die Hand gegangen werden müsse. . . . In einem Verlaß vom 26. Oktober 1647 gesteht der ältere Rat zu, daß seit dem 1. November 1638 die Zinsen von eines jeden Kapital in eines ehrbaren Rats Losungstube de facto gesperrt und man sie diese geraume Zeit über bis dato nicht allein entbehren, sondern auch das Kapital selbst zur Hälfte bis einem Drittel einbüßen und dahinnen lassen müssen.[1])

In dem folgenden Jahrzehnt war es kaum besser geworden. Die Aussicht, daß Wassenberg hier Verständnis und Entgegenkommen finden werde, war demnach sehr gering. Die Aufnahme, die ihm zuteil wurde, gibt der Vermutung recht.

Sei es, daß man dem geistlichen Territorialnachbar einen billigen Gefallen erweisen wollte oder daß man sich schließlich doch einen Vorteil davon versprach, jedenfalls war man entschlossen, den Kanalplan anzuhören und sich darüber schlüssig zu machen. Noch am 4. September 1656 gab der

1) Gg. von Schuh, Die Stadt Nürnberg im Jubiläumsjahr 1906. Nürnberg 1906. S. 34.



Rat dem Ratsherr C. G. Paumgartner und dem Baumeister F. Volckamer, von denen noch der Ratsherr G. P. Harsdörfer beigezogen worden ist, Befehl, „diesen Wasserbergium in seinem Vorbringen anzuhören, alles fleißig auffzeichnen zu laßen, und Unseren Herren wieder zu hinderbringen, damit man Sich ferners entschließen könne". Am 5. September schon dürfte die dreiköpfige Kommission den Vortrag Wassenbergs entgegengenommen haben. „Hier in Nürnberg war Wassenberg kein Fremder; schon einige Jahre früher hatte er Nürnberg besucht und vom Rat ein Ehrengeschenk, eine ‚Verehrung', herausgeschlagen." [1]) Als die Deputierten am 6. September über das Ergebnis des Vortrages und der sich daran knüpfenden Diskussion mit Wassenberg berichteten, erachtete es der Rat für besser, „den ganzen Verlauff der sachen pro et contra zu papier bringen" zu lassen, „alßdann Herrn Dr. Fetzer C. ersuchen, zu bedencken, wie deß Herrn Bischoffs zu Aystatt dieses Manns halber zu beantworten". [2])

(Schluß folgt.)

## LVII.

## Die deutschen Jesuiten im Zeitalter der sogenannten Gegenreformation.

Zur rechten Zeit ist kürzlich der zweite Band von Duhrs monumentaler Geschichte der Jesuiten in den Ländern deutscher Zunge erschienen. [3]) Wie oft ist in den letzten

1) A. Bauch in Mitteilungen usw. XIV, 247.

2) Ratserlaß vom 6. September 1656 (K. Kreisarchiv Nürnberg).

3) Geschichte der Jesuiten in den Ländern deutscher Zunge, von Bernhard Duhr S. J. Zweiter Band: Geschichte der Jesuiten in den Ländern deutscher Zunge in der ersten Hälfte des XVII. Jahrhunderts. 2 Teile. Mit 182 Abbildungen. Freiburg, Herder, 1913. XXVIII u. 1490 S. Lex. 8°. M. 38; geb. in Halbfranz M. 45.



Monaten die Rede gewesen von der Tätigkeit der Jesuiten im Zeitalter der Gegenreformation. Auch billig denkende protestantische Männer sprachen von den „schmerzlichen Erinnerungen", die jene Zeit im evangelischen Volke hervorrufe. Es muß daher von großem Interesse sein, die damalige Tätigkeit der Jesuiten etwas näher kennen zu lernen. Hierzu wird aber Duhrs Buch ausgezeichnete Dienste leisten. Ein protestantischer Theologieprofessor stand nicht an, den ersten Band ein Werk zu nennen, „das auch protestantischerseits mit Freude und Dank begrüßt zu werden verdient, eine Fundgrube historischen Materials und eine Handhabe zur Bildung eines gerechten Urteils über den Orden und seine Tätigkeit". Das gilt auch vom zweiten Bande. Nicht mit Unrecht hat daher Abgeordneter Dr. Spahn bei der letzten Jesuitendebatte am 19. Februar 1913 im Reichstage erklärt, in Duhrs Jesuitengeschichte sei so viel „aktenmäßiges, einwandfreies Material zusammengestellt, daß ich sagen darf, die seither aus evangelischen Kreisen gegen die Jesuiten erhobenen Bedenken müssen jetzt schwinden".

Der neue Band, der wegen seines großen Umfanges in zwei Halbbände zerlegt worden ist, beschränkt sich auf die erste Hälfte des 17. Jahrhunderts; er umfaßt demnach einen verhältnismäßig kurzen Zeitraum. Die behandelte Zeit gehört aber zu den wichtigsten und folgenreichsten Perioden der deutschen Geschichte. „Was bergen nicht alles diese 50 Jahre! Die Vorbereitung, Wechselfälle und den Abschluß eines der grauenhaftesten Kriege, welche die zivilisierte Welt gesehen." Welchen Anteil die Jesuiten an den wichtigeren Ereignissen jener Zeit genommen, welche Tätigkeit sie während des Krieges und beim Abschluß des Friedens entfaltet haben, wird hier auf Grund eines immensen Quellenmaterials wahrheitsgetreu geschildert. Was der lichtvollen, durch zahlreiche Abbildungen illustrierten Darstellung einen besonderen Wert verleiht, ist der Umstand, daß sie zum großen Teil auf ungedruckten Quellen beruht. Nebst den bisher verschlossenen Geheimarchiven des Ordens sind zahlreiche staat-



liche, kirchliche und städtische Archive in Rom, Deutschland, Österreich usw. benützt worden. Daß auch die gedruckte Literatur sorgsame Beachtung gefunden, braucht wohl nicht eigens hervorgehoben zu werden. Ebensowenig braucht betont zu werden, daß das inhaltschwere Werk, wie Professor Albert Ehrhard dem ersten Bande nachgerühmt hat, „im Geiste wahrhaft historischer Unparteilichkeit geschrieben ist." Die Zugehörigkeit zur Gesellschaft Jesu hat P. Duhr nicht gehindert, neben dem vielen Schönen, das er zu berichten hat, auch Dinge zu erwähnen, die Tadel verdienen und tatsächlich auch getadelt werden. Als gewissenhafter Geschichtschreiber hält er es mit seinem Ordensbruder Balde, dem berühmten Dichter, der in einer seiner Oden mit scharfem Griffel sich für die Wahrheit und gegen alle Schminke erklärt:

Was wirklich war, muß ohne Bemäntelung
Und Pomp gesagt sein. Lernet den strengen Ernst
Der Wahrheit hören! Nie mit Wissen
Lass' ich Romane dafür mir bieten.
Zu Famas Buhlerkünsten erniedrige
Ich meinen Geist nicht; Schminke bereit' ich nicht,
Ich kämpfe nicht mit stolzen Masken,
Mag nicht erlogene Preise geben.

„Erlogener Preise" bedürfen die Jesuiten auch gar nicht. Ihre beste Verteidigung sind ihre Arbeiten. Und diese Arbeiten, die P. Duhr in einer langen Reihe von Abschnitten vor unsern Blicken vorüberziehen läßt, sind wahrhaft Achtung gebietend, trotz der Fehler, die nun einmal allem menschlichen Tun anhaften. Bei der Fülle des Gebotenen werden wir über den reichen Inhalt des vorliegenden Bandes nur einige kurze Andeutungen geben können.

Zunächst wird mit einigen kräftigen Strichen die politische und religiöse Lage Deutschlands beim Beginn des 17. Jahrhunderts gezeichnet. Man hat schon öfters die Jesuiten beschuldigt, den 30jährigen Krieg angestiftet zu haben. Nichts ist unrichtiger. Die Ursachen des greulichen Krieges, der in unerhörter Weise dreißig Jahre lang Deutschland verheeren und zum Tummelplatz beutegieriger Aben-

teurer, zum Zankapfel fremder Eroberer machen sollte, waren politische Machtfragen. „Nicht wegzuleugnende Tatsachen erweisen als letzte Ursachen des Krieges die sich an den Augsburger Religionsfrieden anschließenden Besitzfragen und die im Calvinismus aufs äußerste gesteigerte Angriffstendenz, die vor keiner Verletzung von Gesetz und Recht, auch nicht vor dem Sturz der deutschen Reichsverfassung und des deutschen Reiches zurückschreckte". (I, 13).

Bevor Duhr dazu übergeht, das Verhalten der Jesuiten während des Krieges und bei den Friedensverhandlungen näher zu kennzeichnen, behandelt er vor allem die äußere Geschichte der vier in Betracht kommenden Ordensprovinzen, der niederrheinischen, oberrheinischen, oberdeutschen und österreichischen, mit ihren zahlreichen Niederlassungen. Ortsgeschichtlich sind die betreffenden Abschnitte von großer Bedeutung, umsomehr als darin vielfach ganz neues, ungedrucktes Material verwertet wird. Welchen Nutzen die lokalgeschichtliche Forschung aus dem neuen Werke ziehen kann, hat bereits Dr. Luzian Pfleger gezeigt, indem er in einem Straßburger Blatte wichtigere Angaben, die sich auf das Elsaß beziehen, kurz zusammenstellte. Ähnliche Auszüge könnte man für jede deutsche Diözese machen. Gibt es doch im jetzigen katholischen Deutschland kaum eine Stadt, in welcher die Jesuiten im 17. Jahrhundert nicht ständig oder vorübergehend gewirkt hätten.

Während die ersten Kapitel mehr lokalgeschichtliche Bedeutung haben, sind die übrigen von allgemeinerem Interesse. Das gilt in erster Linie von den Ausführungen über die Tätigkeit der Jesuiten auf dem Gebiete der Schule und der Erziehung, in den Gymnasien, auf den Universitäten, in Konvikten und Seminarien. Schon der erste Band der Jesuitengeschichte wurde von einem Schulmanne als eine recht wertvolle Erscheinung auf dem Gebiete der Geschichte der Pädagogik bezeichnet. Dasselbe Lob darf man mit gutem Gewissen auch dem zweiten Bande spenden. Nicht minderes Lob verdienen die Mitteilungen über die seelsorgerische und



schriftstellerische Tätigkeit der Jesuiten, über ihre Predigten und Katechesen, über Volksmissionen, Exerzitien und marianische Kongregationen, über ihr Wirken bei den Soldaten im 30jährigen Kriege. Bemerkenswert ist es, daß bereits im Jahre 1640 ein Jesuit zu München eine Art Preßverein zur Verbreitung guter Schriften gegründet hat. In dem „Stiftbuch" des „Gulden Almusens", wie der Verein sich nannte, stehen unter den Mitgliedern an erster Stelle Herzog Max von Bayern und seine Gemahlin Elisabeth. Dieser Verein hat seine segensreiche Tätigkeit fast zwei Jahrhunderte fortgesetzt und zahllose katholische Bücher unter dem Volke verbreitet. Die hohe Wichtigkeit der Verbreitung guter Schriften haben die Jesuiten in Deutschland früh erkannt.

Sie erkannten auch, daß die Seelsorge, wenn sie sich fruchtbar gestalten soll, mit der Liebestätigkeit sich paaren muß. Die Liebestätigkeit der deutschen Jesuiten bildet unzweifelhaft eines der schönsten Ruhmesblätter ihrer Geschichte. In Wort, Schrift und Tat haben sie sich in schwerer Zeit mit der größten Hingebung der Armen und Kranken angenommen. Dies zeigte sich namentlich bei den verheerenden Seuchen, die damals so häufig auftraten. In der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts sind mehr als 200 deutsche Jesuiten im Dienste der Pestkranken als Opfer der Liebe gefallen. Viele sind auch gestorben im Dienste der kranken und verwundeten Soldaten. Gerade durch die vielfache Aufopferung des Lebens haben die Jesuiten den letzten und tiefsten Grund ihres Seins enthüllt und damit zugleich ihrem Orden das schönste Zeugnis ausgestellt. „Hierbei verdient ein Umstand noch besonders hervorgehoben zu werden, der aus den Quellen völlig einwandfrei nachgewiesen werden kann. Derselbe ist von durchschlagender Bedeutung für die Beurteilung des Zustandes und der Gesinnung der deutschen Ordensprovinzen. Es ist dies der edle Wetteifer, mit dem sich Hunderte von Mitgliedern für den Pestdienst freiwillig anbieten und völlig frei und in klarer Voraussicht des Todes ihr Leben zum Opfer bringen. Dieser Heroismus muß für



die vorurteilsfreie Betrachtung um so ergreifender wirken, je lichtvoller er sich auf dem düstern Zeitgemälde mit seiner Mordlust, seinen Greueln und Ausschweifungen abhebt" (II, 151).

Der Liebestätigkeit der Jesuiten werden auch protestantische Gegner ihre Anerkennung zollen. Wenn diese aber von „schmerzlichen Erinnerungen" reden, so denken sie vor allem an die gegen den Protestantismus gerichtete Tätigkeit der älteren Jesuiten, an die Wiederherstellung der katholischen Religion in protestantischen Gebieten und an die große Rolle, die die Jesuiten dabei gespielt haben. Nun, auch letztere Tätigkeit wird von Duhr nicht mit Stillschweigen übergangen; er widmet ihr vielmehr einen eigenen Abschnitt. Er selber steht nicht an, den auf dem Reichstage zu Augsburg im Jahre 1555 als bindende Rechtsnorm anerkannten Grundsatz, daß der Landesherr über die Religion seiner Untertanen zu bestimmen habe (Wessen das Land, dessen die Religion), entschieden zu verwerfen. „Unsägliche Gewissensbedrückung, Gewissensängste und vielfachen charakterlosen Abfall hat die Anwendung dieses von beiden Parteien ausgeübten Grundsatzes für Tausende mit sich gebracht". Mit Recht betont er aber auch, daß es nicht angeht, nur über die von katholischer Seite getroffenen Gewaltmaßregeln zu klagen und den von Protestanten ausgeübten Zwang gegen die Katholiken ganz außer acht zu lassen. Wenn die Tätigkeit der Jesuiten in der Vergangenheit heute bei Protestanten schmerzliche Erinnerungen hervorruft, muß dann nicht auch die Tätigkeit der protestantischen Theologen und Prediger des 16. und 17. Jahrhunderts bei den heutigen Katholiken schmerzliche Erinnerungen wecken? Haben denn damals nicht auch protestantische Prediger bei der gewaltsamen Protestantisierung katholischer Gebiete mitgewirkt? Warum dann bloß über die Jesuiten klagen? „Es ist unvereinbar mit der geschichtlichen Unparteilichkeit", schreibt ein protestantischer Historiker, „die Klage über die Verfolgungssucht nur wider die eine Partei zu richten, um die letztere



in den Augen eines ununterrichteten Geschlechtes gehässig zu machen" (II, 376). Was im Jahre 1633 der Jesuit Forer einem Gegner, der sich über die Religionsmandate katholischer Fürsten beschwerte, vorhielt, ist auch heute noch zutreffend: „Pflegen nicht auch die unkatholischen Fürsten und Stände in ihren Gebieten dergleichen Religionsmandate zu publizieren? Schaffen sie nicht den katholischen Inwohnern, sich ihrer widrigen Religion zu akkommodieren oder das Land zu ruinieren! Wenn ein Bürger zu Dresden, zu Stuttgart, zu Onolsbach, zu Nürnberg usw. sich katholisch erklärte und das lutherische Nachtmahl zu besuchen sich weigerte oder eine katholische Messe in seinem Haus lesen ließe, würde er nicht alsbald Büttel vor seiner Türe haben? Was ist denn das für eine Unsinnigkeit, wollen dem römischen Kaiser und den katholischen Fürsten die Gewalt gegen ihre Untertanen abstricken, welche die unkatholischen Stände schier täglich üben und praktizieren?" (II, 325 f.) Wer so gern über das intolerante Vorgehen der Katholiken sich beschwert und den von Protestanten geübten Religionszwang mit Stillschweigen übergeht, scheint noch auf dem Standpunkte zu stehen, den der Kurfürst Friedrich III. von der Pfalz einnahm. Als dem kalvinisch gesinnten Fürsten gegen die herbe Bedrückung seiner lutherischen Untertanen vorgehalten wurde, daß er dadurch das Vorgehen der katholischen Stände rechtfertige, erwiderte er, daß es viel ein ander Ding sei, einen zum Guten und zu Gottes Wort und zur Wahrheit, als zum Bösen, zur Abgötterei und zur Lüge zu treiben, dieweil das eine von Gott geboten, das andere aber stracks von ihm verboten sei (I, 2).

Wie die Jesuiten des 17. Jahrhunderts als Kinder ihrer Zeit intoleranten Anschauungen huldigten und den Religionszwang billigten, so befürworteten auch nicht wenige unter ihnen die strenge Verfolgung der Hexen. Denjenigen unter ihnen, die fördernd auf die Hexenprozesse einwirkten, steht indessen eine beträchtliche Zahl anderer Jesuiten gegenüber, die, wenn auch noch von der allgemein herrschenden Hexen-

furcht befangen, doch in entschiedener Weise gegen die Ausschreitungen der damaligen Prozesse aufgetreten sind; es sei nur an den edlen Friedrich Spe erinnert. „Für und gegen die Hexenprozesse", lautet daher die Überschrift des wichtigen Kapitels, das auf Grund vielfach neuen Materials die Stellung der Jesuiten zur Hexenfrage behandelt.

Zu dem damals so furchtbar grassierenden Hexenwahn gesellte sich in weiten protestantischen Kreisen noch ein anderer Wahn, der Jesuitenwahn. Da die Erhaltung und Erstarkung der katholischen Kirche in Deutschland nach Gott in erster Linie der Gesellschaft Jesu zu verdanken ist, so kann man es begreiflich finden, daß die Protestanten gegen die Jesuiten, die ihrem Vordringen erfolgreich entgegentraten, von Anfang an höchst feindlich gesinnt waren. Fast unbegreiflich ist es aber, daß die Bekämpfung der vielgehaßten Ordensmänner so groteske und so häßliche Formen annehmen konnte, wie sie Duhr in einem namentlich für unsere Zeit recht lehrreichen Kapitel etwas näher schildert. Selbst die bedeutendsten protestantischen Gelehrten, Theologen wie Laien, haben über die Jesuiten die schauerlichsten Mären verbreitet und so dazu beigetragen, das protestantische Volk mit dem Jesuitenwahn erblich zu belasten. Die albernsten Fabeln und Fälschungen wurden überall geglaubt und auch von gebildeten Männern für unbedingte Wahrheit angenommen. Durch die unaufhörlichen aufreizenden Verdächtigungen und Beschimpfungen der Einrichtungen, Absichten und Arbeiten des Jesuitenordens geriet die protestantische Volksseele in einen Zustand chronischer Erbitterung und Erhitzung gegen die Jesuiten. Dieser ungesunde Fieberzustand mußte sich dann naturnotwendig in Gewaltmaßregeln entladen, sobald diese im Reiche der Möglichkeit lagen. Es wurde deshalb bereits im 17. Jahrhundert wiederholt der Versuch gemacht, die jesuitischen „Teufel und Mörder" aus dem Deutschen Reiche auszuschließen.

Und wie damals, so ist leider auch heute noch die Jesuitenfurcht eine der hauptsächlichsten Zeitkrankheiten. Der



Hexenwahn, der im 17. Jahrhundert so viele Opfer gefordert, ist schon längst verschwunden, der alte Jesuitenwahn ist aber bestehen geblieben, und in der allerjüngsten Zeit hat er sogar wieder neue Orgien gefeiert. Treffend schreibt hierüber Dr. Viktor Naumann (Der Jesuitismus S. 50): „Selbst sehr anständige Blätter, sehr ernste Gelehrte verlieren vollkommen ihr objektives Urteil, die Klarheit des Blickes, wenn es sich um die Gesellschaft Jesu handelt! Sie prüfen nicht, nein, sie verdammen ungehört; denn die Hauptsache des blinden Hasses ist nicht Unehrlichkeit, nicht bewußte Ungerechtigkeit, es ist Unkenntnis, es ist Unwissenheit." In demselben Sinne erklärt P. Otto Cohausz (Das Glaubensbekenntnis der Jesuiten): „Man verurteilt uns, weil man uns nicht kennt." Über die ehemalige Tätigkeit der Jesuiten in Deutschland orientiert nun in ganz ausgezeichneter Weise Duhrs quellenmäßiges Geschichtswerk; bei gerecht denkenden Lesern wird es sicher manche Vorurteile zerstreuen. Möge es daher nicht bloß bei den Freunden der Gesellschaft Jesu, sondern vor allem auch bei deren Gegnern die wohlverdiente Beachtung finden! N. Paulus.

---

## LVIII.

## Gefahren für die katholische Volksschule in Elsaß-Lothringen.

Spricht man von Gefahren für die katholische Schule in den Reichslanden, so ist dieser Ausdruck voll und ganz durch die in Elsaß-Lothringen gegebene Lage gerechtfertigt. Wenn es wahr ist, daß die konfessionell-katholische Volksschule nicht nur eine Schule ist, in der einige Stunden katholischer Religionsunterricht erteilt werden, sondern eine Schule, die sich als Ziel setzt, den Kindern eine wahre Erziehung zum katholischen Leben zu geben, so muß man sagen,

daß unsere katholische Volksschule in den Reichslanden weit von diesem Zustande entfernt ist und daß eine ganze Reihe gewaltiger Kräfte an der Arbeit sind, um sie noch mehr von der Erreichung jenes Zieles abzusprengen.

Vor allem müssen die Mängel hervorgehoben werden, die hier in der einschlägigen Gesetzgebung selbst bestehen.

In Frage kommt zunächst der konfessionelle Charakter der Schule. Dieser ist garantiert durch ein Gesetz, das noch aus französischer Zeit stammt und, zum großen Teil wenigstens, von der deutschen Verwaltung herübergenommen wurde, das Unterrichtsgesetz vom 15. März 1850. Es bestimmt, daß die Elementarschulen konfessionell sein müssen, d. h. daß im Prinzip in einer Schule nur Kinder einer Konfession sein sollen, die durch einen Lehrer ihrer Konfession unterrichtet werden. Damit ist allerdings das Prinzip der Konfessionalität der Schule unzweideutig ausgesprochen, aber so ganz glatt läuft die Sache in der Praxis nun doch nicht. Schon das Gesetz selbst enthält eine Einschränkung, die gegebenenfalls für den konfessionellen Charakter der Schule durchaus ungünstig ist. In einem Artikel des Gesetzes ist nämlich stipuliert, daß nur solche Gemeinden verpflichtet sind, konfessionell getrennte Schulen einzurichten, in denen verschiedene Kulte „öffentlich ausgeübt" werden. Und diese „öffentliche Ausübung" wird von der Verwaltung nur dort als gegeben erachtet, wo ein öffentliches Kultuslokal der anderen Konfession ist, in dem Gottesdienst abgehalten wird. Die bloße Tatsache also, daß die Bevölkerung einer Gemeinde aus Mitgliedern verschiedener Konfessionen zusammengesetzt ist, genügt durchaus nicht, um diese Gemeinde zu verpflichten, konfessionell getrennte Schulen einzurichten. Diese Verpflichtung tritt erst ein, wenn sich in der betreffenden Gemeinde ein öffentliches Kultuslokal der anderen Konfession befindet, in dem Gottesdienst abgehalten wird. Daraus ergibt sich die Konsequenz, daß eine Zivilgemeinde trotz konfessionell gemischter Bevölkerung durch die Aufsichtsbehörde zur Einrichtung konfessionell getrennter Schulen nicht gezwungen werden könnte,

wenn in dieser Gemeinde nur eine Konfession ein öffentliches Kultuslokal besitzt. Gerade an diesen Punkt knüpfen sich seit einiger Zeit schwere Verstöße gegen das Prinzip.

Eine zweite Einschränkung des Gesetzes erfolgte auf dem Wege von Verwaltungsverfügungen. Es erhebt sich nämlich die Frage, ob unter allen Umständen, und auch wenn nur eine ganz geringe Zahl von Schülern einer zweiten Konfession vorhanden ist, die Zivilgemeinde zur Errichtung einer Schule für die entsprechende Konfession verpflichtet ist. Und da besteht nun die Praxis, daß wenigstens vierzig schulpflichtige Kinder dieser Konfession vorhanden sein müssen, damit eine Gemeinde zur Errichtung einer konfessionellen Schule verpflichtet werden kann. Es können sich also zahlreiche Fälle ergeben, in denen die Zahl der katholischen Kinder in einer konfessionell gemischten Gemeinde eine ganz erhebliche ist, zwanzig, dreißig, fünfunddreißig, ohne daß diese Gemeinde verpflichtet werden könnte, eine katholische Elementarschule für sie zu halten. Diese Auffassung ist jedoch bis jetzt in der Regel nur maßgebend gewesen für die Fälle, in denen es sich darum handelte, eine konfessionelle Schule in Ortschaften zu errichten, in denen noch keine solche Schule vorhanden war. Es muß indessen hervorgehoben werden, daß die Schulbehörde sich nicht absolut an die bezeichnete Zahl gehalten in den Fällen, in denen zu bestimmen war, ob eine bereits bestehende konfessionelle Schule aufgehoben werden sollte oder nicht. In der Regel wird eine schon längere Zeit bestehende konfessionelle Schule beibehalten, auch wenn die Zahl der schulpflichtigen Kinder bedeutend weniger als vierzig beträgt: der aus der Vergangenheit überlieferte Bestand wird in der Regel gewahrt.

Noch weit größer sind aber die Lücken in der Gesetzgebung in Bezug auf den eigentlichen Schulbetrieb. Im Prinzip ist zwar bestimmt, daß die Schulbücher katholisch korrekt sein müssen; ebenso daß der Lehrer vier Stunden katholischen Religionsunterricht zu erteilen hat und daß er in seinem gesamten sonstigen Unterricht keine Ansichten vor-





tragen darf, die von der katholischen Lehre abweichen. Aber darüber hinaus ist für die eigentliche religiöse Erziehung der Kinder fast nichts vorgesehen im Gesetz. Von welcher Bedeutung gerade dieser Mangel ist, wird jeder erfassen, der weiß, daß die Schule nicht blos Unterrichtsanstalt, sondern wesentlich Erziehungsanstalt sein soll. Von hervorragender Wichtigkeit in der Hinsicht ist, daß die Kinder von der Schule aus zum Besuch des Gottesdienstes angehalten und durch die Lehrpersonen während des Gottesdienstes beaufsichtigt werden. Allein hier versagen die gesetzlichen Bestimmungen und die autoritativen Vorschriften vollständig. Die Lehrpersonen brauchen sich um den Besuch des Gottesdienstes und um die Beaufsichtigung der Kinder in demselben nicht zu kümmern: das bleibt ihrem freien Ermessen anheimgestellt. Indirekt kann der Geistliche wohl noch einwirken, weil er den Besuch des Gottesdienstes und die Führung während desselben kontrollieren und sanktionieren kann in den Katechismusstunden, deren Besuch auf Grund einer staatlichen Bestimmung für die schulpflichtigen Kinder obligatorisch ist, obschon sie außerhalb des Stundenplanes der Volksschule gehalten werden.

Von der einschneidendsten Bedeutung für die wahre Wirksamkeit der konfessionellen Schule sind die Mängel der Gesetzgebung in Bezug auf die Lehrpersonen. Und doch liegt es auf der Hand, daß gerade hier die wichtigste Seite der ganzen Frage liegt. Im großen und ganzen hängt der Wert einer Schule von dem Wert der Lehrpersonen ab, die an derselben wirken. Daß das zunächst ohne Einschränkung gilt, so weit die Qualität des Unterrichts in Betracht kommt, ist so evident, daß ein weiteres Eingehen auf diesen Punkt überflüssig ist. Aber es gilt fast noch mehr von der erzieherischen Seite der Schule und ihrem Einfluß in dieser Hinsicht. Sind die Lehrpersonen, die an einer Schule wirken, religiös gefestigte Menschen, dann werden sie durch das Beispiel ihres Lebens und durch den religiösen Hauch, der aus ihrer ganzen Lehrweise herausstrahlen wird, den zersetzenden

Charakter einer konfessionell neutralen Schule ganz erheblich reduzieren können; ist aber ein Lehrer an einer konfessionell katholischen Schule ein bloßer Taufscheinkatholik oder ein verkappter Freidenker, so werden die Resultate für die religiöse Erziehung der Kinder nur äußerst dürftige sein, trotzdem die Schule formell katholisch ist.

Welches sind nun die Handhaben, welche durch die in Elsaß-Lothringen bestehenden gesetzlichen Bestimmungen gegeben sind, um diese für die religiös-erzieherische Wirksamkeit der konfessionellen Schulen zu sichern? Die Antwort auf diese Frage ist geradezu niederdrückend für die Katholiken der Reichslande. Die hierher gehörenden gesetzlichen Bestimmungen sind von einer erschreckenden Dürftigkeit.

Der erste Punkt, der von Bedeutung ist, ist die Heranbildung der Lehrer. Zwar sind die Lehrerseminare, in denen die Lehrer gebildet werden, heute konfessionell getrennt. Die Einrichtung der konfessionellen Lehrerseminare ist eine Neuerung, die durch die deutsche Verwaltung eingeführt wurde. Unter dem französischen Regime waren die Lehrerseminare interkonfessionell. Daß der jetzige Zustand einen bedeutenden Vorteil darstellt gegenüber der früheren Interkonfessionalität der Lehrerseminare soll nicht in Abrede gestellt werden. Aber wir stoßen auch hier wieder auf jene Eigentümlichkeit, die so oft wiederkehrt in den reichsländigen öffentlichen Einrichtungen und die darin besteht, daß wohl richtige Prinzipien ausgesprochen sind, daß aber dann vielfach die praktischen Forderungen, die allein den Prinzipien reale Wirksamkeit sichern könnten, in der Luft hängen bleiben, m. a. W. dem guten Willen der Regierungsorgane überlassen sind. So ist z. B. nicht einmal gesetzlich bestimmt, daß an diesen Seminaren, in denen nicht nur Lehrer, sondern auch Erzieher zum katholischen Leben die Bildung erhalten sollen, ein katholischer Geistlicher als berufsmäßiger Lehrer angestellt werden muß. An dem Lehrerseminar von Oberehnheim, das für die Heranbildung der Lehrerkandidaten aus dem Unterelsaß bestimmt ist, bestand jahrelang das Lehrerkollegium nur aus



weltlichen Lehrern. Der Religionsunterricht wurde im Nebenamt durch den Pfarrer von Oberehnheim erteilt. Erst seit September 1912 gehört ein geistlicher Gymnasialoberlehrer zum Lehrerkollegium. Aber das geschah bloß, weil die ausschlaggebende Stelle der Schulverwaltung, sagen wir, in guter Stimmung war; eine gesetzliche Bestimmung, die ihr eine solche Ernennung zur Pflicht macht und die Katholiken dazu ermächtigt, sie rechtlich zu fordern, gibt es nicht.

Am Schlusse der Heranbildung der Lehrer steht die Prüfung, aus der der Nachweis der Befähigung sich ergeben soll. An dieser Prüfung für die Lehrer wie auch für die Lehrerinnen nimmt ein bischöflicher Kommissar teil. Der Bischof ist nicht befugt, ihn zu ernennen; die betreffende gesetzliche Bestimmung ermächtigt den Bischof bloß, einen Geistlichen als Prüfungskommissar in Vorschlag zu bringen: die Ernennung erfolgt durch den Oberschulrat. Sodann entsteht die Frage, ob dieser Kommissar dazu befugt ist, sich aktiv an der Prüfung zu beteiligen, Fragen zu stellen, wenigstens in der Religion. In der entsprechenden gesetzlichen Bestimmung, durch welche die Kommissare geschaffen wurden, ist nichts vermerkt von einem solchen Eingreifen, und es ist auch in der hergebrachten Praxis nicht üblich. Die Prüfung in den religiösen Fächern wird vorgenommen durch das Mitglied der Kommission, das den Unterricht in der Religion erteilt. Im übrigen hat der Kommissar genau so viel Rechte als jedes andere Mitglied der Kommission. Von einer Möglichkeit, in Anbetracht der wesentlichen Wichtigkeit der Kenntnis in Religion bei einem katholischen Jugenderzieher, einen Kandidaten wegen Unkenntnis in der Religion das Befähigungszeugnis zu verweigern, kann keine Rede sein. In welcher Weise diese Lage auf die ganze Heranbildung der Lehrerkandidaten einwirken muß, kann man sich leicht ausmalen.

Nun kommt die Anstellung der Lehrer. Auch hier wieder die nämliche Lückenhaftigkeit. Die Hauptfrage, die hier in Betracht kommt, ist die missio canonica. Vom Standpunkt der katholischen Auffassung kann kein Zweifel bestehen: der



katholische Lehrer erteilt öffentlich und amtlich Religionsunterricht, also muß er einen Lehrauftrag, eine Lehrvollmacht von der kirchlichen Lehrautorität haben, sonst ist die Erteilung des Religionsunterrichts durch ihn unkorrekt und objektiv unerlaubt. Etwas anderes gibt es für den katholischen Lehrer nicht, oder mit anderen Worten, der katholische Elementarlehrer, der in den Elementarschulen amtlich den Religionsunterricht erteilt, muß die missio canonica haben. In welcher Form, ob öffentlich oder stillschweigend, das ist gleich, aber erteilt muß sie geworden sein. Diese für die Korrektheit des ganzen Verhältnisses zur Kirche so notwendige Voraussetzung ist in unserer Unterrichtsgesetzgebung nirgendwo formell und ausdrücklich gefordert. Damit steht die Schulgesetzgebung unseres Landes weit zurück z. B. hinter jener in Baden.

In Baden wird der Schulamtskandidat nach Staatsgesetz allein durch den Beauftragten des Bischofs geprüft. Der Kirche allein ist die Entscheidung über Befähigung zum Erteilen des Religionsunterrichts überlassen. Sie erteilt die Lehrvollmacht und den Lehrauftrag. Das ist die formelle Anerkennung der missio canonica der kirchlichen Autorität durch die staatliche Unterrichtsverwaltung. Eine derartige Anerkennung ist in der reichsländischen Schulgesetzgebung nicht zu finden. Die Forderung der missio canonica ist auch in unserer Schulgesetzgebung wenigstens grundsätzlich enthalten, wenn sie auch nicht formell ausgesprochen ist. Das Gesetz von 1850 sichert den Katholiken von Elsaß-Lothringen eine konfessionell-katholische Elementarschule, d. h. eine Elementarschule, in der die katholischen Kinder unterrichtet werden durch einen Lehrer, der katholischer Konfession ist und einen katholisch-korrekten Religionsunterricht erteilt, mit anderen Worten, der Lehrer darf nicht in Gegensatz stehen zu gesetzlichen Bestimmungen der Kirche, und der Unterricht muß so geartet sein, wie er nach den Bestimmungen der Kirche sein muß. Das ist die unmittelbare Forderung, die sich aus dem Gesetz von 1850 ergibt. Diese Forderung

kann aber nur erfüllt werden, wenn der Lehrer ausgestattet ist mit der missio canonica. Denn der Lehrer erteilt amtlich und öffentlich Religionsunterricht. Nach göttlich-kirchlichem Recht darf aber niemand amtlich und öffentlich in dem Worte Gottes, in dem Glauben und in der Sittenlehre unterrichten, ohne dazu von der kirchlichen Autorität die Vollmacht erhalten zu haben. Wer es ohne diese Vollmacht dennoch tut, setzt sich in Gegensatz zur kirchlichen Obrigkeit, und weder sein Verhalten noch sein Unterricht ist katholisch-korrekt. Wenn also das Gesetz von 1850 die konfessionell-katholische Schule für die Katholiken fordert, so enthält es auch eo ipso die objektive Forderung, daß der katholische Lehrer, der an solchen Schulen den Religionsunterricht erteilt, mit der missio canonica ausgestattet sei. Zu der nämlichen Konsequenz führt auch der staatliche Schulzwang. Wenn der Staat die Kinder der Katholiken zum Besuch einer Schule und eines Unterrichts in der Religion anhält, dann hat der Staat vor allem die Pflicht, dafür Sorge zu tragen, daß der Unterricht in dieser Schule katholisch-korrekt sei, denn sonst wäre der Schulzwang eine ungeheure Gewissensvergewaltigung der Katholiken. Der Schulzwang fordert also den katholisch-korrekten Religionsunterricht, und die erste Voraussetzung dafür besteht darin, daß der Lehrer mit der missio canonica ausgestattet sei. Die Forderung der missio canonica für die Lehrer, die in den Elementarschulen von Elsaß-Lothringen den katholischen Religionsunterricht erteilen, ist also, wenn auch nicht formell ausgedrückt, doch unmittelbar und wesentlich enthalten in den grundlegenden staatlichen Gesetzen auf dem Gebiete des Unterrichts. Aber ein schwerwiegender Mangel bleibt es, daß die Forderung nicht ausdrücklich formuliert ist.

Endlich kommt in Betracht die Aufsicht, durch welche die Kirche sich versichern kann, ob der Religionsunterricht im richtigen Sinne in der Schule erteilt wird. Hier steht die Kirche in Elsaß-Lothringen geradezu machtlos da. Von geistlicher Schulaufsicht kann selbstverständlich keine Rede sein. Die einzige

Einrichtung, die einigermaßen im Sinne der Beaufsichtigung der Tätigkeit des Lehrers gedacht ist, ist der sogenannte Ortsschulvorstand. Aber bei den Befugnissen, auf die er zur Zeit reduziert ist, kann er nicht mehr als ein wirksames Organ für ernste Kontrolle betrachtet werden. In Bezug auf diese Befugnisse ist im Jahre 1908 leider eine einschneidende Änderung zum Schlimmeren durchgeführt worden. Vorher hatte der Pfarrer, der de jure Mitglied des Oberschulrates war, das Recht jeder Zeit die Schule zu betreten, dem Unterricht des Lehrers beizuwohnen und eventuell dem Lehrer Anweisungen zu geben für den Unterricht. Das wurde anders im Jahre 1908, in welchem eine Umgestaltung des Ortsschulvorstandes vorgenommen wurde. Bei dieser Gelegenheit wurden namentlich die Befugnisse des Pfarrers eingeschränkt. Nicht zwar durch das Gesetz selbst. Im Gesetz vom 24. Februar 1908 heißt es ausdrücklich im § 4, daß „die herkömmliche Aufsicht des Ortsgeistlichen über den in der Schule zu erteilenden Religionsunterricht seines Bekenntnisses nicht berührt wird". Aber anders verhält sich die ministerielle Ausführung vom 2. März 1908 zu diesem Gesetze. Diese nimmt dem Ortsgeistlichen ein doppeltes Recht, das er bis 1908 besaß: erstens das Recht, die Schule „jederzeit" besuchen zu können und zweitens das Recht, in den Unterricht einzugreifen: er ist jetzt nur noch befugt, „seine Wahrnehmungen dem Kreisschulinspektor mitzuteilen". Wie unter solchen Umständen eine einigermaßen ausreichende Kontrolle über die Korrektheit des Religionsunterrichts erreicht werden kann, ist nicht zu ersehen.

Das ist der tatsächliche Bestand unserer Schulgesetzgebung. Überblickt man das Ganze, so ersicht man sofort, daß zwar innerlich richtige Prinzipien gesetzlich festgelegt sind, wie z. B. die Konfessionalität der Schule. Aber bei genauerem Zusehen ergibt sich, daß fast nirgendwo aus diesen Prinzipien die Konsequenzen gezogen worden sind, die hätten gezogen werden müssen, um die Erreichung des einen großen Zieles, auf das es vor allem ankommt, ge-

nügend zu sichern: die Erziehung zum wahren katholischen Leben, so weit das in der Volksschule zu erreichen ist. Die Prinzipien sind richtig, aber es fehlt ihnen vielfach die nötige imperative Ergänzung, so daß der Schulbehörde in der praktischen Durchführung ein unverhältnismäßig ausgedehnter Spielraum zur freien Betätigung überlassen bleibt. Will man deshalb die Dinge mit ihrem richtigen Namen nennen, so muß man sagen, daß die Katholiken in Elsaß-Lothringen für die so über alles wichtige Frage der religiösen Erziehung der Kinder in der Schule zum großen Teil dem guten Willen der Schulbehörde anheimgegeben sind, in der ein Protestant den Vorsitz führt und die entscheidende Instanz ist, obschon das Land 77% Katholiken aufweist. Wie wenig ein solcher Zustand den Interessen der Katholiken entspricht, dürfte wohl klar sein.

Aber auch das Wenige, das wir haben, soll uns entrissen werden. Von allen Seiten wird Sturm gelaufen gegen das Prinzip der Konfessionalität, und anderseits ist in diesem Kampfe für die Katholiken kein Verlaß auf die Regierung.

Vor allem wird gegen die katholische Kirche angestürmt durch die kirchenfeindlichen politischen Parteien. An erster Stelle stehen selbstverständlich die Sozialdemokraten. Sie sind die Konsequenten in ihrem Haß gegen alles, was katholisch ist. In der Schule soll keine Religion gelehrt werden; die Erteilung des Religionsunterrichts hat mit der Schule nichts zu tun. Sie ist Sache der Eltern und der betreffenden Geistlichen. Es ist unnütz, diese Ansichten weiter darzustellen, denn die sozialdemokratischen Ziele auf dem Gebiete der Schule sind ja sattsam bekannt.

Aber es wird von Interesse sein, etwas näher einzugehen auf die Ansichten der Liberalen in unserem Lande, der „Fortschrittler", wie sie sich nennen. Nach außen hin sind ihre Meinungsäußerungen etwas schwankend. Sie wissen ganz wohl, daß die Katholiken in Elsaß-Lothringen, die sie für die Wahlen an sich zu ziehen suchen, in Bezug



auf die Schule sich die Programme der Kandidaten sehr genau ansehen und daß Ansichten, die als katholikenfeindlich gelten könnten, verhängnisvoll für den Träger derselben werden können. Deshalb legen sie alles, was sie über die Schule aussagen, auf die Goldwage und suchen ihre letzten Ziele möglichst zu verschleiern. Vor den Wahlen zum Landtag war ihr Schulprogramm mit großartiger Vorsicht gefaßt. Kein Wort von der allgemeinen Abschaffung der konfessionellen Schule war darin zu lesen. Sie hatten sich begnügt zwei Forderungen herauszukehren, von denen sie keine allzugroße Aufregung des Volkes befürchteten: einerseits die Herstellung von interkonfessionellen Lehrerseminaren und dann die Forderung der gesetzlichen Gleichberechtigung der Simultanschule mit der konfessionellen Schule. Mit dieser Formulierung war das Grelle, das in der direkten Forderung der Abschaffung der Konfessionalität lag, vermieden, und man hatte doch Forderungen aufgestellt, die von ausschlaggebender Tragweite auf diesem Gebiete sind. Auf katholischer Seite hütete man sich selbstverständlich wohl, auf diesen Trick hereinzufallen. Man weiß hier ganz genau, welches die wahren Absichten im liberalen Lager in Bezug auf die Schule sind, und daß der erste Antrag, den sie in unserem Landtag stellen würden, wenn sie mit den Sozialdemokraten zusammen über eine Mehrheit verfügten, ein Antrag wäre auf sofortige, schleunigste Abschaffung des Gesetzes von 1850 und der konfessionellen Schule. Wenn sie es nicht tun, so ist es durchaus nicht, weil ihnen die heiße Begierde dazu fehlt; sie unterlassen es nur, weil die Trauben einstweilen noch unreif sind. Und da ist durchaus kein Unterschied zu konstruieren zwischen dem liberalen und dem demokratischen Flügel unserer „Fortschrittspartei".

In den zu erstrebenden letzten Zielen sind sie durchaus einig: Abschaffung der konfessionellen Schule. Wo sie übrigens in Gemeinden zur Herrschaft gelangten, haben sie nichts eiligeres zu tun gehabt, als in den Schulsystemen, über die sie verfügen konnten, den konfessionellen Charakter



abzuschaffen. So z. B. in Straßburg, wo eine der ersten Taten der liberal-demokratischen Gemeinderatsmehrheit darin bestand, die Kleinkinderschulen (mit noch nicht schulpflichtigen Kindern) konfessionell gemischt zu gestalten. Ganz abgesehen von der Parteipresse, aus der fortgesetzt Töne herausklingen, die beweisen, daß man dort die Simultanschule nur als eine vorläufige Abschlagszahlung betrachtet, nach welcher die Schule kommen soll, die den wahren Wünschen der Partei entspricht, die Schule nach französischem Muster, die Schule ohne Gott und ohne Religion.

Die katholische Schule ist aber auch gefährdet durch Vorstöße, die von Gemeinden ausgehen, sagen wir gleich von Gemeinden mit überwiegend protestantischer Bevölkerung. Und zwar auf eine doppelte Weise. Einmal durch formelle Abschaffung von bestehenden konfessionellen Schulen. Es gibt Fälle, in denen, wohl unter dem Druck der Regierung in französischer Zeit, in Gemeinden mit konfessionell gemischter Bevölkerung konfessionelle Schulen eingerichtet worden waren, obschon die katholische Bevölkerung kein eigenes Kultuslokal besaß. Seit einiger Zeit werden da und dort in solchen Gemeinden die konfessionellen Schulen abgeschafft und alle Schulen interkonfessionell gestaltet. So z. B. in der Gemeinde Breitenbach im Münstertal (Oberelsaß). Anderwärts suchen die Gemeinden die konfessionelle Schule wenigstens teilweise abzuschaffen. Es gibt Gemeinden, in denen die Katholiken bisher nur *eine* konfessionelle Schule hatten, in der alle ihre Kinder unter einer einzigen katholischen Lehrkraft vereinigt waren, wo aber nun die Zahl der katholischen Kinder sich so vermehrt hat, daß eine zweite Klasse und also eine zweite katholische Lehrkraft notwendig wird, wenn die Klassen konfessionell getrennt bleiben. Eine Lehrkraft mehr ist aber eine neue Ausgabe für die Gemeinde. Da wird dann sehr oft zu dem Mittel gegriffen, daß man an die Schulbehörde mit dem Vorschlag herantritt, wenigstens einige Jahrgänge konfessionell gemischt zusammenzutun, um eine Lehrkraft zu sparen. Man hat noch nicht gehört, daß



die Schulbehörde in solchen Fällen sich grausam gezeigt hätte diesen Vorschlägen gegenüber.

Stellt man nun aber die Frage, was die Katholiken von Elsaß-Lothringen für den Schutz ihrer religiösen Interessen in der Schule von der Regierung erwarten dürfen, so kann man nur sagen, daß die Katholiken nur wenig Vertrauen in die Regierung setzen. Zunächst nicht in Bezug auf die Erhaltung der Konfessionalität. Nicht als ob die Regierung formell Stellung genommen hätte gegen das Prinzip der Konfessionalität der Volksschule; ja es wurde sogar mehrere Male durch den Chef des Unterrichtswesens, den Staatssekretär von Bulach, erklärt, daß die Religion in der Schule gewahrt bleiben solle. Hie und da wird auch von einem Regierungsmann betont, daß die Regierung entschlossen sei, sich genau an die Bestimmungen des Gesetzes von 1850 zu halten. Aber trotzdem ist man auf katholischer Seite nicht recht zuversichtlich. Man ist der Überzeugung, daß, wenn eine Landtagsmehrheit einen Antrag auf Abschaffung der konfessionellen Schule einbringen würde, gar kein Kampf auf Leben und Tod mit unserer Regierung zu fürchten wäre, sondern daß die Regierung, sagen wir einmal, es sehr leicht über sich brächte, sich in das Unvermeidliche zu fügen und ihre Achtung vor der Parlamentsmehrheit zu bekunden. Gewiß würde sie alles Allzuschroffe zu vermeiden suchen. Aber das wäre leicht zu erreichen. Man bräuchte lediglich der gesetzlichen Vorschrift, konfessionelle Schulen einzurichten, nur den allgemeinen obligatorischen Charakter zu nehmen und zum Beispiel in die neuen gesetzlichen Bestimmungen den Gedanken einzufügen, daß die Konfessionalität der Schule im Prinzip zwar aufrecht erhalten bleibe, daß aber im Einzelfalle die Schulbehörde über die Bedürfnisfrage zu entscheiden habe. Man darf ruhig sagen, daß die elsaß-lothringische Schulbehörde mit zwei Händen nach einer solchen Lösung dieser Frage greifen würde, aber ebenso ruhig darf man sagen, daß damit die katholische Schule in Elsaß-Lothringen zu Grunde gerichtet wäre und die heiligsten

katholischen Interessen von einem der schwersten Streiche getroffen wären, die sie treffen könnten. Wo in einem katholischen Dorfe einige protestantische Kinder wären, und wie leicht kann das bei der derzeitigen Häufigkeit des Wohnungswechsels geschehen, würde der Schule wohl durchweg der konfessionelle Charakter genommen werden. Damit wäre auch eine andere Möglichkeit gegeben, die gewiß schon ins Auge gefaßt wurde: die Möglichkeit, protestantische Lehrpersonen in katholische Ortschaften zu senden, und man darf sicher sein, daß die Regierung sich in der Ausnützung dieser Möglichkeit keine Nachlässigkeit zu schulden kommen ließe.

Aber noch weniger Vertrauen haben die Katholiken in die Regierung in Bezug auf den Schutz der katholischen Interessen in der Schule den Lehrpersonen gegenüber, d. h. in der festen Behandlung der Fälle, in denen Lehrpersonen in ihrer Tätigkeit in der Schule die religiöse Erziehung der Kinder gefährden. Die katholische Bevölkerung hat namentlich die Empfindung, daß die Schulbehörde sich nur schwer zum Einschreiten gegen Lehrpersonen entschließt, die sich bei der Erteilung des Religionsunterrichts Verstöße gegen die katholische Lehre erlauben, und daß sie, wenn sie einschreitet, ihre Repressivmaßregel mit einer Milde anwendet, die alles andere als abschreckend ist. Das klassische Beispiel ist hier gegeben durch den Fall des Lehrers Hildwein, der zu Wettolsheim bei Colmar in Oberelsaß, in einem ganz katholischen Dorfe mit nur katholischen Kindern, angestellt war. Dieser Fall wurde dadurch der größeren Öffentlichkeit bekannt, weil die Eltern einiger Kinder, nachdem sie vergeblich mehr als ein Jahr lang um ein Einschreiten der Regierung gegen den Lehrer eingekommen waren, endlich im Juni und Juli 1912 ihre Kinder nicht mehr zur Schule schickten und deshalb wegen Verletzung des obligatorischen Schulbesuchs vor Gericht zitiert wurden. Die Sache wurde verhandelt am 12. Oktober 1912: Der vorsitzende Richter und ein als Beirat fungierender Richter waren protestantisch. In dem Urteil wurde nun in Bezug auf den Lehrer Hildwein folgendes ausgeführt:



„Im einzelnen ist nachgewiesen, daß Lehrer Hildwein die Figur eines Moses seinen Schülern in der Verzerrung eines Zauberers nahe brachte, der seine in Ägypten gelernten Zauber- und Taschenspielerkünste dazu benützt habe, um das Volk Israel zu düpieren und es jahrelang in der Wüste herumzuführen, um dann an den ihm bekannten Stellen, wo Wasser gewesen sei, Halt zu machen, und die Israeliten glauben zu machen, er habe durch ein Wunder Wasser entdeckt. Ähnlich wurde das Schlangenwunder, der brennende Dornbusch und der Durchgang durch das rote Meer erklärt. Über die Verschlingung des Jonas durch den Walfisch machte sich Lehrer Hildwein direkt lustig, da dies nach naturwissenschaftlichen Grundsätzen tatsächlich unmöglich sei. In Bezug auf die Wiederkehr des Heilands sagte er, daß Christus am jüngsten Gericht nicht als Richter, sondern als Heiland komme. Fest steht weiter, daß Hildwein bei Besprechung der Todeszeremonien bei den Germanen und Kelten sich dahin geäußert: „Wenn die gewußt hätten, daß nach dem Tode alles aus ist, dann hätten sie das wohl bleiben lassen" (nämlich das Hineinlegen von Waffen und Speisen in die Gräber).

Aber das Gericht sprach sich in diesem Urteile auch aus über das Verhalten der Schulverwaltung. Es heißt da:

„Wenn man sich auf Grund der Beweisaufnahme frägt, welche Maßnahmen die Schulverwaltung getroffen hat, diese ihr jedenfalls seit den letzten Monaten des Jahres 1911 bekannten Mißstände zu beheben, so kann die Antwort darauf nur in einer dieser Verwaltung ungünstigen Weise gegeben werden. Erst Ende Dezember 1911 bequemte sich die Verwaltung, eine Untersuchung durch den Kreisschulinspektor vornehmen zu lassen, die die Behauptungen des Pfarrers gegen den Lehrer vollinhaltlich bestätigte. Von Januar 1912 bis am 11. Mai geschah nichts. Am 11. Mai 1912 wurde dem Lehrer ein Verweis erteilt, von dem aber weder der Bürgermeister, noch der Pfarrer, noch die Eltern etwas erfuhren. Hildwein amtierte weiter. Hält man alle diese Tatsachen zusammen, so kann man der Verwaltung den Vorwurf nicht ersparen, daß sie versagt hat. Zunächst war nach Ansicht des Gerichts der Verweis keine ge-



nügende Strafe, da ja jede Garantie dafür fehlte, daß der Lehrer Hildwein die Seelen der Kinder nicht weiter vergiftete. Mit dem nämlichen Rechte ließe man einen ungetreuen Kassenbeamten ruhig weiter an der Kasse oder den unzüchtigen Lehrer weiter in der Klasse. Die Bauern und der Pfarrer in Wettolsheim, die Staatsbürger sind, hatten das Recht zu erwarten, daß der Lehrer sofort versetzt und bis zur abgeschlossenen Untersuchung vom Dienste in der Schule entbunden würde."

Der Lehrer wurde nach diesem Urteil nicht etwa aus dem Schuldienst entfernt, oder doch auf eine Weise gemaßregelt, die abschreckend hätte wirken müssen. Nein; er wurde zwar versetzt, aber auf eine Weise, die geradezu einer Beförderung gleichkommt.

Nun wird man verstehen, mit welchen Gefühlen das katholische Volk der Schulbehörde gegenübersteht. Und das um so mehr, als unser Volk nicht mehr das nämliche Vertrauen in die einwandfreie Religiosität der Lehrerwelt hat wie früher. Obschon das Gros des deutschen Lehrervereins durch die protestantischen Lehrer gebildet wird, sind doch auch zahlreiche katholische Lehrer unseres Landes Mitglieder dieses Vereins. Und wer dessen Tendenzen kennt, kann auch verstehen, mit welchen Gefühlen ein katholischer Familienvater seine Kinder zum Religionsunterricht einem Lehrer anvertrauen wird, der Mitglied dieses Vereins ist. Die bange Unruhe des katholischen Volks könnte nur beseitigt werden, wenn die Überzeugung Platz greifen könnte, daß die Regierung bei allen Verstößen der Lehrer gegen die katholische Lehre ernst machen und unerbittlich Remedur schaffen wird. Aber zurzeit kann das katholische Volk in Elsaß-Lothringen diese Überzeugung nicht haben.

So liegen die Dinge in Elsaß-Lothringen auf dem Gebiete der Schule. Daraus ergibt sich für die Katholiken die einzig mögliche Richtlinie: unter allen Umständen Sorge dafür tragen, daß eine Abwehrmehrheit in der zweiten Kammer des Landtags vorhanden ist, um die noch bestehende Konfessionalität der Schule zu wahren und ihr womöglich einen realeren und erzieherisch wirksameren Inhalt zu sichern.



## LIX.

## Der Anfang vom Ende?

Von einem Süddeutschen.

Aus der Geschichte zu lernen ist der modernen, vom Interesse und der Aufgabe des Tages beherrschten Menschheit im allgemeinen nicht gegeben. Sonst würde sie nicht mit einer solchen Sorglosigkeit seit Jahren der Vermehrung und Potenzierung der Staatsschuld und aller öffentlichen Schulden und dem lawinenartigen Wachsen der Steuerlast zuschauen. Sonst würde sie sich manchmal die Konsequenzen dieser riesenhaften Steigerungen vor das Auge stellen und der Zukunft: des kommenden Endes gedenken.

Ging das Wachstum der Steuern und Staatsschulden vor einigen Jahrzehnten in arithmetischer Progression vorwärts, so scheint es in den letzten und kommenden Jahren in geometrischer Reihenfolge, mit dem Gesetze der Fallgeschwindigkeit anzuschwellen. Die jährliche Steuererhöhung von einer halben Milliarde Mark, welche neben den zunehmenden Steuern der Einzelstaaten das Jahr 1909 das Deutsche Reich seinen Bewohnern bescherte, war die größte, welche die Weltgeschichte bis dahin kannte; und nach kaum vier Jahren forderte dasselbe Reich für die Verstärkung seiner Armee eine einmalige Vermögensabgabe von einer Milliarde und eine weitere Steuervermehrung von jährlich zweihundert Millionen Mark.

Regierungsorgane und offiziöse Federn, die großen Blätter aller politischen Parteien mit Ausnahme der Sozialdemokratie waren bemüht, die Riesenabgabe und die riesige Steuervermehrung dem deutschen Steuerzahler möglichst mundgerecht zu machen, an den Patriotismus des Volkes zu appellieren und die teilweise Ablehnung der immensen Neuforderung als unpatriotisch zu brandmarken. Und das Volk nahm alle die beschwichtigenden Worte und den neuen Appell an seine Geldbörse mit stummer Resignation entgegen, es hat aufgehört zu opponieren, weil auf diesem Gebiete eine Opposition doch nichts mehr nützt.






Und die Folgen? — Wir suchen diese Frage vor allem zu beantworten durch eine Parallele, die wir zwischen der finanziellen Lage des zur Neige gehenden antik-römischen Kaiserreiches und den gegenwärtigen Verhältnissen ziehen.

## I.

Das kaiserliche Rom erscheint von Commodus bezw. Septimius Severus ab als eine reine Militärmonarchie. Die Folge war eine stete Vergrößerung des Heeres, zuerst durch die Kriege gegen die noch zu unterjochenden Völker, später durch die großen Einfälle der Barbaren veranlaßt. Das weitere Ergebnis der Vermehrung des Heeres war die Vergrößerung des Heeresbudgets. Hatte in den letzten Zeiten der Republik die Heereslast den italischen Grundbesitzer und vor allem den Kleinbauern, die fast ausschließlich das Soldatenmaterial zu liefern hatten, dem Ruine entgegengeführt, so drückten in der kaiserlichen Zeit die Massenheere und die Massensteuern auf alle römischen Bürger.

Das finanzielle Defizit im Staatshaushalte stellte sich im dritten Jahrhundert ein und wurde zu einem chronischen, nicht mehr beseitigten Übel.

Da die Steuern, trotz ihrer Höhe, zur Bestreitung des Staats- und Armeebedarfes nicht mehr ausreichten, da das moderne, den letzten Enkel belastende System der Staatsschulden damals unbekannt war, betrat man einen anderen Ausweg, und das war der der Münzverschlechterung.

Die Hauptmünzen waren anfangs der Aureus und der Silberdenar; mit Caracalla kamen die die vorgenannten Münzen zurückdrängenden Antoniniani auf; letztere verfielen insbesondere dem Schicksale der Verschlechterung. Unter Kaiser Caracalla betrug ihr Reingehalt an Silber 50%, unter Gordian 33%, unter Gallian 20% und schließlich 5%.

Die Münzen des Staates waren so nahezu wertlos und damit das finanzielle Fundament des Staates und dessen Kredit hohl und morsch geworden. Zwar, „solange der Schein gewahrt blieb, kam das Gefährliche dieses Zustandes dem Einzelnen nicht zum Bewußtsein, die alte Währung



herrschte weiter; als aber der Kreditmünze der Kredit entzogen wurde, indem Diokletian mit gewohnter Rücksichtslosigkeit und Unfähigkeit ... mit neuen Währungen zu experimentieren begann, erfolgte die finanzielle Deroute." [1])

Mit den infolge der Münzverschlechterung ins Bodenlose sinkenden Kursen verband sich, insbesondere vom Jahre 301 ab, eine ein allgemeines Wehklagen hervorrufende Teuerung sämtlicher Lebens- und Bedarfsmittel, der man umsonst durch Maximaltarife entgegenzuwirken suchte. Trotz dieser allgemeinen Teuerung erhöhte der Staat fortgesetzt seine Steuern. Diese wurden in der rücksichtslosesten Weise eingetrieben. Weinen und Wehklagen, erzählt Dr. Gg. Ratzinger, [2]) erfüllte immer das ganze Reich, wenn eine neue Steuerausschreibung erfolgte. Alles wurde gemessen und gewogen, alles wurde versteuert; die Bäume und Weinstöcke wurden gezählt, jedes Haustier und jeder Menschenkopf aufgeschrieben, Väter, Kinder und Sklaven mußten vor dem Steuerbeamten erscheinen, um ihr Vermögen anzugeben. Die Reichen wurden für die Ärmeren und Armen haftbar gemacht und mußten den wachsenden Steuerausfall in diesen Schichten decken.

Zu der herrschenden Teuerung und der anschwellenden Steuerlast gesellte sich endlich, als unfähiger Retter, der Staatssozialismus. Ganze große Betriebe, wie das Bäcker- und Schiffergewerbe, wurden verstaatlicht und staatlich organisiert. Die behördliche Sorge erstreckte sich, in der Not der Zeit, auf alle wirtschaftlichen Einrichtungen, alles wurde amtlich bevormundet und geregelt, alles uniformiert.

Doch das Übel schritt unhaltbar und unheilbar seinem bösen Ende entgegen. Die staatliche Unterbilanz wuchs trotz oder wegen der Münzverschlechterung; die ins Unerträgliche gesteigerte Steuerlast vermochte dasselbe nicht zu beheben,

1) Dr. C. Wessely in der „Monatsschrift für christliche Sozialreform", Jahrg. 1910, S. 746.

2) Geschichte der kirchlichen Armenpflege. 2. Aufl. Freiburg i. Br. 1834. S. 106 f.





wohl aber das festeste Fundament des Staates, den Mittelstand, zu vernichten; der Staatssozialismus besserte nicht, sondern verschlimmerte die Lage der Berufsklassen; die für die Armen haftenden Reichen wurden zuletzt selbst arm: am chronischen Staatsdefizit und Steuerdruck, an Teuerung und Staatssozialismus und am allgemeinen sittlichen Verfalle ging das römische Reich zugrunde.

Die Parallele der finanziellen und wirtschaftlichen Zustände des niedergehenden Rom mit jenen des zwanzigsten Jahrhunderts und speziell Deutschlands ergibt sich von selbst. Steigende Staatsschuld (statt fortgesetzter Münzverschlechterung), unerträglich werdender Steuerdruck, allgemeine Teuerung, Staatssozialismus — das alles sind Dinge, die wir sowohl im Militärstaate Rom wie im waffenstarrenden Deutschen Reiche, wenn auch in verschiedener Form und in verschiedenem Grade, schauen. Für alle, die aus vergangenen Tagen lernen und die offenen Auges die Dinge sehen wollen, wird es zur Überzeugung werden, daß wir rasch und sicher Zuständen entgegeneilen, ja schon zum Teil in sie eingetreten sind, die, wie in Rom, zu einer unberechenbaren Katastrophe führen.

## II.

Im Bilde unserer wirtschaftlichen und finanziellen Zukunft steht finster und drohend das bleiche Gespenst des „Bankerottes“. Diese näher und näher rückende Gefahr zu bestreiten kann nur das Bestreben und die Aufgabe von freiwillig Blinden sein. Unsere finanzielle Lage ist allmählich hochbedenklich, bedenklicher selbst als die Frankreichs geworden, dem einige pessimistische Stimmen schon vor vierzig Jahren die kommende Katastrophe ankündigten.

Frankreich hatte nach Zahlung der Kriegsentschädigung an das Deutsche Reich rund 24 Milliarden Mark Staatsschulden. Diese Schuld ist ziemlich stationär geblieben, während Deutschland, das im Jahre 1871 eine halbe Milliarde Schulden zählte, diese Summe zur Zeit auf $5^1/_4$ Milliarden erhöht hat und mit den dazu zu rechnenden Schulden der



Einzelstaaten heute nahezu 20 Milliarden unrentierlicher Staatsschulden aufweist.

Die finanzielle Lage der französischen Republik ist, trotz ihrer Kolonien, ihrer Banken und Börsen, eine schwierige. Der Franzosen „geschichtliche Sendung", schrieb im Jahre 1874 Dr. Edgar Bauer,[1]) „ist von nun an darauf hingewiesen, bis zu den letzten Folgerungen der Zahlungsunfähigkeit vorzudringen. Das französische Volk, das jetzt erst bei dem Anfange der Geldpein steht, wird den Plagegeist der Börse in die Luft zu sprengen suchen, und Frankreich wird dies nicht anders tun können, als indem es sich selber in Stücke zersprengt."

Indeß: Frankreich ist, im Hinblick auf seine geringere Bevölkerungsziffer, relativ reicher als das Deutsche Reich. Die „Geldpein", d. i. Schuld und Zins, dürfte für Deutschland, und ebenso für das verbündete Österreich, bald noch quälender als für Frankreich sein. Eine weitere Verschlimmerung unserer wirtschaftlichen Lage, die nicht ins Bereich der Unmöglichkeiten gehört, müßte die Geldnot und -Pein auch dem hoffnungsvollsten Optimisten fühlbar machen. Wir sind zwar durch die glänzende Entwicklung unserer Industrie und unseres Handels reich an positivem Vermögen, aber noch reicher an „negativem" Vermögen: an Staats-, Gemeinde- und Privatschulden geworden. Dagegen haben sich die Abgaben vervielfacht, alle Preise erhöht, die Ansprüche und Bedürfnisse vermehrt — am meisten das Kredit- oder Anleihebedürfnis.

Das Anwachsen des positiven und negativen Reichtums begünstigt heute noch den deutschen Norden, führt aber zur — Verarmung des Südens.[2]) Das ist insbesondere eine Folge des Wachstums der Kriegs- und Handelsflotte und der hiefür bewilligten Summen oder Anlehen. Deutschland hat nur eine nördliche Küste und darum partizipieren an den

1) Die orientalische Frage und der europäische Frieden. München 1874. S. 135.

2) Vgl. „Augsburger Postzeitung" vom 29. April 1908.



kommerziellen Vorteilen der Nord- und Ostseeküste und des offenen Meeres nicht alle großen Gebiete des Deutschen Reiches gleichmäßig. Der „Agrarstaat" Bayern und die anderen süddeutschen Staaten werden niemals von Flotte und Handel dieselben Vorteile einheimsen wie der preußische Norden. Zudem liegt das Zentrum des deutschen Geldmarktes, befinden sich die Handelsemporien, Schiffswerften, die größten Kohlenbecken, die Dampfschiffahrtgesellschaften usw. im Norden.

So wird das Anwachsen von Flotte und Landheer, von Steuerlast und Reichsschuld in erster Linie den deutschen Süden erdrücken und zugleich die finanzielle Selbständigkeit der Einzelstaaten begraben. Die Reichsschuld „wächst wie im Winter der Schnee auf den Alpen", schrieb im Jahre 1908 ein süddeutscher Publizist.[1]) Wenn diese nordische Lawine ins Rollen kommt, wird sie ganz Süddeutschland verschütten." — —

### III.

Unsere Zukunft ist ernst in politischer Hinsicht und sie ist düster in finanzieller und wirtschaftlicher Beziehung. Aber die Zukunft ist nicht düster ohne in der Vergangenheit liegende Gründe, und die im Wettrüsten der Nation sich zeigende Lage ist nicht ernst ohne bestimmte politische Ursachen geworden.

Wir stehen zurzeit vor der Vermehrung des Landheeres in der beabsichtigten Ausdehnung, daß künftig jeder wehrfähige Deutsche zu den Waffen gerufen werden soll. Diese neue und gewaltige Mehrung wurde, wie die Rede Bethmann-Hollwegs vom 7. April ergab, in erster Linie hervorgerufen durch die Gefahr des Panslavismus. Aber daß das Slaventum, daß Rußland zu einer derartigen Gefahr werden konnte, ist nicht zuletzt eine Folge historischer politischer Sünden — deutscher Mächte oder Machthaber. Man hat kurzsichtig Polen, die nördliche Vormauer gegen das Zarenreich, geteilt und vernichtet; und daß die politische Riesensünde der Teilung Polens möglich wurde, ist vorab der gefeierten Politik König

1) „Historisch-politische Blätter", Bd. 141, S. 368.



Friedrich II. zu danken. Dieselbe preußische Politik hat später die südliche Vormauer gegen die Barbarei des Ostens, Österreich, geschwächt, indem es ihm im Jahre 1859 die pflichtgemäße Unterstützung versagte, es 1866 aus Deutschland hinauswies und indirekt, durch die ihm bei Sadowa bereitete Niederlage, die Kühnheit und Begehrlichkeit des inneren Feindes Österreichs: des Magyarentums, steigerte, das sein lange erstrebtes Ziel, den unglückseligen Dualismus, in dem dem Kriegsjahr folgenden Jahr 1867 erreichte. Zu der äußeren und inneren Schwächung Österreichs kam, als weitere Stärkung des politischen Slaventums, die irrige Auffassung und das kurzsichtige Verhalten Bismarcks gegenüber der Balkan- und orientalischen Frage. Das Wort des Kanzlers von den „Knochen des pommerischen Grenadiers" ist noch heute unvergessen. Es kam endlich dazu die russenfreundliche, unbegreifliche Politik desselben Kanzlers,[1]) eine Politik steter Nachgiebigkeit gegen die Ansprüche und Rücksichtsrücksichtslosigkeiten des Moskowitertums, die man sonst von dem Politiker mit „Blut und Eisen" nicht gewohnt war.

Das Wettrüsten der europäischen Völker ist, wenn auch nicht allein, so doch in erster Linie eine Folge der expansiven preußischen Politik.[2]) Das heute offen auszusprechen mag

1) Im Jahre 1888 schrieb Ferdinand **Knie**: „Seit nahezu vierzig Jahren entfaltet der Mann von Blut und Eisen eine fast unerklärliche Politik Rußland gegenüber. Stets war er aufs eifrigste bestrebt, mit Rat und Tat dafür zu sorgen, daß jede Gelegenheit, Rußlands Übermut in die gebührenden Schranken zurückzuweisen . . ., **nicht nur nicht benutzt wurde**, sondern vielmehr **zu neuer Stärkung und Kräftigung des russischen Kolosses ausschlagen mußte** . . . . . Und wenn heute die „russische Gefahr" gigantenhaft vor uns steht, wenn die **russisch-französische Koalition** mehr ist als ein Popanz, mit dem man Kinder schreckt, dann verdanken wir das einzig und allein (?) der russenfreundlichen Tätigkeit des Fürsten Bismarck." (Die „russische Gefahr." Schattenbilder. Paderborn 1888. S. 16 f.)

2) Die heutigen „Rüstungen sind erst notwendig geworden durch die preußische Kriegspolitik von ehedem, da das erschreckte Europa sah, daß auch so bindende Verträge, selbst innerhalb der europäischen und deutschen Staatenfamilie, flüssig werden, sobald auf



dem jungen Deutschland, mag besonders jenem Teil, der stets den Erfolg beweihräuchert ohne die Konsequenzen des Erfolges zu erfassen, unangenehm in die Ohren klingen, aber geschichtliche Wahrheiten nehmen wenig Rücksicht auf momentane Gefühle und opportunistische Bedenken. Preußen hat seit Mitte des 19. Jahrhunderts seine Armee fortgesetzt verstärkt, es hat das Duell von 1866 seit langem vorbereitet, dem der Krieg von 1870/71, besonders auch im Hinblick auf die früheren Abmachungen Bismarcks mit Frankreichs Kaiser nachfolgen mußte. Die Folge des Erfolges von 1866 war ferner das beginnende Mißtrauen Rußlands; und die Folge der Niederlage Frankreichs, das noch 1867 sein Heer vermindert hatte, war das Bündnis der Republik mit dem Zarenreiche. Das sind geschichtliche Fakta, welche der größte preußisch-deutsche Patriotismus und die reichlichst subventionierte Geschichtsbaumeisterei nicht wegdisputieren kann und die das Wort des geistvollen deutschen Protestanten Paul de Lagarde erklären, daß der größte politische Fehler des 19. Jahrhunderts die Gründung eines Kleindeutschland war.

So ist es denn die Konsequenz der friderizianischen und der kleindeutschen Politik, daß wir mächtige verbündete Feinde im Osten und im Westen haben und von der finanziellen Last unserer Rüstungen nahezu erdrückt werden. „Die französische Republik ist fortan eines der Rosse", schrieb der scharfblickende Dr. Edgar Bauer[1]) bereits im Jahre 1874, „welche den russischen Wagen ziehen. In jenem Augenblicke,

irgend einer Seite ein tatsächliches militärisches Übergewicht vorhanden ist. Die Kriege Preußens haben erst eigentlich Europa unter die Waffen gerufen, und die Konsequenz dieser Kriege wird Europa solange unter den Waffen halten und es zu immer neuen und gesteigerten Rüstungen antreiben, als bis nicht das Deutsche Reich den entscheidenden Sieg, d. h. einen Sieg, der den Gegner nicht schwächt, sondern ein für allemal aus der Liste der Großmächte streicht, . . errungen hat oder, um den Status von der Seite der Gegner zu geben, bis das Deutsche Reich wieder aufgelöst ist. Das ist der Stand der Dinge, nüchtern betrachtet. („Histor.-polit. Blätter", Bd. 147, S. 131 f.)

1) A. a. O. S. 55.



als Europa nach der Gefangennahme Napoleon III. an einen baldigen Ausgleich zwischen Frankreich und Deutschland glaubte, beeilte sich der preußische Staatsmann, mit dem Zusammenbruch aller früheren Friedensgarantien einen ewigen Krieg beider Länder . . . . zu verkünden.[1]) Preußen belehrte die Völker, daß jeglicher Friede hinfort nur ein Waffenstillstand sei, welcher den ‚ruchlosen‘ Racheangriff vorbereitet.[2]) Bismarck sagte mit dürren Worten, daß man sich auf einen dauerhaften Frieden mit Frankreich nicht gefaßt machen dürfte . . .[3]) Und wenn Preußen trotzdem Sicherheiten für den angeblichen Frieden forderte,[4]) so war ja durch die eigenen Bekenntnisse des Staatsmannes die Tatsache festgestellt, daß solche Sicherheiten nichts anderes gewährleisten konnten als die Verewigung des Kriegszustandes.

Dieser Kriegszustand, welcher auch ohne Kanonendonner das herrschende Gesetz bleibt, ist das Feld, das die Ernte Rußlands trägt.

England wird dem Russen das Feld nicht streitig machen."

Rußland der kontinentale Feind! Das einst mit dem Borussentum „turmhoch" befreundete Russentum ringt um die Herrschaft auf dem europäischen Festlande. Und wir werden bei diesem weltgeschichtlichen Ringen aller Voraussicht nach allein stehen. Die Zukunft unseres einzigen verlässigen Verbündeten, des 1866 hinausgewiesenen Österreich-Ungarn, ist fraglich: das Jahr 1917 wird dem Habsburgerreiche, wenn inzwischen kein Wunder geschieht, die durch eine wahnsinnige Politik ermöglichte wirtschaftliche Trennung der beiden Reichshälften bringen, der die politische folgen muß und folgen wird. Wenn unser Kampf nicht zu einem vollständigen Siege führt, wird er uns finanziell ruinieren, neue Vermögensabgaben werden dann so unmöglich sein wie neue Anlehen und neue Steuererhöhungen.

---

1) Preußische Depesche aus Rheims vom 13. September 1870 an die norddeutschen Gesandten bei neutralen Höfen.
2) Erlaß aus Meaux vom 16. September 1870.
3) Norddeutscher Erlaß vom 13. September.
4) Depesche aus Rheims vom 13. und Erlaß aus Meaux vom 16. Sept.





So wird der Schlußakt der preußischen Politik des Erfolges das blutige Drama entweder zu einem erhebenden Schauspiele oder zu einem weltgeschichtlichen, mit dem Unglücke ganzer Völker endenden Trauerspiele gestalten.

## LX.

## Kürzere Besprechung.

1. München und seine Bauten, herausgegeben vom Bayer. Architekten- und Ingenieurverein. München 1912 bei F. Bruckmann, A.-G. XIII u. 817 Seiten in 4° mit 1100 Textabbildungen und Münchens Staffelbauplan in 1:20000. Ladenpreis 25 Mk.

Die 41. Wanderversammlung des Verbandes Deutscher Architekten- und Ingenieurvereine veranlaßte obiges Werk, wie der 1876 hier stattgehabten zweiten Generalversammlung der von Franz von Reber redigierte „Bautechnische Führer durch München" seine Entstehung verdankte. Im bayerischen Nationalmuseum befindet sich das große Holzmodell Münchens, welches 1571 der Straubinger Jacob Sandtner im Maßstabe von 1:750 vollendete, man hat es in fünf photographischen Aufnahmen abgebildet. Dazu kommt der Stadtplan von 1605 nach einem Stiche von W. Hollar und der von 1644 nach dem Stiche von Math. Merian, auch fünf Aquarelle von C. A. Lebschée.

Bei Besprechung der mittelalterlichen Kultusbauten wird Seite 67 behauptet, daß es in Oberbayern einen Backsteinrohbau nicht gegeben habe. Das von einem uns unbekannten Meister 1494 ausgeführte St. Salvator des ehemaligen Friedhofes der Pfarrei Unserer Lieben Frau zeigt über seiner Sockelschräge aus Nagelfluhe die direkt aufsteigende Backsteinmauer im gotischen Verbande mit 32 Zentimeter Steinlängen und 8 Zentimeter Dicke bei Mörtelfugen bis zu 2 Zentimeter. Hätte die Absicht einer nachmaligen Bemörtelung bestanden, dann würde der Maurer eine Verputzleiste sowohl an den Jochflächen, wie den Strebepfeilern vorgesehen haben. Bei der Frauen-Pfarr- und Stiftskirche hat Stadtbaumeister Jörg Ganghofer 1468—88 über seinem Nagelfluhesockel auch keine Verputzleiste stehen lassen, es wurde gleichfalls ein Backsteinrohbau hergestellt, nur so erklärt sich der unter dem Kaffgesimse der Hochfenster ringsum ziehende Kleeblattbogenfries mit ganz schwachem Relief; bei einem nachträglichen Mauerverputze würden diese hart-



gebrannten Formsteine geradezu verschwinden. Heiligkreuz des ehemaligen Friedhofes der Pfarrei Sankt Peter bestätigt abermals den mittelalterlichen Backsteinrohbau, wie denn der leider bis heute unvollendet gebliebene Glockenturm der Sankt Michaelskirche der Gesellschaft Jesu über seinem hohen Nagelfluheunterbau einen richtigen Backsteinrohbau darbietet. — Die den beiden heiligen Johannes 1296 geweihte Augustiner-Einsiedlerklosterkirche ist als Backsteinrohbau mit Sandsteinquadern an den Chorstrebepfeilern hergestellt worden und erst nach der 1620 erfolgten inneren Umgestaltung bekam das Äußere einen Speisbewurf, den aber der Wettersegen gründlich heruntergewaschen, so daß jetzt der sauber ausgeführte gotische Verband der gut gebrannten Mauerziegel zu sehen ist. Die Pfarrkirche des Apostelfürsten Sankt Petrus besaß die gleiche Konstruktion am älteren Westteile, wie auch am Drei-Kreuzapsidenchor vom Kurfürsten Maximilian I. und es ist nicht zu verantworten, daß durch neuerliche Restaurationen dem Gotteshause sein monumentaler Charakter genommen worden ist. In Niederbayerns Hauptstadt Landshut im Diözesansprengel des Erzbischofs von München-Freising steht die 1336 geweihte Dominikanerklosterkirche Sankt Blasius; hier erfreut die selbständig stilistische Ausbildung des Ziegelrohbaues an den Strebepfeilern des Choräußern, auch da wäre Bemörtelung der durchbrochenen Teile eine Unmöglichkeit. In der Mariahilfpfarrkirche der Vorstadt Au nahm Joseph Ohlmüller 1831 bis 1839 die mittelalterliche Konstruktion und den verfugten Backsteinrohbau mit Sandsteindetails wieder auf, ihm folgte darin Georg Friedrich Ziebland bei der 1835—50 errichteten Pfarr- nnd Benediktinerabteikirche Sankt Bonifatius, sowie Hofbaudirektor von Dollmann bei der Heiligkreuzpfarrkirche der Vorstadt Giesing. Der Akademiedirektor Friedrich von Gärtner erbaute 1840—43 im zweifarbigen Backsteinrohbau die Generalbergwerks- und Salinenadministration, ebenso von 1844 ab die Arkaden des südlichen Friedhofes. Sein Schüler Friedrich Bürklein schuf die unverputzten Backsteinbauten des 1848 vollendeten Zentralbahnhofes, der im Jahre 1853 fertig gestellten Schießstätte an der Theresienwiese, das 1856—59 errichtete Regierungsgebäude von Oberbayern und die 1856 der Bestimmung übergebene Frauenklinik an der Sonnenstraße. Gleichfalls in Backsteinrohbau hat Stadtbaurat Arnold Zenetti die Anlage des nördlichen Friedhofes, das Volks- und Elementarschulhaus an der Amalienstraße, sowie den Schlacht- und Viehhof zur Ausführung gebracht. Sämtliche hier genannten Bauten hat das 1912 herausgegebene Werk des Architekten- und Ingenieurvereins nicht abgebildet.



Der in Soignies 1695 geborene François Cuvilliés wurde auf Empfehlung seines Lehrers Robert de Cotte im Jahre 1725 an den Bayerischen Hof berufen und brachte den französischen Rokokostyl mit. Die Ausführung ward ihm aber dadurch erschwert, daß er das in Paris gewohnte vortreffliche Kalksteinmaterial mißte und seine Außenfronten der Adelspaläste, den Residenzflügel der Grünen Galerie 1730—33 und die Façade von Sankt Cajetan 1767 nur in Mörtelverputz und vergänglichem Farbanstriche herstellen mußte. Beide letztgenannten Bauten fanden in photographischen Aufnahmen ihre Abbildung, ebenso das Palais Piosasque de Non (Theatinerstraße 16) von 1728, das Palais Holnstein (Erzbischof) von 1733—37 und das Cottahaus (Theatinerstraße 11, abgerissen) von 1759. Es hätte sehr nahe gelegen zum Vergleiche den Königsbau Leo von Klenzes mit seinen beiden Quadersteinfaçaden, auch Gärtners monumentale Feldherrnhalle und dessen Siegestor aus Kehlheimer Kalksteinen im Werke von 1912 abzubilden.

Auf Seite 190 vermißt man den Maßstab beim Grundrisse des durch Karl von Fischer 1803 erbauten Palais Salabert, wo sich heute die österreichisch-ungarische Gesandtschaft befindet. Seite 214 fehlt der Maßstab der durch Leonhard Romeis erstellten Sankt Bennopfarrkirche, Seite 216 beim Grundrisse von Hauberrissers Sankt Paulspfarrkirche und ebenso bei Heinrich von Schmidts Pfarrkirche des heiligen Maximilian. Selbst der Kompaß hätte hinzugefügt gehört, denn dieser ist bei Gotteshäusern gerade so wichtig, wie bei Gemäldegalerien. Die mit Hausteinfronten versehenen Münchener Bauten der von W. Martens-Berlin erfundenen Vereinsbank, der von Max Hasak entworfenen Reichsbank, die Hypotheken- und Wechselbank, auch die Pfälzerbank und die neuen Geschäftshäuser an der Neuhauserstraße haben keine Abbildung gefunden. Die vielen gebotenen nur bemörtelten und angestrichenen Wohnhäuser mit ihren steilen roten Ziegeldächern können dafür nur einen ungenügenden Ersatz bieten. Dankbar entgegengenommen würden auch die fehlenden Abbildungen der Erzstandbilder von Bayerns vier Königen, Rauchs Maximilian Joseph I., Widnmanns Ludwig I., Zumbuschs Maximilian II., Ferdinand von Millers Ludwig II., sowie dessen Kaiser Ludwig der Bayer. Ingleichen hätte die Abbildung von Thorwaldsens Reiterstatue des Kurfürsten Maxilian I. auf dem Wittelsbacherplatze die Bildhauerkunst des 19. Jahrhunderts trefflichst beleuchtet.

München. Architekt Franz Jacob Schmitt.





## LXI.

## Kann der Protestantismus eine Trennung von Kirche und Staat vertragen?

Von Dr. K. Neundörfer, Worms.

Als in Frankreich in den Jahren 1905—1907 die Trennung von Kirche und Staat gesetzgeberisch durchgeführt wurde, veranlaßten diese Vorgänge auch in Deutschland eine lebhafte literarische Erörterung des Trennungsproblems. Dabei wurden — vor allem naturgemäß auf protestantischer Seite — auch die Folgen erwogen, welche eine etwaige Nachahmung des französischen Beispiels für die protestantischen Landeskirchen Deutschlands haben könnte. Diese Erwägungen mündeten vielfach in ernste Befürchtungen und darum in eine Ablehnung der Trennungsforderung im Interesse des Protestantismus. So erklärte sich z. B. D. Dr. Ernst Tröltsch, Professor der Theologie in Heidelberg, deswegen für den Fortbestand der gegenwärtig bei uns bestehenden Verbindung von Kirche und Staat, weil nur durch diese Verbindung der deutsche Protestantismus „nicht der sonst unvermeidlichen Zersplitterung preisgegeben" sei. Denn nur „der zusammenhaltende und ausgleichende Einfluß des staatlichen Kirchenregimentes, die mit der Wissenschaft versöhnende Wirkung der staatlichen theologischen Fakultäten und das ganze Interesse des Staates an einer Temperierung der religiösen Leidenschaften" sei es, was den Protestantismus in Deutschland





„zusammenhält und ihm die Existenz möglich macht".[1]) In demselben Sinne schrieb auch der damalige Landrichter und Privatdozent an der Universität Gießen, Dr. Jul. Friedrich: „Die Trennungsfrage kann zur Existenzfrage für die deutschen [protestantischen] Landeskirchen werden."[2]) Tröltsch wies auch damals schon zur Begründung seiner Befürchtungen auf die protestantische Kirche in Frankreich hin, welche „in hoher Gefahr der Spaltung scheine".[3])

Wie berechtigt dieser Hinweis war, wie tatsächlich die Trennung von Kirche und Staat eine Kirchenspaltung im französischen (kalvinischen) Protestantismus hervorgerufen hat, das zeigt eine neuerdings erschienene Schrift von Lic. Willy Lüttge über: „Die Trennung von Staat und Kirche in Frankreich und der französische Protestantismus."[4]) Diese eingehende, auf persönlicher Orientierung beruhende Studie gibt interessante Einblicke in naheliegende Folgen einer Trennung von Kirche und Staat für das kirchliche Gebiet; die Resultate dieser Untersuchung sind aber auch für die Beurteilung der kirchenpolitischen Lage in Deutschland von Bedeutung, da die in Frankreich mit einer Trennung von Kirche und Staat gemachten Erfahrungen vielleicht nicht ohne Einfluß auf die Stellung sein werden, welche maßgebende protestantische Kreise in Deutschland zur Trennungsfrage einnehmen. Die folgenden Ausführungen wollen darum in zusammenfassender Weise an der Hand des genannten Buches die Folgen der Trennungsgesetzgebung in Frankreich für den französischen Protestantismus zur Darstellung bringen und im Anschluß daran die Frage erörtern, inwieweit etwa dem

---

1) „Die Trennung von Staat und Kirche, der staatliche Religionsunterricht und die theologischen Fakultäten." Tübingen 1907. S. 49/50.

2) „Die Trennung von Staat und Kirche in Frankreich." Gießen 1907. S. 52.

3) A. a. O. S. 75, Anm. 33.

4) Tübingen 1912. (XII u. 208.) Die Zitate im Folgenden, deren Quelle nicht besonders angegeben ist, sind diesem Buche entnommen.

deutschen Protestantismus im Falle einer Trennung von Kirche und Staat ein ähnliches Schicksal droht, wie es den französischen tatsächlich getroffen hat.

I.

Der Protestantismus ist im französischen Volksleben eine fast verschwindende Größe. Neben etwa 37 Millionen Katholiken gibt es in Frankreich 650000 Protestanten, von denen 570000 als Nachkommen der alten Hugenotten reformiert sind; der kleine Rest ist lutherisch und freikirchlich. Der Kalvinismus ist daher bei den französischen Protestanten durchaus herrschend und darum auch im Folgenden, soweit nicht ausdrücklich anders bemerkt, allein berücksichtigt. Ausgangspunkt für die neuere Geschichte des französischen Protestantismus ist die Revolution von 1789, durch welche ihm bürgerliche und politische Gleichberechtigung mit den Katholiken zuteil wurde. Bei der Neuordnung der kirchenpolitischen Verhältnisse im Jahre 1802 wurde durch einen Anhang zu den sogen. Organischen Artikeln die kalvinische wie die lutherische Kirche zur Staatskirche erklärt. Die dem Protestantismus auf Grund dieser Privilegierung zufließende staatliche und kommunale Unterstützung betrug vor der Trennungsgesetzgebung etwas über $1^1/_2$ Millionen Frcs. jährlich. Das Schwergewicht der Verwaltung jener beiden protestantischen Staatskirchen lag in den durch eine Anzahl Gemeinden gebildeten Bezirksverbänden, welche in den consistoires ($^1/_3$ Pastoren, $^2/_3$ Laien) ihre Vertretung hatten.

Seit 1830 machte sich eine freikirchliche Bewegung geltend, welche „die völlige Unabhängigkeit des inneren kirchlichen Lebens durch Trennung vom Staate zu wahren und den Glauben in den Formen seiner alten dogmatischen Ungebrochenheit und zugleich (durch Forderung eines persönlichen Bekenntnisses) in seiner persönlichen Lebendigkeit und Innerlichkeit zu sichern suchte“. Diese Bewegung führte 1848 zur Absplitterung von etwa 30 orthodoxen Gemeinden, die sich 1849 zu einem eigenen freikirchlichen Verband zusammenschlossen.





Die Wiedereinführung der Republik im Jahre 1872 ermöglichte die Abhaltung einer offiziellen (kalvinischen) Generalsynode in Paris, der ersten seit der Lyoner Synode von 1659. Auf dieser Synode wurden als Grunddogmen kalvinischen Glaubens proklamiert: „L'autorité souveraine des Saintes Ecritures en matière de foi, et le salut par la foi en Jésus-Christ, Fils unique de Dieu, mort pour nos offenses et ressuscité pour notre justification“ (191). Auf dieses Bekenntnis sollten in Zukunft alle Pastoren verpflichtet werden, woraufhin die liberal gesinnten Vertreter aus der Synode ausschieden. Die damals schon drohende Kirchenspaltung wurde jedoch vom Staate noch hintangehalten, indem die Regierung die von der Synode geforderte dogmatische Verpflichtung der Theologiekandidaten ablehnte und die liberalen Wähler und Abgeordneten als rechtmäßige Glieder der Kirche erklärte.

Dieser staatliche Eingriff konnte jedoch den vorhandenen Riß zwischen rechts und links nur notdürftig verkleben, nicht schließen. 1879 gaben sich 70 rechtsstehende consistoires innerhalb der offiziellen Staatskirche eine eigene Organisation, und 1882 folgten etwa 30 liberale consistoires diesem Beispiel. „Es waren im Grunde bereits zwei Kirchen. Denn auch die Minderheiten in den Gemeinden hatten sich meist je ihrer Partei angegliedert. Die äußere Einheit wurde durch den Staat gewahrt. Er hielt durch gemeinsame Kirchengesetze und durch das gleiche Wohlwollen des Schutzes und des Budgets beide Parteien zusammen. So war es wohl ein Gebäude, das beiden Parteien Raum bot; aber in diesem Hause gab es ein höfliches Grüßen beim Zusammentreffen, nicht viel innere Gemeinschaft und eine ziemliche Abneigung“ (66) — eine Charakteristik, die, wie wir später sehen werden, auf die gegenwärtige Lage der protestantischen Kirche in Deutschland nicht weniger paßt, als auf die der französischen Kirche vor ihrer Spaltung.

Dieses immer drohender werdende Auseinandergehen des rechten und des linken Flügels hatte das Einsetzen einer



Einigungsbewegung zur Folge, welche in modernistischer Weise das Bekenntnismäßige im religiösen Denken und Leben gegenüber dem persönlich-intuitiven und sozial-caritativen Moment zurückzudrängen sich bemühte. 1896 kam es auch zu einer gemeinsamen Konferenz von Vertretern orthodoxer und liberaler consistoires. Da man sich jedoch in Glaubensfragen nicht einigen konnte, begnügte man sich mit einigen verwaltungstechnischen Vereinbarungen. Auf einer zweiten derartigen Konferenz i. J. 1899 zu Lyon traten schon deutlich die drei kirchlichen Parteien in die Erscheinung, welche dann infolge der Trennung von Kirche und Staat zu drei getrennten kirchlichen Organisationen werden sollten: die Partei der äußersten Rechten mit 38, die der unabhängigen Rechten mit 32 und die der Liberalen mit 34 consistoires.

Der bevorstehenden staatlichen Trennungsgesetzgebung sahen manche protestantische Kreise Frankreichs mit gutem Mute entgegen. „Es war eine starke Hoffnung im Protestantismus gewesen, die [mit der Trennung gegebene] Notwendigkeit einer selbständigen Entschließung, gleichsam einer geistigen Revision für alle, werde eine mächtige religiöse Bewegung hervorrufen, und diese werde als Wendung zu der freien und geistigen Religin des Protestantismus sich vollziehen"; es bestand die Hoffnung, „daß die Erschütterung des festen klerikalen Gefüges und der Zwang zur Revision des kirchlichen Bestandes die Möglichkeit weiter, sieghafter Ausdehnung für den Protestantismus in sich schlöße" (89 u. 91). Diese kühnen Hoffnungen wurden aber sehr enttäuscht. Denn als unmittelbare Wirkungen des Trennungsgesetzes kann Lic. Lüttge nur verzeichnen: „Im Katholizismus: der stark einsetzende und rasch verhallende Lärm der Tumulte, der wirksame und nachhaltige passive Widerstand und die Bewahrung der ungebrochenen kirchlich-religiösen Einheit. Im Protestantismus: kirchliche Spaltung und Befehdung und keine Stärkung durch Entfesselung einer mächtigen religiösen Bewegung" (84).

Die nächste Wirkung allerdings der durch die Trennungsgesetzgebung drohenden Erschütterung des kirchlichen Bestandes

war ein verstärktes Einsetzen der schon erwähnten Einigungsbewegung. „Man wollte nicht zur Unwirksamkeit kleiner Kultusgemeinden herabsinken", sondern „Durchdringung und Gestaltung des gesamten Volkslebens im protestantischen Geiste" (91). Daher sah sich die offiziöse Generalsynode der Rechten, welche 1905 zu Reims tagte, zu mancherlei Zugeständnissen gegenüber dem Revisionismus veranlaßt. Ebenso bemühte sich die in demselben Jahre zu Montpellier abgehaltene liberale Generalsynode in ihrer auf dieser Synode angenommenen Bekenntnisformel die Negationen möglichst zurückzustellen und den religiösen Gehalt scharf herauszuheben, indem sie Folgendes als ihr Bekenntnis proklamierte (191 f.):[1])

„Nous affirmons pour chaque membre de l'Eglise le droit et le devoir de puiser lui-même, dans l'Ecriture Sainte et dans les expériences de la piété, sa foi et ses croyances.

Nous sommes remplis de joie à la pensée que nous possédons en Jésus-Christ le suprême don de Dieu, le Sauveur, qui par sa personne, ses enseignements, sa vie sainte, son sacrifice et son triomphe sur la mort, communique constamment aux enfants du Père Céleste la force nécessaire pour faire prévaloir déjà sur la terre la justice et l'amour sur toutes les formes individuelles et collectives du mal.

Et, à tous ceux qui cherchent auprès de Dieu dans la communion avec Jésus-Christ le pardon des péchés, les énergies de la vie morale, les consolations dans la souffrance et les espérances éternelles, nous ouvrons fraternellement nos Eglises, au fronton desquelles nous maintenons la vraie devise protestante: ‚Evangile et Liberté'."

Neben diesem ausgeprägt subjektivistischen und im übrigen ziemlich dehnbaren Bekenntnisse wurde zugleich die oben wiedergegebene dogmatische Formel von 1872 „als gegenwärtiges

1) Man beachte in den hervorgehobenen Stellen den Gegensatz zu dem oben S. 644 wiedergegebenen orthodoxen Bekennnis von 1872.



Symbol der Kirche in dem starken, ehrlichen Willen zur Einigung" akzeptiert.

Auf der Rechten traute man aber diesem Entgegenkommen der Liberalen nicht. „Man meinte, all das habe seinen Grund nur in der Besorgnis, finanziell selbst nicht genug gesichert zu sein, und in der Hoffnung, durch die Einigung nun an den reichen Mitteln der Rechten teilzunehmen" (95). Daher nahm man auf einer neuen Generalsynode der Rechten in Orleans im Januar 1906 eine energische Abgrenzung nach links vor. Es wurde die Erklärung von 1872, und zwar in unverkürzter Geltung (sans formules d'introduction ni equivalences) als die notwendige Grundlage für jeden Kultverein, der in den synodalen Verband aufzunehmen sei, festgesetzt. Auf diese Formel sollten in Zukunft alle Pastoren sowie Professoren der theologischen Fakultät zu Montauban verpflichtet werden. Zugleich wurden Kirchenregiment und Finanzwesen des orthodoxen Synodalverbandes in zentralistischem Sinne geregelt. Damit war die Kirchenspaltung im französischen Kalvinismus schon gegeben, welche dann auf der im Juni 1906 zu Montpellier stattgehabten „Konstituierenden Nationalsynode" der Rechten nur besiegelt wurde.

Neben dieser Kirche der Rechten mit 403 Gemeinden konstituierte sich im April 1907 auf der Grundlage des Bekenntnisses von Montpellier die Kirche der Linken mit 104 Gemeinden. Ungewiß war anfangs, wie die Partei der „unabhängigen Rechten" sich stellen werde. Man bemühte sich von orthodoxer Seite, sie im Synodalverband der Rechten zu halten, und viele, die an sich mit den Beschlüssen der Synode von Orleans durchaus nicht einverstanden waren, blieben auch in diesem Verband, um innerhalb desselben freieren Anschauungen zum Durchbruch zu verhelfen. Andere Gemeinden der früheren Mittelpartei konnten sich jedoch dazu nicht entschließen und gründeten darum einen besonderen Verband, der zwar keine eigentliche Kirche sein wollte, sich aber doch auf der Synode von Jarnac (1906) ein eigenes



Bekenntnis gab, welches zwischen links und rechts zu vermitteln sucht (193). Jesus wurde darin zwar als „le Fils du Dieu vivant“ erklärt, dieser Ausdruck jedoch in Anführungszeichen gesetzt und zugleich der von den Liberalen gewählte Ausdruck: „don suprême du Père“ beigefügt. Bezüglich der Glaubensquellen wird proklamiert: „la valeur religieuse unique de la Bible, document des révélations progressives de Dieu“, diesem Bekenntnis jedoch sogleich an die Seite gestellt die Betonung „du droit et du devoir, pour les croyants et pour les Eglises, de pratiquer le libre examen en harmonie avec les rêgles de la méthode scientifique, et de travailler à la reconciliation de la pensée moderne avec l'Evangile“.

Dieser „Jarnac-Gruppe“, welche 1907 in Paris ihre konstituierende Nationalversammlung hielt, schlossen sich anfangs 105 Gemeinden an, von denen 40 seither der Rechten angehört hatten. Ihrer grundsätzlich vermittelnden Stellung gemäß gestattete diese Gruppe den ihr angeschlossenen Gemeinden zugleich der orthodoxen oder liberalen Kirche anzugehören. So bestand die „Jarnac-Gruppe“ 1909 aus 160 Gemeinden, von denen jedoch nur 73 ausschließlich dieser Gruppe, dagegen 84 zugleich der Kirche der Linken und 3 der Kirche der Rechten angehörten. Schon daraus ist ersichtlich, daß diese Gruppe mehr nach links als nach rechts hinneigte. Und in der Tat war es ihr auf die Dauer unmöglich, eine wirkliche Vermittlerrolle zwischen rechts und links durchzuführen: im Juni 1912 vereinigten sich die „Jarnac-Gruppe“ und die Organisation der Linken zu einem kirchlichen Gebilde. Diesem diente zwar das Bekenntnis von Jarnac zur offiziellen Grundlage; jedoch erklärten die seitherigen Mittelparteiler, daß sie auch in dem liberalen Glaubensbekenntnis von Montpellier „le même esprit religieux, le même souffle chrétien“ wiederfänden, wie in dem ihrigen. Daher schickte die 1912 neu gebildete Kirchenorganisation ihrem

offiziellen (Jarnac)-Bekenntnis folgende charakteristische Erklärung voraus:

„Décidée à ne jamais rechercher une uniformité dogmatique incompatible avec la foi personelle, elle laisse à toutes les Eglises, qui s'unissent en elle, la pleine liberté d'affirmer leurs croyances propres dans l'un des diverses symboles en usage dans le protestantisme, qui tous, à travers l'insuffisance des pensées et des paroles humaines, contiennent la substance de l'Evangile et assurent, à ceux qui s'en réclament, droit de cité dans l'Eglise protestante" (VIII).

Wurde so die Spaltung zwischen links und Mitte beseitigt, so vertiefte sich jedoch zugleich die Kluft zwischen rechts und links noch mehr; die Rechte findet in jener Vereinigung nur ihre eigene Prophezeiung vom Anfang an bewahrheitet, daß nämlich die „Jarnac-Gruppe" nur ein verkappter Liberalismus sei: „L'unification s'est faite, parce qu'elle était faite".[1])

So ist infolge Beseitigung des staatlichen Kirchenregimentes die frühere eine kalvinische Staatskirche in anfänglich drei, dann zwei getrennte Kirchenorganisationen auseinandergefallen; eine positive und eine liberale. Daneben bestehen dann noch in kleineren Verhältnissen: die lutherische Kirche, welche mit ihren 55 Gemeinden zwar organisatorisch, nicht aber finanziell die Trennung vom Staate leidlich überstanden hat; der Verband der Freikirchen, welche sich schon 1848 freiwillig vom Staate trennten, mit 37 Gemeinden im Jahre 1899 und dazu noch die mancherlei protestantischen Sekten, wie Methodisten, Baptisten u. a., welche auch in Frankreich ihre Konventikel haben: — das Ganze ein Bild organisatorischer Auflösung und Zersplitterung, wie sie größer kaum sein kann.

Auch für das innere Leben dieser verschiedenen kirchlichen Organisationen, namentlich für die beiden kalvinischen, bedeutete die Trennung vom Staate keinen Vorteil. „Keine freie große Entfaltung und Steigerung, keine Loslösung von

1) „Christliche Welt" 1912. Nr. 34. Sp. 818 f.

den alten Schranken und Befreiung der schlummernden Kräfte trat ein" (141). Namentlich ging auch „die starke Hoffnung weiter kirchlicher Kreise, daß nach der Trennung des Staates von der Kirche nun die Stimmung und Haltung der sozialistisch gesinnten Arbeitermassen sich wandeln würde", nicht in Erfüllung. „Das Gesetz und die neue Form kirchlichen Lebens ist ohne Einfluß auf die Arbeiterbewegung geblieben. Haltung und Stimmung ist durchaus unverändert: es ist die gleiche Melodie des Hasses, nur eben in eine andere Tonart transponiert, doch von gleich grellem Klang" (138).

Aber auch viele, die seither noch zur Kirche zählten, bleiben aus Scheu vor finanziellen Verpflichtungen und infolge eines allgemeinen „Nachlassens der Energie des kirchlichen Bewußtseins" den auf Grund des Trennungsgesetzes gegründeten Kultusvereinen fern. So haben z. B. in Montmerency bei Paris ein Drittel der seitherigen Gemeindemitglieder auf ein Rundschreiben der Geistlichen gar nicht geantwortet. Viele von diesen rechtlich Außenstehenden nehmen jedoch tatsächlich noch am religiösen Leben teil; so wurden 1909 in Besançon 10 Trauungen vollzogen, ohne daß auch nur ein Beitritt zur Gemeinde sich damit verbunden hätte; es fanden 45 Taufen statt in 36 Familien, von denen jedoch nur 5 zur Gemeinde gehörten; bei 56 kirchlichen Beerdigungen waren nur 17 in dem engeren Kreis der Glieder der Gemeinde zu vollziehen (134). Jedoch läßt auch diese blos tatsächliche Teilnahme am kirchlichen Leben nach; „es nimmt die Gewohnheit ab, die christliche Religion mit den feierlichen Augenblicken des Lebens zu verbinden".

Dieses „nicht zu verkennende Nachlassen der kirchlichen Sitte und Gewohnheit" zusammen mit der selbst bei kirchlich Gesinnten vorhandenen Scheu vor finanziellen Verpflichtungen ist naturgemäß für die genügende Finanzierung der vom Staate getrennten Kirche ein großes Hemmnis. So ist es erklärlich, daß trotz großer Opferwilligkeit vieler Ge-



meindeglieder die kirchliche Organisation der Rechten 1909 ein Defizit von 125000 Frcs., 1910 von 120000 Frcs. und 1911 von 203000 Frcs. aufzuweisen hatte, das jeweils durch besondere Aufrufe und Kollekten gedeckt werden mußte.[1]) 1910 konnten von den 636 Gemeinden der lutherischen und reformierten Kirchen nur 187 sich selbst finanziell erhalten: 80 von der Rechten, 40 von der Linken, 48 von der Jarnac-Gruppe und 19 lutherische. Die anderen 449 Gemeinden brauchten Hilfe von ihren kirchlichen Verbänden, 323 von der Rechten, 64 von der Linken, 26 von der Jarnac-Gruppe und 36 lutherische.

Als eine Nebenwirkung dieser finanziellen Schwierigkeiten ist nicht selten, namentlich in kleineren Gemeinden „eine Minderung des Ansehens uud der Achtung des Pastors zu spüren: wir bezahlen sie, — eine Stimmung wohlwollender Herablassung" (147). Auch daß der Nachwuchs an theologischen Kandidaten bedeutend abnimmt, ist wohl hierdurch mitverursacht. So waren 1906: 917 Pastoren im Amt, am 1. Januar 1910 nur noch 775; 1909 schieden aus und starben 39, neu ordiniert wurden nur 24, und unter diesen noch schweizerische Theologen und Evangelisten ohne akademische Bildung. Trotz inzwischen eingetretener Besserung waren aber im Januar 1912 noch 60 Pfarrstellen unbesetzt, darunter 38 von der Rechten.

Wenn trotz alledem Lic. W. Lüttge in den Gemeinden „eine erhöhte Regsamkeit und Intensität des Lebens" und „eine große und allgemeine Opferwilligkeit" konstatieren zu können glaubt (140 f.), so bleibt nichtsdestoweniger die im vorauf Gesagten genügend belegte Tatsache bestehen, daß die Trennung von Kirche und Staat für den französischen Protestantismus im ganzen nicht Förderung, sondern Auflösung seines kirchlichen Bestandes bedeutete.

1) 1912 soll die „Union der evangelisch-reformierten Kirchen Frankreichs" ihre Rechnungen mit einem Defizit von 151000 Franken abgeschlossen haben. (Köln. Volks-Ztg. Nr. 297 v. 6. IV. 1913.)



## II.

Hat der deutsche Protestantismus im Falle einer Trennung von Kirche und Staat ein ähnliches Schicksal zu befürchten, wie es den französischen tatsächlich ereilt hat? — Diese Frage soll uns nun noch etwas beschäftigen.

In vieler Hinsicht ist sicherlich der deutsche Protestantismus in ganz anderer Lage als der französische. Er hat vor allem nicht nur eine verschwindende Minderheit, sondern die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes auf seiner Seite; nach der letzten Volkszählung am 1. Dez. 1910 waren 39991421 Personen, d. h. 61,59% der Bevölkerung des deutschen Reiches protestantisch. Auch ist der deutsche Protestantismus sehr viel länger und enger mit dem Staate und namentlich mit den meisten regierenden Fürstenhäusern verbunden, als es die protestantischen Kirchen in Frankreich jemals waren. Schließlich überwiegt in Deutschland das Luthertum über den Kalvinismus, was für die Möglichkeiten einer kirchlichen Gestaltung im Falle einer Trennung von Kirche und Staat auch nicht ganz ohne Bedeutung ist; denn im Luthertum war die Idee der Volks- und Anstaltskirche von jeher wirksamer als im Kalvinismus, der auf Leben und Selbständigkeit der Einzelgemeinden größeres Gewicht legt.

Ob nun diese Umstände, welche hauptsächlich den deutschen Protestantismus vom französischen unterscheiden, ersterem bei einer Trennung von Kirche und Staat eine günstigere Lage sichern würden, mag hier dahingestellt bleiben. Sicherlich wirken diese Umstände nicht alle und ohne weiteres im Sinne eines fortdauernden organisatorischen Zusammenhaltes des Protestantismus im Falle einer solchen Trennung; so kann z. B. gerade die jahrhundertelange sehr enge Verbindung mit dem Staate im Falle einer Trennung der protestantischen Kirche gefährlich werden, weil sie vielfach infolge dieser Verbindung nicht gelernt hat, auf eigenen Füßen zu stehen. Aber wie dem auch sei: die wichtigste Ursache des kirchlichen Zerfalls im französischen Protestantismus unter dem Trennungsrecht ist in derselben Weise, ja in noch

stärkerem Maße, auch im deutschen Protestantismus wirksam: der Gegensatz zwischen positiver und liberaler Glaubensrichtung.

Wie weit dieser für das Schicksal des Protestantismus so bedeutsame Gegensatz zwischen „rechts" und „links" in Deutschland gediehen ist, dafür einige Symptome, wie sie aus Anlaß der Absetzung des Kölner Pfarrers Jatho kürzlich zu Tage traten.

Gott, Christus, Unsterblichkeit: das sind sicherlich drei Kardinalpunkte der christlichen Religion; was ist darin der „positive" und was der „liberale" Glaube?[1])

Jatho sagt: „Gott ist das Ewige", „die Notwendigkeit des Lebens". „Das Leben im weitesten Sinn des Wortes, das Alleben und Einzelleben, als organisches und unorganisches, als geistiges und körperliches, sittliches und religiöses, ist die Fülle der Gottheit." Und ein Gesinnungsgenosse, Pastor Heydorn, sekundiert ihm im „Protestantenblatt", indem er schreibt: „Es ist falsch, daß Gott in diesem sinnlichen Zusammenhang die Weltschöpfung sowie die Leitung des gesamten Naturgeschehens und die Möglichkeit des Wundertuns zugeschrieben wird."[2])

Dagegen hören wir von der anderen Seite den Protest: „Wir sind positiv, weil wir bejahen: das Dasein eines persönlichen Gottes."

Von Jesus Christus hat Jatho in einer Berliner Versammlung bekannt: „Jesus nicht Gottessohn, nicht unser Herr, nicht der Christ, nicht der Sündenlose, nicht

1) Vgl. die aktenmäßige Darstellung des Falles Jatho" von Lic. A. Eckert im „Kirchlichen Jahrbuch für die evangelischen Landeskirchen Deutschlands 1912" S. 59—119. Über die Lehre Jathos ist daraus namentlich die Urteilsbegründung gegen denselben (S. 94—100), über die positive Anschauung der Aufruf des „Arbeitsausschusses der positiven Vereinigung von Alt-Köln" (S. 77—80) zitiert.

2) Köln. Volks-Ztg. 29. III. 1911 Nr. 271.



der Erlöser.[1]) Und Pastor Heydorn erklärt: „Es ist falsch, daß Christus Gott ist; daß sein Tod und sein Blut eine besondere Heilsbedeutung haben; daß er von den Toten auferstanden ist; daß seine Lehre etwas Übernatürliches ist; daß der Kultus seiner Person für das Christsein notwendig ist." Ja in Greifswald ist sogar durch Gemeindestatut verboten, auf der Kanzel noch vom Blute Christi zu predigen: „Wir verlangen, daß von Jesus nicht als von dem Schöpfer, Erhalter und Regierer der Welt oder als von unserem Gotte die Rede sei. Er soll der Gemeinde auch nicht dargestellt werden als einer, der durch seinen Tod den Zorn Gottes über unsere Sünde besänftigt habe."[2])

Von rechts aber tönt dagegen das Bekenntnis: „Wir sind positiv, weil wir bejahen den Glauben an die wahre Gottessohnschaft Christi, den Glauben an die Erlösung durch Christi Tod und Kreuz, den Glauben an die Auferstehung Jesu Christi."

Über die persönliche Unsterblichkeit ist Jatho „nie zu einer Gewißheit gekommen"; er drückt sich lieber dahin aus, die Menschen seien „aus Gott gezeugt und würden von ihm auch wieder verschlungen." — Pastor Heydorn schreibt: „Es ist falsch, daß über die Fortdauer der einzelnen Seele nach dem Tode unbeweisbare Behauptungen in Umlauf gesetzt werden." Und das Greifswalder Gemeindestatut fordert: „Es soll der Gemeinde nicht das Dogma von der Auferstehung des Fleisches aufoktroyiert werden."

Und wieder wird rechts bejaht, was links geleugnet wird: „wir sind positiv, weil wir bejahen . . . das ewige Leben."

So stehen sich auch im deutschen Protestantismus in der positiven und in der liberalen Richtung dogmatische Gegensätze von solcher Schärfe einander gegenüber, wie sie sich wohl kaum auf die Dauer in derselben kirchlichen Ge-

1) Köln. Volks-Ztg. 30. XII. 1912 Nr. 1142.
2) Köln. Volks-Ztg. 15. XII. 1912 Nr. 1180.



meinschaft miteinander vertragen können. Eine solche Krisis aber rückt um so näher, je mehr im Leben der Gemeinden und der Gesamtkirche diese Gegensätze auch *praktisch* widereinanderstoßen. Das ist aber jetzt schon vielfach der Fall.

So schreibt Pastor Wendland im Kölner „Evangelischen Gemeindeboten“ (1910 Nr. 23)[1]: „Hat nicht schon in der Gemeinde und darüber hinaus die Scheidung sich zu vollziehen begonnen? Abgesehen von den guten Seelen, die mit ihrem liebewarmen Herzen das Auseinanderstrebende zusammenhalten möchten, . . . . wählt sich heute jedes Gemeindemitglied den Pfarrer *seiner* Richtung zur Befriedigung seiner religiösen und kirchlichen Bedürfnisse, es meidet den anderen, wo es nur kann, es fühlt sich innerlich von ihm geschieden. Der Gegensatz ist auch bereits in der Arbeit der Kirche akut geworden. Es gibt nicht nur einen evangelisch-protestantischen Missionsverein, sondern auch einen rheinischen Diakonieverein, der Schwestern und Brüder in seinem Sinne ausbildet und in die Gemeinden sendet. Wo kirchliche Parteiungen sich gebildet haben, ist die Kollegialität unter den Geistlichen vernichtet, das Gemeindeleben bis in seine Wurzeln hinein erschüttert. Kirchliche Fragen werden nicht mehr sachlich, sondern vom Parteistandpunkte aus entschieden. Die Leitung der Gemeindeangelegenheiten liegt in den Händen der herrschenden Partei, die der Minorität nur so viel Einfluß zugesteht, als dadurch ihre Superiorität nicht bedroht ist. In fortwährenden erregten Kämpfen muß die Vorherrschaft verteidigt werden, oder wird von der anderen Seite versucht, dieselbe zu erobern. Ein gemeinsames Arbeiten auch auf neutralem Gebiet wird dadurch je länger je mehr erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht.“

Namentlich sind es die ausgesprochenen *Parteikämpfe* aus Anlaß der *Gemeindevertretungswahlen*, welche den Gegensatz zwischen positiver und liberaler Richtung als ein Zersetzungselement für den protestantischen Kirchenkörper in die Erscheinung treten lassen, und das um so mehr, als sich

1) Vgl. Kölner Volks-Ztg. 4. VI. 1910 Nr. 462.

mancherorts der kirchliche mit dem politischen Parteigegensatz zu verbinden beginnt. So siegte z. B. bei den Kirchengemeinderatswahlen in Bretten (Baden) 1910 der liberale Wahlvorschlag nur mit sozialdemokratischer Hilfe, wozu die konservative Deutsche Reichspost die sehr begreifliche Bemerkung machte: „Wo soll es mit unserer evangelischen Kirche hinaus, wenn diejenigen, die treu zur Kirche halten, die regen Anteil am kirchlichen Leben nehmen, weichen müssen denen, die dem Christentume oftmals haßerfüllt gegenüberstehen?" [1]) Derselbe politische Gegensatz spielte auch bei der Vertreterwahl in der evangelischen Gemeinde in Düsseldorf am 13. II. 1913 eine große Rolle. In dem offiziellen Aufruf des „Kirchlich-liberalen Ausschusses" hieß es da: „Wer es wünscht, daß die Macht der Schwarz-Blauen durch einen neuen Sieg verstärkt werde — der wähle positiv." Und in einem anderen liberalen Aufruf aus Anlaß derselben Wahl war zu lesen: „Die Verbrüderung von Orthodoxie und Ultramontanismus ist eine schwere Schädigung sowohl unserer Landeskirche als auch der politischen Gesamtverhältnisse." [2]) Ebenso wird aus Nürnberg berichtet, daß die im „protestantischen Laienbund" organisierten kirchlich-liberalen Elemente bei den letzten Kirchenverwaltungswahlen sich des Apparates der Freisinnigen Volkspartei bedient haben; [3]) und auch bei den jüngsten Auseinandersetzungen zwischen den Radikalen und den Gemäßigten innerhalb der kirchlich-liberalen Vereinigung Badens spielte der politische Gegensatz zwischen nationalliberaler und Fortschrittspartei eine Rolle. [4])

Wenn ferner aus Anlaß des Jatho-Streites eine Anzahl liberaler Berliner Pfarrer trotz ausdrücklichen persönlichen Verbotes des Konsistoriums sich aktiv an einer Protestversammlung beteiligten und diese ihre Widersetzlichkeit dem

1) Vgl. Köln. Volks-Ztg. 14. I. 1910 Nr. 37.
2) Köln. Volks-Ztg. 14. II. 1913 Nr. 134.
3) Köln. Volksztg. 10. III. 1913 Nr. 209.
4) Köln. Volksztg. 20. II. 1913 Nr. 152.

Konsistorium sogar noch schriftlich ankündigten;[1]) wenn in einer Versammlung der Kirchlich-liberalen Vereinigung in Karlsruhe öffentlich erklärt werden konnte: „Das Vertrauen der Liberalen zur Kirchenbehörde sei erschüttert";[2]) — wenn andererseits positiv gesinnte Väter ihre Kinder vom Konfirmationsunterricht des liberalen Pfarrers fernhalten zu müssen glauben,[3]) und „ernst gläubig gerichtete junge Theologen nach dem Wunsche ihrer Eltern ... lieber unter Preisgabe mancher in der Heimat ihrer wartenden Vergünstigungen ... bei auswärtigen positiv gerichteten Fakultäten ihre Vorbildung suchen und auch auswärts sich anstellen lassen, als daß sie sich der Gefahr aussetzen, in Gießen [liberale Fakultät] ihre positiv christliche Überzeugung zu verlieren"[4]) — so sind das alles doch Anzeichen einer inneren Krisis in der protestantischen Kirche, wie sie beim Schwinden der Bekenntniseinheit nur natürlich, die aber darum für den Fortbestand der gegenwärtigen protestantischen Kirche nicht weniger gefährlich ist.

Eine weitere, praktisch bedeutsame Verschärfung des inneren kirchlichen Gegensatzes liegt darin, daß beide Richtungen sich zur Geltendmachung ihrer Anschauungen eigene Organisationen geschaffen haben, welche im Falle einer Trennung von Kirche und Staat, ähnlich wie in Frankreich, leicht zum Ausgangspunkt eigener Kirchenbildungen werden könnten. Auf liberaler Seite wirkt hier vor allem der 1863 gegründete „Deutsche Protestantenverein", die Organisation der äußersten theologischen Linken. Im Herbst 1912 hat derselbe aus Anlaß der „Fälle" Jatho und Traub sich mit anderen gleichgesinnten Vereinen („Verband der Freunde der evangelischen Freiheit" und andere kirchlich-liberale Vereine in den verschiedenen Bundesstaaten) zu einem „Bund deutscher

1) Köln. Volks-Ztg. 29. III. 1911 Nr. 269.

2) Köln. Volks-Ztg. 28. V. 1910 Nr. 439.

3) Reichsbote 1911 Nr. 70.

4) Eingabe der Kirchlich-positiven Vereinigung für Hessen, Gießener Anzeiger 13. V. 1911 Nr. 112.

Protestanten" zusammengeschlossen. Auch die „Freunde der Christlichen Welt", zu denen viele einflußreiche Protestanten gehören, und immer mehr auch der „Evangelische Bund",[1]) sind zu den liberalen Vereinen zu zählen.

Dieser Organisation der Linken. stehen gegenüber die „Kirchlich positiven Vereinigungen" in den einzelnen Gebieten und als zusammenfassender Verein der „Allgemeine positive Verband" der im April 1912 in Berlin einen ersten „allgemeinen positiven Kongreß" abhielt. Auf demselben begründete D. Graf v. Hohenthal-Dölkan die Notwendigkeit einer solchen Veranstaltung damit, daß „aus Süddeutschland, namentlich aus Hessen und Baden, immer lebhafter der Wunsch, ja die Notwendigkeit, hervorgetreten sei, mit den großen positiven Vereinigungen Norddeutschlands in engere Verbindung zu treten; denn die Übermacht des religiösen und kirchenpolitischen Liberalismus erfordern immer dringender kräftige Abwehr.[2]) Eine umfassende positive Organisation will auch der „Deutsch-evangelische Volksbund" sein, der nach einer offiziellen Erklärung trotz aller „selbstverständlichen Frontstellung ultramontanen Angriffen gegenüber ... den Hauptgegner der evangelischen Kirche und des biblischen Christentums gegenwärtig im radikalen Liberalismus sieht".[3])

So stehen sich also im deutschen Protestantismus die positive und die liberale Richtung nicht nur in theoretischer, sondern auch in praktischer, organisierter Gegnerschaft einander gegenüber. Wie scharf und persönlich aber der Gegensatz zwischen diesen kirchlichen Parteien schon geworden sein muß, mag man daraus ersehen, daß sogar ein besonderer „Bund

---

1) 1912 traten viele Positive in Berlin und Umgebung aus demselben aus, und in der neuesten Zusammensetzung des Zentralvorstandes sieht die Allg. Evang.-Luth. Kirchenztg. „eine wesentliche Verschiebung nach links". Vgl. Köln. Volks-Ztg. 15. X. 1912 Nr. 903 u. 28. I. 1913 Nr. 83.

2) Deutsche Tageszeitung 25. IV. 1912 Nr. 208. I. Beilage.

3) Reichsbote 1912 Nr. 250.



für sachliche Behandlung kirchlicher Fragen" gegründet wurde, der durch sein Organ „Trenga Dei" („Frieden Gottes") „mehr sachliche Verständigung zwischen den kirchlichen Richtungen herbeiführen möchte".[1])

Bei dieser gespannten Sachlage ist es nicht zu verwundern, daß man auf protestantischer Seite selbst schon ganz offen eine Kirchentrennung fordert, wenn man z. T. auch den derzeitigen umfassenden Bau der Landeskirche als äußeres Gehäuse für die verschiedenen protestantischen Bekenntniskirchen gerne bestehen lassen möchte. Man verhehlt sich vielfach nicht mehr „die Tatsache, daß der Protestantismus beständig an seinem Lehrbegriff Kritik übt, sich in beständiger Selbstzersetzung befindet" und auch „kein Mittel besitzt, um solchen Untersuchungen Schranken zu setzen".[2]) Man gibt zu, daß der jetzige deutsche Protestantismus doch keine Bekenntniseinheit mehr bilden könne, da „die Geschichte des Protestantismus ... zu einer unübersehbaren Mannigfaltigkeit religiöser Vorstellungen und Stimmungen geführt habe, die sich alle organisch und natürlich auf dem Grunde der Reformation gebildet haben und darauf heimberechtigt fühlen".[3]) Man stellt sich auf positiver Seite ernstlich die Frage, „ob zwei völlig voneinander geschiedene Richtungen ... in ein und derselben kirchlichen Gemeinschaft miteinander leben können";[4]) aber auch liberale Kreise fühlen, daß „ein unversöhnbarer Gegensatz, eine unüberbrückbare Kluft besteht zwischen den beiden Gruppen der Liberalen und Radikalen und der Orthodoxie, von dem sie durch eine ganze Weltanschauung getrennt sind",[5]) und meinen, daß man „bereits an der Grenze

1) Köln. Volks-Ztg. 5. V. 1912 Nr. 400.

2) Univ.-Prof. Arnold Meyer in Zürich in einem 1911 gehaltenen Vortrag: Augsb. Post-Ztg. 6. V. 1911 Nr. 104.

3) Pfarrer D. Erich Förster in Frankfurt a. M. in seinem „Entwurf eines Gesetzes betr. die Religionsfreiheit im preußischen Staat" (1911) S. 59.

4) Pastor Wendland a. a. O.

5) E. Felden, Trennung von Staat und Kirche, Jena 1911. S. 40.





des Erträglichen angelangt" sei; „nachdem nun nicht bloß die Positiven den Liberalen, sondern Liberale schlankweg allen, die für das Spruchkollegium eintreten, den Glauben absprechen, können wir in der gegenseitigen Verbitterung kaum noch weiter kommen. Wir brauchen auf alle Fälle klare Verhältnisse." [1])

Verschiedene Wege wurden nun schon vorgeschlagen, um aus der gegenwärtigen Lage zu „klaren Verhältnissen" zu kommen. Auf liberaler Seite glaubt man vielfach das Heil in der völligen Beseitigung eines dogmatischen Bekenntnisses zu finden; so verlangte auf dem 25. Protestantentag (1911) Pfarrer Fredeking (Berlin) eine „ganz bekenntnisfreie Kirche mit dem Idealismus der Freiheit auf dem Boden des Evangeliums". [2]) Mit Recht wurden jedoch von Prof. Schian (Gießen) [3]) solche und ähnliche Vorschläge als undurchführbar bezeichnet; wenn auch das dogmatische Bekenntnis für die ganze Landeskirche abgeschafft wäre, würden sich doch bald neue Gemeinden auf bestimmter Bekenntnisgrundlage bilden. „Zum mindesten in den großen Städten werden bald mindestens vier Teilgemeinden sein: eine orthodoxe, deren Masse aus den höheren Ständen und aus dem Beamtenstand, aber auch aus dem Bürgerstand sich rekrutiert, eine freigerichtete moderner Färbung, bestehend in der Hauptsache aus Gliedern der gebildeten Stände, eine Gemeinschaftsgemeinde, zumeist aus kleineren Leuten zusammengesetzt, und eine monistisch-freireligiöse Gemeinde Jatho'scher Stimmung." Und weil Professor Schian solche Gruppenbildung doch für unvermeidlich hält, rät er gleich zu völliger Aufgabe der Idee einer protestantischen „Volkskirche" und zur Gründung kleiner selbständiger Kirchen, in denen jeder nach seiner Façon selig werden könne. Im Grunde auf dasselbe hinaus kommt auch der Vorschlag von Pfarrer D. Erich Förster in seinem

1) Prof. **Schian** (Gießen) in der Zeitschrift „Deutsch-Evangelisch" (Sept. 1911); vgl. Köln. Volks-Ztg. 23. IX. 1911 Nr. 814.

2) Köln. Volks-Ztg. 12. X. 1911 Nr. 870.

3) A. a. O.



Gesetzentwurf betreffend die Religionsfreiheit. Förster möchte das „eigentümliche deutsch-protestantische Kirchengebilde so umwandeln, daß dabei 1. die Dissidenten, 2. die Modernen, 3. die Altgläubigen zur vollen Erfüllung ihrer Gewissensansprüche kommen, und daß dabei doch die Kontinuität und all das Gute, was für Staat und Volk damit verbunden war, erhalten bleibt".[1]) Er rät daher dazu „auf den Charakter einer Kirche d. h. einer Bekenntnisgemeinschaft für den rechtlichen Verband evangelischer Kirchengemeinden des Landes offen zu verzichten, ihn zu einer wirtschaftlichen und Verwaltungseinheit umzubilden, und dem Verlangen nach Kirche, nach Zusammenschluß mit den wirklich Gleichgesinnten, neue Bahnen zu eröffnen". Solch eine „Verwaltungseinheit" zwischen im Bekenntnis selbständigen positiven und liberalen Gemeinden könnte bei den gekennzeichneten scharfen Gegensätzen zwischen rechts und links natürlich nur bestehen, solange „der zusammenhaltende und ausgleichende Einfluß des staatlichen Kirchenregiments" (Tröltsch) vorhanden ist; Förster läßt darum auch den König „Schirmherr des Verbandes evangelischer Kirchengemeinden" bleiben mit dem Rechte, die Mitglieder des „Verbandsdirektoriums" zu ernennen. Im Falle einer wirklichen Trennung von Kirche und Staat könnte daher auch der Vorschlag Försters eine Kirchenspaltung nach französischem Muster kaum aufhalten. Daher dürfte wohl das der einzige Weg zu wirklich „klaren Verhältnissen" sein, den kürzlich Reinhard Mumm im „Tag"[2]) in Erwägung gezogen hat: „reinliche Scheidung derer, die auf dem reformatorischen Bekenntnis stehen, von den Unitariern". Denn wenn man „in Ruhe die kirchlichen Kämpfe beobachte, die in Berlin jetzt wieder anläßlich der bevorstehenden Kirchenwahlen einsetzen", müsse man sich sagen, „daß die Schwere solcher Gegensätze das Verbleiben in einer kirchlichen Gemeinschaft zur sachlichen Unmöglichkeit macht.... Nur in der Scheidung

---

1) Christl. Welt 1912 Nr. 10 Sp. 222.

2) 19. September 1912.

von rechts und links in zwei Religionsgesellschaften liegt die Lösung." [1])

So ist also vielfach schon auf positiver wie auf liberaler Seite im deutschen Protestantismus der Wille zur kirchlichen Einheit geschwunden. Käme nun zu diesem Mangel im Falle einer Trennung von Kirche und Staat noch der Wegfall des staatlichen Kirchenregimentes, so würden die tiefen theologischen Gegensätze und die zugespitzten kirchlichen Parteiungen im deutschen Protestantismus aller Wahrscheinlichkeit nach geradeso als Sprengpulver der kirchlichen Einheit wirken, wie sie es in Frankreich bereits getan haben.

---

## LXII.

## Moderne Demokratie und Aristokratie.

(Schluß.)

### IV.

Ein demokratisches Regiment als Verwirklichung des Volkswillens und als Massenherrschaft ist unmöglich; denn ein bestimmter Volkswille ist nicht vorhanden, und herrschen können nicht die Massen, sondern nur Einzelne und Auserwählte. Jedes Regiment, das Dauer verspricht, muß von einem gewissen aristokratischen Geiste erfüllt sein; eine Aristokratie in irgendeiner Form ist für jedes größere staatliche Gemeinwesen Lebensbedingung.

1) Ähnlich P. J. Haake in der „Kirchl. Rundschau für Rheinland und Westphalen" (1912 Nr. 1): „Lieber zwei Kirchen, eine bekenntnistreue und eine bekenntnisfreie, als eine sich verneinende Gegensätze zusammenzwingende einheitliche Kirche; lieber reinliche Scheidung, als unklare, verwirrende Einheit." (Nach: Chronik der Christl. Welt 1912 Nr. 4 S. 41.)



Das Regieren ist keine demokratische, sondern eine eminent aristokratische Aufgabe; eine aristokratische Aufgabe selbst in der kleinsten Gemeinschaft, in der Familie; denn das Regieren setzt nicht Gleichordnung, sondern Über- und Unterordnung voraus. Und darum kann das Regieren immer nur das Amt Weniger sein, auch in der Demokratie. „Jede Demokratie spitzt sich in einem gewissen Sinne mehr oder weniger aristokratisch zu.“ [1]) Die große Volksmasse vermag nicht nur nicht zu regieren, sie versteht im allgemeimen auch nichts von den Regierungsgeschäften. Allerdings, wer dem Demos dies ins Gesicht zu sagen wagt, der hat es für immer mit ihm verdorben, der ist ein unverbesserlicher Reaktionär, wenn nicht etwas Schlimmeres. Wozu wäre ich denn mündig und souverän, ruft der Demos, wenn ich nichts vom Regieren verstände?

Regiert hat auf längere Zeit immer nur die Aristokratie oder eine Beamtenhierarchie. Die antiken Demokratien waren fast ausnahmslos Aristokratien. Um uns darüber zu belehren, genügt ein Blick auf die berühmte Demokratie von Athen, deren glanzvolles Bild noch heute unserer gebildeten Jugend vorgeführt wird, und das nicht wenig dazu beigetragen hat, die Phantasie dieser Jugend mit falschen Vorstellungen von der Herrlichkeit eines freien Volkes und Staates zu erfüllen.

Die Demokratie von Athen, wie die aller antiken Republiken, war vor allem, im Gegensatz zur modernen Demokratie, eine religiöse. Mindestens die Hälfte des öffentlichen Lebens und der öffentlichen Handlungen bestand in dem Kultus der Götter. Nicht der Wille des Volkes, sondern der Wille der Götter bildete Richtung und Ziel des Staatsgedankens.

Die Gesetzgeber und großen Staatsmänner Athens, Solon, Miltiades, Themistokles, Cimon, Aristides, Perikles und Alcibiades waren Männer von vornehmer, zum Teil

1) F. Walter, Naturrecht und Politik. 2. Aufl. Bonn 1871. S. 259

königlicher Abkunft. „Sie waren freilich Bürger von Athen, gerade wie auch Pompejus und Antonius Bürger von Rom waren, aber von dem, was man sich heute unter einem Bürger vorstellt, . . . so verschieden, daß man sie nach heutigem Maßstabe Fürsten und Grafen nennen müßte. . . .

Aristokraten waren also die Häupter des Volkes in Athen. Und sie hatten nicht bloß einen tatsächlichen Einfluß, sondern durch den Areopag selbst ein legales Mittel, den Demos einzuschränken, bis Perikles, durch Popularitätssucht verleitet, das Ansehen dieser Körperschaft untergrub, und damit den ersten Grund zu dem späteren Verfall der Verfassung legte, weil der Demos von da an allmächtig wurde." [1])

Das Regieren ist demnach auch in demokratischen Staaten eine aristokratische Aufgabe, eine Aufgabe, welche Tradition und Erfahrung und eine gewisse Stabilität der Regierung voraussetzt. So war es auch in der bekanntesten Demokratie der christlichen Zeit, in der Schweiz, wo bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts die Aristokratie im weiteren Sinne des Wortes die alten angesehenen Familien und Geschlechter bildeten, deren Tradition und Politik bestimmend für die Entwicklung des Landes war.

Nur eine Art Aristokratie verbürgt eine bestimmte Ruhe und Stabilität im Staatswesen. In modern-demokratischen und modern-parlamentarischen Staaten wechselt die Regierung, das Ministerium, nach den zufälligen Mehrheitsbildungen in der Kammer. Die dritte französische Republik hat seit ihrem vierzigjährigen Bestande ein halbes Hundert Ministerien verbraucht; es ist in Frankreich, wie in anderen Demokratien, unmöglich, daß ein Staatsmann ein großes Reformwerk, zu dessen Entwurf und Durchführung mehr als ein Dezennium erforderlich ist, in Szene setze. Die „Reformen" müssen rasch, flüchtig, wenig überlegt betätigt werden.

1) Constantin Frantz, a. a. O. S. 118.



In der relativen Stabilität der Verhältnisse und in der ruhigen Entwicklung der Dinge ist ein wesentlicher Vorzug der Monarchie vor der Demokratie begründet. Die Stabilität, welche gewöhnlich die Dynastie eines monarchischen Staates zum Ausdruck bringt, übt ihren Einfluß auch auf die gesamten staatlichen Einrichtungen. Die gemäßigte, mit einer ständisch-territorial gebildeten Kammer ihre Rechte teilende Monarchie hält die ideale Mitte zwischen der chinesischen Erstarrung eines kurzsichtigen Absolutismus und der revolutionären Beweglichkeit einer individualistisch-zentralistischen Demokratie.

Ein aus politisch gleichberechtigten Individuen, aus „gleichen" Staatsbürgern bestehender Staat, eine Demokratie als gleichartiges Massengebilde kann keinen langen Bestand haben. „Die Erfahrung aller Zeiten lehrt," sagt F. C. Dahlmann:[1]) „Die Regierungsform eines großen Staates muß, um Dauer zu haben, nicht aus gleichartigen, sondern aus verschiedenartigen, so wenig als möglich aus künstlich gebildeten, so viel als möglich aus real vorhandenen Bestandteilen gebaut sein." Diese verschiedenartigen Bestandteile sind erstens die historisch entstandenen Provinzen, zweitens die oberen und die unteren Gesellschaftsgruppen bezw. die mit aristokratischem Standesbewußtsein erfüllten Berufsstände. Dieses Standesbewußtsein, das insbesondere die oberen Stände zu konservieren suchen, ist neben der monarchischen Gewalt einer der ersten Faktoren zur Erhaltung eines gesunden Konservatismus und einer würdevollen Ruhe und Festigkeit im Staatswesen.

Eines gewissen ständischen Adels und einer aristokratischen Gesinnung der geistig und politisch Herrschenden kann kein großer Staat und kann auch nicht die Demokratie entbehren. „Die Tiefsten der Zeit empfanden aristokratisch. Die tausend im Volke wiegt ein einziger auf, dem Zeus vor anderen geneigt ist", ist ein Bekenntnis Homers. „Das Staats-

1) A. a. O. S. 84.

ideal Platons ist ein durch und durch aristokratisches".[1]) Auch die großen Denker der neueren Zeit fühlen der Masse gegenüber ähnlich wie die Fürsten der alten Philosophie. Denn wie ein aristokratisches Denken, ebenso ist auch ein aristokratisches Fühlen notwendig. Nach der Religion ist es eine aristokratisch-vornehme Gesinnung einer einflußreichen Minorität, welche der kulturellen Entwicklung eines Volkes eine bestimmte ethische Höhe verbürgt und es vor dem Versinken in banausische Niedrigkeit bewahrt. Wenn heute Gemüt, Pietät und lebendiger historischer Sinn allerorts im Niedergange begriffen sind, dann liegt die Ursache dieser Erscheinung nicht in letzter Linie in dem liberal-demokratischen Geiste und Zuge unserer Zeit. Der politisierende, agitierende und „regierende" Demos hat noch niemals eine Ehrfurcht[2]) vor alten und ehrwürdigen Einrichtungen gezeigt; dem in der Zeitungs-, Tages- und Parteipolitik völlig aufgehenden Staatsbürger sind die ethischen, die höheren geistigen und die Gefühlsmächte immer ungewohnte, unverstandene und unsympathische Erscheinungen gewesen.

Die ethischen Anlagen und Errungenschaften, die Empfindungs- oder Gefühlswerte eines Volkes zeigen sich in ihrer äußeren Erscheinung am deutlichsten in der bildenden Kunst. Und die bildende Kunst wurde, geistig wie materiell, am höchsten von der Kirche und den aristokratischen Männern und Mächten gefördert; denn die hohe Kunst ist selbst etwas Aristokratisches. Der demokratische Straßen- und Bierbankpolitiker ist in der Regel so wenig ein feinfühliger Kunst-

1) Dr. Jos. Eberle, a. a. O. S. 26 f.

2) Die Demokratie, sagt Ferd. Walter, entbehrt „der Majestät und deshalb der Ehrfurcht, wodurch die höchste Gewalt so mächtig auf die Gemüter wirkt. Dieses kann auch weder durch den Schrecken des Gesetzes, noch durch das Ansehen der Bürgerversammlung, noch durch den Glanz der Volksfeste ersetzt werden. Nur durch die Weihe der Religion kann es geschehen, wie auch Rom in tiefer Einsicht bei seiner Magistratur tat; allein dieses geht über das Wesen der Demokratie hinaus und gehört einer anderen Ordnung an." (A. a. O. S. 265.)

verständiger und Kunstmäzen wie der von der Politik völlig absorbierte Berufsparlamentarier. Eine Ochlokratie oder ein modern-demokratischer Staat hat noch niemals eine imponierende Kunstblüte hervorgerufen. Die Unwahrheit dieser Behauptung zu beweisen, dürfte sehr schwer fallen. Die antiken Demokratien, die Freistaaten Griechenlands kommen hier so wenig in Frage, wie die Städterepubliken des Mittelalters und der Renaissanceperiode, denn sie waren nicht Demokratien, sondern Aristokratien. Nicht nur das städtische Patriziertum, sondern auch das ganze Stände- und Zunftwesen steht in schroffem Gegensatze zur modernen individualistischen Demokratie. Wohl zeigt die größte Demokratie Europas, das moderne Frankreich, uns eine achtunggebietende Kunsthöhe; allein diese Höhe ist kein Verdienst des modernen demokratischen, sondern des alten monarchischen Frankreich. Noch heute zehrt das französische Künstlertum und das französische Kunsthandwerk an der durch Ludwig XIV. hervorgerufenen Kunstblüte, noch heute haben Baukunst, Kunstgewerbe und Kunstindustrie die alten „aristokratisch-vornehmen" Formen, die Formen des Barock und Rokoko, des Louis XVI.-Stiles und Empire nicht abgestreift. Der sonst allen Neuerungen so sehr zugeneigte radikale Franzose ist auf dem Kunstgebiete konservativer als fast alle übrigen Kulturvölker, konservativer speziell als der Deutsche. Wenn heute in der Kunst Frankreichs Symptome eines beklagenswerten Niederganges sich zeigen, dann ist der demokratische Geist des heutigen Volkes und der zeitweilig Regierenden nicht ohne Schuld an dieser Erscheinung.

* * *

Unser öffentliches Leben ist ein demokratisches, in sozialer wie in politischer Hinsicht geworden. Die demokratische Strömung wird stärker und stärker, und hundert führende Politiker bis hinein in die konservativ[1]) sich nennenden

1) „Man behaupte nicht", schreibt ein Anonymus in einer Schrift ‚Die kranke deutsche Kunst' (S. 29 f.), „daß vor allem in Preußen

Reihen erachten es nicht als das — Gegenteil von Mut, sondern als große Klugheit, mit dem breiten demokratischen Strome zu schwimmen, einem unbekannten Ziele, dem alles verschlingenden demokratischen Ozean entgegen. Mit dem Volke und der Volksbewegung allezeit und allerorts! „Alles für das Volk, alles durch das Volk!" so lautet das Feldgeschrei der „Leitenden": der der Masse oder deren unstaatsmännischen und unerfahrenen Führern sich unterordnenden Intelligenz.

Die Auffassung der politisch beachtenswerten Männer hat sich seit weniger als einem Jahrhundert in das Gegenteil verkehrt. Ehemals litt man an einer großen Unterschätzung, heute leidet man an einer gewaltigen Überschätzung des Volkes; ehemals blühte die Servilität vor dem absoluten Herrscher, heute laufen wir Gefahr, in einen Servilismus vor dem Demos und in eine Verhätschelung desselben zu geraten. Unser individualistisches Massenwahlsystem zwingt geradezu zu einer Umschmeichelung und Glorifizierung der zu gewinnenden Wähler und Parteigenossen, zu einer Verbeugung vor der gedankenlosesten aller Fiktionen der Demokratie, „daß etwas gut oder richtig sei, weil es viele oder die meisten wollen".[1])

Wir sind kein Coriolan und wir sind noch weniger ein Anhänger des Herrenmenschen Nietzsches. Wir übersehen

---

die Aristokratie, die konservative Partei heute ein größeres Übergewicht besitzt und ausübt als seit langem. Das ist für den, der sehen kann, ja nur ein blasser Schein! . . . Der Gang der Welt schreitet unerbittlich fort und weiter, in gutem wie bösem Sinne; heute rasch errichtete Dämmchen sind wie Sandbauten der Kinder, die ein kräftiger Wasserguß morgen hinwegschwemmt; und auch die Tage des aristokratischen Einflusses sind gezählt. Wenigstens in heutiger Form und Art. Möge der Himmel geben, daß auf anderem Wege und Gebiete noch einiges von unserer unersetzlichen und unschätzbaren wirklichen Aristokratie für das Staatswesen der Zukunft gerettet werde."

1) Werner Sombart, Die deutsche Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert. 2. Aufl. Berlin 1909. S. 447.



aber nicht, daß aus dem Gegensatze, welcher zwischen einer herrschaftsgierigen und herrschaftsunfähigen Masse und dem Herren- und Übermenschen Nietzsches besteht, wichtige Lehren und Wahrheiten zu gewinnen sind.[1]) Es ist zweifelsohne richtig, wenn Peter Gast in der Vorbemerkung zu Nietzsches „Also sprach Zarathustra"[2]) behauptet: „Den geistigen Gehalt, die Tendenz eines Zeitalters müssen hohe Menschen angeben; fehlen solche, dann wird das Völkerleben kopf- und ziellos; die Masse ist nicht imstande, große Imperative aus sich zu schaffen." Es ist ebenso zum großen Teile zutreffend, wenn Nietzsche selbst[3]) schreibt: „Bauern-Art (d. i. soziale Festigkeit und geistige Unabhängigkeit) soll Herr sein! Aber es ist das Reich des Pöbels, — ich lasse mir nichts mehr vormachen. Pöbel aber, das heißt: Mischmasch", sozial atomisierte Volksmasse.

1) In einer beachtenswerten Studie „Nietzsches Bedeutung für unsere Zeit", schreibt Dr. G. Grupp: „Der vierte Stand möchte herrschen über die übrigen Stände. Das muß verhindert werden; man soll die Not lindern und auch die geistige Not nicht vergessen, man soll das Bildungsbestreben des vierten Standes fördern, aber nicht vergessen, daß der Bauer Bauer und der Arbeiter Arbeiter bleibt. Wenn man den Kopf voll Ideale an diese Klassen herantritt, erfährt man manche Enttäuschung. Es gibt gar so viel Schönes und Gutes im Volke, es gibt viele brave Seelen, es gibt viele Charakterköpfe unter ihm; unter manchem Bauernkittel und Arbeiterrock schlägt, wie man so zu sagen pflegt, ein goldenes Herz, ein gesunder Sinn fehlt selten beim einfachen Manne. Ganz gewiß! Aber es gibt auch recht sonderbare Gestalten, plumpe, eckige, widerwärtige Menschen. Ein gewisserStumpfsinn, eine gewisse Beschränktheit, ein starkes Mißtrauen gegen die höheren Stände fehlt fast bei keinem. Die Undankbarkeit und Unbescheidenheit ist fast unabtrennbar vom niederen Volke. Namentlich heute hält sich jeder [?] Bauer und jeder Arbeiter nur gar zu gern für gleichberechtigt mit den Gliedern höherer Stände und verlangt die gleichen Rechte. Man kann da unangenehme Erfahrungen machen. Da gilt es denn mit der Humanitätsschwärmerei Einhalt zu tun und die soziale Begeisterung zu mäßigen. Das mag uns Nietzsche lehren." („Histor.-polit. Blätter", Bd. 122, S. 185.)

2) 3. Aufl. Leipzig 1894. S. II. 3) Ebenda S. 352.



Die demokratische Flut unserer Tage wird höher und höher schwellen, aber ihr Ende: ihr zerstörendes Überschäumen und ihr Versiegen in der geschaffenen Wüste wird in keiner zu fernen Zukunft erfolgen. Mag auch die alte, wie heute schon die neue Welt, in kurzen Jahren völlig demokratisiert sein — dieser Sieg der Demokratie wird zugleich den Anfang ihres Endes, ihres vollendeten Bankerottes bilden.

---

## LXIII.

## Ein Donau-Main-Kanalprojekt vom Jahre 1656.

Von Dr. Georg Schrötter, Neuburg.

(Schluß.)

So ist uns genauer Bericht erhalten geblieben, der umso interessanter ist, je mehr davon die Ansichten der Jetztzeit in der Beurteilung von Kanalfragen abweichen.

Kaiser Karl der Große habe darnach getrachtet, die Donau vermittelst der Schwarzach, Altmühl und Regnitz[1]) in den Main zu leiten, um den Handel zu befördern; er sei daran infolge kriegerischer Unternehmungen gehindert worden. In den jetzigen Friedenszeiten hätten sowohl der Fürstbischof von Eichstätt wie auch andere angrenzende Fürsten und Herrschaften über das gewaltige Projekt Beratungen gepflogen und sei „die Sache für thunlich und nützlich be-

1) „Hier liegt ein Irrtum vor. Die gleichzeitigen Nachrichten aus der Zeit Karls des Großen wissen nichts von der Schwarzach, weder von der sog. vorderen Schwarzach, dem unterhalb Schwabach bei Neuses mündenden rechten Nebenflusse der Rednitz, noch von der sog. hinteren Schwarzach, die von Norden her kommend sich mit der Anlauter vereinigt und bei Kinderding in die Altmühl fällt." A. Bauch in Mitteilungen usw. XIV, 248.

funden worden", zumal gerade jetzt den Niederlanden in Polen der Getreidekauf gesperrt sei und infolgedessen Wein und Getreide in größeren Mengen aus Bayern, Schwaben und Franken ausgeführt werden würden. Er (Wassenberg) habe die Flüsse bereits eingehend besichtigt und gefunden, daß sie auf drei Wegstunden zusammengeleitet werden und den Abfluß durch bequeme Täler haben könnten.

Darauf haben ihm die Nürnberger Deputierten die hohen Kosten, die daraus entstehenden Territorialstreitigkeiten und die Unmöglichkeit des Kanalbaues vor Augen gestellt. Nach dem Vorschlage müßten die Wasser durch mehrere landesherrliche Gebiete geleitet, es müßten Edelleute, Bürger und Bauern große Strecken ihres Grundbesitzes hingeben, ohne von dem auf ihrem Boden errichteten Unternehmen irgendwelchen Nutzen ziehen zu können. Die Kosten könnten bei „abgekommenen Vermögen und geringen Handelsschafften" gar nicht aufgebracht werden. Schließlich bringe dieses Werk der Stadt Nürnberg eher Nachteil, weil Fürth eine Niederlage erhalte und den Nürnberger Handel an sich ziehe, weil Handwerker und Fuhrleute „darüber besorglich in Armuth gerathen".

Wassenberg suchte zwar die Einwendungen zu widerlegen; doch hatten die Nürnberger Deputierten den Eindruck, daß er es nur auf eine „Verehrung" abgesehen habe, wie er früher schon einmal eine solche erhalten hatte. Auf die Frage, ob er einen Erfolg des Kanals verbürgen könne, gab er seiner Meinung dahin Ausdruck, daß die Generalstaaten eine ansehnliche Summe Geldes erschließen und der Erzbischof von Mainz die Zölle auf dem Rhein gewiß ermäßigen würde, „welches alles im Zweifel steht".

Gleichwohl erhielt der Ratskonsulent Dr. Fetzer noch Auftrag, zu dem Berichte der Ratskommission sich zu äußern und auch schon ein Antwortschreiben an den Bischof von Eichstätt abzufassen (6. September 1656).

Ein wohl für beide Teile charakteristischer Zusatz zu dem Deputiertenberichte darf nicht übergangen werden:



NB. Damit dieser Wasserbergius nicht Ursache gewinne, dieser löblichen Republik anderwärts übel nachzureden, haben der Herren Losunger Herrl. befohlen, ihn aus dem Wirtshaus zu lösen und hat die Zehrung allhier auf 8 fl. betroffen. Damit er sich also abfertigen lassen mit dem Versprechen, daß das Antwortschreiben an Se. fürstl. Gnaden zu Eichstätt ehist erfolgen werde.

Das Gutachten des Ratskonsulenten Dr. Fetzer ging dahin, daß es nicht ratsam sei, die von den Herren Deputierten gegen Wassenberg vorgebrachte „dritte ration", daß das Kanalvorhaben die Stadt Nürnberg wegen des Ausfalles im Fuhrwesen und wegen der zu befürchtenden Errichtung einer Warenniederlage in Fürth mehr schade als nütze, gegen den Bischof von Eichstätt oder andere Landesherren allzulaut werden zu lassen, weil zu besorgen sei, es möchten die Nachbarn „odio civitatis huius" und aus Konkurrenzneid das Unternehmen erst recht fördern. Im übrigen schlug er vor, dem Antwortschreiben an den Bischof nachstehende Fassung zu geben, die dann auch die Billigung des Rates gefunden hat und am 13. September abgesandt worden ist:

Ew. fürstl. Gnaden Schreiben, worin Sie uns Johann Eberhard Waßenberg zu Anhörung seiner Proposition wegen Verbindung der beiden Hauptströme in Deutschland, der Donau und des Rheins, und zu Eröffnung unserer Gedanken gnädig empfohlen haben, haben wir seinem Inhalte nach vernommen, auch das Vorbringen Waßenbergs reiflich geprüft. Obwohl wir uns von einem gemeinnützigen Werk nicht gerne fernhalten wollen, so fällt es uns doch schwer, jetzt schon unsere Meinung darüber zu äußern. Durch den Lauf des Kanals werden die Gebiete mehrerer Fürsten und Stände des Reiches berührt, auch werden viele Untertanen durch das Auswerfen der Erdmassen geschädigt. Wir möchten darum wünschen, „dero hochverständiges Gutachten über dieses schwere, zwar oftmals proponierte, aber auch zu guten Zeiten, ja sogar von dem großmächtigen Kaiser Karl nicht zu wege gebrachte Werk zuvorderst anzuhören." Hiernach können wir unser Verhalten einrichten und sind wir



allezeit bereit Ew. fürstl. Gnaden unsere untertännigen Dienste zu erweisen.

Der ebenso vorsichtige als ablehnende Bescheid Nürnbergs, der keine grundsätzliche Abweisung enthielt, aber deutlich genug war, um am Eichstätter Hofe nicht verkannt zu werden, überzeugte den Bischof, daß Nürnbergischerseits das Projekt keine Aussicht auf Durchführung habe. Ohne die Reichsstadt Nürnberg, welche nach der Eichstätt'schen Ansicht das Hauptinteresse an dem Kanalbau habe, ließ sich kein weiterer Schritt zur Förderung des Unternehmens machen. Bischof Marquard stand also davon ab, das Projekt weiter zu betreiben, wenigstens ist keine Nachricht auf uns gekommen, daß der Bischof bei anderen benachbarten Reichsständen die Sache verfolgt habe. So war das Projekt schon im Keime erstickt. Die Betrachtungsweise der Herren Deputierten, des Ratskonsulenten und des Rates von Nürnberg war diktiert von der damaligen wirtschaftlichen Lage der Reichsstadt; daß sie am Rande des Staatsbankrottes stand, ist freilich nicht ausgesprochen worden. Sie ist aber auch diktiert von einer Beschränktheit der Erkenntnis dessen, was der Reichsstadt zum wirklichen Nutzen und vermeintlichen Nachteil gereichen würde, daß uns überzeugend klar wird: mit solchen Anschauungen läßt sich kein heruntergekommenes Staatswesen wieder in die Höhe bringen.

Wassenberg ist nach Ersatz seiner Zehrungskosten aber auch mit der Gewißheit von Nürnberg geschieden, daß er von der Reichsstadt für die Verwirklichung seines Projektes nichts zu erwarten habe, daß überhaupt von der Stadt kein Kanalbau in Angriff genommen werde, daß von dieser Seite das wirtschaftliche Übergewicht Frankreichs nicht gebrochen werden würde. Ein guter Rat ist nur dann ein gutes Ding, wenn er am rechten Ort und zur rechten Zeit gegeben wird.

Wenn Wassenberg auch in Nürnberg eine Abweisung erfahren hat, so ließ er sich doch nicht davon abbringen, daß sein Kanalprojekt gut und durchführbar sei. Hatte er von den Nächstbeteiligten nichts zu erhoffen, so glaubte er zum





Ziele zu kommen, wenn er das Reich bezw. seine hohe Vertretung auf dem immerwährenden Reichstage zu Regensburg von der Notwendigkeit und Nützlichkeit seines Planes überzeuge, wenn er Reichsmittel dafür flüssig machen könne.

„Zu diesem Zwecke richtete Eberhard Wassenberg im Jahre 1672 eine gleichzeitig lateinisch und deutsch verfaßte Schrift, die den Titel „Aurifondina Gallica“ oder „Französische Goldgrube“ führt, an die zu Regensburg versammelten Stände des Heiligen Römischen Reichs. Darin schildert er, welche Maßnahmen notwendig seien, um die wirtschaftliche Überlegenheit Frankreichs und die Überschwemmung Deutschlands mit französischen Waren zu beseitigen. Hierzu hielt er auch die Anlage von Kanälen erforderlich und brachte die Verbindung der Donau mit der Oder und den von ihm schon früher projektierten Donau-Main-Kanal in Vorschlag. Er begründete das letztere Projekt genau in derselben Weise wie im Jahre 1656, als er sich mit seinem Anliegen an den Bischof Marquard von Eichstätt und den Nürnberger Rat wandte. Auch setzte er diesmal wieder seine Hoffnung auf den Bischof Marquard. Dies beweist, um dies hier noch zu erwähnen, daß der in den oben zitierten Schriftstücken vom Jahre 1656 als Johann Eberhard Wasserberg namhaft gemachte Kanalprojektmacher identisch ist mit Eberhard Waßenberg, der 1672 seine Ideen den Reichsständen vortrug. Er hob nämlich auch diesmal hervor, daß der Ursprung der Regnitz (Radantia) und derjenige der Altmühl (Almonius) kaum drei Stunden von einander lägen und daß auch keine Berge und Steinfelsen dazwischen sich befänden, die das Graben und die Zusammenfügung der Flüsse hindern könnten. Er wies dann noch darauf hin, daß schon Karl der Große den Bau dieses Kanals in Angriff genommen habe, und fährt dann wörtlich fort: ‚Warumb aber nehmet ihr stände des römischen reichs, die ihr ietzo auch zu Regenspurg versamlet seid, nebens eurem so freundlichen präsidenten, des herrn bischofs Marquard zu Aichstatt hochfürstlichen gnaden, als welcher der mächtigste und vornehmste nachbar dieser quellen ist, die sorge dieses Carolingischen vorhabens nicht wieder auf euch und beglückseligt



das gemeine wesen mit einem von unserm allergnädigsten kaiser Leopold sogenannten Leopoldischen graben?' Doch auch diesmal hatte Wassenberg mit seinem Projekte kein Glück. Die damaligen Zustände Deutschlands gestatteten die Ausführung eines solchen Unternehmens nicht." [1])

Das eine hatte Wassenberg durch seine wiederholten Bemühungen erreicht, daß die Kanalidee lebendig blieb. Wenn auch die Kanalbauten des Kurfürsten Max Emanuel für die Schlösser Nymphenburg und Schleißheim [2]) nicht direkt hieher gerechnet werden dürfen, so blieb die Erinnerung an das allzu kühne Beginnen Karl des Großen doch wach. Als die Markgräfin Christiane Charlotte von Brandenburg-Ansbach in ihren markgräflichen Landen eine Universität zu errichten gedachte, führte sie unter anderen, für die Notwendigkeit sprechenden Momenten auch an, daß dadurch „dem publico und der heutigen gelehrten Welt durch alte merkwürdige Nachrichten sowohl von älteren Zeiten aus denen im Lande insonderheit an denen von des lobwürdigsten Kaisers Caroli M. Majestät Feldlager und angefangenen Zusammenführung der Donau- und Rheinströme in denen Historien berühmten dieses Land durchschneidenden Almono oder Altmühlfluß und . . . schon vorhandenen und sich noch fürtwärig veroffenbarenden Beweistimer und Spuren wohl gedienet" sei. [3])

Erst im 19. Jahrhundert hat der Kanalbaugedanke greifbare Gestalt angenommen, als König Ludwig I. mit dem ihm eigenen Scharfblick für den wirschaftlichen Vorteil seines Landes dafür sich interessierte und ihn leider erst zu einer Zeit durchführte, in der die Dampfkraft den Wert der Wasserwege verringerte. Tatsächlich hat es auch der Ludwigs-

1) A. a. O., XIV, 250—1.

2) K. Th. Heigel, Nymphenburg. Eine geschichtliche Studie. Bamberg 1891. — J. Mayerhofer, Schleißheim. Eine geschichtliche Federzeichnung aus der bayerischen Hochebene. Bamberg 1890. S. 45.

3) Gg. Schrötter, Eine Universitätsgründung in der Markgrafschaft Ansbach. Archivalische Zeitschrift, N. F. XI (1903), 24.

Donau-Mainkanal bisher nie zu einer erheblichen Bedeutung gebracht.

Wenn er „keine billige, leistungsfähige Transportstraße wurde, so tragen daran auch allerdings die anschließenden, für die Schiffahrt völlig unzureichenden Main- und Donaustrecken mit die Schuld. Heutzutage hat die Schiffahrt auf dem Kanal nur noch lokale Bedeutung, sie hängt fast ausschließlich von der Bautätigkeit der Stadt Nürnberg ab. Um den Betrieb überhaupt aufrecht zu erhalten, mußten seit Jahrzehnten seitens des Staates hohe Zuschüsse gewährt werden." [1]) In den letzten Jahrzehnten war zu beobachten, „daß sich mit der Entwickelung der Eisenbahnen, mit der durch sie gesteigerten Produktionstätigkeit, mit der Zunahme von Handel und Verkehr und mit den bedeutenden Fortschritten der Technik wieder ein Umschwung in der Beurteilung der einzelnen Verkehrswege vollzogen hat, so daß nun in jedem wirtschaftlich hochstehenden Lande neben den Eisenbahnen gute Landstraßen und leistungsfähige Wasserstraßen als notwendig zur weiteren wirtschaftlichen Entwickelung anerkannt werden. Es haben deshalb die Bestrebungen, durch Bau von Großschiffartswegen den Güteraustausch zu erleichtern, in hohem Maße zugenommen und infolge der Verteuerung der Feuerungsmaterialien und der übermäßigen Beanspruchung der Eisenbahnen gewinnt diese Frage gegenwärtig besonders an aktuellem Interesse. In allen Nachbarstaaten entlang der bayerischen Landesgrenze wird mit Hochdruck an der Hebung der Binnenschiffahrt gearbeitet". Im Hinblick darauf „hat man sich in Bayern wieder dem Plan zugewandt, von der Donau zum Rhein eine leistungsfähige Wasserstraße herzustellen. Der im Jahre 1892 unter dem Protektorate Sr. k. Hoheit des Prinzen Ludwig von Bayern, der schon seit Jahren darauf hingewiesen hat, daß die Grundlage für eine bessere, rascher voranschreitende

---

1) A. Müller, Wert der projektierten Großschiffahrtsstraßen nach dem Rhein und der Weser für die Städte Nürnberg und Fürth. Wissenschaftliche Beilage zum Jahresbericht der k. Kreisoberrealschule Nürnberg. Nürnberg 1912. S. 6. 7. 8.

wirtschaftliche Entwickelung des Landes nur durch den Bau leistungsfähiger Wasserstraßen geschaffen werden könne, gegründete Verein für Hebung der Fluß- und Kanalschiffahrt hat wiederholt bei den beiden maßgebenden Stellen beantragt, einen Entwurf über eine neue Donau-Main-Wasserstraße auszuarbeiten. Seitens der k. Staatsregierung wurden die Anträge mit allem Nachdruck vertreten und von der Kammer der Reichsräte auch angenommen, dagegen fanden sie jedesmal Ablehnung durch die Abgeordnetenkammer, obwohl der Verein 1897 noch einen Zuschuß zu den Projektierungskosten im Betrage von 70,000 Mark angeboten hatte. Stets wurde auf den Ludwigkanal hingewiesen als ein mustergültiges Beispiel dafür, daß die Wasserstraßen als eine veraltete, von den Eisenbahnen überholte Verkehrseinrichtung anzusehen seien. Der Verein beschloß deshalb auf eigene Kosten die Frage der Möglichkeit und Zweckmäßigkeit eines zeitgemäßen Ausbaues der Donau-Main-Wasserstraße vom technischen und wirtschaftlichen Standpunkt aus zu prüfen und für die Ausarbeitung eines Entwurfes ein besonderes Amt in Nürnberg zu errichten, das mit dem 1. Januar 1899 seine Tätigkeit begonnen und seitdem in den weitesten Kreisen die Überzeugung von der Notwendigkeit und Nützlichkeit eines schiffbaren Kanalweges zur Verbindung von Donau und Main bezw. Rhein geweckt hat.[1])

So klingen Karl des Großen Idee, Wassenbergs Gedanke, der Kanalbau von 1836—45 und die Bestrebungen des Vereins für Hebung der Fluß- und Kanalschiffahrt zusammen in dem einen großen Ziele der wirtschaftlichen Hebung der angrenzenden Gebiete, und es wird, soweit menschliche Voraussicht es zu beurteilen vermag, eine nicht allzu ferne Zukunft den von den Generationen während mehr als einem Jahrtausend erträumten uud errechneten Nutzen schließlich doch noch bringen. In diesem Zusammenhange kann man von dem Projekte Wassenbergs auch sagen: Keine fruchtbare Idee geht je mehr unter.

---

1) A. Müller a. a. O.

## LXIV.

## Differenzierungen oder eine Parallele zur modernen Entwickelungslehre.

Von Dr. A. Kluge, geistlicher Rat.

### Einleitung.

Es sind keine neuen Wahrheiten, welche ich vortrage, es ist die alte Wahrheit, nur in einem neuen Gewande. Ich habe die gesamte christliche Weltanschauung auf das Wort „Differenzierung" zurückgeführt, nicht etwa diesen Begriff in dieselbe hineingetragen, sondern aus derselben herausgelesen.

Man wird mir vielleicht den Vorwurf machen, daß ich übernatürliche Wahrheiten dem natürlichen Verstande zu nahe gerückt habe; man möge doch aber erwägen, daß es sich hier nicht um theologische Erklärungen von Glaubensgeheimnissen handeln konnte, sondern nur um die philosophische Form der menschlichen Auffassung. Ich möchte etwas beitragen zur Versöhnung von Natur und Übernatur, von Wissenschaft und Glauben.

Die traditionellen Beweise für das Dasein Gottes habe ich nicht aufgeführt, nur den ontologischen Beweis habe ich angedeutet, und zwar in einer Form, welcher — wie ich meine — auch vom ungläubigen Monismus nicht widersprochen werden kann. Ich bin daher nicht von äußerlichen Einzelheiten ausgegangen, um durch Abstraktion zu allgemeinen Wahrheiten zu gelangen — vom Körperlichen zum Geistigen aufzusteigen; vielmehr habe ich die unbestreitbaren Tatsachen der inneren Welt des denkenden Menschengeistes als allgemeine Wahrheiten festgelegt, um auf diesem Wege zur absolut höchsten und allgemeinsten Wahrheit zu gelangen, zu Gott emporzusteigen. Die Rücksicht auf die zu bekämpfende monistische Bewegung mag solches Verfahren rechtfertigen.

Vorliegende Arbeit kann füglich als eine Ergänzung zu meiner früheren Abhandlung über die „Sabbatruhe Gottes" angesehen werden.

* * *

### Eine Parallele.

1. Nur eine Parallele, nicht eine breite Widerlegung der modernen Entwickelungslehre, welche zwar in Einzelheiten zutreffend erscheint, in ihrer letzten Begründung aber des wissenschaftlichen Charakters entbehrt. Meine Parallele ist nicht von mir erfunden und bedarf der menschlichen Begründung nicht, sie wurzelt in der göttlichen Wahrheit selbst und hat deshalb nicht bloß in ihren Einzelheiten wissenschaftlichen Wert, sondern vor allem in ihrer Grundlage und den daraus hervorgehenden Tatsachen.

Unter „Wissenschaft" im allgemeinen verstehe ich eine Summe gleichartiger Erkenntnisse, welche auf einem unerschütterlichen Fundamente ruhen (wie die Mathematik auf ihren Axiomen) und stetig auseinander folgen. Dieses Fundament muß als wahr und sicher vorausgesetzt und kann durch die auf ihm erbaute Wissenschaft nicht bewiesen werden. Wenn es nicht durch die allgemeine Zustimmung der denkenden Menschheit schon an sich gewiß ist, muß seine Gewißheit anderweitig festgestellt werden. Nun aber ist nur jene Erkenntnis und Wahrheit gewiß, welche den Charakter der Notwendigkeit an sich trägt und ohne Beweis in sich mitbringt, zu deren Anerkennung der Menschengeist gezwungen ist. Es müssen also auch für die wissenschaftliche Erklärung des Daseins der Welt und der Entwicklung ihrer Teile „Axiome" gefunden und festgelegt werden, nicht Axiome des „Denkens", sondern Axiome des „Seins", welche an sich gewiß sind, deren Wahrheit unmöglich bestritten werden kann.

2. Die Überzeugung, daß nicht die Vielheit, sondern nur die Eins der Ursprung aller Dinge sein kann, ist nicht neu; sie liegt allen philosophischen Systemen von der ältesten bis in die jüngste Zeit mehr oder weniger klarbewußt zu Grunde. Es ist dieselbe eine unabweisbare Forderung aller denkenden Menschen, nicht etwa von den Denkern erfunden, sondern nur von ihnen als die erste gegebene Wahrheit schlechthin ohne Beweis anerkannt. Wie aus dieser ersten Eins die



Vielheit in der Welt abgeleitet wird, bildet den besonderen Charakter der verschiedenen Systeme.

Hier haben wir also das erste „Axiom", auf welchem meine Parallele beruht, vor uns. Wer die Wahrheit und Gewißheit desselben ablehnt, schränkt die wissenschaftliche Erklärung der Weltentwickelung auf Einzelheiten ein, entzieht aber zugleich dem ganzen System den Charakter strenger Wissenschaft.

3. Wenn nun die Eins der erste Anfang aller Dinge ist, so kann sie selbst einen Anfang nicht haben, sonst wäre sie nicht die erste Eins. Jenes Wesen, welches aller Entwickelung vorausgeht, kann nicht selbst durch Entwickelung ins Dasein getreten sein, sonst wäre es nicht das erste. Diesem Wesen muß also Anfangslosigkeit, d. h. Notwendigkeit der Existenz zukommen; nur in der Anfangslosigkeit der ersten Eins findet der denkende Mensch seine Ruhe und Befriedigung. Wenn wir wissenschaftlich nur eine letzte Ursache der ganzen Welt und ihrer Vielheit voraussetzen müssen, dann können wir diese Ursache nicht als die Wirkung einer früheren Ursache gelten lassen; wir würden uns selbst widersprechen und unser erstes Axiom aufheben. Die anfangslose, d. h. notwendige Existenz der ersten einen Ursache bildet das zweite Axiom, auf welchem unerschütterlichen Fundamente ich meine Parallele aufbaue, um ihr den wissenschaftlichen Charakter zu sichern. — Wer die notwendige Existenz der ersten Ursache aller Dinge leugnet, baut seinen Tempel der Weisheit, seine Entwickelungslehre nicht auf Felsen, sondern auf Triebsand; kein Mann der Wissenschaft kann in solchem Hause sicher und friedlich wohnen.

4. Wir kommen zum dritten Axiom. Jedermann gibt ohne Beweis zu und anerkennt die alte Wahrheit, daß niemals aus dem Nichts ein Etwas werden kann; wo keine Ursache ist, kann auch keine Wirkung sein. Wenn wir nun in der Entwickelung der Weltdinge offenbar „Wirkungen" vor uns haben, so müssen alle diese Wirkungen auf „Ursachen" beruhen, mag immerhin in der Entwickelungsreihe eine vor-



hergehende Wirkung zur Ursache für eine folgende Wirkung werden, gerade darin wird die Entwickelung bestehen. Nun ist aber die „Ursache" immer zunächst das Verborgene[1]) und dann erst „die Wirkung" das Geoffenbarte. Bei der ganzen Entwickelungslehre, um die es sich hier handelt, werden wir gemäß unserer früheren Axiome zuletzt auf Eine Ursache hingeführt, welche nicht mehr verursacht sein kann, sondern ohne Ursache notwendig existiert. Es müssen daher zuletzt alle Dinge der Welt in ihr als begründete (verborgene) Möglichkeiten vorhanden sein, welche durch die Entwickelung aus ihr zu Wirkungen, d. h. zu geoffenbarten Wirklichkeiten werden, denn — aus Nichts wird Nichts. Verlangt aber die Wissenschaft ein stetiges, logisch richtiges Ableiten der folgenden Wahrheiten und Tatsachen aus den vorhergehenden als ihren Ursachen, so muß sie auch verlangen, daß diese Stetigkeit der Ursachen bis zur ersten Einen Ursache zurückgeführt wird und nicht etwa gelegentlich in der Entwickelungsreihe einmal eine Wirkung aus dem Nichts abgeleitet erscheint. Unser drittes Axiom wird daher lauten müssen: „Die unendliche Fülle aller wirklich entwickelten Dinge nach ihrem ganzen Inhalt und ihrer Mannigfaltigkeit der Formen und alle Möglichkeit weiterer Entwickelungen ist irgendwie in der ersten Eins enthalten und begründet." — Die Erklärung, wie aus dieser ersten Eins die Vielheit geworden ist und werden kann, bildet jene allgemeine und eigenartige Wissenschaft, welche allen besonderen Wissenschaften die Grundlage bietet.

5. Was ist nun die erste und notwendige Eins? Von der Beantwortung dieser Frage hängt alles ab; hier

---

1) Wenn dies vielfach nicht so scheint, so liegt dies eben daran, daß das, was wir Ursache nennen, schon eine Wirkung früherer Ursachen ist. Sturm und Blitz verursachen großen Schaden; deren Ursachen aber sehen wir nicht, sondern schließen auf dieselben. In der Philosophie genügt es aber nicht, den Knoten beständig nur zu verschieben, wir müssen ihn lösen durch die erste Ursache.

scheiden sich die Wege. Wir müssen ein viertes Axiom aufstellen oder auf die Wahrheit verzichten und mit mehr oder weniger Wahrscheinlichkeit uns begnügen.

Die Behauptung, daß die Materie, der tote Stoff, der Ursprung und Anfang aller Entwickelung sei, ist sehr bequem; bewiesen hat sie noch niemand. Sie gilt vielen Denkern als Axiom. Mir nicht. Vor allem ist doch klar, daß die Materie nur eine äußere Erscheinungswelt darstellt, zu deren Kenntnis der Mensch durch die Sinne gelangt. Es können doch aber die Sinne nicht im mindesten Gewißheit geben über die Ursachen des Stoffes, denn diese Ursachen liegen offenbar hinter der äußeren Erscheinung. Man sagt mir: „Diese Ursachen sind die Elemente, die Grundstoffe.“ Aber diese Grundstoffe sind zahlreich und keine Eins. Gelänge es, jenen Grundstoff zu entdecken, der alle anderen in sich enthielte und aus sich hervorbrächte, so wäre dieser keine Materie mehr, sondern eine einfache Kraft. Überdies ist unsere Kenntnis von der Materie trotz aller Chemie, Spektralanalyse usw. eine so äußerliche, ungenügende und im Hinblick auf die unübersehbar große Welt eine so winzig unbedeutende, daß etwas mehr als Wissenschaft dazu gehört, die Materie als den Ursprung aller Dinge anzusehen.

Ferner: woher hat die Materie das Leben in den organischen Gebilden, d. h. jene Fähigkeit zu empfinden, zu fühlen, welche in den anorganischen Gebilden fehlt? Entsteht das Leben aus dem Tode ohne besondere, zur Materie hinzutretende Ursachen? Bringt der tote Stoff aus sich allein, d. h. aus Nichts, das Leben hervor? — „Der organische Prozeß ist eben ein höher entwickelter chemischer Prozeß“, ruft man mir zu. Die Fähigkeit zu fühlen wäre also ein Produkt der chemischen Zusammensetzung (vielleicht des Kohlenstoffes?). Ich will vollständig davon absehen, daß identische chemische Verbindungen doch auch ganz verschiedene organische Bildungen hervorrufen; ich will nur die Frage aufwerfen: Warum ändern die chemischen Verbindungen z. B. im Wachstum der Pflanzen wiederholt im identischen

Individuum ihre Richtung, ihr Resultat? Vom Samenkorn ausgehend erzeugt die Pflanze zunächst Blätter, dann Blüten, dann die Frucht und kehrt in ihr zum Samenkorn zurück; dann steht die Entwickelung still, bis sie unter günstigen Bedingungen den Kreislauf aufs neue beginnt. Die Ursache solches beständigen und unendlich mannigfaltigen Kreislaufes kann nicht in der chemischen Zusammensetzung liegen, denn diese wird offenbar von jener regiert und beherrscht. Der Grund, warum man den organischen Prozeß einzig aus dem chemischen ableiten will und sich mit dem Begriff „höhere Entwickelung" begnügt, liegt vor allem darin, daß von der toten zur belebten Materie kein schroffer, leicht erkennbarer Übergang stattfindet, daß zwischen der finstersten Nacht und dem hellsten Tage die Dämmerung und Morgenröte liegt, daß zwischen „Leben" und „Stoff" ein Gegensatz erscheint, den man nicht überbrücken kann, ein Dualismus, welcher dem ersten Axiom widerspricht. Können denn Leben und Stoff nicht in einem Dritten, d. i. in der ersten notwendigen Eins ihre Versöhnung finden? Können wir nicht aus dem Geiste die Materie ableiten und so zur Einheit gelangen? Versuchen wir es!

6. Wir wollen und müssen das Wesen der Materie als Substanz voraussetzen, d. h. als ein in sich selbst ruhendes und aus sich selbst wirkendes Sein, als eine (den Sinnen verborgene) Kraft, welche selbständig und ohne fremde Beihilfe eine Erscheinungswelt hervorruft und in dieser sich selbst offenbart. Die jenseits der materiellen Erscheinung liegende Substanz kann nicht wieder Materie sein, die Substanz der Körper nicht wieder Körper. Wenn wir „Kraft" das nennen, was etwas hervorbringt, so müssen wir eben auch die hervorbringende Substanz „Kraft" nennen, und zwar die Substanz der anorganischen Materie tote Kraft. Dieselbe Substanz oder Kraft liegt aber auch der organischen Materie zu Grunde. Soweit ist also die Einheit gewahrt. Hier bleibt die moderne Entwickelungslehre stehen; von hier geht sie aus.



Nun tritt aber — nicht zu der äußerlich erscheinenden Materie, sondern offenbar zur verborgenen Ursache, zur substanziellen Kraft, eine neue Kraft, die Potenz zu fühlen, das vegetative Leben, und offenbart im ganzen Verlaufe der organischen Entwickelung seinen (verschieden) begrenzten Inhalt. Dieses Leben ist wohl eine Kraft, denn es bringt besondere Wirkungen hervor, kann aber nicht selbst schon Substanz sein,[1]) denn es ist in seiner Selbstoffenbarung nach außen abhängig vom chemischen Prozeß; ohne einen solchen, nunmehr organischen Prozeß, erfahren wir nichts vom Lebensinhalte. Die Mannigfaltigkeit der Lebensoffenbarungen in der Materie ist sehr groß,[2]) und da nicht die Vielheit, sondern nur die Eins der Anfang von allem sein kann, so zwingt uns das erste Axiom, Eine Quelle alles Lebens vorauszusetzen, und zwar wird diese Quelle eine selbständig wirkende sein müssen, eine Substanz, ein substantieller Geist, der das Leben in sich und aus sich selbst hat, und nicht für sich (sein eigenes Dasein), sondern nur für seine substanzlosen Wirkungen nach außen einer Anlehnung an materielle Substanz bedarf.

So hätten wir wieder den verhaßten Dualismus in optima forma; statt ihn aufzuheben, haben wir ihn herbeigeführt. Die Lösung liegt im zweiten und dritten aufgestellten Axiom.

Wenn nämlich die erste Eins nicht bloß ein anfangsloses,

1) Der Geist des Menschen ist eine substantielle Kraft, denn er hat eine beliebige Selbstoffenbarung nach außen aus sich allein. Nur soweit er dem Körper das vegetative Leben zu dessen Bildung und Erhaltung leiht, in substantieller Einheit mit ihm, macht er sich auch vom chemischen Prozesse abhängig.

2) Der tiefsinnige Plato hat mit seiner Ideenlehre eigentlich schon anorganische und organische Materie unterschieden; er sah in letzterer die gestaltenden lebendigen Vorbilder als wirkende Kräfte. — Der scharfsinnige Aristoteles degradierte die lebendigen „Ideen“ zu abstrakten „Formen“ der Materie und verdunkelte dadurch den Unterschied des organischen Prozesses vom reinchemischen, was bis heutigen Tages nachwirkt.

d. h. notwendig existierendes Wesen sein muß, sondern auch alles enthält, was je zur Entwickelung und Offenbarung kommen soll: so muß in dieser ersten und notwendigen Eins, gleichwie alle mögliche Substanz, so auch alles Leben, vegetatives und geistiges, als in seiner Ursache verborgen liegen; alles Leben, was je zur Erscheinung nach außen kommen soll, muß den Grund seiner Möglichkeit zuletzt und schlechthin in diesem ersten notwendigen Wesen haben, m. a. W.: Die erste Eins ist ein substantiell-lebendiges Wesen oder der notwendig existierende Geist, und dieser Eine Geist kann aus sich allein der Urheber aller Substanzen und aller lebendigen Ideen werden — wenn er will.

Diese Wahrheit bildet unser viertes Axiom. Nun bleibt uns die Frage zu beantworten: wie hat sich aus diesem Einen Geiste die ganze Welt entwickelt? Die Antwort ergibt meine Parallele.

Wir haben nunmehr einen unerschütterlichen Grund zum wissenschaftlichen Aufbau unserer Theorie und können mit dem Bau beginnen. Sehen wir uns zunächst die Bautätigkeit etwas genauer an.

7. Ehe wir darauf eingehen, wollen wir noch einen Rückblick auf die „Axiome" werfen, welche wir aufgestellt haben, und von denen wir sagen, daß sie keinen Beweis bedürfen und keines Beweises fähig sind.

Woher wissen wir, daß nicht die Vielheit, sondern die Eins der Anfang aller Dinge sein muß? Wir wissen es gar nicht, wir glauben es, weil der eigene Geist uns zu diesem Glauben zwingt. Will vielleicht jemand diesen Glauben verwerfen, nur deshalb, weil ihm schon das Wort „glauben" verhaßt ist? Was sagt die gesamte denkende Menschheit dazu? Unterliegt sie nicht ganz und gar der Notwendigkeit dieses Glaubens? Dürfen wir dieses Axiom nicht als eine notwendige Wahrheit voraussetzen, dann sind wir erst recht und überall auf das „glauben" angewiesen und müssen auf ernste Wissenschaftlichkeit verzichten. Unser Verstand und das allgemeine Urteil der Menschheit übt bezüglich der Axiome



einen Zwang auf unseren Willen aus, und der Wille nimmt deren Wahrheit und Gewißheit an, d. h. er glaubt an die Wahrheit. Wir werden also dieses „glauben“ — welches weitab liegt von aller religiösen Gläubigkeit — einfach den Besitz der Wahrheit oder das Wissen des Willens nennen müssen, wodurch der ganze Mensch (nach Verstand und Willen) in lebendige Beziehung zur Wahrheit tritt und eins wird mit ihr.

Der Verstand zwingt uns zur Annahme des ersten Axioms. Woher kommt dieser Zwang? Der Mensch bringt ihn nicht hervor, er unterliegt demselben. Dies führt uns zum zweiten Axiom, daß nämlich die erste Eins ein notwendiges Dasein hat — und zum dritten Axiom, nach welchem alle Entwickelung aus der ersten notwendigen Eins stammt. So wird und muß auch die Notwendigkeit selbst, welche uns Gewißheit über das erste Axiom gibt, unfehlbar von dieser notwendigen Eins ausgehen und ein unabweisbarer Einfluß derselben auf unseren Geist sein. Hier sehen wir deutlich, warum wir die Axiome nicht beweisen können und nicht zu beweisen brauchen, weil sie nämlich die Gewißheit ihrer Wahrheit in sich selbst mitbringen. Ist die erste Eins kein notwendig existierendes Wesen, und stammt nicht zuletzt alle Notwendigkeit in der Welt nur aus diesem, so kann es auch niemals eine Gewißheit irgend einer menschlichen Erkenntnis geben: alles wird ungewiß, selbst die Mathematik, denn nur in der Notwendigkeit der Erkenntnis liegt deren Gewißheit, liegt die sichere Wahrheit. Wenn für den Gedanken (die Idee) der Notwendigkeit überhaupt kein Grund zu finden ist, dann löst sich alle wissenschaftliche Erkenntnis in subjektive Einbildung auf. Wir streiten daher nicht mehr über die Grundlagen aller wissenschaftlichen Erklärung der Welt und ihrer Entwickelung; wir setzen unsere Axiome schlechthin als Wahrheiten voraus; sie sind entweder der notwendige Anfang aller Wahrheit — oder es gibt überhaupt keine sichere Wahrheit. — Von dem vierten Axiom später.



8. Alle Entwickelung aller Dinge in der Welt, vom einfachsten chemischen Prozeß, von der organischen Keimzelle bis zur Geisteshöhe des Menschen, setzt in dem Individuum, welches sich entwickeln soll, Unterscheidung voraus und Aufhebung der Unterscheidung, *Differenzierung* und Aufhebung der Differenzierung. Dies ist die *erste* unbestreitbare *Tatsache*; von dieser gehe ich aus und verfolge dieselbe im ganzen Verlaufe der Weltentwickelung. Es ist also *nicht* die Entwickelung das erste, sondern die Differenzierung; diese ist die *Ursache*, jene erst die *Wirkung*.

Nur dann, wenn die Differenzierung und ihre Aufhebung sich *stetig* wiederholt in und an demselben Individuum, ist eine *Entwickelung* möglich; die *erste* Differenzierung und ihre Aufhebung ist noch keineswegs eine *Entwickelung*. Aber auch selbst dann wird Entwickelung des Individuums nicht möglich sein, wenn die fortgesetzte Differenzierung *Gegensätze* schafft statt Unterschiede, und wenn die Aufhebung der Differenzierung nicht eine Versöhnung der geschaffenen Gegensätze herbeiführt, sondern nur eine Ergänzung, eine Vereinigung.

Wenn das Individuum, z. B. die Keimzelle einer Pflanze, sich entwickeln soll, so ist nicht bloß eine stetige Reihe von Differenzierungen und deren fortgesetzte Aufhebungen nötig, sondern auch ein die ganze Reihe leitender und einem bestimmten Ziele zuführender Gedanke, ein Vorbild, εἶδος. Die Entwickelung wird solange dauern, bis das Vorbild im Individuum erreicht ist; dann hört dieselbe auf. Fehlt das dirigierende Vorbild, so fehlt eben die gestaltende Macht; es entsteht keine aus Zellen aufgebaute Pflanze, sondern nur ein gestaltloser Zellenhaufen. Dieses εἶδος, diese gestaltende Macht nenne ich nun mit dem alten zutreffenden Namen „Idee".[1])

1) Es ist ein großer Unterschied zwischen *Idee*, *Vorstellung* und *Begriff*. Die *Vorstellung* ist ein *sinnliches Nervenbild* im Gehirn und hat nicht die geringste gestaltende Macht, außer wenn der Wille ihr eine solche verleiht. — Der *Begriff* ist zunächst eine Abgrenzung des Erkenntnisinhaltes, ein *Umgriff*, ein Rahmen,



Im reinchemischen (anorganischen) Prozeß fehlt die Idee; hier ist die angebliche Entwickelung kein stetiges Fortschreiten von Differenzierungen, sondern nur ein einmaliges Aufheben der schon gegebenen Unterschiede; die Unterscheidungen sind gegeben in der Verschiedenheit der Grundstoffe, und die Verbindung von Grundstoffen kann nicht als eine „Entwickelung“ der Materie angesehen werden. Der anorganische Prozeß scheidet also zunächst aus unserer Betrachtung aus.

Wir begegnen aber dem chemischen Prozeß notwendig wieder im organischen, nur tritt derselbe hier in Verbindung mit Ideen auf. Er kann die Ideen unmöglich aus sich allein hervorgebracht haben, denn er ist ihnen unterworfen, derart unterworfen, daß der organische Prozeß in den anorganischen zurücksinkt, wenn die leitende Idee demselben entzogen wird; die chemische Zusammensetzung kann den Verlust nicht ersetzen. Wir müssen daher die Lehre, daß alles, auch das höchste geistige Leben des Menschen, nur einzig aus dem chemischen Prozeß sich „entwickelt“ habe, als wissenschaftlich ganz wertlos unbedingt verwerfen. Wenigstens von dem organischen Prozeß in der Materie sollte die moderne Entwickelungslehre ausgehen und diesen zur Grundlage nehmen. Aber dann müßte sie auch eine geistige ideelle Macht zugestehen, welche nicht aus der Materie oder ihrer Zusammensetzung stammt, wohl aber in derselben wirksam ist. Und das will sie nicht wegen des Dualismus, welcher dem ersten Axiom widerspricht.

welcher mit einem Laute bezeichnet wird (Begriffswort), und dann ein Inbegriff (Bild), ein erkannter Inhalt. Umgriff und Inbegriff sind voneinander trennbar (wie Rahmen u. Bild); daher so viele Begriffsverwirrung. — Das Urteil entsteht, wenn das Erkenntnisobjekt nicht für sich allein (wie beim Begriff), sondern zugleich in und mit seinen Beziehungen zu anderen Objekten aufgefaßt wird. Das Urteil ist in der geistigen Entwickelung des Menschen viel früher als der Begriff. Mit dem Urteil beginnt die eigentliche Erkenntnis, nicht mit den Begriffen. Wer Erkenntnistheorie studieren will, beobachte die geistige Entwickelung eines kleinen Kindes.



Wir fürchten solchen Dualismus nicht. Wir versöhnen ihn in unserem vierten Axiom, nach welchem die erste Eins der anfangslose substantielle Geist sein muß, die alleinige Ursache aller Weltdinge. In diesem Geiste ist aller Gegensatz von Stoff und Idee aufgehoben; denn dieser Geist kann, weil selbst Substanz, offenbar auch die Ursache anderer Substanzen werden und, weil selbst die Fülle alles Lebens, auch die Ursache des ideellen Naturlebens. Er allein ist das eine anfangslos lebendige Sein, aus dem alle Vielheit der Welt sich folgerichtig ableiten läßt. Unser Monismus ist wahre Wissenschaft; unsere Parallele befriedigt.

9. Unser viertes Axiom lautete: „Die erste anfangslose Eins, aus der die unendliche Mannigfaltigkeit der Welt wissenschaftlich abzuleiten ist, kann nur ein substantieller Geist sein." Heißt das nicht, das Dasein Gottes ohne Beweis voraussetzen? Sollten wir nicht vor allem beweisen, daß die Welt einen überweltlichen Urheber hat? Ich frage dagegen: Hat die moderne Entwickelungslehre, welche Gottes Dasein glaubt entbehren und darum leugnen zu können, je bewiesen, oder kann sie beweisen, daß die Materie eine anfangslose Substanz ist? Spricht nicht alles gegen einen solchen Glauben an das notwendige Dasein des stets wandelbaren Stoffes? Unser Glaube an Gott hat seinen unerschütterlichen Grund in Gott selbst. Wir leiten das Dasein Gottes nicht aus dem Dasein der Welt ab, das Höhere nicht aus dem Niederen, wie jene Lehre; wir sehen uns durch die in unserem Geiste herrschende Idee der Notwendigkeit gezwungen, an den Urheber dieser Idee zu glauben; wir brauchen keinen anderen menschlichen Beweis, weil Gott selbst sein Dasein uns innerlich beweist und die äußere Welt nur den Anstoß gibt, daß wir uns dieses göttlichen Beweises menschlich bewußt werden.

Gebt mir das erste Axiom zu (und der Monismus ist dazu gezwungen), daß nur die Eins, nicht die Vielheit der Anfang aller Dinge sein muß, so habt ihr auch schon das

Dasein der überweltlichen Ursache der Welt, das Dasein Gottes, zugestanden. Leugnet ihr aber die Gewißheit dieses Axioms, so vernichtet ihr ja selbst das Fundament, auf welchem euere ganze Lehre ruht. Wer denkt vernünftiger und wissenschaftlicher, derjenige, welcher alles Niedere aus einem Höchsten ableitet und erklärt, oder derjenige, — welcher aus dem Niedrigsten allein das Höchste ableiten und erklären will?

Gottes Dasein an sich kann niemand beweisen, immer nur ist es der Glaube an Gottes Dasein, dessen Notwendigkeit bewiesen wird und für uns Menschen beweisbar ist. Wenn nun Gott selbst in unserem Geiste sowohl, wie durch die uns umgebende Welt sein Dasein beweist, so kann unser Glaube an ihn, d. h. das Wissen unseres Willens wahrlich keinen zwingenderen Grund haben.

Gott ist anfangslos, notwendig. Die Ansicht, er sei von sich selbst (causa sui), überträgt das Bedürfnis des Menschengeistes, welcher immer und bei allem nach der Ursache schreit, ganz unzulässiger Weise auf die Notwendigkeit des göttlichen Daseins. Nur das wirklich existierende Wesen hat eine Ursache, weil einen Anfang, das notwendig existierende nicht. Gottes Existenz überragt alle Wirklichkeit in so unendlichem Grade, daß kein Geschöpf dies auszusprechen vermag. In dem Glauben an Gottes notwendige Existenz findet alles Forschen des Menschen nach der ersten Eins seine vollkommene Ruhe und zugleich die Möglichkeit, alle Mannigfaltigkeit der Welt aus dieser Eins zu entwickeln, wie das dritte Axiom besagt.

Der unbeirrte und nicht von Sonderinteressen beeinflußte Mensch muß an Gottes Dasein glauben; er kann nicht anders. Wenn gleichwohl mancher sonst wahrheitsliebende Mensch sich nicht zu diesem Glauben entschließen kann oder will, so liegt der Grund — ich sehe von allen anderen Gründen ab — wohl nur auf erkenntnistheoretischem Gebiete. Man behauptet, sich einen solchen anfangslos substantiellen Geist nicht „denken“ zu können; es fehlt die Möglichkeit, von einem solchen Geiste sich eine menschliche Vor-



stellung zu machen, um dadurch den Willen zum Glauben zu bestimmen. Das dritte Axiom mag uns dazu verhelfen.

Versuchen wir zunächst durch ein Gleichnis vom sinnlichen Lichte und geistigen Leben uns den Weg zu solcher Vorstellung zu bahnen. — Was im toten Stoff das „Licht", das ist in der Substanz des Geistes das „Leben". Ich übergehe die Analogien zwischen Licht und Leben, welche häufig im Sprachgebrauche vorkommen; ich möchte nur darauf hinweisen, wie nahe innerlich verwandt in der belebten Natur Sonnenschein und Vegetation sind, um unter dem sinnlichen Bilde des Lichtes das geistige Leben vorstellen zu können. Wenn ich nun imstande wäre, aus der Flut des Sonnenlichtes ein Strahlenbündel vom Sonnenkörper zu lösen, ohne daß dasselbe verschwindet, und ich formte dieses Strahlenbündel zu einer selbstleuchtenden Sonne, zu einem selbständigen Leuchtkörper, so hätte ich dem reinen Lichte, unabhängig von aller körperlichen Substanz, eine eigene Substantialität verliehen, das Licht an sich wäre Substanz. Ebenso wollen und müssen wir uns das Leben des substantiellen Geistes „denken", nicht als eine trennbare Zutat zum geistigen Sein, sondern als eine einfache Einheit; die geistige Substanz ist eine in sich lebendige, und ihr Leben ist ein substantielles. Zwar ist Sein und Leben im persönlichen Geiste unterschieden, aber ihre Einheit ist wesenhaft, und jede Differenzierung in derselben muß notwendig zur Aufhebung solcher Differenzierung führen — oder der persönliche Geist kann als solcher nicht forterxistieren. Wir werden darauf zurückkommen.

Es ist uns Menschen also, gemäß unserer geistig-sinnlichen Natur, möglich, eine „Vorstellung" von einem substantiellen Geiste zu gewinnen. Gehen wir weiter. Das dritte Axiom hat uns gesagt, daß in der ersten anfangslosen Eins alles enthalten sein muß, was je in der Welt zur Entwickelung kommen soll, denn aus Nichts wird Nichts. Wenn wir nun die unendliche Menge der Dinge in der Welt, von den toten materiellen Gebilden angefangen, bis zu den belebten Natur-





individuen ohne Zahl, bis zur geistigen Höhe des Menschen und den Vorzügen einzelner in der Menschheit, überblicken, werden wir ohne Mühe einen unendlichen Reichtum von Kraft und Wirksamkeit, von Schönheit und Herrlichkeit, Weisheit und Güte, Wahrheit und Liebe, Wissenschaft und Heiligkeit, Gerechtigkeit und Erbarmen, m. e. W. eine unendliche Fülle der mannigfaltigsten Vollkommenheiten konstatieren müssen. Werden wir behaupten können, daß dies alles aus dem Nichts entsprungen ist? Werden wir nicht vielmehr auf die erste anfangslose Eins hingeführt, aus welcher alle Geschöpfe alle ihre ideale Befähigung empfangen haben? An den Geschöpfen ist jegliche Vollkommenheit nur Eigenschaft, nicht Wesenheit und Substanz; die Geschöpfe sind nur Träger, Eigentümer, ausführende Organe, aber nicht die Urheber dieser ihrer verschiedenen Vorzüge. Dies leuchtet doch wohl jedermann von selbst ein. Denken wir uns nun alle Vollkommenheiten aller Weltdinge auf den höchsten Grad gesteigert, fassen wir sie sämtlich in eine einfache Eins zusammen und sprechen wir diesem einfachen, unendlichen Ozean der Idealität das anfangslose Sein zu: so haben wir vor uns das Bild einer unendlich vollkommenen geistigen Substanz, in welcher alle Vollkommenheit nicht mehr Eigenschaft, sondern Wesen, unbegreifliches und unveränderliches Wesen ist. Und dies ist die wohlbegründete menschliche Vorstellung von Gott, dem Urheber aller geschöpflichen Vollkommenheit.[1]) Es ist nur eine Vorstellung, ein dürftiges Bild, aber dasselbe befriedigt allen Verstand, alle Vernunft, alles Bedürfnis des denkenden Geistes nach Frieden, nach der Ruhe in der ersten Eins und ihrem Zusammenhang mit der Welt und deren Vielheit. Mehr kann der tief-

1) Demnach sind alle einzelnen Vollkommenheiten der Geschöpfe nur schattenhafte Abdrücke der göttlichen Vollkommenheiten, welche unter (freiwilliger oder unfreiwilliger) Mitwirkung der Geschöpfe an diesen zur Offenbarung nach außen gelangen, gleich sichtbaren Wirkungen einer verborgenen Ursache.

sinnigste und schärfste Denker von der menschlichen Auffassungskraft nicht verlangen.

Wer meine Axiome als unfehlbare Wahrheit anerkennt, wer sie dem Wissensbedürfnis seines Willens glaubend einverleibt, wird auch dieser „Vorstellung" von Gott zustimmen. Wer dieselben verwirft, wird bei seinem törichten Glauben, daß das Höchste aus dem Niedrigsten, daß alle Vollkommenheit aus dem Nichts sich „entwickelt", verbleiben. Damit hört dann alle grundlegende Wissenschaft, alle Philosophie endgültig auf. Der ungläubige Monismus vernichtet sich selbst.

10. Der eine anfangslos substantielle Geist ist ein sich selbst bewußtes Wesen. Um dies zu verstehen, muß ich eine bestimmte Erklärung von Bewußtsein und Selbstbewußtsein vorausschicken.

Solange wir das Erkennen des Menschen in das „Denken" setzen, wird es nicht gelingen, das Bewußtsein in seinem Wesen zu verstehen; wenn wir aber im Erkennen des Menschen eine lebendige Tätigkeit sehen, ein nur verschieden determiniertes Leben,[1]) wenn wir also Erkennen und Leben identifizieren, dann wird uns auch das Bewußtsein verständlich. — Alles Leben in der Natur, von der Pflanze bis zum Geiste des Menschen, unterliegt einer doppelten Strömung: von außen nach innen und von innen nach außen, von der Peripherie zum Zentrum und vom Zentrum zur Peripherie. Nennen wir die letztere im allgemeinen „Trieb" und die erstere „Empfindung", so bemerken wir im vegetativen Leben der Pflanze sofort, daß Trieb und Empfindung sich niemals im Individuum trennen, sondern derart eins sind, daß beides sich gegenseitig notwendig bestimmt. Hier ist kein Bewußtsein möglich. Dasselbe kann erst dort auftreten, wo das Leben sich differenziert,

1) Die Determinierung ist eine vierfache: 1. Beschränkung des ausstrahlenden Lebens (Tastsinn); 2. Vermischung (Geschmack und Geruch); 3. Erregung (Gehör und Gesicht); 4. Vermehrung (Mitteilung, Nachdenken, Erfahrung usw.).

wo Trieb und Empfindung verschiedene Richtungen einschlagen können, sei es durch äußere oder innere Ursachen veranlaßt. Dies geschieht im Leben des Tierindividuums. Die Aufhebung solcher Differenzierung erzeugt das Bewußtsein. Der Trieb gewinnt Beziehungen zu den ihm bisher unbekannten Beeinflussungen der Empfindung; er weiß von der Empfindung, und die Empfindung weiß analogerweise vom Triebe. Dieses doppelte Wissen wird ein gegenseitiges Beiwissen, wird zum Bewußtsein im Individuum. Die sonst getrennte Lebensbetätigung von innen nach außen und von außen nach innen wird im Akte des Bewußtwerdens wieder eine gemeinsame, eine einheitliche (wie Licht und Wärme im Funken).

In der substantiellen Menschenseele entsteht das Bewußtsein ebenso, nur daß hier der Trieb zum Willen und die Empfindung zum Gefühl sich steigert gerade wegen der Substantialität des geistigen Lebens, während zugleich Trieb und Empfindung im vegetativen und seelischen Leben des Körpers fortbestehen. Der Geist wird nun auch sich selbst bewußt, indem er das allgemeine Bewußtsein reflexiv auf sich selbst anwendet und dadurch unterscheidet, ob er selbst von den an und in ihm auftretenden Lebensströmungen und Akten die Ursache ist oder nur der Eigentümer, nur der Empfänger oder auch zugleich der Urheber. Ist hic et nunc Urheber und Eigentümer identisch, so weiß dies der Mensch durch sein allgemeines Bewußtsein und bezeichnet diese bewußte Tatsache mit dem Worte „Ich“, welches Wort also ursprünglich nicht ein bloßer Begriff, sondern ein Urteil ist. Damit ist das Selbstbewußtsein gewonnen und nun stets im allgemeinen Bewußtsein gegenwärtig; der Mensch unterscheidet in seinem Bewußtsein „Ich“ und „Nichtich“.

Der substantielle Geist gelangt also zum Bewußtsein und Selbstbewußtsein durch eine Differenzierung von Wollen und Fühlen und durch Aufhebung solcher Differenzierung innerhalb des Geistes. Dieses Selbstbewußtsein ist auch die Bedingung zur bewußten Würde der Persönlichkeit, nicht



als ob das Wesen der Persönlichkeit vom Selbstbewußtsein abhängig wäre; nein! das Selbstbewußtsein erzeugt nicht die Persönlichkeit, sondern beweist nur deren Vorhandensein. Persönlichkeit ist immer nur dort vorhanden, wo das Leben an sich ein selbständiges Sein besitzt; die lebendige geistige Substanz oder das substantielle geistige Leben — was beides gleichbedeutend ist — wird notwendig immer „Person" sein. Wie Vernunft und Freiheit, diese Attribute der Persönlichkeit, nur notwendige Correlata der lebendigen Substantialität sind, kann ich hier nicht näher entwickeln; es möge der Hinweis genügen, daß Vernunft und Freiheit eines Wesens ohne die zugrunde liegende lebendige Substanz unmöglich sind. Das Tier ist nur belebte materielle Substanz, es fehlt seiner Seele die eigene Substantialität; es ist daher auch keine Person; es hat Bewußtsein, aber kein Selbstbewußtsein. Wenn jemand der menschlichen Seele das selbständige Sein abspricht, dann muß er dem Menschen auch die Würde der Persönlichkeit absprechen — oder den Tieren die gleiche Würde beilegen.

Wir müssen nun, da wir die menschliche Seele als lebendige Substanz ansehen, mit Rücksicht darauf für „Wollen" und „Fühlen", welche an sich nur Wirkungen sind, deren Ursachen in unsere Betrachtung einführen. Der innere Träger aller Willenstätigkeit ist die Willenskraft; diese bildet die eigentliche Substanz der menschlichen Seele; sie ist — ruhend gedacht — deren eigentümliches „Sein". In dieser Kraft wurzelt auch alles Gefühl, alle Fähigkeit zu fühlen; von ihr geht alles Fühlen aus und führt dem Willen alle Eindrücke zu, die es von außen empfängt. Dadurch ist die Substanz lebendig, in ihrer Fähigkeit zu fühlen besteht ihr „Leben", ihre Lebendigkeit. Wir werden also die Fähigkeit zu fühlen kurzweg das „Leben" nennen und vom „Sein" unterscheiden. Wir definieren also das Selbstbewußtsein des Menschengeistes als die Differenzierung (Unterscheidung, nicht Scheidung) von Sein und Leben und die mit Bewußtsein erfolgte Aufhebung dieser Differenzierung. Auf dieser Grundlage ver-



suchen wir die selbstbewußte Persönlichkeit Gottes darzustellen. Wenn in Gott, der geistig-lebendigen absoluten Substanz, eine Differenzierung von Sein und Leben stattfindet, so kann dieselbe nicht von außen her, sondern nur von Gott selbst und allein veranlaßt werden und muß ebenso anfangslos sein, wie sein Wesen selbst anfangslos ist. Es wird aber auch die Aufhebung solcher Differenzierung als göttlich-notwendiger Akt mit dem Akte der Differenzierung selbst in eins zusammenfallen. Gott allein ist selbst die Ursache seiner inneren Unterscheidung von Sein und Leben; diese Unterscheidung ist eine innere Tat des göttlichen Lebens, und die Aufhebung dieser Unterscheidung führt das göttliche Leben zum göttlichen Sein zurück. So ist Gott sich selbst bewußt.

Die christliche Lehre bestätigt uns, daß in Gott wirklich eine Unterscheidung von Sein und Leben angenommen werden muß, denn Gott nennt sich selbst den „Seienden" und den „Lebendigen". Aber die christliche Lehre geht weiter und behauptet, in dem einen göttlichen Wesen seien drei Personen. Weit entfernt, dieses erklären zu wollen, kann ich doch solchen Lehrinhalt in ein philosophisches Gewand kleiden, um den scheinbaren Widerspruch (unitas in trinitate et trinitas in unitate) zu entkräften. Es ist eigentlich schon gesagt; wir dürfen nur darauf zurückgreifen, wie wir „Persönlichkeit" begründet haben.

Nicht durch das Selbstbewußtsein wird die Persönlichkeit erst erzeugt, wie schon oben gesagt, vielmehr ruht deren Wesen schlechthin in der geistigen Substanz. Daher muß Gott als substantieller Geist auch schlechthin „Person" sein. Wenn er aber als solche zugleich selbstbewußt ist und sein muß, dann ist seine absolute Unterscheidung von Sein und Leben und deren absolute Aufhebung innerhalb seines Wesens auch eine personale Differenzierung. Erstens ist er Person — menschlich gesprochen — schon vor Eintritt der Differenzierung; zweitens ist er Person in dieser Differenzierung; denn das göttliche Leben, obwohl nun vom göttlichen Sein

unterschieden, muß unbedingt und notwendig dem göttlichen Sein zugesprochen werden (weil Sein und Leben im substantiellen Geiste keine Zusammensetzung sind); und drittens ist er Person, weil seinem Leben in der Aufhebung der Differenzierung ebenso unbedingt und notwendig das göttliche Sein zugehört, von welchem es ausgeht. In Gott, dem absoluten Geiste, ist demnach ein dreifach persönliches Ich, aber nur ein einfach göttliches Ich, weil die drei göttlichen Personen nur als solche verschieden sind, nicht aber das Eine in ihnen sich selbst bewußte göttliche Wesen.

Es liegt also kein Widerspruch darin, daß nach christlicher Lehre der Eine Gott dreifach ist in Person. Es bleibt uns aber diese geoffenbarte Wahrheit unbegreiflich, nicht deshalb, weil uns das Wesen der Persönlichkeit unbegreiflich ist, sondern weil die Anfangslosigkeit Gottes, die Notwendigkeit der göttlich-lebendigen Substanz in ihrem Dasein für die geschöpfliche Erkenntnis unmöglich ein Objekt des Wissens sein kann für den Verstand, sondern nur ein Objekt des Glaubens für den Willen. — Wie die personale Differenzierung in Gott und deren Aufhebung sich in der Welt abbildet, erfahren wir später.

11. Wenn wir nun daran gehen zu betrachten, auf welchem Wege die Vielheit in der Welt aus der ersten Eins entstanden ist, so wollen wir uns vor allem erinnern, welch ein wesentlicher Unterschied zwischen Entwickelung und Differenzierung besteht, und welch eine unendliche Kluft das angefangene Sein und Leben von dem anfangslosen trennt. Erwägen wir letzteren Punkt etwas genauer.

Zwischen dem anfangslos, d. h. notwendig existierenden Wesen — Gott — und der nicht notwendig, nur zufällig existierenden Welt besteht kein Gegensatz, sondern nur ein Unterschied in der Würde des Daseins. Der Gegensatz zur Notwendigkeit ist die Unmöglichkeit, und der Gegensatz zur wirklichen Existenz ist das Nichts. Weil nun aber Gott notwendig existiert, so existiert er auch wirklich. Seine Wirklichkeit des Seins und Lebens schließt aber alle Entwickelung

und alles Nichts unbedingt aus, denn das Notwendige kann nicht zugleich ohne Anfang sein und zugleich einen Anfang haben. Ohne wiederholte Anfänge in einzelnen Teilen ist aber die Entwickelung eines Wesens unmöglich. Gott existiert notwendig und wirklich zugleich, derart, daß alle Wirklichkeit des göttlichen Seins und Lebens in der Notwendigkeit desselben aufgeht und verschwindet; es ist keine Zusammensetzung von Wirklichkeit und Notwendigkeit in Gottes Wesen, sondern seine notwendige Existenz ist zugleich seine wirkliche Existenz per eminentiam.

Hier kommen wir nun zurück auf unser drittes Axiom, daß alle Vielheit der Weltdinge irgendwie in der ersten Eins enthalten sein muß, und können erklärend hinzufügen: wie die Wirklichkeit alles Seins und Lebens in deren Notwendigkeit enthalten ist. Und wie ist nun die wirkliche Welt aus der notwendigen Gottheit hervorgegangen? Durch Differenzierung. Gott erkannte und unterschied in sich ewig und immer die Wirklichkeit des Seins und Lebens — die mögliche Welt — von der Notwendigkeit seines göttlichen Seins und Lebens — seiner Gottheit — und indem er diesen Unterschied mit seinem Willen aussprach, empfing die Welt ihr wirkliches Dasein in sich selbst.

Die Erschaffung der Welt ist also eine ausgesprochene Differenzierung, aber keineswegs eine Entwickelung. Damit lehnen wir allen Pantheismus unbedingt ab. Gott hat die Welt aus sich allein hervorgebracht, d. h. aus Nichts. Er ist der Urheber, die Welt nur sein Werk, seine Tat ad extra; alle Anfänge der Vielheit sind Akte seines Willens. So wenig die äußeren Handlungen meines Willens je mit meiner Willenskraft, welche dieselben hervorbringt, identifiziert werden können, ebensowenig die Geschöpfe mit dem Schöpfer. Zwischen dem Einen notwendigen und den vielen wirklichen Wesen ist ein wesentlicher Unterschied, ein unendlicher Abstand.

Wie kommen wir nun von der Eins auf die Vielheit? — Wir wissen, daß in Gott und der Einheit und Einfachheit seines Wesens eine Dreiheit der Personen besteht, welche in



dem verschiedenen Verhältnis vom göttlichen Sein und göttlichen Leben zueinander begründet ist. Diese personale Differenzierung wird auch bei der ausgesprochenen Differenzierung von Wirklichkeit und Notwendigkeit zum Ausdruck, zur Aussprache kommen müssen, wird sich in der erschaffenen Welt abbilden, gleichwie ein Baum (in direktem Lichte stehend) seinen Schatten abbildet. Und wenn der Baum von dreifach verschiedenem Lichte einseitig beleuchtet wird, so erscheint nach der anderen Seite ein dreifach verschiedener Schatten.

Die erschaffene Welt, die Wirklichkeit als Schatten der Notwendigkeit, ist in ihrem Ursprunge eine dreigliederige. Sie zeigt uns 1. Wesen, in denen Sein und Leben eine einfache Einheit bildet, substantielle lebendige Geister; 2. Wesen, welche nur Substanzen sind ohne Leben; 3. ein Leben, welchem die Substantialität fehlt. Von der ersten Art der Geschöpfe haben wir zwar keine direkte natürliche Kenntnis, aber an ihrem Dasein ist nicht zu zweifeln; wir werden sie hier ganz übergehen. Von der zweiten und dritten Art dagegen ist umso mehr zu sagen. Die dritte Art ist uns schon begegnet; es ist die Ideenwelt, das Naturleben, worüber im nächsten Artikel. Dann wäre also die zweite Art nichts anderes als die materielle, die körperliche Welt, welche eine tote Substanz darstellt, der anorganische Stoff. Gewiß ist es so. Nur dürfen wir nicht übersehen, daß dieses Weltglied (wie wir es kennen) sicher schon eine gewaltige Entwickelung in seinen Formen (wenn auch nicht in seinem Wesen) hinter sich hat und im ersten Schöpferakt unmöglich schon als entwickeltes Weltglied ins Dasein getreten ist. Aber wie kann der reingeistige Gott Urheber der Materie sein? Es besteht ja zwischen Geist und Stoff ein solcher Unterschied, daß wir dessen Aufhebung, die Aussöhnung zwischen Gott und Materie fordern müssen, ehe wir uns überzeugen können, daß der Geist wirklich der Urheber einer Körperwelt sein kann, daß die materielle Welt erschaffen ist, daß sie einen Anfang hat. Die naive Meinung, daß die Körper aus kleinsten Körperchen (Atomen) zusammengesetzt sind,



macht es geradezu **unmöglich**, den Stoff als ein Geschöpf (Werk) des reingeistigen Schöpfers wissenschaftlich zu verstehen und zu rechtfertigen. Dies mag wohl auch viel dazu beitragen, die Ewigkeit der Materie vorauszusetzen; es ist ja so bequem. Ohne tiefer auf eine Philosophie der Materie einzugehen, muß ich doch deren Prinzip kurz darlegen.

Niemand bezweifelt, daß die Materie ein substantielles Wesen ist; fast jedermann denkt, wenn von Substanz die Rede ist, wenigstens an eine Quasimaterie. Nach meiner Meinung ist jedes Wesen, welches selbständig aus sich allein wirken kann, welchem eine Selbstoffenbarung ohne fremde Hilfe möglich ist, eine Substanz. Solche Substanz, unwirksam und in sich ruhend gedacht, heißt am besten ein „Sein“; wirksam gedacht aber, eine „Kraft“. Demnach werden die Ursachen aller Atome als Kräfte zu bezeichnen sein, welche bald mehr, bald weniger intensiv und extensiv wirkend erscheinen und dadurch den Schein größerer oder geringerer Atomsummen hervorrufen. Es ist nicht schwer, dies einzusehen, wenn wir — wie schon gesagt — Erkennen und Leben identifizieren und erwägen, wie sich beim Tasten unser ausstrahlendes vegetatives Leben zu den fremden getasteten Körpern verhält. Es kann in dieselben nicht eindringen; die peripherischen Nervenenden melden diese Unfähigkeit nach innen, und — die **Vorstellung** der „Materie“ ist fertig, für unser irdisches Leben eine Notwendigkeit, für unsere geistige Erkenntnis aber eine Täuschung. Wahr ist dabei nur, daß uns beim Tasten (die übrigen Sinne kommen nicht in Betracht) ein Wesen entgegentritt, durch dessen Kraft der Selbstoffenbarung unser vegetatives Leben beschränkt wird; diese Schranke ist, philosophisch betrachtet, das Materielle an der Materie.

Wir sind am Ziele. **Kräfte** sind es, selbständig wirkende, d. h. substantielle Kräfte, welche der Schöpfer als schattenhafte Abdrücke seiner unendlichen Kraft oder Allmacht bei der Urschöpfung ins Dasein rief, und zwar durch Differenzierung zwischen Notwendigkeit und Wirklichkeit des Seins,



Und diese Kräfte wirkten und bewirkten alsdann unter dem beständigen und notwendigen Einflusse Gottes die körperliche Welt in der ungeheueren Ausdehnung, wie sie vor uns liegt. Aber es geschah dies, ehe der Mensch ins Dasein trat. Jene Entwickelung des körperlichen Universums aus den toten Kräften jetzt nach den gegenwärtigen Gesetzen wissenschaftlich rekonstruieren wollen, ist eine unfruchtbare Arbeit und schon deshalb unzuverlässig, weil wir den Einfluß Gottes auf die Urkräfte nicht beurteilen können.

Die Weltschöpfung aus Nichts, aus Gott allein, ist keine Entwickelung, sondern nur eine Offenbarung nach außen[1]) von dem, was verborgen in Gott ist; soviel ist gewiß. Sie ist vielmehr eine substantielle Differenzierung. Wird Gott diese Differenzierung wieder aufheben? Er wird niemals sein ausgesprochenes Wort rückgängig machen, die angefangene Wirklichkeit des erschaffenen Seins und Lebens wird und kann niemals wieder in der anfangslosen Notwendigkeit des göttlichen Seins und Lebens verschwinden, nur eine Vereinigung von Schöpfer und Geschöpf ist möglich. Gott hat dieselbe in seiner Menschwerdung tatsächlich ausgeführt, um seiner Schöpfung die höchstmögliche Entwickelung zu verleihen. Alle seit der Urschöpfung eingetretene Entwickelung der Welt hat dieses eine letzte Ziel, wie wir in unseren weiteren Betrachtungen sehen werden. Und wenn dieses Ziel erreicht ist, dann soll alles Wirken der Geschöpfe wieder göttlich werden, ohne Gott zu sein; der Anfang aller Dinge soll bleiben, aber in der Anfangslosigkeit für immer ruhen. Dies ist dann für das Geschöpf die denkbar höchste Entwickelung.

---

1) Ein Gleichnis möge diesen Gedanken etwas beleuchten: Wenn ich einen bestimmten inneren Willensakt (Befehl) ausspreche, so offenbare ich meinen Willen; es ist aber das ausgesprochene Wort keineswegs eine Entwickelung meines Willens; denn an meinem Willen ändert sich nichts.



## LXV.

## Die Zukunft der Türkei.

Am 12. April hat König Ferdinand von Bulgarien sich auf die vorgeschobenen Stellungen der bulgarischen Armee von Bulair begeben. Begleitet vom („weggetauften") Prinzen Boris und vom Kommandanten der vierten Armee ritt er eine Anhöhe hinan, von welcher aus der Blick auf das Marmarameer, auf die asiatische Küste der Dardanellen und auf den Golf von Saros schweifen konnte. Lange betrachtete der siegreiche König das wunderbare orientalische Bild. Dann hielt er eine Ansprache an die Truppen, rühmte deren militärische Tugenden und glänzenden Taten und schloß mit den Worten, er habe Wert darauf gelegt, die Truppen persönlich an diesem Orte zu begrüßen, der fortan in Bulgarien berühmt sein werde.

Der königliche Redner hat es also vermieden, von neuen Siegen, neuen Heldentaten zu sprechen. Er hatte auch guten Grund zu dieser Reserve.

Etwa eine Woche vorher hatte nämlich König Ferdinand einen seiner Generale mit einer Spezialmission nach St. Petersburg zum Zaren geschickt. Die großen Pariser Blätter sind gewiß sehr russenfreundlich, aber sie sind vielleicht noch mehr darauf erpicht, immer zu wissen, was in der russischen Reichskanzlei gesponnen wird. Eine geheime bulgarische Mission? Das mußte aufgeklärt werden. Die Aufklärung wurde auch bald gegeben. Und sie lautete dahin: die Mission des bulgarischen Generals habe darin bestanden, den Zaren dafür zu gewinnen, daß beim Friedensschluß die neue Grenze Bulgariens bis ans Marmarameer vorgeschoben werde; der Zar habe jedoch die Bitte abgelehnt mit dem Bemerken, Rußland wolle derzeit die Marmara-Frage keinesfalls aufrollen.

Es war also dieses russische Veto und nicht etwa die türkische Armee, welche die Bulgaren bei Bulair aufgehalten

und am Weitermarsch zum Marmarameer gehindert hat. So begreift es sich allerdings, daß König Ferdinand seine Armee nicht zu neuen Anstrengungen begeistert, sondern nur zu den bisherigen Erfolgen beglückwünscht hat. Die Harangue des Königs konnte keine Fanfare, sondern mußte eher eine Chamade sein. Und die Bemerkung, der Ort werde fortan berühmt sein in Bulgarien, kann nur ungefähr den Sinn haben, daß es von diesem Orte heißen werde: bis hieher und nicht weiter kamen die bulgarischen Reiter.

Gerade den Tag vorher war auch das etwas langatmige russische Communiqué erschienen, welches anscheinend hauptsächlich den Zweck hatte, dem König von Montenegro begreiflich zu machen, daß und warum er auf Skutari endgiltig verzichten müsse. Man braucht ja an der subjektiven Wahrhaftigkeit der Aufstellungen dieser publizistischen Note nicht im geringsten zu zweifeln, man ist aber gewiß nicht verpflichtet, auch daran zu glauben, daß sie die volle oder die eigentliche Wahrheit enthalten habe. Stellen wir uns nur einmal vor, was unzweifelhaft geschehen wäre, wenn die Fortsetzung der Belagerung Skutaris durch die Montenegriner und Serben seitens der Mächte, speziell Rußlands, ohne offenen Widerspruch geblieben wäre. Wie hätte man die Bulgaren in diesem Falle veranlassen können, bei Bulair ruhig stehen zu bleiben? Wenn aber das nicht möglich war, so wäre unverweilt das geschehen, was Rußland derzeit durchaus vermeiden wollte und will, nämlich der Vormarsch der Bulgaren ans Marmarameer, das sie ja schon vor Augen hatten, und damit die Aufrollung der Frage der Dardanellensperre. Allerdings: den russischen Kriegsschiffen wären die Bulgaren auch in diesem Falle wohl kaum begegnet, aber zweifellos den — englischen und sehr wahrscheinlich auch noch anderen. Mit einem Worte: die widerspruchslose Fortdauer des Krieges war gleichbedeutend mit der Aufwerfung der Meerengenfrage, also jener Frage, die seit beinahe zwei Jahrhunderten, wenn nicht den Kardinalpunkt, so jedenfalls einen der Kardinalpunkte der ganzen europäischen Politik bildet.



Die Mächte stehen hier vor der unausweichlichen Alternative: entweder müssen sie an die Lösung der so klippenreichen und konfliktschwangeren Meerengenfrage herantreten, oder sie müssen die Türkei und die Balkankönige, bevor dieselben in die Lage kommen, die Frage ihrerseits aufzuwerfen, zum Friedensschluß zwingen. Sie haben sich dafür entschieden, den zweiterwähnten Weg zu betreten, und sie haben infolgedessen zunächst milde Zwangsmittel gegen Montenegro zur Anwendung gebracht. Diese Milde ist ihnen seitens des Königs der schwarzen Berge mit offenem Hohn vergolten worden. Wir müssen aber und wollen annehmen, daß die Mächte ihrem Willen trotz allem auch weiterhin Geltung zu verschaffen wissen werden, und daß sonach der Krieg jetzt wirklich seinem Ende entgegengeht.

Es wird außer der Skutarifrage, die jetzt ein besonderes Kapitel zu werden verspricht, auch noch mancherlei andere Schwierigkeiten geben, um auch nur das leichtere Stück Arbeit zu bewältigen, nämlich den Friedenstraktat mit der Türkei zur Unterzeichnung zu bringen. Da sind vor allem die Griechen, die außer mehreren andern Inseln auch die unmittelbar am Eingang der Dardanellen gelegenen Inselchen. besetzt haben. Wenn die Dardanellenfrage unberührt bleiben soll, so werden diese Inselchen, die den Griechen als kostbare Perlen erscheinen, der Türkei zurückgegeben werden müssen, wogegen die Griechen sich gewiß so lange als möglich sträuben werden. Aber endlich, wenn die Mächte einmütig darauf beharren, daß die Dardanellen ein noli me tangere zu bilden haben, mag ja der äußere Friede, nämlich jener mit der Türkei, in nicht ferner Zeit zur Tatsache werden. Aber dann werden sich sofort eine Reihe innerer Schwierigkeiten erheben. Ein erheblicher Teil der Zykladen, welche zweifellos den Griechen werden zugesprochen werden, wird noch immer von den Italienern besetzt gehalten, welche dieselben als Faustpfand für die noch ausständige Erfüllung gewisser Bestimmungen des Friedens von Ouchy betrachten. Die Türken, welche überhaupt nie Eile haben, werden sich jetzt vielleicht



noch weniger beeilen, die fraglichen Verpflichtungen gegen die Italiener zu erfüllen und so den Griechen gefällig zu sein. Die Italiener stehen aber bei den Griechen ohnehin schon im Verdacht, daß sie diese Inseln am liebsten selber und dauernd behalten möchten. Dann Salonichi. Bulgaren und Serben erheben allerlei Wenn und Aber und stellen Bedingungen, wenn die Griechen definitiv Herren dieser uralten Handels- und Hafenstadt bleiben sollen. Auch die österreich-ungarische Monarchie ist hier handelspolitisch stark interessiert. Die Bevölkerung der Stadt ist jetzt überwiegend — angeblich bis 60 Prozent — jüdisch. Diese Juden möchten Salonichi am liebsten zu einer neutralen freien Hafenstadt gemacht sehen, annähernd etwa wie ehemals Hamburg oder Bremen. Das könnte also in Europa vielleicht das erste Beispiel einer veritablen Judenrepublik geben. Aber dieses Projekt wird wohl nur Projekt bleiben, dafür werden schon die Griechen sorgen. Für eine weitere Schwierigkeit, nämlich die bulgarisch-serbischen Differenzen in Betreff der Teilung Mazedoniens sind schon mehrere Schiedsrichter genannt worden, darunter auch Kaiser Wilhelm. In St. Petersburg ist man sichtlich bemüht, die Differenzen nicht so weit in die Öffentlichkeit kommen zu lassen, daß ein Schiedsspruch notwendig wird. Endlich die Fragen von Janina, der albanesischen Verfassung, und schließlich die allerletzten aber durchaus nicht bedeutungslosesten, nämlich jene Fragen, welche den wirksamen Schutz der nationalen und kirchlichen Minoritäten in den einzelnen Staaten betreffen. Man darf sich keiner Täuschung darüber hingeben, daß beinahe jede dieser so zahlreichen Fragen von einer kriegslustigen Macht zu einem casus belli erhoben werden kann. Aber bei den Großmächten wenigstens fehlt augenscheinlich jede Neigung, wegen der Detailfragen des Balkans einen Krieg zu riskieren, der leicht ein Weltbrand werden könnte. Und auch die Balkanfürsten werden sehr gut daran tun, sich zu mäßigen, denn im Falle eines großen Krieges, wer immer Sieger





bleiben mag, sind gewiß sie die ersten Opfer; mit ihrer Unabhängigkeit ist es vorbei.

Wie immer nun die Einzelheiten des Balkans — das Prinzip „Der Balkan den Balkanvölkern" ist ja noch nicht bestritten — geregelt werden mögen, die Türkei scheidet aus diesem Komplex jetzt jedenfalls aus und wird im gewissen Sinne ein neues Leben zu beginnen haben. Damit erhebt sich die Frage nach der Zukunft der Türkei, der wir nicht aus dem Wege gehen wollen.

Für das Jahr 1912 erscheint der Flächeninhalt der Türkei mit 2987000 qkm und 24028000 Einwohnern angegeben. Woraus wird nun die zukünftige Türkei bestehen? In Europa werden ihr nur mehr etwa das Vilajet Konstantinopel und ein paar kleine Inseln am Dardanelleneingang verbleiben, kaum 4000 qkm mit höchstens 1250000 Einwohnern. In Afrika hat die Türkei allen Besitz verloren und sogar die kleine Halbinsel Sirai wird ihr von England im Namen Egyptens entschiedenst bestritten. Die Hauptmasse des türkischen Reiches wird also in Zukunft in ihren alten asiatischen Besitzungen zu suchen sein. Also zunächst Kleinasien (ohne Inseln) mit etwa 495000 qkm und 8770000 Einwohnern. Dann Armenien und Kurdistan mit beiläufig 186500 qkm und 2470000 Einwohnern. Hierauf Syrien und Mesopotamien mit 637800 qkm und 4288000 Einwohnern. Endlich das westliche Küstenland von Arabien, angeblich 441000 qkm und 1050000 Einwohner. Also in Summa etwa 1760000 qkm und 17800000 Einwohner. Der Bevölkerungszahl nach wird die zukünftige Türkei am ehesten mit Spanien zu vergleichen sein, das 19600000 Einwohner zählt. Aber alle Vergleiche mit europäischen Staaten fallen sofort zu Boden, wenn man auf die Frage der Bevölkerungsdichtigkeit eingeht. Aus den oben angeführten Ziffern ergibt sich, daß in den asiatischen Provinzen der Türkei auf den Kilometer Einwohner entfallen: in Kleinasien 18, in Armenien und Kurdistan 13, in Syrien und Mesopotamien 7, in Arabien 2. Arabien zählt also, soweit



die Bevölkerungsdichte in Betracht kommt, fast gar nicht, Syrien und Mesopotamien wenig, und auch die fernen Ostprovinzen Armenien und Kurdistan können, so lange die Verkehrsmittel nicht bedeutend verbessert sind, zur Machtentwicklung der Türkei nicht erheblich beitragen. Doch fällt Armenien durch seine Lage, Geschichte und alte Kultur bedeutend ins Gewicht. Demnach wird, von Konstantinopel abgesehen, der Schwerpunkt der zukünftigen Türkei in Kleinasien liegen. Von Kleinasien also und — aus den angegebenen Gründen — von Armenien werden wir in Zukunft, wenn von der Türkei die Rede ist, wohl am meisten zu hören bekommen. Darum wenden wir hauptsächlich diesen Teilen der Zukunftstürkei unser Augenmerk zu.

Kleinasien, sagen die Geographen, führt diesen Namen nicht umsonst, denn es wiederholt tatsächlich im allgemeinen die Bodengestalt des großen Asiens: Tafelland in der Mitte, Randgebirge und Terrassenländer an den Seiten. Die Halbinsel liegt beiläufig unter denselben Breitegraden wie das südliche Spanien, doch überragen die höchsten Gipfel seiner Gebirgszüge beträchtlich jene der Pyrenäen und selbst noch jene der Ostalpen. Der Ardschisch (Argäus der Alten) bei Kaisarieh (dem alten Caesarea) erhebt sich bis 3.860 Meter. (Großglockner blos 3.797 Meter). Aus diesem Grunde und weil die hohen Randgebirge oft ganz bis ans Meer herantreten oder nur einen schmalen Küstensaum frei lassen, ist das Klima im allgemeinen weniger warm, als man nach der geographischen Lage vermuten sollte. Nur im Westen ist der Abfall der Gebirge ein allmähliger, die Fruchtbarkeit dort also viel größer.

Werfen wir einen Blick auf die Geschichte des Landes, so werden wir bald gewahr, daß uns dasselbe eigentlich viel bekannter und vertrauter ist, als Mazedonien oder Thrazien. Die profane Geschichte beginnt mit der Herrschaft der Assyrier. Dann kamen Babylonier. Zur Zeit des letzten Babyloniers herrschte in Lydien König Krösus. Der Perserkönig Cyrus besiegte zuerst den Krösus, dann die Herrscher von Babylon



und Medien. Sein Feldherr Harpagus dehnte das persische Weltreich bis ans ägäische Meer aus, indem er auch die Joner unterwarf. Dieses Perserreich wurde vom mazedonischen Alexander d. Gr. (336—323 v. Chr.) gestürzt. In Alexanders Weltreich teilten sich dessen Feldherren, die sog. Diadochen, die nacheinander alle den Königstitel annahmen. Den größten Teil Kleinasiens brachte allmählig Seleucus an sich, wie Ptolomäus Egypten. Seleucus gründete neun Städte des Namens Seleukia, 16 Antiocheia (nach seinem Vater) und 5 Laodikeia (nach seiner Mutter). In dieser Zeit kam über Griechenland eine Abteilung von Galliern nach Kleinasien und trat in die Dienste des Königs von Bithynien; sie wurden da Galater genannt und das Land, das ihnen angewiesen wurde, Galatien. Ein Seleucide, Antiochus III. d. Gr. (um 200 v. Chr.), versetzte 2000 Judenfamilien aus Babylon und Mesopotamien nach Lydien und Phrygien. In seinem Kampf gegen die egyptischen Ptolomäer im Süden und Westen Kleinasiens stieß er auf die Römer, die da als Beschützer der Egypter und Griechen auftraten. Antiochus wurde geschlagen und allmählig wurde nun ganz Kleinasien in irgend einer Form römisch.

Unter den Römern verbreitete sich das Christentum und bekanntlich sind wir in dieser Beziehung über kaum ein anderes Land so genau unterrichtet, wie über Kleinasien, und auch kaum anderswo hat die katholische Kirche so rasch und so weit sich verbreitet, wie hier. Die erste Kenntnis vom Christentum brachten Juden nach Kleinasien, die zu den Festen nach Jerusalem gegangen waren, — ob Nachkommen jener Juden, die Antiochus dorthin verpflanzt hatte, oder andere, die auf anderen Wegen dorthin gekommen waren, wird sich kaum je entscheiden lassen. Wir wissen übrigens, daß der hl. Apostel Johannes schon vor dem hl. Apostel Paulus in Ephesus gepredigt hat. Speziell vom hl. Paulus wissen wir, daß er zweimal in Galatien war, daß er in Ephesus zwei Jahre lang gepredigt hat, daß er von Miletus aus die Ältesten von Ephesus zu sich beschied, daß er in

Laodicea, in Colossä und in Perge predigte, in letzterem Orte zugleich mit Barnabas, daß er aus Antiochia Pisidiä sowie aus Iconium, nachdem er viele bekehrt hatte, vertrieben wurde, daß er in Lystra einen Lahmen heilte und gesteinigt wurde, daß er von Derbe den Thimotheus als Reisegefährten mit sich nahm usw. usw. Auch mehrere Briefe des Völker-Apostels sind nach Kleinasien gerichtet, das er übrigens als sein Vaterland betrachten konnte, denn er war ja in Tarsus geboren. Auch die zwei Briefe des hl. Apostelfürsten Petrus wenden sich an kleinasiatische Christengemeinden. Die Saat, von solchen Händen ausgestreut, konnte nicht unfruchtbar bleiben. Die herrlichsten Blüten und Früchte trug sie in den Zeiten der grausamen Verfolgungen der römischen Imperatoren, wo Kleinasien eine lange, lange Reihe von Blutzeugen gestellt hat. Wenn man davon liest, beginnt man zu zweifeln, ob der Boden von Rom noch mehr durch Martyrerblut geheiligt sein kann, als jener Kleinasiens. In Nicomedien, der Hauptstadt Bithyniens, residierte der Wüterich Diocletian und erließ von da aus seine Blutbefehle, die nur zu genau ausgeführt wurden. Aber im selben Nicomedien war es dann auch, wo der erste christliche Kaiser Konstantin getauft wurde. Und die Konzilstädte Nicäa und Chalcedon liegen ebenfalls in Bithynien. Hunderte von Bischofsitzen waren allmählig errichtet worden, deren erste Inhaber wohl meist direkte Apostelschüler waren. Kaum irgendwo anders ist der apostolische Ursprung der Bischofsitze so leicht nachzuweisen, wie hier. Von Kleinasien auch wissen wir es besonders genau, wie bereits zu Lebzeiten der Apostel verschiedene Irrlehrer die Lehre Christi zu trüben und zu verfälschen suchten und daß es der beständigen Wachsamkeit des kirchlichen Lehramtes, eben der Apostel und der treuen Nachfolger derselben, bedurfte, um das Depositum Christi rein und ungemindert zu erhalten. Unter den oströmischen Kaisern, welche nach Konstantin d. Gr. noch durch ungefähr ein Jahrtausend über Kleinasien herrschten, nahmen diese Kämpfe sowohl an Umfang wie an Intensität noch zu. Je mehr aber das von Photius hervorgerufene



Schisma sich verbreitete und befestigte, desto näher — man darf wohl so sagen — rückte auch die Strafe heran, bis Kleinasien und schließlich das ganze oströmische Reich unter die harte Botmäßigkeit der islamitischen Seldschuken und der noch härteren Nachfolger derselben, der osmanischen Türken geriet. Die über vierhundert Bischofsitze, mit denen Kleinasien in seiner christlichen Blütezeit begnadet war, sind heute nahezu alle verödet. Selbst die Schismatiker haben davon nur ganz wenige zu retten vermocht und auf katholischer Seite hat nur der Erzbischof von Smyrna eine namhaftere Anzahl (gegen 20.000) Katholiken unter sich. Aber selbst dieser Bischofsitz, wo der hl. Apostel Johannes gewirkt hat, war lange Zeit (bis 1818) unterdrückt gewesen. „Kleinasien" — so schrieb in den sechziger Jahren der damalige Inhaber dieses Sitzes —, „Kleinasien, dieses an großen Erinnerungen reiche Land, ist nur mehr von Ruinen bedeckt. Die äußeren wie die geistigen Denkmäler der Religion liegen in Trümmern; die Katholiken des Landes sind in kleinen Gruppen von zwei bis drei Familien zerstreut." Aber auch sogenannt freisinnige Gewährsmänner urteilen sehr scharf über die Verheerungen, welche das türkische Regime angerichtet. Ein solches Resumé sagt: „Seit der türkischen Herrschaft haben willkürlich schaltende Paschas das Land unablässig ausgesaugt, und die einst mit prachtvollen Städten besetzte Halbinsel, eines der schönsten Länder der Erde, befindet sich in einem Zustand der Verwilderung und des Elends." Trotzdem ist Kleinasien die wichtigste und immer noch bevölkertste Provinz der asiatischen Türkei, bevölkert jetzt weitaus überwiegend von Mohammedanern, die als Türken angesehen werden, in Wirklichkeit aber wohl großenteils mohammedanisierte Griechen, Juden, Armenier, Galater usw. oder Nachkommen der Janitscharen sind, die zu ihrer Zeit bekanntlich aus gefangenen, dann später aus gewaltsam rekrutierten Christenknaben gebildet wurden.

Auch Armenier, wie gesagt, haben unter dem Druck der äußeren Verhältnisse mehrfach den Mohammedanismus

angenommen. Aber ein großer, wohl der größte Teil hat lieber alle Verfolgungen und Grausamkeiten über sich ergehen lassen oder ist ausgewandert — bis nach Galizien und Ungarn —, als daß er außer unter das weltliche auch unter das geistige Joch des Islam sich gebeugt hätte. Man schätzt die Gesamtzahl der jetzt in Asien und Europa zerstreuten Armenier auf dritthalb Millionen, wovon ein gutes Drittel noch in Armenien selbst sich behauptet hat. Dieses Volk und sein Stammland verdienen noch in besonderem Maße unsere Aufmerksamkeit.

Armenien wurde nicht und wird nicht zu Kleinasien gerechnet. Als seine Grenzen wurden angegeben: Kleinasien im Westen und das Kaspische Meer im Osten, der Kaukasus im Norden und der Fluß Murad (nämlich der hier westlich fließende östliche Quellfluß des Euphrat) im Süden. In diesem Umfang bildet das Land ein in sich geschlossenes Naturganzes, eine mächtige über die umgebenden Länder emporragende Hochlandsmasse, die ungefähr unter dem Breitegrad von Madrid liegt. Die Hochgipfel seiner Gebirge überragen weit jene Kleinasiens und selbst die der Westalpen. Der höchste Gipfel, jener des großen Ararat, mißt 5156 Meter (Montblanc blos 4810 Meter). Zweimal soll dieses Hochland den Ausgangspunkt der Menschheit gebildet haben. Es wird sowohl das Paradies hieher verlegt, wie auch der genannte Ararat oder dessen Gegend als derjenige Punkt angesehen wird, wo Noah das erste Mal wieder Land erblickte. Mehrere Ortsnamen werden mit Noah in Verbindung gebracht. Eriwan, der Name von Stadt und Gebiet am Nordfuß des Ararat (heute russisch), heißt „Erscheinung", und dieser Name soll sich darauf beziehen, daß eben hier dem Noah das erste Mal wieder das Land sich gezeigt habe. Nahidschewan wird mit „die erste Niederlassung" und Agori mit „er pflanzte den Weinstock" übersetzt. Auch gewisse Volkssitten werden mit der Geschichte Noah's in Verbindung gebracht. Die Armenier selbst nennen ihr Land Hajastan, von Haik, einem Urenkel Japhets. Zu Zeiten der Baby-



lonier, Meder, Assyrer, Perser, Alexander des Großen und der Diadochen, resp. Seleuciden scheint Armenien im allgemeinen das Schicksal Kleinasiens geteilt zu haben. Doch finden sich mehrere Zwischenräume von Selbständigkeit. Der letzte seleucidische Statthalter wurde vom Partherkönig Arsakes II. vertrieben, der dann dafür seinen Bruder zum König einsetzte. Diese arsakidische Dynastie behauptete sich über 500 Jahre. Unter ihr fand das Christentum in Armenien Eingang. Und zwar ist die Geschichte oder Sage, wie dies geschehen, zu schön, als daß sie nicht hier, nämlich in diesem Zusammenhang, einen Platz finden sollte.

Die Geschichte oder Sage knüpft an den König Abgar Uchomo von Edessa in Mesopotamien an. (Durch etwa ein Jahrhundert vor und ein Jahrhundert nach Christi Geburt war nämlich Edessa die Hauptstadt eines eigenen Königreichs.) Der genannte König nun wurde von langwieriger Krankheit (Aussatz) gepeinigt. Da er von den Wunderheilungen Christi gehört hatte, sandte er durch eigene Boten ein Schreiben an den Heiland mit der Bitte, der Heiland möge zu ihm kommen und auch ihn heilen. Der Herr beauftragte den Thomas, dem königlichen Bittsteller zu antworten: „Selig bist du, Abgar, daß du an mich glaubst, ohne mich gesehen zu haben, denn es steht von mir geschrieben: die mich sehen, werden nicht an mich glauben, damit jene, welche nicht sehen und doch glauben, das ewige Leben erlangen. Was aber deinen Wunsch betrifft, daß ich zu dir komme, so muß ich hier (Palästina) Alles erfüllen, wozu ich gesandt bin, und hierauf zu dem zurückkehren, der mich gesandt hat. Sobald dies aber geschehen, will ich einen meiner Schüler zu dir schicken, damit er dich heile und dir und den Deinigen das Leben mitteile." Einer der Boten, Archivar des Königs und Maler zugleich, suchte eine Abbildung des Herrn aufzunehmen. Da nahm der Herr ein Schweißtuch und drückte darin sein Angesicht ab. Nach Christi Himmelfahrt dann sandte der hl. Apostel Thomas richtig den Thaddäus (nicht den Apostel, sondern einen der

Siebzig) nach Edessa. Derselbe unterrichtete, taufte und heilte den König Abgar, taufte auch viele Untertanen des Königs und setzte dessen Goldschmied als Bischof ein. Von da aber ging Thaddäus nach Armenien, unterrichtete und taufte auch da den König (Sanatruk) und dessen Tochter sowie viel Volk und setzte einen Bischof Zacharias ein.

So die schöne Erzählung. Die erwähnten Briefe und das Schweißtuch mit dem Bilde des Heilandes blieben über 900 Jahre in Edessa. Das Schweißtuch kam später nach Konstantinopel und von da nach Rom in die Sylvesterkirche oder nach Genua in die Bartholomäuskirche, denn in beiden Kirchen wird ein solches Bild aufbewahrt.

Aber diese erste rasche Blüte des Christentums in den genannten Reichen war leider nur von kurzer Dauer. Schon der erste Nachfolger des Abgar Uchama fiel wieder ins Heidentum zurück und vom Armenierkönig Sanatruk wird sogar berichtet, daß er noch selber den hl. Thaddäus töten ließ und nicht einmal seine eigene Tochter verschonte. Auch Bartholomäus und Judas mit vielen Schülern sollen bei diesen Verfolgungen den Martertod erlitten haben. Etwa 200 Jahre später unter König Terdat blüte zwar die von den vorgenannten Glaubensboten gelegte Saat nochmals vielversprechend auf, aber auch die Söhne Terdats schlugen bald wieder aus der Art, wurden schwankend, zum Teil geradezu feindselig. Auch wurde das Reich jetzt wieder geteilt und es kam in der Folge zu fortwährenden politischen und kirchlichen Wirren. Überhaupt begann jetzt für die armenische Nation eine wahre Leidensgeschichte, die man fast mit jener Irlands in eine Parallele stellen möchte, wenn die Armenier der katholischen Kirche ebenso die Treue bewahrt hätten. Leider war dies nicht der Fall. Die Armenier, wenigstens der größere Teil, haben die lebendige Verbindung mit Rom noch vor dem griechischen Schisma aufgegeben. Sie sind nämlich Monophysiten und von ihrem Standpunkt aus wären sowohl die Katholiken wie die Griechen eigentlich Nestorianer. Denn die Entscheidung des Konzils



von Chalcedon (451), die beiden Naturen in Christo, die göttliche und die menschliche, seien in einer Person vereinigt, reichte nach Ansicht der Armenier nicht hin, den Nestorianismus auszuschließen. Trotz vieler und von beiden Seiten unternommener Vereinigungsversuche hat sich an diesem leidigen Zustande bis heute noch nichts geändert. Immerhin ist auch die Zahl der katholischen Armenier, namentlich im Bereich von Konstantinopel, noch so erheblich oder ist wieder so erheblich geworden, daß Pius IX. sich veranlaßt gesehen hat, für sie ein eigenes Patriarchat und zwar in Konstantinopel wieder herzustellen. Aber auch diesem Patriarchen bereiten gewisse Dissidenten gerade jetzt wieder allerlei Schwierigkeiten.

Politisch ist übrigens das Land Armenien jetzt noch mehr geteilt, wie religiös. Der Norden gehört zu Rußland, der Osten zu Persien, und nur der Süden und Westen zur Türkei. Aus dieser Teilung sind jedoch für die Türkei, soweit nur die Armenier als solche in Betracht kommen, kaum je ernstere Schwierigkeiten entstanden. Die Armenier haben sich nie als Irredentisten in dem Sinne geberdet, daß sie etwa lieber russisch oder persisch würden. Und darin liegt eben, um nun zu unserem Thema resumierend zurückzukehren, für die Türkei gleichfalls ein großer Unterschied zwischen dem Einst und dem Jetzt, daß sie es jetzt beiweiten nicht mehr in dem Maße, wie in Europa, mit Völkerschaften zu tun hat, die wie die Serben, Rumänen oder Bulgaren nach einem außerhalb des Reiches liegenden nationalen Zentrum gravitieren. Die wenigen Inselgriechen zwar, die der Türkei noch verbleiben, und die Griechen der West- und Südküste Kleinasiens werden vielleicht auch weiterhin die Rolle der Irredentisten spielen, die Armenier aber haben, wie gesagt, kaum eine Sehnsucht, das türkische Regime gerade mit dem russischen oder persischen zu vertauschen, es wäre denn, daß Rußland mit seiner traditionellen Nationalitäten- und Kirchenpolitik wenigstens den Armeniern gegenüber schon demnächst gründlich brechen wollte. Auch in den übrigen Teilen der asiatischen Türkei sind ernstere Abbröckelungstendenzen kaum



zu bemerken, jedenfalls noch nicht gefährlich. Ihrer Zusammensetzung nach wird also die Zukunftstürkei sich gewiß bedeutend einheitlicher repräsentieren, als von der alten Türkei gesagt werden konnte. Und was die Reichtümer und Schätze der Natur betrifft, die nur einer sorgfältigeren Pflege bedürfen um vielfältige Früchte abzuwerfen, so stehen auch Mesopotamien und weite Gegenden Syriens hinter Kleinasien und Armenien kaum zurück. An diesen äußeren Bedingungen des Gedeihens fehlt es also der zukünftigen Türkei gewiß nicht. Wenn diesen äußeren Bedingungen auch noch jene hinzugefügt werden, die eigentlich erst die ratio existendi eines Staates bilden, d. h. wenn die türkische Regierung ihre Lage und ihre Aufgabe als Regierung richtig erkennt, und wenn sie die moralische Kraft findet, diese Erkenntnis für sich und ihre Untertanen auch nutzbar zu machen, so würde man unbedenklich sagen können, daß die Zukunftstürkei noch auf eine lange Zukunft rechnen darf.

Wenn, ja wenn! Es hat auch unter mohammedanischen Herrschern Zeitspannen gegeben, wo die Christen sich verhältnismäßig wohl befanden, wo das Wort Gerechtigkeit kein leerer Schall war und bedeutender Wohlstand sich entwickeln konnte. Gilt dies aber auch von den andern mohammedanischen Völkern und Herrschern nur für kürzere Perioden, so gilt es noch weit weniger allgemein von den Türken. Dem türkischen Staatswesen — es ist dies schon anderwärts so gesagt worden — galt von jeher nicht der Friede, sondern der Krieg als der normale Zustand. Die Friedensperioden waren also immer nur Rüstungsperioden zu neuen Kriegen. Und um für den Krieg aus der unterworfenen Bevölkerung die nötigen Mittel herauszupressen, dazu war im sogenannten Frieden ein rücksichtsloser, von allen Rechts- und Billigkeitsbedenken befreiter Despotismus notwendig. Wenn das nicht in der Regel so gehalten worden wäre, wie wäre es möglich gewesen, daß überall, wo der Türke seinen Fuß hinsetzte, alle alte Kultur zusammensinken mußte? Erobernd nun ist die Türkei aller-



dings schon lange nicht mehr aufgetreten. Dazu ist ihr allmählich die Kraft entschwunden. Aber ihr Regierungssystem ist doch immer wesentlich dasselbe geblieben. Der Zweck dieses Systems konnte also nicht geändert worden sein. Dieser Zweck war und ist die Ernährung einer eigentlich allein berechtigten Kriegerkaste. Die Methode zur Erreichung dieses Zweckes ist allmählich geändert worden. An Stelle des Eroberungsprinzips ist ein anderes Prinzip getreten, das man, wie es scheint, dem uralten Gebahren abendländischer Geschäftsleute entlehnt hat. Man könnte es das Prinzip der schleuderhaften Liquidation nennen, das unreelle Geschäftsleute anwenden, um sich noch einige Zeit über Wasser zu halten. In der Sprache der Ökonomie würde man vielleicht sagen können: das türkische Regime lebt seit Dezennien nicht mehr von seiner Produktion, auch nicht von seinen Renten, sondern es zehrt sein Kapital auf. Und zwar geschieht dies anscheinend bewußt, systematisch. Der in diesen letzten Jahren des Jungtürkentums so oft genannte Dschavid Bey ist vor einigen Wochen so freundlich gewesen, in einem Interview die übrige Welt über dieses System etwas genauer aufzuklären. Als nämlich die Jungtürken durch den bekannten Putsch die Ablehnung der von den Mächten vorgeschlagenen Friedensbedingungen erzwangen und damit die Entschlossenheit zur Fortsetzung des Krieges bekundeten, wurde Dschavid Bey interviewt, wie und woher denn seine Partei die erforderlichen finanziellen Mittel zu beschaffen hoffe. Oh, so gab Dschavid Bey zu verstehen — Geld wie Heu. Alle Tage werden wir von den Mächten oder den Banken um irgendeine Konzession angegangen, Konzession für eine Trambahn in Konstantinopel, Konzession für einen Hafenbau, Konzession für eine Eisenbahn, Konzession für eine Kohlengrube usw. Alle diese Konzessionen müssen natürlich gut bezahlt werden. Also ist die Geldfrage unsere gringste Sorge. — So die vielgenannte jung-türkische Finanzkapazität.

In der Tat ist alles, was die Türkei in Europa an



Eisenbahnen, überhaupt an größeren Verkehrs- und Industrie-Unternehmungen besitzt, in den Händen deutscher, französischer, englischer, auch österreichischer, italienischer und belgischer Banken oder Konsortien, die selbstverständlich alle auf die Protektion ihrer Regierungen rechnen. Und auch in Kleinasien ist mit diesem System schon ein recht erklecklicher Anfang gemacht. Die Angelegenheit der Bagdadbahn beschäftigt ja schon einige Jahre nicht blos die finanzielle, sondern mehr noch die politische Welt. Diese große Hauptbahn erheischt natürlich eine Anzahl von Zweigbahnen. Für die Zweiglinien zum Schwarzen Meere hat sich schon Rußland, nämlich die russische Regierung selber, nicht etwa blos eine russische Bank, das Vorrecht gesichert. Andere Nationen wie die Italiener haben Interesse für gewisse Gruben am Pontus betätigt und in Frankreich wird schon seit dem vorigen Jahrhundert eine zärtliche Zuneigung für Syrien gepflegt. Kein Zweifel, daß die herrschenden Jungtürken — und auch die Alttürken, selbst wenn sie wollten, könnten diesen Lauf der Dinge kaum mehr aufhalten — dem in Europa so frisch und fröhlich praktizierten System auch in Asien treu bleiben werden. Wenn dann allmählig in dieser Weise fast das gesamte Nationalvermögen hypothekarisch an das Ausland verpfändet sein wird, so kann die vollständige Expropriation nicht lange auf sich warten lassen.

—, 25. April. J—l.

---

## LXVI.

## Kürzere Besprechung.

2. Franz Adolph, Das Rituale des Bischofs Heinrich I. von Breslau. Mit Erläuterungen herausgegeben. Mit sieben Tafeln in Farbendruck. Freiburg i. Br. 1912, Herder. 4°. (XII und 92) ℳ 8.—, geb. 9.80.

Als vor wenigen Jahren der bekannte Liturgiker Dom Cabrol in seiner „Introduction aux études liturgiques“



(Paris 1907) gegen die deutsche katholische Theologie den schweren Vorwurf der Rückständigkeit in der liturgischen Forschung erhob, mußte von kompetentester Seite in diesen Blättern (Bd. 141 [1908] 93) zugegeben werden, daß — von dem Gebiet der Hymnologie abgesehen, auf dem von keiner Seite den Analecta hymnica etwas Gleichwertiges an die Seite gesetzt werden kann — dieser Vorwurf der Berechtigung nicht entbehrt, und daß er vor allem bezüglich der Publikation von liturgischen Quellen zutreffe. Immerhin war damals schon die Wendung zum Besseren eingetreten: als Wendepunkt und als epochemachend für den Betrieb der liturgischen Studien bezeichnet Thalhofer-Eisenhofer (Handbuch der katholischen Liturgik I² [Freiburg 1912] 181) die Herausgabe des Rituale des Chorherrenstiftes St. Florian durch Adolph Franz. Aber wenn auch seitdem noch manche wichtige liturgische Quellenpublikationen in Deutschland katholischerseits erfolgt sind, so genügt doch ein Blick etwa auf die lange Reihe der liturgischen Veröffentlichungen der Henry Bradshaw-Society — und dies ist nur eine der drei englischen wissenschaftlichen Gesellschaften, die dieses Gebiet pflegen —, um zu erkennen, wie viel wir hier noch nachzuholen haben. Umso erfreulicher ist es, daß das goldene Priesterjubiläum des auch um die Förderung der theologischen Wissenschaft so hochverdienten Breslauer Kardinalfürstbischofs uns zwei Festschriften gebracht hat, die wertvolle liturgische Quellen bieten. Während der historische Verein der Diözese Fulda dem ehemaligen Bischof von Fulda die Edition des „Sacramentarium Fuldense saeculi X" (herausgegeben von G. Richter und A. Schönfelder, Fulda 1912) widmete, hat Prälat Franz seinen vielen großen Verdiensten um die liturgische Forschung ein neues hinzugefügt durch die Herausgabe des Rituale des Bischofs Heinrich I. von Würben, der von 1302—1319 den Breslauer Bischofsstuhl inne hatte.

Das Rituale Bischof Heinrichs ist einer der wertvollsten handschriftlichen Schätze der Breslauer Dombibliothek, ist es doch die einzige Ritualhandschrift, die in Schlesien sich erhalten hat. Der Text des Rituale, den F. in sorgfältigster Edition

(S. 3—46) mitteilt, und den er durch eine Reihe gelehrter Anmerkungen aufs beste kommentiert (S. 57—88), beginnt mit den Formeln der Salz- und Wasserweihe für die Sonntage, es folgen, wie auch sonst üblich, die Formeln für die Spendung der Sakramente und Sakramentalien, auch verschiedene heute im Missale sich findende Formeln, wie für die Aschen- und Palmenweihe und für die Fuß- und Händewaschung am Gründonnerstag, haben nach damaligem Brauch eine Stelle im Rituale gefunden. Der ursprünglichen Bestimmung des Rituale für die Domkirche entspricht es, daß es ein Formular für die Einführung neuer Domherrn (Ordo ad recipiendos fratres) sowie den Ritus des feierlichen Empfanges des Landesherrn (in recepcione principis) enthält. Ungewöhnlich ist der „Ordo ad horas in die animarum", erst später, um die Mitte des 15. Jahrhunderts, beigefügt das Eidesformular der Prälaten und Kanoniker.

Voraufgestellt hat Bischof Heinrich seinem Rituale die schöne Widmung:

„Hunc Henricus ego qui principis ordine dego
Librum mente pia tibi confero virgo Maria."

Aus dieser Widmung hat F. geschlossen, daß sie zugleich der Befehl war, die hl. Handlungen nach den darin enthaltenen Anweisungen zu vollziehen; sei das Buch auch zunächst für die Domkirche bestimmt gewesen, so ergebe sich doch aus dem kirchlichen Grundsatze, daß die Kirchen der Diözese sich nach dem Ritus der Kathedralkirche zu richten hätten, einer Bestimmung, die auch die Breslauer Diözesansynoden in der Folge des öfteren einschärften, daß es zugleich für die Kirchen der ganzen Diözese unter den notwendigen Veränderungen zu gelten habe (S. 53). Die Breslauer Diözese könnte sich dann rühmen, daß in ihr die unerläßliche Vorbedingung der so oft kirchlicherseits für die Diözesen geforderten liturgischen Einheit eher als anderwärts geschaffen war. Nun sind allerdings gegen diese Auffassung beachtenswerte Einwände erhoben und der Widmung an Maria die Deutung gegeben worden, daß das Rituale zum Marienaltare der Domkirche gehören solle, so wie auch das berühmte



Pontifikale des Bischofs Gundekar von Eichstätt dem Altar des hl. Willibald vermacht war (Theol. Revue 1912, 622). Dem gegenüber läßt sich immerhin darauf hinweisen, daß die christliche Ordnung des Ritus für die ganze Diözese durchaus in den Rahmen organisatorischer Maßnahmen hineinpassen würde, die dem Episkopat Heinrichs von Würben ihr eigenartiges Gepräge geben; denn Bischof Heinrich war es, der z. B. die Abfassung des wichtigen „Liber fundationis episcopatus Wratislauiensis" anregte, das über Art, Umfang und Ordnung der Verwaltung der reichen Bistumseinkünfte aus dem Grundbesitz und den weitausgedehnten Zehntgerechtigkeiten die wertvollsten Aufschlüsse bietet; und von seiner wohlgeordneten Bistumsverwaltung gibt uns das Formelbuch des Arnold von Protzau Zeugnis. — Doch sei dem, wie es wolle, an dem hohen Wert des Rituale und der Verdienstlichkeit der mustergiltigen Edition wird dadurch nichts geändert.

Es sei noch beigefügt, daß von sachverständiger Seite auf die hohe musikgeschichtliche Bedeutung der Handschrift hingewiesen wurde, daß sie „eine der ältesten Codices ist, in dem, soweit bekannt, für den Weltklerus das guidonische Notensystem auf deutschem Boden zur Anwendung gekommen ist" (Zeitschrift für kath. Theologie 1913, 171).

Beachtung verdient auch die kunstgeschichtliche Würdigung der Buchmalerei des Rituale; die prächtigen, reich ornamentierten Initialen weisen eine nahe Verwandtschaft mit denen der wenig später geschriebenen Hedwigslegende der Breslauer Dombibliothek auf. Von der Schönheit der Handschrift geben die sieben Tafeln, welche durch die Kunstanstalt von Hubert Köhler in München vorzüglich ausgeführt sind, ein gutes Bild, sie sind ein besonderer Schmuck der auch sonst aufs vornehmste ausgestatteten Festgabe.

Breslau. Privatdozent Dr. F. X. Seppelt.

---





## LXVII.

## Differenzierungen oder eine Parallele zur modernen Entwickelungslehre.

Von Dr. A. Kluge, geistlicher Rat.

12. Der anfangslos substantielle Geist sprach den Unterschied zwischen Notwendigkeit und Wirklichkeit des Seins und Lebens aus und gab dadurch der in ihm ewig möglichen Welt das wirkliche Dasein nach außen. Durch diese Differenzierung ward die Welt erschaffen und zugleich die wesentliche Verschiedenheit von Schöpfer und Geschöpf schlechthin begründet. Es war aber diese Unterscheidung durchaus keine Scheidung des wirklichen Seins vom notwendigen; die Kontinuität zwischen beiden war für immer und unbedingt nötig, um das Geschöpf im Dasein zu erhalten. Gleich wie der Schatten eines Baumes nur fortbestehen kann in seiner Abhängigkeit vom Baume, so auch das Geschöpf nur in seiner Abhängigkeit vom Schöpfer; seine Kontinuität mit Gott heißt Unterwerfung. Will das Geschöpf diese Abhängigkeit ablehnen, so muß es die Folgen tragen, worüber später.

Zunächst handelt es sich um die Entwickelung der erschaffenen Welt und vor allem um die Entwickelung des Geschöpfes zur Gottähnlichkeit.[1]) Wie gewaltig auch die

1) Auch die moderne Entwickelungslehre muß dies unbewußt anerkennen. Da sie aber den wahren Gott leugnet und doch die Gottähnlichkeit nicht entbehren will, so macht sie den Menschen nach Hegel'scher Logik zum „präsenten Gott".







Entwickelung der substantiellen körperlichen Welt, der toten Atomkräfte in ihren unendlich mannigfaltigen Gebilden unter Einwirkung des Schöpfers und in steter Abhängigkeit von ihm fortschritt, die Ähnlichkeit mit Gott konnte nur in einem persönlichen Wesen erreicht werden, und auf das Hervorbringen eines solchen ist die weitere schöpferische Tätigkeit Gottes gerichtet. Will Gott die Differenzierung von Wirklichkeit nnd Notwendigkeit aufheben, was nur in der Vereinigung des Geschöpfes mit seinem Schöpfer möglich werden kann, so wird er die Welt keineswegs vernichten, sondern vielmehr zu sich erheben.

Nun ist aber im Schöpfungsakte zwischen erschaffenem Sein und Leben eine Scheidung eingetreten, wie bereits erwähnt, und diese Scheidung hebt Gott zunächst auf durch Belebung der toten Atomkräfte. Diese Belebung geschieht jedoch nicht von außen her, sondern von jenseits, von dort aus, wo die erschaffenen toten Kräfte sich mit ihrem Urheber berühren; die Kontinuität des Geschöpfes mit seinem Schöpfer fordert dieses. — Sie geschieht ferner allmählich, in einer besonderen Differenzierung des vom Geiste Gottes ausströmenden ideellen Lebens; das Geschöpf, hier die tote Materie, könnte den lebendigen Strom in seiner unendlichen Fülle unmöglich in sich aufnehmen, eben weil es ein Geschöpf ist. Gott handelt seinem Geschöpfe angemessen. Er will weder die Atomkräfte zu geistigen Substanzen umbilden, noch auch ihre Sonderexistenz aufheben; er will nur aus ihnen ein gottähnliches Wesen heranbilden, ein persönliches Wesen entwickeln, welches seine ganze Schöpfung — die substantiell geistige, die substantiell körperliche und die ideelle Welt — umfaßt und in seiner dreifachen Natur die Dreipersönlichkeit seines Urhebers und Urbildes abbildet.

In den unendlich mannigfaltigen anorganischen Gebilden erscheint zunächst ein äußerlich kaum bemerkbarer Einfluß Gottes, indem vom göttlichen Leben ein erschaffener Abdruck auf die Atomkräfte einwirkt, ein Schatten seines lebendigen Lichtes sich denselben mitteilt und ihr Wirken nach außen



beeinflußt. Es erscheinen die niedrigsten organischen Gebilde. — Das erschaffene ideelle Licht, der geistige Einfluß Gottes, wird allmählich bestimmter und reichhaltiger, eine ganze ideelle Welt tritt nach und nach in die materielle Welt ein; ohne daß die früheren niederen Stufen der organischen Gebilde verschwinden, erscheinen die höheren, in ihrem Fortbestande auf jene gestützt; auf die Dämmerung folgt die Morgenröte.

Die ganze Natur der Pflanzen- und Tierwelt ist ins Dasein getreten, aber die bestehende Scheidung von Sein und Leben ist damit noch keineswegs aufgehoben. Allem Leben in der Natur fehlt noch das eigene Sein; es muß sich, um existieren zu können, auf das materielle Sein stützen, an dasselbe sich anlehnen; die Entwickelung eines Geschöpfes bis zur Gottähnlichkeit ist noch nicht eingetreten, die Sonne ist noch nicht aufgegangen. Dies wird erst möglich, wenn Gott dem ideellen Leben eines organischen Gebildes das eigene Sein, die Substantialität verleiht. Wie geschah dies?

Daß es geschehen ist, beweist die Existenz des Menschen und die Selbständigkeit seines geistigen Lebens. Die Beweise für die Unsterblichkeit der menschlichen Seele erübrigen sich, sobald wir die Überzeugung gewinnen, daß der Geist des Menschen einer Selbstoffenbarung fähig ist ohne Rücksicht auf den Körper, ohne Beihilfe eines organischen Prozesses, ja sogar im Gegensatz zu einem solchen. Und diese Überzeugung ergibt sich von selbst, sobald wir die Natur des reingeistigen Wesens von der Natur des reinkörperlichen Wesens klar und bestimmt unterscheiden, d. h. die Art und Weise ihres Wirkens in ihrer Gegensätzlichkeit verstehen. Dann wird uns auch die so schwer verständliche Menschennatur mit ihrem unübersehbaren Einfluß begreiflich und ein ganzer Troß von Irrtümern leicht überwindlich. Wodurch also unterscheidet sich das Reingeistige vom Reinkörperlichen? Wer meiner Ansicht darüber zustimmt, hat den Ariadnefaden im philosophischen Labyrinth für immer in der





Hand und findet leicht den Ausweg; wer meine Ansicht ablehnt, möge eine bessere aufstellen.

Das Geistige in seiner Reinheit ist nach meiner Überzeugung immer ein Allgemeines, Generelles und das Körperliche in seiner Reinheit immer ein Vereinzeltes, Individuelles. Die Idee (nicht etwa der Begriff) der Pflanze z. B. ist eine lebendige, geistige, gestaltende Macht, die einzelne materielle Pflanze ist ihr Resultat; die Idee ist unerschöpflich in ihrer Allgemeinheit, und eine Unsumme einzelner Pflanzen erreicht niemals die in der Idee liegende Unendlichkeit.

Dabei ist der Inhalt der Idee in der Natur ein verschiedener, von verschiedener Allgemeinheit,[1]) aber stets der Materie gegenüber unerschöpflich. Es wäre nicht falsch zu behaupten, daß der göttliche Geist oder das Leben des göttlichen Seins die Idee aller Ideen ist, eine einfache und wahre Unendlichkeit, welche beim Schöpfungsakt aus sich die einzelnen Ideen mit ihrer beschränkten Allgemeinheit abgebildet hat; wie wir auch vom göttlichen Sein sagen dürfen: es ist das Sein alles Seins, die Substanz aller erschaffenen Substanzen, welch letztere nur als wirkliche, als schattenhafte Abbilder des notwendigen Seins fortbestehen können.

Gehen wir auf den Menschen ein. Es ist klar, daß ein Sein nur von einem Sein, eine Substanz nur von einer Substanz das Dasein empfangen kann; niemals kann ein Sein durch „Entwickelung" entstehen, sondern nur durch Schenkung, durch Schöpfung.[2]) Wohl kann und wird immer

---

1) Man denke an die Mathematik und die Verschiedenheit ihrer allgemeinen Formeln und wie diese den Aufgaben mit bestimmten Zahlen gegenüber unendlich sind. Und ist nicht gerade dies die „höhere" Rechenkunst, daß sie der „niederen" gegenüber den geistigen rechnenden Gedanken allgemein ausdrückt?

2) Die Behauptung, daß der Mensch sich aus dem Tiere „entwickelt" habe, ist so absurd, daß sie eine ernste Widerlegung nicht verdient. Wie kann das unvernünftige, unfreie, unpersönliche Wesen aus sich allein ein vernünftiges, freies, persönliches Wesen



Leben aus Leben hervorgehen und kann sich das im Sein ruhende Leben nach außen „entwickeln", aber keine Idee wird aus sich allein ihr Sein hervorbringen, ihre Existenz zur Subsistenz erheben können. So kann auch das vegetative Leben des Menschengebildes, das aus der Natur stammt, unmöglich dem Menschen die geistige Substantialität verliehen haben; nur Gott, der Herr alles Seins und alles Lebens, konnte der menschlichen Seele das eigene Sein geben.

Ich komme darauf zurück zu beweisen, daß die menschliche Seele wirklich substantielles Leben, nicht bloß eine substanzlose Idee ist, gleich dem Pflanzen- und Tierleben. Ich kenne nur einen zwingenden Beweis dafür und diesen entlehne ich aus der aufgestellten Unterscheidung von Geist und Stoff. — Der Mensch ist weder ein reingeistiges, noch ein reinkörperliches Wesen; seine Natur, d. h. die Art und Weise seines Wirkens bildet die Diagonale zu Geist und Stoff. Aber kann man dies nicht auch von den Pflanzen und Tieren behaupten, mischt sich nicht auch in ihnen geistige Idee mit toter Materie? Und doch besteht ein wesentlicher Unterschied zwischen Tier und Mensch. Die Tierseele — von der Pflanze können wir absehen — kennt nur eine notwendige Lebensströmung: vom Allgemeinen zum Besonderen, von der inneren Anlage zur äußeren Betätigung, der Mensch aber auch eine Lebensströmung vom Besonderen zum Allgemeinen; ja, er kann und will in der geistigen Allgemeinheit ruhen; immer strebt er nach der Allgemeinheit, und seine geistige Entwickelung erscheint umso „höher", je mehr er in allgemeinen reingeistigen Gedanken und Wahrheiten sich bewegen kann.

Wer verleiht ihm diese Fähigkeit, im reingeistigen Gebiete ruhen zu können? Die körperliche Substanz gewiß nicht; sie zieht ihn vielmehr stets in das Reich des Beson-

hervorbringen? Wie kann das substanzlose vegetative Leben sich selbst aus eigener Kraft die Substantialität verleihen, zur Substanz sich „entwickeln"? U. A. w. g.

deren, des Individuellen herab. Nur eine geistige Substanz, welche ihrer Natur nach ein generelles Sein ist, kann im Menschen das Bedürfnis und die Macht hervorrufen, seine Lebensbetätigung auf ein Generelles zu richten und in solchem seine geistige Ruhe und Befriedigung zu finden.

Das menschliche Leben im engeren und eigentlichen Sinne mit all seinem Erkennen und Wollen bewegt sich naturgemäß in einer mittleren Region zwischen Geist und Stoff, es ist ein beständiges Hin- und Herwogen zwischen Allgemeinem und Besonderem. Das Reingeistige ist über der Natur des Menschen, und das Reinkörperliche ist unter seiner Natur;[1]) beides kommt nie absolut rein und an sich nach außen zur Geltung. Das Geistige bleibt stets im Körperlichen gebunden und wird dadurch in seiner reingeistigen Offenbarung nach außen beschränkt; selbst die scharfsinnigsten Abstraktionen entbehren niemals ganz der sinnlichen Hülle, der menschlichen Vorstellung. Daß aber der Mensch zu solchen Abstraktionen überhaupt fähig ist und darin seine höhere geistige Entwicklung sieht, ist ein zwingender Beweis für die Substantialität seiner Seele, für den generellen Charakter seiner geistigen Substanz.

Dadurch ist auch der Mensch „Person", und zwar ein ein persönliches, sich selbst bewußtes gottähnliches Wesen. Er hat Sein und Leben nicht aus sich allein (wie Gott); er ist erschaffen und kommt zum Selbstbewußtsein ebensowenig aus sich allein, sondern nur durch Gott und die Geschöpfe. Es ist zwar eine Dreiheit in ihm, aber nur eine Dreiheit der Natur, d. h. der Art und Weise seiner Lebensoffenbarung; diese ist entweder eine einheitlich-menschliche, oder sie neigt mehr zur geistigen oder mehr zur körperlichen, ohne je in beiden letzteren die Einheit der menschlichen Natur gänzlich verleugnen zu können. Die geistige und körperliche Substanz sind im Menschen zu einer Substanz vereinigt, und das

1) Diese Behauptung findet ihre Bestätigung sogar in der Arbeit des Menschen in seiner „höheren" und „niederen" Berufstätigkeit.



Einzelleben des Menschen, welches ursprünglich aus dem ideellen Naturleben stammt und durch Schöpferakt Gottes zur Substantialität erhoben wurde, ist beiden Substanzen gemeinsam. Der Mensch ist ein durchaus einheitliches Wesen, alles in ihm war von Anfang an harmonisch geordnet. Wir kommen darauf zurück.

Das Resultat unserer Betrachtung über die ideelle Differenzierung und deren Aufhebung ist also dieses: Gott der Schöpfer hat aus der unendlichen Fülle seines Lebens nach und nach zur Entwicklung der Welt lebendige Lichtstrahlen in die toten und finsteren Atomkräfte als schattenhafte Abdrücke seines göttlichen Lebens ausgegossen, bis sein Wort — oder, menschlich ausgedrückt, der Hauch seines Mundes — in der menschlichen Idee Leben und Sein wieder vereinigte, sodaß im Menschen die ganze Schöpfung zur Einheit zurückkehrt.[1]) Wird damit die Entwickelung der Welt endigen? Keineswegs! Die christliche Entwickelungslehre kennt eine Weltentwickelung bis zur Vereinigung mit Gott. —

13. Es ist nicht zweifelhaft, daß der Mensch zunächst als Einzelwesen ins Dasein trat, entsprechend der Einheit Gottes; ist die Gottähnlichkeit in einem Wesen erreicht, so kann sie nun auch naturgemäß in vielen erreicht werden, je nach dem Ratschlusse Gottes. Die menschliche Idee ist in die Schöpfung eingetreten, und es kann sich nunmehr nur darum handeln, wie diese Idee sich individualisiert, welcher Differenzierung der erste persönliche Mensch unter-

1) Diese Vereinigung der ganzen sichtbaren Welt im Menschen, welche den Menschen in seiner Entwickelung vom Embryo bis zum Vollalter den fortschreitenden Stufen der Naturwesen unterwirft, gilt der modernen Entwickelungslehre als Beweis für ihre Ansicht, daß der Mensch nur ein „höher" entwickeltes Tier sei — etwa wie das vollendete Kunstwerk des Bildhauers nur ein höher entwickelter Steinblock ist; den Künstler mit seiner fortschreitenden Arbeit kann man ja wegdenken!

worfen wird, und welche Aufhebung dieser Differenzierung geeignet erscheint zur Entwickelung des Menschengeschlechtes.

Wir kennen die letzten Gründe nicht, warum Gott eine Vielheit von Menschen erstrebte, aber wir kennen die Art und Weise, wie er diese Vielheit erreichen wollte und auch erreicht hat. Wenn das Menschengeschlecht eine Tradition darüber auch nicht besäße, die gegenwärtige Art der Vermehrung des Menschen sagt uns genug; sie kann nur von Gott herrühren.

Auf die naturwissenschaftliche Seite derselben gehe ich nicht ein, nur darauf möchte ich hinweisen, wie die Vermehrung der belebten Individuen von äußerlichen Anfängen (in der Pflanzenwelt) immer mehr zur Innerlichkeit (in der Tierwelt) fortschreitet, so daß das höhere Tierindividuum ganz innerlich zur vollen Entwickelung gelangt und dann erst in das äußere Dasein tritt.

Der erste Mensch kann nicht in derselben Weise entstanden sein, wie er jetzt entsteht, sondern nur unter direkter Einwirkung Gottes, aber doch auch nur aus dem Mutterschoß der Erde, aus der schon vorhandenen belebten Natur. Es wäre ganz falsch und der Kontinuität der Weltentwicklung ebenso widersprechend wie der Weisheit des Schöpfers, wollte man annehmen, daß die Seele des ersten Menschen ganz getrennt von dem übrigen Naturleben durch besonderen Schöpferakt Gottes den Atomkräften mitgeteilt worden sei; vielmehr liegt die Annahme näher, daß bei Heranbildung des ersten Menschen aus der Erde das ideelle Naturleben mitgewirkt hat und der Schöpfer diesem Einzelleben, diesem belebten Naturindividuum, nur einen erhöhten Lebens**inhalt** gab und durch Verleihung des eigenen Seins dasselbe zur Persönlichkeit erhob. Das ganze Verhältnis des Menschen zur irdischen Schöpfung spricht für eine solche Auffassung, und es wird durch dieselbe zugleich erklärt, warum und wie in jedem einzelnen Menschen die ganze irdische Welt enthalten ist.

Nachdem Gott im persönlichen Menschen ein Abbild



seiner eigenen Persönlichkeit erreicht hat, begründet er die Entwickelung der menschlichen Idee zur Vielheit der Individuen durch Nachahmung (Abbildung) seiner personalen Differenzierung und deren Aufhebung. In der Dreiheit der göttlichen Personen geschah diese Differenzierung und deren Aufhebung dadurch, daß Gott seinem göttlichen Sein das Leben und seinem Leben das Sein zusprach, und zwar aus sich allein, weshalb Sein und Leben in den drei Personen nur Eine Gottheit, nur ein göttliches Wesen sind. Der Schöpfer hat nun auch in seinem Abbilde und Ebenbilde, dem Menschen, eine Dreiheit der Personen möglich gemacht, so daß jede dieser drei Personen ein menschliches Wesen und gottähnlich sein soll, sie aber als Personen von einander nicht bloß unterschieden sind, sondern auch geschieden: drei verschiedene getrennte substantielle Seelen in drei verschiedenen getrennten substantiellen Körpern. Daher schuf Gott nicht einen zweiten und dritten Menschen in gleicher Weise wie den ersten entgegen der Einheit der menschlichen Idee, sondern bildete den zweiten aus dem ersten allein und bestimmte die Entstehung des dritten durch Zusammenwirken der beiden ersten, unter seiner fortgesetzten schöpferischen Einwirkung in der Verleihung der geistigen Substantialität, während die körperliche Substantialität und das vegetative Leben von selbst gegeben war.

Gottes fortwirkender Wille, ausgesprochen in seinem Befehle „Multiplicamini“, ist es, der die Entwickelung des Menschen zur Vielheit herbeiführen soll. Dies ist die tiefere metaphysische Bedeutung von Mann, Weib und Kind in persönlicher Verschiedenheit und Trennung und doch in lebendiger geistiger Harmonie des liebenden Willens, ein Abbild und Ebenbild des dreipersönlichen Einen Gottes und Schöpfers. Wie weit sich diese Abbildung wiederholen soll, d. h. wie zahlreich die Menschen werden sollen, ist uns unbekannt und hat auch zunächst für uns kein Interesse. Eine andere Frage aber fesselt unsere ganze Aufmerksamkeit.

Der Mensch ist Gottes Ebenbild, das wissen wir, aber



wir möchten doch auch wissen, ob in dieser Gottebenbildlichkeit der Mensch schon seine höchste Entwickelung hat, oder ob Gott diese Entwickelung noch weiterführen will. Wenn das letztere Gottes Absicht ist, dann fragt es sich wiederum, wie kann diese weitere Entwickelung möglich werden? Wir haben hervorgehoben, wie jetzt in der menschlichen Natur, d. i. in seinem Erkenntnis- und Willensleben zwar eine Einheit besteht, aber auch zugleich eine Fesselung des Geistes durch den Körper, sodaß das Reingeistige am Menschen immer nur in körperlich-sinnlichen Formen zur Offenbarung kommt, das Generelle durch das Individuelle beschränkt wird. Wäre es nicht eine „höhere" Entwickelung des Menschen, wenn es in seiner geistigen Macht stände, diese Beschränkung zu überwinden, ohne seine menschliche Natur zu ändern, zu zerstören? Sollte Gott, der reine Geist, seinem persönlichen Ebenbilde solche Entwickelung vorenthalten? Nein! Er hat sie tatsächlich für den Menschen bestimmt in seinem Befehle „Crescite", nicht an körperlicher Größe, sondern an geistiger Macht; der Mensch aber muß dazu mitwirken, nicht bloß weil er ein vernünftiges und freies Wesen ist, sondern weil die ganze Entwickelung des menschlichen Geschlechtes von seiner beständigen Mitwirkung abhängt, weil die aktuelle (nicht die habituelle) Aufhebung der sexuellen Differenzierung ganz in seine Macht gelegt ist und die durch ihn erreichte Entwickelung naturgemäß das Erbteil seiner Nachkommen sein wird.

14. Wir stehen nun auf geschichtlichem Boden und wollen die weitere Entwickelung des Menschen betrachten. — Der Schöpfer hatte das erste Menschenpaar, wie uns die älteste Tradition berichtet, mit dem Befehle: „Crescite et multiplicamini et replete terram" der weiteren selbständigen Entwickelung anheimgegeben, denn er wird ferner nicht mehr direkt schöpferisch auf dasselbe einwirken, so wenig wie er auf die Pflanzen- und Tierwelt nach deren Vollendung eingewirkt hat. Er hat sich den Weg, auf welchem er die schöpferische Differenzierung von Wirklichkeit und Notwendigkeit des Seins und Lebens aufheben kann, bereitet, nun



ist es Aufgabe des Menschen, auf diesem Wege zu wandeln und in seiner Entwickelung derart voranzuschreiten, daß er zur Vereinigung mit Gott, seinem Schöpfer, gelangen kann.

Dieses wird aber nur dadurch gelingen, daß der Mensch seiner geistigen Natur das Übergewicht über die sinnliche Natur dauernd verschafft, daß sein Schwanken zwischen Generellem und Individuellem (welches der menschlichen Natur eigentümlich ist) in der geistigen Substanz des Menschen (in seiner Willenskraft) aufgehoben wird und der Wille das Individuelle seiner Richtung sich vollständig unterwirft und mit Freiheit beherrscht, ohne dasselbe zu vernichten. Die menschliche Idee als das Werk Gottes soll aufrecht erhalten werden, aber sie soll sich vergeistigen und der Geistigkeit Gottes entgegenkommen, entgegenwachsen. Der Mensch soll nicht ein reiner Geist werden, nur soll seine Leiblichkeit dem geistigen Leben keine Schranke mehr sein und das vegetative Leben der körperlichen Substanz in voller Abhängigkeit von der Substanz des menschlichen Geistes wirken.

Diese Entwickelung fordert Gott von den ersten Menschen, ehe sie sich der sexuellen Differenzierung und deren aktuellen Aufhebung bewußt werden; zuerst das Crescite und dann das Multiplicamini. Aber die ersten Menschen haben einen anderen Weg ihrer Entwickelung eingeschlagen, nicht zur Annäherung an den Geist, sondern zur Erniedrigung in der leiblichen Beschränkung; das Multiplicamini ist ihnen gelungen, aber das entschwundene Crescite erstreben ihre Nachkommen jetzt vergeblich.

Wohl hat die Menschheit einen geistigen Aufschwung immer gesucht — das ferne Crescite klingt wie ein Echo fort — und man staunt mit Recht über die großartigen Erfolge der Geisteskultur, aber eine direkte Macht des Geistes über die Materie findet man nirgends; nicht einmal seinen eigenen Körper kann der Wille des Menschen vollständig und unbedingt beherrschen. Immer muß ihm die Materie dienen, wenn er einige Macht über die Materie gewinnen will; immer nur sind es gegebene Naturkräfte, welche der



Geist des Menschen benützen muß, um einigermaßen der Herr der Natur zu scheinen, der zu sein für ihn göttliche Bestimmung war.

Was aber weitaus trauriger ist: das innere Leben des Menschen zeigt eine Zerrissenheit und einen Widerspruch zwischen Erkennen und Wollen, ein Mißverhältnis zwischen Wünschen und Können, neben dem unaufhörlichen Kampfe des Menschen mit der ihm feindlichen Natur, daß wir die moderne Entwickelungslehre vergeblich nach der Erklärung solcher Zustände fragen werden. Will sie den Schmerz, dieses große Rätsel im Menschenleben, erklären, so mag sie uns vor allem sagen, warum die Entwickelung des Menschen eine solche unglückliche Richtung genommen hat. Bei dem notwendigen Verlangen des Menschen nach Seligkeit kann die vorhandene schmerzerfüllte Richtung unmöglich eine „höhere" Entwickelung sein.

Die christliche Weltanschauung erklärt uns alles, denn sie sagt uns, daß der Mensch in seiner Entwickelung von Anfang an eine falsche Richtung eingeschlagen hat, nicht zur freudigen Herrschaft des Geistes, sondern zur frei gewählten, traurigen Unterwerfung unter die Materie, und daß dadurch die harmonische menschliche Natur eine Differenzierung erfahren hat, deren Aufhebung ihr nicht gelingt und nicht gelingen kann; nur Gott kann sie überwinden. Der weitaus größte Teil der Menschen versucht die innere Disharmonie zu beseitigen durch volle Hingabe des Geistes an die sinnliche Seite des Menschen und den Besitz der Geschöpfe — vergebliches Bemühen! Ein kleinster Teil baut schöne Theorien auf und will zeigen, wie der Geist die Herrschaft erobern soll — aber wie schmerzlich, unbefriedigt und vereinzelt ist solches Ringen! Wer zeigt der gesamten Menschheit den Rückweg aus der falschen und unglücklichen Verirrung, wer gibt allen Menschen die Kraft, zur ursprünglichen Einheit und Reinheit der menschlichen Natur zu gelangen? Nur Gott selbst wird es tun und hat es längst getan durch einen Menschen, welcher Gott selbst war.



15. Die Lebensform des Menschen hat von Anfang an einen falschen Weg zur weiteren Entwickelung eingeschlagen, es ist — wie die Tatsachen beweisen — in der menschlichen Natur, welche Gott in Einheit und Harmonie hingestellt hatte, eine Differenzierung eingetreten, deren Aufhebung für den Menschen unmöglich bleibt, wenn ihm nicht eine neue göttliche Kraft zur Umkehr verhilft. Aber der Mensch hat sich selbst den Erwerb solcher Kraft erschwert durch die Lostrennung seines inneren Lebens von der göttlichen Quelle; mit der formalen Differenzierung war notwendig eine transzendentale verbunden, nicht als ob der Mensch imstande gewesen wäre, sein erschaffenes körperliches oder geistiges Sein vom göttlichen zu trennen; es wäre dies Selbstvernichtung, eine Aufhebung des Schöpferaktes[1]) — aber seine lebendige Kontinuität mit dem lebendigen Gott hat der Mensch gestört, als er seine innere Einheit verlor.

Wir haben gesagt, daß nur in der Abhängigkeit von Gott ein vollkommener Zusammenhang des Geschöpfes mit dem Schöpfer bestehen kann; will das geistig-substantielle Geschöpf die Unterwerfung nicht, will es sein Wirken, seine Selbstbetätigung nicht aus Gott entlehnen, sondern aus sich selbst nehmen, so kann ihm dieses zwar kraft des eigenen Seins gelingen, aber doch nur unter Zurückweisung der direkten göttlichen Einwirkung. Auf solche Weise ist auch der Mensch ein „Selbst" geworden und sucht jetzt sich selbst ohne Gott und zuletzt sogar im Gegensatz zu Gott. Wir sehen jetzt den Menschen beständig bemüht, im Besitz der Kreatur und in der Herrschaft seines Selbst eine Entwicklung zu finden, die den Menschen ganz und gar vom Geschöpfe abhängig macht und seine Abhängigkeit von Gott, welche doch unzerstörbar bleibt, verleugnet und bekämpft. Wie kann der

1) Es ist dem Geschöpfe unmöglich, seine Selbstvernichtung auch nur zu wünschen, weil solcher Wunsch einen unerträglichen Schmerz in sich schließen würde. Wenn der Selbstmörder seine gegenwärtige schmerzliche Lebensform gewaltsam zerstört, so tut er es nur in der Hoffnung auf einen ihm leichter erträglichen Zustand.



Mensch auf solchem Wege seine Vereinigung mit Gott erreichen? Er strebt ja in seiner Natur nicht dem Geiste zu, um sich Gott zu nähern, sondern der Materie, welche ihn von dem lebendigen Gotte entfernt; er wächst nicht seinem wahren Ziele entgegen, er verdorrt in Eigenmacht und Eigenwillen.

Gott nimmt aber seinen Befehl „Crescite“ nicht zurück und macht seinen Willen, die ausgesprochene Differenzierung von Wirklichkeit und Notwendigkeit aufzuheben, ebensowenig rückgängig. Er wirkte dafür ohne Unterlaß in der Menschheit und hat sein Ziel auch längst erreicht. Mit der Menschwerdung Gottes ist die substantielle Differenzierung in der persönlichen Einheit von Schöpfer und Geschöpf (unter Aufrechterhaltung der göttlichen und menschlichen Natur oder Wirkungsweise) aufgehoben und für alle Menschen die Möglichkeit bereitet, die transzendentale und formale Differenzierung in sich selbst aufzuheben. Wie aber konnte die Vereinigung von Gott und Mensch in einer Person möglich werden? Wir betrachten hier nur die metaphysische Seite dieser Vereinigung, um den Einwänden der menschlichen Wissenschaft zu begegnen, und übergehen die übernatürliche religiöse Seite vollständig.

Es ist bekannt, wie der Kampf gegen den Glauben an die Gottheit Jesu die Welt erfüllt. Ich sollte meinen, die Welt könnte nicht genug Freude empfinden über die Menschwerdung Gottes, könnte gar keine größere Ehre sich denken, als daß Gott selbst ein Glied der Menschheit geworden ist. Und doch weist man Freude und Ehre zurück, weil man dieselbe nicht der eigenen Entwickelung verdanken, sondern als Geschenk annehmen und für den Empfang desselben sich bereiten soll.

Vor allem bestreitet man die jungfräuliche Empfängnis Jesu, denn mit dieser steht und fällt seine Gottheit. Was will man gegen eine solche Empfängnis einwenden? Sie soll unmöglich, naturwidrig sein. — Ist etwa das ideelle vegetative Leben von außen in die toten Naturkräfte gekommen

und nicht vielmehr von jenseits, aus der Quelle alles Lebens, aus dem Geiste Gottes? Geschah dieses naturwidrig? Als Gott aus der jungfräulichen Erde und ihrer organischen Materie den ersten Menschen bildete, handelte er da naturwidrig? Als er aus dem organischen Leibe des Mannes die „Männin", das Weib, hervorgehen ließ, war denn da seine Einwirkung naturwidrig? Ist Gottes Einfluß auf den Leib einer menschlichen Jungfrau nun gehindert, nachdem selbst jetzt Eheleute ihre gewünschte Nachkommenschaft nicht in der Gewalt haben, wenn der Schöpfer nicht will, nicht indirekt mitwirkt? Ist nicht die ganze Schöpfung noch immer in der unbedingten Macht Gottes?[1])

Die Einwirkung eines Mannes auf die vermeintliche Empfängnis eines Gottmenschen würde die direkte Einwirkung Gottes ausgeschaltet und damit den Eintritt der göttlichen Persönlichkeit in das Menschengebilde verhindert haben. Die Empfängnis Jesu ist eben kein physischer Vorgang, sondern liegt jenseits aller Physik, wie ja die ganze ursprüngliche Schöpfung ein metaphysisches Werk ist. Das ist der Grundirrtum der modernen Entwickelungslehre, daß sie alle Metaphysik verwirft und alles physisch ableiten und erklären will und doch beständig an der unentbehrlichen Metaphysik scheitert, weil die Gründe für das Physische zuletzt im metaphysischen Gebiete liegen.[2])

---

1) Man macht sich so leicht eine ganz falsche — weil sinnliche — Vorstellung von dem Verhältnis des Geschöpfes zum Schöpfer, weil man das „Werden" innerhalb der erschaffenen Welt von dem „Erschaffen" der Welt nicht klar unterscheidet und daher das Einwirken Gottes auf die Welt, den geistigen Eingriff Gottes in sein Werk, als eine Störung des natürlichen „Werdens" für unmöglich erklärt.

2) So ist es in der Chemie, in der Astronomie usw. Beruht die Verschiedenheit der Grundstoffe etwa ursprünglich auf physischen Ursachen, oder ist diese unüberwindliche Verschiedenheit nicht vielmehr das Resultat metaphysischer (schöpferischer) Einwirkung? — Warum die Planeten nicht in Kreisen (was physisch am nächsten läge), sondern in Ellipsen sich um die Sonne bewegen, kann kein

Durch den jenseitigen göttlichen persönlichen Willen und durch die selbstlose diesseitige Einwilligung der dafür auserwählten Jungfrau ist Gott Mensch geworden, nicht durch Neuschöpfung eines Menschen ad hoc; auf den wilden Baum, nicht neben denselben pflanzte Gott das Edelreis, um nach und nach den ganzen Baum veredeln zu können. Gott gab der Menschheit ein menschliches Ideal, damit alle Menschen erfahren sollten, welches der Weg und das Ziel ihrer ferneren Entwickelung sein muß, um das unwiderrufliche Crescite nachträglich noch befolgen zu können. Der Gottmensch selbst hat sich darüber klar und bestimmt ausgesprochen: „Ich bin der Weg, die Wahrheit und das Leben."

Es wählte also Gott bei seiner Menschwerdung, da er neues harmonisches höheres Leben der Menschennatur einhauchen wollte, denselben Weg, den er bei der Urschöpfung der menschlichen Natur gewählt hatte, d. i. direkt aus der Fülle seines Geistes, und machte so die Annäherung des Menschen an den göttlichen Geist zur neuen Entwickelungsaufgabe der Menschheit. Welch ein Unterschied der christlichen, geistigen Entwickelungslehre von der modern-materialistischen! Auch in der christlichen ist ein Monismus, aber dieser Monismus hat seine Quelle einzig in Gott, und diese Quelle fließt durch die Schöpfung zu Gott zurück.

Zwei Bemerkungen will ich noch hinzufügen als Leitsterne zur Beurteilung des menschlichen Charakters Jesu, des Gottmenschen. — Es ist ganz unzulässig und widerwärtig, diesen erhabensten Charakter an den krankhaften und selbst edelsten Erscheinungen reinmenschlicher Charaktere messen zu wollen, um denselben „wissenschaftlich" zu verstehen. Das Ver-

---

Physiker, sondern nur ein Metaphysiker zu erklären versuchen. — Und durch welche physischen Ursachen wurden z. B. in der Tierwelt die sexuellen Differenzierungen herbeigeführt? Erst dann, wenn vorher das Leben, die leitende Idee sich differenziert, kann das materielle physische Gebilde zur Differenzierung gelangen, niemals umgekehrt. Das Geistige ist stets das Frühere, das Körperliche aber das Spätere.

ständnis Jesu des „Menschensohnes" liegt in seiner göttlichen Sohnschaft. Jesus war kein menschliches Genie, er war Gott, und die göttlichen Vollkommenheiten kommen in seinem menschlichen Verhalten überall zur Offenbarung, von seiner Macht bis zu seiner Liebe; alles an ihm ist übermenschlich. — Welche Genies hätten die Evangelisten sein müssen, um einen solchen Charakter erfinden zu können!

Die zweite Bemerkung betrifft das Verhältnis Jesu zur übrigen Menschheit. Ich beurteile hier Jesum nicht als Erlöser der Menschheit aus Gründen der Religion, ich will nur hinweisen auf das Schicksal seines inneren und äußeren Lebens, das ihm naturgemäß zufallen mußte. Er steht als vollkommen harmonischer, selbständiger und selbstbewußter und zugleich als selbstlosester Charakter im ausgesprochensten Gegensatz zur Verwirrung und Verkehrtheit in der Welt; seine innere Einheit mit Gott ist der tatsächlichste Kontrast zu aller Disharmonie und Differenzierung des natürlichen menschlichen Lebens. Er weiß dies sehr genau, er spricht es aus, er nimmt alle Folgen dieses seines Unterschiedes von den Menschen auf sich und — überwindet alles. Er wird der Sieger über Leben und Tod und ladet alle Menschen ein und bietet allen Menschen die Kraft zu gleichem Siege, zu dieser einzig höchsten Entwickelung.

16. Die soziale Differenzierung will ich nur kurz erwähnen. — In der Pflanzen- und Tierwelt herrscht eine große Mannigfaltigkeit der Gattungen und Arten und eine unendliche Verschiedenheit der Individuen und ihres Wirkens. Gott will diese Verschiedenheit zur Offenbarung der Fülle seiner Macht, Weisheit und Güte, deren Maß unerschöpflich ist; alles soll die Ehre des Schöpfers verkünden und die Menschen zur Gotteserkenntnis hinführen und sie die Unermeßlichkeit des göttlichen Geistes lehren.

Daß wir das Menschengeschlecht nicht als eine „höhere" Gattung der Tierwelt ansehen können, wie es die moderne Entwickelungslehre will, ist selbstverständlich. Zwischen der bloßen Existenz der Tierseele und der Subsistenz der Menschen-







seele gibt es keine Mittelstufen; hier ist kein allmählicher Übergang vom Niederen zum Höheren, wie er in den belebten Naturindividuen erscheint, hier ist keine „Entwickelung“ vom Nichtsein zum Sein, hier ist ein Sprung, nicht in materieller und ideeller, sondern in substantieller Weise. Die organischen Bildungen des Menschen mögen sich jenen der verschiedenen Stufen der Naturwesen anschließen, weil im Menschen die ganze Natur enthalten ist, aber der Geist des Menschen zeigt keine Gattungen und Arten, er zeigt nur eine Einheit des Seins in unendlich verschiedener Offenbarung, weil der Mensch Gottes Ebenbild ist und das Abbild sein Urbild nachahmt. Gerade weil der Mensch ein Mikrokosmos ist, wird sich die unendliche Verschiedenheit der Individuen des Makrokosmos in ihm wiederholen.

Wie durch Naturanlage, Klima, Lebensweise usw. die soziale Verschiedenheit in der Menschheit entstanden sein mag, wie diese zur Absonderung der Völkerstämme, zur Staatenbildung, zu Ständeunterschieden usw. geführt hat, geht uns hier nichts an: wir konstatieren nur die vorhandene soziale Differenzierung und fragen uns, ob und wie wohl Gott, ihr Urheber, dieselbe wieder aufheben wird. Zerstören kann er sie nicht ohne Widerspruch mit sich selbst, und wenn er sie gleichwohl um seiner Einheit willen aufheben will, so wird es auf eine andere Weise, als eine nur natürliche und nicht in materiell-organischer, sondern nur in geistiger Weise geschehen, weil die letzten Gründe dieser sozialen Differenzierung nicht in der körperlichen, sondern in der geistigen Sphäre des Menschen liegen und deren Aufhebung daher auch in der Gewalt des freien vernünftigen Menschen liegen muß.

Der Mensch allein wird diese Aufhebung nicht bewirken, zumal ihm die eigene formale Differenzierung dies unmöglich macht. Aber Gott ist ihm, wie wir schon wissen, entgegengekommen, und so wird im G o t t m e n s c h e n auch die Aufhebung der sozialen Differenzierung gelingen. Einheit mit Christus, Eins mit ihm in Erkenntnis und Willen, in Wahrheit und Liebe, Eins mit ihm im Geiste Gottes, Eins mit ihm im Leibe



seiner Kirche: das ist die Aufhebung der sozialen Differenzierung. Dafür hat der Gottmensch auf Erden gewirkt, daß alle Menschen mit ihm Eins werden können, gleichwie er mit seinem Vater Eins war in seinem irdischen Leben; dafür hat er seine Kirche, sein Gottesreich gegründet in dieser Welt, aber nicht von dieser Welt; dafür hat er den Geist des Vaters, der zugleich sein eigener Geist ist, gesendet, damit alle Menschen Kinder seines Vaters würden, wie er der Bruder aller Menschen geworden ist; dafür hat er sein Fleisch und Blut, seinen verklärten lebendigen sakramentalen Leib zur Nahrung allen Gläubigen bestimmt, um auch eine körperliche Gemeinschaft aller Menschen in seinem eigenen Leibe zu begründen.

Kann es eine höhere Entwicklung des Menschen in dieser Welt geben als im Anschluß an Christus? Kann es eine weisere, glücklichere Aufhebung der sozialen Differenzierung geben? Wahrlich nein! Was kann dem gegenüber die moderne Entwickelungslehre für die zum Heile der Menschheit so notwendige Aufhebung der sozialen Differenzierung tun? Was wird sie erreichen? — Auf diese Fragen bemüht sich die internationale Sozialdemokratie die einzig konsequente Antwort zu geben. Wehe der Menschheit!

17. Wir haben noch eine Differenzierung zu betrachten, welche ich die reale nennen möchte: den Tod. Er ist für den Menschen unvermeidlich, was jedermann zugestehen wird. Oder will die moderne Lehre behaupten, daß für das Menschengeschlecht eine Zeit kommen wird, wo die „höhere Entwickelung“ bis zur Aufhebung des Todes fortgeschritten ist? Hat nicht die Menschheit schon jetzt ein Recht an solchen Fortschritt? Ganz gewiß! Die christliche Entwickelungslehre anerkennt und behauptet ein solches Recht und dessen Erfüllung für jedermann.

Was ist der Tod? Wir fragen nicht nach seiner moralischen, sondern nur nach seiner metaphysischen Bedeutung. Die Antwort: der Tod des Menschen ist die Trennung der Seele vom Leibe, ist zu unbestimmt. Wir haben oben gesagt,





die menschliche Seele ist ein substantieller Geist, und dessen Substanz ist in solcher Einheit mit der Substanz des Leibes, daß wir von einer menschlichen Substanz sprechen müssen. Diese substantielle Einheit stammt von Gott und wird durch den Tod nicht aufgehoben, weil der Tod keine Macht haben kann über den substantiellen Schöpferakt Gottes; er hat nur Macht über das in der Materie wirkende vegetative Leben, über die substanzlose Idee, deren Offenbarung von materiellen Bedingungen abhängig ist, welche der Schöpfer festgelegt hat. Seitdem aber das seelische Leben des Menschen der formalen Differenzierung verfallen und die Entwickelung zur Herrschaft des Geistes für den Menschen verloren gegangen ist, unterliegt die Menschheit der Macht des körperlichen Wesens und dessen Einfluß auf die Einheit der menschlichen Natur.

Der Tod ist die Folge der formalen Differenzierung des Lebens und ihr letztes Resultat. Er hebt die ohnehin geringe Macht der Seele über den Leib und ihren in der Bildung und Erhaltung des Leibes vorhandenen Einfluß gänzlich auf, mehr nicht; die substantielle Einheit von Geist und Körper entzieht sich vollständig seiner Macht. Darum ist auch die Aufhebung der realen Differenzierung, die Auferstehung von den Toten, ganz gewiß im Willen Gottes gelegen, denn Gott tut sein Werk nicht halb. Wie er der Menschheit durch seine eigene Menschwerdung die Möglichkeit geboten hat, alle in ihr vorhandene formale, transzendentale und soziale Differenzierung aufzuheben, so auch die Gewißheit, daß alle Menschenseelen die Macht über ihre Leiber, und zwar für immer, wiedererhalten werden. Diese Gewißheit ruht in der Überwindung des Todes durch den Gottmenschen, in dessen Auferstehung. Mag die moderne Entwickelungslehre im Tode des Menschen, in der Ohnmacht der menschlichen Seele, die höchste Entwickelung des Menschen sehen — die christliche Entwickelungslehre sieht eine solche nur in der Herrschaft über den Tod, und solche Herrschaft ist allen Menschen beschieden, Gott wird sie allen Menschen verleihen.

18. Nur eine Parallele zur modernen Entwickelungs-



lehre wollte ich schreiben, und sie ist sehr kurz ausgefallen. Es genügt ja auch der einfache Hinweis, welch eine erhabene, herrliche, ehrenvolle und beseligende Entwickelungslehre im Christentum enthalten ist; Ausführungen des Einzelnen sind in unzähligen Schriften niedergelegt. „Nimm und lies.“ Ich habe es vermieden, den vielen auf dem betrachteten Wege dargebotenen Gelegenheiten zur Polemik, Apologie usw. nachzugehen.

Wenn die moderne Entwickelungslehre Wahrheit, eine göttliche Offenbarung wäre und die christliche Entwickelungslehre eine Lüge, aber eine menschliche Erfindung: es ist nicht zweifelhaft, der menschliche Stolz würde diese Lüge der Wahrheit vorziehen. Darum zieht ja auch der Mensch es so leicht vor, den Affen zum Ahnherrn zu haben, statt einen Geist von unendlicher Herrlichkeit seinen Vater zu nennen; er hält den Moder des Grabes für eine höhere Entwickelung als die Teilnahme an göttlicher Vollkommenheit. Warum? Das beständige Geschrei der sogenannten „Wissenschaft“ von der „Entwickelung des Höheren aus dem Niederen“ hat das wahre wissenschaftliche Denken verflacht und vielfach zerstört und imponiert fast allgemein durch seine Breite und Dreistigkeit. Es hebt ja alle Verpflichtungen gegen ein höchstes Wesen auf; der Mensch als „die höchste Entwickelung der Natur“ kann ja nun sein eigener Gott sein. Der Wille mit seinen Leidenschaften und verkehrten Neigungen ist der Lehrmeister des Verstandes geworden und glaubt selbst Absurditäten *gegen* seinen Verstand. Nur an göttliche Wahrheit, welche seinen Verstand überragt, und an göttliche Liebe, welche ihn zur ewigen Glorie ruft, mag er nicht glauben. Wenn am Schlusse der irdischen Weltzeit die *letzte* Differenzierung eintritt, werden die Resultate der modernen und der christlichen Entwickelungslehre unwiderruflich festgestellt werden. Was dann? — Hier endigt meine Parallele.

## LXVIII.

# Bausteine zu einer Biographie des Bischofs Sailer.

### 1. Felders Literaturzeitung (1814—1818) und Sailer.

### Ein Beitrag zur Geschichte der Konföderierten.

Von Anton Döberl.

Die Geschichte der Konföderierten ist noch nicht lückenlos geschrieben. Es fehlt eben das biographische Material, das zum Entwurf eines Gesamtbildes unentbehrlich ist. Vielleicht beschert uns die nahe Jahrhundertfeier der Gründung des Vereins (6. Juli 1814) ein Gedenkblatt an Frey, Braun oder Felder, das die noch ausstehende Schuld des Dankes an diese Vorkämpfer für Recht und Freiheit der Kirche im modernen Staate wenigstens zum Teil abgleicht.

Das publizistische Organ des Vereins, Felders Literaturzeitung, ist in jüngster Zeit wiederholt besprochen worden.[1]) Aber vor allem stehen noch zwei Fragen offen: Wie vertrat die Zeitschrift den in den ersten Jahren praktisch wichtigsten Programmpunkt des Vereins, nämlich die Förderung eines der Kirche günstigen Konkordates? Wie stellten sich weitere Kreise, wie stellten sich namentlich Mitglieder des Vereins selbst zur Zeitschrift?

Wir können für die Beantwortung der zweiten Frage einen charakteristischen Brief Sailers zum erstenmal veröffentlichen.

## I.

Die Gründung der Felderischen Literaturzeitung ist ein Werk des bayerischen Klerus. „Das Institut der Literaturzeitung erhielt auf bayerischem Grund und Boden sein Dasein,

1) K. Bachem, Josef Bachem und die Entwicklung der kath. Presse in Deutschland, S. 181—183.



wurde durch bayerische Gelehrte größtenteils unterstützt und, will's Gott, wird durch sie noch ferneres Fortkommen finden." So motiviert die L.-Z. selbst[1]) die Publikation des bayerischen Konkordates in ihren Blättern. Die L.-Z. erschien im Verlag von Thomann in Landshut. Die Vermutung, die da nahe liegen könnte, daß Sailer und seine Landshuter Freunde an der Gründung und Leitung der Zeitschrift beteiligt waren, wird durch Sailers Brief völlig abgewiesen. Dagegen wird man nicht fehl gehen mit der Annahme, daß der Verein wie die Zeitschrift eifrige Mitarbeiter in Augsburg besaß, wo geistige Fäden hinaufreichten bis zur kirchlichen Opposition gegen die Aufklärung unter Max III.[2])

Die Haltung der Zeitschrift war nicht von Anfang an so klar und bestimmt, als wir wünschen möchten. Da muß sich, um von anderem zu schweigen, sogar ein Frey, der tüchtigste Kanonist im Verein und eifrigste Mitarbeiter an der Zeitschrift, sagen lassen, seine Ausführungen träfen im Prinzip doch mit den Ansichten der Josephinischen Staatskirchenrechtslehrer zusammen.[3]) Die Haltung der Zeitschrift wird aber von dem Augenblick an bestimmter, als der 1814 gegründete Verein der Konföderierten zu ihr in Beziehung trat und sie gewissermaßen zu seinem Organ machte. Wie nun der Verein vorerst in den Vorarbeiten zu einem günstigen Konkordate seine wichtigste praktische Aufgabe erblickte, so ist auch in der L.-Z. keine Frage so oft Gegenstand der Besprechung als die Konkordatsfrage. Diese Besprechungen enthalten, wie schon Bergsträßer sagt,[4]) die theoretische Ansicht des Vereins, während die vielen Denkschriften, auf die wir hier nicht eingehen, die praktische Modifikation darstellen. In jenen spiegeln sich klar die kirchenpolitischen Ideen, diese streben mit kluger Berechnung nicht das Ganze, sondern nur das zurzeit Erreichbare an.

1) L.-Z. 1818, 1. Bd. 1. Abt. S. 3.
2) M. Döberl, Entwickelungsgeschichte Bayerns, II, S. 324.
3) L.-Z. 1814, 1. Bd. S. 128 ff.
4) Studien zur Vorgeschichte der Zentrumspartei, S. 20.



Es würde ermüden, etwa all die Rezensionen zur Konkordatsfrage zu besprechen. Wir greifen zwei typische Rezensionen auf: die eine zeigt uns eine Fülle von Wünschen zu jener Zeit, als noch Hoffnung bestand auf ein Gesamtkonkordat; die andere verrät die klug berechnete Zurückhaltung, womit die Konföderierten den Verhältnissen Rechnung trugen, als nur mehr ein Sonderkonkordat in Frage stand.

Die erstere[1]) wendet sich gegen „die Ideen zu der Organisation der teutschen Kirche" des geistlichen Rates Kopp in Aschaffenburg. Auffallend ist gleich der allgemeine doktrinäre Teil; er bekämpft scharf den Zeitgeist, den territorialistischen Standpunkt und will weder von einem Sonderkonkordat noch von einem Mandate Bayerns zum Abschluß eines Gesamtkonkordates etwas wissen. „Es tut unserer Zeit Not", so führt der anonyme Rezensent aus, „kein Geheimnis mehr daraus zu machen, daß die katholischen Völker Deutschlands, die mit ihrer angestrengtesten Aufopferung ihren Fürsten und sich selber die politische Freiheit vom fremden Joch erkämpft haben, nun auch die kirchliche Freiheit vom inneren heterogenen Druck erwarten. Es empfiehlt sich aber nicht, der bayerischen Regierung ein Mandat zu übertragen, namens und für das katholische Deutschland mit Rom über ein Gesamtkonkordat zu verhandeln; das Gemeinwohl wird durch vielseitiges Zusammenwirken besser gefördert als durch das abgesonderte Streben von Einzelnen. Selbst Metternich und Hardenberg lassen die Zeitungen in diesen Grundsatz einstimmen. Ganz absurd aber ist die Forderung eines Konkordates, das dem Zeitgeist zu Wunsch und Wohlgefallen wäre. Der Zeitgeist ist gerade so unstet, verschiedenförmig, wandelbar, chamälienartig, wie seine Mutter, die Zeit, itzt so, itzt anders, oft wunderwinzig klein, dann riesenmäßig groß, manches Mal in einer possierlichen, aber bald auch in einer gravitätischen Figur. Das Hindernis für das Zustandekommen eines Konkordates liegt nicht auf Seite der Kirche, nur dürfe man ihr nicht eine Auslieferung an den Zeitgeist

1) L.=Z. 1815, 1. Bd. S. 273. -- 2. Bd. S. 42.



und damit eine Preisgabe ihrer Grundsätze zumuten, sondern auf Seite des Staates, der unter dem Namen Territorialismus Rechte ausübt, die ihm nach der Natur der Dinge gar nicht zustehen. Der Staat hat nur zwei Rechte: das reine Verhütungs- und das Schutz- und Schirmrecht. Wenn auch das erstere unglücklicherweise zu einem jus belli infinitum geworden ist, seiner Natur nach ist es blos negativ und gibt kein Recht zu positiven Anordnungen. Das Schutz- und Schirmrecht, das Korrelativ zur Schutz- und Schirmpflicht, ist zwar seiner Natur nach ganz positiv, aber von der Art, daß es der Kirche nie schädlich werden kann. Dadurch erlangt der Staat keine Oberaufsicht über die Kirche, denn ‚Schutz und Schirm gibt keine Obrigkeit'."

Nach dieser doktrinären Auseinandersetzung macht der Rezensent in drei langen Kapiteln positive Vorschläge, um die Rechte des Papstes, der Metropoliten und der Bischöfe zu wahren.

Dem Papste müssen auch die Sekundärrechte ungeschmälert erhalten bleiben — über die unveräußerlichen Primatialrechte hat ja so das Konkordat nicht zu befinden — namentlich das Recht der Konfirmation der Bischofswahlen, die Jurisdiktion in dritter Instanz über alle kirchlichen Streitsachen, die Oberaufsicht durch die Nuntien.

Die Macht und der Einfluß der Bischöfe muß erhalten werden durch Dotierung in liegenden Gütern, Verleihung des fürstlichen Ranges, der Stimme in der landständischen Versammlung, durch das Recht, über Aufnahme in die Seminarien zu entscheiden, durch Unterordnung des Klerus (privilegium fori) und des Kirchengutes unter die bischöfliche Gewalt, durch das freie Kollationsrecht an allen Pfarreien, durch Aufhebung des Plazet für bischöfliche Verordnungen, durch das Inspektionsrecht über das gesamte Schul- und Bildungswesen.

Die Bischöfe sollen das Recht haben, aus ihrer Mitte einen Erzbischof zu wählen.

Endlich wird „zur Bearbeitung der Wissenschaft im Großen",



zur Erziehung und Pflege des höheren geistigen Lebens die Errichtung von Klöstern gefordert.

Mit dieser lauten Forderung nach einem Konkordat, mit diesen bis ins kleinste Detail gehenden Wünschen vergleiche man das, was die Zeitschrift bringt, nachdem nur mehr ein Sonderkonkordat in Frage stand.[1])

„Diese ewigen bis ins kleinste Detail gehenden Vorschläge [der Gegner] zur Organisation, neuen Begründung, neuen Verfassung, neuen Einrichtung der katholischen Kirche haben den großen, unverzeihlichen Fehler, daß sie dem Papste so wenig als möglich zu tun übrig lassen und daß, nachdem die Bischofssitze fast völlig ausgestorben sind, sie alles Heil vom Territorialismus erblicken." Zunächst wird nicht mehr so dringend ein Konkordat verlangt, sondern zuerst Besetzung der Bischofsstühle und eine liberale Dotation. „Man soll zuerst auf Besetzung der Bistümer und ihre gründliche Dotation dringen, und dann erst, wenn es die Bischöfe, welche Gott zur Regierung der Kirche aufgestellt hat, für nötig oder rätlich finden, ins Einzelne eingehen." Es wird davor gewarnt, bei einem abzuschließenden Konkordat zu sehr ins Einzelne zu gehen, wohl in der stillen Hoffnung, es bilde sich allmählich ein besserer Geist,[2]) man gewinne allmählich große Volksmassen. „Die Übermacht von einer und die Nachgiebigkeit von der anderen Seite könnten gar zu viele Marksteine und dieselben zu tief in den fremden Grund und Boden hineintragen. Was aber einmal vertragsmäßig gesetzt ist, das läßt sich nicht so bald wieder anders setzen. Solche Marksteine wären ebensoviele Fesseln der deutschen Kirchenfreiheit." Dann wird zunächst die Aufhebung der kirchenpolizeilichen Verordnungen verlangt, die die Regenten nach einem Ausdruck Friedrichs des Großen „zu Sakristanen herabwürdigen".

Dieselbe Taktik beobachtet der Rezensent der „deutschen

1) L.=Z. 1816. 2. Bd. S. 3.
2) Bergsträßer a. a. O. S. 32.

katholischen Kirche" — Verfasser dieser Schrift ist Zirkel.[1]) Nur wenige Forderungen werden hervorgehoben: Ansehnliche Dotierung, Freiheit des Bischofs von der landesfürstlichen Gewalt, kein Plazet für bischöfliche Verordnungen, freies Kollationsrecht, Erhaltung des Charakters der Volksschulen als kirchliche Anstalten, kirchliches Eherecht.

So spiegelt sich auch in der L.-Z., wie groß und optimistisch anfangs die Hoffnungen der Konföderierten waren, wie sich aber ihnen der Kreis des augenblicklich Erreichbaren immer mehr verengert und wie sie später entsprechend den veränderten Verhältnissen auch ihre Taktik änderten. Damit soll aber nicht behauptet werden, daß alle Rezensenten der späteren Zeit die gleiche kluge Taktik beobachteten. Der Mangel an Einheitlichkeit, der sich auch sonst bemerkbar macht, tritt auch hierin zu Tage.

## II.

Die schärfste Kritik fand die L.-Z., wie nicht anders zu erwarten war, bei Wessenberg und seinem Anhang. Sie nahmen in einer eigenen Schrift: „Die Zeichen der gegenwärtigen Zeit oder Aufschlüsse über den neuesten Mystizismus"[2]) Stellung gegen die L.-Z. „Die Felder'sche Literaturzeitung mag der Aufklärung noch so sehr entgegen arbeiten; es ist alles vergebens! Die Erfindung der Buchdruckerkunst, das Aufleben der schönen Wissenschaften, die Reformation des 16. Jahrhunderts und das überall verbreitete Studium einer freien, unbefangenen Philosophie und Geschichte werden uns niemals mehr in die Fesseln des Obskurantismus schlagen."

Den Beweis dafür, daß die L.-Z. vom Geiste des Mystizismus angesteckt sei und auf seine Verbreitung hinarbeite, erblickten sie 1. in der „vorteilhaften" Anzeige der

1) M. Erhard, Domprediger in Würzburg, nennt sie in seiner Trauerrede auf Zirkel „den Schwanengesang des Verklärten". L.-Z. 1817 vom 26. September.

2) L.-Z. 1815, Bd. 2, S. 144.



Schriften der Gügler, Haid und Sailer — kompletter Mystiker, 2. in der Aufnahme einer Ehrenrettung Boos', 3. in der strengen und mißbilligenden Beurteilung der Schriften eines Fingerlos, Salat, Selmar, der Bodentischen Predigten, des Winter'schen Meßbuches, Sochers und anderer Schriften für die Ehescheidung, der Schrift: An die Souveräne.

Auch Görres hat sich noch auf den letzten Blättern des Rhein. Merkur gegen die L.=Z. gewandt.[1]) „Die römische Kurie hat dem Vernehmen nach in den vorzüglichsten Städten Deutschlands ihre Emissarien, wie sie das revolutionäre Frankreich gehabt hat. Hier ist es wohl auf nichts als auf Unterdrückung der deutschen Kirchenfreiheiten abgesehen, so wie es einst der Freiheit und Unabhängigkeit der einzelnen Staaten Deutschlands gegolten hat . . . Die Verfinsterer erklären in der Felder'schen Literaturzeitung, nur die Wiederherstellung des Jesuitenordens könne die katholische Religion in Deutschland aufrecht erhalten."

Das Oppositionsblatt[2]) brachte einen leidenschaftlichen Artikel „Felder und die Landshuter Loyoliten". „Weder die Jesuiten zu Löwen und Trevoux noch die berüchtigten Augsburger Jesuiten hätten in den finstersten Zeiten des 18. Jahrhunderts solchen Bigottismus, solchen Pietismus und Mystizismus ihren Lesern aufgetischt und die Gemüter so zu fanatisieren versucht wie Herr Felder oder vielmehr seine Mitarbeiter."

Aber auch von den Freunden des Redakteurs, aus den eigenen Reihen des Vereins erhob sich Widerspruch. Wir lassen Sailers Brief[3]) an Felder ausführlich folgen.

„Schon längst drückt mich ein Stein, den ich mir von dem Herzen schaffen muß. Es sind mir nämlich mancherlei Bewegungen wider die katholische theologische Literatur=Zeitung, die unter Ihrem Namen und unter Ihrer Redaktion erscheint, bekannt geworden, die ich Ihnen nicht verschweigen darf und aus reiner

1) L.=Z. 1817, Bd. 2, S. 124. 2) L.=Z. 1817, Bd. 2, S. 28.
3) Brief Sailers vom 8. März 1818 im Regensburger Ordinariats=Archiv.



Liebe und Gerechtigkeit hiemit eröffne. Einige stammen von Gelehrten und Schriftstellern her, die bei mir um so weniger zu bedeuten haben, je mehr sie der gekränkten Eitelkeit und der stolzen Rechthaberei ihr Dasein zu verdanken scheinen. Indes kenne ich auch gewichtige Gelehrte, die ohne mitzuschwätzen Ursache zu haben glauben, mit der Lit.=Zeitung unzufrieden zu sein. Es sind Erklärungen von würdigen Dechanten und Pfarrern und von edlen, gebildeten Männern aus allen Ständen, welche die Orthodoxie mit Liberalität verbinden, den reinen Eifer für das Wahre, das aus vielen Aufsätzen der L.=Z. spricht, anerkennen und obendrein den Redakteur lieben: diese sind schon bedeutender. Die kräftigsten Erklärungen kommen von gutgesinnten Staatsmännern, die die weltliche Macht beengenden Grundsätze fürchten und die sind die bedeutendsten. Was nun die edlen Männer aus allen drei Klassen von der L.=Z. wegwünschen, ist folgendes:

1. Der Ton der L.=Z., der in Untersuchungen rein kritisch und in Entscheidungen rein dogmatisch hätte bleiben sollen, ist größtenteils polemisch und zwar derb polemisch, manchmal im Geiste einer Gehässigkeit und gehaßter Streitsucht geworden, wodurch keine Überzeugung im Verstande sondern nur Erbitterung im Herzen erzielt wird.

2. Daß die Kirchengewalt überhaupt und der primatus jurisdictionis insbesonders mit Ernst verteidigt und gegen Mißdeutung gerettet wird, ist nicht nur Pflicht des Priesters, nicht nur Verdienst des gründlichen Theologen, ist wohl auch ein Bedürfnis der Zeit. Daß aber (was sich doch die reifen Theologen und soliden Kanonisten gar sehr angelegen sein ließen) die jura invariabilia Ecclesiae von dem statu variabili Ecclesiae nicht so streng geschieden werden, worauf unter anderen der treffliche Denis besonders bestanden hat, sondern das Göttliche wie das Menschliche mit gleichem Eifer und gleichem Aufwand verteidigt und überhaupt mehr behauptet als kräftig untersucht wird, kann keine anderen Früchte bringen als daß der gerechte Tadel, der die Mißbräuche trifft, je länger, je mehr auf die wahren Lehrer selber ausgedehnt und somit das



Ganze der Verachtung preisgegeben wird — durch die gewagtesten Luftstreiche und unglücklichen Fehlschlüsse seiner Verteidiger.

3. Da in Deutschland die Katholiken und Protestanten zusammenleben und sich in Staatsämtern einander begegnen müssen, so erweist sich jener polemische Ton, der an die Stelle des kritischen und dogmatischen getreten ist, besonders in Hinsicht des genannten Zusammenlebens äußerst schädlich, indem er nichts als Spannung erregt oder die schon erregte erhöht. Oft werden auch nicht bloß Lehrer gegen Lehrer, Gründe gegen Gründe verteidigt, sondern gegen Personen und Persönliches zu Felde gezogen.

4. Die Ausübung der Kirchenrechte wird manchmal so in das Licht gestellt, daß es scheinen könnte als wenn das jus civitatis circa sacra (oder das jus cavendi, ne respublica detrimentum capiat) in Schatten gestellt werden sollte.

5. Erloschene Streitigkeiten, welche die Zeit wohltätig begraben hat, werden ohne Not wieder aus dem Grabe erweckt und viel zu ängstlich und wie mit gespanntem Hahn auf die Schwächen protestantischer Gelehrten Jagd gemacht, gerade als wenn die Katholiken sich keine Schwächen zu Schulden kommen ließen. Wohl weiß ich, daß Sie kraft jener gründlichen und liberalen theologischen Bildung, die Sie erhielten, kraft der tätigen Selbstbildung, die Sie unausgesetzt haben, und kraft der Milde und Menschenfreundlichkeit Ihres Gemütes und Charakters an diesen Mißbräuchen keinen positiven Anteil haben; nur sind einige Ihrer Mitarbeiter zu flach tingiert in Wissenschaft, Geschichte und Weltkunde, sind zu eifrig und zu anmaßend, indem sie vertrauend auf das Inkognito des Rezensentenwesens eine viel zu derbe Sprache führen und die ganze Invidiam, der sie ihr stets geschlossener Helm entzieht, auf den Redakteur und Herausgeber, der allein genannt ist und Felder heißt, hinüberwälzen.

Wenn Ihnen also Ihre Ehre und selbst die Fortdauer der L.-Z. am Herzen liegt, so werden sie alle einlaufende Rezensionen streng prüfen und alles, was zu jenen fünf Beschuldigungen einen neuen Beleg geben könnte, unbarmherzig streichen



müssen und, um sich das Wegstreichen zu ersparen, die Grundsätze der Mäßigung und Bescheidenheit, der Ruhe und Mannhaftigkeit, die Sie Ihren Mitarbeitern neuerdings zur Pflicht zu machen haben, wohl auch zur Kenntnis des größeren Publikums bringen müssen.

Zu den bisher beschriebenen, nicht unbegründeten Anschuldigungen der L.-Z. kommen aber mehrere offenbare Lästerungen, die keinen anderen Zweck haben, als Personen zu verunglimpfen und jene Regierung, die den Druck der L.-Z. bisher geschehen ließ, gleichsam zu nötigen, Druck und Sendung zu verbieten. Unter diesen Lästerungen steht jene obenan, als wenn die hiesige theologische Sektion an der Redaktion teil hätte oder sie ganz besorgte, da doch, wie Sie am besten wissen, keine einzelne Person der theologischen Sektion unter Ihre ordentlichen Mitarbeiter geschweige Mitredakteure gehört, so wie denselben auch die Bürde Ihres öffentlichen Berufes keine freie Zeit dazu läßt. Gerade um dieser Lästerung zu begegnen, werden Sie eine Gegenerklärung, die nämlich, daß die theologische Sektion in Landshut keinen Anteil an der Redaktion der L.-Z. hat und sich nicht einmal ein ordentliches Mitglied unter den Mitarbeitern derselben befindet, in die Zeitung geben oder anders.

Wenn Sie den Inhalt dieses Schreibens beherzigen und nach Ihrem besten Wissen befinden, so werden Sie Ihrer L.-Z. nicht nur die Fortdauer sichern, sondern Sie werden, indem sie den Spruch des Hugo Grotius: pro veritate nonnisi veritate certandum est zu ihrem Motto macht und die Orthodoxie überall mit Liberalität, den Scharfsinn mit Bescheidenheit, die Freimütigkeit mit guter Delikatesse für das Interesse von Staat und Kirche sowie für die gerechte Erwartung vernünftiger Leser verbinden wird, der Wissenschaft wesentliche Dienste tun und zur Bildung des katholischen Klerus mitwirken." —

Begreiflich, daß diese Kritik des gefeierten Lehrers an der L.-Z. für Felder trotz aller Distinktionen ungemein schmerzlich war. Wir geben zu, daß Sailers Ausstellungen an der Zeitschrift im allgemeinen zutreffend waren. Wir

brauchen den Ton, die konfessionelle Polemik[1] nicht zu entschuldigen. Wir werden aber manches unmutige Wort der L.-Z. verstehen, wenn wir die Agitation der Wessenbergianer, manche Äußerung des Reformationsjubeljahres, die Überspannung des Territorialismus entgegenhalten. Es hat den Anschein, als ob Sailer unter dem Eindruck des Aufsatzes im Oppositionsblatte die Kritik an der L.-Z. schärfer formte, als nötig war.

Auf der anderen Seite aber wäre es verfehlt, aus diesem Briefe Sailers zu weitgehende Schlüsse auf seine damalige kirchenpolitische Auffassung zu ziehen. Das verbietet schon das von Sailer unterzeichnete Gutachten der theologischen Fakultät zu Landshut über den Priestermangel, das fast dieselben Forderungen stellt wie die Rezension zu Zirkels letzter Schrift.

Es war nicht Meinungsverschiedenheit über das Ziel, sondern über Wege und Mittel, über Taktik, über Polemik und Irenik, die Sailer zu dem Briefe Anlaß gab.

Sailer hat Felders „gründliche Bildung", seinen „reinen Eifer für das Wahre", die „Milde und Menschenfreundlichkeit seines Gemütes und Charakters" anerkannt, er blieb ihm bis zum Tode[2] ein treuer Freund. Für Felder war es in seinen letzten Stunden eine besondere Freude, Freundesgrüße von Sailer zu erhalten.[3]

---

1) Bergsträßer nennt S. 20 mit Unrecht Kornmann als Verfasser von Schriften gegen Luther. Er verwechselt ihn mit Prechtl.

2) Felder starb am 1. Juni 1818.

3) Mitteilungen über Felders letzte Stunden in L.-Z. 1818.

## LXIX.

# Die Kirche in den Schriften Konstantins des Großen.

Von P. Joannes Maria Pfättisch O. S. B., Ettal.

Konstantins des Großen Verdienste um die Kirche sind unbestreitbar und eben jetzt werden sie auch von der Kirche feierlich anerkannt. Da liegt die Frage nicht zu ferne, was der Kaiser denn von der Kirche gehalten hat. War es nur Staatsräson, die ihn veranlaßte, für sie einzutreten, oder war er tief innerlich überzeugt von ihrer Erhabenheit und Göttlichkeit? Eine Antwort darauf können wir am ehesten von den Schriftstücken erhoffen, die uns von ihm noch erhalten sind. Man mag dabei unbedenklich zugeben, daß seine Briefe und Erlasse und die Rede an die Versammlung der Heiligen, die seinen Namen trägt, so wie sie uns vorliegen, nicht bis ins einzelnste von ihm ausgearbeitet wurden; aber eine so starke Persönlichkeit, wie er es ist, hätte nie geduldet, daß die Schriftstücke, die in seinem Namen erlassen wurden, Gedanken enthielten, die von ihm nicht gebilligt und anerkannt waren. Wie weit er sie selbst angeregt hat, darüber kann man verschiedener Meinung sein; sicher müssen wir sie aber als Ausdruck seines Willens und darum auch seiner persönlichen Überzeugung betrachten.

Auf Grund der Urkunden Konstantins hat J. A. Heikel in seiner Ausgabe der Konstantinschriften (Leipzig 1902, LXXXIII ff.) seine religiöse Anschauung darzulegen gesucht, überzeugt, „daß man sie als authentische Zeugnisse seines religiösen Standpunktes betrachten darf“, weil „sie eine so einheitliche religiöse Auffassung“ zeigen. Er glaubt in dem spärlichen Material keine sicheren Stützpunkte dafür zu finden, daß sich des Kaisers Ansichten mit der Zeit entwickelt oder vertieft hätten. Heikel hat aber die Rede an die heilige Versammlung, die übrigens kaum einen neuen Zug bietet, und namentlich nicht die bei Gelasius von Cyzicus überlieferten Schreiben berücksichtigt und überhaupt nur „eine Zusammen-







stellung“ vorgenommen, ohne irgendwie tiefer einzudringen. Was speziell die Kirche betrifft, begnügt er sich (S. LXXXVIII) damit, die verschiedenen auf die christliche Lehre bezüglichen Ausdrücke anzuführen und daraus zu folgern: „Das Christentum wird also als ein ehrwürdiges Gesetz, ein seliger Glaube, ein heiliger Gottesdienst, als der richtige Weg, als das Licht und die Wahrheit bezeichnet — also ziemlich vage Ausdrücke.“ Darum ist eine neue Untersuchung wohl gerechtfertigt.

Herangezogen sind neben den Urkunden in der sogenannten Vita Constantini des Eusebius (= V.) und der im Anschluß daran überlieferten Rede an die Versammlung der Heiligen (= O.) noch die Schriftstücke, die erhalten sind in der Kirchengeschichte des Eusebius (ed. E. Schwartz, Leipzig 1908; = H.), des Theodoret (ed. L. Parmentier, Leipzig 1908; = Th.) und des Sokrates (Migne P. gr. 67; = S.), in der Geschichte des nizänischen Konzils von Gelasius von Cyzicus (Migne P. gr. 85; = G.), bei Athanasius in der apologia de fuga sua (Migne P. gr. 25; = A.) und im Anhang zu S. Optati Milevitani libri VII (ed. Ziwsa; = Opt.). Nicht wurde verwertet die Rede Konstantins auf dem Konzil von Nicäa (G. 1232 ff.), über deren Echtheit Zweifel bestehen.

Von einem doppelten Standpunkte aus muß Konstantin das Christentum betrachten: es ist die Religion, die der bisherigen Staatsreligion offen entgegentritt; er erkennt, was die Zeit verlangt und entscheidet sich für die christliche Religion, der er auch die Heiden zuzuführen sucht. Sodann muß er aber auch innerhalb der christlichen Religion Spaltungen finden; gegen sie Stellung zu nehmen ist für ihn mitunter ungemein schwer und auch gefährlich, aber es zwingt ihn dazu nicht bloß die Rücksicht auf die Göttlichkeit der christlichen Religion, sondern auch die Rücksicht auf das Staatswohl, das namentlich die Einheit innerhalb der christlichen Kirche gebieterisch fordert.

Welche Vorstellung sich Konstantin vom Christentum gebildet hat, ersieht man schon aus den Ausdrücken, mit



denen er es bezeichnet. Die heilige Religion des Christentums (V. 2, 24), die heiligste Religion (V. 3, 17), die Religion der heiligen und himmlischen Kraft (H. X 5, 21) erscheint ihm als ein Gesetz, das überaus ehrwürdig (V. 2, 24) und heilig (V. 3, 35; Opt. V 32 b), ja göttlich (V. 2, 27) ist, als der rechte (V. 2, 56) und wahrhaftigste Weg (S. 1, 9: 85 C), der Weg der Gerechtigkeit (V. 2, 24), auf dem das Licht der Wahrheit leitet (V. 4, 9; Opt. V. 32 a f). Gott hat das strahlende Haus seiner Wahrheit gegeben (V. 2, 56) und der seligste Glaube soll sich unter der mächtigen Leitung des Höchsten ausbreiten (V. 2, 28); dem Glauben an Gott geben sich die Christen von ganzem Herzen hin (V. 2, 30); allen, die gutgesinnt sind und nach wahrer Tugend streben, steht die Lehre des göttlichen Wortes fest (V. 2, 59).

Solche Bezeichnungen ohne weiteres als „vage Ausdrücke" zu nehmen, wäre ebenso unberechtigt als der Versuch aus ihnen all das herauszulesen, was wir damit zu verbinden gewohnt sind. Es ist auch keines von beiden nötig, da ja Konstantin selbst es an zahllosen Stellen angibt, welchen Inhalt er in diese Worte gelegt hat.

Das Christentum ist göttlichen Ursprunges und für alle Völker bestimmt: Die Kraft des Lichtes und das Gesetz der heiligen Gottesverehrung ist durch des Höchsten Wohltat gleichsam aus dem Schoße des Ostens geboren, um den ganzen Erdkreis mit hellen Strahlen zu erleuchten (V. 2, 67). Unser großer Gott, der Erlöser aller, hat ein gemeinsames Licht über alle leuchten lassen (V. 2, 71).

Diese Religion ist schon uralt. Da Gott, der Herr der Welt, Abraham erschien und mit ihm redete, hat die Beobachtung des heiligen Gesetzes ihren ersten Anfang genommen (V. 3, 35). Ja, es geht ihr Alter sogar noch höher hinauf. Das strahlende Haus seiner Wahrheit hat Gott schon mit der Gründung der Natur gegeben: „Nicht ist etwas Fremdartiges oder Neues unser Glaube, sondern seit, wie wir glauben, die Ordnung des Alls fest begründet worden ist, hast du ihn samt der dir geziemenden Verehrung gefordert. Es fiel





aber das Menschengeschlecht, durch mancherlei Trug betört. Doch du hast durch deinen Sohn, damit nicht das Unheil noch mehr niederdrücke, ein reines Licht aufgehen lassen und alle wieder an dich erinnert“ (V. 2, 56 f.). Doch haben die Christen nichts gemein mit dem verhaßten Volke der Juden: „denn wir haben vom Erlöser einen andern Weg erhalten, vorgezeichnet ist unserer heiligsten Religion eine Bahn, die gesetzmäßig und gebührend ist“ (V. 3, 18).

Damit ist schon gegeben, daß das Menschengeschlecht zum Dienst des heiligsten Gesetzes bloß zurückzukehren hat (V. 2, 28), und ebenso, worin die Grundpfeiler der Gottesverehrung zu sehen sind: Gott, der Urheber alles Guten, muß anerkannt und gebührend verehrt werden (V. 2, 24). Wurde dieser Glaube und diese Verehrung von den Völkern verweigert, so war dies gegen die Natur und dieses widernatürliche Leben zu beseitigen, hat eben Gottes Sohn auf Erden in der Kirche einen heiligen Tempel der Tugend gegründet, einen ewigen, unvergänglichen, auf daß in ihm frommer Sinn darbringe, was Gott, dem höchsten Vater, und ihm selbst gebührt (O. 1, 2. 4).

Das Christentum, die gottgeliebte Kirche (O. 20, 6), ist darum etwas ungemein Ehrwürdiges. Der Kaiser redet sie also an: „Höre zu, heiliger Jungfräulichkeit teilhaftig gewordene Schiffsherrin, Kirche, zarten und unerfahrenen Alters treu besorgte Pflegerin, die du um die Wahrheit dich sorgst, sorgst um die Liebe, aus deren ewig fließendem Quell der Trank des Heiles träufelt“ (O. 2, 1). Ein andermal: „Ich rufe dich selber an meinen Worten beizustehen, o Gottesverehrung, die du ein heiliges Gesetz bist, die wünschenswerteste Hoffnung auf alle Güter, die Lehrmeisterin der Heiligkeit, die untrügliche Verheißung der Unsterblichkeit“ (O. 21, 4).

Wer sich dem Christentum zuwendet, wird dadurch ein getreuer Anhänger und Diener Gottes (V. 2, 26); die Christen sind das Volk Gottes (V. 2, 72), das Gott geweihte Volk (V. 4, 12).

Gewaltig groß ist der Unterschied zwischen den Christen und den Heiden (V. 2, 24). Konstantin stellt einmal den schlimmen Verirrungen des Heidentums die christliche Religion gegenüber (O. 23); da weist er hin auf die edle Eintracht der Christen, ihre dauernde Liebe zum Nächsten, ihren aufrichtigen Glauben gegen Gott und die Mitmenschen, ihr Mitleid, ihr Leben in Einfalt, ihre Erkenntnis von Gott und seiner alleinigen Herrschaft. Wer dieser wahrhaftigen Gottesverehrung, dieser aufrichtigen, durchaus unverfälschten Religion, diesem Leben voll Weisheit nacheifert, der kommt wie auf heiliger Straße zum ewigen Leben, wenn er sich im Glauben und in der Selbstbeherrschung erprobt hat. Dazu ist oft hoher Mut vonnöten; der Christ erträgt aber heldenmütig das Mißgeschick und hat in der Erprobung seiner Standhaftigkeit ein Mittel sich das Wohlgefallen Gottes zu erwerben (O. 23). Christ sein heißt Kämpfer sein — ein Gedanke, der besonders in der Rede betont ist. Christus hat durch Leiden und Tod seinen schönsten Sieg errungen und auch seine Jünger dazu angehalten im Leiden auf ihn zu vertrauen (O. 15). Dieser Kampf hat schon vor Christus begonnen und auch nach seiner Himmelfahrt bemüht sich die Verruchtheit der Heiden die zur Rettung aller Menschen gegründete Kirche zu verwüsten; oftmals haben Herrscher die Führung übernommen (O. 1, 5. 3). Es ist ein Kampf gegen das göttliche Gesetz (V. 2, 27), ja gegen Gott selbst (O. 25, 3). In diesem harten Kampfe, der auch von den Häretikern ausgehen kann (Opt. IX), hält aus, wer die Furcht vor dem höchsten Wesen ständig im Herzen trägt, den Glauben an Gott fest bewahrt und die augenblicklichen Bedrängnisse und Gefahren nicht höher anschlägt als jene Güter, die die Hoffnung für die Zukunft verspricht (V. 2, 26); je fester der Märtyrer in seiner Hoffnung begründet war, je mehr er sich über die Verluste und Schrecknisse der Erde erhaben gezeigt hat, desto größere Ehren genießt er (V. 2, 29). Der herrlichste und wahrhaft göttliche Kampf des Martyriums (V. 2, 25; vgl. O. 12) wird nicht bloß mit Rücksicht auf Gott, sondern auch für die

Kirche bestanden, für die die Märtyrer ja alle ihre Drangsale erduldet haben; darum soll auch die Kirche ihre Erbin sein, wenn sich nicht andere Erbberechtigte finden (V. 2, 36). Die Rechte einer juristischen Persönlichkeit sind den Christen schon im Mailänder Edikt zuerkannt (H. X 5, 10 f.). Das Christentum wird besonders bevorzugt; volle Freiheit soll gewährt sein gerade dem göttlichen Gesetze zu dienen (V. 2, 42). Die Kirchen, die während der Verfolgung verfallen oder unansehnlicher geworden sind, als ihre Würde es zuläßt, sollen wieder hergestellt oder größer gemacht werden, oder es sind ganz neue zu bauen (V. 2, 46). So soll auch bei der Eiche Mambre eine Basilika erstehen, der ein würdiger Versammlungsort heiliger Menschen sei (V. 3, 53).

Gibt das bisher Angeführte nur ein mehr allgemeines Bild vom Christentum, so finden sich doch auch manche Züge, die das Wesen der Kirche mehr ins Einzelne charakterisieren. Es genügt nicht bloß die einfache Annahme des Christentums; bei den so glücklichen Völkern der katholischen Kirche muß auch ein einziger Glaube und eine aufrichtige Liebe und eine einmütige Verehrung des allmächtigen Gottes bewahrt werden (V. 3, 17).

Die katholische Kirche ist apostolisch. Die weisesten Männer hat Christus um sich versammelt, und die schönste und nützlichste Lehre aufgestellt und seine Schüler nicht nur zu Nachahmern seines göttlichen und seligen Lebens gemacht, sondern auch zu Kaufleuten der wahren Güter, die von ihrer Weisheit und ihrem Glück mehreren mitteilen sollten (O. 11, 5. 14). Die Kirche zu Mambre soll der katholischen und apostolischen Kirche würdig werden (V. 3, 53). Namentlich wenn es sich um eine Vorschrift des kirchlichen Rechtes (V. 3, 61) handelt, wird auf den apostolischen Ursprung der Kirche verwiesen. So wird Eusebius belobt, daß er die Gebote Gottes und das Gesetz der Apostel und der Kirche beobachten will (V. 3, 61); das ist Gott angenehm und in Übereinstimmung mit der apostolischen Überlieferung (V. 3, 61). Man muß vorgehen der kirchlichen Satzung und der apo=



stolischen Überlieferung entsprechend, wie der Geist des kirchlichen Rechtes es vorschreibt (V. 3, 62).

Die Kirche ist sodann katholisch, weil sie für alle Völker bestimmt ist. Schon bald nach dem Mailänder Edikt verordnet Konstantin, daß alles, was früher der katholischen Kirche der Christen gehörte, den Kirchen wieder zurückgegeben werde (H. X 5, 16); gegen die rechtmäßige katholische Kirche hegt er die größte Ehrerbietung (H. X 5, 20); einigen Dienern der rechtmäßigen und heiligsten katholischen Kirche weist er einen Beitrag zur Bestreitung ihrer Ausgaben an und trifft zugleich Anordnungen gegen wahnwitzige Menschen, die das Volk der heiligsten und katholischen Kirche zu verführen suchen (H. X 6). Der katholischen Kirche in Alexandria teilt er mit, daß auf dem Konzil die Einheit des Glaubens hergestellt worden sei (S. 1, 9: 84 C); eins sollte ja nach des Erlösers Willen seine katholische Kirche sein (V. 3, 18) und es wäre den glücklichen Zeiten des Kaisers nur angemessen, wenn die katholische Kirche von keiner Parteiung wüßte (V. 4, 42). Darum sollen die Häretiker, soweit ihnen an der wahren und reinen Gottesverehrung gelegen ist, in die katholische Kirche kommen und an ihre Heiligkeit sich anschließen, um durch sie auch zur Wahrheit zu gelangen; ihre sogenannten Bethäuser sollen aber der katholischen Kirche übergeben werden (V. 3, 65).

Aus diesen Stellen erhellt, was Konstantin sagen will, wenn er die Kirche katholisch nennt: er spricht es zutreffend in seinem Schreiben an die Kirchen nach dem Konzil also aus: „Eins sollte nach des Erlösers Willen seine katholische Kirche sein, deren Glieder, mögen sie auch in noch so viele und noch so verschiedene Gegenden zerstreut sein, dennoch von einem Geist, das ist dem göttlichen Willen, belebt werden“ (V. 3, 18).

Damit ist offenbar, wenn auch dunkel, darauf hingewiesen, daß die Kirche ein Lebensprinzip in sich trägt, das sie zu einem lebensvollen Ganzen macht; sie ist ein gemeinsamer Körper, ihre Mitglieder dessen rechte Glieder (S. 1, 9: 85 C);

von ihr sich trennen, hieße sich aus der Gemeinschaft des Leibes losreißen (V. 2, 69). Die Kirche ist demnach etwas Beseeltes, Lebendes, und sie allein kann auch Leben geben. Arius wird ernst erinnert, daß er, von der Kirche Gottes losgetrennt, verloren ist, sofern er nicht zur Besinnung kommt und seine gegenwärtige Unvernunft verurteilt (G. 1349 A); er soll darum zur heilbringenden Kirche laufen (G. 1353 D), der der armselige Mensch ewigen Dank dafür schuldet, daß sie, zur Rettung aller Menschen gegründet (O. 1, 5), ihn geheilt hat (O. 21, 4). Der Abtrünnigen wegen muß die Kirche nicht bloß Schmach erdulden, sondern auch Wunden und bittere Schmerzen fühlen (G. 1352 A).

Daraus ergibt sich von selbst, daß die Kirche vor allem und wesentlich eins sein muß. Das ist der Wille des Heilands (V. 3,18) und des Kaisers sehnlichster Wunsch (H. X 5,20), auch angemessen den glücklichen Zeiten seiner Regierung (V. 4,42). Es ist das eine besondere Gnade der göttlichen Vorsehung, daß man, allem Irrtum fern, ein und denselben Glauben erkennen kann (S. 1,9: 84 C). Das herrliche Gut gemeinsamer Freundschaft ist eine kostbare Gemeinsamkeit, die alle untereinander zu Brüdern macht und namentlich von den Dienern des großen Gottes gefordert werden muß (V. 2,71).

Der Kaiser mußte aber von dem Treiben mehrerer Männer in Afrika hören, die durch ihren unbesonnenen Leichtsinn die Religion des Volkes in verschiedene Sekten zu spalten wagten (V. 2,66), sich selbst von der heiligen Religion, der himmlischen Kraft und der katholischen Lehre trennten (H. X 5,21) und das Volk der heiligsten und katholischen Kirche irreleiteten (H. X 6,4). Da suchte er durch Gesandte und Versammlungen der Bischöfe die Eintracht wieder herzustellen (V. 2,66; H. X 5,18 ff). Gar schmerzlich war er aber berührt worden, da er von den arianischen Streitigkeiten hörte; er wollte den Friedensbringer machen (V. 2,68), den gottlosen Zwist beenden (V. 2,71), und er glaubt, es leicht tun zu können; haben ja doch alle einen



Glauben und eine Auffassung von der Religion, darum darf eine Frage, die einen kleinen Zwist hervorgerufen hat, durchaus keine Spaltung und Trennung veranlassen, weil ja nicht das Wesen des ganzen Gesetzes berührt wird und nur eine Meinungsverschiedenheit über ganz geringfügige Punkte entstanden ist (V. 2,71).

Bald aber mußte der Kaiser erkennen, daß da keine unabänderliche und ständige Anordnung getroffen werden könne, ohne daß sich alle oder doch wenigstens die meisten Bischöfe versammelten und so über alles einzelne auf die hl. Religion Bezügliche eine Entscheidung träfen (V. 3,17). Darum hat er auf Antrieb Gottes die Bischöfe zusammenberufen, hauptsächlich, um die Eintracht, die durch Arius gestört war, wieder herzustellen, und er hat auch selber teilgenommen, die Wahrheit zu erforschen (S. 1,9: 85 A; Th. I 20,5). Da wurde nun entgegen den Lästerungen gegen die von Gott inspirierten Schriften und den hl. Glauben von allen mit Ausnahme des Arius ein und derselbe Glaube bestätigt, der in Wahrheit genau dem Gesetze Gottes entspricht (S. 1,9: 85 B), wie auch durch das einstimmige Urteil aller beschlossen wurde, das hochheilige Osterfest an ein und demselben Tage zu feiern (V. 3,19).

Was da beschlossen wurde, ist die Gott, dem Herrscher der ganzen Welt, wohlgefällige Ansicht zum Besten der Eintracht und Einheit (V. 3,17), eine besondere Gnade Gottes und geradezu ein göttlicher Befehl; denn alles, was auf den heiligen Versammlungen der Bischöfe verhandelt wird, geht auf den göttlichen Willen zurück (V. 3,20). Was den 300 Bischöfen gefallen hat, ist nichts anderes als die Meinung Gottes, zumal der Heilige Geist durch so angesehene Männer den göttlichen Willen ans Licht gebracht hat; darum muß auch Gott Dank gesagt werden, daß er den unverfälschten Glauben gezeigt und die wünschenswerte Liebe wieder geschenkt hat (S. 1,9: 85 C). Nach dem einstimmigen Urteil der Synode haben die Frevler doppelt die Pflicht, ihren Fehler zu verbessern (G. 1357 D); doch muß der Kaiser



auch jetzt noch schmerzerfüllt ausrufen: Wir sind Christen und in unseliger Gesinnung entzweit; das also ist unser Glaube? das die Lehre des heiligsten Gesetzes? (G. 1357 B). Um so mehr aber kann er sich freuen, wenn einer der Irregeleiteten sich mit der Kirche wieder vereinigt (A. 373 A f).

Auch gegen Ende seines Lebens versuchen manche, alles in Verwirrung zu bringen, was ihm jedes andere Unheil noch zu überbieten scheint; da sollen die Bischöfe wieder Frieden schaffen; das ist Gott und dem Kaiser angenehm und ihnen selbst außerordentlich ruhmreich. Ernst klingt dabei die Mahnung, sie sollen das Heilmittel ersinnen mit einhelligem Urteil, weder von Haß noch von Zuneigung geleitet (V. 4,42). Die Mahnung war nicht unberechtigt; denn auf dieser Synode zu Tyrus scheint in der tumultuarischen Verwirrung die Wahrheit verkehrt worden zu sein; die Streitsucht läßt eben nicht sehen, was Gott wohlgefällig ist. So zwieträchtig sein heißt aber sogar auf den Untergang des ganzen Menschengeschlechtes hinarbeiten (S. 1,34: 168 A. 169 A).

Die Bischöfe haben für die Reinheit und Einheit des Glaubens zu sorgen; denn durch Gottes Willen ist ihnen das bischöfliche Amt übertragen, ihre Kirche anvertraut und damit die Sorge um diese Kirche zur Pflicht gemacht, weshalb auch die Wahl zum Bischof sorgfältig, der kirchlichen Satzung und der apostolischen Überlieferung gemäß, so vorgenommen werden soll, wie der Geist des kirchlichen Rechtes es vorschreibt (V. 3,61 f.); die Bischöfe müssen heilig, rechtgläubig und gütig sein. (Th. I 20, 10). Ihr Urteil muß für das Urteil Christi selber gehalten werden (Opt. V 32 b); wer sich den Entscheidungen der Synode nicht fügt, wird auf Anordnung des Kaisers verbannt (Th. I 20,9), und wenn einer es wagen würde, gegen den Befehl des Kaisers nicht auf der Synode zu erscheinen, dann würde er sofort vertrieben und belehrt, daß es sich nicht geziemt, den vom Herrscher zugunsten der Wahrheit erlassenen Verfügungen zu widerstreben (V. 4,42). Die göttliche Vorsehung selbst



ist es, die schlechte Bischöfe von ihrem Volke vertreibt (G. 1357 D).

Nichts wünscht der Kaiser mehr, als daß das Volk Gottes in Frieden lebt und frei von allem innern Zwist, und daß gleichen Frieden und gleiche Ruhe auch die Irrenden erhalten, die Heiden; ein Zwang freilich darf nicht ausgeübt werden. Denn etwas anderes ist es, den Kampf um die Unsterblichkeit freiwillig aufzunehmen, etwas anderes, mit Strafen dazu zu zwingen. Wohl wollte er allen Menschen raten, sich heilen zu lassen, wenn nur nicht der sich gewaltsam auflehnende Irrtum zum Schaden der allgemeinen Wohlfahrt sich maßlos in manchen Herzen eingewurzelt hätte (V. 2,56. 59 f). Duldung zu üben hat Konstantin vom Erlöser gelernt, der namentlich darum zu preisen ist, daß er seine gewaltige Macht nicht dazu benützt hat für den Übermut Rache zu nehmen, sondern den törichten Menschen Verzeihung gewährte (O. 11,4—7).

Diese Milde verdienen nicht die alles Fluches würdigen (A. 369 B) Häretiker. Bei diesen Widersachern der Wahrheit, diesen Feinden des Lebens und Ratgebern zum Verderben ist alles der Wahrheit zuwider, in Einklang mit schändlichen Lastern, auf Torheit und Gaukelei berechnet (V. 3,64). Ihre ganz verderblichen und grundschlechten Lehrer (G. 1357 C) sind ein Abbild des Teufels und Räuber (G. 1344 D. f); Häresie und Schisma gehen vom Teufel aus, der der Vater der Häretiker und Schismatiker ist (Opt. X. 35 b f). Unter Hintansetzung ihres eigenen Heiles und aller der heiligsten Religion schuldigen Verehrung geben die Häretiker den Heiden Anlaß, des Christentums zu spotten (H. X 5,22; Opt. III 30 a). Sie schützen die Gottheit vor und häufen Frevel auf Frevel, beflecken alles, verwunden unversehrte Gewissen mit tötlichen Schlägen. Was soll also noch weiter solcher Frevel geduldet werden? Zu lange Nachsicht würde nur machen, daß auch die Gesunden wie von einer pestartigen Krankheit angesteckt werden. Warum also nicht durch öffentliche Strafen dieses Unheil so schnell wie



möglich ausrotten? (V. 3,64). Männer, die sich wie Räuber nicht nur am Menschengeschlecht, sondern an der göttlichen Lehre selbst vergehen, will der Kaiser nicht nach den Gesetzen der Kirche, sondern nach den Staatsgesetzen richten (A. 872 A). Wer nicht schnellstens zur heilbringenden Kirche läuft, wird durch ungewöhnlich hohe Steuern bestraft (G. 1353 D). Die Schriften des Arius müssen verbrannt werden, und wer sie zurückbehält, wird mit dem Tode bestraft (S. 88 C f). Alle Zusammenkünfte sind verboten und ihre sogenannten Bethäuser werden den Häretikern weggenommen (V. 3,65); unter Umständen wird freilich auch mit Milde gegen Häretiker und Schismatiker verfahren (Opt. X 36 b f). Übrigens sollen alle, was das Bessere ist, in die katholische Kirche kommen und ihrer Heiligkeit sich anschließen (V. 3,65; Opt. X 37 a).

Solches Vorgehen des Kaisers kann uns nicht wundernehmen, da nach seiner Auffassung zwischen der Kirche und dem Staate die engste Verbindung besteht. Schon im Mailänder Edikt ist der Gedanke ausgesprochen, daß sich der Kaiser durch Begünstigung des Christentums die göttliche Huld für alle Zeiten sichern will (H. X 5,13). Wiederholt zeigte es sich, daß die Geringschätzung der christlichen Religion große Gefahren über den Staat gebracht hat, während ihre Annahme und Beobachtung dem römischen Namen und allen Völkern reichen Segen gewährt hat (H. X 7,1; vgl. Opt. III 30b), wie auch anderseits der Kaiser aus der Wohlfahrt des Staates, die er der göttlichen Güte zu danken hat, ersieht, daß er vor allem für die Einheit bei den glücklichen Völkern der katholischen Kirche zu sorgen habe (V. 3,17). Wenn es ihm gelingt, die Einheit unter allen Dienern Gottes herzustellen, dann wird auch, davon ist er fest überzeugt, die Verwaltung des Staatswesens eine glückliche Umwandlung erleben (V. 2,65). Insbesondere werden die Kleriker der katholischen Kirche von allen öffentlichen Leistungen befreit, damit sie von ihrem göttlichen Dienst nicht nur nicht abgezogen werden, sondern ihm noch mehr obliegen können, woraus dann für



den Staat der größte Nutzen entstehen wird (H. X 7, 2). Und wenn es dem Kaiser gelungen ist, glückliche Zeiten zu schaffen, dann weiß er wohl, daß alle dem Erlöser der Welt für seine eigene Rettung und für das Glück des ganzen Staates Dank sagen und mit heiligen Bitten Christum auch fürder gnädig machen müssen, damit er bewahre, was er an Wohltaten gespendet hat (O. 26, 2).

Konstantin hat Großes erreicht; er ist sich dessen nicht nur voll bewußt, sondern auch überzeugt, daß er von Gott eigens dazu ausersehen war, seine Kirche zum Frieden und Siege zu führen. Die Beziehungen zwischen ihm und dem Christentum müssen darum äußerst innige sein. Ihm ist nicht durch Menschenmund, sondern von Gott selbst Belehrung geworden (O. 11, 2; vergl. Opt. V 32 a). Er ist dazu geboren, auch die Fehler anderer wieder gut zu machen (V. 2, 31). Seinen Dienst hat Gott gewollt, daß das Menschengeschlecht, durch seine Vermittlung belehrt, zum Dienste des heiligsten Gesetzes zurückkehre (V. 2, 28). Es treibt ihn, das heiligste Haus wiederherzustellen, das abscheuliche und gottlose Menschen durch verbrecherische Verwüstung geschändet haben, und heiß fleht er zu Gott: „Daß dein Volk im Frieden lebe und frei von allem inneren Zwist bleibe, das wünsche ich zum gemeinsamen Wohl des Erdkreises und aller Menschen“ (V. 2, 55 f.). Jeder Zwist greift ihm tief ins Herz. Er raubt ihm die ruhigen Tage und die sorglosen Nächte, damit auch die Freude am reinen Licht und den Frohsinn des ruhigen Lebens; dafür müßte er klagen und vor Weinen ganz vergehen, wenn der Zwiespalt nicht beseitigt würde. Nie könnte er da in Zukunft noch die Ruhe seines Herzens bewahren. Ist aber die Eintracht wieder hergestellt, dann will er freudig dem Höchsten dafür Dank sagen (V. 2, 72); für sorglos und der göttlichen Huld versichert kann er sich nur halten, wenn er sieht, daß alle einmütig, wie die katholische Religion es vorschreibt, Gott verehren (Opt. III 30 b). Den glücklichen Zeiten des Kaisers werde es entsprechen, wenn die katholische Kirche von keinem Zwist wüßte (V. 4, 42);



darum ruft er die göttliche Vorsehung um Beistand an und stellt sich dann, wie es billig ist, gleichsam als Friedensbringer mitten in den Streit (V. 2, 68), überzeugt, daß es ihm, dem Diener des Höchsten, gelingen wird, die Völker Gottes durch seine Worte, seine Dienstleistungen und eindringlichen Mahnungen zur Eintracht zurückzuführen (V. 2, 71). Diesem edlen Streben, den vom Herrscher zugunsten der Wahrheit erlassenen Verfügungen darf niemand widerstreben (V. 4, 42). Athanasius muß, nachdem er den kaiserlichen Willen erfahren hat, allen, die in die Kirche eintreten wollen, ungehinderten Zutritt gewähren; sonst wird sofort einer abgesandt, der ihn kraft kaiserlichen Befehles absetzen und vertreiben wird (A. 357 B).

Den durch Gottes Gnade glücklichen Zeiten seiner Regierung ist es angemessen, daß alle fluchwürdige Zwietracht der Häretiker und Schismatiker verbannt sei und alle, die guten Willens sind, aus dem Irrwahn zur Wahrheit geführt werden (V. 3, 65). Ebenso verlangt es die glückliche Zeit seiner Regierung, daß die Greuel bei Mambre schwinden und dort eine würdige Basilika erbaut werde, und vorzugsweise wünscht das der Kaiser wegen seiner Verehrung Gottes (V. 3, 53). Weil sich in Konstantinopel viele der heiligsten Kirche angeschlossen haben und mehrere Kirchen gebaut wurden, läßt er für den Gebrauch von kundigen Künstlern fünfzig leicht leserliche, handliche Bäude von den göttlichen Schriften auf wohl zubereitetem Pergament herstellen (V. 4, 36). Durch seinen Dienst gegen Gott ist überall Frieden und der Name Gottes auch von den Barbaren gepriesen, die ihn bisher nicht gekannt hatten; die Wahrnehmung, daß Gott Konstantin so offensichtlich schützte, und die Furcht vor dem Kaiser hat sie dazu veranlaßt (S. 1, 34: 168 Df). Er empfindet große Freude bei der Kunde, daß auch die schönen Landschaften Persiens weithin mit Christen ausgezeichnet sind, und um diese dem Schutze des Perserkönigs zu empfehlen, schreibt er an diesen einen herrlichen Brief (V. 4, 13; 9—13). Wie den Barbaren fühlt er sich so auch den Christen außer-



halb seines Reiches gegenüber als den aufrichtigen Diener Gottes (S. 1, 34: 169 A), von Gott selber auserwählt zu seinem Diener (V. 2, 28). Dasselbe Bewußtsein göttlicher Berufung ist es auch, das ihn veranlaßt, sich gleichsam der Zahl der Bischöfe anzureihen und als ihren Mitknecht (S 1, 9: 85 A) nicht nur freudig sich zu bezeichnen, sondern auch allüberall zu bewähren.

Diese ausgewählten Züge, die leicht noch vermehrt werden könnten, lassen deutlich erkennen, daß Konstantin der Kirche ein hohes persönliches Interesse entgegengebracht hat; er war stets bemüht, sie auszubreiten, ihr Glanz zu verleihen und vor allem die Eintracht zu wahren. Dabei müssen wir aber stets im Auge behalten, daß wir nur gelegentliche Äußerungen des Kaisers über die Kirche haben, die aus bestimmten Verhältnissen herausgewachsen sind; nie sah er sich veranlaßt, auf theologische Erörterungen über die Kirche einzugehen; den Heiden gegenüber hätte es nichts gefruchtet und den Häretikern konnte er nur immer wieder ins Gedächtnis zurückrufen, daß sie mit der Kirche auch die Wahrheit und die Aussicht auf ihr Heil verloren hätten. Das geschah aber nur nebenbei, da es sich ja hauptsächlich um ganz andere Fragen handelte. Auf theologische Fragen konnte er sonst, obwohl er kein Theologe war, doch mitunter auch tiefer eingehen, so namentlich im Schreiben an Arius auf christologische Probleme. Da zeigt sich, daß er, auf dem Konzil eines Besseren belehrt, seine früheren unklaren und falschen Vorstellungen berichtigt hat und tiefer eingedrungen ist. Hinsichtlich der Lehre von der Kirche ist es nicht ganz so. Von Anfang an sah er in ihr eine göttliche, zum Heile aller Menschen gegründete Institution, die zu fördern, seine Pflicht war; von Anfang an mußte er sich gegen Leute wenden, die ihre Einheit gefährdeten und störten. So läßt sich eine weitere Vertiefung seiner Anschauungen nicht so leicht erwarten und doch ragt eine Gruppe von Schreiben ganz entschieden über alle andern empor, die Briefe, die er nach dem Konzil von Nicäa geschrieben hat. Auf dem Konzil ist er sich ihrer



Einheit erst so recht bewußt geworden — sie ist ein Körper und die einzelnen Christen dessen Glieder —, da hat er vor allem auch die autoritative Macht der Konzilien erkannt und die Verbindlichkeit ihrer Entscheidungen unumwunden zugegeben. Es ist ein Widerhall des visum est Spiritui Sancto et nobis der Apostel, was uns aus seinen Schreiben entgegentönt.

Konstantin hat sodann wie die Einheit so auch die Katholizität der Kirche klar erkannt; sie galt ihm eigentlich für so alt wie das Menschengeschlecht, sie ist zum Heile aller Menschen gegründet, und er sorgt darum nicht bloß für die Kirche seines Reiches, er wendet sich der Christen wegen auch an den Perserkönig: er betrachtet sich als den Schutzherrn der Kirche überhaupt und ist darin der erste christliche Kaiser.

Das sind Tatsachen, über die kein Zweifel bestehen kann. Eine andere Frage ist, ob Konstantin auch überzeugt war von der Göttlichkeit der katholischen Kirche. E. Schwartz nennt es „eine abgeschmackte Vorstellung . . ., als sei Konstantin ein scheinheiliger Heuchler gewesen . . . Daß Konstantin, seine wenn auch lose Angliederung an die Kirche als einen Akt des Glaubens auffaßte, duldet keinen Zweifel" (Kaiser Konstantin und die christliche Kirche. Leipzig 1913, 70 f.). Darüber sind Untersuchungen überflüssig. Dagegen fragt es sich, was die Triebfeder seines Handelns war. Darauf antwortet Schwartz (S. 71 f.): „Die Realität des Christentums war damals . . . die Kirche und das treibende Element in den Entschlüssen Konstantins die Weltherrschaft. Sein ganzes Handeln von 306 an ist nur verständlich, wenn er von Anfang an danach trachtete, an Stelle der diokletianischen Tetras die Universalmonarchie zu setzen. . . Da nun Konstantin sein Verhältnis zur Kirche niemals als eine bloße Privatsache aufgefaßt hat, da er von vornherein als Herrscher ihr nahegetreten ist, so muß er daran geglaubt haben, daß dieses Verhältnis seinen weltumfassenden Plänen förderlich sei." Man mag dem ruhig zustimmen; aber so wenig man Konstantin als bloße Privatperson betrachten darf, ebensowenig darf in ihm bloß der Herrscher gesehen werden (vgl.



Opt. VII 34 b). Die Grundlage für sein ganzes Verhältnis zur Kirche bildet seine persönliche Überzeugung von ihrer Hoheit. Fehlte diese, bliebe ihm der Vorwurf der Heuchelei nicht erspart. Er selber hat auch laut davon Zeugnis abgelegt, daß er auch als Mensch der Kirche gegenüber stehe. Nicht auf irgend eine seiner Äußerungen wollen wir verweisen, sondern auf sein ganzes Leben, „das eigentümliche zwischen Zugehörigkeit und Freiheit schwebende Verhältnis, in dem er zur Kirche stand" (Schwarz S. 70). Ihm lag doch offensichtlich viel daran, daß seine Untertanen sich der katholischen Kirche anschlossen: warum hat er dann selber so lange, bis zu seiner Todeskrankheit gewartet, bis er den entscheidenden Schritt tat? Eusebius hat uns (V. 4, 62) berichtet, was für Gründe er dafür angegeben hat; wir werden ja in dem Bericht nicht die Verba formalia Konstantins selbst haben (Heikel S. LXXXIX), immerhin aber ist kein Grund vorhanden, anzunehmen, daß Eusebius anderes berichte, als Konstantin gesagt. Die Auffassung stimmt mit den in der Rede K. 20, 4 vorgetragenen Gedanken über die Taufe völlig überein und selbst von einer Besiegelung des Heiles kann der Kaiser wohl reden, der vor kurzem erst ins Katechumenat aufgenommen worden ist. Konstantin sagt, er habe die Taufe im Jordan empfangen wollen; „Gott aber," fährt er fort, „der weiß, was uns frommt, will uns schon hier dieser Gnade würdigen. Nicht soll darum noch ein Zweifel herrschen; denn wenn auch der Herr über Leben und Tod uns hier noch länger leben lassen wollte, auch dann ist ein für allemal bestimmt, daß ich mich fürder dem Volke Gottes zugeselle und im Gebete mit allen an der Feier des Gottesdienstes teilnehme. Die Gottes würdigen Lebenssatzungen will ich mir nunmehr vorschreiben." Daß sich Konstantin hier nur als Mensch, nicht als Herrscher fühlt, ist unverkennbar. Deutlich hat er aber auch angegeben, warum er so lange gezögert hat, die Taufe zu empfangen. Wenn er eigens angibt, daß er sich die christlichen Satzungen zur Richtschnur nehmen werde, war es doch die Scheu, durch sie

gebunden zu sein, die ihn so lange zurückgehalten hat. Ein solches Verhalten läßt sich verschieden beurteilen, zeigt aber sicher, daß Konstantin das christliche Gesetz als etwas erschien, über das er sich nicht so leichthin hinwegsetzen durfte. Die Kirche ist ihm in Wahrheit die von Christus zum Heile aller gegründete Kirche, in der allein auch er sein Heil finden kann. Es hat ihn auch nicht wahrhaft groß gemacht, daß er so Großes erreicht, nicht einmal, daß er die Kirche zum Siege über das Heidentum geführt hat; was seine wirkliche Größe begründet, ist, daß er für die Sache, die seinen Herrscherplänen so überaus förderlich war, mit voller Überzeugung und um ihrer eigenen Erhabenheit willen eingetreten ist.[1])

1) Es kann hier noch auf den eben erschienenen Vortrag von Dr. Hugo Koch „Konstantin der Große und das Christentum (München, M. Mörikes Verlag 1913) hingewiesen werden. Auch Koch glaubt entgegen dem aprioristischen Urteil J. Burckardts an ein persönliches Christentum Konstantins und schließt die diesbezüglichen Untersuchungen mit dem Hinweis auf die Taufe des Kaisers auf dem Sterbebett, woraus sich freilich ergebe, daß es mit seinem persönlichen und praktischen Christentum immer etwas schief bestellt gewesen sei (S. 23). Im zweiten Teil wird die Wirkung von Konstantins Religionspolitik besprochen: er ist vor allem der Schöpfer des Cäsaropapismus; der Papst rückte an die Stelle, die der nach Osten gegangene Kaiser freigelassen hatte. „Die alte heidnische Kaiseridee lebte und lebt in der Seele und Leib beanspruchenden, Geistliches und Weltliches, Ewiges und Zeitliches umschließenden Papstidee weiter. Diese Idee ist in Rom noch heute so wirksam, daß selbst ein persönlich so religiöser Papst wie Pius X., der alles ‚in Christus restaurieren' möchte, nicht merkt, wie er in Wirklichkeit alles im römischen Cäsar zu restaurieren versucht" (S. 39). Die von Konstantin geschlossene Ehe oder vielmehr Scheinehe zwischen Kirche und Staat ist zu trennen (S. 41 f.); die Kirche sollte, so schließt der Vortrag, lieben, nicht hassen, segnen, nicht fluchen: „Und wenn der Fortschritt oder die Not der Zeit ihr eines ihrer Prunkgewänder nehmen will, sollte sie auch ein zweites zur Verfügung stellen, sollte bereit sein zwei Meilen mitzugehen, wenn die wissenschaftliche Forschung sie zwingt, eine Meile mit ihr zu gehen." Nach Koch würde das nur eine Rückkehr zum Ursprung anbahnen; denn er ist überzeugt: „das Urchristentum war ganz ohne rechtliche Verfassung, . . eine Kirche, die nicht von einem Dogmenkomplex . . lebte, . . eine Kirche ohne Kult und Opfer und Priestertum, mit einem Taufbad im Namen Jesu als Aufnahmeakt und einem Mahle aus Brot und Wein. . ." —

## LXX.

## Frankreich und Italien in Nordafrika und der Islam.

Seit fast zwei Jahren sind Franzosen und Italiener in Nordafrika Nachbarn geworden; daß dies den Franzosen nicht angenehm ist, solange wenigstens Italien der gegnerischen Mächtegruppe, dem Dreibund, angehört, liegt auf der Hand. Aus Zeitungsnachrichten ließ sich in letzter Zeit nicht das geringste schließen auf das Verhältnis der beiden Nachbarn zu einander und auf die Stellung beider den Eingeborenen gegenüber. Italienische Siegesnachrichten hat das Publikum in Deutschland immer mit Vorbehalt aufgenommen, während auf der anderen Seite der Balkankrieg alle Aufmerksamkeit in Anspruch nahm und die Augen von Tripolitanien ablenkte.

Es muß zunächst festgestellt werden, daß die Okkupation Tripolitaniens durch die Italiener sehr langsam fortschreitet, trotz der immerhin beträchtlichen Truppenzahl, die in Afrika unterhalten wird. Ein entscheidender Schlag gegen die Eingeborenen, welche den zwischen der Türkei und Italien geschlossenen Frieden nicht anerkannt und eine unabhängige Regierung gegründet haben, ist von den Italienern noch nicht geführt worden; blutige und für die Italiener verlustreiche Gefechte haben in den Tagen vom 22. bis 28. März bei Nalut stattgefunden, aber erreicht ist eigentlich nichts. In wenigen Wochen tritt die große Hitze ein und ein weiteres Vordringen ist auf Monate hinaus ausgeschlossen.

Der Chef der unabhängigen Regierung, der frühere Deputierte in der türkischen Kammer, Sliman el-Baruni, ist seit einer Woche in Tunis; wie italienische Zeitungen und hiesige Privatpersonen (Italiener) behaupten, um gegen eine größere Geldsumme die Einstellung der Feindseligkeiten zu veranlassen. Er selbst bestreitet dies auf das entschiedenste; ich hatte die Gelegenheit, zweimal einige Stunden mit ihm zu verplaudern, und er hat auf mich eigentlich mehr den





Eindruck eines Schükri-Paschas gemacht als jemand, der für eine Geldsumme seine Unterwerfung anbietet. Auffallend war es jedenfalls, daß er seinen ersten Besuch beim englischen Generalkonsul gemacht hat; erst später stellte er sich dem italienischen Konsul vor. Die Begleiter Barunis sind türkische Offiziere, die auf mich einen guten Eindruck machten. Es war mir nicht möglich, viel von ihm zu hören, er ist ziemlich verschlossen; es freute ihn ungemein, in mir einen Deutschen zu sehen; groß war auch seine Freude, als ich ihm das Bild von Exzellenz von der Goltz-Paschas zeigte. Jedenfalls haben die Italiener in ihm einen Gegner, der nicht zu verachten ist.

Es soll hiermit freilich nicht gesagt sein, daß es Italien schließlich nicht doch gelingt, Tripolitanien und die Cyrenaika endgültig zu erobern. Nachdem der größte Teil der türkischen Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften abgezogen ist, fehlt den Arabern das nötige Personal, weitere Mannschaften, die aus dem Innern gewiß in Menge zuströmen, abzuexerzieren. Wenn es auch wahr ist, was die Italiener behaupten, daß nicht wenige europäische Offiziere an den letzten Kämpfen teilgenommen haben auf Seiten der Araber, daß selbst einige französische Offiziere gefangen genommen wurden, so hat das nicht viel zu sagen; denn, um eine undisziplinierte Truppe abzuexerzieren, dazu gehören vor allem Unteroffiziere und gediente Mannschaften, und daran fehlt es den Arabern. Man nehme z. B. den tirailleurs algériens die französischen Offiziere und Unteroffiziere, und schicke diese Regimenter gegen einen europäischen Feind, und es wird sich bald zeigen, daß der jetzt hohe Gefechtswert dieser Truppen gleich Null ist.

Übrigens sind die Itatiener, wie mir el-Baruni versicherte, noch lange nicht im Besitze der gesamten Küste, was doch gewiß keine allzu schwere Aufgabe für die Marine sein kann. Ich habe auch nach vielen Bemühungen die Erlaubnis nicht bekommen können, über Land, der Küste entlang, von Tripolis nach Benghasi zu gehen. In Benghasi und in der Cyrenaika widersetzt sich der Scheik der Senussi jedem weiteren



Vordringen der Italiener; auch er ist ein nicht zu unterschätzender Gegner, zumal er in letzter Zeit wiederholt englische Emissäre in Kufra empfangen hat. Was diese Emissäre dort gewollt haben, das konnte ich nicht ergründen, obgleich ich tagelang ziemlich freundschaftlich mit dem Mogadem (Abt) der Zauïa dieses Ordens in Menzel-el-Kheir verkehrte. Die Senussi sind äußerst schweigsam und die im Orden gehandhabte Disziplin ist geradezu zu bewundern.

Jedenfalls werden die Franzosen eher mit der Pazifikation Marokkos fertig sein als die Italiener in Tripolitanien. Und das ist merkwürdig, denn bei den Eingeborenen Nordafrikas nimmt im allgemeinen die Kriegstüchtigkeit der Stämme ab von Westen nach Osten, sodaß der Marokkaner als bedeutend kriegstüchtiger gilt als der Tunesier, der Tripolitanier und der Egypter. Die Franzosen haben in Marokko überall Feinde, aber dort, wo sich diese Feinde regen, ist auch sofort eine französische Kolonne zur Stelle. Solange sich Italien nicht entschließen kann, zwei große Expeditionen nach Tripolitanien zu senden, ist an eine Pazifikation des Landes nicht zu denken. Außerdem verachtet der Eingeborene Nordafrikas den Italiener, während er den Franzosen, den Engländer und den Deutschen fürchtet und demgemäß — was bei den Muslims dasselbe ist — auch achtet. Dies findet seinen Grund in der Tatsache, daß die meisten Italiener, welche hier in Tunesien ansässig sind, aus den niedrigsten Volksschichten Siziliens und Süditaliens stammen, und verhältnismäßig auf keiner höheren Kulturstufe stehen als der Eingeborene. Der Tunesier und der Algerier arbeiten nicht, wenigstens äußerst selten; sieht man hier Eingeborene arbeiten, so sind es meistens Marokkaner oder Neger, selten Araber; der durchschnittliche Tagelohn ist drei Franken, nun kommt aber der Italiener und arbeitet für zwei Franken pro Tag, und nimmt so den Eingeborenen die Arbeit. Der Schmutz in den Häusern und Straßen, wo sich diese Italiener niedergelassen haben, ist geradezu ekelhaft, in den Eingeborenenvierteln herrscht im Vergleich hiermit ein gewisser



Grad von Wohlstand und Reinlichkeit. Es ist aus diesem Grunde auch nur ein eitler Traum der Italiener, wenn sie meinen, daß ihnen Tunesien einmal als reife Frucht in den Schoß fallen würde, wenn auch hier 150000 Italiener ansässig sind gegen 20000 Franzosen; in diesem Falle könnten die Franzosen ganz entschieden auf die Unterstützung der Eingeborenen rechnen. Das Verhältnis zwischen Italienern und Arabern ist übrigens nach wie vor ein gespanntes, denn der Belagerungszustand herrscht noch immer in Tunesien: es ist heute der 521. Tag.

Die Araber fühlen instinktiv, daß die Italiener in Tripolitanien den Rat befolgen werden, den unser Landsmann, der große Afrikaforscher Dr. Rohlfs, den Franzosen seinerzeit gab. Er äußerte sich nämlich — unter Ausschaltung jeden christlichen Gedankens — folgendermaßen: „Wenn ihr wollt, daß Algerien ein europäisches Kulturland wird, dann müßt ihr die Eingeborenen behandeln, wie es die Angelsachsen mit den Rothäuten in Nordamerika taten: ihr müßt sie ausrotten oder sie in das Innere, in die Sahara drängen, wo sie verhungern. Man wird meinen Rat barbarisch nennen; aber es ist ein Unterschied, ein Volk zu beurteilen vom Schreibtisch aus, oder es kennen zu lernen, wie ich, der ich Jahre hindurch als Derwisch unter ihnen gelebt habe. Es gibt eben Völker, die kulturfeindlich sind und es bleiben!" Auf die militärische Okkupation Tripolitaniens wird eine Emigration von Hunderttausend Italienern folgen.

Daß der Islam und *jedes* muslimische Volk kulturfeindlich *waren*, *sind* und es auch wohl *bleiben* werden, weiß jeder gründliche Kenner des Islams und der islamitischen Welt. Frankreich konnte nicht handeln, wie Rohlfs vorgeschlagen hatte: die Franzosen wandern nicht in großen Mengen aus, sie sind daher nicht im Stande, Nordafrika zu bevölkern. Sie haben einen anderen Weg eingeschlagen, sie wollten die Kluft zwischen Muslims und Europäern überbrücken und beide Rassen und Weltanschauungen mit einander assimilieren; jahrzehntelang kokettierten sie mit den Eingeborenen.

Und mit welchem Erfolg? Die Franzosen müssen einem leid tun, denn gearbeitet haben sie ehrlich und unermüdlich, um ihr Ideal zu verwirklichen! Erreicht ist aber nichts, rein nichts! Der Eingeborene, der Muhammedaner Nordafrikas, der die französische Schule besucht hat, der sich nach der neuesten Pariser Mode kleidet, der in Gesellschaft seiner französischen Freunde Absinth, Cognak im Kaffee und Wein bei den Mahlzeiten trinkt, steht innerlich dem Europäer ebenso fern, wie der Wüstenbeduine. Außerdem haben diese europäischen Muslims all und jeden Einfluß auf ihre Glaubensgenossen und Landsleute verloren. Was von dieser Sorte moderner Muslims zu erwarten ist, das haben uns die Jungtürken gelehrt!

Jetzt fängt man in Frankreich an einzusehen, daß der bisher verfolgte Weg ein verkehrter war; aber es ist jetzt schwer, einen anderen einzuschlagen, die erste schärfere Maßregel würde nur die Jungalgerier und Jungtunesier veranlassen, auszuwandern und von Genf aus gegen die französische Herrschaft zu intriguieren. Mir sagte noch vor wenigen Tagen ein fließend französisch sprechender, hier sehr angesehener Araber: „Wir hassen euch alle, welcher Nation ihr auch angehören mögt! Bisher haben wir unsere Augen immer nach Stambul gerichtet, von wo wir Hilfe erwarteten; aber, obgleich ihr euch alle Freunde der Türkei nanntet, habt ihr sie doch alle verraten. Jetzt haben wir unsern Chef (er meinte den Scheik der Senussi!), und wir warten nur auf den Ausbruch des europäischen Krieges, wo ihr euch untereinander auffressen werdet. Wenn aber dieser Krieg nicht bald ausbricht, wird es uns ein Leichtes sein, ihn anzufachen. Ein „kleines“ Christenmassaker, in Syrien z. B., wird euren alten gegenseitigen Neid und eure Eifersucht unter einander wieder neu beleben, und mit Allahs Hilfe werden wir dann unser Ziel erreichen. Ich bin ein wirksames Mitglied der panislamitischen Liga, denn ich komme oft nach Stambul, Kairo und Mekka. Du siehst, wir verheimlichen euch unsere Pläne nicht einmal, so sicher sind wir!“



Mancher Leser dieser Zeilen wird mich einen Schwarzseher nennen, weil man doch eigentlich so gar nichts merkt in islamitischen Ländern von einer Feindschaft gegen die Europäer; andere glauben, daß jetzt, nachdem die Türkei als letzter größerer selbständiger muhammedanischer Staat auf Jahre hinaus geschwächt ist, auch die Macht des Islam gebrochen sei. Aber welcher unserer besten Kenner des Islams und des Orients, der sein ganzes Leben hindurch dem Studium dieser Religion und dieser Völkerschaften geweiht hat, möchte es wagen, offen zu bekennen: ich bin eingedrungen bis in das Innerste der Seele des Islams; ich kenne den Muslim durch und durch! Muß nicht vielmehr der ehrliche Forscher bekennen: Trotz jahrelanger Arbeit verstehe ich die Seele des Islams heute noch nicht viel besser als am Anfange meines Studiums!

Wollen die christlichen Völker den Rat Dr. Rohlfs' nicht befolgen, so gibt es nur einen Weg, den dieser Forscher nicht nennt, der aber schließlich doch zum Ziele führen wird, nämlich die muslimitischen Völker der abendländischen Kultur zu erschließen; das ist die christliche Mission, die Missionsschule! Laienschulen helfen hier nichts. Nur die Mission ist im Stande, dem Islam rücksichtslos die Maske vom Gesicht zu reißen und ihn in seinen Fundamenten anzugreifen. Freilich, solange es in Europa, leider auch in Deutschland, Bewunderer des Islams gibt, ist hieran nicht zu denken. Jeder Muslim haßt in seinem Innersten den Christen, er mag Deutscher, Engländer, Franzose oder Italiener sein; er verabscheut aber den Europäer, der ihm weis macht, alle Religionen seien schließlich nur Menschenwerk, und das Christentum nicht besser als der Islam. Oder glaubt man vielleicht in Deutschland, daß der Türke und Araber und alle anderen Muslims uns lieben, mehr als alle anderen? So leichtgläubig ist doch wohl niemand, hat sich auch vielleicht ein Türke oder Araber wirklich einmal dahin im Gespräche geäußert!

Die heutige Bevölkerung von Malta ist bekanntlich rein arabischen Ursprungs. Die Malteserritter waren die Herren



von Tripolis; sie gaben die erwachsenen Gefangenen, Männer und Frauen, stets wieder frei, nur alle Kinder unter zwei Jahren behielten sie; diese wurden in Malta getauft und im Christentum erzogen. Man kann daher die heutigen Malteser christliche Araber nennen, die kulturell auf einer sehr hohen Stufe stehen; hier in Tunis z. B. entschieden höher als die Italiener. Man nennt dies barbarisch! Aber was ist wohl mehr zu verurteilen: christliche Mächte zwingen den Chinesen das Opium auf! Christen bringen den Negern und Arabern den Alkohol — die Trunksucht unter den muhammedanischen Tunesiern hat eine erschreckende Ausbreitung gewonnen! — Christen eifern gegen die Sklaverei in Afrika, tun aber nichts für diese Sklaven; die Senussi hingegen kaufen sie zu Zehntausenden frei, bekehren sie zum Islam und erziehen sie im Haß gegen dieselben christlichen Sklavenbefreier!

Solange das christliche Europa einig bleibt, solange wenigstens kein Weltkrieg ausbricht, in welchem sich die christlichen Mächte gegenseitig zerfleischen, ist an eine Erhebung des Islam im großen nicht zu denken. Geht man aber auf dem eingeschlagenen Wege weiter, so muß man sich damit abfinden, daß über kurz oder lang ganz Afrika und Asien muhammedanisch wird; die verhältnismäßig kleinen Missionschristengemeinden in diesen beiden Weltteilen werden sich nicht halten können inmitten ihrer muslimischen Umgebung; schon jetzt saugt der Islam kleinere Christendörfer auf. Wenn also das christliche Europa nicht erkennt, daß der Islam nur durch die Mission angegriffen und zu Falle gebracht werden kann, wird die Zeit kommen, wo man nicht mehr von einer slawischen, germanischen oder gelben Gefahr reden wird, sondern nur noch von einer islamitischen Gefahr. Das wäre zum dritten Male, daß der Islam Europa bedroht: Und man vergesse nicht, die Anzahl seiner Bekenner hat, seitdem die Türken vor Wien waren, in ganz anderem Maße zugenommen als das Christentum!

Tunis, April 1913. Max Roloff.



## LXXI.

### Zentrum und Katholizismus.

Fast sieben Jahre dauert nunmehr der Streit innerhalb der Zentrumspartei über das Verhältnis von Zentrum und Katholizismus. Daß der Friede vor der Türe stünde, kann unseres Erachtens nicht gesagt werden. Vielmehr scheint die Verwirrung größer als je zu sein. Und mit der Zeit dürfte sie noch mehr wachsen, da man die einzelnen Vorgänge und Phasen des Streites, ihren Zusammenhang und innere Verkettung mehr und mehr vergißt.

Da ist es sehr erfreulich, daß ein hervorragender Publizist und einer, der seit Anbeginn mitten in diesem Kampfe gestanden, der Chefredakteur der „Saarbrücker Volkszeitung" Dr. Krueckemeyer in Saarbrücken, sich entschlossen hat, das gesamte einschlägige Material, namentlich aus Zeitungen und Zeitschriften zusammenzustellen in der vorliegenden Schrift: Zentrum und Katholizismus, Verlag der internationalen Verlagsbuchhandlung „Messis", Amsterdam, 1913. 8°. S. 334. Mk. 3.60. An der Hand dieser Schrift kann sich jetzt jeder über die ganze Entwicklung des Streites informieren.

Solche Sammlung war umso notwendiger, als vor einem Jahre Dr. Karl Hoeber, Redakteur an der „Kölnischen Volkszeitung", in der Schrift „Der Streit um den Zentrumscharakter", Köln, Bachem, das betreffende Material in höchst lückenhafter und einseitigster Weise zusammengearbeitet hat. Gleich damals hat Dr. Krueckemeyer in einem Aufsatz „Der Streit um den Zentrumscharakter" in den „Histor.-polit. Blättern", Bd. 150 (1912), S. 61—80 den erdrückenden Beweis für diese Parteilichkeit erbracht. Die heute vorliegende Schrift ist zu guten Stücken die weitere Ausführung dieser Besprechung von Hoebers Schrift. In anderem kann sich Krueckemeyer auf andere von ihm in dem Zentrumsstreit verfaßte Schriften und Artikel stützen.



Was die Ausführung im einzelnen anbetrifft, so hat sich der Verfasser vielfach auf die Wiedergabe des in Betracht kommenden Materials beschränkt und dem Leser das Urteil darüber überlassen. Die Schrift ist also wesentlich Materialiensammlung. Immerhin nimmt K. dann und wann auch selbst Stellung zur Sache in zum Teil sehr entschiedenen, aber meist ebenso richtigen Urteilen, wovon unten einige Proben.

Der Streit um die Gewerkschaftsfrage, der in den Auseinandersetzungen innerhalb der deutschen Zentrumspartei eine so große Rolle spielt, wird nur hie und da kurz berührt, wo das zum Verständnis der übrigen Ausführungen nicht zu umgehen war, so namentlich S. 235 ff. Der Verfasser hat das getan, weil dieser Streit und jener über den Zentrumscharakter wesentlich verschieden sind und weil das Material über den Gewerkschaftsstreit so groß ist, daß es zur Verarbeitung einer eigenen Schrift bedarf. In erfreulicher Weise stellt Krueckemeyer eine solche in Aussicht.

Der Inhalt der vorliegenden Schrift aber ist in 26 Paragraphen der nachfolgende:

vereins (S. 267—268). § 18. Der antiultramontane Reichs-verband (S. 269—271). § 19. Graf Oppersdorff und „Österreichs katholisches Sonntagsblatt" (S. 272—276). § 20. Die katholische Aktion (S. 277—302). § 21. „Die Machenschaften gegen die deutschen Katholiken" (S. 303—304). § 22. Ein Artikel der „Kreuzzeitung" (S. 305—323). § 23. Erneute Stellungnahme des Augustinusvereins (S. 324). § 24. Zentrum und Konservative (S. 325—327). § 25. Mandatsniederlegung des Abgeordneten Rören (S. 328—332). § 26. Schluß (S. 333—334).

Was näherhin jeder dieser Paragraphen behandelt, ist bei den meisten derselben trotz der epigrammatischen Kürze der Aufschriften ohne weiteres klar und zwar gerade bei den wichtigeren. Bei anderen aber ist die Überschrift doch nicht genug illustrierend, selbst nicht für Leser, welche dem Verlauf des Streites von Anfang an mit Aufmerksamkeit gefolgt sind und welche mit „Anführungszeichen" umzugehen wissen. So wäre es gut für den Gebrauch der Schrift gewesen, derselben ein genaueres Inhaltsverzeichnis beizugeben, als es das vorhandene ist. So behandelt § 3: Was ist eine konfessionelle Partei? die Reihe von Arbeiten, die erschienen sind im Anschluß an eine von dem altkatholischen Prof. Dr. Götz in Bonn veröffentlichte Schrift: „Das Zentrum eine konfessionelle Partei", darunter auch eine solche von Krueckemeyer: „Ist das Zentrum eine konfessionelle Partei?", 1908. § 5: Programmatische Auseinandersetzungen bespricht die Erörterungen, die sich anschlossen an einen den ganzen Streit eigentlich inaugurierenden Artikel der „Augsburg. Postzeitung" Nr. 228 vom 4. Oktober 1908: „Ein Ausweg in peinlicher Verlegenheit", in welchem Artikel die notwendige Organisation konfessionell getrennter Vereine der Katholiken und Protestanten verlangt wurde. § 11: „Marodeure" im Zentrum behandelt die Rede des Redakteurs Lensing von der „Tremonia" in Dortmund am 25. Sept. 1910, die gegen gewisse Kreise des Zentrums diesen beschimpfenden Ausdruck gebrauchte. § 14: „Unsaubere Machenschaften" schildert die Charakterisierung

der Versuche, eine Gegnerschaft zwischen den Kardinälen Kopp und Fischer zu statuieren durch dieses Wort „Unsaubere Machenschaften" aus dem Munde Fischers. Usw. Kurz man sieht aus diesen Beispielen, daß die Überschriften der Paragraphen mehrfach etwas dunkel, daß das Inhaltsverzeichnis also nicht genügend ist.

Wenn der Verfasser dann bei seiner großen Kenntnis der ganzen im Streit aufgelaufenen Literatur eine Unmenge von einschlägigen Artikeln in Zeitungen und Zeitschriften und von selbständigen Schriften anführt und benützt, so ist doch Vollständigkeit hierin wie kaum möglich, so auch nicht durchaus angestrebt. Zum Beweise sei nur verwiesen auf § 7: Prof. M. Spahns „Glossen zur katholischen Literaturbewegung". Hier könnte man daran denken, daß der Verfasser zur Einleitung über den ganzen Streit orientierte, die hauptsächlichste Literatur wenigstens angäbe. Es ist aber nicht der Fall. Und daß er auch nur die literarischen Äußerungen, die über Spahns berüchtigte „Glossen" erfolgt sind, alle angeben würde, kann wieder nicht behauptet werden. Vgl. z. B., abgesehen von Baumgartners S. J. unsterblichen Verdiensten in diesem verwirrenden Streit, „Histor.-polit. Blätter", Bd. 144 (1909), S. 803 ff. und S. 954 ff. So hätte in Anführung und Benützung des einschlägigen Materials noch viel geschehen können.

Aber trotz alledem ist Krueckemeyers vorliegende Schrift die bislang beste und vollständigste materielle Darstellung des Zentrumsstreites, hoch erhaben über Hoebers einseitiger und unvollständiger Scherenarbeit aus der „Kölnischen Volkszeitung". Jetzt kann sich der prudens lector selbst ein Urteil bilden über den beklagenswerten, aber unumgänglichen Streit.

Doch hält der Verfasser auch seinerseits da und dort mit seinem höchst gewichtigen und meist ganz zutreffenden Urteil nicht zurück. Wir wollen zum Beweise dessen und zur Kennzeichnung des Geistes, aus welchem heraus das Buch geschrieben ist, Proben davon beisetzen.



S. 16 liest man nach dem Beweis, daß das Zentrum keine konfessionelle Partei:

„Nun aber die andere Seite! Das Zentrum ist anerkanntermaßen die politische Organisation der deutschen Katholiken. Die deutschen Katholiken haben das Zentrum ins Leben gerufen. Die hervorragendste Betätigung des Zentrums während fast des ganzen ersten Jahrzehntes seiner Existenz bestand in dem Kampf um die Freiheit der katholischen Kirche in Deutschland, und das kirchenpolitische Programm des Zentrums ist auch heute noch von fundamentaler Bedeutung. Die Wähler und die Abgeordneten des Zentrums sind fast nur Katholiken. Die gesamte Zentrumspresse vielleicht mit einer einzigen Ausnahme („Das Zentrum") ist ausgesprochen katholisch. Und immer wieder betont diese Presse, daß es die Pflicht der Katholiken sei, Zentrum zu wählen und immer wieder wird seitens dieser Presse bei allen sich zeigenden Differenzen und Schwierigkeiten der Ruf erhoben: „Katholiken seid einig!" Damit soll doch nichts anderes gesagt sein, als die Katholiken sollen über Meinungsverschiedenheiten des Tages nicht das gemeinsame Band vergessen und deshalb treu am Zentrum festhalten. Das gemeinsame Band der katholischen Zentrumswähler ist neben ihrer gemeinsamen politischen Überzeugung das gemeinsame religiöse Fundament, ihre katholische Weltanschauung. Und was sie gerade als Katholiken so stark an das Zentrum kettet, so fest innerhalb des Zentrums zusammenhält, das ist die unerschütterliche Überzeugung, daß das Zentrum nicht nur ihren sonstigen politischen Idealen entspricht, sondern daß es auch ihrer katholischen Weltanschauung voll gerecht wird, insoweit dies die Aufgabe einer politischen Partei sein kann. Diese Überzeugung gründet sich nicht nur auf das Programm des Zentrums, sondern auch auf eine mehr als vierzigjährige Erfahrung."

Zur Charakterisierung der „Kölnischen Volkszeitung" steht S. 23 f. höchst treffend:

„Unter allen Zentrumsblättern war keines, das sich so entschieden und nachdrücklich der christlichen Gewerkschaften annahm und weiter so ausdauernd und energisch, in so konsequenter

Weise für den politischen, nichtkonfessionellen Charakter der Zentrumspartei eintrat, wie die „Kölnische Volkszeitung", meist in geschickter Weise, mitunter aber auch weniger glücklich und hier und da direkt verletzend, rücksichtslos selbst dort, wo Kleid und Würde des Gegners eine andere Sprache erfordert hätten. Das erregte vielfach in katholischen Kreisen Anstoß, speziell auch gerade dort, wo man in der Sache mit dem Blatte völlig einer Meinung war. Es kam hinzu, daß viele mit der Haltung des Blattes in einigen den Katholizismus direkt berührenden Fragen, so bei dem Streit um Schell, bei der Bewegung gegen den Index, der Gründung der Münsterschen Kulturgesellschaft usw. nicht zufrieden waren. Weiter wurde es unangenehm empfunden, daß bei der scharfen Sprache, die die „Kölnische Volkszeitung" gegen jeden Verstoß auf katholischer Seite gegen den politischen Charakter der Zentrumspartei und gegen Angriffe auf die interkonfessionelle Gewerkschaftsbewegung fand, Verstöße nach der konfessionellen Seite hin, vor allem, wenn dieselben von christlichen Gewerkschaftlern in führender Stellung ausgingen, vielfach so überaus zurückhaltend behandelt wurden. Ob zu dieser Haltung berechtigte Gründe vorlagen oder nicht, kann hier außer Betracht bleiben. Es kommt in diesem Zusammenhang lediglich auf die Feststellung der Tatsache selbst an. So kam es, daß die „Kölnische Volkszeitung" bei manchen allmählich in den, wenn auch unberechtigten, aber nicht ganz unverschuldeten Verdacht kommen konnte, als sei es ihr mit der Vertretung der katholischen Prinzipien keine rechte Herzenssache mehr. Einzelne gingen soweit, in der Haltung der „Kölnischen Volkszeitung" eine direkte Gefährdung des katholischen Glaubens zu sehen und gaben dieser Ansicht auch offen Ausdruck. Es genügt in dieser Beziehung an die bekannte Broschüre „Köln, eine innere Gefahr für den Katholizismus" zu erinnern, die übrigens in der Zentrumspresse allgemeine Ablehnung fand.

Allmählich begann man von einer „Kölner Richtung" zu sprechen und stellte in Gegensatz dazu die sogenannte „Berliner Richtung". Beide Begriffe leiden daran, daß ihnen eine feste Umgrenzung fehlt, sie also bald in diesem, bald in jenem Sinne



gebraucht werden. Diese Unklarheit war natürlich auch nicht dazu angetan, die Auseinandersetzungen versöhnlicher zu gestalten. Im Gegenteil, diese wurden dadurch noch verschärft, indem gegen die eine oder andere „Richtung" erhobene Anklagen von Personen auf sich bezogen wurden, auf die der Ankläger sie gar nicht bezogen wissen wollte. Außerhalb des Zentrums machte sich gar die Auffassung geltend, als ob das ganze Zentrum in zwei Richtungen, eine Kölner und eine Berliner, zerfalle."

Noch bedeutsamer ist Krueckemeyers neuerliches Urteil über Bachems verhängnisvollen Artikel: „Wir müssen aus dem Turm heraus" in § 2. Man muß das schon selbst an Ort und Stelle lesen!

Über das wirklich gehässige Verhalten der „Kölnischen Volkszeitung" gegenüber der von Hoeber so gründlich falsch dargestellten Osterdienstagskonferenz urteilt der Verfasser S. 143 ff.:

„Die ganze Haltung der „Kölnischen Volkszeitung" der Osterdienstagskonferenz gegenüber ist schlechterdings nur aus der völlig unberechtigten Furcht des Blattes erklärlich, die Konferenz habe für die Verwandlung des Zentrums in eine konfessionelle Partei eintreten wollen. Die Gedanken, von denen die Konferenzteilnehmer sich leiten ließen, haben auch in der „Kölnischen Volkszeitung" sowohl vor wie nach der Konferenz wiederholt Ausdruck gefunden. (Folgen Belege.) . . . So begreift man wirklich nicht, weshalb die „Kölnische Volkszeitung" sich so über die Osterdienstagstagskonferenz aufgeregt hat, wenn man nicht ihren unbegründeten Argwohn in Rechnung stellt, die Osterdienstagskonferenz habe eine Konfessionalierung des Zentrums erstrebt."

Von dem Grafen Oppersdorff heißt es — mit anerkennenswertem Streben, auch dem Grafen gerecht zu werden — S. 293 f.:

„Leider ließ Graf Oppersdorff sich in der Folge wiederholt nicht nur in seinem Blatte „Wahrheit und Klarheit", das doch nur der Förderung der katholischen Sache dienen soll, sondern



auch außerhalb desselben zu bedauerlichen und ungerechtfertigten Polemiken gegen das Zentrum verleiten, sowie zu ebenso ungerechtfertigten häßlichen persönlichen Angriffen speziell auch gegen den verdienten Zentrumsführer Geheimrat Dr. Porsch. Man kann ihm dabei ohne weiteres zu gute halten, daß auch er vielfach nicht mit Seidenhandschuhen angefaßt worden ist, aber gerade ein Mann von so hervorragender Begabung, der sich in der Vergangenheit so manches Verdienst um die katholische Sache und das Zentrum erworben hat, muß sich doch sagen, daß durch ein solches Auftreten weder dem Zentrum noch der katholischen Sache gedient wird. Das wird ihm sicherlich auch der freudige Wiederhall, den diese seine Artikel bei unseren Gegnern gefunden, gezeigt haben, wie nicht minder die einstimmige Verurteilung seiner Angriffe in der katholischen und in der Zentrumspresse."

So könnte noch das eine oder andere Urteil hergesetzt werden. Doch zum Schluß:

„Endlich wäre noch ein Wort über einige in der letzten Zeit erfolgte Blattgründungen zu sagen, wobei speziell die bereits von mir erwähnten, von Graf Oppersdorff herausgegebene Wochenschrift „Wahrheit und Klarheit" und das in Breslau als Organ der sogenannten katholischen Aktion erscheinende Wochenblatt „Das katholische Deutschland" in Betracht kommen. Zweifelsohne sind die dahinter stehenden Kreise von den besten Absichten beseelt. Sie wollen lediglich der katholischen Weltanschauung zum Siege verhelfen, die nach ihrer Meinung von einem Teile des Zentrums und der maßgebenden Persönlichkeiten innerhalb der Zentrumspartei nicht gebührend berücksichtigt wird. Aber abgesehen davon, daß sie sich in diesem Kampf um die katholische Weltanschauung wiederholt von ungerechten Urteilen und von Maßlosigkeiten nicht fern gehalten haben, die nur allzu berechtigten Widerspruch herausfordern müssen, und abgesehen davon, daß sie einseitig nur das in ihren Augen Tadelnswerte der von ihnen bekämpften Richtung, nicht aber auch das zweifelsohne Verdienstvolle erwähnen und so schon dadurch allein viel-





fach ein falsches, der Wirklichkeit nicht entsprechendes Bild in ihrem Leserkreise hervorrufen, muß auch an die alte Wahrheit erinnert werden, daß das Bessere vielfach ein Feind des Guten ist. Das Zentrum hat in seiner vierzigjährigen Tätigkeit bewiesen, daß es stets für die Interessen des katholischen Volksteiles eingetreten ist, daß es stets der katholischen Weltanschauung auch im öffentlichen Leben den ihr zukommenden Platz gewahrt wissen will. Es besteht daher auch für das katholische Volk absolut kein Anlaß, den erprobten Grundsätzen des Zentrums untreu zu werden und sich zu einer katholisch-konfessionellen Partei zusammenzuschließen. Das katholische Volk hat seinerzeit das Zentrum geschaffen, das katholische Volk hat das Zentrum groß und stark gemacht. Das Zentrum seinerseits hat das nie vergessen, sondern dem katholischen Volke seine Treue gewahrt in guten wie in schlimmen Tagen. Beide gehören unzertrennlich zusammen, und wie das Zentrum weiterhin nur blühen und gedeihen kann, wenn das katholische Volk einig und geschlossen hinter ihm steht, so möge umgekehrt das katholische Volk stets dessen eingedenk sein, daß seine religiösen und politischen Rechte nur solange als gesichert gelten können, wie ein starkes Zentrum vorhanden ist, das stets zur Wahrung und Verteidigung dieser Rechte auf der Wacht steht. Von diesem Gesichtspunkte möge man an die Lösung der alten Differenzen und Meinungsverschiedenheiten herangehen. Dadurch dient man am besten der Kirche wie dem Vaterlande. Man vergesse aber auch niemals das viel zitierte Wort des hl. Augustinus: „In necessariis unitas, in dubiis libertas, in omnibus caritas."

Man wird diesen Urteilen allen im wesentlichen nur zustimmen können. Der „Schluß" aber gibt uns Gelegenheit auch unsererseits noch etwas beizufügen, zum Teil nicht ganz in Übereinstimmung mit dem Verfasser.

Die betreffenden Blätter sind nicht bloß deswegen entstanden, weil nach „Meinung" von deren Begründern von einem Teile des Zentrums und der maßgebenden Persönlichkeiten innerhalb der Zentrumspartei die katholische Welt-



anschauung nicht gebührend berücksichtigt werde, sondern auch oder vielmehr deswegen, weil nach der begründeten Meinung derselben und anderer in einem oder andern Fall wirklich die katholische Weltanschauung von den betreffenden Zentrumsmitgliedern nicht genügend berücksichtigt und gewahrt wurde, z. T. aus dem interkonfessionalistischen Streben. Dazu kam die Furcht, das möchte sich in steigendem Maße wiederholen. Daß diese Blätter aber am Zentrum überhaupt nur das Tadelnswerte hervorheben, ist nicht richtig.

Sodann sind diese Blätter auch herausgewachsen aus der bitteren Notwendigkeit, denjenigen die Möglichkeit des Meinungsausdruckes zu verschaffen, welche eine solche im gegebenen Fall bei Abweichung von der Meinung der Zentrumspartei, oder eines Teiles derselben nicht mehr haben infolge der Tatsache, daß der Augustinusverein als wirkliche „Organisation der Zentrumspresse" (S. 168) oder die Zentrumspresse in solchem Falle in ganz überwiegendem Maße erfahrungsgemäß jeder anderen Meinung und deren Ausdruck verschlossen ist. Das ist ein Zustand, welcher die katholische Presse im Verlaufe nur verschlechtern kann. Ihm gegenüber waren und sind diese Blättern eine Notwendigkeit.

Endlich möchte zum Erweis dieser Notwendigkeit hingewiesen werden auf eine auch vom Verfasser der besprochenen Schrift leise angedeutete Tyrannis, welche Mitglieder der Zentrumspartei und deren Organe üben, eine Gewaltherrschaft, welche sich früher viel größere Zentrumsführer nicht gestatteten und zum Verderben der Zentrumspartei führen könnte.

S.

---

## LXXII.

## Das Elsaß und der dreißigjährige Krieg.

Der Kundige, vor dessen geistigem Auge das Bild des dreißigjährigen Krieges nur im Gewande namenlosen Schreckens schwebt, weiß doch, daß trotz aller von namhaften Historikern verfaßten Werke das letzte Wort über diese traurigste Periode deutscher Geschichte noch nicht gesprochen ist, daß namentlich die von stolzen Zunftgenossen so gern von oben betrachtete Lokalhistorie hier allein imstande ist, die jammervollen Leiden der ländlichen Bevölkerung in ihrer ganzen Größe aufzudecken. Das zeigt uns in markantester Weise ein sehr reichhaltiges, umfangreiches Werk des elsässischen katholischen Pfarrers J. L. Ellerbach, von dem soeben der erste Band erschienen ist.[1])

Um es gleich zu sagen: wir haben es hier mit einem sehr bedeutsamen Buch zu tun, das, wenn es auch nicht der Feder eines Berufshistorikers entstammt, doch in hohem Maße die Beachtung und den Dank der Vertreter heimatlicher Geschichtsforschung, ja weitester Kreise verdient. Da der Verfasser ein Volksbuch für seine Landsleute schreiben wollte, wird man ihm kaum verübeln, daß er in einer etwas lang geratenen Einleitung einen historisch-politischen Überblick über das Elsaß zur Zeit des ausbrechenden Krieges gibt; sehr viele Leser werden diese weitgehende Orientierung, in der

1) Der dreißigjährige Krieg im Elsaß (1618—48). Nach archivalischen Quellen dargestellt und mit zahlreichen zeitgenössischen Abbildungen versehen Herausgegeben von J. B. Ellerbach. 1. Bd.: Vom Beginn des Krieges bis zum Abzug Mansfelds (1618—22). Bethsaidadruckerei Karspach (O.-Elsaß) 1912. Gr. 8⁰. XVI und 623 S. ℳ 6.



man nur selten kleineren Unrichtigkeiten begegnet, sogar dankbar annehmen, denn an brauchbaren Übersichten über die sehr komplizierten territorialen und politischen Verhältnisse des Elsasses ist gerade kein Überfluß. Gerne hätte man dagegen die weitläufigen Auslassungen über die Vorbereitungen des Krieges, die ja aus der allgemeinen Geschichte hinreichend bekannt sind, vermißt; eine klare Skizzierung der vorausgehenden Wirren im Elsaß — verursacht durch den Kapitelstreit, die Nachwehen des Jülich-Cleveschen Streites im Elsaß — hätte wohl hingereicht, um die kommenden Ereignisse einzuleiten. Und um die Desideratenliste gleich hier zu vervollständigen, sei der Wunsch ausgedrückt, daß der gelehrte Verfasser in den zwei folgenden Bänden bei den Quellenangaben eine größere Genauigkeit walten lasse, da es sich hier um meist ungehobene archivalische Schätze handelt. Bei sehr vielen Angaben ist eine Kontrolle, bezw. ein weiteres Benützen der verwerteten Archivalien unmöglich gemacht. Und das ist doppelt schade bei der wahrhaft erstaunlichen Menge neuen Materials, das der unermüdliche Autor — der zudem als einer der ältesten Schüler Kneipps die bekannte Kuranstalt Karspach leitet — mit jahrzehntelangem Fleiß in den Archiven von Basel, Bern, Innsbruck, Karlsruhe, München, Wien, Stuttgart, dazu in zahlreichen elsässischen Archiven, gesammelt hat.

Aber nicht nur der Fleiß, sondern auch die geschickte Verwertung des ungeheueren Stoffes verdient die größte Anerkennung. Meist läßt der Verfasser die stummen Zeugen jener bösen Zeit reden: die Briefe der führenden Persönlichkeiten, die gewundenen, im geschraubten Kauderwelsch der Zeit gehaltenen Akten der Politiker, die Klagen der von den Greueln des Krieges Betroffenen, sodaß sich ein überraschend getreues Bild jener wüsten Epoche vor uns öffnet, zusammengesetzt aus unzähligen kleinen Mosaiksteinchen, aus denen das Leben und Treiben der entsetzlichen Kriegsjahre mit ungetrübter Deutlichkeit uns entgegenblinkt. Die schlimmsten

Seiten des „Simplicissimus" von Grimmelshausen begegnen uns in Ellerbachs Darstellung immer und immer wieder, und erschüttert stehen wir vor einer Leidenszeit des Volkes, wie sie die Geschichte glücklicherweise selten aufweist. Man lese beispielshalber nur folgende Schilderung eines Zeitgenossen von dem Benehmen der Mansfeldischen Soldaten:

„Sie haben die armen, unbewehrten Bauern haufenweis in die brennenden Häuser mitten in die Flammen geworfen, diejenige, so sich salvieren wollen, wie die Hund niedergeschossen, die Kirchen aufgebrochen, beraubt, die Altäre abgerissen, das heilig hochwürdige Sakrament mit Füssen getreten, einander ihre blutrünstige Schuh mit dem heiligen Öl und Chrisam angestrichen und beschmiert, die Taufstein ausgeschütt . . . und andere unehrliche Schanden gemacht. Alle Weibspersonen öffentlich geschändet, und nach verübtem Mutwill dieselb ins Feuer geworfen. Ja, welches einem die Haar auf dem Kopf zu Berg kehrt und in der ganzen Christenheit, ja von allen Zeiten nach der Benjamiter verteufeltem Laster unerhört, junge Kinder von neun, zehn Jahren mit unaussprechlicher, teuflischer Unzucht verderbt. . . . Die Kirchen haben sie zu Ställ und Hurenhäuser gemacht, die Geistlichen und Kirchendiener geschmissen, vertrieben oder gar getötet. Die Glocken, Bilder, Stühl, Bänk, Fenster zerschmolzen, zerschmettert, zerbrochen und verbrennt."

Unter solchem Regiment hatte der größere Teil des Elsasses fast zwei Jahre zu leiden. Denn der berüchtigte Graf Mansfeld, der dem tapfern Tilly entronnen war, fiel unversehens in das Bistum Speyer ein und brandschatzte in seiner beliebten Weise zunächst das nördliche Elsaß, die Städte Landau und Weißenburg und setzte sich in Lauterburg fest. Von hier aus überrumpelte er am 16. Dezember 1621, nicht ohne Verschulden des Stadtrates, die feste Stadt Hagenau, den Vorort der zehn elsässischen Reichsstädte und der kaiserlichen Landvogtei. Damit war das ganze untere Elsaß in seine Hand gegeben, vor allem das bischöfliche Gebiet. Man



begreift den Groll und die Bestürzung des Straßburger Bischofs über die wenig mutige Haltung der Hagenauer, die ihr vorschnelles Handeln bitter büßen mußten. Seit 1607 nämlich war Erzherzog Leopold, der Bruder des Kaisers Ferdinand II., der in dessen Namen das vorderösterreichische Elsaß verwaltete und zugleich die Landvogteirechte über das Reichsgebiet ausübte, Bischof von Straßburg; so kam es, daß nach der Niederlage in Böhmen die Besiegten das verhaßte Haus Österreich im Westen zu treffen suchten. Leopold rüstete tüchtig, und seine Residenz Zabern hielt den Angriffen der Mansfeldischen stand. Die zügellosen Scharen zerstreuten sich über das ganze Land, sengten und mordeten; als Mansfeld Ende März 1622 das Elsaß wieder verlassen hatte, um sich mit dem tollen Braunschweiger und dem mittlerweile auf den Plan getretenen Markgrafen von Baden zu vereinigen, suchte Leopold mit bedeutenden Streitkräften Hagenau zu erobern, aber Mansfeld eilte mit dem Winterkönig herbei und das bischöfliche Heer ergriff am 17. Mai erschreckt die Flucht. Mansfeld fühlte sich fast als Herr des Landes, verwüstete das Hanauische Gebiet und zog wieder nordwärts, um nach der Niederlage des Halberstädters bei Höchst mit diesem und dem Kurfürsten von der Pfalz zum drittenmal in das unglückliche Elsaß zurückzukehren. Die Landvogteistädte Oberehnheim und Resheim kamen in die Hände des Feindes, zahlreiche Klöster wurden geplündert und verbrannt, nur das feste Zabern hielt sich. Vor den Mauern dieser Stadt, am 13. Juli, erteilte der Winterkönig, der seine Sache verloren gab, den beiden Abenteurern den Abschied, sie verließen mit ihren Kriegsscharen das Land. Dann konnte auch Leopold seine Truppen entlassen.

Mit diesen Ereignissen befaßt sich das dritte Buch des Werkes, bis in die kleinsten erreichbaren Einzelheiten. Welch ein trauriges Bild bietet das Land nach dem Weggang des Mansfelders! Aber auch die Söldner Leopolds hausten übel, da ihr Geldherr sie nicht immer daran zu hindern ver-

mochte. Die zügellose Soldateska jener Tage machte keinen Unterschied zwischen Freundes- oder Feindesland. Lähmend und Schrecken verbreitend lag der Krieg über dem so fruchtbaren Lande.

Das vierte und letzte Buch dieses ersten Bandes befaßt sich mit der genauen Untersuchung, die Leopold über das Verhalten Weißenburgs, Landaus und Hagenaus anstellte; er verzieh ihnen nicht, daß sie dem Kondottiere des Winterkönigs so schnell ihre Tore öffneten. Bis 1624 zog sich die Untersuchung hin; einige Stadtväter und Beamte der Landvogtei zu Hagenau wurden, was in der Geschichte der Reichsstädte unerhört war, wegen unkorrekter Haltung mit sehr empfindlichen Strafen belegt.

Ein Personen- und Ortsregister schließt den inhaltreichen, mit einer Anzahl passender Illustrationen geschmückten Band, der großen materiellen Opfern sein Entstehen verdankt. Um so dankbarer muß die Wissenschaft diesen uneigennützigen Freunden der Heimatsgeschichte sein, die nur der großen Sache dienen. Johann Friedrich Böhmer hat einmal den Wunsch ausgesprochen, daß jedes Volk Berufene besitzen sollte, seine Persönlichkeit selbst auszudeuten, seine Geschichte selbst zu erforschen und zu beschreiben. Der Karspacher Pfarrherr darf sich zu diesen Berufenen zählen. Möge es ihm vergönnt sein, sein schönes und lehrreiches Werk, in dem eine erfreuliche Objektivität waltet, bald ganz vollendet zu sehen.

Dr. Luzian Pfleger.





## LXXIII.

## Bausteine zu einer Biographie des Bischofs J. M. Sailer.

Von Anton Döberl.

### 2. Bischof J. M. Sailer an Minister E. von Schenk.[1])

„Sailer u. a. suchten mit den damaligen Waffen der Wissenschaft nicht bloß die Angriffe der Feinde des Christentums zurückzuweisen, sondern auch es auf die neue Errungenschaft hin wissenschaftlich zu begründen. Das Erstere ist ihnen für ihre Zeit wohlgelungen; wenn das Letztere nicht im gleichen Maße gelang, so fällt kein Schatten auf diese Edlen. Es lag an der Zeit.“[2]) Mit diesen Worten hat in kampfgestimmten Tagen ein Schriftsteller, dessen streng kirchliche Gesinnung außer allem Zweifel fest steht, der nicht immer objektiv genug gewürdigten Lehrtätigkeit des gefeierten Landshuter Professors Gerechtigkeit widerfahren lassen.

Sailers Wirken beschränkte sich aber nicht auf eine reichgesegnete Lehrtätigkeit, nicht auf die Gründung einer Schule, wie etwa Möhler, die den Geist des Meisters noch nach Jahrzehnten bewahrte und vererbte, Sailer hat in den ersten 5—6 Regierungsjahren König Ludwigs I. auf das Ministerium des Innern, namentlich seit Eduard von Schenk an

---

1) Sr. Exzellenz, dem hochwürdigsten Herrn Bischof Dr. Antonius von Henle, Reichsrat der Krone Bayern, sei auch an dieser Stelle ehrfurchtsvollster Dank für die gnädigste Erlaubnis zur Benützung der Ordinariatsarchivalien ausgesprochen.

2) Strobl, Bayern unter dem Ministerium Abel. S. 82.

dessen Spitze gestellt war, einen mächtigen und günstigen Einfluß ausgeübt.

„Sie wissen — so motivierte er einmal[1]) einen Vorschlag — wie mir die Ehre des Königs, das Wohl des Vaterlandes und das Aufleben der Kirche am Herzen liegt. Dieses dreieinige Interesse ist das eine Anliegen meines Herzens."

Der Einfluß Sailers auf die Regierung war nun auch bisher kein Geheimnis, aber doch nur in vagen Umrissen bekannt. Ein ziemlich klares Bild dessen, was Sailer für sein „dreieiniges Interesse" getan hat, geben die 180 Originalbriefe Sailers an Schenk, die das Regensburger Ordinariatsarchiv aufbewahrt. Sie lassen uns Sailers Sorge für die kirchlichen Angelegenheiten, seine Wünsche zum Studienwesen, seine Stellung zu König Ludwig, zur Staatsregierung, teilweise auch, was einen besonderen Reiz gewährt, zu dem allerdings noch wenig entwickelten, noch nicht so scharf geschiedenen parteipolitischen Leben und zur parteipolitischen Presse in neuem Lichte erscheinen. Unter den vielen Hunderten von Briefen Sailers dürften die an Schenk die wertvollsten sein.

## I.

Die Auflösung der Klöster, Methode und Geist in den Schulen unmittelbar nach der Säkularisation, das öffentliche Leben, der Kampf zwischen Kirche und Staat[2]) hatten u. a. einen schließlich sogar die Staatsregierung, selbst unter Montgelas, erschreckenden Priestermangel zur Folge. An bestellten und spontanen Gutachten zur Hebung dieses Mangels fehlte es nicht. Kornmann überreichte dem Fürstprimas sein mit diplomatischer Klugheit abgefaßtes Gutachten; der schreibselige Pfleger Kasimir von Sicherer gab die Ansichten eines Laien zu dieser Frage wieder; die theologische Fakultät zu Landshut, von der Regierung zu einem Gutachten aufgefordert,

1) Brief Sailers an Schenk, 4. November 1826.

2) Diese vier Gründe zählt das bekannte Gutachten der Landshuter theol. Fakultät auf.



entwickelte darin zum Entzücken Westenrieders fast das ganze Verhältnis zwischen Kirche und Staat. Geholfen haben diese Gutachten freilich wenig: sie wurden, wie es scheint, nur gelesen. Der Priestermangel bestand fort, noch jahrelang. „Wenn der Priestermangel so groß ist, daß viele Menschen ohne den Empfang der hl. Sakramente dahinsterben, wenn sogar einzelne Gemeinden ihre Toten ohne priesterliche Begleitung begraben müssen, so ist gewiß Grund genug vorhanden, zu ungewöhnlichen Hilfsmaßregeln (frühere Ordination) zu greifen." [1]) So erwies sich, abgesehen von anderen Gründen, die Wiederbelebung von Klöstern als eine Notwendigkeit. Sailer machte sich zum eifrigen Anwalt der Klösterrerrichtung.

„Ich übersende Ihnen beikommend die Abschrift einer vor 3 Tagen von dem bischöfl. Konsistorium der hiesigen Regierung zur Beförderung und Empfehlung an die allerhöchste Stelle eingegebenen Bittschrift, die Herstellung des hiesigen Karmeliten-Klosters betreffend. Wir würden noch länger damit zurückhalten, da ja die Klöstereinrichtung nicht so schnell vor sich gehen kann, wenn uns nicht ein besonderer Umstand Beschleunigung geboten hätte. Es war nämlich bei der hiesigen Regierung in Antrag gekommen, das von dem hiesigen Karmelitenkloster herrührende, auf der Wienerbank gelegene Kapital von 91,800 fl. zu verwerten. Der Herr Präsident, unterrichtet von dem Allerhöchsten Vorsatz der Wiedereinrichtung einiger Klöster, gab mir Kunde von jenem Antrag und ließ denselben aus genannter Rücksicht auf sich beruhen. Das veranlaßte uns nun unsere Bittschrift um die Wiederherstellung dieses Klosters, begleitet von einem sehr beachtenswerten Aufsatze des ehemaligen Priors über die Geschichte und Verdienste dieses Klosters und die Mittel zu seiner Restauration, sogleich einzugeben. Die in derselben angeführten Gründe sind allerdings wichtig und dringend und es sieht wirklich um die bedeutende Seelsorge in hiesiger Stadt bei dem großen Priestermangel ganz mißlich aus. Ein gut ein-

1) Brief Sailers 12. V. 1827.





gerichtetes, den Bedürfnissen und Forderungen der Zeit entsprechendes Kloster wäre eine bedeutende Aushilfe. Der Kronprinz gab der Stadt Würzburg ihr Karmeliten-Kloster wieder; möge der König der Stadt Regensburg ein gleiches tun!" (14. II. 1826.)

„Das Gutachten des Ordinariats München über Kloster-Restauration habe ich mit Beifall gelesen und werde meine Gedanken ausführlich nachtragen, sobald Diepenbrock hier sein wird. Belieben Sie das dem H. obersten Kirchenrat Deutinger zu sagen" (2. Aug. 1826).

„Da der König in München ein Augustinerkloster, besonders zur Aushilfe der Seelsorge der Dompfarr, errichten möchte, so habe ich mir ein Register aller noch lebenden Augustiner in der bayrischen Provinz fertigen lassen."

„Ich übersende einen überraschenden Plan zur Wiederherstellung des Klosters Oberaltaich, wahrscheinlich veranlaßt durch unsere jüngste Reise in jene Gegend. Schwerlich wird das Ärar ihn gutheißen, wenn er auch sonst gutgeheißen werden könnte. Auf jeden Fall verdient manches darin Beachtung und der Plan beweist wenigstens, daß der ökonomische Ordensgeist noch nicht ganz ausgestorben ist. Schade nur, daß es izt nicht mehr die Aufgabe der Klöster ist, das physisch wilde Land zu kultivieren, sondern das moralisch verwilderte" (13. Sept. 1826).

„Sie erhalten ein Schreiben unseres wackeren Pronath, woraus Sie sehen, welche neue Anerbieten derselbe gemacht hat, und zugleich, weß Sinnes diejenigen sind, durch deren Hände die Sache geht" (24. Sept. 1826).

„An Pronath hab ich Eduards reifes Urteil mitgeteilt und Metten bleibt ein großer Text für unsere Unterredungen" (24. Juli 1827).

Ein Jahr darauf (19. Nov. 1828) teilt Sailer einen „interessanten Brief von Adam Müller" aus Wien mit, wonach die Redemptoristen auf Einladung Sr. Durchlaucht des Fürsten von Öttingen bereit waren, zu einer Ordensniederlassung im Kloster Hochaltingen und zur interimistischen Erteilung des Religionsunterrichtes am Gymnasium „4 ihrer



besten Glieder, darunter den ausgezeichneten, gelehrtesten und geistreichsten, P. Madelaner," nach Bayern zu senden.

„Die mir durch Sie vom Könige aufgetragene Angelegenheit in Betreff des hiesigen Schottenklosters ist mir wirklich recht angelegen. Ich fürchte aber, daß auch hier wieder die Finanz, die sogern allen ähnlichen Unternehmungen des Königs ein Bein unterschlägt, große Schwierigkeiten in den Weg legen wird. Indeß wird mir dadurch wieder ein neuer, gewiß zu benutzender Anlaß, dem Könige ein wiederholtes freimütiges Wort hierüber zu sagen, so wie über die Notwendigkeit, die Sektion des Kultus und Unterrichts aus solchem Joche zu emanzipieren" (16. I. 28).

Gleichzeitig mit dem Priestermangel machte sich ein Verfall der Sittlichkeit bemerkbar. Das Urteil Westenrieders[1]) mag vielleicht zu pessimistisch sein, aber auch von anderer kompetenter Seite kehrten die Klagen über den Verfall der Sittlichkeit wieder. Klerus und katholische Laien und nicht zuletzt der König erblickten in der Wiedereinführung weiblicher Orden zur Erziehung ein Mittel, dem Verfall zu steuern. Auch hierin machte sich Sailer zum beredten Fürsprecher sittlicher Restauration.

„Sie erhalten hierbei A) eine dringende Vorstellung des Stadtmagistrats in Landshut um Wiederherstellung des Erziehungsinstitutes der Ursulinerinnen in dasiger Stadt. Diese Bittschrift ist an das Ministerium eingereicht worden. B) ein noch ausführlicheres Mémoire, denselben Gegenstand betreffend von dem vortrefflichen, edelsinnigen Magistratsrat Fahrmbacher verfaßt, das nicht amtlich eingereicht worden, sondern nur zu Ihrer näheren Einsicht der Sache dienen soll. Die Sache ist von großer Wichtigkeit und um so leichter zu realisieren, da der Fond noch vorhanden ist. Ich empfehle sie daher aus allen Kräften Ihrer besonderen Würdigung und Unterstützung" (12. IV. 1826).

Für das Ursulinnenkloster in Straubing rät Sailer

1) Vgl. meinen Artikel „Kornmann", Bd. 151, S. 92 dieser Blätter.



„wegen der gänzlichen Untüchtigkeit der alten Frauen zur Wiederbelebung eines echtreligiösen Klostergeistes“, Schwestern aus Würzburg zu berufen (11. März 1828).

„Dafür daß die Bitte der Oberin im Ursulinnenkloster zu Straubing um eine 3. Nonne aus Würzburg durch Ihre Güte so schnell erhört ward, wie ich so eben durch die Mitteilung Ihres Ministeriums inne ward, danke ich Ihnen besonders. Nächstens wird das Pensionat in Straubing 21 Zöglinge zählen, und wenn's so fort geht, das Nonnenkloster der Ursulinnen in Straubing eine Musterschule werden. Quod Regi et tibi in acceptis referimus“ (Nov. 1828).

Schon früher (24. Mai 1826) hatte er „die Bittschrift der Dominikanerinnen in Speyer an den König um Wiederherstellung ihres Klosters zu einer weiblichen Erziehungsanstalt“ wärmstens empfohlen.

Die zweite große Kirchenangelegenheit nach der bischoflosen Zeit war „die Besetzung der vakanten Bischofsstühle mit wahrhaft apostolischen Männern, denen es vergönnt sei, an ihrer Seite sich ein mit ihrem Geiste harmonierendes Konsistorium zu wählen“.[1]) Die beiden „verwahrlosesten“ Bistümer Bayerns waren damals nach Sailer Passau und Speyer. Für Passau kamen zunächst vier Kandidaten in Frage: Egger, Bechmann, Sailer selbst und Riccabona, später nur mehr Egger und Riccabona. Sailer entschied sich für letzteren, der, hochgeschätzt von Wittmann, später Seite an Seite mit Gebsattel und Sailer für das kirchliche Recht im Mischehenstreit eintrat.

„Wenn ich wählen dürfte, so hieße es: Riccabona Episcopus esto. Sailer kennt ihn seit langem. Er kann mit Großen und Kleinen, und mit jedem in seiner Sprache, reden. Die Diözese Passau kennt ihn schon und der bessere Klerus wird ihn mit Jubel empfangen; den schlechten wird er zahm machen und unschädlich. Den trefflichen Zenger macht er zum

1) Gutachten von Landshut, S. 38.



Generalvikar und im Plenum präsidiert er selbst und dies so-
lange, bis die Dinge wieder ihren ordentlichen Gang gehen."[1])

„Direktor Manl habe ich S. Exzellenz Herrn Minister um
so mehr als Bischof von Speyer vorgeschlagen, als ich auf des
Königs Frage S. M. unverhohlen antwortete, daß ich für
Chandelle, wenn er stürbe oder resignierte, keinen tüchtigeren
Nachfolger als Manl wüßte" (10. Nov. 1826).

„Daß Manl nach Speyer vorgeschlagen ward und zum
Bischof ernannt werden wird, daran ist wohlgetan. Denn
gestern erhielt ich durch den trefflichen Räß die sichere Nachricht,
daß Stichaner drei untaugliche Männer vorgeschlagen habe."[2])

Von großer Wichtigkeit war und ist die Besetzung der
Domkapitel. Sailer schlug für Regensburg vor den Kon-
sistoriumssekretär Eder, den Pfarrer Rotfischer, für Eichstädt
Schmiedl, Hofmann, Popp (als Domdechant), für Passau
Mathias Hauer, für Augsburg Eustach Rieger, betrieb die
Ausfertigung des Anstellungsdekrets für Chr. von Schmied,
für München nannte er Ottl als Nachfolger Westenrieders.

## II.

Die Briefe Sailers, die sich mit der Verlegung der Uni-
versität beschäftigen, erzählen einmal von der starken Erregung,
die im katholischen Volke monatelang nachzitterte, als das
Gerücht auftauchte, Altbayern würde seine katholische Uni-
versität verlieren; und dann lassen sie vermuten, daß Sailer,
der in der Verlegung „bloß eine Ersparnismaßregel", aber
keine Gefahr für den katholischen Charakter der Universität
sah, vom Vorstand des Schul- und Kirchenwesens in dem
Vertrauen auf Erhaltung, wenn auch nicht des ausschließen-
den, so doch überwiegenden katholischen Charakters des Lehr-
körpers der Universität bestärkt wurde.

„Durch das Gerede von der Vereinigung der Universität
Landshut mit der Münchener Akademie ist in einigen frommen,
aber besorglichen Gemütern der Skrupel entstanden: ‚es möchte

1) 8. Nov. 1826. Vgl. über R., Wittmann von Mittermüller.

2) März 1827. Vgl. über Manl, Histor.-polit. Bl. Bd. 61, S. 943.



auf einer Seite hinter dem Drange zur Ausführung jenes Planes die schlaue Absicht verborgen liegen, die Katholiken ihrer katholischen Universität zu berauben. Jetzt sei konstitutionsmäßig Landshut die Universität Altbayerns für die katholische Konfession, und der König habe das Recht, jeden protestantischen Lehrer auszuschließen und keine akatholischen Vorträge zu dulden. Wenn aber die Akademie mit der Universität vereinigt werde, so höre diese auf, reinkatholische Lehranstalt zu sein, sie werde allgemeine Landesanstalt, offen für Lehre und Lehrer protestantischer sowohl als katholischer Konfession; dem Könige werde dann durch die Verfassung die Hand gebunden, der Untergrabung des Katholizism, dem Indifferentism zu steuern' usw.

Obgleich ich diese Besorgnis keineswegs teile, sondern in jener Vereinigung nur eine Ersparungsmaßregel erblicke, so habe ich es doch der Mühe wert gehalten, Sie darauf aufmerksam zu machen, damit im Falle der Ausführung jenes Planes durch zweckgemäße Vorkehrungen die ängstlichen Gemüter beruhigt und alle möglichen feindseligen Tendenzen niedergehalten werden mögen" (12. April 1826).

„Gestern von einer kleinen Erholungsreise glücklich und sonderlich gestärkt zurückgekommen, lasse ich es heute mein erstes Geschäft sein, Ihren lieben Brief vom 21. April zu beantworten:

Von der nunmehr entschiedenen Translokation der Universität Landshut verspreche ich mir mit Ihnen alle die wohltätigen Folgen, die der weise König dabei im Auge gehabt hat; auch finde ich durch Ihre Bemerkungen die Besorgnisse, welche mein vorletzter Brief geschichtlich enthielt, hinreichend beseitigt." [1])

„Ich bitte, was ich bitten kann, daß die Herstellung der Lokalitäten mit allem Nachdruck beschleunigt werde, und die neue Universität bis 15. Nov. einlogiert werden könne, ne dens maledicentiae contra optimum Regem nimium nimiumque se exerceat." (7. Aug 1826).

Von all den an die Münchener Universität Berufenen hat keiner auf die Entwicklung des kirchen- und parteipoli-

1) 9. Mai 1826. Vgl. Sepp, Ludwig Augustus, S. 149.



tischen Lebens so nachhaltig eingewirkt als Görres, und wer Sailers Verdienste um die Kirche und die Verteidigung kirchlicher Rechte aufzählen will, darf nicht zuletzt nennen, wie er den großen Verbannten für Bayern gewann.

Ich vermute, daß Klemens Brentano, den Sailer ja schon von Landshut her kannte, dem er insbesondere auf der Rheinreise näher trat, zuerst Sailers Blick auf Görres lenkte und durch Diepenbrock, den Westphalen, Brentanos Freund, das Interesse für Görres rege zu halten wußte.

Auf Brentanos Ansuchen [1]) hin entschloß sich Sailer, den König Ludwig zu bitten, „daß er Görres in seinem Lande, z. B. in Aschaffenburg, wenigstens vorläufig freien Aufenthalt gestatte, bis der Berliner Grimm besänftigt wäre".

Im November 1825 erschien dann im „Katholik" Görres' berühmt gewordene „Standrede an König Ludwig", in der die ganze görresische politische Weisheit niedergelegt ist. [2]) Sie hat auf den König, wie auf Sailer, tiefen Eindruck ausgeübt.

„Hat man dort den Aufruf an den König Ludwig im „Katholik" von Görres gelesen und welchen Eindruck hat er gemacht? Die Parteilosen hier finden ihn sehr schön und merkwürdig und soweit ich ihn mir bis jetzt habe vorlesen lassen, finde ich ihn auch so. Schreiben Sie mir einmal davon!" (14. 2. 1826.)

Von da an begnügt sich Sailer nicht mehr, für Görres freien Aufenthalt zu erwirken, jetzt schwebt ihm als Ziel vor Augen, Görres in Amt und Stellung zu bringen. Er hält ihn für das Amt eines Studienrates geeignet.

Als es sich nach Hofmanns Tode um die Frage eines Nachfolgers handelte, dachte Sailer auch an Görres. „Wenn der Mann nicht durchaus ein Weltlicher sein müßte, wenn man es wagen dürfte, einen Geistlichen dahin zu stellen, so wäre in des Professors Hortig Person ein vorzüglicher Mann gefunden. Wäre nicht Görres ein Ausländer und,

1) Galland, J. v. Görres, S. 372.

2) W. Schellberg, Görres' Ausgewählte Werke und Briefe CXVIII.



obwohl mit Unrecht, so verschrieen, der wäre ein Mann für ein solches Amt. Aber ein Ausländer und ein Verbannter! das geht nicht an" (11. 5. 26).

Wiederum drängt Diepenbrock, wiederum bittet Brentano.

„Lesen Sie bei freier Muße, was mein Privatsekretär Diepenbrock, der in Wiesbaden seiner Gesundheit pflegt, besonders von Görres schreibt. Privatisierend möchte er in Aschaffenburg leben können" (16. 7. 26). Im beigelegten Briefe Diepenbrocks ist folgende Stelle von Sailer rot angestrichen:

„Ich habe seitdem in den letzten Heften des Katholiken einige neue wunderschöne Aufsätze von Görres gelesen. Er ist doch ein großer herrlicher Geist und unendlich mehr als ein bloßer Polemiker oder Politiker. Wie herrlich hat er den hl. Franz von Assisi behandelt. Was würde er erst unter Ihrer Anleitung werden, denn er ist noch bildsam in dem neuen Gebiete, das er betreten, dem theologischen; ich habe das aus seinen Briefen an Klemens Brentano (!) gesehen. Es wäre doch herrlich, wenn er nach Bayern käme; wenn auch vorerst des äußeren Widerspruchs wegen nur als Privatmann ohne Anstellung; das Klima in Straßburg taugt ihm nicht; er litt jüngst am Fieber. Er wünscht in Aschaffenburg oder Würzburg leben zu können; er könnte ja dort seine Zeitschrift fortsetzen, bis er später zu einer öffentlichen Wirksamkeit gelangte." [1])

Bald nach der Verlegung der Universität schreibt Sailer: „Um Ihnen eine angenehme Stunde zu machen, sende ich Ihnen, was mir ein Freund über Görres schrieb. Es wäre eine neue Stütze für Baiern, wenn er käme. Denn überall spräche er für Wahrheit und Gerechtigkeit mit Nachdruck" (26. Okt. 1826).

Schon am 26. August 1826, also noch vor Eröffnung der neuen Universität, hatte Ministerialrat von Schenk Görres die Entschließung des Königs mitgeteilt, wodurch Görres einen ersten Ruf nach München erhielt. Es gelang aber

1) Brief Diepenbrocks an S. vom 10. 7. 26.

Görres nicht, von der preußischen Regierung, wie es König Ludwig gewünscht hatte, die offizielle Erklärung, daß seinem Eintritt in den bayerischen Staatsdienst kein politisches Hindernis entgegenstehe, zu erwirken. Es bedurfte noch diplomatischer Verhandlungen, bis die preußische Regierung wenigstens erklärte, daß der Erlangung des bayerischen Indigenats nichts entgegenstehe, weil man den Prof. Görres als schon längst aus dem preußischen Untertanenverbande ausgeschieden betrachte.[1])

Nun aber machte die liberale Presse gegen Görres um so schärfer Front, je näher die Berufung Görres' kam.

„In dem Nürnberger Korrespondenten vom 15. Mai, Nr. 135, steht unten bei den nichtpolitischen Nachrichten eine lästerliche Glosse über Görres, worin er als Demokrat, Jesuit, Schwindler, verbranntes Hirn usw. geschildert wird. Abgesehen von der Niederträchtigkeit, die darin liegt, einen Mann, er sei wer er wolle, so öffentlich zu brandmarken, ist es auch eine große Frechheit des inländischen Zeitungsschreibers, einen ehrenwerten Gelehrten, der vom Könige mit dem Rufe als Lehrer beehrt worden (was der Redakteur wohl weiß, da er darauf anspielt), so zu beschimpfen, ein Schimpf, der doch unmittelbar auf den König selbst, der ihn berief, zurückfällt. Ich halte es für schicklich und wünschenswert, daß dem Redakteur von hoher Stelle, direkt oder indirekt, seine Frechheit verwiesen und er zu einer ehrenrettenden Erklärung angehalten werde. Ich wollte Sie nur darauf aufmersam machen, daß solchem Unfug gesteuert und er wenigstens im eigenen Lande nicht geduldet werde. Tu ipse providebis" (1. 6. 1827)

Bald darauf erhielt Sailer eine günstige Antwort. „Herzlichen Dank für das liebe Schreiben vom 11. ds. Mts. und für die erfreulichen Nachrichten Görres betreffend" (15. 6. 1827).

In Barbing, wo Schenk Ende Juli oder Anfangs August mit seiner Familie zu Besuch bei Sailer weilte, konnte

1) Galland, a. a. O. 379 ff.

Schenk ihn mit dem Worte: „Görres ist unser!“ begrüßen. Die definitive Anstellung aber verzögerte sich aus mir unbekannten Gründen noch so lange, daß Sailer wieder drängen mußte.

„Gestern abend bin ich mit meinen Begleitern von der weiten Rheinreise hier angekommen. Ich will Sie heute nur um Eines, was mir sehr am Herzen liegt, dringend bitten. Der Überbringer nämlich dieses Briefes, der sehr fleißige, brave und hoffnungsvolle Sohn des trefflichen Görres, sagt mir auf meine Frage, ob sein Vater schon nach München abgereist sei, zu meiner Befremdung, daß derselbe schon seit zwei Monaten auf sein definitives Anstellungsdekret warte, bere t nach Ankunft desselben nach München abzureisen, daß er aber seit Ihrem von Barbing aus geschriebenen Briefe gar nichts mehr erhalten habe. So standen nämlich die Sachen, als der junge Görres seinen Vater verließ. Wenn nun inzwischen die Ausfertigung des Dekretes noch nicht an ihn abgegangen ist, so bitte ich Sie, dieselbe doch so schleunig als möglich zu betreiben, damit der Mann doch so viel Zeit gewinne, sich vor Eröffnung der Vorlesungen noch in München einrichten und orientieren zu können“ (14. Okt. 1827).

Schon vor Görres wurden Schelling und Baader an die Universität berufen. Auch zu diesen Berufungen nimmt Sailer Stellung.

Viktor Goldschmidt wird einmal in seiner Dissertation[1]) bitterböse auf Herrn von Schenk, weil er „Kant Flachheit vorwirft und statt seiner einen Schelling auf den Thron hebt. . . . Aber Schelling sollte und mußte der erste, der größte deutsche Philosoph sein — denn er gefiel der katholischen Kirche. . . . Auch hier, in einer Sache, in der nur der Verstand, das Denken ganz allein gilt, vermochte sich Schenk nicht frei zu machen von den Fesseln seines Katholizismus“.

Ich verweise dagegen ohne weitere Ausführungen nur

1) V. Goldschmidt, Eduard von Schenk, Sein Leben und seine Werke. Marburg 1909. S. 112. G. schämt sich nicht, wiederholt (S. 112 u. 20) E. v. Sch., den Konvertiten, verächtlich „Renegat“ zu nennen. Auch sonst ist seine Darstellung von Einseitigkeiten nicht frei.





auf Sailers Stellung zu Schelling. Er hat sich, wie früher gegen Kant, so jetzt gegen Schelling ausgesprochen:

„Der Ruf Schellings nach München ist mir, nach reifer Überlegung und nachdem ich die Meinung mehrerer einsichtiger Männer — (nicht blos die des Volkes) —, die sich zufällig äußerte, darüber vernommen habe, als bedenklich vorgekommen. Schellings Philosophie hat sich — so rein sie im Sinne ihres Urhebers davon sein mag — von dem schreckhaften Verdachte des Pantheismus nicht frei erhalten können und namentlich hat die Schrift des lieben seligen Jakobi, darin er diese Philosophie des offenbaren Atheismus geziehen, einen tiefen, bleibenden Eindruck gegen dieselbe auf viele Gemüter aus der gebildeten Klasse und besonders aus der Geistlichkeit gemacht. Es ist daher zu besorgen, daß durch Schellings Ruf nach München das allgemeine Vertrauen dieses besonders berücksichtigungswerten Teils des Publikums auf die guten Gesinnungen des Monarchen wesentlich verletzt werden möchte; und es dürfte ratsamer sein, daß Schelling als Professor in Erlangen verbliebe."

Im gleichen Briefe nimmt Sailer eine klug mit den Gegensätzen namentlich zu Anfang rechnende Stellung zu Baader ein, der bald der Mittelpunkt des katholischen Kreises an der Universität werden sollte.

„Was die Anstellung unseres Franz Baader betrifft, so wünschte ich, daß ihm als Hauptgegenstand seiner Lehre die Aussöhnung und Übereinstimmung der Wissenschaft mit dem Glauben und des Glaubens mit der Wissenschaft und das wechselseitige Durchdringen derselben angewiesen würde. Es ist dies ein sehr wichtiger Gegenstand, den auch Baader schon besonders ins Auge gefaßt und bearbeitet hat. Würde ihm sein ganzes philosophisches oder vielmehr theosophisches System ex professo vorzutragen überlassen, so dürfte, da dasselbe erstaunliche Tiefen und Höhen umfaßt, zu besorgen sein, daß der Unverstand und Mißverstand mancherlei Anlaß zu Verdrehungen und Lästerungen darin fände. Über die oben genannte Materie aber wird Baader gewiß mit Segen lehren und daher wünsche ich sehr seine Anstellung insoferne sie so beschränkt und bestimmt werden könnte."



Sailer hat sich, freilich nur zum Teil erfolgreich, um die Berufung noch anderer katholischer Gelehrten Mühe gegeben. Es sind das vor allem Passavant, Savigny und Walter.

„Heute sei es mir vergömnt, Ihnen eine Angelegenheit zu vertrauen, die mir seit einiger Zeit am Herzen liegt. Die Sache betrifft nämlich den auch von Ihnen gekannten trefflichen Dr. Passavant in Frankfurt a. M. oder eigentlich seinen Wunsch, sich an einer geistig belebten Hochschule dem Lehrfache zu widmen. Aus seinem Schreiben an mich werden Sie sich überzeugen, daß seine Beweggründe die höchsten und edelsten sind und daß wohl schwerlich jemals eine bescheidenere und gottergebenere Bewerbung um eine Stelle stattgefunden hat als die seine ist, da es ihm lediglich um geistige Zwecke und so wenig um irdische Vorteile zu tun ist, daß er, eines höheren göttlichen Berufes gewiß, um demselben zu folgen, gern ein Opfer äußerer Vorteile sich will gefallen lassen.

Meine Ansicht von der Sache ist ganz dieselbe, welche der scharfsinnige Klemens Brentano in dem beiliegenden Briefauszuge um so unparteiischer ausgesprochen hat, als er bei seiner überspannten und etwas einseitigen Katholizität nur durch den überwiegenden Eindruck, den Passavants edler Charakter und ausgezeichnetes Talent auf ihn gemacht hat, zu einer so unbedingten Würdigung eines Mannes bewogen werden konnte, der in seinen religiösen Forschungen bis jetzt noch nicht zur vollen Anerkennung der Würde und Wahrheit der katholischen Kirche vordringen konnte, wenn gleich er viele ihrer Vorzüge vor den separatistischen Sekten bereits erkannt hat" (9. Nov. 1828).

„Mit unaussprechlicher Freude vernahm ich gestern aus Kissingen, wo Minister Altenstein im Bade ist, daß Savigny gewiß nach Bayern kommt" (2. Aug. 1826).

„Ich habe kürzlich aus Berlin beunruhigende Nachrichten über Savigny erhalten. Man schrieb mir, daß seine Gesundheit noch immer im schlechtesten Zustande ist, daß er zwar noch mit großer Anstrengung seine Vorlesungen hält, aber sonst gar nichts mehr arbeiten kann. Unter diesen Umständen dürfen wir wohl kaum hoffen, ihn für unsere Hochschule zu gewinnen" (31. 1. 28).



„Ich lege Ihnen einen Brief von Savigny bei, er nimmt uns zwar darin eine große Hoffnung, aber die religiöse Gesinnung, die daraus hervorleuchtet, hat mich innigst erfreut und wird in Ihrem Gemüte Gleiches bewirken" (1. Dez. 29).

„Jüngst las ich einen Brief von des Medizinalrats in Bonn, Walter's Frau, daß Walter mit jedem, auch dem geringsten, Gehalt nach Bayern ginge, wenn ihn der König rufen würde. Es ist schade, daß Bayern den Mann, der als Augenarzt keinen über sich und als Chirurg wenige sich gleich hat, ungerufen läßt. Verdient das Auge der Königin keine gebührende Rücksicht? Die Ärzte ausgenommen, und die nicht alle, würde das ganze Königreich über Walters Rückkehr jubeln" (März 1827).

**Sailer hat den Minister aufmerksam gemacht auf Dr. Jarcke, denselben, der in der ersten Periode der stärkste politische Kopf unter den Mitarbeitern der „Histor.-polit. Blätter" war.**

„Schon im Oktober 1829 ward mir von Graf Spaur, Sekretär bei der Kgl. B. Gesandtschaft in Berlin, der Ihnen schon bekannte Dr. Jarcke, außerord. Professor der Rechtswissenschaft auf der Berliner Universität, zur Anstellung an der Hochschule München empfohlen. Sein neues Handbuch des gemeinen deutschen Strafrechtes hat mir sehr gefallen. Weil ich aber in diesem Fache keine Stimme habe, so bat ich Herrn Direktor Rudhardt, mir ein gründliches parteiloses Urteil von dem Werke desselben zu verfassen. Ich lege Spaur's Brief und Rudhardt's Urteil und Jarcke's Schicksal mit Empfehlung in Ihre Hände" (1. Dez. 1829).

**Für Sailers Objektivität und seinen mächtigen Einfluß bei Berufungen sind zwei Empfehlungen charakteristisch:**

„Auch empfehle ich den Privatdozenten der Rechte zu Erlangen, Herrn Alexander Lang, als Kandidaten einer außerordentlichen Professur der Rechte an der Juristenfakultät: ich kannte seinen Großvater, kenne seine Eltern und ihn sehr genau. Er wird der Wissenschaft Ehre machen; er verbindet Talent, Wissenschaft, Rechtschaffenheit" (24. 3. 30).



„Ich bin so frei, Ihnen, den wiederholten Bitten des H. Präsidenten von Link und seines wackeren Sohnes gemäß beiliegende von letzterem verfaßte Schrift samt einem brieflichen Aufsatze an mich zu übersenden. Der junge H. v. Link, der mir nicht nur von zuverlässigen Freunden als ein sehr talentvoller, fleißiger, unterrichteter und religiös gesinnter Mann gerühmt worden, sondern auch mir selbst bei persönlicher Bekanntschaft als solcher erschienen ist, wünscht nämlich, an einer unserer katholischen Hochschulen im juridischen Lehrfache und zwar in dem des Kirchenrechts angestellt zu werden".

Mit besonderem Eifer vertrat Sailer die Förderung der theologischen Fakultät an der Universität. Es sind viele Namen, die Sailer in seinen Briefen nennt, es begegnen darunter schon jene, die ein Jahrzehnt später den Ruf der Fakultät in der katholischen Welt verbreiten, es zeigt des Bischofs Menschenkenntnis, wie er den einen und anderen beurteilt.

„Da es von höchster Wichtigkeit ist, daß die theologischen Lehrstellen aufs beste besetzt werden, so habe ich für die Dogmatik, zumal wenn die Universität nach München versetzt wird, in Amann das beste Talent dazu ausgesucht und mich im voraus seiner Annahme versichert. Sollte Hortig die Dogmatik lieber dozieren, so wird Amann die Moral übernehmen" (26. April 1826).

„Wenn, wie zu erwarten steht, das Klerikalseminar mit der Universität vereinigt bleibt und also mit nach M. wandert, so bleibt auch Wiedmann für den Lehrstuhl der Pastoral und Liturgik.

Mall wird als Lehrer der orientalischen Sprache immer noch gute Dienste leisten können; Hermeneutik und Exegese, für die er nicht sehr geeignet ist, möchten wohl dem Prof. Allioli besonders überlassen werden müssen.

Der junge Döllinger ist mir aus Aschaffenburg von guter Hand zwar als ein fähiger, aber auch als ein ungemein hoffärtiger, eitler Mensch geschildert worden. Würde er vorläufig nur als Privatdozent angestellt, so würde ihm dadurch Gelegenheit gegeben, seine Kenntnisse anzuwenden und zu erweitern und Ihnen,



seinen Charakter und seine Geistesrichtung näher zu beobachten" (9. Mai 1826).

„Die Kirchengeschichte, die Hortig auch las, wird Wiedmann neben seinen Fächern mit Geist und Würde lesen, besonders wenn er Hortigs Lehrbuch zu Grunde legt" (12. Aug. 1826).

„Wegsehend von meiner Privatüberzeugung, daß Prof. Buchner in Würzburg für die von Hortig zu verlassende Professur an der Universität besonders tüchtig sei, habe ich mich nun auch nach seinem Rufe als Lehrer und zwar namentlich bei dem braven Domdechant und Generalvikar Onymus in Würzburg, der selbst lange Zeit Professor der Dogmatik war, erkundigt und von ihm die Versicherung erhalten, daß Buchner dort als gelehrter, orthodoxer und frommer Lehrer allgemein anerkannt wird, daß man mit seinem Vortrag und überhaupt mit der Führung seines Lehramtes völlig zufrieden sei, daß wenigstens er, Onymus, noch von keiner Klage oder Ausstellung gehört, so sehr er sich auch darum erkundigt habe. . . . Ich wußte keinen besseren vorzuschlagen" (7. 3. 1827).

„Die christliche Moral kann mit Würde lehren Dr. Brendel, der Talent, Mut und Lehrgabe dazu besitzt" (12. Aug. 1826).

„Ich möchte Sie auf eine neue merkwürdige Erscheinung im Gebiete der theologischen Literatur aufmerksam machen, die mich ungemein erfreut hat, auf das Buch: „Athanasius der Große und sein Zeitalter" von Möhler, Professor extra-ord. in Tübingen. Mainz bei Kupferberg 1828. Ich habe nicht leicht ein Buch gelesen, das mich so angezogen hat; Gründlichkeit und Klarheit, Wärme und Ruhe, Geistesfreiheit und Orthodoxie, Scharfsinn und klassische Darstellung sind darin aufs Schönste verbunden. Ich habe zu meiner großen Freude den Verfasser auf meiner letzten Reise kennen gelernt, einen jungen, geistreichen, bescheidenen, anmutigen Mann, voll priesterlicher Haltung und Würde. Ich bitte Sie sehr, das Buch zu lesen; es verdient Ihre Aufmerksamkeit gewiß" (16. I. 1828).

Indem so Seiler für die ideellen Interessen der Fakultät besorgt war, vergaß er nicht die Förderung der materiellen.

„Ich übersende Ihnen hiebei einen Antrag über Gehaltserhöhung der theologischen Professoren der Universität München. Ich hoffe, er wird auch aus Ihrem Herzen geschrieben sein“ (9. Sept. 1826).

* * *

Noch näher als die Interessen der Universität standen dem Bischofe die der Lyzeen.

„Nun noch von einer anderen Angelegenheit, die mich jetzt als wirklichen Bischof noch näher interessieren müßte, wenn meine Teilnahme an Allem, was mit dem Wohle der Kirche und des Vaterlandes zusammenhängt, noch einer Steigerung fähig wäre. Es ist die neue Organisation der Lyzeen.

S. M. haben Sich durch die bereits ausgesprochene Erhaltung dieser Anstalten die Episkopate zu neuer unbegrenzter Dankbarkeit verpflichtet; denn es ist unleugbar, daß ohne die Lyzeen das Bedürfnis der Kirche an Kandidaten des Priesterstandes nicht befriedigt werden kann. Deshalb sollen denn auch die Lyzeen künftig zunächst als theologische Spezialschulen angesehen werden. Dem Vernehmen nach ist aber diese Bestimmung der Lyzeen von einigen einflußreichen Schulmännern so gedeutet worden, als wenn dadurch die allgemeine philosophische Bildung an diesen Anstalten als eine unbedeutende Nebensache betrachtet und das philosophische Studium auf ein einziges Jahr beschränkt werden sollte. Ginge ein solcher Vorschlag von Katholiken selbst aus, so dürfte man sie mit vollem Rechte der Lichtscheue und der beabsichtigten Herbeiführung des Obskurantismus zeihen; geht er aber von Protestanten aus, so müßten wohl ganz andere Motive zu Grunde liegen: Der Zweck aber bleibt derselbe, nämlich den katholischen Klerus in der Unwissenheit zu erhalten. Was mich jedoch beruhigt, ist der Gedanke, daß ein solcher Plan, von woher er immer kommen möge, an der Weisheit unseres Wissenschaftliebenden Königs und Seines Ministeriums scheitern wird, welche gewiß einsehen,



daß ein unwissender Klerus von jeher die Schande und das Verderben der Kirche und des Staates war, und daß derselbe vorzüglich in unseren Tagen nur durch gründliche Bildung seine Stellung und Wirksamkeit in der Gesellschaft behaupten und seinen erhabenen Beruf erfüllen kann. . . . Es ist höchstes Bedürfnis, daß die Lyzeen, sollen sie je ihrem Zwecke entsprechen, in ihrer bisherigen Gestalt fortbestehen, welche sich als so durchaus trefflich bewährt hat, und daß an ihnen die philosophischen Wissenschaften in 2, und die theologischen in 3 Jahren auch künftig noch gelehrt werden" (24. Sept. 1829).

(Schluß folgt.)

## LXXV.

## Der Liberianische Papstkatalog.

Von Universitätsprofessor Dr. theol. Kellner in Bonn.

Die ältesten Nachrichten über die Bischöfe von Rom treten uns entgegen entweder in der Form einfacher Listen, welche bloß die Namen der Inhaber des bischöflichen Stuhles nebst der Amtsdauer eines jeden in Jahren, Monaten und Tagen enthalten, oder in der Form ausführlicherer Verzeichnisse, welche außer den Namen Mitteilungen verschiedener Art bringen, als Eltern, Geburtsort, Zeit der Amtsführung nach einer der gebräuchlichen Ären, Kaiser- oder Konsularjahren, Zahl der vorgenommenen Ordinationen und andere Ereignisse, sowie den Ort des Begräbnisses. Das ausführlichste dieser längeren Verzeichnisse — wir nennen sie Kürze halber Kataloge — ist das sog. Papstbuch (liber pontificalis), das kürzeste der liberianische Papstkatalog, so genannt nach dem Papste, womit er endet, dann der Felicianus und Cononianus, welche beide vom ursprünglichen Text des Papstbuches abhängig sind. Wir beschäftigen uns hier nur





mit dem Liberianus, dessen Entstehung, Überlieferung und Glaubwürdigkeit.

Das erste Buch der Weltchronik des Eusebius von Caesarea besteht, wie bekannt, zum größten Teile aus Verzeichnissen von Regenten aller Länder der damaligen Kulturwelt, Kaiser, Könige, Konsulen, Archonten oder wie sie sonst heißen mögen. Wir finden dort die Namen der Beherrscher der großen Weltreiche: Assyrien, Babylonien, Ägypten, Persien, usw., sowie die Regentenreihen der kleinen Staaten, der Königreiche Sikyon, Korinth, Athen, Sparta usw. von der Entstehung dieser Staaten an bis zu deren Untergang zusammengestellt und erfahren bei der Mehrzahl auch, wie lange jeder einzelne regiert hat. Solche Verzeichnisse konnten nur dadurch entstehen, daß man in der alten Kulturwelt allüberall die Namen der Staatsoberhäupter aufzeichnete, und dieses zu tun gab es überall dieselben Ursachen. Im Lauf der Zeit wurden diese Verzeichnisse von Geschichtschreibern gesammelt, und Eusebius war nicht der erste und nicht der letzte, der dieses tat. Diese Sammlungen, wie eben die genannte Weltchronik, bilden für die Nachwelt den Niederschlag und die Grundlage des historisch-chronologischen Wissens.

Was bei Königen und republikanischen Regenten geschah, konnte zum Nutzen der Sache und im Interesse der Geschichtschreibung bei allen Amtsinhabern und auch bei den geistlichen Oberhäuptern geschehen, wo es solche gab. Und in der Tat finden wir schon in der Archäologie des Josephus die Namen der jüdischen Hohenpriester genau angegeben, wenigstens für die letzten Jahrhunderte. Daß die Namen der Bischöfe der einzelnen Diözesen im christlichen Altertum überall aufgezeichnet und die Listen in den sog. Diptychen fortgeführt wurden, habe ich an einem anderen Ort [1]) gezeigt. Und so sind uns Bischofslisten aus dem Altertum vielfach überliefert und bei den Hauptkirchen: Jerusalem, Antiochien und Alexan-

1) Vgl. meinen Artikel: Kletus und Anakletus im histor. Jahrbuch der Görres-Gesellschaft 1912. S. 103—113.



drien reichen sie bis in das höchste Altertum, bis zur Zeit der Gründung dieser Sitze hinauf. Sie sind von einem byzantinischen Gelehrten des neunten Jahrhunderts in einer sog. „kurzgefaßten Chronographie“ *Χρονογραφεῖον σύντομον* gesammelt[1]) und wurden von den besten Geschichtsforschern als ernsthaft zu nehmende Quellen für die Geschichte dieser Sitze angenommen und behandelt, sind mehrfach gedruckt und kommentiert worden.[2]) Eine solche Liste kann, wenn sie in den genannten Städten vorhanden war, in Rom nicht gefehlt haben. Sie anzulegen und fortzuführen, das ging über die geistigen Fähigkeiten der römischen Christen der ersten Jahrhunderte gewiß nicht hinaus. Listen des Klerus wurden ja in allen Gemeinden geführt, und Ursachen, sie zu führen, konnten in Rom am allerwenigsten fehlen; waren doch die Bischöfe die Repräsentanten der Gemeinde den Staatsbehörden gegenüber und Träger des Kircheneigentums, deren Namen beim Meßopfer genannt und rezitiert wurden und zwar nicht etwa aus dem Gedächtnis, sondern aus einem schriftlichen Verzeichnis, aus den Diptychen.[3]) Wenn nun von den Synagogengemeinden Roms jede ihren Schriftführer (*γραμματεύς*) hatte,

1) Das *Χρονογραφεῖον σύντομον* ist abgedruckt in der Ausgabe der Chronik des Eusebius von Schöne. Bd. I Appendix IV. Eine analoge Schrift haben wir von dem Patriarchen Nikephorus von Constantinopel † 829, die auch eine Liste der jüdischen Hohenpriester enthält. Ed. de Boor, Leipzig 1880. S. 108.

2) Vgl. die Arbeiten von Papebrochius, historia chronolog. episcoporum Hierosolymitanorum in Acta SS. Boll. Mai tom. I. Assemani Jos. Simon, series chronol. patriarcharum Antiochiae. Sollerius J. B., Tractatus de patriarchis Alex. Acta SS. Boll. Aug. II, 10. Harnack Ad., Die Antiochenischen Bischöfe bis Donus. Gutschmid, Kleine Schriften. Bd. II. Ein laterculus ep. Rom. et Alexandrinorum findet sich in opp. s. Athanasii ed. Montfonion t. I pag. XC. Henschen, diatriba praeliminaris in catalogos vets. Rom. pontif. Acta SS. April t. I. Die Arbeiten von Le Quien, oriens christianus und L. Duchesne, fastes episcopaux sind hinlänglich bekannt.

3) Vgl. Schermann, griechische Liturgien. Kempten. S. 111 u. 149.



der die Urkunden anfertigen mußte,[1]) so wird es in der großen Christengemeinde Roms wohl auch an tauglichen Leuten nie gefehlt haben, um ein Bischofsverzeichnis anzulegen und fortzuführen.

Nach diesen allgemeinen Bemerkungen wird man versucht sein, den Schluß zu ziehen, daß die Papstkataloge an einem Mangel leiden, der bei Geschichtsquellen sehr ins Gewicht fällt, an Anonymität. Glücklicherweise ist das gerade bei dem ältesten nicht der Fall; der Liberianus ist nämlich durch den Namen einer historisch gesicherten Person gedeckt, die durch ihre Stellung das größte Vertrauen verdient, durch den des Kalligraphen und Verehrers des Papstes Damasus Furius Dionysius Philokalus. Dieser fertigte im Jahre 353 für einen gewissen Valentinus ein Kalenderwerk an, worin sich außer andern für solche Werke passenden Nachrichten und Hilfsmitteln auch ein Verzeichnis der römischen Bischöfe befindet, welches bis auf Liberius reicht und das deswegen den Namen Catalogus Liberianus erhalten hat. Das Werk im Ganzen ist unter der Bezeichnung des Chronographen von 354 bekannt, weil die darin enthaltenen geschichtlichen Nachrichten, Auszüge und Dokumente bis z. J. 354 n. Chr. reichen. Der passendste Name dafür dürfte Hemerologium Valentini sein, da es ursprünglich als Nachschlagewerk oder Hilfsbuch für einen höheren Beamten der Stadt Rom, namens Valentinus, zu dienen bestimmt war.[2])

Die handschriftliche Überlieferung dieses kostbaren Überrestes des Altertums ist nun freilich eine traurige; denn sie besteht in zwei sehr jungen Abschriften, die aus einem Codex des achten oder neunten Jahrhunderts genommen sind. Dieser stammte aus Arras und ist seit dem Jahre 1620 spurlos verschwunden. Er war damals in gelehrten Kreisen unter dem

1) Müller Nikolaus, Die jüdischen Katakomben aus Monte verde zu Rom. Berlin 1912. S. 110 f.

2) Dem Folgenden liegt im ersten Teile die Abhandlung von Th. Mommsen zu Grunde: Über den Chronographen vom Jahre 354. Sächsische Akademie der Wissenschaften 1850.



Namen des „Konstantinischen Kalenders“ bekannt. Von den Abschriften befindet sich die eine, von P. Heribert Rodweyde genommen, in Brüssel (7542—7548), die andere in Wien, Cod. lat. 3416, welche dem kaiserlichen Rat Johann Furmagen † 1499, dann dem Wiener Weihbischof J. Lang gehörte. Dazu kommt ein kleiner Rest einer aus dem neunten Jahrhundert stammenden Abschrift in Bern, sodaß also die handschriftliche Bezeugung der Existenz dieses Kalenderwerkes doch genügend gesichert ist. (Cod. Bern. 108.) Auch von den Bildern, welche dem Werke beigegeben waren, sind noch zerstreute Blätter aus andern alten Exemplaren als dem Wiener Codex in römischen Bibliotheken erhalten.

Zum Glück kann man den ursprünglichen Bestand des Kalenderwerkes feststellen und die späteren Anhängsel davon scheiden. Die Handschriften enthalten eine Anzahl einzelner Dokumente, die Brüsseler weniger, die Wiener mehr, wovon ein Teil offensichtlich bis zum Jahre 354 reicht, andere weiter gehen, so daß man sieht, es sind namentlich in dem Wiener Codex von den Abschreibern spätere Stücke hinzugeschrieben worden. Die Stücke, welche von Philokalus herrühren, sind schon daran sicher zu erkennen, daß sie zum größeren Teil mit dem J. 354 n. Chr. abschließen. Sie gehören zum ursprünglichen Bestande des Kalenderwerkes und sind es, die uns interessieren.

Die Bestandteile des Sammelwerkes sind nach der Wiener Handschrift folgende:

1. Ein Titelblatt. Es zeigt ein Tor, das durch einen Vorhang halb verdeckt ist. Daneben liest man Valentine floreas in Deo. Darunter stehen zwei Genien, welche je einen Schild halten mit der Aufschrift: Valentine lege feliciter und daneben Furius Dionisius titulavit. Hier haben wir den Namen des Kalendermachers.

2. Natales Caesarum d. h. die Geburtstage der Kaiser von Augustus an bis Constantius II., der Dominus noster genannt wird, sein Brustbild und die typischen Bilder der

vier Hauptstädte des Westreiches; ferner die Vollbilder Constantius II. und des Constans.

3. Der astronomische und bürgerliche Kalender mit Monatsbildern. Es fehlen die heidnischen Opferzeremonien und Festtage; christliche Feste sind noch nicht aufgenommen, wohl aber die Wocheneinteilung.

4. Die fasti consulares, eine Liste der römischen Konsuln von Anfang an bis 354 n. Chr. Es ist die beste Liste, die existiert, weil fehlerlos. Dadurch erregte sie früh die Aufmerksamkeit der Gelehrten, namentlich des Cuspinianus. Bei dem Jahre 745 u. c. findet sich die Bemerkung: Hoc cons. Jhs. Chr. natus est, bei dem J. 29 n. Chr.: His conss. Jhs. Chr. passus est die Veneris luna XIV., bei 33: His conss. Petrus et Paulus ad urbem venerunt agere episcopatum und bei 55 n. Chr.: His conss. passi sunt Petrus et Paulus III. kal. Jul. Diese Bemerkungen haben in dem offiziellen Konsularverzeichnis, dessen Reste man in Rom auf Marmortafeln im Kapitol noch jetzt sieht, natürlich nicht gestanden, sondern sind von einem Abschreiber, hier selbstverständlich von Philokalus, beigefügt worden.

5. Mit den fasti consulares zu verbinden ist die Ostertafel, auf der die Tage des Osterfestes, von 312 an auf 100 Jahre vorausberechnet, angegeben sind.

6. Ein Verzeichnis der Präfekten der Stadt Rom von 258 bis 354 n. Chr.

7. u. 8. Die Depontio martyrum et episcoporum, d. i. die Sterbetage der römischen Bischöfe von Lucius I. bis Silvester und der in Rom verehrten Martyrer ersten Ranges.

9. Ein Verzeichnis der römischen Könige.

Die genannten Stücke gehörten jedenfalls zum ursprünglichen Bestande des Kalenderwerkes des Philokalus. In der Wiener Handschrift finden sich nun freilich noch eine Anzahl ähnlicher Dokumente angehängt, die dem Inhalte nach verwandt, aber im Laufe der Zeit von verschiedenen Abschreibern hinzugefügt worden sind und mit ihm nur



äußerlich eine Einheit bilden.[1]) Sie charakterisieren sich zum Teil schon dadurch, daß sie über das Jahr 354 hinausreichen.

Die Eingangs erwähnte Brüsseler Handschrift dagegen enthält nur die alten Stücke, welche bis 354 reichen. Sie stammt von einem anderen Original als die Wiener, vermutlich aus dem seit 1620 verschollenen Codex des Faber-Peirese. Da letztere mit dem Titelbilde[2]) versehen ist, worauf sich der Name des Philokalus findet, so ist dadurch verbürgt, welche und wie viele Stücke ursprünglich das Kalenderwerk des Philokalus bildeten. Unter ihnen befindet sich vor allem der uns hier interessierende Liberianische Papstkatalog. Inhaltlich hat die Brüsseler vor der Wiener Abschrift nur einen kleinen Abschnitt astrologischen Inhaltes voraus, der über die Einflüsse der Wochentage und Tagesstunden auf die Geschicke des Menschen handelt. Dieselbe ist veröffentlicht von Mommsen a. a. O., S. 566 f.; vergl. auch ebenda S. 557.

Das Verzeichnis der römischen Bischöfe ist der Gegenstand unserer speziellen Untersuchung und wir müssen zu diesem Zwecke seine Eigenart genau darlegen.

Das Verzeichnis der römischen Bischöfe von Petrus bis Liberius mit Angabe des Anfangs- und Endjahres der einzelnen Pontifikate in Konsularjahren mit der Überschrift: Quis episcopus quot annis praefuit vel quo imperante

1) Es sind folgende: 1) Ein zweites Konsularverzeichnis, das bis 533 n. Chr. reicht, aber sehr fehlerhaft ist, von Mommsen fasti Vindobonenses genannt. 2) Ein Verzeichnis der römischen Kaiser und Herrscher bis Odoacer. 3) Eine Weltchronik. 4) Ein conspectus annorum von Adam an. 5) Origo gentis Romanorum. 6) Imperia Romanorum. 7) Regiones urbis Romae, alles vereinigt im Codex Vindob. lat. 3416.

2) Eine höchst charakteristische Zugabe des Kalenderwerkes des Philokalus ist der Bilderschmuck, da er verbürgt, was ursprünglich dazu gehört und was nicht. Vom Titelblatt ist oben die Rede gewesen, die übrigen sehr interessanten Bilder sind zugänglich gemacht durch Strzygowski, die Kalenderbilder des Chronographen von 354. Berlin 1880 in 4° aus den Jahrbüchern des archäol Instituts.



kann nur aus dem Archiv der römischen Kirche entnommen [1]) sein und ist die Grundlage des ersten Teiles des Liber pontificalis und der anderen Papstkataloge für die Zeit bis 354 n. Chr. Bis Pontianus wird für das Todesjahr jedes Papstes das betreffende Konsulat angesetzt, für den Anfang des folgenden Pontifikates aber das folgende Konsularjahr. Dies entspricht der ägyptischen und jüdischen Art die Regentenjahre zu zählen, wonach die Todesjahre immer ganz dem Vorgänger zugelegt werden, die Regierung des Nachfolgers aber erst mit Neujahr des folgenden Kalenderjahres beginnt; letzteres eigentlich verkürzt, die des Vorgängers aber, streng genommen, verlängert wird. Dieses Verfahren hat bei den Gelehrten Anstoß und Verdacht erregt.

Von Pontianus an ist dieses System verlassen. Endjahr des Pontifikates und Anfangsjahr des folgenden werden nicht mehr in dieser Weise geschieden, sondern bekommen dasselbe Konsulat; jeder Papst tritt sein Amt in demselben Jahr an, in welchem sein Vorgänger gestorben ist. Daß im Laufe von dreihundert Jahren eine solche Änderung beliebt wurde, war wohl zu erwarten, da die erstere Zählweise in Rom ein exotisches Gewächs war, und nur so lange für das Publikum verständlich blieb, als die Mehrheit desselben jüdischer Abstammung war,[2]) zu deren Gewohnheiten und Ansichten jene Zählweise paßte. Als die Heidenchristen in der römischen Gemeinde die Mehrheit zu bilden anfingen, wurde das alte System aufgegeben. Die Ereignisse des Jahres 235 gaben ohnehin schon genügende Veranlassung für diese Änderung; denn am 27. September 235 dankte Pontianus ab und Anteros, der nur vier Monate im Amte blieb (bis 3. Januar 236) hätte nach der früheren Zählweise in der Reihe keinen Platz gefunden. Also ist kein Grund vorhanden,

1) Vgl. Th. Mommsen S. 574 u. 583 a. a. O.

2) Vgl. meinen Artikel, Das Judentum in der Urkirche. „Histor.-polit. Blätter" 1912, I.

in dieser Änderung etwas Auffallendes zu sehen oder gar Fälschungen oder Machenschaften irgend welcher Art dahinter zu suchen. Es ist leicht begreiflich, daß bei diesem Verfahren der Name des Anteros nicht in das Verzeichnis aufgenommen werden konnte, sondern sein Pontifikat hätte ebenso sicher ausfallen müssen, wie Galba, Otho und Vitellius in manchen Kaiserlisten ausgefallen sind.[1]) Dieser Umstand allein konnte eine hinreichende Ursache abgeben, von der bisherigen Zählweise abzugehen. Überhaupt ist es verkehrt, bei der Entstehung dieser Listen, zwei oder drei Hände tätig zu sehen; es konnten ihrer zwanzig und mehr gewesen sein; denn beim Tode eines jeden Papstes konnte möglicherweise ein anderer Schreiber da sein, der die Eintragung in die Diptychen zu machen hatte; auch sind diese Kataloge nicht als Literaturprodukte zu behandeln, sondern als statistische Aufzeichnungen, die von Amts wegen geschahen. Man kann also aus dem Umstande, daß in den Katalogen verschiedene Hände zu erkennen sind, überhaupt keinen Schluß gegen ihre Echtheit und Glaubwürdigkeit ziehen. Im Gegenteil, völlige Gleichförmigkeit mußte Verdacht erwecken. Mommsen wollte in seiner letzten Arbeit über die Papstverzeichnisse des Altertums sie in zwei Klassen teilen, was man sich gefallen lassen kann. Aber wenn er meint, sie stammten aus einer gemeinsamen Urschrift,[2]) so ist das nicht verständlich. Sie stammen nicht aus einer Urschrift, sondern aus den vielen vereinzelten statistischen Aufzeichnungen in das Diptychon der römischen Kirche. Die hier gegebene Erklärung des verschiedenartigen chronologischen Verfahrens dürfte ebenso einfach als sachlich richtig sein und die Verdachtsgründe gegen Echtheit und Zuverlässigkeit der Zahlen beseitigen.

Um alle Anstände und Verdächtigungen abzuschneiden, muß noch bemerkt werden, daß sich im Felicianus genau

1) Z. B. **Eusebius** chron. 1 App. S. 36.
2) **Th. Mommsen:** ordo species et spatia episcoporum Rom. im **Neuen Archiv** f. ält. D. Gesch. 1896. Heft II. S. 335–357.

dieselbe chronologische Methode findet, nur ist sie nicht immer vollständig, sondern hie und da ein Konsulat ausgelassen, an der kritischen Stelle aber bei Pontianus stimmt er mit dem Liberianus in den Konsulaten überein. Jedoch hat der Felicianus den Anteros irrtümlich dem Pontianus vorgestellt. Der Grund dieses Irrtums ist leicht ersichtlich: es fehlen bei Anteros die Konsulate. Das Papstbuch und der Canonianische Katalog machen diese Fehler nicht mit, folglich kann der Felicianus nicht ein Auszug aus dem jetzigen Papstbuche sein. Auch in diesem finden sich noch Spuren derselben chronologischen Methode, sodaß man zu der Behauptung berechtigt ist, dieselbe sei in den Originalen befolgt worden, aus welchen alle Kataloge geschöpft sind. Zu bemerken ist noch, daß in der Überschrift dieses Dokumentes der Tod des Herrn in das Konsulat der beiden Gemini 29 n. Chr. gesetzt wird. Das andere, oder vielmehr das erste chronologische Moment, welches sich im Papstkatalog des Philokalus findet, ist die Amtsdauer der einzelnen Bischöfe in Jahren, Monaten und Tagen, also: Petrus annos XXV. m. I. dies IX, Linus ann. XII. m. VI, dies XII. usw. Es bedarf nun keines Nachweises, daß sich in diesen Zahlenangaben bei der Beschaffenheit der römischen Ziffern Schreibfehler leicht einstellen konnten und wirklich eingeschlichen haben. Letzteres ergibt sich aus den Abweichungen, die sich in den Ziffern der verschiedenen Kataloge finden; die in Konsularjahren gegebenen Zeitbestimmungen bestehen dagegen aus mehreren Zeilen: die Zahlen aber nur aus ein paar Buchstaben. Es ist also ganz unzulässig, wenn die Zahlen mit den Konsularangaben in Widerspruch stehen oder die Gesamtsumme nicht stimmt, den Zahlen Recht zu geben und die Konsulate durch jene verbessern zu wollen. Wenn Widersprüche vorhanden sind, so sind die Zahlenangaben preiszugeben.

Mommsen, der in neuerer Zeit zuerst wieder die Aufmerksamkeit auf das in Rede stehende merkwürdige Sammelwerk gelenkt hat, hat sich die Ansicht gebildet, „dem Redakteur



habe für die Epoche bis zum Jahre 230 nichts vorgelegen als ein Verzeichnis der römischen Bischöfe von Petrus an mit Angabe ihrer Amtsdauer". Um dieses dem zweiten Teile des Verzeichnisses, wofür er in der Tat Konsulatsangaben vorfand, einigermaßen zu akkomodieren, habe er nach den ihm vorliegenden Konsulatslisten und Kaiserverzeichnissen die auf jeden Bischof betreffenden Konsulate und Kaiser berechnet.[1]) — Es ist nicht abzusehen, warum sich im päpstlichen Archiv — denn aus diesem stammen die Angaben — bloß das eine und nicht das andere fand. Und gesetzt auch, die Redaktion habe diese Berechnung gemacht, so war das kein Kunststück; sie hatte die Mittel dazu, und Eusebius hat, wie wir sehen werden, einen ähnlichen Versuch wirklich gemacht, der aber sehr schlecht gelungen ist. Übrigens sollen sich im päpstlichen Archiv des ältesten Rom auch noch andere Nachrichten gefunden haben, die — nach Harnack — zuverlässig sind, nämlich Angaben, wieviele Ordinationen jeder Papst vorgenommen habe.[2]) Die Redaktion hat also nicht zwei verschiedene Quellen benutzt, wie Mommsen meint, sondern nur eine, die aber im Laufe der Zeit ihre chronologische Methode geändert hat.

Zum ursprünglichen Bestande des Kalenderwerkes des Philokalus könnten möglicherweise noch gehört haben: 1) Die Weltchronik, ein Auszug aus der Bibel von Erschaffung der Welt an usque ad hodiernum diem. Sie endigte mit dem Jahre 334 (a. a. O. S. 637—643 abgedruckt). 2) Ein Auszug aus der Geschichte und Vorgeschichte Roms, beginnend mit den Königen von Alba longa und endigend mit Licinius (Mommsen a. a. O. S. 644—648). Sie enthält städtische Vorkommnisse untergeordneter Art (Mommsen a. a. O. S. 598). 3) Ein Verzeichnis der Regionen der Stadt Rom ohne besondere Überschrift. Diese drei Stücke bilden

1) Th. Mommsen: S. 581 ff. Vgl. auch: Neues Archiv für ältere deutsche Geschichte. 1896. S. 335—357. Ordo series et spatia episcoporum in libro pontificali.

2) Harnack in den Abhandl. der Berliner Akademie 1904.



eine eigene Gruppe. Die beiden letzten passen zum Zwecke des Werkes noch einigermaßen, das erste aber nicht.

Entschieden nicht zum ursprünglichen Bestande gehörten die Annalen, welche zuerst die Könige des alten Rom aufzählen und dann von Cäsar an die römischen Konsuln bis 533. Mommsen S. 656—668 hat sie in dem Abdruck der Monumenta Germaniae Fasti Vindobonenses betitelt. Sie geben sich durch bedeutende Abweichungen von den fasti consulares bei Philokalus als ein ihm nicht zugehöriges Werk zu erkennen und sind von späteren Abschreibern des Kalenderwerkes des Philokalus angehängt.[1]) Dieses Stück fehlt in der Brüsseler Handschrift, ebenso die drei zuvor genannten. Dafür bietet dieselbe einige kleine Stücke, welche Astrologie betreffen,[2]) die sich in der Wiener nicht finden.

Das sind die Bestandteile des ersten Kalenders der christlichen Zeit, welchen wir kennen. Sie sind teilweise derart, wie man sie noch heute in den Kalendern zu finden gewohnt ist, dann aber auch solche, wie man sie eben nur in der Stadt Rom und zwar i. J. 354 bei amtlichen Geschäften brauchen konnte.

Die einzelnen Bestandteile, die wir hier aufgezählt und charakterisiert haben, zerfallen, wie gesagt, in drei Gruppen, wovon eine jedenfalls ursprünglich nicht zum Ganzen gehörte, namentlich der conspectus annorum. Eine zweite Gruppe bilden die Weltchronik, die Chronik der Stadt Rom und das Verzeichnis der Regionen der Stadt. Diese drei Stücke bilden, wie Mommsen bemerkt,[3]) ein kleines Ganzes für sich, bei dem es zweifelhaft erscheint, ob es dem Kalenderwerke, dem eigentlichen Hauptwerke, nur äußerlich beigefügt oder durch einen inneren Zusammenhang damit verbunden war. Die zweite Annahme scheint mehr für sich zu haben, als die erstere. Dafür spricht zunächst die Gleichartigkeit der beiden

---

1) Th. Mommsen a. a. O. S. 585.

2) Abgedruckt ebenda S. 556 f.

3) Th. Mommsen a. a. O. S. 609.

Sammlungen. Wer sich für die Konsuln, Stadtpräfekten und römischen Bischöfe interessierte, hätte, sollte man denken, doch auch ein Verzeichnis der Kaiser wünschen müssen. Dieses fehlt in der Sammlung von 354, aber es findet sich in der von 334. In der letzteren fehlt das Verzeichnis der römischen Bischöfe, aber es findet sich in der von 354. So kann also die ältere Sammlung, deren Inhalt der Veränderlichkeit wenig unterworfen war, schon 334 vorhanden gewesen sein und wurde dann zwanzig Jahre später mit der anderen, wofür zur Zeit ein Bedürfnis vorhanden war, verbunden.

Dieses Bedürfnis scheint ein praktisches, aktuelles gewesen zu sein, das sich an die Person des auf dem Titelblatt genannten Valentinus knüpfte. Eines Mitgliedes der römischen Beamtenhierarchie, das diesen Namen führte, gedenkt Ammianus Marcellinus.[1]) Dieser Valentinus war i. J. 359 Befehlshaber der in Illyrien stehenden Truppen und versah 365 in Picenum denselben Posten. Wenn er in der Stadt Rom eine Beamtenstelle bekleidet haben sollte, so hätte er eine wie in Rede stehende Sammlung gut gebrauchen können. Dieselbe enthält die Sitzungstage des Senats, die bürgerlichen Feiertage, die Konsularliste, welche zur Datierung von Schriftstücken in der Stadt Rom unentbehrlich war, sowie geschäftliche Notizen über Vorkommnisse aller Art, deren Kenntnis einem höheren Beamten teils unentbehrlich, teils nützlich war. Ob der Genannte oder ein Namensvetter dieses Sammelwerk hat anfertigen lassen, ist natürlich nicht zu entscheiden. Daß der betreffende Beamte ein Christ war, geht aus der Widmung auf dem Titelblatt hervor.[2])

Haben wir nun über den ersten Benutzer des Werkes leider keinen sicheren Anhaltspunkt, so besteht Gewißheit in Betreff des Redakteurs. Er gibt seinen vollen Namen auf dem

1) Ammianus Marcell. 18, 3. 5.

2) Abbildung und Beschreibung bei Strzygowski a. a. O.

Titelblatt an: Furius Dionisius Philocalus. Eine Persönlichkeit dieses Namens erscheint auf Inschriften der Katakomben, insbesondere der Grabschrift, welche Damasus seinem Vorgänger Eusebius setzte,[1]) und bezeichnete sich dort als: Damasi papae cultor atque amator F. D. Ph. scriptor. Als Skriptor hatte er dem Steinmetzen die Buchstaben auf dem Stein vorzuzeichnen. Dieser Mann also, Kalligraph und Günstling des Papstes Damasus, hat das Kalenderwerk, womit wir uns hier beschäftigen, zusammengestellt und für die künstlerische Ausstattung gesorgt (titulavit). Die einzelnen Teile dazu waren natürlich vorhanden, die konnte er auch nicht machen. Er besorgte nur das Arrangement. Ob er das Papstverzeichnis bereits vorfand, oder ob er es aus dem päpstlichen Archiv selbst auszog, bleibt sich gleich. In beiden Fällen mußte es zuverlässig und richtig sein. Übrigens gab es Papstverzeichnisse schon lange vor Philokalus.

Die einzelnen Stücke, woraus das Kalenderwerk besteht, fand Philokalus, wenn nicht alle, so doch der Mehrzahl nach fertig vor und brauchte sie nur zusammenzustellen, wie noch das heutzutage die Kalendermacher auch tun. Die Frage aber, welchen Anteil er an den in die offiziellen Stücke eingeschobenen kirchenhistorischen Notizen hat, ist nicht leicht zu beantworten; z. B. in der Konsularliste, deren Zuverlässigkeit über allem Zweifel erhaben ist, da die Namen der Konsuln in Rom auf dem Kapitol in Marmortafeln eingehauen für jedermann zu lesen waren, findet sich bei dem J. 754 n. Chr. die Angabe über die Geburt Christi eingetragen, bei 29 n. Chr., dem Konsulat der beiden Gemini, der Tod Christi, eine Zeitangabe, die schon auf Tertullian zurückgeht, 33 nach Chr. sollen Petrus und Paulus zusammen nach Rom gekommen sein und den Episkopat angetreten haben,[2])

1) Bei J. B. de Rossi, Roma sott. II. pag. 195 ff. Ebenso auf einer Inschrift aus Martino ai monti. Mommsen, a. a. O. S. 667.

2) Diese Angabe steht mit der in der Überschrift des Liberianus sich findenden Notiz im Widerspruch, der Episkopat Petri habe mit der Himmelfahrt Jesu begonnen.

eine Angabe, die sich sonst nirgends findet, und 55 n. Chr. sollen Petrus und Paulus an demselben Tage in Rom den Martyrertod erlitten haben. Letztere Zeitangabe dürfte für Petrus richtig sein, für Paulus kann sie unmöglich zutreffen.

Auf diese Wahrnehmungen ist für die Benutzung der Grundsatz zu bauen, daß zwischen dem offiziellen Material, das dem Philokalus fertig und unantastbar vorlag, und den eingestreuten kirchenhistorischen Notizen in Bezug auf Glaubwürdigkeit sehr zu unterscheiden ist.

Wenden wir diesen Grundsatz auf den Liberianischen Papstkatalog an, so konnte Philokalus aus den Diptychen oder dem Archiv der römischen Kirche nur die Angabe entnehmen, daß Petrus am 29. Juni 55 n. Chr. in Rom den Tod erlitten habe. In Betreff des Paulus aber, der nicht Bischof von Rom gewesen war, wenn auch Mitgründer der dortigen Gemeinde, konnte Philokalus aus den Diptychen nichts entnehmen. Wenn er also sagt: Ex quo tempore (nämlich post ascensum Domini) b. Petrus episcopatum suscepit, so ist das richtig, wenn es aber weiter heißt: Passus autem cum Paulo die III Kal. Julias, so stammt der Zusatz cum Paulo aus einer anderen Quelle als den Diptychen der römischen Kirche, nämlich aus der Volkstradition, welche sich damals schon in Rom gebildet und festgesetzt hatte, die Apostel seien nicht nur an demselben Monatstage aus dem Leben geschieden, sondern auch in demselben Jahre, eine Tradition, der Augustinus und andere Kirchenväter nachdrücklich zu widersprechen für angezeigt hielten,[1]) oder aber das cum soll nicht die Gleichzeitigkeit, sondern nur die Ähnlichkeit, d. i. die Gewaltsamkeit des Todes beider Apostel, den Märtyrertod, andeuten. Daß Paulus schon 55 gestorben sei, wird Philokalus schwerlich geglaubt haben.

Das ist die Entstehung und das sind die Bestandteile des Kalenderwerkes des Philokalus (Hemerologium Valentini)

1) Vgl. mein Buch: Jesus von Nazareth. Regensburg 1908 S. 448—454.

und danach ist auch dessen Glaubwürdigkeit und Zuverlässigkeit abzuschätzen. In Betreff der Ostertafel hat Th. Mommsen in seiner öfters zitierten Abhandlung S. 574 und sonst anerkannt, daß sie aus dem päpstlichen Archiv gezogen sei, die Konsularliste ist natürlich daher entnommen, woher sie zu entnehmen war; in Betreff der Papstliste, des Liberianischen Katalogs, nimmt er S. 583 an, die zweite Hälfte (von 231 an) sei aus kirchlichen Aufzeichnungen, „deren Glaubwürdigkeit keinem Zweifel unterliege", aber für die erste Hälfte habe der Kompilator eine ungleichartige Quelle benutzt. Wir haben oben gezeigt, wie diese Ungleichartigkeit zu erklären ist und daß sie die Glaubwürdigkeit des ersten Teils nicht beeinträchtigt.

Zu bedauern ist, daß von diesem merkwürdigen Monument noch keine vollständige kritische Ausgabe existiert. Mommsen hat zwar in den Abhandlungen der Sächsischen Akademie der Wissenschaften den Text ediert, aber ohne den Bilderschmuck, der den Hauch des Altertums deutlich erkennen läßt, und ohne das oben als Nr. 3 aufgezählte sehr merkwürdige Kalendarium, das 1781 von Schier und Rosnak (Graz) ediert und bei Migne Patr. L. XIII 675 ff. abgedruckt ist. Die durchschlagende Wichtigkeit der kirchlichen Teile kann nicht zur gebührenden Anerkennung gelangen, bevor es durch eine den Anforderungen entsprechende Gesamtausgabe Gemeingut der gelehrten Welt geworden ist.

Da die von Th. Mommsen, R. A. Lipsius u. a. gegen die erste Hälfte des Liberianus erhobenen Bedenken, wie gezeigt, gänzlich belanglos sind, so besitzen wir in ihm eine Quelle für die Chronologie der Päpste von Petrus bis Liberius, wie wir sie besser und zuverlässiger uns nicht wünschen können, hinter welcher die abweichenden Daten bei Eusebius und Hieronymus zurückstehen müssen.

## LXXV.

## Die Entwicklung des modernen Parteiwesens und die katholische Jugend.[1]

Wer die Jugend hat, der hat die Zukunft: das ist eine wichtige, wenn auch banal gewordene Wahrheit. Ob aber diese Zukunft eine glückliche und sonnige, oder aber eine unselige und beklagenswerte sein wird, das hängt wieder von denen ab, die zurzeit die Jugend haben. Es hängt davon ab, ob sie verstehen, was heute der Jugend und mit ihr der Menschheit in *erster Linie* not tut, und ob sie das heranreifende Geschlecht von diesem Notwendigsten, wenn auch in der gegenwärtigen Zeit vielleicht Unterschätzten, zu überzeugen vermögen, oder aber, ob sie unempfänglich gewordene Ohren und verschlossene Herzen finden.

Wir sollen und wollen, als erwachsene Katholiken, die katholische Jugend gewinnen. Wir wollen und müssen ihr sagen, was ihr in der modernen Welt, die äußerlich durch die Massenbildung, die Eile und die damit verbundene Unruhe gekennzeichnet, und die in ihrer inneren Gesinnung einem praktischen oder prinzipiellen Materialismus verfallen ist, für ihr zeitliches und ewiges Glück am unentbehrlichsten ist. Wir wollen es auch gründlich überlegen und es der reiferen Jugend vortragen, wie sie ihr Verhältnis zu einer der größten öffentlichen Erscheinungen und Mächte, zum *parteipolitischen Leben* und zum parteipolitischen Kampfe regeln soll, wir wollen sie belehren, warnen und schützen.

Katholische Jugend und Politik — das richtige Verhältnis dieser beiden Faktoren zu bestimmen ist nicht, wie manche katholische politische Publizisten anzunehmen scheinen, eine leichte und klar liegende, sondern eine ziemlich schwierige und in ihrem Ergebnisse sehr verantwortungsvolle Aufgabe.

---

1) S. oben S. 219 ff.

Es handelt sich bei ihr vor allem um die Vorfrage, die zugleich die Hauptfrage bildet: Soll und darf schon die halbreife Jugend in den großen Strom der modernen Öffentlichkeit, in den betäubenden Lärm und den erbitterten Kampf des Tages und der schroffen und der unklaren Gegensätze hineingezogen und gestellt werden, oder nicht? — Um diese Frage zu beantworten, müssen wir auf die Entstehung der modernen Parteien zurückkehren.

## I.

Unser heutiges, auf breitester demokratischer Grundlage sich bewegendes und wechselndes Parteiwesen ist eine durchaus neuzeitliche, in der Vergangenheit kaum ein ähnliches, viel weniger ein vollständig gleiches Vorbild findende Erscheinung. Es läßt sich in seiner Genesis zurückführen bis in die erste Hälfte des achtzehnten Jahrhunderts, und als die zwei Geister, welche den mächtigsten Anstoß zu den modernen Parteibildungen und dem stetigen Parteikampfe gegeben haben, können Montesquieu und Rousseau, die Väter des konstitutionellen und des demokratischen Liberalismus, bezeichnet werden.

Montesquieu lieferte seinen Zeitgenossen in dem 1748 erschienenen Werke „Geist der Gesetze" ein heute als solches erkanntes Zerrbild der englischen Verfassung und stellte darin den unverstandenen Parlamentarismus Großbritanniens als Vorbild und genau zu kopierende Schablone für alle übrigen Staaten und ihre Leiter hin. Er kennt in seinem großen Werke, durchdrungen von dem auflösenden, individualistischen und atomistischen Geiste der Aufklärung, weder Stände noch Berufsgruppen, keinen organischen Aufbau, und damit auch keine natürlich organisierte Vertretung der Gesellschaft; er kennt nur eine gleichartige Masse von politisch gleichberechtigten „Staatsbürgern". Diese Staatsbürger treten am Tage der Erneuerung des Parlaments, am Wahltage, als Wähler und Wählermassen, d. h. als politische Parteien auf, und die von den Wählern Erwählten, die Vertreter des Volkes,



teilen sich mit dem Monarchen in die Leitung des Staates; jenen kommt die legislative oder gesetzgebende, diesem die exekutive oder ausführende Gewalt zu.

Ein etwas radikalerer Gesinnungsgenosse des Enzyklopädisten Montesquieu war Rousseau, der Vater der modernen Demokratie oder des konsequent denkenden Liberalismus. Rousseau kennt, wie Montesquieu, keine organische Auffassung der Gesellschaft; er streicht wie dieser den Begriff „Gott" aus der Staatslehre, er setzt an die Stelle der Souveränität Gottes und des Souveräns „von Gottes Gnaden" die Souveränität des Menschen, d. i. der Gesamtmenschen: des Volkes. Das Volk, die amorphe Masse der unverbundenen „Rechtssubjekte", soll in großen Volksversammlungen souverän über seine Angelegenheiten entscheiden. Gesetz und Recht verliert dadurch seine Objektivität, es wird abhängig gemacht von dem „Volkswillen" oder der Majorität des Volkes, von der siegenden Mehrheit oder dem Blocke Gleichgesinnter.

Mit der Verwirklichung der Ideen Montesquieus, Rousseaus und Konsorten, welche neben dem omnipotent gewordenen Staate weder Kirche noch (ökonomische) Gesellschaft kennen und daher naturnotwendig die Vernichtung der alten, ständisch- und korporativ-rechtlich gegliederten Sozietät in sich schlossen, war für die moderne, atomisierte staatliche Gesellschaft die formlose Form geschaffen und die neue Quelle ihres Rechtes gegeben. An die Stelle der als Rechtsvereine beseitigten Stände mußten nun die unter den „Staatsbürgern" sich bildenden politischen Parteien, mußte das demokratische Parteiwesen unserer Tage treten. Die praktische Verwirklichung des Parteiwesens in diesem Sinne, den radikalen Bruch mit der ganzen geschichtlichen, sozialen und politischen Entwicklung brachte die französische Revolution; sie ist die große Zeit der Fleischwerdung der liberalen Ideen und das erste große Beispiel der Bildung moderner politischer Parteien und leidenschaftlicher, mit Blut geröteter, Parteikämpfe.

Diese ganze politische Entwicklung des achtzehnten Jahrhunderts vollzog sich in mehr oder minder schroffem Gegensatze zum Christentume; die politische Aufklärung ging mit der religiösen parallel. Und wirkte die letztere auf dasselbe zerstörend, so wirkte die erstere auf Christentum und Kirche zum mindesten nicht günstig. Montesquieu war ein Geistesverwandter Voltaires, der in seinen, zum Teil auf den Index geratenen Werken Kirche und Klerus boshaft angriff; die religiöse Stellung des Kalvinisten Rousseau ist bekannt; seine Lehre von der Volkssouveränität bedeutet die Absetzung Gottes und ist direkt häretisch. Die französische Revolution steigerte sodann den Kampf gegen Kirche und Christentum bis zum offenen Kriege gegen Gott. Dieser antichristliche Charakter der Personen und der Zeit, welche, beeinflußt von dem Geiste der Antike und der Reformation, den modernen Staatsgedanken popularisierten und den neuzeitlichen Parlamentarismus und Partei-Demokratismus schufen, ist ungemein beachtenswert, wie es lehrreich und notwendig ist, die Jugend eines Mannes zu studieren, dessen einflußreiches Wirken in der Vollkraft der Jahre man schaut.

## II.

1. Für Deutschland bildete die Zeit der Konsolidation der großen politischen, im Parlamente vertretenen Parteien die Jahre vor und nach der Militärrevolution. Die vorhandenen „Ständekammern" verschwanden, es erschienen mit und nach dem Revolutionsjahre die modernen Konstitutionen auf breiter oder beschränkter individualistisch-demokratischer Grundlage. Das Parteileben, die Parteiorganisation und das ihr in erster Linie dienende Instrument, die Parteipresse, entwickelten sich rasch. Der Liberalismus übernahm im politischen und parlamentarischen Leben die Führerrolle, die konservativen Mächte und Regierungen traten in der Mehrzahl der Staaten dauernd oder vorübergehend in den Hintergrund.

Eine wirkliche Parteiorganisation zeigte sich in den



ersten Jahren oder Jahrzehnten nur in den Wahlzeiten. Parteikomitees bildeten sich, zündende Redner sammelten in öffentlichen Versammlungen die Parteianhänger und suchten neue Gesinnungsgenossen zu werben, gesinnungstüchtige Zeitungsorgane beeinflußten ihre Leser und machten sie zu einem Anhange politisch Gleichgesinnter, usw. Daß die Politik und die politische Zeitung nicht für Kinder und junge Leute, am allerwenigsten für Frauen sei, hielt man für selbstverständlich; daß den öffentlichen Versammlungen nur Erwachsene beiwohnen dürfen, leuchtete auch ohne die bestehende gesetzliche Vorschrift ein. Es gab viele begeisterte Parteianhänger und einzelne in Wahlperioden eifrig wirkende Parteiführer, aber die überwiegende Mehrheit des Volkes hielt Politik und parteipolitischen Zusammenschluß nur für eine leidige Notwendigkeit, für ein unangenehmes Mittel zum Zweck, in keinem Falle für ein Ideal. Im ganzen beschränkte sich das regere politische Leben und das Politisieren auf die Stadt; das Land, auf dem die große Mehrzahl der Wähler noch keine politische Zeitung las, stand dem politischen Getriebe und den Parteifehden — von Ausnahmen abgesehen — mit geringem Interesse gegenüber. Das Landvolk der katholischen Landesteile war ein kirchlich und religiös gesinntes Volk, aber es war kein politisches oder politisierendes Volk.

2. Die Parteipolitik kann als solche für das Volk kein Ideal bilden. Sie ist, wie die Dinge liegen, notwendig; aber sie ist niemals Selbstzweck, sondern nur Mittel zum Zweck. Auch sie muß, wie alle menschlichen Handlungen, in Beziehung gebracht werden zu dem letzten Ziele. Politik und auch Parteipolitik, die beide ein hohes Maß von Klugheit erfordern, ist eine Sache und ein Reservat für nüchterne Männer, für Erwachsene und Erfahrene. Uns haben wenige Erscheinungen der modernen Menschheit mehr angewidert als die Frühreife und nicht zuletzt die politische Frühreife, als das Urteilen und Absprechen junger Leute über Dinge und Probleme, deren Erörterung und Lösung früher dem Alter



vorbehalten war und naturgemäß auch künftig dem Alter reserviert bleiben soll. Uns hat es daher auch immer unangenehm bis abstoßend berührt, wenn wir beispielsweise in Deutsch-Österreich 18—20jährige Studenten politische Biertischreden halten hörten und wenn wir lasen, wie diese Hochschuljugend, die vor allem und nicht zuletzt in Hinsicht auf die von ihren Eltern gebrachten schweren Opfer auf das erwählte Fachstudium ihr Interesse konzentrieren sollte, in die wichtigsten politischen Fragen und Aktionen, nicht selten in rüdester, gesetzwidriger Weise eingriff.

Politik bildet niemals die jungen Herzen, sondern verbildet sie. Politisch Lied ein häßlich Lied! „Unsere Jugend", betonte auf dem allgemeinen österreichischen Katholikentag des Jahres 1903 P. Frz. Boißl S. J., „muß . . . edel sein. Wir können und dürfen es nicht zulassen, daß sie vorzeitig ins Parteigetriebe hineingezogen wird." Ähnlich äußerte sich der eifrige Erzbischof der unierten Ruthenen, Szeptycki, in Lemberg. Diese Mahnungen, die vorab der österreichischen katholischen Jugend und ihren Führern galten, sind zum Teil auch für das Deutsche Reich beherzigenswert. Die Jugend muß mit Idealen und nicht mit politischen Ideen genährt, die Jugend muß von den Leidenschaftlichkeiten und Häßlichkeiten des politischen Kampfes ferne gehalten werden; die Jugend soll in ihren Erholungsstunden singen und spielen und nicht politisieren; die Jugend soll ihre heldenhaften Vorbilder in den glänzenden Zeiten des Glaubens und in den begeisternden Perioden der Geschichte, nicht in der parteipolitischen Versammlung und im politischen Tagesblatte suchen.

## III.

Die Jugend soll dem Parteigetriebe fern gehalten werden, die Jugend soll nicht politisieren — diese Forderung wird in unserer demokratischen Ära, und auch im katholischen Lager kaum mehr begriffen. Sie wird meist betrachtet als die Meinung eines hinter den Wäldern Wohnenden und



hinter der Entwickelung der Zeit Zurückgebliebenen, als eines unsere große Gegenwart und ihre Riesenaufgaben nicht Verstehenden.

Wir wollen hier nicht untersuchen, wer besser die politische und die Parteilage versteht: derjenige, welcher mitten in der politischen Bewegung und im Tagesstreite steht, oder jener, welcher außerhalb des Kampfgewühles sich befindet, dasselbe aber scharfen Auges überschaut und der, weit in der politischen Geschichte zurückdenkend, aus ihr seine Schlüsse für Gegenwart und Zukunft zieht. Wir wollen hier nur unserer Überzeugung Ausdruck verleihen, daß politische Jugendorganisationen, und auch katholische politische Organisationen, schwere Bedenken erregende Organisationen sind und daß aus ihnen nicht die großen, dauernden Erfolge reifen werden, die man sich vielleicht heute verspricht.

Doch die politischen oder Parteiorganisationen der katholischen Jugend bestehen und haben bereits eine große Ausdehnung erreicht; sie haben sich eigene Verbandsorgane geschaffen und sie haben insbesondere im Deutschen Reiche bei den Landtags- und Reichstagswahlen eine eifrige Tätigkeit entfaltet. Bei manchen Wahlversammlungen dominierte, redete und leitete nicht das Alter, sondern die Jugend und in einzelnen Städten und Bezirken wurde die ganze Wahlagitation in die Hände junger Leute gelegt. Sie zogen an Sonntagen in die Dörfer und Märkte hinaus, sie redeten, debattierten und kämpften in städtischen Wirtslokalen, oft bis über die Mitternachtsstunde, sie verteilten Flugblätter und halfen bei der Aufstellung der Wählerlisten usw. usw.

Die Jugend wird, in bester Absicht, politisch geschult. Aber es ist eine Schulung vorab durch Zeitungen und Broschüren und vielfach eine Belehrung der Jugend durch die Jugend. Eine solche Schulung mag dem allernächsten Zwecke und dem politischen Tageserfolge dienen, allein geistige Vertiefung und Aufklärung über die verborgenen politischen Zusammenhänge wird und kann sie nicht bewirken. Sie wird aber eines vermögen: die weitgehende Blasiertheit



unserer sogenannten gebildeten Jugend auch auf das übrige junge Volk zu übertragen, ein altkluges vorlautes und absprechendes, ein nach der Zeitungsdirektive und innerhalb der Parteischablone denkendes, ein nüchternes und gemütsloses Geschlecht zu erzeugen. Ein lehrreiches Beispiel hiefür liefert die Jugend Italiens.

„Noch im Beginn des vorigen Jahrhunderts", schreibt Johannes Jörgensen,[1] „konnten sich die Italiener, ohne daß das sonderlich als Übertreibung empfunden wurde, das gebildetste Volk der Welt nennen, la nazione la piu colta del mondo. . . .

Und jetzt, kaum hundert Jahre später, würde eine solche Behauptung nur mitleidiges Achselzucken und nachsichtiges Lächeln hervorrufen, selbst bei Italiens besten Freunden." Der einst so anziehende und liebenswürdige junge Italiener ist gemütslos, materialistisch und zum Teil anarchistisch gesinnt geworden. Neben der Abwendung von der Religion der Väter war es das übertriebene, in früher nie gekannter Weise sich äußernde Interesse an der Politik, das gerade bei der Jugend diese ethische Abwärtsbewegung, diese Erkältung der Volksseele herbeigeführt hat. Der italienische Junge vor hundert Jahren konnte nicht lesen, aber er hatte anziehende Umgangsformen und eine naiv-kindliche Fröhlichkeit;[2] der moderne junge Italiener hat etwas mehr Schulbildung, aber er hat dieses Anziehende dem Fremden gegenüber verloren; er kennt nur sein „Giornale" und dessen politische Götzen und chauvinistischen Phrasen, er kennt das alte Italien und seine Hochkultur, er kennt die Vergangenheit seines herrlichen Landes nicht mehr.

Wir glauben, die Frage ist nicht schwer zu beantworten, wer vorzuziehen sei: die alte italienische Jugend, die in ihrer Mehrzahl des Lesens unkundig war, aber eine natürliche Grandezza, Heiterkeit und Liebenswürdigkeit zur Schau trug,

1) Zitiert nach dem „Gral", Jahrg. 7 S. 170.
2) Vgl. „Histor.-polit. Blätter" Bd. 139 S. 842 f.



oder die Jugend Neuitaliens, deren Ideale die Politik und der Kult des Übernationalismus geworden sind.

## IV.

Wir sind gegen die politische Tätigkeit nicht nur bei der italienischen, sondern auch bei der deutschen Jugend, aber wir sind nicht gegen die Organisation der Jugend. Denn nicht nur das reife, sondern auch das unreife Alter, auch die christliche und katholische Jugend, alle aus der Werktagsschule Entlassenen müssen heute gesammelt, organisiert und exerziert werden: darüber, glauben wir, bestehen bei allen, welche die Zeitlage und ihre wachsenden Gefahren und die zugleich die Organisationsarbeit der Gegner kennen, keine wesentlich differierenden Meinungen. Die Jugend muß vor allem vor der religiösen und sittlichen Verwahrlosung, vor den in Wort, Schrift und Bild an sie herantretenden Verlockungen, vor der immer weiter sich verbreitenden „Simplizissimus-Kultur" geschützt werden; das ist die alles Übrige überragende Aufgabe der modernen Jugendfürsorge.

Gegenüber dieser angedeuteten großen Gefahr eines materialistischen Zeitalters gibt es im Grunde nur ein Rezept: Festigung im katholischen Glauben und Förderung des Glaubenslebens, ernste Betonung des Jenseitsgedankens gegenüber dem alles beherrschenden Diesseitsgedanken!

Unserer Zeit und unserer rein irdischen Kultur fehlt das Ideal! Es fehlt ihr die religiöse Wärme und das Glaubensfeuer, bis hinein in die religiös gläubigen und kirchlich korrekten Kreise. Die Aufpflanzung der hell schimmernden Fahne der ewigen Ideale und des Ewigkeitsgedankens tut unserem Geschlechte und tut unserer Jugend bitter not. Parteipolitik mag wichtig und wirtschaftliche Aufklärung mag notwendig sein, aber am meisten fehlt es unserem jungen Volke nicht an dieser zweifachen Schulung und Aufklärung, am meisten fehlt es ihm an Religion und am religiösen Leben. Das nicht zu sehen, dazu gehört volle oder gewollte Blindheit,



dieses Defizit nicht beheben zu wollen, dazu gehört Apathie und Gleichgiltigkeit gegenüber dem kommenden Bankerotte.

Man erziehe die Jugend, in und außerhalb der Familie, wieder religiös, man sammle sie in religiösen, gut und klug geleiteten Vereinen und halte sie ab von schlechten, man begeistere sie für das christliche Heldentum und für die göttlichen Ideale des Kreuzes — und man wird nicht nur in den religiösen, sondern auch in den kommenden sozialpolitischen und kirchenpolitischen Kämpfen wackere, heldenhafte Streiter haben. Denn die Quelle der Kraft und des unbeugsamen Widerstandes der katholischen Jugend liegt auch heute noch im Christentume, sie fließt und fließt fort aus dem Erlöserherzen, nicht aus der vollendetsten Organisation und der besten Disziplin.

Man schule dagegen unsere katholische Jugend nur, oder vorwiegend, sozial, wirtschaftlich und parteipolitisch, man bilde sie zu mehr oder minder guten Rednern und eifrigen Agitatoren aus — und man wird in schwierigen Zeiten, in schwerer Bedrängnis und in hohe Opfer erheischenden Kämpfen wohl Soldaten haben, aber Soldaten, die zu keiner andauernden Entsagung und zu keinem duldenden Gehorsam bereit sind, welche die kirchlichen Kämpfe und die passiven Widerstände vielleicht gar nicht verstehen und ihre Bedeutung unterschätzen.

Man vergesse doch nicht, daß es sich im Grunde um keinen politischen Kampf, sondern um einen Kampf der Weltanschauungen handelt. Es ist nicht die politische und wirtschaftliche Tätigkeit z. B. des Zentrums, welche die Gegner so leidenschaftlich aufregt, sondern nahezu einzig der „Ultramontanismus" und „Klerikalismus" seiner Mitglieder und Führer.

Es gab eine Zeit, wo weite Kreise des katholischen Volkes das seinem engeren Zusammenschlusse dienende Vereinswesen unterschätzten und wo man die Bedeutung der Politik und die Notwendigkeit einer parteipolitischen Organisation nicht so ganz begriff. Heute leiden wir eher an einer Über-

schätzung der Vereine und des inneren Wertes der politischen Vereinigungen. Ein Beweis hiefür ist die politische Organisation der in politicis noch nicht reifen Jugend. Diese Organisation heißt: die Demokratisierung der modernen Gesellschaft auch auf die Jugend ausdehnen, es heißt sie an Geist und Gemüt verflachen. Es heißt eine Parallele in der Emanzipation der Menschheit des zwanzigsten Jahrhunderts schaffen: der politischen Frauenemanzipation[1]) die politische Emanzipation der Unmündigen an die Seite stellen. Es heißt endlich zu dem nationalen oder übernationalen Ideal, das an unseren Volks- und Mittelschulen an die Stelle des zurückgedrängten christlichen getreten ist, auch noch das politische fügen.

Was würden die großen Männer aus dem Görresschen Zeitalter, was würde ein heute fast vergessener C. E. Jarcke sagen, wenn er diese Entwicklung der Dinge schauen, wenn er sehen könnte, wie an dem Siegeswagen der modernen, in ihrem Ursprunge atheistischen Demokratie heute auch, mit Anstrengung aller Kräfte, ein Großteil der katholischen Jugend zieht und ziehen muß, und wenn er konstatieren müßte, daß der politische Individualismus eines Rousseau, als ein mit Naturgewalt fortwirkendes, weltgeschichtliches Prinzip, sich

1) Es ist sehr auffallend, daß man heute im katholischen Lager, wenn es sich um eine einschneidende soziale oder politische Umgestaltung, wenn es sich beispielsweise um Emanzipationsbestrebungen der Frauenwelt handelt, meist die einzige Frage stellt: Verstößt diese Emanzipation gegen das Dogma? (Vergl. die Generalversammlung des katholischen Frauenbundes vom 14. Oktober 1912.) Die Glaubenslehre der Kirche hat doch nicht die Aufgabe, für die politischen Institutionen eine positive oder negative: eine ausreichende Norm zu geben. Gibt es denn außer dem Glaubensgesetze keine Gesetze der Natur und kein Naturrecht? Darauf wiesen unsere alten, unsere konservativen Väter, unsere alten Staatslehrer und Soziologen bei Problemen, wie die politische Emanzipation des Weibes deren eines ist, vor allem hin. Wenn wir bei unseren politischen Bestrebungen heute nur die eine Schranke des religiösen Dogmas aufstellen, kommen wir allgemach in den schönsten Liberalismus hinein.

heute anschickt, auch die letzten ihm bisher verschlossenen Gebiete zu erobern? — Man merkt nicht, wohin die Fahrt geht, man bestreitet die stetige Umbildung fundamentaler Anschauungen, und doch ist sie vorhanden.

R. F. X. H.

---

## LXXVI.

## Aus der Jugendzeit der katholischen Presse II.

Nun ist auch der zweite Band von K. Bachems Werk über Josef Bachem und die Entwicklung der katholischen Presse in Deutschland, 1848—1850, erschienen. Durch die Einführung der Preßfreiheit in Preußen (1848) wurde die Gründung einer katholischen Zeitung in Köln zur gebieterischen Notwendigkeit. Die kleinen Kirchen- und Lokalblätter in und um Köln waren belanglos. Ein Komitee in Köln und den Nachbarstädten machte sich an die Ausarbeitung des Programms für die neue Zeitung. Neben der Losung „Freiheit in allem und für alle" zeigt das Programm bestimmte Züge konservativer Lebensauffassung. Hiermit waren auch der Pfarrer von Hopsten Wilh. Emanuel Freiherr von Ketteler und Montalembert einverstanden. Etwas gar lange dauerten die Vorbereitungsarbeiten. Am 14. September 1848 kam der Gesellschaftsvertrag der „Aktiengesellschaft zur Herausgabe einer neuen politischen Zeitung, die rheinische Volkshalle", mit einem schwerfälligen, umständlichen Statut zustande. Joseph Bachem, damals noch zur geschäftlichen Ausbildung in Paris, wird zweiter, später erster Giraut. Wohl einig in der katholischen Gesinnung, gingen die Aktionäre und der Verwaltungsrat in den politischen Anschauungen weit auseinander. Wie war es auch damals anders möglich? Demgemäß mußte der Hauptredakteur ein Mann der mittleren Linie sein. Nach langem Suchen und mancherlei Ab-



lehnungen wurde Wilhelm von Chezy (1806—65) von der „Süddeutschen Zeitung" in Freiburg gewonnen. Er war zwar ein weltgewandter Mann, ein guter Katholik mehr dem Herzen als dem Kopfe nach, mehr Schöngeist als Politiker, mit manchen absonderlichen Meinungen, so über Jesuiten — und gar kein Geschäftsmann. Am 1. Oktober konnte die „Rheinische Volkshalle" erscheinen. Gar merklich hatten sich die Folgen der Revolution in Köln gemacht. Von unbestrittenem Einfluß war dort die „Kölnische Zeitung", welche an allen Klippen vorbeikam und trotz ernster Warnungen und Drohungen nie unterdrückt wurde. Den Leitern der preußischen Politik erschien dieses Blatt eines reichen Verlegers damals und später zur Bekämpfung des immer für staatsfeindlich erachteten Ultramontanismus als unentbehrlich. An revolutionären und demokratischen Blättern hatte Köln keinen Mangel; am bedeutendsten war die „Neue Rheinische Zeitung" von Karl Marx. Sie fielen alle dem Belagerungszustand vom 26. September 1848 zum Opfer. Die „Rheinische Volkshalle" erschien täglich mit Ausnahme Montags. Von den weiteren Redakteuren verdient noch Erwähnung der uns noch später begegnende Heinrich Eickerling (1821—77) aus Paderborn, ehemaliger Zögling der Propaganda. Als am 27. Oktober 1848 die Mehrheit der Frankfurter Nationalversammlung sich gegen die Aufnahme des österreichischen Gesamtstaates in das zu gründende Deutsche Reich erklärte, trat die „Rheinische Volkshalle" warm für Österreich ein; zum Besten der Kirche und des Gemeinwohls dürfe es nur einen katholischen Kaiser geben, diese wichtigen Interessen seien unter einem protestantischen äußerst gefährdet. Nicht so dachte man in den katholischen Kreisen Schlesiens, die sich mehr mit Bewußtsein als Preußen fühlten, gerade im Gegensatz zu Österreich. Die aus den Wirren der Zeit geborene konservative Partei Preußens bekämpfte nicht nur den Umsturz, sondern auch das Verfassungswesen als Schmälerung der königlichen Macht. Sie war für eine Vertretung auf ständischer Gliederung mit besonderer Berücksichtigung des alten und ge-

festigten Grundbesitzes. Ihr Organ, die „Kreuzzeitung“ (seit 1848) betonte entschieden den protestantischen Beruf Preußens mit starkem Mißtrauen gegen die Katholiken. Mittlerweile hatte sich die „Rheinische Volkshalle“ trotz der Warnungen Montalemberts ziemlich nach links entwickelt. Diese Richtung fand Anstoß bei den Katholiken, welche eine ruhige Entwicklung dem revolutionären Getriebe vorzogen. Als Zeichen der Zeit erscheint, daß selbst Führer der katholischen Bewegung den Wert der Presse noch so wenig zu würdigen wußten; so findet sich nichts über das Wirken und die Bestrebungen der katholischen Abgeordneten in Frankfurt in der „Rheinischen Volkshalle“. Diese, die äußerste Linke abgerechnet, verschiedenen Parteien angehörend, richteten sich in ihren Besprechungen und Anträgen so ein, daß sie nichts ausschließlich Katholisches enthielten, sondern nur für die in Deutschland bestehenden Kirchengemeinschaften Freiheit von den staatlichen Fesseln forderten. Nicht aus grundsätzlichen, sondern aus opportunistischen Bedenken war von der Zulassung der Jesuiten und anderer Orden keine Rede. So fehlte den Grundrechten jede den Orden feindselige Bestimmung, man sprach aber auch nicht von der Aufhebung der ordensfeindlichen Ausnahmgesetze. Dies sollte der einzelstaatlichen Gesetzgebung vorbehalten bleiben. Die Gegensätze zwischen Großdeutsch und Kleindeutsch — Radowitz und Buß — spielten auch in den Katholischen Klub hinein und führten seine Auflösung herbei. Wegen der zu stark hervortretenden großdeutschen Richtung der Volkshalle, die vielen als preußenfeindlich galt, ertönten Klagen in Westfalen und Schlesien. In Köln vermochte das Blatt keinen Einfluß zu gewinnen. Dazu kamen unheilbare finanzielle Nöten, welche den Untergang herbeiführten (1. Oktober 1849). Ihre Fortsetzung war die „Deutsche Volkshalle“, deren Kontrahenten sich zu einer Kommanditgesellschaft unter der Firma Josef Bachem & Comp. vereinigten mit einem Aktienkapital von 10000 Talern, erhöhbar nach Bedürfnis bis zu 20000. Das neue Organ erschien am 2. Oktober 1849 und sollte



die öffentlich-rechtliche Stellung der katholischen Kirche und die politischen Interessen des katholischen Volkes vertreten, unter Ausschaltung der innerkirchlichen Fragen. Opferfreudigkeit für die katholische Presse machte sich bei den wohlhabenden Katholiken nur wenig bemerkbar. Diese Stimmung fand auch Ausdruck auf den Tagungen der katholischen Vereine zu Köln, Breslau und Regensburg (1849) und erst recht in Linz (1850). Statt Stellung zu nehmen zur Gründung einer katholischen Tageszeitung, zumal eine solche in Österreich fehlte, hielt man es für zweckmäßig, die Staatsgewalt aufzufordern zum Einschreiten gegen die Auswüchse und Übergriffe der bestehenden Presse.

Von den süddeutschen katholischen Blättern war die „Augsburger Postzeitung" noch immer die bedeutendste. Dann kommen in Betracht der „Volksbote für den Bürger und Landmann" (München) von dem geistvollen mecklenburgischen Konvertiten E. Zander, dessen Schreibart zwar volkstümlich, mitunter aber gar zu derb war. Ferner erschien in München der „Volksfreund" von A. Westermayer. Während des Zeitraums von 1848—60 fehlte es zwar dort an einer großen katholischen Zeitung, aber die „Histor.-polit. Blätter" behaupteten ihre alte Bedeutung, verstärkt durch Verbote in Preußen und anderen Bundesstaaten. Außer der „Donauzeitung" in Passau (1791) sind für Bayern noch nennenswert die „Landshuter Zeitung", das „Regensburger Morgenblatt" und die „Pfälzer Zeitung" — alle 1848—49 entstanden. Am Anfang des Jahres 1848 trat das „Mainzer Journal" ins Leben, welches von den katholischen Zeitungen zuerst die soziale Frage mit besonderer Aufmerksamkeit behandelte. Wenn man hier oft über Trennung der Kirche vom Staate schrieb, so war dies nicht der Widerhall der Meinungen von Lamennais, sondern nur die Formel für die Autonomie der Kirche und ihre Befreiung von den Fesseln der Bureaukratie. Das im „Mainzer Jornal" ebenfalls häufig vorkommende Wort „Nationalkirche" ist der kurze Ausdruck für das seither vom Polizeiamt ängstlich ver-

hinderte Zusammenwirken der Bischöfe einer Kirchenprovinz oder eines größeren Staates. Dieser Gedanke fand Verwirklichung in der Würzburger Konferenz deutscher Bischöfe (23. Oktober bis 16. November 1848) und den späteren Tagungen in Fulda. Die Bedeutung des „Mainzer Journals" ging weit über Stadt- und Landesgrenzen. Für die Württemberger Katholiken kam im Jahre 1848 das „Deutsche Volksblatt" in Stuttgart heraus. Baden mußte nach dem Aufhören der „Süddeutschen Zeitung" noch lange trotz seiner freisinnigen Staatsleiter eines katholischen Organs entbehren. Wie mit so manchen anderen Plänen hatte der unermüdliche F. J. Buß auch mit dem „Katholischen Vereinsboten für das Deutsche Reich" keinen Erfolg. Aus der vormärzlichen Zeit bestand in Koblenz noch die manchmal schwankende „Rhein- und Moselzeitung", daneben noch das „Koblenzer Volksblatt"; beide kamen wegen mangelnder Unterstützung des katholischen Publikums nicht hoch. Sodann wurden beide beim Oberpräsidenten höchst mißliebig wegen ihrer häufigen Angriffe auf die gegen die Katholiken so ungerecht und so plump auftretende, meist den östlichen Provinzen entstammende Bureaukratie. Dies hatte die Entziehung des Postdebits zur Folge, woran beide Blätter zu Grunde gingen. Ein kurzfristiges Dasein hatten auch ihre Fortsetzung der „Rhein- und Moselbote" sowie der „Katholische Volksbote für Stadt und Land" in Trier. Aus dem Jahr 1848 stammt ebenfalls das heute noch blühende „Echo der Gegenwart" in Aachen, welches geschickt die Bedürfnisse von Handel, Industrie und Verkehr zu berücksichtigen verstand und ohne fremde Hilfe bestehen konnte. Vorgänger der jetzigen „Niederrheinischen Volkszeitung" in Krefeld waren die „Neuen Crefelder Volksblätter" und das „Crefelder Journal". Der „Essener Volkshalle" und dem „Clever Volksblatt" wurde bald das Postdebit entzogen. Der in Münster erscheinende „Westfälische Merkur" (1822) trat seit 1845, infolge der milder gewordenen Zensur, entschiedener für die katholische Sache ein, der er auch heute mit unentwegter Treue dient. Aus kleinen An-



fängen hat sich das Paderborner „Westfälische Volksblatt“ zu einer weitverbreiteten Zeitung entwickelt. Daneben bestanden in Westfalen noch kleine katholische Blätter. Dagegen konnte das katholische Eichsfeld wegen der geforderten unerschwinglichen staatlichen Kaution kein Organ aufbringen. Ohne Einfluß blieb das Jahr 1848 auf die katholische Presse Schlesiens, wo die Sonntagsblätter genügen mußten. Nur ein Blatt, der noch bestehende „Gebirgsbote“ in Habelschwerdt wurde gegründet. Zu gar keinem Aufschwung kam das katholische Zeitungswesen in Österreich.

Die „Wiener Kirchenzeitung“ von Sebastian Brunner, dreimal wöchentlich erscheinend, konnte und wollte den Mangel einer großen politischen Zeitung nicht ersetzen. Eigenartiger war die „Salzburger Constitutionelle Zeitung“, eine Gründung des dortigen Kardinalerzbischofs Friedrich Prinz zu Schwarzenberg (1848), welche als eigenes Organ ihm dienen sollte. Zum Redakteur wurde der 26jährige Priester Josef Schöpf, später Theologieprofessor in Salzburg, bestimmt. Ihn ersetzte bald Heinrich Löwe, Verwandter von E. Veith, sowie Freund und anfänglicher Gesinnungsgenosse von A. Günther. Trotz publizistischer Begabung und anderer guter Eigenschaften machte ihn seine jüdische Abstammung bald bei den Salzburgern unmöglich. Später wurde er Professor der Philosophie in Prag. Nun sprang Schöpf wieder ein. Aber ungeachtet seines Eifers, der Vergrößerung des Formats und anderer Verbesserungen kam das Blatt nicht über 256 Bezieher, und der hohe Protektor hatte erhebliche Fehlbeträge zu zahlen. Als dieser nach Prag versetzt wurde, sorgte er zwar weiter für sein Organ, aber die Verhältnisse wurden für Schöpf gar zu schwierig, sodaß er die Redaktion an den ehemaligen protestantischen Pastor M. Th. Zetter abgab, welcher die Zeitung auch nicht vorwärts bringen konnte, sodaß sie Ende Dezember 1851 einging. Die „Salzburger Constitutionelle Zeitung“ war ein vornehmes Blatt, eifrig für eine konstitutionelle Verfassung des Kaiserstaates und die ihm gebührende Stellung in Deutsch-





land eintretend. Ausdrücklich war der Redaktion vom Kardinal anbefohlen, in der Abwehr immer sachlich zu bleiben, sich möglichst persönlicher Angriffe, alles Hohns und Spotts zu enthalten. Erst nannte sich das Blatt im Sinne der Zeit liberal, dann konservativ, hielt aber auch in der Reaktionszeit das konstitutionelle Banner aufrecht. Es ist erstaunlich, daß sich eine solche Zeitung bei dem zahlreichen Klerus der Kronländer Salzburg und Tirol nicht halten konnte. Warum der Kardinal für die katholische Presse in Wien damals nichts tat, entzieht sich unserer Kenntnis.

Nun zurück nach Köln. Dort wie in ganz Westdeutschland hatte sich die „Kölnische Zeitung" glänzend behauptet, an Verbreitung jedes andere deutsche Blatt überragend. Durch ihre guten Verbindungen mit der Bank- und Handelswelt sowie mit der Großindustrie hatte sie sich zum Weltblatt entwickelt. Mit dem politischen Liberalismus einigte sie eine unsagbare Abneigung gegen alles Positive in der Religion, auch bei Protestanten, welche viele katholische Leser gar nicht merkten, denn es wurde immer unterschieden zwischen den bösen Ultramontanen und den guten Katholiken. Trotz vieler Wandlungen hielt die „Kölnische Zeitung" immer an der Einigung Deutschlands unter preußischer Spitze fest.

Von der Entziehung des Postdebits war bereits die Rede. Dies erachtete die Regierung nicht als Beschränkung der Preßfreiheit. Das preußische Preßgesetz vom 12. Mai 1851 verlangte für Zeitungsherausgeber den Befähigungsnachweis für Buch- und Steindrucker nach der Gewerbeordnung von 1845, die Stellung einer Kaution, auch für nichtpolitische Blätter; dazu kamen noch diskretionäre Befugnisse der Polizeibehörden. Der Bundesratsbeschluß vom 6. Juli 1854 und die Bestimmungen in Österreich, Bayern und anderen Staaten ließen von der Preßfreiheit nur noch den Namen übrig. Im Jahre 1851 griff die preußische Regierung den bereits 1846 mißlungenen Plan der Gründung einer offiziösen katholischen Zeitung wieder auf, stand



aber auf Anraten Bismarcks, der dies für eine unpraktische Idee hielt, davon ab!

Unter allen diesen Umständen, zumal noch bei dem großen Haß der liberalen und offiziösen Blätter auf Organe der katholischen Weltanschauung war die Stellung der „Deutschen Volkshalle" in Köln sehr schwierig. Es hätte eines bei aller Treue in den Grundsätzen, durch sittliche und sachliche Tüchtigkeit ausgezeichneten, weltklugen, geschäftskundigen, die Verhältnisse in Stadt, Provinz und Staat wohl abwägenden und die journalistische Kleinarbeit nicht gering schätzenden Oberredakteurs bedurft. Ein solcher aber hat sich nie gefunden. Hermann Müller, seither Professor der Rechte in Würzburg, war zwar ein Mann von vielseitiger Bildung, glänzender publizistischer Begabung, ein unermüdlicher Vorkämpfer für die katholische Sache, aber von zu lebhaftem Temperament, zu sehr Doktrinär, gar geneigt seine Auffassung der katholischen Politik als die allein richtige zu halten. Er hatte zu viel Ideen, zu vielerlei Interessen, darum ermangelte er der straffen Konzentration; dies war auch die Ursache, daß er schon frühzeitig kein wissenschaftliches Werk mehr schrieb. Bei allem war er auch schwierig in Geldsachen. Durch seine Werbekraft erreichte die „Deutsche Volkshalle" eine verhältnismäßig hohe Auflage (durchschnittlich 4000). Die Beziehgelder entrichtete die Post jedoch laut der Verordnung vom 6. Dezember 1850 nachzahlungsweise. Man gab auch zu viele Freiexemplare ab. Nur gering war die Verbreitung unter den Katholiken Kölns. Selbst die Aktionäre zogen die „Kölnische Zeitung" vor. Da die „Deutsche Volkshalle" weder eine örtliche noch eine prinzipielle Färbung haben konnte, flossen ihr nur spärlich Anzeigen zu. Ohne dauernde Beihilfe konnte sie nicht bestehen. Diese kam vornehmlich aus Österreich und vom „Katholisch-konservativen Preßverein", in welchem der rheinisch-westfälische Grundadel das Übergewicht hatte Kardinal-Erzbischof Geissel hatte indes keine Neigung das Protektorat zu übernehmen. Allmählich wurde auch die finanzielle Lage dank der gedie-



genen Geschäftsführung von Josef Bachem gesichert. Hermann Müller erschwerte sich seine Stellung durch gar starke Eigenwilligkeit. In der innerpreußischen Politik machte er kaum Opposition, aber die preußische Führung in Deutschland und die Verdrängung Österreichs bekämpfte er lebhaft. Regelmäßige Mitarbeiter waren außer Eikerling, Franz v. Florencourt (1850), damals noch Protestant, der junge Priester H. F. Reusch, später Theologieprofessor in Bonn, und der allezeit Lücken ausfüllende und Verlegenheiten wegschaffende Josef Bachem. Heftige Kämpfe hatte die „Deutsche Volkshalle" mit der „Kreuzzeitung", der entschiedenen Gegnerin jeder freieren Richtung in der preußischen inneren Politik, in der kurhessischen, in der deutschen Frage und in kirchlichen Dingen, zu bestehen. Müllers Abneigung gegen den bevorstehenden Bruderkrieg und einige seiner Entgleisungen über die kriegsfreudige Stimmung des preußischen Heeres gaben der „Kreuzzeitung" Gelegenheit, ihn des Landesverrats und des Einvernehmens mit einer fremden Regierung zu bezichtigen. Dies wirkte. Am 30. November 1850 wurde Müller aus Köln ausgewiesen. Dank der Bemühungen einflußreicher Gönner, darunter Ludwigs von Gerlach, wurde diese Verfügung wieder rückgängig gemacht (am 3. Februar 1851). Müllers Haltung war nun vorsichtiger — aber unerschütterlich blieb seine Überzeugung, daß eine wahrhaft konservative Politik nur auf katholischer Grundlage reifen könne. Dies genügte aber den Rheinländern nicht, man vermißte das bestimmte Eintreten für die bestehende Verfassung. Dagegen galt bei dem rheinisch-westfälischen Adel Müllers Ansehen viel. Hier suchte man den seit 1837 unterbrochenen Zusammenhang mit dem altpreußischen Adel wieder zu gewinnen. Für Freiheit und die preußische Verfassung erwärmte man sich gerade nicht, umso mehr betonte man die Stärkung der Autorität in Kirche und Staat. Derselbe Montalembert, welcher von einem Zusammengehen der Katholiken mit den Demokraten nichts wissen wollte, warnte Müller sich mit den Vertretern des Absolutismus einzulassen.



Eine neue Kraft gewann die „Deutsche Volkshalle“ in dem Schweizer Konstantin Siegwart-Müller, einem der Führer im „Sonderbund“. Er bekämpfte lebhaft die preußische Verfassung und forderte Provinzialstände; dabei kam ihm die unfreundliche Haltung der meisten altpreußischen Konservativen gegen die katholische Kirche wenig zu Bewußtsein. So weit ging H. Müller nicht, hielt aber den Bund für befugt, Änderungen an den Verfassungen der Einzelstaaten zu beschließen. In dieser Gesinnung beharrte die „Deutsche Volkshalle“, trotz der Bedenken guter Katholiken, wie M. Aulike, dem Leiter der katholischen Abteilung des Kultusministeriums. Franz von Florencourt, der Korrespondent in Wien, griff heftig die ehemalige Metternich'sche Politik an, sowie das Bestreben der österreichischen Regierung die ständischen Vertretungen zu schwächen zu Gunsten der absolutistischen Beamten- und Militärherrschaft, was mit der Freiheit der Kirche unvereinbar sei. Gegen diese Anschauungen erklärte sich Ernst Jarcke, der frühere Publizist Metternichs, darlegend, daß es in Österreich an einem Adel nach englischem Vorbild fehle und daß die Dezentralisierung samt der Adelsautonomie zur Zertrümmerung des Kaiserstaates führe. Florencourts Aufsatz erregte den höchsten Unwillen der österreichischen Regierung.

Aber dieser ließ sich in seiner Apologie des Adels nicht irre machen. Mit dem österreichischen Adel falle der deutsche, da ein lebensfähiger protestantischer Adel ein Widerspruch in sich sei. Auf der Erneuerung des Adels beruhe die Wiedergeburt der Gesellschaft im Staat, in den Landschaften und Gemeinden, mit ihm hänge Nationalität, Schule und nicht zuletzt die Freiheit der Kirche aufs innigste zusammen. Jarckes Tod hinderte eine weitere Aussprache. Seine weiteren Anschauungen finden sich in den nachgelassenen „Prinzipienfragen“ (1854). Bei aller Vorliebe für das ständische Wesen fand es Müller doch geraten, nicht mehr die preußische Verfassung zu bekämpfen, zumal sie nicht die Parlamentsherrschaft festsetze und in den Provinzialständen ein Gegengewicht



geschaffen werde. Auch die Stellung zum Staatsstreich Napoleons gab zu unerquicklichen Auseinandersetzungen zwischen Florencourt und Montalembert Anlaß. Gelegentlich der Erneuerung des Handelsvertrags mit Österreich vertrat Florencourt dessen Eintritt in den Zollverein, damit Preußen nicht zu mächtig werde. Mit seinen Angriffen gegen Preußens Politik ging er manchen zu weit, ohne dadurch der großdeutschen Sache zu nützen. Indeß führte er eine edle Sprache, welche man bei der „Kreuzzeitung“ und den preußischen liberalen Blättern, wenn es sich um Österreich und Bayern handelte, vermißte. Doch fehlte es in der „Deutschen Volkshalle“ auch nicht an anerkennenden Worten über die kirchenfreundliche Haltung Preußens im Gegensatz zu anderen deutschen Staaten. Wenig einverstanden war der Verwaltungsrat, daß man zu sehr die österreichische Politik verteidigte und gar mangelndes Verständnis für die verfassungstreue Richtung der katholischen Abgeordneten zeigte. Dann kommen die, freilich bald außer Kraft gesetzten, Erlasse des Kultusministers von Raumer: Beaufsichtigung ausländischer Geistlichen, vornehmlich der Jesuiten, ebenso der Volksmissionen und der Missionare mit der absoluten Verschließung der protestantischen Gegenden und die Ächtung des Collegium Germanicum. In einem Artikel Müllers über die Zollvereinsfrage wurde auch hierauf Bezug genommen. „Für materielle Zwecke ist dies Blatt nicht gegründet. Alle Zollvereine der Welt sind ihr Kleinigkeiten im Vergleich zu einer einzigen Regierungsmaßregel, durch welche die Freiheit des katholischen Glaubens beeinträchtigt wird. Eine einzige kirchliche Anstalt liegt uns mehr am Herzen, als alle Fabriken der ganzen Monarchie; und wir sind auch überzeugt, daß die Macht Preußens in Deutschland viel weniger von der Zollinie abhängt, als von der — Jesuitenlinie. Man wird es erfahren.“ Eine solche Sprache, zudem vor den Wahlen, konnte die Regierung nur aufs heftigste erbittern. Darum wurde der „lästige Ausländer“ aus Preußen ausgewiesen (12. August 1852).

Die beiden Konvertiten F. Pilgram und der nachmalige



Zentrumsabgeordnete F. von Kehler († 1901) lehnten Müllers Nachfolge ab. Dieser, dem wissenschaftlichen Betrieb längst entwachsen, wurde 1856 ordentlicher Professor der deutschen Philologie an der Universität Würzburg, wo er bei stetem Streit mit den Kollegen weder sachlich etwas zu leisten, noch die Studierenden zu fördern verstand. Im Jahre 1868 wurde er zwangsweise pensioniert und starb 1876 in Aschaffenburg. Ohne Zweifel war er ein Mann von den edelsten Absichten, von urdeutscher Gesinnung, ein Nachzügler der Romantiker, eher ein Publizist großen Stils als ein Redakteur, der fortwährend mit den kleinen und konkreten Dingen rechnen muß. Von M. Liederbach (Max von Gagern) wurde ihm 1878 ein schönes biographisches Denkmal gesetzt. Müller hatte in Köln eine überaus schwierige Aufgabe zu lösen: den Anforderungen des preußischen Preßgesetzes zu genügen, die österreichische Bundestheorie, die mittelstaatliche Selbständigkeit und die Auffassungen der westfälischen Adeligen sowie der linksrheinischen Katholiken in leidlichen Gleichklang zu bringen mit Wahrung seiner eigenen Überzeugung. So wurde für ihn die Redaktionsstube zur „Marterkammer". Nach Müllers unfreiwilligem Abgang hielt es auch Siegwart-Müller für gut, Köln zu verlassen (April 1885). Nach der Rückkehr in die Schweiz wurde ihm der Prozeß gemacht wegen seiner starken Beteiligung an der Sonderbundssache. Das Obergericht in Luzern erkannte nur auf 20 Jahre Kerkerstrafe. Später wurde die Sache — sechs Foliobände Akten — auf immer vertagt. Der vergrämte und gebrochene Mann blieb in Altdorf (Kanton Uri), wo er 1868 das Zeitliche segnete. Bei aller Lauterkeit der Gesinnung zeigte er sich weder in in der Schweiz noch in Köln als fähiger Politiker. Seine dreibändige Autobiographie und Apologie seines öffentlichen Wirkens ist ein gar schwerfälliges, wenig Neues bietendes Werk. An Stelle der beiden Ausländer wurde der naturalisierte Priester Franz von Florencourt, Konvertit und Braunschweiger zur Leitung des Blattes berufen, ein Mann von gar starkem Selbstbewußtsein. Aber er stand etwas



mehr auf dem Boden der Wirklichkeit als seine Vorgänger, und zog die bestehende Verfassung der zu hoffenden ständischen Vertretung vor. Auch fehlte es nicht an scharfer Kritik der „bureaukratischen Zustände" Österreichs. Dies mißfiel dem „Katholisch-konservativen Preßverein". Dabei übersah man, daß die frühere „Volkshalle" nur den Einfluß der „Kölnischen Zeitung" im Westen gefördert hatte. Indes war Florencourt damals wie später ein unpraktischer Mann, abhold der journalistischen Kleinarbeit, als Konvertit noch zu wenig in die Kirche eingelebt. Auch hatte er mehr Ideen als Kenntnisse. Mit der Haltung der 1852 entstandenen katholischen Fraktion war er häufig unzufrieden, aber diese auch mit ihm. Um so mehr Beifall aber fand er später bei dem „Katholisch-konservativen Preßverein". Die Bekämpfung der badischen Kirchenpolitik zog der „Deutschen Volkshalle" eine ernstliche polizeiliche Warnung zu. Bald kam auch Florencourt wieder zu seiner alten Abneigung gegen die Verfassung. Aber mehr als diese interessierte ihn der Krimkrieg. Seine leidenschaftliche Parteinahme für Rußland war geradezu krankhaft. Weil Peter Reichensperger im Abgeordnetenhaus keine Minderung der verfassungsmäßigen Rechte der Juden wünschte, wurde er von Florencourt als Rationalist, der den Abfall des preußischen Staates vom Christentum betreibe usw. bezeichnet. Schließlich mußte eine von Mallinckrodt verfaßte Erklärung zu Gunsten P. Reichenspergers aufgenommen werden. Bei den weit ausgesponnenen Artikeln über die Juden kamen, wie so oft, wichtige, nahe liegende Fragen zu kurz. Schließlich wurde Florencourts Eigenart dem Verwaltungsrat unerträglich, deshalb erfolgte Kündigung. Aber nun löste sich der „Katholisch-konservative Preßverein" auf.

Florencourt gründete die „Politische Wochenschrift, ein Organ für katholische Politik" (August 1854 bis März 1855), wo er seine Russenschwärmerei und kleinliche Bekrittelung der österreichischen Zustände fortsetzte und der katholischen Sache durch seinen „fanatischen Doktrinarismus" und „rücksichtslosen Subjektivismus" nur schadete, wie dies in den





„Histor.-polit. Blätter“ 34. Bd. [1854] S. 780—813, 1013 ff. und 36. Bd. [1855] S. 258 ff. näher beleuchtet wird. Später wurde dieser Mann, der Schwager des Ministers von Westphalen und von Karl Marx, mittlerer Beamter in Westfalen. Nach 1870 schloß er sich den Altkatholiken an, verließ aber diese als Anhänger der ihm verhaßten Maigesetze bald, starb jedoch trotzdem unversöhnt mit der Kirche, hochbetagt (1886) in Paderborn. Florencourt wurde nicht sofort ersetzt; in die Redaktionsgeschäfte teilten sich Josef Bachem, Eikerling und Reusch. Dann traten ein der spätere Zentrumsabgeordnete Josef Krebs und der noch jugendliche bayerische Geistliche W. A. Maier. Letzterer bewährte sich als gediegene Kraft, frei von Überspanntheit. Russenfreundschaft und Türkenhaß schwanden aus dem Blatte, und man befaßte sich mit Deutschland, vornehmlich mit Preußen. Diese veränderte Haltung bekämpfte wieder die Kreuzzeitung, und die Regierung wurde argwöhnisch, wie aus einem vertraulichen Erlaß des Ministers von Westphalen hervorging, welcher dem Klerus Verbindung mit der Demokratie vorwarf. Am 13. August 1854 brachte die „Deutsche Volkshalle“ einen Begrüßungsartikel zur achten in Köln stattfindenden Katholikenversammlung, mit etwas spitzigem kirchenpolitischen Inhalt. Deshalb verbot der Oberpräsident von Kleist-Retzow die Abhaltung dieser Tagung. Wegen ihres Eintretens für die Verfassung war die katholische Fraktion der Regierung ebenso widerwärtig als die Linke geworden. Dieser Umstand, sowie die Abneigung der preußischen Machthaber gegen ausgesprochen katholische Organe waren die Ursache, daß die „Deutsche Volkshalle“ am 10. Juli 1855 unterdrückt wurde. An diesem Schlag war nicht Kleist-Retzow, sondern der Kölner Regierungspräsident E. von Müller, der spätere Leiter von Elsaß-Lothringen (1871—79), schuld. Als Grund des Verbots wurde außer der Haltung in der orientalischen Frage (hier war doch schon längst ein Umschwung eingetreten) die Feindseligkeit gegen die Regierung bezeichnet.

Viel nachsichtiger ging diese mit der „Kölnischen Zeitung“



um. Der radikale Redakteur K. H. Brüggemann schied aus, aber die von Kleist-Retzow gewünschte Änderung in den Grundanschauungen blieb erfolglos. Nur durch Bezahlung der Einrückgebühren konnte er die „Kölnische Zeitung“ dahin bringen, daß sie Stahls Herrenhausreden im Wortlaut brachte. Immer hatte diese Zeitung mächtige Gönner in Berlin. Die örtliche Polizeiwillkür und die kindische Angst der preußischen Regierung vor ultramontanen Umtrieben machte vorerst die Neugründung einer katholischen Zeitung in Köln unmöglich.' Als Fortsetzung der „Deutschen Volkshalle“ kann die Zeitung „Deutschland“ in Frankfurt a. M. gelten (1855—58), dessen Redakteure W. A. Maier, H. Eikerling und K. H. Brüggemann von dem unterdrückten Kölner Blatt wurden. Auch Beda Weber und Moriz Lieber in Camberg galten als Mitarbeiter. Die Richtung unterschied sich nicht wesentlich von der „Deutschen Volkshalle“. Bald wurde „Deutschland“ in Preußen verboten, aber dies beim Frankfurter Senat durchzusetzen glückte Bismarck nicht. Persönliche Zwistigkeiten Eikerlings mit Beda Weber, dessen unerwarteter Tod, die geringen geschäftlichen Fähigkeiten des neuen Besitzers Karl Janssen aus Xanten, vordem Privatdozent der Rechte in Heidelberg, die ausgebliebenen Unterstützungen und die wachsende Schuldenlast führte den finanziellen Zusammenbruch von „Deutschland“ herbei. So fehlte es wieder an einer großen katholischen Zeitung. Die Zeit hierfür sollte allmählich kommen. Aus eigener Kraft, ohne Unterstützung mußte sich ein solches Blatt zu behaupten suchen. Den Bau nicht von oben, sondern von unten ausführen, nicht mit hochfliegenden Plänen, sondern mehr „handwerksmäßig“ schaffen, um durch stete unverdrossene Kleinarbeit die wahre Kunst der Politik zu lernen und zu üben, war das Ideal von Josef Bachem († 1893), welches später mit glänzendem Erfolg verwirklicht wurde.

Im Übrigen behalten wir uns vor, auf Einzelheiten dieses zweiten Bandes noch zurückzukommen.

---



## LXXVII.

### Der Benjamin der europäischen Staaten.

Mit der vorstehenden Überschrift ist natürlich das neue Albanien gemeint.

Der Vorschlag, aus Albanien einen neuen unabhängigen Staat zu bilden, hat in der sogenannten öffentlichen Meinung gleich von Anbeginn an viele und hartnäckige Gegner gehabt. Und nicht allen Argumenten, die gegen den Vorschlag ins Feld geführt wurden, konnte schon vorneherein jede sachliche Berechtigung abgesprochen werden. Wenn z. B. gesagt wurde, Albanien habe eigentlich gar nie ein solches politisches Gemeinwesen gebildet, das man einen Staat hätte nennen können, und wenn man dann aus diesem Argument die Konsequenz ableitete, es fehle den Albanesen überhaupt die staatsbildende Eigenschaft und Kraft, so war es in der Tat schwer möglich, diesem Argument sofort schlagende Gegenargumente entgegen zu stellen.

Bei diesem Argument aber sind die Gegner nicht stehen geblieben. Man ist weiter gegangen und hat auf die konfessionellen Spaltungen unter den Albanesen hingewiesen, ja man hat sogar behauptet, den Albanern könne nicht einmal die Eigenschaft einer besonderen Nationalität zuerkannt werden, sie seien nur ein buntes, undefinierbares Mischvolk und ihre Sprache zeige eigentlich gar keinen einheitlichen Charakter. Dieses letztere Argument hat jedoch augenscheinlich die gegenteilige Wirkung gehabt, als es erzielen wollte. Die Urheber dieses Arguments haben auf das „Allzu scharf macht schartig“ vergessen. Heutzutage, wo alle Welt, jedenfalls alle gebildet sein wollende Welt, von nationalen Ideen oder wenigstens von nationalen Redensarten erfüllt ist, heutzutage mußte mit diesem Argument gerade diese Intelligenzwelt selber sich betroffen fühlen. Denn in der Tat stehen gar manche sogenannte nationale Stimmungen und Strömungen der heutigen Bildungswelt auf noch viel schwächeren



Füßen wie der Anspruch der Albanesen auf Anerkennung ihrer Nationalität. Wenn aber den Albanesen diese Anerkennung nicht verweigert werden konnte oder wollte, so war auch die in den Umständen gelegene Konseqnenz nicht abzulehnen; denn für den übrigen Teil des Balkan haben ja auch diese Gegner das Prinzip gepredigt, daß der Balkan den Balkanvölkern überlassen werden solle. So ist es gekommen, daß heute die Schaffung eines unabhängigen Staates Albanien kaum mehr einen öffentlichen und offenen Gegner findet.

Diese Bemerkungen gelten, wie gesagt, nur für jenen Bereich, den man die öffentliche Meinung zu nennen pflegt. Die Großmächte ihrerseits waren — bei aller theoretischen Anerkennung desselben Prinzips — im Grunde von anderen Gesichtspunkten geleitet. Sie hatten sich bei Beginn des Balkankrieges vorbehalten, die schließlichen Resultate dieses Krieges zu überprüfen und dieselben mit ihren eigenen Interessen in Einklang zu bringen. Und bei den langwierigen Verhandlungen über die Ausgleichung dieser Interessen ist es ihnen fast genau so gegangen wie den Römern, von denen das Diktum auf uns gekommen: Roma deliberante Saguntum periit. Weil die Großmächte gar so lange überlegten, hatte Montenegro den Glauben an ihren Ernst verloren; Skutari ist gefallen und es war dann wahrlich keine erhebende Methode, mit welcher die Großmächte diese gefallene Festung den Montenegrinern wieder abnahmen. Die causa movens aber, welche die Großmächte zur Schaffung des neuen Staates Albanien führte, war die, daß der eine Teil den status quo an den Dardanellen und der andere Teil den status quo an der Adria nicht tangieren lassen wollte. Der gemeinsame, wenn auch unausgesprochene Grundgedanke war: den vergrößerten Balkanstaaten dürfen keine solchen maritimen Flügel wachsen, welche die Zirkel der Großmächte an den Gestaden des Mittelmeeres stören könnten. Diese Beschränkung trifft alle Glieder des Balkanbundes ziemlich gleichmäßig. Und mit dieser Beschränkung, mit dieser Zurück-



dämmung der maritimen Aspirationen der schon bestehenden Balkanstaaten ist ein leerer Raum entstanden, der nun durch die Schaffung des neuen Albanesen-Staates ausgefüllt werden soll, eines neuen Staates, just groß genug, um gerade noch eine selbständige Existenz führen zu können, aber auch wahrlich klein genug, um jede Befürchtung auszuschließen, daß derselbe, sei es am adriatischen Meer, sei es im Innern des Balkans eine zu selbständige Rolle spielen werde. Zu aller Vorsicht übrigens soll ja dieser neue Staat auch noch unter der ständigen Kontrolle der Großmächte bleiben.

Es hat wohl Jedermann das Gefühl, daß dieses Gewebe der Großmächte zu fein und zu künstlich ist, als daß es in dieser Form auf eine sehr lange Dauer rechnen dürfte. Aber dieses Arrangement ist ein Ausweg, ein momentaner Notbehelf, ein Augenblicksmittel zur Vertagung anderer unter den Großmächten bestehender oder drohender Interessenkonflikte. Also wird das Arrangement, weil die momentanen Umstände es den Großmächten so auferlegen, wohl zur Ausführung kommen, der neue Albanesen-Staat wird in irgend einer Form Fleisch und Blut annehmen — ob in der Form eines Fürstentums, eines Herzogtums oder eines Freistaates, ist vorläufig kaum sehr von Belang, jedenfalls besser unter einem bescheidenen Titel als etwa gar unter dem eines Königreichs, weil dies so große Repräsentationskosten erfordern würde, die der junge und kleine Staat gewiß noch lange nicht wird zu ertragen vermögen.

Sollen wir nun an die Frage der Bestandesfähigkeit des neuen Staates herantreten, sollen wir also untersuchen, worin die Kohäsionskraft seiner Teile bestehen wird und woher ihm seine Sustentationsmittel zufließen sollen, so ist die Verlegenheit wahrlich nicht gering. Denn die Kenntnis von Land und Leuten des neuen Staates ist im allgemeinen noch so beschränkt, daß erst heuer in Paris noch ein Buch aufgelegt werden konnte mit dem Titel: „Albanien, das unbekannte Land“, dessen Verfasser behauptet, Gebiete Albaniens bereist zu haben, die kein Reisender vor ihm betreten



habe.[1]) Letzteres kann natürlich nur in dem Sinne richtig sein, daß über einen Teil seiner Route noch keine Beschreibung im Druck erschienen ist. Denn den katholischen Geistlichen, welche unter den albanesischen Katholiken der Seelsorge obliegen, Weltgeistlichen wie Franziskanern, ist selbstverständlich kein Teil des Landes völlig unbekannt geblieben. Das geht auch zur Evidenz aus einem anderen ebenfalls erst dieser Tage erschienenen Werk hervor, das einen dieser Franziskaner-Seelsorger zum Verfasser hat und dessen Inhalt den Wert einer gewöhnlichen Reisebeschreibung weit übersteigt.[2]) Denn in diesem Werke findet sich außer vielen anderen Daten auch eine Aufzählung der albanischen Stämme mit ihren Wohnsitzen, sowie auch ein Verzeichnis der von den Franziskanern im Lande unterhaltenen Pfarren, unter denen sich einige in den höchsten Gebirgslagen befinden. Aber der Franzose hat selber wieder nur einen verhältnismäßig kleinen Teil des Landes gesehen, und wenn das Werk des Franziskaner-Seelsorgers auch gewiß außerordentlich wertvolle Beiträge bringt, so hatte der Verfasser doch garnicht die Absicht, eine vollständige Darstellung der albanischen Angelegenheiten zu bieten, insbesondere geht er den politischen Fragen völlig aus dem Wege, was freilich anderseits den Eindruck der Objektivität des Gebotenen nur erhöhen kann. Auch eine kleinere Schrift eines österreichischen Generals[3]) spricht davon, daß speziell das Innere Nordalbaniens bis heute ein unerforschter Erdteil, ein weißer Fleck auf der geographischen Karte geblieben sei, was natürlich gleichfalls nur mit dem erwähnten Vorbehalt aufzunehmen ist. Leider füllt auch der Verfasser diesen weißen Fleck nicht aus, sondern beschränkt sich auf allgemeine Charakterisierungen. Immerhin enthalten diese Schriften, namentlich die zweitgenannte, ziemlich viel Material, das in

1) Gabriel Louis-Jaray: L'Albanie inconnue. Hachette & Cie. Paris.

2) Fra Lovro Mihacevic: Durch Albanien. Reise-Eindrücke. Aus dem Kroatischen übersetzt von Otto Szlavik. Bonifatius-Buchdruckerei in Prag.

3) Albanien. Von FML. Otto von Gerstner. Braunmüller, Wien.

unsere aufgeworfenen Fragen einschlägt. Und zwar kann dieses Material als um so unbedenklicher bezeichnet werden, als es erst in den letzten Jahren, aber doch noch vor Ausbruch des Balkankrieges gesammelt worden ist. Es gehört also wohl zu dem neuesten, ist aber seiner Entstehung nach doch nicht so neu, daß es in Verdacht kommen könnte, als hätten die Verfasser damit in irgendeiner Weise die Beurteilung der durch den nachgefolgten Balkankrieg entstandenen Lage beeinflußen wollen. Übrigens machen diese Publikationen auch manche ältere einschlägige Werke besser verständlich, indem sie dieselben ergänzen oder deren Darstellungen genauer beleuchten; so können wir also wohl glauben, keine bloße Phantasiearbeit zu leisten, sondern uns auf ziemlich sicherem Boden zu bewegen, wenn wir an der Hand dieser Literatur die Existenzbedingungen des neuen Staates untersuchen.

Was nun zuerst die Geschichte der Albanesen betrifft, so ist es wohl richtig, daß sie niemals ein länger dauerndes politisches Gemeinwesen gebildet haben. Aber gerade daraus den Schluß zu ziehen, daß sie zur Bildung eines solchen Gemeinwesens überhaupt unfähig seien, wäre nicht blos sehr voreilig, sondern auch sehr verfehlt. Die Geschichte erzählt uns nämlich, daß die Albanesen eigentlich ununterbrochen mit den Waffen in der Hand um ihre Existenz und Freiheit gekämpft haben. Auch die kurzen Perioden, während welcher wirklich ein albanesischer Staat bestanden hat, nämlich unter Skanderbeg (um die Mitte des 15. Jahrhunderts) und unter Ali Pascha Tepelenli (um die Wende des 18. zum 19. Jahrhundert) waren eigentlich gleichfalls nur Phasen dieses Freiheitskampfes. Diese Führer waren eben bei der Bekämpfung der Feinde etwas glücklicher gewesen als die anderen, aber der blutige Freiheitskrieg hat, wie gesagt, auch unter ihnen fast nie geruht. Im Gegenteil muß man, oder wenigstens kann man sagen, daß gerade dieser durch Jahrhunderte fortgesetzte ununterbrochene Kampf um die Unabhängigkeit der beste, glänzendste Beweis dafür ist, daß den Albanesen der







Sinn für eine selbständige politische Existenz sogar in sehr hohem Grade eigen ist. Gewiß hat der beständige Kriegszustand, in welchem die Albanesen durch Jahrhunderte gelebt, in anderen Beziehungen den Charakter des Volkes ungünstig beeinflußt. Aber das ist eben ein anderes Kapitel, worüber noch zu sprechen sein wird.

Eine weitere Einwendung gegen die Lebensfähigkeit eines selbständigen Albaniens war der Hinweis auf die religiösen oder konfessionellen Spaltungen unter den Albanesen. Die Tatsache selbst — auf ihre Ursachen kann hier nicht eingegangen werden — ist vollkommen richtig. Und es ist auch vollkommen richtig, daß die mohammedanischen Albanesen seit einer gewissen Zeit den Türken wiederholt gegen die (orthodoxen) Serben und Griechen beigestanden sind, ja daß sie in dieser Beziehung sich förmlich als eine Schutzgarde des Khalifen bewährt haben. Was die Tatsache dieser konfessionellen oder religiösen Spaltung betrifft, so erzählt Louis-Jaray, der Erzbischof der Miriditen habe ihm gegenüber die Zahl der katholischen Albanesen auf 200,000, die der orthodoxen auf 600,000 und jene der Mohammedaner auf 1'200,000 beziffert. Weit über die Hälfte der Albanesen bekennt sich also zum Islam. Aber kaum je ein anderer Autor, der über Albanien geschrieben, hat so nachdrücklich und drastisch die Hinfälligkeit des in Rede stehenden Argumentes dargetan, als Fra Lovro Mihacevic, der selber durch volle zehn Jahre in Albanien pastoriert und später als Ordensprovinzial das Land nach allen Richtungen durchzogen hat. Fra Lovro eröffnet seine Schilderungen gerade mit der Feststellung, daß die Religionsverschiedenheit bei den Albanesen nicht im geringsten die nationale Einigkeit störe. Gleich der erste Satz seiner Schrift sagt: „Die Albanesen werden in Stämme (Fis) eingeteilt, alle aber, die zur selben Sippe gehören, leben, ganz ohne Rücksicht auf den Glauben, wie Verwandte miteinander." Insbesondere der Gegensatz zwischen Christen und Mohammedanern hat bei den Albanesen kaum je eine Rolle gespielt. So furchtbare und grausame Gegner die



orthodoxen Serben und Griechen oft in den mohammedanischen Albanesen gefunden haben, unter den Albanesen selbst ist es zu solchen Feindseligkeiten nicht gekommen. Fra Lovro kommt im Verlaufe seiner Schilderungen öfters auf diesen Gegenstand zu sprechen. Auf seiner Inspektionsreise durch das Land der Miriditen ist er auch in das in 1100 Meter Höhe gelegene Pfarrdorf Lurija gekommen und erzählt darüber:

„... Fast könnte man sagen, in Lurija seien die Christen noch halbe Mohammedaner, die Mohammedaner aber halbe Christen. Haben wir in Lurija doch selbst im Hause des Dorfältesten gewohnt, der ein Katholik, dessen Bruder aber ein Moslim ist. Der eine feiert Weihnachten, der andere den Bajram, des einen Kinder heißen Ivo und Petar, die des andern Suljo und Osman. In Lurija gibt jeder Katholik seine Tochter sehr leicht dem Moslim, dieser aber die seinige einem Katholiken zum Weibe. Es war gerade Sonntag und da kamen auch die Moslims in die katholische Kirche, wenigstens fünf oder sechs, und während der ganzen Messe kniete ein türkisches Weib dicht beim Altar. ..."

Von Lurija ging es dann über das Gebirge weiter in die Pfarre Bischkosio, deren Pfarrer Fra Bono ihn am nächsten Tage zum Pfarrer Fra Jopo in Bazija begleitete. Über deren Mitteilungen berichtet unser Autor:

„Fra Bono und Fra Jopo erzählten so manches über ihre Leute. Die Mohammedaner feiern die Feiertage zusammen mit den Katholiken. Ist einmal auf dem Friedhof eine Volksmesse, so holt sehr oft ein Moslim die Meßgewänder ab. ... Wenn der Pater bei den Katholiken von Haus zu Haus geht, um zu segnen und mit Weihwasser zu besprengen, darf er es nicht unterlassen, auch die moslemitischen Häuser zu besuchen, und die Mohammedaner geben auch sehr gerne das übliche Almosen."

Wir haben hier nicht zu untersuchen, was von diesen Auffassungen und Sitten zu halten sei, wir haben hier nur die Tatsache selbst zu konstatieren, die Tatsache nämlich, daß auch die Religionsverschiedenheiten der Lebensfähigkeit des albanesischen Staates kein Hindernis entgegensetzen.





Ganz anders steht es in dieser Beziehung mit den orthodoxen Serben, Griechen und Bulgaren, die bekanntlich allesamt um albanisches Gebiet kompetieren und sich anheischig machen, den obstinaten Albanesen Raison beizubringen. — Die in Rede stehende Franziskanerprovinz, welche Fra Lovro Mihacevic zu inspizieren hatte, erstreckt sich nach dem Süden bis Janina und Prevesa, ferner auch nach Mazedonien hinein und selbst auf das vielgenannte Amselfeld oder Kosovo Polje. Auf der Fahrt von Janina nach Prevesa hatte Fra Lovro Mitreisende, darunter einen alten Mann, Elias, der, wie sich bald zeigte, ein Albanese war. „Mit glühenden Worten — so erzählt der Verfasser — schildert uns der alte Elias das Elend seines Vaterlandes im allgemeinen und seines Geburtsortes Kortscha im besonderen. Traurig stimmte es ihn, daß die griechischen Popen alle Orthodoxen, die albanisch und nicht griechisch sprechen, aus der Kirchengemeinschaft ausschlossen." In Prevesa kam der Verfasser auch in ein Kaffeehaus, dessen Inhaber, landesüblich Kavedschi genannt, wie aus verschiedenen Umständen zu schließen war, ebenfalls ein Albanese sein mußte. Auf eine diesbezügliche Frage antwortete er: „Ja, ein Albanese aus Durazzo, aber versunken und verloren in diesem Meere der griechischen Sprache, wie auch die übrigen hiesigen Albanesen, die alle griechisch sprechen müssen, und doch ist Prevesa und alles dies albanesisch."

Die Klagen des alten Elias und des Kavedschi von Prevesa führen uns auch auf die Abgrenzung des Staates Albanien. Aus dieser Abgrenzungsfrage nämlich können viel eher Schwierigkeiten und Zweifel hinsichtlich der Bestandsfähigkeit des geplanten Albanien hergeleitet werden oder entstehen, als aus den bisher besprochenen Einwänden. Schon im Eingange haben wir erwähnt, daß das von den Mächten geplante Albanien einen verhältnismäßig sehr beschränkten Umfang erhalten soll. Man schätzt die Anzahl der Einwohner dieses so begrenzten Albanien auf etwa 700000, während der hochw. Erzbischof der Miriditen die Gesamtzahl

der Albaner auf rund zwei Millionen beziffert hat. Man kann annehmen, daß in diese zwei Millionen auch die sonstwo am Balkan, in Griechenland und in Italien zerstreuten Albanesen inbegriffen sind, die natürlich in den neuen Staat nicht einbezogen werden können. Aber auch bei dieser Annahme bleibt noch eine verhältnismäßig sehr große Zahl, beinahe die Hälfte oder sogar mehr wie die Hälfte, außerhalb der Grenzen des neuen Staates. „Auf Grund der Bevölkerungsziffer — sagt FML. Gerstner — muß das Amselfeld (Kosovo Polje) und beinahe der ganze Sandschak von Novibazar zu Albanien gerechnet werden." Speziell bezüglich des westlichen Teiles des Amselfeldes bestätigt dies auch Louis-Jaray, der die jetzt so oft genannten Städte Ipek, Djakova und Prizrend fast ganz rein albanesisch gefunden hat. Auch im östlichen Amselfeld (Üsküb, Prischtina usw.) glaubt er, daß die Albanesen überwiegen. Aber jetzt soll dieses ganze Amselfeld serbisch, ein Teil vielleicht bulgarisch werden. Und von Süden suchen die Griechen ihre Grenze möglichst weit heraufzuschieben. Diese völlige Preisgabe des Amselfeldes ist offenbar eine Folge der vorausgegangenen Preisgabe des Sandschaks Novibazar durch Österreich-Ungarn, das sich auf diese Weise — man kann es nicht anders verstehen — aus dem Innern des Balkans zurückgezogen und dann hauptsächlich nur mehr auf die Wahrnehmung seiner Adria-Interessen beschränkt hat. Nun haben uns soeben der oben erwähnte alte Elias und der Kavedschi von Prevesa wieder daran erinnert, daß Griechen, Bulgaren und Serben theoretisch und noch mehr praktisch dem Grundsatz huldigen: ein Fürst, ein Patriarch und eine Sprache. Wir haben ja auch in diesen Blättern schon verschiedentlich Gelegenheit gehabt, zu erwähnen, wie radikal das gemacht, wie rücksichtslos dieser Grundsatz durchgeführt wird, wenn irgendwo Widerspenstige sich finden sollten. Ist es aber nicht eine gar zu starke Zumutung, eine Überspannung des Bogens, der sich die Großmächte schuldig machen, wenn alle diese Albanesen jetzt sich gutwillig sowohl politisch wie kirchlich und sprachlich,



also förmlich mit Haut und Haaren, mit Leib und Seele den neuen Herren ausliefern sollen? Gefährden die Großmächte durch eine solche Überspannung nicht ihr eigenes Werk selber? Jedenfalls — und das ist für unser Thema die Hauptsache — jedenfalls wäre die völlige Aufteilung Albaniens unter Serben, Bulgaren und Griechen, wie sie gewünscht wurde und uneingestanden noch gewünscht wird, noch viel gefährlicher und noch viel schwerer durchführbar — und vielleicht darf man auch ein Wort von Recht und Billigkeit sagen — als die Konstituierung eines selbständigen Albanien. Das ist sogar bis zu dem Maße richtig, daß man eher umgekehrt sagen muß: die erste Gefahr für die Konzepte der Großmächte liegt vielleicht gerade in der Auslieferung so großer albanischer Volksteile an die oben genannten Völker. Gewiß werden die Mächte den Serben usw. auch jetzt wieder, wie sie es im Berliner Vertrag getan, strengstens die Respektierung der Minoritäten auftragen. Wenn aber diesem Auftrag keine kraftvolle Hand die Ausführung sichert, so wird derselbe voraussichtlich ganz ebenso auf dem Papiere bleiben, wie es die Aufträge des Berliner Vertrags bis heute geblieben sind, im nahen Serbien ebenso wie im fernen Armenien. Das Beispiel von Skutari ist wenig beruhigend. Wenn erst tausende verwesender Leichen den Boden bedecken, eine Menge Kirchen und Häuser in Trümmer geschossen und niedergebrannt sind, so erübrigt dem hinterher einmarschierenden internationalen Detachement eigentlich nur mehr die Rolle des Totenbeschauers.

Doch kehren wir von diesen wenig erfreulichen Perspektiven zu unserem Thema zurück. Eine gewisse Gefahr für den Bestand des neuen Albanien liegt allerdings auch in den Albanesen selber. Alle zusammen nämlich sind sie durch Jahrhunderte eigentlich nur an e i n weltliches Recht gewohnt: an das Kriegsrecht. Das hat dann verschiedene, einer friedlichen Staatsorganisation wenig zuträgliche Folgen gehabt.

Erstens eine übermäßige und einseitige Hochwertung der kriegerischen Tugenden, des kriegerischen Heldentums. Die



Proben, die Fra Lovro Mihacevic aus den albanischen Heldenliedern mitteilt, zeigen dies deutlich. Da muß unter dem Pistolenknall des Helden auch „die Erde zittern und beben", und auf die Nachricht von seinem schließlichen Falle in des Wali von Skutari Zimmer muß „selbst das Meer erbrausen". „Ruhm und Heldenrausch — sagt unser Gewährsmann — bilden das Hauptmoment der albanischen Volkspoesie." Soll Albanien ein Staat werden, so dürfen diese kriegerischen Ideale natürlich nicht mehr die einzigen Ideale des Volkes bleiben, es müssen auch andere Ideale, solche des Friedens, der Kunst, insbesondere jene der wahren Religion mehr und mehr zur Geltung gelangen.

Dieser Heldenstolz und Heldentrotz hat sich — und das ist eine zweite Folge — natürlich auch auf andere Beziehungen, auch auf den, sagen wir kurzweg, Privatverkehr übertragen. Jeder dieser Helden richtet sich gerne selbst, schafft sich selbst Recht und will keinen anderen Richter ertragen. Also wird im Falle einer wirklichen oder vermeintlichen Beleidigung, Kränkung, auch der Kränkung an Besitz und Eigentum, gleich zum Dolch, zur Pistole, zum Gewehr gegriffen. Und die Gegenwehr erfolgt natürlich in derselben Weise. Das wird Gewohnheit, dann Recht, endlich gar Pflicht. Also Blutrache. — Man sagt, die Blutrache stamme von dem mündlich überlieferten Kanum Dukadschin, dem Gesetze, das der nordalbanesische Held Dukadschin seinem Volke hinterlassen. Dieses Gesetz ist aber offenbar selbst nur eine Zusammenfassung der Anschauungen und Gewohnheiten, die sich schon früher allmählig aus den Umständen und Verhältnissen herausgebildet hatten. Sei dem wie ihm wolle: die Blutrache ist so ziemlich die einzige Form der bis jetzt in Albanien herrschenden Justiz. Sie wird etwas gemildert durch die daneben bestehende sogenannte Bessa, welche in gewissen Fällen das Recht und die Pflicht der Blutrache von selbst suspendiert, aber nur zeitweilig. Die Blutrache kann auch durch Zahlung einer Buße oder durch Bitte um Verzeihung aufgehoben werden, doch nie obligatorisch, sondern



jedesmal nur durch freiwilligen Konsens, wobei dann unter den Christen der Appell an die Religion oft eine sehr wohltätige Rolle spielt. Dieses aus den Umständen wohl erklärliche System der Butrache muß natürlich ebenfalls reformiert werden, wenn Albanien ein geordnetes Staatswesen werden soll, die Blutrache muß durch vollstreckbare Urteile berufener Richter ersetzt werden.

Eine dritte Folge, die sich wieder aus dem permanenten Kriegszustand ergab, betrifft das, was wir die politische Verwaltung nennen würden. Die beständige Kriegsbereitschaft eines Volkes ist natürlich nur möglich, wenn das ganze Volk daran teilnimmt, und das ist wieder nur möglich, wenn sich dieses Volk in natürliche Gruppen, Stämme, teilt, die bestimmte Wohnsitze haben, wo also die Stammesgliederung mit der territorialen Gliederung, die Stammesverwaltung mit der territorialen Verwaltung zusammenfällt. An eine Gewaltenteilung ist da nicht zu denken. Es geht ja auch in den entwickelten Staaten, sobald der Kriegszustand erklärt wird, alle Gewalt in die militärische Gewalt auf. Jeder Albanesenstamm führt seinen Ursprung auf seinen Stammvater zurück, nennt und hält ihn in Ehren, und betrachtet ihn, manchmal auch seine Nachfolger, als Stammesfürsten. Daneben bestehen die Stammesältesten und die Bannerträger, die, resp. deren Vorfahren sich selber dazu ernannt haben dadurch, daß sie in den frühesten Kämpfen sich durch Tapferkeit und Führertalent ausgezeichnet haben. Die Aufgabe der Stammesältesten scheint hauptsächlich darin zu bestehen, daß sie, wenn die Blutrache zu viele Opfer zu fordern droht, eine Bessa, eine Aussöhnung, oder wenigstens einen längeren Stillstand vermitteln; das kann sowohl innerhalb eines Stammes, als auch zwischen ganzen Stämmen so vorkommen. Aber eine Gewalt, eine Autorität, die über einen Stamm hinaus Einfluß hätte, gab und gibt es in der Regel nicht, schon gar nicht eine über allen Stämmen stehende, alle zusammenfassende und leitende Autorität. (Die kurzen Ausnahmeperioden unter Skanderbeg und Ali Pascha sind schon



erwähnt worden.) Selbst im Kriege handelten die einzelnen Stämme gewöhnlich nur nach eigenem Gutdünken. Die Bestellung einer solchen gemeinsamen Gewalt und Autorität, einer Zentralregierung, sei es in der Person eines Fürsten oder eines Nationalrates, wird nun die erste Aufgabe der Mächte sein. Das Bedürfnis nach einem solchen gemeinsamen Organ wird, soweit man beurteilen kann, im Lande allgemein anerkannt. Wenigstens hat man nie von Kundgebungen des Sinnes gehört, daß die Stammessouveränität unbeschränkt aufrecht bleiben müsse.

Aus dem Mangel fast jeder Justiz-, Verwaltungs- und auch Verkehrs-Organisation ergab sich dann von selbst als weitere Folge auch der Mangel fast alles dessen, was man eine Finanzverwaltung nennen könnte. Keine Beamten, also keine Steuern, folglich auch keine Finanzen. Was an Verwaltung etwa vorhanden ist und ausgeübt wird, das geschieht durch die erblichen Stammesältesten unentgeltlich. Und im Kriege sind die ebenfalls erblichen Bairakdars oder Bannerträger die immer im Voraus bestimmten Führer. Soldat ist ohnehin jeder halbwegs erwachsene Mann, und der ernährt sich selber. Jedes Haus ist Wohnhaus, Wirtschaftshof, Kaserne, ja auch Festung zugleich, denn fast alle Häuser haben irgendeine schützende Umwallung und nach außen keine Fenster, sondern nur Schießscharten. Also außer allem andern, was heutzutage zum unentbehrlichen Hausrat eines Staates gerechnet wird, auch kaum eine Spur von Finanzen!

Es ist in den Blättern angekündigt worden, daß die Mächte nach dem österreichisch-italienischen Vorschlag die Absicht haben, die bestehende Stammesverfassung zur Grundlage des zu erlassenden Verfassungsstatuts zu nehmen. Etwas anderes ist wohl auch kaum möglich. Insbesondere wird man sich hüten müssen, den Albanesen mit modern parlamentarischen Ideen zu kommen. Louis-Jaray hat, wie er erzählt, an verschiedenen albanesischen Orten sich darüber zu informieren gesucht, wie die Albanesen über die jungtürkischen



Verfassungsideen denken; er hat sich jedesmal überzeugt, daß die Albanesen von den modernen Verfassungen kaum eine genauere Vorstellung hatten, aber sich dafür auch gar nicht interessierten, sondern immer nur betonten, man möge sie sich selber in ihrer Weise regieren lassen. Doch ist soviel klar und selbstverständlich, daß — bei aller sonstigen Respektierung der bestehenden Stammesorganisationen — vor allem eine Zentralregierung eingesetzt werden muß, und daß die Anerkennung dieser Zentralregierung die erste Probe darauf sein wird, ob die Albanesen gewillt und befähigt sind, ein politisches Gemeinwesen zu bilden. Doch wird man sich mit dem Urteil darüber nicht beeilen dürfen, sondern zunächst die ganz natürlichen und schwer, sehr schwer zu überwindenden ersten Schwierigkeiten in Betracht ziehen müssen, die sich der Etablierung einer Zentralregierung entgegenstellen. Vergegenwärtigen wir uns nur die Sachlage etwas genauer.

Die Zentralregierung braucht vor allem ein Regierungsgebäude. Nun dazu kann vorerst vielleicht das Amtsgebäude, in welchem der bisherige türkische Wali in Skutari amtiert hat, ausreichen. Dieses und einige andere Amtsgebäude und Kasernen werden aber auch das einzige Inventar sein, das vom früheren Regime auf das neue übergeht. Anderer Staatsbesitz ist im engeren Albanien kaum vorhanden. Schon diese Gebäude aber brauchen Verwalter und erfordern Erhaltungskosten. Der neue Regierungschef muß besoldet werden, er muß eine Kanzlei mit Beamten und Dienern haben, und um seine Anordnungen der Bevölkerung bekannt zu machen und deren Ausführung zu überwachen, dazu braucht er wieder andere Organe. Der regelmäßige Verkehr der Regierungsorgane unter einander und mit der Bevölkerung setzt den Bestand einer Posteinrichtung voraus, diese aber setzt wieder den Bestand von praktikablen Wegen und Straßen voraus, woran es nahezu gänzlich mangelt. All das kostet Geld und wieder Geld. Es müssen also Steuern vorgeschrieben und eingehoben werden. Nach welchem Maßstab? Es gibt noch keinen, weil auch noch keinerlei Art von Vermögensaufnahme



besteht. Das Land muß erst vermessen werden, von Grundbüchern usw. ist keine Spur. Zu all dem sind wieder andere Organe, andere Amtsgebäude usw. notwendig. Und so geht es noch lange weiter. Der langen Rede kurzer Sinn aber ist: woher soll alles das hiezu notwendige Geld kommen, wo doch fast die ganze Bevölkerung bisher so gut wie steuerfrei war? und wie auch soll die Bevölkerung jetzt auf einmal Steuern zahlen können, wo sie doch oft kaum für des eigenen Lebens Notdurft zu produzieren vermag? Gewiß ist der Boden vielfach sehr, zum Teil außerordentlich fruchtbar, und es könnte darauf ungleich mehr produziert werden, als es jetzt geschieht. Aber selbst abgesehen davon, daß auch diese Mehrproduktion wieder gewisse Bedingungen voraussetzt, was soll sie auch nützen, wenn die Produkte mangels fast aller Verkehrswege, oft sogar der unterhaltenen Saumpfade, nicht auf den Markt gebracht werden können?

Dazu kommt noch eine andere, nicht unerhebliche Schwierigkeit. Zwar nicht allenthalben, aber doch vielfach im Lande besteht eine Art Hörigkeitssystem, vielleicht eher vergleichbar, doch nicht identisch mit dem Kolonensystem Südtirols oder dem Metayersystem gewisser Gegenden Italiens. Soll so etwas wie ein modernes Steuersystem eingeführt werden, so müssen jedenfalls auch diese Verhältnisse einer neuen Regelung unterzogen werden. Jedermann aber weiß, welchen Umständlichkeiten die Reform dieser Verhältnisse in Zentral-Europa und neuestens in Rußland begegnet, daß überhaupt die Überführung des Systems der Naturalwirtschaft in jenes der Geldwirtschaft — denn darum handelt es sich im Wesentlichen — gewöhnlich mit vielerlei Komplikationen und auch mit kaum vermeidlichen Krisen verbunden ist, Komplikationen und Krisen, die eben wieder in Geldfragen ihre Ursache haben.

Das Gesagte gilt vom größten Teil des Landes, welcher ja bekanntlich aus bis heute dem gewöhnlichen Verkehre völlig unzugänglich gebliebenem Gebirge besteht. Doch müssen auch Ausnahmen erwähnt werden, kleine Ausnahmen zwar,

aber doch bemerkenswerte Ausnahmen. Das sind die Städte und ihre nächste Umgebung wie Skutari, Elbassan, Tirana, Valona (wenn es zu Albanien kommt), wo die türkische Regierung sich geltend machen konnte, wo es also Behörden und Beamte gab und wo ein nicht unbedeutender Handel, ferner etwas Gewerbe und sogar auch ein wenig Industrie sich entwickelt hat. Diese zum Teil auch mit Häfen versehenen Städte sind zweifellos schon jetzt einigermaßen steuerfähig. Natürlich wird das Land, wenn nur erst seine Grenzen einmal definitiv festgesetzt sein werden, auch seinen eigenen Zolltarif erhalten, und die Zölle können dann gleichfalls eine sofort fließende kleine Einnahmsquelle bilden. Dazu könnten fernerhin noch die Einnahmen aus dem einen oder andern Monopol treten. Aber all das dürfte im Hinblick auf die fast erschreckende Größe der anstürmenden Bedürfnisse, wenigstens im Anfang, nicht viel mehr bedeuten, als ein Tropfen Wasser auf einem heißen Stein.

Wenn ein schon konstituierter Staat in einen solchen circulus vitiosus gerät, in welchem sich das neue Albanien schon bei seiner Entstehung befinden wird, so behilft er sich mit dem schon stereotypen Ausweg der Aufnahme einer Anleihe. Es ist Tausend gegen Eins zu wetten, daß dieses Mittel auch den Albanesen von vielen und wahrscheinlich gerade von den „besten“ und den „aufrichtigsten“ ihrer Freunde als unfehlbare Panacee angepriesen werden wird. In Wirklichkeit aber hieße dies etwa dem noch in der Wiege liegenden Kinde eine Galeerenkugel anschmieden oder es mit seinem ganzen Erbe, wenn nicht sogar mitsamt seiner Seele dem Wucherer verschreiben. Albanien würde dadurch schon bei seinem Lebensantritt mit einer Zinsenlast beschwert, die es unmöglich zu ertragen vermöchte. Es würde gezwungen sein, auch schon die geringen eigenen Einnahmen, über die es im Anfang verfügen könnte, zur Zinsenzahlung zu verwenden oder gar formell zu verpfänden, es hätte gar keine Aussicht, aus dieser Schuldenknechtschaft je herauszukommen, es müßte sich völlig, physisch und moralisch, seinen Gläu-



digern hingeben. Ja gewiß auch moralisch! Alle hier wiederholt genannten Gewährsmänner heben hervor, daß die Albanesen ein zweifellos sehr begabtes Volk sind; sie schicken sich ins Gewerbe und in den Handel ebensogut wie in die Landwirtschaft. Und Fra Lovro Mihacevic, auf dessen Buch wir auch hier am Schluß unserer Erörternng noch zurückgreifen, betont, ohne im übrigen ihre Fehler zu verschweigen, namentlich auch die Reinheit ihrer Sitten. In gewisser Beziehung gehen die Albanesen hierin so weit, daß man sogar geneigt sein mag, Vorbehalte zu machen. Fra Lovro schreibt darüber unter Anderem: „Die Männer (in Albanien) sprechen sehr selten über Frauen. Auch in intimster Gesellschaft hält es der Albanese für eine Schande, über Frauen zu sprechen. Witze oder Anekdoten über Frauen sind dem Albanesen ganz unbekannt. Im allgemeinen ist der Albanese so sittenstreng, daß er vielen andern Völkern als Beispiel dienen könnte. Weib, Kinder und Familie sind ihm ebensoviele Heiligtümer. Wer einen Ehebruch begeht, unterliegt der Blutrache. Die Frau, die einen Ehebruch begeht, wird von der Verwandtschaft unnachsichtlich ermordet." Nun stelle man sich vor, was aus diesem jungen Albanien werden müßte, wenn es unter der Botmäßigkeit des modernen Kapitals aufwachsen und nach dessen Grundsätzen sich entwickeln sollte. Beim Kapital steht die Moral wahrlich nicht auf der Tagesordnung. Es liegt in der Natur des modernen Kapitals, daß es überall und allenthalben die gewissen „Freiheiten" begünstigt, manchmal auch gebieterisch fordert. Wohl nicht gleich, denn man will natürlich nicht erschrecken, aber doch bald und dann bald nacheinander müßte Albanien dem politischen, wirtschaftlichen, sozialen und moralischen Libertinismus sich öffnen, ihm in Gesetzgebung und Verwaltung immer freieren Spielraum gewähren. Es wird vielleicht — denn es gibt wie Jungtürken sogar auch schon Jungalbanesen — auch ohne die direkten Diktate der modernen Finanz- und Genußwelt so kommen, denn die Diplomatie, welche derzeit noch allein über Albanien entscheidet, findet



man heutzutage nur zu oft im Bunde mit der Finanzwelt. Aber dazu ist die Diplomatie doch nicht da, dafür zu sorgen, daß es so kommen muß.

Der Balkan den Balkanvölkern, sagt man immer. Also lasse man auch Albanien den Albanesen und liefere den jungen Staat nicht den meistinteressierten Vertretern des Libertinismus aus. Eine Anleihe ja gewiß, aber nicht eine modernen Stils, sondern eine des Stils: mutuum date, nil inde sperantes, d. h. eine für eine lange Reihe von Jahren unverzinsliche Anleihe; das ist es, was dem Lande frommen könnte. Mögen die Paten, als welche sich ja alle Großmächte gerieren, dem Patenkinde ein solches Angebinde in die Wiege legen.

— 20. Mai. J—l.

## LXXVIII.

## Kürzere Besprechungen.

1. Schwellenbach Robert, Der Wert des Lebens und der Sinn der Religion. Berlin 1913. 145 S.

Die vorliegende Schrift kann als „praktische Lebensphilosophie vom Standpunkte eines gläubigen Laien" kurz charakterisiert werden. Sie enthält viele bekannte, aber der Neubetonung werte Wahrheiten, verrät eine ernste Auffassung des Lebens und der dem Einzelnen obliegenden Pflichten, ohne in den zehn Kapiteln, die es umfaßt, in die theologische Tiefe zu gehen. Als Vorbild für den Menschen, dessen Streben und dessen Handlungen stellt der positiv-christliche Verfasser das Ideal des Gottmenschen hin. Ohne dieses Ideal wäre die bisherige Entwickelung der Kultur nicht verständlich. Aus der Diesseitskultur darf ferner der Jenseitsgedanke nicht ausgeschaltet werden, denn er läßt sich ebensowenig von ihr trennen, wie der Begriff der Unendlichkeit von dem Problem der Weltanschauung.

Manchen Aufstellungen Schwellenbachs, die allerdings teilweise untergeordneter Natur sind, muß leider die volle Zustimmung versagt werden. So ist es entschieden irrig, wenn er behauptet, Genie sei Fleiß, oder wenn er schreibt, „daß das Laster deshalb böse ist, weil es den Menschen immer unglücklicher macht". Ebenso ist es eine gewagte Aufstellung, daß alle die, welche sich für das Recht geopfert haben, zweifellos im Bewußtsein ihres guten Rechtes vollen Ersatz für alle Unbilden, die sie erlitten, fanden. Noch kühner ist die Behauptung: „Die Wahrheit siegt im Leben!", und entschiedene Ablehnung fordern die Worte: „Die ganze Moral ist . . . nichts anderes als Beschränkung der Wünsche und Neigungen des einzelnen mit Rücksicht auf die Ziele der Allgemeinheit." Unkenntnis des modernen Arbeitslebens verrät u. a. auch der Satz, daß mit der immer weiter gehenden Vereinfachung der Arbeit sich die Arbeitsfreudigkeit erhöhe. Und wenn endlich der Verfasser König Friedrich II. von Preußen glorifiziert und ihn als religiösen, gottgläubigen Monarchen betrachtet, so kann der von Voreingenommenheit freie Geschichtskenner diese zum mindesten merkwürdige Auffassung nur mit Kopfschütteln vernehmen.

Von diesen und anderen Ausstellungen abgesehen, vermag das kleine Buch in den noch christlich fühlenden protestantischen Kreisen manches Gute stiften, und wir freuen uns auch als Katholiken dessen Hauptbedeutung, die darin liegt: daß es ein Zeugnis dafür ablegt, daß unserer modernen Menschheit nichts mehr fehlt und nichts notwendiger ist als Religion.

R. F. H.

2. Quellen und Forschungen zur Geschichte des Dominikanerordens in Deutschland, herausgegeben von P. v. Loë und Benedikt M. Reichert, 8. Heft: P. Raimundi Bruns Ord. Praed. Annales Conventus Halberstadiensis. Eine Chronik der Militärseelsorge und Missionstätigkeit der deutschen Dominikaner in Brandenburg-Preußen im 18. Jahrhundert. — Zum ersten Male herausgegeben durch P. Maternus Heinrichs O. P. Leipzig, Harrassowitz 1913. VIII, 150 S. ℳ 6.—.



Im Jahre 1911 entdeckte P. Paulus von Loë in der Magdeburger Stadtbibliothek die für die Geschichte des Katholizismus in Brandenburg-Preußen während der friderizianischen Zeit sehr wichtigen Annalen des P. Raymund Bruns. Durch das schon auszugsweise bekannte, im katholischen Pfarrarchiv zu Potsdam verwahrte Tagebuch des P. Bruns wußte man um die Existenz dieser Annalen, sie blieben aber bis jetzt verschlossen. Sie enthalten zunächst wichtige Nachrichten über das Halberstädter Dominikanerkloster, historischen und kunstgeschichtlichen Inhalts, vor allem bieten sie eine genaue Schilderung der Missionstätigkeit und Militärseelsorge der Dominikaner in Berlin, Potsdam, Spandau, Magdeburg, Stettin und ungefähr 70 anderen Stationen und auf den Schlachtfeldern der schlesischen Kriege. Die künftige Geschichte der Militärseelsorge in Preußen muß von dieser wichtigen Quelle ausgehen, die auch sonst reich ist an kulturhistorischen Einzelheiten aus der bewegten Zeit der Kriege Friedrich des Großen. Sehr wertvoll z. B. sind die Aufschlüsse über die Geschichte der katholischen Gemeinden von Berlin und Potsdam, reiches urkundliches Material wird geboten zur Baugeschichte der Berliner Hedwigskirche, deren erste Pröbste Dominikaner waren. Für Friedrichs Stellung zum Katholizismus liefert sodann der als Anhang beigegebene, aus dem Propagandaarchiv in Rom stammende Originalbericht des P. Bruns über seine vom 4. Oktober 1742—43 dauernde Gefangenschaft in Spandau und Potsdam interessante Aufschlüsse. Ein zweiter Anhang enthält den Wiederabdruck eines i. J. 1794 erschienenen gedruckten Kataloges der deutschen Dominikanerprovinz. — So ist auch dieses Heft der Quellen und Forschungen eine wertvolle Publikation, deren Interesse über den ordensgeschichtlichen Rahmen weit herausreicht, und ihr Urheber verdient wärmste Anerkennung. **L. Pfleger.**

## LXXIX.

# Bausteine zu einer Biographie des Bischofs J. M. Sailer.

Von Anton Döberl.

### 2. Bischof J. M. Sailer an Minister E. von Schenk.

(Schluß.)

### III.

Nichts kommt wohl in den Briefen Sailers mehr zum Ausdruck als die treue Ergebenheit gegen den König. Bezeichnend für diese Stimmung ist ein Brief, der uns auch den besonderen Grund Sailers zu dankbarer Treue angibt.

„Sie fordern mir im Namen unseres allergnädigsten Königs die Erklärung ab: ‚Ob ich den erledigten bischöflichen Stuhl in Passau nicht annehmen möchte? Das früher gegebene Wort binde mich nicht.' Diese übervåterliche Fürsorge S. M. für mich rührt mich durch und durch; es ist ja, als wenn der König nichts zu tun hätte, als für Sailers Wohl und Ehre zu sorgen. Und doch, und doch ist mein Herz an die Kirche Regensburg so fest angeklammert, daß mich nur der Tod von ihr trennen kann. Als der König, damals Kronprinz, die Berge in Rom für mich geebnet hatte, und die Hügel in München, daß ich Koadjutor ward, da hab ich im Innersten des Gemüts und Gewissens das Wort ausgesprochen: ‚Liebe Kirche von Regensburg, Dir weihe ich mein ganzes Leben, in Deinem Dienste will ich sterben.' Diese vor Gott eidliche Verpflichtung hat so tiefe Wurzeln in mir geschlagen, daß ich sie mir nicht aus dem Herzen reißen kann, daß es mir unmöglich ist, dem allergnädigsten Augenwink des Königs zu gehorchen. Das





schreibend lege ich mein Herz in die Hände Gottes und meines Königs. Huldigung dem König Ludwig! Gruß und Umarmung dem Freunde Eduard! (8. Nov. 1828).

Über die „Berge und Hügel" spricht Sailer sich noch deutlicher aus:

„König Ludwig allein war es, der mir nicht nur das Wohlwollen seines kgl. Vaters wieder zuwandte, sondern auch in Rom durch sein fürstliches Wort die gegen mich ausgestreuten Lästerungen beschwichtigte und meinen Namen wieder zum Wohlgeruche machte; und mit wie viel Wohltaten überhäuft er mich täglich! Darum ist meine Dankbarkeit unbegrenzt wie meine Liebe und es ist süß, diese Empfindungen vor Ihnen, teurer Freund, auszuschütten, da ich weiß, wie ganz Sie dieselben mit mir teilen." [1])

Diese treue Ergebenheit läßt ihn um die Erziehung des ältesten Sohnes des Kronprinzen besorgt sein.

„Der Gouverneur des Prinzen Max, erstens Sohnes unseres Kronprinzen, H. von Hohenhausen, paßt leider nicht ganz an seine Stelle. Es soll eine Änderung geschehen, sobald der bessere Mann gefunden sein wird. Nun, belehrt von Ihrem weisem Rate, den ich dankbar und voll Freude gelesen habe, bitte und beschwöre ich Sie: unsern Max Freyberg unter vier Augen zu fragen, ob, wenn ihm der König den Antrag machte, bei Prinz Max die Gouverneursstelle anzunehmen, er sich nicht entschließen könnte und wollte, das Vertrauen des Königs zum Besten des Vaterlandes mit Ja zu erwiedern. . . . Gumpenberg hat leider die kindliche Ergebenheit gegen die Kirche nicht, kann sie also seinem Zögling nicht ins Herz legen, was doch sein müßte" (im März 1824).

„Die Frage, unlängst in Euren Schoß gelegt, fleht um möglichst baldige Antwort, weil, sobald der bessere Gärtner gefunden ist, der vorige entlassen wird. Mein Gedanke fiel auf M. F. Aber itzt heißt es von ihm: uxorem duxi, non possum venire" (22. März 1824).

1) 24. Sept. 1829. Vgl. Sepp, Ludwig I., S. 382.



Die aufrichtige Treue gegen den König will sich in einem freimütigen Wort äußern:

„Meine Hände heben sich so gern Tag und Nacht zum Himmel für Ludwig. Können sie nicht auch noch etwas für ihn arbeiten? Oft ist es mir, als sollte ich dem König ins Ohr und Herz rufen: festina lente! Soll ich's? Schreibe mir ein trautes Wort!“ (27. Nov. 1825).

„Ja, Freund, täglich gedenk ich Ihrer am Altar, daß Ihnen der Herr täglich gebe eine neue Fülle von Weisheit und Klugheit und Stärke, um das gute Herz des Königs vor dem Siege geheimer und offener Opposition zu bewahren und vor dem Eifer, die wichtigsten Geschäfte zu schnell abzutun“ (25. Juni 1827).

Dieselbe besorgte Anhänglichkeit an den König läßt ihn nicht gleichgiltig sein gegen die Personen in nächster Umgebung des Thrones. „Hier macht man Hofrat Behr zum Kabinettssekretär“ (18. Sept. 1826).

„Martins Tod hat eine bedenkliche Lücke gemacht. Gott gebe, daß sie wieder gut ausgefüllt werde und der König einen seines Vertrauen würdigen Mann finde“ (31. Jan. 1828).

„Seit dem Tode des Kabinettssekretärs von Martin höre ich nicht auf zu beten, daß Gott dem Könige den rechten Mann für diese wichtige Stelle in den Sinn gebe, einen Mann, der mit den erforderlichen Kenntnissen Treue, Uneigennützigkeit, Gewissenhaftigkeit, mit einem Worte: echte Religiosität vereinigt und sich dadurch des Königlichen Vertrauens wert macht. Aller Augen sind auf diese wichtige Wahl gerichtet. Gott gebe, daß sie gut ausfällt!“ (5. Febr. 1828).

„Wie ich vernehme, ist Ihr trefflicher Grandauer Ihnen geraubt worden. Ich wünsche dem König Glück zu dieser Wahl und dem Gewählten eine recht dauerhafte Gesundheit für seinen schwierigen Posten, Ihnen aber einen neuen Studienrat, der Ihnen Grandauer zu ersetzen vermag. Lassen Sie mich hierüber bald erwünschte Nachricht vernehmen. Sie wissen ja, welch innigen Anteil ich an dieser wichtigen Sache nehme“ (23. Februar 1828).





Die politischen Regierungsgrundsätze des Königs fanden wenigstens anfangs, als sein im Grund absolutistischer Standpunkt noch wenig hervortrat, Sailers Zustimmung. „Unser König hat Recht: keine Ultras weder rechts noch links“ (14. Okt. 1827).

Die kirchlichen Regierungsgrundsätze des Königs sollten gerade in der Frage, die, nicht weniger als ein gut Jahrzehnt früher die Konkordatsfrage, die Geister und Parteien in Atem hielt und den Streit über das Verhältnis von Kirche und Staat aufs neue aufzurollen drohte, an dem kirchlichen Sinne des Bischofs wie auf einen rocher de bronce stoßen: Da hielt er dem Könige das apostolische Wort entgegen: obedire oportet Deo magis quam hominibus (Aichinger, Sailer, S. 460). —

Selbstverständlich nehmen in Sailers Briefen, die vom Jahre 1816—1831 reichen, die Freundschaft mit dem Minister, die Anteilnahme an seinen Ideen und Plänen, die Besorgnis für seine vielangefeindete Stellung einen breiten Raum ein.

Führten dichterische Neigungen Herrn von Schenk mit Hormayr und Michael Beer zusammen, so verknüpfte den Konvertiten und überzeugten Katholiken eine tiefe religiöse Anlage, eine warme Verehrung mit dem Bischofe, seinem einstigen Lehrer. Galt Schenk sonst als sehr träger Briefschreiber, in der Korrespondenz mit Sailer trifft das nicht zu: wiederholt bestätigt Sailer den Empfang von Briefen. Dazu kommt noch ein reger mündlicher Verkehr: Sailer in München, der Minister und seine Familie in Regensburg und Barbing; mündliche gegenseitige Benachrichtigungen durch Schwäbl, Rikkabona, Amann, Ringseis. In keinem Briefe vergißt Sailer dem „Ober- und Unterparlamente“, dem „Ober- und Unterhause“ — im Lentner'schen Hause wohnte auch Schenks Schwiegervater, der von Sailer hochverehrte Staatsrat Klemens von Neumayr — Grüße zu übermitteln.

Mit den Dichtungen des Ministers befaßt sich Sailer nur zweimal; einmal schildert er den großen Beifall, den die Aufführung des „Belisar“ im Regensburger Stadttheater



gefunden hat; ein andermal ruft er über „Kaiser Ludwigs Traum“ „herrlich, herrlich!“ aus.

Umso beredter wird Sailer in „Geschäftssachen“. Gleich zu Beginn seiner Tätigkeit als Vorstand des Schul- und Kirchenwesens befaßte sich Schenk lebhaft mit Plänen zur Neuordnung des Schulwesens, in denen nach Brentanos Mitteilung die allmähliche Wiederübertragung des Unterrichtswesens an geistliche Korporationen vorgesehen war.[1])

Sind diese Pläne identisch mit den „Ideen“, von denen Sailer spricht, dann wäre die Annahme des preußischen Gesandten von Küster,[2]) Sailer arbeite an einem neuen Schul- und Lehrplan für Bayern, nicht ganz unbegründet.

„Ich habe Deine Ideen, ohne den Verfasser zu nennen, einem rechtschaffenen Mann zum Lesen gegeben; der schrieb mir einiges darüber, das ich Dir mitteile und das Du mir suo tempore wiedergibst. Lies nnd sage mir, wie es Dir einleuchtet“ (9. Nov. 1825).

„Deine Ideen sind klassisch. Da sie aber später lithographiert werden müssen, so will ich sie noch einige Male durchforschen und wenn mir etwas darüber oder dazu einfallen sollte, sie brüderlich dazu mitteilen. Deo gloria! Patriae Salus! tibi laus a Deo et ab optimo Rege!“ (15. Nov. 1825).

„Da Ihr künftiges Tagewerk unendlich ist, so säume ich nicht, Ihnen ein Schreiben von einem der besten Geistlichen und Lehrer unserer Diözese zu senden. Alle seine Erinnerungen müssen beachtet werden“ (27. Nov. 1825).

Für die Verbesserung des Schulwesens bringt Sailer auch spezielle Wünsche vor.

„In der Überzeugung, die Sie gewiß mit mir teilen, daß die bezweckte Verbesserung des Schulwesens nur durch genaue Bekanntschaft mit dem Guten und Schlechten, das überall vor-

1) Dr. Wilhelm Lempfrid, Die Anfänge des parteipolitischen Lebens und der politischen Presse in Bayern unter Ludwig I. 1825 bis 1831. S. 24.

2) Lempfrid, Anhang I, S. 245.



findlich, zu benutzen oder zu beseitigen ist, möglich werden mag, übersende ich Ihnen hier und lege an Ihr Herz die Ansichten und Wünsche eines einsichtigen, unparteiischen Freundes hinsichtlich der Gymnasialanstalt zu Straubing. Ich wünsche und hoffe, auch von anderen Anstalten dergleichen Notizen durch zuverlässige Männer zu erhalten und Ihnen mitteilen zu können" (9. Febr. 1826).

„Ich übersende Ihnen einen Aufsatz, vom braven Zenger verfaßt, betrifft das bischöfliche Seminar und Studienwesen zu Passau. Das Ministerium kann durch einseitige Berichte der Regierungen leicht irregeleitet werden und es ist daher gewiß ersprießlich, wenn auch die altera pars gehört wird" (24. Febr. 1826).

„Möchte doch auch der traurige Zustand der hiesigen Lehranstalten ein Ende nehmen und durch die neue Organisation, die, wie Sie mir geschrieben, schon im Kabinett zur Unterschrift liegt, von Ostern an eine neue Ordnung, ein neues Leben hier beginnen. . . . Heigl in Neuburg wäre so ganz der Mann zur Übernahme des Rektorates am Gymnasium und des Vortrags der Philosophie: er würde die erschlaffte Zucht am Gymnasium wieder herstellen und die vielen und mitunter sehr talentvollen Kandidaten der Philosophie, die unter Denk hungern und darben müssen, auf frische gesunde Fluren der Philosophie führen können" (12. März 1827).

„Ich habe auf meiner Reise die Schulanstalt in Dillingen zu besuchen Gelegenheit gefunden und mit Freude das Aufblühen derselben wahrgenommen. Einige motivierte Wünsche nach Verbesserungen enthält die Beilage II, die ich Ihrer Aufmerksamkeit empfehle; eine nähere Verbindung und übereinstimmende Einrichtung des Seminars mit dem Lyceum, wie sie hier angegeben ist, wäre sehr ersprießlich" (11. Mai 1826).

Es ist das Los derer, die zwischen den Gegensätzen eine rechte oder unrechte Mitte einhalten wollen, daß sie von hüben und drüben Widerspruch erfahren. Schenks Stellung war vielen Angriffen ausgesetzt. Auch die Rechtsstehenden scheinen nicht immer mit ihm einverstanden gewesen sein.



„Den Ihren Augen jüngst zugesandten anonymischen Aufsatz, voll harter und wehtuender Ausdrücke gegen Sie, habe ich (ohne Prolog und Epilog) bloß deshalb nicht unterdrückt, weil ich schon in München und auf meiner Reise den Rhein hinab ähnliche Urteile, denen ich aber widersprach, vernehmen mußte. Ich faßte vor Gott den Entschluß zur Mitteilung unter der Betrachtung: Dein Freund soll alles wissen, was auch gute, ihn liebende Menschen urteilen; denn ist es wahr und richtig, so wird Eduard den Flecken aus seinem Bilde wegwischen. Ist es falsch, so wird er in der Warnung den Freund und den Getäuschten bedauern und auf seiner Bahn nur mutiger und vorsichtiger, um auch den Schein des Bösen zu vermeiden, fortwandeln" (4. Nov. 1827).

In liberalen Blättern, namentlich im „Volksblatt", fand Schenk eine wenig günstige Beurteilung. Im Pariser „Constitutionel" erschien eine scharfe Kritik, die Herrn von Schenk Fähigkeiten absprach und seine Erhöhung zum Minister nur klerikalem Einfluß zuschrieb.[1]) Da ist es interessant zu sehen, wo Sailer den Kritiker suchte.

„Unser neuer Präsident, der bisher die Achtung aller, die ihn kennen gelernt, gewonnen hat und der schon darum einem großen Teil des Publikums willkommen ist, weil er sich durch öffentlichen Kirchenbesuch als andächtigen, katholischen Christen bewährt, hat mir unlängst folgende vertrauliche Mitteilung gemacht. Er habe durch den Herzog von Dalberg erfahren, daß dessen Sekretär in Paris ausgekundschaftet habe, daß der abgeschmackte Artikel im ‚Konstitutionell' über Ihre Person von dem Sohn des Prof. Schultes in Landshut verfaßt oder wenigstens eingesandt worden wäre" (16. Januar 1828).

„Was ich Ihnen unlängst schrieb, als wenn Sch. Verfasser jenes Artikels sei, hat sich von selbst widerlegt. Man hat durch gewonnene Werkzeuge wie Prof. Fallermeyer und Frau von Liebekind diese Lügen bloß ausstreuen lassen, um den wahren Verfasser zu umhüllen. Der ist in Ihrer Nähe und Sie können

1) Lempfrid, S. 123.





sich vor ihm nicht zuviel hüten und auch Öttl nicht zu sehr vor ihm warnen. Ach, wo sich Genie und Talent für Wissenschaft und Kunst mit dem unendlichen Trieb in seinem Kreis hoch oben zu sein vereinigt und jenes Talent und dieser Trieb zu herrschen durch die Religion nicht geordnet und gemäßigt werden kann, weil das Gemüt davon ganz entblößt ist, da ist jedes Mittel, das zum Zwecke führt, heilig und nichts hindert auch den Freund zu opfern, weil ohne Religion keine Freundschaft Bedeutung hat. Liebster Freund! Eben aus dieser trüben Quelle fließt wohl auch die Insinuation, daß M. v. Schenk alle Talente zum Minister der Justiz besitze, dagegen Stürmer und der Präsident von Ansbach zum Minister des Innern ungleich besser qualifiziert gewesen wären. Der dies einrücken ließ, wollte sicherlich die zwei Männer bloß vor die Lücke hinstellen und, wenn der Fall eintritt, selbst in die Reihe einspringen. Liebster Eduard! Gott hat das doppelte Heiligtum der Nation, Kirche und Schule in Ihre Hände gelegt. Er wird es darin auch bewahren. Das ist mein tägliches Gebet und meine Zuversicht. Nur seien Sie Mann und nehmen Ihre amtliche Stellung gegen die heutige Journalistik wohl in Acht und behaupten sie fest und furchtlos. Es läßt sich das gottlose Treiben der Protestanten ohne Christentum, mit denen sich schlechte Katholiken verbinden, weder in Schutz nehmen noch entschuldigen. Gott bewahre unsern König, sein Haus, sein Reich und seinen Minister und alle, die für die Wahrheit und das Heil Bayerns ihr Leben daran zu geben bereit sind“ (19. März 1829).

Wen meinte Sailer? Vielleicht Hormayr?

Bekanntlich wurde der Schulplan sogar als Werkzeug zum Sturze des Ministers Schenk benutzt. Ende 1829 liefen Gerüchte um von einem Ministerwechsel.[1]) Da konnte Sailer dem Freunde eine beruhigende Nachricht geben.

„Ein Bedürfnis meines Herzens nötigt mich, Ihnen mitzuteilen: daß unser König bei seinem Hiersein vor mehreren

1) Lempfrid, a. a. O. S. 147.

und vor mir allein seine Zufriedenheit mit Schenk und Öttl mit dem ernst=freundlichsten Blicke wiederholt geäußert habe, scheint nicht zwecklos gewesen zu sein. Er wollte mir die beste Freude und höchste Beruhigung und seinem Herzen eine der schönsten Satisfaktionen verschaffen. Denn er ließ mich es mehr als erraten, daß Er die sich so schön färbende Opposition, die ihn ins Netzen bringen und gegen seine Getreuen einnehmen möchte, habe aus Erfahrung kennen lernen" (1. Dez. 1829).

Die Zensur= und Ausschlußverordnung vom Januar 1831, die aber zunächst von dem unter dem Eindruck der Julirevolution stehenden König ausging, hat den Sturz des den Liberalen verhaßten Ministers zur Folge gehabt. Wenige Tage, nachdem der Minister aus seinem Amte scheiden mußte, führte der Mischehenstreit zu erregten Debatten in der zweiten Kammer. Sailer hatte diese Debatten vorausgesehen und hatte sie, weil bei den unerschütterlichen Grundsätzen der Kirche, die sich doch nicht vor einem Beschluß der Kammer beugt, völlig zweck= und nutzlos, verhindern wollen.

„Ich weiß, daß der Aufsatz, welcher die lügenhafte Anschuldigung des Blattes ‚Das konstitutionelle Bayern‘ hinsichtlich der Thon=Dittmer'schen Ehe widerlegt und die katholischen Grundsätze hierüber ausspricht, in Ihre Hände niedergelegt ist, nachdem ihm die untere Zensur die Aufnahme in das ‚Inland‘ versagt hat. Da aber sehr viel daran liegt, daß diese Berichtigung einer offenbaren Verläumdung bekannt werde, da die Zensur nie den Zweck haben kann, den Mißbrauch der Presse zu begünstigen und eine Widerlegung, welche noch dazu die Ehre des ganzen Klerus betrifft, zu verhindern, da ferner das Inland den Aufsatz in einer Weise einrücken kann, die von der Regierung allen Schein, als ob derselbe auch nur von ferne von ihr ausginge, entfernt, was auch schon der Ton desselben unwahrscheinlich machen muß: so bitte ich Sie recht dringend, den bezeichneten Aufsatz in das Inland aufnehmen zu lassen und zwar so bald als möglich.

Ich hoffe, daß durch eine ruhige Würdigung der in demselben dargestellten katholischen Grundsätze Debatten und Reibungen



hierüber zwischen der Staatsgewalt, der Kammer und den Episkopaten verhindert werden mögen, welche sonst nur unangenehme und bei der unbeugsamen Konsequenz der katholischen Prinzipien zwecklose Trakasterie zur Folge haben würden.

Ich darf Ihnen, verehrtester Freund, unsere Angelegenheit mit voller Zuversicht empfehlen. Gott sei im Streite für Wahrheit und Gerechtigkeit Ihr Schild und Sieg!" (12. März 1831).

Es bietet ein gewisses Interesse, wie Sailer sich sonst noch über die Regierung äußerte.

Das Finanzministerium, das auch im Lande wenig beliebt war, — „Graf Armansberg ging mit bureaukratischer Schärfe vor und erwarb sich im Volksmund den Namen Sparmansberg" [1]) gibt ihm wiederholt Anlaß zu beweglichen Klagen. „Bischof von Riegg und Dombechant von Weber haben mir beide die große Not geklagt, worin sie durch die gewaltsamen Maßregeln der Finanz hinsichtlich der Domkapitel'schen Wohnungen versezt werden und mich gebeten, die an Sie gerichtete Bitte um Rat und Schutz gegen solche Beeinträchtigung auch von meiner Seite zu unterstützen. Ich tue dies umso lieber und mit soviel mehr Grund als auch unser Kapitel sich über das Finanzministerium vielfältig zu beschweren hat, zwar noch nicht wegen solcher offenbaren Rechtsverkürzungen, aber doch wegen anderer hemmender Maßregeln, die bei der bekannten Gesinnung des Referenten in jenem Ministerium wohl nicht ohne Grund als Vorläufer ähnlicher Ereignisse zu betrachten sind" (16. I. 29).

Auch in der Absicht des Finanzministeriums, das St. Emmeraner Seminarium puerorum ganz eingehen zu lassen, erblickt er „die raubgierige Tendenz der Finanz, die auf jede Weise das Eigentum der Kirche und milden Stiftungen zu verschlingen sucht" (23. IV. 29).

Auch die Kreisregierungen findet Sailer nicht frei von Schuld und Fehle.

„Optimus quisque maxime dolet, daß hier (Regens-

1) Treischke, Deutsche Geschichte, 3. Band, S. 607.



burg) zwei Präsidenten angestellt sind, von denen der eine nichts tun kann, der andere nichts mag" (Febr. 1826).

„Ich übersende Ihnen eine historia miseriæ im Rheinkreise."[1])

„Das allgemein verbreitete Gerücht, daß Schulrat Graßer, ungeachtet der Aufhebung seiner Amtsstelle, doch seine frühere unselige Wirksamkeit in der Art noch fortbehalten hat und noch fortbehalten wird, weil sein Regierungspräsident (von Oberfranken) ihn als unentbehrlich immer noch mit diesen Geschäften beauftragt, dieses Gerücht, das wohl einen Grund haben muß, hat bei allen Gutgesinnten einen sehr betrübenden Eindruck gemacht. Um die Nachforschung und Abhilfe dieses Übelstandes, falls es sich so verhält, brauche ich Sie nicht erst zu bitten" (24. V. 26).

Wiederholt warnt er Schenk, die einseitigen Berichte der Regierung von Passau ohne weiteres, ohne Prüfung und Anhörung der altera pars hinzunehmen.

Ein scharfes Urteil spricht Sailer über eine Persönlichkeit aus, deren Namen ich nicht ermitteln konnte.

„Der ernannte Nachfolger des H. (Hofmann?) taugt zu keinem Kreisschulrat noch weniger zum obersten Schulrat" (4. V. 26).

Umgekehrt äußert er seine Befriedigung über zwei Ernennungen.

„Daß Menz als Rat und Mehrlein als Assessor von dem Könige genehmigt worden sind, freut mich sehr. 4 Hände mehr ist auch ein Gewinn" (16. VII. 26).

Es erübrigt noch Sailers Stellung zu führenden Persönlichkeiten zu betrachten.

Lempfrid hat in seinem schönen Buche über Parteileben und Parteipresse den Beweis gebracht, daß von einem Parteileben im Sinn unserer Tage in den ersten fünf Regierungs-

1) 2. XII. 25. Vielleicht von Geissel, der damals Referent für das Schulwesen im Ordinariat war. Vgl. Pfülf, Kard. v. Geissel, I. Bd. S. 22.



jahren König Ludwigs I. nicht die Rede sein kann. Es zeigten sich wohl die Anfänge, aber noch keine Organisation, keine feste Gruppierung der Parteirichtungen.

Es fehlte nicht an Versuchen, Sailer gegen die Konföderierten einzunehmen. „Die Herren von Mastiaux, Räß, Weiß, Scheiblein“ — so sagt eine anonyme Zuschrift an Sailer aus dem Jahre 1825 — „und viele andere Assozierte könnten nicht als die sicheren Anführer und Wegweiser im Christentum angesehen werden.“ Sailer, der selbst den Konföderierten angehörte, war zu gerecht, als daß er ihre edlen Absichten verkannt hätte. Namentlich für Weis, den Redakteur des „Katholik“, hegte er herzliche Sympathie: wiederholt spricht er von dem „trefflichen“ Weis.

Aber ebensowenig konnte er immer die Taktik der Konföderierten billigen.

Wir sehen ein ähnliches Beispiel im Leben des großen Kardinals J. v. Geissel, den Pfülf in seiner Biographie als den größten, jedenfalls eingreifendsten kirchlichen Staatsmann des 19. Jahrhunderts preist (Vorwort VII). Die Fronde, an deren Spitze sich der sonst so verdienstvolle Dr. Binterim stellte, hat dem Erzbischof manche bittere Stunde bereitet. Binterim glaubte, seinen Oberhirten zur Opposition drängen zu müssen. Geissel konnte aber diesen Weg nicht gehen; unkluge Opposition hätte mehr geschadet. Auch der Nuntius Viale Prelà billigte seine Taktik.

Eine gewisse Ähnlichkeit mit diesem Beispiel hat Sailers Stellung zu Egger. Der Erfolg hat Sailer gerechtfertigt. Wie Sailer nun über Egger dachte, zeigt ein Brief vom 18. Oktober 1826.

„Domkapitular Egger hat Einsicht, Beredsamkeit, Energie, Mut mehr als viele andere. Dies alles anerkenne ich vor Gott und den Menschen; in dieser Hinsicht wird er unter jedem Bischofe, der seine Mitarbeiter beherrschen kann, ein überaus tüchtiger Mitarbeiter sein. Aber selbst Bischof, die erste Person in der Administration einer Diözese zu sein, dazu kann ich ihn nicht vorschlagen, und darf es auch nicht;



ich kann es nicht, weil ich weiß, daß er ein hyperorthodoxer Theolog und ein kirchlicher Ultra ist; ich darf es nicht, weil ich die Folgen eines solchen Mißgriffes voraussehe, und in der Kirche Passau Ordnung hergestellt werden soll, nicht Unordnung anderer Art ausgesät werden darf. Unser König hat mir bei der Wahl eines Religionslehrers für den Kronprinzen den Grundsatz eingeschärft: Nur keinen Ultra. Dies gilt wohl auch bei der Wahl eines Ministers, eines Bischofs; denn wie die politischen Ultras den Staatswagen gefährden, so die kirchlichen Ultras den Kirchenwagen. Die Nuntiatur wollte den Herrn Egger schon, wo der Dompropst Stengel in München starb, zum Dompropst machen. Allein er ward es nicht aus demselben Grunde" (18. Okt. 1826).

Bald darauf (29. Nov. 1826) warnt Sailer noch einmal, Egger, der „kein gründlicher Theolog, aber ein kirchlicher Ultra im wahren Sinne, ein Herrsch- und Verfolgungssüchtiger sei", zum Bischof von Passau zu ernennen; zugleich gibt er einen neuen Grund an, der uns die Spannung verstehen läßt: „Egger hat mehrere ihm verdächtig scheinende Briefe von mir (an Konrad Schmid) an die Nuntiatur ausgeliefert."

Zum Eoskreis stand Sailer in freundlicher Beziehung. Das läßt schon die günstige Beurteilung Görres', Baaders, Grandauers vermuten.

Von besonderem Interesse ist Sailers Stellung zu Rudhart, „dem bedeutendsten Abgeordneten aus der Zeit des älteren bayerischen Parlamentarismus".[1]) Nicht nur die zweifellos großen geistigen Fähigkeiten Rudharts, auch die kluge Berechnung, womit dieser sein religiöses Wesen zur Schau trug und sich als Stütze des Ministeriums Schenk ausgab, scheint Sailer für Rudhart gewonnen zu haben. Freilich ein Fürsprecher kirchlicher Rechte und kirchlicher Freiheit, wie Sailer hoffen mochte, ist Rudhart nicht geworden.

Zunächst verwandte sich Sailer für den Bruder des späteren Ministers.

1) Lempfrid, a. a. O., S. 10.



„Herrn Dr. Thomas Rudhart in Bamberg empfehle ich Ihnen, lieber Freund, bestens wegen seines Gesuches um die dortige Professur der Geschichte. Wenn er auch von Bayreuth allenfalls nicht sonderlich empfohlen sein sollte, so hätte dies einen anderen Grund als den mangelnder Fähigkeiten.“ [1])

Wiederholt aber empfiehlt er Ignaz Rudhart für hervorragende Stellen.

„Sie kennen so gut und noch besser als ich den paralytischen Zustand der hiesigen Regierung, wo die wichtigsten Gegenstände viele Monate lang unerledigt liegen bleiben, weil, außer dem einzigen Rudhart, dem aber nur ein beschränkter Wirkungskreis offen steht, das höhere Personal nicht so sehr an gutem Willen als an Arbeitslust, Energie und Tatkraft so vieles zu wünschen übrig läßt. Mit des trefflichen Rudharts Entfernung zur Ständeversammlung trat beinahe eine gänzliche Geschäftsstagnation ein, und erst seit seiner Rückkehr ist wieder ein neuer Lebensfunke in den starren Organismus gefahren, weil seine rege Tätigkeit doch auch den übrigen Gliedern, selbst denen der inneren Verwaltung, einen Trieb und Stoß gibt, und zwar um so wirksamer, je besser er durch Liebe und Freundlichkeit das wechselseitige Einverständnis zu erhalten weiß.

Die andauernde, äußerst bedenkliche Krankheit des Präsidenten, die nach Aussage der Ärzte entweder baldigen Tod oder doch gänzliche Untauglichkeit zur Amtsverwaltung nach sich ziehen muß, vermehrt nun die alten Geschäftshemmungen mit neuen, weil der Vizepräsident bei noch so gutem Willen, doch der Wucht der Geschäftsleitung nicht gewachsen ist. Bei alledem steht zu erwarten, daß er, im Fall der Präsident mit Tod abgeht, dessen Nachfolger zu werden sich bestreben wird.

Als neulich Rudhart mir hierüber seine große Not klagte und ich ihn frug, wie denn da zu helfen sein möchte, sagte er mir, er wünsche, daß der König ihn einstweilen, während der Krankheit des Präsidenten, zu dessen Funktionär ernennen und ihm dadurch Gelegenheit geben möchte, Seiner Majestät nicht nur

1) 22. X. 1827. Vergl. über ihn Sepp, Ludwig I. S. 137.

seine unbegrenzte Treue und Ergebenheit zu betätigen (die man, wie er zu glauben Grund habe, durch Mißdeutung seiner auf dem Landtage nach bestem Wissen und Gewissen freimütig ausgesprochenen Überzeugungen zu verdächtigen gesucht habe), sondern auch den faktischen Beweis zu führen, daß, wo ein tüchtiger Präsident an der Spitze der Kreisregierung stehe, die Stelle eines zweiten Direktors vollkommen überflüssig gemacht werden könne, indem der Präsident dessen Sphäre mit auszufüllen durchaus im Stande sei.

Überzeugt, daß Rudhart durch seine Rechtschaffenheit, seine Kenntnisse und seinen tätigen Eifer ganz geeignet sein würde auf einem solchen Posten, wenn auch nur vorläufig als Funktionär, vortrefflich zu wirken, ermunterte ich ihn, zur Realisierung seines Wunsches von seiner Seite die dienlichen Schritte zu tun, und versprach ihm, daß ich im Vertrauen an Sie darüber schreiben wolle, aber auch nur an Sie und nur im engsten Vertrauen. Denn, da ich es mir zum unverbrüchlichen Gesetz gemacht habe, mich lediglich in Dingen meines Amtes, d. h. in Schul- und Kirchensachen direkt und persönlich an S. M. den König zu wenden, und da die gegenwärtige Angelegenheit außer dieser Sphäre liegt (obwohl sie doch nicht ohne Bezug auf dieselbe ist), so will ich sie nur Ihrem Herzen anvertraut haben, und es Ihrem Ermessen ganz und gar überlassen, ob und welchen Gebrauch Sie von dieser intimen Mitteilung zu machen für gut finden mögen" (31. Okt. 1828).

„Soeben ist Präsident Dörnberg gestorben. Ich kenne in unserem Vaterlande keinen Geschäftsmann, der in dem hiesigen Regierungskreis mehr Leben und Ordnung und mit dem geringsten Geld- und Zeitaufwande bringen könnte als Rudthart, indem er mit Einem Direktor das Ganze zu leiten, sich Mut zutraute" (25. Nov. 1828).

„Unser neuer Präsident ist vor wenigen Tagen hier angekommen; er hat mich und ich ihn wieder besucht; wir sind uns gegenseitig mit Vertrauen entgegengekommen und er hat auf mich durchaus den Eindruck eines rechtschaffenen, das Gute eifrig wollenden Mannes gemacht. Ich wünsche, daß er unserm

trefflichen Rudhart sein volles Zutrauen schenke, der bisher die belebende Seele unserer Regierung war, so weit er sie durchdringen konnte. Es ist in hohem Grade erfreulich zu sehen, mit welch hoher Achtung und Liebe sämtliche Beamte, die mit ihm in Berührung stehen, ihm ergeben sind; von ihm angefeuert, arbeiten sie, wie sie selbst gestehen, mit doppelter Lust und Freude, weil er ihre Leistungen zu würdigen und jede Fahrlässigkeit mit würdevollem Ernst zu ahnden weiß, ohne je durch Stolz und Anmaßung zu verletzen. Zugleich gibt er allen das Beispiel des geregeltsten Wandels und einer ungeheuchelten Religiosität (!) und Achtung für alles Kirchliche. Ich muß es daher sehr bedauern, daß gewisse persönliche Abneigung ihn bisher von einem größeren Wirkungskreise entfernt gehalten hat, und Sie werden sich, nach meiner Überzeugung, ein großes Verdienst dadurch erwerben, wenn es Ihnen gelingt, diese Vorurteile zu beseitigen oder zu besiegen" (19. Februar 1829).

„Ich kann den dringenden Wunsch nicht bergen, daß doch das Referat in kirchlichen Angelegenheiten in die Hände des edlen Vaters Neumayr oder eines gleichgesinnten Mannes gelegt werden möchte, dessen heller Blick durch keine Rabulisterei getrübt und dessen strenge Gerechtigkeitsliebe durch keine niedrige Gefallsucht und Augendienerei gegen den Chef in gewissenhafter Handhabung des Suum cuique wankend gemacht werden konnte" (16. Jan. 1829).

„Seitdem unser seliger Vater Neumayr sich von den Geschäften zurückgezogen, kennt die Finanz in ihrem eigenmächtigen Umsichgreifen, besonders gegen die Kirche, kein Maß mehr. Es ist daher höchlichst zu wünschen, daß V. Neumayr's Stelle im Staatsrat mit einem Manne besetzt werde, der Kraft und Mut genug besitzt, sich diesem Unwesen zu widersetzen und der in seines edlen Vorgängers Fußstapfen auf der geraden Bahn der Gerechtigkeit, ohne weder rechts noch links zu schwanken, fortwandle. Dieser Mann ist unser Rudhart. Bewirken Sie nach Kräften seine Ernennung zum Staatsrat. Sie werden sich dadurch ein unsterbliches Verdienst um die gute, gerechte Sache erwerben" (23. April 1829).



„Liebster Freund! Ich weiß, daß Direktor Rudhart mit den reinsten Absichten für das Wohl unseres Vaterlandes zum Landtage nach München reist. Und Sie werden es, wills Gott, erfahren" (4. Nov. 1827).

„Heil und Segen zum nächsten Landtag für König und Volk. R. wird den Mann machen, der nichts fürchtet und so reimütig als mäßig aussprechen wird nur — die Wahrheit.." [1])

* * *

Ein gut Stück bayerischer Kirchengeschichte, aber auch manch wertvoller Beitrag zu einer Biographie des großen Regensburger Bischofes ist in den Briefen Sailers an Schenk enthalten. Mag er in der Beurteilung der einen oder anderen Person geirrt haben — und welcher Sterbliche wäre hierin unfehlbar —, das Zeugnis, daß Sailer mit jugendlichem Eifer noch als Greis sich der kirchlichen Angelegenheiten angenommen habe, wird ihm kein Redlicher bestreiten.

Sailer ist keine Kampfnatur und doch hat er vielleicht gerade wegen seiner klugen Milde mehr erreicht als jene oft voreiligen Dränger, mit denen er nicht einig gehen mochte. Scheint ihm anfangs die polemische Entschiedenheit zu fehlen, ein Mangel, der zu manchen ungünstigeu Urteilen über ihn verleitet hat, in Regensburg an der Seite und unter dem Einfluß des von ihm hochgeschätzten [2]) Wittmann schwindet allmählich auch diese Unentschiedenheit. In der Mischehenfrage wird seine Stellung so klar und bestimmt wie die des großen Kölner Erzbischofs. Und er, der oft als zu nachgiebig Bezeichnete, ist es, der von den Konföderierten hinüberführt zum Eoskreis.

---

1) 9. Febr. Die Jahreszahl fehlt. Es ist zweifellos das Jahr 1831 gemeint. Sepp, Ludwig Augustus, S. 170.

2) Bezeichnend für die Wertschätzung Wittmanns durch Sailer ist folgender Brief S. an Wittmann, 16. II. 1827. „Alles was von Ihrem guten Geiste kommt, ist gut und passend und wird auch an vielen gesegnet sein und will's Gott, auch an Sailer."

## LXXX.

### Die Entwicklung des modernen Madonnenbildes.

Von C. Th. Kaempf.

Die Fassung des Madonnentypus bewegte sich gemäß der vorwiegenden religiösen oder weltlichen Zeittendenz jeweils zwischen zwei entgegengesetzten Formulierungen — entweder wird sie als Verkörperung der Gottesmutter, das heißt der gottbegnadeten, gotterfüllten Himmelskönigin, oder der Gottesmutter mit Betonung der irdischen mütterlichen Vorzüge gedacht. Ersterer sprach sich fast vollkommen in der romanischen und frühgotischen Stilperiode aus und glitt dann unter dem Einfluß der Niederländer langsam aber stetig mehr zum zweiten über, der hinwiederum in der Renaissance seinen bewunderten Höhepunkt der Vermenschlichung erreichte, so weit selbst, daß man nicht zurückschreckte ihm sogar Porträtzüge zeitgenössischer Frauen zu geben. Das war offenbar der innerliche Verfall dieses Zweiges kirchlicher, christlicher Kunst, der des öfteren lediglich von einer großartigen Technik und formalen Schönheit im Sinne der heidnischen Antike verschleiert, verdeckt wurde. Aber das endliche Schicksal blieb nicht aus! Denn dieser äußerliche, oberflächliche Schimmer konnte nicht lange den fehlenden inneren Geist, die mangelnde religiöse Begeisterung verheimlichen, noch gar ersetzen.

So kam es, daß mit dem Niedergange dieser antikidealisierten Form auch das Madonnenbildnis sich in schematisierten, eigentlich leblosen Darstellungen verlor. Und es hat fast zwei Jahrhunderte gewährt, bevor ein erneuter, erkennender bewußt religiöser Sinn sich die künstlerische Gestaltung des Madonnenbildes zur freudigen Aufgabe machte. Er tat es aber nun nicht mehr allein aus einem tiefinneren religiösen Bedürfnis, aus dem die Fassung kristallartig heim-



lich und geheimnisvoll sich bildend herauswuchs, sondern mit dem bewußten Zwecke, die Kunst den christlichen Motiven, der würdigsten Vorlage zurückzugewinnen. Bei aller Achtung für diesen Willen, bei aller gerechten Einschätzung dieses notwendigen ersten Schrittes muß doch betont werden, daß gerade hierin schon die Begrenzung des Erreichbaren für jene frommgläubig Gutwilligen lag. Sie vermochten sehr wohl die im 17. und 18. Jahrhundert übliche gewisse großzügige, äußerlich vornehme Haltung des Madonnentypus zu verneinen und danach zu trachten, die offenbare Seelenarmut, die sich bei den wenigen Madonnendarstellungen jener Jahrhunderte ergab, zu eliminieren und mit innig gläubigem Geiste zu erfüllen, aber sie blieben doch befangen in den damals gültigen formalen Gesetzen, die im Hellenismus, d. h. in der Antike gründeten. Ihnen fehlte die große Kraft, der entschiedene Wille, mit dem Geiste auch die Form wieder aufzunehmen, die ihnen der leider zu jung verstorbene Wackernagel darwies, als er ihre Blicke auf die Bildungen des Mittelalters lenkte. Diese Halbheit, dieser Mangel ist naturgemäß unbewußt in den Werken zum Ausdruck gelangt.

Trotzdem im Anfange des 19. Jahrhunderts die Nazarener, dann später die Romantiker fest von der Ansicht Görres' durchdrungen waren, daß nur eine kirchliche Kunst volkstümlich und tief sein könne, läßt sich unschwer aus ihren Schöpfungen eine gewisse zaghafte Scheu, eine fast ängstliche Zurückhaltung, milde Selbstbescheidung herauslesen.

Die Madonnenfiguren eines Overbeck, Steinle, Führich, Schnorr von Carolsfeld, Philipp Veit sind weder von der Art byzantinisch-romanischer feierlicher Größe, noch von der herben, starken vergöttlichten Menschlichkeit der Gotik, sondern sie sind weich, von süßlicher Sentimentalität. Sie scheinen gestaltet aus einer sanften, milden Verehrung, einer bescheidenen schwärmerischen Gesinnung, die wohl hingebend bewundert, aber doch nur mädchenhaft zart, eigentlich mehr ästhetisierend bekennt. Die Wucht der Größe des Gedankens, die Gewalt der selbstsicheren, selbstbewußten hehren Über-





zeugung, der Ton der kräftigen, stolzen Gebärde fehlt ihnen. Die göttliche Jungfrau erscheint in feiner Lieblichkeit, bewegter Anmut, schlichter reizvoller Andacht. Ihr mangelt die tiefe, formende Erkenntnis ihrer hohen Bestimmung, niemals spricht ihr Antlitz von kommenden unermeßlichen Schmerzen, niemals von der Fülle der Sorgen, die sie, der solch bedeutsames Gut anvertraut ist, durchzittern müßten. Sie widmet sich höchstens in einer lieblichen Anteilnahme dem nach ähnlichen Gesichtspunkten erfaßten Jesuskind. Dieses Kind ist kein Erlöser, kein König, kein hart und herb gebildetes, unbeholfenes Geschöpf, das doch im Lichte der zukünftigen Aufgaben erstrahlt, sondern ein lebhaftes, sich anschmiegendes, idealisiertes Knäblein, das sich seiner selbst unbewußt blumenhaft entfaltet.

Gewiß liegt über all dem ein feiner anmutiger Zug schöner Himmelsfreude. Aber er ist doch rechter Ausdruck einer christlichen Religionsauffassung, die sich vereinigt hat mit der lieblichen, unbekümmerten Heiterkeit und edlen Lebensfreude der antiken Welt. Das Christentum als solches und die christliche, große Kunst der Vergangenheit aber sind in deutschen Landen, ja, selbst in romanischen Gebieten, solange diese nicht von der Welle der Wiedergeburt antiken Sinnes überschwemmt sind, ernst, getragen, hart und herb gewesen.

Das haben auch zwei Künstler, die anfänglich denen um Overbeck nahe gestanden, verspürt. Rethel und Cornelius. Sie rangen sich in den formalen Bedingungen des herrschenden Zeitgeistes zu den großen Tendenzen der starken Kunst hindurch. Sie erkannten den hohen Grundsatz der alten Kunst, daß der dargestellte Mensch im Bilde nicht nur leichthin leben, sondern mehr und Ausdrückliches bedeuten soll, daß er über sich hinaus zum letzten Allgemeingut, zu allgemeingültigen Worten, zum Symbol werden soll. Sie greifen daher die starken Gedanken auf, sie versuchen solche Probleme der Göttlichkeit im Menschlichen, des Menschlichen im Göttlichen inhaltlich darstellend aufzuwerfen. Sie wagen sich an deren Lösung.

Aus diesem Sinne heraus ist die Darstellung der „Anbetung der heiligen drei Könige" in der Ludwigskirche zu München von Cornelius erstanden. Die Madonna ist von einer hehren, innerlich stolzen, großzügig jungfräulich lieblichen Gestalt, von fast majestätischer Gebärde. Das Kind zwar nackt, aber durchdrungen vom Herrscher — Gottkönig — Weltenerlöserbewußtsein. Es ist sicher, eigenkräftig aufgerichtet und öffnet die Arme, segnend alle Herantretenden willkommen heißend. Wenn auch die figürliche Fassung noch im Anschluß an den deutschen Hellenismus getätigt ist, so tritt doch offensichtlich die Macht einer grandiosen, einfachen Hoheit zu Tage, die die Dargestellten zu wahren Trägern des Heiles der Welt formt. Man ist versucht vergleichend zu sagen, daß diesem Madonnenbild die Kraft innewohnt, nicht nur das gute, deutsche Gemüt, sondern auch die Seele, die tiefinnere Seele zu rühren. Es kommt die Ahnung, daß hier ein Höchstes wirklich arbeitsam ernst erstrebt wird.

Dieser Weg der Entpersönlichung der Madonna zu Gunsten des hoheitsvollen, weltfernen, überirdischen Ausdruckes, der auch dem Kinde wieder die erste, zentrale, betonte Stellung gibt, den Cornelius im gewissen Sinne hier anbahnte, ist dann später in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts konsequenter und energischer von der Beuroner Kunstschule aufgenommen worden. Sie entäußert sich aller zeitgenössigen äußerlichen formalen Gestaltungsauffassung und greift in der Komposition des Aufbaues, wie der Körperdarstellung auf die frühbyzantinischen Mosaiken, ja, wie P. Desiderius Lenz sagt,[1]) selbst bis auf die Ägypter zurück. Damit erreicht sie leichter und zugleich entschiedener das, was Cornelius in dem symbolischen Sinn seiner Kunst verstanden wissen wollte. Mit einem Schlage ist hier das Madonnenbildnis allen irdischen Zusammenhängen entrissen und in die alleinige Sphäre des Überirdischen, des Gottgeweihten, des Göttlichen gehoben. Im gleichen Augenblick aber auch ist

1) Ästhetik der Beuroner Schule, Wien und Leipzig.

das Madonnenbild seiner ureigensten Aufgabe überliefert: nämlich ein Mittel zur Erbauung, Erhebung, zu vertiefter Andacht zu sein. Wenigstens in dem Sinne, daß es frei von allen irdischen Zufälligkeiten, daß es rein der Verehrung gewidmet ist. Demnach muß dies Madonnenbildnis scharf stilisiert, statuarisch streng erscheinen. Und es ist tatsächlich z. B. die „thronende Maria" zu Monte Cassino fast bewegungslos, feierlich streng, durchaus weltfremd aufgefaßt. Ein ausgesprochen karger, archaistisch anmutender Linienzug, von scharf mathematischer abgemessener Strenge spricht aus dem Gesamtbild. Doch nicht ohne große, nachhaltige Wirkung. Es ist ein unvergeßlicher Eindruck, die getragen und gemessen ausgebreiteten Arme des zum kleinen König wieder erhobenen Jesusknaben leis und doch stark von der Haltung derjenigen der göttlichen Mutter in ihrer feierlichen Geste des Segnens begleitet zu sehen.

Über diese altchristliche Madonnenauffassung hinaus geht kein Schritt. Sie kann im Liniengefüge vertieft, kann noch strenger und gewissenhafter sein, aber der innerliche Gehalt scheint hier erschöpft. — So sehr diese Wiederaufnahme der urchristlichen Gestaltung für die durchaus notwendige Vertiefung der Madonnendarstellung zu begrüßen ist, ebenso stark muß andererseits darauf hingewiesen werden, daß diese Art niemals zum Grundfundament einer neuen Weiterentwicklung des Madonnenbildnisses werden kann. Es bleiben doch diese Versuche trotz ihrer gültigen Lösung immerhin nur Nachahmungen, Nachbildungen einer schon einmal ausgesprochenen Form. Niemals ist aber bisher die organische Entwicklung, wenn sie auch zeitweise gehemmt war, zurückgesprungen. Jede Kunstäußerung und mit ihr die Motivreihe stehen in enger Verbindung zum genössigen Leben — ja sie resultiert letzthin aus ihm.

Und soll sie wirklich und tief zum Volke sprechen, so muß sie vom Volke geschaffen, aus dem jeweiligen Volksempfinden erstanden sein. — Nicht die kirchliche Kunst ist eo ipso Volkskunst, sondern umgekehrt: die Volkskunst

wird am ehesten und leichtesten und tiefsten — kirchliche Kunst.

Absolut gewertet mag wohl der fast körperlose Madonnentypus der Beuroner Schule und ihrer Anhänger, von denen hier nur Siegmund Rudel genannt sein soll, den zart körperlichen und zärtlich geistigen der Romantiker übertreffen, allein in seinen Entwicklungsfähigkeiten, seinen Entwicklungswerten scheint letzterer doch höher eingeschätzt werden zu müssen. Von ihm geht die fortgleitende Linie bis zu den vielfältigen Darstellungen der jüngsten Neuzeit. Gewiß hat z. B. K. Müller in seiner „Heiligen Familie" noch manchen Ton und Anklang an die sentimentale, weiche Art der Nazarener und Romantiker, aber nebenher geht schon ein Neues, das da anzeigt, die übernommene Gesinnung will sich von der griechisch-idealisierenden Form lösen und somit wenigstens sich ein Eigengewand, einen Eigentypus schaffen. Mit dem Übergang in die letzte Hälfte des 19. Jahrhunderts nimmt der Madonnentypus vorerst äußerlich die Eigenart des modernen Menschheitstypus an. Die Muttergottes erscheint wieder in formaler Hinsicht als „unsere liebe Frau", d. h. eine Frau, die in der Jetztzeit mitten unter uns zu finden ist, mit all den üblichen menschlichen zeitgenössigen Vorzügen und Schwächen. Sie ist weniger herbe Jungfrau als subtil empfindende Jungfrauenseele, weniger ahnungslose keusche Mädchengestalt als wissende, erkennende, stillknospende Frau. Sie steht innerhalb ihrer Umwelt, wie die Madonnen der Altdorfer und Grünwald, zwar nicht als mystische Erscheinung und Verkörperung einer strengen religiösen Lebensauffassung, sondern als Ausdruck einer von sozialen Ideen erfüllten und religiösen Trostes bedürftigen Zeit. Zwar entbehrt sie dabei des erhabenen Pathos, des lauten Hinweises auf ihre Gottes-Mutterschaft, auf ihre Heilsbestimmung, sondern sie bleibt vorderhand den wechselnden Zeitströmmungen, den vorherrschenden Daseinsdeutungen mehr wie je unterworfen. Denn sie ist nicht mehr Alleineigentum der auch in der künstlerischen Darstellung konser-



vativen katholischen Kirche, sondern auch der feinfühlende Protestant geht oft taktvoll — abgesehen von einigen extremen Entgleisungen — an dies vorzüglichste Motiv aller christlichen Kunst heran und weiß ihm Werte und Reize abzugewinnen.

Als Beispiel solcher — wie angedeutet — auch schon von katholischer Seite angebahnten Auffassung sei es gestattet, das Mittelbild eines „Heilige Stadt" genannten Tafelbildes von Uhde anzuführen.

In einem kahlen, hölzernen Treppen- oder Hausflur steht aufrecht in armseliger Lagerstatt die Mutter Gottes, sich leicht über das in ihrem Schoße gebettete Kind beugend. — Es ist ein Bild vollkommener Vermenschlichung, doch ohne Härte. — Die Mutter wird von Uhde (im Seitenbild: die Weisen aus dem Morgenlande) als schönes aber alltägliches Mädchen geschildert, das durchaus voller Anmut ist. Eine Jungfrau mit dem deutlich geistig durchschulteren Gesichtsausdruck unserer Zeit, dabei immerhin nicht ohne Lieblichkeit; allein wiederum mit dem Vorbehalt, daß sie sehr wohl die Probleme des Lebenskampfes, ihre zwingende Macht und Qual kennt, aber andererseits die Lösung derselben dank ihrer reinen Weiblichkeit nicht anzustreben wagt. Ihr ganzes Wesen durchpulst der geheime Schmerz ständiger Leidensbestimmung und durchglüht die stille, erhaltende Hoffnung auf ein Großes, Befriedigendes. Insofern ist auch hier der Begriff der Jungfräulichkeit nicht aufgegeben, sondern geradezu betont und herausgehoben. Und eine reine, geläuterte Mutterfreude über das Kind, an dem Kinde, verbindet die Jungfrau mit dem Jesusknaben. Auch er entbehrt jedes göttlichen Ausdruckes, schüchtern, verstört, erschrocken, geängstigt stemmt er sich an die schützende Mutter.

So aufmerksam feingefühlt diese bis an die Grenze des letzten Erlaubten streifende Vermenschlichung ist, so gefährlich kann sie den weniger aufrichtig gläubig Gesonnenen, den Anhängern irgend einer losen Naturreligion verlocken, sich des heiligen Gegenstandes in seinem Sinne zu bedienen. Das



ist auch leider geschehen. Dem Zuge der Zeitliteratur folgend, haben einzelne den Madonnentypus zur Synthese psychologisch=pathologischer Erscheinungen benutzt und ihm eine — man möchte fast sagen — frevelhaft übertriebene, krankhafte menschliche Fassung gegeben, die an ein gereiztes Asketentum sich anlehnt, das seine seltsame und merkwürdigste Formulierung im „Heiligen Franziskus" von Begas gefunden hat. Naturgemäß ist solche Moderne niemals imstande den Beschauer irgendwie befriedigend zu beeinflussen, geschweige zu erheben, oder gar innerlich zu beglücken. — Als die Extreme dieser Richtung seien zwei Bilder erwähnt, die jedes in seiner Richtung das Ausmaß geben können, für den innerlichen und äußerlichen Verfall, dem selbst das Hohe und Höchste unterworfen ist, so ihm der geistige Gehalt, aus dem es seinen Ursprung herleitet, entzogen wird.

Fidus zeichnete unter dem Titel „Weihnacht" eine unbekleidete Frauengestalt, die das in ihrem Schoße ruhende Kind mit verwundertem Erstaunen anblickt. Die Gesamtdarstellung ist rein naturmenschlich aufgefaßt und schlechterdings die Idylle einer vorchristlichen, heidnischen, wenn auch immer keuschen, edelen und schönen Mutterfreude. Von irgendwelchem göttlichen Gehalt keine Spur.

Weiter geht noch Böcklin in seiner unter dem voll bezeichnenden, lächerlich tendenziösen Titel „Mariensage" dargestellten „Madonna". Sie ist ihm lediglich die große, klare Weltdame mit ihrem fröhlich unbefangenen Kinde; beide offenbar mit Portraitzügen.

— — Nun mag eine unchristliche Kunstauffassung über die Mutter Gottes, über die Mutter unseres Erlösers wie sie wolle gesonnen sein, dies eine muß ihr selbst bei der Verleugnung der Heiligkeit gegenwärtig sein, daß die christliche Religion in diesem Motiv der Kunstbetätigung der Welt zum ersten Male den Anlaß gab, sich ernst und tief mit der Seele der darzustellenden Frau zu befassen, daß sie ein bis dahin unerhörtes Moment aufwies: die unbeflekte Jungfrau als Mutter. — Wer sich dieser Erkenntnis bewußt oder un=

bewußt entzieht, hat einfach nicht die Befugnis sich dieses Vorwurfes für seine künstlerische Betätigung zu bedienen. Es sei denn er verzichte darauf, die in seiner Kunstübung ruhenden sittlichen, erhebenden, voll beglückenden Werte auszuschöpfen. Das heißt aber auch sofort den letzten Zweck seines Schaffens nicht erstreben wollen, ihn nicht für notwendig erachten.

Und man ist versucht dies anzunehmen. Anzunehmen daß solche wenig ehrfürchtige Arbeit mehr im Dienste der Laune, des Zeitgeschmackes, einer gewissen, alles negierenden Menge als in dem Wunsche Welt-Kunst-Wertiges zu schaffen, gestanden; daß diese sich „frei" nennende — unfrei — im höchsten Sinne ist. Denn alle diejenigen nichtkatholischen Künstler, die ehrlich und hart um ihr Künstlertum rangen, die versuchten der großen Kunst, der Volks bewegenden Kunst habhaft zu werden, haben mit einer ehrfürchtigen behutsamen Hand, mit einem strengen und anerkennenden, selbst zuweilen verstehenden, sogar ahnenden Geist die Herrlichkeit, Übermenschlichkeit, Göttlichkeit des Marienbildnisses zu umfassen gesucht.

Als erster und vorzüglichster Vertreter dieser Art hat im geschichtlichen und formalen Anschluß an die Genannten Anselm Feuerbach zu gelten. Er hat mehr als jeder seiner Zeitgenossen nach unsäglichem Ringen die große Formel der Antike gewonnen und in herrlicher Einfachheit zum Ausdruck gebracht. Er hat in dem sein Leben durchdauernden Widerkampf der Welt gegen seine Kunst, des Irdischen gegen die göttliche Bestimmung den Weg gefunden zu einer großen Hoheit, fast göttlichen Würde — die er dann auch in der im edelsten Sinne aufgefaßten Madonnengestalt zum Ausdruck bringt. Sie ist ihm die von klassisch antiker Schönheit umstrahlte, mit großer Herzenskraft und unverletzlich keuschem Stolze begabte Frau. Sie ist das erlösende Weib, das der Erde alle tötende Qual, alle häßliche Sünde nimmt, wirkliche Königin unter den Frauen. Allerdings übernimmt auch sie im Bilde den Hauptteil des Gewichtes, das Kind steht

in seiner nichts ahnenden Unschuld und Unberührtheit der Welt eigentlich wie ein Fremdkörper gegenüber. Aber in der Gesamtauffassung nähert sich die Madonna Feuerbachs ganz bedeutend derjenigen Raphaels. Und man möchte sie als die krönende Lösung jener Richtung bezeichnen, die in dem vergangenen Jahrhundert dem deutschen Volke die klassische Form wiedergewinnen wollte. Hatten aber die Romantiker in dieser wenigstens ein deutsches Empfinden bergen wollen, so hat sie hier auch den innewohnenden Geist in ihrem Sinne bestimmend beeinflußt.

Man ist bei der gerechten Wertung der Madonnenauffassung dieser von Feuerbach und von der sich ihm anschließenden wirklich ehrlich und würdig bemühten Künstlerschaft (von welcher ein ebenso starker und kräftiger und zum Letzten, d. h. über seine Zeit hinaus Strebender — Marées — leider kein Madonnenbidnis zurückgelassen hat) geschaffenen Lösung nicht mit Unrecht verlockt ein gleiches zu sagen, was man bei Schiller gemeinhin gerne betont: Sie gelangten in ihrer Sehnsucht und ihrem Kampfe nach Wahrheit dorthin, wo sich ihnen die Hauptmittel zur Erfüllung ihrer künstlerischen Mission boten — in den Vorhof des christlichen, ja des katholischen Glaubens und seiner Symbolik, ohne daß sie den großen entscheidenden Schritt machen konnten, noch wollten.

Der wird einem Teil der neuzeitlichen Versuche vorbehalten sein, der mehr wie je mit bewußter oder unbewußter Kraft sich den innerlichen Tendenzen, der alten deutschen Kunst widmet, der das Empfinden und den Formensinn für die alte deutsche Linienkraft, für deren Eigencharakter und deren selten hehre, keusche, tiefsinnige, würdige Ausdeutung der erhabensten Vorlagen hat.

Ansätze solcher großzügigen, ernsten, gotterfüllten Art, die alles Kleinliche, Irdische, die das Körperliche, Sinnliche meidet, der dies geradezu verpönt ist, die auf die Dinge losgeht, das „Ding an sich“ zu ergründen, d. h. die Darstellung zum allgemein — zu ewig gültigem Ausdruck, Symbol zu



prägen sucht, sind vorhanden. Und sie gehen weiter als ihre Vorläufer Rethel und Cornelius, denn sie reduzieren alle schöne, glatte, schmelzende Form auf lineare, harte, monumentale Werte, sie verschmähen es, die Blutwärme des Lebens, die satte, blühende Schönheit, die sinnlich reizvolle Oberfläche in hohem Adel darzustellen, sondern sie sehen das Leben, die Bedeutung des Figürlichen nur dort, wo die abstrahierende Linie ihr Spiel treibt, ihr letzthin ausschöpfendes geistiges Wesen besitzt. — So nähern sich viele der Neuzeitlichen jener künstlerischen Formulierung des Göttlichen, die wir aus den karolingischen Miniaturen, aus der Kathedralstatuarik der Frühgotik kennen. — Auf ihnen wird die Zukunft zweifellos ruhen.

Als einer ihrer Vertreter sei hier nur der Tiroler Egger-Lienz genannt, der in seinem gewaltigen, fast unerhört ernsten und keuschen und gewaltigen Cruzifixus den Weg angedeutet, die kommende Zeit gekündet hat.

— — Naturgemäß sind die einzelnen Entwicklungsstadien des Madonnenbildnisses des 19. Jahrhunderts die Ausdrucksformel der jeweilig vorherrschenden Art des Geisteslebens, der Daseinsauffassung und Lebensüberzeugung. Die ersten zwei Jahrzehnte, die Zeit des Klassizismus, haben fast kein Madonnenbild zu schaffen vermocht. Das Leben und aller Augen hingen an den für vorbildlich ausgegebenen geistigen und künstlerischen Schöpfungen des heidnischen Athen und Rom. Ihnen galt die Begeisterung, alles Sinnen, Dichten und Trachten. Es mag selbst sein, daß auch der Katholizismus, insofern er von den damaligen Gebildeten vertreten war, nicht selbststolz und selbstsicher genug war, sich in seinem Sinne eine Kunst, eine christliche Kunst zu schaffen. Als dann endlich doch das christliche Gewissen erwachte und als die notwendige Reaktion gegen die übertriebene Wertschätzung der Antike einsetzte, erwies sich diese christliche Gegenströmung im allgemeinen doch nicht stark und tief genug, um die herrschenden Ideen niederzuringen. Sie vermochte ihr Vorbild, das Mittelalter, die deutsche Gotik nicht zu



erreichen! Trotz des gewißlich guten, fast jugendlich idealen Strebens ist als Resultat doch nur eine gewisse Halbheit festzustellen, die natürlich nicht wesentlich bestimmend noch nachhaltend wirken konnte und so auf dem großen Weltplatz bald dem schon seit der niedergehenden Renaissance geheim keimenden Naturalismus Raum geben mußte. Dieser hat sich dann auch mit den vielseitigen Schäden seiner das Menschenherz nicht befriedigenden mannigfaltigen, oft sich widersprechenden Lehren durchzusetzen vermocht. Er gab der Sucht, alle Erscheinungen und Geschehnisse, welcher Art sie auch seien, natürliche Triebkräfte als Ursachen beizuschreiben, freien Raum. Eine Überschätzung des menschlichen Erkennens, des Menschen überhaupt war die Folge, sodaß schließlich nicht nur alles Nichterklärbare schlechthin geleugnet, sondern der Mensch als solcher das Maß aller Dinge wurde. Das war dann endlich: — ein Zweifeln, das Verzweifeln, ein Individualismus des Subjektivismus, eine Naturfreude, die Naturreligion werden mußte. Das Heilige wurde entheiligt, das Unheilige, das Niedere geheiligt. Nicht die großen zeitlosen ewigen Gedanken, sondern das Zufällige, das Kurzfristige, der augenblickliche Eindruck schienen den Künstler zu bannen, der zuletzt einem vorübergehenden, nichtigen Eindruck zum Opfer fiel. Im Höchstfalle, so er sich mühte, aus dem bloßen „Impressionismus" heraus in die hinter dem Äußeren liegenden Geistesgebiete zu streben, vermochte er doch nur eine Analyse der Individualpsyche zu geben, die willkürlich, gekünstelt erschien.

Doch diese wissenschaftliche Zerlegung der Welt der Erscheinungen mußte endlich in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts einer konzentrierten Synthese weichen, die nicht nur das Vorhandensein außerweltlicher, übernatürlicher Kräfte anerkannte, sondern im Bildganzen diese formenden ausdruckskräftigen Faktoren wiedergeben und wiederfinden wollte. Die Neuzeit vermag nicht mehr das wesentlich Ausdrucksstarke in der Natur und ihrer reinen Sichtbarkeit allein zu sehen, sondern will die Dinge als Sinnbild des



Innenlebens, des Ewig-Menschlichen und Ewig-Göttlichen. Und so wird die Gegenwart in logischer Folge die Erscheinungsformen der Welt in sich hineinreißen, sie in dem erwachten ehrfürchtigen Sinne des neuerstarkten, zum Erlebnis gewordenen Glaubens läutern, sie vom Objekt unabhängig und zum Ausdruck eines abstrahierenden Willens, zu einer fast mythischen Gestaltung formen. Damit aber wird das religiöse Bildnis, das Madonnenbildnis im besonderen, Belebung und seine zeitgenössige, wirklich würdige Auferstehung feiern.

## LXXXI.

## Friedrich Ozanam.

Bei vielen wird es umgekehrt sein: Es war nicht der Gründer der Vincenzvereine, der mir in der Jugend zuerst entgegentrat, es war der Gelehrte und Literaturhistoriker, der mich in seinem wundervollen poesiereichen Werk „Italiens Franziskanerdichter“ (deutsch von M. H. Julius, Münster 1853) hoch entzückte. Das Buch ist längst vergriffen und selten geworden und verdiente eine Wiedererweckung: es hat lange vor der modernen Franziskusbegeisterung aus dem Gedanken der romantischen Bewegung heraus diese Quelle der Renaissance erschlossen.

Erst viel später lernte ich in seinem Verfasser den jugendlichen Vorkämpfer und Erneuerer sozialer Arbeit kennen, dessen hundertjährigem Geburtstag die diesjährigen Feiern in der katholischen Welt, wo das Werk vom hl. Vincenz geübt wird, gelten, zu welchem Gedenktag auch das vorliegende Buch [1]) erschienen ist. Dem Manne vorbildlicher Nächsten-

1) Friedrich Ozanam, der Gründer des Vincenz-Vereins. Ein Leben der Liebe. Von Heinrich Auer. 8° (VIII u. 200 S.) Freiburg i. B., Caritas-Verlag 1913; kart. ℳ 2.40; geb. ℳ 3.20 Die zweite Auflage ist bereits erschienen; die erste war schon in den ersten Tagen vergriffen.



liebe also, nicht dem gelehrten Forscher mittelalterlicher, insbesondere auch der deutschen Literatur — diese Tätigkeit wird nur kurz skizziert — ist die Lebensbeschreibung gewidmet. Im Vordergrunde stehen demgemäß Gründung, Wachsen und Ausbreitung der Vincenztätigkeit, die hier zum ersten Mal in deutscher Sprache so eingehend behandelt werden. Der Verfasser versteht es, an der Hand der Urkunden, insbesondere der Briefe, den Hauch idealer Begeisterung für die Erneuerung katholischen, in der Revolution vernichteten Lebens wiederzuerwecken, wie er in jenen Tagen eine studentische Jugend sowohl nach der Seite der Wissenschaft als auch im sozialen Streben erfüllte. Die Idee gelangte allerdings nicht in ihrer ersten Form zur Blüte. Vielleicht war die damalige französische Geistesrichtung dieser wissenschaftlichen Ausgestaltung einer Idee nicht günstig: „Die älteste Tochter der Kirche“ kann nicht in allem vorbildlich sein. Vielleicht kommt sie in einer anderen Zeit und einer anderen Nation zur Entfaltung.

Doch lassen wir das Buch selbst sprechen: „Ozanam wurde die Seele der katholischen Bewegung unter den Studenten der französischen Hauptstadt anfangs der dreißiger Jahre (S. 43). Gleichgesinnte und Gleichgewillte scharten sich um den Neunzehnjährigen; sie hielten zusammen Geistesturniere ab, bei denen Wahrheit und Irrtum, Glaubensgewißheit und Zweifel ihre Stärke erprobten“ (S. 42). In einem Briefe Ozanams lesen wir: „Wir waren damals von einer Sintflut philosophischer Irrlehren bedroht und fühlten das dringende Bedürfnis, unsern Glauben mitten in jenen Angriffen zu festigen, die von verschiedenen Systemen der falschen Wissenschaft auf ihn gemacht wurden. Einige unserer Studiengenossen waren Materialisten, einige Saint-Simonisten, andere Fourieristen, wieder andere Deisten. Als wir Katholiken uns nun bemühten, diesen verirrten Brüdern die Wunder des Christentums ins Gedächtnis zu rufen, sagten sie uns alle: „Ihr habt recht, wenn ihr von der Vergangenheit redet: das Christentum hat früher Wunder gewirkt; aber jetzt ist es tot. Und ihr, die ihr euch rühmt, Katholiken zu sein, was tut denn ihr? Wo sind die Werke, die euren Glauben beweisen, daß wir ihn respektieren, ihn an-

nehmen können?" Sie hatten recht: dieser Vorwurf war nur zu sehr verdient. Damals sagten wir uns: Wohlan, ans Werk! und unsere Taten sollen im Einklang stehen mit unserem Glauben! Aber — was tun? Was tun, um der Wahrheit nach Katholiken zu sein, wenn wir nicht tun, was Gott am meisten gefällt? Wir müssen also unsern Nächsten eine Hilfe sein, wie Jesus Christus es gewesen, und drum: stellen wir unsern Glauben unter den Schutz der Liebe!" (S. 50 f.)

So kam die Umformung, die praktische Seite zur Ausgestaltung. Aber hat die theoretische nicht auch ihr Recht? Und sind die folgenden Worte Ozanams nicht heute brennender wie je?

„Wir in Paris, wir sind die Wandervögel, die sich nur für ein paar Wochen vom heimatlichen Neste fernhalten, und über uns, da schwebt der Vogel Unglaube, der Geier der Gedankenwelt, und will uns zu seiner Beute machen. Arme, junge, bildungsdurstige Menschen sind wir, im Katholizismus erzogen und unter einer törichten, sinnlichen Menge zerstreut. Wir sind Söhne christlicher Mütter und kommen einer nach dem andern in fremde Mauern, wo die Irreligiosität sich aus solchen, die am Glauben Schiffbruch gelitten, rekrutieren will. Es handelt sich also vor allem darum, für diese schwachen Wandervögel ein schützend Obdach zu finden, diesen jungen Wahrheitssuchern einen Sammelplatz für die Zeit ihrer Heimatferne zu schaffen.... Es war also wichtig, für die jungen Katholiken einen Verein zu gegenseitiger Ermutigung zu bilden, dort sollte man Freundschaft, Stütze, Beispiel finden, dort gleichsam ein Abbild des gewohnten religiösen Familienlebens wiederfinden; dort sollten die Älteren die Ankömmlinge aus den Provinzen empfangen und ihnen eine Art moralischer Gastfreundschaft gewähren" (S. 57 f.).

Ist es heute und bei uns nicht ebenso, schlimmer? Wie, wenn sich zunächst kleine private Zentren bildeten, wo eine neue Sicherheit gegenüber der allgemeinen Zweifelssucht und Negation sich vollzöge, sodaß aus dem mehr äußerlichen Festhalten am ererbten Glauben ein dogmenfreudiges, sicheres Wissen, das dann auch Außenstehende in größerer Zahl wieder heranzöge, als Areopagpredigt weiterwirkte! Studenten — wenige — versammeln sich um einen gereiften Mann



(Vater Bailly, S. 59 f.), dessen Beruf zunächst nicht der Lehrstuhl an der Universität ist. Er hat die Nöte mangelnder Erkenntnis, irrenden Zweifels kennen gelernt, in ernstem Studium zur Mittagshöhe der Wahrheitserkenntnis sich durchgerungen und beherrscht die traditionelle katholische Philosophie sowie die moderne auf Grund einer umfassenden Allgemeinbildung. Er versteht es, dem ins „Leben" Eintretenden, der die „Freiheit" und die „Welt" kennen lernen will, den Weg einer freudigen Wahrheit und Lebensführung zu zeigen. Der persönliche Verkehr im abendlichen Studierzimmer vermittelt das gegenseitige Vertrauen zur Lösung prinzipieller Bedenken und Zweifel; daneben gehen allwöchentliche Diskussionen aktueller und allgemein philosophischer Fragen unter dreien, vieren, fünfen und sechsen. Gelegentlich kann mit Studenten von ungefähr gleichmäßigem Bildungsgang neben diese losere Behandlung im freieren Gespräch ein Lehrbuch (Logik, Psychologie, Metaphysik) zu systematischer Durcharbeitung treten. Wenn dann hier Klarheit und Sicherheit erreicht ist, mag das Werk eines modernen, nichtkatholischen Philosophen von Grund aus vorgenommen werden, wobei dann in Erörterung der einschlägigen Fragen bei wohlgeleiteter Diskussion Wahrheit und Irrtum in ungezwungener Weise sich scheiden. Die Disputation ist die alte geistige Gymnastik, auf der die großen Systeme von Sokrates bis Thomas erwachsen sind. Die neuere Philosophie hat die Fähigkeit zur systematischen Disputation verloren. Jeder zeichnet vom Katheder oder im Buch sein System, ohne es dem reinigenden Wahrheitsfeuer der Diskussion ausgesetzt zu haben. Sollte nicht auch im Kreise der Laienstudenten die katholische Disputation in neuer Form wiedererweckt werden können, um die katholische Weltanschauung in ihrer inneren Widerspruchslosigkeit als System der Wahrheit zu erweisen? Welcher Katholik wäre so mutlos, den Sieg der Wahrheit in der Diskussion nicht für seine Fahne zu erwarten? — F. Ozanam kehrte später als Lehrer an der Sorbonne wieder zur Wissenschaft zurück und vertrat sie in glänzender Weise.

Zunächst hatte sein caritatives Vereinswerk Schwierigkeiten, Schwierigkeiten, deren Überwindung lehrreich zu lesen ist, da derartiges immer wiederkehrt. Leider scheint ja keine Zeit von den Fehlern der Vorzeit hierin zu lernen. Als er die Vincenzsache nach seiner Rückkehr von Paris in seine Vaterstadt Lyon verpflanzte, gerieten „fromme Personen, gewichtige Persönlichkeiten in Schrecken". „Diese jungen Leute wollten in Lyon die großen Herren spielen. . . . Durch die verwerfliche Art und Weise, wie sie es machen, diskreditieren sie die ganze bisherige Liebestätigkeit in Lyon" (S. 145). Ozanam nahm die Menschlichkeiten nicht allzu ernst. Mit feiner Ironie berichtet er weiter auch von den „vielen Laien", die dahinter standen: „Gewichtige, hochorthodoxe Herren, . . . Oppositionsmenschen, die aus ihrer politischen Meinung einen dreizehnten Glaubensartikel machen, für sich die Liebeswerke in Pacht haben und sich mit unserm Herrn und Heiland bescheidentlich auf die gleiche Stufe stellen: Wer nicht für uns ist, der ist gegen uns! Sie können gar nicht glauben, mit was für armseligen Schimpfreden, mit welch spitzfindigen Kleinlichkeiten und Plackereien diese Leute gegen uns verfahren, — sicher im allerbesten Glauben von der Welt!" (S. 146.) . . . „Getreu unserer Satzung haben wir uns klein und bescheiden gehalten, haben unsere unfeindlichen Absichten hoch beteuert, haben unsern Respekt vor den andern Werken bezeigt, und jetzt sagt man nichts mehr wider uns, als daß wir nicht vorwärts kommen werden . . . . . ." (S. 145).

„Trotz all solcher Schwierigkeiten verlor Ozanam den Mut nicht: er vertraute auf die Güte seiner Sache, ignorierte nach Möglichkeit diese dunkeln Machenschaften", und „der Erfolg blieb denn auch nicht aus" (S. 147, 146). — —

Welches ist nun das wichtige Neue in Ozanams Gründung? Es ist wohl, daß die sozial-caritative Tätigkeit hier nicht in religiösen Genossenschaften ausgeübt wird, sondern die gesamte katholische Laienwelt heranziehen will. Selbstverständlich bleibt die religiöse Congregation das Vorbild in

Vollkommenheit und ausübender Nächstenliebe; aber es ist falsch, diese der Laienwelt zu entziehen, den Laien auf Geldverdienen und Abgeben des Überflusses an geistliche Institutionen und Missionen beschränken zu wollen. Damit erniedrigt man das katholische Leben, das in Aszese und Caritas alle durchdringen muß. Die allgemeine Pflicht der Nächstenliebe ist mit Geldalmosen keineswegs erledigt. Darum hat die protestantische Welt auf manchen Gebieten (Heilsarmee) den Sieg davongetragen. Warum sind wir heute nicht mehr schöpferisch? Sind wir nicht zu sehr abhängig von nichtkatholischen Vorbildern in allzuvieler Reglementierung und zweckloser Berichterstattung? Ozanam „war kein Freund trockener Berichte, langatmiger Protokolle, schläfriger Versammlungen, unkontrollierbarer Zusammenstellungen von Einnahmen und Ausgaben. . . . Bei den humanitären Vereinen vermißte er die Liebe im Prinzip, und darum gefielen ihm jene Vereine, die auf rein humanitären Boden ohne religiöse Untermauerung aufgebaut waren, nicht“ (S. 104).

Wie vieles von der modernen sozial-caritativen Tätigkeit aus Ozanams Werk hervorgewachsen, zeigt die Übersicht auf S. 125, womit nicht gesagt ist, daß alles, was aus dieser Idee hervorgeht, auch in diesem Rahmen bleiben muß, zumal wenn es sich um Gründungen handelt, die eine ganz verschiedene Übersicht, Schulung und Einarbeitung erfordern.

In all diesen wichtigen Fragen kann Auers Buch anregend und fruchtbar wirken. Der umfassende Stoff (s. die Literatur S. 201—203) ist in einfach schöner Sprache gemeistert. Ozanam redet vielfach selbst zu uns, und es ist charakteristisch für die kongeniale Art des Verfassers, daß diese Stellen sich ungezwungen in diesen Stil fügen, sodaß der Leser ohne die Anführungszeichen oft nicht wüßte, wer von beiden redet.

So tritt das Bild des Caritasapostels in lebendiger Gestalt vor unsere Seele.

---





## LXXXII.

### Die Universität der deutschen Jesuiten in Tokio.[1])

Die aufmerksamen Leser der „Katholischen Missionen“ sind durch eine Reihe Notizen in den letzten Jahrgängen dieser trefflichen Zeitschrift über die Gründung und Entwicklung der neuen Jesuitenmission in Japan unterrichtet worden. Die große Bedeutung dieses Unternehmens rechtfertigt es, auch an dieser Stelle über die schönen Erfolge, die in wenigen Jahren schon erzielt worden sind, dem deutschen katholischen Leserkreise zu berichten.

Als Pius X. vor wenigen Jahren der Gesellschaft Jesu die Aufgabe stellte, in Japans Hauptstadt die Missionstätigkeit aufzunehmen, wird er diesen Auftrag erteilt haben in Erinnerung an die großartige Wirksamkeit, welche die Söhne des hl. Ignatius auf dem Insellande im fernen Osten entfaltet hatten, seit im Jahre 1549 der hl. Franz Xaver als erster christlicher Missionar seinen Boden betreten hatte. Man könnte sagen, daß die Jesuiten ein Anrecht hatten, wieder in das Land geschickt zu werden, in dem ihre Ordensgenossen so herrliche Erfolge erzielt, und in dem so viele von ihnen mit ihrem Blute für den christlichen Glauben Zeugnis abgelegt hatten. Der Auftrag, der ihnen zu Teil wurde, war nicht der bloße Missionsbefehl; die spezielle Aufgabe, die dem Orden in Tokio gestellt wurde, ging dahin, ein Institut für höhere Studien ins Leben zu rufen. Dieser Auftrag könnte auf den ersten Blick verwunderlich erscheinen, wenn man bedenkt, daß erst seit wenigen Jahrzehnten die katholische Missionsarbeit nach einer Unterbrechung von zweieinhalb Jahrhunderten wieder aufgenommen werden konnte,

1) Teilweise auf Grund brieflicher Mitteilungen.



und daß bis jetzt die Zahl der katholischen Christen noch nicht 100000 beträgt. In Wirklichkeit zeugt dieser Auftrag von einer klaren Erkenntnis dessen, was augenblicklich in Japan besonders nottut, ja was das einzig Richtige und Notwendige ist, wenn überhaupt dem Katholizismus in der nächsten Zukunft in diesem Lande eine Bedeutung zukommen soll. Wenn man in den letzten Jahren so oft davon gesprochen hat, es sei jetzt die Entscheidungsstunde der Weltmission gekommen, in unseren Tagen werde die Entscheidung darüber fallen, ob Mohammed und Buddha und Konfucius siegen, oder ob Christus von zwei Dritteln der Erde auf Perioden der Weltgeschichte ausgeschlossen werde, so gilt dies mit besonderem Recht und in besonderem Maße von Japan; und bei der Vormachtstellung, die Japan sich in den letzten Jahrzehnten errungen, wird die Entscheidung Japans in religiöser Hinsicht für ganz Ostasien von richtunggebender Bedeutung werden. Bei dieser Entscheidung wird es schwer ins Gewicht fallen, daß den Japanern, die mit so überraschender Schnelle sich die materielle und geistige Kultur Europas anzueignen wußten, das Christentum auch als eine Macht der Bildung und Kultur gegenübertritt. Auf protestantischer Seite hat man das wohl erkannt, man weiß es, daß — trotz der Enttäuschungen, welche die neunziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts allen enthusiastischen Hoffnungen gebracht haben — es am aussichtsreichsten, ja als das einzig erfolgverheißende Vorgehen erscheint, auf dem Weg der Bildung und Wissenschaft dem Christentum Bahn zu brechen. Es sei hier nur auf die Bemühungen des „Christlichen Studenten-Weltbundes“ hingewiesen, der seit seiner Gründung (1895) sein besonderes Augenmerk auf Japan richtete; auf Veranlassung seines Generalsekretärs John Mott, des Verfassers des Werkes „Die Entscheidungsstunde der Weltmission und wir“, hat der Bund im Frühjahr 1907 eine Konferenz in Tokio abgehalten, die Fürst Ito als „eines der denkwürdigsten Ereignisse in der Geschichte Japans“ bezeichnet hat, und die dem Christentum namentlich aus den

Kreisen japanischer Studenten viele Freunde und Anhänger zugeführt hat.[1])

So war es hohe Zeit, daß auch katholischerseits energisch ans Werk gegangen wurde, um auf einem so reiche Ernte verheißenden Missionsfelde nicht gänzlich in den Hintergrund gedrängt zu werden, und daß man andere Wege als die bisher üblichen einschlug, um der Missionsarbeit den Erfolg zu sichern. Daß dies notwendig sei und daß das von den Jesuiten geplante Werk den Forderungen der Stunde entspreche, haben auch in Japan wirkende katholische Missionäre, also die kompetentesten Beurteiler, erklärt, so z. B. der Bischof von Hakodate, der in einem Briefe vom 16. Okt. 1909 schreibt:

„Im Grunde genommen glaube ich, daß sich uns jetzt eine von der bisherigen verschiedene Art der Evangelisation aufdrängt — jene, mit welcher Ihre Patres — der Brief ist an einen Jesuiten gerichtet — in Tokyo beginnen. Da nämlich der öffentliche Unterricht in den letzten Jahren nicht nur religionslos, sondern dem Christentum und namentlich der katholischen Kirche geradezu feindlich war, so mußte man eigentlich schon längst darauf gefaßt sein, daß unsere Arbeit unfruchtbar werde, wie sie es auch wirklich gegenwärtig ist. Es ist daher unbedingt nötig, die Meinung der Öffentlichkeit, angefangen von den gebildeten Kreisen, umzugestalten, indem wir tatsächliche Beweise dafür liefern, daß die Religion mit der Wissenschaft keineswegs unvereinbar ist. Die Patres der Gesellschaft Jesu sind die ‚rechten Leute am rechten Platze'; wir hoffen zuversichtlich, daß sie uns wieder etwas Sonnenschein verschaffen werden . . . . . .“ [2])

Trotz mancher Schwierigkeiten hat das Unternehmen

1) Auf die ausgebreitete Schultätigkeit der protestantischen Missionen kann hier nicht eingegangen werden. Auf katholischer Seite konnte man bislang demgegenüber nur auf die von den französischen Marianisten geleiteten Mittelschulen hinweisen.

2) Der Brief ist abgedruckt im Sendboten des göttlichen Herzens Jesu, Bd. 46 (1910), 49.



der Jesuiten in den wenigen Jahren eine sehr erfreuliche Entwicklung genommen. Nachdem kurze Zeit ein amerikanischer Jesuit P. James Rockliff an der Spitze gestanden, hat P. Hermann Hoffmann als Oberer die Leitung übernommen und auch unter den Patres überwiegt das deutsche Element durchaus, so daß das Ganze schon allein deswegen als ein Unternehmen deutscher Jesuiten bezeichnet werden kann; es seien nur genannt die Namen des berühmten Sinologen P. Wieger und des P. Josef Dahlmann, der durch seine „Indische Fahrten" und verschiedene Werke zur Kultur- und Religionsgeschichte Indiens sich wohlverdienten Ansehens erfreut. [1])

Das Bemühen der Patres mußte zunächst darauf gerichtet sein, für die geplante Anstalt von der japanischen Regierung die Rechte einer juristischen Persönlichkeit zu erlangen, weil dies in Japan die Voraussetzung für den Erwerb von Grundstücken bildet. Nicht gering waren die Schwierigkeiten, welche die Platzfrage bereitete, aber sie hat noch im Jahre 1911 eine überaus günstige Lösung gefunden; es gelang ein passendes Grundstück in bester Lage zu erwerben, es liegt im Mittelpunkt der Stadt Tokio, im Stadtteil Kojimachi, der eigentlichen Schloßstadt unweit der österreichischen Botschaft und neben dem Palast des Prinzen Fushimi. [2]) Am wichtigsten aber mußte es sein, dem gesamten Werk die staatliche Anerkennung als Institut für höheren Unterricht durch das japanische Unterrichtsministerium zu erwerben. Die Schwierigkeiten, die es zu überwinden galt, waren auch hier wieder nicht gering. Bei den Verhandlungen, die dieserhalb im Unterrichtsministerium geführt wurden, wünschte man auch Auskunft, wie weit den Jesuiten in anderen Ländern Unterrichtsfreiheit gewährt sei — die „Jesuitenfabeln"

1) Der Niederlassung gehört auch ein geborner Japaner an, P. Tsutsihassi.

2) Eingehende Mitteilungen über das Heim des Instituts bieten die „Katholischen Missionen" Bd. 40 (1911/12), 244 ff.

und die vielfältigen Verdächtigungen der Gesellschaft Jesu sind eben mit der Kultur des Westens auch nach dem fernen Osten kolportiert worden, so daß sich die Frage der Unterrichtsverwaltung verstehen läßt. Nun konnte man ja darauf hinweisen, wie in England und Amerika der Jesuitenorden in seiner Unterrichtstätigkeit unbehindert ist und in diesen Ländern anerkanntenmaßen Hervorragendes leistet. Aber da nun deutsche Jesuiten an der Spitze des Unternehmens stehen und in dem eingereichten Plan Deutsch als die Hauptunterrichtssprache genannt war, wurde die konkrete Frage gestellt: „Können Sie als Jesuiten in Deutschland Unterrichtstätigkeit ausüben?" Auf diese Frage gab es natürlich keine andere Antwort als „Nein". Und die Auskunft, die auf die weitere Frage „Warum nicht" zu geben war, mußte beschämender Weise dahin lauten, daß in Deutschland die katholische Kirche, besonders in ihren Orden, nicht die Freiheit genießt, die ihnen in England und Amerika ohne Schwierigkeiten gewährt wird, daß insbesonders die Mitglieder der deutschen Jesuitenprovinz, denen in der Heimat die Unterrichtstätigkeit untersagt ist, in den englischen Kolonien diese ungehindert ausüben können, ja daß sie sich wie z. B. die Jesuiten in Bombay des besonderen Schutzes und der Unterstützung der englischen Regierung erfreuen. Nach einiger Zeit wurde den Antragstellern der Bescheid, daß ihre Eigenschaft als Jesuiten kein Hindernis für die staatliche Anerkennung bilden werde; es wurde betont, man könne den Jesuiten nicht verweigern, was man andern gewähre. Wo die Jesuiten nicht volle Freiheit oder gar keine Freiheit des Unterrichts besäßen, wo man sie bekämpfe, da seien es Länder, in denen überhaupt die Freiheit der Kirche eingeschränkt sei, nämlich Frankreich, Rußland, Deutschland. Japan aber gewähre *volle* Religionsfreiheit[1]) und diese Religionsfreiheit

1) Die Freiheit des religiösen Glaubens für alle japanischen Untertanen ist durch Artikel 28 der am 11. Februar 1889 proklamierten Verfassung gewährleistet.



dürfe auch den Jesuiten nicht versagt werden. So ist am 28. März dieses Jahres die staatliche Anerkennung der Hochschule ausgesprochen worden. Damit ist neben die Privathochschulen der japanischen Reichshauptstadt, in denen englisch die führende Sprache ist, zum ersten Mal eine Hochschule getreten, deren Leitung in deutschen Händen liegt und deren führende Sprache deutsch sein wird.

Rasch folgte der staatlichen Genehmigung die Eröffnung des Instituts. Während bis dahin die Patres sich mit der Abhaltung von Sprachkursen und populärwissenschaftlichen Konferenzen religiösen und allgemein bildenden Inhalts begnügen mußten, konnten nunmehr am 21. April dieses Jahres die Hochschulkurse mit einer deutschen Ansprache des Direktors P. Hoffmann eröffnet werden. In deutscher Sprache, so führte er aus, rede er die Erstlinge der Hochschule an und begrüße er sie, weil die deutsche Sprache die Sprache der Hochschule sein werde, es solle ihnen Gelegenheit geboten werden, im besten Sinne Meister der deutschen Sprache zu werden. Der Erfolg schon bei der Eröffnung war ein unerwartet großer. Hatten sich zu den freien deutschen Sprachkursen, die schon am 10. April eröffnet worden waren, mehr als 50 Herren aus den verschiedensten Ständen eingefunden — und ihre Zahl wuchs von Tag zu Tag —, so stellte sich trotz ungünstiger Umstände, unter denen die Eröffnung der Hochschule in den Zeitungen Tokios zur Anzeige gebracht werden mußte, doch zur Immatrikulation die doppelte Zahl ein, als man erwartet hatte.

Es wird nicht zuviel behauptet sein, wenn man den 21. April 1913, den Tag der Eröffnung der Hochschule der deutschen Jesuiten in Tokio als ein Datum von historischer Bedeutung bezeichnet. Was dort in wenigen Jahren geschaffen und erreicht worden ist, berechtigt zu den schönsten Hoffnungen und frohesten Erwartungen. Daß in kurzem so schöne Erfolge erzielt werden konnten, das ist nächst Gottes gnädiger Führung der verständnisvollen und opferwilligen Unterstützung zu danken, welche dem Unternehmen



vor allem infolge der weitblickenden Initiative des deutschen Episkopates in der deutschen Heimat bislang zuteil geworden ist. Möge diese opferfreudige Anteilnahme dem wichtigen Werke auch fürder gewahrt bleiben! Denn trotz allem sind es doch nur Anfänge, freilich verheißungsvolle Anfänge, die bislang erstanden sind. Es bleibt noch sehr viel zu tun, bis die Hochschule in allen Teilen ausgebaut und vollendet sein wird. Eine der ersten Forderungen, die sich aufdrängen, ist die Errichtung eines besonderen der Bedeutung des Werkes entsprechenden Unterrichtsgebäudes, dessen Pläne schon fertig gestellt sind.

Wenn die deutschen Katholiken diesem Werke der deutschen Jesuiten in Japan ihr tätiges Interesse schenken, so wissen sie, daß sie dadurch ein sehr wichtiges und überaus zeitgemäßes Missionswerk der katholischen Kirche unterstützen, das für die Ausbreitung des katholischen Glaubens und die Befestigung des Ansehens desselben das Beste erhoffen läßt; sie wissen aber auch, und das erhöht ihre freudige Anteilnahme, daß die Unterstützung dieses deutschen Hochschulinstitutes im Interesse des deutschen Vaterlandes liegt, da es berufen erscheint, dem Einfluß deutscher Sprache und deutscher Kultur, besonders auch deutscher Wissenschaft neue Bahnen zn eröffnen, und diesen Einfluß zu stärken und zu organisieren, soweit er schon vorhanden ist und ihm einen festen Rückhalt zu geben. Schon jetzt, da doch alles erst im Werden begriffen ist, ist dieser Einfluß unverkennbar, und es ist für die Katholiken Deutschlands von eigenartigem Interesse, daß es gerade ein angesehenes Mitglied der Partei, welche den deutschen Jesuiten am feindseligsten gegenübersteht und mit komisch wirkender Angst die Beibehaltung der Reste des Jesuitengesetzes verteidigt, Geheimrat Dr. Paasche war, der auf Grund eigener Anschauung, die ihm seine Weltreise ermöglichte, vor der breitesten Öffentlichkeit auf der Tribüne des Reichstags dem Werke der deutschen Jesuiten in Tokio vom deutschnationalen Standpunkt höchstes Lob spendete und damit den Beifall des Hauses fand.



Mit dem Hochschulunternehmen der deutschen Jesuiten in Tokio hängt ein literarischer Plan eng zusammen, auf den noch mit kurzen Worten hingewiesen sei:[1]) P. Dahlmann bereitet die Gründung einer deutschen Zeitschrift zur Förderung der deutschen Sprache unter den japanischen Hochschülern und Akademikern vor. Eine direkte religiöse Propaganda ist nicht der Zweck der Zeitschrift,[2]) aber es liegt auf der Hand, daß eine gut redigierte von katholischen Gelehrten geschriebene Revue allgemein bildenden Inhalts die Achtung vor der Kirche und den Einfluß des Christentums unter den gebildeten Kreisen in Japan zu mehren wohl geeignet erscheint. So sei auch dieses mit der Universität im Zusammenhang stehende literarische Unternehmen der Beachtung und der Unterstützung der deutschen Katholiken empfohlen; diese Unterstützung wird nicht nur in finanziellen Zuwendungen zu bestehen haben, ebenso wichtig wird die Mitarbeit der katholischen Gelehrten Deutschlands an der Zeitschrift sein, um derselben abwechselungsreiche gediegene Beiträge zu sichern.

---

1) Weiteren Kreisen ist der Plan zuerst durch die Zeitschrift für Missionswissenschaft III (1913) 74 bekannt gemacht worden.

2) Dem Zwecke der religiösen Aufklärung und der Verteidigung des katholischen Glaubens dient das Traktatenwerk, das der P. Drouard de Lézey aus der Pariser „Société des missions étrangères" unter dem Titel „Oeuvre des tracts scientifico-religieux" ins Leben gerufen hat. Nähere Mitteilungen über dieses namentlich angesichts der massenhaften protestantischen Schriftenpropaganda verdienstliche Werk gibt ein Aufsatz von Schmidlin, Zeitschrift für Missionswissenschaft II (1912), 339 ff.

## LXXXIII.

## Brückenablässe.

Im 87. Bande (1881) dieser Zeitschrift hat der verdienstvolle Forscher Fr. Falk in einem längeren Aufsatze mit der Überschrift: Die Kirche und der Brückenbau im Mittelalter, durch zahlreiche Quellenbelege dargetan, welche rege Förderung die Kirche den Brückenbauten zuteil werden ließ: „Wie einst zur Römerzeit die Legionssoldaten von Rom auszogen und unter dem Schutze der Waffen die damals bekannte und zugängliche Welt mit einem Straßennetze umspannten, so ging in späterer Zeit von Rom eine gleichartige Tätigkeit aus, indem die der Kirche dienenden Orden, Bischöfe und andere aus religiösem Antriebe Wege und Brücke herstellten, für sicheres Geleit sorgten, oder indem die durch die Päpste und Bischöfe für den Fall eines Brückenbaues gewährten Ablässe, Brückenablässe, die nötige Regsamkeit in den Herzen der Gläubigen hervorriefen" (S. 91). In demselben Sinne hatte schon früher ein anderer Forscher hervorgehoben, wie „unter dem wohltätigen Einflusse der christlichen Lehre" fromme Gläubige bestrebt waren, „an sehr besuchten Stellen der Flußufer besondere Herbergen zu errichten und Flöße zu halten, endlich Brücken zu bauen". „Überall erhoben sich Brücken, welchen religiöse Meinung und frommer Sinn den Ursprung gab. Die Herstellung einer Brücke galt nächst dem Kirchenbau als ein höchst verdienstliches Werk; Ablässe, päpstliche und bischöfliche, wurden dazu bewilligt." [1]) Von diesen Ablässen, über die man bei Falk nur spärliche Angaben findet, soll im folgenden etwas

1) J. Becker, Die religiöse Bedeutung des Brückenbaues im Mittelalter mit besonderer Beziehung auf die Frankfurter Mainbrücke, im Archiv für Frankfurter Geschichte. Neue Folge IV, Frankfurt 1869, 10.



eingehender gehandelt werden. Sind es doch gerade die Ablaßbriefe, die am besten zeigen, aus welchen Gründen die Kirche den Bau von Brücken zu fördern suchte.

Nachdem im Laufe des 11. Jahrhunderts allmählich die Sitte aufgekommen war, für Almosen und Kirchenbesuch Ablässe zu verleihen,[1]) wurde den frommen und gemeinnützigen Werken, für welche Ablässe gewährt werden können, bald auch die Herstellung von Brücken beigezählt. Daß bereits um die Mitte des 12. Jahrhunderts für Unterstützung von Brückenbauten Ablässe erteilt wurden, zeigt ein Schreiben des Papstes Alexander III. an den Erzbischof von Canterbury.[2]) Letzterer hatte in Rom angefragt, ob die bei der Einweihung von Kirchen oder für Beiträge zu Brückenbauten erteilten Ablässe (quae fiunt in dedicationibus ecclesiarum aut conferentibus ad aedificationem pontium) andern als den Untergebenen des Ablaßverleihers nützen können. Das Ablaßspenden fand damals hauptsächlich bei Kirchweihen statt. Die Verknüpfung der Brückenablässe mit den so häufigen Kirchweihablässen zeigt daher deutlich genug, daß die ersteren damals schon im Schwange waren. Alexander III. erklärte in seiner Antwort, daß die Ablässe fremden Diözesanen nur mit Zustimmung ihrer eigenen Oberen nützen können. Dies Schreiben wurde später in die offizielle Sammlung der päpstlichen Dekretalen aufgenommen (c. 4 X de poen. et rem. V, 38) und hat infolgedessen nicht wenig dazu beigetragen, den Brückenablässen weitere Verbreitung zu verschaffen.

Übrigens hat es auch nicht an Theologen gefehlt, welche bemüht waren, diese Ablässe apologetisch zu rechtfertigen. Zu den ältesten Theologen, welche die Ablaßfrage eingehend

1) Vergl. hierüber meine Abhandlungen: Die ältesten Ablässe für Almosen und Kirchenbesuch, die Anfänge des Ablasses, in Zeitschrift für katholische Theologie XXXIII, Innsbruck 1909, 1—40, 281—319.

2) Zwischen 1161—1175. Vgl. Jaffé-Loewenfeld, Regesta Pontificum Romanorum II, Lipsiae 1888, Nr. 12411.



erörtern, gehört Wilhelm von Auvergne, der nach längerer Lehrtätigkeit an der Pariser Hochschule 1228 zum Bischof von Paris ernannt wurde und 1249 gestorben ist. Den Ablaß behandelt er in seinem Werke über die Sakramente bei der Besprechung der Priesterweihe. Entschieden nimmt er für die Bischöfe das Recht in Anspruch, durch Verleihung von Ablässen die vom Beichtvater auferlegte Buße zu mindern oder umzuwandeln, je nachdem sie es zur Ehre Gottes, zum Heile der Seelen und zum Nutzen der ganzen Kirche dienlich finden. Dabei kommt er auf die Ablässe zu sprechen, die für Klöster, Spitäler, Brücken- und Straßenbauten bewilligt werden. Die Wohltäter dieser Anstalten und Unternehmungen, so führt er aus, verrichten ein gottgefälliges Werk der Nächstenliebe, wofür sie die Kirche mit Recht belohnt. Zudem haben sie Anteil an den Gebeten und guten Werken der Ordensleute, die in den Klöstern ihr Leben zubringen, der Armen und Kranken, die in die Spitäler aufgenommen werden, der Pilger und frommen Reisenden, die über jene Straßen und Brücken hinziehen. Infolge dieser geistigen Gemeinschaft werden sie nicht ohne Grund von den auferlegten Bußübungen entbunden, da andere mit ihren Gebeten und Bußwerken für sie bei Gott eintreten.[1])

Ein anonymer Theolog aus der Diözese Metz hat in seinem um die Mitte des 13. Jahrhunderts verfaßten und ungedruckt gebliebenen Traktat über die Sakramente Wilhelms Ausführungen vielfach verwertet, insbesondere hat er dessen Erörterungen über die Ablaßfrage zum Teil wörtlich abgeschrieben; doch hat er bisweilen aus eigenem verschiedenes beigefügt, das man nicht ohne Interesse liest. In recht volkstümlicher Weise verteidigt der alte Theolog die Straßen- und Brückenablässe.[2]) Die Bischöfe, erklärt er,

1) Guilelmi Alverni episcopi Parisiensis opera omnia I, Aureliae 1674, 552.

2) Summa sacramentorum. Handschriftlich auf der Münchener Staatsbibliothek. Cod. lat. 22243, fol. 44.

sind vollauf berechtigt, für die Herstellung von Straßen und Brücken Ablässe zu verleihen, da solche Werke den Pilgern und frommen Reisenden zugute kommen. Es ist ein großes Almosen, so fährt er fort, die Wege zu ebnen, die Steine und den Kot von den Straßen zu entfernen. Sind die Wege schlecht und gefährlich, so werden die Reisenden aufgehalten, oder sie verwunden sich und erleiden allerhand Unfälle: die Wagen werden umgeworfen, der Wein wird verschüttet, die Pferde gehen zu Grunde, die Menschen geraten in Zorn und verwünschen alle jene, welche die Straßen in gutem Stande hätten halten sollen; zudem lästern sie aufs schändlichste Gott und seine Heiligen und machen sich so schwerer Sünden schuldig; bisweilen kommen sie auch ums Leben, wie jener Fuhrmann, der bei seinem Fluchen und Lästern unter den Wagen geriet, so daß ihm die Räder den Hals entzweibrachen. Wer nun durch seine Almosen all dies Böse verhindert, der verherrlicht dadurch Gott den Herrn, erwirbt sich von seiten der Reisenden viele Segenswünsche und Gebete und verdient sich den ewigen Himmel. Wäre daher Julius Cäsar, der zehn Jahre in Gallien zugebracht und viele überaus gerade und sichere Straßen gebaut hat, gläubig gewesen, so würde er durch ein so gutes Werk (ex tam bono opere) eine unschätzbare Herrlichkeit im Himmel verdient haben.

Bei dieser religiösen Wertung gemeinnütziger Arbeiten wird man es begreiflich finden, daß der große Prediger Berthold von Regensburg den Wege- und Stegebau in der Reihe der christlichen Liebeswerke aufzählt und geradezu als Gottesdienst hinstellt. Er sagt: „Da Gott dem Menschen alle Dinge zu Nutz und zu Dienst geschaffen hat und Gott selber den Menschen dient . . . so ist es auch billig und geziemend, daß ihm der Mensch von ganzem Herzen diene . . . Wer reich ist, der soll Almosen geben und Messen stiften, Wege und Stege machen, Klöster begaben und Spitäler, den Hungrigen speisen, den Durstigen tränken, den Nackten

bekleiden, den Fremden beherbergen und die sechs Werke der Barmherzigkeit tun allesamt." [1])

Eben weil die auf Herstellung von Straßen und Brücken verwendete Arbeit, sofern sie zur Ehre Gottes und aus Liebe zum Nächsten verrichtet wurde, als Gottesdienst galt, wurde sie bisweilen von Bischöfen unter Verheißung von Ablässen auch an Sonn- und Feiertagen gestattet. Der soeben angeführte Lothringer Theolog macht freilich auf einen Mißbrauch aufmerksam, der mit dieser sonntäglichen Beschäftigung verbunden war. Manche, bemerkt er, berauben sich des Lohnes ihrer Arbeit, indem sie an Sonn- und Feiertagen die Messe versäumen und des Morgens unter Paukenschlag und närrischem Spiel Wagen ziehen und Steine tragen, und nachher gleich ins Wirtshaus laufen. Sie sollten zuerst dem Gottesdienste beiwohnen und dann die Arbeit verrichten in Einfalt und Demut.

Sehen wir nun, wie in den einzelnen Ländern Ablässe für Brückenbauten erteilt worden sind. Den Anfang soll Italien machen, da hier die ältesten Ablässe dieser Art sich nachweisen lassen. Wohl mögen in andern Ländern schon früher ähnliche Ablässe verliehen worden sein; doch ist hierüber bis jetzt nichts näheres bekannt geworden.

In Italien haben die Päpste besonders eine Brücke, die bei Fucecchio (Ficiclo, Ficecclo) zwischen Florenz und Pisa über den Arno führte, durch Ablässe zu fördern gesucht. Diese Brücke mit dem daneben stehenden Hospital gehörte den Hospitalitern des hl. Jakobus von Altopascio, einer um die Mitte des 11. Jahrhunderts zur Pflege der Pilger und Reisenden gegründeten Ordensgenossenschaft.[1]) Altopascio

---

1) Berthold von Regensburg, Predigten, herausgegeben von Fr. Pfeiffer I, Wien 1862, 190. Schon angeführt von E. Michael, Geschichte des deutschen Volkes I, Freiburg 1897, 173.

2) Vgl. Joh. Lamius, Deliciae eruditorum XVI, Florentiae 1754, 1233—2493. T. Lorenzi, L'ospizio e il paese di Altopascio, Prato 1904. P. Kehr, Regesta Romanorum Pontificum. Italia Pontificia III, Berolini 1908, 470 ff.

(Altus passus), ehemals zum Bistum Lucca, heute zur Diözese Pescia gehörig, galt mit seinem großen Hospital (domus hospitalis S. Jacobi de Altopassu) als das Mutterhaus des Ordens, der zunächst über Italien, später auch über andere Länder sich ausbreitete. Im Jahre 1459 wollte Pius II. die nicht mehr recht zeitgemäße Genossenschaft aufheben, um sie mit dem neugeplanten Orden der Bethlehemiten, die dem Vordringen der Türken entgegentreten sollten, zu vereinigen. Allein der Orden der Bethlehemiten ist nie ins Leben getreten,[1]) und so konnte die Genossenschaft von Altopascio bestehen bleiben bis gegen Ende des 16. Jahrhunderts; erst im Jahre 1587 ist sie von Sixtus V. aufgehoben worden.[2]) Daß eine ihrer Hauptaufgaben die Herstellung von Brücken war, wie so oft behauptet wird, ist nicht zutreffend.[3]) Richtig ist nur, daß sie für die Unterhaltung der einen oder anderen Brücke Sorge trug, so vor allem für die Brücke bei Fucecchio, wo die Hauptstraße von Lucca nach Florenz, Siena und Rom durchging.

Diese Brücke, die allem Anscheine nach aus Holz gebaut war, wurde von den wilden Fluten des Arno oft arg mitgenommen, manchmal auch fast ganz zerstört, so daß ihre Unterhaltung nicht mit geringen Unkosten verbunden war. Dies erklärt, warum die Päpste so häufig durch Verheißung von Ablässen zur Unterstützung des für den Verkehr wichtigen Brückenwerkes aufgemuntert haben. Der erste Papst, von dem berichtet wird, daß er für die Unterstützung der Brücke

1) Vgl. H. Prutz, Pius II. Rüstungen zum Türkenkrieg, in den Sitzungsberichten der bayer. Akademie der Wissenschaften. Philosophische und historische Klasse. 1912. 4. Abhandlung, S. 6 ff.

2) Kehr 471. Das Ordenshaus in Paris (St. Jacques du Haut-Pas) hatten bereits im Jahre 1572 die Benediktiner erhalten. Hélyot, Histoire des ordres religieux II, Paris 1714, 278. Unrichtig ist demnach die in neueren Werken so oft ganz allgemein auftretende Behauptung, der Orden von Altopascio sei 1459 aufgehoben worden.

3) In der Ordensregel, abgedruckt bei Lamius 1432 ff., wird der Brückenbau mit keiner Silbe erwähnt.

in Fucecchio einen Ablaß von 40 Tagen erteilt habe, ist Alexander III. (1159—81). Seinem Beispiele folgten nach Lucius III., Urban III., Klemens III., Cölestin III., Innozenz III., Honorius III., Gregor IX., Innozenz IV., Alexander IV., Urban IV. Alle diese Ablaßbriefe scheinen verloren gegangen zu sein; Klemens IV. erwähnt sie aber in seinem Schreiben vom 20. April 1265, worin er die Gläubigen ermahnt, den Brüdern von Altopascio bei der Wiederherstellung der Brücke, die oft zerstört werde (qui saepe subvertitur), behilflich zu sein. Gleich seinen Vorgängern erteilte er für milde Beiträge 40 Tage Ablaß, aber nur für die Dauer von drei Jahren[1]) Mit einer ähnlichen Einschränkung hatten wohl auch die andern Päpste das Ablaßprivilegium ausgestellt, so daß dessen häufige Erneuerung leicht erklärlich ist. Noch einen zweiten, etwas anders lautenden Ablaß hat Klemens IV. für Fucecchio verliehen, hierin seinem mittelbaren Vorgänger Alexander IV. sich anschließend. Kunde davon gibt ein Ablaßbrief von Bonifaz VIII. aus dem Jahre 1297.[2]) Bei der Arnobrücke in Fucecchio befand sich neben der Pilgerherberge eine Muttergotteskirche, die jedes Jahr an Mariä Himmelfahrt von vielen Gläubigen besucht wurde. Manche Pilger unterließen nicht, bei dieser Gelegenheit auch ihr Scherflein für die Unterhaltung der kostspieligen Brücke zu spenden. Um die Mildtätigkeit noch mehr anzuspornen, erteilte Bonifaz VIII., gleich seinen Vorgängern Alexander IV. und Klemens IV., allen jenen, die am Feste Mariä Himmelfahrt oder während der Oktave nach reumütiger Beichte[3]) Fucecchio besuchen und einen Beitrag

1) F. Schneider, Regestum Volaterranum, Roma 1907, 254. Schneider meint, die Ablaßbriefe von Alexander III. und Innozenz III. hätten sich erhalten; allein die Schreiben, auf die er verweist, enthalten keine Ablaßbewilligung; sie bestätigen bloß die Besitzungen und Privilegien des Ordens.

2) Digard, Les Registres de Boniface VIII, Paris 1884 ff. Nr. 1780.

3) Omnibus vere pœnitentibus et confessis. Es genüge ein- für allemal auf diese Bestimmung, die in den Ablaßbriefen regelmäßig wiederkehrt, aufmerksam gemacht zu haben.

zur Unterhaltung der Brücke spenden würden, einen Ablaß von 1 Jahre und 40 Tagen. Bemerkenswert ist die Einleitung des Ablaßbriefes: „Wer einen Armen beherbergt und erquickt, der beherbergt und erquickt Christus den Herrn, und wer schwierige, für Pilger und Reisende gefahrvolle Flußübergänge durch Herstellung von Brücken leicht und sicher macht, der liebt wahrhaft den Nächsten und bewahrt ihn vor Todesgefahr." Gewiß eine ansprechende Begründung des Brückenablasses. Dieselbe Begründung findet sich wieder in einem Schreiben, worin Klemens V. unterm 1. März 1314 den an Mariä Himmelfahrt zu gewinnenden Ablaß von 1 Jahre und 40 Tagen erneuert.[1]) Ein weiteres Schreiben mit demselben Datum erneuert den Ablaß von 40 Tagen für milde Beiträge. Es wird darin den Brüdern des Hospitals von Fucecchio das Zeugnis ausgestellt, daß sie an einer Übergangsstelle des Arno, wo viele der Gefahr des Ertrinkens ausgesetzt waren (ubi multi periclitari solebant), aus reiner Nächstenliebe (caritatis igne succensi) die durch Überschwemmung zerstörte Brücke auf eigene Kosten wieder hergestellt haben. Nun sei die so notwendige Brücke jüngst im Kriege aufs neue zerstört worden, berichtet ein drittes Schreiben vom 1. März 1314. Es werden deshalb die Gläubigen ersucht, den Brüdern hilfreiche Hand zu leisten.[2]) Einige Jahre später (1. Okt. 1319) hat auch Johann XXII. durch Verheißung eines Ablasses von 40 Tagen zur Unterstützung des Brückenwerkes aufgefordert.[3])

In der Nähe des Hafens von Pisa war im Jahre 1155 ein Spital für Arme gegründet worden.[4]) Einige Jahrzehnte später begannen die Brüder dieser Anstalt den Bau einer Brücke. Da sie aber mit eigenen Mitteln das

---

1) Regestum Clementis Papae V, Romae 1885 ff. Nr. 10311.

2) Regestum Nr. 10300, 10312.

3) G. Mollat, Lettres communes de Jean XXII, Tome III, Paris 1906, Nr. 10410.

4) Kehr, Italia Pontificia III 375: Domus hospitalis S. Leonardi de Stagno.

Werk nicht vollenden konnten, so wandten sie sich an Lucius III. mit der Bitte, er möge zu Gunsten ihres Unternehmens einen Ablaß bewilligen. Der Papst kam ihrem Wunsche nach und verlieh unterm 28. April 1185 den Wohltätern des neuen Brückenwerkes einen Ablaß von 30 Tagen.[1]) In dem betreffenden Schreiben wird besonders der gemeinnützige Charakter der neuen Brücke hervorgehoben (in quo universorum transeuntium per locum ipsum saluti consulitur). Drei Jahre später (11. Januar 1188) hat Klemens III. den Ablaß erneuert,[2]) ebenso Cölestin III. im Jahre 1191 und Innozenz III. im Jahre 1203.[3])

In der Diözese Genua hatte eine Genossenschaft von Brüdern das Spital und die Brücke von Lavania unter ihrer Obhut (fratres pontis et hospitalis de Lavania). Innozenz IV. begünstigte 1254 ihr Werk durch Verleihung eines Ablasses von 40 Tagen.[4])

Als Ablaßbewilligungen hat man auch zwei Schreiben betrachtet,[5]) in denen Urban III. (1186—87) die Gläubigen zu Beiträgen für eine Brücke in Bologna auffordert.[6]) Das erste Schreiben beginnt, ganz wie der Ablaßbrief von 1185 für die Brücke beim Hafen von Pisa, mit den Worten: Quoniam, ut ait apostolus, und enthält die Formel: In peccatorum remissionem iniungimus. Ähnlich lauten viele spätere päpstliche und bischöfliche Schreiben, wie auch das Musterformular, das 1215 auf der Lateransynode von 1215 für Almosensammlungen vorgeschrieben wurde. Man hüte sich indessen, derartige Schreiben als Ablaßbewilligungen zu betrachten, wenn nicht am Schlusse die Verleihung eines

---

1) J. v. Pflugk-Harttung, Acta Pontificum inedita III, Stuttgart 1888, 320.

2) Ebenda 356.

3) Kehr III 376.

4) G. Erler, Der Liber Cancellariae Apostolicae v. J. 1380, Leipzig 1888, 126.

5) So Falk im Kirchenlexikon II² 1330.

6) Migne Patr. lat. CII 1466, 1480. Jaffé² 15773, 15874.

bestimmten Ablasses ausdrücklich erwähnt wird. Es wurde damit bloß von autoritativer Seite der altchristlichen Überzeugung Ausdruck gegeben, daß man durch Almosen von Gott leichter die Vergebung der Sünden erlangen könne.[1]) Die beiden zu Gunsten der Brücke iu Bologna erlassenen Schreiben sind weiter nichts als zwei Empfehlungsschreiben, wie sie auch heute noch bisweilen bei Sammlungen zu guten Zwecken von Vertretern der Kirche ausgestellt werden.

Zahlreiche Brückenablässe lassen sich besonders im südlichen Frankreich nachweisen. Hier soll auch, wie zahlreiche neuere Autoren fort und fort wiederholen, eine eigene, später weit verbreitete Genossenschaft entstanden sein, die von ihrer Hauptbeschäftigung, dem Brückenbau, fratres pontifices, d. h. Brücken bauende Brüder genannt worden wäre.

„Diese Genossenschaft“, so schreibt ein bekannter Forscher, „entstand im 12. Jahrhundert, und die Mitglieder derselben verpflichteten sich durch ein Gelübde, die Kaufleute und Reisenden vor Plünderung zu beschützen, sie unentgeltlich über die Flüsse zu setzen, an Ufern derselben und in abgelegenen Gegenden Hospize zu errichten für die armen und erkrankten Reisenden, Brücken zu bauen, Straßen anzulegen. Gründer dieser Genossenschaft ist ein armer Hirtenknabe, der kleine Benedikt, Benezet genannt, welcher durch die Brücke, die er über die Rhone bei Avignon baute, allgemeines Aufsehen erregte und einen unsterblichen Namen sich erwarb. Bestätigt wurde diese Genossenschaft von Papst Klemens III. 1189. Dieselbe verbreitete sich sehr rasch über ganz Frankreich, Italien, Spanien, Schottland usw., erhielt große Besitzungen und Privilegien und wirkte lange Zeit höchst segensreich.“ [2])

Andere berichten, daß der Orden der „Brückenbrüder“

1) Per largitionem eleemosynarum venia peccatorum citius creditur obtinenda, sagt Urban III. in seinem zweiten Schreiben für die Brücke in Bologna.

2) G. Ratzinger, Geschichte der kirchlichen Armenpflege,[2] Freiburg 1884, 346.

von Pius II. wegen innern Zerfalls aufgehoben worden sei.[1]) Allein, was über diesen angeblich weit verbreiteten Orden erzählt wird, ist schon längst von einem französischen Forscher als unhaltbar dargetan worden. Dieser Gelehrte, L. Bruguier-Roure, hat hierüber schon im Jahre 1875 einen sehr lesenswerten Aufsatz veröffentlicht.[2]) Falk hatte wohl etwas von diesem Aufsatz erfahren; leider war er ihm nicht zugänglich, wie er selbst in den Histor.-pol. Blättern LXXXI, 93 bemerkt. Infolgedessen hat er die irrige Ansicht über den Orden der Brückenbrüder in seiner übrigens recht wertvollen Abhandlung beibehalten, und durch Falk ist dann eine ganze Reihe anderer Autoren bis auf den heutigen Tag irregeführt worden. Schon was über die Verbreitung der „Brückenbrüder" in Italien, Spanien, Schottland usw. gesagt wird, ist durchaus unzutreffend. Man verwechselt dabei die in Südfrankreich wirkenden „Brückenbrüder" mit den oben erwähnten Brüdern des hl. Jakobus von Altopascio. Ebenso ist es eine Verwechslung mit der Genossenschaft von Altopascio, wenn gesagt wird, der Orden der Brückenbrüder sei durch Pius II. im Jahre 1459 aufgehoben worden. Es wurde übrigens oben festgestellt, daß die von Pius II. geplante Aufhebung der Hospitaliter von Altopascio nicht zur Ausführung kam.

Was nun die südfranzösischen „Brückenbrüder" betrifft, so bildeten sie keineswegs einen einheitlichen Orden. Es waren vielmehr selbständige Genossenschaften, die ein gleiches Bedürfnis zu gleicher Zeit an verschiedenen Orten ins Leben rief.[3]) Anfänglich waren es keine religiösen Orden mit Gelübden, sondern Bruderschaften, Korporationen auf religiöser Grundlage, wie sie im Mittelalter zu den mannigfaltigsten

---

1) Kirchenlexikon II² 1331. Kirchliches Handlexikon I 754. Herders Konversationslexikon II 395 usw.

2) Bulletin monumental XLI, Paris 1875, 225 ff. Les constructeurs de ponts au moyen âge.

3) Bruguier-Roure 232: Des confréries qu'un même besoin fit sugir simultanément en plusieurs endroits.

Zwecken gegründet wurden. Erst im Laufe der Zeit haben etliche dieser Brückenbruderschaften in religiöse Orden sich umgewandelt. Zu beachten ist auch, daß die Mitglieder dieser Genossenschaften sich niemals fratres pontifices, Brücken bauende Brüder genannt haben; ebenso wenig ist ihnen diese Bezeichnung von ihren Zeitgenossen beigelegt worden. Sie hießen bloß Brüder der Brücke zu Avignon oder der Brücke zu Lyon usw. Der Name fratres pontifices ist erst von späteren Autoren erfunden worden.

Die ältesten bekannten französischen „Brückenbrüder" sind jene von Bonpas, die, wie berichtet wird, bereits um 1084 an dem genannten Orte (Depart. Vaucluse) eine Brücke über die Durance gebaut haben sollen;[1]) im Laufe des 12. Jahrhunderts haben sie dann noch etliche andere Brücken errichtet. Anfänglich trug der Verein weltlichen Charakter, später legten die Mitglieder Gelübde ab und bildeten unter einem Prior eine religiöse Genossenschaft. Nach dem Vorgange des Papstes Lucius III. (1181—85), dessen Schreiben verloren gegangen ist, nahm sie Klemens III. im Jahre 1189 in den apostolischen Schutz und bestätigte ihnen ihre Besitzungen, vor allem das Mutterhaus Bonpas mit der dazugehörigen Brücke.[2]) Die Bulle ist gerichtet an den Prior Raimund und dessen Brüder (Raimundo priori domus pontis Bonipassus eiusque fratribus). Eine weitere Bestätigungsbulle erhielten die Brüder 1197 von Cölestin III.[3])

Von irgend einem Ablaß ist in den päpstlichen Schreiben keine Rede; auch sonst weiß man nichts von Ablässen, die den Brüdern von Bonpas für ihre Brückenbauten erteilt worden wären. Wohl hat Johann XXII. im Jahre 1316 einen Ablaß von 100 Tagen bewilligt für Beiträge zu einer steinernen Brücke über die Durance bei Noves, dem Orte,

1) Bruguier-Roure 242 ff.

2) W. Wiederhold, Papsturkunden in Frankreich. Beiheft zu den Göttinger Nachrichten 1907, 161.

3) Ebenda 171.

wo die von Petrarca verherrlichte Laura geboren sein soll.[1]) Allein der Bau dieser Brücke ist nicht von einem religiösen Orden, sondern von der Bürgerschaft von Noves (quem homines castri Novarum aedificare coeperunt) unternommen worden. Dasselbe gilt von der Brücke, die 1404 mit Ablaßgeldern bei Castellane über den Verdon, einen Nebenfluß der Durance, gebaut worden ist.[2])

Mit den Brüdern von Bonpas, die sich im Jahre 1284 den Hospitalitern des hl. Johannes von Jerusalem angeschlossen haben, dürfen nicht, wie es oft geschieht, verwechselt werden die Brüder der Brücke von Avignon (fratres pontis Avinionensis), die eine eigene Genossenschaft bildeten. Als Gründer dieser Genossenschaft, ja als Stifter der Brückenbrüder überhaupt, wird öfter der heilige Benezet (provenzalische Form für Benediktus) genannt. Wenn auch das Leben dieses Heiligen von Sagen umwoben ist, so darf doch als sicher gelten, daß er im Jahre 1177 zu Avignon mit der Herstellung einer steinernen Brücke über die Rhone begonnen hat und daß dies gewaltige Unternehmen bei seinem Tode (1184) zum großen Teile vollendet war.[3]) Im Jahre 1188 ist dann die berühmte Brücke, von der heute noch etliche Bogen vorhanden sind, zu Ende geführt worden. Wie anderswo, so bildeten auch in Avignon die Erbauer der Brücke eine Genossenschaft, an deren Spitze Benezet stand. In einer Urkunde vom Jahre 1180 wird „Bruder Benedikt" als „Verwalter" des Brückenwerkes bezeichnet; seine Mitarbeiter werden „Brüder" genannt.[4]) Sie bildeten

1) A. Coulon, Lettres secrètes et curiales de Jean XXII relatives à la France I, Paris 1906, Nr. 104.

2) E. Gauthey, Traité de la construction des ponts I[3], Liège 1843, 64.

3) A. B. de Saint-Venant, Saint Benezet, Bourges 1889. Eine fleißige Arbeit, mit wertvollem Quellenmaterial, doch ziemlich unkritisch. Vgl. dazu die Bemerkungen des Bollandisten A. Poncelet in L'Université catholique. Nouvelle Série. Tome IV (1900), 296—302.

4) Saint-Venant 11.

demnach eine Bruderschaft. Damals gehörten sie noch dem Laienstande an. Aber schon im Jahre 1187 erscheint der erste Nachfolger des Heiligen, Johann Benedikt mit Namen, als „Prior".[1]) Der Laienverein hatte sich also inzwischen in eine religiöse Genossenschaft umgewandelt. Von dieser Genossenschaft wird behauptet, daß sie im Jahre 1331 erloschen sei.[2]) Richtig ist nur, daß in diesem Jahre Johann XXII. die auf einem Brückenpfeiler stehende kleine Kapelle, in welcher der Leib des hl. Benezet ruhte, mit der Stiftskirche St. Agrikol vereinigt hat. Die Brüder des Brücken- und Spitalwerkes sind bestehen geblieben; sie werden noch erwähnt in der unten anzuführenden Bulle Eugens IV. vom Jahre 1431 (praeceptor et fratres hospitalis S. Benedicti Avinionensis); doch waren ihnen schon im Jahre 1233 vom Stadtrat weltliche Verwalter (recteurs) beigegeben worden.

Bei der Erbauung der Brücke scheinen den Förderern des Unternehmens keine Ablässe erteilt worden zu sein; dagegen liegen zahlreiche Bewilligungen aus späterer Zeit vor. Da öfters Ausbesserungen nötig waren, da die Brücke wiederholt in Kriegszeiten zum Teil zerstört wurde, da zudem das mit der Brücke verbundene Hospital zahlreichen Kranken und Reisenden Aufnahme gewährte, so mußten die Brüder fortwährend die öffentliche Wohltätigkeit in Anspruch nehmen. Um ihre Sammlungen zu fördern, haben viele Päpste und Bischöfe den Wohltätern des Werkes Ablässe erteilt.

Ein Verzeichnis dieser Ablässe, das aus der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts stammt, ist schon mehrfach gedruckt worden.[3]) An der Spitze der ablaßspendenden Päpste steht Innozenz IV. mit einem Ablaß von einem Jahre und 40 Tagen;[4]) denselben Ablaß haben auch Alexander IV.

---

1) Ebenda 16. 2) Ebenda 17 42 55 87.

3) Man findet es z. B. bei Th. Raynaldus, Opera VIII, Lugduni, 1665, 170; bei Saint-Venant 84 ff.

4) Dieser Ablaß ist im Jahre 1251 verliehen worden. Saint-Venant 54.

Urban IV., Klemens IV., Nikolaus IV. und Bonifaz VIII. erteilt, während Klemens V. in der alten Liste nur mit einem Ablaß von 40 Tagen vertreten ist. Dazu kommen noch 12 Kardinäle, von denen ein jeder 40 Tage Ablaß bewilligte. Von dem Erzbischof von Aix wird berichtet, er habe in Gemeinschaft mit den Bischöfen seiner Provinz einen Ablaß von 200 Tagen gespendet. Dasselbe Privilegium hätten die Erzbischöfe von Arles, Embrun und Narbonne mit ihren Suffraganen verliehen. Alle diese Ablässe soll Johann XXII. (1316—1334) bestätigt haben. Wie es sich mit dieser Bestätigung verhalte und ob alle im Verzeichnis aufgeführten Ablässe nebst andern Vergünstigungen wirklich verliehen worden sind, muß dahingestellt bleiben, da in den mittelalterlichen Ablaßlisten nicht selten allerhand unrichtige Angaben vorkommen.

Größere Autorität besitzt eine im Jahre 1430 von den Brüdern des Hospitals bewerkstelligte und erst in neuester Zeit veröffentlichte Sammlung von päpstlichen Ablaßschreiben für das Brücken- und Spitalwerk in Avignon.[1]) Merkwürdig ist es, daß in dieser Sammlung von den soeben angeführten Ablässen nur der von Nikolaus IV. erteilte erwähnt wird. Die übrigen Urkunden lagen also damals schon den Brüdern nicht mehr vor. Es sind bloß folgende Päpste, deren Schreiben aufgeführt werden: Martin IV., der im Jahre 1281 einen Ablaß von einem Jahre und 40 Tagen erteilt hat; Nikolaus IV. (1290) bewilligte ebenfalls ein Jahr und 40 Tage. Klemens VI. (1343) gewährte drei Jahre und drei Quadragenen nebst dem Sterbeablaß für die Wohltäter; ob aber dieser Zusatz des letzten Privilegiums echt ist, darf mit Recht bezweifelt werden. Innozenz VI. (1353) erteilte wieder nur ein Jahr und 40 Tage. Freigebiger zeigte sich Urban V., der 1366 den Wohltätern des Werkes drei Jahre

1) Ripert-Monclar, Bullaire des indulgences concédées avant 1431 à l'oeuvre du Pont d'Avignon par les Souverains Pontifes, Paris 1912. (Collection de textes pour servir à l'histoire de la Provence I.)

und drei Quadragenen nebst dem siebten Teil der Buße erlassen und noch verschiedene andere Privilegien erteilt haben soll. Die Echtheit der Bulle ist allerdings höchst zweifelhaft. Verdächtig ist auch das Schreiben vom Jahre 1371, worin Gregor XI. einen Ablaß von einem Jahre und 40 Tagen verleiht und die Wohltäter bevollmächtigt, alle für das Werk in Avignon erteilten Ablässe den Verstorbenen zuzuwenden. Ein weiteres Schreiben von Benedikt XIII. aus dem Jahre 1397 enthält keine Ablaßbewilligung; es gebietet bloß den Bischöfen, in ihren Diözesen die Almosensammler des Werkes zuzulassen. Alle diese Schreiben wurden im Jahre 1430 von den Brüdern des Hospitals Martin V. zur Bestätigung vorgelegt. Die Bestätigungsbulle war bereits abgefaßt, als der Papst mit Tod abging. Sein Nachfolger Eugen IV. bestätigte dann unterm 11. März 1431 alle bis dahin von den Päpsten für den Unterhalt der Brücke und des Spitals erteilten Ablässe. N. Paulus.

(Schluß folgt.)

---

## LXXXIV.

## Die Verzweiflungskämpfe des antiklerikalen Radikalismus in Frankreich.

Paris, im Juni 1913.

Von geradezu außerordentlicher Bedeutung sind die Vorgänge, die sich zur Zeit in Frankreich abspielen. Der auswärts stehende Beobachter kann geneigt sein, dieselben nur als gewöhnliche Erscheinungen des politischen Parteilebens aufzufassen. Aber in Wirklichkeit haben diese Vorgänge einen ganz anderen Sinn. Die Kämpfe, die zur Zeit in Frankreich ausgefochten werden, sind in ihrem tiefsten und wahrsten Grunde Kämpfe religiöser Natur. In Wirklichkeit handelt es sich bei diesen Kämpfen darum, ob die Parteigruppe, die bisher das höchste und letzte Ziel ihrer

Tätigkeit darin erblickte, die Religion aus allen Gebieten des Lebens hinauszusprengen und ein Staatswesen ohne jegliche Religion und ohne jeglichen Glauben an einen Gott herzustellen, ob diese Partei und mit ihr das System der Entchristlichung Frankreichs die Oberhand behalten wird oder nicht. Das ist die Frage, um die es sich handelt. Die Parteigruppe, die hier in Frage kommt, ist die radikale Partei mit ihren verschiedenen Fraktionen und besonders die Gefolgschaft von Combes, die als der treibende antiklerikale Faktor zu betrachten ist. Die radikale Partei fühlt sich zur Zeit in ihrer Herrschaft bedroht und sucht sich diese Herrschaft zu halten mit dem Mute der Verzweiflung.

Zum besseren Verständnis der Lage muß man sich zunächst die Erfolge vergegenwärtigen, die durch die radikale Partei im Sinne ihres Systems in etwa 12 oder 15 Jahren erreicht worden sind. Alles glückte ihr und es gelang ihr, ihre Programmpunkte, einen nach dem anderen, in der gewünschten Weise durchzuführen. So war die Dreyfusaffäre der Anlaß, den die radikale Partei dazu benützte, die militärische Autorität zu verdemütigen und der Freimaurerei Eingang in die Heeresverwaltung zu verschaffen.

Aber besonders im Kampfe gegen den Katholizismus konnte die Partei Erfolge erzielen. Der erste Streich, den sie hier führte, galt dem Ordenswesen durch die Gesetzgebung von 1901. Das Ordenswesen, das in reicher Blüte sich entfaltet hatte und eine beispiellose Fülle von sozial-caritativen Werken aller Art unterhielt, wurde nahezu zertrümmert. Aber hauptsächlich wurde die Tätigkeit der Orden in den Schulen zerstört. Denn vor allem wurden die Orden aufgelöst, die sich mit Unterrichtstätigkeit befaßten. Dadurch erreichte man auf dem kürzesten Weg eines der Hauptziele: die Ordensmitglieder vollständig aus den Elementarschulen zu vertreiben und nur weltliche Lehrer in denselben zu verwenden. Und da anderseits schon seit der Mitte der achtziger Jahre die Heranbildung der Lehrer in den Lehrerseminaren geradezu religionslos oder auch religionsfeindlich

gestaltet worden war, so war hier einer der wesentlichen Punkte des radikalen Programms verwirklicht, nämlich die möglichst vollständige Ausschaltung jedes religiösen Einflusses aus der Erziehung der Jugend in den Elementarschulen.

Der zweite große Vorstoß, den die Partei mit Erfolg gegen die Kirche führte, war die Trennung von Staat und Kirche. Das Gesetz, das die Trennung aussprach und das so lange in der Luft geschwebt hatte, wurde endlich im Jahre 1905 durchgeführt. Und in den darauffolgenden Abgeordnetenwahlen kehrte die radikale Partei stärker als je in das Parlament zurück, so daß sie tatsächlich wähnen konnte, nun den endgültigen Sieg über die Kirche in Frankreich davon getragen zu haben, und daß die Herrschaft ihrer Ideen auf unabsehbare Zeit in Frankreich gesichert sei. Und tatsächlich war die Legislatur von 1906 bis 1910 auch die Periode, in der die radikalen Parteien in Brutalität und Gefühlsroheit in Bezug auf die Katholiken fast das Menschenmögliche leisteten und in ihrer Beraubungsgier so weit gingen, daß sie der Kirche sogar die Stiftungen der Seelenmessen für Verstorbene entrissen.

Aber damit schien das Maß voll zu sein. Denn von da an schien etwas geändert zu sein. Wie bis 1910 den radikalen Parteien alles nach Wunsch gegangen war, so fing es nun an zu hapern. Das Stocken in der Bewegung und der allmähliche Niedergang der radikalen Parteien lassen sich geradezu greifbar feststellen in den äußeren Begebenheiten des parlamentarischen Lebens.

Die erste Tatsache, die hier zu verzeichnen ist, ist die Parlamentswahl vom Frühjahr 1910. In diesen Wahlen erfuhren die sozialistischen Radikalen, die sich gern als die ganz authentischen Vertreter der radikalen Ideen aufspielen, eine Schlappe, deren Bedeutung nicht zu verkennen ist. Sie hatten in den Wahlen einen Verlust von 25 Mandaten zu buchen, so daß sie, die in der früheren Kammer einen Bestand von 175 Mitgliedern aufwiesen, nur noch 150 Mitglieder zählen. Da die beiden anderen radikalen Fraktionen,





die radikale Linke und die demokratische Linke, etwa in der gleichen Stärke wiederkehrten, so behielt wohl die radikale Partei, im ganzen genommen, die Mehrheit in der Kammer, aber der Flügel der sozialistischen Radikalen hatte eine Warnung erhalten, die unzweideutig war. Nicht besser ging es bei den Gemeinderatswahlen vom Mai 1912, in denen ein allgemeines Vordringen der Katholiken zu bemerken war. Noch schlimmer ging es den Radikalen in den Teilnachwahlen zur Deputiertenkammer. Seit 1910 haben etwa 37 solcher Nachwahlen stattgefunden und davon sind 29 zu ungunsten der Radikalen ausgefallen. Ähnlich erging es den Radikalen bei der Wahl des Kammerpräsidenten nach dem Tode von Brisson. Auch hier konnten sie ihren Kandidaten nicht durchbringen. Die beiden Kandidaten, die durch die Radikalen vorgeschoben wurden, Cochery und Etienne, wurden geschlagen und zum Kammerpräsidenten wurde Deschanel gewählt, der zwar ein ganz gründlicher Opportunitätsmann ist, aber doch noch zu den gesellschaftserhaltenden Elementen gezählt werden kann. Aber besonders schwer wurden die Radikalen abgedrängt bei den allerwichtigsten parlamentarischen Vorgängen: bei der Bildung der Ministerien und bei der Wahl zu der Präsidentschaft der Republik.

Die letzten Ministerien von waschechtem Radikalismus waren die Ministerien von Monis und von Caillaux. Dieser fiel am Anfang des Jahres 1912 als Opfer seiner Marokkopolitik, die in breiten französischen Kreisen eine dumpfe Unzufriedenheit erzeugt hatte. Nach ihm wurde Poincaré zum Ministerpräsidenten gewählt und damit setzte in einem gewissen Sinn eine neue Orientierung ein, die bis jetzt beibehalten worden ist. Gewiß, in Bezug auf die formellen Beziehungen zu der Kirche und auf die Behandlung der religiös-politischen Fragen war das Ministerium Poincaré nicht sehr verschieden von dem Ministerium Caillaux. Und doch bestand ein ganz bedeutender Unterschied zwischen den beiden, den man dahin formulieren könnte, daß das Ministerium Poincaré in der Regierungstätigkeit wenigstens teilweise wieder die traditionell



überlieferten staatserhaltenden Grundprinzipien des öffentlichen Lebens zur Anwendung brachte. Es war im großen und ganzen „konservativer" als das Ministerium Caillaux, das ganz im radikal-revolutionären Fahrwasser geschwommen war. Am greifbarsten zeigte sich der Charakterzug des Ministeriums Poincaré in dem Bestreben der Kräftigung der militärischen Autorität und des militärischen Geistes in der Armee. Auch standen die „echten" unter den Radikalen, vor allem die Combes'sche Gefolgschaft, dem Ministerium Poincaré mit eisiger Kühle gegenüber: es klang ihnen aus demselben ein Ton entgegen, mit dem sie sich nicht befreunden konnten; sie fühlten, daß es nicht Fleisch von ihrem Fleische war. Und doch, so verworren sah es damals schon bei ihnen aus, konnten sie nicht genug Elemente zusammenbringen, um es zu stürzen.

So ging das Jahr 1912 zu Ende und es tauchte die Frage der Wahl des Präsidenten der Republik auf, die etwa am 15. Januar 1913 stattfinden sollte. Loubet und Fallières waren Prachtexemplare von radikalen Präsidenten gewesen und es verstand sich von selbst bei denen um Combes, daß wieder ein „authentischer" Radikaler zur Präsidentschaft der Republik gelangen müßte. Es wurde in dieser Hinsicht kein Mittel unversucht gelassen. Die Arbeit war um so intensiver und schien um so verheißungsvoller, als bei dieser Gelegenheit die Radikalen der Kammer mit den Radikalen des Senats vereinigt waren, da gemeinsam durch Kammer und Senat die Wahl des Präsidenten stattfindet. Allein es war alles umsonst. Auf radikaler Seite war der Abgeordnete Pams als Kandidat vorangestellt worden. Er fiel aber glänzend durch und es wurde Poincaré, derselbe Poincaré, der den rabiaten Antiklerikalradikalen schon so schwer auf dem Herzen lag, zum Präsidenten der Republik gewählt.

Aber die Enttäuschungen der Radikalen sollten noch nicht zu Ende sein. Denn nun sollten sie wieder Schlappen erleiden bei der Neubildung der Ministerien. Eine solche fiel fast zeitlich zusammen mit der Präsidentenwahl. Da

Poincaré zum Präsidenten der Republik gewählt worden, konnte er nicht Ministerpräsident bleiben. Aber als Präsident der Republtk hatte er seinen Nachfolger zu bezeichnen. Die Wahl, die er traf, blieb in der früheren Richtlinie Poincaré's. Er beauftragte den zurzeit von den revolutionären Sozialisten und von den sozialistischen Radikalen bestgehaßten Briand. Damit war durch Poincaré ein neuer Ruck gegeben auf der von den Extremradikalen abweichenden Richtlinie. Das wurde auch sofort in den betreffenden radikalen Kreisen erkannt. Zunächst war man dort geradezu ratlos. In einer ersten Zusammenkunft der Radikalen wurde beschlossen, zunächst die Taten des neuen Ministeriums abzuwarten. Aber bald schien man sich anders besonnen zu haben, denn kurz nachher wurde ein zweiter Entschluß gefaßt, in dem ausgesprochen wurde, daß die radikale Partei sich zu keiner Politik der Einschläferung verstehen werde. Wer sich einigermaßen in dem radikalen Phrasengeklingel auskennt, wußte sofort, daß damit dem Ministerium Briand der Krieg bis auf das Messer angekündigt war. Das war um so natürlicher, als die Radikalen bei diesem Vorstoß gegen Briand über diesen hinweg auch Poincaré trafen. Der Plan, der den Manövern der Extremradikalen zu Grunde lag, kam schnell klar zu Tage. Zunächst mußte dahin gearbeitet werden, daß dem Präsidenten der Republik ein wahrhaft „echtes" radikales, d. h. ein rabiatantiklerikales Ministerium aus der Combistischen Gefolgschaft aufgezwungen werde. Das war das erste und damit war wenigstens „echt radikale" Politik verbürgt. Vielleicht hatte man aber in den Combistischen Kreisen noch weiter gehende Ziele und sagte man sich, daß, wenn einmal ein authentisch-radikales Ministerium am Ruder wäre, es schon Mittel und Wege finden würde, um gegen Poincaré den Streich zu führen, der früher gegen den Präsidenten Casimir-Périer gelungen ist, d. h. ihn zur Abdankung hinzuärgern. Auf jeden Fall wurde sogleich begonnen mit dem Kampf gegen Briand. Das Ziel, das um jeden Preis erreicht werden mußte, war, Briand zu stürzen:



der ganze Aufmarsch war darnach gerichtet, dieses Resultat zu sichern. Man wollte zunächst die Schulfrage aufwerfen und Briand zwingen, Stellung zu nehmen in der Frage der sog. Verteidigung der Laienschule, wodurch man die Katholiken noch mehr vergewaltigen will, als es bisher geschehen. Entweder ging Briand auf diese Vorschläge ein, dann war er, und mit ihm Poincaré, in den Augen der mehr rechtsstehenden Elemente zum Antiklerikalen und zum Katholikenverfolger gestempelt, und es war vorläufig wenigstens so viel gewonnen. Oder aber, Briand ließ in dieser Hinsicht nicht mit sich reden, und dann flog er allem Anscheine nach, weil in der Schulfrage in der jetzigen Kammer immer noch leicht eine antiklerikale Mehrheit zusammengefunden werden kann. Um aber ganz sicher zu gehen und Briand ja nicht entwischen zu lassen, sollte zugleich die Frage der Wahlrechtsreform aufgeworfen werden. Bei diesem Punkt ist es den Radikalen ein Greuel, daß ihnen wahrscheinlich eine ganze Reihe von Mandaten verloren gehen und auch die Minderheiten im Parlament vertreten werden sollen. Nun hatte zwar Poincaré in einer der letzten Sitzungen, in denen er als Ministerpräsident fungierte, die Kammer dazu gebracht, daß sie sich im Prinzip für die Sicherung der Vertretung der Minderheiten aussprach. Aber nach der Kammer war diese Angelegenheit an den Senat gelangt, der jetzt noch darüber Beschluß zu fassen hatte. Und darauf setzte man in den Briand feindlichen Kreisen, den Radikalen, alle Hoffnung. Denn der Senat war, das wußte man, in seiner Mehrheit gegen das Prinzip der Vertretung der Minderheiten und zudem befand sich im Senat unter diesen Gegnern der Minderheitsvertretung auch Clémenceau, auf dessen bewährte Meisterschaft im Ministerstürzen man um so mehr zählen konnte, als seine Beziehungen zu Briand ohnedies sehr kühl waren.

So waren denn die Schlingen um Briand gelegt und demgemäß wurde auch verfahren. Gleich am 27. Januar 1913, in einer der ersten Kammersitzungen, der Briand präsidierte,

wurde von den Radikalsozialisten der Wunsch ausgesprochen, daß die Gesetzesvorlagen über die Verteidigung der Laienschule möglichst bald in der Kammer zur Verhandlung kämen und zwar bereits am 24. Februar. Nach einer Entgegnung Briands, der wohl erkannte, wohin der Weg führte, wurde der 3. März als Termin für die Verhandlung der Frage angesetzt. Die Debatten begannen tatsächlich an diesem Tage und dauerten mehr als vierzehn Tage hindurch. Die Entscheidung sollte jedoch nicht auf diesem Gebiete fallen. Denn während die Kammer die Schulfrage anhieb, begann der Senat die Verhandlungen über die Wahlrechtsreform. Und da sollte es rasch zur Entscheidung kommen. Briand gab am 18. März die Erklärung ab, daß die Regierung festhalte an einem Wahlmodus, bei dem auch die Minderheiten in der Kammer genügend vertreten werden konnten. Die Mehrheit des Senats hingegen sprach sich unter Führung Clémenceaus gegen diese Auffassung aus, worauf Briand sofort mit dem gesamten Ministerium zurücktrat. Man darf ruhig von der Annahme ausgehen, daß Briand, der seine Rolle gewiß noch nicht für beendigt hält, unter den gegebenen Umständen den schwierigen Posten mit einer gewissen Genugtuung seinem Nachfolger überließ in der festen Zuversicht, daß er in günstigeren Zeiten wieder auftauchen werde. Auf jeden Fall war der Sieg der Extremradikalen in diesem Falle nur ein Augenblickserfolg. Denn was sie vor allem erwarteten, daß Poincaré das neue Ministerium in der Richtung des Combistischen Radikalismus nehmen würde, das traf nicht zu. Er beauftragte Barthou mit der Bildung des neuen Ministeriums, das ohngefähr in der Richtlinie des Ministeriums Briand blieb, ja in dem sich vielleicht der Gegensatz zu den Extremradikalen noch etwas schärfer ausprägte, denn von allen Ministern waren nur zwei aus der Gruppe der Radikalsozialisten entnommen, aber auch einer aus der bei den Radikalen als reaktionär verschrieenen Gruppe der Progressisten, der Abgeordnete Thierry.

So sind denn die Extremradikalen im äußeren Rahmen



des parlamentarischen Lebens unausgesetzt zurückgedrängt worden. Sie haben entschieden an Prestige verloren. Das wäre schon schlimm genug für eine politische Partei. Aber schlimmer noch ist der Umstand, daß dieser äußere Rückgang eine Folgeerscheinung von tiefer liegenden Ursachen ist, die unaufhaltsam fortwirken. So sehr es in der Triumphzeit des Radikalismus den Anschein hatte, als ob er die Verkörperung der allgemeinen Volksbestrebungen in Frankreich darstelle, ebenso sehr scheint sich zurzeit die Lage in der Weise verändert zu haben, daß die Extremradikalen mit wesentlichen Parteibestrebungen in ausgesprochenen Gegensatz gekommen sind zu fest umrissenen und dauerhaft scheinenden Strömungen der öffentlichen Meinung. Die erste dieser Strömungen ist gerade das Bestreben nach einer gerechteren Form des Wahlrechts, um auch den Minderheiten, die bisher in den gesetzgebenden Körperschaften nicht vertreten waren, eine Vertretung zu sichern. Eine bedeutende Mehrheit von Abgeordneten hatten in den Wahlen von 1910 diesen Punkt in ihr Programm aufnehmen müssen. Und dagegen stemmen sich namentlich die extrem radikalen Gruppen mit aller Gewalt, weil sie bei diesem System für ihr Übergewicht in der Kammer fürchten. Aber wenn es auch den Radikalen mit ihren Machenschaften gelingen sollte, das alte Wahlrecht mit der ausschließlichen Mehrheitsvertretung aufrecht zu erhalten, so bleibt der Gedanke der Vertretung der Minderheiten in breiten Volksschichten lebendig und er wird bei den nächsten Wahlen, die schon im Jahre 1914 stattfinden, eine Rolle spielen, die dem radikalen Kreise kaum zur Befriedigung gereichen wird.

Aber noch weit gefährlicher für den Radikalismus ist die Kollision, in die er in wesentlichen Programmpunkten mit den in Frankreich aufgetretenen Bestrebungen geraten ist, die auf die Stärkung der nationalen Verteidigung hindrängen. Daß seit der Versendung eines deutschen Kriegsschiffes nach Agadir eine militärisch-patriotische Bewegung in Frankreich eingesetzt hat, kann nicht in Abrede gestellt werden.





Von da an besonders hat sich allmählich in den breiten Schichten des Volkes der Gedanke festgelegt, daß die nationale Verteidigung unter allen Umständen gesichert und daß Heer und Marine nach Zahl und Qualität in den Stand gesetzt werden müssen, der zur Verteidigung des Vaterlandes notwendig ist. Diese Bewegung mußte selbstverständlich noch ganz bedeutend verstärkt werden durch die Tatsache, daß inzwischen infolge des Balkankrieges neue Erhöhungen der Rüstungen auf die Tagesordnung gestellt worden sind in Deutschland und in anderen Ländern. So besteht zur Zeit in Frankreich eine gewaltige Strömung, die entschlossen ist, die nötigen Konsequenzen aus der gegebenen Lage zu ziehen und dem Vaterlande die militärischen Mittel zu gewähren, die es braucht, um sich wirksam verteidigen zu können. Die zur Zeit in der französischen Kammer geführten Verhandlungen über Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit sind nur die praktische Anwendung dieser Auffassung. Aber gerade eine solche Bewegung steht in direktem Gegensatz zu den wesentlichsten Bestrebungen des Radikalismus. Neben der Religion ist den Grundprinzipien des Radikalismus nichts so zuwider wie die Stärkung des militärischen Geistes und des militärischen Elementes. Der Haß gegen eine starke, im Geiste der Zucht und der Achtung vor der Autorität geschulte Armee steckt ihnen im Blut. Ist es, weil sie fühlen, daß bei dem Bestand einer solchen Armee die revolutionären Vorstöße, die die Radikalen ja immer in Bereitschaft haben gegen Regierungen, die ihnen mißfallen, unvergleichlich schwerer durchzuführen sind? Ist es, weil die Zucht und die Achtung vor der Autorität, die bei einem wohlorganisierten Heere selbstverständliche Voraussetzungen sind, ihnen instinktmäßig zuwider sind? Auf jeden Fall hassen sie eine starke militärische Organisation. Die ganze Geschichte ihrer Partei bekundet diese Abneigung. Seit ihrem Bestehen hat die radikale Partei ohne Unterlaß die Religion und die Armee bekämpft und zu zertrümmern gesucht. Und wenn jetzt die Extremradikalen mit den berufsmäßigen Antimilitaristen, mit den

revolutionären Sozialisten Hand in Hand gehen, um die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit zu verhindern, so bleiben sie damit nur in den Richtlinien der Grundprinzipien des Radikalismus. Allerdings treten die Extremradikalen nicht mit förmlichen antimilitaristischen Erklärungen in der Kammer auf den Plan: sie wissen zu gut, welcher Sturm der Entrüstung gegen sie ausbrechen würde. Sie suchen sich also nach Kräften den Schein zu geben, als seien auch sie entschlossen, alles nötige zu leisten und daß sie nur nach Mitteln und Wegen suchten, die Opfer so wenig drückend zu gestalten, als es sich tun läßt. Allein trotz dieser Windungen und Krümmungen durchschaut die öffentliche Meinung die wahren Absichten, die diesem Treiben zu Grunde liegen. Daß das der radikalen Parteigestaltung nicht günstig sein kann, dürfte wohl klar sein. Und daran kann auch dadurch nichts geändert werden, daß manche und bedeutende Abgeordnete mit radikaler Parteifärbung, namentlich Abgeordnete aus der Gruppe der Linksradikalen und aus der Gruppe der demokratischen Linken, in den jetzigen Debatten für die dreijährige Dienstzeit eintreten. Die öffentliche Meinung wird das ganze System des Radikalismus zur Verantwortung ziehen und dieses wird dastehen als ein System, dessen Durchführung notwendigerweise die Interessen der nationalen Verteidigung gefährden muß.

Die Konstellation wird um so ungünstiger für die radikalen Parteien, als ihnen zweifellos ein großer Teil der Verantwortung an den inzwischen ausgebrochenen Soldatendemonstrationen gegen die dreijährige Dienstzeit aufgeladen werden wird. Die Tatsachen sind bekannt. Als die Frage der dreijährigen Dienstzeit aufgeworfen wurde für die später einzurufenden Jahrgänge, tauchte auch die unmittelbar naheliegende Frage auf, ob nicht sofort der im zweiten Dienstjahre stehende Jahrgang gleich für ein weiteres Jahr unter den Waffen zurückbehalten werden sollte. Und so wurde durch den Kriegsminister die Verordnung veröffentlicht, zu der er gesetzlich berechtigt ist, daß der zweite Jahrgang am



Schluß des zweiten Jahres noch nicht nach Hause entlassen werden würde. Aber nun ereigneten sich Vorgänge, die sich kaum jemand erwartet hatte. In der Zeit vom 15. auf den 25. Mai ließen sich in verschiedenen Garnisonstädten die Soldaten dazu hinreißen gegen die Zurückbehaltung unter der Fahne resp. gegen die dreijährige Dienstzeit zu demonstrieren. So in Toul, in Belfort, in Nancy, in Mâcon, in Paris und namentlich in Rodez. Die Soldaten rotteten sich zusammen auf ein verabredetes Zeichen, marschierten in Gruppen auf, sangen die Internationale und beschimpften Offiziere. Am schwersten waren wohl die Kundgebungen zu Rodez (Departement Aveyron). Soldaten vom 2. und 3. Bataillon des 122. Linienregiments hatten am 21. Mai ein regelrechtes Komplott geschmiedet. Die Soldaten sollten sich am Abend feldmarschmäßig ausgerüstet auf dem Kasernenhof versammeln und unter Absingung der Internationale sich nach Albi begeben, wo sich eine sozialistisch-genossenschaftliche Glashütte befindet. Tatsächlich haben sich die Mannschaften am Abend auf dem Kasernenhof zusammengerottet, und wenn dann der Meuterei Einhalt geboten wurde, ist es nur der Energie eines Obersten zu verdanken, der zufällig auf den Kasernenhof kam und die meuternden Elemente in Respekt hielt, nachdem er einen Soldaten niedergeschlagen hatte. Man mag mildernde Umstände für diese Vorgänge suchen, so viel man will; man mag voranstellen, daß bei diesen Vorgängen der revolutionäre Allgemeine Gewerkschaftsbund (Confédération générale du travail) die Hand im Spiele hatte und die Soldaten durch Agenten aufreizen ließ; man mag auch sagen, daß diese Mannschaften sich bereits in den Gedanken, entlassen zu werden, eingelebt hatten und daß ihre Enttäuschung deshalb eine außerordentliche sein mußte, namentlich weil viele von diesen Leuten durch die Zurückhaltung unter den Waffen wirtschaftlich schwer geschädigt wurden. Das mag alles recht und gut sein, aber man wird niemand glauben machen können, daß in einer Armee, in der sich derartige Vorgänge ereignen können, der Geist der

Manneszucht ist, wie er sein soll. Wenn in einer Armee derartige Vorkommnisse möglich sind, wenn unvorhergesehene Unannehmlichkeiten genügen, um die Mannschaften zu bestimmen, daß sie eigenmächtig und gegen alle disziplinarischen Vorschriften vorgehen, dann kann man schwerlich behaupten wollen, daß Truppenteile, bei denen solche Erscheinungen auftreten, noch das Minimum an notwendiger Manneszucht haben.

Erschwerend ist noch der Umstand, daß diese Vorkommnisse sich vielfach in Truppenteilen des VI. Armeekorps (an der Grenze) abgespielt haben, das immer als mustergültig gepriesen wurde. Nun will man wohl gegen die Rädelsführer und gegen die sozialistischen Agenten scharf vorgehen und an sich ist nichts gegen solche Maßnahmen einzuwenden. Allein damit trifft man nur Wirkungen an der Oberfläche. Vor allem ist der Grund und die wahre Ursache dieser für die französische Armee so bedauerlichen Vorkommnisse zu suchen. Und jener Grund liegt tiefer. Diese Mannschaften stehen in dem 22. und dem 23. Lebensjahre. Sie haben also vor etwa acht oder neun Jahren, i. J. 1904 und 1905 die Schule verlassen. Nun sind aber gerade i. J. 1901 die religiösen Orden und Kongregationen und namentlich die Lehrkongregationen aufgelöst worden, wodurch dann nahezu die gesamte Jugend Frankreichs in die staatlichen Schulen getrieben worden ist, in denen bereits allerorts von den nach „weltlichen" Rezepten erzogenen Lehrern sowohl gegen die Religion als gegen die Vaterlandsliebe gekämpft und der Jugend der Abscheu vor dem Krieg und vor der militärischen Zucht ins Herz gepflanzt wurde. Vergegenwärtigt man sich das alles, dann sind die militärischen Kundgebungen dieses Jahres nur logische Folgen des vorhergegangenen Systems. In Frankreich reifen die Ideen schnell zur Tat. Diese staatlichen Lehrer, die in so zahlreichen Fällen vor der ihnen anvertrauten Jugend jede Religion und jede Autorität verhöhnen, die Manneszucht im Heere als entwürdigende Sklaverei hinstellen, die militärischen Vorgesetzten als betreßte



Bestien (brutes galonnées nach dem stereotypen Ausdruck) bezeichnen, haben eine schlimme Saat ausgestreut, die bereits aufgegangen ist. Es ist nur zu fürchten, daß die Vorkommnisse dieses Jahres nicht ein Ende, sondern einen Anfang bedeuten. Denn die Jahrgänge, die in den nächsten Jahren eingezogen werden, standen noch länger unter der Einwirkung dieser sonderbaren Erziehung, welche die Jugend vor allem dazu bringen will, daß sie nach dem Grundsatz handelt: keinen Gott und keinen Meister, ni Dieu ni maître. Aber wenn nicht verkannt werden kann, von welcher Gefahr der jetzige Betrieb der Schule für die Zucht im Heere und deshalb für den Bestand des Vaterlandes sein muß, dann ist auch klar, auf wen die Verantwortung für diesen Zustand zurückfallen muß. Und hier ist es wieder die radikale Parteiströmung, welche in Frage kommt. Denn diese Schule mit dem Kampfe gegen Gott, gegen die Autorität, gegen das Vaterland, sie ist vor allem das Werk der radikalen Partei. Von diesem Vorwurf wird sie sich nicht frei machen können: er haftet ihr als Schandmal an in der Geschichte.

So treibt denn zur Zeit in Frankreich alles dahin, die radikale Parteiströmung von der bisher behaupteten Hegemonie abzudrängen. Freilich wird es nicht ohne schwere Kämpfe abgehen; denn die extremradikalen Elemente werden alles aufbieten, um ihre Beute zu halten. Aller Voraussicht nach werden sie bei den Wahlen im Frühjahr 1914 gerade auf die jetzige Frage der dreijährigen Dienstzeit zurückgreifen. Sie werden versuchen, die Wähler auf ihre Seite zu ziehen, indem sie daran erinnern, daß sie den Militärpflichtigen ein Dienstjahr ersparen wollten. Dann muß sich zeigen, ob das französische Volk fähig sein wird, die Partei zu entlarven und ihr die verdiente Abfuhr zu erteilen. Videns.

## LXXXV.

## Kürzere Besprechungen.

1. Die Mißerfolge in der Polenpolitik. Von Baron Karl Puttkamer, früher Landrat im Kreise Mogilno. Verlag von Karl Curtius, Berlin W. 35. 29 S. 50 Pf.

Ein ehemaliger preußischer Landrat verurteilt die preußische Polenpolitik, weil sie die Grundsätze der Gerechtigkeit und Liebe außer Acht läßt und nur Mißerfolge zeitigt! Eine herzerquickende erfreuliche Erscheinung in der Gegenwart angesichts des Byzantinismus und der allgemeinen Menschenfurcht auf der einen und des autoritätslosen uferlosen Radikalismus auf der andern Seite. Es gibt also auch heute noch, wenn auch nur gleichsam vereinzelt als weiße Raben, Charaktere, die ihre auf Grund langjähriger Erfahrung gewonnene bessere Überzeugung nicht unter den Scheffel stellen, Männer, die nicht gleich Hunden ob menschlicher Ungerechtigkeit und Anwendung von Gewaltmitteln den Mut verlieren.

Und man muß wissen, welcher Terrorismus in der sogenannten „Ostmark", besonders in Beamtenkreisen, herrscht. Wehe dem preußischen Beamten, der sich mißliebig über die preußische Polenpolitik äußern wollte! Ist es doch schon so weit gekommen, daß ein Lehrer deshalb strafversetzt wurde, weil sein Vater sein Grundstück an einen Polen verkauft hatte. Nicht wenige Beamte verbergen die Kenntnis der polnischen Sprache, weil sie durch deren Gebrauch der Begünstigung des Polentums verdächtig würden. Häufig liest man in den Zeitungen, dieser oder jener Beamte hätte die Erlaubnis zur Abänderung seines althergebrachten Familiennamens erhalten und es ist vorgekommen, daß selbst — der Taufname gegen einen anderen umgetauscht wurde, ganz abgesehen von der willkürlichen Abschaffung jahrhundertealter historischer Ortsbezeichnungen.

Kammerherr Baron Puttkamer bezeichnet die Teilung Polens als ein schweres Unrecht und die Germanisierungs=







bestrebungen der preußischen und russischen Regierung als unerreichbar und verkehrt. Die preußische Ansiedlungspolitik habe die Boden- und damit auch die Lebensmittelpreise ungewöhnlich in die Höhe getrieben. Die Ausschließung der Polen von der Beamtenlaufbahn habe sie massenhaft dem gewerblichen und kaufmännischen Berufe zugeführt und dadurch einen starken polnischen Mittelstand geschaffen. Die fast nur protestantische Kolonisten ansetzende Ansiedlungspolitik stemple den Kampf auch zu einem Kampfe gegen die katholische Kirche. Manche katholische Gotteshäuser ständen verödet da. Kolonisten ohne Verdienste (oft sogar Ausländer!) bekämen große Vergünstigungen auf Kosten der Gesamtheit. Die vierprozentigen Staatsanleihen bringen dem Staate noch nicht zwei Prozent wieder. Herr Puttkamer beweist schlagend, daß „Gewalt in der Polenpolitik nicht zum Ziele führt". Bei Gelegenheit kritisiert er aber auch den polnischen Patriotismus der Phrase (S. 16) äußerst zutreffend. E. B.

2. Dr. med. George Bull, Warum ich katholisch wurde. Autorisierte Übertragung von Friedrich Maurer, Pfarrer. Petrusverlag, Trier. 104 [8] S. Mk. 1.20.

Diese aus dem Französischen übersetzte Schrift zeichnet einen Konvertiten von edler Einfachheit und schlichter Herzensfrömmigkeit. Zu Hamilton in Kanada von protestantischen Irländern geboren, wuchs Georg Bull inmitten einer katholikenfeindlichen Umgebung auf. Das große Babylon wurde ihm als die Kirche Roms bezeichnet. In Montreal oblag Bull fleißig den medizinischen Studien. Nach bestandenem Examen praktizierte er einige Jahre in den vereinigten Staaten. Der Anglikanismus befriedigte Bull nicht, er las viel, so die Werke von Felix Adler, der in New-York eine Gesellschaft für ethische Kultur gegründet hatte, und die von Salter, eines seiner Schüler, der in Chicago einen Zweigverein leitete. Salter hatte in einer seiner Konferenzen das Beten etwas Anmaßendes und Selbstsüchtiges genannt und Bull war froh, einen Grund zu finden, um das Beten aufgeben zu können.



Im Jahre 1883 ließ sich Bull in New-York als Augenarzt nieder und er wurde in der Folge ein eifriger Anhänger Adlers. Im Jahre 1886 führte ihn der Beruf nach Paris und er wurde hier, ohne es gesucht zu haben, Mitarbeiter Dr. Javals. 1889 nahm er selbständig die Praxis auf. Berufliche Arbeiten nahmen ihn fast vollständig in Anspruch, doch empfand er eine gewisse Leere, welche der Positivismus und Renan nicht auszufüllen vermochten.

Im Herbste 1889 übergab ihm eine geistesverwandte protestantische Amerikanerin, die er mehrere Wochen behandelt hatte, ein Kärtchen mit folgendem Gebet, das der Dame nach eigenem Geständnis stets Trost gespendet hatte: „Komm, Heiliger Geist, erfülle die Herzen Deiner Gläubigen und entzünde in ihnen das Feuer Deiner Liebe. Sende aus Deinen Geist, und alles wird erschaffen werden, und Du wirst das Angesicht der Erde erneuern."

Diese uralte Antiphon zum Hl. Geist, deren Herkunft Bull nicht kannte, sowie die später kennen gelernte Newman'sche Hymne: „Führe mich, gütiges Licht" wurden ihm zum Rettungsanker. Durch das Lesen des Neuen Testaments gelangte er zum Glauben an die Gottheit Christi und an die von Christus gegründete unveränderliche und unzerstörbare Heilsanstalt. Besondern Eindruck machte das erhabene hohenpriesterliche Gebet des Heilandes auf die wahrheitsdurstende Seele.

Am 25. Juli 1892 legte Bull in der Kirche der englischen Passionisten zu Paris das katholische Glaubensbekenntnis ab. Er war sehr glücklich. Die schwankende Gesundheit und der aufreibende Dienst bereiteten dem Konvertiten um die Jahreswende 1910/11 ein frühes Ende. Er starb eines erbaulichen Todes. Von seinem edlen, wahrheitsdurstenden Gemüte zeugen die in dem Büchlein abgedruckten Briefe an seine Mutter.

Wormditt (Ostpr.) Eugen Buchholz.

3. Die sieben Worte Christi am Kreuze. Ein Zyklus in sieben Bildern mit einem Titelblatt. Komponiert und mit kurzer, textlicher Erläuterung versehen von Max Fürst, Historien-



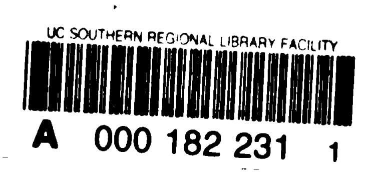
maler. Mit Druckerlaubnis Köln, 8. Febr. 1913 von Dr. Kreutzwald, Vic. Capitularis. München-Gladbach. B. Kühlens Kunstverlag 1913. Ladenpreis Mk. 3.60.

Mit vorstehendem Werke gedenkt der am 15. Oktober 1846 zu Traunstein geborene und in München tätige Historienmaler Max Fürst dem katholischen Volke den Schlußstein seiner beruflichen Tätigkeit zu bieten, was mit uns wohl alle Freunde kirchlicher Kunst nicht zu glauben vermögen. Das Titelblatt zeigt zu Seiten des Kreuzes die sitzenden Gestalten der Malerei und der Musik; dann folgen Blatt 1: „Vater, verzeih ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun"; Blatt 2: „Heute wirst du mit mir im Paradiese sein"; Blatt 3: „Weib, sieh da, dein Sohn, — sieh da, deine Mutter"; Blatt 4: „Gott, mein Gott, warum hast Du mich verlassen"; Blatt 5: „Mich dürstet"; Blatt 6: „Es ist vollbracht"; Blatt 7: „Vater, in Deine Hände empfehle ich meinen Geist."

In kräftigerer Zeichnung erscheinen zunächst die dargestellten historischen Hauptgestalten des Kalvarienberges, während die mit den dortigen Vorgängen in geistigem Verbande stehenden alt- und neutestamentlichen Bilder, sowie die weiteren symbolischen Andeutungen in schwächeren Tönen gegeben sich zeigen. Man glaubt, es hätte ein alter Meister die Kompositionen gezeichnet, als gehörten sie gar nicht unserer Gegenwart an, als habe des Künstlers Genius ihn über die wechselnden Interessen und Richtungen des Augenblicks fortgetragen, und darum haben zwar diese Zeichnungen nicht das Pikante, wie die der Unruhe und den Stürmen des Lebens näher stehenden und ihnen entsprungenen Werke, aber dafür atmen sie einen Frieden und eine Stille, wie sie im leidenschaftlichen Streben der Zeit nicht bestehen und wie sie nur aus einem lauteren Gemüte entspringen können, das schon im Himmel Heimat gemacht hat.

Dombaumeister Franz Jacob Schmitt in München.

---


UC SOUTHERN REGIONAL LIBRARY FACILITY
A 000 182 231 1

